Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 35
Chronik vom 23. November bis zum 19. Dezember 2024

Chronik vom

23.11. - 19.12.2024

Inhaltsverzeichnis	**Seite**
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-4
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 23. November bis zum 19. Dezember 2024	5-444
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	445-446

Danksagung und Widmung

> Es lohnt sich, Schweres auf sich zu nehmen, wenn man es einem Menschen damit leichter macht.
> *Stefan Zweig (1881-1942, österreichischer Schriftsteller)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:
Hamed Abdel-Samad, Hans-Günter Appel, Florian Asche, Jonas Aston, Philipp Bagus, Bastian Barucker, Henry Behrens, Gero Bernhardt, Sucharit Bhakdi, Michael Brück, Oliver Busch, Paul Byrne, Boris Cherny, Ulrich Clauß, Sven Eggers, Jürgen Elsässer, Jörg Fischer, Martin Friedrich, Elena Fritz, Jonas Glaser, Selma Green, Felix Hagen, Frank Hauke, Thorsten Hinz, S. Hofer, Martin Hohl-Wirz, Manfred Kleine-Hartlage, Horst Koch, Stefan Kofner, Martin Kohlmann, Stefan Korinth, Thomas Külken, Ulli Kulke, Werner Lehfeldt, Vera Lengsfeld, Johann Leonhard, Paul Leonhard, Herbert Ludwig, Hannes Märtin, Elisabeth Maria, Thomas Mayer. Martina Meckelein, Martin Meckelein, Dietmar Mehrens, Karel Meissner, Karsten Montag, Martin Müller-Mertens, Werner Olles, Julian Pastor, Michael Paulwitz, Mathias Pelllack, Daniell Pföhringer, Wladimir Putin, Marie Rahenbrock, Kai-Uwe Reiter, Sven Reuth, Krissy Rieger, Alberto Rivera, Hinrich Rohbohm, Max Roland, Albrecht Rothacher, Manfred Rouhs, Ivo Sasek, Valentina Schacht, Elke Schenk, Rainer F. Schmidt, Heiko Schöning, Paul Schreyer, Martin Sellner, Ulrich Skambraks, Andreas Sönnichsen, Dieter Stein, Rüdiger Stobbe, Ulrich van Suntum, Ferdinand Vogel, Erich Weede, Ronald Weikl, Robert Willacker, Gerhard Wisnewski, Ludwig Witzani, Susanne Wolf und Marc Zoellner.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Geheimer Krieg gegen die Deutschen

> ch glaube, daß Gott uns in jeder Notlage soviel Widerstandskraft geben will, wie wir brauchen. Aber er gibt sie nicht im Voraus, damit wir uns nicht auf uns selbst, sondern allein auf ihn verlassen.
> *Dietrich Bonhoeffer (1906-1945, deutscher Pastor und Theologe)*

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der fremdbestimmten Parteien und ihren willigen Erfüllungsgehilfen sowie der globalen Nichtregierungsorganisationen seit Jahrzehnten regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat, um sie letzten Endes im Rahmen einer totalitären Enteignung und Entrechtung zu versklaven.
In dem Staatsfragment BRD gab es nie eine mittelbare, repräsentative Demokratie, sondern seit Gründung dieses Vasallengebildes existiert eine Scheindemokratie. In dieser Scheindemokratie (Plutokratie: Herrschaft des Geldes bzw. des Reichtums) verwirklichten die fremdbestimmten Parteien und Abgeordneten nicht den Wählerwillen des Volkes, sondern sie handelten zweifelsfrei im Auftrag sowie nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte und vertraten in erster Linie die Interessen der gemeingefährlichen internationalen Finanzeliten.
Die systematische Umerziehung, NS-Schuldkult, Gleichschaltung der Meinungsfreiheit, die Zerstörung der Familie, Abschaffung der eigenen Identität, der angeblich menschengemachte Klimawandel und die sogenannte Energiewende, der Genderismus, die Massenmigration bzw. Umvolkung und Islamisierung, die Corona-Plandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren zweifelsfrei lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung.
In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen ging und geht es vor allem tatsächlich darum, alle kulturellen, militärischen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands zu zerstören, um die Deutschen vollständig auszuplündern und letzten Endes auszulöschen.

Pflicht zum Widerstand

> Ein Problem ist halb gelöst, wenn es klar formuliert ist.
> *John Dewey (1859-1952, amerikanischer Philosoph und Pädagoge)*

Trotz der drohenden Katastrophe befindet sich der deutsche Michel noch immer in einem komaähnlichen Todesschlaf.
Infolge der jahrzehntelangen Gehirnwäsche blenden die selbsternannten Gutmenschen und Mitläufer starrsinnig die Realität aus und zeichnen sich weiterhin durch unglaubliche Leichtgläubigkeit, Naivität, Trägheit, Langsamkeit und fatalistisches Obrigkeitsdenken aus.
Wir müssen endlich erkennen, was die Stunde geschlagen hat, denn ohne die sofortige Rückkehr zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne unverzügliche radikale Reformen wird unsere Heimat schon sehr bald zur Hölle auf Erden werden.
Die Menschen unterscheiden sich vor allem durch Geist, Vernunft und Rationalität von allen anderen Lebewesen. Diese Fähigkeiten ermöglichen es den Menschen, Entwicklungen und Bedrohungen frühzeitig zu erkennen, Lügen zu durchschauen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.
Wenn wir unsere Heimat retten wollen, müssen wir sofort handeln und uns endlich wehren und erbitterten Widerstand leisten, um die Vernichtungspläne der verbrecherischen Finanzeliten noch rechtzeitig zu entschärfen oder rückgängig zu machen.
Angesichts der bedrohlichen Ereignisse in den Monaten November und Dezember 2024 bleibt nicht mehr viel Zeit, um unsere Heimat zu retten:

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23. November 2024 (x1.420/…): >>**"Brombeer-Schmierenkomödie" in Thüringen: Wagenknecht stimmt BSW-Wähler-verrat zu!**

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23. November 2024 (x1.420/…): >>**Blackout-Alarm: RWE Chef warnt vor totalem Strom-Ausfall im Januar!**

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 23. November 2024 (x1.421/…): >>**Weil sie Strack-Zimmermann "teuflisches, häßliches Weib" nannte - Frau muß 800 Euro Strafe zahlen**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 23. November 2024 (x1.422/…): >>**CO2-Abgabe-Irrsinn: Erst Erhöhung, dann Almosen verteilen wegen zu hoher Energiepreise**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 23. November 2024 (x1.422/…): >>**Enteignungswelle 2025?**

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. November 2024 (x1.417/…): >>**Putin: "Es wird immer eine Antwort geben"**

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. November 2024 (x1.417/…): >>**"Geheimplan für Deutschland"**

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. November 2024 (x1.417/…): >>**Von der amerikanischen zur islamischen Kanzlerin**

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. November 2024 (x1.417/…): >>**Haftbefehl: Kommt Netanjahu jetzt vor Gericht?**

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 23. November 2024 (x1.421/…): >>**Kündigung wegen Impfverweigerung: US-Unternehmen muß 12 Millionen Dollar an ehemalige Mitarbeiterin zahlen**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. November 2024 (x1.422/…): >>**Im Rausch der Dekadenz - Denunziation als Geschäftsmodell**

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 25. November 2024 (x1.419/…): >>**Bundesamt entwickelt neuen Bunker-Plan: Diplomatie statt Bunker!**

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 25. November 2024 (x1.419/…): >>**UN plant 300 Milliarden Dollar für "Kli-maschutz": Keinen Cent für Klima-Ideologie!**

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. November 2024 (x1.420/…): >>**"Grüne" Deindustrialisierung - jetzt ist Duisburg dran: Thyssen-Krupp baut 5.000 Arbeitsplätze ab!**

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. November 2024 (x1.420/…): >>**Da schau an: Fälscher Relotius arbeitet bei Habecks Werbeagentur!**

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. November 2024 (x1.420/…): >>**Erdrutschsieg: FPÖ gewinnt Landtagswahl in der Steiermark haushoch!**

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. November 2024 (x1.420/…): >>**Immer mehr Deutsche in Angst: Wer Merz wählt, wählt den Krieg!**

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 25. November 2024 (x1.424/…): >>**Theresia: "Die Ärzte, die mitgemacht haben, haben alle Blut an den Händen"**

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 25. November 2024 (x1.423/…): >>**ARD: Bundesregierung wertet seit 2020 kaum Daten zu Impfnebenwirkungen aus**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. November 2024 (x1.422/…): >>**Thyssenkrupp Steel will bis 2030 circa 5.000 Stellen streichen**

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 23. November bis zum 19. Dezember 2024

23.11.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23. November 2024 (x1.420/…): >>**Brandenburg: Woidke (SPD) wirft "Grüne" aus der Regierung - Habeck kocht vor Wut**

Kurz vor Ende der gemeinsamen Regierungszeit hat Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) seine Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher ("Grüne") im Streit um die Krankenhausreform aus dem Kabinett geworfen. Aus Solidarität trat daraufhin der "grüne" Agrarminister Axel Vogel zurück. "Grünen-Kanzlerkandidat" Robert Habeck kocht vor Wut: "Das passiert, wenn sich ein SPD-Ministerpräsident im Vorgriff auf eine Koalition schon mal Sahra Wagenknechts Bündnis andient."

Die Regierung aus SPD, CDU und "Grünen" in Potsdam ist bzw. war nur noch geschäftsführend im Amt. SPD und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) wollen eine neue Koalition schmieden und befinden sich in der Endphase ihrer Verhandlungen.<<

Die "Brombeer-Schmierenkomödie" in Thüringen nimmt knapp drei Monate nach der Landtagswahl ihren erwarteten Verlauf: Das AfD-Verhinderungskartell aus CDU, BSW und SPD hat sich auf eine Minderheitsregierung von Gnaden der Linken geeinigt. Mit einer Wischiwaschi-Präambel zum Thema Krieg & Frieden verrät das BSW im Koalitionsvertrag seine Wähler - mit Zustimmung von Parteichefin Sahra Wagenknecht! Mario Voigt (CDU) strahlt wie ein Honigkuchenpferd, auch wenn er noch nicht Ministerpräsident ist.

"Brombeer-Lila" leuchtet der Raum im Thüringer Landtag, in dem die sichtlich gut gelaunten Parteispitzen von BSW, CDU und SPD in Erwartung von Ministerposten, Dienstwagen und einer üppigen Altersversorgung vor die Mikrofone treten. 126 Seiten lang ist ihr Koalitionsvertrag ("Mut zur Verantwortung. Thüringen nach vorne bringen").

Seit Wochen hat das AfD-Verhinderungskartell angeblich hart miteinander gerungen - vor allem um die "Friedensfrage", nachdem es, wiederum angeblich, so aussah, als könnte das machtgierige Bündnis daran noch scheitern.

Der Berg kreiste und herauskam eine Friedens-Maus, ein beschämender Verrat des BSW an seinen Wählern!

Friedens-Blabla: "Wir erkennen an …"

28-mal taucht das Wort "Frieden", eingepackt in Worthülsen, im Regierungsvertrag auf. Das BSW "verhandelte hartnäckig", verbreitet die Propaganda in Erfurt. Sahra Wagenknecht habe sich sogar persönlich in die Verhandlungen eingeschaltet. Dem ZDF sagte sie: "Ich bin sehr froh, daß es gelungen ist, doch in wesentlichen Punkten die Handschrift des BSW durchzusetzen."

Diese "Handschrift" sieht auf Seite 107 des Koalitionsvertrags jetzt so aus: "Wir erkennen an, daß viele Menschen in Sorge um die aktuelle geopolitische Lage und den Krieg in Europa sind und die Stationierung von Mittelstreckenraketen als eine fundamentale Veränderung der strategischen und militärischen Lage in Europa und auch in Deutschland begreifen ... Eine Stationierung und deren Verwendung ohne deutsche Mitsprache sehen wir kritisch."

BSW-Landeschefin Katja Wolf nannte die Einigung auf diese wachsweiche Formulierung einen "großen Wurf". Ein neues Synonym für gebrochene Wahlversprechen!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23. November 2024 (x1.420/…): >>**Blackout-Alarm: RWE Chef warnt vor totalem Strom-Ausfall im Januar!**

Die "grüne" Außenministerin Annalena Baerbock brüstete sich bei der "Weltklimakonferenz" in Baku noch damit, daß in diesem Jahr in Deutschland 16 Kohlekraftwerke stillgelegt wurden

und als gesicherte, weil wetterunabhängige Leistung weggefallen sind. Markus Krebber, Chef des Energie-Giganten RWE, warnt in der Folge vor einem möglichen Strom-Kollaps im Januar!
"Zu Beginn dieses Monats ist die deutsche Stromversorgung an ihre Grenzen geraten", erinnert Krebber in einem viel beachteten Beitrag bei LinkedIn. Der Energie-Manager sah Deutschland Anfang des Monats also am Rande des Kollapses. Er befürchtet, daß es im Januar, wenn der Energiebedarf voraussichtlich noch deutlich höher ist, soweit sein könnte; nämlich dann, wenn Wind und Sonne erneut praktisch komplett ausfallen - so wie zuletzt am 6. November.
Krebber warnt vor einem Mega-Blackout gleich zu Beginn des neuen Jahres: "Ganz konkret heißt das, daß die gleiche Situation an einem anderen Tag mit höherer Spitzenlast nicht zu bewältigen gewesen wäre. Zum Beispiel im Januar. Die höchste Stromnachfrage des Jahres gab es am 15.01., sie lag bei mehr als 75 Gigawatt. Und damit bei fast 10 Gigawatt mehr als am 6. November!"<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 23. November 2024 (x1.421/…):
>>**Weil sie Strack-Zimmermann "teuflisches, häßliches Weib" nannte - Frau muß 800 Euro Strafe zahlen**
Eine Frau bezeichnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann auf X als "ein teuflisches, häßliches Weib" und wurde dafür von der Politikerin angezeigt. Nun muß die Frau aus Lippetal insgesamt 800 Euro Strafe zahlen.
Boris Cherny
Marie-Agnes Strack-Zimmermann hat bislang fast 2.000 Anzeigen gestellt
"Was glauben Sie eigentlich, wer Sie sind? Sind Sie so dermaßen dumm oder böse? Sie können sich gar nicht vorstellen, wie sehr ich Sie verachte, Sie teuflisches, häßliches Weib." Das schrieb eine Nutzerin aus Lippetal über die damalige Bundestagsabgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) auf X (vormals Twitter) im Februar dieses Jahres. Strack-Zimmermann ging daraufhin sowohl zivil- als auch strafrechtlich gegen die Frau aus Lippetal vor. Das berichtet der Soester-Anzeiger.
Die Lippeltalerin hatte ihren Kommentar aus Wut über Strack-Zimmermanns Befürwortung der Corona-Impfpflicht getätigt. Strack-Zimmermann hatte sich bereits als eine der ersten Bundestagsabgeordneten für einen solch drastischen Schritt ausgesprochen. Auch die einrichtungsbezogene Impfpflicht hatte sie unterstützt. Diese ließ man im Nachhinein lautlos auslaufen, dennoch kamen viele Mitarbeiter im Gesundheitswesen zu Schaden. Auch die Frau, die Strack-Zimmermann vermeintlich beleidigt hatte, durfte nicht mehr in ihrem Job arbeiten.
Nachdem Strack-Zimmermann bereits 400 Euro in einer zivilrechtlichen, außergerichtlichen Einigung erstreiten konnte, kam es nun zum strafrechtlichen Prozeß. Er wurde vor dem Amtsgericht Soest gegen Auflagen eingestellt. Erneut mußte die Beschuldigte 400 Euro zahlen. Die Begründung für die Einstellung war laut Gericht "Geringfügigkeit". Die Frau hatte ihre Schuld eingestanden und hat laut ihrem Anwalt die sozialen Medien verlassen.
Strack-Zimmermann ist eine besonders klagefreudige Politikerin. Wie die Staatsanwaltschaft Köln gegenüber Apollo News angab, hat die Europaabgeordnete bei der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen (ZAC NRW) bislang 1.970 Strafanzeigen gestellt. Bereits im September wurde von Behörden bestätigt, daß es sich bei Strack-Zimmermanns Anzeigen zumeist um Fälle von Beleidigungen handelt.
Auch andere Politiker zeigen tatsächliche oder vermeintliche Beleidigungen im Internet an, was immer wieder zu Hausdurchsuchungen bei den Beschuldigten führt. Erst am Samstag berichtete Stern über mehrere Hausdurchsuchungen, die infolge von Anzeigen durch Friedrich Merz zustande kamen (auch Apollo News berichtete). Vergangene Woche wurde eine Hausdurchsuchung bei einem Rentner bekannt, der ein Meme geteilt hatte, in dem Bundeswirt-

schaftsminister Robert Habeck als "Schwachkopf" bezeichnet wurde.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 23. November 2024 (x1.422/…): >>**CO2-Abgabe-Irrsinn: Erst Erhöhung, dann Almosen verteilen wegen zu hoher Energiepreise**

Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi hat vor der geplanten Anhebung der CO2-Abgabe eine soziale Abfederung der Energiepreise gefordert. "Den CO2-Preis ungebremst steigen zu lassen, ohne im selben Atemzug für sozialen Ausgleich zu sorgen, gefährdet die Unterstützung für Klimapolitik und verschärft Ungleichheit", sagte die Gewerkschafterin dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Samstagausgaben).

"Mit reinen Preismechanismen schaffen wir auch nicht die Voraussetzungen für klimafreundliches Verhalten und grüne Produktion. Die Politik muß dringend umsteuern und ein umfassendes Investitionsprogramm auf den Weg bringen, das Wohlstand sichert und alle mitnimmt auf dem Weg zur Klimaneutralität", sagte Fahimi dem RND. Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbands VdK, forderte einen neuen Anlauf für ein Klimageld.

Sie sagte dem RND: "Ein effizienter Klimaschutz funktioniert nur, wenn sich das jeder leisten kann. Der CO2-Preis wird in naher Zukunft rasant ansteigen. Um den Preisschock abzufedern, braucht es nach wie vor schnellstmöglich das Klimageld, das vor allem aber sozial gestaffelt sein sollte: Wer nur über ein geringes Einkommen verfügt, muß mehr und kontinuierlich Unterstützung erhalten als jemand, der gut verdient und sich Klimaschutz leisten kann."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 23. November 2024 (x1.422/…): >>**Enteignungswelle 2025?**

Trotz Steuer-Rekord geht dem Staat das Geld aus. SPD und Grüne fordern offen eine Vermögensabgabe und eine Vermögenssteuer u.a. wegen Ukraine und Klima. Auch wegen anderer Gefahren ist Vermögensschutz jetzt das oberste Gebot.

Die stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Serpil Midyatli drängt darauf, daß Reiche mehr Geld an die öffentliche Hand zahlen. Eine Vermögensabgabe müsse zu den "Sofortmaßnahmen einer Bundesregierung" nach der Wahl im nächsten Jahr gehören, sagte Midyatli dem "Spiegel", die auch Landesvorsitzende in Schleswig-Holstein und Fraktionschefin im Kieler Landtag ist. Wer mehr besitze als zwei Millionen Euro, solle davon einmalig zehn Prozent abgeben.

Auch eine Gruppe von Grünen-Abgeordneten um Katrin Göring-Eckardt spricht sich erneut für eine einmalige Vermögensabgabe aus. Diese ist auch rechtlich möglich. Das geht aus einem Gutachten hervor, das der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags durchgeführt hat und das dem Redaktionsnetzwerk Deutschland vorliegt.

Demnach seien die finanziellen Konsequenzen aus dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine oder auch der Klimakrise ein möglicher Grund für die Erhebung einer solchen Vermögensabgabe.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. November 2024 (x1.417/…): >>**Putin: "Es wird immer eine Antwort geben"**

Von *COMPACT Redaktion*

Gestern veröffentlichte die russische Botschaft in Berlin eine Erklärung von Präsident Wladimir Putin zur aktuellen Eskalation im Ukraine-Krieg, die wir nachfolgend im Wortlaut wiedergeben. …

_ O-Ton Wladimir Putin

- Ich möchte die Angehörigen der Streitkräfte der Russischen Föderation, die Bürger unseres Landes, unsere Freunde weltweit und alle, die sich weiterhin in Illusionen wiegen, Rußland eine strategische Niederlage beibringen zu können, über die Ereignisse informieren, die heute in der Zone der militärischen Sonderoperation stattfinden, und zwar über das, was nach dem Einsatz der westlichen Langstreckenwaffen gegen unser Territorium geschehen ist.

- In dem vom Westen ausgelösten Ukraine-Konflikt wollen die USA und ihre NATO-Verbündeten weiter eskalieren. In dem Sinne haben sie angekündigt, den Einsatz ihrer präzisionsgelenkten Abstandswaffen gegen Ziele auf dem Territorium der Russischen Föderation zu genehmigen. Experten ist es hinlänglich bekannt - und die russische Seite hat es auch wiederholt betont - daß es unmöglich ist, solche Waffen einzusetzen, ohne daß Militärangehörige der Herstellerländer daran beteiligt werden.
- Am 19. November wurden militärische Standorte in den Gebieten Brjansk und Kursk der Russischen Föderation mit sechs US-amerikanischen ATACMS-Raketen und am 21. November kombiniert mit britischen Storm-Shadow-Marschflugkörpern und US-amerikanischen HIMARS-Raketenwerfern angegriffen. Von diesem Zeitpunkt an hat der vom Westen provozierte Regionalkonflikt in der Ukraine, wie wir wiederholt betont haben, Elemente globalen Charakters angenommen. Unsere Luftabwehrsysteme haben diese Angriffe abgewehrt. Die Ziele, die sich der Feind offensichtlich gesetzt hatte, wurden nicht erreicht.
- Ein durch herabfallende ATACMS-Raketentrümmer verursachter Brand in einem Munitionslager im Gebiet Brjansk wurde gelöscht. Verletzte oder ernsthafte Schäden gab es nicht. Im Gebiet Kursk wurde ein Gefechtsstand unseres Truppenverbandes Nord angegriffen. Infolge des Angriffs und des Flugabwehrgefechts gibt es leider Tote und Verwundete unter den Angehörigen des Sicherheitsdienstes an und des Wartungspersonal in dem Gefechtsstand. Das Führungs- und Einsatzpersonal wurde nicht betroffen und erfüllt alle Kommandoaufgaben zur Vernichtung und Vertreibung der feindlichen Einheiten aus dem Gebiet Kursk uneingeschränkt weiter.
- Ich möchte noch einmal ausdrücklich betonen, daß der Einsatz dieser Waffen durch den Feind den Verlauf der Kampfhandlungen in der Zone der militärischen Sonderoperation nicht beeinflussen kann. Unsere Truppen sind entlang der gesamten Kontaktlinie erfolgreich auf dem Vormarsch. Alle Ziele, die wir uns gesetzt haben, werden erreicht.
- Als Reaktion auf den Einsatz der US-amerikanischen und britischen Langstreckenwaffen führten die russischen Streitkräfte am 21. November dieses Jahres einen kombinierten Angriff auf einen der Standorte der ukrainischen Rüstungsindustrie durch. Dabei testeten sie unter den Gefechtsbedingungen auch eines der neuesten russischen Raketensysteme mittlerer Reichweite, in diesem Fall eine ballistische Hyperschallrakete mit einem nicht-nuklearen Sprengkopf. Unsere Raketeningenieure haben ihr den Namen Oreschnik gegeben.
Die Tests waren erfolgreich, das Ziel wurde erreicht. In der ukrainischen Stadt Dnepropetrowsk wurde eines der größten Industrieunternehmen getroffen, das bereits aus der Sowjetzeit bekannt ist und heute Raketensysteme und andere Waffen herstellt.
- Wir entwickeln Mittel- und Kurzstreckenraketen als Reaktion auf die Pläne der USA, Mittel- und Kurzstreckenraketen zu produzieren und diese in Europa und im asiatisch-pazifischen Raum zu stationieren. Wir sind der Meinung, daß die USA einen Fehler begangen haben, als sie im Jahr 2019 den Vertrag über die Abschaffung von Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen unter vorgeschobenen Vorwänden einseitig aufkündigten. Heute stellen die Vereinigten Staaten nicht nur derlei militärisches Gerät her, sondern sie haben, wie wir sehen können, im Rahmen von Truppenmanövern auch Modalitäten für die Verlegung ihrer Raketensysteme der neuesten Generation in verschiedene Regionen der Welt, darunter auch nach Europa, geklärt. Darüber hinaus wird im Rahmen dieser Manöver auch ihr Einsatz geübt.
- Ich möchte Sie daran erinnern, daß Rußland sich freiwillig und einseitig verpflichtet hat, keine Mittel- und Kurzstreckenraketen zu stationieren, solange keine amerikanischen Waffen dieser Art in irgendeiner Region der Welt stationiert werden.
- Ich wiederhole: Wir führen die Feldtests des Oreschnik-Raketensystems als Reaktion auf die aggressiven Handlungen der NATO-Staaten gegen Rußland durch. Über die weitere Stationierung von Mittel- und Kurzstreckenraketen werden wir je nach dem Handeln der Vereinigten

Staaten und ihrer Satelliten entscheiden.
- Ziele für weitere Tests unserer neuesten Raketensysteme werden ausgehend von Bedrohungen für die Sicherheit der Russischen Föderation bestimmt werden. Wir halten uns für berechtigt, unsere Waffen gegen Militärstandorte der Länder einzusetzen, die den Einsatz ihrer Waffen gegen unsere Standorte erlauben. Bei einer Eskalation der aggressiven Handlungen werden wir genauso entschlossen und spiegelbildlich reagieren. Ich empfehle den herrschenden Eliten jener Länder, die Pläne für den Einsatz ihrer Militärkontingente gegen Rußland hegen, dies ernsthaft in Erwägung zu ziehen.
- Wir werden im Bedarfsfall und als Gegenmaßnahme Ziele für die Systeme wie Oreschnik auf ukrainischem Gebiet bestimmen, werden wir vorsorglich der Zivilbevölkerung und Bürgern der befreundeten Staaten, die sich dort aufhalten, vorschlagen, die jeweilige Gefahrenzone zu verlassen. Wir werden es aus humanitären Gründen tun - offen und öffentlich, ohne den Widerstand des Gegners zu befürchten, der diese Informationen ebenfalls erhalten würde.
- Warum werden wir keinen Widerstand befürchten? Weil es heute keine Mittel gibt, solche Waffen abzuwehren. Die Raketen greifen Ziele mit einer Geschwindigkeit von Mach 10 an, das sind 2,5-3 Kilometer pro Sekunde. Die derzeit in der Welt verfügbaren Luftabwehrsysteme und die Raketenabwehrsysteme, die von den Amerikanern für Europa entwickelt werden, können solche Raketen nicht abfangen. Das ist ausgeschlossen.
- Ich möchte noch einmal betonen, daß es nicht Rußland, sondern die USA sind, die das das System der internationalen Sicherheit zerstört haben und in ihrem Streben nach und Festhalten an ihrer Hegemonie die ganze Welt in einen globalen Konflikt treiben.
- Wir haben es immer bevorzugt und sind auch heute noch bereit, alle strittigen Fragen mit friedlichen Mitteln zu lösen. Wir sind aber auch auf jede andere Entwicklung vorbereitet. Sollte jemand daran zweifeln, so sind diese Zweifel umsonst: Es wird immer eine Antwort geben.
Nicht über, sondern von Putin lesen: In der COMPACT-Edition "Wladimir Putin. Geschichte Rußlands" finden Sie seine Grundsatzbeiträge zur Historie seines Landes - von den Ursprüngen bis zu Stalin und Selenski. Erstmals in deutscher Übersetzung!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. November 2024 (x1.417/…): >>**Wanderwitz: Sein Jammer-Abgang**
Von *Sven Eggers*
Unter großem Wehklagen hat CDU-Politiker Marco Wanderwitz seinen Abschied aus der Politik angekündigt. Er zählte zu den massivsten Einpeitschern gegen die AfD. …
Wanderwitz, der stets offensiv die Spaltung und auch Ab- und Ausgrenzung in unserem Land befeuert hat, sieht nun plötzlich seine Familie bedroht. Zur nächsten Bundestagswahl will der Abgeordnete aus Chemnitz deswegen nicht mehr antreten. Wanderwitz in gewohnter Umkehrung der Realitäten:
"Die Angriffe der brutalen Schreihälse sind immer heftiger geworden. Wir haben es als Zivilgesellschaft nicht geschafft, den Abgeordneten den Rücken zu stärken."
Es müsse nun seine Familie "körperlich und seelisch schützen". Auf die Idee, daß speziell sein Agieren gegen die AfD für Bedrohungsszenarien gesorgt hat, kommt er offenbar nicht. Gerade die Blauen sind es doch, die permanenten Angriffen ausgesetzt sind, weil Typen wie Wanderwitz das gesellschaftliche Klima vergiften. Wenn wieder einmal ein AfD-Politiker zusammengeschlagen wurde, war von dem scheidenden CDU-Mann jedenfalls kein Wort des Bedauerns zu hören gewesen.
Nun folgt er Mutti …
Wanderwitz ist der typische CDU-Vertreter heutiger Tage. Seit 2002 hockt der gebürtige Chemnitzer für die Schwarzen im Bundestag. Es wird nach links geblinkt und jede abweichende Meinung bekämpft oder zumindest unter Beobachtung gestellt. Da paßt es in Bild, daß

er immer strammer Merkelianer gewesen ist und nun quasi seiner Mutti in den Ruhestand folgt.
Politische Beobachter gehen allerdings davon aus, daß seine jetzigen Tränen nicht echt sind, denn er hätte wahrscheinlich ohnehin keine Chance mehr gehabt, in den Bundestag einzuziehen. In der Sachsen-CDU war dem Vernehmen nach jedenfalls kein vorderer Listenplatz vorgesehen. Das Direktmandat hat er ebenfalls längst verspielt, das gilt mittlerweile als AfD-Bank.
Unter der CDU-Kanzlerin hatte es Wanderwitz immerhin noch zum Ostbeauftragten der Regierung gebracht - und hier binnen kürzester Zeit alle Sympathiepunkte verspielt. FAZ-Journalisten notierte er 2021 ins Notizblock: "Wir haben es mit Menschen zu tun, die teilweise in einer Form diktatursozialisiert sind, daß sie auch nach 30 Jahren nicht in der Demokratie angekommen sind".

Ein wahrer Looser

Sein fettes Amt als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und Beauftragter für die neuen Länder verlor er mit der CDU-Niederlage bei der Bundestagswahl 2021, zu der er selbst seinen Teil beigetragen hatte.
Nach Wochen der Wählerbeschimpfung fuhr er eine satte Niederlage ein. Bei der Bundestagswahl verlor er seinen Wahlkreis im Chemnitzer Umland nach fast 20 Jahren an einen unbekannten AfD-Bewerber satt mit 23,7 zu 28,9 Prozent. Das hat seinen Haß auf die Blauen ins Unermeßliche gesteigert. Anschließend verlor er auch noch seinen Posten als Landesgruppen-Chef der Sachsen-CDU. Es bliebt ihm letztlich nur noch dieser Antrag auf ein AfD-Verbotsverfahren, mit dem sein Name verbunden ist.
Seine Lebensgefährtin Yvonne Magwas, seit 2013 für die CDU im Bundestag und dort Vizepräsidentin, hat ebenfalls ihren Rückzug aus der Politik mit Blick auf "rechtsradikale Feinde der Demokratie" angekündigt. Auch sie wäre mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht erneut in den Bundestag eingezogen.
Die beiden können es sich im Eigenheim jetzt gemütlich machen. An Steuergeldern flossen zuletzt gut 11.000 Euro im Monat an ihn, den Bedrohten. Sie bekommt angesichts ihres Vizepräsidentenposten im Bundestag etwa 16.000 Euro Monat für Monat. Mit 27.000 Euro monatlich sind locker zwei warme Mahlzeiten am Tag drin. Ungezählte Vergünstigungen kommen noch dazu, darunter die berühmt-berüchtigte steuerfreie Abgeordneten-Pauschale von mehr als 5.000 Euro. Ab 2025 fließen dann üppiger Übergangsgelder.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. November 2024 (x1.417/…): >>**"Geheimplan für Deutschland"**
Von *Daniell Pföhringer*
Mit dem Comeback von Donald Trump gerät das Regime der Altparteien ins Wanken. In Neuwahlen muß eilig ein neuer Machtblock zusammengeschmiedet werden. Jetzt kommt die Stunde der geheimen Strippenzieher. …
Hätte Donald Trump im Wahlkampf angekündigt, die Ampel binnen 24 Stunden auszuknipsen, hätte er schon ein Versprechen eingelöst, bevor er überhaupt ins Weiße Haus eingezogen wäre. Die zeitliche Koinzidenz zwischen Trumps Wahlsieg in Amerika und dem Aus der Berliner Regierungskoalition ist nicht nur bemerkenswert, sondern läßt auch tief blicken - in den Maschinenraum der Macht.
Die BRD ist nun in der gleichen Situation wie die DDR Ende der 1980er Jahre. Gorbatschow wollte das sozialistische System fundamental umkrempeln und die kommunistische Bürokratie entmachten, so wie aktuell Trump das globalistische System und den Tiefen Staat.

Gorbatschow des Westens

Das sehen Scholz und Merz als Bedrohung an. Nicht zuletzt soll die Ukraine weiter militärisch aufgerüstet werden, noch bevor Trump tatsächlich das Weiße Haus und damit die Füh-

rung der westlichen Welt übernimmt. Man will schnell noch Fakten schaffen, bevor der Mann das Ruder übernimmt, der den Krieg im Osten nicht mit Waffen fortführen, sondern auf dem Verhandlungsweg beenden will.
Die kurz vor Toresschluß von der Biden-Harris-Regierung an Kiew erteilte Genehmigung, weitreichende ATACMS-Raketen gegen Ziele auf russischem Territorium einzusetzen, gehört zu dieser Strategie der herrschenden Machteliten, Trump in die Parade zu fahren, bevor er die Mittel in den Händen hält, um sich selbst um die Sache zu kümmern.
Das wird sich so bis zu seiner Amtseinführung am 20. Januar 2025 - innen- und außenpolitisch - weiter fortsetzen. Die Globalisten wissen: Die zweite Präsidentschaft des Republikaners ist mehr als nur ein einfacher Wechsel an der Spitze der USA - sie ist Vorbote einer echten Zeitwende. Die große Frage ist, ob Trump dem Druck, der auf ihn ausgeübt wird, standhalten kann, ob er scheitert oder ob er am Ende als Gorbatschow des Westens in die Geschichte eingehen wird.

Das Altparteien-Regime wankt

Diese und weitere spannenden Fragen behandeln wir in der Dezember-Ausgabe von COMPACT mit dem Titelthema "Geheimplan für Deutschland - Wie Trump die Welt verändern wird". Das Heft ist ab heute am Kiosk erhältlich. Werfen Sie einen Blick hinter die Kulissen und erfahren Sie, welche Auswirkungen sein fulminanter Wahlsieges vom 5. November schon hatte und noch haben wird. Wir zeigen Ihnen, was dies für unser Land, für Europa und für die ganze Welt bedeutet.
In seinem Leitartikel enthüllt Chefredakteur Jürgen Elsässer den titelgebenden "Geheimplan für Deutschland" und verdeutlicht, wie die US-Wahl und die Abdankung der Scholz-Ampel zusammenhängen. Er blickt aber auch auf die geopolitischen Veränderungen, die sich durch Trumps Machtübernahme in Washington einsetzen werden.
In weiteren Beiträgen unserer brandneuen Dezember-Ausgabe wenden wir uns der Frage zu, ob ein Amerika ohne Krieg überhaupt denkbar ist, warum Trumps "America First!" auch für uns von Vorteil ist und wie seine Politik den gesamten Westen umkrempeln könnte. Fakt ist: Unter seiner Präsidentschaft wird sich das Gewicht in Europa nach Osten und Süden verlagern, seine Verbündeten sitzen nicht in Brüssel, Berlin oder Paris, sondern in Rom, Budapest und Bratislava. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. November 2024 (x1.417/…): >>**Von der amerikanischen zur islamischen Kanzlerin**

Wie Angela Merkel Deutschland verspielt. Noch nie gab es in Deutschland einen Regierungschef, der US-höriger war als Angela Merkel. Doch seit Donald Trump im Weißen Haus residiert, hört man aus Berlin energische Widerworte. Zu den Streitpunkten gehört die Masseneinwanderung, an der die Christdemokratin unbedingt festhalten will.

_ von *Jürgen Elsässer*

Der G7-Gipfel am letzten Maiwochenende 2017 im italienischen Taormina endete mit einem Debakel. Nach ihrer Rückkehr machte die Kanzlerin aus ihrer Verärgerung keinen Hehl. Auf einer Bierzeltveranstaltung in München sagte sie in Bezug auf die westliche Supermacht: "Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei. Das habe ich in den letzten Tagen erlebt. Und deshalb kann ich nur sagen: Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen." Die New York Times sah darin eine "erdbebenartige Verschiebung der transatlantischen Beziehungen", das belgische Blatt De Tijd kommentierte: "Die deutsche Kanzlerin hat erkennbar die Nase voll vom amerikanischen Präsidenten."

"Merkel als Leuchtfeuer liberaler, westlicher Autorität". Bloomberg

Grund ihrer Frustration war die Weigerung Trumps, in der Abschlußerklärung die üblichen politisch korrekten Sprechblasen mitzutragen: das Bekenntnis zu offenen Grenzen, zum unre-

gulierten Freihandel und zum sogenannten Klimaschutz. Diese Zielsetzungen waren auf früheren Zusammenkünften maßgeblich von Merkel und dem damaligen US-Präsidenten Barack Obama vorangetrieben worden. Trump hatte bereits im Wahlkampf angekündigt, daß er in diesen drei Punkten nicht mitziehen wolle, da sie den nationalen Interessen der Vereinigten Staaten widersprächen.

Die Kanzlerin hingegen hält dogmatisch an der globalistischen Agenda fest, was sie in den Augen der weltweiten Eliten zur neuen Führerin des Westens prädestiniert. Bereits nach Trumps Wahlsieg im November 2016 wurden ihr Lorbeerkränze geflochten. Die New York Times titelte: "Während Obama die Weltbühne verläßt, mag Angela Merkel die letzte Verteidigerin des liberalen Westens sein." Und das Finanzportal Bloomberg schrieb: "Angesichts einer isolationistischen USA ... ragt die 62-jährige Merkel als Leuchtfeuer liberaler, westlicher Autorität hervor wie nie zuvor."

Das sind vergiftete Komplimente: Merkels Absetzbewegung von den USA wird beklatscht, weil es keine Absetzbewegung vom Globalismus ist, sondern ganz im Gegenteil Deutschland und Kontinentaleuropa zu dessen Zentrum machen soll - während sich Amerika unter Trump in einer Neufindungsphase befindet. Dazu paßt, daß sich Merkel, solange die USA unter den Vorgängern des Immobilienmoguls die One World vorantrieben, devoter als alle anderen Bundeskanzler der Supermacht untergeordnet hat.

Die Alternative zu Schröder

Seit der Gründung der Bundesrepublik hat kein westdeutscher Regierungschef die amerikanische Patronage in Frage gestellt - aber immerhin gab es immer wieder Ausbruchsversuche aus der Umklammerung:

Konrad Adenauer strebte ein Sonderbündnis mit Frankreich an, Willy Brandt betrieb eine eigenständige Ostpolitik, Helmut Schmidt verweigerte die Stützung des Dollars, und Helmut Kohl wollte keine Bundeswehrtruppen in den Irak und nach Bosnien schicken. Gerhard Schröder war zwar willfährig, was die Kriege gegen Jugoslawien und Afghanistan anging, aber blieb immerhin 2003 standhaft und sagte Nein zur Invasion im Irak.

In dieser Eiszeit der Beziehungen empfahl sich Angela Merkel - damals Oppositionsführerin im Bundestag - als Alternative zu Schröder. Bedenkenlos übernahm sie die Lügenpropaganda des Pentagon. "Auch die Bedrohung durch die Massenvernichtungswaffen von Saddam Hussein ist real, nicht fiktiv. ... Europa muß bereit sein, sich an militärischen Maßnahmen als Ultima Ratio zu beteiligen", warb sie für die Teilnahme am Irakkrieg - in bemerkenswertem Kontrast zum damaligen CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber. Bei den vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 führte sie die Union knapp vor der SPD über die Ziellinie - mit Rückenwind der von Henry Kissinger und David Rockefeller kontrollierten Bilderberg-Gruppe.

Anders als bei ihren Amtsvorgängern war von ihr keine Kritik an der Supermacht zu hören: nicht bei den Kriegsvorbereitungen gegen den Iran, nicht bei der durch die Wall Street provozierten Weltwirtschaftskrise, nicht bei den von Barack Obama unterstützten Attacken auf Opel und VW - nicht einmal beim NSA-Skandal, der auch das Abhören ihres eigenen Handys einschloß. Auch das aggressive Vorgehen gegen Wladimir Putin und Baschar al-Assad trug sie immer mit, und zum Knebelabkommen TTIP steht sie trotz massiver Kritik selbst des befreundeten Frankreichs.

Einzig die Abstinenz beim Libyenkrieg fällt hier aus der Reihe heraus, dürfte aber eher auf den damaligen Koalitionspartner FDP und Außenminister Guido Westerwelle zurückgehen. Bemerkenswert ist, daß sie Trump - bei aller sonstigen Streiterei - ausgerechnet da unterstützte, wo er in die kriegerischen Fußstapfen seiner Vorgänger trat: beim Säbelrasseln gegen Rußland und bei den Raketenschlägen gegen Syrien Anfang April 2017.

Rechtsbrecherin Merkel

"Was Merkel getan hat, ist geisteskrank", sagte Trump bereits während seines Wahlkampfes über die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin, und eines seiner stärksten Argumente gegen seine Gegenkandidatin war, daß "Hillary Clinton Amerikas Angela Merkel werden will". Tatsächlich hat die Christdemokratin mit ihrer Grenzöffnung am 4. September 2015 den ihr anvertrauten Staat und das Volk unerhörten Gefahren ausgesetzt.
Obwohl die Refugees-welcome-Politik eindeutig dem Grundgesetz widerspricht, gab es keine vorherige Beratung im Regierungskreis, die Sicherheitsbehörden wurden ebenso wenig konsultiert. Horst Seehofer beschwerte sich später, nicht einmal per Telefon informiert worden zu sein. Später rechtfertigte sie sich: "Es gibt Situationen, in denen muß entschieden werden."
Auf Nachfragen zu den schnell explodierenden Asylzahlen bekannte die ansonsten kirchenferne Frau in den Folgewochen: "Der Herrgott hat mir diese Aufgabe auf den Tisch gelegt." Als Seehofer sie wegen der unabgesprochenen Grenzöffnung rüffelte, flippte sie regelrecht aus: "Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, daß wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land."
Besonders schockierend war, daß sie nach einem Finanzstreit mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gesagt haben soll: "Ich glaube, der Tötungsvorgang ist im Gange." (FAZ, 19.9.2015, S.3) Welchen Herrgott rief sie an, welchem Land entzog die Allergnädigste ihre Gunst, welchen Tötungsvorgang wollte sie in Gang setzen? Oder anders gesagt: Kann man solchen Worten noch irgendwelche Rationalität unterstellen, und sei es die der Herrschaftssicherung, oder ist diese Person - wie Trump sagt - tatsächlich verrückt geworden?
Die letzten Monate des Jahres 2015 erinnerten auf unheilvolle Weise an den Beginn der Nazi-Diktatur, wenn auch unter entgegengesetzten Vorzeichen: Nicht Nationalsozialismus, sondern antinationaler Sozialismus scheint als Merkels Ziel auf - die Verteilung der Reichtümer Deutschlands an die ganze Welt. Auch ansonsten gibt es erschreckende Parallelen.
Man lese den Aufsatz Carl Schmitts mit dem Titel "Der Führer schützt das Recht" aus dem Jahre 1934; der Staatsrechtler billigte Adolf Hitler darin uneingeschränkte Machtbefugnisse zu, solange das Vaterland durch "die Denkweise eines liberalen "Rechtsstaats" gelähmt" sei, indem er "im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft".

Die mandschurische Kanzlerin

Die Asylkrise hat die Kanzlerin verwandelt. Immer wieder wiederholte sie, als stünde sie unter Hypnose, zwei zentrale Botschaften: "Wir schaffen das" und "Das Asylrecht kennt keine Obergrenze". Kritiker aus den eigenen Reihen biß sie weg, ließ sich dagegen von den oppositionellen Grünen und selbst vom linken Landesfürsten Bodo Ramelow loben.
Im Habitus, vielleicht sogar in der Psyche der Frau hatte sich ein Wandel vollzogen: Bis zum Sommer 2015 bevorzugte sie einen weichen Regierungsstil und scheute Festlegungen, sodaß sie sich - Beispiel Atomkraft, Bundeswehr und Maut - der Stimmung im Land geschmeidig anpassen konnte. Aber danach erlebte Deutschland eine eiserne Kanzlerin, die mit Basta-Diktaten ihren Kurs durchsetzte, der Maggie Thatcher alle Ehre gemacht hätte. Nur daß die britische Premierministerin inhaltlich für das Gegenteil stand. Deren Devise war immer: "Die Garantie für ein gutnachbarliches Verhältnis ist ein solider Zaun."
Die jähe Verhaltensänderung erinnert an den US-Film Der mandschurische Kandidat: Ein Politiker kommt zur Macht und wird dann dank eines vorher in seinem Kopf eingepflanzten Chips fremdgesteuert, um die Agenda finsterer Hintermänner durchzusetzen… Eine gehirnchirurgische Neuprogrammierung würden der Bundeskanzlerin selbst wildeste Verschwörungstheoretiker nicht unterstellen. Aber der Fakt bleibt, daß die einst betuliche Mecklenburgerin in der Asylkrise wie ein Roboter auftrat.
In dem vor kurzem erschienenen Buch des Welt-Journalisten Robin Alexander mit dem irreführenden Titel Die Getriebenen finden sich immer wieder Belege, daß Merkel gerade nicht

kopflos-getrieben, sondern kalkuliert handelte. Ein Beispiel dafür waren die Verhandlungen um den Asylpakt EU-Türkei am 6. März 2016 in Brüssel.
Zwar ist der Kern des Abkommens bekannt - die Türkei nimmt aus Griechenland abgeschobene Illegale zurück, darf aber im Gegenzug dieselbe Anzahl an Flüchtlingen ins Flugzeug nach Deutschland setzen, und wir dürfen das auch noch bezahlen -, aber Alexander verweist auf eine geheime Zusatzklausel, die durch mehrere Teilnehmer bezeugt wird: Merkel hat zugestimmt, daß "zwischen 150.000 und 250.000 Flüchtlinge ... pro Jahr aus der Türkei nach Europa umgesiedelt werden".
Und weiter: "Das türkische Innenministerium erstellt eine Liste mit den Namen von Flüchtlingen, die aus seiner Sicht in die EU weiterreisen dürfen. ... Akademiker oder Facharbeiter sind auf der Liste allerdings nicht verzeichnet. Qualifizierte Flüchtlinge will die Türkei nämlich behalten. ... Zum ersten Mal entscheiden nicht deutsche Beamte oder Richter, wer in Deutschland Schutz bekommt - sondern ein fremder Staat, der selbst Oppositionelle verfolgt."

Kurskorrektur auf dem Papier

Im Bundestagswahlkampf bemüht sich Merkel um kosmetische Korrekturen ihrer Einwanderungspolitik: Ihren berüchtigten Satz "Wir schaffen das", den sie 2015/2016 zigmal öffentlich intonierte, hat sie im laufenden Jahr nicht wiederholt. Die Antiterroreinsätze der Sicherheitsbehörden wurden sichtlich intensiviert, und Bundesinnenminister Thomas de Maizière durfte sogar Thesen zur deutschen Leitkultur aufwärmen. "Wir sind nicht Burka", verkündete er vollmundig in der Bild am Sonntag.
Aber das waren nur Worte. In der Realität hat sich nichts geändert. Ein Burkaverbot hat in der Union keine Mehrheit, geschweige denn ein Kopftuchverbot. Die von der CSU geforderte Obergrenze für Einwanderung lehnt Merkel ab, und die im Kabinett tatsächlich beschlossenen Abschiebungen nach Afghanistan finden in der Realität nicht statt.
Besonders bezeichnend: Der CDU-Parteitag im Dezember 2016 beschloß zwar ein Ende des von Erdogan-Türken weidlich ausgenutzten Doppelpaß-Unwesens - aber diese Forderung taucht im Bundestagswahlprogramm der CDU nicht auf. Kein Wunder: Derselbe Parteitag bestätigte Merkel, die den Doppelpaß verteidigt, mit einem Honecker-Ergebnis in ihrem Spitzenamt. Ihre oberste Priorität bleibt das Postulat: "Der Islam gehört zu Deutschland."
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Spezial 14: "Verrat am Wähler - Geschichte und Gegenwart der Altparteien".<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31103" berichtet am 23. November 2024 (x1.418/…): >>**Im Visier des Siegespfeils - 48. Nationenrede von Kla.TV-Gründer Ivo Sasek**

Wir sind so überspannt, so ausgelaugt von der ständigen Panikmache und dem andauernden Allfrontenkrieg, daß unsere Wünsche die Realitäten mittlerweile völlig ausblenden. Wir sind derart erschöpft, ermüdet von dem unaufhörlichen Schwall negativer Worte und Ereignisse, daß wir am liebsten nichts mehr hören, nichts mehr sehen und über nichts Negatives mehr reden möchten.
Ich leuchte nun etwas aus, welche Taten zu erbringen sind und welche Gesetzmäßigkeiten einzuhalten sind, damit wir berechtigte Hoffnung und Ruhe finden können:
Während für die einen die Sonne der Gerechtigkeit endlich am Aufgehen ist, versinkt sie für andere gerade wieder in neuen Abgründen finsterster Skepsis.
Hier also frohmachende neue Hoffnung und da überschäumendes Mißtrauen - das Chaos könnte wieder einmal nicht perfekter sein.
Werden sich jemals alle Seiten einig sein? Oder bleibt die allseitige Hoffnung, daß sich endlich Abend und Morgen, Tag und Nacht küssen werden? Bleibt das ein ewig unerhörtes Gebet, ein sich nie erfüllender Wunschtraum?
Vielleicht geht es ja auch gar nicht um Tag und Nacht. Vielleicht wurzeln all unsere Probleme

und Differenzen ja auch nur in allseitig ungesetzmäßigen Wunschträumen, wißt ihr?!
Wer immer nämlich denkt, wir könnten unsere nationalen Probleme losgelöst von den globalen bewältigen, lebt noch immer im Land der süßen Träume. Und nach diesem Satz werden mir jetzt einige zujubeln und sagen: "Ganz meine Rede!"
Doch jeder wird dabei wieder etwas völlig Eigenes darunter verstehen. Und so, wie die Früheren dachten, daß man unsere globale Problematik allein mit der Lösung der sozialen Frage bewältigen könnte - so glauben viele Heutige, daß unser globales Problem bewältigt sei, sobald wir die Ziele des Weltklimarates oder der Impfschutz-Allianz usw. erreicht hätten.
Wieder andere sehen die globale Grundlösung im Wirken von Donald Trump und QAnon, oder neuerdings von GESARA und NESARA (Global Economic Security and Recovery Act und National Economic Security and Recovery Act).
Und schon höre ich Einsprüche von anderer Seite, etwa von den Frommen oder den sonst wie Erleuchteten. Für sie ist die globale Problematik erst dann vom Tisch, wenn sich alle bekehrt haben oder wenn alle erleuchtet und ausreichend aufgestiegen sind wie ihre großen Meister. Wie nüchtern das alles ist, fragt sich dabei kaum jemand.
Noch tausend andere könnten hier zum Besten geben, wie ihrer Ansicht nach der globalen Bedrohung zu wehren sei. Und schon wieder ist das Chaos perfekt. Versteht ihr? Und wenn wir hier gleich eine Million weitere kluge oder esoterische oder sonst wie raffinierte Reformations- und Bewältigungsvorschläge auf dem Tisch hätten - sie befänden sich dennoch allesamt in ein und derselben Weise im Land der schönen Träume. Ganz einerlei, ob diese Träume dann politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher Natur oder religiöser, künstlerischer, okkulter oder welcher Phantasien auch immer entsprungen sind.
Ich sage: Jeder einzelne Mensch unter diesem Himmel, ja wir alle leiden an ein und denselben erbärmlichen Schwachstellen. Und welche sind das? Wir mißachten über unseren Wünschen und Träumen gerne allerlei unbeugsame Gesetzmäßigkeiten. Wir übersehen aufgrund der schönen Worte unserer Weltenlenker deren häßliche Taten. Wir verpassen aufgrund aller möglichen Heilsversprechen uns selber, unseren eigenen Einsatz!
Jeder einzelne Mensch unter diesem Himmel neigt leider dazu, sich selber zu verschonen und andere die Drecksarbeit machen zu lassen. Wann immer sich darum auch nur die leiseste Hoffnung auf einen Erretter am Horizont unserer Erwartung erhebt oder abzeichnet, verkriechen wir uns noch vollständig in der Selbstschonung. Das ist unser aller Problem. Und wir delegieren all unsere Verantwortungen und Aufgaben an diesen Retter oder diese Heilsbewegung ab, die sich neu zeigen.
Doch wir alle schauen unseren Rettern und Hoffnungsträgern leider nicht genug nüchtern auf die Finger! Darüber reden wir heute. Wir sind derart trunken vor Sehnsucht nach besseren Zeiten, daß uns schon die bloßen Worte und Versprechungen unserer allseits "daherschwatzenden Christusse" genügen. Die endliche Chance zur Entspannung ist uns so heilig, daß wir sofort in Rage geraten, wenn irgendeiner auch nur schon den leisesten Zweifel wegen fehlender Taten anmeldet. Wir sind so überspannt, so ausgelaugt von der ständigen Panikmache und dem andauernden Allfrontenkrieg, daß unsere Wünsche die Realitäten mittlerweile völlig ausblenden.
Wir sind derart erschöpft, ermüdet von dem unaufhörlichen Schwall negativer Worte und Ereignisse, daß wir am liebsten gar nichts mehr hören, nichts mehr sehen und über nichts Negatives mehr reden möchten. Ja, am liebsten würden wir uns alle in unsere Heilsvorstellungen und Wünsche einkapseln und uns wie ein Embryo im Mutterleib sorg- und schwerelos in Sicherheit wiegen lassen. So ist es doch. Uns allen fehlt leider die Geborgenheit, die Sicherheit, das endgültige Zuhause, die ersehnte Ruhe.
Aber wißt ihr, all diese Sehnsüchte können eben doch niemals die nackte Realität ersetzen. Ich will hier niemandem die Freude verderben oder gar die frisch erwachte Hoffnung trüben - was

ich aber will: Ich will eure Nüchternheit! Ich will, daß ihr jetzt nicht einschlaft. Nicht jetzt, und so lange nicht, bis es euch die real eingetroffenen Taten erlauben!
Und ich betone an dieser Stelle nochmals: Solange ein Versprechen noch nicht zur Tat geworden ist, besteht zwischen ihm und einer Lüge oder Täuschung noch null Unterschied! Ich leuchte nun etwas aus, welche Taten zu erbringen sind und welche Gesetzmäßigkeiten einzuhalten sind, damit wir berechtigte Hoffnung und Ruhe finden können.
Zuerst richten wir unseren Blick auf wirtschaftliche und politische Taten: Die von Donald Trump angekündigte Austrocknung des Sumpfes, sprich des Tiefen Staates, hat in Wirklichkeit erst dann stattgefunden - hört jetzt gut zu -, wenn das gesamte weltweite Zins- und Zinseszinssystem abgeschafft ist. Versteht ihr? Und zwar samt allen mächtigen Zinsherren und Sklavenhaltern der Menschheit, die dahinterstecken. Auch diese müssen restlos entmachtet und enteignet werden. Und ich werde euch jetzt zeigen warum.
Es sind keine wirklich notwendigen Taten vollbracht, wenn wir nur da und dort ein paar Köpfe von der Bildfläche verschwinden lassen. Das gesamte (!) Geldsystem muß weg, weil es gesetzmäßig zur Totalversklavung und zur Totalenteignung der gesamten Menschheit führen muß. Denkt darüber nach, was ich schon sagte. Wir müssen sowohl gesetzmäßig als auch nüchtern und tatenorientiert leben.
Seht doch: Durch das verbrecherische Geldsystem haben sich die größten aller Weltenlenker gesetzmäßig sämtliche erarbeiteten Leistungen der gesamten Weltbevölkerung unter den Nagel gerissen. In der Geld- und Machtgier liegt aber bekanntlich die Wurzel aller irdischen Übel und globalen Problematiken. Es sind darum Taten nötig, die nicht nur einzelne Verbrecher, sondern das gesamte System des Verbrechens schachmatt setzen. Seht doch, wie es die größten Verbrecher aller Zeiten eingefädelt und angegangen haben:
Zuerst haben sie sich in Geheimbünden formiert. Dann haben sie sich das verbriefte Recht ergaunert, um Geld aus bloßer Luft zu schöpfen. Dann haben sie dieses aus reiner Luft erschaffene Geld an alle Staaten dieser Welt verliehen. Nicht aber nur zeitlich verliehen, sondern zu hohen Zinsen und Zinseszinsen verliehen. Auf diesem Weg haben sie alle Nationen dieser Welt in eine derartige Überschuldung manipuliert, daß keine einzige Nation jemals mehr imstande sein wird, sich auch nur annähernd aus dieser maßlosen Überschuldung wieder zu befreien.
Weil wir Nationen auf diesen finanziellen Zaubertrick hereingefallen sind und unseren darin enthaltenen gesetzmäßig geplanten Untergang nicht durchschaut haben, verlieren wir Jahr für Jahr unsere gesamten gemeinsam erarbeiteten Gewinne an diese Zinsherren.
Ich sage es noch einmal mit verständlicheren Worten: Was immer wir als gesamte Weltbevölkerung in einem ganzen Jahr erarbeiten können, man nennt das übrigens Bruttosozialprodukt, das verlieren wir Jahr für Jahr allein zur Begleichung der Zinsen und Zinseszinsen dieser Schulden. Unsere Staatsbediensteten stellen es in ihren Jahresbilanzen immer so dar, daß wir als Völker denken, wir würden mit unseren Gesamtjahresleistungen die Staatsschulden abtragen. Aber genau das stimmt eben schon lange nicht mehr! In Wahrheit sind wir längst nicht mehr imstande, auch nur schon unsere Zinsen zu begleichen, während uns aber die Schulden dahinter exponentiell über alle Ohren hinauswachsen.
Ein und dieselben Geldherren, die ihr Geld zuvor aus reiner Luft erschaffen und uns geliehen haben - die fordern jetzt nach und nach alles mit Zins und Zinseszins in realen Sachwerten und Arbeitsleistungen von uns zurück. Wann endlich verstehen wir, in welchen Dimensionen diese Schwerverbrecher wirklich operieren?
Nur eine einzige Tat kann uns daher, jetzt wirtschaftlich und politisch betrachtet, aus dieser globalen Problematik heraushelfen: Die Trockenlegung nicht nur des gesamten Sumpfes jener Geldherren, die dieses Schwerstverbrechen teuflisch kalkuliert und in die Tat umgesetzt haben. Nein, die Tat muß auch die Beseitigung des gesamten Finanzsystems nach sich ziehen.

Wann endlich verstehen die Völker diese Rechnung, die uns doch schon so einleuchtend vor Augen gemalt wurde?
Beispiel: Hätte man Jesus zur Geburt ein kleines Goldstück aufs Sparbuch gelegt, mit all den gängigen Zinsen und Zinseszinsen, dann hätte sich dieses Geburtstagsgeschenk im Laufe der letzten 2.000 Jahre zu dutzenden sogenannten Erdkugeln aus reinem Gold vermehrt.
Versteht darum, was unter gesetzmäßigem Denken und Handeln zu verstehen ist: Die Geldbetrüger haben diese exponentielle Ausgestaltung des Zinswesens schon vor deren Inkraftsetzung haargenau verstanden. Ja, gerade weil sie dieses exponentielle Wachstum durchschaut haben und weil sie gecheckt haben, wie denkfaul und unfähig wir Menschen sind, gerade darum haben sie dieses betrügerische System eingeführt. Wozu? Um die gesamte Menschheit durch Schulden unter sich zu versklaven und unter ihre Gewalt zu bekommen.
Aber wißt ihr was? Wir stehen in Wahrheit gar nicht in deren Schuld und unter deren Gewalt! In Wahrheit stehen sie in unser aller Schuld! Und unter unser aller Gewalt! So ist es doch! Doch diese unsere Gewalt kann erst dann wirksam werden, wenn wir aus unseren Träumen aufwachen - wenn wir deren Täuschung endlich nüchtern gemeinsam ans Licht bringen und uns als betrogene Völker dazu aufmachen, diese listig erschlichene Überschuldung von uns abzustreifen und wegzuwerfen! Wirtschaftlich und politisch ist diese lügnerisch und fiktiv aufgebaute Schuldenblase gleichsam unser Strick, an dem wir alle baumeln. Sie ist unsere reale und zugleich tiefste globale Problematik.
Und nun schauen wir auch noch auf die Taten einiger neu aufgekommenen Heilsbringer. Schon die Vorwürfe an führende Aktivisten von GESARA und NESARA zeigen, daß sie den wahren Wurzeln des Verbrechens und der Verbrecher dahinter keinesfalls an den Kragen gehen. Vielmehr sollten sie ihren Nachfolgern erklären, warum sie mit ihren sauer erworbenen Geldern in einer Weise handeln, wie es die Welt noch nicht gesehen hat. Vielen fällt es sehr schwer, hinter den sich zeigenden Früchten von GESARA und NESARA einen gesunden Baum zu erkennen. Wer kann die Vorwürfe an den GESARA-online-Shop einordnen, wer sie verstehen?
Wenn dort Währungen wie etwa der Simbabwe-Dollar, der Irakische Dinar und der Vietnamesische Dong zu horrenden US-Dollar-Preisen gehandelt werden … Wer kann sich das erklären, daß sie das tun, obwohl doch jene Währungen nur einen absoluten Bruchteil davon wert sind?
Ein Beispiel: Wie vertrauenswürdig wäre Kla.TV für dich, wenn wir in einem Shop mit ausgemusterten D-Mark-Scheinen handeln würden? Ja, wenn wir zum Beispiel 10 oder 100 D-Mark-Scheine für 1.000 Euro das Stück verkaufen, und dabei die Hoffnung verbreiten würden: Jetzt, wo die AfD im Verbund mit Donald Trump daherkommt, würde in Deutschland ja eh bald wieder die alte Währung eingeführt … Wer hätte da noch Vertrauen zu uns? Und erkennt doch, wie Donald Trump gerade die Vision verbreitet, alle Währungen seien auf einem ebenen Level zu führen.
Angesichts der wirklich unzähligen Billionen fiktiver Staatsschulden allerseits, tröstet das doch überhaupt nicht. Denn diese hängen ja nach wie vor wie ein Damoklesschwert über unseren Köpfen. Und wie sollen wir mit den Vorwürfen gegen den GESARA-Mann Nicholas Veniamin umgehen, der die Aufwertung von Währungen angekündigt habe, in die seine Nachfolger investierten? Wie sollen wir das erklären? Oder können wir hier eine eindeutige Lüge nachweisen?
Solange GESARA auch nur schon im Entferntesten zuläßt, daß ausgerechnet in Irakische Dinars investiert wird, müßten doch eigentlich selbst Menschen mit null ökonomischem Wissen wittern, daß man nicht in entwertete Währungen investieren sollte. Wer hat die realen Beweise dafür, daß Veniamin etwa 2022 nicht eine Billion Simbabwe-Dollar angeboten hatte - damals für 428 US-Dollar? Und dies, obwohl Simbabwe unter einer der krassesten Hyperinfla-

tionen in der modernen Geschichte leidet? Man könnte gerade so gut in die alten Swissair-Aktien investieren, wo es die Swissair doch gar nicht mehr gibt. Verstehst du?
Ich habe daher ziemlich viel Verständnis für alle, die sich nicht nur von den "missionarischen Einflüssen" von QAnon, sondern auch ebenso von GESARA und NESARA distanzieren. Ich selber komme vor allem nicht darüber hinweg, daß solche Bewegungen die Menschen entweder in die Passivität oder dann in den Irrsinn des finanziellen Desasters führen. Auch unser Finanzexperte Ernst Wolff hat diesbezüglich in seiner "Tagesdosis" m. E. wichtige und fachkompetente Auskünfte zu den GESARA- und NESARA-Aktivitäten gegeben.
Dennoch fahren immer mehr QAnon-Leute nun auf GESARA und NESARA ab. Und wieder sage ich, wie es ist: Nur die Taten zählen! Aber welche Taten? Es zählen einzig die Taten, die auch jene Gesetzmäßigkeiten berücksichtigen, auf die es im tiefsten Grunde ankommt. Wie eben beim Zinssystem erklärt. Wenn sich QAnon, GESARA und NESARA als wirkliche Heilsbewegungen erweisen wollen, dann sollen sie zusammen mit Donald Trump nicht bloß ein paar störende Rivalen aus dem Sumpf des Deep State austrocknen, nicht nur ein paar Ämter neu belegen und dabei lauter Worte der Hoffnung verbreiten.
Wenn all diese wirkliche Heilsträger sind, dann sollten sie alle Völker der Erde zu einem einzigen nötig gewordenen Volksgericht versammeln, um die wahren Urheber, um die wahren Sklavenhalter dieser Welt, samt ihrem Sklavensystem auszutrocknen! Alles andere wären nur neue Flicken auf ein altes Kleid.
Was aber wirken sie statt dessen? Was zeigen bislang ihre realen Taten? Während sie Worte des Heils und der weltweiten Befreiung aussprechen, sehen ihre Taten im Endeffekt etwa so aus: Der neue Heilsträger Elon Musk weitet im Namen der KI-Bekämpfung die KI in eine derart krasse Dimension aus, daß er alle KI-Entwicklungen der Vergangenheit damit weit in den Schatten stellt.
Statt die Hauptinstrumente der globalen Menschheitsversklaver aufzudecken und auszurotten, läßt Elon Musk deren Hauptwaffe 5G für uns alle unkontrollierbar ins All schießen. Er übersät uns mit 5G-Kriegswaffen, wie es keine Organisation je zuvor getan hat. Seht dazu meine Rede, was der Gründer von 5G zu dieser Technik sagt. (www.kla.tv/26950: Diese Killer wollen uns beherrschen! Top-Whistleblower sagen aus!)
Die ausstehenden Taten von GESARA, NESARA und QAnon habe ich gerade erwähnt. QAnon-Anhänger hatten mich und Kla.TV während der Corona Zeit ständig gemaßregelt, uns regelrecht geistig verprügelt, weil wir nicht mit ihnen frohlockt haben. Was haben sie gesagt? "Bis Ostern 2022 ist der ganze Spuk vorbei, weil Trump und QAnon kommen." Sie haben uns nachgestellt, weil wir nicht blind den Heilsversprechungen von Trump verfallen waren. Was aber zeigen nun Trumps reale Taten während seiner ersten Amtszeit? Seht unserer "Akte Trump" nüchtern ins Auge. Ich will hier niemandes Hoffnung zerstören, wohl aber jede Gattung falscher Hoffnung!
Trump hat im Namen der Stärkung seiner eigenen Nation so viele Bomben auf andere Länder abgeworfen, wie mehrere Präsidenten vor ihm zusammen nicht. Das ist die Wahrheit. Nur den Sumpf hat er in keinem Ansatz trockengelegt, wie er es ausgerufen hat. Darum rate ich allem voran: Beobachtet Trumps Taten im Hinblick auf seine neuesten Wahlversprechen. Ich stelle aber nicht in Frage, daß er innert kürzester Zeit den Rußland-Ukraine-Krieg beenden wird.
Ich denke, das wird er ziemlich schnell und ziemlich sicher tun, wenn auch wahrscheinlich nicht in nur 24 Stunden, wie er angegeben hat. Aber selbst, wenn: Wer die Doku zum Gaza-Krieg von Kla.TV genau studiert hat und weiß, daß Trump nicht einfach ein harmloser Christ, etwa ein Katholik, sondern ein knallharter Jesuit ist - darüber hinaus ein Finanzier der Lubawitsch-Bewegung - der sollte sich jetzt gut überlegen, was das im Zusammenhang mit dem Jesuitenschwur bedeutet.
Ich gebe dir einen ganz kleinen Auszug von einem wirklich langen Jesuiten-Eid als Beispiel,

daß Du weißt, was hinter diesen Leuten steckt: "Ich verspreche und erkläre auch, … irgendeine ketzerische Religion anzunehmen, um die Interessen der Mutterkirche auszubreiten …", damit ist der Luzifer-Kult gemeint, "… daß ich, wenn sich die Gelegenheit bietet, unbarmherzig den Krieg erkläre und … geheim oder offen gegen alle Ketzer, Protestanten und Liberale vorgehe …"
Das steckt hinter diesen Leuten. Es ist also dringend geboten, folgende reale Taten von Trump unter nüchterne Beobachtung zu stellen:
Wie im hinten eingeblendeten Kla.TV-Dokumentarfilm (www.kla.tv/29810: Gaza-Krieg: Verdeckte Kriegstreiber enthüllt!) bewiesen, sehnen sich die Lubawitscher nach dem großen Harmagedon, dem schlimmsten Krieg aller Zeiten. Und diese Sorte Menschen, die nun schon seit Jahrzehnten den neuen Messias heraufbeschwören möchten, der dieses Harmagedon verwirklicht - genau diese hoch einflußreiche Bewegung glaubt nun, in Trump ihren zweiten nichtjüdischen Messias zu erblicken.
Der erste nichtjüdische Messias war ja bekanntlich Kores, der den Tempel nach der Deportation nach Babylon wieder aufgebaut hat. Das deutet aber darauf hin, daß unter Trump wohl jetzt der dritte Tempel in Jerusalem auf dem Tempelberg errichtet werden sollte. Trumps Schwiegersohn gehört der Lubawitsch-Bewegung an.
Auch das sind zunächst wieder nur bloße Worte, auch von mir. Ich aber sage: Laßt uns nun wie Adler die Taten Trumps beobachten und nicht mehr wegschauen. Wenn man all diese eben genannten Punkte miteinander verbindet, dann steht nämlich die berechtigte Befürchtung im Raum, daß Trump den Rußland-Ukraine-Krieg zwar baldmöglichst beenden wird, aber eben nur, weil er dazu auserkoren ist, den 3. Weltkrieg aus dem Israel-Palästina-Konflikt heraus zu vollenden. Und wie dieser 3. Weltkrieg aussieht, hat der Hochgrad-Satanist, Hochgrad-Freimaurer und vor allem Kriegsgeneral Albert Pike schon vor weit über 100 Jahren brieflich befohlen.
Seine ersten zwei verordneten Weltkriege mit ihren Zielen haben sich, wie ihr wißt, aufs Tüpfelchen genau erfüllt: Im Ersten Weltkrieg sollte das Zarenreich abgeschafft und der Kommunismus aufgebaut werden. Als Frucht des Zweiten Weltkrieges sollte der Staat Israel entstehen und die Auflösung aller Nationalstaaten und aller gehabten Werte ihren Anfang nehmen.
Der Dritte Weltkrieg soll sich, nach Kriegsgeneral und Hochgrad-Satanist Albert Pike, über den Juden-Moslem-Konflikt im Nahen Osten zum Harmagedon in der ganzen Welt ausbreiten. Ein Kataklysmus, eine weltweite Kriegskatastrophe in nie dagewesener Weise soll daraus hervorgehen. So, daß als Endresultat keine einzige Religion, keine Philosophie, keine Nationalität und keine Moral mehr existieren soll, bis hin zur Errichtung der einen reinen Lehre Luzifers, wie sie schreiben. Wir haben darüber ausreichend genug berichtet. Unten im Sendungstext findet ihr auch noch einmal die Briefe vom General und Hochgrad-Satanisten Albert Pike an den Illuminaten-Leiter Mazzini:
Und nun zum dritten Teil: Was diese Welt in ihrer globalen Problematik jetzt braucht, sind reale entsprechende Taten. Und die Leistung dieser Taten müssen die Völker gemeinschaftlich erbringen. Wir können sie nicht an einzelne Vertreter des Volkes oder der Völker abdelegieren. Wie wir in vielen Sendungen nachgewiesen haben, existiert weltweit ein Rechtsbankrott. Das meint, die Justiz funktioniert in keinem Land der Erde mehr volksorientiert. Statt dessen dient sie vorwiegend den genannten Finanzbetrügern.
Die Völker selber müssen daher durch Aufdeckung dieser Wahrheit zur Vollendung ihrer demokratischen Stellung gelangen und den weltweiten Beschluß fassen, daß zuerst einmal all diese Geldbetrüger und Machtmenschen ihrer Mittel beraubt werden.
Jedes Ausweichen auf Ersatzwährungen allein ist daher viel zu kurz gegriffen. Die eigentlich notwendige Tat, auf die es auch unsererseits ankommt, sieht folgendermaßen aus: Denn solange diese ergaunerten und daher rein fiktiven Staatsschulden noch Rechtsgültigkeit besitzen,

wird man sie von uns allen mit Gewißheit abfordern. Und man wird sie mit allen Sicherheitskräften eisern erzwingen.
Zuerst müssen wir uns nun aber zur vollendeten Demokratie hochschwingen, unsere Stimme vereinen, weil ja jeder einzelne "Erdling" in gleicher Weise betrogen wurde und durch dieselben Täter bedroht ist. Und dann soll die Menschheit überall legitime, volksorientierte Gerichte ausrufen. Diese waren früher noch ganz normal und wurden Volkstribunale oder Geschworenengerichte genannt. Über selbsterwählte Bevollmächtigte kann die demokratisch handelnde Weltgemeinschaft diese Schuldgesetze dann als illegal erklären, die verursachenden Straftäter enteignen und dingfest machen. Ganz legal!
Seht zum Verlauf und zur praktischen Umsetzung die im Dezember folgende Kla.TV-Sendung von Don Ikon. Und dann erst können sinnvoll neue Finanzwege errichtet werden. Wie immer hernach neue und zinsbefreite Währungen und Tauschsysteme auch aussehen mögen, spielt dann keine Rolle mehr. Sie alle werden neuen Sinn machen, weil sie endlich ungestört funktionieren können, zinsfrei! Aber erst dann kann diese Tat fruchten, vorher nicht.
Nur wenn wir in einem weltweiten Beschluß deren Enteignung beschließen, können wir ihrem verbrecherischen Beschluß entfliehen, daß sie uns noch restlos enteignen. Dies werden sie nur tun können, wenn sie ihr digitales Geld, ihren digitalen Impfpaß und damit den Totalraub unserer Freiheit in die Tat umzusetzen vermögen. Da sämtliche Überwachungstechnologien, sämtliche Kommunikationswege und nahezu alles schon digitalisiert ist, liegt nur noch ein Knopfdruck zwischen unserer Totalversklavung und unserer realen totalen Freiheit. Die Hand der Bösewichte liegt also bereits auf dem roten Knopf.
Wenn jetzt nicht Taten folgen, und zwar unsere eigenen Taten und die Taten all unserer verfügbaren stellvertretenden Mächte, dann wird uns in Kürze die harte Realität aufwecken - dann aber wirklich grob und unbarmherzig. Dann werden wir, wie die Batteriehühner in vorgeplante 15-Minuten-Städte verfrachtet, aber auch wie die Hühner nach Belieben abgeschlachtet und ausgeweidet. Glaubt das einmal besser! Jetzt noch kämpfen wir tausende Kämpfe: von Linken gegen Rechte und umgekehrt, von der Mitte kommend nach unten, oben, hinten, vorne ...
In der Schweiz beginnt gerade der neue Kampf um die Frage, ob wir um der Übervölkerung willen die Nationalstraßen ausbauen - oder ob wir diese um des Klimas und um unserer schönen Landschaften willen nicht ausbauen sollen. Das ist das Referendum. Aber ich sage: Statt dessen sollten sich alle in den Haaren liegenden Parteien verbinden und gemeinschaftlich eben jene Kräfte bezwingen, von denen ich hier die ganze Zeit rede.
Denn es sind ein und dieselben Kreise, die auch unsere Übervölkerung erzwungen haben, sodaß es zu diesen zunehmenden Verkehrsproblemen überhaupt gekommen ist. Ob nun aber so bei uns in der Schweiz oder in anderen Ländern wieder ganz anders. Der uns angreifende Feind geht immer in derselben Weise vor:
Zuerst kocht er künstlich Probleme auf, in die wir uns alle mächtig verstricken. Dann führt er uns auf Nebenschauplätze, wo wir uns gegenseitig politisch, wirtschaftlich, religiös und allerlei sonst noch in die Haare kriegen. Über diese ständige Hetze schlagen wir uns gegenseitig die Köpfe ein und zwar mit lauter Worten aus uns indoktrinierten Theorien. Und dabei verpassen wir allesamt, die realen Gesetzmäßigkeiten und die realen Taten hinter allem im Auge zu behalten.
Dann aber, wenn das geschürte Chaos perfekt ist, kommt der hinterhältige Chaosverursacher und stülpt uns seine vorher geplanten Auswege mit Gewalt über den Kopf. Genauso erreichen die Geheimbund-Aktivisten ihre Ziele, ihr Lieben. Doch damit muß jetzt Schluß sein. Wir orientieren uns künftig nur noch an realen Taten und nicht an Worten allein.
Was aber sind reale Taten, wenn wir zum Beispiel von der Lösung unserer globalen finanziellen Problematik sprechen? Die einen Taten habe ich in dieser Rede bereits beschrieben. Da

geht es um die Bezwingung und Auflösung der globalen Finanzverbrechen und Verbrecher, um die Auflösung der Verbindlichkeiten zu Gesetzmäßigkeiten, die uns einzig den absoluten Bankrott und Niedergang garantieren.
Was aber sind die realen Taten, die von uns als Volk gefordert werden? Hier sage ich zum Schluß: Es sind jene Taten, die ihr z.B. an meinem Leben, an dem Leben meiner Familie, an dem Leben von Kla.TV, AZK und der dahinterstehenden OCG erkennen könnt:
Wir reden nicht nur von einer neuen Welt ohne Geld, sondern wir leben sie in Tat und Wahrheit - und dies schon seit über 45 Jahren. Erkennt ihr den Unterschied zwischen Wort und Tat? Tat ist, wenn man wie Ivo Sasek über 45 Jahre hinweg alles unentgeltlich tut. Wenn man sämtliche Dienstleistungen samt Produkten aus reinster und echtester Zuneigung zu seinen Mitmenschen ohne Forderung einer Gegenleistung auf den Markt bringt.
Gegenleistungen werden nur dann erbracht, wenn zuvor die realen nützlichen Taten erkannt und aus tiefster Dankbarkeit erwidert werden möchten. So läuft das in der neuen Welt. Dann kann die Gegenleistung in jeder nur denkbaren Form erfolgen. Es kann im Austausch von Produkten, sicher auch in Geldwerten - welcher Art auch immer - oder wiederum durch ergänzende gegenseitige Dienstleistungen erfolgen. Wie auch immer. So und nicht anders leben wir seit Jahrzehnten.
Wir dienen immer weiter und weiter und du kannst sämtliche unserer Produkte, zehntausende Sendungen, Spielfilme, Filme, tausende Vorträge, Bücher … Was immer du von uns haben willst, kannst du alles unentgeltlich bekommen. Nichts machen wir mit einer Forderung verbunden, sondern alles nur aus freien Stücken, weil du ich und ich du bin. Weil wir zusammen nur einen einzigen lebendigen Organismus bilden und es jedem besser geht, wenn man seinen Mitmenschen hochbringt, daß es ihm gut geht.
Und so, wie wir schon immer unseren Worten die Taten vorausgehen ließen, so möge es ein jeder von uns tun. Das ist die neue Welt. Wenn aber auch umgekehrt, sei es so oder anders: Letztlich dürfen nur die realen Taten zählen! Die stehen im Mittelpunkt. Und zwar jene Taten, die auch die Gesetzmäßigkeiten mitberücksichtigen - wie ich sie im Zinssystem erklärt habe - und nicht auf bloße Wunschträume hin ausgeführt werden.
Ich bin jetzt durch. Ich bin Ivo Sasek, der im 48. Jahr vor Gott steht.<<
Niederlande: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. November 2024 (x1.417/…): >>**Haftbefehl: Kommt Netanjahu jetzt vor Gericht?**
Von *S. Hofer*
Der Internationale Strafgerichtshof hat Haftbefehl gegen Benjamin Netanjahu, seinen früheren Verteidigungsminister und einen Hamas-Führer erlassen. Das bringt den israelischen Regierungschef weiter in Bedrängnis. …
Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) hat am 21. November einen beispiellosen Schritt gewagt, indem er Haftbefehle gegen Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, seinen ehemaligen Verteidigungsminister Joav Gallant und Hamas-Anführer Mohammed Deif erlassen hat.
Der Beschluß, der auf einem Antrag von Chefankläger Karim Khan basiert, markiert einen bedeutenden Wendepunkt in der internationalen Anerkennung und Verfolgung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt.
Grundlage der Haftbefehle
Die Haftbefehle wurden wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgestellt, die nach Ansicht des IStGH im Gazastreifen nach dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 begangen wurden.
Die Anklagepunkte gegen Netanjahu und Gallant beinhalten unter anderem:
- Aushungern als Kriegsmethode: Der Strafgerichtshof argumentiert, daß der israelische Pre-

mier und sein ehemaliger Verteidigungsminister angewiesen hätten, die Zivilbevölkerung im Gazastreifen bewußt von lebensnotwendigen Gütern wie Nahrung, Wasser, Medizin, Treibstoff und Strom fernzuhalten.
- Angriffe auf Zivilisten: Darüber hinaus werden beide auch beschuldigt, für vorsätzliche Angriffe auf die Zivilbevölkerung verantwortlich zu sein.
- Mord und Verfolgung: Weitere Vorwürfe richten sich auf das Verursachen großen Leids und die Verfolgung von Gruppen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit.
Hamas-Anführer Deif steht unter ähnlichen Anklagepunkten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Überfall seiner Organisation auf das Supernova-Musikfestival in der Negev-Wüste am 7. Oktober, der mehr als 1.200 Menschenleben forderte. Zudem wurden über 250 Geiseln in den Gazastreifen verschleppt.

Reaktionen auf das Urteil

Während das Büro von Israels Ministerpräsidenten Netanjahu den Haftbefehl als "antisemitisch" bezeichnete, erklärte Außenminister Gideon Sa'ar, der Internationale Strafgerichtshof habe seine Legitimität verloren. Staatspräsident Jitzchak Herzog sprach sogar von einem dunklen Tag für die Menschheit.
Die Hamas wiederum begrüßte die Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant als Schritt zur Gerechtigkeit, während die Palästinensische Autonomiebehörde alle Mitgliedsstaaten des Gerichtshofs aufforderte, die Entscheidung umzusetzen und die Beschuldigten vor Gericht zu bringen.
Noch-US-Präsident Joe Biden stellte sich gegen Ankläger Khan und ließ verlautbaren, daß Israels Kriegführung im Gazastreifen vom Recht gedeckt sei, sich gegen die Hamas zu verteidigen. Andere Länder wie Frankreich oder die Niederlande stärkten dem Strafgerichtshof hingegen den Rücken und signalisierten, sie würden die Haftbefehle umsetzen, haben andere, insbesondere die USA, diesen Schritt kritisiert. EU-Chefdiplomat Josep Borrell erklärte, daß die Haftbefehle für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bindend seien.
Scharfe Kritik am Schritt des IStGH übte hingegen Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban, der als engster Verbündeter Netanjahus in Europa gilt. Im ungarischen Rundfunk sagte er gestern: "Im Laufe des heutigen Tages werde ich den israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu zu einem Besuch nach Ungarn einladen", wobei er ihm "garantieren" könne, daß der Haftbefehl "in Ungarn keine Auswirkung haben wird und daß wir uns nicht daran halten werden". Die Maßnahme des IStGH sei "falsch", der israelische Premier könne in Budapest "in angemessener Sicherheit" Verhandlungen führen.

Mögliche Folgen für Netanjahu

Sollte Netanjahu der Einladung nachkommen und Orban sein Versprechen halten, würde sich der ungarische Regierungschef theoretisch strafbar machen, da Budapest das Römische Statut - den Gründungsvertrag des Gerichtshofs - verletzen würde. Ungarn ist Mitgliedsstaat des IStGH. Allerdings ist es in der Vergangenheit schon in anderen Fällen vorgekommen, daß Strafbefehle ohne Konsequenzen ignoriert wurden.
Für Netanjahu bedeutet der Beschluß des Strafgerichtshofs, daß er seine Reisen stark einschränken müßte, da er in den 124 Vertragsstaaten des IStGH festgenommen werden könnte. Der Haftbefehl könnte zudem Druck auf Netanjahu ausüben, sowohl in Israel als auch international, was seine Position als Regierungschef weiter untergraben könnte. Oppositionelle könnten den Vorfall nutzen, um ihn zu stürzen.
Darüber hinaus könnten Israels Beziehungen zu Ländern, die den IStGH unterstützen, stark belastet werden, besonders wenn diese Staaten tatsächlich versuchen würden, Netanjahu festzunehmen. Unabhängig von der praktischen Umsetzung der Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant haben sie auf jeden Fall eine starke symbolische Wirkung, die dem internationalen Ansehen Israels weiter schaden.

Israel hat das Römische Statut nicht ratifiziert, was nach Ansicht von Orban und anderen die Zuständigkeit des Gerichts in Frage stellt. Jedoch können die Palästinensergebiete, die das Statut anerkannt haben, als Grundlage für die Gerichtsbarkeit dienen.
Der IStGH hat keine eigene Exekutive, um Haftbefehle durchzusetzen. Er daher ist auf die Kooperation der Mitgliedsstaaten angewiesen, was die tatsächliche Inhaftierung von Netanjahu oder Gallant unwahrscheinlich macht, sofern sie nicht in einem Vertragsstaat reisen. Ob die Niederlande, Frankreich oder andere Staaten, die eine Vollstreckung im Falle einer Einreise der beiden Israelis zugesagt haben, ihren Worten auch Taten folgen lassen würden, ist ebenfalls fraglich.

Finanzielle Interessen

In unserer aktuellen Dezember-Ausgabe werfen wir erneut ein Schlaglicht auf den Krieg in Gaza und zeigen, daß dabei auch finanzielle Interessen eine Rolle spielen. So gibt es "ein etwa das 25 bis 30 Milliarden Kubikmeter umfassendes Gasvorkommen, das 30 Kilometer vor der Küste in über 600 Metern Tiefe unter dem Meeresgrund schlummert". Weiter heißt es in dem Beitrag in COMPACT 12/2024:
"Bereits im Jahr 2000 wurde das gigantische Gasfeld entdeckt, doch trotz ersten Testbohrungen konnte aus Gaza Marine - so die Bezeichnung des Explorationsgebietes - bisher nichts gefördert werden. Erschließungsversuche scheiterten an der fehlenden Einigung zwischen Israel und den Palästinensern, insbesondere mit der seit 2007 in Gaza alleine regierenden Hamas."
Außerdem regte Jared Kushner, Schwiegersohn des US-Präsidenten Donald Trump im März 2024 im britischen Guardian an, wertvolle Grundstücke an der Küste von gewinnbringend zu vermarkten. "Nur: Die alten Bewohner dieser Grundstücke stehen dabei den profitablen Vermarktungsplänen noch im Weg, weshalb Kushner empfiehlt, im Rahmen der 'allgemeinen Säuberung von Gaza' die entsprechenden Gebiete freizuräumen. ... Wenn er für Israel verantwortlich wäre, würde er die Zivilisten etwa aus Rafah herausholen und 'mit Diplomatie' nach Ägypten bringen", heißt es dazu in unserer Dezember-Ausgabe.
Ob aus ethnischen, politischen oder wirtschaftlichen Gründen: Die Debatte, wie die Zeit nach dem Krieg in Gaza aussehen soll, hat in Israel längst an Fahrt aufgenommen.<<

USA: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 23. November 2024 (x1.421/…): >>**Kündigung wegen Impfverweigerung: US-Unternehmen muß 12 Millionen Dollar an ehemalige Mitarbeiterin zahlen**
Eine ehemalige IT-Spezialistin von Blue Cross Blue Shield of Michigan weigerte sich aus religiösen Gründen sich gegen Covid zu impfen und wurde deswegen entlassen. Ein Bundesgericht in Detroit hat ihr nun eine Rekordentschädigung von über 12 Millionen US-Dollar zugesprochen.
Von *Redaktion*

Der Versicherer Blue Cross Blue Shield of Michigan muß 12 Millionen Dollar Entschädigung zahlen

Ein Bundesgericht in Detroit hat einer ehemaligen Mitarbeiterin von Blue Cross Blue Shield of Michigan (BCBSM) eine Entschädigung von weit über 12 Millionen US-Dollar zugesprochen. Dies berichtet das amerikanische Nachrichtenmagazin Newsweek. Lisa Domski, die mehr als drei Jahrzehnte als IT-Spezialistin für das Unternehmen tätig war, wurde entlassen, nachdem sie die COVID-19-Impfung verweigert hatte. Das Urteil umfaßt 10 Millionen US-Dollar Strafschadenersatz, 1,7 Millionen US-Dollar für entgangenen Lohn und 1 Million US-Dollar für nichtwirtschaftliche Schäden.
Domski reichte eine entsprechende Klage wegen religiöser Diskriminierung ein, nachdem ihr Arbeitgeber ihren Antrag auf Befreiung von der 2021 eingeführten Impfpflicht abgelehnt hatte. Sie argumentierte, daß die Impfanforderung mit ihren katholischen Überzeugungen unver-

einbar sei. Laut Gerichtsdokumenten arbeitete Domski während der Pandemie vollständig und vor COVID-19 größtenteils im Homeoffice. Ihr Anwalt Jon Marko betonte, daß sie aufgrund dieser Arbeitsregelung auch ohne Impfung keine Gefährdung für andere darstellte.
"Unsere Vorfahren kämpften und starben für die Freiheit jedes Amerikaners, seine eigene Religion auszuüben. Weder die Regierung noch ein Unternehmen haben das Recht, eine Person zu zwingen, zwischen ihrer Karriere und ihrem Gewissen zu wählen", erklärte ihr Anwalt. "Lisa weigerte sich, ihrem Glauben und ihren Überzeugungen abzuschwören und wurde zu Unrecht von dem einzigen Job entlassen, den sie je gekannt hatte. Das heutige Urteil der Jury sagt ..., daß religiöse Diskriminierung keinen Platz in Amerika hat und bekräftigt das Recht eines jeden Menschen auf Religionsfreiheit."
Blue Cross Blue Shield of Michigan führte im Oktober 2021 eine Impfpolitik ein, die eine vollständige COVID-19-Impfung oder eine religiöse beziehungsweise medizinische Ausnahmegenehmigung für alle Mitarbeiter vorschrieb. Während des Gerichtsverfahrens bestritt das Unternehmen jegliche Diskriminierung und zweifelte in früheren Gerichtsdokumenten die Aufrichtigkeit von Domskis religiösen Überzeugungen an.
In einer Stellungnahme zum Urteil verteidigte der Versicherer sein Vorgehen und betonte, daß die Maßnahmen während der Pandemie dem Schutz der Gesundheit und Sicherheit von Mitarbeitern, Interessengruppen und Gemeinden dienten. Nach der Urteilsverkündung deutete Blue Cross Blue Shield of Michigan an, rechtliche Optionen prüfen zu wollen. Daß das Krankenversicherungsunternehmen in Revision gehen wird, gilt als nicht ausgeschlossen.<<

24.11.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. November 2024 (x1.420/…): >>**Das erste Leben der Angela M." von Ralf Georg Reuth und Günther Lachmann**

Das erste Leben der Angela M.

Die Autoren interviewten Zeitzeugen und recherchierten in Archiven über dieses erste Leben der Angela Merkel. Sie belegen, daß die Bundeskanzlerin in ihren politischen Ehrgeiz nicht erst im Zuge der Wende entdeckte. Als Angehörige der sowjetisch geprägten Wissenschaftselite des SED-Staates war sie zielbewußt und system-konform.
Unter dem Eindruck von Gorbatschows Glasnost und Perestroika trat sie dann als Reformkommunistin für einen demokratischen Sozialismus in einer eigenständigen DDR ein. Und doch war sie nur fünfzehn Monate nach dem Mauerfall Bundesministerin im wiedervereinigten kapitalistischen Deutschland. Ralf Georg Reuth und Günter Lachmann zeigen, wie dieses erste Leben ihr zweites als CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin mitbestimmt, bis heute.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. November 2024 (x1.420/…): >>**Merkel-Memoiren: Ouvertüre zu "Schwarz-Grün"?**

Kein anderer Politiker der Nachkriegszeit hat der Freiheit dieses Landes mehr Schaden zugefügt als Angela Merkel (CDU). Wobei Nancy Faeser (SPD) gleich an zweiter Stelle kommen dürfte.
Vom Atomausstieg über die Nicht-Schließung der Grenzen bis hin zur staatlichen Corona-Willkür - die Ära Merkel hat Deutschland bis zur Unkenntlichkeit verändert. Am Dienstag (26. November) stellt Merkel vor geladenen Claqueuren im Deutschen Theater Berlin ihre Memoiren vor. Das Machwerk kommt rechtzeitig zu Weihnachten in den Buchhandel. Die 736 Seiten tragen den verlogenen Titel "Freiheit". "Frechheit" wäre passender gewesen!
Auf dem Cover dominiert die Farbe Blau, die Farbe der Könige. Blau ist der Hintergrund, blau ist ihr Blazer, blau sind ihre kalten Augen, blau ist der Türkis an ihrer Halskette. Das viele Blau soll eine Hommage an ein Europa sein, das unter den Folgen der von Merkel eingeleiteten Masseneinwanderung weitgehend seine abendländische Identität verloren hat.
Grün wäre die ehrlichere Farbe gewesen! Grün hätte, knapp drei Monate vor der geplanten

Neuwahl (23. Februar), auch wie die Faust aufs Auge in die aktuelle politische Landschaft gepaßt:
- Während die meisten hierzulande über Schwarz-Rot spekulieren, ist "Schwarz-Grün" ausweislich jüngster Umfragen wieder zu einer realen Gefahr geworden. Und Merkel mit ihrer Prätorianer-Garde in Düsseldorf und Kiel tut hinter den Unions-Kulissen alles, daß es dazu kommt.
Sie sagt es diese Woche im linksgrünen Gerüchtemagazin "Spiegel" auch ganz offen: "Ich finde es nicht in Ordnung, daß Markus Söder und andere in CSU und CDU derart abfällig über die Grünen sprechen." Vor dem Hintergrund der Stärke der AfD und den Entwicklungen um das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) dürften "diejenigen, die koalieren können, sich ihre Bündnisfähigkeit nicht noch selbst zerschlagen".

"Bringschuld gegenüber Migranten": Merkel verhöhnt Deutsche!

Die Ex-Kanzlerin, die aus der sozialistischen Kälte kam, nimmt nichts zurück, sie hat nichts begriffen, sie zeigt keine Reue. Sie verweigert sich weiterhin den Folgen der von ihr mit geschaffenen Realitäten - vom täglichen "Einzelfall" über die Arabisierung/Islamisierung ganzer Stadtteile bis zum (auf lange Sicht) de facto Bevölkerungsaustausch.
Wenn Angela Merkel, wofür bei wissenschaftlicher Analyse ihrer politischen Laufbahn aus Sicht von Historikern wie dem Publizisten Ralf Georg Reuth einiges spricht, tatsächlich den Auftrag hatte oder zumindest insgeheim den Langzeitplan verfolgte, die freiheitliche, prosperierende und lebenswerte Bundesrepublik durch eine DDR 2.0 zu ersetzen (zu zerstören), so ist ihr dies durchaus gelungen.
Merkel hat Deutschland ärmer gemacht. Sie hat das gesellschaftliche Klima dauerhaft vergiftet. Sie hat während der Corona-Hysterie Angst, Mißtrauen, Spaltung und Haß auf Ungeimpfte gesät. Sie hat sogar Wahlen rückgängig gemacht. Angela Merkel hat mit ihrer E-Auto-Ideologie die deutsche Automobilindustrie an den Rand des Abgrunds gebracht. Sie hat in ihrem Windrad-Wahn die sichere Energieversorgung Deutschlands gefährdet. Angela Merkel hat millionenfachen Vogelmord sowie eine irreparable Natur- und Landschaftsschändung mit zu verantworten. Merkel gehört nicht wie unlängst von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit dem "Bundesverdienstorden" ausgezeichnet - sie gehört in vielfacher Hinsicht zur Rechenschaft gezogen!
Während viele Menschen in diesen Tagen mit der Messer-Angst im Bauch über die Weihnachtsmärkte schlendern, sieht Merkel eine "Bringschuld" der Deutschen gegenüber Migranten. Dreister geht's immer!<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. November 2024 (x1.422/…): >>**Im Rausch der Dekadenz - Denunziation als Geschäftsmodell**

Inzwischen ist das Unbehagen über die Entwicklung in Deutschland allgemein verbreitet, aber den meisten Menschen ist noch nicht klar, wie weit unser Land auf dem Abstieg bereits gekommen ist.
Von *Vera Lengsfeld*
Josef Kraus hat sich in seinem neuen Buch daran gemacht, das zu untersuchen. Das Ergebnis ist erschreckend. Selbst genaue Beobachter wie ich werden überrascht sein, wie tief Deutschland und der Westen bereits gesunken sind.
Das Problem ist, daß viele deutliche Verfallszeichen zwar wahrgenommen, aber in der Hektik der sich überstürzenden Ereignisse wieder vergessen werden. Bisher fehlte es an einer systematischen Gesamtschau, die Kraus nun liefert.
Nach einem Parforceritt durch die Geschichte der Dekadenz wendet sich Kraus dem Verfall der rechtsstaatlichen Institutionen zu. Leben wir noch in einer Demokratie oder schon in einer Demokratur? Letzteres. Die Meinungsfreiheit, Garant für eine funktionierende Demokratie, ist in den letzten Jahrzehnten erst schleichend, dann immer offener bekämpft worden. Inzwischen

haben wir es mit einer regelrechten Jagd auf alle zu tun, die noch wagen, eine unabhängige oder den "Eliten" mißliebige Meinung zu haben.
Angeführt wird sie von Politikern der Bundesregierung, die mit Hilfe von Denunziationsplattformen, die wie Pilze aus dem Boden schießen, das Netz nach mißliebigen Äußerungen absuchen lassen und dann die Staatsanwaltschaft auf die "Delinquenten" in Marsch setzen. Das Geld, das durch die Abmahnungen gewonnen wird, teilen sich Politiker und Plattformen. Denunziation als Geschäftsmodell. Gleichzeitig können sich die Staatsanwaltschaften, die mit solchen Anzeigen geflutet werden, kaum noch um ihre eigentlichen Aufgaben kümmern.
Die Zahl der Straftaten hat 2023 die 6-Millionen-Grenze erreicht, ein Plus von 5,5 Prozent. 923.269 dieser Tatverdächtigen (41 %) haben keinen deutschen Paß (Anstieg von 17,8 %). Paßdeutsche nicht mitgerechnet, denn Doppelstaatler werden als deutsche Tatverdächtige gezählt. Bundesweit gibt es 146.000 offene Haftbefehle. Aber natürlich ist es für die Staatsanwälte sicherer, alleinerziehende Väter und Mütter wegen "Verleumdungsdelikten" zu sanktionieren, als sich mit kriminellen Clans anzulegen.
Gewalt an Schulen ist ein anderes brennendes Problem, das von der Politik unbeachtet bleibt. Ab und zu gibt es Hilferufe, wie den jüngsten Brandbrief von Lehrern einer Berliner Schule, die beklagen, daß Unterricht kaum noch möglich ist, weil die Schüler kaum Deutsch sprechen und die Lehrer Angst vor ihnen haben müssen.
Parallel zum Verfall der rechtsstaatlichen Institutionen werden Strukturen zerstört, die Menschen eine sichere Zuflucht vor diktatorischen Zumutungen bieten. Dazu gehört an erster Stelle die Familie. Kinder sollen möglichst früh dem Einfluß ihrer Eltern entzogen und in die Obhut von staatlichen Stellen gegeben werden. Hier werden sie in möglichst frühem Alter schon indoktriniert.
Selbst Krippenkinder können schon Besuch von Drag-Queens bekommen, die ihnen einreden, daß sie nicht wissen können, ob sie männlich oder weiblich sind. Nach dem verheerenden "Gleichstellungsgesetz" können verunsicherte Jugendliche ab 14 Jahren auch ohne Einwilligung ihrer Eltern geschlechtsumwandelnden Hormontherapien oder Operationen unterzogen werden. Nebenbei zwingt dieses Gesetz die Bürger zum Lügen, indem sie einen biologischen Mann bei Strafe von bis zu 10.000 € nicht Mann nennen dürfen.
Möglich ist das nur, weil inzwischen eine von Politik und Medien betriebene Propaganda Alltag geworden ist, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die "woke" Ideologie und die Umerziehung zum "neuen Menschen" zu befördern. Beides, permanente Propaganda und Umerziehung, waren Merkmale von Diktaturen, die wir mit dem 20. Jahrhundert überwunden zu haben glaubten.
Selbst wer das ausgerufene "Ende der Geschichte" nach den friedlichen Revolutionen von 1989/90 und dem Zusammenbruch des kommunistischen Blocks für übertrieben optimistisch hielt, konnte sich eine solche Rückkehr totalitärer Methoden und des entsprechenden Denkens nicht vorstellen.
Josef Kraus' Buch ist eine Mahnung vor der Gefahr eines neuen, diesmal "bunten" Totalitarismus, der im Namen der Vielfalt jede Unterschiedlichkeit eliminieren will. Wenn man die Regenbogenfarben der woken Flagge zusammenrührt, kommt ein ödes Grau heraus. Wer dazu schweigt, stimmt zu. Wer das nicht will und noch Argumente und Fakten braucht, sollte das Buch nicht nur lesen, sondern für seine Verbreitung sorgen.
Via vera-lengsfeld.de Josef Kraus: Im Rausch der Dekadenz, München 2024.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. November 2024 (x1.417/…): >>**Totensonntag: Ehrt unsere gefallenen Soldaten!**
Von *Daniell Pföhringer*
Heute gedenken wir der Verstorbenen - auch jener Männer, die im Felde blieben. Einst geachtet, heute oftmals geächtet: Die deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg kämpften größten-

teils ritterlich und ehrenvoll. Das belegen nicht nur wissenschaftliche Untersuchungen, sondern auch Zeitzeugenberichte von größtem historischen Wert. Einige davon finden Sie hier.
Heutzutage werden die vielen Millionen Soldaten der deutschen Wehrmacht - von maßgeblichen Politikern wie Konrad Adenauer oder Alfred Dregger von jeglicher Kollektivschuld freigesprochen und im Ausland wegen ihrer Leistungen vielfach bewundert - von Politik und Massenmedien als Bande von Verbrechern hingestellt.
Dabei wurde ein untadeliger Offizier wie Generaloberst Dietl noch in den 1960er Jahren für würdig genug befunden, einer Bundeswehrkaserne seinen Namen zu geben. Doch bereits 1996 taufte das Verteidigungsministerium unter dem Druck linker Demagogen die Dietl-Kaserne in Füssen in Allgäu-Kaserne um. Später mußten sogar Bilder von Altkanzler Helmut Schmidt in Wehrmachtsuniform aus der Hamburger Bundeswehr-Uni entfernt werden. Was für eine Schande!
Zweifelsohne gab es auch unter den deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg solche, die sich Verbrechen schuldig gemacht haben. Der für seine Objektivität und seinen Gerechtigkeitssinn bekannte Völkerrechtler und frühere UNO-Mitarbeiter Prof. Dr. Alfred M. de Zayas dokumentiert in seinem Buch "Die Wehrmachtuntersuchungstelle" jedoch, daß dies nur einen geringen Teil der kämpfenden Truppe betraf. Er zeigt zudem, daß Vergehen seitens der Militärjustiz in der Regel auch schwer geahndet wurde, entweder mit lebenslangem Zuchthaus oder sogar der Todesstrafe.
In den Soldbüchern der Wehrmachtsoldaten waren dazu angehalten, tapfer, ritterlich und ehrenhaft zu kämpfen. Das Gros der Soldaten verhielt sich danach und kann nicht für die unbestreitbaren Verbrechen der politischen Führung des Dritten Reiches verantwortlich gemacht werden.
So erklärte der frühere hochrangige CDU-Politiker Alfred Dregger, der selbst als Offizier der Wehrmacht am Zweiten Weltkrieg teilgenommen hatte, in einer Ansprache zum Volkstrauertag 1986:
"Es geht nicht an, die toten deutschen Soldaten den anderen Opfern als 'Täter' gegenüberzustellen. 'Täter' waren nicht sie, sondern diejenigen, die aufgrund ihrer politischen Macht Krisen und Kriege auslösen und deren Ablauf, deren Ergebnisse und deren Ende bestimmen konnten. Die Schuld und das Versagen der Verantwortlichen - in Deutschland und anderswo - können nicht auf diejenigen abgewälzt werden, die als Soldaten zu ihren Opfern wurden."
Und der US-Amerikaner de Zayas ist nach Auswertung hunderter Wehrmachtsurteile zu dem Schluß gekommen, daß "die meisten Urteile weder militärisch noch völkerrechtlich beanstanden werden können." Es sei "wirklich nicht nötig, die Geschichte zu verfälschen, um eine im Augenblick politisch korrekte Regelung zu erzielen."

An vorderster Front

Es kann nicht angehen, daß unsere Großväter pauschal zu Verbrechern erklärt werden. Das betrifft übrigens auch die Soldaten der Waffen-SS, die Konrad Adenauer ausdrücklich in seine Ehrenerklärung für die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges einbezog. Verbrechen sind stets individueller Natur. Wo sie vorgekommen sind, dürfen sie nicht zur Kollektivanklage gegen eine ganze Generation mißbraucht werden.
Authentische Darstellungen von Zeitzeugen finden sich heute nur noch selten. Um so verdienstvoller ist das Werk "Veteranen der Wehrmacht berichten". In dem Buch werden die Erinnerungen zweier Angehöriger des deutschen Heeres während des Zweiten Weltkrieges unverfälscht wiedergegeben.
Valentin Mayer wurde 1920 geboren und trat 20-jährig in das Infanterie-Ersatz-Bataillon 468 ein. In "Veteranen der Wehrmacht berichten" schildert er, wie er mehrfach verwundet und ausgezeichnet wurde, weil er - zuletzt als Feldwebel - an schweren und verlustreichen Kämpfen teilnahm. In Dänemark geriet Mayer verwundet in westalliierte Kriegsgefangenschaft und

durchlitt weitere schwere Zeiten.
Wingolf Scherer wiederum kam 1924 zur Welt und trat, wie er in "Veteranen der Wehrmacht berichten" bekundet, mit 18 Jahren in das Infanterie-Ersatz-Bataillon 301 ein. Zunächst Besatzungssoldat in Frankreich, folgte die Offiziersausbildung und schließlich der Einsatz als Leutnant in der 277. Volks-Grenadier-Division, in der er unter anderem an der Ardennenoffensive teilnahm. Er befand sich nur ein halbes Jahr in Kriegsgefangenschaft, von die er in seinem Zeitzeugenbericht Erschütterndes schreibt.

Als Junker bei der Waffen-SS

Auch Günter Adam kämpfte tapfer und ritterlich. Der gebürtige Ostpreußen meldete sich 16 Jahren freiwillig zur Waffen-SS und war, wie man in seinem fesselnden Werk "Ich habe meine Pflicht erfüllt!" nachlesen kann, im Sommer 1942 als Junker (Führungsanwärter) beim Vorstoß der Division "Wiking" zum Kaukasus dabei. Adam war damals Mitglied des Begleitkommandos von Kommandeur Felix Steiner und hat diesen Ausnahme-General hautnah erlebt. Nicht nur deshalb ist sein Bericht ein historisches Zeitdokument erster Güte.
In "Ich habe meine Pflicht erfüllt!" schildert Adam, wie seine Einheit während ihrer Zeit am Mius Verstärkung erhielt und schließlich mit einem Panzerregiment ausgestattet wurde. Gemeinsam mit der 13. Panzer-Division bereiteten sich die "Wikinger" auf die nächste Offensive vor. Im Juli 1942 nahm die Truppe an der Tscherkassy-Kessel-Operation teil, einem verzweifelten Versuch, die sowjetischen Truppen einzukesseln.
Adam wurde mehrfach für seine Tapferkeit ausgezeichnet: Er erhielt das Eiserne Kreuz beider Klassen, das Verwundetenabzeichen, die Nahkampfspange und das Panzervernichtungsabzeichen. Als Infanteriegeschützführer, später als Zugführer, stand er mit seinen Kameraden die blutigen Schlachten in den Weiten Rußlands, aber auch an der Invasionsfront in der Normandie sowie in Ost- und Mitteldeutschland durch.
Eine besonders brisante Episode aus "Ich habe meine Pflicht erfüllt!": Schwer verwundet überlebte Adam im Sommer 1944 in der Normandie wie durch ein Wunder die Erschießung durch ein US-Killerkommando. Anhand seiner Schilderungen wird deutlich, daß hier ein Kriegsverbrechen schwersten Ausmaßes vonstatten ging. Darüber liest man in den offiziellen Geschichtsbüchern nichts.
Adams Werk "Ich habe meine Pflicht erfüllt!" ist aufrüttelnder Zeitzeugenbericht und Ehrenbuch der Tapferkeit zugleich. Der Autor verteidigt mit ganzem Herzen seine Generation und seine Einheit, die einst als Elitetruppe geachtet wurde, heute aber geächtet wird.

Die Tapfersten der Tapferen

Sogar der erste Kanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, bezog die Angehörigen der Waffen-SS ausdrücklich in seine Ehrenerklärung für die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs ein. Vor dem Deutschen Bundestag sagte Adenauer 1952:
"Ich möchte heute vor diesem Hohen Hause im Namen der Bundesregierung erklären, daß wir alle Waffenträger unseres Volkes, die im Namen der hohen soldatischen Überlieferung ehrenhaft zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft gekämpft haben, anerkennen."
Auf schriftliche Nachfrage des neben Sepp Dietrich vormals höchsten Offiziers der Waffen-SS, Oberst-Gruppenführer (Generaloberst) Paul Hausser, ob sich diese Aussage auf seine Truppe beziehe, antwortete der Bundeskanzler:
"Sehr geehrter Herr Generaloberst!
Einer Anregung nachkommend, teile ich mit, daß die von mir in meiner Rede vom 3. Dezember 1952 vor dem Deutschen Bundestag abgegebene Ehrenerklärung für die Soldaten der früheren deutschen Wehrmacht auch die Angehörigen der Waffen-SS umfaßt, soweit sie ausschließlich als Soldaten ehrenvoll für Deutschland gekämpft haben.
Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr
gez. Adenauer"

Tatsächlich waren die meisten Angehörigen der Waffen-SS "Soldaten wie andere auch" - so der Titel der Memoiren Haussers, der von seinen Leuten liebevoll "Papa" genannt wurde. Vielleicht sollte man noch hinzufügen: Die Männer in Erbsentarn waren echte Elitesoldaten. Und die deutsche Eliteeinheit schlechthin - sozusagen die Elite der Elite - war die Leibstandarte-SS "Adolf Hitler", kurz LSSAH oder LAH.
Im Jahr 1933 aus der Leibwache Hitlers gebildet, war die SS-Stabswache Berlin, die danach Wachbataillon Berlin hieß, anfangs eine reine Schutzeinheit für den "Führer". Im September jenes Jahres erfolgte ihre Umgliederung in die die Leibstandarte-SS "Adolf Hitler" unter dem Kommando von Sepp Dietrich. Quartier bezog die LAH in der Kadettenanstalt Berlin-Lichterfelde. In diese Zeit fällt die zweifelhafte Rolle der Truppe bei der Niederschlagung des sogenannten Röhm-Putsches.
Wie man allerdings in Rudolf Lehmanns kenntnisreichem Mammutwerk "Die Leibstandarte" nachlesen kann, wurde die LAH zusammen mit den "Politischen Bereitschaften" und "kasernierten Hundertschaften" schon in den Jahren 1934/35 zur SS-Verfügungstruppe ausgebaut. Das bedeutete: Im Kriegsfall sollte sie "zu Verfügung" der Wehrmacht stehen. Damit war die Truppe den innenpolitischen Wirren entzogen.
Ab Juli 1942 wurde die LAH unter dem Kommando von SS-Brigadeführer (Generalmajor) Theodor Wisch zur SS-Panzergrenadierdivision umgerüstet, war in Italien im Einsatz, um dann ab Februar 1944 zunächst unter SS-Oberführer Wilhelm Mohnke und dann unter SS-Brigadeführer (Generalmajor) Otto Kumm als 1. SS-Panzerdivision an der Ardennenoffensive und schließlich unter anderem an den Kämpfen in der Ukraine und in Ungarn teilzunehmen. Die Reste der Leibstandarte gingen am 8. Mai 1945 bei Linz in Gefangenschaft.
Nach 1945 wurden einzelnen Einheiten der LAH Kriegsverbrechen vorgeworfen, etwa der Kampfgruppe von Joachim Peiper. Auch darauf geht Lehmann in seiner 5-bändigen Divisionsgeschichte "Die Leibstandarte" näher ein - und stellt grobe Verzerrungen und handfeste Geschichtslügen richtig, etwa über das "Massaker von Malmedy". …
Lehmann stellt in seiner großen Historiographie heraus, daß der überwiegende Teil der LAH-Angehörigen gemäß dem internationalen Kriegsrechts kämpfte. Und er verdeutlicht, daß die an allen Brennpunkten des Krieges eingesetzte Elitetruppe die zahlenmäßig größten Verluste aller deutschen Einheiten erlitt - und trotzdem nie an Nachwuchsmangel litt. Der Leibstandarte eilte ein legendärer Ruf voraus - und für viele junge Deutsche war es ein erstrebenswertes Ziel, in diesem reinen Freiwilligenverband ihren Dienst zu tun.
In "Die Leibstandarte" behandelt Waffen-SS-Experte Lehmann Aufstellung, Gliederung, Aufgaben und alle Einsätze der LAH von 1933 bis 1945 bis ins Detail. Im Südabschnitt der Ostfront stieß die Truppe bis Rostow am Don vor und verteidigte im Winter 1941/42 die Front am Mius.
Der Einsatz der LAH beim Unternehmen "Zitadelle" gegen den Kursker Frontbogen wird ebenso dargestellt wie die harten Abwehrschlachten in der Ukraine 1943/44 oder an der Invasionsfront 1944. Besonders dramatisch sind die Schilderungen über das letzte Aufbäumen in der Ardennenoffensive. Und das Beste: Zahlreiche Zeitzeugen, die damals mitkämpften, kommen ausführlich zu Wort. Das unterscheidet Lehmanns Werk von den meisten anderen Abhandlungen über die Waffen-SS.
Besonders hervorzuheben ist: Nach der gescheiterten Rückeroberung von Budapest 1945 deckte die Einheit noch den Rückzug deutscher Truppen auf das Reichsgebiet. Eine militärische Großtat, der Lehmann in seinem Werk "Die Leibstandarte" angemessenen Raum gibt.
Rudolf Lehmanns Mammutwerk "Die Leibstandarte" ist durch zahlreiche Dokumente, Karten und Fotos reich illustriert. Zudem bestechen die Bände durch zahlreiche Erlebnisschilderungen der damaligen Soldaten, die die Dramatik und Schrecken der Kämpfe authentisch wiedergeben. Das 5-bändige Werk im edlen Schuber ist für jeden militärhistorisch Interessierten ein

Muß und eignet sich hervorragend als hochwertiges Geschenk für die kommenden Feiertage.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. November 2024 (x1.417/…): >>**Der Terror der Tschekisten**

Internierungslager in Oberschlesien. In Oberschlesien und anderen Regionen richteten Polen Lager für Deutsche ein. Als besonders grausam galten Geheimdienst-Offiziere. Einer von ihnen gelangte später in der Bundesrepublik zu Berühmtheit. …

_ von *Gero Bernhardt*

Die Vertreibung der Deutschen durch polnische Behörden, die sich zu keiner Zeit an die Vorgaben des Potsdamer Abkommens hielten, war besonders verlustreich und grausam. Gemäß Artikel IX des Potsdamer Kommuniqués vom 2. August 1945 wurden die deutschen Ostprovinzen lediglich unter polnische Verwaltung gestellt, die Übersiedlung der Bewohner nach Deutschland hatte gemäß Artikel XIII "in geordneter und humaner" Weise zu erfolgen.

Güterzüge rollen

Abgesehen davon, daß diese Verfahrensweise nicht dem Völkerrecht entspricht, gestaltete sich der Verlauf völlig anders, wie folgender Bericht der Hilfskommission des Internationalen Roten Kreuzes belegt: "Am 27. Juli 1945 kam im Westhafen von Berlin ein Schiff mit der traurigen Fracht von rund 300 fast zu Tode verhungerten Kindern an, die aus einem Heim im pommerschen Finkenwalde stammten. Kinder von zwei bis 14 Jahren lagen bewegungslos auf dem Schiffsboden, die Gesichter von Hunger gezeichnet, an Krätze leidend, von Ungeziefer zerfressen. Leib, Knie und Füße waren geschwollen - bekanntes Symptom des Hungers."

"Typhus, Fleckfieber, Ruhr und Diphtherie verbreiten sich." Eisenhower

Das war beileibe kein Einzelfall. So notierte der Lübecker Korrespondent des Manchester Guardian am 10. März 1946: "Trotz der Potsdamer Vereinbarung, wonach die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus dem Osten geregelt und human vor sich gehen sollte, vertreiben die polnischen Behörden Deutsche aus den neuerdings polnischen Gebieten. Sie kündigen die Ausweisung zehn Minuten vorher an und schicken die Menschen ohne Nahrungsmittel in überfüllten Zügen in die britische Besatzungszone.

Ein 73-jähriger Mann und ein Kind von 18 Monaten wurden tot im ersten Transport aufgefunden, der in Lübeck unter der Bezeichnung "Operation Swallow" am 3. März ankam. Im zweiten Transport lagen drei Tote. Im Allgemeinen packt man 1.500 Menschen in einen Zug mit 26 Waggons, die ungeheizt und zum größten Teil beschädigt sind. Der vierte Transport brachte aber 2.070 Menschen, sodaß die Leute kaum stehen, geschweige denn sitzen konnten."

Bereits am 16. Oktober 1945 hatte General Dwight D. Eisenhower, Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen und späterer US-Präsident, nach Washington telegraphiert: "In Schlesien verursachen die polnische Verwaltung und ihre Methoden eine große Flucht der deutschen Bevölkerung nach dem Westen. ... Viele, die nicht wegkönnen, werden in Lagern interniert, wo die Rationen unzureichend sind und schlechte Hygiene herrschen. ... Die Todesrate in Breslau hat sich verzehnfacht, und eine Säuglingssterblichkeit von 75 Prozent wird berichtet. Typhus, Fleckfieber, Ruhr und Diphtherie verbreiten sich."

Die polnischen KZs

Die Lager, von denen Eisenhower sprach, waren teils Nazi-KZs, die von den Polen weiterbetrieben wurden, aber auch zahlreiche neu errichtete Einrichtungen zur Internierung von Deutschen. Auszugehen sei von "1.255 Lagern und 227 Gefängnissen, von denen Potulice (Kreis Bromberg), Gronowo (Kreis Lissa), Sikawa bei Lodz und Lamsdorf (Kreis Falkenberg/Oberschlesien) die größten waren", heißt es in dem von Franz W. Seidler und Alfred M. de Zayas 2002 herausgegebenen Standardwerk Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert.

Der Warschauer Historiker Boguslaw Kopka, Verfasser der 2006 erschienenen Untersuchung Arbeitslager in Polen 1944-1950 spricht deshalb von einem "polnischen Gulag". Noch für die Jahre 1949 bis 1954 wurde die Zahl der deutschen Zwangsarbeiter in Warschaus Herrschaftsbereich auf 50.000 geschätzt.
Besonders schlimm ging es in Lamsdorf und Schwientochlowitz zu (ausführlich geschildert in COMPACT-Geschichte Nr. 17 Polens verschwiegene Schuld). Letzteres Lager stand unter der Leitung des Sadisten Salomon Morel, Mitglied der polnisch-stalinistischen Geheimpolizei Urzad Bezpieczenstwa (UB). In seinem 1993 erschienenen Buch An Eye for an Eye (1995 unter dem Titel Auge um Auge auf Deutsch veröffentlicht; kurz darauf nach einer Medienkampagne wieder eingestampft) zitiert der US-Publizist John Sack Augenzeugenberichte, die die Greuel von Schwientochlowitz offenbaren.
Gerhard Gruschka gab demnach zu Protokoll: "Lagerkommandant Morel war von kräftiger Statur und erfüllt von brennendem Haß. Wenn er sich einen Gefangenen persönlich vornahm, war ihm der Tod meist sicher. Morels "Spezialität" bestand darin, einen schweren Stuhl noch aus deutschen Lagerzeiten an den Füßen zu packen und dann mit der dicken Seite auf die Opfer einzudreschen. Wieder und immer wieder wurden schwer verletzte Häftlinge nach einer solchen Tortur in die Krankenbaracke oder mit zertrümmerten Schädeln gleich in die Leichenbaracke gebracht."

Ein gewisser Marceli Reich

Weitaus bekannter als dieser Menschenschinder ist ein anderer 1945 in Oberschlesien eingesetzter Tschekist: Marcel Reich-Ranicki, der damals noch Marceli Reich hieß. Laut Unterlagen des Warschauer Ministeriums für öffentliche Sicherheit war er Leiter einer sogenannten Operationsgruppe in Kattowitz.
Zu seinen zahlreichen Auszeichnungen gehört das polnische Silberne Verdienstkreuz "für herausragende Verdienste, Tapferkeit im Kampf mit Diversionsbanden und musterhaften Dienst" beim UB. Was darunter zu verstehen ist, erschließt sich, wenn man weiß, daß die Deutschen im polnischen Machtbereich 1945 von offizieller Seite mit Vorliebe als "Diversanten" - also Saboteure - bezeichnet wurden, was zugleich als Rechtfertigung für brutales Vorgehen gegen sie diente.

"Lagerkommandant Morel war … erfüllt von brennendem Haß." *Augenzeuge*

In der regierungsamtlichen Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa heißt es über Reichs Truppe: "Wie zu allen Zeiten eines Regimewechsels blühte das Denunziantentum unter Polen und Deutschen, dazu kam der blinde Haß der polnischen Miliz und des staatlichen Sicherheitsdienstes (UB), die mit der Ausführung der Verhaftungen und der Bewachung und Vernehmung in den Gefängnissen beauftragt waren und bisweilen mit Verhaftungen eine üble Geschäftemacherei verbanden."
Der Bericht fährt fort: "Wie einst die Bewachungsmannschaften der SS in den Konzen-trationslagern, deren Vergehen man sühnen wollte, so hatten jetzt die polnischen Sicherheitsorgane freie Hand, und es spielten sich in den Gefängnissen Ostpreußens, Pommerns und Oberschlesiens die gleichen Folterungen und Mißhandlungen ab."
Weiter heißt es: "Anders als bei den Verhaftungen durch die Russen begegneten den Deutschen seitens der Polen vielerorts ein ausgeprägter Deutschenhaß und ein wahrer Sadismus in der Erfindung von Grausamkeiten und sonstigen Formen der Erniedrigung. Den größten Umfang hatten die Verhaftungs- und Vergeltungsmaßnahmen in Oberschlesien, das aufgrund der polnischen Neugliederung der Verwaltungsbezirke in Ostdeutschland der Woiwodschaft Kattowitz unterstellt war."
Der Historiker und damalige Welt-Journalist Gerhard Gnauck beleuchtete in seinem 2009 erschienenen Buch Wolke und Weide die polnischen Jahre Reich-Ranickis. Dieser hatte den Autor zunächst wissen lassen: "Ich kann mich an gar nichts erinnern." Dennoch gelang es

Gnauck, die Geschehnisse zumindest teilweise zu rekonstruieren. Über den späteren "Literaturpapst" schreibt er: "Der Mann, der (Anfang 1945) in Kattowitz von der Ladefläche springt, ein hagerer Brillenträger, Anfang zwanzig, heißt Marceli Reich.
Er ist einer von jenen, die im ostpolnischen Lublin von den künftigen kommunistischen Machthabern des Landes an die Spitze von "Operationsgruppen" gestellt wurden. Ausgerüstet mit Proviant für die ersten 15 Tage und ausreichend bewaffnet, sollen sie jetzt im strategisch und wirtschaftlich wichtigen Oberschlesien, einer Region voller Kohlegruben und Stahlwerke, das UB aufbauen, die "Sicherheitsbehörde". "Schlesien - das ist Gold", hatte Stalin seinen Generälen eingeschärft; daraufhin hatten diese bei ihrem Vormarsch einen Zangengriff geplant, um das Industriegebiet unzerstört in die Hand zu bekommen."
Reich sei nun die Aufgabe zugekommen, "die Zensur aufzubauen". In Wolke und Weide heißt es weiter: "Mit wem Marceli Reich in Kattowitz diese neue Behörde aufgebaut hat, und wie das ablief, daran kann er sich heute nicht mehr erinnern. Über seine Mitarbeiter sagt er lediglich: "Man hat uns die Mädel vom örtlichen Postamt zugewiesen." Erst spät und nur ein einziges Mal hat er anklingen lassen, daß er diesen Kriegswinter in Oberschlesien keineswegs vergessen hat, bis heute nicht. Zeuge von Übergriffen auf die deutsche Zivilbevölkerung, sagte er bei dieser Gelegenheit, sei er "überhaupt nicht" gewesen."

Wie bei den Nazis

Einen Eindruck von den Verhältnissen dort verschafft der Bericht "Evacuation and Concentration Camps in Silesia" an den US-Senat vom 2. August 1946. In Anhang A-4778/79 heißt es: "Im oberschlesischen Y. ist ein Aussiedlungslager eingerichtet worden, in dem zurzeit tausend Menschen untergebracht sind. Ungefähr vierhundert von ihnen - Männer, Frauen und Kinder - stammen aus Dörfern der Umgebung. Ungefähr siebenhundert wurden als Zivilarbeiter nach B. (vermutlich ist Breslau gemeint) gebracht und sind jetzt von der Gnade der Polen abhängig. Viele von ihnen leiden an Hungersymptomen; es gibt Fälle von Tuberkulose und immer neue Typhusfälle."
Und weiter: "Zwei Leute, die schwer an Syphilis erkrankt waren, sind auf sehr einfache Weise behandelt worden; man hat sie erschossen und in flachen Gräbern beerdigt. Gestern wurde eine Frau aus K. erschossen und ein Kind verwundet." Der Bericht fährt fort: "Man hätte wohl erwarten dürfen, daß nach Entdeckung der Scheußlichkeiten, die sich in den Konzentrationslagern der Nazis ereigneten, etwas Derartiges niemals wieder geschehen würde; das aber scheint leider nicht so zu sein."
Letztere Aussage erscheint vor dem alltäglichen Terror, den Deutsche in diesen Jahren seitens polnischer Milizionäre und Geheimdienstler erleben mußten, einigermaßen unglaubwürdig. Ob Reich-Ranicki selbst in entsprechende Untaten involviert war, ist bis heute nicht restlos geklärt. 1946 wurde er jedenfalls von seiner Geheimdienstzen-trale an die polnische Militärmission in Berlin versetzt. 1948 kam er als Einsatzleiter im Range eines Hauptmanns zur Spionage gegen Großbritannien nach London, 1950 wurde er aus dem Geheimdienst entlassen. Nach Tätigkeiten als Lektor und Journalist blieb Reich-Ranicki während einer Studienfahrt im Juli 1958 in Frankfurt am Main. Dort begann schließlich seine Karriere bis hin zum bekanntesten Literaturkritiker der Bundesrepublik.
Dieser Artikel erschien im neuen COMPACT-Geschichte 23: "Verlorene Heimat. Flucht & Vertreibung".<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. November 2024 (x1.417/…): >>**Geheimplan für UND gegen Deutschland**

Von *Jürgen Elsässer*

Mit dem Wahlsieg von Trump und der Raketeneskalation in der Ukraine rückt Deutschland, der wichtigste NATO-Partner Washingtons, ins Zentrum des Tauziehens der rivalisierenden US-Geheimdienste. …

36 Stunden im November

Manchmal schnurren die Ereignisse von Jahre auf wenige Stunden zusammen. Von "Sternstunden der Menschheit" sprach Stefan Zweig in seinem gleichnamigen Romanmosaik. Geschichtskenner erinnern sich: der Mord an Julius Caesar und das jähe Ende der römischen Republik; die Schlacht von Waterloo, als das Zögern eines einzigen französischen Generals das Schicksal Europas für die nächsten hundert Jahre entschied; der von Günter Schabowski auf der Pressekonferenz am 9. November 1989 vorgelesene Zettel, der den Untergang des Ostblocks besiegelte.

In der Rückschau werden kommende Generationen feststellen, daß die 36 Stunden ab dem frühen Morgen des 5. November 2024 ähnlich dramatisch verdichtet waren. Während im noch nächtlichen Amerika die Bürger der Öffnung der Wahllokale entgegen schlummerten, begann in Deutschland einer der spektakulärsten Einsätze der Elitetruppe GSG 9 in diesem Jahr. 450 schwer bewaffnete Beamte durchsuchten insgesamt 20 Objekte in Deutschland, Österreich und Polen, um schließlich acht zum Teil minderjährige Patrioten zu verhaften. Bei der Festnahme des Grimmaer Stadtrates Kurt Hättasch fallen Schüsse, zum ersten Mal beim Vorgehen von Staatsorganen gegen die AfD.

Er wird am Kiefer getroffen, muß ins Krankenhaus. Neben Hättasch gehören angeblich noch zwei weitere sächsische AfD-Mitglieder zu der vermeintlichen Untergrundgruppe. "Die AfD ist der parlamentarische Arm des Rechtsextremismus und des Rechtsterrorismus", kommentierte der CDU-Bundestagsabgeordnete Marco Wanderwitz. Er hofft auf weitere Unterschriften für seinen Verbotsantrag.

"Sächsische Separatisten" - eine False Flag Operation

Die Razzia ließ die zarten Knospen des politischen Frühlings zwischen CDU und AfD im Freistaat erfrieren. Am selben Tag, am Nachmittag des 5. November, fand nämlich eine Premiere statt: Ministerpräsident Michael Kretschmer traf sich mit dem Landeschef der Blauen, Jörg Urban - zwar hinter verschlossenen Türen, aber durchaus öffentlich annonciert. Es war das erste Mal, daß sich ein christdemokratischer Regierungschef mit einem Verantwortlichen der verfemten Oppositionspartei in flagranti erwischen ließ.

Der Hintergrund des Tete-a-Tete war klar: Die Koalitionsbildung mit dem BSW war ins Stokken geraten, Kretschmer sondierte Alternativen. Eine Minderheitsregierung ohne die Wagenknechte, aber mit Duldung durch die AfD schien in Reichweite und würde gut zu dem erwarteten Wahlsieg von Donald Trump passen. Doch als die Nachrichten über die GSG 9-Aktion alle Kanäle fluteten, zog der Ministerpräsident die Notbremse. "Kretschmer dementiert Gerücht über AfD-Deal vehement", meldete die $Welt$ danach.

Pikant: Der entscheidende Hinweis auf die Sächsischen Separatisten - so der Name der vermeintlichen Umstürzler, den diese aber nach Angaben ihres Anwalts gar nicht verwendet haben - kam von einem Informanten des FBI, der sich in Online-Foren eingeschlichen hatte. ... Daß sich US-Geheimdienste im Sumpf des vermeintlichen oder echten Rechtsterrorismus in Deutschland tummeln, wäre übrigens nicht das erste Mal. ...

Im Dschungel der US-Geheimdienste spielt das FBI eine besondere Rolle: Im Unterschied zur CIA fühlt es sich in besonderer Weise dem Kampf gegen Rußland verpflichtet. Das FBI war es, das Donald Trump nach der ersten gewonnen Wahl 2016 der Zusammenarbeit mit Putin bezichtigte, die Russen hätten für ihn den Urnengang manipuliert. Alles erstunken und erlogen, wie sich später herausstellte. "Russia-Gate entwickelt sich zum FBI-Gate", bilanzierte der ehemalige CIA-Mitarbeiter Ray McGovern.

Vor diesem Hintergrund ergibt es Sinn, daß das FBI durch die Erfindung der sogenannten Sächsischen Separatisten die Annäherung Kretschmer/Urban torpedierte: Beide sind, in unterschiedlicher Intensität, sogenannte Putin-Versteher und könnten ein Signal für die Bundestagswahlen senden, daß eine vernünftige Entspannungspolitik möglich ist. Das muß aus der

Perspektive des Tiefen Staates aber auf jeden Fall verhindert werden, denn nach dem Sieg von Donald Trump soll Deutschland die Führung an der Ostfront übernehmen.

Im Dickicht der Geheimdienste

In COMPACT 12/2024 wird dieser "Geheimplan des FBI", also des Tiefen Staates, weiter ausgeführt. Der obige Text ist ein Auszug aus der Ausgabe. Aber außer diesem Geheimplan GEGEN Deutschland gibt es auch einen Geheimplan FÜR Deutschland, den ich in dieser Ausgabe ausführe, und das ist "Der Geheimplan von Trump".

Im Großen und Ganzen ähnelt er dem Vorgehen von Sowjetchef Michail Gorbatschow, der Ende der achtziger Jahre seinen Vasallen DDR auf die neue Linie von "Glasnost und Perestroika" zwingen wollte - so wie Trump jetzt seinen Vasallen BRD auf seine neue Linie bringen muß. Gorbatschows Mittel war der KGB (beziehungsweise die KGB-Fraktion "Lutsch") … Außerdem behandle ich hier noch den "Geheimplan von Scholz" und den "Geheimplan von Roosevelt", ein historisches Modell. …<<

25.11.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 25. November 2024 (x1.419/…): >>**Bundesamt entwickelt neuen Bunker-Plan: Diplomatie statt Bunker!**

Eine äußerst beunruhigende Meldung zeigt, wohin die verantwortungslose Konfrontationspolitik bezüglich des Ukraine-Konflikts geführt hat: Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz erarbeitet laut Medienberichten einen neuen Bunkerschutzplan für Deutschland, weil sich die internationale Bedrohungslage verschärft habe. Mit dieser veränderten Gefahrenlage dürfte vor allem der der Krieg in der Ukraine gemeint sein. Nachdem US-Präsident Biden den Beschuß Rußlands durch reichweitenstarke ATACMS-Raketen gestattete, erhöhte auch Rußland seine Drohkulisse und änderte die Nukleardoktrin des Landes.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz will nun prüfen, welche öffentlichen Einrichtungen im Notfall zu Schutzbunkern umfunktioniert werden können. Dazu sollen unter anderem Behördengebäude und U-Bahnhöfe zählen. Ein Spezialprogramm fürs Handy soll den Bürgern außerdem ermöglichen, die Entfernung zum nächsten Bunker erfassen zu können.

Wenn über solche Maßnahmen auch nur ansatzweise diskutiert wird, dann zeigt das, daß Waffenlieferungen an die Ukraine und einseitige geopolitische Positionierungen eben nicht zu mehr Sicherheit in Europa geführt haben. Ganz im Gegenteil. Vor diesem Hintergrund ist es unverantwortlich und brandgefährlich, wenn CDU-Chef Friedrich Merz weiterhin an seiner Kriegstreiberei festhält und sich für die Lieferung von deutschen Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine ausspricht.

Es ist höchste Zeit, daß wir die Eskalationspolitik beenden. Deutschland und Europa müssen sich endlich offensiv als Stimme der Diplomatie profilieren und sich ernsthaft für Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Rußland einsetzen. Maximalforderungen und das Verharren auf in alten geopolitischen Denkweisen helfen nicht weiter und bringen uns alle in Gefahr. Wenn wir endlich der Diplomatie eine Chance geben und auf eine Politik des pragmatischen Interessenausgleichs setzen, dann brauchen wir auch keine zusätzlichen Bunker!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 25. November 2024 (x1.419/…): >>**UN plant 300 Milliarden Dollar für "Klimaschutz": Keinen Cent für Klima-Ideologie!**

Eine gigantische Geldverbrennungsmaschine wird noch weiter aufgebläht: 300 Milliarden Dollar wollen die Vereinten Nationen jährlich aufwenden, um Maßnahmen für vermeintlichen "Klimaschutz" zu unterstützen. Das ist das Ergebnis der "Weltklimakonferenz" in der aserbaidschanischen Hauptstadt Baku. Daß bei dem dafür errichteten Fonds wieder einmal besonders großzügig ins deutsche Portemonnaie gegriffen wird, liegt auf der Hand. Bereits 2023 steuerte Deutschland 9,9 Milliarden Euro für die Unterstützung der Klimapolitik in Ent-

wicklungs- und Schwellenländern bei.
Über die Frage, in welchem Maße das Klima überhaupt vom Menschen beeinflußt wird, läßt sich trefflich streiten. Aber selbst wenn man die diesbezüglichen Zweifel der AfD nicht teilt, muß man sich eines vor Augen halten: Der weltweite Ausstoß von Kohlendioxid aus fossilen Energieträgern ist im vergangenen Jahr nicht gesunken, sondern er hat sogar einen neuen Rekordwert erreicht - damit ist alles darüber gesagt, wie lächerlich und sinnlos die UN-Klimaschutzmaßnehmen sind!
Im Endeffekt treiben die Maßnahmen nur die weitere Ausplünderung und Deindustrialisierung unseres Landes und anderer Länder voran. Dabei unterstützt die Union diesen Kurs genauso eifrig wie die Ampel-Parteien.
Denn es war die Union, die den Atomausstieg eingeleitet und sich somit der grünen Agenda angeschlossen hat. Und es war die Union, die das Verbrenner-Verbot unterstützt und die Klimahysterie nachgebetet hat. Während die CDU die CO2-Abgabe ausdrücklich nicht abschaffen will, verteilt der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck mit einer neuen Klima-Finanzspritze mehr als 200 Millionen Euro von unserem Steuergeld in aller Welt. Die AfD verweigert sich als einzige Partei diesem ideologischen Wahnsinn: Wir brauchen Umweltschutz statt Klimaschutz - auf der Basis von Marktwirtschaft und Entscheidungsfreiheit für die Bürger.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. November 2024 (x1.420/…):
>>**"Grüne" Deindustrialisierung - jetzt ist Duisburg dran: Thyssen-Krupp baut 5.000 Arbeitsplätze ab!**
Der Stahlhersteller "Thyssen-Krupp Steel" hat Details zum Jobkahlschlag an seinem Produktionsstandort in Duisburg bekannt gegeben: Künftig werden hier nur noch zwischen 8,7 und neun Millionen Tonnen Stahl produziert statt bisher 11,5 Millionen Tonnen!
Neben einer Absenkung der Produktionsmenge soll zudem ein Standort der Tochter von Thyssen-Krupp geschlossen werden. Konkret geht es um Werke in Kreuztal-Eichen im Siegerland, wo der Stahl weiterverarbeitet wird. Unmittelbar betroffen sind zunächst rund 5.000 Arbeitsplätze.
Auch die Trennung von den Hüttenwerken Krupp-Mannesmann (HKM) soll zur Reduktion der Kapazitäten beitragen. Bislang ist der Stahlhersteller zu 60 Prozent an HKM beteiligt. Sollte der Verkauf scheitern, würden "Gespräche über einvernehmliche Schließungsszenarien geführt", heißt es von Seiten des Konzerns.
Zusätzlich sollen die Personalkosten bei "Thyssen-Krupp Steel" in den nächsten Jahren im Durchschnitt um zehn Prozent gesenkt werden. Damit wolle man auf ein wettbewerbsfähiges Kostenniveau kommen.
Das Ziel sei ein Abbau von rund 5.000 Arbeitsplätzen in Produktion und Verwaltung bis zum Jahr 2030. Zudem sollen weitere 6.000 Arbeitsplätze durch Ausgliederungen auf externe Dienstleister oder den Verkauf von Geschäftstätigkeiten wegfallen, teilte die Unternehmensleitung mit.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. November 2024 (x1.420/…):
>>**Da schau an: Fälscher Relotius arbeitet bei Habecks Werbeagentur!**
Es gibt Meldungen, die klingen so grotesk, daß man sie sich gar nicht ausdenken kann: "Grünen-Kanzlerkandidat" Robert Habeck postet ein Video nach dem anderen. Dafür zeichnet eine Agentur verantwortlich, bei der ein alter Bekannter arbeitet!
Inszeniert wird die große Robert-Habeck-Küchentisch-Show von der Werbeagentur Jung von Matt. Die hatte auch schon Angela Merkel (CDU) im Wahlkampf vertreten. Seit knapp zwei Jahren hat Jung von Matt einen neuen Mitarbeiter. Er heißt Claas Relotius und hat einst für das Hamburger Gerüchtemagazin "Spiegel" Texte erfunden, in der die Welt so beschrieben wird, wie Menschen sie sehen sollen - nicht, wie sie ist. Paßt!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. November 2024 (x1.420/…):
>>**Amtlich: SPD-Vorstand nominiert Olaf Scholz einstimmig als Kanzler-Kandidat**
Nach wochenlanger kontroverser Debatte in der Partei hat der SPD-Vorstand Bundeskanzler Olaf Scholz einstimmig als Kanzlerkandidaten der Genossen nominiert. Bestätigt werden soll diese Entscheidung auf einem SPD-Parteitag am 11. Januar in Berlin.
Jetzt ist es so gut wie amtlich: Noch-Kanzler Scholz wird der Spitzenkandidat der SPD bei der Bundestagswahl am 23. Februar sein. Das hat der SPD-Vorstand in Berlin entschieden. Am 11. Januar soll ein Parteitag Scholz dann endgültig zum Kandidaten küren; zuvor will ihn die SPD bei einer "Wahlsiegkonferenz" Ende November als ihren Spitzenmann präsentieren.
Nach dem Bruch der Ampel-Koalition Anfang November war in der SPD eine Debatte geführt worden, ob Scholz der richtige Kanzlerkandidat sei. Angesichts schwacher Umfragewerte des Amtsinhabers hatten sich zuletzt auch prominente Genossen wie die früheren Parteichefs Franz Müntefering und Sigmar Gabriel dafür ausgesprochen, mit dem deutlich populäreren Verteidigungsminister Boris Pistorius an der Spitze in den Wahlkampf zu ziehen. Dieser teilte dann aber am vergangenen Donnerstag mit, er stehe nicht zur Verfügung.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. November 2024 (x1.420/…):
>>**Faeser-Willkür gegen DK-Chefredakteur: Top-Staatsrechtler Rupert Scholz (CDU) weist Innenministerin scharf zurecht!**
Der frühere Bundesverteidigungsminister und Top-Staatsrechtler Prof. Rupert Scholz (CDU) hat die Strafanträge von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) gegen den Herausgeber und Chefredakteur des Deutschland-Kuriers, David Bendels, scharf kritisiert. "Das Vorgehen von Frau Faeser gegen Herrn Bendels erscheint mir willkürlich zu sein", sagte Scholz im Gespräch mit DK-Gastautor Einar Koch.
Scholz, der in den 80er Jahren u.a. Justizsenator in Berlin war, betonte: "Die Strafanträge entbehren aus meiner Sicht jeder Grundlage. Ich sehe keine Strafbarkeit nach Paragraph 188 des Strafgesetzbuches (StGB). Insbesondere das als Satire erkennbare Plakat 'Ich hasse die Meinungsfreiheit' ist durch die Presse- und Meinungsfreiheit gedeckt."
Diese auch als "Majestätsbeleidigungs-Paragraph" bekannte Norm stellt gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung unter Strafe.
Daß der Deutschland-Kurier einen Tweet des AfD-Politikers Maximilian Krah zum Messer-Amoklauf eines Syrers im Juni 2023 im französischen Annecy verbreitete und ergebnisoffen um Meinung zu Krahs Aussage "Masseneinwanderung ist tödlich" fragte, hält Scholz ebenfalls für unproblematisch. "Ich kann hierin keine Volksverhetzung gemäß Paragraph 130 StGB erkennen", unterstrich der Berliner Staatsrechtler.
Mit Blick auf die Berichterstattung des Deutschland-Kuriers im Zusammenhang mit der Prügel-Attacke auf den damaligen AfD-Fraktionschef im Augsburger Stadtrat, Andreas Jurca, während des Landtagswahlkampfes in Bayern stellte Scholz fest: "Natürlich müssen auch Spitzenpolitiker scharfe und polemische Kritik hinnehmen, so wie im Fall des brutal zusammengeschlagenen AfD-Politikers." Alle Äußerungen dieser Art, also auch daß Faeser, Steinmeier und Haldenwang im übertragenen Sinne "mitgeprügelt" haben, sind laut Scholz "nach der gefestigten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eindeutig von der Presse- und Meinungsfreiheit gedeckt."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. November 2024 (x1.420/…):
>>**Erdrutschsieg: FPÖ gewinnt Landtagswahl in der Steiermark haushoch!**
Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) hat die Landtagswahl in der Steiermark haushoch gewonnen. Nach der Nationalratswahl im September setzen die national-konservativen Freiheitlichen unter Parteichef Herbert Kickl damit ihren Siegeszug in der Alpenrepublik fort. Bei der Landtagswahl in der Steiermark legte die FPÖ dem vorläufigen Ergebnis zufolge um sensationelle 17,5 Prozentpunkte 35 Prozent zu und belegt damit mit weitem Abstand den ersten

Platz.
Die bisher zusammen mit der sozialdemokratischen SPÖ regierende konservative ÖVP kommt auf knapp 27 Prozent (minus neun Prozentpunkte). Die SPÖ verliert leicht und liegt bei 21 Prozent.

Bundespolitisches Stimmungsbarometer

Die Wahl in der Steiermark, dem nach Einwohnern viertgrößten Bundesland Österreichs, gilt als ein weiteres bundespolitisches Stimmungsbarometer. Der immense Zugewinn der FPÖ liegt im Trend auch der Landtagswahl Mitte Oktober in Vorarlberg, bei der sich die FPÖ auf 28 Prozent verdoppeln konnte. In der Steiermark werden FPÖ-Spitzenkandidat Mario Kunasek gute Chancen als Landeshauptmann (Ministerpräsident) einer Koalitionsregierung eingeräumt.
Auf Bundesebene dürfte dieser erneute Erdrutschsieg der Freiheitlichen den Druck auf das FPÖ-Verhinderungskartell aus ÖVP, SPÖ und liberalen Neos erhöhen, in Wien eine Regierungskoalition zu schmieden, um FPÖ-Chef Herbert Kickl als Bundeskanzler zu verhindern. Kickl wertete das Ergebnis in der Steiermark als bundespolitisches Signal gegen eine "Ampel-Koalition der Wahlverlierer".<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. November 2024 (x1.420/…):

>>**Immer mehr Deutsche in Angst: Wer Merz wählt, wählt den Krieg!**

Laut "Infratest dimap" (ARD) sind sechs von zehn Deutschen (61 Prozent) klar dagegen, daß Deutschland "Taurus-Marschflugkörper" an die Ukraine liefert. Im ZDF-Politbarometer kann Kanzler Olaf Scholz (SPD) gegenüber seinem Unions-Herausforderer Friedrich Merz (CDU) wieder deutlich zulegen. Der Grund dafür dürfte auf der Hand liegen: Immer mehr Deutsche haben Angst, daß jede Stimme für Friedrich Merz eine Stimme für den Krieg ist!
Kaum ein Tag vergeht, an dem der Unionskanzlerkandidat nicht die Kriegstrommel rührt und die Lieferung weitreichender deutscher "Taurus-Marschflugkörper" an die Ukraine fordert. Eine scharfe Reaktion aus Moskau auf die Kriegstreiberei des CDU-Chefs läßt an Deutlichkeit kaum zu wünschen übrig. Damit wird klar: Wer bei der Bundestagswahl am 23. Februar Merz wählt, wählt den Krieg - und das vielleicht schon im März!

Kriegstreiber Merz im Kampf-Jet

Daumen hoch im Cockpit eines Eurofighter-Kampfjets der deutschen Luftwaffe: So posierte Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz im Sommer anlässlich eines 100.000 Euro teuren Mitflugs über die Ostsee. Es ist ein Foto, das vor dem Hintergrund der weiter andauernden "Taurus-Debatte" Angst machen muß.
Bei seiner Kriegstreiber-Rede am 16. Oktober im Deutschen Bundestag bekräftigte Merz, daß er im Falle seiner Wahl zum Bundeskanzler Marschflugkörper des Typs "Taurus" an die Ukraine liefern würde. Diese hochwirksame Fernlenkwaffe mit einer Reichweite von gut 500 Kilometer würde es dem Selenskyj-Regime in Kiew erlauben, mit größter Präzision Ziele in Rußland anzugreifen, ja sogar den Kreml in Moskau.
Weil der "Taurus" sehr tief fliegt, wäre es für die russische Flugabwehr kaum möglich, ihn abzufangen. Aufgrund der komplexen Technik des Systems müßten nach Ansicht von Militärexperten wie des früheren Generalinspekteurs der Bundeswehr, Harald Kujat, deutsche Experten in der Ukraine präsent sein. Deutsche würden also quasi den Abzug drücken!

Merz macht Deutschland zum Kriegsziel

Was das bedeutet, erläutert der Chefredakteur der Schweizer "WELTWOCHE", Roger Köppel: "Aus Sicht des Kreml erklären die von den USA unterstützten Deutschen den Russen den Krieg, wenn sie 'Taurus' an die Ukrainer liefern - mit der äußersten Konsequenz, daß die russischen Streitkräfte nuklear zurückschlagen. Allein die theoretische Möglichkeit, daß Deutschland auf diese unmittelbare und verheerende Art und Weise zum Kriegsziel der weltweit größten Atommacht werden könnte, verdient eine viel intensivere und seriösere Ausein-

andersetzung, als dies in der deutschen Politik und in den Medien derzeit der Fall ist."
Daß Merz Deutschland der Gefahr aussetzt, zum Schauplatz eines Dritten Weltkrieges zu werden, sieht auch AfD-Co-Chef Tino Chrupalla so. Er brachte es gegenüber der "WELT-WOCHE" auf den Punkt: "Wer Merz wählt, wählt den Krieg!"
Der Schweizer Roger Köppel: "Wäre ich Deutscher, würde ich alles daransetzen, einen Dritten Weltkrieg zu verhindern - erst recht, wenn sich abzeichnet, daß er hauptsächlich auf deutschem Territorium ausgetragen würde. Eine Lieferung von Marschflugkörpern mit der Schlagkraft des 'Taurus' ist deshalb nicht nur eine Kriegserklärung an Rußland. Sie ist auch eine Kriegserklärung an Deutschland und an Europa!"

Merz zündelt weiter

Vor zwei Wochen brachte Merz in einem Interview mit dem "Stern" die Lieferung von "Taurus-Marschflugkörpern" an die Ukraine erneut ins Spiel. Die Reaktion aus Moskau ließ nicht lange auf sich warten.
Ex-Ministerpräsident Dmitri Medwedew, jetzt Vize-Chef des Sicherheitsrates der Russischen Föderation und nach wie vor ein enger Vertrauter von Kreml-Chef Wladimir Putin, warnte auf Telegram: Der Einsatz von "Taurus-Marschflugkörpern" werde das Risiko erhöhen, daß der Krieg in eine "äußerst gefährliche Phase" eintritt. Medwedew betonte zugleich: "Es ist klar, daß diese Raketen nicht in der Lage sind, den Kampfverlauf wesentlich zu ändern."

Merz hofft auf "schwarz-grüne" Raketen-Koalition

So langsam wird immer klarer, warum der Kriegstreiber Merz insgeheim auf eine "schwarz-grüne" Koalition nach der Wahl am 23. Februar hofft: "Grünen-Kanzlerkandidat" Robert Habeck ist nämlich ebenfalls für "Taurus-Lieferungen" an die Ukraine. Die FDP zwar auch, aber die dürfte nach der Bundestagswahl kaum noch eine Rolle spielen.
Im ARD-Talk "Caren Miosga" kritisierte Habeck gestern Abend (24. November) die weiterhin ablehnende Haltung von SPD-Kanzler Scholz und bekräftigte seine Unterstützung für eine rasche Lieferung der Marschflugkörper an die Ukraine.
FAZIT: Nach dem BSW-Wählerverrat in Thüringen (keine klare Ablehnung von "Taurus-Lieferungen", kein klares Nein zu US-Raketen in Deutschland) steht außer Zweifel: Die AfD ist die einzige und wahre Friedenspartei in Deutschland!<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 25. November 2024 (x1.424/…): >>**Theresia: "Die Ärzte, die mitgemacht haben, haben alle Blut an den Händen"**

Herbert Ludwig

Theresia Hirtreiter hat einen jahrelangen Leidensweg hinter sich, der im April 2021, 6 Stunden nach der ersten und einzigen Corona-Impfung, begann. Im Gespräch mit Johannes Clasen, Mitarbeiter der "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie" (MWGFD), berichtet die tapfere Frau über ihre langen Krankenhausaufenthalte mit nebenwirkungsreichen, aber kaum helfenden chemischen Therapien und das breite Abblocken eines Zusammenhanges mit der Impfung durch Ärzte und Sozialgericht.
Sie nennt das System schlimmer als die Mafia. - Nachfolgend das Wesentliche aus dem Interview, das die MWGFD in ihrer Reihe "Geimpft - Geschädigt - Geleugnet" veröffentlicht hat. (hl)

Theresia Hirtreiter im Gespräch mit Johannes Clasen
veröffentlicht am 14.11.2024; Autorin: *Elisabeth Maria*

In Theresia Hirtreiters Leben ist seit der Impfung gegen Corona nichts mehr so, wie es vorher war. Getrieben von der Sorge um ihren pflegebedürftigen Mann ging sie am 9. April 2021 ins Impfzentrum im niederbayerischen Straubing, und ließ sich dort, zusammen mit einer "ganzen Herde" von anderen Impflingen einmalig gegen Corona impfen.
Selbstkritisch stellt sie im Rückblick fest: "Ich bin da ahnungslos hin gegangen. … Da hab ich

mir weiter nix gedacht." Daß die Impfung so risikoreich ist, habe ihr keiner gesagt, "sonst hätte ich mich wahrscheinlich nicht impfen lassen."
Die Impfaufklärung via Film habe die möglichen Gefahren auf jeden Fall nicht dargestellt.
Theresia Hirtreiter, die vor der Impfung gesund gewesen war, 4 Jahre keinen Arzt aufgesucht und keinerlei Medikamente benötigt hatte, reagierte schnell auf die Genspritze. Nur 6 Stunden nach der Impfung bekam sie Schüttelfrost und Schmerzen, die "jeden Tag schlimmer" wurden. Dachte sie zunächst noch, daß das normale Nebenwirkungen seien, mußte sie feststellen, daß das "aber nimmer vergangen" ist.
Vielmehr wurden die Schmerzen "unerträglich". Dazu kam eine schwere Lungenentzündung. Da eine 14-tägige, vom Hausarzt verordnete Antibiose nicht half, wurde sie ins Krankenhaus in eine Lungenfachstation eingewiesen und von dort in die Uniklinik in Regensburg verlegt.
In den Kliniken wurde sie mit stärksten Medikamenten, von mehrtätigen Antibiotika-Infusionen über Schmerzmittel bis hin zu Chemo-Therapien "auf gut Glück" behandelt. Leider war die darauffolgende kurzzeitige Besserung nicht von Dauer, dann bald danach fing "das Blindwerden an", was einen erneuten Klinikaufenthalt, diesmal im Bezirkskrankenhaus Regensburg, notwendig machte. Dort erhielt sie eine Hochdosiskortison-Therapie, 50.000 mg Kortison in 5 Wochen. Frau Hirtreiter ist überzeugt:
"Wenn ich nicht so gesund gewesen wäre, hätte ich es nicht überlebt."
Doch ihr Leidensweg war an dieser Stelle noch nicht zu Ende: Im weiteren Verlauf ging es ihr zunehmend schlechter, so daß mehrere Blutwäschen verordnet wurden, ohne therapeutischen Erfolg. Die Ärzte "haben nicht mehr gewußt, was sie machen sollen", so Frau Hirtreiters Einschätzung.
"Sie haben nie eine Diagnose gehabt. … Sie haben immer nur gesagt: Sie haben eine lebensbedrohliche Krankheit."
Schließlich wurde Frau Hirtreiter eine Kopfoperation vorgeschlagen, die 7 Stunden gedauert habe.
"Seither habe ich einen Kopf wie eine Blechbüchse, das ist alles ohne Gefühl."
Obwohl Frau Hirtreiter "ein Jahr im Krankenhaus gelegen, ein Jahr in Regensburg gelegen" ist, brachte keine der Maßnahmen langfristig Besserung. Vielmehr mußte sie monatelang große Schmerzen ertragen:
"Es war alles entzündet, ich hab so viel Schmerzen gehabt, ich hab 10 Monate rund um die Uhr Schmerzmittel gebraucht, dann hab ich in der Nacht 3 Infusionen gebraucht mit Schmerzmittel, vor lauter Schmerzen."
Nach einer Reha, einer weiteren Chemotherapie, "die stärksten was sie haben" und einer weiteren Kopfoperation wurde sie "jeden Tag kränker". Sie konnte nichts mehr essen, hatte stark abgenommen und war nur mehr "Haut und Knochen". Im Februar 2022 galt sie, auf dem linken Ohr ertaubt, auf dem linken Auge erblindet und verlorenem Riechvermögen, schließlich als austherapiert:
"Wir haben keine Hilfe mehr für Sie."
Doch Frau Hirtreiter gab nicht auf und suchte selber weiter nach Hilfe. Diese fand sie bei einem Privatarzt, einem Apotheker und einem Wünschelrutengänger. Der Arzt, den sie zwischen zwei Klinikaufenthalten konsultierte, empfahl ihr die Einnahme hochdosierter Vitamine, Mineralstoffe, Spurenelemente, und hochdosiertes Vitamin D. Dieser therapeutische Ansatz, den sie bis heute konsequent fortführt, zeigte Wirkung:
"Ich bin wirklich von den Toten auferstanden. … Das Chemo-Zeug hat ja alles kaputt gemacht. Und dann ist es besser geworden, langsam."
Diese Präparate hat sie sogar ins Krankenhaus mitgenommen, aber "das wollte niemand sehen. … Da hätten sie mich sofort entlassen."
Der Apotheker verordnete ihr Spenglersan-Tropfen, verschiedene Globuli, von ihm hergestell-

te Tropfen und Tees, der Wünschelrutengänger empfahl ihr zum Ausleiten des Impfstoffes verschiedene kolloidale Mineralien.
Selbst eine äußerst schmerzhafte Ohrmuschelentzündung ("Ich hab ein Ohr gekriegt wie eine Sau."), die ärztlicherseits erfolglos mit Antibiotika behandelt wurde, besserte sich auf die Empfehlungen des Apothekers mit Globuli und Tropfen nach 1 ½ Tagen. 20.000 Euro habe sie bisher für diese alternativen Therapieansätze ausgegeben, so Frau Hirtreiter. Doch das habe sie gerne gemacht, denn der Einsatz zeigte Erfolg: 5 Wochen nach der Entlassung aus dem Krankenhaus hatte sie keine Schmerzen mehr.
"Das war mein zweiter Geburtstag."
Leider erfolgte im Juli 2022 ein weiterer gesundheitlicher Einbruch: ein akutes Nierenversagen, was einen erneuten Aufenthalt in der Uniklinik in Regensburg notwendig machte. Der behandelnde "junge Professor" war der erste Arzt, der einen Zusammenhang zwischen ihren Erkrankungen und der Impfung herstellte. Er habe viele Patienten, die "auf das Impfen Nierenversagen" bekommen hätten. Auch bei ihr gehe er von einem "Verdacht auf einen schweren Impfschaden" aus. Erneut wurde Chemotherapie empfohlen. Diesmal habe die Behandlung geholfen, so Frau Hirtreiter. 9 Chemo-Behandlungen habe sie sich geben lassen, die 10. Chemotherapie, die am 28. Juli dieses Jahres fällig gewesen wäre, habe sie gegen den Rat der Ärzte abgelehnt.
Frau Hirtreiters Enttäuschung über unser Gesundheitssystem ist groß: Nicht nur, daß "kein Arzt was vom Impfen wissen" wollte, der junge Professor aus Regensburg ausgenommen.
"Die streiten alles ab ... stehen auf und verweisen mich zur Tür."
Auch andere Impfschäden werden nicht wahrgenommen und zugegeben. In den Krankenhäusern, in denen sie war, "da waren nur Impfschäden … in der Station, da waren nur Impfschäden. … Da war sonst außer Impfschäden nichts. Die Corona Betten waren alle leer. … Bei den Impfschäden … waren die Betten noch am Gang draußen. … Die Menschen haben das … gesehen, aber nicht die Ärzte."
In der Reha sei es genauso gewesen, "da waren lauter junge Menschen, … die waren so krank. … Das hat kein Arzt wissen wollen. … Ich hab gedacht, ich bin der einzige Impfschaden, dabei war die ganze Klinik voll Impfschäden."
So lautet ihr bitteres Resümee:
"Eine Mafia ist ein Dreck dagegen. … Die Ärzte, die … mitgemacht haben, die haben alle Blut an den Händen."
Kein Arzt sei bereit gewesen, ihren Impfschaden beim Paul-Ehrlich-Institut zu melden. Ein hilfsbereiter Nachbar habe das für sie übernommen.
Frau Hirtreiters Klage beim Sozialgericht in Landshut wurde mit der Begründung abgelehnt, daß sie keinen Impfschaden habe, und sie die "Krankheiten alle sowieso bekommen hätte."
Derzeit bereitet sie mit Hilfe eines Anwaltes eine Klage gegen den verantwortlichen Impfarzt vor. Es habe sehr lange gedauert, den Namen dieses Arztes ausfindig zu machen, so Frau Hirtreiter:
"Die wollten alles vertuschen …, daß ja nichts an die Öffentlichkeit kommt."
Doch die Aufklärung dieses "schlimmen Verbrechens an der Menschheit" ist Frau Hirtreiter ein großes Anliegen. So berichtet sie unermüdlich über das, was ihr widerfahren ist und stellt dabei mittlerweile in ihrem Umfeld eine große Skepsis gegenüber der Impfagenda fest.
Für die Zukunft wünscht sie sich, "daß das alles an die Öffentlichkeit kommt, daß das alles aufgeklärt wird, und daß die Menschen …, die … das gemacht haben, verurteilt werden."<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 25. November 2024 (x1.423/…): >>**ARD: Bundesregierung wertet seit 2020 kaum Daten zu Impfnebenwirkungen aus**
SWR-Magazin kritisiert Paul-Ehrlich-Institut: "kommt gesetzlicher Pflicht nicht nach" / 8.000 Patienten mit Post-Vac-Symptomen auf Warteliste der Uniklinik Marburg / Behörden erken-

nen Vielzahl medizinisch festgestellter Impfschäden nicht an
Herausgegeben von Stefan Korinth und Paul Schreyer
Der öffentlich-rechtliche Sender ARD wirft der Bundesregierung erstmals vor, Daten zu Impfnebenwirkungen zu ignorieren. "Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) kommt seiner gesetzlichen Verpflichtung, Daten der Kassenärztlichen Vereinigungen zu Impfnebenwirkungen auszuwerten, seit vier Jahren nicht nach", heißt es in einem Beitrag des Wirtschaftsmagazins "Plusminus". Die vom Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) und vom Südwestrundfunk (SWR) produzierte und am Mittwoch (20. November) ausgestrahlte Sendung macht auf das Schicksal von Menschen mit Impfschäden der COVID-19-mRNA-Präparate aufmerksam.
Der ARD-Beitrag stellt beispielhaft die Situation zweier offensichtlich Impfgeschädigter dar. Im ersten Fall handelt es sich um eine junge Frau, die an einer schweren Hirnschädigung leidet, welche kurz nach der zweiten Verabreichung einer Dosis des mRNA-Präparats der Firma Moderna aufgetreten ist. Drei medizinische Stellungnahmen haben den zeitlichen und kausalen Zusammenhang zwischen Impfung und Hirnschädigung festgestellt, heißt es.
Beim zweiten Fall handelt es sich um eine weitere junge Frau, die an einem Post-Vac-Syndrom leidet und daher arbeitsunfähig ist. Zu den Auswirkungen dieses Krankheitsbildes gehören chronische Erschöpfung, Nervenschmerzen und Herzrasen. In beiden Fällen wurde der Impfschaden von den Versorgungsämtern nicht anerkannt, und es mangelt an angemessener finanzieller und therapeutischer Hilfe.
Professor Bernhard Schiefer von der Universitätsklinik Marburg, die Menschen mit Post-Vac-Syndrom behandelt, spricht von 8.000 betroffenen Patienten, die auf seiner Warteliste stehen. "So kann man die Flut an Patienten nicht in den Griff bekommen", kritisiert der Mediziner. Es fehle an Anlaufstellen, die niederschwellig von Betroffenen kurzfristig angerufen werden könnten. "Plusminus" berichtet von mittlerweile 50 Selbsthilfegruppen von Menschen mit einem vermeintlichen Impfschaden in Deutschland.
Die Betroffenen und ihre Angehörigen klagen über fehlende Anerkennung und Hilfe sowie Ablehnung ihrer Fälle durch Behörden - trotz zum Teil eindeutiger Diagnosen von Uni- und Fachkliniken auf das Post-Vac-Syndrom. Plusminus liegen laut eigener Aussage Ablehnungsschreiben von Versorgungsämtern aus ganz Deutschland vor, die ihre Entscheidung damit begründen, daß das PEI bisher keinen direkten Zusammenhang zwischen Long-COVID-ähnlichen Beschwerden und der COVID-Impfung festgestellt habe.
Das Bundesgesundheitsministerium habe auf Nachfrage des Senders geantwortet, daß dem PEI aktuell 2.614 Post-Vac-Verdachtsfälle bekannt sind. Dies sei laut Ministerium zu wenig, um ein Risikosignal zu erkennen. Der ARD-Beitrag zweifelt jedoch an der Arbeitsweise des PEI und führt an, daß der Bundestag bereits 2020 das Meldesystem der Behörde als unzureichend bemängelt und eine Untererhebung festgestellt habe.
Das PEI habe daraufhin durch Änderung des Infektionsschutzgesetzes den "gesetzlichen Auftrag" bekommen, die Diagnosedaten der Krankenversicherungen auszuwerten. Diesem Auftrag sei die Behörde bis heute nicht nachgekommen. Obwohl Krankenkassen wie der AOK-Bundesverband dem Bund seit 2021 immer wieder Vorschläge für einen Datenaustausch unterbreitet hätten, seien die angebotenen Informationen nicht vom Gesundheitsministerium in Anspruch genommen worden. Plusminus stellt daher die abschließende Frage: "Will die Bundesregierung das wahre Ausmaß an Impfgeschädigten gar nicht wissen?"
Multipolar hat in der Vergangenheit mehrfach über die mangelnde Überwachung der COVID-19-Präparate durch das PEI berichtet - das erste Mal im Juni 2021. Als Anfang 2022 mit Daten vom Robert Koch-Institut (RKI) und vom Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus belegbar war, daß annähernd gleich viele junge Menschen mit COVID-19-Impfnebenwirkungen im Krankenhaus behandelt wurden wie mit COVID-19-Symptomen, kritisierte Multipolar dies als "kriminelles Behördenversagen" des PEI.

Zuletzt ermittelte eine von Multipolar mit initiierte Forsa-Umfrage, daß 19 Prozent der in Deutschland mit einem COVID-19-Präparat Behandelten über Nebenwirkungen berichteten, bei vier Prozent der Geimpften seien diese auch von einem Arzt bestätigt worden. Das PEI hat lediglich bei 0,18 Prozent der Impfungen Verdachtsfälle von Nebenwirkungen erfaßt.
In einem Interview mit Multipolar wirft der Versicherungsmathematiker Matthias Reitzner dem PEI eine "verheerende" Arbeitsweise und "schwere Dienstverfehlung" vor. Auf Basis seiner Berechnungen der Übersterblichkeit in Deutschland, die er mit seinem Co-Autor Christof Kuhbandner exakt mit den gleichen Daten und Methoden des Statistischen Bundesamtes vorgenommen hat, kommt er zu dem Schluß, daß es einen Zusammenhang zwischen vermehrten Sterbefällen seit Mitte 2021 und der COVID-Impfung geben muß.
Reitzner, der das Institut für Mathematik an der Universität Osnabrück leitet, unterstreicht: Wenn schon seit längerer Zeit "ein massiver Verdacht von Nebenwirkungen" besteht, ist es die Aufgabe des PEI nachzufassen, was wirklich los ist, "anstatt zu mauern und so zu tun, als gäbe es den Verdacht nicht".<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. November 2024 (x1.422/…): >>**Thyssenkrupp Steel will bis 2030 circa 5.000 Stellen streichen**
Die Stahlsparte von Thyssenkrupp will bis 2030 circa 5.000 Stellen abbauen. Das geht aus einem am Montag vorgestellten Zukunftskonzept hervor.
Demnach sollen zunächst die Produktionskapazitäten von 11,5 Millionen Tonnen auf ein zukünftiges Versandzielniveau von 8,7 bis 9,0 Millionen Tonnen gesenkt werden. Das entspricht demnach in etwa dem Versandergebnis des vergangenen Geschäftsjahres. Durch die Anpassung des konzernweiten Produktionsnetzwerks und eine Straffung der Verwaltungen sollen bis 2030 rund 5.000 Arbeitsplätze entfallen.
Hinzu kommen zudem 6.000 Arbeitsplätze, die durch Ausgliederungen auf externe Dienstleister oder den Verkauf von Geschäftstätigkeiten wegfallen sollen. Darüber hinaus sollen die Personalkosten in den kommenden Jahren im Durchschnitt um zehn Prozent reduziert werden. Den Weiterverarbeitungsstandort in Kreuztal-Eichen will das Unternehmen zudem schließen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. November 2024 (x1.422/…): >>**Mann wegen geplanter Lauterbach-Entführung zu Haftstrafe verurteilt**
Im Zusammenhang mit der geplanten Entführung von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) ist ein 62-Jähriger zu einer Haftstrafe verurteilt worden. Das Oberlandesgericht Frankfurt legte das Strafmaß am Montag auf zweieinhalb Jahre fest. Demnach sich der Mann an der Vorbereitung von Hochverrat beteiligt haben sowie Mitglied in einer terroristischen Vereinigung gewesen sein. Das Gericht blieb leicht unter der Forderung der Staatsanwaltschaft, die eine Haftstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten gefordert hatte.
Der Mann befindet sich bereits seit Herbst 2023 in Untersuchungshaft. Der Verurteilte soll der sogenannten "Kaiserreichsgruppe" angehört haben, die Behördenangaben zufolge einen Umsturz in Deutschland geplant hatte. Er soll sich dabei bereit erklärt haben, Waffen in seiner Garage zu lagern.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. November 2024 (x1.422/…): >>**SPD drängt auf Abtreibungsrecht-Reform vor Bundestagswahl**
SPD-Generalsekretär Matthias Miersch hat das Ansinnen seiner Partei verteidigt, den Abtreibungsparagraphen 218 noch vor der vorgezogenen Bundestagswahl im Februar abzuschaffen. "Es ist ein Antrag von uns, und jetzt müssen alle Fraktionen darüber beraten", sagte Miersch am Montag den Sendern RTL und ntv. "Letztlich geht es darum: Ich bin ja von Haus aus Strafrechtler, und ich halte das Strafrecht dort auch für ein völlig falsches Mittel. Und insofern stehe ich auch voll dahinter", so Miersch.
"Wir haben einen funktionsfähigen Bundestag, dazu gehört dieses Thema." Der Streit um Pa-

ragraph 218 des Strafgesetzbuchs schwelt schon länger. Noch ist dort festgehalten, daß bei einem Schwangerschaftsabbruch Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren drohen. Parteien wie SPD, Linke und Grüne wollen Abtreibungen entkriminalisieren.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. November 2024 (x1.422/…): >>**Immer mehr Unternehmen nutzen KI**

Jedes fünfte Unternehmen (20 Prozent) in Deutschland nutzt Technologien der künstlichen Intelligenz (KI). Erfaßt sind dabei rechtliche Einheiten mit mindestens zehn Beschäftigten, teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) am Montag mit. Damit ist die Nutzung von KI innerhalb eines Jahres um acht Prozentpunkte gestiegen. 2023 nutzte etwa jedes achte Unternehmen (zwölf Prozent) künstliche Intelligenz.

2021 wurde die Nutzung von KI erstmals erhoben, wobei etwa jedes neunte Unternehmen (elf Prozent) angab, diese zu nutzen. Große Unternehmen ab 250 Beschäftigten setzen im Jahr 2024 deutlich häufiger KI-Technologien ein als mittlere und kleine Unternehmen. So nutzt jedes zweite Großunternehmen (48 Prozent) KI, aber nur jedes vierte (28 Prozent) mittlere Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten und jedes sechste (17 Prozent) kleine Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten.

In allen Größenklassen wird KI im Vergleich zum Vorjahr häufiger genutzt (Großunternehmen: + 13 Prozentpunkte, mittlere Unternehmen: + 12 Prozentpunkte, kleine Unternehmen: + 7 Prozentpunkte). Unternehmen, die KI einsetzen, nutzen am häufigsten Technologien zur Analyse von Schriftsprache beziehungsweise Text-Mining (48 Prozent), Technologien zur Spracherkennung (47 Prozent) sowie Technologien zur Erzeugung natürlicher Sprache (34 Prozent). Diese Technologien werden vorrangig für Marketing oder Vertrieb (33 Prozent), für Produktions- oder Dienstleistungsprozesse (25 Prozent), zur Organisation von Unternehmensverwaltungsprozessen oder das Management (24 Prozent) sowie für Buchführung, Controlling oder Finanzverwaltung (24 Prozent) genutzt.

Von den Unternehmen, die bisher keine KI-Technologien nutzen, haben 18 Prozent deren Einsatz bereits in Betracht gezogen, so die Statistiker. Nach den Gründen für den Nichtgebrauch gefragt, nannten diese Unternehmen: Fehlendes Wissen (71 Prozent), Unklarheit über die rechtlichen Folgen (58 Prozent), Bedenken hinsichtlich der Wahrung des Datenschutzes und der Privatsphäre (53 Prozent), Schwierigkeiten mit der Verfügbarkeit oder Qualität der Daten (45 Prozent), Inkompatibilität mit vorhandenem Bestand an Geräten, Software und Systemen (44 Prozent), zu hohe Kosten (28 Prozent) und ethische Überlegungen (23 Prozent). 21 Prozent dieser Unternehmen schätzen den Einsatz von künstlicher Intelligenz in ihrem Unternehmen als nicht sinnvoll ein.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. November 2024 (x1.422/…): >>**BBK erarbeitet Bunker-Schutzplan für Deutschland**

Angesichts der sich verschärfenden internationalen Bedrohungslage = erarbeitet das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BBK) einen speziellen Bunkerschutzplan für Deutschland. Das BBK prüft derzeit, welche öffentlichen Gebäude im Bedarfsfall zu Schutzräumen umfunktioniert werden können, berichtet die "Bild" (Montagausgabe). Dazu zählen unter anderem Behördengebäude aber auch U-Bahnhöfe, teilte das BBK der "Bild" auf Anfrage mit. Außerdem soll eine spezielle Handy-App entwickelt werden, mit der Bürger die Entfernung zum nächsten Bunker erfassen können. Darüber hinaus will das BBK die Bevölkerung ermuntern, in den Eigenheimen ebenfalls Schutzräume zu errichten.

Dafür könnten Keller genauso geeignet sein wie Garagen. "Am Ende muß die Bevölkerung natürlich in ihren Kellern auch etwas tun", sagte BBK-Präsident Ralph Tiesler laut "Bild" vergangene Woche auf einem entsprechenden Kongress der Unions-Bundestagsfraktion. Wie die Zeitung weiter schreibt, soll es außerdem eine Informationsoffensive geben, um die Bevölkerung aufzuklären und vor Gefahren zu warnen. Unklar ist, bis wann der Plan konkret stehen

soll.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. November 2024 (x1.417/…): >>**Weltkrieg-Alarm - und Pistorius will Bunker bauen**

Von *Jürgen Elsässer*

Eskalation geht unvermindert weiter. Heute wurde erneut ATACMS-Rakete auf Kursk abgefeuert. Bundesregierung deeskaliert nicht, sondern will Bürger mit lächerlichen Schutzmaßnahmen beruhigen.

Sind wir schon im Weltkrieg, wie Selenskis Oberbefehlshaber Saluschni (bis Januar, jetzt Botschafter in London) letzte Woche jubelte? Auch Putin sprach in seiner Rede vom Freitag davon, der Krieg in der Ukraine habe jetzt "globale Elemente" … Und der reichweitenstarke US-Moderator Alex Jones macht bei "Infowars" bereits ein tägliches "WW3-Update".

Schlag auf Schlag

Tatsächlich beschleunigen sich die Entwicklungen seit einer Woche in ungeheuerer Weise. Am 18.11. der US-Angriff auf russisches Kernland mit ATACMS, am 19.11. schossen die Briten ihre Storm-Shadows ab, am 21.11. setzte Putin - erstmals in der Weltgeschichte - eine Mittelstreckenrakete unter Gefechtsbedingungen ein, eine Hyperschallrakete vom Typ Oreschnik.

Sie zerstörte in Dnipro eine große Munitionsfabrik, auch unterirdische Anlagen. Flugzeit nach Berlin: 11 Minuten … Abwehrmöglichkeit: Zero. Diese "letzte Warnung" wurde im Westen überhört. Frankreich kündigte am Wochenende an, jetzt auch mit seinen Scalp-Marschflugkörpern auf russisches Kernland schießen zu wollen, und heute kam die nächste Ladung ATACMS, Einschlag in der Region Kursk.

Und was macht die Bundesregierung? Kritisiert sie den Wahnsinn? Kündigt sie einen Stopp der Waffenlieferungen an? Nein, Scholz liefert munter weiter - nur bei Taurus hält er sich Gott sei Dank zurück. Und am 21.11. war Deutschland dabei, als ein neues Militärbündnis gegründet wurde. Die "Northern Group - Ukraine", ein Zusammenschluß der besonders kriegsgeilen baltischen und skandinavischen Staaten plus Polen, Niederlande, Großbritannien und BRD. Die neue Allianz will die Ukraine kräftig unterstützen, auch wenn Trump die US-Hilfen zurückzieht. Bis zu seiner Amtseinführung am 20. Januar muß mit jeder Schweinerei des Tiefen Staates gerechnet werden …

Pistorius' Kriegsplan

Heute die Ankündigung von Kriegsminister Pistorius, ein großes Bunkerprogramm zu starten. Dazu gehört, daß die Bürger eine App erhalten sollen, die sie auf den nächsten Schutzraum hinweist - hat ja schon im Ahrtal super geklappt -, und die Bürger sollen in den Kellern ihrer Wohnhäuser Bunker einbauen. So wird die Illusion geschürt, wir könnten uns schützen, auch wenn die Bundesregierung uns weiter in den Krieg treibt …

"Wir müssen kriegstüchtig werden", forderte Pistorius bereits im Oktober 2023. Die Finanzspritze von 100 Milliarden Euro, die die Ampel den Militärs Ende Februar 2022 genehmigt hatte, solle endlich in Kampfkraft umgesetzt werden. Im "Operationsplan Deutschland" (OPLAN) hat Pistorius die Kriegsertüchtigung von seinen Generälen detailliert durchdeklinieren lassen. "Der Geheimplan für den Ernstfall - Wir alle sollen mit anpacken", titelte "Bild" Ende Januar 2024.

"Der OPLAN will sicherstellen, daß im Ernstfall Soldaten, Panzer etc. schnell an die Front kommen. Bedeutet: Es wird Transportachsen (z.B. bestimmte Autobahnen, Zugstrecken) geben, die dann für den Zivilverkehr gesperrt werden. Soldaten werden an wichtigen Straßen, Bahnhöfen, Häfen etc. stationiert, um sie und die Transporte gegen mögliche Angriffe zu schützen. Die Bürger sollen Freiwilligendienst leisten! Da viele Soldaten an der Ostflanke gebraucht werden, fehlen sie im Land (z.B. zum Schutz von Kraftwerken). Hier sollen die Freiwilligen aushelfen (bis zu sechs Regimenter werden gegründet)."

"Direkte Kampfhandlungen innerhalb Deutschlands sollen dagegen nicht Teil des Plans sein", so General André Bodemann, Befehlshaber des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr: "Das bedeutet, ich erwarte jetzt nicht die Panzerschlacht in der Norddeutschen Tiefebene, hoffentlich auch keine Luftlandung von russischen Fallschirmjägern." Das dürfte sich aber nur vermeiden lassen, wenn die NATO weiter östlich zuschlägt. Davon geht auch T-Online-Militärexperte Burkhard Meißner aus. "Wenn es keine Panzerschlachten in Deutschland gibt, heißt das ja nicht, daß sie nicht woanders stattfinden."
Er warnt: "Es gibt Leute, die meinen, daß Polen und das Baltikum sich erst mal beschießen lassen können, wir stehen ja weiter hinten. Das ist eine vollkommen zynische und unrealistische Vorstellung." Vermeiden ließe sich das aber nur, indem die NATO offensiv würde, bevor der russische Bär - angeblich - angreife. Das wäre dann der sogenannte Präventivkrieg, als den Hitler und Goebbels auch die Operation Barbarossa heuchlerisch gerechtfertigt hatten.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. November 2024 (x1.417/…): >>**Der Schattenmann**
Das Gesellenstück von VS-Chef Haldenwang. Lange war Thomas Haldenwang ein Mann ohne Gesicht. Tatsächlich hat er seine Machtübernahme beim Verfassungsschutz wohl gut vorbereitet. Mit der Beobachtung der AfD lieferte der Wuppertaler nun sein Gesellenstück.
_ von *Martin Müller-Mertens*
Der Unterschied zwischen Thomas Haldenwang und Hans-Georg Maaßen läßt sich treffend an folgender Situation ablesen. Gegen Ende einer Diskussion meldete sich der 58-Jährige: "Was ich auch gerne noch kurz anmerken möchte, weil ich da nicht zu Wort kam", bat er zurückhaltend um das Gehör der Runde. Der Chef als Bittsteller - undenkbar während der Ära seines Vorgängers. Der geschaßte Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz sprach immer als Erster.
Haldenwangs Macht beruht auf fein gesponnenen Netzwerken.
Daß Haldenwang anderen den Vortritt läßt, entspricht seiner Art - ist jedoch keineswegs Ausdruck von Machtlosigkeit. Der Jurist gilt als höflich, zurückhaltend, bescheiden und uneitel. Diese Eigenschaften haben ihm den Ruf eines Anti-Maaßen eingebracht. Doch vielleicht will der Mann an der Spitze auch erst die Stimmung einschätzen, statt sich voreilig zu kaprizieren. Denn sein Einfluß beruht auf fein gesponnenen Netzwerken, nicht auf zur Schau gestellter Dominanz.
Seit 15. November 2018 leitet Haldenwang den zweitgrößten der 21 bekannten deutschen Geheimdienste. Seinen Posten verdankt er dem Berliner Koalitionstheater: Auf Druck der SPD hatte Innenminister Horst Seehofer (CSU) Maaßen gefeuert, um nicht selbst den Hut nehmen zu müssen. Eigentlich hatte sich Seehofer den Vorsitzenden des Parlamentarischen Kontrollgremiums im Bundestag, Armin Schuster, als Nachfolger gewünscht.
Doch Angela Merkel stellte sich quer. Gut möglich, daß der Personalvorschlag eine gekonnte Finte war, um Haldenwang als sicheren Kandidaten in Stellung zu bringen - denn der frühere Bundespolizist Schuster gilt als CDU-interner Kritiker der Kanzlerin. Jedenfalls stand dem Aufstieg Haldenwangs nun nichts mehr im Weg. Formal leitet er das Amt nur übergangsweise, doch nichts deutet auf eine schnelle Ablösung hin.
Intern galt der gebürtige Wuppertaler schon länger als Anwärter auf den Sessel des Präsidenten. Doch der Öffentlichkeit war er selbst als Maaßens Vize ab August 2013 vollkommen unbekannt. Vier Jahre zuvor kam er vom Bundesinnenministerium zum Inlandsgeheimdienst. Das Agieren im Hintergrund hatte Haldenwang stets ausgezeichnet. Seine offizielle Biographie ist nur 901 Zeichen lang und weitgehend nichtssagend: Bundeswehr, Jurastudium in Marburg, eine geräuschlose Karriere im höheren Dienst. Über das Privatleben drang nichts an die Öffentlichkeit. Weder bei Facebook noch bei Twitter hat er ein Profil. Haldenwang ist Mitglied der CDU - sei es aus Überzeugung oder aus Opportunität.

Spinne im Netz

Auffallend ist jedoch: Praktisch sein gesamtes Berufsleben verbrachte er mit Strippenziehen und dem Plazieren von Gefolgsleuten. Nach dem zweiten Staatsexamen heuerte er 1991 als Personalreferent beim Innenministerium an und stieg zum Referatsleiter Laufbahnrecht auf. Innerhalb des Verfassungsschutzes galt Haldenwang schnell als begnadeter Netzwerker. Die Postenvergabe im Geheimdienst soll er innerhalb kurzer Zeit mitbestimmt und nicht zuletzt treue Gefolgsleute in Positionen geschoben haben.

Dieses Geflecht entwickelte sich womöglich schon seit geraumer Zeit zum heimlichen Machtzentrum der Behörde. Jedenfalls trug Haldenwang dort zuweilen den Spitznamen Graue Eminenz, galt aber stets als loyaler Protegé von Maaßen. Den Präsidenten vertrat er bereits bei Auslandsreisen und auch bei der operativen Geschäftsleitung des Dienstes - obwohl das eigentlich die Aufgabe des zweiten Vize Ernst Stehl gewesen wäre.

"Brandbeschleuniger für spätere physische Gewalt."

Haldenwang über das Internet

Als Nachfolger auf dem Posten des Stellvertreters entschied sich Haldenwang überraschend für Sinan Selen. Die Personalie sorgte besonders wegen der erstmaligen Berufung eines Migranten ins Führungsgremium der Behörde für Schlagzeilen. Vor allem jedoch ist Selen als früherer Sicherheitschef des Reisekonzerns TUI ohne jede Hausmacht im Geheimdienst - der 46-jährige Terrorexperte scheint ausschließlich Haldenwang verpflichtet. Der zweite Stellvertreter, Michael Niemeier, kommt aus dem Innenministerium und ist im Verfassungsschutz ebenfalls ein Neuling. Stehl wurde dagegen zum Jahreswechsel offenbar aus der Behörde entfernt, seine Biographie auf der Internetseite ohne weitere Hinweise gelöscht.

Während sich der Chef-Schlapphut mittels Kaderpolitik eine Machtbasis schuf, agierte er ideologisch denkbar flexibel. So lange Maaßen im Amt war, soll er dessen politische Linie gestützt, sich höchstens behördenintern über dessen Hang zu öffentlichen Auftritten mokiert haben. Doch dann drehte sich der Wind. Als er seinen schon angeschlagenen Boss im Spätsommer vor dem Parlamentarischen Kontrollgremium vertrat, wollte der damalige Vize eigentlich über Linksextremismus referieren.

Seine Aktentasche füllte ein ausführlicher Bericht über die Besetzung des Hambacher Forstes durch militante Autonome und Grüne. Doch die Abgeordneten reagierten unwirsch, verlangten Informationen über die angeblichen Hetzjagden von Chemnitz. Merkel selbst hatte die Fake News zuvor zum Bestandteil der Staatsräson erhoben. Dem Vernehmen nach wurde Haldenwang in diesem Moment ganz still.

Die Kehrtwende von Chemnitz

Kaum im Amt, hatte der neue Präsident offenbar verstanden. "In der öffentlichen Wahrnehmung ist unsere Arbeit im Bereich Rechtsextremismus vielleicht zu kurz gekommen", sagte er im Dezember in der Süddeutschen Zeitung. Im Parlamentarischen Kontrollgremium hatte er bereits im November versichert: "Ereignisse, wie wir sie zuletzt in Chemnitz - aber nicht nur dort - gesehen haben, sind für uns Anlässe umzusteuern."

Damit vermied er zwar das Wort "Hetzjagd", übernahm aber inhaltlich das faktenwidrige Narrativ des Kanzleramtes und bezog dieses sogar nicht mehr nur auf die sächsische Großstadt. Ganz im Sinne der anhaltenden Hatespeech-Kampagne gelobt er zudem, sozialen Netzwerken "mehr Aufmerksamkeit schenken" zu wollen. Diese seien zunehmend "Aufputschmittel und Tatort" sowie "Brandbeschleuniger für spätere physische Gewalt".

Ganz oben auf der politischen Wunschliste stand jedoch die Beobachtung der AfD durch den Geheimdienst. Maaßen hatte eine entsprechende Untersuchung zwar initiiert, aber gegen die Überwachung entschieden. Unter Haldenwang ging dann alles ganz schnell: Am 15. Januar lieferte das Bundesamt die Bestellung aus - mit einem 436 Seiten umfassenden Gutachten. "Nach Abschluß einer intensiven Prüfung, in der das BfV offen zugängliche Informationen -

einschließlich einer Stoffsammlung der Landesbehörden für Verfassungsschutz - sorgfältig ausgewertet hat", konnten die Schlapphüte zwar noch immer keine offizielle Überwachung rechtfertigen. Doch das politische Ziel - Denunziation der Partei im Wahljahr und Anfachen von Panik innerhalb der AfD - ist mit der Konstruktion eines Prüffalls allemal erreicht.

Als seinen Stellvertreter berief Haldenwang einen Migranten.

Nach Angaben vom Handelsblatt soll Haldenwang fast zeitgleich in einer nichtöffentlichen Sitzung des Innenausschusses dem AfD-Vorsitzenden gedroht haben: "In seiner Rolle als Parteifunktionär ist Gauland eindeutig dem "Flügel" zuzuordnen, der nicht lediglich ein Prüffall, sondern ein Verdachtsfall ist."

Die nachrichtendienstliche Überwachung eines Abgeordneten ist allerdings weitgehend ausgeschlossen. Auch in diesem Fall ging es dem Verfassungsschutz also offenbar um eine kaum verhohlene Dämonisierung des Oppositionsführers. Mittlerweile wird kolportiert, Haldenwang habe sich gegenüber einer Überwachung der AfD schon früher aufgeschlossener gezeigt als Maaßen. Eine entsprechend dokumentierte Äußerung des stets vorsichtig agierenden Spitzenbeamten ist jedoch nicht bekannt.

Mehr Spitzel gegen Rechts

Als "ein sachlicher Beamter, der das Amt nicht als Basis für eigene politische Profilierung mißversteht", lobte ihn bereits im November der Grünen-Abgeordnete Konstantin von Notz. Nun wird Haldenwangs Spitzelimperium in den kommenden Jahren massiv aufgebläht. Bis 2021 soll sich die Zahl der Hauptamtlichen mit 6.000 fast verdoppeln. Unter dem Motto "Im Verborgenen Gutes tun" offeriert der Überwachungsapparat dabei unter anderem bereits unbefristete Stellen an "Fachpersonal für den Phänomenbereich Rechtsextremismus/-terrorismus". Die Zahl der Agenten in diesem Bereich soll von derzeit 200 auf 300 anwachsen.

Einen weiteren Schwerpunkt legt Haldenwang offenbar auf eine möglichst flächendeckende Überwachung des Internets. Vor dem Parlamentarischen Kontrollgremium prophezeite er die Gefahr eines sogenannten Going Dark - im Geheimdienstjargon das Versiegen einer Quelle. Grund dafür sei zum einen die zunehmende Verschlüsselung privater Kommunikation, etwa auch in geschlossenen Chatgruppen. Noch wichtiger sei jedoch der schiere Mangel an "technischen Möglichkeiten". Gemeint ist: Mittlerweile sind die abgefischten Datenmengen so groß, daß die Spione das Material nicht mehr effektiv verarbeiten können.

Warum Maaßen gehen mußte

War die Erklärung der AfD zum Prüffall des Verfassungsschutzes die Voraussetzung für Haldenwangs Beförderung? Darauf deutet zumindest ein Tweet des SPD-Politikers Ralf Stegner hin. "Die Rechtspopulisten von der AFD kommen endlich in den Fokus des Verfassungsschutzes. Dazu mußte der unselige Herr Maaßen gehen, damit das passieren kann, was längst überfällig war", twitterte der Landesvorsitzende der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein am 15. Januar.

Eines soll die politisch-geheimdienstliche Hatz auf die AfD jedoch nicht ändern: Wie sein Vorgänger will Haldenwang weiterhin auch mit Politikern der AfD vertrauliche Gespräche führen. Diese "aktive Kommunikation" diene "der Aufgabenerfüllung", erklärte ein Sprecher des aufsichtführenden Innenministeriums. Maaßen hatte sich dafür sowohl mit Alexander Gauland als auch dessen Vorgängerin Frauke Petry getroffen. Im Dezember hatte das Verwaltungsgericht Köln die bei solchen Treffen vereinbarte Geheimhaltung allerdings untersagt. Eine abschließende Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen steht noch aus.

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 03/2019.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31067" berichtet am 25. November 2024 (x1.418/…): >>**Konzerne infiltrieren Schulen und beeinflussen Kinder!**

Im Dokumentarfilm "Der hybride Krieg gegen unsere Kinder" (www.kla.tv/30526) wird ein-

drücklich aufgezeigt, wie Kinder aus allen Richtungen bewußt in ihrer Entwicklung beeinflußt werden. Diese Beeinflussung stoppt auch nicht vor Schultüren. Immer mehr NGO's, das meint Nichtregierungsorganisationen und Konzerne kommen mit netten Angeboten in die Schulen - zur Freude der Kinder und als Entlastung der Lehrer. Wirklich? Stimmt das Angebot mit dem erreichten Ziel überein?
Als Fallbeispiel wie Schulen beworben werden, dient der Pharmakonzern Pfizer in den USA. Der Konzern bietet den Schülern eine "wissenschaftsbasierte Lernerfahrung" an und reist mit einem mobilen wissenschaftlichen Escape Room durchs Land. Im Werbevideo rühmt sich Pfizer folgendermaßen: "Sie, die Schüler, bekommen ein breites Spektrum an Möglichkeiten für eine Karriere in der Wissenschaft aufgezeigt.
Wir suchen nach Möglichkeiten, etwas zurückzugeben. Der Gemeinschaft und der Stadt etwas zurückgeben, auf eine andere Art und Weise." Pfizer selber: "Alle 10 Minuten betreten Teams von zukünftigen Wissenschaftlern im Alter von 9 bis 14 Jahren das mobile Erlebnis, das einen 'Escape Room' nachahmt, um Rätsel zu entschlüsseln, Codes zu knacken und Probleme zu lösen."
Die Schüler durchlaufen ausgestattet mit einem Pfizer Labormantel und Laborbrille verschiedene Räume eines großen Lkw-Anhängers und lernen vom Ausbruch einer Pandemie bis hin zur rettenden Impfung gegen die Seuche alle Zwischenstationen kennen. Wenn sie alle Aufgaben erfolgreich gelöst haben, sind sie Mithersteller von einem weltweit vertriebenen Medikament, das hilft eine Pandemie zu besiegen. Um das Erlebnis der Schüler zu steigern, werden sie zu Beginn von einem Roboterhund empfangen, der auch später Teil des Unterrichts sein wird.
Unschwer läßt sich feststellen, daß Pfizer die Kinder in einem hohen Grad manipuliert: Am Schluß des Durchgangs werden sie nicht nur begeistert sein über den Beruf eines Wissenschaftlers, sondern sie werden unbewußt wissen, daß eine Impfung die Lösung für eine Pandemie ist und daß Roboterhunde lieb und hilfreich sind. Soweit so schlecht.
Werfen wir einen weiteren Blick auf Pfizer, den Blick auf die Vergangenheit des Konzerns. Die Verbrechen des Konzerns hat Kla.TV schon in der Sendung "Pfizer-Pharmagigant - Wiederholungstäter" (www.kla.tv/20583) genau unter die Lupe genommen.
Zur Erinnerung: Pfizer mußte in den letzten Jahren 4,4 Milliarden Euro Strafe zahlen und ist 47-mal von US-Behörden und Gerichten verurteilt worden.
Der Konzern fällt immer wieder durch Korruption, unlauteren Wettbewerb sowie gefälschte und geschönte Zulassungsstudien auf.
So testete Pfizer schon 1996 sein sehr umstrittenes Antibiotikum Trovan an Säuglingen und Kindern in Nigeria - nach Elternaussagen ohne ihre vollständige Aufklärung und Zustimmung. Dieser Test endete mit Todesfällen und dauerhaft geschädigten Kindern. Von den geforderten 7 Milliarden Dollar Entschädigung wurden nur 75 Millionen Dollar erstattet - und das erst nach 13 Jahren Gerichtsverfahren.
Ein von Pfizer auf den Markt gebrachtes Schmerzmittel, bei dem der Konzern über schwere Nebenwirkungen schwieg, soll in den USA an die 75.000 Todesopfer gefordert haben.
Die Zulassungsstudien zu den COVID-19-Impfstoffen waren in höchstem Maße umstritten. Die von Pfizer propagierte 95 % Wirksamkeit der mRNA-Impfungen stellte sich als Lüge heraus. Dafür löste sie schlimmste Nebenwirkungen aus. Am häufigsten festgestellt wurden: Herzmuskelentzündungen, Herzbeutelentzündungen, Thrombosen verschiedenster Art, Entzündungen des Rückenmarks, Gesichtslähmungen, akute Gehirnentzündungen, Krampfanfälle und Fieberkrämpfe.
Damit sind einige der wichtigsten Verbrechen aufgezählt. Eine Mutter aus North Carolina bringt es treffend auf den Punkt: "Pfizer hat Milliarden an Strafen für falsche Behauptungen und Sicherheitsverstöße gezahlt. Warum sollten Schulen ein Unternehmen einladen, das dafür

berüchtigt ist, Gewinne über Menschen zu stellen, um ihren Kindern 'Wissenschaft' beizubringen?" Auch hier in Europa wollen Eltern keine Gehilfen solcher NGO's und Konzerne mit schmutziger Vergangenheit im Klassenzimmer. Kein Raub der Kinderseelen! Ebenfalls keine lieben Roboterhunde, die unseren Kindern Fürsorge vorgaukeln, obwohl sie zu verschiedensten Überwachungszwecken geplant werden.
Haben Sie darum ein Ohr bezüglich Schuleinsätzen von externen Unternehmen und fragen Sie den Klassenlehrer nach deren Unbescholtenheit auch in der Vergangenheit.<<

26.11.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 26. November 2024 (x1.419/…): >>**CDU-Minister guckt tatenlos zu: Kinder-Ehen stoppen, CDU abwählen!**
Das ist CDU: Unter den Augen eines CDU-Innenministers werden 13-jährige Kinder in einer Mannheimer Moschee ganz offen auf die Ehe vorbereitet. Unter dem Titel "Mädelsabend in der Moschee" wird für eine Seminarreihe "zur Vorbereitung auf die Ehe" geworben. Zielgruppe: "Mädchen und Frauen ab 13 Jahren".
Das zuständige baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz, dessen Aufsichtsbehörde ein CDU-geführtes Innenministerium ist, gibt grünes Licht: "Dem LfV liegen aktuell keine verfassungsschutzrechtlichen Erkenntnisse vor." So ist die Lage in Deutschland: Wer sich friedlich gegen die Massenmigration wendet, gerät ins Visier des Geheimdienstes. Wer aber Kinder-Ehen vorbereitet, muß dagegen keine Extremismus-Einstufungen fürchten.
Auf die Umtriebe der Moschee reagiert die CDU mit hohlen Phrasen. Man fordert "vollständige Aufklärung" - doch was nützt diese Aufklärung, wenn daraus keine strafrechtlichen Konsequenzen entstehen und wenn die Befürworter von Kinder-Ehen massenhaft nach Deutschland eingeladen werden? Obwohl der baden-württembergische Innenminister Strobl (CDU) die Moschee bereits im Januar als "Marktplatz" von Salafisten bezeichnete, folgte daraus im Endeffekt: Nichts.
Erinnern wir uns: In der gleichen Stadt geschah im Mai dieses Jahres ein Messerangriff durch einen Afghanen, der den Islamkritiker Michael Stürzenberger umbringen wollte und den Polizisten Rouven Laur tödlich verletzte. Fünf weitere Personen, darunter auch Stürzenberger, wurden schwer verletzt. Der Polizeigewerkschafter Rainer Wendt (ebenfalls CDU-Mitglied) stellte Stürzenberger daraufhin auf die gleiche Stufe wie den Täter: Es seien "mehrere Extremisten aufeinandergestoßen".
Der Mannheimer CDU-Bürgermeister Christian Specht wandte sich nach dem Attentat gegen "Haß und Hetze" und bekannte sich zur "Vielfalt" der "Stadtgesellschaft". Wohin man auch sieht: Die CDU rollt dem Islamismus den roten Teppich aus und verschließt die Augen vor den Problemen. Nur mit der AfD werden islamistische Vereine verboten, Straftäter mit ausländischer Staatsbürgerschaft abgeschoben und Kinder-Ehen konsequent unterbunden!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. November 2024 (x1.420/…): >>**Ausweisungs-Offensive war nur ein Bluff: Nur mit der AfD starten die Abschiebeflieger!**
Es war alles nur eine lächerliche Wahlkampf-Show: "Im großen Stil" müsse künftig abgeschoben werden, tönte Bundeskanzler Scholz im Oktober 2023. Aktuelle Zahlen beweisen jedoch, daß er die Bevölkerung mit diesem Versprechen wieder einmal nur betrogen hat.
Die Zahl der Rückführungen bleibt auch in den ersten neun Monaten des Jahres auf einem extrem niedrigen Niveau: Nur 16.536 Personen wurden abgeschoben - demgegenüber stehen mehr als 230.000 ausreisepflichtige Ausländer. Bei dieser Zahl muß man zusätzlich bedenken, daß eine große Zahl illegaler Ausländer bereits durch Faesers "Chancenaufenthaltsrecht" einen Aufenthaltstitel erhielt. Diese Personengruppe zählt dann nicht mehr zu den Ausreisepflichtigen.

Ob Scholz, Faeser oder Merz: Mit einer endlosen Aneinanderreihung von Nebelkerzen wollen die Verursacher und Unterstützer der Massenmigration ihre wirkliche Rolle vertuschen. Die CDU hat mit der Grenzöffnung 2015 und den darauffolgenden Jahren unser Land destabilisiert und dafür gesorgt, daß Messerangriffe und Gruppenvergewaltigungen zum schrecklichen Alltag gehören. Die Ampel-Parteien setzten diese Politik kaltschnäuzig fort - und nun wollen die Schlepper- und Schleuserparteien so tun, als hätten sie damit gar nichts zu tun.
Die Union hätte längst die Möglichkeit, gemeinsam mit der AfD eine parlamentarische Mehrheit im Bundestag zu nutzen und die Grenzen zu schließen - doch Merz und seine Entourage kuschen, weil ihnen in Wahrheit der politische Wille fehlt, die Massenmigration zu stoppen. Die etablierten Parteien versprechen uns Abschiebeflieger und liefern nur lahme E-Autos. Nur mit der AfD heben die Abschiebeflieger wirklich ab!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. November 2024 (x1.420/…):
>>**31 Millionen Euro Steuergeldverschwendung für linksgrüne Propaganda!**
Insgesamt 31 Millionen Euro - so viel war der Bundesregierung bislang der Kampf gegen angebliche "Desinformation" wert. Wie aus einer AfD-Anfrage im Deutschen Bundestag hervorgeht, profitierten unter anderem das Lügenportal "Correctiv" und die linksextreme "Amadeu Antonio Stiftung".
So förderte allein das Auswärtige Amt mit Millionensummen "Projekte zur Steigerung gesellschaftlicher Resilienz und um das Bewußtsein für die Funktionsweise und Struktur von Desinformation und die Medienbildung zu stärken". Im Jahr 2022 gab das Baerbock-Ministerium dafür rund 1,2 Millionen Euro aus, 2023 waren es rund zwei Millionen Euro und 2024 (Stand Oktober) etwa 620.000 Euro.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. November 2024 (x1.420/…):
>>**CDU-naher Militär-Professor für Nato-Bodentruppen: Sterben bald deutsche Soldaten in der Ukraine?**
Der als CDU-nah geltende Militärexperte und Politikwissenschaftler Prof. Carlo Masala hat bei der Unterstützung der Ukraine die Möglichkeit zur Entsendung europäischer Bodentruppen ins Gespräch gebracht, sollte der künftige US-Präsident Donald Trump die Militärhilfen für Kiew drastisch zurückfahren. "Wir brauchen eine Rückfalloption für den Fall, daß die USA ihre Waffenlieferungen an die Ukraine einstellen", sagte Masala dem linksgrünen "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (RND). Dabei gehe es um eine "Koalition der Willigen, die im Zweifel auch bereit ist, Bodentruppen in die Ukraine zu entsenden".
Masala, ein gern gesehener Gast auf CDU-Veranstaltungen, lehrt an der Universität der Bundeswehr in München.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. November 2024 (x1.420/…):
>>**War doch klar: Wendehals Söder (CSU) macht erste "schwarz-grüne" Lockerungsübungen!**
CSU-Chef Markus Söder schließt eine Koalition der Union mit den "Grünen" offenbar nicht mehr gänzlich aus und versucht erste semantische Lockerungsübungen. "Der Satz von Friedrich Merz ist eindeutig: Mit d i e s e n Grünen geht es nicht", sagte der bayerische Ministerpräsident dem "Stern". Entscheidend sei der Kurs einer Partei. In der Übersetzung: Mit den "Grünen" könnten die Dinge nach der Wahl anders aussehen!
Noch im September hatte Söder ein "schwarz-grünes" Bündnis hingegen als "absolutes No-Go" bezeichnet und erklärt, die CSU werde dies verhindern. Zwar warnt Söder die Union auch jetzt vor einer Festlegung auf die "Grünen", aber es klingt schon deutlich zaghafter.
Dazu paßt: Ex-Kanzlerin Angela Merkel (CDU) will ihren früheren Intimfeind, Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU), im bevorstehenden Bundestagswahlkampf unterstützen, wie sie gegenüber dem linksgrünen "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (RND) durchblicken ließ. 15 Jahre nach der Entscheidung ihrer damaligen Regierung für eine im Grundgesetz ver-

ankerte Schuldenbremse plädierte Merkel zudem für eine Reform dieser Regelung.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. November 2024 (x1.420/…):

>>**Verbotswahn wird immer irrer: EU plant "Lockdown" für Raucher!**

Das EU-Parlament will das Rauchen auch außerhalb geschlossener Räume verbieten. Als Begründung für den "Raucher-Lockdown" müssen u.a. die aus Zeiten der Corona-Hysterie bekannten Aerosole herhalten.

In der EU sollen Zigaretten künftig ganz aus der Öffentlichkeit verschwinden. Darauf zielt eine neue- Verbots-Initiative im Europäischen Parlament ab. Die EU-Kommission soll demnach ein striktes Rauchverbot auf Straßen, in Parks, in Außenbereichen von Restaurants und auf den Bürgersteigen davor einführen, wie die "Bild-Zeitung" berichtet. Die EU wolle bis 2040 eine neue "tabakfreie Generation" schaffen.

Als Begründung für den geplanten neuen Verbots-Irrsinn werden Gesundheitsrisiken durch Passivrauchen sowie die mit dem Rauchen ausgestoßenen Aerosole genannt.

Die deutsche Tabakindustrie spricht von einem "weiteren Beispiel für sinnlose Überregulierung". Der Generalsekretär des europäischen Steuerzahlerbundes "Taxpayers Association of Europe", Michael Jäger, kritisierte die Pläne als "inkonsistente und heuchlerische Politik". Die EU müsse "endlich aufhören, jeden Sachverhalt unseres Lebens regeln zu wollen!"

Übrigens: Allein der deutsche Staat nimmt jährlich rund 20 Milliarden Euro durch den Tabakverkauf ein. Der Steueranteil beim Verkaufspreis einer Schachtel Zigaretten beträgt inzwischen 61,5 Prozent.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. November 2024 (x1.420/…):

>>**Deutschland hat die Wahl zwischen "schwarz-grüner" Pest und schwarz-roter Cholera: INSA-Chef sieht Mehrheiten für beide Bündnisse!**

INSA-Chef Hermann Binkert hält nach der Bundestagswahl auch eine Koalition der Union mit den "Grünen" rechnerisch für möglich. Dies hänge derzeit allerdings davon ab, ob es die FDP wieder in den Deutschen Bundestag schaffe.

Laut dem aktuellen "Meinungstrend", den das Erfurter Institut wöchentlich für die "Bild-Zeitung" erhebt, hat die SPD nach ihren internen Debatten über den Kanzlerkandidaten an Zuspruch bei den Wählern verloren. Wäre schon am kommenden Sonntag Bundestagswahl, kämen die Sozialdemokraten auf 15 Prozent. Das ist ein Punkt weniger als in der Vorwoche.

AfD und Union mit Rückenwind

Dagegen legen CDU/CSU (32,5 Prozent) und AfD (19,5 Prozent) bei INSA jeweils um einen halben Prozentpunkt zu. "Grüne" (elf Prozent), FDP (4,5 Prozent), Linke (3,5 Prozent) und BSW (7,5 Prozent) halten ihre Werte aus der Vorwoche. Die sonstigen Parteien kommen zusammen erneut auf 6,5 Prozent.

Parlamentarische Mehrheiten wären auf dieser Weise bereits mit 43 Prozent möglich. Sowohl CDU/CSU und SPD mit zusammen 47,5 Prozent als auch CDU/CSU und "Grüne" mit zusammen 43,5 Prozent würden aktuell über diese Schwelle kommen.

INSA-Chef Hermann Binkert: "Die Union hat die Qual der Wahl. Sie kann sich zwar zwischen SPD und Grünen entscheiden, aber es gibt in ihrer Wählerschaft Bedenken gegen beide potentiellen Koalitionspartner. Sollte die FDP in den Bundestag einziehen, gäbe es derzeit keine Mehrheit für Schwarz-Grün."

Merkel trommelt für "Schwarz-Grün"

Heute (26. November) stellt Ex-Kanzlerin Angela Merkel (CDU) vor geladenen Claqueuren in Berlin ihre sogenannte Autobiographie "Freiheit" vor. Moderiert wird die Veranstaltung im Deutschen Theater bezeichnenderweise von der früheren ARD-Talkerin Anne Will, Merkels "Lieblings-Journalistin". Im Vorfeld der Veranstaltung trommelte Merkel im "Spiegel-Interview" für "Schwarz-Grün". Dabei verwies die Ex-Kanzlerin, deren noch immer Einfluß in der CDU nicht unterschätzt werden sollte, auf die Koalitionen in Nordrhein-Westfalen,

Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg, wo "Schwarz-Grün" gut funktioniere.

Zweidrittel weint FDP keine Träne nach

Nur 32 Prozent der Wähler würden es bedauern, wenn die sogenannten Liberalen nicht mehr im Bundestag vertreten wären. Das sind noch einmal fünf Prozentpunkte weniger als im September, ergab eine Forsa-Umfrage für den "Stern". 65 Prozent der Deutschen würden demnach der FDP keine Träne nachweinen. Drei Prozent äußerten keine Meinung.

Besonders kritisch für die Partei von Ex-Finanzminister Christian Lindner ist, daß auch die FDP-Stammwählerschaft der Selbstständigen ein Ausscheiden der sogenannten Liberalen aus dem Bundestag zu 62 Prozent nicht bedauern würde.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. November 2024 (x1.422/…): >>**Eugen Ruge warnt vor Bürgerkrieg bei AfD-Verbot**

Der Schriftsteller Eugen Ruge warnt vor einem Bürgerkrieg bei einem AfD-Verbot. "Die bisherige Taktik der Ausgrenzung hat nicht funktioniert", sagte er der "Neuen Zürcher Zeitung" (NZZ).

Man könne eine Partei nicht verbieten, die zwanzig bis dreißig Prozent der Stimmen erhalte. "Dann ist man nicht weit von Brechts Vorschlag: Die Regierung suche sich ein anderes Volk!" Man rede jetzt über den Osten, aber auch im Westen fühlten sich viele in der repräsentativen Demokratie nicht mehr repräsentiert, so Ruge.

Als der Schriftsteller 1988 aus der DDR in den Westen geflüchtet ist, war die Bundesrepublik nach seinen Angaben ein ganz anderes Land. "Was man heute den neoliberalen Kapitalismus nennt, fing damals erst gerade an. Es war mal eine Art soziale Marktwirtschaft, und es war vor allem eine pazifistische Gesellschaft, die Grünen waren pazifistisch, die SPD und die Medien auch." Die Bundesrepublik sei damals ein freies, offenes Land gewesen. "Das hat sich extrem verschlechtert, nicht nur in Deutschland", so der Schriftsteller.

Das liege an der mangelnden Bereitschaft, "den Standpunkt des anderen zumindest mal nachzuvollziehen". Überall prallten die Meinungen mit unglaublicher Wucht aufeinander. "In Berlin demonstrieren sie gegen Haß und skandieren dabei 'Ganz Berlin haßt die AfD!'. Das ist fast schon lustig", so Ruge.

Der Schriftsteller lebt in Berlin und arbeitet auch als Regisseur und Übersetzer. 2011 gewann er mit seinem Roman "In Zeiten des abnehmenden Lichts" den Deutschen Buchpreis.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26 November 2024 (x1.422/…): >>**CDU verspricht Rückabwicklung des Heizgesetzes nach Wahlsieg**

Nach der FDP kündigt nun auch die CDU an, die Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) nach einem Sieg bei der Bundestagswahl zurückzunehmen und zur alten Struktur des Gesetzes zurückzukehren. "Wir werden das Heizungsgesetz der Ampel zurücknehmen, die Ampel hat damit viel Akzeptanz kaputt gemacht", sagte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann der "Bild-Zeitung" (Dienstagausgabe).

Er betonte, die Menschen bräuchten "Entscheidungsfreiheit statt ein Reinregieren in den Heizungskeller". Vor Ort wisse man schließlich am besten, welche Heizung zur Immobilie passe. Der CDU-Politiker erklärte, seine Partei wolle statt dessen wieder stärker auf den CO2-Preis als Steuerungselement setzen.

"Wir setzen auf einen Dreiklang von CO2-Reduktion als Ziel, Technologieoffenheit und Sozialausgleich", sagte Linnemann zu "Bild". FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai hatte am Montag erklärt, die FDP wolle die von ihr mitbeschlossene Reform des GEG wieder abschaffen.

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. November 2024 (x1.422/…): >>**Habeck pocht auf Entlastung bei Strompreisen**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat sich für eine Senkung der Strompreise als zentrale Maßnahme zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Schwäche Deutschlands ausge-

sprochen. "Der Hauptdruck liegt auf der klassischen Industrie in Deutschland, also der energieintensiven und der Automobilindustrie.
Dort, aber nicht nur dort, helfen günstige Strompreise", sagte der Grünen-Spitzenkandidat am Dienstag auf einer Konferenz des Bündnisses Zukunft der Industrie. Je mehr man Strom in allen Prozessen in der Mobilität, der Wärmeversorgung und der Industrie nutze und je weniger fossile Energien verbrannt werden, um so besser sei es für das Klima, für die Gesellschaft und für die technische Entwicklung in Deutschland, so Habeck.
"Meiner Ansicht nach sollte man nicht nur kurzfristig, wofür ich werbe, einen Zuschuß für die Netzentgelte geben, sondern die Infrastrukturkosten möglichst raus aus den Strompreisen kriegen - mindestens halbieren für die nächste Perspektive." Zudem sprach sich der Wirtschaftsminister für eine Abschaffung der Stromsteuer aus. Das nutze der Industrie, senke die Inflation und führe zu mehr Klimaschutz. Als weitere Maßnahmen forderte Habeck massive Investitionen in die öffentlichen und privaten Infrastrukturen, weniger Bürokratie, eine Lockerung der Schuldenbremse sowie steuerliche Entlastungen für Investitionen.
Die Herausforderung seien tiefer, als man sich in den letzten Jahren eingestanden habe. "Die Bequemlichkeit, manchmal vielleicht die Bräsigkeit, darf keinen Raum mehr haben", sagte Habeck. Umgekehrt gebe es auch keinen Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. "Ganz im Gegenteil, wir haben große Kräfte in diesem Land, große Standortvorteile, große Stabilität im politischen System", so der Grünen-Politiker. Wenn man diese nutze, werde man "auch diese herausfordernde Zeit für die deutsche Industrie für Deutschland und für Europa erfolgreich bestehen".<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. November 2024 (x1.422/…): >>**Studie: Arbeitsmarkt braucht jährlich 288.000 Einwanderer**
Um den Bedarf des zukünftigen Arbeitsmarkts zu decken und das Erwerbspersonenpotential nicht einbrechen zu lassen, braucht es bis 2040 jährlich rund 288.000 internationale Arbeitskräfte. Das geht aus einer am Dienstag veröffentlichten Studie der Bertelsmann-Stiftung hervor. Grundlage für diese Berechnung ist die aktuelle Projektion des Arbeitskräftebedarfs bis 2040 durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), die von 44,3 Millionen benötigen Arbeitskräften bzw. einem entsprechenden Erwerbspersonenpotential von 45,7 Millionen Personen ausgeht.
Das Erwerbspersonenpotential ist das Angebot an Arbeitskräften, inklusive der Erwerbslosen und einer "Stillen Reserve". Ohne Zuwanderung sinkt die Zahl der Arbeitskräfte in Deutschland bis 2040 um 10 Prozent, so die Studienautoren Alexander Kubis vom IAB und Lutz Schneider von der Hochschule Coburg.
Sie zeigen in ihrer Projektion, daß die Zahl der Arbeitskräfte von derzeit 46,4 Millionen ohne zusätzliche Einwanderer bis 2040 wohl auf 41,9 Millionen und bis 2060 auf 35,1 Millionen zurückgehen würde. Die Bundesländer wären der Studie zufolge von ausbleibender Zuwanderung bis 2040 sehr unterschiedlich betroffen: Besonders stark wäre der Rückgang der Arbeitskräfte in Thüringen, Sachsen-Anhalt und im Saarland mit Werten deutlich über 10 Prozent. Weniger ausgeprägt mit Werten deutlich unter 10 Prozent ist der Bedarf in Hamburg, Berlin oder Brandenburg.
Wie hoch der Zuwanderungsbedarf für die einzelnen Bundesländer ist, hängt auch von der Projektion der benötigten Arbeitskräfte bis 2040 ab. Da der Strukturwandel sich unterschiedlich in den Bundesländern auswirkt, werden vor allem die Bundesländer mehr internationale Arbeitskräfte brauchen, in denen bis 2040 der strukturbedingte Arbeitskräfteaufbau größer ist als der strukturbedingte Arbeitskräfteabbau. Das gilt besonders für Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Berlin und Hamburg, so die Studie. "Der demographische Wandel, der mit dem Ausscheiden der Babyboomer in den kommenden Jahren den deutschen Arbeitsmarkt vor große Herausforderungen stellt, erfordert auch Zuwanderung", erklärte Susanne Schultz, Mi-

grationsexpertin der Bertelsmann-Stiftung.
"Natürlich muß vorrangig das inländische Arbeitskräftepotential - sowohl von Einheimischen als auch von bereits Zugewanderten - entwickelt und die Arbeitsmarktbeteiligung erhöht werden. Aber der künftige Arbeitskräftebedarf bis 2040 wird damit allein nicht gedeckt werden können." Schultz weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß das reformierte Fachkräfteeinwanderungsgesetz neue Möglichkeiten für an Deutschland interessierte Arbeitskräfte bietet. Diese würden aber ohne eine ausgeprägte Willkommenskultur in Behörden, Unternehmen und Kommunen sowie längerfristige Bleibeperspektiven nicht kommen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. November 2024 (x1.422/…): >>**Merkel plädiert für Reform der Schuldenbremse**
15 Jahre nach der Entscheidung ihrer damaligen Regierung für eine im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse rät Altbundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zu einer Reform der Regelung. Sie plädiere dafür, damit Deutschland angesichts der notwendigen Erhöhungen bei den Verteidigungsausgaben den sozialen Frieden im Land wahren und dort investieren könne, wo es technologisch hinterherhinke, sagte Merkel dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland".
Sie betonte: "Wichtig ist eine Reform, die Schulden nur für Investitionen zuläßt und nicht für weitere soziale Ausgaben." In ihrem Buch "Freiheit", das an diesem Dienstag veröffentlicht wird, beschreibt Merkel im Zusammenhang mit dem Klimawandel, es sei ihr nicht immer gelungen, Politik im Sinne des Vorsorgeprinzips zu machen. Dem RND sagte sie, man könne das aber auch für die Rentenpolitik betrachten mit der von den CDU-Frauen durchgesetzten Mütterrente und der von der SPD durchgesetzten Rente mit 63. "Der Haushalt gab beides her. Da müssen Sie sehr hart sein, um Nein zu sagen."
Damit sei vollkommen klar gewesen, "daß wir einen Beschluß fassen, der nicht dem Vorsorgeprinzip oder dem Nachhaltigkeitsprinzip im Sinne der zukünftigen Generationen genügte."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. November 2024 (x1.417/…): >>**Freie Waffen: Was man beachten muß**
Von *Daniell Pföhringer*
Inzwischen hat es sich herumgesprochen: Mit legalen, freien Waffen kann man sich effektiv vor Angriffen schützen, die in dieser Republik heute leider schon fast zum Alltag gehören. Doch Obacht! Dabei gibt es ein paar wichtige Dinge zu beachten, wie Selbstverteidigungsexperte Lars Konarek in seinem Ratgeber anmahnt. …
Lars Konarek ist ein verantwortungsbewußter Selbstverteidigungsfachmann. Darum erläutert er in seinem Ratgeber "Freie Waffen für den Eigenschutz" nicht nur, welche Typen in Deutschland frei erhältlich sind und wie man sie benutzt, er gibt den Lesern auch zahlreiche Ratschläge mit auf den Weg. Denn: Selbst wenn man alle Anwendungshinweise beachtet, läuft es doch manchmal schlecht.
Die wichtigsten Punkte
Damit Sie auf der sicheren Seite sind und nicht in verschiedene Fallen tappen, beinhaltet "Freie Waffen für den Eigenschutz" auch einen umfangreichen Service-Teil mit wertvollen Tips, die Sie unbedingt beachten sollten.
1. Informieren Sie sich über die Rechtslage
Bestimmte freie Waffen darf man nur unter bestimmten Voraussetzungen mitführen. "Machen Sie sich daher schlau darüber, was Sie dürfen und was nicht. In den einzelnen Abschnitten von "Freie Waffen für den Eigenschutz" finden Sie immer Hinweise zur Gesetzeslage", so der Autor.
2. Die passende Waffe finden
Nicht jeder Waffentyp paßt zu jedem. "Wählen Sie daher ein Modell, das sich gut greifen läßt und von dessen Bedienung Sie überzeugt sind", so Konarek. Denn: "Nur mit einer Waffe, von

der Sie überzeugt sind, können Sie tatsächlich gedanklich und körperlich 'verschmelzen' und setzen diese dann auch ein."
3. Verdecktes Tragen
Es lohnt sich nicht, Dirty Harry oder Rambo für Arme zu spielen. Mit der freien Waffe sollte man nicht herumlaufen wie ein Halbstarker, sondern sie verdeckt tragen. Das steigert bei einem Angriff auch den Überraschungseffekt, empfiehlt Konarek in "Freie Waffen für den Eigenschutz".
4. Distanz rettet Leben
Der Autor warnt: "Es gibt eine traurige Wahrheit, die den meisten Menschen nicht bekannt ist. Werden Sie mit einem Messer oder einem ähnlich scharfen oder spitzen Gegenstand angegriffen, sind Ihre Überlebenschancen nahezu null, wenn Sie nicht den Abstand zum Angreifer wahren." Man sollte also das persönliche Selbstverteidigungskonzept unbedingt mit einer Distanzwaffe ergänzen.
5. Verschwiegenheit
Binden Sie nicht jedem auf die Nase, daß Sie eine Selbstverteidigungswaffe mitführen. Mit seiner solchen Prahlerei können Sie schnell sozial ins Abseits geraten, mahnt Konarek in "Freie Waffen für den Eigenschutz" an. Nicht jeder hat schließlich schon begriffen, in welch unsicheren Zeiten wir leben.
6. Mentale Einstellung
Sie müssen sich über eines im Klaren sein: Mit einer freien Waffe können Sie einen Angreifer verletzen - mitunter sogar schwer. Denn schließlich handelt es sich dabei um ein Mittel, daß jemanden, der Ihnen Böses will, kampfunfähig machen soll. "Sollten Sie damit einen innerlichen Konflikt haben, können Sie es sich sparen, eine freie Waffe mitzuführen", so der Selbstverteidigungsexperte.
7. Üben, üben, üben
Eine freie Waffe kann nur dann effektiv eingesetzt werden, wenn man die Handhabung vorher übt - und das nicht nur ein- oder zweimal, sondern sehr oft. Es bringt nichts, solche Mittel erst bei einem möglichen Angriff erstmals einzusetzen. Übung ist das halbe Leben - das gilt auch für den Umgang mit freien Waffen.
8. Realistisch bleiben
Konarek warnt ausdrücklich in "Freie Waffen für den Eigenschutz": "Was Sie niemals tun sollten: sich mit freien Waffen sicher zu fühlen!" Denn: "Nur weil Sie 'bewaffnet' sind, heißt das nicht, daß Sie ab jetzt nachts unbesiegbar durch Frankfurts Drogenviertel oder durch den Görlitzer Park in Berlin laufen können." Man sollte sich immer darüber bewußt sein, daß das Mitführen einer freien Waffe noch keine Garantie auf Sicherheit gibt. Wichtig ist: Risiken vermeiden, nicht suchen!

Umfassende Informationen

Das ist natürlich nur eine Kurzfassung der umfangreichen Ausführungen in Lars Konareks Top-Ratgeber "Freie Waffen für den Eigenschutz". Dieses - gerade in heutigen Zeiten - unverzichtbare Buch bietet darüber hinaus einen Fundus an wichtigen Informationen zum Thema Selbstverteidigung.
Sie erfahren etwa, auf welche Phasen eines Kampfes - also eine durch einen Angreifer verschuldete Auseinandersetzung - sich einstellen müssen, er beschreibt, wie Sie Abwehrmittel aus der Distanz oder in der direkten Konfrontation einsetzen können und er zeigt, welche Körperziele es gibt, um einen Angreifer außer Gefecht zu setzen.
Alle Typen freier Waffen werden in dem Ratgeber ausführlich vorgestellt - und Konarek erklärt anhand zahlreicher Fotographien, Abbildungen und Schaubilder, wie diese effektiv zur Abwehr von Angreifern eingesetzt werden können.
Doch wie wirksam sind solche freien Waffen eigentlich. Hierzu schreibt Konarek: "Man

könnte sagen, daß die Chancengleichheit durch das Verwenden mit freien Waffen in vielen Konflikten mindestens gleich bis besser wird. Das ist logisch, denn damit verfügen Sie über ein Hilfsmittel, das möglicherweise schon dann abschreckend wirkt, wenn der Angreifer es in Ihren Händen sieht."

Ein absoluter Profi

Konarek weiß, wovon er schreibt, denn er ist ein echter Profi. Schon seit vielen Jahren arbeitet er als Survival-Trainer in Freiburg im Breisgau und zählt viele Entscheider und Größen des Geschäftslebens zu seinen Kunden. Er hat sich unter anderem auf das Überleben in Krisen- und Katastrophenfällen spezialisiert.

Seine Expertise wird auch international geschätzt: Konarek ist Autor von 12 Fachbüchern (darunter sein aktueller Ratgeber "Freie Waffen für den Eigenschutz" und sein Klassiker "Wie Sie einen Atomangriff überleben"). Er war schon bei etlichen Podcasts, Radio- und TV-Sendungen zu Gast und hat zahlreiche Spezialeinheiten, Personenschützer und Militärs im Nahkampf ausgebildet. Einen besseren Fachmann für freie Waffen und ihren Einsatz kann es kaum geben.

Schützen Sie sich selbst! In seinem Ratgeber "Freie Waffen für den Eigenschutz" zeigt Ihnen Selbstverteidigungsexperte Lars Konarek, wie Sie sich ganz legal gegen Angreifer zur Wehr setzen können. Gerade in heutigen Zeiten unverzichtbar.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. November 2024 (x1.417/…): >>Trump und Putin gegen Merkel

Von *Jürgen Elsässer*

Die Rückkehr der Männer: Wenn Trump und Putin sich treffen, dampft das Testosteron aus allen Poren, die Chemie stimmt. Beide sind knallhart, aber geradeheraus. Sie knurren, sie knuffen - am Ende steht ein Deal, der mit Handschlag besiegelt wird. Verträge, Unterschriften, Ratifizierung im Parlament?

Merkel mögen sie beide nicht - und sie lassen es sie spüren. Ein Klassiker ist das Video, als die Kanzlerin 2007 im Kreml empfangen wird und der Russe plötzlich seinen großen Hund hereinläßt. Ihr Gesicht, als er an ihr schnuppert - unbezahlbar! Ich bin sicher, Seehofer hat den Clip in seiner Playlist. Auch nicht schlecht: Antrittsbesuch von Angela bei Donald, Frühjahr 2017. Die Fotografen betteln, aber er gibt ihr einfach nicht die Hand, schaut permanent auf die andere Seite. Körpersprache: Er ist nach vorne gebeugt, Ellenbogen auf den Knien, Hände gefaltet, läßt die megalange Krawatte zwischen den gespreizten Beinen baumeln. War das unhöflich, vielleicht sogar sexistisch? Ja! Aber allen Männern hat es Spaß gemacht und vielen Frauen auch. Me too!

Über alle geostrategischen Differenzen hinweg vollzieht sich eine neue Lagerbildung auf dem Planeten: Der Kalte Krieg des 21. Jahrhunderts hat seine Wurzeln in der Biochemie, nicht mehr in der Ideologie. Auf der einen Seite stehen wahre Männer und echte Frauen, die ihrer Millionen Jahre alten DNS folgen: jagen, sammeln, begatten, Familien gründen, die Sippe beschützen. Auf der anderen Seite Weicheier und Warmduscher, die nicht wissen, ob sie Männlein oder Weiblein sind und nur noch darüber grübeln, ob sie sich gerne mit halb Afrika vermischen oder mit Robotern paaren wollen.

Zur ersten Sorte gehören auch unberechenbare Zeitgenossen wie Erdogan oder Kim. Aber dem einen hat Putin und dem anderen Trump gezeigt, wo der Hammer hängt, und dann konnte man sich irgendwie einigen. Mit der zweiten Sorte aber ist kein Auskommen möglich, weil sie ihre Ziele immer hinter Menschenrechtsgesäusel verbergen und uns permanent die Hucke voll lügen.

Ein typisches Beispiel ist Bill Clinton, der sich gegenüber dem Vorwurf des Drogenmißbrauchs mit den Worten rechtfertigte, er habe Haschisch geraucht - aber ohne zu inhalieren. Oder Don Promillo Juncker, der sein Torkeln mit Rückenproblemen erklärt. Oder Macron, der

seine neurotische Stiefmutterbeziehung als Liebe verkauft. Ähnliche definitorische Tricks wenden die Herrschaften an, um uns einen Rückgang der Ausländerkriminalität weiszumachen.
Diese Typen "werden fallen wie die Kegel", wie Steve Bannon sagte, wenn Donald und Wladimir Ernst machen. Die Russen allein haben es zwar nicht geschafft, Marine Le Pen in Frankreich an die Macht zu bringen, obwohl sie den Front National unterstützt haben. In Italien aber lief es schon besser: Die Lega wird von Putinisten wie Salvini geführt, aber auch Bannon soll bei der Bildung der neuen Regierung mitgefingert haben.
Nun nehmen Washington und Moskau das Merkel-Regime in die Zange: Trumps Botschafter Richard Grenell bereitet offensichtlich mit Jens Spahn den Kanzlersturz vor - ein aussichtsreiches Vorhaben, weil beide homosexuell sind und eine starke Schwulenlobby an sich binden könnten. Der Kreml setzt zwar traditionell auf die SPD - aber je russophober sich Außenminister Heiko Maas gebärdet und je tiefer die Sozis in der Wählergunst abstürzen, um so stärker wird der Druck zur Umorientierung. Mit der AfD steht ein geeigneter Partner für eine Wiederauflage der Bismarck'schen Ausgleichspolitik bereit.
Der Kalte Krieg des 21. Jahrhunderts hat seine Wurzeln in der Biochemie.
Trump bezeichnet sich als "stolzen Deutschamerikaner", Putin spricht unsere Sprache und zitiert häufig die historische Freundschaft beider Völker. Können sie uns helfen, die größte Feindin unserer Nation loszuwerden?
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Edition 09: "Elsässer. Das Beste aus 10 Jahren COMPACT".<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. November 2024 (x1.417/…): >>**Jetzt schießt Faeser scharf**
_ *Martin Kohlmann* im Gespräch mit *Sven Eggers*
Da schwärmen sie nun wieder gegen den Rechtsextremismus aus, Faesers Vermummte. Im Morgengrauen des 5. November geht es in Sachsen zur Sache. 450 Schwerbewaffnete rücken acht jungen Männern auf die Pelle. Das Vorgehen trägt unverkennbar die Handschrift der SPD-Innenministerin. Diverse Objekte werden zeitgleich durchsucht, zudem eines in Österreich, eines in Polen. Man hört Schreie, dumpfe Schläge, Festnahmen erfolgen, und Medien berichten bundesweit nahezu wortgleich. Es wird sogar geschossen.
Die Attacke richtet sich dieses Mal gegen eine Gruppe mit dem Phantasienamen Sächsische Separatisten. Wen wir auch befragen: Niemand kennt eine solche Truppe, kein Mensch hat je von ihr gehört. Wir schnappen sogar auf, daß es sie nie gegeben habe. Selbst Freunde von Beschuldigten können mit einem solchen Namen nichts anfangen. Allein der Generalbundesanwalt will wissen: Es handele sich um "eine militante Gruppierung, deren Ideologie von rassistischen, antisemitischen und in Teilen apokalyptischen Vorstellungen geprägt" sei.
450 Schwerbewaffnete rücken acht jungen Männern auf die Pelle.
Die Formation habe im November 2020 zusammengefunden. Mitglieder hätten auf den "Tag X" gewartet, an dem die BRD kollabieren werde. Und dann, Herr Generalbundesanwalt? "Bei dieser Gelegenheit möchte die Gruppierung mit Waffengewalt Gebiete in Sachsen und gegebenenfalls auch in anderen ostdeutschen Ländern erobern, um dort ein am Nationalsozialismus ausgerichtetes Staats- und Gesellschaftswesen zu errichten." Mehr noch: Die Gruppenmitglieder hätten wiederholt trainiert, Schußwaffengebrauch geübt und Patrouillengänge durchgeführt. Man habe sich zudem Tarnfleckenanzüge, Gefechtshelme und Gasmasken beschafft. Das ist starker Tobak!
Was keine Zeitung zu erwähnen vergißt: Unter den Verdächtigen befindet sich der lokale AfD-Politiker Kurt Hättasch aus Grimma. Auch vor seiner Haustür marschieren Faesers Vermummte auf. Der Betroffene erschrickt, vermutet einen Antifa-Angriff, greift zu einem Karabiner und will fliehen. Ein übereifriger Beamter einer Spezialeinheit der Bundespolizei ballert

los. Splitter einer der abgefeuerten Pa-tronen treffen den AfD-Mann im Gesicht. Die Folge: Kieferbruch! Er muß im Krankenhaus notversorgt und operiert werden.

Schuldig bei Verdacht

Verleger Götz Kubitschek hatte den Verletzten in der Vergangenheit kennengelernt. Seine Einschätzung: "Sächsisch-behäbig, eine Selbstversorgerseele, Typ Kamerad, am Regionalen interessiert, geschickter Handwerker, jung verheiratet, nüchtern im Gespräch. Er ist Schatzmeister der Jungen Alternative in Sachsen, das wird man nicht, wenn man nicht gründlich und akkurat wirtschaften kann."

Noch zwei weitere Festgenommene zählen zur AfD; ein gefundenes Fressen für die BRD-Journaille und Befürworter eines Verbotsverfahrens. Aus Antifa-Kreisen wurde Medien zudem ein Allerwelts-Gruppenbild der Jungen Alternative Sachsen aus dem Jahr 2022 zugespielt, auf dem Björn Höcke und mutmaßlich fünf Leute der angeblichen Separatisten-Bande zu sehen sind. Das Bild stammt nach Lage der Dinge aus einem linken Dossier, das erschreckend an Aufzeichnungen der einstmaligen Stasi erinnert; minutiöse Denunziationen über viele Seiten.

Der Tipgeber war ein V-Mann des FBI.

AfD-Landes- und -Bundesvorstand kamen unterdessen mit dem Distanzieren kaum hinterher, überzogen betroffene Parteimitglieder mit Ausschlußverfahren. Seither mehren sich die Merkwürdigkeiten rund um diesen Fall.

So mußte selbst die Tagesschau einräumen, daß es mit der Terrorgefahr der jungen Bande nicht allzu akut gewesen war, schließlich "lautet der Vorwurf gegen die Sächsischen Separatisten nicht, daß sie selbst den Umsturz auslösen wollten".

Auf ein BRD-Ende zu hoffen, kann in der Tat kaum strafbar oder gar terroristisch sein. Letztlich, und auch das räumt die Tagesschau ein, beruhen sämtliche Vorwürfe auf angeblichen Aussagen eines der angeblichen Umstürzler gegenüber einem V-Mann des Verfassungsschutzes, der selbst zum Umfeld der Gruppe zählte und dann als Spitzel angeworben worden war. Er ist der Kronzeuge der Anklage.

Es ist wichtig, die Rolle der Behörden in diesem Falle genau zu beleuchten, zumal ganz offensichtlich der amerikanische Geheimdienst beteiligt ist und gezielt in den staatlich verordneten Kampf gegen Rechts eingebunden wird. Zumindest ein verdeckter FBI-Ermittler war hier aktiv, wie aus dem Beschluß des Bundesgerichtshofs in dieser Angelegenheit hervorgeht. Darin heißt es: "Die Erkenntnisse zur Gruppe Sächsische Separatisten, ihrer personellen Zusammensetzung, ihren Aktivitäten und Zielen ergeben sich aus Äußerungen gegenüber einer vom Federal Bureau of Investigation (FBI) online eingesetzten Vertrauensperson (Online-VP) und aus der Kommunikation in der Chatgruppe."

Gespräch mit Rechtsanwalt Kohlmann

Wir haben über die ganze Chose mit Rechtsanwalt Martin Kohlmann gesprochen, der in der sächsischen Protestszene bestens vernetzt ist. Er vertritt auch einen der Festgesetzten.

Sie sind ja mit den Freien Sachsen (FS) durch Montagsdemos und ungezählte Aktivitäten nahe dran an der Widerstands- und Protestszene im Freistaat. Hatten Sie jemals von Sächsischen Separatisten gehört?

Bisher dachte ich, wir (die FS) seien die sächsischen Separatisten. Im Ernst: Keiner kennt eine solche Gruppe. Wie ich inzwischen weiß, kennen die angeblichen Mitglieder selbst eine solche Gruppe nicht.

"Fans von Survival-Training samt Ausrüstung."

Sie vertreten den jungen Mann, der östlich der Neiße festgenommen worden war. Kannten Sie ihn vorher? Wirkt er auf Sie gefährlich?

Ich kannte ihn vorher nicht. Mein Eindruck: Ein sympathischer, junger angehender Familienvater.

Glauben Sie, daß Norman, Jörg, Jörn und die Kevins die Republik aus den Angeln hätten heben wollen und vor allen Dingen: hätten heben können?
Weder noch. Das sind Jungs, die sind zusammen wandern gewesen, haben sich zweimal zum Paintball verabredet. Fans von Survival-Training samt Ausrüstung. Das war's. Keine Umsturzpläne. Und diesmal hat sich der Verfassungsschutz, anders als bei den Lauterbach-Entführern, noch nicht einmal die Mühe gemacht, ihnen Waffen aufzudrängen und zu liefern!
Auch wir bei COMPACT bekamen es im Sommer ja mit Faesers Kommandos zu tun. Allerdings wurde uns nicht ins Gesicht geschossen. Was hat es mit dem Geballer auf sich?
Na, bei euch haben die sich zumindest vorgestellt und dann freundlich, aber bestimmt Einlaß begehrt. Vorliegend kam die GSG 9. Die stecken nicht in Polizeiuniformen, sondern laufen rum wie die Hammerbande, nämlich vermummt und dunkel gekleidet. Und dann klingeln die nicht, sondern sprengen die Tür auf. Eigentlich müssen sie dann "Polizei" rufen. Laut Augenzeugen taten sie das nicht. Vermutlich ging das Opfer von einem Antifa-Überfall aus und wollte sich verteidigen. Dann wurde vom Überfallkommando geschossen. Der Rest ist bekannt.
Haben die Jungs eigentlich irgendwas auf dem Kerbholz, das man vielleicht als Unreife auslegen müßte? Oder geht es hier sogar um weniger; also um das berüchtigte Verhalten "unterhalb der Strafbarkeitsgrenze"?
Mein Mandant, der angebliche Chef des Ganzen, ist nicht vorbestraft, und dem Haftbefehl kann ich kein strafbares Verhalten entnehmen. Die Akte kenne ich heute noch nicht.
Ein bezeichnender Satz aus der Mitteilung des Generalbundesanwalts lautet: "Ihre Mitglieder verbindet eine tiefe Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland." Ist es grundsätzlich strafbar, irgend etwas tief abzulehnen, solange man es nicht auslebt? Es heißt ja, die Verdächtigen hätten auf einen Tag X gewartet. Also, Wartende sind doch meist friedlich. Oder nicht?
Das ist der Punkt: Der Vorwurf lautet noch nicht einmal, den Staat stürzen zu wollen, sondern darauf vorbereitet zu sein, wenn er selbst zugrunde gegangen ist. Sich auf irgendeinen Fall der Fälle vorzubereiten, ist auch bei weitester Auslegung des Paragraph 129a Strafgesetzbuch nicht strafbar!

Schlag gegen Jugendliche

Aus der Pressemitteilung des Generalbundesanwalts: "Die Bundesanwaltschaft hat heute (5. November 2024) am frühen Morgen auf Grundlage von Haftbefehlen des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs die deutschen Staatsangehörigen Kurt H., Karl K., Kevin M., Hans-Georg P., Kevin R., Jörg S., Jörn S. und Norman T. festnehmen lassen. ... Die festgenommenen Beschuldigten sind dringend verdächtig, sich in einer inländischen terroristischen Vereinigung mitgliedschaftlich betätigt zu haben (§ 129a Abs. 1 Nr. 1 StGB), wobei Karl K. und Jörn S. teilweise als Jugendliche und Heranwachsende, Kevin M. und Norman T. als Heranwachsende gehandelt haben sollen (§ 1 Abs. 1 und 2, § 3, § 105 JGG)."
Die AfD in Sachsen will nun nicht mit diesen Wildwest-Schlagzeilen in Verbindung gebracht werden. Es gab eilige Distanzierungen. Wie hätten Sie das gelöst, wären Sie bei den Blauen Pressesprecher?
Ich hätte auf die Unschuldsvermutung verwiesen und darauf, daß nichts Konkretes vorliegt. Darüber hinaus hätte ich darauf verwiesen, daß dieses System doch mittlerweile eben dafür bekannt ist, Andersdenkende mit absurden Vorwürfen zu überziehen. Die erfolgte Reaktion des Landesverbandes, dem verletzten Funktions- und Mandatsträger statt Genesungswünschen den Parteiausschluß zu senden, ist eine ganz erbärmliche Kameradenschweinerei. Auf der linken Seite ist so etwas undenkbar. Können Sie sich vorstellen, daß sich Linke oder Grüne von verhafteten Antifa-Verdächtigen distanzieren? Noch nicht mal die SPD würde das tun.
Rollator-Krieger, Bademantel-Bande, Wandergruppen-Verschwörer … Was ist Ihr Tip: Wo

schlägt die Faeser morgen zu?
Es ist völlig willkürlich und kann jeden treffen, der irgendwie mit der Politik nicht einverstanden ist. Das ist die Lehre aus diesem Fall, der vermutlich dazu dienen soll, uns alle zu verängstigen. Tue ich vielleicht gerade etwas, was mir irgendein krankes Hirn als Verbrechen auslegen kann? Da dürfen wir nicht mitspielen. Die Zeiten werden rauher, aber Selbstmord aus Angst vor dem Tod ist keine Lösung.
_ Der Chemnitzer Rechtsanwalt und Stadtrat Martin Kohlmann ist Gründer und Vorsitzender der Freien Sachsen, die seit einigen Jahren zu den wesentlichen Antriebsfedern der Protestszene im Freistaat zählen.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 12/2024.<<
Ukraine: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. November 2024 (x1.422/…): >>**Masala für Einsatz europäischer Bodentruppen in Ukraine**
Der Politikwissenschaftler Carlo Masala von der Universität der Bundeswehr in München hat die Entsendung europäischer Bodentruppen in die Ukraine ins Gespräch gebracht für den Fall, daß der künftige US-Präsident Donald Trump keine Waffen mehr in das von Rußland angegriffene Land liefert. "Wir brauchen eine Rückfalloption für den Fall, daß die USA ihre Waffenlieferungen an die Ukraine einstellen", sagte Masala dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland".
"Dabei geht es um eine Koalition der Willigen, die im Zweifel auch bereit ist, Bodentruppen in die Ukraine zu entsenden. Da ist gerade viel in Bewegung, in Frankreich, Großbritannien und Polen." Er fuhr fort: "Deutschland ist bei den meisten Entwicklungen außen vor. Boris Pistorius verfolgt offenbar das Ziel, Deutschland wieder ins Spiel zu bringen."
Dieser hatte sich am Montagabend in Berlin mit den Verteidigungsministern Frankreichs, Großbritanniens und Polens sowie der Verteidigungsstaatsekretärin Italiens getroffen, um über die Lage mit Blick auf Trumps Amtsübernahme und die zunehmende militärische Überlegenheit Rußlands in der Ukraine zu beraten. Der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Christoph Heusgen, sagte dem RND: "Das war ein sehr wichtiges Treffen. Denn jetzt schlägt die Stunde Europas.
Angesichts eines weiterhin aggressiven Wladimir Putin und eines unberechenbaren Donald Trump muß Europa mehr Verantwortung übernehmen und sich um seine eigene Sicherheit kümmern. Das geht nur gemeinsam, nicht einzeln. Dabei sollte die neue EU-Kommission mit einbezogen werden." In ihr soll es erstmals einen Kommissar für Verteidigungspolitik geben.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31115" berichtet am 26. November 2024 (x1.418/…): >>**E-ID - Schlüsselbaustein digitaler Diktatur und Ausgrenzung**
Wie sollen Sie sich in der virtuellen digitalen Welt ausweisen? Um Ihre eigene Identität nachzuweisen, brauchen Sie den E-ID-Ausweis. Von dieser Notwendigkeit einer "E-ID" ist auch das Schweizer Parlament nach wie vor überzeugt. Ab 2026 soll die E-ID sowohl online als auch im Paßbüro kostenlos erhältlich sein. Sie sei mit der Identitätskarte oder mit dem Paß in der physischen Welt vergleichbar. Vorerst wird allerdings die E-ID die beiden Dokumente noch nicht ersetzen.
Obschon eine Vorläuferversion des E-ID-Gesetzes vom Schweizervolk in der Abstimmung vom 7. März 2021 mit 64,4 % deutlich verworfen wurde, bringt Bundesbern eine Neuauflage des E-ID-Gesetzes! Nun soll dieses Ansinnen gelingen, obwohl zahlreiche Sicherheitsbedenken noch ungeklärt sind. Die E-ID genüge offiziell höchsten Maßstäben der Sicherheit und des Datenschutzes, wird versprochen. Der Datenschutz sei dadurch gewährleistet, daß Nutzer ihre Daten selbst verwalten und diese auf ihrem Handy gespeichert behalten, also nicht der Staat oder Dritte (Art. 6; 7 E-ID G).

Die Propaganda verspricht nur Vorteile der E-ID

- Sie sei mehr als nur eine digitale ID. Mit ihr sollen auch weitere Ausweise, Zeugnisse, Urkunden, Führerausweise und Tickets aller Art abgelegt resp. verknüpft werden können
- Sie diene als Identifikationsgrundlage beim Bezug von amtlichen Dokumenten und Dienstleistungen sowie von privaten Waren und Dienstleistungen (Art. 23 E-ID G).

Wer fördert die Einführung der E-ID?

Internationale Projekte wie ID2020, EU-Digitalstrategie, "Pact for the Future" und "17 Nachhaltigkeitsziele" der UNO sowie "ID4D" der Weltbank fördern die Digitalisierung.

So arbeitet zum Beispiel die Organisation ID2020 aus New York an einer transnationalen digitalen Identität, bei der alle Informationen über jeden Einzelnen zusammenfließen sollen: Ausbildungs- und Impfnachweise, Finanzstatus, Konten von Netzwerken wie Twitter oder Facebook bis zu den vom Smartphone produzierten Daten. Zu den Unterstützern von ID2020 zählen Microsoft, die GAVI-Impfstoff-Allianz, die Rockefeller Foundation sowie das International Rescue Committee (IRC). Zu den Kooperationspartnern gehören die US-Regierung, die EU-Kommission und das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR.

Was sind jedoch mögliche Risiken einer E-ID?

Vor allem führt sie zu massenhaften Erfassungen und Speicherungen von biometrischen Daten! Auf deren Zugriff gibt es keine absolute Sicherheit. Es gibt IT-Experten, die überzeugt sind, die absolute Datensicherheit sei eine Illusion. Sicherheitsforscher eines Computer-Clubs zum Beispiel haben erfolgreich die gängigen Lösungen für videobasierte Online-Identifizierung (Video-Ident) überwunden. Dabei haben sie sich unter anderem Zugriff auf die elektronische Patientenakte einer Testperson verschafft.

Der bekannte Schweizer Anwalt Philipp Kruse warnt vor großen Risiken der E-ID!

Es sei nur eine Frage der Zeit, bis unbefugte Dritte auf biometrische Daten zugreifen.

Große Unternehmen könnten auf dem politischen Weg gesetzliche Ausnahmeregelungen erwirken, um Zugriff auf die E-ID-Daten ihrer Kunden zu erhalten. Für die Nutzung der biometrischen Daten lägen schon konkrete Vorstöße vor:

- Flughäfen und Airlines wollten Gesichtserkennung zur schnelleren Abwicklung nutzen
- Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren wollte Sportfans damit überwachen
- Der Nachrichtendienst und diverse Kantonspolizeien setzten ohne Rechtsgrundlage Gesichtserkennungssoftware bereits heute ein

Es fehle der Schutz der Nutzer vor der Marktmacht großer Konzerne. Das E-ID Gesetz ermögliche die Basistechnologie, welche in Kombination mit laufenden internationalen Entwicklungen zu einer erheblichen Bedrohung für Grundrechte führe!

E-ID, zentraler Baustein digitaler Systeme?

Ganz konkret besteht die Gefahr, daß die E-ID zum zentralen Schlüsselbaustein wird, um eine Vielzahl von digitalen Systemen miteinander zu verknüpfen:

Beispielsweise mit digitalem Impfpaß, Reisepaß, Gesundheitsausweis, Führerausweis, Krankenversicherungsausweis, Organspendeausweis, Zentralbankgeld (CBDC), digitalen Zutrittsberechtigungen und weiteren bis zu einem Sozialkreditsystem.

Fazit

Setzen Sie das Puzzle zu einem Gesamtbild zusammen! Erkennen Sie das sich entwickelnde digitale Gefängnis einer lückenlosen Totalkontrolle?

Wie Kla.TV in vielen Sendungen bereits dokumentiert hat (https://www.kla.tv/Digitalisierung), ist ein allumfassendes Kontrollnetzwerk am Entstehen, welches tief in das Leben jedes Einzelnen eingreift. Somit bleibt trotz der viel versprochenen Sicherheitsmaßnahmen die Gefahr groß, daß die E-ID ein weiteres Werkzeug für staatliche Überwachung und die

kommerzielle Ausbeutung persönlicher Daten wird, bis hin zu einem Sozialkreditsystem nach dem Vorbild von China.
Und nicht nur das. Seien Sie sich im Klaren: Der Machtelite des digital-finanziellen Komplexes geht es nicht allein um Totalkontrolle. Wer nicht spurt nach deren Willen, dem sollen die wesentlichsten Grundfreiheiten entzogen werden können. Falls Sie der herrschenden Elite keinen Nutzen bringen, können Sie unschwer vom öffentlichen Leben ausgeschaltet werden. Wir leben bereits in der Zeit, in der Datenschutz und individuelle Freiheit zunehmend unter Druck geraten.
Es ist überlebenswichtig, daß wir hinter die Kulissen solcher heimtückischen Technologien schauen. Als Wolf im Schafspelz entpuppt sich eindeutig auch die E-ID. Halten Sie dieses Einfallstor geschlossen. Vernetzen Sie sich mit wahrheits- und freiheitsliebenden Menschen. Klären Sie in Ihrem Umfeld auf, indem Sie diese Sendung verbreiten.<<
Schottland: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. November 2024 (x1.421/…): >>S**chottische Regierung besteht darauf, daß es auch "schwangere Männer" gibt**
Eine schottische Frauenrechtsorganisation zieht wegen der neuen, woken Definition des Geschlechts vor Gericht. Die schottische Regierung wehrt sich und verteidigt die Rechte von "Schwangeren Männern" und biologisch männlichen "Lesben".
Von *Redaktion*
Ein Gerichtsurteil wird bald über die schottische Definition einer Frau entscheiden. Das Verfahren geht darauf zurück, daß im Jahr 2018 ein Gesetz erlassen wurde, in dem eine Frauenquote von 50 Prozent in den Vorständen von sogenannten "Quasi-Nichtregierungsorganisationen" (Quangos) vorgeschrieben wird. Erstmals werden darin auch Transfrauen mit einer sogenannten Bescheinigung zur Geschlechtsanerkennung als Frauen betrachtet. Doch dagegen geht die feministische Gruppe "For Women Scotland" (FWS) nun vor.
Am Dienstag beginnt der Prozeß vor dem Obersten Gerichtshof des Vereinigten Königreichs in London. Dort wird entschieden, ob die neue schottische Definition mit den Gesetzen des Landes vereinbar ist. Die schottische Regierung, angeführt von First Minister John Swinney, zeigte sich bislang kompromißlos. In einer offiziellen Stellungnahme zum Verfahren haben mehrere Minister weiterhin darauf bestanden, daß es unter anderem auch "Schwangere Männer" gäbe. Außerdem dürften auch private Organisationen nicht gegen Lesben diskriminieren, die zwar biologische Männer seien, aber über eine entsprechende Bescheinigung zur Geschlechtsanerkennung verfügen würden.
Der Streit um das Gesetz aus dem Jahr 2018 zieht sich bereits über Jahre hin. Anfangs beinhaltete das Gesetz zusätzlich die Definition, daß bereits, wer sich als Frau identifizierte, auch ohne eine Bescheinigung, als eine Frau anerkannt werden muß. Immer wieder klagte FWS dagegen vor verschiedenen Gerichten und bekam zeitweise Recht. Zuletzt verlor die Gruppe aber im November 2023 vor dem schottischen "Court of Session", dem höchsten Gericht des Teilstaats. Deswegen zieht die Gruppe nun vor das höchste Gericht des Landes.
"For Women Scotland" wurde 2018 als Aktionsgruppe gegen eine angestrebte Reform des Geschlechtsanerkennungsgesetzes gegründet. Diese würde, ähnlich wie das deutsche Selbstbestimmungsgesetz, die Definition von Geschlecht praktisch radikal ändern und die Rechte biologischer Frauen einschränken. Entscheidet das Gericht in dem anstehenden Fall jedoch im Sinne von FWS, würde eine solche Reform nahezu unmöglich werden.<<
27.11.2024
BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. November 2024 (x1.420/…): >>**Enthüllt: Habecks Bettelbrief entlarvt die Energiewende-Lüge!**
Ein peinlicher Bettelbrief von Wirtschaftsminister Habeck entlarvt endgültig die Lügen der Windrad-Vergötterer von den Grünen bis zur CDU: In einem im August 2022 verschickten

und nunmehr bekanntgewordenen Schreiben an die französische Energieministerin Pannier-Runacher erkundigt sich Habeck nach den erwartbaren französischen AKW-Leistungen - offenkundig mit dem Ziel, Frankreich um Atomstrom anzubetteln.
"Die Grünen haben sich nie daran gestört, französischen Atomstrom zu verbrauchen", sagte Pannier-Runacher bereits 2022. Unfaßbar: In Deutschland ruinierte Habeck mit dem AKW-Ausstieg unsere Industrie, im Ausland bettelte er um AKW-Strom. Die ganze Klimawandel-Hysterie und die Warnungen vor den vermeintlichen Gefahren moderner Kernkraftwerke waren somit offenkundig nur ein Vorwand für die systematische Deindustrialisierung und Schwächung unseres Landes durch die etablierten Parteien!
Dieser Verdacht wird auch durch Äußerungen Robert Habecks aus dem April 2023 bestätigt, die in die gleiche Richtung gingen: Es sei "in Ordnung", daß die Ukraine Kernkraftwerke nutze, "solange die Dinger sicher laufen" - dabei hatten Habeck und die Anti-AKW-Ideologen jahrelang geleugnet, daß die sichere Nutzung der Kernkraft überhaupt möglich ist.
Auch bei der Zerschlagung einer anderen Lebensader unserer Energieversorgung nutzt Habeck heuchlerische Vorwände für seine eigentlichen Ziele: Als er den Nord-Stream-Zertifizierungsprozeß stoppte, wurde dies mit der Eskalation des Ukraine-Konflikts begründet. Doch in Wahrheit versprach Habeck schon 2016, lange vor dem Ukraine-Krieg: "Wir werden Nordstream nicht bauen und die Handelsbeziehungen des Gastransfers zu Rußland sukzessive abbauen, weil wir ein Energiewendeland sind."
Warum also ist Kernkraft für die etablierten Parteien inakzeptabel, wenn Deutschland sie nutzt, nicht jedoch, wenn Frankreich oder die Ukraine dies tun? Wieso wird der Import von russischem Öl verteufelt, aber nicht, wenn es über einen indischen Umweg nach Deutschland gelangt? Warum wird einerseits Kohleförderung verdammt, während andererseits die Steinkohle-Importe aus Kolumbien immer weiter steigen?
Vielleicht, weil es gar nicht um Klimaschutz geht? Diejenigen, die Deutschland schwächen wollen und hassen, reiben sich jedenfalls die Hände. Die Doppelmoral bei der Bewertung von Kernkraft, Kohle und russischem Gas komplettiert das Bild eines gigantischen Energiewende-Betrugs der etablierten Parteien. Es gibt nur eine Partei, die die Deindustrialisierung unseres Landes unter dem heuchlerischen Vorwand des Klimaschutzes stoppen und umkehren wird - die AfD!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. November 2024 (x1.420/…): >>**IS plant Anschläge: Sichere Weihnachtsmärkte? Nur mit der AfD!**
Wie schön waren doch unsere gemeinsamen Abende auf Weihnachtsmärkten, als die CDU unser Land noch nicht kaputtgemacht hatte: Wir trafen uns unbeschwert am Grillwurst-Stand, tranken einen Glühwein, lachten und scherzten - kurzum: wir konnten einfach mal abschalten. Doch seitdem die CDU unter Angela Merkels 16-jähriger Kanzlerschaft unser Land zerstörte, ist nichts mehr, wie es war.
Wie soll man zwischen "Merkelpollern" und schwerbewaffneten Polizisten seelenruhig "Stille Nacht, heilige Nacht" anstimmen, wenn in jeder Sekunde ein islamistischer Merkel- und CDU-Gast mit einem Lastwagen durch die Menschenmenge rasen könnte?
Denn die Gefahr von islamistischen Anschlägen ist aktuell laut einem Geheimpapier des Bundeskriminalamts (BKA) "anhaltend abstrakt hoch". Angesichts der Anschlags-Aufrufe des "Islamischen Staat - Provinz Khorasan" (ISPK) befürchtet die Behörde, daß potentielle Täter sich weiter radikalisieren könnten. Veranstaltungen wie Weihnachtsmärkte, aber auch kirchliche Veranstaltungen und weihnachtliche Gottesdienste seien wegen ihrer christlichen Symbolik ideologisch geeignete Ziele für Islamisten.
Wir haben nicht vergessen, wer uns diese Zustände eingebrockt hat. Und eines muß Jedem klar sein: Auch unter einer CDU-Regierung würde sich nichts, aber auch gar nichts daran ändern - im Gegenteil. Während das CDU-regierte Nordrhein-Westfalen sich zu einer Islami-

sten-Hochburg mit 3.200 extremistischen Salafisten entwickelt, wirbt im CDU-regierten Baden-Württemberg eine radikale Moschee ganz offen für die Vorbereitung von 13-jährigen Mädchen auf ihre Ehe.
Wie sollen die heuchlerischen CDU-Versprechungen für mehr Abschiebungen und weniger Migration auch umgesetzt werden können, wenn Merz und Söder schon jetzt die Grünen als möglichen Koalitionspartner umgarnen? Die Sicherheit auf Weihnachtsmärkten - aber auch an jedem anderen Ort - darf man nicht Parteien überlassen, die für die aktuellen Zustände verantwortlich sind. Nur mit der AfD werden ausländische islamistische Gefährder konsequent abgeschoben und die Grenzen geschützt - damit wir unsere Polizisten auf den Weihnachtsmärkten nicht mehr brauchen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. November 2024 (x1.420/…):
>>**Pleite-Alarm: Mehr als 20.000 Insolvenzen in diesem Jahr - 300 Jahre alte Firma steht vor dem Aus!**
Neue Schock-Zahlen aus der deutschen Wirtschaft: Im Oktober stieg die Zahl der beantragten Insolvenzen weiter zweistellig - um 22,9 Prozent zum Vorjahresmonat, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Für dieses Jahr ist demnach mit mehr als 20.000 Pleiten zu rechnen. Jetzt hat es auch eine 300 Jahre alte Traditionsfirma aus Mittelfranken erwischt!
1723 hatte alles mit dem Verkauf von Strick- und Nähnadeln begonnen, später kamen Sigurd-Nägel und Bauteile dazu. Zuletzt stammten 60 Prozent des Umsatzes aus Präzisionsteilen, die in der Automobilindustrie, der Klima- und Lüftungstechnik sowie der Medizintechnik eingesetzt werden. Nun steht "Schmauser Precision" (114 Beschäftigte) aus dem mittelfränkischen Schwabach vor dem Aus, meldete wegen drohender Zahlungsunfähigkeit Insolvenz beim Amtsgericht Nürnberg an. Corona-Hysterie, dann der Sanktions-Irrsinn als Folge des Ukraine-Krieges und immer weiter steigende Energiekosten - am Ende war alles zu viel!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. November 2024 (x1.420/…):
>>**Justizministerkonferenz: Höchststrafe für "Politikerbeleidigung" könnte sich verdreifachen!**
Im Kampf gegen die Presse- und Meinungsfreiheit wollen die System-Parteien die Daumenschrauben offenbar weiter anziehen: Die niedersächsische Justizministerin Kathrin Wahlmann (SPD) hat einen Beschlußvorschlag für die Justizministerkonferenz der Länder vorgelegt, der den politisch weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften mehr Möglichkeiten einräumt, sogenannte "Politikerbeleidigungen" schärfer zu verfolgen. Das berichtet das juristische Fachmedium "Legal Tribune Online".
Demnach soll aus dem Strafgesetzbuch (StGB) die einschränkende Bedingung gestrichen werden, daß die Tat geeignet sei, das "öffentliche Wirken" des Politikers "erheblich zu erschweren".
Den entsprechenden Paragraphen 188, im Volksmund "Majestätsbeleidigungs-Paragraph" genannt, hatte die schwarz-rote Koalition unter Angela Merkel (CDU) erlassen. Seitdem werden Beleidigungen gegen Politiker deutlich härter bestraft als gegen "normale" Bürger. Die Höchststrafe beträgt drei statt zwei Jahre.
Die nun vorgeschlagene Änderung würde es der Justiz erleichtern, gegen "Politikerbeleidigungen" umfassender und noch rabiater vorzugehen, auch die Strafen könnten sich im Ergebnis erhöhen. Denn bisher gilt ein Jahr Gefängnis als Höchststrafe - es sei denn, es kann nachgewiesen werden, daß die Tat die Tätigkeit des Politikers "erheblich erschwert". Darauf käme es laut dem Vorstoß aus Niedersachsen künftig nicht mehr an. Was im Ergebnis eine Verdreifachung der Strafe von einem Jahr auf bis zu drei Jahre nach sich ziehen könnte!
Zudem soll die Justiz auch in mehr Fällen ermitteln können, ohne daß Anzeige erstattet wurde.
Niedersachsens Justizministerin Wahlmann begründete gegenüber der "Welt" ihr Vorhaben

damit, daß es für sie "unerträglich" sei, "welch widerlichen Haßkommentaren" Politiker, auch auf kommunaler Ebene, ausgesetzt seien. Die bereits vorhandenen Regeln hätten sich "als nicht hinreichend effektiv erwiesen".

Hausdurchsuchung wegen Satire

Allerdings wird die Schwelle, gegen mutmaßliche Beleidiger vorzugehen, bereits jetzt immer weiter gesenkt. Gerichtlich verfügte Hausdurchsuchungen gab es zuletzt, weil ein pensionierter Soldat eine Satire teilte, in dem unter dem Bild von Ökosozialist Robert Habeck "Schwachkopf Professional" stand oder weil eine Frau CDU-Chef Friedrich Merz als "Suffkopf" beschimpft hatte.

Ob damit das politische Wirken der beiden tatsächlich "erheblich erschwert" wurde, bleibt in den diesbezüglichen Verfahren abzuwarten. Künftig aber würde diese Hürde mit dem Vorstoß aus Niedersachsen entfallen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. November 2024 (x1.420/…):

>>**Verschwörungstheoretikerin Baerbock blamiert: DHL-Absturz hatte wohl technische Ursache!**

Als eine der ersten faselte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock ("Grüne") nach dem Absturz einer DHL-Frachtmaschine in Litauen etwas von einem "hybriden Angriff", schloß reflexartig einen russischen Sabotageakt nicht aus. Die "Bild-Zeitung" spekulierte gar schon über einen "Test von Putin". Jetzt deutet alles auf eine technische Ursache für den Absturz über einem Wohngebiet mit drei Toten hin!

Sehr wahrscheinlich hat ein technisches Problem zum Absturz des DHL-Frachtflugzeugs am Montag dieser Woche geführt. Vilmantas Vitkauskas, der Leiter des Krisenzentrums in Litauen, sagte am Mittwoch, die Experten würden "zur technischen Version tendieren".

Genauere Erkenntnisse erhoffen sich die Ermittler nun von der inzwischen geborgenen Black Box. Der Flugdatenschreiber und der Stimmenrekorder sollen zur Untersuchung ins Ausland gebracht werden. Wahrscheinlich werde die Auswertung bei einem "europäischen Verbündeten" erfolgen, erklärte Vitkauskas im litauischen Radio. Weshalb die Annahme eines technischen Defekts auch nur vorläufig sei.

Die "Bild-Zeitung" rudert zurück und hält Mißverständnisse während des Funkverkehrs als Absturzursache für möglich.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. November 2024 (x1.420/…):

>>**Altparteien in heller Aufregung: AfD Bayern macht Druck beim Thema Remigration!**

Mit großer Mehrheit hat die AfD Bayern am Wochenende auf ihrem Landesparteitag in Greding (Mittelfranken) eine "Bayerische Resolution für Remigration" beschlossen. Eingebracht wurde sie von Landesvize Rainer Rothfuß. Er stellte fest: "Das rechtswidrige Überfluten unseres Landes mit Migranten muß ein Ende haben, illegale Migration muß rückabgewickelt werden!" Der politisch-mediale Komplex schnappatmet.

In dem Papier verlangt die AfD eine "Remigrationsagenda", "um dem Staatsziel einer umfassenden Remigration im Millionenbereich für die kommenden zehn Jahre gerecht zu werden."

Einleitend heißt es in dem Papier:

- "Die gesetzeswidrige und verantwortungslose Mißachtung des Schutzes deutscher sowie der Schengen-Außengrenzen durch die vergangenen Bundesregierungen und die EU hat zu einem über Jahre und Jahrzehnte hinweg akkumulierten Problem illegaler Einwanderung und des Asylmißbrauchs geführt. Keine der verantwortlichen Regierungsparteien hat es jemals für nötig erachtet, dem Schutz der eigenen Bevölkerung, der sozialen Sicherungssysteme und dem langfristigen Erhalt unserer heimischen Kultur eine angemessene Priorität einzuräumen."

Die AfD im Freistaat schließt sich der "Wiener Erklärung" von Herbert Kickl in Österreich und Viktor Orbán in Ungarn an:

"Wir sehen ... das Ausmaß illegaler Migration sowie den organisierten Mißbrauch des Asyl-

rechts als größte Bedrohungen für die gewachsene Kultur Europas. Diese führen nicht nur zu einem Zusammenprall unterschiedlicher Kulturen, sondern auch zum Niedergang autochthoner Völker und damit zu einer Gefährdung des europäischen Charakters. Beides, illegale Migration sowie Mißbrauch von Asyl, muß mit allen Mitteln der Rechtsstaatlichkeit bekämpft werden."
- Die AfD Bayern unterstreicht: "Jenseits landläufiger Medien-Propaganda und politischer Verunglimpfung ist der wissenschaftliche Begriff der Remigration für uns politisch als Sammelbegriff für Heimkehr- Förderung zu sehen und als vielperspektivische Gesamtstrategie umzusetzen."

Die wichtigsten Forderungen

Das zehn Punkte umfassende Papier der bayerischen AfD richtet sich vor allem auch an die Landesregierung unter Markus Söder (CSU). Die wichtigsten Forderungen:
- Schluß mit den Rund-um-sorglos-Paketen: "Der Migrationsmagnet 'komfortable Sozialstaat-Hängematte für die ganze Welt' ist umgehend abzustellen."
- Keine Einreisen mehr: "Die Schutzgewährung erfolgt ausschließlich außerhalb Europas in heimatnahen Schutzzentren oder in sicheren Teilgebieten des Herkunftslandes ... Bereits hier befindliche Personengruppen dürfen nicht per Turbo-Einbürgerung zu deutschen Staatsbürgern gemacht werden."
- Zudem verlangt die AfD Bayern die "Rückführung" von "Personengruppen mit schwach ausgeprägter Integrationsfähigkeit und -willigkeit" in ihre Heimat.
- Bei schweren Verstößen gegen das geltende Recht soll es in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz möglich sein, Migranten die deutsche Staatsbürgerschaft wieder zu entziehen.

"Remigration ist Markenzeichen wie Tempotücher"

Der frühere AfD-Landtagsabgeordnete und Jurist Uli Henkel rief in der Debatte unter dem Beifall der rund 500 Delegierten: "Der Begriff Remigration ist ein Markenzeichen - wie Tempotaschentücher."
Der AfD-Abgeordnete Richard Graupner verteidigte die Resolution in den sozialen Medien: "Wir lassen uns die Deutungshoheit über den Begriff - als Markenkern der AfD - nicht nehmen!"

Indirekte Kritik an USA und NATO

Die AfD Bayern wies Unterstellungen und Hetze seitens der Altparteien, Medien und Lügenportale zurück. Der Landesverband reagierte damit auf die aus seiner Sicht "unsachliche und manipulative Debatte, die Anfang des Jahres durch eine konzertierte Correctiv-Kampagne losgetreten worden war, um den wissenschaftlich neutralen Remigrationsbegriff negativ aufzuladen und die AfD mittels gerichtlich bereits untersagter Falschbehauptungen zu diffamieren."
Plumpe Vorwürfe der "Ausländerfeindlichkeit" oder des "Rassismus" würden lediglich dem "Aufhetzen und Ablenken" dienen. Abgelenkt werden solle damit vom ersten und aus Sicht der bayerischen AfD wichtigsten Punkt:
- "Kriege in der Nachbarschaft Europas, meist verbunden mit inhumanen Wirtschaftssanktionen als Haupttreiber von Migrationswellen nach Deutschland und Europa mittels Zerstörung der Herkunftsregionen, sind auf dem Wege von Verhandlungslösungen umgehend zu beenden und nicht durch Waffenlieferungen weiter anzufachen."
Im Klartext: USA, NATO und EU dürfen sich durchaus angesprochen fühlen!

Altparteien und Lügenportale außer Rand und Band

Die Vorsitzende der "Grünen-Bundestagsfraktion", Britta Haßelmann, geiferte im Kurznachrichtendienst X: "Die AfD schmiedet ihre Deportationspläne nicht mehr in Geheimtreffen wie in Potsdam, sie beschließt das auf Parteitagen wie jetzt in Bayern."
Das in diesem Zusammenhang einschlägig bekannte Lügenportal "Correctiv" nahm den Ball

dankbar auf: Die AfD betreibe "rassistische Politik" und wolle "Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft unter bestimmten Bedingungen den deutschen Paß entziehen."
Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) zeigte sich entsetzt: Das gesamte Papier mache deutlich, "daß die AfD unter Remigration eine extrem ausländerfeindliche und zum Teil auch rassistische Politik versteht", sagt er im BR-Interview.
FAZIT: Die AfD Bayern hat eine im Bundestagswahlkampf wichtige Debatte neu angestoßen!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. November 2024 (x1.420/…): >>**Geheimschreiben aufgetaucht: Habeck bettelte in Frankreich um Atomstrom!**
Symbolbild
Im Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages zu den sogenannten AKW-Files ist ein bislang geheim gehaltener Brief aufgetaucht: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") wollte im Sommer 2022 von Frankreichs Energieministerin wissen, wann französische Kernkraftwerke wieder ausreichend Strom liefern - damit er die deutschen abschalten konnte.
Der Bundestags-Untersuchungsausschuß wird für den ökosozialistischen Kanzlerkandidaten Habeck zu einem Problem im Bundestagswahlkampf. Habeck schrieb im August 2022, bevor er ein gutes halbes Jahr später die letzten deutschen Atomkraftwerke abschalten ließ, einen Bettelbrief ("VS-Nur für den Dienstgebrauch") an Frankreichs Energie-Ministerin Agnès Pannier-Runacher:
"Du sagtest, daß das Ziel der französischen Regierung ist, zum 1. November 2022 40 Gigawatt AKW-Leistung und zum 1. Januar 2023 50 Gigawatt am Netz zu haben. Kannst Du mir bestätigen, daß ich das richtig erinnert habe?"
Die Botschaft hinter dieser Frage lautete kaum verklausuliert: Wir können uns doch darauf verlassen, daß Ihr Eure Kapazitäten hochfahrt und wir dann importierten Atom-Strom bekommen können, um die Lücken zu stopfen, die unsere "Energiewende" im Winter offen läßt - oder liebe Franzosen?
Im August 2022, als Habeck den Bettelbrief versendete, machte sein Ministerium gerade einen sogenannten "Streßtest", um zu überprüfen, ob sich Deutschland nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges und dem nahenden Atom-Aus selbst mit Energie versorgen kann.
Parallel dazu verbreitete die "grüne" Propaganda, daß Deutschland auf eigenen Atom-Strom nicht angewiesen sei - im Gegenteil: "Mehr AKW bedeuten, daß die Netze mehr verstopft werden und das bedeutet weniger Erneuerbare und das hilft nicht", tönte der damalige Co-Parteivorsitzende der "Grünen", Omid Nouripour. ...<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 27. November 2024 (x1.423/…): >>**Große Unzufriedenheit mit "Alltagsdemokratie"**
Autoritarismus-Studie: Zufriedenheit mit Demokratie in Deutschland auf Rekordtief / Studienautoren: Einbruch der Zahlen "drastisch und besorgniserregend" / Politikwissenschaftler: Autoritäre Corona-Politik bleibt blinder Fleck der Studie
Herausgegeben von Stefan Korinth und Paul Schreyer
Nur 42 Prozent aller Bürger sehen ihre Vorstellungen von dem, was Demokratie sein soll, im Einklang mit dem in Deutschland praktizierten politischen System. Dies geht aus der am 13. November vorgestellten "Leipziger Autoritarismus-Studie 2024" mit dem Titel "Vereint im Ressentiment" hervor. Der seit 2006 abgefragte Wert nach der Zufriedenheit mit der Funktionsfähigkeit der Demokratie war noch nie so niedrig und liegt erstmals seit 2010 wieder unter 50 Prozent. Der Studie zufolge sind viele Bürger unzufrieden sowohl mit der Regierung, als auch mit Politikern und Parteien.
Politikern wird demnach am häufigsten "Gier, Arroganz, Inkompetenz" vorgeworfen, aber auch "nicht die Interessen der Bevölkerung" zu vertreten. Die seit dem Jahr 2002 zum zwölf-

ten Mal durchgeführte Studie wird von Sozialwissenschaftlern der Universität Leipzig und von der Heinrich-Böll-Stiftung sowie der Otto Brenner Stiftung verantwortet.
In Ostdeutschland stimmen nur noch 29,7 Prozent der Bürger der "Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert", zu. Dieser Wert war zuvor von 27,2 Prozent (2006) kontinuierlich bis zum Höchstwert von 53,5 Prozent (2022) angestiegen. Einen drastischen Sprung nach unten, wie aktuell um minus 23,8 Prozentpunkte, gab es noch nie. Die stark gestiegene Unzufriedenheit mit der "Alltagsdemokratie" hänge - so vermuten die Studienautoren - mit den Konflikten innerhalb der Regierungskoalition zusammen. Allerdings seien diese Konflikte "auch Ausdruck einer allgemeinen Fragmentierung der Gesellschaft". Deshalb müsse es weitere Erklärungen geben. So könnten sich immer mehr Bürger "für Systemalternativen" erwärmen.
Hier müßten zwei zentrale Themen berücksichtigt werden, erklärt der Berliner Politikwissenschaftler Clemens Heni auf Nachfrage von Multipolar: "Der Ukraine-Krieg und die Corona-Pandemie." Zu diesen beiden Großthemen sage die Studie zu wenig Kritisches. "Fragen nach einem autoritären Führer sind insofern hinfällig, als wir bei Corona gesehen haben, daß die Demokratie selbst antidemokratisch agieren kann", gibt er zu bedenken. Nie habe es ein "solches autoritäres Verhalten wie von Merkel und später Scholz während der äußerst brutalen Coronapolitik von März 2020 bis April 2023 gegeben".
Zu erinnern sei an die Autoritarismus-Studie 2022, bei der "noch nicht mal auf die skandalöse 2G-Politik im Winter 2021/22" eingegangen worden sei. "Dabei war das die größte autoritäre Politik in der Geschichte der Bundesrepublik", kritisiert Heni. Zumindest die rund zehn Millionen nicht gegen das Corona-Virus geimpften und deshalb während der Corona-Krise öffentlich ausgegrenzten und regelmäßig verbal angegriffenen Bürger sind nach Henis Ansicht für die praktizierte Demokratie verloren.
Nur noch 73 Prozent der Bevölkerung empfinden die Demokratie in Deutschland der Studie zufolge als "legitim". 95 Prozent der befragten Ostdeutschen stehen prinzipiell hinter der "Idee der Demokratie". Im Westen sind es lediglich 89 Prozent. "Die Menschen in den ostdeutschen Bundesländern sehen offenbar die deutsche Demokratie, so wie sie im Grundgesetz festgelegt ist, als schlechter umgesetzt", schreiben die Autoren. Den erhobenen Daten zufolge fühlen sich Ostdeutsche der Politik im Vergleich zu Menschen in Westdeutschland viel hilfloser ausgesetzt.
Weiter verbreitet als im Westen ist auch der Glaube, politisch ohne Einfluß zu sein. Weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung (63,7 Prozent) hält es der Autoritarismus-Studie zufolge für sinnlos, sich politisch zu engagieren. Das ist seit 2006 unverändert so, und zwar im Osten als auch im Westen. 2018 allerdings gaben erst 56,1 Prozent der westdeutschen Bevölkerung an, politisches Engagement sei sinnlos. Aktuell liegt dieser Wert bei 61,7 Prozent. In Ostdeutschland waren stets mindestens knapp 65 Prozent der Befragten überzeugt von der Sinnlosigkeit eines politischen Engagements. Bei der aktuellen Befragung erklärten dies 71,8 Prozent.
Der Politikwissenschaftler Werner Patzelt erklärt auf Anfrage von Multipolar: "Daß ein sehr großer Teil der Bürger es für sinnlos hält, sich politisch zu engagieren, ist rational." Die meisten Bürger wünschen ihm zufolge niedrigschwellige, wenig zeitaufwendige Angebote zur politischen Beteiligung. "Volksabstimmungen, mit denen man vom Parlament beschlossene Gesetze am Inkrafttreten hindern kann, wären da viel besser als die Aufforderung, sich häufiger an europa- und bundespolitisch folgenlosen Bürgerdialogen zu beteiligen", erläutert der frühere Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich an der Technischen Universität Dresden.
Vor allem in Ostdeutschland erleben Bürger auch immer seltener, daß sie Einfluß am Arbeitsplatz haben. Nur noch 28,8 Prozent denken, sie könnten im Betrieb "etwas zum Positiven ver-

ändern". 2020 waren es noch 55 Prozent. Knapp die Hälfte der Befragten ist der Ansicht, daß "wirkliche Demokratie" erst möglich sei, "wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt". Über 60 Prozent denken, daß von der Globalisierung "nur die mächtigen Wirtschaftsinteressen" profitieren. Die Studienautoren interpretieren dies als wachsenden "Antiamerikanismus".<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. November 2024 (x1.422/…): >>**Merkels Buch floppt trotz starker Medienpräsenz**

Trotz massiver Medienpräsenz ist das Buch "Freiheit" von Altkanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihrer einstigen Büroleiterin Beate Baumann am ersten Verkaufstag offenbar kein Ausnahmeerfolg im deutschsprachigen Buchmarkt geworden. Wie der "Spiegel" unter Berufung auf die Datenbank des Dienstleisters Mediacontrol berichtet, verkauften sich gerade mal 35.046 Exemplare. Dies entspricht einem Umsatz von rund 1,47 Millionen Euro.

Die Zahlen gelten als relativ genau, allerdings gibt es gelegentlich dennoch leichte Schwankungen im Vergleich zu den tatsächlichen Verkäufen. Zum Vergleich: Der neueste Thriller von Bestsellerautor Sebastian Fitzek ("Das Kalendermädchen") verkaufte sich am ersten Tag laut Mediacontrol-Daten 80.261 Mal.

Der so generierte Umsatz wird mit mehr als zwei Millionen Euro angegeben. Im Vergleich zu Merkels Buch ist das relativ gesehen weniger, was am Verkaufspreis liegt: Der Verlag der Bundeskanzlerin, Kiepenheuer & Witsch, ruft 42 Euro pro Buch auf. Fitzeks Werk wird von dessen Verlag Droemer für 25 Euro feilgeboten; es erschien am 23. Oktober 2024 und hat sich bis jetzt laut Mediacontrol-Zahlen 358.232 Mal verkauft.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. November 2024 (x1.422/…): >>**Immer mehr Zugbegleiter in NRW bekommen Bodycams**

Fahrgäste in Regionalbahnen in NRW dürften künftig immer öfter auf Zugbegleiter treffen, die Körperkameras (Bodycams) tragen. Im Sommer hatte DB Regio NRW den Zugbegleitern in den Kölner S-Bahnen das Angebot gemacht, Bodycams zu benutzen: "Die erste Stufe des Rollouts auf der S-Bahn Köln hat die positiven Erfahrungen anderer DB Regio-Regionen bestätigt", sagte ein Sprecher von DB Regio NRW der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (Donnerstagsausgabe). "Das Tragen einer Bodycam auf freiwilliger Basis wird auf interessierte Kundenbetreuer in ganz NRW ausgeweitet."

Die Eurobahn experimentiert ebenfalls mit den Körperkameras. "Auch wir haben bereits ein Projekt gestartet, das den Einsatz von Bodycams vorsieht", sagte eine Sprecherin der WAZ. Der Einsatz von Bodycams solle das Sicherheitsempfinden aller Fahrgäste und Mitarbeitenden steigern. Laut einer Unternehmenssprecherin bereitet auch National Express ein Pilotprojekt mit Bodycams vor.

"Allerdings ist dieses Vorhaben noch im Anfangsstadium. Entschieden oder spruchreif ist hierzu aktuell nichts, da wir uns in der Phase der Prüfung und Planung befinden", sagte sie.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. November 2024 (x1.422/…): >>**EU: Deutschland erhält Milliardenzuschuß für Windkraftausbau**

Die EU-Kommission hat einen Antrag Deutschlands auf rund 13,5 Milliarden Euro aus dem Corona-Fonds positiv beschieden. Die Bundesregierung kann damit noch vor Jahresende mit dem Zuschuß aus der sogenannten "Aufbau- und Resilienzfazilität" rechnen. Dieser ist an bestimmte Investitionen gebunden muß nicht zurückgezahlt werden. Die Gelder sollen in die Verwaltungsdigitalisierung und den Ausbau der Onshore- und Offshore-Windkraft fließen.

So sollen 215 zentrale öffentliche Dienstleistungen digitalisiert und per Mausklick verfügbar gemacht werden. Die Dienstleistungen reichen vom Zugang zu sozialen Diensten über den transparenten Zugang zu öffentlichen Daten bis hin zu unbürokratischeren Verwaltungsleistungen für Unternehmen aus dem gesamten Privatsektor.

Für die Genehmigung der Zahlung mußte Deutschland 16 Etappenziele und 26 Zielwerte erreichen. Die EU-Kommission übermittelte ihre vorläufige Bewertung, wonach Deutschland

die Ziele erfüllt hat, an den Wirtschafts- und Finanzausschuß (WFA), der nun innerhalb von vier Wochen dazu Stellung nehmen muß. Sobald dies geschehen ist und die Kommission die Zahlung beschlossen hat, können die Mittel an Deutschland fließen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. November 2024 (x1.417/…): >>**Vertriebene: Neubeginn aus dem Nichts**

Von *Sven Reuth*

Millionen von Heimatvertriebenen landeten nach dem Krieg als völlig Besitzlose in beiden Teilen Deutschlands. Sie bauten sich mit ungeheurer Energie eine neue Existenz auf und wurden zum Motor des Wirtschaftswunders. Mit unseren Silbermedaillen "Deutsche Ostgebiete" würdigen wir ihre Leistungen und erinnern an die alte Heimat. …

Blasmusik, "Glück Auf, der Steiger kommt", Bergmänner in ihren alten Uniformen, die mit Pfeifen, Pauken und Trompeten durch das weihnachtlich geschmückte Bochum zur Propsteikirche ziehen, um dort der heiligen Barbara zu gedenken. Noch mehr Ruhrpott als bei dem alljährlich stattfindenden Knappentag geht nicht. So denkt man jedenfalls. Doch die wenigsten dürften wissen, daß der Kult um die christliche Märtyrerin erst nach dem Zweiten Weltkrieg von Bergleuten aus Oberschlesien in den äußersten Westen Deutschlands gebracht wurde - so wie einiges, was wir heute als typisch für die Bundesrepublik empfinden.

Die kulturelle Identität, die für das Revier in Nordrhein-Westfalen heute bestimmend ist, wurde nicht unwesentlich durch Heimatvertriebene aus den früheren deutschen Ostgebieten und Osteuropa mitgeprägt. Daran war unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg noch überhaupt nicht zu denken gewesen. Viele der etwa 15 Millionen Menschen hatten die Besatzungszonen erst gar nicht erreicht, zwei Millionen waren bei Flucht und Vertreibung umgekommen.

Sie kamen aus Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen sowie aus der brandenburgischen Neumark, aber auch aus einigen jahrhundertelang deutsch geprägten Gebieten des alten Österreichs, die heute meist unter dem Sammelbegriff Sudetenland zusammengefaßt werden. Dazu kamen Hunderttausende weiterer deutscher Vertriebener aus den Siedlungsgebieten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, insbesondere aus Rumänien, Ungarn und dem früheren Jugoslawien. Ihre Odyssee endete in Okkupationsgebieten, in denen die Behörden nicht wußten, wie sie diese Menschen unterbringen sollten und wo in den Städten Hunderttausende von Ausgebombten selbst verzweifelt nach Wohnraum suchten.

Die schier ausweglos erscheinende Katastrophe wurde im Hungerwinter 1946 weiter gesteigert. Unter den Augen der Besatzungsmächte verloren noch einmal schätzungsweise zwei Millionen Deutsche ihr Leben, und nicht wenigen schien es, als sei das Finis Germaniae nun endgültig gekommen. Zusätzlich verkompliziert wurde die Lage durch die enorm ungleiche Verteilung der Vertriebenen innerhalb der drei Westzonen. Die höchsten Bevölkerungszuwächse durch Flüchtlinge aus dem Osten gab es im heutigen Bundesland Schleswig-Holstein. Im Kreis Eutin belief sich das Einwohnerplus zwischen Mai 1939 und Oktober 1946 auf 118 Prozent, in Segeberg auf 111 Prozent und in Eiderstedt auf 96 Prozent.

Im Rückblick mutet es wie ein Wunder an, daß die Dinge noch einmal zum Besseren gewendet werden konnten. "Die große Hoffnung - Ruhrkohle" titelte der Spiegel im Dezember 1947, und tatsächlich ermöglichte das Schwarze Gold es den Deutschen, sich wie der Baron Münchhausen am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten in diesem arbeitsintensiven Sektor belief sich 1946 auf 43 Jahre, weshalb eine Aufstokkung und Verjüngung der Belegschaften auch von der britischen Besatzungsmacht zu den wichtigsten Aufgaben gezählt wurde.

Die Behörden bemühten sich - teilweise in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz - um eine Anwerbung neuen Personals unter den vielen Arbeitssuchenden aus Ostdeutschland. Dies führte dazu, daß zwischen 1950 und 1961 jeder vierte bis fünfte Bergmann an der Ruhr einen Vertriebenenhintergrund aufwies, alleine zwischen 1947 und 1950 verdreifachte sich der An-

teil dieses Personenkreises in den Belegschaften.
Im Rahmen von sogenannten Großbedarfsträger-Programmen fand in den frühen Fünfzigerjahren außerdem eine innerbundesdeutsche Umsiedlung statt, um die Belastung der Hauptaufnahmeländer zu mindern und gleichzeitig Bereichen wie dem Bergbau, der nun ebenfalls wiedererstehenden Stahlindustrie sowie der Bundesbahn und der Bundespost die benötigten Arbeitskräfte zuzuführen.

Die Vertriebenenstädte

In fast jeder größeren Gemeinde entstanden nun Vertriebenensiedlungen, die unschwer an ihren häufig auf ostdeutsche Städte verweisenden Straßennamen zu erkennen waren. Ein einzigartiger Fall ist bis heute Neugablonz geblieben. Die Siedlung entstand erst unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg im bayerischen Allgäu auf dem verwüsteten und teilweise gesprengten Ruinengelände der Dynamit AG, einer alten Sprengstofffabrik, die im Hartwald bei der Stadt Kaufbeuren lag. Hier siedelten sich ab 1945 Tausende von Heimatvertriebenen aus der nordböhmischen Stadt Gablonz an der Neiße an, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem weltberühmten Zentrum der Mode- und Glasschmuckindustrie geworden war.
Ihre Glasrezepturen hatten sie sich in das Futter ihrer Kleidung eingenäht oder auf Stoffstreifen um die Füße gewickelt und so mit in das Ostallgäu gebracht. In der Folgezeit entstand hier die größte geschlossene Siedlung von Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik, die schon in den frühen Fünfzigerjahren mit dem Slogan "Die Stadt, die den Eisernen Vorhang durchbrach" für sich warb. Mit Fleiß und Geschick arbeitete man sich wieder ganz nach oben, entwarf Colliers für das Modeimperium von Christian Dior und eine Brosche für Marlene Dietrich. Heute sorgen die mehr als 100 Unternehmen, die im Bundesverband der Gablonzer Industrie zusammengefaßt sind, für einen Jahresumsatz von fast 300 Millionen Euro und sind ein wichtiger Innovationsmotor für die Region geworden.
Seine Erfolgsgeschichte fortführen konnte auch der in Warnsdorf im Sudetenland gegründete Strumpfhersteller Kunert, der sich schon 1938 an die Spitze der europäischen Hersteller setzte und im März 1946 mit 24 Mitarbeitern aus der Heimat und gemieteten Maschinen in einem Fabriksaal in Immenstadt im Allgäu weiterproduzierte.
Schon vier Jahre später war die Zahl der Arbeitskräfte auf 600 angewachsen, ab den 1970er Jahren expandierte man ins Ausland und hatte es wieder zum europäischen Branchenführer gebracht. Mit Blick auf den Beitrag der Ostflüchtlinge zum Wiederaufbau in der Bundesrepublik stellte der Wirtschaftshistoriker Gerold Ambrosius in einer Studie aus dem Jahr 1996 fest, "daß Vertriebene und Flüchtlinge das Wachstum des Sozialprodukts pro Kopf zweifellos beschleunigten, daß mit ihnen der Wohlstand des Einzelnen in Westdeutschland schneller stieg als ohne sie".
In einer weiteren Arbeit führten die drei Ökonomen Thomas Bauer, Sebastian Braun und Michael Kvasnicka dies darauf zurück, daß die Neubürger aus den Ostgebieten dazu gezwungen waren, sich nach Arbeit außerhalb der Landwirtschaft umzuschauen und stärker in ihre Bildung zu investieren. Die schnelle Integration war die Folge einer Anpassungsleistung, deren Schattenseite nicht selten in der Verdrängung erlebter Traumata bestand.
Bei vielen Heimatvertriebenen blieb selbst in der zweiten Generation in manchen Momenten noch ein Gefühl des Fremdseins zurück. Unnachahmlich festgehalten hat das der Liedermacher Heinz Rudolf Kunze, dessen Familie aus dem heute polnischen Teil von Guben in der Niederlausitz stammt und der 1956 in einer westfälischen Planstadt für die Ausgewiesenen geboren wurde.
In seinem Song "Vertriebener" heißt es: "Ich bin nicht aus Bochum und nicht aus Berlin, / nicht aus Frankfurt und erst recht nicht aus Köln. ... Ich wurde geboren in einer Baracke / im Flüchtlingslager Espelkamp. / Ich wurde gezeugt an der Oder-Neiße-Grenze, / ich hab' nie kapiert, woher ich stamm'. ... Alle gießen ihre Wurzeln, alle reden Dialekt. / Niemals Zeit ge-

habt, einen zu lernen. ... / Ich bin auch ein Vertriebener, nirgendwo Gebliebener. / Zuhause ist, wo man mich hört."

Späte Besinnung

Der im Zuge der 68er-Bewegung sich vollziehende Linksruck der Gesellschaft und die Neuorientierung der SPD, die in den ersten zwei Jahrzehnten nach der Gründung der Bundesrepublik noch die politische Schutzmacht der Heimatvertriebenen gewesen war, machten es für die Betroffenen nicht leichter, über ihr Schicksal zu sprechen. Sie sahen sich nun oftmals pauschal dem Vorwurf ausgesetzt, sogenannte Revanchisten zu sein, obwohl sie in einem historisch einmaligen Akt in der Stuttgarter Charta schon 1950 auf jede Gewaltanwendung zur Durchsetzung ihrer Rechte verzichtet hatten.

Der Danziger Günter Grass bezeichnete in seiner späten Novelle Im Krebsgang das "Versäumnis", eine angemessene Erinnerungskultur für die Vertriebenen zu finden, als "bodenlos", und der damalige Bundesinnenminister Otto Schily nannte den Umgang der politischen Linken mit dem Thema bei einer Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen im Jahr 1999 "mutlos und zaghaft". Um so wichtiger war es, daß es gerade in den vergangenen beiden Jahrzehnten nochmals gelang, die Geschichte der Deutschen aus dem Osten in einer Vielzahl von Filmen, Dokumentationen, Ausstellungen und Büchern zu erzählen.

Heute sind es vor allem auch die Heimatvertriebenen und ihre Nachkommen, die hunderttausendfach Kontakte in ihre alte Heimat unterhalten und dort viele Initiativen gestartet haben. Ein besonders prominentes Beispiel ist TV-Moderator Thomas Gottschalk, der aus der schlesischen Herkunft seiner Familie nie ein Geheimnis gemacht hat und durch eine großzügige Spende die Eröffnung des Eichendorff-Kultur-und-Begegnungszentrums in Lubowitz - also im Geburtsort des Dichters - ermöglichte. Menschen wie er sind ein wichtiges Korrektiv in einer Gesellschaft, die viel zu häufig nur in den Westen schaut, statt den Blick in den Osten zu wagen.<<

Belgien: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. November 2024 (x1.422/…): >>**EVP will Autohersteller bei drohenden Strafzahlungen entlasten**

Die EVP-Fraktion will die CO2-Reduktionsziele für 2025 um zwei Jahre nach hinten verschieben. Das geht aus dem Entwurf eines Positionspapiers hervor, über den das "Handelsblatt" (Donnerstagsausgabe) berichtet.

Außerdem will die EVP-Fraktion die für 2026 geplante Revision für das sogenannte Verbrenner-Aus auf 2025 vorziehen, um Planungssicherheit zu gewährleisten. Derzeit belasten die Autohersteller vor allem die Einhaltung der CO2-Reduktionsziele für 2025 und die daraus resultierenden drohenden Milliardenstrafzahlungen.

"In der aktuellen Krise brauchen die Hersteller ihre Einnahmen, um die Transformation zu meistern", heißt es in dem Papier. Die EVP schlägt daher eine Verschiebung der 2025-Ziele auf 2027 vor. Sollten Strafen unvermeidbar sein, sollten die Gelder in den Ausbau der Infrastruktur oder andere Anreizsysteme fließen - und nicht pauschal in den EU-Haushalt.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte zuletzt bereits angekündigt, daß sie künftig beim Verbrenner-Aus auf einen technologieoffenen Ansatz setze. Zudem will sie die Unterstützung der Autoindustrie zur Chefsache machen und mit der Branche in einen "Strukturierten Dialog" treten. Am Mittwoch bestätigte das EU-Parlament die neue EU-Kommission. Am 1. Dezember wird die Kommission ihre Arbeit aufnehmen.<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. November 2024 (x1.420/…): >>**Donald Trump fackelt nicht lange: USA steigen wieder aus dem Pariser Klimaabkommen aus!**

Der designierte 47. US-Präsident Donald Trump bereitet einem Medienbericht zufolge eine radikale Wende in der Umwelt- und Klimapolitik der größten Volkswirtschaft der Welt vor. Die USA werden aus dem Pariser Klimaabkommen erneut aussteigen, berichtete die "New

York Times".
In seiner ersten Amtszeit (2017-2021) hatte Trump das Abkommen, das die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit begrenzen soll, schon einmal aufgekündigt. Unter seinem Nachfolger Joe Biden waren die USA der Vereinbarung wieder beigetreten.<<

28.11.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. November 2024 (x1.420/…): >>**60 Mio. € für Ampel-Eigenwerbung: Kein Mißbrauch von Steuergeldern für Meinungsmache!**

Eigenlob und Eigenwerbung sind offenbar die einzigen Disziplinen, bei denen die Ampel-Regierung "spitze" ist. Eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Münzenmaier hat nun enthüllt, daß die Werbeausgaben der Bundesregierung in den vergangenen Jahren explosionsartig gestiegen sind. Während im Jahr 2015 "nur" 21,9 Millionen für die Werbekosten der damaligen Merkel-Regierung ausgegeben wurden, waren es im vergangenen Jahr schon 59,6 Millionen Euro - beinahe eine Verdreifachung.

"Die mittlerweile auseinandergebrochene Ampel versuchte offenbar, ihren chaotischen Zustand von teuren Werbeagenturen verdecken zu lassen", stellt Münzenmaier fest. Daß selbst Werbeprofis die "miserable Ampel-Politik nicht mehr vertuschen konnten", ist für den Abgeordneten ein "nachträgliches Armutszeugnis". Das Geld werde "an anderer Stelle sehr viel dringender gebraucht." Doch die Ampel-Regierung und auch die Union setzen eben die falschen Prioritäten. Es ist ein seit Jahren erkennbarer Trend: Einerseits wird die Leistung der etablierten Parteien immer miserabler, andererseits wird ein immer größerer Werbe- und Propaganda-Apparat aufgebaut.

Wir finden: Höchste Zeit, daß es wieder umgekehrt ist. Wir werden den Mißbrauch von Steuergeldern für Meinungsmache und politische Manipulation beenden. Wir werden statt dessen mit Leistung überzeugen, weil wir über kompetentes und fähiges Personal verfügen und daher das ständige Baden im Eigenlob nicht nötig haben. Es ist Zeit für eine Regierung mit Bodenhaftung!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. November 2024 (x1.420/…): >>**Bürgergeld-Migration ruiniert Sozialstaat: AfD-Anfrage zerstört das Fachkräfte-Märchen!**

Immer wieder wurde uns von den etablierten Parteien und sogenannten Qualitätsmedien eingebläut, daß massenhaft "Fachkräfte" nach Deutschland kämen, die uns unsere Rente erwirtschaften würden. Auch im Jahr 2015, als die Büchse der Pandora für die Destabilisierung Deutschlands geöffnet wurde, argumentierte man mit diesem Märchen. Doch eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten und sozialpolitischen Sprechers René Springer belegt erneut: Wir haben es in erster Linie mit geringqualifizierter Zuwanderung beziehungsweise mit Bürgergeld-Migration zu tun.

Rund 31 Prozent der Deutschen werden laut den aktuellen Zahlen in der Rubrik "Spezialisten" oder "Experten" eingeordnet, 13 Prozent als Helfer. Bei den wichtigsten Asyl-Herkunftsstaaten (zum Beispiel Syrien und Afghanistan) werden aber nur 11 Prozent den Top-Berufen zugeordnet, 43 Prozent gelten als Hilfskräfte. Auch das mittlere Einkommen ist bei den untersuchten Migrantengruppen geringer, sodaß geringere Steuereinnahmen und somit auch geringere Einnahmen für die Rentenkassen entstehen.

Noch entscheidender und dramatischer sind jedoch die Bürgergeld-Zahlen, die ebenfalls auf einer kürzlich gestellten Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion beruhen: 2,7 Millionen von 5,6 Millionen Bürgergeld-Empfängern haben einen ausländischen Paß - eine ganze ausländische Großstadt wird alimentiert.

"Daß Zuwanderer unsere Renten sichern, ist nach diesen Zahlen glatt gelogen", sagt Springer

nach den AfD-Anfragen in einer Reaktion. "Wir brauchen eine 180-Grad-Wende in der Migrationspolitik, um unseren Sozialstaat zu retten!", betonte der Abgeordnete.
Man kann eben auf Dauer nur eines haben: Entweder Massenmigration oder einen funktionierenden Sozialstaat. Da die etablierten Parteien diese simple Tatsache nicht aussprechen, sind all ihre Lösungsvorschläge zum Thema Rente und Soziales schlicht als wohlfeile Luftblasen einzuordnen. Immer mehr Menschen erkennen dies - hoffentlich auch bei der Bundestagswahl am 23. Februar!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. November 2024 (x1.420/…):

>>**600.000 Migranten wählen erstmals Bundestag: Die etablierten Parteien verschaffen sich neue Wähler!**

Die Zusammensetzung der Wählerschaft in unserem Land wird tiefgreifend verändert: Zur vorgezogenen Bundestagswahl 2025 werden hunderttausende eingebürgerte Migranten, die beim letzten Urnengang noch nicht wahlberechtigt waren, erstmals ihre Stimme abgeben können. Voraussichtlich werden es mehr als 600.000 Personen sein - allein im vergangenen Jahr wurden rund 200.100 Personen eingebürgert. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und auch mit dem sogenannten "Chancenaufenthaltsrecht" wird die deutsche Staatsbürgerschaft durch Innenministerin Faeser (SPD) immer mehr entwertet.
Der sich daraus ergebende Verdacht liegt auf der Hand: Faeser und die etablierten Parteien sind offenbar auf der Suche nach neuen Wählern, weil die Wahlberechtigten ohne "Migrationshintergrund" sich mit Grausen abwenden, während die AfD immer stärker wird. In der letzten Infratest-dimap-Umfrage aus der vergangenen Woche liegt die Kanzlerpartei SPD nur noch bei 14 Prozent; bei der Thüringer Landtagswahl landete die SPD mit 6,1 Prozent nur noch haarscharf über der 5-Prozent-Hürde.
Die Panik ist daher nicht verwunderlich - und das Interesse an Massenmigration auch nicht. Eine Befragung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigte schon 2021, daß 59 Prozent der untersuchten Erstwähler mit Migrationshintergrund vorzugsweise die SPD wählten. Auch die Grünen schnitten überdurchschnittlich gut ab.
Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts können Ausländer schon nach fünf Jahren und bei "besonderer Integrationsleistung" schon nach drei Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen. Eine solche Politik muß zwangsläufig dazu führen, daß der Anteil derer, die zu Deutschland kaum ein Verhältnis haben, immer größer wird.
Daß dieser Personenkreis besonders leicht mit allerlei Sozialleistungen und Bevorzugungen dazu gebracht werden kann, eine bestimmte Partei zu wählen, versteht sich von selbst. Es liegt daher an den Bürgern, mit einer Stimme für die AfD den Massenmigrations-Spuk von CDU und Ampel-Parteien schnellstmöglich zu beenden. Andernfalls könnte es schon bald zu spät sein, wenn mit der Veränderung des Wahlvolks Fakten geschaffen werden.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. November 2024 (x1.420/…):

>>**Migration, das vergessene Wahlkampfthema: Die größte Sorge der Deutschen ist den Altparteien völlig wurscht!**

Fast jeder zweite Deutsche (44 Prozent) zählt das Thema Migration zu den größten Sorgen im eigenen Land, wie eine aktuelle Studie des Meinungsforschungsinstituts "Ipsos" bestätigt. Das sind zwei Prozentpunkte mehr als im Vormonat und es ist der höchste Wert seit Oktober 2023. Doch es sieht ganz danach aus, daß die Altparteien um das heikle Thema im Bundestagswahlkampf einen weiten Bogen machen wollen.
Ist es Ihnen auch schon aufgefallen? Um die illegale Masseneinwanderung ist es in den vergangenen Wochen auffallend still geworden, einmal abgesehen vom wegweisenden Remigrationspapier der bayerischen AfD.
Im beginnenden Bundestagswahlkampf scheinen bei den Altparteien die Themen Wirtschaft, Klima, soziale Gerechtigkeit sowie weitere Milliardenhilfen für die Ukraine zu dominieren.

Wobei schon jetzt erkennbar wird, daß sich Olaf Scholz (SPD) als "Friedenskanzler" inszenieren will. Die illegale Masseneinwanderung soll offensichtlich weitgehend ausgeblendet werden.
Deshalb ist es an der Zeit, einige Fakten in Erinnerung zu rufen:
- Allein im Oktober 2024 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) knapp 20.000 Asylerstanträge entgegengenommen, im bisherigen Jahresverlauf wurden bereits rund 200.000 Asylerstanträge gestellt. Hinzukommen fast 18.000 Folgeanträge. Hauptherkunftsländer sind weiterhin Syrien, Afghanistan, der Irak und Somalia.
- Hochgerechnet auf das Gesamtjahr rechnen Experten mit mehr als 260.000 Anträgen. Mit anderen Worten: Ungeachtet aller "Grenzkontröllchen" wandert etwa alle drei Tage ein vorwiegend islamisch/islamistisch geprägtes Dorf nach Deutschland ein.
- Bei Kontrollen an den deutschen Landgrenzen hat die Bundespolizei in den ersten neun Monaten dieses Jahres 53.410 unerlaubte Einreisen registriert. Lediglich 28.321 Personen wurden zurückgewiesen - die meisten davon an den Grenzen zur Schweiz, Polen, Österreich und Frankreich. Die Beamten der Bundespolizei stellten zudem rund 1.500 abgeschobene Migranten fest, die trotz Sperre versucht hatten, wieder einzureisen.
- Die "Welt" schrieb dieser Tage: "Groß angekündigte Abschiebeoffensive von Olaf Scholz war ein einziger Bluff!"
Zur Erinnerung: Im Oktober 2023 hatte der Kanzler eine deutlich härtere Linie gegenüber ausreisepflichtigen Migranten angekündigt, wollte "im großen Stil" abschieben. Tatsächlich scheitern noch immer mehr als 60 Prozent der Abschiebungen, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Frage der Bundestagsabgeordneten Sahra Wagenknecht (BSW) hervorgeht. Die Zahl der Abschiebungen hat sich damit gegenüber dem Vorjahr nur um lächerliche drei Prozentpunkte erhöht!
Ach ja, schon vergessen? Es ist keine drei Monate her, da wollte Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) mit Blick auf die Migrantenflut noch eine "Notlage" ausrufen und auch gegen EU-Recht massenweise an den Grenzen "zurückweisen". Jetzt, wo die Zeichen auf "Schwarz-Grün" stehen, schleicht die Union um das Thema Migration wie die Katze um den heißen Brei.
Wie sagte einst Nachkriegskanzler Konrad Adenauer (CDU): "Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern!"<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. November 2024 (x1.420/…):
>>**"Abstrakt hohe Bedrohungslage": Faeser mahnt zu "Wachsamkeit" auf Weihnachtsmärkten**
Nach Aufrufen des Islamischen Staates (IS) zu Anschlägen hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) Besuchern von Weihnachtsmärkten zur "Wachsamkeit" geraten. Konkrete Gefährdungshinweise gebe es aktuell zwar nicht, sagte die SPD-Politikerin dem linksgrünen Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). "Aber wir haben angesichts der abstrakt hohen Bedrohungslage weiter Grund zu großer Wachsamkeit."
Die Gefährdungslage durch islamistischen Terror sei anhaltend hoch, bestätigte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Deutschland stehe "unverändert im unmittelbaren Zielspektrum".<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Novumüber 2024 (x1.421/…):
>>**7.000 Straftaten: Clan-Kriminalität in NRW nimmt drastisch zu**
Die Clankriminalität in Nordrhein-Westfalen ist im vergangenen Jahr deutlich auf 7.000 Straftaten gestiegen. Innenminister Herbert Reul führt dies jedoch nicht auf die immer aggressiver auftretenden Clans, sondern auf die verbesserte Ermittlungsarbeit der Polizei zurück.
Jonas Aston
Die Kriminalität, die türkisch-arabischen Clans in Nordrhein-Westfalen zugerechnet wird, ist

im vergangenen Jahr auf 7.000 Straftaten gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr hat die Clankriminalität damit um 6,5 Prozent zugenommen.
Dies geht aus dem neuen Lagebild zur Clankriminalität hervor, das NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) in Düsseldorf präsentierte.
Knapp ein Drittel der Straftaten (2.145) entfielen auf Rohheitsdelikte sowie Straftaten gegen die persönliche Freiheit. Zudem wurden 1.429 Fälle von Körperverletzung registriert. Auch kam es zu insgesamt 579 Drogendelikten. Dies entspricht rund acht Prozent aller im Rahmen der Clan-Kriminalität erfaßten Straftaten.
Etwa 15 Prozent der Taten (insgesamt 1.099) waren Vermögens- oder Fälschungsdelikte. Darüber hinaus wurden 887 Diebstähle und 714 Verkehrsdelikte verzeichnet. Rund 1.200 Taten fielen in den Bereich der schweren Kriminalität, darunter gefährliche Körperverletzung, Raub und Schutzgelderpressung. Auch wurden zehn Tötungsdelikte registriert. Zudem werden inzwischen 118 Nachnamen (statt 116 im Vorjahr) mit dem Clan-Milieu in Verbindung gebracht.
Die Zunahme der registrierten Straftaten ist Innenminister Reul zufolge jedoch nicht auf die immer aggressiveren Clans zurückzuführen, sondern liegt an der verbesserten Aufklärungs- und Ermittlungsarbeit der Polizei. Im Jahr 2023 führte die Polizei Nordrhein-Westfalen insgesamt 423 Razzien gegen Clankriminalität durch und kontrollierte dabei fast 1.000 Objekte, darunter Shisha-Bars, Gaststätten und illegale Glücksspielstätten. Die Beamten erstatteten über 600 Strafanzeigen und verhängten mehr als 1.000 Verwarngelder. Zudem wurden 225 Objekte geschlossen.
Es konnten etwa 4.200 Tatverdächtige ermittelt werden. Der Großteil von ihnen besaß die deutsche Staatsangehörigkeit (2.183). Zudem waren 770 Tatverdächtige syrische Staatsbürger, 580 hatten einen libanesischen Paß und 407 einen türkischen. Bei weiteren Verdächtigen war die Staatsangehörigkeit unklar oder sie waren staatenlos. "Der Kampf gegen Clankriminalität ist noch nicht gewonnen", so Innenminister Reul.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. November 2024 (x1.421/…):
>>**"Beschissenster Luftfahrtmarkt" in Europa: Ryanair rechnet mit den Grünen ab**
Ryanair, die größte Fluggesellschaft in Europa, möchte in Deutschland radikal Flüge abbauen. In einer Wutrede wetterte der CEO Michael O'Leary gegen die deutsche Regierung. Demnach habe Deutschland den "beschissensten Luftfahrtmarkt" in Europa.
Boris Cherny
Während Deutschland immer tiefer in eine wirtschaftliche Krise rutscht, wird auch international Kritik am Kurs der deutschen Regierung laut. Prominentestes Beispiel: Michael O'Leary, Chef der irischen Billigfluggesellschaft Ryanair.
Er hat immer wieder die deutschen Regulierungen auf dem Flugmarkt kritisiert. In einem am Mittwoch veröffentlichten Gespräch mit mehreren Journalisten ging O'Leary mit der deutschen Regierung dann erneut hart ins Gericht.
Konkret beschwerte sich O'Leary über die Rahmenbedingungen für den Flugzeugmarkt. Denn Deutschland habe den "beschissensten Luftfahrtmarkt" in Europa. Die Steuern und Abgaben seien deutlich zu hoch. Bereits früher hat sich O'Leary darüber beschwert. Auch deutsche Flughäfen, insbesondere der BER, stellen den Airline-Veteranen nicht zufrieden; zu ineffizient, zu hohe Kosten.
Ab Januar 2025 plant der Flughafen die Erhöhung der Sicherheitsgebühren um 50 Prozent. Die neue Hauptstadthoffnung, den Flughafen Berlin-Brandenburg, bezeichnet O'Leary gar als "Regionalflughafen" und als "dysfunktional". Dann holte der Ryanair-CEO zum Rundumschlag gegen die deutsche Regierung aus.
Die Wirtschaftspolitik der Ampel-Regierung sei "semi-intelligent", die Regierung treffe "dumme Entscheidungen". In dieser Hinsicht ist das Land für den CEO das "Schlußlicht in

Europa". Für die nächsten Jahre sieht er keine Besserung kommen. Vor allem gegen die Grünen wettert der CEO in seiner Wutrede. Von ihren "Bullshit Grünen-Lösungen" hält er nichts.
Ryanair hat wegen der deutschen Politik eine drastische Reduktion der Flüge in Deutschland angekündigt. Im Sommer des kommenden Jahres sollen insgesamt 1,8 Millionen Flugsitze gestrichen werden. Von den Flughäfen in Dortmund, Dresden und Halle/Leipzig möchte man sich komplett zurückziehen, anderswo, wie in Hamburg, möchte man die Kapazitäten lediglich verringern.
Bereits jetzt kündigt O'Leary an, den Flugverkehr in Deutschland noch weiter zu reduzieren. In anderen Ländern möchte Ryanair aber weiter expandieren. Vor allem dort, wo die Steuern zuletzt gesenkt wurden, wie etwa Schweden, Italien oder Ungarn, hat man seine Kapazitäten bereits ausgebaut.
Für Deutschland hat der Ryanair-Chef dennoch Lob übrig. "Wir lieben Deutschland", sagte er den Journalisten; insbesondere was Bier und Fußball angeht. Trotzdem, dank der aus seiner Sicht katastrophalen Bedingungen, wird Deutschland nicht Teil des kommenden Ryanair-Booms sein. Insgesamt möchte man die Flugzeugflotte um 300 Maschinen erweitern. Bereits jetzt ist Ryanair die größte Fluggesellschaft Europas.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. November 2024 (x1.420/…):

>>**Deutschland rutscht immer tiefer in die Krise: Entlassungen, Kurzarbeit, miese Stimmung!**
Das Beschäftigungsbarometer des Münchner Ifo-Instituts ist im November weiter gesunken - auf 93,4 Punkte nach 93,6 Punkten im Oktober. "Die Industrie versucht, der Krise mit einer Mischung aus Kurzarbeit und Arbeitsplatzabbau zu begegnen", sagte Klaus Wohlrabe, Leiter der Ifo-Umfragen.
Vor allem die Industrieunternehmen planen verstärkt, ihre Belegschaft zu verkleinern. Ähnliches gilt für den Handel. Die Dienstleister hatten zuletzt mehr Personal eingestellt - nun gehen sie eher von einer allenfalls konstanten Entwicklung aus. Im Baugewerbe gibt es wenig Bewegung bei der Personalplanung.
"Immer mehr Unternehmen stoppen Neueinstellungen", sagte Wohlrabe. "Zudem diskutieren sie immer häufiger über einen Abbau von Arbeitsplätzen."
Gleichzeitig steigt die Kurzarbeit in der Industrie. Im November setzten 17,8 Prozent der befragten Firmen in der Industrie auf Kurzarbeit, nach 14,3 Prozent im August. Für die kommenden drei Monate erwarten dies 28 Prozent, nach 23 Prozent im August.
Über Kurzarbeit federn nach eigenen Angaben vor allem Unternehmen in der Metallerzeugung fehlende Aufträge ab (41,7 Prozent), gefolgt von Möbelherstellern (33,7 Prozent), Autobranche (27,2 Prozent), Elektroindustrie (26,9 Prozent) sowie Maschinenbau (21,4 Prozent).<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. November 2024 (x1.421/…):

>>**Bairawies: 130 Flüchtlinge in 280-Einwohner-Dorf: Grünen-Politiker organisiert Protest gegen Flüchtlingsunterkunft**
In dem bayerischen Dorf Bairawies mit 280 Einwohnern regt sich Widerstand gegen die geplante Unterbringung von 130 Flüchtlingen, angeführt von Grünen-Politiker und Bürgermeister Wolfgang Köster, der die Proteste organisiert. Die Zahl der Migranten würde sein Dorf völlig überfordern.
Jonas Aston
In dem bayerischen Dorf soll eine Flüchtlingsunterkunft für 130 Migranten errichtet werden
In dem bayerischen 280-Einwohner-Dorf Bairawies soll eine Unterkunft für 130 Flüchtlinge entstehen. In der Ortschaft regte sich nach Bekanntwerden dieser Pläne massiver Aufruhr. An die Spitze des Protests stellt sich ausgerechnet der Grünen-Politiker und Bürgermeister des

Dorfes Wolfgang Köster. Er ist Vorsitzender des entsprechenden Ortsvereins Dietramszell-Egling, der die Proteste organisiert.
Auf Anfrage der Bild erklärt er: "Meiner Überzeugung nach können wir den Flüchtlingen helfen. Es ist schwierig, es ist aufwendig, aber es kann gelingen. Zweifellos gehören eine menschenwürdige Unterkunft und eine funktionierende Betreuung dazu. Beides wäre in Bairawies nicht gegeben." Bei der Protestveranstaltung am Sonntag erklärte er zudem: "Es wäre so, als wenn München auf einen Schlag 750.000 neue Bewohner bekäme. Das Verhältnis stimmt einfach nicht."
Bairawies, ein Ortsteil von Dietramszell, verfügt weder über soziale Einrichtungen noch über Supermärkte. Die nächstgelegenen größeren Städte, Geretsried und Bad Tölz, sind jeweils mehr als 10 Kilometer entfernt. Aus diesem Grund hat der Bauausschuß des Gemeinderats den Antrag zur Errichtung einer Containeranlage am Ortsrand abgelehnt. "Zusätzliche 130 Menschen sind für den kleinen Ort aus nachbarschaftlichen Gründen nicht mehr verträglich", so Dietramszells Bürgermeister Josef Hauser (Freie Wähler) gegenüber der Bild.
Der neu gegründete Bürgerverein befürchtet jedoch, daß das Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen die Entscheidung der Gemeinde ignoriert und dennoch die Baugenehmigung für den Investor erteilt. In diesem Fall bereitet sich der Verein darauf vor, aktiv zu werden. "Wir wollen vor allem eventuelle Kläger unterstützen - auch finanziell", so der grüne Bürgermeister Köster. Das zuständige Landratsamt erklärte hierzu lediglich: "Der Bauantrag in Bairawies ist in Prüfung, maßgeblich ist die Baugesetzgebung. Da es sich um ein laufendes Verfahren handelt, geben wir zum Sachstand keine Auskunft."<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. November 2024 (x1.421/…):
>>**Islamismus-Opfer Michael Stürzenberger verurteilt: Kritik am politischen Islam gilt als Volksverhetzung**
Nur Monate nachdem Michael Stürzenberger beinah von einem Islamisten ermordet wurde, hat ihn das Landgericht Hamburg wegen harmloser Äußerungen über den politischen Islam zu einer Geldstrafe von 3.600 Euro verurteilt. Ursprünglich sollte er für die "Volksverhetzung" sogar ins Gefängnis.
Marie Rahenbrock
Am 25. November wurde der Islam-Kritiker Michael Stürzenberger wegen "Volksverhetzung" vom Landgericht Hamburg zu einer Strafe von insgesamt 3.600 Euro verurteilt. Er muß 120 Tagessätze á 30 Euro zahlen - damit ist er einer zuvor geforderten, deutlich härteren Strafe entgangen. Der Mann, der am 31. Mai in Mannheim von einem radikalen Islamisten mit einem Messer schwer verletzt wurde, sollte ursprünglich nämlich sechs Monate ins Gefängnis. Und das nur wegen kritischer Äußerungen in Bezug auf den politischen Islam.
Eine Sprecherin des Landgerichts Hamburgs teilte auf Anfrage von Apollo News mit, daß Stürzenberger ursprünglich am 07. September 2022 wegen Volksverhetzung zu einer Haftstrafe von sechs Monaten verurteilt wurde. Die Freiheitsstrafe wurde nicht zur Bewährung ausgesetzt. Gegen den "Rechtsfolgenausspruch", also gegen die Gefängnisstrafe, legte Stürzenberger Berufung ein.
Am 09. Oktober 2023 wurde die Freiheitsstrafe vom Landgericht Hamburg dann in eine viermonatige Bewährungsstrafe umgewandelt. Michael Stürzenberger hätte dann über einen Zeitraum von drei Jahren jeden Wohnortwechsel inklusive neuer Adresse dem Bewährungsaufsicht führenden Gericht mitteilen müssen. Auch dagegen legte er Berufung ein.
Der Islamkritiker wurde nach Angabe des Landgerichts Hamburg wegen Äußerungen, die sich gegen den politischen Islam richteten, auf einer Kundgebung des Vereins "Bürgerbewegung Pax Europa" in Hamburg am 08. Oktober 2020 verurteilt und wegen einer Äußerung im privaten Rahmen, die vor dem 08. Oktober fiel. Die öffentliche Veranstaltung wurde 2022 auf Youtube hochgeladen, das private Gespräch bereits vorher. Auf der Kundgebung verwendete

Stürzenberger ein Mikrofon und Lautsprecher, sodaß seine Aussagen für Passanten gut hörbar waren.
Dabei hatte Stürzenberger unter anderem davon gesprochen, daß es eine "Verarschung allererster Güte" sei, daß Flüchtlinge aufgenommen werden und dann in Deutschland Straftaten begehen. "Wir haben nix dagegen, daß wir wirklich politisch Verfolgte, ja, daß wir denen Asyl gewähren", sagte er. Doch viele der Flüchtlinge seien keine politisch Verfolgten. "Wir lassen die hier rein, wir gewähren großzügig Gastrecht, wir unterstützen die finanziell und dann gibt es auch noch 'ne Menge Straftaten durch Leute von denen, ja! Eins, eine Million Straftaten seit 2015 durch sogenannte Flüchtlinge in Deutschland."
Stürzenberger sagte, daß viele der Straftäter "Moslems aus Afghanistan, Syrien, Irak, Nordafrika" seien, aber er habe noch von keinem christlichen Flüchtling gehört, der Straftaten begangen habe. Über den politischen Islam sagte er: "Moslems aus fundamental-islamischen Ländern, die legen ihre Gesinnung nicht an der Grenze ab. Da tickt dann der politische Islam." Wer unter dem politischen Islam aufgewachsen sei, sehe "leicht bekleidetet(e) Frauen als Schlampen, als Freiwild an, da ist dann der Schritt zur Belästigung, Begrapschung und auch zur Vergewaltigung nicht mehr allzu weit." Er erinnerte an die Kölner Silvesternacht 2015, betonte jedoch: "Das heißt nicht, daß das alle Moslems machen".
Außerdem sagte er laut Landgericht Hamburg, daß es das Ziel des politischen Islams sei, die "Frauen unter die Kontrolle zu bekommen". Das werde man jedoch "nicht zulassen, daß Frauen bei uns in Deutschland, die leicht bekleidet rumlaufen, Freiwild werden von fundamental eingestellten Moslems, die sie als Freiwild ansehen." Er sprach davon, daß Anhänger des politischen Islams einen "eigenen Staat" errichten wollen. Wenn radikale Muslime daran nicht gehindert würden, dann "ist die Erlaubnis da Dschihad zu führen, den Krieg gegen die Ungläubigen bis alles hier ein Islamischer Staat ist". Da sei "totalitär" und "gefährlich".
Stürzenberger sprach auch davon, daß es "kein judenfeindlicheres Buch als den Koran" gebe. Bei der Kundgebung bezog er sich auch auf Sure 8, Vers 12 des Koran, in der es um den Dschihad geht. Stürzenberger sagte: "Es wird immer mit Terror Schrecken in die Herzen der Ungläubigen geworfen, wie's im Koran steht. 'Werft Terror in die Herzen der Ungläubigen!' Durch Terror die Ungläubigen einschüchtern, verängstigen, daß sie dann nichts mehr entgegensetzen, daß der Islam die Herrschaft übernimmt." Er verwies auch auf Salman Rushdie, dem als "Kritiker des politischen Islams" die Todesstrafe drohe.
Bei einem privaten Treffen mit einigen "Followern" sprach er, so heißt es laut einer Gerichtssprecherin gegenüber Apollo News, davon, daß der politische Islam eine gefährliche Ideologie sei. Religion sei durch Religionsfreiheit geschützt. Spräche man hingegen von dem politischen Islam, dann könne einem keine Volksverhetzung vorgeworfen werden. Wie das Urteil des Landgerichts Hamburg zeigt, hat Michael Stürzenberger sich mit dieser Einschätzung geirrt.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. November 2024 (x1.422/…): >>**Faeser mahnt zu Wachsamkeit auf Weihnachtsmärkten**
Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) mahnt angesichts einer "abstrakt hohen Gefährdungslage" bei Weihnachtsmarktbesuchen zu Wachsamkeit. "Konkrete Gefährdungshinweise liegen den Sicherheitsbehörden des Bundes aktuell nicht vor, aber wir haben angesichts der abstrakt hohen Bedrohungslage weiter Grund zu großer Wachsamkeit und konsequentem Handeln für unsere Sicherheit", sagte Faeser dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland".
Das Bundesamt für Verfassungsschutz teilte auf Anfrage des RND mit, die Gefährdungslage im Bereich des islamistischen Terrorismus sei anhaltend hoch. Deutschland stehe "unverändert im unmittelbaren Zielspektrum unterschiedlicher terroristischer Organisationen, insbesondere des 'Islamischen Staates'." Folglich bestehe auch für Orte wie Weihnachtsmärkte ein abstrakt hohes Gefährdungspotential.

"Aufgrund ihrer Symbolik für christliche Werte sowie als Inbegriff der westlichen Kultur und Lebensweise stellen Veranstaltungen zur Weihnachtszeit auch ideologisch ein geeignetes Ziel für islamistisch motivierte Personen dar", so das Bundesamt. Faeser sagte: "Wir alle freuen uns auf die Weihnachtsmärkte überall in Deutschland und auf schöne Begegnungen in der Adventszeit. Ich bin den Landespolizeien sehr dankbar, daß sie mit so großem Einsatz an vielen Orten präsent sind und auch auf den Weihnachtsmärkten für Sicherheit sorgen."
Die Sicherheitsbehörden hätten in diesen Zeiten alle denkbaren Bedrohungen genau im Blick. "Wir haben mit unserem Sicherheitspaket neue Instrumente für die Sicherheit im öffentlichen Raum geschaffen, die angesichts von islamistischen Gewalttaten und einer generell gestiegenen Gewaltkriminalität wichtig sind", sagte die Bundesinnenministerin. "Unser Messerverbot greift jetzt auch auf Weihnachtsmärkten. Wer gegen das gesetzliche Messerverbot verstößt, dem drohen Bußgelder bis zu 10.000 Euro. Bei Verstößen gegen das neue Verbot von Springmessern drohen bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. November 2024 (x1.422/…): >>**Ryanair beleidigt deutsche Regierung: Alles Idioten**
"Momentan ist der Markt komplett kaputt und die Regierung besteht aus Idioten", sagte Ryanair-Chef Michael O'Leary. Er hatte 3 Mrd. Investition in Deutschland versprochen. "Aber das hat diese dämliche Regierung nicht verstanden".
Die irische Billigfluggesellschaft Ryanair übt heftige Kritik an den Rahmenbedingungen in Deutschland. "Momentan ist der Markt komplett kaputt und die Regierung besteht aus Idioten", sagte Ryanair-Chef Michael O'Leary dem Fachmagazin Airliners.
"Die Politiker sehen einfach zu, wie die deutsche Wirtschaft immer weiter stagniert oder sogar schrumpft", sagte er. Nach eigenen Angaben hatte Ryanair Anfang des Jahres in Berlin vorgesprochen, um eine Senkung der Luftverkehrsteuer und eine Deckelung der Luftsicherheitsgebühren zu erreichen, war aber abgeblitzt. "Man muß sich das einmal vorstellen: Wir waren im Bundeskanzleramt und haben bis 2030 eine Verdopplung der Passagiere, 30 mehr stationierte Flugzeuge und eine Investition von drei Milliarden Euro in Deutschland versprochen. Aber das hat diese dämliche Regierung nicht verstanden", sagte O'Leary.
Deutschland habe "die mit Abstand krankesten Rahmenbedingungen". Ryanair hat nach eigenen Angaben in Deutschland die Kapazitäten bereits von 16 Millionen auf 13,5 Millionen Sitze zurückgefahren und will weiter streichen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. November 2024 (x1.422/…): >>**Weber will CO2-Begrenzung für Neuwagen abschwächen**
Der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP), Manfred Weber (CSU), will die drohenden Strafzahlungen gegen Autobauer, deren Flotte die CO2-Grenzwerte überschreitet, verhindern. Die Branche stehe "massiv unter Druck", sagte Weber dem "Focus" (Freitagausgabe). "Daß wir der Automobil-Industrie noch Kapital wegnehmen, das sie braucht, um in die Zukunft zu gehen", sei "extrem schwer vorstellbar". Die europäische Politik müsse Strafzahlungen daher rasch auf den Prüfstand stellen.
"Wenn Jobs wackeln, so wie jetzt, kann der Staat die Konzerne nicht erheblich zur Kasse bitten", sagte Weber. Er plädierte daher für eine "Revision der Flottengrenzwerte" in der EU. Er wünsche sich, daß "wir zusammen mit der Kommission Anfang kommenden Jahres über die Grenzwerte neu diskutieren". Außerdem sprach sich Weber für ein europäisches Investitionsprogramm zum Ausbau der Lade-Infrastruktur aus. "Wir können ja nicht erwarten, daß die Autokonzerne Elektroautos verkaufen, wenn die Infrastruktur nicht da ist".
Die Flottengrenzwerte sind Teil des "Fit-for-55-Pakets" der Europäischen Union, mit dem die EU von einem Pfad für eine Erderhitzung von über vier Grad Celsius auf einen Pfad umsteuerte, mit dem der Klimawandel auf etwas über zwei Grad Celsius begrenzt werden könnte. Im Durchschnitt dürfen alle in der EU zugelassenen Neuwagen aktuell 115,1 Gramm CO2 pro

Kilometer ausstoßen. 2025 soll der Wert auf durchschnittlich 93,6 Gramm und 2030 auf 49,5 Gramm gesenkt werden.
Ab 2035 fällt der Wert auf null Gramm pro Kilometer. Die drohenden Strafen bei Überschreiten der Grenzwerte sollen einen Anreiz für die Autobauer bieten, klimafreundliche Fahrzeuge etwa über den Preis attraktiver zu machen. Mit Blick auf einen möglichen Handelskonflikt zwischen der EU und den USA forderte Weber die neue EU-Kommission auf, rasch die Initiative zu ergreifen. Europa sollte nicht abwarten, sondern noch vor Trumps Amtsantritt am 20. Januar auf die künftige US-Regierung zugehen "und selbst ein Angebot machen".
Erst vor wenigen Tagen hatte Trump angekündigt, am Tage seines Amtsantritts Strafzölle gegen Kanada, Mexiko sowie China zu verhängen. Auch Europa müsse ein solches Szenario "mitdenken", sagte Weber. Wirtschaftlich sei Europa "genauso groß" wie die USA. Daher könne Brüssel "auch sehr selbstbewußt auftreten".
Ein möglicher Ansatzpunkt könne der Energiesektor sein. Europa brauche Flüssiggas, das die USA liefern könne. Auch außenpolitisch gebe es gemeinsame Interessen. Europa und die USA müßten Antworten auf die Herausforderung durch China finden. "Da müssen wir uns unterhaken und eine gemeinsame Antwort finden". Denn China sei die "eigentliche Schicksalsfrage für die Wirtschaft in Europa und den USA".<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. November 2024 (x1.422/…): >>**FDP-Fraktion gegen schnelle Reform des Abtreibungsverbots**
Der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Christoph Meyer, hat sich gegen eine schnelle Reform des Abtreibungsparagraphen 218 ausgesprochen. "Es bringt jetzt doch nichts, wenn wir jetzt einen Gesetzentwurf vorliegen haben - ohne Anhörung, ohne Diskussion, auch ohne breite öffentliche Diskussion und dann in einem schnellen Verfahren", sagte Meyer der Sendung "Frühstart" von RTL und ntv am Donnerstag. Während der Ampel-Koalition habe es ständig Kritik gegeben, daß die Gesetzesverfahren immer sehr schnell erfolgt seien.
"Deswegen sollten wir uns da eher mehr Zeit nehmen, dann die Debatte führen und dann sicherlich auch dort quasi aus der Mitte der Fraktion zu einem Gruppenantrag kommen", so Meyer.
Der Gesetzesentwurf von Abgeordneten mehrerer Bundestagsfraktionen sieht vor, daß Schwangerschaftsabbrüche bis zur 12. Woche grundsätzlich legalisiert und die Beratungspflicht für diese Zeitspanne durch einen Rechtsanspruch auf Beratung ersetzt werden sollen.
Zudem soll die Wartezeit zwischen Beratung und Abtreibung demnach abgeschafft werden. Die Kosten sollen nach Vorstellung der Abgeordneten künftig die gesetzlichen Krankenkassen zahlen. Im April hatte eine von der Ampelkoalition eingesetzte Kommission aus 18 Experten aus den Bereichen Medizin, Psychologie, Ethik und Recht eine Entkriminalisierung in den zwölf Schwangerschaftswochen empfohlen.
Ab dem Zeitpunkt der Lebensfähigkeit des Fötus soll nach Ansicht der Experten eine Abtreibung nur in Ausnahmefällen möglich sein. In der mittleren Schwangerschaftsphase stehe dem Gesetzgeber ein Gestaltungsspielraum zu.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. November 2024 (x1.422/…): >>**Fast 17.000 Kinderpornographie-Verfahren eingestellt**
Beim Bundeskriminalamt (BKA) sind im vergangenen Jahr 180.300 Hinweise auf kinderpornografische Inhalte eingegangen. Rund 89.350 davon enthielten strafbare Handlungen, schreibt die "Bild" unter Berufung auf Daten des National Center for Missing and Exploited Children (NCMEC) in den USA und deutsche Sicherheitskreise.
Die Hinweise enthielten oft die IP-Adressen, über die die Taten begangen wurden. Doch trotz dieser Informationen mußten 16.923 Verfahren zu Kinder- und Jugendpornographie bei deutschen Internetnutzern ohne Aufklärung endgültig eingestellt werden, denn eine Identifizierung

der Tatverdächtigen war nicht möglich. "Das bedeutet, daß Zehntausende Täter im Netz weiterhin unerkannt bleiben", sagte Baden-Württembergs Justizministerin Marion Gentges (CDU) der "Bild".
Auch wenn der Europäische Gerichtshof die anlaßlose Speicherung von IP-Adressen erlaubt hat, gebe es in Deutschland keine Regelung, die die Kommunikationsanbieter dazu verpflichtet. "Wir müssen die Sicherheitslücken in der digitalen Strafverfolgung schließen. Die Verkehrsdatenspeicherung darf nicht länger auf die lange Bank geschoben werden. Wenn wir hier nicht handeln und eine Mindestdauer zur Speicherung von IP-Adressen festlegen, erlauben wir Tätern weiterhin, sich hinter der Anonymität des Netzes zu verstecken", sagte Gentges.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. November 2024 (x1.422/…): >>**Verbände kritisieren geplante Abschaffung gedruckter Fahrpläne**
Die Ankündigung der Deutschen Bahn, auf gedruckte Fahrpläne an Bahnhöfen verzichten zu wollen, stößt bei Sozial- und Fahrgastverbänden auf scharfe Kritik. "Die geplante Abschaffung von analogen Aushängen, auch wenn es bisher nur die Ankunftspläne betrifft, verschärft das Gefühl des Abgehängtseins, insbesondere bei allen, die nicht durchgängig digital unterwegs sind - Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderungen oder arme Menschen", sagte Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbands VdK, dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland".
Diese Entwicklung sei nicht nur ein Rückschritt für die Barrierefreiheit, sondern auch eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, warnte sie. "Ohne Not werden Menschen von wichtigen Informationen ausgeschlossen." Digitale Alternativen seien zudem oft unzuverlässig oder auch unzugänglich, beklagt Bentele.
"Barrierefreiheit für jeden Einzelnen und jede Einzelne sieht anders aus." Auch der Fahrgastverband Pro Bahn plädiert für das Beibehalten der gedruckten Fahrpläne. "Wir sind der Meinung, die gedruckten Fahrpläne könnten ruhig noch weiter aushängen", sagte der Bundesvorsitzende Detlef Neuß dem RND. "Auf den Zugzielanzeigen gibt es zwar mehr Infos als früher, und es läßt sich auf Veränderungen sowie Störungen besser reagieren als auf gedruckte Pläne. Trotzdem nutzen viele Leute die Anzeigen nicht, sondern orientieren sich lieber in Ruhe an den Plänen."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. November 2024 (x1.422/…): >>**Rufe nach Abschaffung des Beleidigungsparagraphen**
Spitzenvertreter von FDP und Linkspartei warnen anlässlich der Anzeigenflut von Politikern gegen Bürger vor einer "Zweiklassenjustiz" in Deutschland und fordern die Rücknahme einer Gesetzesverschärfung aus dem Jahr 2021, die das Beleidigen von Politikern härter bestraft. "Die Verschärfung in dieser Form war ein Fehler und erschüttert das Vertrauen der Bevölkerung in das Recht auf freie Meinungsäußerung", sagte der Vizechef der FDP, Wolfgang Kubicki, dem "Stern".
Liberale hätten sich stets gegen die gesonderte Strafverfolgung von sogenannten Majestätsbeleidigungsdelikten ausgesprochen. Ähnlich äußert sich Janis Ehling, Bundesgeschäftsführer der Linken: "Die Verschärfung von Gesetzen ist oft nur ein hilfloses Agieren, das wenig Nachhaltigkeit beweist." Er warnte: "Politiker wie Robert Habeck oder Friedrich Merz genießen offenbar eine nicht gerechtfertigte Sonderbehandlung."
Bei Beleidigungen anderer Bürger würden höchstens Verwarnungen ausgesprochen. "Damit schaffen wir eine Zweiklassenjustiz", so Ehling. Der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Unionskanzlerkandidat Armin Laschet fordert Spitzenpolitiker zu mehr Zurückhaltung auf: "Wir als Politiker sollten die Einleitung von Strafverfahren gegen schimpfende Bürger behutsam und mit Maß und Mitte erwägen", sagte Laschet des "Stern". "An jedem Stammtisch werden Regierende in allen Zeiten als Deppen, Idioten oder Schwachköpfe bezeichnet."

Laschet hält die Regelung selbst aber nicht für ein Problem. Kubicki sagte: "Die Lösung kann nicht darin bestehen, daß wir jetzt Politiker auf eine andere Hierarchieebene stellen, die sich mit Mitteln des Strafrechts verbitten, als 'Schwachkopf' oder 'Depp' bezeichnet zu werden." Den Schutz von Lokalpolitikern hält er für richtig, allerdings nur bei Verleumdung und übler Nachrede - so wie es vor 2021 geregelt war.
Im Jahr 2021 hatte die Große Koalition den Paragraphen 188 im Strafgesetzbuch eingeführt. Zuvor waren nur tätliche Angriffe oder Verleumdungen von Politikern gesondert strafbar. Ab 2021 aber wurden erstmals auch Beleidigungen - wie etwa Schwachkopf - gegen "im politischen Leben des Volkes stehende Personen" härter verfolgt. Die Höchststrafe lag ab diesem Zeitpunkt bei bis zu drei Jahren Haft. Laut der Begründung des Gesetzes sollte so eine "Vergiftung des politischen Klimas" verhindert werden. Seither hat sich die Zahl der Anzeigen von Politikern gegen Bürger massiv erhöht.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. November 2024 (x1.422/…): >>**Microsoft: Achtung Windows 11 Abzocke**
Microsoft weist auf das Ende der Sicherheitsupdates für Windows 10 hin. Anstatt seinen alten Computer wegzuwerfen und Windows 11 zu kaufen, gibt es Alternativen.
Von *Manfred Rouhs*
Windows 10 von Microsoft ist derzeit das am weitesten verbreitete Betriebssystem der Welt. Die Marktanteile aller anderen Betriebssysteme liegen zusammen bei weniger als 20 Prozent, womit Microsoft in diesem Segment faktisch eine Monopolstellung innehat. Seine daraus resultierende Marktmacht mißbraucht der US-amerikanische Software-Riese, um vielen Millionen Anwendern unnötige und überteuerte Hardware aufzudrängen.
Ein Fenster ploppt nach und nach bei allen Windows-10-Nutzern auf, das den gesamten Bildschirm ausfüllt. Microsoft gibt sich vorsorglich und weist auf das Ende der Sicherheitsupdates für Windows 10 hin: "Planung für das Ende des Supports von Windows 10 starten", heißt es dort. - Wer sich weiter durchklickt, landet bei einer Hardware-Überprüfung, die in den meisten Fällen die verwendete Hardware als untauglich für Windows 11 deklariert und den Kauf eines neuen Gerätes empfiehlt.
Neue Hardware können Sie praktischerweise direkt bei Microsoft bestellen. Der Betriebssystem-Monopolist nutzt seine marktbeherrschende Stellung also schamlos zur Verkaufsförderung aus. Die EU-Kommission und deutsche Verbraucherschützer schauen tatenlos zu.
Für Deutschland kommt die Abzocke zur Unzeit. Denn in der Rezession fahren viele Menschen auf Sicht und kaufen nur noch das Nötigste. Die Anschaffung eines neuen Computers oder Laptops, obwohl das alte Gerät voll funktionstüchtig ist, überfordert häufig die Haushaltskasse.
Und sie ist überflüssig wie ein Kropf, denn funktionierende Hardware kann trotz der Microsoft-Kampagne weiterverwendet werden. Das kostet keinen einzigen Cent und funktioniert so:
Option 1: Upgrade auf Windows 11 ohne Microsoft-Blockade
Sie laden ein kleines Hilfsprogramm aus dem Internet herunter, das Windows 11 auch auf älteren Geräten installiert. Mindest-Voraussetzung sind eine SSD (keine HDD) als Hauptdatenträger, auf dem das Betriebssystem läuft, 8 GB Arbeitsspeicher und ein Doppelkern-Prozessor. Die Nutzung ist kostenfrei.
Option 2: Sicherheitspatch für Windows 10
Mit dem hier verlinkten Sicherheitspatch für Windows 10 machen Sie Ihr Betriebssystem sicher bis Ende 2030. Kostenfrei.
Option 3: Umstieg auf Linux
Falls Sie nicht darauf angewiesen sind, Windows-Programme zu verwenden, können Sie der Microsoft-Welt mit dem kostenfreien Betriebssystem Linux den Rücken kehren. ...
Der jetzt anlaufende erzwungene Wechsel von Windows 10 zu Windows 11 wird wahrschein-

lich der erfolgreichste kommerzielle Coup in der Geschichte von Microsoft werden. Denn zu wenige Menschen schwimmen gegen den Strom und widersetzen sich den Vorgaben des US-Monopolisten. Aber vielleicht können wir dazu beitragen, daß diese Wenigen im deutschsprachigen Raum etwa mehr sind als im englischsprachigen Teil der Welt. Einen Versuch ist es allemal wert!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. November 2024 (x1.417/…): >>**Bundesliga: Entlassung wegen falscher Meinung?**

Von *Sven Eggers*

Fußballtrainer Steffen Baumgart hatte sich für einen unaufgeregten Umgang mit der AfD ausgesprochen. Dann wurde er entlassen. Zufall? Das neue COMPACT-Magazin "Geheimplan für Deutschland" demaskierte auch die schlimmsten Einpeitscher gegen andere Meinungen. …

Linksgrüne Phrasen dreschende Fußball-Akteure gibt es ausreichend. Freiburgs vormaliger Coach Christian Streich ließ sich in der Corona-Zeit als fanatischer Impfbefürworter feiern, Leipzigs Fußballlehrer Marco Rose trat dafür ein, Internet-Nutzer, die sich im Ton vergreifen, "für ein paar Tage aus dem Verkehr" zu ziehen, also einzusperren, Ex-Fürth-Trainer Zorniger rief dazu auf, gegen das "braune Gesockse, das auch im Bundestag sitzt", aufzustehen und Eintracht Frankfurts früherer Präsident Fischer hatte zum Umgang mit AfD-Wählern folgenden Rat parat: "Gebt ihnen Ohrfeigen, kotzt ihnen ins Gesicht."

Mahnende Worte

Dagegen hob sich Steffen Baumgart, zuletzt Chef der Trainerbank in Hamburg, wohltuend ab. In einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung mahnte er mit Blick auf die AfD:

"Eine funktionierende Demokratie zeichnet sich auch dadurch aus, daß man sich mit Leuten auseinandersetzen muß, die vielleicht keine gute Idee von der Demokratie haben."

Baumgart weiter: Die AfD sei kein Phänomen des Ostens, es gebe sie auch im Westen. Die Politik würde die Menschen oftmals vernachlässigen, viele fühlten sich nicht mitgenommen, "nicht abgeholt". Baumgart dann: "Es sind nicht alles nur Idioten, die die AfD wählen."

Baumgart ist 52 Jahre alt, wurde in Rostock geboren, hatte als Spieler selbst noch zu DDR-Zeiten gekickt und auch später noch mehrere Vereine im BRD-Osten durchlaufen. Es kennt sich also mit den Menschen dort aus, und es sei klar, "daß den Leuten der Frust kommt".

Keine gute Idee …

Baumgart trat auch dafür ein, den Fußball nicht politisch zu vereinnahmen. Bei der Weltmeisterschaft in Katar habe man doch gesehen, "daß es keine gute Idee ist, den Fußball zu instrumentalisieren und in solch zuallererst politische Themen hineinzuziehen. Damals waren wir die einzige Nation, die sich in dem Punkt lächerlich gemacht hat", so Baumgart.

Der Spiegel hatte gleich nach erscheinen des Interviews Einspruch eingelegt: "Kann der Fußball, die wichtigste Sportart in Deutschland und Europa, wirklich unpolitisch sein? Viele Fans fordern ihre Vereine immer wieder auf, bei Themen wie Rassismus, Homophobie oder der Verteidigung von Menschenrechten deutlich Stellung zu beziehen."

Steffen Baumgart war direkt nach Veröffentlich des FAS-Interviews als Trainer beim Zweitligisten aus der Hansestadt, der Fußball AG Hamburg, entlassen worden. Gibt es hier einen Zusammenhang, wie auf verschiedenen Internet-Foren spekuliert wird? Baumgart hatte mit seiner Mannschaft die letzten fünf Spiele nicht gewinnen könne, war in der Tabelle auf Platz acht abgerutscht.

Auf St. Paulis Spuren

Wer den heutigen Fußball-Zirkus kennt, kann aber tatsächlich nicht ausschließen, daß Baumgart sich auch wegen seiner politischen Aussagen vor den Verantwortlichen in Hamburg hatte rechtfertigen müssen. Gerade in Hamburg versucht Blau-Weiß-Schwarz der Konkurrenz von

St. Pauli nachzueifern. Der Verein vom Kiez scheut auch vor linkradikalen Positionen nicht zurück und erhält dafür immer wieder Mainstream-Beifall.
In der Vergangenheit hatten wiederholt politische Abweichler auch im Fußball Job und Reputation verloren, wenn sie sich eine Meinung erlaubten, die in irgendeiner Form von offiziellen Vorgaben abweicht. In Hamburg werkelt Stefan Kuntz in der Führung mit, dessen Sozi-Neigungen bekannt sind.<<

Ukraine: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 28. November 2024 (x1.423/…): >>**Der Krieg ernährt den Krieg**

Deutschland hat der Ukraine im Zusammenhang mit dem Krieg bislang Leistungen im Wert von 37 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Doch woher kommt dieses Geld eigentlich? Multipolar hat den Bundeshaushalt analysiert. Fazit: Olaf Scholz hat gelogen.

Herausgegeben von Stefan Korinth und Paul Schreyer

KARSTEN MONTAG

"Der Krieg ernährt den Krieg" - so beschrieb Friedrich Schiller das Vorgehen der Söldnerheere im Dreißigjährigen Krieg, angesichts leerer Staatskassen den Lebensunterhalt ihrer Soldaten durch Abgaben, Kontributionen und Plünderungen aufzubessern. Diese Einnahmen gingen hauptsächlich zu Lasten der einfachen Bevölkerung in den Regionen, durch welche die Heere zogen und in denen sie Krieg führten. Und heute? Nach Auskunft der Bundesregierung hat Deutschland seit Kriegsausbruch am 24. Februar 2022 der Ukraine Leistungen im Gesamtwert von über 37 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt - in Form der Aufnahme von Flüchtlingen, direkten Zahlungen oder Waffenlieferungen.

Geplant sind weitere Waffenlieferungen sowie Kredite von der EU und den Staaten der G7. Auch die Aufenthaltstitel der ukrainischen Flüchtlinge in Deutschland wurden vorerst bis zum März 2025 verlängert.

Geldquelle: Höhere Steuereinnahmen wegen steigender Energiepreise

Die in der Verfassung verankerte und seit 2011 geltende Schuldenbremse hat die maximale Höhe der Nettokreditaufnahme deutlich reduziert. Ausnahmen sind nur für Naturkatastrophen oder Wirtschaftskrisen vorgesehen. Beides trifft nicht auf den Krieg in der Ukraine zu. Offiziell dürfen Zahlungen an die Ukraine daher nicht durch neue Schulden finanziert werden. Einen Hinweis, woher ein Großteil der Mittel stammt, liefern die Tabellen des Bundeshaushalts.

Die seit 2020 deutlich erhöhten Ausgaben wurden größtenteils durch zweckgebundene Neuverschuldungen für den "Wirtschaftsstabilisierungsfonds" und das "Sondervermögen Bundeswehr" finanziert. Auffällig ist jedoch, daß trotz eines stagnierenden Wirtschaftswachstums mit einer Tendenz zur Rezession auch die Einnahmen des Bundes seit 2021 deutlich gestiegen sind.

Laut der Kassenergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts sind zwischen 2021 und 2022 allein die Einnahmen des Bundes aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben um 30 Milliarden Euro gestiegen. Zwischen 2022 und 2023 ist noch einmal ein Plus von über 16 Milliarden Euro zu verzeichnen. Zudem sind die Einnahmen des Bundes aus Gebühren und sonstigen Entgelten zwischen 2022 und 2023 um mehr als sieben Milliarden Euro angewachsen. Die höheren Steuereinnahmen sind größtenteils auf gestiegene Einnahmen bei den Gemeinschaftssteuern zurückzuführen: Lohnsteuer, Umsatzsteuer sowie diverse Unternehmens- und Kapitalertragsteuern. Der Bund erhält davon Anteile zwischen 42,5 und 50 Prozent.

Ungewöhnliche Zuwächse sind bei der Umsatzsteuer, der Einfuhrumsatzsteuer sowie einigen Unternehmenssteuern zu verzeichnen. Die außergewöhnlich hohen Einkünfte des Bundes 2022 und 2023 resultieren also größtenteils aus höheren Verbraucherpreisen, die wiederum auf höhere Energiepreise zurückzuführen sind - welche ihrerseits ja erst durch den Krieg und die von Deutschland mitbeschlossenen Sanktionen ausgelöst wurden.

An den Folgen des Krieges, die hauptsächlich zu Lasten deutscher Verbraucher und Unter-

nehmen gehen, verdient der Bund also mit und kann mit den außergewöhnlichen Einnahmen wiederum den Krieg in der Ukraine finanzieren. Leidtragende dieses Teufelskreises sind in Deutschland insbesondere die unteren und mittleren Einkommensschichten, die immer größere Probleme haben, für die höheren Nahrungsmittel- und Energiepreise aufzukommen. Unterstützungen von Seiten des Staates wie die einmalige Energiepreispauschale von 300 Euro, die temporäre Senkung des Umsatzsteuersatzes für Gaslieferungen zwischen Oktober 2022 und März 2024 oder die einmaligen Heizkostenzuschüsse für Bürgergeldempfänger in 2022 und 2023 mit einem Budget von insgesamt 53 Millionen Euro haben die Einnahmesteigerungen des Bundes kaum geschmälert.

Kürzungen bei den Kommunen sowie de facto bei der Rente

Am 7. November, einen Tag nach dem Bruch der Ampelkoalition, hat Bundesaußenministerin Annalena Baerbock in einem Interview erklärt, daß für die deutsche Unterstützung der Ukraine Kürzungen bei Sozialleistungen vorgenommen worden seien. Als Beispiel nannte sie die frühkindliche Bildung in der Kita und Schule, die nicht weiter finanziert wird.

Diese Aussagen stehen in deutlichem Gegensatz zur Ankündigung von Bundeskanzler Olaf Scholz im Dezember 2023, "einschneidende Kürzungen im Sozialbereich" seien "ausgeschlossen". Scholz hat zudem wenige Tage nach Baerbocks Eingeständnis in einem Interview bekräftigt, daß Kürzungen bei den Geldern für Renten, Kommunen und "die Zukunft unseres Landes" mit ihm nicht zu machen seien. Was also ist richtig?

Bei der Spurensuche fällt zunächst auf, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil des Bundeshaushaltes mittlerweile in so genannte "Extrahaushalte" ausgelagert wurde. Dies macht die Nachverfolgung von Einnahmen und Ausgaben sowie der Verschuldung des Bundes intransparent und schwer nachvollziehbar. Zu diesen Extrahaushalten gehören beispielsweise der bereits genannte "Wirtschaftsstabilisierungsfonds" sowie das "Sondervermögen Bundeswehr".

Doch auch einige Entlastungen des Bundes zugunsten der Kommunen sind auf Extrahaushalte verteilt. Hierunter fallen beispielsweise die "Sondervermögen" "Ausbau der Betreuung für Kinder bis zum Schuleintritt" (Laufzeit 2007 bis 2026), und "Ausbau Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter" (Laufzeit 2020 bis 2028).

Um das Budget dieser Extrahaushalte einzusehen, muß man tief in die Haushaltsplanung des Bundes eintauchen. Die beiden genannten Sondervermögen sind beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angegliedert. Aus dem Haushaltsplan des Ministeriums für 2024 geht hervor, daß für 2023 und 2024 das Budget für diese beiden Sondervermögen komplett gestrichen wurde. Diese Erkenntnis bestätigt die Aussagen der Außenministerin und straft den Bundeskanzler Lügen.

Ähnlich sieht es bei den Zuschüssen des Bundes zur Rentenversicherung aus. Berücksichtigt man die hohe Inflation seit 2021, ist das preisbereinigte Budget für die Zuschüsse des Bundes seit 2022 deutlich zurückgegangen.

Ein angemessener Inflationsausgleich hat also bei den Renten nicht stattgefunden. Zwar rühmt sich die Bundesregierung damit, daß die Renten beispielsweise in 2022 deutlich angehoben wurden (um 5,35 Prozent im Westen und um 6,12 Prozent im Osten). Doch die Preise sind 2022 im Vergleich zu 2021 um 7,9 Prozent gestiegen. Scholz hat also auch bezüglich der Renten sein Wort nicht gehalten.

Weitere Kürzungen im Haushalt

Nominal sind im Bundeshaushalt 2024 Kürzungen gegenüber den Vorjahren in den Ressorts Gesundheit, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Auswärtiges Amt zu verzeichnen. Berücksichtigt man die Inflation, fanden Kürzungen de facto auch bei den Ressorts Bildung und Forschung, Wirtschaft und Klimaschutz sowie Ernährung und Landwirtschaft statt.

Insbesondere die Kürzung beim Gesundheitsetat, die 2024 preisbereinigt im Vergleich zu

2019 bei zehn Prozent liegt, ist auffallend. Die Kosten der anstehenden Krankenhausreform in Höhe von 50 Milliarden Euro sollen zur Hälfte von den gesetzlich Krankenversicherten getragen werden. Der Gesundheitsexperte des BSW, Matthias Schrappe, bezeichnete diese Art von Finanzierung daher als "versteckte Steuer" - ein weiterer Hinweis darauf, daß das Geld für die Ukraine an anderen neuralgischen Punkten des deutschen Staatshaushalts fehlt.
Markant sind auch die Kürzungen beim Auswärtigen Amt und dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Beide Ressorts haben die Ukraine mit jeweils knapp zwei Milliarden Euro unterstützt - unter anderem zur Räumung von Minen, dem Ersatz der Energieinfrastruktur, der Dokumentation von Kriegsverbrechen sowie zum Wiederaufbau der Ukraine. Durch die hohen Hilfeleistungen für die Ukraine und die Budgetkürzung fällt die Finanzierung ähnlicher Leistungen, beispielsweise im Gazastreifen, deutlich geringer aus. Eine Anfrage von Multipolar, in welcher Höhe das Auswärtige Amt jeweils für die Ukraine und den Gazastreifen Mittel für humanitäre Hilfe sowie die Dokumentation von Kriegsverbrechen und Kriegszerstörung bereitgestellt hat, wurde nicht konkret beantwortet.

Intransparent: Die Zahlungen des Bundesfinanzministeriums an die Ukraine

Laut Auskunft der Bundesregierung hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) Zahlungen in Höhe von 7,27 Milliarden Euro für die Ukraine geleistet. Schwerpunkt der Leistungen sollen "die finanzielle und logistische Unterstützung der Länder und Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von aus der Ukraine Geflüchteten" sein. Allerdings findet sich im Haushalt des Ministeriums kein einziger Posten, der derartige Leistungen in Milliardenhöhe widerspiegelt.
Des Weiteren ist aus der Auskunft der Bundesregierung zu erfahren, daß das BMF Zuschüsse zu einem vom Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Ukraine verwalteten Konto und ein zeitlich befristetes Schuldenmoratorium bereitgestellt hat. Schlußendlich würden im Rahmen der Verantwortung für die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts die Holocaust-Überlebenden in der Ukraine vom Ministerium unterstützt.
Auf der Webseite des BMF ist zu erfahren, daß der über das Sonderkonto des IWF an die Ukraine übermittelte bilaterale Zuschuß sich auf eine Milliarde Euro belief. Die Zahlungen an die 10.000 Holocaust-Überlebenden in der Ukraine machten insgesamt etwa zwölf Millionen Euro aus. Es ist aus den Veröffentlichungen des BMF jedoch nicht erkennbar, aus welchen Töpfen die verbleibenden mindestens sechs Milliarden Euro finanziert wurden. Eine Anfrage von Multipolar, in der eine detaillierte Auflistung der Finanzierung der Unterstützungsleistungen für die Ukraine durch das BMF erbeten wurde, wurde nur unzureichend beantwortet.

Waffenschenkungen für die Ukraine aus dem "Sondervermögen Bundeswehr"

Nach Informationen der Bundesregierung erfolgt die militärische Unterstützung der Ukraine aus Beständen der Bundeswehr und durch Lieferungen der Industrie, die aus Mitteln der Ertüchtigungshilfe der Bundesregierung finanziert werden. So soll seit dem 24. Februar 2022 Material aus Beständen der Bundeswehr mit einem geschätzten Wiederbeschaffungswert von etwa 5,2 Milliarden Euro an die Ukraine abgegeben worden sein.
Weitere Finanzierungen erfolgen im Rahmen der "Ertüchtigungsinitiative".
Die Liste der gelieferten Waffensysteme ist lang: Kampfpanzer Leopard 1 und 2, Schützenpanzer Marder, Mehrzweckfahrzeuge, Truppenfahrzeuge, Flakpanzer, Brückenlegepanzer, Minenräumpanzer, Luftverteidigungssysteme, Luftraumüberwachungssysteme, Panzerhaubitzen, Raketenwerfer, Munition, Drohnen, Drohnenabwehrsysteme und etliches mehr. Bisher wurden beispielsweise 88 Kampfpanzer Leopard 1 A5, 18 Kampfpanzer Leopard 2 A6 sowie 140 Schützenpanzer Marder an die Ukraine verschenkt.
Aus einer Mitteilung des Verteidigungsministeriums geht hervor, daß die Kosten für die derzeit 105 für die Bundeswehr bestellten Kampfpanzer Leopard 2 A8 über das "Sondervermögen Bundeswehr" und den regulären Verteidigungshaushalt aufgebracht werden.

Eine weitere Mitteilung weist darauf hin, daß 50 Schützenpanzer Puma über das "Sondervermögen Bundeswehr" finanziert werden. Der Schützenpanzer Puma löse den Schützenpanzer Marder ab. Es ist offensichtlich, daß de facto die an die Ukraine abgegebenen Waffensysteme durch neuere Modelle, die über das "Sondervermögen Bundeswehr" finanziert werden, ersetzt werden.

Bis 2023 wurde die Ersatzbeschaffung für die Bundeswehr offiziell über den Einzelplan 60 "Allgemeine Finanzverwaltung" des Bundeshaushalts finanziert. Im zugehörigen Haushaltsplan findet sich unter dem Titel "687 03" die Formulierung: "Ersatzbeschaffungen für Material, das zum Zwecke einer zeitgerechten Ertüchtigung aus den eigenen Beständen der Bundeswehr abgegeben wurde, können im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen aus diesem Titel finanziert werden." Das Budget für 2022 war mit zwei Milliarden, das Budget für 2023 mit 2,2 Milliarden Euro festgelegt worden.

Im Haushaltsplan für 2024 wurde unter diesem Titel ein Budget von knapp 7,5 Milliarden Euro eingeplant. Es findet sich in diesem Dokument zudem der Zusatz: "Verpflichtungen für Folgejahre für Ersatzbeschaffungen für an die Ukraine abgegebenes militärisches Material werden zu Lasten der bei diesem Titel veranschlagten Verpflichtungsermächtigung begründet." Diese Verpflichtungsermächtigung ist mit einer Finanzierung von sechs Milliarden Euro ausgestattet.

Mitte Dezember 2023 wurde jedoch bekannt, daß die Bundesregierung sich darauf geeinigt hat, ab 2024 die Wiederbeschaffung von abgegebenen Waffensystemen an die Ukraine aus dem "Sondervermögen Bundeswehr" zu finanzieren. Die Entscheidung ist jedoch rechtlich heikel, denn das "Sondervermögen" wurde zur Finanzierung von Ausrüstungsvorhaben der Bundeswehr eingerichtet und nicht zur Ersatzbeschaffung von Waffensystemen, die an die Ukraine abgegeben werden.

Von dem Budget der Ertüchtigungsinitiative für 2024 stehen laut Auskunft der Bundesregierung 7,1 Milliarden Euro als "bilaterale militärische Unterstützung" für die Ukraine bereit. Darin enthalten seien 256 Millionen Euro für "die Wiederbeschaffung von an die Ukraine abgegebenem Material". Hinzu kämen "520 Millionen Euro aus Mitteln des Sondervermögens der Bundeswehr für Wiederbeschaffungen".

In der Auskunft der Bundesregierung finden sich auch Angaben für die Kosten der Wiederbeschaffung von den an die Ukraine gelieferten Waffensystemen in den Vorjahren, die über die Ertüchtigungsinitiative finanziert wurden. Für 2022 fielen 51,6 Millionen, für 2023 fielen 236,8 Millionen Euro an. Zusammen mit den für 2024 eingeplanten 256 Millionen Euro für Wiederbeschaffung sind also insgesamt Waffensysteme im Wert von etwas mehr als einer halben Milliarde Euro mit Hilfe der Ertüchtigungsinitiative ersetzt worden. Diese Wiederbeschaffungen können also nur zu einem geringen Teil die an die Ukraine abgegebenen Waffensysteme mit einem Wert von 5,2 Milliarden Euro ersetzen.

Auf Nachfrage von Multipolar beim Verteidigungsministerium, ob durch das "Sondervermögen Bundeswehr" auch diejenigen Waffensysteme ersetzt werden, welche die Bundeswehr der ukrainischen Armee zur Verfügung gestellt hat, antwortete eine Sprecherin, daß "Wiederbeschaffungen aufgrund von militärischen Abgaben aus den Beständen der Bundeswehr zur Unterstützung der Ukraine grundsätzlich über den Einzelplan 60 finanziert" würden. Trotz Nachhakens nahm die Sprecherin zu den Widersprüchen zwischen ihrer Aussage und der Auskunft der Regierung keine Stellung.

Mit den rechtlichen Folgen der Entscheidung der Bundesregierung haben sich auch die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages beschäftigt.

Sie kommen zu dem Ergebnis, daß die Frage, ob die Finanzierung von Wiederbeschaffungen von an die Ukraine abgegebenen Waffensystemen aus dem Sondervermögen Bundeswehr mit den Vorgaben der zugrundeliegenden Gesetze vereinbar wäre, entscheidend davon abhängt,

ob "die Wiederbeschaffungen der Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland" dienen. Beim Erwerb lediglich militärisch gleichwertiger Waffensysteme könne man sich auf den Standpunkt stellen, daß "die Finanzierung der Wiederbeschaffung nicht dem gesetzlich vorgegebenen Zweck der Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland" dient.
Anders wäre die Situation jedoch zu beurteilen, so die Wissenschaftlichen Dienste, wenn "das zuvor vorhandene Waffensystem im Rahmen der Wiederbeschaffung durch ein militärisch höherwertiges System" ersetzt wird.
Unabhängig davon, ob mittlerweile offiziell Ersatzbeschaffungen über das Sondervermögen Bundeswehr finanziert werden oder nicht, wird de facto ein beträchtlicher Teil der an die Ukraine abgegebenen Waffensysteme durch neuere Modelle ersetzt. Diese werden wiederum zu großen Teilen aus dem "Sondervermögen Bundeswehr" finanziert, bei dem es sich um eine Neuverschuldung des Bundes handelt.

Keine Kürzungen bei den Empfängern von Bürgergeld

Den größten Anteil der deutschen Unterstützung der Ukraine machen mit knapp 15 Milliarden Euro die Finanzierung der Flüchtlinge über das Bürgergeld sowie andere Sozialleistungen aus. Die Anzahl der ausländischen Bürgergeldempfänger ist im ersten Halbjahr 2022 sprunghaft angestiegen.
Hier wurde offenbar nicht gekürzt. Angesichts der Steigerung des Budgets für das Bürgergeld/Arbeitslosengeld II und der Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung sind selbst unter Berücksichtigung der hohen Inflation keine Kürzungen bei diesen Leistungen je Bedarfsempfänger festzustellen. Diese Erkenntnis wird auch durch die Erhöhung des Regelsatzes des Bürgergelds 2023 und 2024 bestätigt.
Was bleibt als Fazit? Die Mehrausgaben für die Flüchtlinge aus der Ukraine, wie auch die Kosten für die immens teuren Waffengeschenke an Kiew werden mit Steuern auf stark angestiegene Verbraucher- und Energiepreise, Kürzungen im Sozialbereich sowie als "Sondervermögen" kaschierten neuen Schulden finanziert. Sie sind sämtlich Folge einer verfehlten beziehungsweise fehlenden deutschen Diplomatie.
Über den Autor: Karsten Montag, Jahrgang 1968, hat Maschinenbau an der RWTH Aachen, Philosophie, Geschichte und Physik an der Universität in Köln sowie Bildungswissenschaften in Hagen studiert. Er war viele Jahre Mitarbeiter einer gewerkschaftsnahen Unternehmensberatung, zuletzt Abteilungs- und Projektleiter in einer Softwarefirma, die ein Energiedatenmanagement- und Abrechnungssystem für den Energiehandel hergestellt und vertrieben hat.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31219" berichtet am 28. November 2024 (x1.418/…): >>**Verdrehte Tatsachen - Die Kunst der Mainstream-Medien**

Eine Kurzstudie der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) kommt zu dem Ergebnis, daß die übermäßige Smartphone-Nutzung für den Rückgang des Leistungsniveaus der Schüler verantwortlich ist. Die letzte OECD-Pisa-Schulstudie 2022 hat diesen Leistungsrückgang bestätigt. Der Bildungsverantwortliche der OECD, Andreas Schleicher, machte gegenüber der schwedischen Tageszeitung "Dagens Nyheter" folgende brisante Aussage: "Der Zusammenhang zwischen den Schulschließungen und dem Wissensverlust ist nicht so stark wie der Zusammenhang, den wir sehen, zwischen Smartphone-Nutzung der Schülerinnen und Schüler und den sinkenden Lernleistungen."
Schweden und Dänemark haben sogar aus diesen Gründen die Nutzung von digitalen Geräten im Unterricht stark zurückgefahren. Interessanterweise waren aber weder die OECD noch die Medien daran interessiert, diese Ergebnisse an die Öffentlichkeit zu bringen. So ist z.B. auf der OECD-Webseite die Pressemitteilung über die Studie nicht auffindbar.
Und die Medien? Auch in den Zeitungen konnte man daraufhin keine Titel wie: "Smartphones

schuld an Bildungsrückgang" finden. Statt dessen titelte das Magazin "DER SPIEGEL": "OECD empfiehlt gezielten Einsatz von Handys im Unterricht" und textete im Vorspann: "Schülerinnen und Schüler, die ständig aufs Handy starren, kommen nicht zum Lernen. Aber wenn Mobiltelefone gezielt im Unterricht eingesetzt werden, kann das sogar den Lernerfolg steigern. Das zeigt eine OECD-Studie."
So schaffte "DER SPIEGEL" das Kunststück, den Tenor der Studie in der Überschrift komplett umzudrehen. Obwohl alle Ergebnisse, die in der Studie aufgelistet werden, einen warnenden Unterton hatten. Nirgends findet sich darin jedoch die Behauptung, daß der Smartphone-Einsatz zu steigenden Lernerfolgen führen würde.
Auch andere Leitmedien, wie das Magazin "DIE ZEIT" und "ntv" haben eigenwillig und in verdrehender Weise über die Studie berichtet. Denn sie macht eindeutig klar, daß Smartphones am wenigsten als Unterrichtsinstrument geeignet sind, weil die Schüler dadurch vom Unterricht abgelenkt werden. So gibt es in der Studie eine ausdrückliche Empfehlung eines Handyverbots, wenn auch mit gewissen Einschränkungen. In den Medien-Berichten dagegen wird einmütig das Gegenteil behauptet, oder etwas, das mindestens dazu verleitet, das Gegenteil zu denken.
Woher also kommt diese einheitliche Verdrehung der Aussagen der Studie?
Manche Medien teilen ihren Lesern nicht einmal mit, daß es sich bei ihrem Text im Wesentlichen um dpa-Agenturware, das heißt von der Deutschen Presse-Agentur vorgefertigte Artikel handelt. Und dies, obwohl sie es in Auszügen fast wortgleich übernommen haben. Die Journalisten von der dpa haben demnach aus einem klar smartphone-kritischen Bericht einen vorgeblich digitalisierungsfreundlichen Bericht gemacht.
Welchen Grund hat aber die dpa, die Aussagen dermaßen ins Gegenteil zu verdrehen? Sind Presseagenturen nicht verpflichtet, neutral, sachlich und unabhängig zu berichten? Es lohnt sich also, einen Blick hinter die Kulissen der dpa zu werfen:
Die dpa (Deutsche Presse-Agentur) ist - ebenso wie die APA (Austria Presse Agentur), die AFP (Agence France-Presse) und das von der Regierung finanzierte Recherchekollektiv "CORRECTIV" - maßgebliches Mitglied der GADMO (German-Austrian Digital Media Observatory). Die GADMO ist eine deutsch-österreichische Digitalmedien-Beobachtungsstelle, die im November 2022 gegründet wurde und von der EU-Kommission finanziert wird. Diese überwacht die sozialen Medien und kontrolliert im Auftrag der Regierungen soziale Medienplattformen.
GADMO behauptet von sich, unabhängig und frei von kommerziellen Interessen zu agieren. Ist dem wirklich so?
Das Projekt GADMO wird von der EU finanziert und muß in deren Auftrag überprüfen, ob die sozialen Plattformen den vorgeschriebenen "Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation" umsetzen. Diese hat durchaus ein Interesse, unliebsame Meinungen zu diskreditieren, da die Kommissionspräsidentin der EU, Ursula von der Leyen, im Januar 2024 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos dazu aufgerufen hat, sich mit Hauptaugenmerk gegen die sogenannte "Desinformation" zu stellen.
Auch die Bundesregierung spendierte der dpa eine Million Euro Steuergelder, um Werbung für die etablierten Medien zu machen und regierungskritische, unabhängige Konkurrenz - "Desinformation" genannt - zu bekämpfen. Das Problem dabei: Die Regierenden und deren Handlanger, die etablierten Medien, definieren, was als "Desinformation" zu gelten hat.
So verwundert es auch nicht, daß ein Mitglied des angeblich unabhängigen GADMO-Beirats der Geschäftsführer von CeMAS (Center für Monitoring, Analyse und Strategie), Josef Holnburger, ist. CeMAS ist ein Thinktank, der sich darauf spezialisiert hat, Kritiker der Mächtigen als Antisemiten und Verschwörungstheoretiker zu verunglimpfen.
Nicht zuletzt sitzt im Beirat ein Mitglied der einflußreichen amerikanischen Denkfabrik At-

lantic Council.
Vor diesem Hintergrund wird deutlich, weshalb die Medien nicht neutral und objektiv berichten, da sie nichts weiter als die Durchsetzungsorgane der Mächtigen sind. Ihre Aufgabe besteht darin, die vorgegebene, angeblich "korrekte" Meinung zu vertreten.
Abschließend noch ein interessantes Detail:
Die GADMO ist verknüpft mit dem SOMA-Projekt der EU, der "Sozialbeobachtungsstelle für Desinformation und Analyse der sozialen Medien". Bezeichnenderweise ist SOMA die Bezeichnung einer Droge, mit der die Regierenden im düsteren Science-Fiction-Roman von Aldous Huxley "Schöne neue Welt" die Bevölkerung ruhig und gefügig gehalten haben. Genau in diesem Sinne vernetzen und unterstützen diese Beobachtungsstellen obrigkeitstreue Faktenchecker und beliefern diese mit den jeweils passenden, bereits ausformulierten Narrativen zu allen möglichen Themengebieten.
Fazit:
Warum war es nun der dpa und deren Hintermänner so wichtig, die Studie ins Gegenteil zu verkehren? Ein Grund könnte sein, daß die globalen Strippenzieher eine zunehmende Digitalisierung und auch Abhängigkeit der Menschen von Smartphones forcieren wollen. So sagte zumindest der Nokia-Geschäftsführer Pekka Lundmark auf dem Weltwirtschaftsforum 2022, daß er davon ausgehe, daß wir ca. 2030 die Telekommunikationsgeräte direkt in unseren Körper einbauen lassen.
Auf diese Weise wäre es ein Kinderspiel, die Menschen zu steuern und somit jedes Mißtrauen oder Hinterfragen der vorgegebenen politischen Meinung zu manipulieren. Mit anderen Worten: die Bevölkerung ruhig und gefügig zu halten - in einer "schönen neuen Welt"! Kein Wunder also, daß kritische Stimmen zum Smartphone bei den globalen Strippenziehern unerwünscht sind.
Verehrte Zuschauer, an diesem Beispiel wird deutlich, daß Nachrichtenagenturen und deren Faktenchecker alles andere als unabhängig und frei von kommerziellen Interessen agieren. Während wir äußerlich gesehen den Anschein einer Demokratie haben, wird letztlich doch alles von wenigen Hintermännern bestimmt. So werden auch im Falle der Handynutzung von Kindern ganz andere Ziele verfolgt - jedoch keineswegs das Wohl unserer Kinder!
Auch globale Organisationen wie die OECD haben offensichtlich keinerlei Interesse, darüber aufzuklären, welche unabsehbaren und weitreichenden Konsequenzen der ständig zunehmende Smartphone-Konsum für unsere Kinder nach sich ziehen wird. Und dabei sind sinkende Schulleistungen nur ein kleiner Aspekt der negativen Auswirkungen - wie in vielen Kla.TV-Sendungen schon dokumentiert wurde.
Darum werden Sie hellhörig, wenn Ihnen Medien, Faktenchecker oder irgendwelche sogenannte wissenschaftliche Institutionen weismachen wollen, was richtig und was falsch ist. Lassen Sie sich nicht Ihre Urteilskraft und Unterscheidungsgabe nehmen, sondern prüfen Sie deren Aussagen und werden Sie aktiv gegen Lügen und Verdrehungen. Denn Sie entscheiden, ob Sie und Ihr Umfeld sich von deren "Drogen" einschläfern lassen oder nicht.<<
Frankreich: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. November 2024 (x1.417/…): >>**Bystron zur EU: "Sie vertreten die Waffenlobby!**"
Von *Johann Leonhard*
Klare Kante: Der AfD-Abgeordnete Petr Bystron macht im Europaparlament genau da weiter, wo er in Berlin aufgehört hat. Im Fokus seiner ersten Rede in Straßburg: die Kriegstreiber der EU, die weiterhin jegliche Friedensverhandlungen in der Ukraine verhindern. …
"Weitere Waffen an die Ukraine? Für wen tun Sie das eigentlich?", setzt der AfD-Politiker Petr Bystron bei seiner ersten Rede im Plenum des Europaparlaments an. Zwei Minuten Zeit hat er, um den verantwortlichen Aggressoren der EU seine Fundamentalkritik entgegenzuschleudern. Niemand wolle den Krieg weiterführen, sagt er. Sogar "die Mehrheit der Ukrainer

will Verhandlungen" und "endlich Frieden", zitiert Bystron eine aktuelle Umfrage des renommierten US-Instituts Gallup unter Ukrainern.
Diese Umfrage bestätigt, daß eine Mehrheit der Bevölkerung sogar "auf Gebiete verzichten" würde, um das sinnlose Sterben zu beenden. 10 Millionen Ukrainer hätten darüber hinaus schon "mit den Füßen abgestimmt" und frühzeitig das Land verlassen. Unter diesen befanden sich auch 500.000 Männer im wehrfähigen Alter, die nicht für Selenskyj sterben wollten. Die Zahlen hatte Bystron noch während seiner Zeit im Bundestag ermittelt - mit Hilfe parlamentarischer Anfragen an die Bundesregierung.

Verschwörung gegen den Frieden

Die EU-Kommissare dürften bei seiner Rede geschäumt haben. Bystron in Richtung der Kriegsparteien um Ursula von der Leyen: "Sie vertreten hier nur die Waffenlobby, die NATO und die Geheimdienste! Denn die führen diesen Krieg gegen Rußland"
Sein Appell: "Hören Sie auf, uns in den Krieg hineinzuziehen! Es ist vorbei!"
Wenn selbst der Präsident des Landes, Wolodymyr Selenski, jetzt Verhandlungen will, dann sei das genau das, was die AfD seit zwei Jahren gefordert habe, so Bystron weiter. Dafür wurden deren Abgeordnete (und auch er selbst) immer wieder als "Agenten Putins" beschimpft. "Ist jetzt auch Selenskyj ein Putin-Agent? Verbreitet der jetzt auch plötzlich russische Propaganda?", so die Frage des AfD-Europaabgeordneten.
Die Verfolgung sogenannter Putin-Freunde und Friedensbefürworter hat der frisch gebackene EU-Parlamentarier am eigenen Leib erfahren. Wegen seiner Kritik am Krieg geriet Bystron ins Fadenkreuz einer Geheimdienstkampagne, die ihm angebliche Kontakte zu Rußland unterstellte und ihn bei den Wählern "unmöglich" machen sollte.

Rückendeckung für Bystron

Der Spiegel, der Stern, die Süddeutsche Zeitung und zahlreiche andere Medien streuten die nachweislichen Falschbehauptungen, die damals der tschechische Geheimdienst lieferte.
Mit fast zwei Dutzend Hausdurchsuchungen terrorisierte man Bystron, seine Freunde und Familie.
Erreicht hat die Kampagne rein gar nichts. Daß es sofort nach der EU-Wahl plötzlich still wurde um die behaupteten Vergehen, machte selbst Zweiflern klar: Außer Wahlkampf gab es hier nichts zu sehen! Gerne hätten die Ankläger Bystrons Einzug ins EU-Parlament verhindert. Seine erste Rede hat gezeigt warum: Er ist der Kriegs-Lobby ein Dorn im Auge!
Erfreulich: Während der monatelangen Angriffe konnte sich Bystron auf die Rückendeckung des AfD-Bundesvorstandes verlassen. Die Parteichefs Alice Weidel und Tino Chrupalla stellten sich im Zuge der "Affäre" demonstrativ hinter ihn und ließen die unbewiesenen Behauptungen und Suggestivfragen zahlreicher Journalisten unbeeindruckt an sich abperlen. So wird's gemacht!<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. November 2024 (x1.417/…): >>**Trump ernennt Beauftragten für Rußland und Ukraine**

Von *Daniell Pföhringer*

Paukenschlag: Ex-General Keith Kellogg soll als Sondergesandter für Friedensverhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine sorgen. Er hat schon einen Plan. Was haben wir von Trump zu erwarten? …
Endlich kommt Bewegung in Trumps Plan für den Frieden: Der designierte US-Präsident hat seinen früheren Sicherheitsberater Keith Kellogg zum neuen Sondergesandten für Rußland und die Ukraine ernannt. Besonders positiv: Wie Moskau und Kiew zu Verhandlungen gebracht werden sollen, hat Kellogg bereits vor einigen Monaten ausgeführt. Sowohl Putin als auch Selenski wissen also schon, was auf sie zukommt.

Das Kellogg-Fleitz-Papier

Im Frühsommer 2024 veröffentlichte der Generalleutnant a.D. gemeinsam mit dem ehemali-

gen CIA-Analysten Fred Fleitz ein Papier mit dem Titel "America First, Russia & Ukraine" auf der Website des America First Policy Institute, einem Trump-nahen Thinktank. …
Der Plan skizziert die Grundlagen künftiger Friedensverhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine - unter der Prämisse einer erneuten Präsidentschaft Trumps. Kellogg amtierte während dessen Zeit im Weißen Haus als Nationaler Sicherheitsberater, Fleitz war Stabschef des Nationalen Sicherheitsrates der Vereinigten Staaten.
Kernforderung ihres gemeinsam verfaßten Papiers: Verhandlungsbereitschaft - sowohl seitens Rußlands als auch der Ukraine. Wer sich dieser verweigere, habe mit Konsequenzen zu rechnen: Kiew würde jegliche Hilfe gestrichen werden, sollte Selenski nicht bereit sein, sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Moskau würden im Falle einer Ablehnung weitere Waffenlieferungen an die Ukraine angedroht.
"Wir sagen den Ukrainern: 'Ihr müßt an den Tisch kommen. Und wenn ihr nicht an den Tisch kommt, wird die Unterstützung der USA austrocknen'." Gegenüber Putin werde man betonen: "Wenn Sie nicht an den Tisch kommen, werden wir den Ukrainern alles geben, was sie brauchen, um euch auf dem Schlachtfeld zu töten."
Die Diktion mag einem nicht gefallen, doch unter Militärs ist so ein Sprachgebrauch durchaus nicht unüblich. Das Schweizer Boulevardblatt Blick titelte seinerzeit dazu: "So sollen Putin und Selenski zum Frieden geprügelt werden."
Der Plan von Kellogg und Fleitz sieht als Erstes einen Waffenstillstand entlang der aktuellen Frontlinien mit anschließenden Verhandlungen und einem Friedensvertrag vor - eine spätere Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO wird explizit ausgeschlossen. Statt dessen soll Kiew zusätzliche Sicherheitsgarantien erhalten.
Brisant: Beobachter gehen davon aus, daß Moskau laut dem Plan bereits eroberte Gebiete in der Ostukraine behalten könnte. In dem Papier ist sogar die Rede von einer demilitarisierten Zone im Osten der Ukraine unter der Kontrolle Rußlands.
"Frieden durch Stärke"
Philipp Adorf, USA-Experte am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, zeigte schon bei Veröffentlichung des Kellogg-Fleitz-Papiers einen realistischen Blick auf die Lage: "Eine vollkommene Niederlage der Ukraine, die auch als Niederlage der USA interpretiert werden könnte, würde Trump vermeiden, um nicht selber als Verlierer angesehen zu werden." Adorf geht davon aus, daß sich Trump schon aus diesem Grund tatsächlich schnell um ein Ende des Krieges bemühen würde - auch auf Kosten von Gebietsverlusten für die Ukraine.
Trump selbst erklärte auf seiner Plattform Truth Social zu der Nominierung von Kellogg als Sonderbeauftragter für Rußland und die Ukraine, dieser habe eine herausragende Karriere im Militär und in der Wirtschaft hinter sich "und war in meiner ersten Amtszeit in hochsensiblen Funktionen im Bereich der nationalen Sicherheit tätig". Er zeigt überzeugt: "Gemeinsam werden wir Frieden durch Stärke sichern." …<<
Syrien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. November 2024 (x1.417/…): >>**Waffenstillstand im Libanon - neue Kämpfe in Syrien**
Der Nahe Osten kommt nicht zur Ruhe. Der überraschende Rückzug der Israelis aus dem Südlibanon geht mit einer türkisch-dschihadistischen Offensive in Nordsyrien einher. Die strategische Bedeutung der Region verdeutlicht der Historiker Rolf Steininger in seinem Werk "Die USA, Israel und der Nahe Osten". Die erste deutschsprachige Gesamtdarstellung auf der Basis umfangreicher Akten. …
_ von *Michael Brück*
Der Nahe Osten kommt nicht zur Ruhe. Während Israel und der Libanon eine Waffenruhe vereinbart haben, mit deren Umsetzung offenbar bereits begonnen wurde, kommt es in Syrien zu einer überraschenden Offensive pro-türkischer Milizen und islamistischer Gruppen, die

Stellungen der syrischen Regierungstruppen überrennen, auch iranische Revolutionsgarden, Hisbollah-Einheiten und russische Soldaten sollen an den Kämpfen beteiligt sein. Eine Annäherung zwischen der Türkei unter ihrem Präsidenten Erdogan und Syrien unter Assad, die sich in den vergangenen Monaten abgezeichnet hatte, rückt damit wieder in weite Ferne. Und Syrien droht wieder zum Schmelztiegel verschiedenster Interessen zu werden.
Ein paar Einschätzungen zu den aktuellen Vorgängen im Nahen Osten:
1.) Durch die Waffenruhe und den Rückzug Israels aus dem Südlibanon wurde das israelische Kriegsziel, die Hisbollah zu zerschlagen, nicht erreicht. Die Organisation wird weiter bestehen, ist allerdings deutlich stärker geschwächt, als in den beiden Kriegen zuvor.
2.) Israel hat angekündigt, nach dem Ende der Kämpfe im Norden wieder verstärkt den Iran ins Visier zu nehmen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß es erneut zu direkten Konfrontationen beider Länder kommt, insbesondere durch Mossad-Anschläge Israels, sowie iranische Raketenangriffe.
3.) Direkt an der syrisch-türkischen Grenze halten pro-türkische Milizen und mehrere islamistische Gruppen / Terrororganisationen (etwa Haiat Tahrir al-Scham, kurz HTS) im Großraum Idlib eines der wenigen verbleibenden Gebiete besetzt, das nicht durch die syrische Regierung oder - im Nordosten des Landes - kurdische Gruppen kontrolliert wird. Die überraschende Offensive in Richtung Aleppo ist eine Eskalation an dieser Front und verunmöglicht mittelfristig eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Türkei und Syrien.
4.) Berichten in sozialen Netzwerken zufolge wurden neben Einheiten der syrischen Armee auch Hisbollah-Einheiten, iranische Revolutionsgarden und russische Soldaten angegriffen. Als Reaktion auf die Offensive flog die russische Luftwaffe Angriffe auf die vorrückenden Rebellen. Es ist unklar, ob der Vormarsch gestoppt wurde, jedoch erreichten die Angreifer sogar Vororte von Aleppo, mit 2 Millionen Einwohnern nach Damaskus die zweitgrößte syrische Stadt.
5.) Der plötzliche Angriff dürfte für die Angegriffenen zur Unzeit kommen: Die Hisbollah hat keine Kapazitäten, um ihre Kräfte in Syrien zu verstärken, auch der Iran hat seinen Schwerpunkt zuletzt aus Syrien verlegt. Und Rußland, das seit über 10 Jahren gegen diverse Umsturzversuche in Syrien kämpft und der Regierung von Bashar Al-Assad den Rücken freihält, dürfte ebenfalls wenig Interesse daran haben, weiteres Militär nach Syrien zu verlagern. Alleine ist die syrische Armee nicht handlungsfähig. Die aktuelle Offensive ist daher ein Rückschlag für die Bemühungen der Regierung, mittelfristig wieder die Kontrolle über das gesamte Syrien zu erlangen.
Das Aufflammen der Kämpfe zeigt, daß nach wie vor in Syrien verschiedenste Mächte aufeinandertreffen, weshalb es auch falsch ist, von einem "syrischen Bürgerkrieg" zu sprechen, denn die wenigsten Akteure sind syrische Staatsbürger. Besonders interessant ist jedoch, daß fast parallel mit der Waffenruhe im Libanon der weitgehend statische Konflikt in Syrien wieder eskaliert. Böse Zungen würden sagen, daß es in dieser Region (und durchaus auch einige tausend Kilometer weiter weg) durchaus Kreise gibt, denen es sehr recht ist, wenn im Nahen Osten kein Frieden Einzug erhält.
Über die Tagespolitik hinaus: Im globalen Spiel der Mächte ist der Nahe Osten eines der Hauptfelder der amerikanischen Politik. Die USA sind die entscheidende Macht in der Region, die von strategischer Bedeutung ist. Der renommierte Historiker Rolf Steininger hat mit "Die USA, Israel und der Nahe Osten" auf der Basis umfangreicher Akten die erste deutschsprachige Gesamtdarstellung dazu vorgelegt. Ein Werk, das umfassend informiert.<<

29.11.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. November 2024 (x1.419/…): >>**7.000 Clan-Straftaten allein in NRW, 7.000-mal bleibt die CDU untätig!**

Diese Zahlen sind das Ergebnis einer jahrelangen Hofierung und Verharmlosung krimineller Migranten-Clans durch die CDU: Rund 7.000 Straftaten durch türkisch-arabische Clans gab es im vergangenen Jahr allein im unionsregierten Nordrhein-Westfalen. Oder wie es der zuständige nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) wohl ausdrücken würde: "So was gab's immer".

Jedenfalls waren dies seine Worte, nachdem ein polizeibekannter Syrer im September in Essen mehrere Brände legte, 31 Menschen verletzte, zwei Kinder in Lebensgefahr brachte, mehrere Läden demolierte, mit einem Fahrzeug in zwei Geschäfte raste und einen Passanten mit einer Machete bedrohte. Das ist der Innenminister der CDU in Nordrhein-Westfalen!

"Da ist ja Gott sei Dank nichts passiert", schob Reul mit Blick auf die Macheten-Bedrohung nach. Während in Nordrhein-Westfalen zum Ende des Jahres 2023 rund 59.400 ausreisepflichtige Ausländer lebten, hat Reul im gesamten Jahr 2023 lediglich eine lächerliche Zahl von 3.663 Personen abschieben lassen. 3.967 geplante Abschiebungen wurden nicht durchgeführt. Ministerpräsident Hendrik Wüst (ebenfalls CDU) reagiert auf die Zustände genauso untätig wie sein Innenminister. Wüst, Reul und die CDU gehören zu den politischen Hauptschuldigen des Messerterrors im nordrhein-westfälischen Solingen, der drei Tote gefordert hatte.

Von den anderen etablierten Parteien und insbesondere von der Ampel-Regierung erwartet man ohnehin nichts Anderes - doch die CDU ist keinen Millimeter besser. Die mit Worten kaum zu beschreibende und gegen die eigenen Bürger gerichtete Migrationspolitik betrifft nicht nur Nordrhein-Westfalen, sondern ausnahmslos jedes CDU-regierte Bundesland.

In Berlin stellt sich der CDU-geführte Senat gerade hinter ein 150-Millionen-Euro-Asylheim - dabei ist es gerade einmal drei Tage her, daß es in Berlin auf offener Straße zu einer tödlichen Clan-Schießerei kam. Es ist höchste Zeit für AfD-Regierungen und höchste Zeit für die Abwahl der CDU, damit endlich gegen Clan-Kriminelle durchgegriffen wird und ausländische Straftäter abgeschoben werden.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. November 2024 (x1.419/…): >>**CDU-Senat will 150-Mio.-Euro-Asylheim: Die CDU dient der Asylindustrie, die AfD dient Deutschland!**

Wieder einmal zeigt die CDU ihr wahres Gesicht: Während die Union sich scheinheilig an der Migrationspolitik der Ampel-Parteien abarbeitet und so tut, als würde sie die Massenmigration stoppen wollen, unterstützt der CDU-geführte Berliner Senat den Betrieb einer Asyl-Unterkunft für einen dreistelligen Millionenbetrag.

Ab 2026 sollen in der riesigen Unterkunft 1500 "Flüchtlinge" untergebracht werden. Selbstverständlich handelt es sich bei der Masse der Migranten keineswegs um asylberechtigte Migranten, sodaß der Begriff "Flüchtlingsheim" vollkommen irreführend ist. Investoren aus Steueroasen wie Zypern und Luxemburg wollen innerhalb von zehn Jahren rund 150 Millionen Euro aus der Unterkunft herauspressen.

In den Akten des CDU-geführten Berliner Senats ist mit Blick auf das "Flüchtlingsheim" von einer Netto-Kaltmiete von 26,02 Euro pro Quadratmeter die Rede.

Da von den 32.000 Quadratmetern Fläche jedoch nur rund 10.000 Quadratmeter genutzt werden können, liegt der tatsächliche Mietpreis bei über 75 Euro pro Quadratmeter - gleichzeitig wären tausende Einheimische froh, wenn sie in Berlin überhaupt noch eine bezahlbare Wohnung bekommen würden. Michael Jäger, Vorstand beim Bund der Steuerzahler, findet deutliche Worte zum Mammut-Asylprojekt: "Es besteht der Verdacht, daß es sich hier um Fälle

strafbarer Untreue, also grobe Fahrlässigkeit, handeln könnte." Das ist CDU!
Die Bürger haben es satt, daß die CDU sich in der Opposition vor jeder Wahl als migrationskritisch inszeniert, um dann überall dort, wo sie regiert, das krasse Gegenteil zu tun. Der CDU-Senat betreibt in Berlin tiefgrüne Politik, nicht nur beim Thema Migration: Mit einem "Sondervermögen" von fünf Milliarden Euro soll vermeintlicher Klimaschutz betrieben werden. Noch nicht einmal gegen den Gender-Unfug in Berliner Behörden greift die CDU durch. Eine Migrations- Klima-, Gender- und Politikwende gibt es nur mit der AfD!
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. November 2024 (x1.420/…): >>**AfD-Wahlprogramm fordert: Raus aus EU und Euro!**
Die AfD hat den Programmentwurf für die Bundestagswahl als Leitantrag für den Bundesparteitag am 11. bis 12. Januar 2025 an die Delegierten versandt. Dieser findet voraussichtlich im sächsischen Riesa statt. In Berlin sickerten erste brisante Einzelheiten durch.
Spektakulär ist: Die AfD-Bundesprogrammkommission, der Co-Bundessprecher Tino Chrupalla angehört nicht aber die designierte Kanzlerkandidatin Alice Weidel, schlägt nun doch einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und dem Euro-System vor!
- Im Entwurf heißt es dazu, daß die "Vehemenz, mit welcher die Europäische Union die Transformation zum planwirtschaftlichen Superstaat in den letzten Jahren vorangetrieben hat", die Partei zu der Erkenntnis gebracht habe, "daß sich unsere grundlegenden Reformansätze in dieser EU nicht verwirklichen lassen".
Konsequenz: "Wir halten einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Gemeinschaft für notwendig."
- Die EU, so heißt es weiter, wolle man durch eine "Wirtschafts- und Interessengemeinschaft (WIG)" ersetzen. Eine Zusammenarbeit wäre dann beim Schutz der Außengrenzen, der "Erlangung strategischer Autonomie im sicherheitspolitischen Handeln" und der "Bewahrung der europäischen Kultur" möglich.
Als Voraussetzung dafür wäre aus AfD-Sicht eine Anpassung der Europaartikel des Grundgesetzes auf Basis einer Volksabstimmung notwendig. "Uns ist klar, daß ein harter Bruch kontraproduktiv wäre. Der Übergang in die neue WIG wäre darum sowohl mit den alten EU-Partnerstaaten als auch neuen Interessenten im Konsens zu verhandeln", betont der Entwurf für das Wahlprogramm.
Einen sogenannten "Dexit" hatte die AfD bereits im Bundestagswahlkampf 2021 gefordert. Später rückte man von diesem Plan zunächst wieder ab. In der letzten Fassung des Wahlprogramms, das im August 2023 beschlossen wurde, hatte es dann aber wieder geheißen, daß die EU "nicht reformierbar" sei.
Zurück zur D-Mark
Im neuen Programmentwurf für die Bundestagswahl am 23. Februar heißt es deshalb jetzt klipp und klar: "Deutschland muß aus dem Euro-System austreten". Jede weitere Teilnahme an der "Dauerrettungspolitik" komme einer "Insolvenzverschleppung auf Kosten deutscher Steuerzahler" gleich. Deutschland müsse deshalb eine stabile nationale Währung einführen, "ggf. unter paralleler Beibehaltung des Euro". Auch dies werde "nicht ohne Umstellungsbelastungen erfolgen". Diese seien aber geringer als "die dauerhaften Kosten des weiteren Verbleibs im Euro-System".
Familienpolitik: Abtreibungen senken!
In dem AfD-Entwurf finden sich weitere Programmpunkte, die für linksgrüne Schnappatmung sorgen dürften: Abtreibungen sollen "die absolute Ausnahme bleiben" und nur noch "bei kriminologischer oder medizinischer Indikation" erlaubt sein. Die Zahl der jährlich gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland sei deutlich zu hoch.
- Statt dessen will die AfD die verpflichtenden Beratungsgespräche vor einer Abtreibung anpassen: "Während der Schwangerschaftskonfliktberatung sollen den Müttern Ultraschallauf-

nahmen des Kindes gezeigt werden, damit diese sich über den Entwicklungsstand des Kindes im Klaren sind", heißt es in dem Entwurf.

Pubertätsblocker verbieten

Auch zur Geschlechteridentität formuliert die Partei im Entwurf eine klare und entschiedene Haltung.

- Das von der Ampelkoalition beschlossene Selbstbestimmungsgesetz, das es sogenannten Trans-Personen ermöglicht, Geschlecht und Namen einmal im Jahr beliebig zu ändern, will die AfD zurücknehmen. Sie spricht von einem regelrechten "Trans-Kult" und warnt vor einer "Frühsexualisierung" von Kindern. Pubertätsblocker, die zur Geschlechtsangleichung von Jugendlichen eingesetzt werden, will die AfD verbieten.

Zurück zum Handel mit Rußland

Der Sicherheitspolitik widmet die AfD in ihrem Entwurf mehrere Seiten. Rußland wird darin als zuverlässiger Lieferant von günstigem Gas gelobt. Dem Sanktions-Irrsinn wird eine klare Absage erteilt. Der bilaterale Handel solle wieder aufgenommen werden. Die Ukraine soll ihre Zukunft als neutraler Staat "außerhalb von EU und Nato" finden.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. November 2024 (x1.420/…):

>>**Amtsgericht Offenburg: AfD-Stadtrat wegen Regenbogen-Vergleich mit Hakenkreuz verurteilt**

Um den totalitären Charakter der Regenbogen-Bewegung deutlich zu machen, hatte Taras Maygutiak, AfD-Stadtrat und -Bundestagskandidat der Partei in Offenburg (Baden-Württemberg), nebeneinander zwei Fotos, einmal mit einer Hakenkreuzfahne, einmal mit einer Regenbogenfahne gepostet. Das Amtsgericht Offenburg verurteilte ihn nun für die Dauer von zwei Jahren zu einer dreimonatigen Bewährungsstrafe. Formal-juristische Begründung: "Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen".

Außerdem soll der AfD-Kommunalpolitiker 5.000 Euro an die Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ) zahlen sowie 50 Arbeitsstunden beim Ökumenischen Arbeitskreis Asyl Offenburg ableisten.

"Niedrigste politische Verfolgung in schwarzer Kutte"

Maygutiaks Verteidiger kündigte Rechtsmittel an und forderte einen Freispruch. Er warf der Staatsanwaltschaft vor: "Was Sie, gekleidet in eine schwarze Kutte, machen, ist niedrigste politische Verfolgung". Diese sei allein dem Umstand geschuldet, daß der Angeklagte AfD-Mitglied sei. Die Posts seien eine "klare Distanzierung" zum Nationalsozialismus.

Maygutiak, in den USA geboren, betonte vor Gericht, er sei "rechts, konservativ, patriotisch, auch national" - aber kein Nazi. Das Hakenkreuz sei vorliegend zur Dokumentation gedacht gewesen, um den totalitären Charakter der Regenbogen-Bewegung deutlich zu machen.

Der Amtsrichter ließ das nicht gelten und versuchte es mit politisierendem linksgrün-woken Moralismus. Er könne an den Angeklagten nur appellieren, "nachzudenken": "Ist der Weg der AfD der richtige? Oder ist es nicht eher ein Irrweg?" Er könne nicht in den Angeklagten hineinschauen - "ob Sie tatsächlich Gegner des Nationalsozialismus sind, vermag ich nicht zu beurteilen".

Was für verräterische Worte, zeigen sie doch: Der oberste Grundsatz der Rechtsprechung "im Zweifel für den Angeklagten" scheint in der deutschen Gesinnungs-Justiz nicht mehr zu gelten!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. November 2024 (x1.420/…):

>>**"Angela Merkel - Zwischen Legende und Wirklichkeit. Eine kritische Biographie" von Klaus-Rüdiger Mai**

… "Frau Merkel führte Deutschland wie in einer Scheinwelt und ließ es ein ausgedehntes geopolitisches und wirtschaftliches Nickerchen genießen, aus dem es noch erwachen muß ." Economist, 24. Oktober 2024

Angela Merkel hat Deutschland entpolitisiert. Politik in diesen Zeiten ist die Wahrnehmung von Interessen, nicht von Werten. Verantwortliche Politiker und Wirtschaftslenker von Volkswirtschaften, die eng mit der deutschen verbunden sind, tritt der kalte Angstschweiß auf die Stirn, wenn sie auf die Daten der größten Volkswirtschaft Europas schauen. Sie fürchten, mit in den Abgrund gerissen zu werden.
All die Mißstände, mit denen wir heute zu kämpfen haben die desaströse Energiewende, die Abhängigkeit von Rußland, die verfehlte Migrationspolitik, den Abbau von Demokratie, Freiheit, die Einschränkung der Bürgerrechte, das Leben von der Substanz ohne Werterhaltung, den Zusammenbruch des Gesundheitswesens, der öffentlichen Sicherheit und der Infrastruktur, ihre Ursache liegt in der viel zu langen Kanzlerschaft Frau Merkels. Sie hinterließ ein niedergehendes und tief gespaltenes Land.
Nach Merkels Ausstieg aus der Politik wurden ihre Fehler unter großem Propagandaaufwand in Heldentaten umgemünzt.
Klaus-Rüdiger Mai setzt in seiner kritischen Biographie der Ex-Kanzlerin Fakten gegen Legenden und widmet sich der Frage: Warum handelte Angela Merkel, wie sie handelte?
Dabei geht es ihm nicht um die Dämonisierung eines Menschen, nicht um Verschwörungstheorie oder das Walten dunkler Mächte, sondern um eine kühle und glasklare historische Analyse. Vor allem aber geht es um die große Leidenschaft der Angela Merkel: ihre Liebe zur Macht und darum, diese zu durchschauen und zu entzaubern. Denn erst wenn Deutschland seine innere Merkel überwunden hat, wird es wieder gesunden und zu seiner einstigen Stärke und Zukunftsfähigkeit zurückkehren können.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. November 2024 (x1.420/…):

>>**"D-Day": Erster Rücktritt - FDP-Generalsekretär Djir-Sarai gibt auf**
FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai tritt nach Medienberichten zurück. Er zieht damit als erster an der Parteispitze die Konsequenzen aus der partei-internen Diskussion um das umstrittene "D-Day-Papier" zum Ampel-Aus.
Die FDP-Spitze hatte zunächst geleugnet, eine "D-Day-Strategie" geplant zu haben. Nach Medienberichten veröffentlichte die Partei dann aber selbst ein Papier, in dem ein Ausstiegs-Szenario aus der Ampel-Koalition genau unter diesem zynischen Codenamen beschrieben worden war.
Abzuwarten bleibt, ob der FDP-Generalsekretär ein Bauernopfer bleibt oder jetzt auch Parteichef Christian Lindner unter Druck kommt.
"Übernehme Verantwortung"
Djir-Sarai erklärte vor Journalisten, er habe "unwissentlich falsch über ein internes Dokument informiert". Dies sei nicht seine Absicht gewesen, er habe keine Kenntnis über das sogenannte D-Day-Papier gehabt. "Weder von der Erstellung, noch von der inhaltlichen Ausrichtung", so Djir-Sarai. "Dafür entschuldige ich mich, für einen solchen Vorgang ist der Generalsekretär verantwortlich", hieß es weiter. Er übernehme die politische Verantwortung - "um Schaden von meiner Glaubwürdigkeit und der der FDP abzuwenden".
Als neuer FDP-Generalsekretär wurde in der Hauptstadt Ex-Bundesjustizminister Marco Buschmann gehandelt.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. November 2024 (x1.421/…):

>>**Polizei-Daten: Über 2.600 Messerangriffe in Berlin allein in diesem Jahr**
Schwere Straftaten wie Körperverletzungen und Tötungsdelikte sind im Vergleich zum Vorjahr in Berlin gestiegen. Besonders auffällig ist der Anstieg bei Messerangriffen im Zusammenhang mit versuchtem oder vollendetem Mord.
Von *Redaktion*
In Berlin sind schwere Straftaten wie Körperverletzungen, Tötungsdelikte und besonders Mordversuchen gestiegen.

Obwohl sich bei der Berliner Polizei im Jahr 2024 ein leichter Rückgang der Messerangriffe abzeichnet, ist die allgemeine Kriminalitätslage alles andere als beruhigend. In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des AfD-Abgeordneten Gunnar Lindemann, die auf die Entwicklungen im Zeitraum von Januar bis Ende Oktober dieses Jahres eingeht, zeigt sich ein differenziertes Bild: Während die Gesamtzahl der Messerangriffe auf den ersten Blick rückläufig erscheint, sind die Fälle von besonders schweren Straftaten wie Körperverletzungen und Tötungsdelikten gestiegen.
Was die Täterstruktur betrifft, so zeigt sich ein gemischtes Bild. Die Tatverdächtigen kommen aus verschiedenen Ländern, darunter Afghanistan, Syrien, die Türkei und einige afrikanische Staaten. Die Mehrheit von ihnen soll einen deutschen Paß besitzen; inwieweit bei den Tätern ein Migrationshintergrund besteht, ist unersichtlich.
Die Berliner Polizei erfaßte bis Ende Oktober 2.650 Messerangriffe. Von diesen 2.650 Fällen entfielen 1026 auf Bedrohungen - eine Kategorie, die traditionell den größten Anteil an Messerangriffen ausmacht. Darüber hinaus wurden 826 Raubüberfälle mit einem Messer begangen. Besorgniserregend ist jedoch der Anstieg bei den besonders schwerwiegenden Verbrechen: 781 Messer wurden bei gefährlichen und schweren Körperverletzungen eingesetzt, was einen deutlichen Anstieg gegenüber den 633 Fällen vor zehn Jahren darstellt.
"In diesem Jahr wurden Messer 31-mal bei versuchtem oder vollendetem Mord und Totschlag eingesetzt", lautet eine wichtige Feststellung aus der Antwort der Senatsverwaltung. Dieser Anstieg ist im Vergleich zum Vorjahr, in dem es 24 solcher Fälle gab, bemerkenswert und deutet auf eine Rückkehr zu den hohen Zahlen der vergangenen Jahre hin.
Der dramatische Anstieg bei den Fällen von versuchtem oder vollendetem Mord und Totschlag ist nicht der einzige besorgniserregende Trend. Auch die Anzahl der Messerangriffe insgesamt bleibt hoch, wenn man einen Blick auf die Polizeiliche Kriminalstatistik für 2023 wirft, die mit 3482 Messerangriffen einen Rekordwert erreichte. Davon waren 1.493 Bedrohungen, die wie bereits erwähnt einen wesentlichen Teil der Messerangriffe ausmachten.
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. November 2024 (x1.421/…):
>>**Habecks Ministerium gab Millionen für Wärmepumpen-PR aus**
Mit Millionensummen hat Habecks Wirtschaftsministerium eine PR-Veranstaltung namens "Woche der Wärmepumpe" finanziert. 40.000 Euro gingen für Influencer drauf, die Wärmepumpen bewerben sollten.
Von *Redaktion*
Das Bundeswirtschaftsministerium hat Millionensummen für eine PR-Kampagne rund um die Wärmepumpe ausgegeben. Das berichtet The Pioneer unter Berufung auf eine schriftliche Regierungsantwort auf eine Frage des CDU-Abgeordneten Andreas Mattfeldt.
Demnach zahlte das Wirtschaftsministerium unter Robert Habeck knapp 4,1 Millionen Euro für die sogenannte "Woche der Wärmepumpe" und deren Veranstaltungen. Das Ministerium kalkulierte demnach auch 40.000 Euro für Influencer ein, die die Woche bewerben sollten. Verantwortet wurde die Kampagne durch die Deutsche Energie-Agentur (Dena), ein staatseigenes Unternehmen, das laut Gesellschaftsvertrag helfen soll, die energie- und klimapolitischen Ziele der Bundesregierung zu Klimaschutz und Energiewende umzusetzen. Auch das Wirtschaftsministerium selbst tritt als Förderer auf der Website der Wärmepumpen-Initiative auf.
"Woche der Wärmepumpe"
Vom 4. bis zum 10. November 2024 lief die Werbeaktion "Woche der Wärmepumpe", die bundesweit veranstaltet wurde. "Bürgerinnen und Bürger haben sich vor Ort und online in Vorträgen, einer Ausstellung und im Austausch mit regionalen Fachleuten über Wärmepumpen, deren Installation und Fördermöglichkeiten informiert", heißt es auf der Website.
Der CDU-Abgeordnete Andreas Mattfeldt kritisierte gegenüber The Pioneer, daß Habeck mit

Steuergeldern Staatswerbung betreibe, um sein "selbst verschuldetes Wärmepumpen-Desaster der Bevölkerung zu erklären".<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. November 2024 (x1.421/…):

>>**Atomausstieg war "politisch motiviert": AKW-Betreiber widersprechen plötzlich Habeck**

Im Untersuchungsausschuß zum Atomausstieg widersprach ein AKW-Betreiber Robert Habecks Behauptung, die Betreiber hätten eine Laufzeitverlängerung abgelehnt. Mit PreussenElektra-Chef Guido Knott habe nach dessen Aussage niemand geredet: Der Ausstieg war "politisch motiviert".

Marie Rahenbrock

Die Zeichen mehren sich, daß der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke von den Grünen nicht ergebnisoffen geprüft wurde.

Am Donnerstag fand die 14. Sitzung des Untersuchungsausschusses zum Atomausstieg statt. Dabei wurde klar: Ein Streckbetrieb deutscher Meiler wäre technisch möglich gewesen. Das unterstrichen sowohl Guido Knott, der als PreussenElektra-Chef für das Atomkraftwerk Bayern 2 zuständig war, als auch RWE-Chef Markus Krebber, der das Atomkraftwerk Emsland betreute. Diese Aussagen stehen im Widerspruch zu den öffentlichen Stellungnahmen von Wirtschaftsminister Robert Habeck und Umweltministerin Steffi Lemke, die beteuerten, die Kraftwerk-Betreiber würden eine Laufzeitverlängerung ablehnen.

Während Krebber im Untersuchungsausschuß zwar betonte, er habe das finanzielle Risiko eines Weiterbetriebs nicht eingehen wollen und die Verfügbarkeit von Brennstäben sei problematisch gewesen, äußerte Knott scharfe Kritik am Atomausstieg. Brennstäbe seien in weniger als einem Jahr und damit schneller als in der öffentlichen Debatte angegeben verfügbar gewesen, einen Austausch mit ihm als Betreiber haben die zuständigen Minister zudem nicht gesucht, monierte der PreussenElektra-Chef.

Damit betonte er, die Entscheidung über die Abschaltung der Atomkraftwerke sei "politisch motiviert" und "erwartbar" gewesen. "Unerwartet ist, daß es technische Falschbehauptungen gab oder es am Unwillen der Betreiber gelegen haben soll." Im Untersuchungsausschuß sagte er, daß er bereits zu Beginn der Energiekrise im Februar 2022 den Weiterbetrieb von Bayern 2 angeboten habe. Der Weiterbetrieb über den Jahreswechsel hinaus sei den Sicherheitsaspekten nach möglich gewesen. Ursprünglich war vorgesehen, die drei verbliebenen Atomkraftwerke in Deutschland zum 31. Dezember 2022 abzuschalten.

Er habe Habeck schon früh Gespräche angeboten, doch lange habe niemand mit ihm geredet. Statt dessen wandte sich der Wirtschaftsminister an den E.On-Chef Leonhard Birnbaum - PreussenElektra ist eine Tochterfirma von E.On. Birnbaum hatte gegenüber Habeck dann wiederum einen Streckbetrieb ausgeschlossen.

Dabei erklärte auch RWE-Chef Krebber, ein Streckbetrieb sei technisch möglich gewesen. "Grundsätzlich galt und gilt: Technisch ist fast alles machbar", sagt er. Doch er wollte das finanzielle Risiko nicht tragen. Im Frühjahr 2022 erschienen ihm die Kosten für einen Streckbetrieb sehr hoch und der Nutzen gering. "Es fehlte uns das Vertrauen, daß das politisch stabil ist." Weiter sagte er: "Wenn das gemacht werden soll, dann machen wir das, aber wir wollen das politische Risiko nicht übernehmen." Auch Knott wollte eine vertragliche Absicherung, was die Kostenübernahme durch die Bundesrepublik angeht.

Als sich die Situation im Sommer 2022 änderte und die französischen Atomkraftwerke länger als erwartet ausfielen, änderten Habeck und Krebber ihre Meinung über den Streckbetrieb. Auch die Gaslieferungen aus Rußland waren vollständig eingestellt worden. Die "Kritikalität" sei "angestiegen", sagte AKW-Betreiber Krebber. Im August 2022 hatte Habeck angesichts der Situation einen Brief an die französische "Ministerin für Energiewende" geschrieben und gefragt, ob die erwartete Menge an französischem Atomstrom nach Deutschland exportiert

werden könne. Denn davon hing der deutsche Atomausstieg maßgeblich ab.
Der Untersuchungsausschuß, der von der CDU einberufen wurde, soll die Frage klären, ob Wirtschaftsminister Habeck und Umweltministerin Lemke 2022 tatsächlich ergebnisoffen prüften, ob die deutschen Atomkraftwerke in der Energiekrise länger hätten laufen sollen. Die Zeichen mehren sich, daß nicht ergebnisoffen geprüft wurde, sondern politisch motiviert am Atomausstieg festgehalten wurde. Im April 2023 gingen dann auch die letzten drei Meiler vom Netz.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 29. November 2024 (x1.424/…): >>**Systematische Unterdrückung der Impfschäden durch Lauterbach & Co. erwiesen**
Herbert Ludwig
Chefarzt Dr. Jörg-Heiner Möller hat, wie in einem vorigen Artikel berichtet, bereits öffentlich angeprangert, daß man vor einem gewaltigen System stehe, das die Wahrheit der Impfschäden unterdrücke. Nun hat sogar ein neuer ARD-Beitrag aufgezeigt, daß Impfgeschädigte gegen Windmühlen kämpfen, nicht ernst genommen werden und keine Hilfe erhalten.
Ein kausaler Zusammenhang mit der mRNA-Impfung wird geleugnet und das wahre Ausmaß der Impf-Nebenwirkungen entgegen § 13 des Impfschutz-Gesetzes nicht ermittelt, um nicht unter dem Druck großer Zahlen die Kausalität untersuchen zu müssen. Prof. Stefan Homburg legt in einem Video die Taten von Lauterbach & Co. nüchtern und schonungslos offen. Nachfolgend das Transkript. (hl)
Lauterbach mauert bei Impfschäden
von *Prof. Dr. Stefan Homburg*
Das Thema Impfschäden wird derzeit in Deutschland und auch anderen Ländern weiterhin stark diskutiert. In dieser Sendung möchte ich Ihnen zeigen:
Unser Gesundheitsminister Lauterbach mauert bei diesem Thema. Er läßt die Geschädigten mit ihren Problemen allein und tut nichts, um die Risiken eines neuartigen Impfstoffs aufzuklären, den er selbst weiterhin eifrig bewirbt.
Das zeigt bereits ein Beitrag aus der ARD, der klar macht, warum Impfgeschädigte gegen Windmühlen kämpfen, nicht ernst genommen werden und keine Hilfe erhalten. Schauen wir mal kurz rein (wird eingeblendet):
"Vom Staat eine finanzielle Absicherung zu bekommen, scheint für Geschädigte nahezu aussichtslos. Ramona Lautenschlager hatte ihren Antrag auf Impfschaden schon 2022 gestellt. 2024 wurde ihr Widerspruch zurückgewiesen. Sie hat nun Klage eingereicht und das, obwohl ihr mittlerweile drei Unis und auch Fachkliniken das Post-Vac-Syndrom nach Impfung diagnostizieren. Wie kann das sein?
Das für Ramona zuständige Versorgungsamt verweist bei seiner Ablehnung auf den Sicherheitsbericht des Paul-Ehrlich-Institutes. Demnach existiere derzeit kein Hinweis auf einen direkten Zusammenhang zwischen den Long-Covid ähnlichen Beschwerden und der Covid-Impfung. Bundesweit versenden die Versorgungsämter der Länder solche Ablehnungs-Schreiben die "plus minus" vorliegen, immer mit demselben Verweis auf die gemeldeten Zahlen beim Paul-Ehrlich- Institut.
Das Paul-Ehrlich-Institut ist in Deutschland für die Sicherheit der Impfstoffe zuständig und wertet alle Verdachtsfälle aus, die Ärzte, aber auch Betroffene melden. Das Bundesgesundheitsministerium schreibt uns dazu, daß dem Paul-Ehrlich-Institut aktuell 2614 Post-Vac-Verdachtsfälle vorliegen. Zu wenig, um ein Risikosignal zu erkennen. Doch ist diese Zahl realistisch? Daß das Meldesystem des Paul-Ehrlich-Institutes unzureichend ist, stellte der Bundestag schon 2020 fest. So heißt es in dieser Drucksache:
'daß nicht alle Impfkomplikationen erkannt bzw. gemeldet werden und von einer Untererhebung auszugehen ist'.

Deswegen änderte der Bundestag das Infektionsschutzgesetz. Das Paul-Ehrlich-Institut bekam den gesetzlichen Auftrag, zusätzlich die Diagnosedaten der Versicherten auszuwerten:
'Diese zusätzliche Datenbasis ist besonders bei der Einführung neuer Impfstoffe erforderlich'.
Doch wurden diese Daten ausgewertet? Das Bundesgesundheitsministerium schreibt dazu, daß aktuell Datenflüsse an das PEI getestet würden und die Auswertung derzeit in Vorbereitung sei. In Vorbereitung nach fast 4 Jahren?
Dabei hatten die Krankenkassen wie der AOK-Bundesverband dem Bundesgesundheits-Ministerium seit 2021 immer wieder Vorschläge für einen Datenaustausch unterbreitet.
'Doch der angebotene Informationsaustausch wurde vom Ministerium nicht in Anspruch genommen', heißt es von den Krankenkassen. 'Aus unserer Sicht ist es sehr bedauerlich, daß eine datenbasierte Beantwortung von Fragen zu Impfnebenwirkungen aller Geimpften aktuell in Deutschland nicht möglich scheint.'
Will die Bundesregierung das wahre Ausmaß an Impfgeschädigten gar nicht wissen?
Bei Nele war zumindest schon mal ein Politiker vor Ort. Geändert hat sich danach nichts."
Es geht hier um ein allgemeineres Thema, das den sperrigen Namen Pharmakovigilanz trägt.
Darunter versteht man die Beobachtung einer Arznei nach Markteinführung mit rein statistischen Methoden. Das funktioniert so (Graphik wird eingeblendet):
Die grüne Kurve, die Sie hier sehen, soll die Erkrankungen in der Gesamtbevölkerung an einem Tag zeigen. Sie schwankt, aber nicht stark. Wenn Sie nun schlagartig steigt nach Einführung eines neuen Medikaments - das ist die rote Kurve -, dann spricht man von einem Sicherheitssignal. Ein Sicherheitssignal legt den Verdacht nah, daß die Erkrankung durch die neue Arznei verursacht wird. Es wird ohne medizinische Hilfsmittel festgestellt, rein mit statistischen Methoden.
Etabliert wurde diese Pharmakovigilanz nach dem Contergan-Skandal. In den 1960er Jahren stellte man fest, daß die Einnahme dieses Mittels während der Schwangerschaft oft zu Mißbildungen bei Kindern führt. Zunächst wurde natürlich bestritten, daß Contergan die Ursache sei. Sie kennen ja diesen Spruch: Korrelation ist keine Kausalität. Aber am Schluß ließ sich der Zusammenhang nicht mehr leugnen.
Wie versucht nun das Paul-Ehrlich-Institut, das für die Arzneimittelsicherheit zuständig ist, Sicherheitssignale zu erkennen? Es hat dafür ein Meldesystem eingerichtet, mit dem Impfnebenwirkungen erkannt werden können. Allerdings gibt es dabei eine hohe Dunkelziffer, wie ja auch der ARD-Beitrag erwähnt.
Nach Literatur, die das Paul-Ehrlich-Institut selbst zitiert, wird nur ungefähr einer von zehn Impfschäden gemeldet. Das heißt, 90 % bleiben unerkannt.
Um diesem Problem zu begegnen, beschloß der Deutsche Bundestag im Jahre 2020 den Paragraph 13 Absatz 5 des Infektionsschutz-Gesetzes. Dieser bestimmt, daß die Kassenärztlichen Vereinigungen pseudonymisierte Daten an die Behörden übermitteln. Diese Daten umfassen insbesondere den Zeitpunkt der Impfung und den Diagnosecode der Erkrankung.
Bei den experimentellen Covid-Impfungen müssen zusätzliche Daten übermittelt werden: Erstens die Chargennummer des Impfstoffs und zweitens, ob es sich um eine Erstimpfung handelt, eine Zweitimpfung, den Booster, und so weiter. Damit entsteht eine Datenbasis viel besserer Qualität. Denn Ärzte melden natürlich jede Behandlung, um sie abrechnen zu können, sie haben aber keinen Anreiz, Nebenwirkungen und Impfschäden zu melden, weil das zeitaufwendig ist und nicht bezahlt wird.
Die erwähnte gesetzliche Vorgabe stammt aus dem Jahre 2020. Derzeit neigt sich das Jahr 2024 dem Ende zu, und immer noch gibt es diese Datenübermittlung nicht. Der Analyst Tom Lausen fragt alle paar Monate nach bei den Behörden und bekommt stets neue Ausflüchte zu hören wie fehlendes Personal, Suche nach IT-Unternehmen oder fehlendes Budget. All diese Antworten sind natürlich lächerlich. Ein Privatunternehmen würde einen einfachen digitalen

Schnitt binnen Tagen programmieren lassen, im öffentlichen Dienst mag es ein paar Wochen dauern, im Extremfall Monate, aber sicherlich nicht mehrere Jahre.
Die übermittelten Daten könnten unter anderem den Streit um Long-Covid versus Post-Vac schlichten, weil sie neben den Symptomen auch den Impfstatus umfassen. Sie würden auch eine neuartige Bewertung der Risiken dieser Impfstoffe erlauben. Man könnte dann abwägen, ob diese mRNA-Impfstoffe mehr nutzen oder mehr schaden. Wer Verwaltung von innen kennt, meine Damen und Herren, der weiß: Wenn ein Minister möchte, daß ein kleines Projekt sofort umgesetzt wird, dann wird es sofort umgesetzt.
Aus der Tatsache, daß sich hier vier Jahre lang nichts getan hat, kann man schließen, daß Minister Lauterbach die Angelegenheit für nicht dringlich hält, obwohl er in Interviews ständig betont, er wolle für schnelle Hilfe für die impfgeschädigten sorgen. Er geht also ähnlich vor im Grunde wie bei den RKI-Protokollen. Nachdem ein kleiner und stark geschwärzter Teil im März herausgeklagt worden war, versicherte Lauterbach Transparenz und wollte den Rest umgehend veröffentlichen. -
Bis heute ist nicht eine einzige Zeile erschienen von ihm, die seine Amtszeit betrifft.<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 29. November 2024 (x1.423/…): >>**Widersprüchliche Aussagen zur Risikobewertung des Robert Koch-Instituts**
ARD: Lauterbach verhinderte monatelang Herabstufung der Corona-Risikobewertung / RKI: Bewertung ist auch politische Frage, steht "am Übergang zum Krisenmanagement" / Schreyer: RKI-Aussage ist "Irreführung der Öffentlichkeit"
Herausgegeben von *Stefan Korinth* und *Paul Schreyer*
Laut neu aufgetauchten E-Mails zwischen Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) und dem damaligen Präsidenten des Robert Koch-Instituts (RKI), Lothar Wieler, verhinderte Lauterbach im Jahr 2022 monatelang eine vom RKI gewünschte Herabstufung der Corona-Risikobewertung. Dies berichtete Markus Grill, Chefreporter der Investigativressorts von NDR und WDR, am Mittwoch (27. November) in der ARD. Grill waren E-Mails der beiden, die dies belegen, offenbar zugespielt worden.
Das RKI habe laut den E-Mails im Februar 2022 argumentiert, daß "die Krankheitsschwere" der Ende 2021 aufgetauchten Omikron-Variante "geringer" ausfalle als die der vorher dominanten Delta-Variante, weshalb eine Herabstufung der Risikobewertung nötig sei. Lauterbach hielt das laut den E-Mails hingegen für "problematisch", verwies auf "hohe Fallzahlen" und erläuterte, eine Herabstufung sei "insbesondere vor dem Treffen der Ministerpräsidentenkonferenz das falsche Signal".
Im April 2022 entschied der Bundestag über eine allgemeine Impfpflicht. Das Vorhaben scheiterte. Erst im Mai 2022 wurde die Neubewertung erlaubt, verbunden mit dem Hinweis durch das Ministerium, diese "sollte wegen der Grundsensibilität bitte dennoch ohne mediale Ankündigung / Begleitung das Licht der Welt erblicken", wie die ARD nun berichtet.
Lauterbach hatte wiederholt erklärt, das RKI habe "unabhängig von politischer Weisung gearbeitet". In die wissenschaftlichen Bewertungen des Instituts hätten er selbst und die Politik sich "nicht eingemischt". In Reaktion auf die Veröffentlichung der E-Mails erklärte Lauterbach nun, es habe sich bei der Ablehnung der Herabstufung nicht um eine politische Weisung gehandelt. Das RKI sei völlig frei in seiner wissenschaftlichen Arbeit gewesen.
Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) erklärte derweil, Lauterbach habe "die Öffentlichkeit offensichtlich belogen, als er erklärte, daß das RKI völlig frei von politischer Einflußnahme entscheiden konnte". Er habe "dem Vertrauen in die Institutionen unseres Staates erheblich geschadet". Sein Parteikollege, der Gesundheitspolitiker Andrew Ullmann, forderte, Lauterbach müsse "sofort zurücktreten". Die Frankfurter Allgemeine kommentierte, das RKI müsse "vor 'politischen Wünschen' geschützt werden". In der Corona-Zeit habe "der Mut" gefehlt, "Unterschiede zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis, politischer Botschaft und politi-

scher Entscheidung" kenntlich zu machen.
Ganz anders als Lauterbach argumentierte das RKI gegenüber der ARD. Die Risikobewertung beruhe zwar "auf wissenschaftlichen Kriterien", könne aber "nicht als grundgesetzlich geschützte Wissenschaft verstanden werden", sondern habe "einen normativen Charakter" und liege "am Übergang zum Krisenmanagement", für das das Ministerium verantwortlich sei. Laut Multipolar-Mitherausgeber Paul Schreyer, der durch die Veröffentlichung der RKI-Protokolle die gesamte Debatte angestoßen hatte, ist diese Interpretation jedoch eine "Irreführung der Öffentlichkeit". Denn die öffentliche Leitlinie des RKI zur Riskobewertung formuliere klar, daß die Bewertung allein auf wissenschaftlich meßbaren Kriterien beruht.
Konkret heißt es in der Leitlinie, "für die Schwerebeurteilung" würden die "genutzten drei Indikatoren Übertragbarkeit, Schwereprofil und Ressourcenbelastung mit jeweils quantifizierbaren Parametern beurteilt". Damit sei klar, so Schreyer, daß die Risikobewertung eine rein fachliche Einschätzung sei, in der politische Erwägungen "nichts verloren" hätten.
Insofern sei die jetzige Deutung des RKI "eine Verfälschung", was auch juristisch relevant sei. "Das RKI hätte den Vorgaben des Ministeriums widersprechen müssen", betont der Journalist. Auch die Gerichte müßten nun aufarbeiten, inwiefern sie sich bei Ihren Urteilen zu Unrecht auf die angenommene wissenschaftliche Unabhängigkeit des RKI verlassen hätten. Das Verwaltungsgericht Osnabrück habe mit seinem jüngsten Beschluß in dieser Frage "Pionierarbeit" geleistet.<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 29. November 2024 (x1.423/…): >>**Regierung finanziert Ukraine-Zahlungen aus kriegsbedingt steigenden Steuereinnahmen**
Multipolar-Recherche: Wachsende Steuereinnahmen durch Sanktionsfolgen / Gestiegene Verbraucher- und Energiepreise finanzieren indirekt Zahlungen für Ukraine / Trotz Kanzler-Aussagen: Auch milliardenschwere Kürzungen im Sozialbereich
Herausgegeben von *Stefan Korinth* und *Paul Schreyer*
Die Bundesregierung schöpft das Geld für ihre Zahlungen an die Ukraine aus kriegs- und sanktionsbedingt gestiegenen Steuereinnahmen sowie aus Kürzungen öffentlicher Ausgaben. Das hat eine aktuelle Multipolar-Analyse des Bundeshaushalts ergeben. Seit Februar 2022 hat die deutsche Bundesregierung laut eigener Auskunft Zahlungen in Höhe von mehr als 37 Milliarden Euro für die Ukraine getätigt. Über 23 Milliarden Euro davon wurden durch stark gestiegene Einkünfte des Bundes in den Jahren 2022 und 2023 finanziert.
Die steuerlichen Einnahmesteigerungen - unter anderem bei der Umsatzsteuer und bei Unternehmenssteuern - resultieren aus höheren Verbraucherpreisen, die auf gestiegene Energiepreise zurückzuführen sind, welche wiederum durch den Krieg und die von Deutschland mitbeschlossenen Sanktionen ausgelöst wurden. Multipolar bezeichnet dies als "Teufelskreis", der vor allem zu Lasten unterer und mittlerer Einkommensschichten geht. "Der Krieg ernährt den Krieg."
Die restlichen an die Ukraine verschenkten Finanzmittel in Milliardenhöhe hat die Bundesregierung durch Kürzungen bei öffentlichen Ausgaben freigemacht. So wurden beispielsweise zwei "Sondervermögen" des Familienministeriums zum "Ausbau der Betreuung für Kinder bis zum Schuleintritt" und zum "Ausbau Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter" für die Jahre 2023 und 2024 komplett gestrichen.
Weitere Kürzungen gegenüber den Vorjahren hat es in den Ressorts Gesundheit, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie beim Auswärtigen Amt gegeben. Auch die Zuschüsse des Bundes zur Rentenversicherung sind in den vergangenen Jahren unter dem Niveau der zeitgleichen Inflation geblieben.
Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte wiederholt behauptet, die deutschen Zahlungen an die Regierung in Kiew gingen nicht zu Lasten von Rentnern und bedürftigen Menschen in Deutschland. "Es dürfe nicht der Gegensatz aufgestellt werden, entweder die Ukraine zu un-

terstützen oder in Deutschlands Zukunft zu investieren", hatte Scholz in einer Rede am 6. November gesagt.
Diese beiden Aspekte gegeneinander zu stellen sei "falsch und gefährlich". Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hatte am 7. November als erstes Regierungsmitglied allerdings öffentlich erklärt, daß die Zahlungen Deutschlands für die Ukraine zu Kürzungen unter anderem von Sozialausgaben hierzulande geführt haben. Dies seien "schmerzhafte Entscheidungen" gewesen.
Die Neuanschaffung von militärischen Waffensystemen, die die an die Ukraine verschenkte Bundeswehrausrüstung ersetzen soll, werde finanziell im wesentlichen über das "Sondervermögen Bundeswehr" abgewickelt. Es handelt sich dabei um eine Ermächtigung zur Neuverschuldung von bis zu 100 Milliarden Euro. An die Ukraine seien bislang beispielsweise 106 Kampfpanzer (Leopard A1 und A2) und 140 Schützenpanzer (Marder) geliefert worden. Neu bestellt wurden 105 Kampfpanzer Leopard 2 A8 sowie 50 Schützenpanzer (Puma).
Den Kauf dieser neuen Panzer über das "Sondervermögen" abzuwickeln, sei jedoch "rechtlich heikel", denn die Kreditermächtigung sei nicht zur Ersatzbeschaffung ins Leben gerufen worden, sondern um den Ausrüstungsstand des deutschen Militärs zu verbessern. Seit Februar 2022 sei von deutschen Steuerzahlern finanziertes Material aus Beständen der Bundeswehr mit einem geschätzten Wert von etwa 5,2 Milliarden Euro an die Ukraine verschenkt worden.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. November 2024 (x1.422/…): >>**AfD will raus aus Euro und EU**
Die Bundesprogrammkommission der AfD auf sich offenbar auf die Forderungen nach einem Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und dem Euro-System geeinigt.
"Wir halten einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Gemeinschaft für notwendig", zitiert die "Welt" (Freitagausgabe) aus dem finalen Entwurf des Wahlprogramms.
Der Leitantrag wird auf dem AfD-Bundesparteitag im Januar beraten und beschlossen. Dort sind noch Änderungsanträge der Delegierten möglich.
Im Entwurf heißt es laut Zeitung weiter, die EU wolle man durch eine "Wirtschafts- und Interessengemeinschaft (WIG)" ersetzen. "Voraussetzung dafür wäre eine Anpassung der Europaartikel des Grundgesetzes auf Basis einer Volksabstimmung. Uns ist klar, daß ein harter Bruch kontraproduktiv wäre. Der Übergang in die neue WIG wäre darum sowohl mit den alten EU-Partnerstaaten als auch neuen Interessenten im Konsens zu verhandeln."
AfD-Parteichef Tino Chrupalla hatte im Februar dieses Jahres gesagt, daß es für einen "Dexit" zu spät sei. Dies sei die Position beider AfD-Vorsitzenden. Man wolle sich gemeinsam mit europäischen Partnern für eine Reform der EU einsetzen.
Im Programmentwurf heißt es dagegen weiter: "Deutschland muß aus dem Euro-System austreten." Und: "Der AfD ist bewußt, daß die Wiedereinführung einer stabilen nationalen Währung nicht ohne Umstellungsbelastungen erfolgen kann. Diese werden jedoch niedriger sein als die dauerhaften Kosten des weiteren Verbleibs im Euro-System."
Deshalb müsse Deutschland "diese 'Transferunion' aufkündigen und den Irrweg der Dauerrettung durch Wiedereinführung einer nationalen Währung beenden, gegebenenfalls unter paralleler Beibehaltung des Euro oder einer flexiblen ECU-ähnlichen Verrechnungseinheit", zitiert die "Welt" weiter aus dem Papier.
Die AfD war 2013 als Anti-Euro-Partei gestartet, hatte sich aber zwischenzeitlich auch von dieser Forderung verabschiedet. Im Januar dieses Jahres hatte Parteichefin Weidel gesagt: "Für den Euro-Ausstieg ist es zu spät. Das hätte man machen müssen vor dem ersten Rettungspaket." Die Bundesrepublik stehe mit den Tagessalden "so im Feuer, daß sie dann von einer Sekunde auf die andere abgeschrieben wäre". Und: "Durch diese ganzen Schuldenberge

würde der Ausstieg einen zu großen Schaden verursachen."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. November 2024 (x1.422/…): >>**Mercosur-Abkommen ist unterschriftsreif**
Die Gespräche über das Mercosur-Abkommen sind offenbar auf technischer Ebene abgeschlossen. Das berichtet die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (Samstagausgabe). Das Abkommen sei unterschriftsreif; es könne Ende der kommenden Woche auf dem Mercosur-Gipfel in Montevideo (Uruguay) unterzeichnet werden, heißt es in Brüssel.
Das Verhandlungsteam der EU befand sich nach Verhandlungen in Brasilia demnach am Freitag schon wieder auf dem Rückweg nach Brüssel. Nun kommt alles darauf an, ob Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) die Gegner des Abkommens in der EU überzeugen kann.
Vier Staaten stellen sich offen gegen das Abkommen mit Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und inzwischen auch Bolivien: die Niederlande, Österreich, Frankreich und Polen. Die französische Nationalversammlung hatte diese Position am Dienstagabend mit 484 zu 70 Stimmen nochmals bestätigt. Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk wiederum hatte sich erst in dieser Woche auf die Seite der Gegner geschlagen.
Beim EU-Handelsministertreffen wenige Tage zuvor hatte Polen sich noch offen gezeigt. Auch Italien gilt als Wackelkandidat. Deutschland dringt hingegen vehement auf einen baldigen Abschluß des seit 25 Jahren verhandelten Abkommens. Von der Leyen müsse das Wochenende nutzen, um insbesondere den französischen Präsidenten Emmanuel Macron und den polnischen Ministerpräsidenten Tusk zu überzeugen, sagte der Vorsitzende des Handelsausschuß im Europaparlament Bernd Lange (SPD).
Die EU-Kommissionspräsidentin wird zu Beginn ihrer zweiten Amtszeit am Sonntag ohnehin mit den Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten sprechen. Für ausgiebige Verhandlungen über Mercosur dürfte dabei allerdings zu wenig Zeit sein.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. November 2024 (x1.422/…): >>**Im November 168.000 mehr Arbeitslose als vor einem Jahr**
Im November hat es in Deutschland 168.000 mehr Arbeitslose als vor einem Jahr gegeben. Gegenüber dem Vormonat sank die Zahl um 17.000 auf 2.774.000, wie die Bundesagentur für Arbeit am Freitag mitteilte. Die Arbeitslosenquote ging gegenüber dem Vormonat um 0,1 Prozentpunkte auf 5,9 Prozent zurück.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. November 2024 (x1.417/…): >>**Zwischen Reich und Republik**
Von *Daniell Pföhringer*
Von NPD bis AfD: Die Geschichte der deutschen Rechten nach 1945 - der Historiker Karlheinz Weißmann hat sie aufgeschrieben. Entwicklung, Aufstieg und Niedergang aller Parteien und Organisationen - opulent illustriert. …
Die deutsche Nachkriegsrechte ist eine Art weißer Fleck auf der politisch-historischen Landkarte des 20. Jahrhunderts. Das mag angesichts der Masse an Literatur überraschen, die über patriotische Parteien und Organisationen veröffentlicht wurde. Doch in der Regel geht es dabei um Verzerrung zum Zweck der Diffamierung. Eine seriöse, ausgewogene Gesamtdarstellung ohne Schaum vorm Mund fehlte bislang.
Doch nun hat der bekannte Historiker Karlheinz Weißmann diese Lücke geschlossen. In seinem soeben erschienenen Werk "Zwischen Reich und Republik - Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten" zeichnet er die Entstehung rechter Gruppierungen und Parteien seit 1945 nach, schildert ihre großen Erfolge, aber auch ihre Fehler und Niederlagen, die oft ihren Untergang besiegelt haben. Insofern ist das neue Buch von Karlheinz Weißmann auch ein Lehrstück, an dem sich ablesen läßt, wie die AfD agieren sollte, um weiterhin erfolgreich zu sein.

Reichsfreunde in der FDP

Weißmann macht aber auch deutlich, daß in der Frühzeit der Bundesrepublik noch echte Patrioten in den etablierten Parteien gab, beispielsweise in der FDP. Die formierte sich 1948 in Heppenheim als liberale Sammlungspartei, hatte aber einen starken rechten Flügel, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, wo der Nationalliberale Friedrich Middelhauve den Ton angab.

Im Jahr 1952 verabschiedete der Verband in NRW auf seinem Parteitag in Bielefeld einen "Aufruf zur Nationalen Sammlung - Deutsches Programm" beschlossen, in dem sich die FDP "zum Deutschen Reich als der überlieferten Lebensform unseres Volkes und der Verwirklichung seiner Einheit" bekannte. Man erklärte:

"Deutschland kann und wird nie auf das Recht der Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat verzichten."

1953 veranstaltete die FDP im Lübecker Kolosseum eine Großveranstaltung mit Trommelwirbel und Fanfarenklängen, die Bühne säumten zwei Flaggen mit Eisernem Kreuz. Fahnenträger marschierten ein und präsentierten die Wappen Schlesiens, Pommerns und der anderen Ostprovinzen.

Auf dem Rednerpodium: Hasso von Manteuffel, der legendäre Panzergeneral. Er rief den Versammelten zu: "Die Alternative heißt gar nicht Ost oder West. Sie heißt tatsächlich Leben aus eigener Kraft oder Untergang."

Zum Abschluß erklang "Deutschland, Deutschland über alles…" Im selben Jahr zog der hochdekorierte Weltkriegsveteran für die Freien Demokraten in den Bundestag ein. Doch der rechte Flügel der Liberalen konnte sich am Ende nicht durchsetzen, wie Karlheinz Weißmann in "Zwischen Reich und Republik" verdeutlicht.

Adolf von Thadden und die NPD

Hauptsächlich konzentriert sich Weißmann in "Zwischen Reich und Republik" allerdings auf die neu gegründeten Rechtsparteien: 1950 riefen der spätere NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden und seine Mitstreiter die Deutsche Reichspartei (DRP) ins Leben, die in Folge in die Landtage von Niedersachsen, Bremen und Rheinland-Pfalz einziehen konnte.

Ein radikaleres Programm vertrat die Sozialistische Reichspartei (SRP), die sich schon im Oktober 1949 formiert hatte. Sie errang bei der Landtagswahl in Niedersachsen 1951 ein sensationelles Ergebnis von 11,0 Prozent der Stimmen und 16 Sitze im Parlament, darunter vier Direktmandate in Wahlkreisen. Ein Jahr später wurde die SRP verboten, da das Bundesverfassungsgericht ihr eine starke Nähe zum Nationalsozialismus attestierte.

Die größten Erfolge konnte jedoch die 1964 gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) einfahren. Unter der Führung von Thaddens zog sie in den sechziger Jahren in zahlreiche Landtage ein: 1966 in Bayern und Hessen, 1967 in Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, 1968 in Baden-Württemberg.

Doch bei der Bundestagswahl 1969 scheiterte die NPD mit 4,3 Prozent am Parlamentseinzug. Vorausgegangen waren die ominösen "Schüsse von Kassel" - danach setzte der Niedergang der Partei ein. Karlheinz Weißmann zeichnet dies in seinem neuen Buch "Zwischen Reich und Republik" ebenso akribisch nach wie ihr kurzes Wiedererwachen ab 2004 in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, wo die NPD erneut ins Parlament einziehen konnte.

Republikaner und DVU

Mit Pauken und Trompeten zogen die Republikaner (REP) 1989 ins Berliner Abgeordnetenhaus ein. Der Anfang einer Erfolgswelle, die nicht zuletzt auf das Charisma ihres Vorsitzenden Franz Schönhuber zurückzuführen war. Im selben Jahr gelang den REP, was zuvor noch keine Rechtspartei geschafft hatte: ein bundesweiter Erfolg. Man zog ins Europaparlament ein, 1992 dann in den Landtag von Baden-Württemberg, wo 1996 noch einmal der Wiedereinzug gelang.

Doch zu diesem Zeitpunkt war die Partei schon von schweren Richtungskämpfen erschüttert.

Schönhuber warf zuerst Repräsentanten aus der Partei, die ihm als zu weit rechts galten, dann geriet er selber ins Fadenkreuz der Säuberer um den schwäbischen Landesfürsten Rolf Schlierer und wurde gestürzt.
Gerade anhand der Geschichte der Republikaner lassen sich die Fehler und strategischen Versäumnisse der deutschen Rechten nach 1945 sehr gut ablesen, wie der Historiker Karlheinz Weißmann in "Zwischen Reich und Republik" verdeutlicht. Wer Interesse an solchen Fragen sowie den Verästelungen von Parteien und Organisationen aus der Zeit vor und nach der Wende hat, wird mit dem Buch reich beschenkt.
Dazu gehört selbstredend auch die Deutsche Volksunion (DVU) des Münchner Verlegers und Herausgebers der "National-Zeitung", Gerhard Frey. 1971 zunächst als überparteiliche Vereinigung gegründet, trat sie ab 1987 als Partei auf den Plan und wurde in der Folge zur schärfsten Konkurrenz der Republikaner auf der rechten Seite des politischen Spektrums.
Die DVU zog bereits 1987 in das Landesparlament von Bremen ein, konzentrierte sich auf diesen kleinen Stadtstaat und konnte den Erfolg wiederholen. Weitere Landtagseinzüge gelangen in Schleswig-Holstein, 1998 nach einem materialintensiven Wahlkampf in Sachsen-Anhalt (mit 12,9 Prozent) und 2004 - nach dem sogenannten Deutschlandpakt mit der NPD - in Brandenburg.
Doch auch die oft als "Phantompartei" bezeichnete DVU konnte sich nicht auf lange Sicht konsolidieren und sich im Parteienspektrum der BRD etablieren, wie Weißmann in seinem Werk "Zwischen Reich und Republik" nachzeichnet. Die Partei fusionierte 2011 schließlich mit der NPD (heute Die Heimat) und ging mit ihr den Weg in die Bedeutungslosigkeit.

Der Weg der AfD

Die erfolgreichste Partei rechts der Mitte in der Bundesrepublik ist zweifelsohne die AfD. Ihr gelang nicht nur (teilweise mehrfach) der Einzug in alle 16 Landesparlamente, sondern auch ins Europaparlament und den Bundestag. 2013 als "Professorenpartei" unter Bernd Lucke gegründete, häutete sie sich mehrfach und hat nun unter der Führung von Alice Weidel und Tino Chrupalla ihre größte Bastion im Osten.
Welche Fehler der alten rechten Parteien die AfD nicht nachmachen darf und welche strategischen Weichenstellungen wichtig sind, wird anhand von Weißmanns Buch "Zwischen Reich und Republik" mehr als deutlich. Das Buch ist daher nicht nur reines Geschichtswerk, sondern bietet auch lehrreiche Ansichten für die Gegenwart.
Karlheinz Weißmanns neues Werk "Zwischen Reich und Republik - Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten" besticht nicht nur durch seinen Inhalt, sondern ist auch optisch höchst ansprechend gestaltet und opulent bebildert. Dazu gehören auch zahlreiche Tabellen, Diagramme und historische Fotos, die den Text visuell aufwerten und ergänzen.
Die größte Stärke von "Zwischen Reich und Republik" liegt zweifellos in der Detailtiefe und der analytischen Präzision, mit der Weißmann das Thema bearbeitet. Er zeigt auf beeindruckende Weise die ideologischen Brüche und Kontinuitäten innerhalb der deutschen Rechten auf und gibt zugleich einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der politischen Landschaft nach 1945.
Weißmanns Buch ist also eine mehr als reich bebilderte Geschichte der rechten Parteien, Splittergruppen und Themen von 1945 bis heute. Es ist ein echtes Standardwerk, das die erste umfassende Gesamtdarstellung zu diesem Thema bietet und dabei wichtige inhaltliche Fragen in all ihren Facetten behandelt. Wer sich für die ideengeschichtlichen Entwicklungen und politischen Dynamiken der rechten Strömungen nach 1945 interessiert, wird eine wahre Fundgrube vorfinden und an diesem Buch seine helle Freude haben.
Karlheinz Weißmanns neues Werk "Zwischen Reich und Republik - Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten" bietet einen umfassenden Überblick über alle rechten Strömungen und Parteien seit 1945 - von der Deutschen Reichspartei und der NPD bis zur AfD.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**Wir schaffen uns ab**

Wirtschaftsmacht Deutschland: Falsche Vorbilder und trügerische Sicherheiten gefährden unseren Wohlstand

Ulrich Clauß

Wie sich die Zeiten ändern. Als vor einigen Jahren führende AfD-Politiker Vergleiche zwischen der real existierenden Bundesrepublik und der DDR in der Phase ihres Zusammenbruchs anstellten, wurden sie prompt aus dem demokratischen Sektor verbannt. Dieser Vergleich sei eine infame Verharmlosung der DDR-Diktatur, man versündige sich am Erbe der Bürgerrechtler, hieß es im hohen Ton moralischer Entrüstung.

Doch als der renommierte Frankfurter Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe jüngst in einem vielbeachteten Debattenbeitrag für die FAZ den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands an den Koordinaten des realsozialistischen Untergangs der DDR maß, blieben solche Töne aus. Wie das? Was ist anders geworden? Die Antwort auf diese Frage kann jeder in der Zeitung lesen.

Denn da ist zum einen das alarmierende Nachrichtenumfeld, in dem Plumpes Beitrag erscheint. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht von massivem Stellenabbau in den deutschen Schlüsselindustrien der Chemie-, Stahl- und Automobilbranche (bei VW, Audi, Ford, Bosch, Thyssenkrupp) sowie in zahlreichen Zulieferbetrieben die Rede ist. Milliardenschwere Industrieansiedlungen werden gleich reihenweise abgesagt oder verschoben. Gleichzeitig werden die Bürger durch rasant steigende Kosten und Abgaben für die nach wie vor defizitären sozialen Sicherungssysteme, für Wohnen, Dienstleistungen und den täglichen Bedarf belastet.

Zum anderen ist unübersehbar, daß die aktuelle Rezession nicht als zyklische Normalität, als eine für Marktwirtschaften typische konjunkturelle Schwächephase erklärt werden kann. Vielmehr legen eine Reihe von Kennziffern einen ganz anderen Schluß nahe: Das Geschäftsmodell des Standorts Deutschland steht insgesamt zur Disposition. Seit fünf Jahren schon sinkt die Produktivität der deutschen Arbeitnehmer, und das bei steigender Zahl der Beschäftigten. Zudem ist die Exportweltmeisterschaft für Deutschland wohl unwiederbringlich verloren.

Hinzu kommen rückläufige Investitionen ausländischer Kapitalgeber, eine jahrzehntelang vernachlässigte Infrastruktur, Überbürokratisierung und Modernisierungsdefizite auf allen Verwaltungsebenen - vor allem bei der Digitalisierung - und ein seit Jahren immer weniger wettbewerbsfähiges Bildungssystem. Unser Gesundheitssystem ist eines der teuersten der Welt mit bestenfalls mittelmäßigen Behandlungsleistungen. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Das eigentlich Bedrohliche ist, daß die politische Klasse des Landes diese Entwicklung seit weit mehr als einem Jahrzehnt mehr oder weniger laufen läßt und allenfalls darüber streitet, ob man die immer größer werdenden Finanzlöcher mit neuen Staatsschulden stopfen soll, obwohl die Steuereinnahmen Rekordhöhen erreichen. Noch bedrohlicher ist, daß die amtierende Bundesregierung mit ihrer Sozial-, Industrie- und Klimapolitik in den letzten drei Jahren die Strukturkrise der deutschen Wirtschaft auch noch weiter angeheizt hat.

Alles Umstände, die den Wirtschaftshistoriker Plumpe zu seiner Pointe in Analogie zum Untergang der DDR veranlassen: "Wenn jetzt die Regierung sagt, sie sei nicht mehr handlungsfähig, wenn sie keine weiteren Schulden machen könne, dann hätte das auch Günter Mittag (ab 1976 im Zentralkomitee der SED zuständig für Wirtschaftsfragen, Anm. der Red.) sagen können."

Ein Sozialstaat, der sich zu einem "gefräßigen Monster" entwickelt und mehr als 50 Prozent des Staatshaushalts verschlingt, sinkende Produktivitätsraten, eine marode Infrastruktur, und auch der Ausfall billiger Rohstofflieferungen aus Rußland, die in den 1980er Jahren die wirtschaftlichen Probleme der DDR verschärften, sieht Plumpe als Parallelen zum gegenwärtigen

Niedergang der bundesdeutschen Wirtschaft.
"Das politische System der DDR wurde - spätestens unter Honecker - sehr teuer, während die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft nicht proportional anstieg. Dieser Widerspruch macht sich in der Bundesrepublik gerade deutlich bemerkbar", schreibt Plumpe. Honeckers "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" ähnele verdächtig dem Versprechen von Bundeskanzler Olaf Scholz, soziale, innere und äußere Sicherheit "nicht gegeneinander ausspielen" zu wollen.
Wirtschaftshistoriker Plumpe ist nicht der einzige renommierte Ökonom des Landes, der den wirtschaftspolitischen Amoklauf der Ampelregierung und ihrer Vorgängerkoalitionen als Bedrohung für das politische System betrachtet. Von einer "Revolution von oben" spricht Hans-Werner Sinn, langjähriger Präsident des Münchner Ifo-Instituts, in seiner jüngst erschienenen Generalabrechnung mit der sogenannten "Energiewende".
Vom Preis "einer Kugel Eis", den die Energiewende den deutschen Steuerzahler dem damaligen grünen Umweltminister Jürgen Trittin (2004) zufolge angeblich monatlich koste, bis zu den von Bundeskanzler Olaf Scholz erst jüngst herbeihalluzinierten (zweistelligen) "Wachstumsraten wie in den 1950er und 1960er Jahren" durch Investitionen in den "Klimaschutz" spannt Sinn den Bogen "absurder Fehleinschätzungen" einer "blindwütigen Politik", die "noch während des Ukraine-Krieges und nach der Zerstörung der deutsch-russischen Erdgasleitung weitere Kohlekraftwerke außer Betrieb nahm und die restlichen Atommeiler demolierte".
All das geschehe im Namen einer "Klimapolitik", die keines ihrer Ziele erreichen könne, wie Sinn akribisch vorrechnet. Der Ökonom sieht Deutschland an einem "historischen Wendepunkt seiner Entwicklung, bei dem seine Existenz als global tätige Wirtschaftsnation auf dem Spiel steht", schreibt er unter der Überschrift "Wir Geisterfahrer" und fragt: "Hat jemand wirklich bei den Wahlen für die Konsequenzen gestimmt, die nun allerorten sichtbar werden?"
Doch je alarmierender die Expertisen der Ökonomen ausfallen, desto verbissener wird in den Ministerialbürokratien und den ihnen angeschlossenen Anstalten des deutschen "Ideologiestaats" (Karlheinz Weißmann) an der mit Steuergeldern finanzierten Gegenaufklärung gearbeitet. Kritiker dieser wirtschaftspolitischen Geisterfahrt werden als "Klimaleugner" verteufelt.
Platzt dem Bürger der Kragen, bekommt er es mit regierungsamtlichen Abmahnvereinen zu tun, und die Polizei steht vor der Tür. Währenddessen sich die Verantwortlichen dieser täglich scheiternden "Energiewende" wie Sektenführer aufführen dürfen. Aber ist nach der nächsten Wahl mit einer Umkehr, einer Wirtschaftswende, die diesen Namen verdient, zu rechnen? Wohl kaum. Jedenfalls nicht, solange die Systemsprenger auf ihre Wiederwahl hoffen dürfen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**Beleidigte Politiker**
Wenn die Polizei klingelt
Dieter Stein
Die "Schwachkopf-Affäre" um eine von Spitzenpolitikern losgetretene groteske Anzeigen-Flut zieht immer größere Kreise. Mit 1.300 Strafanzeigen liegen die grünen Minister Robert Habeck und Annalena Baerbock vorne. Nummer eins: die selbst gern heftig austeilende FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann mit 1.900 Strafanzeigen.
Zurückhaltend verhält sich die CDU zur Praxis von Politikern, wegen jeder Pöbelei in sozialen Netzwerken bürokratische Mühlen von Polizei und Staatsanwaltschaft in Bewegung zu setzen. Ein Grund: Auch Parteichef Friedrich Merz aktivierte die Justiz gegen mehrere Bürger. So hatte ihn ein Stuttgarter auf X wegen dessen Kritik zur Cannabis-Legalisierung mit "Fresse, drecks Suffkopf" tituliert. Anzeige, Hausdurchsuchung, Beschlagnahme von Handy

und Laptop.
Die Gängelung kritischer Bürger durch Politiker hat das Zeug dazu, Wahlen zu entscheiden.
Wie ist diese Inflation der Strafanträge seit 2021 zu erklären? Insbesondere die Corona-Politik seit 2020 hat die Atmosphäre vergiftet. Die für umfassende Grundrechts-eingriffe verantwortlichen Politiker sahen sich schärfster Kritik, ja Wut und wüsten Beschimpfungen in Öffentlichkeit und Sozialen Medien ausgesetzt. Ein Grund, weshalb der Paragraph 188 Strafgesetzbuch im April 2021 erweitert wurde - und nun "im politischen Leben des Volkes stehende Personen" (also Politiker) nicht nur wegen übler Nachrede und Verleumdung, sondern auch wegen "Beleidigung" besonders schützt.
Dieser absurd erweiterte "Majestätsbeleidigungsparagraph" wirkte als Einladung für spezialisierte Anwaltskanzleien, am Fließband das Netz zu durchforsten und gegen jeden Facebook-Kommentar von Normalbürgern vorzugehen. Das Ganze wird nun zum kapitalen Eigentor für mimosenhafte Politiker. Mit Armin Laschet trifft ein CDU-Politiker den Punkt: "In einer Demokratie darf man die Herrschenden Idioten, Schwachköpfe, Deppen nennen. In Diktaturen wird man dafür strafrechtlich verfolgt." Also weg mit diesem Paragraphen!
Wie empfindlich Meinungsfreiheit in Deutschland gefährdet ist, zeigt eine aktuelle Insa-Umfrage: 78 Prozent der Befragten glauben, daß "manche Personen" aus "Angst vor Konsequenzen" ihre Meinung nicht frei äußern. 43 Prozent haben dies selbst sogar schon erlebt. Die höchsten Werte zur Sorge um freie Rede haben Wähler der AfD und des BSW. Die Gängelung von Bürgern durch die Politik, die bevormundende Sprache und als Gipfel das Klingeln der Polizei nebst Hausdurchsuchung bei Kritikern, die sich lediglich Luft gemacht und einen Versager im Amt des Wirtschaftsministers als "Schwachkopf" bezeichnet haben - das hat das Zeug, Wahlen zu entscheiden.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**Änderung des Waffenrechts**
Die Flinte nicht ins Korn werfen
Florian Asche
Das neue Wort, das Jäger und Sportschützen jetzt lernen müssen, lautet Dysfunktionalität. Bislang mußte jeder Antrag auf waffen- oder jagdrechtliche Erlaubnisse an den Verfassungsschutz gehen, um zu untersuchen, ob mit einer Doppelflinte die große Revolution von rechts gestartet werden soll. Schon damit waren unsere Behörden überfordert.
Nun sollen auch noch Stellungnahmen von Bundespolizei und Zollkriminalämtern ergänzt werden. Wer deren Arbeitstempo kennt, der weiß, was diese Regelung für den Legalwaffenbesitzer bedeutet. Wieder einmal hat unsere Regierung "knallhartes Durchgreifen" angekündigt und lediglich Konfusion erzeugt.
Der Staat kann immer weniger Sicherheit leisten, fordert aber immer mehr Verwaltungsaufwand. Erste Waffenbehörden teilen jetzt mit, aktuell keine Jagdscheine und Waffenbesitzkarten mehr erteilen zu können. In den Ballungszentren sind teilweise mehrere hundert Antragsverfahren unbearbeitet.
Natürlich kann man nach drei Monaten eine "Untätigkeitsklage" beim Verwaltungsgericht einreichen. Doch dort setzt sich das Problem fort. Diese Verfahren sind etwas für Menschen mit stoischer Geduld. Unsere Verwaltung ist umgezogen in Kafkas Schloß. An diese Adresse sollten wir uns nicht gewöhnen, wenn es um staatliches Handeln geht.
Dr. Florian Asche ist Rechtsanwalt und Präsident des Landesjagdverbands Mecklenburg-Vorpommern<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**Viel mehr als Populismus**

Finanzpolitik: Der Steuerreformplan der AfD ist radikal, geht aber in die richtige Richtung

Ulrich van Suntum

Der Bundestagstagswahlkampf hat begonnen, obwohl Kanzler Olaf Scholz erst am 11. Dezember die Vertrauensfrage stellt und der Bundestag erst am 16. Dezember darüber abstimmen soll. Doch schon versprechen die Parteien wieder das Blaue vom Himmel. Das gilt auch für die Steuerpolitik: So kündigte CDU-Chef Friedrich Merz kürzlich auf einem Branchentreffen der Gastronomie an, den Mehrwertsteuersatz auf Speisen in Gaststätten wieder absenken zu wollen.

Die Bundesregierung unter Angela Merkel und ihrem Vizekanzler Scholz hatte ihn während der Corona-Krise im Juli 2020 für ein halbes Jahr auf fünf Prozent abgesenkt und danach nur auf sieben Prozent erhöht. Im Januar 2024 hob die Ampel Gastro-Mehrwertsteuersatz wieder auf 19 Prozent an - obwohl Scholz vor den Kameras der ARD-Wahlarena im September 2021 das Gegenteil versprochen hatte: Das schaffe man nicht wieder ab!

Streichung ganzer Steuerarten und ein einheitlicher Steuersatz

Ähnlich ging es 2005 zu: Die CDU wollte die Mehrwertsteuer um zwei Prozent erhöhen, die SPD gar nicht: Unter Schwarz-Rot stieg sie sogar um drei Prozentpunkte auf die heutigen 19 Prozent. Merz will Bürokratie abbauen, Unternehmensgewinne nur noch pauschal mit 25 Prozent besteuern und die Netzentgelte für Energie halbieren. Ähnliche Forderungen hört man aus der FDP. Selbst SPD und Grüne machen sich für Steuersenkungen stark, allerdings nur für kleinere Einkommen und ausgewählte Produkte wie zum Beispiel Milchersatz, die als besonders klimafreundlich oder gesund gelten.

Gemeinsam ist all diesen Vorschlägen, daß sie punktuell ansetzen, das extrem komplexe deutsche Steuersystem im Grundsatz aber nicht antasten. Vorbei sind die Zeiten, in denen Merz vor 21 Jahren die Steuererklärung auf einem Bierdeckel zusammenfassen wollte und die CDU mit dem Kirchhof-Konzept eine grundlegende Reform der Einkommensteuer zum Wahlkampfthema machte. Wer heute in der politischen Landschaft nach einer solch umfassenden Steuerreform sucht, wird nur noch bei der AfD fündig. Das ist insoweit nicht erstaunlich, als diese Partei ursprünglich von Ökonomen um den Hamburger Volkswirtschaftsprofessor Bernd Lucke gegründet wurde.

Auch heute hat sie noch viele Ökonomen unter ihren Unterstützern und in den eigenen Reihen, darunter die Co-Vorsitzende Alice Weidel. In der breiten Öffentlichkeit ist das allerdings kaum jemandem präsent. Denn die AfD wird in den Medien vorwiegend als Partei der (angeblichen) Klimaleugner und Ausländerhasser dargestellt. Wenn man überhaupt über ihre ökonomischen Vorschläge berichtet, werden diese zudem in aller Regel als populistisch, undurchdacht und unfinanzierbar abgetan. So lehnten CDU und FDP mit solchen Argumenten beispielsweise 2023 den AfD-Antrag im Bundestag ab, die Mehrwertsteuer in der Gastronomie dauerhaft zu senken - um jetzt im Wahlkampf genau dies selbst zu fordern.

Was aber ist von den Steuerplänen der Partei insgesamt zu halten? Diese gehen weit über Einzelmaßnahmen hinaus und beinhalten nicht weniger als einen radikalen Umbau des gesamten Steuersystems, inklusive der Streichung ganzer Steuerarten und eines einheitlichen Steuersatzes für alle. Ausdrücklich beruft sich die AfD dabei auf das ursprüngliche Konzept des früheren Verfassungsrichters Paul Kirchhof. Damit hatte Angela Merkel schon im Wahlkampf 2005 punkten wollen, war allerdings grandios gescheitert. Denn es gelang Gerhard Schröder, die Vorstellungen des "Professors aus Heidelberg" als weltfremde Phantastereien und Ausgeburt sozialer Kälte zu diffamieren.

Die CDU selbst rückte daraufhin von ihrem eigenen Schatten-Finanzminister wieder ab und

verlor anschließend die Wahl. Dagegen scheint die AfD heute in weiten Teilen hinter ihrem Steuerkonzept zu stehen. Mit dem Finanzwissenschaftsprofessor Fritz Söllner hat sie sich zudem einen ausgewiesenen Fachmann als Hilfe für dessen Ausarbeitung und Modernisierung geholt. Herausgekommen ist dabei ein radikaler Reformansatz, der es in sich hat.

Große Sparpotentiale bei Migration und der Klimaschutzpolitik?

Danach soll das deutsche Steuersystem im wesentlichen nur noch auf zwei Säulen fußen, nämlich der Einkommen- und der Mehrwertsteuer - alles andere könne im Prinzip weg. Tatsächlich machen derzeit die Steuern auf Ertrag und Umsatz rund drei Viertel der gesamten Steuereinnahmen aus. Der Rest entfällt auf eine Vielzahl von Spezialabgaben, die oft nur noch historisch zu erklären und teilweise inhaltlich kaum zu rechtfertigen sind. Komplett abschaffen will die AfD insbesondere die Erbschafts- und Schenkungssteuer, ebenso die - seit der jüngsten Reform besonders unbeliebte - Grundsteuer sowie die Gewerbesteuer.

Letzteres haben schon viele Ökonomen gefordert, es scheiterte aber daran, daß die Gewerbesteuer eine wichtige Einnahmequelle der Kommunen ist. Allerdings will auch die AfD sie nicht ersatzlos streichen. Vielmehr will sie - auch hier greift man einen Vorschlag vieler Finanzwissenschaftler auf - die Kommunen zum Ausgleich mit einem Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer ausstatten.

Das macht durchaus Sinn, denn die Gewerbesteuer ist ein bürokratisches Monstrum, das es so in keinem anderen Land der Welt gibt. Dagegen wäre eine kommunale Beteiligung an der Einkommensteuer sehr einfach umsetzbar. Zudem haben dann ähnlich wie im Schweizer Steuersystem alle steuerzahlenden Einwohner ein direktes Interesse daran, daß ihre Gemeinde nicht zu viel Geld für irgendwelchen Blödsinn ausgibt.

Kritischer ist der AfD-Plan zu sehen, anstelle der progressiven Einkommensteuer einen Einheitssteuersatz von maximal 25 Prozent (inklusive Kommunalsteuer) einzuführen. Zwar sollen dafür ähnlich wie im Kirchhof-Konzept Ausnahmen und Steuergestaltungsmöglichkeiten weitgehend gestrichen werden. Aber unter dem Strich dürfte es dennoch zu erheblichen Mindereinnahmen des Staates kommen - zusätzlich zu den gänzlich wegfallenden anderen Steuern. Darüber, wie das aufgefangen werden soll, schweigt sich das Reformkonzept weitgehend aus. Die AfD verweist hier lediglich darauf, daß der Staat riesige Sparpotentiale hat.

Allein die Kosten der von ihr abgelehnten Migrationspolitik beziffert sie auf 70 Milliarden pro Jahr. Hinzu kämen 50 Milliarden für die zahllosen und aus ihrer Sicht größtenteils unsinnigen Klimaschutzprojekte. Aber all dies läßt sich natürlich nicht von heute auf morgen ändern bzw. einsparen. Das Steuerkonzept der AfD ist insoweit eher eine langfristige Idealvorstellung, die auch unter einer Bundeskanzlerin Weidel bestenfalls schrittweise realisiert werden könnte. Aber immerhin, es geht durchaus in die richtige Richtung. Wenn die Opposition nicht solche Perspektiven aufzeigen würde, wer sollte es in der Politik denn dann tun?<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**Massenmigration ist ein Verlustgeschäft**

Sozialbericht 2024: Klare statistische Daten treffen auf eine fragwürdige Analyse durch Sozialwissenschaftler

Paul Leonhard

Gemessen am Nettovermögen von 13,2 Billionen Euro seiner 84 Millionen Einwohner ist Deutschland ein reiches Land: Im Schnitt besitzt jeder Haushalt 316.500 Euro. 9,2 Billionen Euro davon sind in Grund- und Immobilienbesitz gebunden - und die sind durch Zwangssanierungen à la "Heizhammer", Agrarflächenstillegungen, einem "Lastenausgleich" oder neuen Steuern für Klima, Zeitenwende & Co. gefährdet. Denn die öffentliche Hand ist mit 2,5 Billionen Euro verschuldet - die Privathaushalte bislang nur mit 1,3 Billionen Euro.

Sechs Prozent der Haushalte haben kein Vermögen oder nur Schulden. Der Median der Vermögensverteilung, also der Wert, der die reichsten 50 Prozent der Bevölkerung von der ärme-

ren Hälfte trennt, lag bei nur 106.600 Euro. Denn zehn Prozent der Haushalte verfügen über 56 Prozent des Gesamtvermögens. Reichste Deutsche sind Klaus-Michael Kühne (39,2 Milliarden Dollar/Logistik), Dieter Schwarz (38 Milliarden/Lidl, Kaufland) und Reinhold Würth (33,6 Milliarden/Schrauben).

Ein Viertel der Bevölkerung hat eine Einwanderungsgeschichte

Das reicht nicht für die globale Top-30-Liste, die von Bernard Arnault (233 Milliarden/Mode, Kosmetik), Elon Musk (195 Milliarden/Tesla, SpaceX) und Jeff Bezos (194 Milliarden/Amazon) angeführt wird. Die Dollar-Zahlen stammen von Forbes, die Euro-Angaben aus dem "Sozialbericht 2024". Dessen Zusammenspiel aus statistischen Daten und "sozialwissenschaftlicher Analyse" sei der "Kern eines umfassenden Werkes, das gesellschaftliche Trends und Entwicklungen auf einzigartige Weise aufzeigt", lobt Thomas Krüger (SPD), Chef der Bundeszentrale für politische Bildung, das 442seitige Werk, das das Statistische Bundesamt, das Wissenschaftszentrum Berlin und das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) erarbeitet haben.

Der seit 1983 erscheinende Bericht interpretiert die Zahlen im Zeitgeist: So gibt es Behauptungen über "die immer drastischeren Auswirkungen des von Menschen verursachten Klimawandels". Selbst den Lebenswelten "queerer" Menschen sind acht Seiten gewidmet. Auch die West-Ost-Kluft ist weiter ein Thema: Der Vermögensmittelwert liegt im Westen bei 360.000 Euro pro Haushalt und der Median bei 128.000 Euro - im Osten sind es nur 151.000 bzw. 43.000 Euro. Das entspricht knapp dem Vermögensmittelwert von Estland und liegt noch unter dem Median von Litauen.

Die Deutung dieser Fakten ist allerdings gewagt: Von 1991 bis 2023 waren im Westen durchschnittlich 69 Prozent der Bürger mit dem "demokratischen System" zufrieden, im Osten nur 45 Prozent. Im EU-Vergleich würden die Ex-DDRler zu den Unzufriedensten in der EU gehören: "Lediglich in Bulgarien, Griechenland und der Slowakei war die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie Anfang 2023 noch geringer verbreitet." Möglicherweise zeige sich, daß jene, die noch im "staatssozialistischen System der DDR sozialisiert wurden, unrealistischere Vorstellungen von und Erwartungen an die Demokratie haben als die jüngeren Generationen", heißt es im Sozialbericht.

Vielleicht liegt es auch daran, daß es im Osten weniger Aktien- und Fondsvermögen gibt und die dortigen Haushalte mit 38.238 Euro nur 85 Prozent des Jahresnettoeinkommens im Westen (45.217 Euro) haben. Immerhin wird verschwurbelt angedeutet, daß der nach 2014 "sowohl in West- als auch in Ostdeutschland" registrierte "Abfall der Demokratiezufriedenheit" vermutlich "auf die hohe Zahl von in Deutschland ankommenden Geflüchteten zurückzuführen" sei. Daß die "Demokratiezufriedenheit" mit 87 Prozent bei den Grünen-Wählern im Westen am höchsten und mit neun Prozent bei den AfD-Wählern im Osten am niedrigsten ist, zeigt wohl eher, was mit "Demokratiezufriedenheit" gemeint ist.

Niedrige Erwerbsbeteiligung von speziellen Zuwanderergruppen

Auch bei der "sozialen Polarisierung in den deutschen Städten" muß man zwischen den Zeilen lesen: So ist der Zusammenhang zwischen Hartz-IV-Quote und Ausländeranteil auf Stadtteilebene im Osten zwischen 2013 und 2021 von 0,41 auf 0,72 gestiegen - im Ruhrgebiet nur von 0,87 auf 0,93. Dies stehe wohl "im Zusammenhang mit der Zuwanderung ärmerer Menschen aus anderen Ländern, oft mit Fluchthintergrund". Sprich: Die Grenzöffnung 2015 und die Millionenzuwanderung hat den Osten dramatischer verändert als den längst gekippten Ruhrpott. Daß ein Viertel (21 Millionen) der Bevölkerung eine "Einwanderungsgeschichte" hat und vier Millionen einen ausländischen Elternteil heißt, daß es nur noch knapp 59 Millionen "Biodeutsche" gibt.

Von 14,4 Millionen Kindern unter 18 Jahren haben 4,1 Millionen eine Einwanderungsgeschichte, was 28,2 Prozent entspricht. Das ist bislang vor allem ein Problem westdeutscher

Großstädte. Dramatisch ist hingegen für ein Industrieland, daß von der "Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte" 42 Prozent keinen "berufsqualifizierenden Abschluß" hat - bei den Migranten aus Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten sind es sogar 51 bzw. 48 Prozent. Bei den "Biodeutschen" und die "Binationalen" sind es zwölf bzw. 16 Prozent.
Andererseits haben Migranten aus Amerika und dem "sonstigen Asien" zu 54 bzw. 40 Prozent einen akademischen Abschluß - bei der "Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte" sind es nur 26 Prozent. Auch die Erwerbstätigenquote lag "bei den Eingewanderten mit 69,2 Prozent deutlich unter dem Wert der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte, bei der 81 Prozent einer bezahlten Tätigkeit nachgingen", heißt es im Bericht. Oder anders ausgedrückt: 43 Prozent der Bevölkerung aus dem Nahen und Mittleren Osten und 39 Prozent der aus Afrika lebten von Sozialleistungen oder der Unterstützung durch Angehörige - bei EU-Bürgern waren es nur 21 Prozent.
Ende 2023 waren 3,2 Millionen "Schutzsuchende" registriert. Fast eine Million stammt aus der Ukraine. "Betrachtet man die Haupterwerbsphase von 25 bis 59 Jahren, so hatten von den seit Jahresbeginn 2022 aus der Ukraine Eingewanderten 47 Prozent einen akademischen Berufsabschluß einer Fachhochschule oder Universität und 27 Prozent einen nicht akademischen Berufsabschluß." Dennoch lag deren Erwerbsbeteiligung nur bei 21 Prozent. Das liegt wohl nicht nur an den vielen Müttern mit Kleinkindern - auch nur 30 Prozent der ukrainischen Männer waren erwerbstätig.
René Springer, arbeitspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, konstatierte nach seiner Lektüre des Berichts: Die Migrationsgeschichte der Bundesrepublik sei "weder ein Fachkräfteprojekt noch eine soziale Erfolgsgeschichte". Die seit einem Jahrzehnt betriebene Massenmigrationspolitik sei ein Verlustgeschäft für Deutschland: "Angesichts der derzeitigen Probleme des Bundeshaushalts, der Unfinanzierbarkeit des Bürgergeldes und der Tatsache, daß etwa die Hälfte der Bürgergeldempfänger Ausländer sind, ist Handlungsbedarf dringend geboten. Grenzen müssen geschlossen, der Sozialstaat auf Inländer konzentriert und Asylleistungen auf ein Minimum reduziert werden."
Sozialbericht 2024: Ein Datenreport für Deutschland: www.sozialbericht.de<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**Meinungsfreiheit umkämpft**
Werner Olles
Daß es um die Meinungsfreiheit im "besten Deutschland, das es je gab", nicht gut bestellt ist, pfeifen inzwischen die Spatzen von den Dächern. Auch zahlreiche Umfragen belegen, daß die Mehrzahl der Bürger, wenn es um heikle Themenkomplexe wie etwa die illegale Massenmigration, Ausländerkriminalität, Asylmißbrauch oder die Gewaltbereitschaft vor allem junger Männer aus dem arabisch-islamischen Kulturkreis geht, ihre eigene Meinung dazu - wenn überhaupt - nur sehr vorsichtig und zurückhaltend äußert. Schuld daran ist ein Staatsapparat, begleitet von Zwangsgebühren-Sendern und anderen Mainstream-Medien, der Andersdenkende ausgrenzt, diskreditiert und sogar kriminalisiert.
Daß dieser metapolitische Umsturz bereits weitgehend gelungen ist und die politiko-kulturelle Revolution der woken, links-grünen Minderheit munter weiter voranschreitet, beweisen nicht nur die Krawalle pro-arabischer, linksextremistischer und antisemitischer Gewalttäter auf den Straßen und den Hochschulen unserer Metropolen, die dort ungestraft gegen jüdisches Leben in Deutschland hetzen.
Während die offen "antifaschistisch" agierende Innenministerin und der ihr unterstellte Verfassungsschutz unverdrossen zum "Kampf gegen Rechts" aufrufen, gibt es neue Gesetze, die sich vorgeblich gegen Beleidigung und Volksverhetzung richten, de facto jedoch die Meinungsfreiheit der rechtskonservativen und rechtspopulistischen Opposition weiter einschränken, wie der Co-Chefredakteur Hannes Plenge in seinem Leitartikel "Angriff auf die Mei-

nungsfreiheit" in der aktuellen Ausgabe (Nr. 41) der zweimonatlich erscheinenden "Krautzone" hervorhebt. Sein Kollege Florian Müller argumentiert derweil, daß echte Meinungsfreiheit weniger eine juristische Frage ist als eine ökonomische. Denn wer finanziell und sozial unabhängig sei, könne sich den Preis der freien Meinungsäußerung eher leisten.
JF-Chefredakteur Dieter Stein beschreibt in einem Interview nicht nur die Entwicklungsgeschichte der heute größten rechtskonservativen deutschen Wochenzeitung, sondern spricht auch von "latenter Bequemlichkeit und "schlichter Feigheit, die sich hinter markigem Defätismus verbergen", anstatt jetzt und heute dazu beizutragen, daß sich der Kurs realpolitisch endlich ändert.
Netzredakteur Friedrich Fechter erinnert an den Schriftsteller und "konservativen Hipster" Walter Kempowski, schreibt aber auch über den Fall des in Haft sitzenden Online-Kolumnisten und Youtubers Shlomo Finkelstein. Weitere Beiträge widmen sich unter anderem George Orwells Fabel "Farm der Tiere" sowie den Versprechungen von Grünen-Politikern, die mit der Realität kollidieren.
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**Leiche im Keller**
Mißbrauch: Ein Jahr nach dem Vertuschungsskandal zeigt die Evangelische Kirche, daß sie nichts dazugelernt hat
Dietmar Mehrens
Die EKD hat eine gewaltige Leiche im Keller, und sie fängt schon an zu stinken. Daß der Skandal des sexuellen Mißbrauchs in beiden großen deutschen Kirchen nach wie vor mit einem gehörigen Maß an Doppelmoral angegangen wird, zeigt der am 8. November vor dem Landgericht in Hildesheim verhandelte Fall des katholischen Mißbrauchsopfers Jens Windel, dessen dunkler Schatten auch auf die zwei Tage später in Würzburg eröffnete Synode der Evangelischen Kirche fiel. Deren aktuelle Ratsvorsitzende Kirsten Fehrs kam bekanntlich nur dadurch ins Amt, daß ihre Vorgängerin Annette Kurschus über einen Vertuschungsskandal in einem der 1.440 offiziell festgestellten homosexuellen Mißbrauchsfälle ihrer Kirche (Gesamtzahl: 2.225, bei hoher Dunkelziffer) stolperte.
Windel wurde in den achtziger Jahren als Meßdiener in Sorsum (Bistum Hildesheim) mehrfach von einem Pfarrer vergewaltigt. Das hat das Bistum in einem Abbittebrief auch eingestanden. Doch bei der Entschädigungszahlung in Höhe von 400.000 Euro, die Windel beansprucht, setzt das beklagte Bistum auf Verjährung. Der Beschuldigte ist inzwischen verstorben. Windels Anwalt findet das Verhalten des Bistums "treuwidrig". Der Fall ist in der Mediation.
Wer nach der Veröffentlichung des Berichts zu sexuellem Mißbrauch innerhalb der katholischen Kirche (MHG-Studie 2018) darauf gewettet hätte, daß es auch beim sexuellen Mißbrauch durch Protestanten ein deutliches Übergewicht homosexueller Übergriffe geben würde, hätte die Wette gewonnen: 65 Prozent der Mißbrauchsopfer waren männlich, fast hundert Prozent der mutmaßlichen Täter auch (JF 6/24). Signifikant höher als unter evangelischen Pfarrern war die Zahl der Fälle in den Diakonischen Werken. Wörtlich heißt es in der von der EKD in Auftrag gegebenen "ForuM-Studie": "Hier lag der Anteil der männlichen Betroffenen bei 81,9 Prozent." Damit dürften Zölibat und patriarchale Strukturen raus sein aus der Riege der der Mißbrauchsbegünstigung Verdächtigen.
Papst Benedikt sollte diskriminiert werden
Da ist also im letzten Januar eine Bombe hochgegangen. Doch die Lärmschutzmauern des polit-medialen Establishments haben ihre Schallwellen mal wieder erfolgreich abgedämmt. Die Leiche soll im Keller bleiben. Denn sie hat einen LGBT-Hintergrund. Die EKD-Ratsvorsitzende Kirsten Fehrs, vor einem Jahr ins Amt gekommen als Interimslösung, zeigte sich anläßlich der Veröffentlichung der EKD-Studie im Januar zerknirscht und gab im Rück-

blick auf die vollkommen aus dem Ruder gelaufenen Reformpädagogik-Experimente der siebziger Jahre zu, wie "großartig" die linke klerikale Szene, der sie sich selbst zurechnet, derlei damals gefunden habe. "Was gab es für eine Kultur der Grenzverachtung dabei", bekannte sich die evangelische Bischöfin zum "blinden Fleck" in der EKD.
Sie hätte auch einfach sagen können: Benedikt hatte recht! Der Vorgänger von Papst Franziskus I. hatte in seiner letzten größeren Denkschrift "Die Kirche und der Skandal des sexuellen Mißbrauchs" festgestellt: "Zu der Physiognomie der 68er Revolution gehörte, daß nun auch Pädophilie als erlaubt und als angemessen diagnostiziert wurde."
Der Zusammenhang zwischen sexueller Revolution, der Pornographisierung sämtlicher Lebensbereiche, homosexuellen Seilschaften in Priesterseminaren und allgemeinem Sittenverfall: für Benedikt naheliegend, für LGBT-Apologeten wie die Theologen Markus Nolte und Magnus Striet, die der gefährdeten Regenbogen-Orthodoxie mit hastig zusammengeschriebenen Kommentaren zu Hilfe eilten und Benedikts Thesen niederknüppelten, unerhört!
Der Kirchenrechtler Thomas Schüller schwang sich ein Jahr später auf zum Kopf einer Kampagne, die Benedikt diskreditieren sollte, und stellte sich bereitwillig für ein LGBT-affirmatives Propagandaprojekt des ARD-Journalisten Hajo Seppelt zur Verfügung. So gelang es den Torwächtern der öffentlichen Meinung eindrucksvoll, die Kernaussage der MHG-Studie zu vernebeln, nämlich daß die Zahl der Ersttäter in den Jahren der sexuellen Revolution zwischen 1966 und 1970 ihren absoluten Höhepunkt erreichte (S. 256 MHG) und daß die meisten Mißbrauchstäter homo- oder bisexuell waren.
Letzteres ergab sich aus vier zentralen Teilprojekten (nachfolgend TP abgekürzt), die Aufschluß gaben über die sexuelle Orientierung der Täter: TP 2, TP 3, TP 6 und TP 7. Es lohnt sich, hier noch einmal genauer hinzusehen. Denn die MHG-Studie ist zwar älter, aber auch wesentlich umfassender als die "ForuM-Studie".

80 Prozent der Beschuldigten waren bi- oder homosexuell

Bei TP 7, einer internetbasierten anonymen Befragung von Mißbrauchsopfern, ergab sich, daß 51,5 Prozent der Betroffenen männlichen Geschlechts waren - wie auch alle Beschuldigten. Damit war erwiesen: Mehr als die Hälfte der Fälle betrafen gleichgeschlechtlichen Mißbrauch. Das Teilprojekt nahm auch Berufsgruppen innerhalb der katholischen Kirche in den Blick, für welche das Zölibatsgebot nicht gilt - Lehrer, in der Diakonie Beschäftigte, Ordensmitarbeiter -, was theoretisch zu einem Ergebnis mit weitaus mehr weiblichen Opfern hätte führen können. Etwa 13 Prozent der Datensätze wurden nicht in die Studie eingearbeitet und auch nicht separat ausgewertet, weil sie unvollständig oder die Opfer zum Zeitpunkt des Delikts bereits volljährig waren. Waren die meisten von ihnen männlich, würden sie den Anteil der Opfer von homosexueller Gewalt noch einmal substantiell erhöhen.
TP 6 (Analyse von Personal- und Handakten aus den Diözesen) ergab ein Übergewicht von Menschen mit homo- oder bisexueller Orientierung (51,2 Prozent); die 27 Prozent als pädophil Eingestuften könnten parallel auch bi- oder homosexuell sein und den Wert weiter erhöhen (MHG, S. 277).
TP 3 (Analyse von Strafakten der wegen sexuellen Mißbrauchs Angeklagten) ergab: Unter allen Beschuldigten, denen eine sexuelle Orientierung zugeschrieben werden konnte, wurde bei zwei Dritteln Homo- oder Bisexualität diagnostiziert (S. 153 MHG).
Für den ganz großen Paukenschlag aber sorgt TP 2, dessen Befunde die Projektleiter Andreas Kruse, Eric Schmitt und Jörg Hinner selbst als "deutlich aussagekräftiger" loben, denn sie habe die "quantitative Forschungslogik" der anderen Teilprojekte "durch einen qualitativen Zugang ergänzt, der sich explizit um die Abbildung von Unterschieden unter Betroffenen wie Beschuldigten bemüht".
Für TP 2 "wurden 220 Interviews mit Betroffenen, 50 Gespräche mit Beschuldigten und 100 Gespräche mit nicht beschuldigten Priestern, Diakonen und Ordensangehörigen im Bereich

der Deutschen Bischofskonferenz geführt". Resultat: 80 Prozent der Beschuldigten waren bi- oder homosexuell; bei den nicht unter Tatverdacht stehenden Befragten war es umgekehrt: 88 Prozent heterosexuell (S. 112 MHG).
In vier separaten Teilstudien ergab sich mithin regelmäßig ein Übergewicht von bis zu 80 Prozent der Beschuldigten, die eine LGBT-Orientierung aufwiesen. Bestätigt wird dieser für LGBT- und "Gay Rights-Aktivisten" im Hinblick auf die von ihnen gern postulierte Opferrolle katastrophale Befund auch von einer Studie des John Jay College aus dem Jahr 2004, die in 80,9 Prozent aller Fälle von Mißbrauch im Umfeld der internationalen katholischen Kirche männliche Opfer (und Täter) diagnostizierte. Und genau dieser schockierende Wert von über 80 Prozent findet sich nun auch bei den Diakonischen Werken der EKD.

Verflechtungen zwischen linken LGBT-Aktivisten und Kirchen

Für ihre Kirche gelte es nun, Verantwortung zu übernehmen, hatte die auf der Synode in Würzburg im Amt bestätigte EKD-Ratsvorsitzende schon im Januar versprochen und wiederholte das auch jetzt. Kommt also die irrational protektionistische Grundhaltung der beiden Kirchen gegenüber homosexuellem Mißbrauch endlich auf den Prüfstand? Es wäre eine Genugtuung für die vielen Leidensgenossen von Kläger Jens Windel, die es in der protestantischen Kirche gibt.
Blickt man aber auf die schon ohne Mißbrauchsbericht höchst problematischen Verflechtungen zwischen linken LGBT-Aktivisten und Kirchen, wie sie auf dem letzten Evangelischen Kirchentag recht seltsame Blüten trieben, oder an den bizarren, von der Kurie abgelehnten "synodalen Weg" des deutschen Reformkatholizismus, gewinnt man nicht den Eindruck, daß die deutschen Kirchen aus Fehlern lernen, sondern sie lieber umdeuten und sodann als Instrumentarium zur Durchsetzung einer von fanatisierten Wirrköpfen übernommenen Agenda mißbrauchen möchten.
Das klerikale Establishment weiß natürlich, daß die LGBT-Schlagseite, "das deutliche Überwiegen männlicher von sexuellem Mißbrauch betroffener Kinder und Jugendlicher" (MHG, S. 11), eine Ohrfeige ins Gesicht der von ihm durchgesetzten Orthodoxie ist. Und so stieß jede Aufforderung an Kirchenleitungen, sich von populistischem Regenbogen-Agitprop zu distanzieren, bislang auf taube Ohren.
Auch auf der Synode wieder nur die üblichen Lippenbekenntnisse. Statt der "woken" Medusa den Kopf abzuhacken, ließ man ihren Blick die ausgeleierten Leitsätze zu Strukturdefiziten und das Lobby-Blabla über "tief verankerte heteronormative Denk- und Verhaltensmuster" in heilige Steintafeln verwandeln. Bischöfin Fehrs ging in ihrer Eröffnungsrede am 10. November gleich auf die "ForuM-Studie" ein, sprach, ohne konkret zu werden, von glaubwürdiger Aufarbeitung, einem "Ruck (...) teilweise bis in die Kirchenkreise und Gemeinden hinein". Sie stellte "Schutzkonzepte" in Aussicht, die dann zum Abschluß der Synode auch verabschiedet wurden, aber den notorischen LGBT-Opportunismus ihrer Kirche so wenig zur Disposition stellen wie die gegenderte "ForuM-Studie".
Im Vordergrund standen wie auf jedem Grünen-Parteitag die bekannten Zeitgeistthemen soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Migrationspolitik. Auch vor dem Hintergrund einer wachsenden Entfremdung zwischen Gläubigen und Kirchen wären diese gut beraten, ihre polit-kulturelle Grundorientierung an den Glaubenssätzen der linksgrünen Dogmatik zu überdenken, die Bibel wieder ins Zentrum der Verkündigung zu rücken und an bewährten Gottesdienstformen festzuhalten, in denen das Ehren des Schöpfers und des Gottessohns im Zentrum steht. Nur so werden sie den Gestank wieder los, den Leichen im Keller nun mal verursachen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**Faeser geht juristisch gegen "Deutschland-Kurier" vor**

BERLIN/BAMBERG. Der Chefredakteur des AfD-nahen Deutschland-Kuriers, David Ben-

dels, soll aufgrund mehrerer X-Posts insgesamt 480 Tagessätze Strafe zahlen. Die Strafanträge hatte Innenministerin Nancy Faeser (SPD) gestellt, wie aus den Strafbefehlen hervorgeht, die der JUNGEN FREIHEIT vorliegen. Bendels sagte der JF, daß er befürchte, die Staatsanwaltschaft könne wegen der vielen Tagessätze sogar eine Gefängnisstrafe fordern. Er wird derzeit von einem Strafverteidiger vertreten und hat Einspruch eingelegt.
Es geht um drei Beiträge auf der Plattform. Im Zusammenhang mit der Ankündigung Faesers, gegen Staatsverhöhnung vorzugehen, zeigte er die Innenministerin am 28. Februar mit einem Schild vor dem Körper, auf das er "Ich hasse die Meinungsfreiheit" schrieb. Tatsächlich stand dort anläßlich des Holocaust-Gedenktages einen Monat zuvor: "We Remember". Die Innenministerin hatte im Februar gesagt, "diejenigen, die den Staat verhöhnen", müßten es "mit einem starken Staat zu tun bekommen".
Allein dafür soll der Publizist laut Strafbefehl vom 5. November eine Geldstrafe in Höhe von 210 Tagessätzen, die Kosten des Verfahrens und seine Auslagen bezahlen. Vorwurf: Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung. Begründung laut Strafbefehl des Amtsgerichts Bamberg: "Sie zielten dabei auf das Amt der Bundesinnenministerin und wollten die Amtsinhaberin damit diffamieren." Dasselbe Gericht ließ das Haus des Rentners Stefan Niehoff in der "Schwachkopf-Affäre" durchsuchen.
"Frau Faeser stellt die Fakten auf den Kopf, wenn sie eine offenkundig und für jedermann erkennbar satirisch-kritische Fotomontage zum Vorwand nimmt, um Strafantrag wegen Verleumdung zu stellen", sagte Bendels der JF. Fast erwecke es "den Anschein, als wollte Frau Faeser die Botschaft des kritischen Satire-Beitrags im nachhinein noch bestätigen". Bereits am 30. Juli hatte Bendels einen Strafbefehl des Amtsgerichts Bamberg über insgesamt 270 Tagessätze erhalten, weil er am 8. Juni 2023 einen Post des AfD-Politikers Maximilian Krah auf ein Foto mit einem Messerstecher montierte.
Krah hatte geschrieben: "Wir erleben eine Invasion schrecklicher Wilder. Und es sind die Linken und die Netten, die ihnen die Tore öffnen und damit unsere Kinder, Frauen und Schwache ausliefern. Masseneinwanderung ist tödlich."
Das Amtsgericht Bamberg wirft Bendels aufgrund der Verwendung des Bildes vor, "gezielt Vorurteile gegen in Deutschland lebende Menschen mit arabischen Wurzeln zu schüren und zum Haß gegen diese anzustacheln".
In demselben Strafbefehl wird dem Journalisten auch vorgeworfen, sich im Zusammenhang mit der schweren Körperverletzung gegen den damaligen AfD-Landtagskandidaten und heutigen bayerischen Abgeordneten Andreas Jurca der Verleumdung schuldig gemacht zu haben. Er hatte zum Gesicht des schwer entstellten Politikers Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang und Faeser montiert. Ab 90 Tagessätzen ist man in Deutschland vorbestraft.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**Anzeigen bis zum Kollaps der Justiz**
"Majestätsbeleidigung" im Strafgesetzbuch: Mit dem Paragraph 188 haben Politiker eine Flut von Strafverfahren ausgelöst. Unliebsame Äußerungen und Satire sorgen bei einfachen Bürgern für Hausdurchsuchungen
Martin Meckelein / Mathias Pellack
Der berühmte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte, hat, zumindest für Robert Habeck, seit dem 12. November 2024 einen Namen und ein Gesicht: Stefan Niehoff, ein grauhaariger Rentner und ehemaliger Bundeswehrfeldwebel. Niehoff steht vor seinem Bauernhof in Franken. Kariertes Hemd, fülliger Bauch. Im Arm hält er fürsorglich seine Tochter. Die kuschelt sich ganz nah an ihren Vater und lächelt. Niehoff ist der Archetyp eines bodenständigen Deutschen. Und er wurde das Anzeige-Opfer des ehemals charmanten, jetzt dünnhäutig gewordenen Wirtschafsministers Robert Habeck (Grüne).

Doch Recherchen dieser Zeitung decken auf: Habeck ist nicht der einzige, der meinungsstarke Bürger anzeigt. Niehoff ist nicht das einzige Opfer. Der Familienvater teilt sein Schicksal mit Tausenden von Deutschen. Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte erscheinen wie willfährige Handlanger. Aus dem PR-Supergau ist eine Rechtsstaatsdebatte geworden.

"Normal bin ich ein Frühaufsteher, aber an dem Tag war ich irgendwie …", denkt Niehoff im Gespräch mit dieser Zeitung an den 12. November 2024. Der Dienstag, an dem es morgens an seiner Tür klingelte. "Ich bin raus aus dem Bett, mit geschlossenen Augen sozusagen, bin zum Erker hin, hab auf dem Hof ein Auto stehen sehen, und unten war so eine Gestalt im Hof. Hab gedacht das ist mein Junior. Bin die Treppe runter. Meine Frau und meine Tochter waren mittlerweile auch schon auf. Und dann bums! Ausweis vor das Gesicht. 'Hausdurchsuchung'!"

Beim Geschäft mit der Abmahnung der Bürger geht es um Millionen

Polizisten stehen vor Niehoff. Der Rentner bittet die Beamten in die Küche. Sie sei "unaufgeräumt" gewesen, sagt er rückblickend, und es tut ihm sichtlich leid, erinnert er sich. Und sogleich nimmt er die Polizisten in Schutz. "Ich muß jetzt eines sagen, die beiden Beamten waren in Anbetracht dieser ganzen Umstände super. Ich hatte fast den Eindruck, daß es den beiden peinlich war."

Dann legen die Polizisten einen Beschluß des Amtsgericht Bamberg auf den Küchentisch, um den sich jetzt die kleine Familie und die beiden Uniformierten versammelt haben. Sie suchen die elektronischen Geräte, von denen aus Niehoff ein Bild im Internet geteilt hatte. In einer satirischen Abwandlung der Werbung einer bekannten Kosmetikfirma ist ein Foto von Habeck zu sehen. Darunter steht "Schwachkopf professional". Niehoff erinnert sich nicht, so sagt er der JUNGEN FREIHEIT, wann er dieses Meme auf X geteilt habe.

Er gibt den Beamten sein Tablet mit. Den PC darf er behalten. Er habe "nicht im geringsten, niemals, damit gerechnet", etwas Strafbares zu posten, sagt Niehoff. Auch den Paragraphen 188 Strafgesetzbuch (StGB) kannte er bisher nicht. "Jetzt ja", meint er. Auf dem Durchsuchungsbeschluß sind die Paragraphen 185 und 188 StGB aufgeführt.

188 ist die Grundlage für das Vorgehen der Beamten. Er wurde vor etwa drei Jahren überarbeitet. Die letzte Änderung stammt aus dem April 2021, zur Corona-Hochzeit. Als die Kritik am Vorgehen der Regierung immer lauter wurde. Nicht in den linearen Medien, versteht sich, sondern im Internet. Dort, wo Otto Normalverbraucher glaubt, seine Meinung noch ungefiltert kundtun zu können.

Genau dagegen wurde die Neufassung des 188ers ins Feld geführt. Der 188er ist eine Einzelnorm, die regelt, daß Beleidigungen, üble Nachrede und Verleumdungen gegen Personen des politischen Lebens mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren bestraft werden. Damit privilegiert er Politiker, um "eine Vergiftung des politischen Klimas zu verhindern". "Majestätsbeleidigung" sagt der Volksmund. Oder neuerdings "Schwachkopf-Paragraph". Allerdings vergeht den Angezeigten mit der Zeit das Lachen.

Das liegt zum einen an der Anzahl der Anzeigen. Die JF fragte in allen 16 Bundesländern die zuständigen Behörden ab. Demnach verdreifachten sich die Anzeigen seit Inkrafttreten des neugefaßten Paragraphen (siehe Kasten). Auf der anderen Seite daran, daß eine Tat nach Paragraph 188 auch ohne Strafantrag des Verletzten verfolgt werden kann, "nämlich wenn die Strafverfolgungsbehörde wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung ein Einschreiten von Amts wegen für geboten hält", schreiben die wissenschaftlichen Dienste des Bundestages.

Allerdings sähe das Gesetz in diesem Fall wiederum eine Rückausnahme vor: Selbst wenn die Strafverfolgungsbehörde ein Einschreiten von Amts wegen für geboten hielte, könne die Tat nicht verfolgt werden, wenn der Verletzte der Strafverfolgung widerspreche. Die Behörden müssen das abfragen.

Wie reagieren nun Politiker auf die inkriminierten Äußerungen der Bürger? Von FDP-

Urgestein Wolfgang Kubicki ist bekannt, daß er grundsätzlich keine Anzeigen aufgrund Paragraph 188 erstattet. Und wie steht es mit dem Rest? Die JF fragte bei sechs prominenten Politikern nach. Wir wollten unter anderem wissen: Würden Sie von sich selbst behaupten, mit Kritik umgehen zu können? Welche Erklärung haben Sie dafür, daß Bürger auf Online-Portalen Sie persönlich kritisieren? Halten Sie Ihre Vorgehensweise, mit Hilfe des Paragraphen 188 StGB, für zweckmäßig? Wie müssen sich Bürger den Vorgang der Anzeigenerstattung vorstellen? Und auf welche Höhe sich die Schadensersatz- und Schmerzensgelderträge belaufen? Zu guter Letzt natürlich die Frage, ob die Summen gespendet werden?

Wir fragten bei Wirtschaftsminister Habeck (805 Anzeigen laut Statista), Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne, 513 Anzeigen), Innenministerin Nancy Faeser (SPD, 0 Anzeigen), Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD, 10 Anzeigen), EU-Parlamentarierin Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP, 250 Anzeigen monatlich laut Busineß Insider) und den Bundestagsabgeordneten Roderich Kiesewetter (CDU, mindestens 500 Anzeigen laut Welt) an. Die erste, die antwortete, war die Bundesinnenministerin.

Ihre Pressestelle schrieb: "Die Meinungsfreiheit ist elementar für unsere Demokratie und eines der zentralen Grundrechte des Grundgesetzes. Selbstverständlich kann Bundesinnenministerin Faeser mit Kritik umgehen und sieht diese als Teil der öffentlichen Debatte an." Die Grenzen der Meinungsfreiheit, insbesondere wenn Straftaten begangen und Rechte anderer verletzt werden, seien durch die Rechtsordnung vorgegeben. Darüber habe im jeweiligen Einzelfall allein die unabhängige Justiz zu entscheiden.

"Die Bundesinnenministerin ist, wie andere Politikerinnen und Politiker auch, regelmäßig von Haßkriminalität im Internet betroffen. Wo entsprechende Beiträge strafrechtlich relevant sein können und dem BMI bekannt werden, wird Strafanzeige erstattet." Eine Statistik darüber, wie häufig die Ministerin oder das BMI Strafanzeige stelle, führe man nicht. Der JF liegt aber eine Anzeige der Ministerin gegen einen Bürger vor.

Eine weitere Verschärfung ist im Gespräch

Verteidigungsminister Pistorius habe, so die Pressestelle, "aufgrund der aktuellen sicherheitspolitischen Situation" einen sehr vollen Terminkalender. "Interviewmöglichkeiten (was Ihre Fragen im Grunde sind), bestehen aktuell nicht. Wir prüfen dennoch, ob eine Möglichkeit zur Beantwortung der Fragen besteht und melden uns bei Ihnen."

Gemeldet hat sich natürlich niemand mehr. Ob die Angeschriebenen mit dem Erstatten von Anzeigen beschäftigt waren oder ob sie gerade Werbung für Start-Ups kreierten, die als eine Art Tipgeber fungieren, um Anzeigen gegen Bürger durchzusetzen? Wer weiß das schon. Sicher ist allerdings, daß am 20. November 2024 Florian Warweg für die "Nachdenkseiten" in der Regierungspressekonferenz den Sprecher von Robert Habeck (seit 2021 über 805 Anzeigen aufgrund Paragraph 188) folgendes fragte: "Bundeswirtschaftsminister Habeck arbeitet mit dem Abmahn-Start-up So Done zusammen." Warweg wollte nun wissen, wie hoch die Summe sei, die Minister Habeck an den Anzeigen verdient hat.

Dazu muß man wissen, daß So Done eine GmbH ist, 2022 in Rheine gegründet wurde, nun in diesem Jahr den dritten Preis im Gründungswettbewerb MUT des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen gewann und zu deren Gründern Franziska Brandmann gehört. Die wiederum ist auch seit 2021 Bundesvorsitzende der FDP-nahen Jugendorganisation Junge Liberale. Das Geschäftsmodell: Mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz spürt die GmbH Beleidigungen im Netz auf. Der Beleidigte oder Bedrohte mandatiert So Done, und die leiten die entdeckten Meldungen an eine Kanzlei weiter.

"Die Kanzlei nimmt eine rechtliche Überprüfung der Kommentare vor und erstellt einen Sammelstrafantrag mit den Kommentaren, die sie als Online-Straftat gegen dich bewertet", heißt es auf der Internetseite von So Done. "Du kannst dann mit nur wenigen Unterschriften gegen diese Straftaten vorgehen." Bei einer selbsterklärten Erfolgsquote im Gerichtsverfahren

von 95 Prozent kann die Klagefirma sogar damit werben, die Prozeßkosten in jedem Fall zu übernehmen.
In der Galerie erklären dreizehn Politpromis, Journalisten, Fußballer und Aktivisten mit Foto, Namen, Funktion, warum Haß und Hetze im Netz schlecht ist. Warum So Done deshalb gut ist. 591 Euro erstreitet die Abmahnagentur an durchschnittlicher Entschädigung, die dann eins zu eins geteilt werden. Insgesamt 7.816 Haßkommentare habe man bis September 2024 angezeigt. Etwa 4,6 Millionen Euro kommen rechnerisch so zusammen.
Eine Antwort bekam Warweg nicht. Schlimmer, als der Journalist fragte: "Hier wirbt also ein Bundesminister für ein privates Start-up. Können Sie mir darlegen, wieso solch ein Agieren nach Ansicht des BMWK nicht gegen die Verhaltensregeln von Bundesministern verstößt?", war die Antwort von Habecks Sprecher: "Ich weise das zurück. Mir liegt aber auch dazu kein weiterer Stand vor." Allerdings wurde die Funktion unter dem Habeck-Foto auf der So-Done-Seite geändert. Statt Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz steht jetzt "Mitglied des Deutschen Bundestags". Übrigens gab es auch ein Foto samt Zitat von Hendrik Wüst, Ministerpräsident von NRW. Das ist weg. Nach eigener Angabe hat So Done beides zur Vermeidung von möglichen Mißverständnissen entfernt.
Doch dieses privatwirtschaftliche Haß-Inkasso-Büro kostet wenigstens den Steuerzahler kein Geld. Ganz anders steht es bei den halbstaatlich finanzierten Meldestellen für "Haß und Hetze", wie "Hate Aid" (Gelder von den beiden Bundesministerien für Justiz und für Familie JF 43/24) und "REspect" (finanziert vom Bundesland Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern). Die Grünen wiederum betreiben sogar eine parteieigene Ermittlungsstelle, die "Grüne Netzfeuerwehr".
Der deutsche Richterbund warnt vor einer Überlastung der Justiz. 2023 seien bei den Staatsanwaltschaften mehr als 5,5 Millionen neue Fälle aufgelaufen, 350.000 mehr im Vorjahr zuvor und "so viele wie noch nie", schreibt die Welt. Zum Jahresende 2023 hätten die Strafverfolger 923.000 offene Verfahren gemeldet, eine Steigerung um ein Viertel. Gründe: Anzeigen wegen Kinderpornographie meist aus den USA, Cannabislegalisierungsgesetz und "Haß und Hetze".
Doch es wird noch schlimmer! Das Rechtsmagazin "Legal Tribune Online" (LTO) stellt am 23. November die Frage, ob es rechtspolitisch sinnvoll sei, daß eine Beleidigung von Politikern härter bestraft würde als die "einfacher" Bürger? Diese Frage stelle sich um so mehr, "da die niedersächsische Justizministerin Kathrin Wahlmann auf der Justizministerkonferenz in der kommenden Woche (Donnerstag, Anm. d. Red.) einen Antrag, der der LTO vorliegt, einbringen will, mit dem die Voraussetzungen der 'Politikerbeleidigung' abgesenkt werden sollen."<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**Die Stasi und ihre willigen Helfer der RAF**
Vor 35 Jahren wurde Alfred Herrhausen von linksextremen Terroristen ermordet / Ein "taz-Redakteur" erinnert sich
Ulli Kulke
Am 2. Dezember 1989 werden sich die Leser der linken Tageszeitung taz gewundert, viele davon Wutanfälle bekommen oder gar ihr Abonnement gekündigt haben. Mußten sie doch auf einer der vorderen Seiten ihres Szene-Blattes eine Todesanzeige entdecken mit diesem Text: "In tiefer Trauer um einen unersetzbaren, wundervollen Freund."
Das Besondere dabei: Bei dem "Freund" handelte es sich um Alfred Herrhausen, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, der drei Tage vorher, vor 35 Jahren durch eine Sprengfalle auf dem Weg zur Arbeit ermordet worden war. Er galt als Kopf des "militärisch-industriellen Komplexes", wie die taz den Banker bisweilen voller Ablehnung tituliert hatte, den damals mächtigsten deutschen Wirtschaftsmagnaten. Auf dem Spiegel-Titel war er kurz zuvor "Der

Herr des Geldes", der personifizierte Kapitalismus. Und jetzt der "unersetzbare, wundervolle Freund". In der taz, ausgerechnet.
Herrhausen war am 30. November jenes Jahres einer Sprengfalle zum Opfer gefallen, gebaut mutmaßlich von RAF-Terroristen, wahrscheinlich unter Mit Hilfe des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Dessen mörderisches Personal war auch drei Wochen nach dem Fall der Berliner Mauer noch nicht kaltgestellt. Gerade jetzt, Ende 2024, kristallisiert sich für seine Mittäterschaft ein plausibles Motiv heraus, doch dazu später.

Herrhausen liebäugelte mit Nachlaß der Schulden für die Dritte Welt

Der Autor dieser Zeilen, damals taz-Journalist, war Zeuge davon, wie jene Annonce in die taz kam. Als Leiter der Wirtschaftsredaktion verfolgte ich am Morgen des 30. November gerade die einlaufenden Agenturmeldungen über den Anschlag. Noch war unklar: Ist er tot oder "nur" schwer verletzt? Vorsorglich entwarf ich schon mal einen Nachruf auf Herrhausen, dem ich immer mal wieder begegnet war, der mir als taz-Redakteur äußerst interessante Interviews gegeben hatte. Zuletzt erst zwei Monate zuvor, im September 1989.
Mitten in meinen Gedanken stand plötzlich eine junge Frau neben mir. Komplett in Schwarz, damals Markenzeichen des Punk-Milieus. Ein paar Augenblicke dauerte es, bis sie ihre Zurückhaltung aufgegeben hatte. Sie heiße Tanja Neumann, sagte sie zögernd, und sie wolle darum bitten, daß "ihre Zeitung", wie sie die taz nannte, nichts Schlechtes über Herrhausen schreibe. Sie habe ihn gut gekannt, seit sieben Jahren.
Sehr gut. Er sei ein guter Mensch gewesen. Ein, zwei Worte tauschten wir noch. Woher sie in dem Moment schon wußte, daß der Banker tot war, noch vor allen Agenturen, das verriet sie mir nicht. Auch nicht, was sie dann noch in der Anzeigenabteilung wollte, als sie nach dem Weg dorthin fragte. Die junge taz-Leserin war offensichtlich erschüttert. Etwas konnte ich sie trösten, jedenfalls in ihrem konkreten Anliegen.
Auch unabhängig von der Gepflogenheit, in Nachrufen mit Verstorbenen pfleglich umzugehen, war ich sowieso zu keiner Abrechnung mit Herrhausen aus der "linken Ecke" aufgelegt. Zu sehr fühlte auch ich mich betroffen. Ich mußte mir damals schon seit Jahren gestehen: Auch ich war von ihm tief beeindruckt, seit er mir das erste Mal begegnet war.
Das war in Washington 1987. Bei der alljährlichen Herbsttagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, bei dem sich stets auch die großen Geschäftsbanken der Welt austauschen und zum Schaulaufen vor der Presse antreten. Als die Deutsche Bank zum Journalisten-Lunch ins Embassy-Row-Hotel gebeten hatte, war Herrhausen gerade am Vormittag aus Mexiko eingetroffen, einem jener damals so tief in der Kreide stehenden Länder Lateinamerikas. Das war das Thema in jenen Jahren: die katastrophale Verschuldung der Dritten Welt, vor allem Südamerika, von der taz stets kritisch und "solidarisch" begleitet.
Die Ankunft Herrhausens war von Gerüchten umwoben. Man rätselte: Hatte er gerade tatsächlich angeregt, den Schuldnerländern einen Teil ihrer Außenstände zu erlassen? Die US-Banker, die von so einem Schritt weit stärker betroffen gewesen wären, schossen sich schon mal mit Vorwürfen auf ihn ein. Einer brachte die Stimmung der Wall Street auf den Punkt mit der Bemerkung, Herrhausen sei ein "innovativer Softie".
Den letzten Gang hatten die Journalisten verspeist, zum Kaffee lauschten sie dann den Statements der beiden Co-Vorstandsvorsitzenden der "Deutschen", Friedrich Wilhelm Christians und - Herrhausen. Unausgesprochen schälte sich heraus: Christians wollte von Herrhausens Vorstoß nichts wissen. Beide schlichen deshalb um das Thema lieber herum. Sofort danach eilte ich zu ihrem Tisch und bat Herrhausen um ein Interview. "Für die taz? Warum nicht?", antwortete er spontan, bevor er mich ins Nebenzimmer bugsierte, vorbei an Kollegen anderer Zeitungen ("der bürgerlichen", wie wir in der taz sie alle nannten), die ihrerseits auch gern Herrhausen interviewt hätten.
Erstmal sprachen wir über ihn selbst und meine Frage: "Sind Sie nun ein innovativer Softie?"

Innovativ wollte er gelten lassen, Softie nicht. Dann legte er dar, daß er sich mit seinem Vorschlag ziemlich einsam fühlte in der Branche. Aber, sowieso, und im übrigen: Er wolle ja gar nicht wirklich auf Forderungen verzichten. Er relativierte, wollte allzu kernige Schlagzeilen vermeiden.
Nach Ende des Interviews hatte er für andere Blätter "leider" keine Zeit mehr. Er flog auch bald zurück nach Frankfurt. Herausgeschält hatte sich für mich, wie ich es dann auch in späteren Beiträgen darlegte: Herrhausen dachte sehr wohl an Teilschuldenerlasse. Freilich vor allem deshalb, weil - sollte er sich damit durchsetzen - seine Bank erheblich besser dastehen würde als die Konkurrenz in Amerika und Europa, auch der Dresdner und der Commerzbank. Hatte doch kein anderes Haus mit so starken Abschreibungen auf kritische Kredite vorgesorgt wie die "Deutsche". Es paßte, rundum.

Der unglaubliche Briefkontakt zur linken "No-Future-Gymnasiastin"

Das Thema Drittweltverschuldung kochte weiter hoch, für die taz ganz besonders ein Jahr später, als die IWF-Herbst-Tagung in Berlin stattfand, begleitet von heftigen linken Demonstrationen, die den IWF und die Banken als das Böse schlechthin darstellten.
Auch 1988 erhielt ich für die taz beim Lunch "der Deutschen" im Ibis-Hotel am Funkturm das erste Interview. Ich war erneut beeindruckt von Herrhausen, seiner Eloquenz, seiner Überzeugungskraft. Und irgendwie trafen wir uns ja auch. Er in seinen "Kapitalverwertungsinteressen" und seiner Strategie, die Konkurrenz auszubremsen - und ich als Wirtschaftsressortleiter: Seine Plädoyers für Teilschuldenerlasse, wohlvorbereitet durch Abschreibungen, waren im Interesse seiner Bank - und der Dritten Welt, die der taz am Herzen lag.
Es war dies auch das "Narrativ", das sich dann durch meine Kommentare in der taz zog. Zum Leidwesen ihrer "Szene", die lieber alle Banken enteignen wollte. Und die in jenem Jahr noch aus einem ganz anderen Grund gegen meine Zeitung zu Felde zog.
Die taz hatte parallel zur Weltwährungstagung in Berlin einen gemeinsamen Kongreß mit den "Leibhaftigen" geplant, mit IWF und Weltbank. Wir wollten mit ihnen streiten, zusammen mit Wissenschaftlern und "Solidaritätsgruppen", über Geld, Ausbeutung und Ökologie. Meine Freundschaft mit dem Sprecher des Pariser Weltbank-Büros, Akin Fatoyinbo - dessen Chef auch seine Teilnahme zusagte - hatte die Idee konkret werden lassen. Doch es kam nicht dazu, die "Szene" drohte Gewalt an, Gespräche mit der Weltbank - für sie ein Tabu. Alles mußte abgeblasen werden.
Von dem teilverständlichen Kurs gegenüber Herrhausen wegen seiner Teilentschuldung wollte ich als taz-Redakteur jedenfalls nicht lassen. Als Jungspund legte ich mich hierbei auch mit den Altroutiniers an, beflügelt von einer gewonnenen Wette: 1987, nach Herrhausens erstem Vorstoß in Sachen Teilschuldenerlaß, ging es um eine Flasche Schampus gegen den NDR-Redakteur. Herrhausen wird erster alleiniger Chef seiner Bank, die ewige Doppelspitze hat ein Ende, wegen seines Vorstoßes. Sagte ich. Herrhausen wird niemals alleiniger Sprecher, genau wegen seines Vorstoßes. Sagte der Kollege.
Wenige Monate später war Herrhausen alleiniger Vorstandsvorsitzender. Weil der Bank-Chef seinem Haus einen Vorsprung verschafft hatte und dafür belohnt wurde, wurde auch ich belohnt, mit Champagner.
Voller Übermut machte die taz dann 1989 Herrhausen auch noch zum Bundesfinanzminister, am 1. April! Wohlbegründet und kritisch kommentiert ("Stamokap jetzt amtlich"). Bonn rätselte, selbst die dpa. Es sprach für den Banker, daß viele dies glaubten. Auch weil zu Ostern sein Freund Helmut Kohl sowieso eine Kabinettsumbildung vorhatte. Erst am Abend gab Regierungssprecher Friedhelm Ost bekannt: Es war wohl nur ein Aprilscherz der taz.
Ein halbes Jahr später war Herrhausen tot, ermordet. 1989 hatte sich das Geschäftsfeld der Deutschen Bank etwas geändert. Sie engagierte sich zunehmend im Osten. Immer wieder fuhr Herrhausen nach Moskau, auch für Kohl, stabilisierte durch staatliche wie öffentliche Kredite

Gorbatschows Perestroika und Glasnost. Der SED-Nomenklatura, die sich dadurch akut gefährdet sah, wurde er so zum Todfeind.
Herrhausen mußte aus dem Weg geräumt werden. Wer könnte das erledigen? Richtig, die Stasi. Und die RAF-Terroristen boten sich als willige Helfer an, ließen sich ausrüsten, sich schulen und schlugen zu. Diese Lesart legt, wenn auch indirekt, der sehenswerte Spielfilm "Herrhausen - Herr des Geldes" nahe, der jetzt im Oktober zusammen mit einer Dokumentation in der ARD lief, als plausible Erklärung für den unaufgeklärten Mordfall.
Mein journalistischer Umgang mit dem Thema Geld und Banken mußte nach dem Mord ohne den markantesten Protagonisten weiterlaufen. Der Name blieb dennoch präsent. Und deshalb in den späteren Jahren auch die Frage: Was war das damals eigentlich mit der jungen Frau und der Todesanzeige? Es ließ mir keine Ruhe. Aber wie an sie rankommen?
Eine passende Tanja Neumann war nicht zu finden. Hatte sie den Namen geändert, geheiratet? 2004, zum 15. Jahrestag des Attentats, wollte ich es wissen. Inzwischen war ich Redakteur bei der Zeitung Die Welt. Ich forschte und fand eine Tanja Langer. Sie war es. Sie hatte mit dem Fall abgeschlossen. Aber dann, als ich sie besuchte, erzählte sie mir doch noch ihre unglaubliche Geschichte.
1982, mit 19 Jahren, war sie als linke Gymnasiastin und Vertreterin der "No-Future-Generation" zu einer ZDF-Talkrunde eingeladen gewesen. Ihr gegenüber saß Herrhausen. Beim anschließenden Buffet kam man ins Gespräch, stritt sich weiter. Schließlich er: Schreiben Sie mir doch mal. Sie: Ich kriege doch sowieso keine Antwort. Er: Machen Sie es. Sie tat es. Und bekam keinen Brief zur Antwort, sondern umgehend einen persönlichen Anruf. Den ersten von mehreren hundert über die folgenden sieben Jahre. Auch sie rief an, wurde stets von der Sekretärin durchgestellt, wenn es paßte, auch von der Ehefrau bei Herrhausen daheim. Man sprach über Politik, Banken, Geld, Philosophie.
Sie blieb die Linke, wollte wissen, warum nicht alle dasselbe verdienen könnten und gestand ihm, daß sie am Abend nach dem Mauerfall Kohl, Genscher und Brandt vor dem Rathaus Schöneberg ausgebuht habe. Fragte aber auch mal, warum er nicht Bundeskanzler werden wolle. Er: "Ach Tanjuschka". Sie erinnert sich: Er wollte eigentlich "gar nichts groß erzählen", lieber zuhören.
"Ich war so was wie eine geistige Tankstelle für ihn." Unzählige Briefe, Telefongespräche, auch Besuche folgten. Er riet ihr, Schriftstellerin zu werden. Das wurde sie später auch. Mit Erfolg. Dutzende Bücher, Hörspiele und Theaterstücke stammen aus ihrer Feder. Als ich sie wieder an ihre Geschichte mit Herrhausen erinnert und über all das eine längere Welt-Reportage veröffentlicht hatte, da fand sie ihr neues Thema. Und verarbeitete ihre beispiellose Beziehung zu dem Ausnahmebanker im Roman "Der Tag ist hell, ich schreibe dir" (Langen-Müller, 2012).
Ulli Kulke, geboren 1952, war seit 1979 mit Unterbrechung bis 1990 Wirtschaftsredakteur bei der taz in Berlin, danach schrieb er für natur, Wochenpost, mare und zuletzt die Welt.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**Unbezahlbare Luftschlösser**
Wasserstoff zur CO2-neutralen Stahlproduktion zu verwenden ist möglich, aber viel zu teuer / Mehr Produktion im Ausland
Rüdiger Stobbe / Jörg Fischer
Wasserstoff (H2) ist in Verbindung mit Luft hochexplosiv. Das zeigte sich 2011 in Fukushima, als dort drei Reaktoren zerstört wurden. Die Kernschmelze selbst fand eher "im stillen" statt. Geringere Auswirkungen hatte im August 2024 die "H2-Verpuffung" in Leuna: Folge ist ein andauernder Engpaß bei 36 von 82 H2-Tankstellen. Etliche Besitzer von H2-Fahrzeugen sind betroffen. H2 ist viel schwieriger zu handhaben als Benzin, sehr flüchtig und durchdringt auf Dauer jedes Behältnis. Eine längere Lagerung ist immer mit Verlusten verbunden, was

zum Beispiel die H2-Speicherung von überschüssigem Sommer-Photovoltaikstrom für den Winter unmöglich macht. Gleichwohl ist H2 der einzige praktikable Massenspeicher für Strom.
Wenn H2 aus regenerativ hergestelltem Strom per Elektrolyse produziert wird, handelt es sich um "grünen Wasserstoff". Dieser könnte zum Teil die etwa 70 Terawattstunden (TWh) an "grauem Wasserstoff" aus Erdgas ersetzen, welche seit Jahr und Tag von der deutschen Industrie benötigt werden. Ein von der EU und der Bundesregierung angestoßenes und hochsubventioniertes Leuchtturmprojekt ist die Herstellung von "Grünem Stahl". Dieser kann durch das Direktreduktionsverfahren mit H2 als Energieträger hergestellt werden. Statt flüssigem Eisen (Fe) entsteht Eisenschwamm, der mittels Elektrolichtbogen zu Rohstahl wird.
Dieser Rohstahl kann dann weiter veredelt werden. Wichtig ist, daß die für die Stahlerzeugung benötigte elektrische Energie aus Windkraft- und PV-Anlagen gewonnen wird. Der grüne Strom wird mittels Power-Gas-Power für den energieintensiven Aufbau des Elektrolichtbogens aufbereitet. Für den Betrieb einer Direktreduktionslange kann statt des H2 auch Erdgas (CH4) als Energieträger verwendet werden. Das Verhältnis von H2 zu CH4 ist beliebig. Der Strom für den Elektrolichtbogen kann ebenfalls konventionell-fossil erzeugt werden.
So kann für eine Übergangszeit fossile Energie zur Stahlherstellung dann eingesetzt werden, wenn kein oder nicht genügend grüner Strom/grüner Wasserstoff zur Verfügung stehen. Die Produktion von grünem Stahl hängt somit entscheidend davon ab, wieviel grüner Strom zwecks H2-Produktion vorhanden ist. Dabei steht der regenerativ erzeugte Strom für die Stahlproduktion immer in Konkurrenz zur Verwendung im allgemeinen Stromnetz. Dort könnten etwa 90 Prozent des regenerativ erzeugten Stroms den Grünstromanteil erhöhen. Der Rest sind Übertragungsverluste. Wird der "Stahl-Grünstrom" nicht ins Netz eingespeist, muß diese "Stromlücke" konventionell-fossil und/oder durch Stromimporte geschlossen werden.

Die unterschätzten Tücken der regenerativen Stromerzeugung

Allerdings hat der Brennstoffzellenexperte Ulf Bossel schon 2010 dargelegt, wie sich die H2-Transformation auf die Energieverteilung auswirkt. Unter Berücksichtigung der Power-Gas-Power-Transformation gilt die Faustformel: 100 Prozent grüner Strom ergeben 50 Prozent grünen Wasserstoff, der für die Direktreduktionsanlage verwendet werden kann. Wird aus diesem H2 per Brennstoffzelle wieder grüner Strom hergestellt, halbiert sich der Energiegehalt nochmals. Aus 100 Prozent Grünstrom werden 25 Prozent. Dieser kann dann für den Elektrolichtbogen genutzt werden. Die Menge des Wind- und PV-Stroms fällt je nach Jahres- und Tageszeit sowie der Wetterlage unterschiedlich aus. Zudem wurden Dutzende konventionelle Kraftwerke stillgelegt.
Seit 2023 wird mehr Strom im- als exportiert. Bei Sonnenschein kommt es zur PV-Stromübererzeugung, die zu Negativpreisen führt. Nach Sonnenuntergang werden wie bei einer Dunkelflaute Stromimporte nötig. Diese schwankende Stromerzeugung verhindert eine kalkulierbare Produktionskontinuität. Aussagen wie "die Hälfte des Stroms wurde 2023 erneuerbar hergestellt" sind irreführend: Mal sind es zehn, mal 120 Prozent des benötigten Stroms. Im Windkraftbereich müssen vier Anlagen installiert werden, um 100 Prozent der möglichen Strommenge zu ernten: der Vollastanteil liegt bei 25 Prozent. Bei PV-Anlagen sind es zehn Prozent.
Die Erzeugung von regenerativem Strom ist aufwendig und teuer. Er sollte nicht für Prestigeprojekte verwendet werden, sondern den "grünen" Anteil im allgemeinen Stromnetz erhöhen. Nur überschüssiger Grünstrom sollte gespeichert und anderweitig verwendet werden. Alles andere ist Energieverschwendung. Dennoch soll bei Saarstahl, Salzgitter & Co. die Erzeugung von "Grünem Stahl" mit Milliarden von den Steuerzahlern und Aktionären erzwungen werden. Thyssenkrupp (TK) und VW vereinbarten im Oktober die Belieferung mit "CO2-reduziertem Stahl" aus einer Direktreduktionsanlage in Duisburg, die 2027 in Betrieb gehen

soll. Zunächst dient fossiles Erdgas als Reduktionsmittel, später "soll sukzessive auf Wasserstoff umgestellt werden", verspricht TK.
All das ist extrem teuer. Deswegen werden dort künftig nur noch 8,7 statt 11,5 Millionen Tonnen Stahl produziert. Das teilte der TK-Konzern am Montag mit. Der Standort Kreuztal-Eichen (die früheren Hüttenwerke Siegerland) wird geschlossen. Die Beteiligung an den Hüttenwerken Krupp-Mannesmann (HKM) soll veräußert werden - wenn sich ein Käufer findet. Bis 2030 werden so 5.000 Arbeitsplätze wegfallen. Für 6.000 weitere Stellen besteht die trügerische Hoffnung, daß externe Dienstleister oder ein HKM-Käufer die TK-Fachkräfte übernimmt. Zwischen 2008 und 2023 sank die deutsche Stahlproduktion von 45,8 auf 35,4 Millionen Tonnen - die Grün-Stahl-Doktrin wird noch mehr Produktion ins Ausland vergraulen.
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**Berater für Blumenwiesen**
Paul Leonhard
Urbane Blumenwiesen waren auch in diesem Jahr angesagt. Kein Großvermieter, der nicht mit Schildern verkündete, daß das vor seinen Häusern wild Sprießende kein Unkraut sei, sondern blütenreicher Lebensraum für Insekten und Vögel. Früher mußten Hausmeister und Gärtner Grünanlagen kurz halten, es galt als Versagen, wenn irgendwo ein Löwenzahnstengel den Mähmessern entgangen war.
Jetzt darf die Mahd nur noch ein- bis zweimal im Jahr erfolgen. Selbst beim Schnittgerinne drücken Stadtverwaltungen beide Augen zu und lassen wachsen, was da wächst. Immerhin dürfen weiter Kleintraktoren mähen - noch gibt es keinen Sensenzwang. Trotzdem wird in Deutschland offenbar vieles falsch gemacht. Es werde zu früh gemäht und zu viel gedüngt, mäkelt die EU und ihr Gerichtshof. Allerdings betrifft das EuGH-Urteil nicht die urbanen Blumenwiesen, sondern die "Magere Flachland-Mähwiese" und die "Berg-Mähwiese".
Häufiges Mähen und intensives Düngen macht den artenreichen Wiesen den Garaus.
Diese seien nicht so unter Schutz gestellt worden, wie es die FFH-Richtlinie verlangt: Es würden immer mehr dieser wertvollen Lebensräume verschwinden. Immerhin wurde noch keine Geldstrafe ausgesprochen, Berlin hat Zeit nachzubessern. Insbesondere bei den Bauern. Da diese energiereiches Futter für ihre Milchkühe benötigen, wird von ihnen auch das Grünland sehr intensiv bewirtschaftet. Häufiges Mähen und intensives Düngen macht aber artenreichen Wiesen den Garaus. Allerwelts-Futtergras-Arten setzen sich durch.
Das Urteil sei ein "alarmierender Weckruf für besseren Naturschutz", so der Naturschutzbund. Er fordert, die Landwirte für ihre Pflegearbeiten zu entlohnen und rät den Behörden, ihre Experten aufs Land zu schicken, um eine "gewisse Aufklärungsarbeit" zu leisten. Erstes Ziel könnte Baden-Württemberg sein. Da gibt es mit 62.700 Hektar Mähwiesen 40 Prozent der Mähwiesenfläche Deutschlands.<<
Österreich: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**Blaues Beben erschüttert Schwarze und Rote**
Landtagswahl Steiermark: Die FPÖ kann ihren Stimmenanteil verdoppeln und könnte demnächst sogar das Bundesland führen
Robert Willacker
Die politische Landschaft der Steiermark wurde gestern durch ein historisches Wahlergebnis gründlich durchgerüttelt: Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) erzielte mit 34,8 Prozent der Stimmen einen überwältigenden Sieg und legte dabei beeindruckende 17,3 Prozentpunkte zu.
Entsprechend euphorisch zeigte sich FPÖ-Spitzenkandidat Mario Kunasek am Wahlabend im Interview mit dem ORF: "Wir haben auf Sachinhalte gesetzt und in vielen Themenbereichen die Themenführerschaft eingenommen. Wir haben uns Vertrauen erarbeitet, und das wurde heute an einem historischen Tag für die Freiheitliche Partei sichtbar."

Weitaus enttäuschender verlief der Wahltag für die bisher regierende Koalition aus der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und den Sozialdemokraten (SPÖ), die deutliche Verluste hinnehmen mußten. Die ÖVP fiel fast zweistellig ab und kam noch auf 26,8 Prozent, während die SPÖ mit 21,4 Prozent das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte in der Steiermark verzeichnete. ÖVP-Ministerpräsident Christopher Drexler beteuerte am Abend unter Tränen vor seinen Anhängern und zahlreichen Fernsehkameras, in diesem Wahlkampf alles gegeben zu haben, und sah die Schuld am Absturz seiner Landespartei vor allem im Verhalten der Bundes-ÖVP.

"Watschn" für die Bundes-ÖVP und ihren Chef Karl Nehammer

Die verhandelt aktuell ein Dreierbündnis mit den Sozialdemokraten und den sozialliberalen NEOS, um eine Kanzlerschaft der rechten FPÖ trotz ihres ersten Platzes bei den jüngsten Nationalratswahlen zu verhindern. Dieses Agieren wiederum wird von vielen konservativen Wählern kritisch gesehen, was nun auch die steirische ÖVP zu spüren bekam. Mit einem zynischen "ein großes Danke nach Wien", wandte sich Drexler deshalb mehr oder weniger unverblümt kritisch an seine Parteigenossen in der Hauptstadt. Die Antwort erfolgte prompt: "Ich wäre vorsichtig mit Schuldzuweisungen", ließ ÖVP-Generalsekretär Christian Stocker seinen Parteikollegen Drexler noch am Wahlabend unmißverständlich wissen.

Die Grünen erlitten ebenfalls Einbußen und kamen auf 6,2 Prozent, was einen Verlust von sechs Prozentpunkten bedeutet. Die NEOS verbesserten sich leicht auf 6,0 Prozent und erreichten damit ihr bisher bestes Ergebnis, blieben in Anbetracht der großen Wählerwanderungen jedoch unter den Erwartungen. Auch die Kommunisten von der KPÖ, die in der Landeshauptstadt Graz die Bürgermeisterin stellen, konnten trotz leichter Verluste und mit 4,5 Prozent Wähleranteil wieder in den Landtag einziehen. Möglich macht dies in der Steiermark das besondere Landeswahlrecht, das keine klassische Prozenthürde kennt. Zum Einzug in den Landtag muß lediglich ein sogenanntes Grundmandat in einem der vier Wahlkreise der Steiermark erreicht werden.

Die Auswirkungen des Wahlergebnisses auf die Koalitionsverhandlungen im Bund werden von politischen Beobachtern indes zwiespältig beurteilt. Einerseits könnte das Wahlergebnis in der Steiermark nun den Druck auf die Koalitionsbildung in Wien erhöhen und ein Scheitern selbiger damit wahrscheinlicher machen. Andererseits hatten sich sowohl der FPÖ-Sieg als auch das schwache Abschneiden der ÖVP und der SPÖ lange angekündigt und dürften dementsprechend bei den jeweiligen Bundesparteien und ihren Überlegungen schon eingepreist worden sein.

Sichtlich erfreut wertete der FPÖ-Vorsitzende Herbert Kickl den steirischen Erfolg jedenfalls als Signal gegen eine österreichische Variante der Ampelkoalition und ließ in Richtung der Verhandler verlauten: "Die Ampel fliegt ihnen um die Ohrwaschln!"<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**Vom Opfer- zum Tätermythos: Österreicher beim NS-Völkermord**

Sehr lange, so blickt Historiker Kurt Bauer (Graz) auf die Nachkriegszeit zurück, habe sich Österreich darin gefallen, sich zum ersten Opfer Adolf Hitlers zu stilisieren. Das änderte sich erst 1986 mit der Affäre um die Vergangenheit des Bundespräsidenten Kurt Waldheim. Seitdem verwandelte sich der Opfer- in den Tätermythos, wonach Österreicher im Vernichtungsapparat der NS-Diktatur überrepräsentiert gewesen seien.

Eine Vorstellung, die sich zuletzt durch die Figur des aus Wien stammenden KZ-Kommandanten Amon Göth in Steven Spielbergs "Schindlers Liste" fest im kollektiven Unterbewußtsein einbrannte. Zahlreiche seit den 1990ern vorgelegte, statistisch gestützte Studien zu "Täterbiographien" hätten dieses Vorurteil nicht bestätigt. Weder in der elitären Führungsschicht der SS noch unter der Masse von 75.000 Angehörigen der KZ-Lagermannschaften oder unter den Exekutoren mobiler SS-Einsatzgruppen in der Sowjetunion seien Österreicher

signifikant überrepräsentiert gewesen (Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 4/2024).
Anders sehe es nur aus bei den relativ kleinen, aber wichtigen Gruppen der KZ-Ärzte und der Höheren SS- und Polizeiführer, deren Anteil mit 11,2 und 14,9 Prozent fast doppelt so hoch liegt wie der ihrer Landsleute in den übrigen Sektionen der Völkermord-Maschinerie. (ob) *www.ifz-muenchen.de/vfz-archiv*<<

Rußland: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**Mächtig gewaltig**

Der Historiker Jörg Baberowski hat eine großartige Studie zur Herrschaft der Zaren im Russischen Reich vorgelegt

Werner Lehfeldt

Dieses Buch handelt von der Macht als einer der Grundbedingungen menschlicher Existenz, von ihrer unauflöslich auf Gewalt beruhenden Entstehung, ihrer Verfestigung, ihrer Verwandlung in Herrschaft als institutionelle Macht, von ihrer Akzeptanz durch die Beherrschten, die sich von ihr auch Schutz erhoffen, aber auch von den ihr stets drohenden Gefahren, von dem Kampf mit diesen Gefahren und mit den Zwängen, den dieser Kampf den Inhabern der Macht auferlegt. "Wer verstehen will, was Herrschaft ist und wie sie empfunden wird, muß sich an den historischen Ort begeben, an dem sie spürbar wird."

Das Wort des Herrschers war Gesetz und Vermächtnis

Der historische Ort, an den sich der Berliner Osteuropahistoriker Jörg Baberowski - dem wir bereits unter anderem eine akribische, "gnadenlose" Beschreibung und analytische Durchdringung des Stalinismus verdanken - begibt, ist in seinem über tausend Textseiten umfangreichen Hauptteil das rußländische Imperium unter den letzten drei Zaren zwischen 1855, dem Regierungsantritt Alexanders II., bis unmittelbar vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, in dessen Verlauf es untergehen sollte.

Diesem Reich und den in ihm lebenden Menschen widmet der Autor eine wahrhaft enzyklopädische Darstellung, die alle Schichten der Gesellschaft, alle Völkerschaften erfaßt. Dabei beschränkt er sich keineswegs auf eine bloße Beschreibung von "Tatsachen" und Ereignissen, sondern durchdringt diese mit einer analytischen Sonde, indem er sich unbeirrt von der Machtfrage leiten läßt: Wie wurde es unternommen, den autokratischen Machtanspruch durchzusetzen, wie wurde er im Laufe der Zeit modifiziert und - ganz besonders - wie wurde er in Frage gestellt, bekämpft, immer wieder mit Gewalt durchgesetzt, bis dieses Mittel schließlich im Februar 1917 versagte und die Autokratie zusammenbrach.

Bevor das Zarenreich in den letzten Jahrzehnten seiner Existenz detailliert beschrieben und analysiert wird, geht der Autor zu dessen Ursprung zurück und durchmißt dann den Zeitraum bis zum Beginn der Herrschaft Alexanders II. Das "Grundgesetz" des Imperiums war die Selbstherrschaft des Zaren, so wie sie von Peter I. mit eiserner Faust durchgesetzt und praktiziert worden war. Hier war "das Wort des Herrschers Gesetz und Vermächtnis", eines Herrschers, der Rußlands Rückständigkeit durch die Übernahme westeuropäischer Wissenschaft und Technik zu überwinden unternahm und jeglichen Widerstand erbarmungslos niederschlug. "Peter schlug eine blutende Wunde in das russische Leben, die bis zum Ende der Autokratie im Februar 1917 nicht verheilen sollte."

Um seinen Herrschaftsanspruch durchsetzen zu können, bedurfte der Zar der Mitwirkung des Adels, der gleichzeitig von ihm entmachtet, ja versklavt und gezwungen wurde, sich dem Staatsdienst zu widmen, weil es keine andere Möglichkeit gab, Privilegien und hohen gesellschaftlichen Status zu erlangen und zu bewahren. Als Belohnung erhielten die Dienstadligen Land, das von rechtlosen leibeigenen Bauern bearbeitet wurde. Für die bäuerlichen Massen gab es keinen Staat, von dem sie sich irgendeinen Nutzen oder Vorteil versprechen konnten. Sie standen dem Staat und der Schicht der Grundherren feindlich gegenüber, die sie das Fürchten lehrten und nur durch permanente Gewaltausübung niedergehalten werden konnten.

So sollte es bis zum Schluß bleiben.
Ungeachtet aller nachpetrinischen Veränderungen wie etwa der Einteilung des Reiches in Provinzen, der Gewährung erblichen Landbesitzes, der Einrichtung von Schulen, der Emanzipierung des Adels vom Dienstzwang blieb die "Apartheid", die die dünne europäisierte Oberschicht von der Schicht der Bauern trennte unüberwunden und eine immerwährende Bedrohung der Herrschenden.
Auch wenn sich bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts eine Bürokratie herausbildete und sich zwischen den Herrscher und die Beherrschten schob, blieb die Selbstherrschaft bis zur ersten Revolution 1905 im Grundsatz unangetastet bestehen. Tatsächlich trafen auch die letzten Zaren immer wieder Entscheidungen von großer Tragweite. Beispielsweise teilte Zar Nikolaus II. im Jahr 1906 dem Premierminister Sergej Witte buchstäblich en passant, beim Verlassen eines Zimmers, dessen Ablösung mit. Der Zar ernannte die Minister, die ihm persönlich und jeweils einzeln Bericht erstatten mußten. Es gab kein koordiniertes Regierungshandeln. Aber die Herrscher waren weit davon entfernt, ihren Willen, sämtliche Entscheidungen vollständig und ihren Absichten gemäß durchzusetzen.

Gewaltausbrüche in der Provinz prägten die Zarenzeit nach 1861

Zar Alexander II. konnte 1861 zwar die "Bauernbefreiung" verkünden, aber er vermochte es nicht zu verhindern, von den Bauern "mißverstanden" zu werden. Diese konnten nicht begreifen, daß sie das von ihnen bearbeitete Land den Gutsbesitzern abkaufen sollten; denn nach bäuerlicher Rechtsvorstellung konnte Herr des Bodens nur sein, wer diesen bearbeitete. Und so kam das Gerücht auf, die Gutsbesitzer sabotierten das, was der Zar wirklich bezwecke. Folge waren nicht enden wollende Gewaltausbrüche, bei denen unzählige Gutshäuser "abgefackelt" und zahllose Gutsbesitzer ermordet wurden. Immer wieder mußten Kosakeneinheiten mit Gewalt "für Ruhe sorgen". Überhaupt spielten Gerüchte auf dem Lande oftmals eine verhängnisvolle Rolle, so etwa bei der Auslösung von antijüdischen Pogromen.
Schon unter dem "Zaren-Befreier" kam der Terrorismus der "narodniki" auf, dem Alexander II. 1881 selbst zum Opfer fiel, der niemals vollständig besiegt werden konnte und bis zum Ende der Zarenherrschaft Tausende von Staatsbeamten, darunter Minister und Gouverneure, das Leben kostete. 1911 wurde der Premierminister Pjotr Stolypin im Beisein des Zaren ermordet. "Allein zwischen Oktober 1905 und September 1906 wurden 3.611 Staatsbeamte von Terroristen getötet." Immer wieder kam es auch zu Anschlägen auf das Leben der Zaren, die sich in ihren Palästen geradezu einigeln mußten.
Besondere Aufmerksamkeit, man darf wohl gar von Sympathie sprechen, widmet der Autor denjenigen an führender Stelle politisch Handelnden, die sich, mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Mitteln im einzelnen, darum bemühten, das Zarenreich, die Zarenherrschaft in die vom Aufkommen der Industrialisierung und des Kapitalismus geprägte Moderne zu führen und dadurch überlebensfähig zu machen, angefangen unter Zar Alexander II. mit Michail Loris-Melikow bis hin - unter Zar Nikolaus II. - zu Sergej Witte und Pjotr Stolypin.
Alle diese Politiker waren im Wortsinn tragische Gestalten: Einerseits blieben sie unauflöslich an den jeweiligen Zaren, dessen Willen, oftmals - vor allem bei Nikolaus II. - Launen und Schicksal gebunden, andererseits sahen sie sich einer unversöhnlichen, zu Kompromissen nicht bereiten Öffentlichkeit, gerade auch der Oberschicht, gegenüber, wurden in dieser ausweglosen Situation aufgerieben. Immerhin gelang es Witte, dem bedeutendsten Reformer, dem letzten Zaren 1906 das Oktoberdiplom abzutrotzen, mit dem dessen Selbstherrschaft gewisse konstitutionelle Beschränkungen auferlegt wurden.
Es konnte in dieser Besprechung nur darum gehen, dem Leser einen ungefähren Eindruck von einer beeindruckenden, ja großartigen historiographischen Leistung zu vermitteln. Wer sich mit der Geschichte Rußlands in der Neuzeit gründlich beschäftigen, wer die Grundlagen verstehen will, auf denen sich nach dem Sturz der Autokratie ein Terrorregime etablieren konnte,

mit dem die Zarenherrschaft im Vergleich als liberal bezeichnet werden kann, sollte unbedingt Jörg Baberowskis Opus magnum studieren.
Jörg Baberowski: Der sterbliche Gott. Macht und Herrschaft im Zarenreich. Verlag C.H. Beck, München 2024, gebunden, 1.368 Seiten, Abbildungen …
Prof. Dr. Werner Lehfeldt lehrte von 1975 bis 2011 Slavistische Sprachwissenschaft an den Universitäten Konstanz, Basel und Göttingen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**Das kann ins Auge gehen**
Ost-West-Waffenschach: Rätselraten um Putins Superrakete Oreschnik und die US-Hyperschallwaffe Dark Eagle
Ferdinand Vogel
Für das US-amerikanische Institut für Kriegsforschung (ISW) war die Sache klar: "Das einzige grundsätzlich neue Merkmal der russischen Angriffe auf die Stadt Dnipro am 21. November waren die Oreschnik-Raketen, die demonstrativ mit Wiedereintrittskörpern ausgestattet waren, um das Spektakel des Angriffs zu verstärken und zusätzlich eine nukleare Bedrohung anzudeuten."
Die Rakete, die mit nuklearen Sprengköpfen bestückt werden kann, kam also ohne die apokalyptische Ladung. Ob es sich dabei tatsächlich um eine Interkontinentalrakete handelte, wird von Militärexperten bezweifelt. Als wahrscheinlich gilt eher, daß es sich bei der Oreschnik um eine modifizierte Mittelstreckenrakete vom Typ RS-26 Rubezh handelt.
Dieses neue Raketensystem zeichnet sich durch mehrere fortschrittliche Merkmale aus: Es verfügt über ein MIRV-System (Multiple Independent Targetable Reentry Vehicle), das es erlaubt, mehrere Sprengköpfe auf verschiedene Ziele zu lenken. Bei dem jüngsten Einsatz waren sechs Sprengköpfe integriert, von denen jeder wiederum sechs kleinere Ladungen enthielt.
Die geschätzte Reichweite der Oreschnik liegt zwischen 2.500 und 3.500 Kilometern, möglicherweise sogar bei bis zu 5.000 Kilometern, was sie zu einem der leistungsstärksten Systeme ihrer Kategorie macht. Ihre hohe Geschwindigkeit - wenn auch nicht im Hyperschallbereich - macht es bestehenden Abwehrsystemen wie dem Patriot-System schwer, sie effektiv abzufangen, wenn auch nicht unmöglich.
Die Region Königsberg ist eine russische Festung an der Ostsee
Mit dem Ukraine-Krieg hat ein neues Zeitalter des nuklearen Säbelrasselns begonnen. Auf der einen Seite nutzt Moskau seit Beginn des Angriffs auf die Ukraine sein Kernwaffenarsenal als politische Waffe und versucht, durch gezielte Drohungen und demonstrative Einsätze die westliche Unterstützung für Kiew zu untergraben. Die ständige Betonung der Einsatzbereitschaft nuklearer Waffen und die regelmäßigen Verweise auf neue, fortschrittliche Raketensysteme wie die Oreschnik dienen nicht nur der Abschreckung, sondern auch der Einschüchterung. Indem Rußland seine nukleare Schlagkraft ins Zentrum seiner militärischen Strategie rückt, signalisiert es dem Westen die hohen Risiken einer weiteren Eskalation.
Zudem hat sich Rußlands Nukleardoktrin in den vergangenen Jahren stark verändert. Während die Strategie offiziell auf Abschreckung basiert, senkt sie die Schwelle für den Einsatz nuklearer Waffen durch die sogenannte "Eskalation-zur-Deeskalation-Taktik". Dieses Konzept sieht den gezielten Einsatz von Nuklearwaffen in regionalen Konflikten vor, um eine Eskalation zu beenden und die eigene Verhandlungsposition zu stärken. Diese Neufassung der Doktrin senkt die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen, indem sie deren Einsatz auch bei konventionellen Angriffen durch Nicht-Atommächte erlaubt, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Eine gewisse Undurchsichtigkeit, wann genau Rußland hier willens wäre, nuklear zu eskalieren, ist Teil der psychologischen Kriegsführung.
Begleitet wird diese Strategie von einer umfassenden Modernisierung des russischen Arse-

nals. Interkontinentalraketen wie die RS-28 "Sarmat", die mehrere Sprengköpfe tragen können, und Hyperschallwaffen wie der Awangard-Stratosphären-Gleitflugkörper, der bestehende Raketenabwehrsysteme umgehen soll, sind zentrale Bestandteile. Hinzu kommen taktische Nuklearwaffen wie die Iskander-M, die sowohl konventionell als auch nuklear bestückt werden können und speziell für regionale Einsätze entwickelt wurden.
Oder der interkontinentale ballistische Schwerlastflugkörper R-36M Voyevoda (Nato-Name: SS-18 Satan). Er wurde noch in der Sowjetunion entwickelt und hat eine Reichweite von 10.000 bis 16.000 Kilometern. Nach Angaben der amerikanischen Publikation Military.com ist die R-36M Voyevoda-Rakete die stärkste der Welt. Sie sei in der Lage, die Raketenabwehr zu überwinden und jeden beliebigen Punkt auf dem Gebiet der USA mit mindestens zehn thermonuklearen Blöcken zu treffen, so ein Bericht des privaten russischen Fernsehsenders RTVI.
Königsberg (Kaliningrad) ist für die nukleare Abschreckungsstrategie Rußlands derzeit nicht mehr wegzudenken. Die Bedeutung Kaliningrads als militärisches Drehkreuz wird durch seine geographische Lage verstärkt. Die Exklave liegt nur etwa 500 Kilometer von Berlin entfernt und etwa 1.200 Kilometer von Brüssel, dem Hauptsitz der Nato, was es Rußland erlaubt, einen Großteil Europas abzudecken. Diese strategische Nähe, gepaart mit der Reichweite der in Kaliningrad stationierten Waffensysteme, stellt eine Herausforderung für Strategen in EU und der Nordatlantischen Allianz dar.
Eines der wichtigsten Waffensysteme in Kaliningrad sind die Iskander-M-Raketen. Mit einer Reichweite von bis zu 500 Kilometern können diese Raketen in kürzester Zeit Ziele in Polen, Litauen, Lettland und Teilen Deutschlands erreichen. Ihre hohe Mobilität und die Schwierigkeit, sie zu lokalisieren, machen sie zu einem zentralen Element der strategischen Abschreckung.
Ergänzt werden sie durch die Kaliber-Marschflugkörper, die von russischen Überwasserschiffen und U-Booten gestartet werden. Er fliege niedrig über der Oberfläche in einer Höhe von 10 bis 150 Metern und könne über unebenem Gelände kreisen. Dank all dieser Eigenschaften werde "Kaliber" vom Radar nur schlecht erfaßt, könne aber trotzdem abgefangen werden, so RTVI. Mit einer Reichweite von bis zu 2.500 Kilometern können sie Ziele in Mitteleuropa, einschließlich Deutschland, Frankreich und Skandinavien, ins Visier nehmen.
Gerade operativ-taktische Raketensysteme vom Typ Oniks (Reichweite 300 Kilometer; Nato-Code: SS-N-26) sind auch bei Kaliningrad stationiert. Ein Beamter des Verteidigungsministeriums erklärte gegenüber RTVI an einem Stand mit russischen Raketenentwicklungen auf dem Forum Army-2023, daß zu den potentiellen Zielen von Iskander gegnerische Raketensysteme, Mehrfachraketenwerfer und Langstreckenartillerie, Flugzeuge und Hubschrauber auf Flugplätzen, Kommandoposten und Kommunikationsknotenpunkte gehören.
Zudem lagert Rußland auch taktische Atomwaffen in Königsberg und hat dort taktische und konventionelle Raketenschlagübungen durchgeführt. Darüber hinaus hat Rußland in Kaliningrad MiG-31-Abfangjäger stationiert, die mit den hochmodernen Kinzhal-Hyperschallraketen ausgerüstet sind. Diese Raketen erreichen Geschwindigkeiten von bis zu Mach 10, haben eine Reichweite von 2.000 Kilometern und sind in der Lage, sowohl konventionelle als auch nukleare Sprengköpfe zu tragen.
Durch ihre Geschwindigkeit und Manövrierfähigkeit sind sie darauf ausgelegt, bestehende Raketenabwehrsysteme zu durchbrechen, was sie zu einer erheblichen Bedrohung für zentrale Infrastrukturziele in ganz Mitteleuropa macht. "Man kann argumentieren, daß Kaliningrad eine Art Festung an der Ostsee ist, mit vielen Marschflugkörpern und anderen Waffen, so daß es weiterhin eine Bedrohung darstellt", erklärte Steven Wills, ein Forscher am Center for Naval Analyses, in einer Folge des Podcasts CNA Talks.

Die Tomahawk-Marschflugkörper sollen vermehrt in Europa stehen

Auf der anderen Seite agieren die USA mit einer geplanten Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa. Ab 2026 sollen in Deutschland Tomahawk-Marschflugkörper und SM-6-Raketen stationiert werden, um eine strategische Lücke zu schließen, die durch das Ende des INF-Vertrags entstanden ist. Dieser Vertrag, der seit 1987 die Stationierung nuklearfähiger Mittelstreckenraketen in Europa untersagte, wurde 2019 aufgelöst, nachdem Rußland mit der Entwicklung der SSC-8-Raketen gegen die Vertragsbedingungen verstoßen hatte. Befürworter der US-Maßnahme argumentieren, daß sie notwendig sei, um auf die Bedrohungen aus Rußland zu reagieren, insbesondere durch die militärische Präsenz in Kaliningrad und Belarus.

Kritiker hingegen befürchten eine erneute Rüstungsspirale und sehen in der Stationierung eine unnötige Provokation gegenüber Moskau. Auch innerhalb Deutschlands ist das Thema umstritten, nicht zuletzt weil es an den Nato-Doppelbeschluß der 1980er Jahre erinnert, der zu massiven Protesten führte. Verteidigungsminister Boris Pistorius bezeichnete die Stationierung als vorübergehende Maßnahme, bis Europa eigene Mittelstreckenwaffen entwickelt hat, wie sie im Rahmen des ELSA-Programms bis 2030 geplant sind.

Die gegenwärtig eingesetzten Tomahawk-Marschflugkörper, die nun in Europa stationiert werden sollen, kommen in der Variante BGM-109C/D und sind ausschließlich für konventionelle Einsätze ausgelegt und nicht nuklear bestückbar. Sie verfügen über hochexplosive Sprengköpfe, die präzise Angriffe auf Bodenziele ermöglichen. In US-Sicherheitskreisen wird jedoch diskutiert, ob die USA eine nuklear bestückbare Version der Tomahawk entwickeln sollten, wie sie bis 2010 noch existierte. Mit einer Reichweite von bis zu 1.600 Kilometern könnte die Nato hiermit zunächst konventionell Ziele innerhalb Rußlands bekämpfen. Ergänzt wird das konventionelle Paket durch die SM-6-Systeme mit einer Reichweite von 500 Kilometern sowie die Increment-4-Mittelstreckenrakete, die noch nicht finalisiert zur Verfügung steht.

Jedoch scheint die wichtigste Waffe die Dark Eagle zu sein. Eine Hyperschallwaffe, die derzeit von Lockheed Martin und Northrop Grumman entwickelt wird und zeitnah in Serie produziert werden soll. Mit einer geplanten Reichweite von über 2.500 Kilometern und Geschwindigkeiten von mehr als Mach 5 soll sie in der Lage sein, hochrangige, schwer verteidigte und zeitkritische Ziele präzise anzugreifen.

Obwohl das Programm in den vergangenen Jahren durch Testprobleme verzögert wurde, absolvierte sie zuletzt am 28. Juni einen erfolgreicher Flugtest auf Hawaii. Die Entwicklungskosten pro Einheit werden auf rund 40 Millionen US-Dollar geschätzt. Laut der US Army vereint die Dark Eagle eine einzigartige Kombination aus Geschwindigkeit, Manövrierfähigkeit und Flughöhe, die es gegnerischen Abwehrsystemen äußerst schwer machen soll, sie abzufangen.

Westeuropa und die Nato stehen vor der gewaltigen Herausforderung, auf die zunehmende Bedrohung durch die modernisierten russischen Raketenabwehrsysteme zu reagieren. So sehen gerade die baltischen Staaten und Polen die Bewaffnung der Region Königsberg als größte Gefahr ihrer Sicherheit an. Entsprechend hat Polen kürzlich eine in den USA hergestellte Himars-Raketenbatterie in der Nähe der Grenze zu Kaliningrad aufgestellt.

Zwar haben Länder wie Deutschland angekündigt, in eigene Langstreckenwaffen und Raketenabwehrsysteme wie die European Sky Shield Initiative zu investieren, doch bleiben diese Projekte größtenteils in der Planungsphase stecken und sind erst mittelfristig einsatzbereit. Der Aufbau eines wirksamen Abwehrschirms gegen Hyperschallwaffen wie die russische Kinzhal oder strategische Systeme wie die Iskander-M ist technisch und finanziell äußerst anspruchsvoll.

Die Nato setzt zudem auf die Integration amerikanischer Systeme wie Patriot oder Aegis Ashore, die jedoch nur begrenzt gegen moderne Raketenabwehrtechnologien wirksam sind.

Auch das System Arrow 3, das Teil von Sky Shield werden soll, könnte unzureichend sein, um sich gegen die russischen Raketen zu verteidigen.
Denn Arrow 3 ist speziell darauf ausgelegt, ballistische Raketen in großer Höhe und noch außerhalb der Erdatmosphäre abzufangen. Mit einer Reichweite von bis zu 2.400 Kilometern bietet das System theoretisch Schutz vor Raketen wie der russischen Iskander oder Interkontinentalraketen, wenn diese frühzeitig entdeckt werden. Kaum geeignet ist es jedoch zur Abwehr von modernen Hyperschallraketen, von denen Rußland einige im Köcher hat.<<
Ukraine: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**Selenskyj läuft die Zeit davon**
Ukraine: Sowohl innen- als auch außenpolitisch macht sich Kriegsmüdigkeit breit
Felix Hagen
Etwas über zwei Wochen nach der US-Präsidentschaftswahl sprechen in der Ukraine unverändert die Waffen. Anders als von einigen erhofft, hat sich die Lage zuletzt sogar noch deutlich verschärft. Mitverantwortlich dafür ist auch der scheidende, aber immer noch amtierende US-Präsident Joe Biden. Er hatte zuletzt der Ukraine die Erlaubnis erteilt, mit gelieferten Waffen aus US-amerikanischer Produktion feindliche Ziele weit im russischen Hinterland anzugreifen. Eine Entscheidung, der sich neben Frankreichs Präsident Emmanuel Macron auch der britische Premierminister Keir Starmer anschloß, während Bundeskanzler Olaf Scholz noch zögert, der ukrainischen Bitte nachzukommen.
Die russische Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Mit dem Abschuß einer neuartigen Hyperschallwaffe auf ein Industriezentrum in der ukrainischen Stadt Dnipro dürfte der Krieg in eine neue, gefährlichere Phase eingetreten sein. Während sich darüber offenbar alle Seiten im klaren sind, bleibt das Kalkül der jeweiligen Akteure im dunkeln.
Noch am deutlichsten nachvollziehbar ist das Handeln der Administration in Kiew. Der Krieg im Osten des Landes wird im Land zunehmend unbeliebt, über die Hälfte der Ukrainer fordert mittlerweile offen ein schnelles Ende des Krieges, selbst wenn dafür territoriale Verluste hingenommen werden müssen. Gegenwärtig spitzt sich die Lage insbesondere in den Orten Welyka Nowosilka, Kurachowe und Selydowe in der Oblast Donezk zu, wo den ukrainischen Truppen die Einkesselung durch die Russen droht.
Mit Blick auf die außenpolitische Unterstützung läuft Präsident Wolodymyr Selenskyj die Zeit davon. In Westeuropa sinkt die Bereitschaft zur finanziellen und militärischen Unterstützung der Ukraine, und Donald Trump wird, so zumindest die Ankündigung im Wahlkampf, ebenfalls nach seiner Machtübernahme auf ein schnelles Ende des Konflikts drängen. Nur eine Eskalation der Lage in bislang ungeahntem Ausmaß könnte eine Trump-Administration dazu bewegen, den Krieg weiter mitzutragen, vielleicht sogar Nato-Truppen in der Ukraine einzusetzen.
Denkbar ist etwa eine No-Fly-Zone von Nato-Kräften mit Flugfeldern in Polen und Rumänien, oder die Entsendung von Logistik- und Sanitätstruppen. Das wäre jedoch ein Spiel mit dem Feuer - und Leidtragender dieser Eskalation wären in erster Linie die Ukrainer selbst. Pikant daran: Eine Verlängerung des Kriegs wäre auch eine Verlängerung der Amtszeit des geschäftsführenden Präsidenten. Selenskyj hatte Neuwahlen zuletzt auf eine Zeit nach dem Ende der Auseinandersetzungen verschoben.
Sowohl Kiew als auch der Kreml wollen die letzte Chance auf größere Geländegewinne nutzen, denn jeder eroberte Quadratkilometer dient als Faustpfand am grünen Tisch. Anders als sein ukrainischer Amtskollege hat Rußlands Präsident Wladimir Putin die Zeit allerdings auf seiner Seite.
Paris und London denken über Entsendung von Truppen nach
Je schneller der Krieg zu Ende ist, desto schneller kann wieder zur Tagesordnung übergegangen werden, so die Hoffnung einiger im Kreml, etwa zur Diversifikation der eigenen Handels-

partner. Trotz aller brüderlichen Rhetorik weiß auch Putin, wie stark seine einseitige Abhängigkeit von China geworden ist. Jedes Kriegsjahr verschärft diese Abhängigkeit und macht sich an anderen Fronten bemerkbar. Bereits in den letzten Jahren mußte der einstige Hegemon etwa im Kaukasus Zugeständnisse an kleinere, lokale Akteure machen.
Einer dieser Akteure ist die Türkei, die sich seit der Ablehnung ihrer BRICS-Mitgliedschaft in einem seltsamen Schwebezustand befindet und über nicht besonders viele Freunde in der nächsten Trump-Administration verfügen wird. Kein Wunder also, daß sowohl in Ankara als auch in Moskau an einer engeren wirtschaftlichen Kooperation gearbeitet wird. Präsident Erdogan bringt bereits seit längerem sein Land als Pendel zwischen Ost und West in Stellung, als Nato-Mitglied könnte auch die Türkei als Garantiemacht eines kommenden Friedens auftreten und daraus weiteres außenpolitisches Kapital schlagen.
Deutlich unübersichtlicher gestaltet sich die Lage in Westeuropa. Während Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eine schwierig zu balancierende rechte Mehrheit im EU-Parlament im Nacken sitzt, konnten sich Paris und Berlin zuletzt kaum mehr auf eine gemeinsame Tagesordnung einigen.
Auch deshalb schaut man sich im Élysée-Palast nach anderen Partnern für ein offensiveres Vorgehen im Konflikt um. Gemeinsam mit Großbritanniens Premierminister Starmer und kleineren EU-Partnern sei man zu einer Entsendung von Truppen in die Ukraine bereit, hieß es jüngst. Was Selenskyj mit Freude erfüllen wird, dürfte bei Olaf Scholz auf Ablehnung stoßen. Wie diese Entsendung genau aussehen und ob sie überhaupt Realität wird, ist unklar, denn sowohl Starmer als auch Macron machen im Moment eher den Eindruck von Getriebenen als Treibern.
Weder der Franzose noch der Engländer verfügen über Ansprechpartner im Trump-Team. Sollte in Mar-a-Lago eine neue Strategie für die Ukraine erdacht werden, müßten beide ihre Informationen dazu aus der Tagespresse beziehen. Hinzu kommt, daß Starmer vor der Herausforderung steht, seine heruntergewirtschafteten Streitkräfte irgendwie so umzustrukturieren, daß dabei wenigstens der Kernauftrag der Landesverteidigung noch gewährleistet werden kann. Sollten Soldaten dieser noch unbestimmten Koalition bei einem russischen Angriff zu Schaden kommen, wäre immerhin ein wesentlicher Schritt hin zu einer Fortführung des Krieges und damit auch zu einem weitergehenden US-Engagement auch nach der Machtübergabe in Washington getan.
Damit bleibt als letzter Akteur der scheidende US-Präsident, dessen Rolle allerdings undurchsichtig ist. Zumindest die Freigabe ukrainischer Schläge im russischen Hinterland scheint Biden mit seinem Nachfolger abgesprochen zu haben, der sich auffällig mit Kommentaren zur aktuellen Lage in Osteuropa zurückhält. Trumps Kalkül dürfte hier von innenpolitischen Erwägungen geleitet werden. Jede Eskalation zum jetzigen Zeitpunkt würde Biden und seinen Demokraten angelastet werden, jeder ukrainische Geländegewinn - so unwahrscheinlich er auch sein mag - die Verhandlungsposition nach der Machtübernahme verbessern.
Ohnehin geht Trump vermutlich von einer sehr kleinen Verhandlungsrunde aus; weder Europäer noch Selenskyj dürften hier berücksichtigt werden. Am ehesten noch Hoffnungen auf einen wie auch immer gearteten Einfluß dürfte sich Viktor Orbán machen. Der Ungar verfügt als einziger Europäer über einen hervorragenden Draht zu Donald Trump und könnte dem Amerikaner beratend zur Seite stehen.<<

Aserbaidschan: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**300 Milliarden Dollar jährlich sollen das Weltklima retten**

Aderlaß für Phantasieprojekte

Jörg Fischer

Bei den alljährlichen UN-Klimakonferenzen geht es nicht ums globale CO2, das Wetter in hundert Jahren oder die Weltbevölkerungsexplosion, sondern ums Sehen und Gesehenwerden

sowie ums Geldverteilen und -abgreifen. So gesehen war das touristisch weniger erschlossene Baku ein idealer Ort - sonst wäre wohl alles noch viel teurer geworden. In die sonnige Glitzermetropole Dubai flogen vergangenen November über 80.000 Teilnehmer aus aller Welt - bei der COP29 war es nur die Hälfte.
Auch die wichtigsten Staatenlenker schwänzten. Vier Grünen-Promis - Annalena Baerbock, Steffi Lemke, Robert Habeck und Luisa Neubauer - sowie Svenja Schulze (SPD) machten dennoch ihren Kurzurlaub in der Gas- und Ölrepublik Aserbaidschan, die Armenien 2023 mit Militärgewalt zur Abtretung der christlichen Enklave Bergkarabach zwang.
Habeck brachte sogar die Zusage von 210 Millionen Euro für den globalen Klimainvestitionsfonds CIF mit - "frisches Geld" aus dem Bundeshaushalt 2024, wie der Klimaminister stolz betonte. Schließlich hatte auch die britische Linksregierung, die ihr Wahlvolk mit Sparpaketen und neuen Abgaben quält, eine ähnliche Summe zugesagt. Die "Klimasünder" China, die USA und Rußland, die für fast die Hälfte des menschengemachten CO2-Ausstoßes verantwortlich sind, hielten sich mit Geldgeschenken zurück.
Große CO2-Sünder wie Indien oder Indonesien wollten sogar von jenen 1,3 Billionen Euro jährlich profitieren, die auf der COP29 eigentlich beschlossen werden sollten. So kam es dann doch nicht, aber aus den bisherigen 100 Milliarden Dollar jährlicher Klimafinanzierung durch die Industrieländer wurden nun jährlich 300 Milliarden bis 2035, wobei die Industrieländer Hauptgeber sein sollen.
Deutschland würde das nach derzeitiger Berechnungsmethode 30 Milliarden kosten - das Dreifache der jährlichen Kfz-Steuereinnahmen. Bis zur COP30 in der brasilianischen Amazonas-Metropole Belém soll nun eine "Roadmap" erarbeitet werden, wie die 1,3-Billionen-Wahnsinnssumme aus Steuer- und "anderen" Quellen doch finanziert werden kann. Vielleicht wird dann die aktuelle Idee des Washingtoner Währungsfonds IWF aufgegriffen, die "Klimahilfen" durch eine globale CO2-Zwangsabgabe für die Luft- und Schiffahrt zu finanzieren. Donald Trump dürfte schon jetzt begeistert sei.<<

Rumänien: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**Calin Georgescu. Schock in Rumänien: Wird der rechte Außenseiter völlig überraschend Präsident? Die Aufregung ist groß.**

Mit TikTok zum Sieg

Paul Leonhard

Wahrheit, Freiheit, Souveränität" sollen die Pfeiler des künftigen Rumäniens sein. Drei Begriffe, die in dem Balkanland hoch im Kurs stehen. Daß sie aber das Gewicht haben, den parteilosen "Rechtsextremisten" (Spiegel) und "TikTok-Faschisten" (taz) Calin Georgescu die erste Runde der Präsidentenwahl mit knapp 23 Prozent klar gewinnen lassen, hat alle überrascht. Selbst die Bukarester Deutsche Allgemeine Zeitung fragt: "Wer ist Georgescu?" Offenbar ticken die Rumänen anders, als Journalisten und Wahlforscher glauben, denn keine Umfrage hatte ihn unter den führenden Fünf gesehen.
Von einer "schallenden Ohrfeige" für die von den (neokommunistischen) Sozialdemokraten geführte Koalition ist die Rede und von "einem Denkzettel für die Polit-Elite, die ihr eigenes Drehbuch für die Wahl entworfen" habe. Die Tageszeitung Adevarul erklärt das Ergebnis so: "Sollten Georgescus Wähler vier, fünf Punkte seines Programms nennen, könnten sie das nicht. Warum? Es ist ihnen unbekannt. Sie haben ihn nur auf TikTok reden gehört und dann gewählt." Tatsächlich dürfte der Überraschungssieger die meisten Wähler so erreicht haben. "Er hat sich mittels sozialer Netzwerke in einem Vakuum sichtbar gemacht", analysiert der Bukarester Politikberater Cristian Andrei, "in dem viele Rumänen den Kontakt zu den Parteien, zumindest aber zur Elite verloren haben."
Alles hängt nun von der Stichwahl ab, bei der sich die Elite zusammentut, um Georgescu noch zu stoppen.

Der 1962 in Bukarest geborene Sohn eines Agraringenieurs und Vater dreier Kinder studierte Landwirtschaft und arbeitete nach der Revolution von 1989 auf diversen Posten im Umwelt- und Außenministerium, vertrat sein Land zwischen 1999 und 2012 beim Uno-Umweltprogramm. Mehrfach schon wurde er, der die Unterstützung der Orthodoxen Kirche genießt, die seine Flugblätter auslegt, als Ministerpräsident vorgeschlagen.
Die Konrad-Adenauer-Stiftung verweist darauf, daß besonders an Universitäten seit Jahren "rechtsextreme faschistische Haltungen Fuß fassen". Georgescu bedient diese Narrative, indem er in nationalistischen, antisemitischen und mit Hitler verbündeten rumänischen Führern der dreißiger Jahre Nationalhelden sieht. Der als rechtsextrem geltenden Allianz für die Einheit der Rumänen (AUR) gehörte er an, bis er sich 2022 mit Parteiführern überwarf, die seine prorussische Haltung kritisierten. Die Ukraine, in der durch willkürliche Grenzziehung eine starke rumänische Minderheit lebt, hatte er einen "erfundenen Staat" genannt.
Im Westen ist die Sorge groß, ein endgültiger Sieg Georgescus könne schlimme "Folgen für die Zukunft des Landes, die europäische Sicherheit und Verteidigung der Nato-Ostflanke haben". Das ist zwar maßlos übertrieben, rechtfertigt aber die Sorge der Rumänen um ihre Souveränität. Nicht allen gefällt, daß man ukrainische Soldaten ausbildet. Ein Denkfabrikexperte nannte als sichtbarstes Thema im Wahlkampf den Frieden, also die Unterstützung der Ukraine einzustellen, um nicht in den Krieg verwickelt zu werden.
Doch betont Georgescu auf seiner Netzseite, man werde seine Pflicht gegenüber Nato und EU erfüllen - doch nur in dem Maße, wie diese ihre "Verpflichtungen gegenüber Rumänien" einhalten. Auch müsse man eine "konsequentere Rolle" in internationalen Fragen spielen. Alles hängt nun von der Stichwahl am 8. Dezember ab, wenn sich die Elite zusammentut, um Georgescu doch noch zu stoppen.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31227" berichtet am 29. November 2024 (x1.418/…): >>**Warum die Schweiz der USA ihre gesamten AHV-Gelder überläßt**

Warum der Ausgleichsfonds der Schweizer AHV mitsamt den angesparten Rentengeldern unter die Kontrolle einer amerikanischen Depotbank, sprich Vermögensverwalter gerät.
Ähnlich wie in Deutschland werden die monatlichen Versorgungszahlungen an die Schweizer Rentner/innen durch die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) aus dem sogenannten Umlageverfahren bezahlt. Das bedeutet, daß die laufenden Rentenzahlungen aus den monatlichen Einzahlungen der arbeitenden Bevölkerung getätigt werden. Anders aber als in Deutschland hat die Schweiz noch einen prall gefüllten AHV/IV/EO-Ausgleichsfonds mit einem Vermögen von ca. 40 Milliarden Schweizer Franken. Dieses Geld gehört der Bevölkerung und dient quasi als Notgroschen für laufende Rentenzahlungen für insgesamt ein Jahr.
Verwaltet wird dieses Geld von einer 2017 gegründeten, angeblich unabhängigen öffentlich-rechtlichen Anstalt des Bundes nämlich der in Genf sitzenden "Compenswiss". Diese "Compenswiss" überwacht also nicht nur die monatlichen Rentenzahlungen an die bezugsberechtigten Rentner, sondern die "Compenswiss" verwaltet auch den Ausgleichsfonds mit den 40 Milliarden. Natürlich liegt dieses Geld nicht in irgendeinem Tresor, sondern wird gemäß Regularien in Wertpapieren angelegt und für die Verwahrung dieser Wertpapiere benötigt die "Compenswiss" eine Depotbank oder auch Custodian Bank genannt.
Die Verwahrungsstelle für diese 40 Milliarden in Wertpapieren war bis anhin die Schweizer Großbank UBS. Aber das ist Geschichte. Die "Compenswiss" hat sich nämlich nach einer Ausschreibung entschieden, daß diese 40 Milliarden AHV-Gelder nicht mehr von einer Schweizer Bank, sondern von einer deutschen Tochter der "amerikanischen State Street Bank" mit Hauptsitz in Boston, verwaltet werden sollen. "State Street" gehört mit "BlackRock" und "Vanguard" zu den größten Vermögensverwaltern der Welt und diese haben schon aufgrund ihrer Größe unermeßliches Machtpotential.

Doch das ist mit massiven Risiken für die Schweiz und das Geld der Rentner verbunden. So lautete eine Schlagzeile der "NZZ" (Neue Zürcher Zeitung) am 7.10. 2024: "Die Interessen der USA und der Schweiz seien nicht immer deckungsgleich. Bei der Abschaffung des Bankgeheimnisses habe man beispielsweise gesehen, wie hart die Amerikaner im Zweifelsfall ihre Interessen durchdrückten", sagt Matter. "Die Depotbank könnte im Extremfall die Auslieferung von Wertschriften verweigern. Komme es zu einem Notfall, hat der Bundesrat bessere Handlungsmöglichkeiten bei einer Schweizer Bank."
Die "Compenswiss" hat sich nun gemüßigt gefühlt dieses Risiko klein zu reden und hat am 11. Oktober eine Pressemitteilung herausgegeben. In der NZZ schreibt Compenswiss" unter anderem, Zitat: "Das Risiko, daß die US-Behörden die Vermögenswerte einfrieren, wurde von "Compenswiss" im Rahmen der Ausschreibung analysiert. Der Eintritt dieses Risikos wurde als höchst unwahrscheinlich eingestuft." Stimmt denn das?
Bankrechtsprofessor Dr. Rolf Sethe von der Universität Zürich bezweifelt dies: "Ja, die USA könnten im Extremfall über die 'State Street' Zugriff auf die Ausgleichsfonds für AHV, IV und EO haben. Denn 'State Street' verwahrt die Finanzinstrumente der Ausgleichsfonds. Will man diese aus dem Depot abziehen, muß man 'State Street' mit dem Transfer auf ein Depot bei einer anderen Depotbank beauftragen", sagt Bankrechtsprofessor Rolf Sethe von der Universität Zürich. "Das heißt: Ohne Mitwirkung von 'State Street' als Depotbank kann die AHV die Vermögenswerte also nicht abziehen. Dies gilt unabhängig von der Frage, wo die Finanzinstrumente physisch gelagert werden.
'State Street' als US-Bank untersteht dem US-Recht. Die Bank wäre im Fall der Verhängung von Sanktionen seitens der US-Regierung gegen die Schweiz gezwungen, diese zu befolgen", so Sethe weiter. "Da die USA ihr Recht regelmäßig auch exterritorial durchsetzen, würden sie voraussichtlich die Bank anweisen, die Sanktionen auch über ihre europäischen Tochtergesellschaften durchzusetzen. 'Compenswiss' hat das Mandat bei 'State Street Tochter' in München." Wenn man sich nun das Verhalten der US-Administration in den letzten 50 Jahren ansieht, ist es nicht unwahrscheinlich, sondern sehr wahrscheinlich, daß die USA im Sanktionsfall oder Streitfall fremdes Eigentum blockiert oder sogar stiehlt. Die Schweiz hat damit bereits sehr unangenehme und kostspielige Erfahrungen gemacht.
- Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden der Schweiz via "Washingtoner Abkommen" eine Viertelmilliarde Franken (damals eine astronomische Summe) Abschlagszahlung wegen Nichtteilnahme am Krieg auferlegt. Letztlich wurde die geforderte Zahlung dann doch noch um fünfzig Prozent vermindert.
- Obwohl die Schweiz sogenannt "herrenloses Vermögen" nach dem Zweiten Weltkrieg nie angetastet hat - nie wie in anderen Ländern durch staatliche Konfiskation zum Verschwinden gebracht hat - wurde ihr eine Entschädigungsbuße in Milliardenhöhe abgepreßt.
- Das auch für Ausländer gültige Bankgeheimnis wurde der Schweiz durch finanzpolitische Erpressung durch Androhung des Ausschlusses vom internationalen Zahlungsverkehr geraubt.
- Und nicht zuletzt mußte die UBS die angeschlagene "Credit Suisse" auf Druck der amerikanischen Administration übernehmen und dadurch ein Pulverfaß für die Schweizer Steuerzahler schaffen. Kla.TV berichtete darüber am 28.4.23 und 24.11.23.
In der jüngsten Vergangenheit bewies die USA im großen Stil, wie sie mit dem Vermögen anderer Staaten umgehen, wenn sie gegen diese Sanktionen verhängen. So verhängte die amerikanische Administration Sanktionen gegen Rußland und blockierte bei dieser Gelegenheit weltweit 260 Milliarden, welche der russischen Nationalbank gehören. Also zimperlich mit fremden Vermögenswerten waren die USA noch nie.
Was hat nun den Bank Giganten "State Street" bewogen bei der Ausschreibung durch die "Compenswiss" mitzubieten und die UBS als Vermögensverwalter abzulösen? Warum wurde das Mandat für die Verwaltung des AHV-Vermögens an einen anderen und jetzt ausländi-

schen Treuhänder vergeben? Was hat der alte Treuhänder, also die UBS falsch gemacht? Was macht "State Street" besser?
Üblicherweise liegt die jährliche "Verwahrungsgebühr" (Custody Fee) für eine Depotbank zwischen 0,01 % und 0,05 % des zu verwaltenden Vermögens, je nach Komplexität der Vermögensverwaltung und den vertraglichen Details. Bei einem Vermögen von 40 Milliarden CHF wären dies etwa:
- Bei 0,01 %: 4 Millionen CHF pro Jahr
- Bei 0,05 %: 20 Millionen CHF pro Jahr
Die globalen Umsätze von "State Street Corporation" beliefen sich im Jahr 2023 jedoch auf etwa 18,36 Milliarden USD, wobei der größte Teil aus Dienstleistungen im Bereich der Depotbank, Vermögensverwaltung und weiteren Finanzdienstleistungen stammt. Der schweizerische bzw. deutsche Markt ist vermutlich ein kleiner Teil des gesamten Geschäfts, insbesondere in der Rolle als Depotbank für institutionelle Vermögenswerte.
In Anbetracht der Tatsache, daß eine Oma auch für 4 Millionen CHF lange stricken muß , hat das schweizerische/deutsche Management von "State Street" den Gewinn dieses Mandats sicher gefeiert. In der Regel wird der Gewinn einer Ausschreibung immer gebührend gefeiert, denn wenn sie nicht lukrativ wäre, hätte man höchstwahrscheinlich nicht den Aufwand betrieben, an ihr teilzunehmen. Aber lukrativ muß nicht zwangsläufig bedeuten, daß man damit nur einen kontinuierlichen Einnahmenstrom erlangt hat, der kostendeckend sein sollte, sondern es können auch andere Gründe sein.
Und an denen wären wir als Einzahler in die AHV natürlich interessiert. Sollten die wahren Motive etwa sein, daß nach amerikanischem Recht unter fadenscheinigen Gründen das AHV-Vermögen blockiert werden könnte?
Inmitten dieser Diskussionen fordern bereits einige Politiker, daß das Volksvermögen in Zukunft unabhängig von amerikanischen Großbanken verwaltet wird. Sie verlangen eine stärkere Kontrolle und Transparenz darüber, wie und wo die Gelder des AHV-Fonds investiert werden. Dieser Fall betrifft alle in der Schweiz Lebenden. Es geht um das Geld und die Altersversorgung aller Einwohner. Das AHV-Vermögen muß in der Schweiz und unter Schweizer Kontrolle bleiben!
Mit der Kampagne und Petition der Schweizerzeit "Das AHV-Vermögen bleibt in der Schweiz" können Sie dieser Forderung eine Stimme geben. Die Sammelfrist läuft bis Ende Januar 2025. Den Unterschriftenbogen finden Sie in der blauen Infobox unterhalb dieser Sendung.
Großbritannien: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>Ein Misanthrop, der Europas Licht auslöschte
Serie Bewegende Köpfe, Teil 23: Der britische Außenminister Edward Grey war Strippenzieher auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg
Rainer F. Schmidt
Dieser unscheinbare, immer verdrießlich schauende kleine Mann mit der Römernase, den schmalen Lippen und den stechenden Augen, die aus einem Kindergesicht hervorblitzten, das - wie Spötter sagten - noch nie die Schärfe eines Rasiermessers gespürt hatte, war der geschichtsmächtigste Politiker seiner Zeit.
Mit seiner Geheimpolitik stellte Edward Grey (1862-1933) nach der Jahrhundertwende die Weichen für die kommenden Jahrzehnte. Gestützt auf das Wohlwollen seiner beiden intimen Freunde - der eine: der von 1908 bis 1916 amtierende britische Premierminister Herbert Henry Asquith, der andere: Kriegsminister Richard Haldane - düpierte er nicht nur die übrigen Kabinettskollegen. Er führte auch die Öffentlichkeit mit Falsch- und Fehlinformationen hinters Licht, bis es zu spät war, bis seine eigenmächtigen Zusagen, die er hinter dem Rücken der Regierung den Franzosen gegeben hatte, ihr keine andere Wahl mehr ließen als den Kriegseintritt

im August 1914.
Die Plattform seines Wirkens war das Außenministerium, das er über knapp elf Jahre hinweg bekleidete, während sich im selben Zeitraum in Entente-Bündnispartnerland Frankreich 15 verschiedene Kollegen die Klinke in die Hand gaben. Dabei war der wenig weltgewandte Adelige denkbar ungeeignet für die Außenpolitik. Persönlich verschlossen und unnahbar, beherrschte er nicht eine Fremdsprache.
Er mied die Gesellschaft von Diplomaten und Gesprächszirkel, er kannte kein einziges anderes Land aus eigener Anschauung. Sein Arbeitszimmer empfand er dennoch als einen Kerker, dem er so oft es ging zu entfliehen trachtete.
In die Politik war dieser seltsame Mensch aus einer seit einigen Generation den niederen Adelstitel Baronet führenden Familie, der als Ältester von sechs Geschwistern mit zwölf Jahren seinen Vater verloren hatte, durch Zufall gekommen. Mit 26 war ihm ein Parlamentssitz förmlich aufgedrängt worden, nachdem er seine Studienjahre in Oxford regelrecht verbummelt hatte. Den Großteil seiner Zeit hatte er darauf verwendet, Tennis zu spielen, was ihm 1883 den Titel Oxford-Champion eintrug und kurz darauf fünfmal den Pokal als British Champion. Vom Dekan wegen Faulheit und Pflichtvergessenheit relegiert, hatte er sich zu Hause auf sein Examen in Jura vorbereitet, das er mit einer Note 3 mehr schlecht als recht bestand.
Dieser einsiedlerische Einzelgänger, der keine Anstalten machte, sich fortzupflanzen, liebte die Tiere und die Natur weit mehr als die Menschen. Gemeinsam mit seiner Frau Dorothy, an der er abgöttisch hing und die er nach zwanzigjähriger Ehe 1905 durch einen tragischen Unfall verlor, verließ er jeden Samstagmorgen um halb 6 Uhr früh seine Stadtwohnung in London, nahm den Zug und frühstückte zwei Stunden später in seinem Landhäuschen.
Dort, unweit seiner alten Internatsschule, am Ufer eines forellenreichen Flüßchens, zwischen Weidensträuchern, Röhricht und Steinquadern, hatte er sich aus Ziegeln und Holz sein "irdisches Paradies" errichten lassen. Es war, einem verwunschenen Schloß gleich, von Rosen überwuchert. Hausangestellte gab es nicht, und nichts und niemand durfte ihn dort stören. Für ihn war der Ort "etwas Besonderes und Heiliges, außerhalb des normalen Lebenslaufes". Stundenlang saß er im Garten, beobachtete die Vögel und frönte dem Fliegenfischen, seiner großen Leidenschaft.
"Meine Eichhörnchen kommen an meinen Schreibtisch und nehmen mir Nüsse aus der Hand, als ob ich nie fortgewesen wäre", so schrieb er nieder. "Es ist etwas Beruhigendes in der Unbewußtheit von Tieren - unbewußt all der Dinge, die uns so wichtig sind und ihnen überhaupt nicht."

Lügen als eines der wichtigsten diplomatischen Instrumente

Vielleicht hätte er, wie einer seiner Mitarbeiter klagte, "weniger Zeit mit seinen Enten verbringen und lieber Französisch lernen sollen". Aber das verkannte sein Talent zur Konspiration, zur Täuschung und Intrige vollkommen. Zusammen mit seinen beiden Freunden, der Troika, heckte er in seiner Anglerhütte ein Komplott aus, um den Parteiführer der Liberalen, Henry Campbell-Bannerman, aus dem Weg zu räumen und sich selbst auf zentrale Posten im Kabinett zu hieven. Und die Lüge war eines seiner wichtigsten diplomatischen Instrumente. Zwei Jahre vor dem Krieg führte er das Parlament vorsätzlich in die Irre, als er fest-stellte: "Wir haben nicht einen einzigen geheimen Artikel, welcher Art auch immer, vereinbart, seit wir ins Amt gelangt sind".
Dabei war die Tinte auf dem Beistandspakt mit Paris, in dem er die Entsendung eines Expeditionskorps im Umfang von fast einer Million Mann versprach, noch nicht trocken. Und sechs Wochen vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs belog er das Parlament und den deutschen Botschafter, als er wahrheitswidrig dementierte, sich mit Rußland in Militärverhandlungen zu befinden.

Er und die germanophoben Gestalten, mit denen er sich umgab, schirmten alle Entscheidungen, die durchweg gegen Deutschland gerichtet waren, strikt und sorgfältig vor jedweden neugierigen Blicken ab. In Greys Foreign Office dominierte eine dezidiert antideutsche Fraktion, die für diese Zwecke sogar ein Bündnis mit dem autokratisch regierten Rußland in Kauf nahm. Diese Geheimpolitik ließ die Öffentlichkeit, das Parlament und das Kabinett im irrigen Glauben, daß man, wenn es hart auf hart ging, noch die Freiheit der Aktion besaß.
Tatsächlich hatte er hinter den Kulissen längst die Weichen in den großen Krieg gestellt. Diesen freilich mußte er wegen eines Augenleidens, das ihn bald erblinden ließ, nicht mehr mit ansehen. Doppelsinnig war daher sein berühmter Ausspruch, als die Glocken von Big Ben um Mitternacht am 4. August 1914 verkündeten, daß das britische Ultimatum an Deutschland ergebnislos abgelaufen war: "Die Lichter gehen in ganz Europa aus, wir werden sie in unserem Leben nie wieder leuchten sehen."
Prof. Dr. Rainer F. Schmidt lehrte Neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte am Institut für Geschichte der Universität Würzburg.<<

Europa: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. November 2024 (x1.422/…): >>**EU Rauchverbot kommt**
Obwohl die Empfehlung der EU-Kommission, Rauchen im Freien weitgehend zu verbieten, am Donnerstag im Straßburger EU-Parlament durchgefallen ist, soll sie am Dienstag im Ministerrat in Brüssel beschlossen werden. Das berichtet die "Bild" (Samstagausgabe).
Das sorgt unter EU-Abgeordneten von CDU/CSU für Empörung. Denn die Liste, für die die Beschlußvorlage ein Rauchverbot empfiehlt, ist lang: öffentliche Spielplätze, Freizeitparks, Schwimmbäder, Strände, Zoos, Außenbereiche von Restaurants, Bars, Cafés - "einschließlich Dachterrassen, Balkone, Veranden oder Innenhöfe", Bus-, Straßenbahn- und Bahnhaltestellen, Flughäfen. Außenbereiche, die mit einem Arbeitsplatz verbunden sind, inklusive Außenbereiche von Krankenhäusern, Gesundheitszentren und Pflegeheimen.
Der Arzt und EU-Abgeordnete Peter Liese (CDU) sagte der "Bild" dazu: "Ich finde es unerträglich, daß die Minister die berechtigten Proteste und die Ereignisse im Europäischen Parlament ignorieren. Man kann nicht genug vor den Gefahren des Rauchens warnen, aber dieser Vorschlag ist unbrauchbar."
Der Gesundheitspolitiker wirft der EU-Kommission vor, über das Ziel hinauszuschießen. Der Vorschlag sei "unverhältnismäßig und berücksichtigt wissenschaftliche Fakten nicht ausreichend". Für den Dampf von E-Zigaretten im Freien sei eine Schädigung durch Passivrauchen sogar "nahezu ausgeschlossen".
Nicht folgen kann er der Argumentation, die Mitgliedstaaten seien nicht an die Resolution gebunden: "Wenn jemand ein Verbot empfiehlt und sobald er unter Druck gerät, dann sagt, es sei ja nur eine Empfehlung, dann ist das Ganze nicht ernst zu nehmen."
Zuvor hatte auch Angelika Niebler, Chefin der CSU-Europagruppe, die Empfehlung als "Versuch, Verbotspolitik durch die Brüsseler Hintertür einzuschleusen" kritisiert. Die Resolution sei schlicht "überflüssig" und "bevormundend".<<

USA: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 49/24" berichtet am 29. November 2024 (x1.425/…): >>**30 Jahre "Kampf der Kulturen"**
Immer Ärger mit den Nachbarn
Erich Weede
Vor fast 30 Jahren hatte der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington seine Thesen zum Kampf der Kulturen entwickelt. Er geht von der Existenz von bis zu acht Kulturen aus: dem Westen, der christlichen Orthodoxie, dem Islam, dem Hinduismus, der chinesischen und der japanischen Kultur, der lateinamerikanischen und - da war sich Huntington nicht ganz sicher - der afrikanischen Kultur.
Neben Sprache, Geschichte, Sitten und Gewohnheiten ist vor allem die Religion Huntingtons

entscheidendes Abgrenzungskriterium, die offensichtlich nicht überall gleich gut als Abgrenzungskriterium taugt. Während man als Europäer oder Araber entweder Christ oder Muslim sein kann, aber kaum beides, findet man in Ostasien Menschen, die bei unterschiedlichen Gelegenheiten die Tempel verschiedener Religionen besuchen, etwa buddhistische, daoistische und konfuzianische in China oder buddhistische und schintoistische in Japan. Bei China bin ich versucht zu ergänzen, daß der offizielle Atheismus der kommunistischen Partei zumindest mit dem Konfuzianismus kompatibel zu sein scheint.
Nach Huntington ist künftig zu erwarten, daß kulturelle Unterschiede zwischen den Menschen das Risiko von Mißverständnissen, Konflikt und Gewalt wesentlich erhöhen. Diese Hypothese hat unter Intellektuellen nicht selten zu der ganz unpassenden Reaktion der moralischen Empörung geführt, statt sich der Wahrheitsfrage zu stellen. Huntington behauptet weder, daß unsere eigene (westliche) Zivilisation höherwertig als andere sei, noch daß man Menschen anderer Zivilisationen bekämpfen sollte.
Er behauptet nur, daß die Wahrscheinlichkeit von Mißverständnissen und Kämpfen bei Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Kulturen steigt. Seine Theorie impliziert deshalb sogar die politische Empfehlung, sich möglichst nicht in die Angelegenheiten anderer Zivilisationen einzumischen, weil man mangels Verständnisses der fremden Kulturen zu Fehlern neigen muß, Einmischung also nur selten die erhofften Ergebnisse erzeugen kann.
Es ist leicht, Illustrationen zugunsten von Huntingtons Theorie zu finden. In Europa bietet das nach dem Kalten Krieg zerfallende Jugoslawien Anschauungsmaterial für Kämpfe zwischen westlich orientierten Christen, den Kroaten, und orthodoxen Christen, den Serben. Es gab auch Kämpfe zwischen Serben und Muslimen in Bosnien und im Kosovo. Die Kämpfe und Vertreibungen nach der Teilung des britischen Kolonialreichs in Indien, auch die Kriege zwischen Indien und Pakistan und die wiederholten Aufstände der Muslime im indischen Teil Kaschmirs sind ebenfalls Beispiele, die gut zu Huntingtons Thesen passen. Man könnte noch die Verfolgung der muslimischen Uiguren in China nennen.
Die Theorie sagt darüber hinaus etwas über die Stabilität kulturell heterogener Gesellschaften aus. Nach der Niederlage des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg hatten Kemal Atatürk und seine frühen Nachfolger die Verwestlichung der Türkei betrieben. Lange Zeit hat die Auseinandersetzung zwischen säkular orientierten Kemalisten und Islamisten die Türkei destabilisiert. Demokratische Phasen wurden immer wieder durch militärische Machtergreifungen unterbrochen.
Weil der Westen dem islamischen Kulturkreis in bezug auf Technologie, Wirtschaftskraft und Wohlstand überlegen ist, haben sich die herrschenden Eliten in manchen islamischen Ländern vom westlichen Säkularismus beeinflussen lassen. Das gilt auch für das Assad-Regime in Syrien. Das war zwar nie freiheitlich-demokratisch, aber eindeutig säkular und Gegner des politischen Islam, des Salafismus und Dschihadismus.
Trotzdem hat der Westen am Anfang des Arabischen Frühlings mit den Gegnern Assads sympathisiert und dabei lange übersehen, daß nicht die winzige Minderheit freiheitlich-demokratischer Gegner Assads, sondern die vielen opferbereiten islamistischen Gegner Assads die besseren Durchsetzungschancen im politischen Kampf haben würden.
Zeitweise hatte dann der Islamische Staat große Teile Syriens (und des benachbarten Iraks) kontrolliert. Das illustriert, daß ein nach westlichen Maßstäben schlechtes Regime, wie das Assads, leicht durch ein noch schlechteres, wie den Islamischen Staat, ersetzt werden kann. Huntingtons Warnung vor Einmischung in fremde Kulturkreise, die wir seither nicht verstanden haben, hätte im Westen Beachtung finden sollen! Das hätte uns vielleicht auch den Flüchtlingsstrom aus Syrien nach Europa erspart. Dasselbe gilt für das langjährige Engagement des Westens in Afghanistan und die Flüchtlinge von dort.
Weil Huntington weder die russische Annexion der Krim 2014 noch den russischen Angriff

auf die Ukraine 2022 erlebt hat, enthält sein Werk keinen Kommentar dazu. Aber für Huntington wie für Putin gehört die Ukraine größtenteils zum orthodoxen Kulturkreis oder zur russischen Welt. Man kann sich fragen, ob das auch für die Westukraine und vor allem den Bezirk um Lemberg beziehungsweise Lwiw gilt, der zeitweise österreichisch oder polnisch beherrscht war.
Aus Huntingtons Perspektive hätte der in Aussicht gestellte Beitritt der gesamten Ukraine zur Nato oder Europäischen Union deshalb eine ganz andere Qualität als der schon vollzogene Beitritt des Baltikums. Vielleicht hätte Huntington davon abgeraten, um die Beziehungen des Westens zu Rußland nicht dauerhaft zu vergiften.
Systematische Untersuchungen dazu sind bisher entweder nicht eindeutig oder mit offensichtlichen Schwächen behaftet. Bis zur Widerlegung sollte man Huntingtons Thesen aber trotzdem ernst nehmen, wonach Konflikte zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen sowohl den Krieg zwischen Staaten als auch Konflikte innerhalb von Staaten fördern. Mit Huntington kann man auch den Terrorismus als eine Variante des Kampfs der Kulturen verstehen.
Huntington hatte für die inzwischen schon eingetretene Zukunft Konflikte zwischen der chinesischen und der westlichen Kultur erwartet. Mindestens so plausibel wie die Erklärung des Konflikts zwischen den USA und China durch kulturelle Differenzen ist allerdings der Verweis auf die Veränderung des Machtgleichgewichts, weil China zunächst an Wirtschaftskraft soweit zugelegt hat, daß es ein ernsthafter Herausforderer der USA geworden ist und künftig auch über die Mittel zum Aufbau einer entsprechenden Rüstung verfügen wird.
Zugunsten von Huntingtons Theorie kann man allerdings anführen, daß der Konflikt zwischen China und den USA beziehungsweise dem Westen nicht durch kulturelle Verwandtschaft gedämpft wird, wie es etwa beim weltwirtschaftlichen Machtwechsel von Großbritannien zu den USA Anfang des 20. Jahrhunderts der Fall war.
Huntington hatte auch schon geahnt, daß die in den 1990er Jahren schon lange bestehenden Spannungen und Konflikte zwischen der westlichen und der islamischen Kultur andauern würden. Es gab viele Vorläufer dieses Kampfs der Kulturen: die zeitweilige Eroberung von großen Teilen Spaniens und kurzfristig sogar von Südfrankreich im 8. Jahrhundert durch die Araber, dann die Kreuzzüge, später die lange spanische Reconquista und ein habsburgisches Äquivalent auf dem Balkan, die Eingliederung arabischer Länder in europäische Kolonialreiche, in letzter Zeit westliche Angriffe auf den Irak oder Libyen.
Weil Amerikaner oft auf die judäo-christlichen Wurzeln des Westens verweisen, sollte man auch Israel dem Westen zurechnen und kann dann von zumindest permanenten Spannungen zwischen dem Westen und dem islamischen Kulturkreis sprechen, die sich immer wieder auch in Kriegen entladen haben, vor allem zwischen Israel und arabischen Staaten.
Mindestens so problematisch wie die zwischenstaatliche Dimension des Kampfes zwischen dem Islam und dem Westen sind die Folgen der Migration. Vor allem aus den ehemaligen südasiatischen Kolonien sind Muslime nach Großbritannien ausgewandert, aus den ehemaligen französischen Kolonien im Maghreb nach Frankreich und später Muslime aus der Türkei nach Deutschland. Diese Massenmigration hat sich aus dem Arbeitskräftebedarf Westeuropas in der Zeit des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg und der Armut der Herkunftsländer ergeben.
Zunächst erschien diese Zuwanderung von Gastarbeitern unproblematisch. Anfangs waren die Zahlen gering. Es gab noch nicht allzu viele wenig qualifizierte und gleichzeitig arbeitslose junge Männer unter den Zuwanderern in Europa mit der aus dieser Merkmalskombination resultierenden Gewaltbereitschaft.
Das änderte sich mit der zunehmenden Asyl- und Flüchtlingszuwanderung, die weder auf die Bedürfnisse der aufnehmenden Volkswirtschaften, noch auf die Integrationsbereitschaft der Zuwanderer abgestellt war. Die großen Zahlen machten außerdem eine Ghettobildung mög-

lich, die den Integrationsdruck vor allem auf muslimische Frauen, die nicht außer Haus arbeiten, mildert. Die Hausfrau, die nebenan in arabischen oder türkischen Läden kaufen kann, muß nicht die Landessprache erlernen.
Weil muslimische Zuwanderer oft mehr Kinder als die Einheimischen haben, entwickelt die Zuwanderung eine demographische Wucht, die man in großstädtischen Schulen, in den Kriminalitätsstatistiken und Gefängnissen, bei terroristischen Angriffen auf den Straßen beobachten kann. Man kann darin Vorläufer eines Kampfes der Kulturen um die Macht in den Aufnahmeländern sehen oder auch Übergangserscheinungen in einer Integrationsphase.
Die offizielle Politik neigt zum Optimismus, weil man dadurch nicht die Qual der Wahl hat, entweder massenhaft verelendete Zuwanderer an den Grenzen der Europäischen Union oder des eigenen Landes abzuweisen oder langfristig die eigene westliche Identität und den inneren Frieden zu gefährden, spätestens dann, wenn annähernd gleich viele arme junge Muslime besser ausgebildeten und verdienenden, aber vielleicht weniger zur Gewalt bereiten jungen Alteuropäern gegenüberstehen.
Natürlich ist der sich möglicherweise in Europa anbahnende Kampf der Kulturen kein Kampf, bei dem irgend jemand die Migrantenströme in politischer Absicht nach Europa lenkt. Es hat zwar belarussische Versuche in diese Richtung gegeben, aber die spielten quantitativ keine Rolle. Vielleicht träumen auch irgendwo im islamischen Kulturkreis Theologen oder Intellektuelle in diese Richtung. Das dürfte ebenfalls belanglos sein.
Die Motoren der Massenmigration sind das Elend und eine junge Bevölkerung in vielen muslimischen Ländern, die Nachbarschaft zum viel reicheren Europa, die offenen Grenzen und der offene europäische Sozialstaat verbunden mit einer nicht funktionierenden Abschiebepraxis. Was ein Asylant oder Flüchtling ohne brauchbare Ausbildung etwa in Deutschland an Sozialleistungen erhalten kann, wird im Heimatland selbst mit harter Arbeit kaum erreichbar sein.
Bei weiterer unkontrollierter, meist unqualifizierter Zuwanderung können die Probleme der europäischen Länder mit offenen Grenzen nur größer werden. Aber die meisten Politiker weigern sich schlicht, die Existenz von Problemen zuzugeben, weil man dann als Nationalist, Rassist, Extremist oder gar Nazi gebrandmarkt wird. Diese Denkverweigerung sieht man am deutlichsten dann, wenn man den Zusammenhang von muslimischer Zuwanderung und Judenfeindlichkeit oder Antisemitismus bedenkt.
Nach meinem Eindruck ist der alte europäische Antisemitismus stark rückläufig. Aber der müde alteuropäische Antisemitismus wird durch den virulenteren Antisemitismus muslimischer Zuwanderer ersetzt. Wer in Anbetracht der deutschen Geschichte seine Solidarität mit den Juden im Lande und mit Israel bekundet, dürfte das nicht geschehen lassen. Oder sind unsere Politiker mit der Wahrnehmung des Problems schon überfordert?
Wenn man Huntingtons Thesen zum Kampf der Kulturen ernst nimmt, dann ergeben sich Implikationen für die Migrations-, Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wenn es zwischen Menschen aus verschiedenen Kulturen besonders leicht zu Mißverständnissen, Konflikt und Gewalt kommt, dann sollte man wissen, daß die massenhafte Aufnahme von Migranten aus fremden Kulturen leicht zu einer Herausforderung wird, die das Aufnahmeland überfordert.
Vielleicht war es deshalb nur realistisch, daß nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs in Europa die Aufnahmepflicht für Flüchtlinge zunächst nur für andere Europäer galt. Erst 1967 wurde der Schutzanspruch für Flüchtlinge universalisiert. Eine enge Aufnahmepflicht sollte man nicht mit einer eingebildeten Überlegenheit der eigenen Kultur begründen, aber kulturelle Unterschiede haben auch etwas mit Integrationstempo und Integrationschancen zu tun. Realitäten wie diese sollte man zur Kenntnis nehmen.
Prof. Dr. Erich Weede, Jahrgang 1942, lehrte Soziologie an den Universitäten Köln und Bonn. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft. In

der JF äußert er sich regelmäßig zu Fragen der Wirtschafts- und Geopolitik.<<

30.11.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. November 2024 (x1.420/…): >>**"Wer Merz wählt, wählt den Krieg": AfD erklärt Merz-CDU zum Hauptgegner!**

Die AfD hat den CDU-Vorsitzenden und Unions-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz sowie die Unionsparteien zu Hauptgegnern im Bundestagswahlkampf erklärt. "Wer Merz wählt, wählt den Krieg!", rief AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla am Samstag (30. November) beim Mitgliederparteitag in Löbau (Oberlausitz) aus.

Die AfD Sachsen zieht mit Chrupalla als Spitzenkandidaten in den Bundestagswahlkampf. Auf ihn entfielen 414 von 436 abgegebenen Stimmen.

In seiner Bewerbungsrede warnte der AfD-Chef vor einem möglichen Kanzler Merz und machte mit Blick auf die Bundestagswahl am 23. Februar klar, daß Merz und die Kriegstreiber-CDU Hauptgegner der AfD sein müssen. Merz sei "schädlicher als Merkel und Scholz" und "ein Vertreter fremder Interessen", betonte Chrupalla unter Hinweis darauf, daß Merz deutsche Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine liefern wolle.

"Diese Eskalation mit einer Atommacht ist einfach nur irre. Wer Merz wählt, will Krieg!", sagte Chrupalla weiter wörtlich und bekräftigte, daß die AfD umsetzen werde, was Merz nur verspreche: Grenzen sichern, illegale Migranten zurückweisen! Außerdem versicherte der AfD-Bundessprecher: "Wir reparieren Nordstream und mit uns wird es wieder Gaspreise von fünf Cent geben."

Auf dem Parteitag in Löbau feierten die Delegierten mit stehendem Applaus den AfD-Ehrenvorsitzenden Alexander Gauland. Im Oktober hatte dieser signalisiert, daß er nicht mehr für den Deutschen Bundestag antreten wolle. Jetzt aber will er sich doch wieder um ein Mandat bewerben, und zwar in seiner Heimatstadt Chemnitz. "Nennen Sie es Sentimentalität. Aber es geht um meine Heimatstadt Chemnitz. Vielleicht kann ich am Ende meines politischen Lebens zurückgeben von der Wärme, die mir die Stadt gegeben hat", begründete Gauland seinen Sinneswandel.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. November 2024 (x1.420/…): >>**Freie Hand ohne FDP: Faeser plant noch mehr Überwachungsstaat!**

Chatkontrolle und eine unverhältnismäßige Vorratsdatenspeicherung - das hatte die FDP bislang blockiert. Nach dem Ampel-Aus hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) jetzt freie Hand für einen noch schärferen Überwachungsstaat!

Hintergrund: Ein von der EU-Kommission eingesetztes Gremium fordert in seinem Bericht, daß Strafverfolgungsbehörden ab 2025 in Echtzeit auf Daten von Handys und Laptops zugreifen können. Ziel ist angeblich, das organisierte Verbrechen zu bekämpfen.

Doch Experten befürchten, daß durch die Hintertür die Grundrechte weiter ausgehöhlt werden.

Kern der brisanten EU-Pläne, die Faeser jetzt ohne die FDP umsetzen möchte: Die Polizei braucht keinen richterlichen Beschluß ("Richtervorbehalt") mehr, um Kommunikation zu überwachen!

Das betrifft womöglich auch verschlüsselte Chats. Ermittler sollen mit Anbietern (z.B. Facebook, Whatsapp, Instagram, Telegram, Signal) zusammenarbeiten, damit ein Sofort-Zugang zu Kommunikationsdaten ermöglicht wird. Dies betrifft auch Metadaten der Chats (Zeit, Ort, IP-Adressen).

Möglich sein soll zudem, daß Ermittler praktisch unbegrenzt auf die Vorratsdatenspeicherung zugreifen können. Dabei geht es darum, Daten von Bürgern "vorsorglich" zu sichern. Bislang ist dies nur durch einen Abhörbeschluß möglich.

Was hat Faeser vor?
Bei der Herbsttagung des Bundeskriminalamtes (BKA) deutete Faeser kürzlich an, wohin die Reise gehen soll: Demnach will sie in ihrer verbleibenden Amtszeit sowohl eine neue Version der Vorratsdatenspeicherung als auch eine ausgeweitete Version der bisherigen Gesichtserkennungsvorhaben durchbringen.
So erklärte Faeser auf der BKA-Tagung, die polizeilichen Befugnisse würden vielfach hinter den Möglichkeiten zurückbleiben. "Exemplarisch die IP-Adressen-Speicherung! Ich bleibe da glasklar in meiner Haltung: Wir brauchen diese Daten. Oft sind sie der einzige Weg, Opfern Gerechtigkeit zu verschaffen."
Der renommierte Verfassungsrechtler Volker Boehme-Neßler warnt: "Der Datenschutz und folglich die Freiheit sterben damit zentimeterweise. Es geht bei dem Thema um die Balance. Einerseits um effektive Strafverfolgung - dafür muß man an Daten herankommen, das ist richtig. Aber andererseits um das Schützen der Grundrechte und die Privatsphäre der Bürger."<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. November 2024 (x1.421/…):
>>**Nach Intel-Fiasko: Habeck will weitere Milliarden in Chipindustrie investieren**
Intel zieht sich aus dem unattraktiven Wirtschaftsstandort Deutschland zurück. Trotz dieses Fiaskos für Scholz und Habeck will die Bundesregierung nun erneut Milliarden-Investitionen in die Chipindustrie stecken.
Henry Behrens
Nachdem die Intel-Chipfabrik, das Prestigeprojekt von Bundeskanzler Scholz und Wirtschaftsminister Habeck, gescheitert ist (lesen Sie hier mehr), plant letzterer trotz allem, weitere Milliarden in die Chipindustrie zu investieren. Rund zwei Milliarden Euro sollen laut einem Bericht von Bloomberg in die deutsche Halbleiterindustrie fließen.
Die Maßnahme soll den Aufbau eines robusten Mikroelektronik-Ökosystems fördern, wie das Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) mitteilt. Zwar bestätigen Regierungsstellen die genannten Summen nicht offiziell, doch ist von Subventionen in einer "niedrigen einstelligen Milliarden-Summe" die Rede. Habeck bietet Chipunternehmen nun an, sich um die Fördergelder zu bewerben.
Grundlage hierfür ist der European Chips Act, ein EU-weites Gesetz, das Europas Abhängigkeit von asiatischen Herstellern reduzieren soll. "Gefördert werden soll der Aufbau moderner Produktionskapazitäten, die den aktuellen Stand der Technik deutlich übertreffen", heißt es aus dem BMWK.
Deutschlands Wirtschaftslage und Standortbedingungen sind für internationale Unternehmen aber nicht mehr attraktiv - das zeigte das Intel-Fiasko deutlich. Während das Werk in Magdeburg auf Eis liegt, hat sich der Konzern Förderzusagen in Höhe von 7,86 Milliarden US-Dollar aus dem US-amerikanischen CHIPS Act gesichert. Das Geld wird in den Bau neuer US-Produktionsstätten in Arizona, New Mexico, Ohio und Oregon investiert.
Olaf Scholz und Robert Habeck wollten den früheren Marktführer in der Chipbranche mit 10 Milliarden Euro Subventionen nach Deutschland holen. 3.000 Hightech-Arbeitsplätze sollten entstehen, damit Deutschland im großen Halbleiter-Rennen mitspielen kann. Doch die schwache Wirtschaftslage machte diesem Plan einen Strich durch die Rechnung - Intel kündigte Einsparungen in Deutschland an.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. November 2024 (x1.421/…):
>>**Durch Faeser-Plan sollen Minister ihre Mitarbeiter künftig leichter mit Beamtenjobs versorgen können**
Faesers Innenministerium plant offenbar die bestehenden Regelungen zur Besetzung von Beamtenposten aufzuweichen - so könnten Minister ihre Mitarbeiter leichter in lukrative öffentliche Posten hieven. Droht ein Verfassungsbruch?
Von *Redaktion*

Ausschreibungen für Beamtenjobs könnte es zukünftig immer weniger geben.
Ein drohender "Verfassungsbruch" - das beklagen laut Busineß Insider Gewerkschaftsvertreter angesichts eines "vertraulichen Regierungsplans". Konkret geht es um ein Vorhaben des Bundesinnenministeriums unter Nancy Faeser. Offenbar plant die Behörde, die Bundeslaufbahnverordnung so aufzuweichen, daß Minister ihre Mitarbeiter künftig viel leichter mit öffentlichen Posten versorgen können.
Öffentliche Stellen, wie zum Beispiel Beamtenposten, müssen in Deutschland eigentlich auch öffentlich ausgeschrieben werden. Von dieser Regel gibt es nur wenige Ausnahmen - genau das möchte man nun aber ändern. Aktuell steht in Paragraph 4 Absatz 2 der Bundeslaufbahnverordnung: "Die Pflicht zur Stellenausschreibung nach Absatz 1 gilt nicht", bevor die Ausnahmen aufgeführt werden - unter anderem Staatssekretäre und Leiter von Bundesbehörden.
Faeser möchte laut Busineß Insider an dieser Stelle das Wort "insbesondere" ergänzen. Damit würde die Regelung so weit aufgeweicht werden, daß nahezu jede Stelle ohne Ausschreibung vergeben werden kann - was die im Grundgesetz verbriefte Chancengleichheit bei der Vergabe von öffentlichen Posten aushebeln würde.
Dort heißt es: "Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte."
Gegenüber dem Busineß Insider teilt das Innenministerium mit, "daß den Erfahrungen nach neben den in Paragraph 4 Absatz 2 BLV aufgeführten Stellen ein weiterer Bedarf für ein Absehen von der Stellenausschreibungspflicht in ähnlich gelagerten Fällen (z.B. besonderes Vertrauensverhältnis) bestehen kann."
Insbesondere aufgrund des Zeitpunktes - so kurz nach dem Scheitern der Ampel und vor den anstehenden Neuwahlen - erweckt der Vorstoß den Verdacht, daß die verbliebenen Minister von Rot-Grün versuchen, ihre Leute noch in gut bezahlte Beamtenjobs zu bringen. Diese Praxis ist unter dem Begriff "Operation Abendsonne" bekannt geworden. So beförderte etwa zwischen April und September 2021 die damalige große Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel noch 195 Beamte in die Besoldungsstufe B.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. November 2024 (x1.421/…):
>>**"Machtsystem demontieren": Berlin eröffnet "Dekoloniales Denkzeichen" für 1,5 Millionen Euro**
Mitte November wurde ein neues Denkmal in Berlin eröffnet: das "Dekoloniale Denkzeichen". Das Projekt soll laut den Künstlern helfen, "das koloniale Machtsystem zu demontieren" - es wurde mit 1,5 Millionen Euro an Steuergeldern finanziert.
Boris Cherny
In Berlin wurde am 14. November ein neues Denkmal eröffnet. Das "Dekoloniale Denkzeichen" steht im Bezirk Neukölln vor dem Berlin Global Village, einem Zentrum für Migrations-NGOs.
So will man ein Zeichen gegen Kolonialismus setzen und die Geschichte Deutschlands in diesem Aspekt aufarbeiten. Geschaffen wurde das Denkmal vom Künstlerkollektiv The Lockward Collective. Das "EarthNest", wie das Kunstwerk heißt, wurde in einer feierlichen Zeremonie, an der auch Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) teilnahm, eröffnet.
Der aus Bronzesträngen geformte Kegel wurde mit öffentlichen Geldern finanziert. Wie die Bundesregierung in einer Pressemitteilung erklärte, zahlte das Land Berlin allein für den Bau 750.000 Euro. Für den Künstlerwettbewerb, die Öffentlichkeitsarbeit und ein Vermittlungsprogramm wurden weitere 750.000 Euro zur Verfügung gestellt. Das Denkmal kostete den Steuerzahler also insgesamt 1,5 Millionen Euro. Vorangetrieben wurde das Projekt von seinen beiden Schirmherren: Zum einen von Claudia Roth und zum anderen von dem CDU-Kultursenator in Berlin, Joe Chialo.
Das "EarthNest" soll "ein langfristiger Ort des Gedenkens und der Begegnung" werden, wie

die Bundesregierung mitteilt. Die Künstler hinter dem Projekt sehen in ihren Kunstwerken auch einen Weg, "das koloniale Machtsystem zu demontieren", wie eine der Künstlerinnen jüngst in einem Interview sagte. Eine andere beteiligte Künstlerin sagte, daß sie mit ihrer Kunst "Räume für Konfrontation" schafft, "die es ermöglichen, den allgegenwärtigen Schmerz von Rassismus und historischem Leid zu teilen."
Da in der Pressemitteilung der Bundesregierung davon die Rede ist, daß durch das Denkmal "der Weg für einen Dialog über Dekolonisierung mitbereitet" werde, teilt man scheinbar die Ansicht der Künstlerinnen, daß wir auch heute noch in einem "koloniale(n) Machtsystem" leben. Denn der Begriff "Dekolonisierung" beschreibt den Ablöse- und Emanzipationsprozeß, der zum Ende einer kolonialen Herrschaft führt.
Diese Denkart ist Teil der postkolonialen Theorie, einem Teilbereich der kritischen Theorie. Sie ist im Grunde ein ideologisches Geschwisterkind der "Critical Race Theory", welches den kulturellen Diskurs rund um Rasse in den Vereinigten Staaten und darüber hinaus prägt, und auch Grundlage dessen, was heute als "Wokeness" bekannt ist und das Denken der modernen politischen Linken prägt.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. November 2024 (x1.421/…):
>>**Bad Oeynhausen: Mwafak al S. besprühte sich mit Philipos Parfüm, nachdem er ihn zu Tode getreten hatte**
Am 17. Dezember beginnt der Prozeß gegen Mwafak al S. und zwei weitere Personen, die an der tödlichen Attacke auf Philipos T. in Bad Oeynhausen beteiligt gewesen seien sollen. Dem 20-Jährigen wurde immer wieder auf den Kopf getreten, als er schon am Boden lag - er erlag kurze Zeit später seinen schweren Verletzungen.
Von *Redaktion*
Am 17. Dezember beginnt vor dem Landgericht Bielefeld der Prozeß gegen drei junge Männer, die an dem tödlichen Angriff auf den 20-jährigen Philipos T. beteiligt gewesen sein sollen. Der Hauptverdächtige der Attacke, die sich im Juni 2024 in Bad Oeynhausen ereignete, ist Mwafak al S. - ein 18-jähriger Syrer. Als Nebenverdächtige werden der 19-jährige Ferdinand D. aus Bad Oeynhausen und der ebenfalls 19-jährige Nick R. aus Staßfurt auf der Anklagebank sitzen, dies berichtete das Westfalen Blatt.
Philipos Tsanis war am Abend des 22. Juni mit seiner Mutter und seiner Schwester bei deren Abiball im Kaiserpalais gewesen. Nach Mitternacht setzte er sich mit zwei Freunden auf eine Bank vor dem Veranstaltungsort. Dort begegneten sie einer Gruppe, der die drei Angeklagten angehörten. Sie sollen ohne Anlaß Streit gesucht haben. Laut Anklage schlug Mwafak al S. Philipos und einem seiner Freunde unvermittelt ins Gesicht.
Andere Gruppenmitglieder sollen sich der Auseinandersetzung angeschlossen haben - unter anderem soll Ferdinand D. Philipos gegen den Oberkörper geschlagen haben. Gerichtssprecher Guiskard Eisenberg erklärt, daß sich der junge Mann gewehrt habe, "indem er Ferdinand D. umklammert und zu Boden gebracht" haben soll. Am Boden soll Philipos dann weiter mit Schlägen und Tritten attackiert worden sein - auch von Nick R., der ihm laut Anklage zweimal in den Rücken trat.
Die Situation spitzte sich zu, als Philipos versuchte, sich zurückzuziehen. Zeugenaussagen zufolge verfolgte Mwafak al S. ihn, trat ihm die Beine weg und setzte die Angriffe fort, nachdem Philipos auf den Boden gefallen war. Besonders erschütternd sind die Vorwürfe, daß Mwafak al S. Philipos mehrfach gegen den Kopf trat, auch als dieser bereits bewußtlos auf dem Boden lag. Dabei soll er laut Anklage den Tod des Opfers billigend in Kauf genommen haben.
Nach den Angriffen soll Mwafak al S. die Brusttasche des Bewußtlosen geplündert haben. Darin befanden sich neben persönlichen Gegenständen auch ein Herrenparfüm, das der Täter den Ermittlungen zufolge direkt benutzte, sowie eine geringe Menge Bargeld, von dem zwei

Euro an Nick R. weitergegeben worden sein sollen. Philipos T. erlag im Krankenhaus nur wenig später seinen schweren Schädelverletzungen. Seine Mutter entschied sich, seine Organe zu spenden, was fünf anderen Menschen das Leben rettete.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. November 2024 (x1.421/…):

>>**Merz rudert zurück: CDU-Chef plötzlich offen für Abtreibungsdebatte**

Friedrich Merz ist mal wieder zurückgerudert. Plötzlich befürwortet der CDU-Chef eine Öffnung der Debatte über die vollständige Legalisierung von Abtreibungen - allerdings erst nach der Wahl.

Boris Cherny

Erst vor wenigen Tagen warnte der designierte Kanzlerkandidat der Union, Friedrich Merz, davor, mit einem Gesetz, das Abtreibungen legalisieren würde, einen "gesellschaftlichen Großkonflikt" auszulösen. Doch jetzt rudert Merz wieder zurück. In einem Interview mit der Neuen Berliner Redaktionsgesellschaft und den Stuttgarter Nachrichten zeigte sich der CDU-Parteivorsitzende plötzlich offen für eine Debatte über die Abschaffung des Paragraphen 218 des StGB - zumindest nach der Wahl. Denn, es gäbe einen gesellschaftlichen Wandel in der Frage, so Merz.

Zwar befindet Merz den Kompromiß, der in Deutschland seit über 30 Jahren gilt, als eine "kluge Regelung", aber: "Natürlich kann man sich nach so vielen Jahren noch einmal neu mit dem Thema beschäftigen." Er lehnt eine solche Debatte vor der Bundestagswahl jedoch ab. Damit scheint er sich der Idee zu öffnen, daß selbst eine CDU-geführte Regierung, möglicherweise unter Beteiligung der Grünen, den Abtreibungskompromiß abschaffen und Abtreibungen vollständig legalisieren würde. Bei Sondierungsgesprächen nach der Bundestagswahl am 23. Februar, könnte das zu einem wichtigen Verhandlungspunkt werden.

Abtreibungen sind in Deutschland durch den Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches zwar illegal, aber in den ersten zwölf Wochen straffrei. Einzig eine Beratung ist für die Frau zusätzlich erforderlich. Bereits seit Jahren fordern Aktivisten, zumeist von linker Seite, diese Regelung abzuschaffen und eine volle Legalisierung von Abtreibungen durchzusetzen. Kürzlich brachte eine Gruppe von über 200 Abgeordneten, bestehend aus, mit Ausnahme des BSW, allen linken Fraktionen des Bundestags, einen entsprechenden Gesetzentwurf ein. Dieser soll sogar noch vor der Wahl durchgeboxt werden. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz unterstützt das Vorhaben.

Lange Zeit galt die CDU als größter Verfechter des Abtreibungsparagraphen. Wie so oft in den letzten Jahren verabschiedet sich Merz damit von einem weiteren Aspekt der Politik der Christdemokraten. Nach der Bundestagswahl könnten solche Zugeständnisse eine Koalition mit einer linken Partei nochmals deutlich erleichtern.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. November 2024 (x1.421/…):

>>**Tagesschau schafft "Damen und Herren" ab**

Seit Jahrzehnten lautet die Begrüßung zur Tagesschau der ARD immer gleich. Doch aufgrund einer Befragung, wird nun die vermeintlich altmodische Begrüßung "Damen und Herren" gestrichen.

Von *Redaktion*

Die Tagesschau ist eine Konstante in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Jeden Abend schauten und schauen Millionen von Zuschauern um 20 Uhr den deutschen Standard für Nachrichtensendungen. Dabei begann seit Jahrzehnten eine Sendung immer auf die gleiche Art und Weise. Der Moderator begrüßte die Zuschauer mit einem höflichen: "Guten Abend, meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur Tagesschau."

Doch seit einigen Monaten möchte sich die Tagesschau neu orientieren. Angesichts sinkender Zuschauerzahlen möchte man zugänglicher für die Bürger werden. Deshalb führt man seit einigen Monaten eine Kampagne, in der man versucht, die in der Sendung verwendete Spra-

che, die bislang auf einem höheren sprachlichen Niveau blieb, mehr an der gesprochenen Sprache auszurichten. Bereits im Juni startete man die Tagesschau in einfacher Sprache, mit der offiziellen Begründung, 17 Millionen Menschen mit geringem Sprachniveau den Zugang zur Tagesschau zu ermöglichen.
Nun ist auch die traditionelle Begrüßung dem neuen Vereinfachungsprogramm zum Opfer gefallen. Konkret fällt die Phrase "meine Damen und Herren" aus der Begrüßung weg. Auf Anfrage der BILD erklärt der NDR die Umstellung mit den Ergebnissen einer "qualitativen Zuschauerbefragung". Damit würde man "dem Wunsch nach einer authentischen und zugänglichen Ansprache" entsprechen.
Seit dem 21. November wird die neue, kürzere Begrüßung geführt. Daß die Neuerung etwas mit der politischen Diskussion um die Anzahl der Geschlechter zu tun hat, ist auch denkbar. In anderen Sendungen des ÖRR, etwa Jan Böhmermanns ZDF-Magazin, werden bereits auch vermeintlich non-binäre Zuschauer angesprochen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. November 2024 (x1.421/…):
>>**"Um uns vor Faschisten zu schützen": ARD-Moderatorin Reschke möchte AfD-Verbot**
In einem Video ihrer gebührenfinanzierten Sendung bringt Anja Reschke ein AfD-Verbot ins Gespräch. Journalisten, wie sie, hätten gezeigt, daß die AfD "ein anderes Land will".
Boris Cherny
Anja Reschke ist seit Jahren ein Aushängeschild der ARD. Sowohl Panorama, eine von ihr moderierte Sendung, als auch ihre eigene Late-Night-Show Reschke Fernsehen, werden regelmäßig im Ersten ausgestrahlt. Zumindest in letzterer Sendung tut sie oftmals unverblümt ihre eigene Meinung kund. Das tat sie nun auch wieder auf den Social-Media-Accounts von Reschke Fernsehen, wo Anfang November gleich zwei Videos über ein mögliches AfD-Verbot erschienen. In den eigens für die sozialen Medien produzierten Clips macht sie klar: Ein AfD-Verbot als "die letzte Karte" sollte man in Betracht ziehen.
Besonders in einem Video, das mit "Nur Anjas Meinung" betitelt ist, ärgert sich die Moderatorin über die AfD. Sie fände es traurig, daß man es nicht geschafft hätte, alle Menschen von der Demokratie zu überzeugen: "Guck mal, das kann eine freiheitliche Grundordnung. Guck mal, das ist unser Land, das so viel Freiheiten bietet, das so viel Toleranz hat, so viel Vielfalt bietet." Daß das gereicht hätte, die Mensch von der Demokratie als gute Staatsform zu überzeugen, hätte sie sich "total gewünscht."
Insbesondere bei Journalisten, wie ihr, sieht sie augenscheinlich keinen Anteil am Erstarken der AfD. "Wir haben, als Journalisten, alles analysiert. Wir haben alles aufgedeckt. Wir haben informiert", führte Reschke aus. Wieso viele Bürger die AfD wählen, weiß sie anscheinend bis heute nicht, immerhin hätten Journalisten, wie sie, aber "versucht zu ergründen" warum Menschen ihr Kreuz dort setzen. Ihr entscheidender Punkt ist aber: "Wir haben aber auch gezeigt, daß diese Partei ein anderes Land will." Dann ginge es nämlich nicht mehr um "ein Land, ... wo sich Menschen frei bewegen können."
Daher, so Reschke, fragt sie sich, ob man "die letzte Karte ziehen" muß , die im Grundgesetz verankert sei, "um uns vor Faschisten zu schützen". Denn die AfD würde sich nämlich nicht an die demokratischen Spielregeln halten. Wenn 70 Prozent im Sandkasten schöne Sachen spielen würden, und "dann kommt einer und zerstört es", dann würde sich irgendwann die Frage stellen, ob man dem einen verbieten müßte, mitzuspielen, so Reschke - eine klare Anspielung auf die teilweise bis zu über 30 Prozent Wähleranteil der AfD.
Auch in einem anderen Video stellt Reschke an die Zuschauer offen die Frage nach dem AfD-Verbot. Immer wieder bringt sie dabei die AfD mit der Zeit des Nationalsozialismus in Verbindung, auch in anderen Beiträgen auf Instagram. Reschkes Sendung, und damit ihre Ausführungen, sind freilich gebührenfinanziert. Reschke selbst ist bereits seit deutlich über 20 Jahren

hauptberuflich bei den Öffentlich-Rechtlichen tätig.
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. November 2024 (x1.421/…):
>>**Künast-Vorhaben: Neue Parlamentskommission soll Verbot der AfD vorbereiten**
In einer internen Konferenz diskutieren Grünen- und SPD-Politiker unter Führung von Renate Künast einen neuen Ansatz zum AfD-Verbot: Man möchte eine neue parlamentarische Kommission aufsetzen, von der man die AfD ausschließt und die dann mit Verfassungsschutz-Informationen ein Verbot der Partei vorbereitet.
Selma Green
Am 12. November, einen Tag bevor Marco Wanderwitz den AfD-Verbotsantrag im Bundestag einreichte, soll Renate Künast in einer internen Video-Konferenz neue Details zur Strategie eines AfD-Verbotsantrags vorgestellt haben, das geht aus einem Protokoll der Konferenz hervor, das das Magazin Freilich veröffentlicht hat. Auf Apollo News-Anfrage bestritt Künast die Echtheit des Transkripts nicht.
Bereits Mitte November hat Künast ihren AfD-Verbotsantrag öffentlich bekannt gegeben. Die Grünen-Abgeordnete hatte damals kritisiert, daß der Antrag von Wanderwitz zu voreilig sei, da es an Material für die Begründung eines AfD-Verbots mangelt. Künast gab bekannt, daher im Zuge ihres Antrags zuerst Informationen gegen die AfD zu sammeln, mit Hilfe eines Gutachters und der Bundesregierung. Das Transkript der internen Konferenz zeigt nun allerdings, daß Künast unter der Hand außerdem geplant hat, eine neue parlamentarische Kommission einzusetzen, um Geheimdienst-Erkenntnisse über die AfD zusammenzutragen - und die Partei wiederum von genau dieser Kommission auszuschließen.
Wie aus dem Protokoll deutlich wird, nahmen rund 30 ausgewählte Grünen- und SPD-Abgeordnete an der Zoom-Konferenz von Künast teil. Künast leitete die Besprechung dabei zusammen mit ihrem Parteikollegen Lukas Brenner und dem HU-Rechtsprofessor Christoph Möllers. Diese präsentierten schließlich das weitere Vorgehen Künasts beim AfD-Verbotsverfahren.
Dem Transkript zufolge sehen die Unterstützer des Künast-Antrags ein großes Problem beim Zugang des Bundestags zu nachrichtendienstlichen Informationen des Bundesamtes für Verfassungsschutz über die AfD. Zwar sei das Bundesamt befugt, dem Bundestag ihre Informationen zur AfD offenzulegen. Das führe allerdings automatisch dazu, daß auch die AfD Einsicht in die Materialien erlangen würde. Das bewerten Möllers und die Abgeordneten rund um Künast als problematisch - man wolle die AfD lieber aus dem Verfahren heraushalten.
Künasts Strategie: Die AfD soll umgangen werden
Um die AfD auszuschließen, soll der Rechtsprofessor Möllers deshalb in der Konferenz vorgeschlagen haben, zusätzlich das parlamentarische Kontrollgremium bei der Materialsammlung gegen die AfD mit einzubinden.
Das parlamentarische Kontrollgremium ist für die Aufsicht über die Nachrichtendienste zuständig und überwacht unter anderem das Bundesamt für Verfassungsschutz. In dem Kontrollgremium sitzen Politiker der Union, der SPD und Grünen. Der AfD wird seit Jahren ein Platz im Kontrollgremium verwehrt - das wolle man nun ausnutzen, um die AfD bei der Vorbereitung von Künasts Verbotsantrag zu umgehen.
Denn wie Möllers schließlich dem Protokoll zufolge ausführt, soll das parlamentarische Kontrollgremium zusammen mit weiteren Mitgliedern, "die halt irgendwie sicherheitsüberprüft werden müssen", eine Kommission gründen. Diese Kommission hätte durch das Kontrollgremium die Befugnis der Einsicht in die Verfassungsschutz-Informationen über die AfD.
"Und da, klar, da muß man dann die AfD raushalten", wird Möllers im Protokoll zitiert. Der Rechtsprofessor habe versichert: "Ich glaube, daß das juristisch schon möglich ist". Somit soll die Kommission Material gegen die AfD sammeln und einen AfD-Verbotsantrag vorbereiten, ohne, daß die AfD Zugang zu diesen eigentlich parlamentarischen Abläufen hat.

Erst wenn die Kommission genügend Material gegen die AfD gesammelt hat, soll nach Künasts Plan ein AfD-Verbotsantrag in den Bundestag eingebracht werden. Mit der Strategie wollen die Grünen rund um Künast ein möglichst erfolgreiches AfD-Verbot von langer Hand vorbereiten, ohne daß die AfD davon mitbekommt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. November 2024 (x1.422/…): >>**Bundesministerien geben 239 Millionen Euro für externe Berater aus**

Die Bundesregierung hat 2023 deutlich mehr Geld für externe Berater ausgegeben als noch im Jahr zuvor.

Das geht laut SPIEGEL aus einem Bericht des Bundesfinanzministeriums (BMF) für den Haushaltsausschuß des Bundestages hervor.

Demnach kauften die Ministerien im vergangenen Jahr für 239,4 Millionen Euro fremde Beratungsdienstleistungen ein, 53,8 Millionen Euro mehr als noch 2022.

Auch die Anzahl der Beratungsverträge stieg deutlich. 2022 waren es noch 765, vergangenes Jahr schon 816.

Am meisten Geld gab mit 59,7 Millionen Euro das Bundesinnenministerium für Fremdberatung aus. 2022 waren es noch 56,9 Millionen Euro gewesen. An zweiter Stelle rangiert das BMF. Der frühere Finanzminister Christian Lindner (FDP) gab 38,2 Millionen Euro für externen Sachverstand aus, ein deutlicher Anstieg verglichen mit dem Vorjahr. Da waren es noch 31,1 Millionen Euro.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. November 2024 (x1.422/…): >>**DIHK sorgt sich um Energiesicherheit in Deutschland**

Der Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), Peter Adrian, hat sich besorgt im Hinblick auf eine dauerhaft sichere Strom- und Gasversorgung im Land geäußert.

"Ja, die Energieversorgung macht mir Sorgen. Netzausfälle unter drei Minuten betreffen viele Betriebe insbesondere in der Industrie. Netzbetreiber müssen immer stärker eingreifen, um die Netze stabil zu halten", sagte Adrian den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Samstagausgaben).

Darüber hinaus seien die Energiepreise in Deutschland nach wie vor zu hoch, erklärte er weiter. Einen von der SPD vorgeschlagenen Industriestrompreis lehnte Adrian aber ab. "Der Industriestrompreis würde eine sehr überschaubare Zahl von Unternehmen subventionieren, ohne die Probleme an ihrer Wurzel zu packen", sagte er.

Der DIHK-Präsident plädierte hingegen für Stellschrauben, die alle entlasten könnten. Als Beispiel nannte er Abgaben und Netzentgelte für Strom. Adrian kritisierte in dem Zusammenhang auch den Ausstieg aus Atom- und Kohlestrom. So sei das Angebot verknappt worden.

"Wir bräuchten nun Gaskraftwerke zur Kompensation. Die sind aber nicht bestellt, es gibt noch nicht einmal Standorte. Im Klartext: In fünf Jahren ist es völlig unrealistisch, die jetzt noch am Netz befindlichen Kohlekraftwerke zu ersetzen. In der Praxis führt das zu großen Problemen", erklärte Adrian.

Zugleich blockiere Deutschland durch Überregulierung und vielfältige Restriktionen den Ausbau der Erneuerbaren Energien - etwa durch die strengen Regeln beim grünen Wasserstoff, so Adrian. "Es liegen viele Projekte in der Schublade, aber nur wenig wird realisiert. Das läßt mich zweifeln, ob wir in den nächsten Jahren nennenswerte Mengen Wasserstoff nutzen können", so der Kammerpräsident.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. November 2024 (x1.422/…): >>**Linnemann will Schuldenbremse für Länder lockern**

Die Unionsparteien wollen in ihrem Wahlprogramm eine Lockerung der Schuldenbremse für die Bundesländer ermöglichen und einen höheren Spitzensteuersatz nicht ausschließen. "Bei der Debatte geht es um die Länder, denen fehlt die Flexibilität, wie der Bund sie bei der Schuldenbremse hat", sagte Linnemann der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung"

(FAS). Merz hatte zuletzt wiederholt über eine Lockerung der Schuldenbremse nach der Bundestagswahl gesprochen. Weitere CDU-Politiker äußerten sich in der FAS ähnlich.
Fraktionsvize Jens Spahn schloß eine Lockerung der Schuldenbremse lediglich für den Zweck höherer Subventionen aus. "Christdemokraten sind per definitionem keine Ideologen", sagte er zu dem Thema. "Absolut klar ist aber eines: Eine Änderung der Schuldenbremse, wie es die rot-grüne Restkoalition will, um Subventionen in Milliardenhöhe zu zahlen, wird es mit uns ganz sicher nicht geben."
Auch die Vorsitzende der CDU-Mittelstandsunion, Gitta Connemann, schloß Änderungen nicht aus, wenn sie keinen strukturellen Charakter haben. "Es darf keine strukturellen Aufweichungen geben", betonte sie. Der Vorsitzende des Arbeitnehmerflügels, Dennis Radtke, sagte: "Ich halte die Position von Friedrich Merz und einigen unserer Ministerpräsidenten für klug, die Schuldenbremse zu reformieren - aber nicht um das Geld zu verfrühstücken, sondern für Zukunftsinvestitionen." In Bezug auf die künftige Steuerpolitik betonten alle den Willen zu massiven Entlastungen, einen höheren Spitzensteuersatz wollten sie in diesem Zusammenhang aber nicht ausschließen.
Radtke plädierte sogar ausdrücklich dafür. "ich habe die sachliche Debatte über den Steuertarif sehr begrüßt, die Jens Spahn voriges Jahr angestoßen hat: den Spitzensteuersatz moderat zu erhöhen, aber nicht im Zuge einer Neiddebatte, sondern um eine Entlastung der Mittelschicht zu erreichen", sagte. Generalsekretär Linnemann wollte sich zum Spitzensteuersatz nicht äußern, vermied aber Formulierungen, die einen solchen Schritt kategorisch ausschließen.
Er betonte lediglich, die Entlastung müsse bei einer Reform des Steuertarifs im Zentrum stehen: "Eines ist klar: Eine CDU-geführte Bundesregierung wird die arbeitende Bevölkerung entlasten. Das steht im Mittelpunkt. Keine weiteren Belastungen - alles andere wäre das falsche Signal in diesen Zeiten." Zugleich bekräftige Linnemann, daß die CDU entgegen ihres Grundsatzprogramms in der kommenden Wahlperiode keine Erhöhung des Renteneintrittsalters plane.
"Die Debatte um die Rente mit 70 ist völliger Quatsch", betonte er. "Wir haben noch nicht einmal die Rente mit 67 erreicht, und die Lebenserwartung steigt derzeit nicht an." CDU und CSU erarbeiten zur Zeit ihr gemeinsames Programm für die vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar. Es soll am 17. Dezember vorgestellt werden, dem Tag nach der geplanten Vertrauensfrage im Bundestag. Um die Themen Schuldenbremse, Spitzensteuersatz und Renteneintrittsalter hatte es schon im Vorfeld kontroverse Debatten gegeben.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. November 2024 (x1.417/…): >>**Hammer! 16 Millionen wollen AfD in der Regierung**
Von *Valentina Schacht*
Eine neue Umfrage sorgt für Aufregung in Politik und Medien. Nun muß die AfD kühlen Kopf bewahren - und nicht die Fehler anderer Rechtsparteien in der Vergangenheit begehen. Deren Geschichte zeichnet der Historiker Karlheinz Weißmann in seinem neuen Werk "Zwischen Reich und Republik" nach. …
Diese Umfrage hat es in sich: Wie das INSA-Institut ermittelt hat, wünschen sich 24 Prozent der Bundesbürger eine Regierungsbeteiligung der AfD. Konkret geht es um die Koalitionsvariante Schwarz-Blau, also AfD plus CDU/CSU. Das ist laut INSA schon zweitbeliebteste Option nach der GroKo (mit 29 Prozent nur knapp davor). Bei rund 65 Millionen Wahlberechtigten sind es also umgerechnet fast 16 Millionen Wähler, die die AfD auf Bundesebene in der Regierung sehen wollen!
Die Brandmauer bröckelt! Das verdeutlichen auch die Vorgänge in Sachsen, wo Wagenknechts BSW schon mehrfach Anträgen der AfD zugestimmt hat. Doch Obacht! In Brandenburg und Thüringen hat sich das BSW schon von SPD bzw. CDU einfangen lassen und dabei maßgebliche friedenspolitische Positionen geräumt. Geht es um Krieg und Frieden heißt die

tatsächlich entscheidende Frage zur vorgezogenen Neuwahl des Bundestages im Februar 2025 also: Merz oder Weidel!
Wie die AfD bei der Bundestagswahl nach vorne preschen kann, verdeutlichen wir in unserer aktuellen Dezember-Ausgabe mit dem Titelthema "Geheimplan für Deutschland". Nach dem Sieg von Donald Trump in Amerika stehen die Chancen für die AfD besser als je zuvor. Nun kommt es darauf an, wie die Weichen gestellt werden - auch mit Blick auf den Krieg in der Ukraine. …
Nun kommt es darauf an, daß die AfD nicht die gleichen Fehler begeht wie so viele rechte Parteien nach 1945. Die deutsche Nachkriegsrechte ist eine Art weißer Fleck auf der politisch-historischen Landkarte des 20. Jahrhunderts. Das mag angesichts der Masse an Literatur überraschen, die über patriotische Parteien und Organisationen veröffentlicht wurde. Doch in der Regel geht es dabei um Verzerrung zum Zweck der Diffamierung.
Eine seriöse, ausgewogene Gesamtdarstellung ohne Schaum vorm Mund fehlte bislang. Doch nun hat der konservative Historiker Karlheinz Weißmann diese Lücke geschlossen. In seinem soeben erschienenen Werk "Zwischen Reich und Republik - Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten" zeichnet er die Entstehung rechter Gruppierungen und Parteien seit 1945 nach, schildert ihre großen Erfolge, aber auch ihre Fehler und Niederlagen, die oft ihren Untergang besiegelt haben. Insofern ist das neue Buch von Karlheinz Weißmann auch ein Lehrstück, an dem sich ablesen läßt, wie die AfD agieren sollte, um weiterhin erfolgreich zu sein.
Weißmanns opulent illustriertes Buch ist ein echtes Standardwerk, das die erste umfassende Gesamtdarstellung zu diesem Thema bietet und dabei wichtige inhaltliche Fragen in all ihren Facetten behandelt. Wer sich für die ideengeschichtlichen Entwicklungen und politischen Dynamiken der rechten Strömungen nach 1945 interessiert, kann diese empfehlenswerte Neuerscheinung hier anfordern.
Karlheinz Weißmanns neues Werk "Zwischen Reich und Republik - Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten" bietet einen umfassenden Überblick über alle rechten Strömungen und Parteien seit 1945 - von der Deutschen Reichspartei und der NPD bis zur AfD.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. November 2024 (x1.417/…): >>**Kurische Nehrung: "Wo das Wunder noch blüht"**
Von *Gero Bernhardt*
Einst war sie eines der beliebtesten Ferienziele der Deutschen: Die ostpreußische Halbinsel zwischen Kurischem Haff und Ostsee bot Erholung und Inspiration - auch berühmten Literaten und Künstlern. ,,,
Die Landzunge zwischen dem Dörfchen Sarkau, das heute russisch Lesnoi heißt, und der Stadt Memel, die litauisch Klaipeda genannt wird, "ist so merkwürdig, daß man sie eigentlich ebenso gut als Spanien und Italien gesehen haben muß , wenn einem nicht ein wunderbares Bild in der Seele fehlen soll", schrieb Wilhelm von Humboldt vor mehr als 200 Jahren.
Der preußische Gelehrte verfaßte diese Hommage auf die Kurische Nehrung jenen etwa 100 Kilometer Landstreifen, der das Kurische Haff von der Ostsee trennt, nachdem er auf Dienstreise von Tilsit über Memel nach Pillau unterwegs war. Ebenso begeistert zeigte sich der 1888 in Königsberg geborene Dichter Fritz Kudnig, der von dem "Land, wo das Wunder noch blüht", schwärmte.
Inzwischen finden nur noch wenige den Weg auf die zauberhafte Halbinsel, die noch in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts beliebtes Ferienziel war und zahlreiche Gäste, darunter auch viele Prominente, begrüßen konnte. Heute ist die Kurische Nehrung zweigeteilt: 52 Kilometer gehören zu Litauen, 46 zur russischen Provinz Kaliningrad.
Urwüchsige Landschaft
Mit ungefähr 5.000 Jahren ist die Kurische Nehrung aus erdgeschichtlicher Sicht sehr jung. Im Verlauf der Zeit wurde sie als schnellste Landverbindung zwischen Königsberg und Memel

genutzt, unter anderem auch von der preußischen Königsfamilie auf der Flucht vor Napoleon. Einst reich bewaldet, führten Rodungen ab dem 16. Jahrhundert zur Versandung der Landschaft, die Dünen begannen zu wandern, und der Sand begrub mehr als ein Dutzend Dörfer unter sich.
Der Ostpreuße Franz Epha fand im 19. Jahrhundert einen Weg, das fragil gewordene Ökosystem der Halbinsel zu stabilisieren, indem er eine besondere Art der Baumbepflanzung nutzte und Strauchzäune anlegte, um den Wanderdünen ihre Gefahr zu nehmen.
Der damalige Dünen-Inspektor ist auf dem Alten Friedhof der Kurischen Nehrung begraben. Hier ruht auch Professor Johannes Thienemann aus Thüringen. 1896 hatte es ihn, der eigentlich Theologe war, doch schon seit frühester Kindheit eine große Faszination für Natur und Tierwelt, speziell für Vögel, entwickelt hatte, das erste Mal auf die Kurische Nehrung verschlagen.
Dort fand er seine zweite Heimat. Begeistert von der einzigartigen Flora und Fauna, gründete er 1901 in Rossitten die erste Vogelwarte der Welt und setzte hier bis heute gültige Meilensteine in der Ornithologie. 1944 mußte die die Einrichtung kriegsbedingt geschlossen werden, seit 1956 ist sie unterrussischer Leitung wieder in Betrieb.

In den Dünen von Nidden

Einer der bekanntesten Orte der Kurischen Nehrung ist Nidden (litauisch Nida). Die ostpreußische Heimatdichterin Agnes Miegel sicherte der kleinen Stadt mit ihrer düster-mystischen Ballade "Die Frauen von Nidden" ein unvergängliches Kapitel in der deutschen Literaturgeschichte. "Schlage uns still ins Leichentuch,/ Du unser Segen, einst unser Fluch./ Sieh, wir liegen und warten ganz mit Ruh', -/ Und die Düne kam und deckte sie zu", heißt es da in der letzten Strophe.
Inspiration zu diesem Gedicht fand die gebürtige Königsbergerin, die oft auf der Kurischen Nehrung Ferien machte, im alten Pestfriedhof der Stadt und in den Überlieferungen von den versandeten Dörfer. Auch Nidden war davon nicht verschont geblieben. Ein Teil der alten Ortschaft verschwand unaufhaltsam zwischen 1675 und 1730.
Nidden gehörte bis 1918 zu Ostpreußen und damit zum Deutschen Reich. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde es dem Völkerbund als "Memelland" zugeteilt, unter französisches Mandat gestellt und dann 1923 von Litauen besetzt, was die Alliierten 1924 absegneten. 1939 kam das Gebiet wieder zu Deutschland. 1945 bemächtigte sich die Sowjetunion seiner. Seit 1990 ist Nidden litauisch.
Schon Ende 1944 flohen die Einheimischen, die sich trotz aller politischen Wirrnisse in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stets ethnisch und kulturell zu ihrem Deutschtum bekannt hatten, vor der Roten Armee. Litauer wurden angeworben und angesiedelt, der Eiserne Vorhang trennte die deutschen Flüchtlinge Jahrzehnte von ihrer alten Heimat.

Die "ostpreußische Sahara"

Agnes Miegel war nicht die einzige Künstlerin, die die Ruhe und Inspiration des Kurischen Haffs zu schätzen wußte. Anfang der 1930er Jahre verbrachte auch der Schriftsteller Thomas Mann seinen Urlaub in Nidden, wo er sich ein Ferienhaus bauen ließ. Seinen Eindruck der einzigartigen Landschaft beschrieb er wie folgt:
"Kennen Sie die Dünen von List auf Sylt? Man muß sie sich verfünffacht denken, man glaubt, in der Sahara zu sein. ... Alles ist weglos, nur Sand, Sand und Himmel."
Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich gar eine Künstlerkolonie Nidden gebildet, die zur bedeutenden Kulturbewegung Ostpreußens reifte. Ein Ausstellungskatalog jüngeren Datums verzeichnet 119 Maler und Malerinnen, die seit dem 19. Jahrhundert immer wieder in die Gegend gepilgert sind.
Der Wirt Hermann Blode, Kunstliebhaber und -sammler, hatte in seinem Gasthaus eigens ein Atelier für die besonderen Gäste eingerichtet. Den Schülern und Lehrern der Kunstakademie

Königsberg, die die Abgeschiedenheit des Ortes nutzen wollten, kam dies gelegen. Maler reisten an, um die Tierwelt zu porträtieren oder die einzigartige Landschaft zu verewigen. "Wer war nicht in den Bann dieses Zaubers geschlagen, der seinen Fuß auf dieses Eiland setzte?", schrieb der expressionistische Landschaftsmaler Ernst Mollenhauer.
Dieser stammte, wie sein Freund und Malerkollege Lovis Corinth, aus der ostpreußischen Kleinstadt Tapiau, östlich von Königsberg gelegen. Corinth ist einer der wichtigsten deutschen Vertreter des Impressionismus. Sein Gemälde vom Fischerfriedhof von Nidden entstand bei einem Aufenthalt 1893 und hängt heute in der Neuen Pinakothek München.
Im Jahr 1976 wurde die Kurische Nehrung zum Landschaftsschutzgebiet erklärt, seit 1991 ist sie Nationalpark, 2000 setzte sie die UNESCO auf die Liste des Weltkulturerbes. Die Große Düne bei Nidden zählt zu den größten Europas und wird auch "ostpreußische Sahara" genannt.<<

Syrien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. November 2024 (x1.417/…): >>**Die Schlacht um Aleppo hat begonnen**
Die Hamas unterstützte im Syrien-Krieg die Dschihadisten, die Hisbollah steht dagegen auf Seiten der Assad-Regierung.
In den letzten 48 Stunden haben sich die Ereignisse in Syrien überschlagen. Es ist ein Krieg mit rund einem Dutzend Konfliktparteien - ein internationaler Stellvertreterkrieg, der in den letzten Jahren weitgehend eingefroren war und jetzt dramatisch an Fahrt aufnimmt. Alle Hintergründe bietet "Die USA, Israel und der Nahe Osten" von Historiker Rolf Steininger. …
_ von *Michael Brück*
In Syrien stehen sich ganz grob folgende Fraktionen gegenüber:
1.) Die syrische Regierung um Bashar al-Assad. An seiner Seite kämpfen die Syrisch-Arabische Armee, also das offizielle Heer des Landes. Assad wird von der libanesischen Hisbollah, den iranischen Revolutionsgarden und russischen Soldaten unterstützt. Die syrische Regierung kontrolliert bisher etwa zwei Drittel des Landes, insbesondere die Hauptstadt Damaskus und die zweitgrößte Stadt Aleppo, sowie den gesamten Westteil Syriens, inklusive Zugang zum Mittelmeer und den Grenzbereich zum Libanon.
2.) Im Grenzbereich zur Türkei kontrollieren islamistische Nachfolgeorganisationen von al-Qaida, insbesondere Hai'at Tahrir ash-Sham (kurz HTS) den Großraum Idlib. Dazu gibt es weitere Milizen, die von der Türkei unterstützt werden, insbesondere aus dem Bereich der Freien Syrischen Armee (FSA), die in den letzten Jahren zwar an Bedeutung verloren hat, aber immer noch zu den größeren militärischen Kräften der Anti-Assad-Opposition zählt. Alle diese Gruppen sind eng an die Türkei angebunden.
3.) Der Nordosten Syriens wird von kurdischen Einheiten kontrolliert, die Teil der sogenannten Syrischen Demokratischen Kräfte sind. Dieses Bündnis wird vom Westen eng unterstützt, unter anderem gibt es zahlreiche US-Stützpunkte in den von der YPG (den kurdischen Volksverteidigungseinheiten) kontrollierten Gebieten, außerdem gab es insbesondere zu Zeiten, als der IS in Syrien noch sein Unwesen trieb, große Waffenlieferungen.
Die neue Offensive, die von den in unter Punkt 2.) benannten Konfliktparteien um die HTS ausgeht, erwischt die unter 1.) benannten Regierungskräfte zur Unzeit. Seit zwei Tagen rükken die Islamisten immer weiter vor, es gibt durch den desolaten Zustand der syrischen Armee kaum Gegenwehr, lediglich die russische Luftwaffe fliegt Angriffe.
Im Rahmen dieser Offensive sind den HTS-Islamisten große Mengen an Waffen und Ausrüstung der syrischen Regierungsarmee in die Hände gefallen, sogar Panzer wurden erbeutet. Auch die Kontrolle über die strategisch wichtige Hauptstraße M5 (Autobahn wäre für diese Straße übertrieben, aber es ist eine wichtige Verbindung durch Syrien) konnte durch HTS nun erreicht werden. Die Angreifer befinden sich sogar in den ersten Vororten von Aleppo, wo die Schlacht um die Stadt begonnen hat.

Sollte Aleppo fallen, verschiebt sich die Situation in Syrien gewaltig. Die Türkei wäre der große Gewinner und hätte ihren territorialen Einfluß massiv ausgebaut. Doch nicht nur für die syrische Regierung wird die Offensive zum Problem: Auch die kurdischen Einheiten, die in den letzten Jahren mit der Assad-Regierung eine Art Nichtangriffspakt geschlossen hatten und faktisch in Koexistenz mit der Regierung aus Damaskus ihre Autonomiegebiete verwalten - sind in Alarmbereitschaft, da nicht ausgeschlossen ist, daß die neue Offensive pro-türkischer Milizen auch sie betreffen könnte.
Insbesondere die enge Verbindung zwischen der kurdischen Terrororganisation PKK und der YPG sind der Türkei schon lange ein Dorn im Auge, Nordostsyrien gilt als Rückzugsraum der PKK, gegen deren nordirakische Stellungen in den Kandil-Bergen seit Monaten eine türkische Großoffensive stattfindet.
Diese Übersicht an Konfliktparteien verdeutlicht, daß es sich bei dem Konflikt in Syrien um weit mehr als ein regionales Geplänkel handelt. Parallel zum Waffenstillstand im Libanon, der bisher insgesamt hält, fällt Syrien in eine blutige Phase des Krieges zurück. Der Nahe Osten bleibt ein Pulverfaß, an dem gleich aus mehreren Richtungen die Lunten brennen und es nur eine Frage der Zeit sein dürfte, wann es zum großen Knall kommt.
Alle Hintergründe: Im globalen Spiel der Mächte ist der Nahe Osten eines der Hauptfelder der amerikanischen Politik. Die USA sind die entscheidende Macht in der Region, die von strategischer Bedeutung ist. Der renommierte Historiker Rolf Steininger hat mit "Die USA, Israel und der Nahe Osten" auf der Basis umfangreicher Akten die erste deutschsprachige Gesamtdarstellung dazu vorgelegt.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. November 2024 (x1.422/…): >>**Nach Rebellen-Offensive in Syrien auch Berichte über Putsch-Versuch**
In Syrien überschlagen sich die Ereignisse. Nachdem am Samstag von Militärvertretern bestätigt wurde, daß sich Regierungstruppen nach der bereits am Mittwoch gestarteten Rebellen-Offensive aus der Stadt Aleppo, der zweitgrößten des Landes, zurückgezogen haben, machten am Abend auch noch Putsch-Gerüchte die Runde.
Angeblich würde Hassam Louka, Chef der "Allgemeinen Sicherheitsdirektion", Präsident Baschar al-Assad aus dem Amt entfernen wollen, während dieser gerade in Moskau ist. Laut verschiedener Berichte soll eine Gruppe von Armeesoldaten versucht haben, Angehörige der Assad-Familie gefangen zu nehmen, hieß es.
Gleichzeitig gab es aber auch Berichte, daß der Putschversuch bereits zurückgeschlagen und Louka verhaftet worden sei - nichts davon ließ sich unabhängig überprüfen. In dem seit 2011 andauernden syrischen Bürgerkrieg sind die Vorgänge der letzten Stunden und Tage in jedem Fall aber die bedeutendsten seit Jahren. Der Rückzug des Militärs aus Aleppo soll nahezu ohne ernsthafte Gegenwehr erfolgt sein. "Das war's für Assad", kommentierte der Sicherheitsexperte Nico Lange die aktuelle Lage in Syrien. "Wer hätte das gedacht und wer hatte so was auf dem Schirm?", schrieb er am Samstagabend auf Twitter/X.
Zuvor hatte Assad in einer von seinem Büro veröffentlichten Rede gelobt, "Syriens Stabilität und territoriale Integrität angesichts aller Terroristen und ihrer Unterstützer zu verteidigen". Das Land sei mit Hilfe seiner Verbündeten und Freunde in der Lage, die Terroristen zu besiegen und zu eliminieren, egal wie heftig ihre Anschläge seien. Rußland soll allerdings bereits Ressourcen abgezogen haben, die für den eigenen Krieg gegen die Ukraine benötigt werden. Russische Kampfbomber flogen in den letzten Stunden und Tagen dennoch Angriffe gegen die Rebellen. Assad wird außerdem auch vom Iran offen unterstützt.
Seit Beginn der Offensive am Mittwoch wurden laut unbestätigter Angaben über 300 Menschen getötet, darunter sollen mindestens 20 Zivilisten sein. Hinter der Rebellen-Offensive soll die Gruppierung Gruppe Hai?at Tahrir asch-Scham (HTS), stehen. Die HTS wird von einigen westlichen Ländern als Terrororganisation und als Nachfolger der an al-Kaida ange-

lehnte al-Nusra-Front angesehen. Der Block aus 22 Ländern forderte, die Einheit und Souveränität Syriens zu respektieren.
Am Samstag meldete sich auch die "Arabische Liga" zu Wort. Sprecher Jamal Rushdi äußerte auch die Besorgnis, daß "Terrorgruppen" die Gewalt ausnutzen könnten, um "ihre Aktivitäten wieder aufzunehmen". Die Arabische Liga hatte Syrien 2023 wieder in die Organisation aufgenommen, zwölf Jahre nachdem sie die Mitgliedschaft des Landes wegen Assads brutalen Vorgehens gegen regierungsfeindliche Proteste während des "Arabischen Frühlings" suspendiert hatte.<<

01.12.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 1. Dezember 2024 (x1.429/…):
>>**Das Kartell der beleidigten Majestäten: "Volksverhetzung" und "Politikerbeleidigung" - Der Mißbrauch des Strafrechts für den Krieg der Mächtigen gegen die Meinungsfreiheit**

Eine Analyse des DK-Kolumnisten *Martin Friedrich*

Hausdurchsuchung für "Schwachkopf-Spott" über Habeck, 1.000 Euro Strafbefehl für "Arschgesicht", 1.250 Euro für die Titulierung Anton Hofreiters als "häßliche Frau", gleich 9.600 Euro für die Feststellung "dümmste Außenministerin der Welt" - es braucht nicht viel, damit die Staatsgewalt friedlichen Normalbürgern, die sich abfällig über die herrschende politische Klasse und ihre ideologischen Dogmen geäußert haben, mit allem auf den Leib rückt, was auch ein zusehends dysfunktionaler Staat an geballter Einschüchterungsmacht zu bieten hat.

Das "Schwachkopf-Meme"

Vorläufiger Höhepunkt: Zwei Strafbefehle in der absurden Höhe von insgesamt 480 Tagessätzen, die das Amtsgericht Bamberg auf Antrag von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) gegen den Chefredakteur des Deutschland-Kurier David Bendels erlassen hat.

Anschlag auf die Pressefreiheit

Die Anlässe sind konstruiert - eine satirische Fotomontage, die Faesers gestörtes Verhältnis zu Bürgerrechten aufs Korn nimmt und ihr die Parole "Ich hasse die Meinungsfreiheit" zuschreibt, ein scharfer Kommentar, der gegen die AfD hetzenden Etablierten-Politikern eine Mitverantwortung für gewalttätige Übergriffe zur Last legt, und die Weiterverbreitung der Meinungsäußerung "Masseneinwanderung ist tödlich!", mit welcher der AfD-Europaabgeordnete Maximilian Krah ein brutales Messer-Massaker in Frankreich kommentiert hatte.
Tweet des AfD-Europaabgeordneten Maximilian Krah: "Masseneinwanderung ist tödlich!"
Die willkürliche Auswahl der Vorwürfe macht zusammen mit der grotesken Höhe der Strafforderung, bei der die Drohung mit der Verurteilung zu einer Haftstrafe mitschwingt, unmißverständlich deutlich: Faeser führt hier einen weiteren gezielten Schlag gegen die Meinungs- und Pressefreiheit in unserem Land.
Bekanntlich ist die vermeintliche "Verfassungsministerin" mit diesem Übergriff keine Ersttäterin - auch der vorerst an den Gerichten gescheiterte Versuch, das Magazin "Compact" durch die Hintertüre des Vereinsrechts zu verbieten, ist Bestandteil ihres Feldzugs gegen kritische und unbequeme Oppositionsmedien.

Faeser will einschüchtern

Die Bundesinnenministerin läßt auch gar keinen Zweifel daran, daß es ihr um Einschüchterung geht. "Wenn die Polizei vor der Tür steht, wird jedem Täter klar, daß Hasskriminalität Konsequenzen hat", schrieb sie am 12. November auf "X" anläßlich des "Aktionstags gegen Haßpostings".
Ein Opfer dieses "Aktionstags" mit fast 130 Polizeimaßnahmen: Der unterfränkische Rentner Stefan Niehoff, den am besagten Tag die Schweinfurter Polizei morgens um sechs aus dem Bett warf, um seine elektronischen Geräte zu beschlagnahmen, weil sich im fernen Berlin der

"grüne" Vizekanzler Robert Habeck von einem geteilten Meme beleidigt fühlte, das ihm über ein verballhorntes Markenlogo das Prädikat "Schwachkopf Professional" zugedacht hatte.
Niehoff, der mit Frau und behinderter Tochter auf einem Bauernhof in der Nähe von Bamberg (Oberfranken / Bayern) lebt und seine nicht eben üppige Rente mit einem 538-Euro-Job auf einem Wertstoffhof aufbessert, ist bei weitem nicht das einzige Opfer willkürlicher Hausdurchsuchungen wegen konstruierter Delikte von "Politikerbeleidigung".

DK-Chefredakteur David Bendels attestiert Innenministerin Faeser (SPD) ein "gestörtes Verhältnis zur Presse- und Meinungsfreiheit"

Im Sommer 2023 traf es eine alleinerziehende Mutter in Unterfranken, die Zitatkacheln mit Aussagen von Wirtschaftsminister Habeck, Außenministerin Baerbock, Bundeskanzler Scholz und Finanzminister Lindner verbreitet hatte, die zwar dem Wortlaut nach nicht authentisch waren, wohl aber den Sinn der tatsächlichen Aussagen zutreffend wiedergegeben hatten. Scholz und Lindner hatten auf einen Strafantrag verzichtet, die beiden "Grünen-Politiker" nicht.

Mißbrauch der Ermittlungsbehörden

Die hohe Bereitschaft zum Beleidigtsein seitens "grüner" Nomenklatura-Politiker ist so bezeichnend wie die Häufung der Fälle gerade in Bayern, wo sich die Strafverfahren wegen Politikerbeleidigung seit 2021 Jahr für Jahr verdoppeln. Besonders eifrig dabei ist das schon erwähnte Amtsgericht Bamberg samt zugehöriger Staatsanwaltschaft.
Gefragt, warum gerade aus Bayern so viele Hausdurchsuchungen und Verfahren gemeldet würden, hüllt sich Landesjustizminister Georg Eisenreich (CSU) auf Journalisten-Nachfragen in vielsagendes Schweigen, hat doch gerade sein Haus aufgrund der fragwürdigen Weisungsabhängigkeit von Staatsanwälten im deutschen Rechtssystem großen Einfluß auf die Schärfe ihres Vorgehens.
Eisenreichs Sprecher läßt verklausuliert, aber kaum weniger deutlich als Bundesinnenministerin Faeser durchblicken, worum es auch hier in Wahrheit geht: Der Mißbrauch von Ermittlungsarbeit zur Disziplinierung der Bürger. "Aktionstage" mit gebündelten und massierten Razzien dienten laut Ministerium der "Generalprävention", also der Abschreckung nicht erst durch eine von einem ordentlichen Gericht bestätigten und überprüften Strafe nach Recht und Gesetz, sondern bereits durch das Vorgehen von Sicherheitsbehörden.

Aufgrund dieser DK-Fotocollage stellte Innenministerin Faeser Strafantrag gegen den DK-Chefredakteur David Bendels

Der "Majestätsbeleidigungsparagraph": Extrawurst für Politiker
Explizite Grundlage für diese Strafexpeditionen gegen unbotmäßige Bürger und Medien ist der § 188 StGB, der "gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung" unter Strafe stellt. Wie so vieles, was Deutschland lähmt und nach unten zieht, geht auch diese spezifische Absurdität im deutschen Rechtssystem auf die Merkel-Zeit zurück. Im letzten Merkel-Jahr 2021 bekam die damals schon als "Majestätsbeleidigungsparagraph" verspottete Norm durch ein "Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität" ihr heutiges Gesicht.
Die entscheidende Änderung: Neben falschen Tatsachenbehauptungen, also Verleumdungen, wurden als Tatbestand nunmehr auch "Beleidigungen" von Politikern aufgenommen. Deren Strafbarkeit unter bestimmten Bedingungen ist zwar bereits in § 185 StGB für alle Bürger geregelt. Angehörigen des etablierten Politikerkartells ist das für alle anderen geltende Gesetz offenbar nicht genug.
Die Änderung begründet eine Sonderregelung für Politiker, eingeschränkt durch die schwammige Bedingung, eine strafbare Äußerung müsse "öffentlich" getätigt worden und geeignet sein, "die öffentliche Betätigung des Betroffenen deutlich zu beeinträchtigen". Um den Eindruck eines faktischen Politikerprivilegs zusätzlich zu verwischen, wird die Ausweitung damit

gerechtfertigt, der "Vergiftung des politischen Lebens" entgegenwirken zu wollen.

"Vergiftung des öffentlichen Lebens"

Tatsächlich hat die Verschärfung des Paragraphen der Spaltung und Klimavergiftung erst noch kräftig Vorschub geleistet. Die Subjektivität des Sich-Beleidigt-Fühlens öffnet der Willkür und Enthemmung im Vorgehen gegen aufsässige Bürger Tür und Tor.

Politische Amtsträger sind gegenüber dem Normalbürger oder freien Medien zusätzlich dadurch im Vorteil, daß sie auf Staats- und Steuerzahlerkosten klagen können, während Bürger und Journalisten ihr Prozeßrisiko und die damit verbundenen Kosten selbst tragen müssen. Unter dieser Drohung werden sich viele zweimal überlegen, ob sie sich eine kritische Äußerung überhaupt noch leisten können.

Vor allem "Grüne" machen von der Möglichkeit, ihre dahinschwindende Meinungshoheit im öffentlichen Raum durch juristische Einschüchterung von Bürgern und Medien zu befestigen, reichlich Gebrauch. "Anzeigenhauptmeister" unter den Ampel-Ministern ist der Vizekanzler und "Klimaschutz-Minister" Robert Habeck mit 805 Strafanträgen seit Amtsantritt, gefolgt von Außenministerin Annalena Baerbock mit immerhin noch 513 Anzeigen.

"Grüne" stellen den Anzeigenhauptmeister

Sie sind keineswegs die einzigen. Wenige haben die Souveränität, despektierliche Äußerungen einfach zu ignorieren, weil man - wie es für einen Helmut Kohl noch selbstverständlich war - als Politiker, der diesen Beruf schließlich freiwillig gewählt hat, auch etwas aushalten müsse.

CDU-Chef Friedrich Merz hat diese Souveränität jedenfalls nicht. Während Habeck schon wegen "Schwachkopf-Meme" und "Kackhäufchen-Emoji" Polizei und Staatsanwalt losschickt, stellte Merz Strafantrag, weil er im Internet von einem ausfälligen Kommentator als "Suffkopp" bezeichnet worden war. Kein Wunder, daß die Union zu Habecks "Schwachkopf-Affäre" kaum einen Ton vernehmen ließ.

Bürger verklagen als Geschäftsmodell

An die mittlerweile ins EU-Parlament gewechselte Rüstungslobbyistin Marie-Agnes Strack-Zimmermann kommen freilich weder Habeck noch Baerbock heran:

Pro Monat unterzeichnet die FDP-Panzerhaubitze nach eigenem Bekunden 200 bis 250 Strafanträge; seit Februar 2023 sind auf diese Weise bereits fast 1.900 Anzeigen wegen "Beleidigung" zusammengekommen.

Das ist auch ein einträgliches Nebengeschäft: Bei Erfolg werden regelmäßig Geldbußen und "Schmerzensgeld" fällig; bei einer solchen Anzeigenflut kommt da schon einiges zusammen. Eine Parteifreundin Strack-Zimmermanns, die JuLi-Vorsitzende Franziska Brandmann, hat daraus prompt eine Geschäftsidee gemacht und das Abmahnunternehmen "So done" gegründet, das automatisiert im Internet nach potentiellen "Beleidigungen" sucht, die Anzeigen mundgerecht vorbereitet und vom eingetriebenen Erlös (Eigenwerbung: "im Schnitt 591 Euro") eine fette Provision für sich behält.

Dafür bekam sie sogar einen "NRW-Gründerpreis"; CDU-Ministerpräsident Wüst, "Grünen-Bundesminister" Habeck und andere Polit-Prominente machten in Testimonials bis vor kurzem noch Werbung für das Portal, bis ihnen eine Abmahnklage des Medienanwalts Joachim Steinhöfel ins Haus flatterte. Mißbrauch des Amts zur Werbung für Privatunternehmen - es gab Zeiten, da mußten Regierungsmitglieder für weitaus weniger schon den Hut nehmen.

Überlastung der Justiz mit Banalitäten

Auch Robert Habeck ist übrigens "Kunde" des Anzeigenautomaten "So done" und profitiert davon, daß Gelder von weitaus weniger gut gestellten Bürgern eingeklagt werden. Weniger prominente "Grüne" möchten da auch gerne "bissl Geld abgreifen" - wie die frischgewählte Chefin der "Grünen Jugend" Jette Nietzard, die sich per TikTok bei den als "Bullen" geschmähten Polizeibeamten beschwerte, daß sie eine Anzeige von ihr nicht schnell genug bear-

beitet hätten.
Der aufgebohrte § 188 StGB und seine exzessive Inanspruchnahme vor allem durch Politiker der "Grünen" hat in den drei Ampeljahren die Anzeigenflut stetig anschwellen lassen. Seit 2019 hat sich die Zahl der erfaßten "Äußerungsdelikte" gegen Politiker der "Grünen" mehr als versiebenfacht. Die ohnehin überlastete Justiz muß sich mit einem Berg von Banalitäten herumschlagen. Nicht alle sind davon so begeistert wie beispielsweise das Amtsgericht und die Staatsanwaltschaft in Bamberg.
Schließlich hätten Polizei und Staatsanwaltschaften durchaus Wichtigeres zu tun, als den Befindlichkeiten einzelner Politiker wegen Internet-Pöbeleien und Emojis nachzukommen. 800 Mörder laufen in Deutschland nach aktuellen Zahlen frei herum, nach fast 146.000 Straftätern wird gefahndet, während die Sicherheitskräfte in Großeinsätzen Telefone und Rechner unbescholtener Bürger beschlagnahmen müssen. Allein die Anzeigewut der FDP-Politikerin Strack-Zimmermann, die lieber austeilt als einsteckt, beschäftigt übers Jahr fünf Staatsanwälte, hat ein Kenner des Rechtswesens ausgerechnet.

Fragwürdige "Volksverhetzung"

Der Gummi-Straftatbestand "Politikerbeleidigung", nach den Schlagzeilen über den prominentesten Dauerbeleidigten oft auch als "Schwachkopf-Paragraph" bezeichnet, ist dabei nicht das einzige juristische Instrument, mit dem die etablierte Politikerkaste die Justiz gegen Oppositionelle und Andersdenkende in Stellung bringt.
Noch weitaus größere Sprengkraft hat die einseitige Anwendung des § 130 StGB, der die sogenannte "Volksverhetzung" unter Strafe stellt. Dem erklärten Sinn nach soll der Paragraph greifen, wenn "in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören", zu Haß, Gewalt oder Willkür "gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppe" aufgestachelt wird. Strafbar ist auch die Verbreitung entsprechender Inhalte.
Das ist höchst auslegungsbedürftig und öffnet breite Interpretationsspielräume; darin liegt erhebliche Mißbrauchsgefahr. Die ungleiche Anwendung des Paragraphen ist bereits im Gesetzestext angelegt. Ausdrücklich wird die Billigung, Leugnung, Rechtfertigung oder Verherrlichung von NS-Herrschaft und NS-Verbrechen unter Strafe gestellt. Für kommunistische oder andere Diktaturen und ihre mörderischen Verbrechen gilt Entsprechendes dagegen nicht.

Interpretationsbedürftige Gesinnungstatbestände

Die Ampel-Regierung hat den "Volksverhetzungs-Paragraphen" noch um zusätzliche Gesinnungs-Straftatbestände erweitert. Nach einer Novelle vom 20. Oktober 2022, trickreich in einem "Omnibus-Paket" aus allen möglichen Rechtsänderungen versteckt und spätabends unter dem Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit beschlossen, ist in einem neuen Absatz 5 auch "das öffentliche Billigen, Leugnen und gröbliche Verharmlosen von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen" unter Strafe gestellt.
Das ist gefährlich schwammig und geeignet, die Meinungsfreiheit in einer Weise einzuschränken, welche die kritische Auseinandersetzung mit kontroversen tagespolitischen Themen massiv behindert. Den Hintergedanken sprach eine weniger talentierte "Grünen-Rednerin" auch ganz offen aus: Es geht darum, die ganz große Keule gegen jene auszupacken, die das offizielle Schwarz-Weiß-Narrativ zu Schuld und Kriegsverbrechen im Ukraine-Krieg in Frage stellen.
In der Praxis ist der § 130 StGB längst zur einseitig geführten Allzweckwaffe im "Kampf gegen rechts" degradiert worden, in dem die etablierte Politik, ihre Vorfeldorganisationen und den unüberschaubaren Sumpf steuerfinanzierter "Pseudo-Nichtregierungsorganisationen" um die Absicherung der "grün-linken" Diskurshegemonie ringen. Das Messen mit zweierlei Maß gehört untrennbar dazu.

Messen mit zweierlei Maß

"Grünen-Politiker" benutzen den Gummiparagraphen, um ganze Prozeßserien gegen den Thüringer AfD-Landeschef Björn Höcke loszutreten. Die Gerichte spielen mit und übernehmen kritiklos selbst an den Haaren herbeigezogene Vorwürfe, etwa daß es sich bei der Allerweltsformulierung "Alles für Deutschland" um eine angebliche "SA-Parole" handele, von der freilich nicht nur Normalbürger, sondern selbst Historiker kaum je etwas gehört haben.

Sogar CDU-Abweichler kann es treffen, etwa den CDU-Landtagsabgeordneten und früheren Landtagspräsidenten Detlef Gürth aus Sachsen-Anhalt, der einen Strafbefehl über 18.000 Euro wegen "Volksverhetzung" erhielt, weil er mit Bezug auf einen afghanischen Messermörder geschrieben hatte, "dieses Pack muß raus aus Deutschland".

Mit Geldstrafe wegen "Volksverhetzung" belegt wurde im Mai auch die AfD-Kommunalpolitikerin Marie-Thérèse Kaiser, weil sie im Zusammenhang mit der großzügigen Aufnahme sogenannter "Ortskräfte" aus Afghanistan auf eine Statistik zum hohen Anteil afghanischer Tatverdächtiger bei Sexualdelikten die Frage nach "Willkommenskultur für Gruppenvergewaltigungen?" in den Raum gestellt hatte.

"Two Tier Justice"

Auf diesen Fall wurde sogar "X-Chef" Elon Musk aufmerksam; immerhin fiel die inkriminierte Äußerung auf seiner Plattform, die ein fundamental anderes, offeneres Verständnis von Meinungsfreiheit pflegt als die deutsche politische Klasse. "Eine Strafe für das Wiedergeben von Regierungsstatistiken?" fragte Musk ungläubig.

Die Willkür wird offenkundig im Vergleich mit ähnlich gelagerten Fällen unter anderen politischen Vorzeichen. Der ebenfalls wegen Volksverhetzung angezeigte Ehrenpräsident des Fußballvereins Eintracht Frankfurt, der öffentlich dazu aufgerufen hatte, AfD-Anhängern "ins Gesicht" zu kotzen, ihnen "Ohrfeigen zu geben" und "die Türen einzurennen", hat von der Staatsanwaltschaft Köln selbstverständlich nicht einmal Ermittlungen zu fürchten.

"Another case of two tier justice", kommentiert Elon Musk, der auch davon Wind bekommen hatte, lakonisch: "Ein weiterer Fall von Zwei-Klassen-Justiz".

"Nazi" ist nicht gleich "Nazi"

Die Liste läßt sich beliebig verlängern. Ein Türke, der die Deutschen als "Köterrasse" beschimpft, hat nichts zu befürchten, denn das deutsche Volk als solches könne man gar nicht beleidigen, meinte die Hamburger Staatsanwaltschaft schon 2017; andere Völker natürlich schon. Oder, aktuell: einem Syrer, der mit Bezug auf den Nahostkonflikt im Netz verkündet, "Warum soll es traurig sein, 6 Millionen Juden zu verbrennen?", widerfährt selbstverständlich keine Hausdurchsuchung.

Wer "Grüne" und "Nazis" gleichsetzt, begeht laut Bayerischem Obersten Landesgericht Volksverhetzung. Wer auf die gleiche Weise gegen die Opposition hetzt, offenkundig nicht Denn wenn der Zwangsgebührensender NDR die AfD-Chefin Alice Weidel als "Nazi-Schlampe" bezeichnet, fällt das selbstverständlich wiederum unter "Satire".

Den Bürgern, die durchaus nicht so begriffsstutzig sind, wie die Herrschenden sie gerne hätten, fallen diese doppelten Standards natürlich auf. Die mittlerweile zu beträchtlichem Einfluß herangewachsene Vielfalt der freien und alternativen Medien sowie zensurarme Plattformen wie "X" leisten dazu enorme Aufklärungsarbeit. Wenig verwunderlich also, daß diese Medien selbst zur Zielscheibe strafrechtlicher Verfolgungsgelüste werden.

Der Gesinnungsstaat delegitimiert sich selbst

Der etablierten politischen Klasse ist der wachsende Unmut über das Um-Sich-Greifen von Meinungsstrafrecht und Gesinnungsjustiz natürlich nicht verborgen geblieben. Ihre Reaktion ist allerdings eher von der Art, wie man sie von in Bedrängnis geratenen autoritären Herrschern erwarten würde: Sie ziehen die Zügel an und schlagen noch heftiger um sich.

Die niedersächsische Justizministerin Kathrin Wahlmann hat vorgeschlagen, die Strafverfol-

gung von "Politikerbeleidigung" noch einfacher zu machen. Sie will aus dem "Schwachkopf-Paragraphen" 188 StGB auch noch die Alibi-Bedingung streichen, es müsse sich schon um eine "Beleidigung" handeln, die das "öffentliche Wirken" des betroffenen Politikers "erheblich zu erschweren" vermöge.

Der "Schwachkopf-Paragraph" muß weg!

Das ist nichts anderes als das offene Bekenntnis zu privilegierten Sonderrechten für Politiker ohne jede Begründung, immer schön nach dem Motto: Alle sind gleich, aber einige sind gleicher. Tschüs Rechtsstaat, in dem die Gleichheit aller vor dem Gesetz die oberste Richtschnur sein sollte, hallo autoritärer Gesinnungsstaat mit Klassenjustiz.

Die Selbstdelegitimierung der vom "grün-linken" Ideologenfuror ausgehöhlten und gekaperten Institutionen wird dadurch freilich nur noch schneller voranschreiten. Eine Reformregierung, die sich an die Herkulesarbeit macht, die Hinterlassenschaften des Kartells der beleidigten etablierten Majestäten aufzuräumen, wird daher auch an einer grundlegenden Reform von Justiz und Rechtsordnung nicht vorbeikommen. Ein erster heilsamer Schritt wäre die Abschaffung des unseligen und überflüssigen "Schwachkopf-Paragraphen" 188 StGB.

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 1. Dezember 2024 (x1.429/…):

>>**Hoher deutscher General warnt vor CDU-Kriegstreiber Merz: Solche Leute haben in der Politik nichts verloren!**

"Die Welt sieht danach anders aus!" Der frühere deutsche Nato-General Harald Kujat hat erneut eindringlich vor der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine gewarnt. Politiker, die dies weiterhin befürworten, gehörten "aus der Politik zurückgezogen", warnte er mit Blick auf den Unions-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz (CDU). Unterdessen macht eine andere Kriegstreiber-Partei der Union heftige "schwarz-grüne" Avancen.

Am Wochenende hatte AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla auf dem Mitgliederparteitag der AfD Sachsen in Löbau (Oberlausitz) den Unions-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz sowie die Unionsparteien zu Hauptgegnern im Bundestagswahlkampf erklärt. "Wer Merz wählt, wählt den Krieg!", rief Chrupalla unter donnerndem Applaus aus und warnte nachdrücklich vor Taurus-Lieferungen an die Ukraine: "Diese Eskalation mit einer Atommacht ist einfach nur irre. **Wer Merz wählt, will Krieg!"**

Diese Analyse bestätigt einer der höchsten deutschen Generäle, der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat. Er war zuletzt bis zu seiner Pensionierung 2005 Vorsitzender des Nato-Militärausschusses.

Die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine würde eine "direkte Kriegsbeteiligung" bedeuten, stellte Kujat im Gespräch mit Roger Köppel, Herausgeber der Schweizer "Weltwoche" klar. Seine Begründung: "Die Ukrainer können Taurus nicht einsetzen. Wir müssen die Planung, die Vorbereitung und die gesamte Durchführung dieses Einsatzes in die Hand nehmen."

Leute wie Merz gehören "aus der Politik zurückgezogen"

Politiker, die dies nicht verstünden, seien nicht für politische Ämter geeignet, kritisierte Kujat scharf, ohne den CDU-Kriegstreiber Friedrich Merz namentlich zu nennen. Und Kujat legte noch einmal in aller Deutlichkeit nach: Politiker, die dies trotz der drohenden Konsequenzen weiterhin befürworten, gehörten, so wörtlich, "völlig aus der Politik zurückgezogen". Eine Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern würde eine grundlegende Veränderung des Ukraine-Krieges bedeuten. "Wenn wir diese Entscheidung treffen, sieht die Welt am nächsten Tag anders aus!", warnte der Ex-General eindringlich.

"Schwarz-grüne" Kriegstreiber: Gesucht und gefunden?

Knapp drei Monate vor der Bundestagswahl machte die "Grünen-Vorsitzende" Franziska Brantner der Merz-CDU deutliche Avancen - nach dem Motto: Kriegstreiber sucht Kriegstreiber!

Sie hält den Unionskanzlerkandidaten in der Ukraine- und Europa-Politik für einen besseren Partner als Kanzler Olaf Scholz (SPD). "Klar an der Seite der Ukrainer stehen" - diese Politik könnten die "Grünen" besser mit Friedrich Merz als mit Noch-Kanzler Scholz umsetzen, sagt Brantner im Interview mit der "Bild am Sonntag".<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Ärztekammer: Neue Regierung sollte Cannabis-Legalisierung aufheben**

Die Bundesärztekammer hat die nächste Bundesregierung aufgefordert, die teilweise Legalisierung von Cannabis zurückzunehmen, eine Zuckersteuer einzuführen und die Werbung für gesundheitsschädigende Produkte einzuschränken.

Die Förderung gesunder Lebensführung und der Gesundheitskompetenz der Menschen sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht ausschließlich im Gesundheitswesen verortet werden könne, heißt es in einem Positionspapier der Bundesärztekammer zur Bundestagswahl im Februar, über das die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" (Sonntagausgaben) berichten.

"Die gesetzlichen Regelungen zur Legalisierung von Cannabis als Genußmittel sind vollständig zurück zunehmen", empfiehlt die Kammer. Zudem sollten neben der Einführung einer Zuckersteuer die Abgaben auf Tabak- und Nikotinprodukte erhöht werden.

Die Erlöse daraus sollten in das Gesundheitswesen fließen. Einweg-E-Zigaretten und Aromastoffe in E-Zigaretten sollten nach Empfehlung der Ärztekammer verboten werden. Kinder und Jugendliche müßten zudem wirksam vor übermäßigem Konsum zucker- und fetthaltiger Lebensmittel geschützt werden, unter anderem durch ein Verbot von Werbung für gesundheitsschädigende Produkte, die sich direkt an Kinder und Jugendliche richte.

Für das Gesundheitswesen fordert die Bundesärztekammer unter anderem eine bessere Steuerung der Patienten. Konkret schlägt die Kammer vor, daß Patienten immer zuerst zu ihrem "Primärarzt" gehen, der dann die Weiterbehandlung koordiniert und Überweisungen ausstellen solle. Als "Primärarzt" komme der Hausarzt oder bei Chronikern auch ein entsprechender Facharzt in Frage.

Als Anreiz für die Versicherten schlägt die Ärztekammer unter anderem "attraktive Krankenkassen-Wahltarife" vor. Die Ärzteorganisation verlangt zudem, den Einfluß von Finanzinvestoren bei Arztpraxen zu begrenzen. "Die unzulässige Einflußnahme von Dritten muß durch entsprechende gesetzliche Regulierungen verhindert werden", heißt es in dem Positionspapier.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Hitlers langer Schatten**

Von *Daniell Pföhringer*

Nazi- oder Antisemitismus-Vorwürfe waren immer eine sichere Bank, um Politiker zu stürzen. …

Neuhof bei Fulda, 3. Oktober 2003: Wie in jedem Jahr lädt die örtliche CDU ins Bürgerhaus zu einem Festakt anläßlich des Tages der Deutschen Einheit. Es spricht der Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann. Der Jurist und Major der Reserve ist in der Region verankert und beliebt.

Im Jahr zuvor hatte er mit 54 Prozent der Erststimmen das Direktmandat für die Union errungen. In Neuhof hat er quasi ein Heimspiel, war er dort doch selbst vormals Bürgermeister gewesen. Die Veranstaltung hätte es normalerweise nur in die Lokalpresse geschafft - doch sie sollte bundesweit für Schlagzeilen sorgen.

Die verhängnisvolle Rede

Grund ist die Rede Hohmanns vor rund 150 Zuhörern, die er mit Ausführungen über deutsche Gelder für internationale Organisationen und Entschädigungen für Zwangsarbeiter beginnt. Warum zahle die Bundesrepublik Millionen und Milliarden, fragt der CDU-Politiker. Die

Antwort: "Das liegt an der deutschen Geschichte." Zu dieser schlägt er dann einen Bogen und sagt: "Kein Kundiger und Denkender kann ernsthaft den Versuch unternehmen, deutsche Geschichte weißzuwaschen oder vergessen zu machen. Nein. Wir alle kennen die verheerenden und einzigartigen Untaten, die auf Hitlers Geheiß begangen wurden." Deutlicher kann man sich kaum vom NS-Regime und seinen Verbrechen distanzieren!
Hohmann fährt fort: "Wird hingegen darauf hingewiesen, auch Deutsche seien im letzten Jahrhundert im großen Stil Opfer fremder Gewalt geworden, so gilt das schon als Tabubruch." Stets stehe der Vorwurf im Raum: "Die Deutschen sind das "Tätervolk"".
Dann sagt er: "Das deutsche Volk hat nach den Verbrechen der Hitlerzeit (…) um Vergebung gebeten und im Rahmen des Möglichen eine milliardenschwere Wiedergutmachung geleistet, vor allem gegenüber den Juden." Doch nun stellt Hohmann eine, wie er sagt, "provozierende Frage", die ihm zum Verhängnis werden soll: "Gibt es auch beim jüdischen Volk, das wir ausschließlich in der Opferrolle wahrnehmen, eine dunkle Seite in der neueren Geschichte, oder waren Juden ausschließlich die Opfer, die Leidtragenden?"
Unter Verweis auf die Studie "Jüdischer Bolschewismus": Mythos und Realität des Historikers Johannes Rogalla von Bieberstein, der unter anderem einen verhältnismäßig hohen Anteil von Juden in kommunistischen Organisationen während der russischen Oktoberrevolution 1917 feststellte (ohne dies dem Judentum an sich, sondern eher dessen sozialer Stellung im Zarenreich zuzuschreiben), fuhr der Redner fort:
"Mit einer gewissen Berechtigung könnte man im Hinblick auf die Millionen Toten dieser ersten Revolutionsphase nach der "Täterschaft" der Juden fragen. (…) Das mag erschreckend klingen. Es würde aber der gleichen Logik folgen, mit der man Deutsche als Tätervolk bezeichnet."
Doch diese Zuschreibungen seien nicht legitim, denn: "Die Juden, die sich dem Bolschewismus und der Revolution verschrieben hatten, hatten zuvor ihre religiösen Bindungen gekappt. (…) Ähnliches galt für die Nationalsozialisten. Die meisten von ihnen entstammten einem christlichen Elternhaus. Sie hatten aber ihre Religion abgelegt und waren zu Feinden der christlichen und der jüdischen Religion geworden. Verbindendes Element des Bolschewismus waren also die religionsfeindliche Ausrichtung und die Gottlosigkeit."
Resultat sei "ein geschichtlich bisher einmaliges millionenfaches Morden" gewesen. Und dann folgt der entscheidende Satz: "Daher sind weder "die Deutschen" noch "die Juden" ein Tätervolk. Mit vollem Recht aber kann man sagen: Die Gottlosen mit ihren gottlosen Ideologien, sie waren das Tätervolk des letzten, blutigen Jahrhunderts."

Hohmanns Hinrichtung

Was geschah im Bürgerhaus Neuhof während dieser Rede? Verließen Besucher empört den Saal? Gab es Pfiffe? Wetzten Hohmanns Parteifreunde schon die Messer? Von wegen! Die Lokalpresse berichtete sachlich über die Veranstaltung, der CDU-Kreisverband veröffentlichte Hohmanns Ansprache im Wortlaut auf seiner Website.
Es vergingen drei Wochen, da entdeckte, so die Neue Osnabrücker Zeitung, "eine Frau in den USA" den Text im Netz und "informierte den Hessischen Rundfunk". Der nahm den Ball auf - und das Unheil seinen Lauf. Am 30. Oktober berichtete die Tagesschau über die Rede, mit der sich der Abgeordnete "nach Ansicht von Kritikern (…) in die Nähe von Antisemitismus gebracht" habe. "Im Zusammenhang mit Juden und der russischen Geschichte verwendete Hohmann Begriffe wie, so wörtlich, "Täterschaft" und "Tätervolk"."
Nun fegte ein Sturm durch den Blätterwald: Die Bild-Zeitung schlagzeilte tagelang vom "CDU-Hetzer", von der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung wurde er als "Brandstifter" tituliert, die B. Z. nannte ihn einen "charakterlosen Lumpen", und die Welt verstieg sich gar zu der Behauptung:
"CDU-Politiker nennt Juden "Tätervolk"."

Das war eine glatte Umdrehung dessen, was Hohmann in seiner Rede gesagt hatte, doch die Lüge wurde vielfach medial reproduziert, wogegen der Betroffene erfolgreich juristisch vorging. Im Konrad-Adenauer-Haus wurde sofort die Richtung vorgegeben: Auf keinen Fall hinter den Gescholtenen stellen, sondern ihn im kalten Regen stehen lassen.
Angela Merkel, schon damals CDU-Chefin, erklärte auf einer Pressekonferenz am 31. Oktober:
"Das sind völlig inakzeptable und unerträgliche Äußerungen, von denen wir uns aufs Schärfste distanzieren."
Hohmann erklärte daraufhin: "Es war nicht meine Absicht, die Einzigartigkeit des Holocausts zu bestreiten, und es war auch nicht meine Absicht, Juden als Tätervolk zu bezeichnen. Wenn gleichwohl ein anderer Eindruck entstanden ist, dann entschuldige ich mich dafür ganz ausdrücklich und bedauere es, wenn ich dadurch Gefühle von Menschen verletzt habe." Er weigerte sich jedoch, inhaltliche Abstriche zu machen. Am Ende wurde er deshalb aus Fraktion und Partei ausgeschlossen. Notabene: 2017 kehrte der Fuldaer noch einmal in den Bundestag zurück - nun auf dem Ticket der AfD.

Jenningers falscher Ton

Während man bei Hohmann den Inhalt seiner Ansprache als kritikwürdig empfand, hatte bei einem anderen CDU-Politiker schon eine falsche Betonung ausgereicht, um ihn aus dem Amt zu fegen.
Am 10. November 1988 hielt der damalige Bundestagspräsident Philipp Jenninger im Bonner Parlament eine Rede anläßlich des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht, in der er zunächst die üblichen Sühne- und Bußübungen absolvierte, sich dann aber in eine Reihe von Ungeschicklichkeiten in seinen Ausführungen über das "Faszinosum Hitler" verstrickte.
Jenninger wörtlich: "Für die Deutschen, die die Weimarer Republik überwiegend als eine Abfolge außenpolitischer Demütigungen empfunden hatten, mußte dies alles wie ein Wunder erscheinen. (…) Machte nicht Hitler wahr, was Wilhelm II. nur versprochen hatte, nämlich die Deutschen herrlichen Zeiten entgegenzuführen? War er nicht wirklich von der Vorsehung auserwählt, ein Führer, wie er einem Volk nur einmal in tausend Jahren geschenkt wird?"
Natürlich war das nicht affirmativ gemeint. Der CDU-Politiker wandte lediglich das Stilmittel der sogenannten erlebten Rede an. Und davon machte er ausgiebig Gebrauch:
"Sicher, meine Damen und Herren, in freien Wahlen hatte Hitler niemals eine Mehrheit der Deutschen hinter sich gebracht. Aber wer wollte bezweifeln, daß 1938 eine große Mehrheit der Deutschen hinter ihm stand, sich mit ihm und seiner Politik identifizierte? Gewiß, einige "querulantische Nörgler" wollten keine Ruhe geben und wurden von Sicherheitsdienst und Gestapo verfolgt, aber die meisten Deutschen, und zwar aus allen Schichten - aus dem Bürgertum wie aus der Arbeiterschaft -, dürften 1938 überzeugt gewesen sein, in Hitler den größten Staatsmann unserer Geschichte erblicken zu sollen."
Besonders angekreidet wurde Jenninger schließlich folgende Passage: "Und was die Juden anging: Hatten sie sich nicht in der Vergangenheit doch eine Rolle angemaßt - so hieß es damals -, die ihnen nicht zukam? Mußten sie nicht endlich einmal Einschränkungen in Kauf nehmen? Hatten sie es nicht vielleicht sogar verdient, in ihre Schranken gewiesen zu werden?"
Im Grunde war der CDU-Politiker damit sogar auf den Kollektivanklage-Zug aufgesprungen, doch nur Stunden nach der Ansprache kochte der internationale Pressekessel. Und wieder wurde dem Betroffenen das Wort im Munde herumgedreht. So schlagzeilte etwa die israelische Zeitung Ma'ariv: "Jenninger verteidigte Hitler-Ära."
Nach 48 Stunden des Kesseltreibens strich der Angegriffene die Segel und trat von seinem Amt zurück. Vollkommen unbegründet, denn Jahre später erklärte Ignatz Bubis, damals Präsident des Zentralrates der Juden, gegenüber dem Tagesspiegel (2.12.1995), Jenninger habe

"eine über weite Strecken hervorragende Rede einfach nur rhetorisch miserabel gehalten". Bubis machte sich sogar den Spaß, die Ansprache fast wortgetreu erneut zu halten, ohne den Urheber zu nennen. Dafür erntete er frenetischen Beifall.

Möllemanns Todsünde

Während Hohmann und Jenninger dennoch relativ glimpflich davonkamen, gipfelte die Schmutzkampagne gegen Jürgen Möllemann in dessen Tod. Das Stehaufmännchen der FDP hatte seine Partei im Mai 2000 mit einer neuen Kampagne, genannt "Strategie 18" mit 9,8 Prozent in den Landtag von Nordrhein-Westfalen geführt.

Nun sollte die Kampagne auch auf die Bundesebene übertragen werden. Mit "18" war gemeint, daß die Liberalen entsprechend viele Prozente einfahren könnten. Möllemann erhob damit den Anspruch, die FDP in Richtung Volkspartei führen zu können.

Doch Böswillige sahen in der Ziffer das Spiel mit einem Code, der auch von Neonazis verwendet wird: Nimmt man den ersten und den achten Buchstaben des Alphabets, hat man "A" und "H" - die Initialen Adolf Hitlers.

Er war dabei

Franz Schönhuber (1923-2005) hatte sich als Journalist einen legendären Namen gemacht, war beim Bayerischen Fernsehen stellvertretender Chefredakteur und Moderator des legendären Formats Jetzt red i. Als er 1981 Jahre seine Autobiographie Ich war dabei vorlegte und sich darin als früherer Soldat der Waffen-SS outete, war es mit der Karriere vorbei. Eine Hexenjagd setzte ein, er verlor alle Posten.

Dabei hielten CSU und FDP noch eine ganze Weile zu ihm. Ich war dabei wurde unterdessen zum Beststeller, der israelische Satiriker Ephraim Kishon verteidigte das Buch. Schönhuber rächte sich auf seine Weise: als Mitgründer der Republikaner, kurz REP, die spektakuläre Erfolge feiern konnte und 1989 sogar in das Europaparlament einzog.

Mit diesem Framing nahmen zwei Jahre später Geschehnisse ihren Lauf, die aus dem gefeierten Star den Paria der FDP machen sollen. Alles fing damit an, daß im Frühjahr der grüne NRW-Landtagsabgeordnete Jamal Karsli zur FDP-Fraktion überlief.

Der gebürtige Syrer war bei den Ökos in Ungnade gefallen, weil er Israels Ministerpräsidenten Ariel Scharon eines "Vernichtungskrieges" im Westjordanland bezichtigt hatte. Fraktionschef Möllemann sah die Chance, über einen Seitenwechsel des Abgeordneten die damalige rotgrüne Landesregierung kippen.

Weiterführend; Karlheinz Weißmanns neues Werk "Zwischen Reich und Republik - Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten" bietet einen umfassenden Überblick über alle rechten Strömungen und Parteien seit 1945 - von der Deutschen Reichspartei und der NPD bis zur AfD.<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Dezember 2024 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Publizisten: >>**Offener Brief über den endlosen Terror der Antichristen: Die Freimaurer**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Gründung der ersten Freimaurerloge

Im Jahre 1717 (200 Jahre nach dem Beginn der Reformation) entstand in London die erste Großloge der Freimaurer. Alle Mitglieder der Freimaurerloge betrachteten sich als Brüder. Das geheim gehaltene Brauchtum der Freimaurerei schloß sich an die mittelalterlichen Gilden und Zünfte, besonders der Bauhütten an.

Die sinnbildlichen Zeichen waren meist dem Maurerhandwerk entnommen. Die Freimaurer verpflichteten sich der internationalen Toleranz, Humanität und freien Entfaltung der Persönlichkeit.

Die Entstehung bzw. Entwicklung der Freimaurerei wurde vor allem durch die furchtbaren Konfessionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts in Europa geprägt. Viele trauten es den damaligen weltlichen und kirchlichen Herrschern nicht mehr zu, den versprochenen Frieden zu gewährleisten, deshalb traten die Freimaurer nicht für trennende Religionen, Konfessionen, Stände, Nationen, Rassen, Klassen usw. ein.
Die französischen Freimaurerlogen prägten damals die ethischen Grundsatzformeln von der Humanität, Toleranz und Brüderlichkeit und forderten Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit für alle Menschen.
Für den Freimaurer bedeutete Humanität angeblich die Lehre und das Streben nach menschlicher Würde für alle Menschen, unabhängig von Geburt, Stand, Konfession, Nationalität und Hautfarbe; bedingungslose Anerkennung der Menschenrechte (wie z.B. das Recht auf persönliche Freiheit, auf Eigentum, Gedankenfreiheit, Gewissensfreiheit und Glaubensfreiheit).
Die Brüderlichkeit der Freimaurer hatte vermeintlich das Ziel, daß Menschen weltweit ein freundschaftliches und soziales Verhalten miteinander pflegen sollten.
Die Freimaurer wollten die Menschen angeblich durch Selbstvervollkommnung, Selbstverwirklichung und Förderung des sittlichen Lebens umerziehen, um einen neuen, einen besseren Menschen zu schaffen. Dieses unermüdliche Arbeiten am "rohen Stein" war ein wesentliches Anliegen der Freimaurerei."
Auf den ersten Blick war man irrtümlich der Meinung, daß die Freimaurer eigentlich nur das wahre Christentum verwirklichen wollten. Die Freimaurer wollten jedoch christliche Ideale ohne Christus verwirklichen, denn der Mensch und die Welt standen im Zentrum allen Strebens und nicht Christus und das Reich Gottes. Für die atheistischen Freimaurer waren die Christen keine freien Menschen, denn alle Christen befanden sind aufgrund ihres unbedingten christlichen Glaubensgehorsams im Zustand der Sklaverei.
Den Freimaurern ging es tatsächlich nie um Humanität, Toleranz und Brüderlichkeit, sondern dieser Geheimbund hatte sich eindeutig dem völligen Relativismus verschworen, daß z.B. alle Wahrheiten veränderlich seien und daß es keine allgemeingültigen Wahrheiten geben würde. In erster Linie verfolgten die Freumaurer lediglich die Durchsetzung ihrer eigenen machtpolitischen Herrschaftsansprüche.
Bei den Freimaurerlogen handelte es sich seit ihrer Gründung um politische Geheimgesellschaften, die geheime Staaten ("Tiefe Staaten") in den offiziellen Staaten bildeten. Die Freimaurer setzten vor allem auf Christentumfeindlichkeit, die geistige Zersetzung und die systematische Zerstörung des nationalen Kulturlebens der Völker sowie die allmähliche Auflösung der Nationalstaaten.
Die Freimaurer nutzten später bevorzugt die in vielen Ländern gleichgeschalteten Medien zur permanenten geistigen Zersetzungs- und kulturellen Unterhöhlungsarbeit. Infolge dieser lautlos und unsichtbar wirkenden Methoden förderten die Freimaurer-Geheimorganisationen nachweislich den religionsfeindlichen Atheismus, den revolutionären Liberalismus, Marxismus und Bolschewismus bzw. Kommunismus.
Besonders die Geschichte Großbritanniens und des Britischen Empires wurde seit Gründung der Londoner Freimaurerloge von den Freimaurern dominiert. Viele maßgebliche Persönlichkeiten der britischen Politik, der Armee, der Bildung, der Wirtschaft und des Handels waren Logenbrüder.
Die Freimaurer-Großlogen von England, Schottland und Irland waren z.B. seit der Mitte des 18. Jahrhunderts in allen überseeischen Gebieten des britischen Imperiums (Kolonien und Dominien sowie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika) freimaurerisch tätig.
Obgleich die freimaurerische Geschichtsschreibung grundsätzlich politische, revolutionäre oder kriegerische Handlungen leugnete, wurden seit dem 18. Jahrhundert fast alle bedeutenden Geschehnisse der Weltgeschichte von den geheimen Freimaurerlogen entscheidend beein-

flußt und geprägt.
In zahlreichen Ländern, wie z.B. in Nordamerika, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Polen, Griechenland, Südamerika, Rußland und in China, beteiligten sich später die Freimaurer maßgeblich direkt oder indirekt an fast allen gewalttätigen Revolutionen und kriegerischen Auseinandersetzungen des 18., 19. und 20. Jahrhunderts.
Seit Gründung des Freimaurerordens gab es für die Freimaurer eigentlich nur ein Ziel: Beständig und unaufhörlich geistige, wirtschaftliche und politische Revolutionen sowie kriegerische Auseinandersetzungen zu planen, zu organisieren, zu finanzieren und durchzuführen.
Die Französische Revolution im Jahre 1789 wäre ohne aktive Beteiligung der französischen Freimaurer nicht möglich gewesen. Nicht umsonst wurden während der Französischen Revolution öffentlich die sogenannten Ideale der Freimaurerei ("Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit") gefordert.
Der revolutionäre Fanatismus und die Brutalität der Jakobiner, sämtliche Lebensbereiche zu politisieren und die radikale Unterdrückung des Christentums sowie die systematische Unterwanderung der katholischen Kirchenführung, kündigten damals bereits die geheimen Ziele des geplanten totalitären Weltstaates der Freimaurer an.
Auch die bolschewistische Oktoberrevolution in Rußland im Jahre 1917 wurde von den Freimaurern siegreich vollzogen. Lenin und Trotzki, die Hauptanführer der russischen Revolution, waren nicht nur fanatische Kommunisten, sondern auch leidenschaftliche Freimaurer. Sie gehörten dem 33. Freimaurergrad des sog. Schottischen Ritus an.

Einflußreiche Geheimorganisationen seit dem 18. Jahrhundert und wichtige Persönlichkeiten

Die religiösen und weltlichen Terrororganisationen strebten seit jeher die totalitäre Herrschaft an. Sie beeinflußten, verursachten und finanzierten seit Jahrhunderten maßgeblich fast jeden Krieg, jede Revolution sowie alle einschneidenden historischen Ereignisse der Weltgeschichte. Diese religiösen und weltlichen Terrororganisationen verfügten bereits seit dem 18. Jahrhundert über effektive Geheimgesellschaften:
Freimaurer, gegründet 1717,
Komitee der 300, gegründet 1729,
Rosenkreuzer, gegründet 1760,
Illuminaten, gegründet 1776,
Mafia, gegründet 1800,
Skull & Bones, gegründet 1832,
B'nai B'rith, gegründet 1843,
Rotes Kreuz, gegründet 1863/64,
Ku-Klux-Klan, gegründet 1865,
The Round Table, gegründet 1891,
Haager Schiedsgerichtshof, gegründet 1899,
Rotary International, gegründet 1905,
Federal Reserve System (Fed, privates US-Notenbanksystem), gegründet 1913,
Kiwanis International, gegründet 1915,
Lions Club International, gegründet 1917.
Völkerbund, gegründet 1919,
Council on Foreign Relations", gegründet 1921,
Opus Dei, gegründet 1928,
UNO bzw. Vereinte Nationen, gegründet 1945,
United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO), gegründet 1945,
Internationaler Währungsfonds (IWF), gegründet 1945,

Internationale Arbeitsorganisation (IAO), gegründet 1946,
United Nations International Children's Emergency Fund (UNICEF), gegründet 1946,
Tavistock Institute of Human Relations (TIHR), gegründet 1947,
World Health Organization (WHO), gegründet 1948,
NATO, gegründet 1949,
Bilderberger, gegründet 1954,
EWG bzw. EU, gegründet 1957,
Amnesty International, gegründet 1961,
World Wide Fund for Nature (WWF), gegründet 1961,
Club of Rome, gegründet 1968,
Rote Armee Fraktion, gegründet 1970,
Médecins sans Frontières (MSF) bzw. Ärzte ohne Grenzen e.V., gegründet 1971,
Trilaterale Kommission, gegründet 1973,
Greenpeace, gegründet 1975,
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), gegründet 1975,
Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU), gegründet 1990.
Diese Geheimorganisationen und überstaatliche Tarnvereinigungen sowie die Familien Rothschild, Rockefeller u.a. prägten später sämtliche wesentlichen Entscheidungen der Weltpolitik.
Die Geheimgesellschaften rekrutierten in erster Linie einflußreiche Führungspersönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Militär, um ihre politischen Ziele durch gezielte Einflußnahme und Unterwanderung zu realisieren.
Der evangelische Theologe und Publizist Dr. Lothar Gassmann berichtete später (im Jahre 2005) in seinem Buch "Europa - das wiedererstehende Römische Reich?" über die Freimaurer (x880/...): >>**Europa, Vatikan und die Neue Weltordnung …**
Welche Ziele vertritt die Freimaurerei?
Es ist ein seit langem erklärtes Ziel der freimaurerischen Doktrin, insbesondere der Illuminaten, eine "Weltbruderschaft" zu errichten, in der alle Unterschiede zwischen Menschen - vor allem politischer und religiöser Art - beseitigt sind und es keinen Absolutheitsanspruch irgendeiner Religion auf "Wahrheit" mehr gibt. Laut Auskunft des "Internationalen Freimaurerlexikons" gehört es zu den Grundgesetzen der Freimaurer, sich "bloß zu der Religion zu verpflichten, in welcher alle Menschen übereinstimmen und jedem seine besondere Meinung zu lassen." Der Satz von der "Religion … in der alle Menschen übereinstimmen … ist das Fundament der Freimaurerei geworden."
Mutig und treffend stellt hierzu der katholische Freimaurer-Experte Manfred Adler fest: …"Tatsächlich ist es der geheime und offene Traum der maurerischen Weltpolitik, eine universale Weltregierung in einem universalen Welt-Einheits-Staat zu errichten. Nicht zuletzt um dieses Endziels willen waren einflußreiche kosmopolitische Maurerbrüder maßgeblich an der Gründung der 'Organisation der Vereinten Nationen' beteiligt, die ihr 'Hauptquartier' in New York haben und 1945 an Stelle des Völkerbundes traten, der sich 1920 in Genf konstituiert hatte." …<<
Horst Koch berichtete in seinem Internet-Blog "www.horst-koch.de" über die Freimaurer (x956/…): >>**Die Freimaurerei und die neue europäische "Charta Oecumenica"**
Ulrich Skambraks
Fast alle amerikanischen Präsidenten waren Freimaurer. Etliche Friedensnobelpreisträger ebenso. Unzählige Philosophen, Dichter, Schriftsteller, Musiker und Künstler pflegten die Freimaurerei. Seit den Ursprüngen der modernen Freimaurerei vor etwa 280 Jahren versuchen die Anhänger des freimaurerischen Gedankengutes auf verschiedenen Ebenen die Geschicke der westlichen Welt zu beeinflussen.

Dabei verfolgen die Freimaurer zwei große Ziele:
1. Alle Menschen dieser Welt sollen in einer großen Menschheits-Familie vereinigt werden. Der Freimaurer und Philosoph Guiliano Di Bernardo, Professor an der Universität von Trient, formulierte dieses Ziel im Jargon der Freimauer so: "Ihr Ziel ist, unter dem gestirnten Firmament des Tempels alle Menschen in einer Bruderkette zu vereinen."
2. Um dieses Vorhaben zu realisieren, bedarf es eines verbesserten, edlen Menschen. Um diesen "neuen Menschen" zu schaffen, arbeiten Freimaurer beständig an der "Selbstveredlung des Menschen". Sie nennen es "das Behauen des rauhen Steines". …
Ausgehend von diesen Grundgedanken haben Freimaurer versucht, Wohltätigkeits- und Hilfsorganisationen aufzubauen und globale Vereinigungs-Prozesse anzustoßen. Der Schweizer Freimaurer Henri Dunant gründete beispielsweise das Rote Kreuz und stand mit anderen Freimaurern an der Wiege des Christlichen Vereins junger Menschen (CVJM). Desgleichen wurde die Internationale Pfadfinderbewegung mit ihrem Motto "Jeden Tag eine gute Tat" von einem bedeutenden englischen Freimaurer gegründet.
Auch bei politischen Vereinigungs-Bewegungen saßen Freimaurer in den Gründungs-Komitees. So ist der Gedanke der Vereinten Nationen (UNO) eine freimaurerische Schöpfung. Die Charta der UNO und die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" stammen von Freimaurern. Ökumene und Freimaurertum, auch da ergeben sich Verbindungen. Der Mitbegründer der ökumenischen Bewegung Nathan Söderblom soll Hochgradfreimaurer gewesen sein, ebenso ein Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen. …
"Menschenrechte", "Freiheit", "Toleranz", "Solidarität" (Brüderlichkeit), sind zentrale Begriffe der Freimaurerei, die in der Bibel keine oder eine andere Bedeutung als im weltlichen Bereich haben.
Die Toleranz ist dabei der Schlüssel allen freimaurerischen Denkens und Handelns. Sie fungiert als "Bindemittel" für unterschiedlichste Ansichten. Das auslösende Motiv für die freimaurerische Toleranzidee ist die Annahme, daß es "die" Wahrheit nicht gibt. Deshalb muß man lernen, eine Vielzahl von Wahrheiten zu tolerieren. Di Bernardo schreibt dazu: "Für den Christen ist die Wahrheit absolut, ewig und unveränderlich. Sie ist direkt von Gott offenbart. Für den Maurer dagegen ist die Wahrheit ein gedanklicher Richtpunkt, nach dem er sich bei seiner initiatischen Selbstveredlung ausrichtet.
Die Wahrheit ist ein fernliegendes Ziel, dem er sich schrittweise nähern kann, ohne es je ganz zu erreichen. Kein Maurer kann für sich in Anspruch nehmen, die Wahrheit zu besitzen." Um diese "Einsicht" zu gewinnen, fördert die Freimaurerei den Dialog mit fremden Denkmodellen. Dabei kann man erkennen, daß die "eigene" Wahrheit eine unter vielen anderen zu sein scheint. Da für den Freimaurer nur menschliche Wahrheiten bedeutsam sind, gibt es für ihn keine absolute Wahrheit. Wie ein roter Faden durchzieht die Kirchen-Charta die Aufforderung zum "Dialog auf allen Ebenen".
Die Freimaurerei toleriert fast alles, doch niemals, daß es "die" Wahrheit gibt.
Legt man die Meßlatte des freimaurerischen Toleranzverständnisses an die Charta Oecumenica an, so wird verständlich, warum die ungehinderte Ausbreitung des biblischen Evangeliums in der Kirchen-Charta zum Problem wird. …
In der Charta Oecumenica heißt es dazu: " Wir verpflichten uns, über unsere Initiativen zur Evangelisierung mit den anderen Kirchen zu sprechen, darüber Vereinbarungen zu treffen und so schädliche Konkurrenz sowie die Gefahr neuer Spaltungen zu vermeiden."
Aus Sicht der Freimaurer könnte man diese Verpflichtung auch als Manöver zur sanften Ausbremsung der Verbreitung "der" Wahrheit deuten, getreu dem Sprichwort: Viele Köche werden den Brei schon verderben! Auch ein anderer Punkt wirkt wie eine Giftspritze für "die" Wahrheit. Da heißt es in der Charta: "Die Begegnung zwischen Christen und Muslimen sowie den christlich-islamischen Dialog wollen wir auf allen Ebenen intensivieren.

Insbesondere empfehlen wir, miteinander über den Glauben an den einen Gott zu sprechen …" Allah und Christus sind eins? Sind Christen und Muslime tatsächlich Glaubensbrüder, Brüder in der freimaurerischen Bruderkette? Für den Freimaurer ist der Mensch das Maß aller Dinge. Er braucht keine Erlösung von außen, denn er ist im Prinzip gut und kann sich selbst veredeln.
Doch nach der Bibel ist der Mensch ein in Sünde gefallenes Geschöpf und nicht ein guter Schöpfer. Die Verehrung von Geschöpfen bezeichnet die Bibel als "Götzendienst": "Sie vertauschten die Wahrheit Gottes mit der Lüge, sie beteten das Geschöpf an und verehrten es anstelle des Schöpfers" (Römer 1,25).
Die Tatsache, daß die Freimaurerei jeden Absolutheitsanspruch ablehnt, sich selbst aber für absolut setzt, macht sie zum Gegner Jesu Christi. Diese Gegnerschaft in freimaurerischem Gewand ist besonders gefährlich, da die Freimaurerei das Christentum nicht frontal angreift, sondern in einen langen Prozeß der Einschränkung und Aufweichung (= Relativierung) hineinzieht. Die Charta scheint ein weiterer Schritt in diese Richtung zu sein.
Quellen: *"Die Freimaurer und ihr Menschenbild", Giuliano di Bernardo …*
Charta Oecumenica - "Freimaurer", Dr. Martin Hohl-Wirz …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018:
>>**Die Geheimbünde der globalen Eliten**
_von Jürgen Elsässer
Wer steckt hinter der Überflutung Europas durch Massenmigration und allen anderen Weltübeln? Wer diesen Fragen nachgeht, wird schnell als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt. Nun hat der britische Historiker Niall Ferguson den Weg für eine differenzierte Debatte eröffnet.
… 2016 hat er den ersten Band seiner Kissinger-Biographie (*Der Idealist*) vorgelegt, und im Mai 2018 ist im renommierten Propyläen-Verlag sein neuestes Werk *Türme und Plätze. Netzwerke, Hierarchien und der Kampf um die globale Macht* erschienen. "In diesem Buch versuche ich, einen Mittelweg zwischen der Hauptströmung der Historiographie, welche die Rolle von Netzwerken tendenziell unterschätzt hat, und den Verschwörungstheoretikern zu finden, die ihre Rolle gewöhnlich überschätzen."
Die Metapher im Titel weist auf eine Konstellation hin, die systemkonforme Spötter wie Eco nicht begreifen: Spätestens seit dem Mittelalter stehen sich vertikale Hierarchien - damals die dynastischen Staaten, die ihre Herrschaft mit Türmen sicherten - und horizontale Netzwerke - symbolisiert in den Plätzen, wo Händler und gemeines Volk in Kontakt kamen und eigene politische Ansprüche anmeldeten - gegenüber. Während der Adel seine Macht über die katholische Kirche legitimierte, stürmte die entstehende Bourgeoisie mit der Aufklärung gegen die klerikalen Dogmen.
Der neue Rationalismus fand als wichtigste Träger Geheimbünde wie die Illuminaten und die Freimaurer. Ferguson belegt, daß Letztere die Sezession Nordamerikas von der britischen Krone entscheidend vorangetrieben haben. Denselben Nachweis führte der langjährige FAZ-Redakteur Lorenz Jäger in seinem Buch *Hinter dem großen Orient. Freimaurerei und Revolutionsbewegungen* (2009) für den Sturz der Bourbonen in Frankreich 1789. Auch der italienische Aufstand unter Giuseppe Garibaldi, beweist Professor Aldo Mola, Dozent für Geschichte der Neuzeit an der Universität Mailand, war eine Operation der Freimaurer.
… Es gibt zwar mächtige Netzwerke in Vergangenheit und Gegenwart - aber diese konkurrieren miteinander und zerfallen auch immer wieder. So spalteten sich die Freimaurer schon im 18. Jahrhundert in eine anglophile und eine frankophile Richtung auf. Erstere bekämpfte Napoleon, Letztere unterstützte ihn. Daß der Korse 1798 eine Expedition nach Ägypten unternahm, war militärisch ohne Sinn, sollte ihm aber Legitimation gegen die anglophilen Freimaurer verschaffen: Während diese ihre Tradition auf das Alte Testament, also auf die Juden, zu-

rückführten, suchten die Frankophilen ihre Wurzeln in den Mythen der Pharaonen.

Das Soros-Netzwerk

Dieser Kampf unterschiedlicher Netzwerke prägt auch die Gegenwart. Lorenz weist auf den freimaurerischen Einfluß auf den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy (2007 bis 2012) hin. Doch dieser Einfluß hat ihm wenig genützt: Er verlor sein Amt und war 2017 sogar wegen Korruptionsvorwürfen ("Gaddafi-Gate") in Untersuchungshaft.

Auch die Bilderberger-Gruppe ist nur ein Knoten im globalen Machtnetz, nicht dessen Zentrum. Der auf David Rockefeller und Henry Kissinger zurückgehende Elite-Club versammelt zwar seit 1954 jedes Jahr die einflußreichsten Politiker und Finanzmagnaten des Globus hinter verschlossenen Türen und hat 2005 die Ersetzung von Kanzler Gerhard Schröder durch Angela Merkel befördert.

Aber in den letzten Jahren setzte er bei seinem Politiker-Casting oft auf die Falschen: Der Sozialdemokrat Peer Steinbrück (2011 bei den Bilderbergern) und sein potentieller Koalitionspartner Jürgen Trittin (2012) konnten Merkel bei den Bundestagswahlen 2013 nicht besiegen und verschwanden anschließend in der Versenkung. Nicht besser scheint es Ursula von der Leyen zu ergehen: Obwohl dieses Jahr Gast auf der geheimen Jahreskonferenz, kommt sie aus den Negativschlagzeilen nicht heraus und spielt im Rennen um die Nachfolge der Rautenfrau keine Rolle. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im September 2019 im COMPACT-Spezial Nr. 23 (x345/80-82): >>**Der Freimaurer-Versteher**

_ von Jonas Glaser

Wie kaum ein zweiter Autor nutzt Dan Brown in seinen Kriminalromanen Geheimgesellschaften wie die Illuminaten oder Freimaurer zur Erzeugung von Spannung. Geht es ihm dabei lediglich um den Effekt - oder transportiert er eine Botschaft?

Dan Brown versteht sich auf die Wollust des Schreckens.

Freimaurer sind Pop. Auf gleicher Stufe mit den Illuminaten. Wie langweilig wäre Populärkultur ohne dunkle Mächte. Geheimbünde verleihen dem Dasein existentiellen Thrill, liefern mythischen Rohstoff, der jedes Szenario über die Alltagsödnis erhebt. Tod nach Krankheit, im Alter oder bei einem Unfall? Mord aus Habgier, Eifersucht, Haß? Wie langweilig! Wie gewöhnlich! Verschwindet hingegen jemand, weil er verborgenes Wissen eines sinistren Ordens ausplaudern wollte, klingt eine andere Saite an: Geheimnis und Suspense wirken sinnstiftend. Mögen Teufel und Dämonen verstorben sein - eine Gruppe düsterer Kuttenträger tut's im Notfall auch.

Der Nervenkitzel, der Schock, die Gänsehaut sind die Orgasmen einer sinnentleerten Gesellschaft. Mythenumrankte Strippenzieher haben die Funktion finsterer Aphrodisiaka. Soll Mozart etwa mit 36 Jahren an elenden Lebensumständen verstorben sein? Klingt drittklassig! Knalliger kommt es, wenn er ermordet wurde, weil er seine Zauberflöte mit Freimaurerverweisen gefüllt hatte. Ebenso Stanley Kubrick: Starb der Starregisseur an einem banalen Herzinfarkt? Nicht doch, zwei Tage zuvor hatte er den Schnitt für Eyes Wide Shut abgeschlossen: Ein Erotikdrama, das (auch) von einer Geheimloge handelt, angeblich voller Verweise auf Freimaurer-Riten… Wer mag Kubricks Tod da noch für Zufall halten? So bekommen Film und (Ab-)Leben des Filmemachers eine zusätzliche Dynamik.

Die Pyramiden von Washington

Jemand, der diese Dramaturgie beherrscht wie kein Zweiter, ist der US-Schriftsteller Dan Brown. Seine "Aufwertung" der Realität durch geheime Zeichen, Verweise, Andeutungen und Verschwinden verleiht selbst Hochburgen der Langeweile frischen Glanz. Der Erfolg gibt ihm recht: Seine Werke bringen die Kassen der Buchhändler und Kinobesitzer zum Überlaufen, obwohl er auf direkte Erotik verzichtet. Brown sagt: "Ich schreibe nur über Themen, bei denen ich Experte bin." Dafür versteht er sich auf die Wollust des Schreckens. Nachdem der Autor

in Illuminati (2003) den heute wohl bekanntesten Geheimbund literarisch verwertet hatte, knöpfte er sich für *Das verlorene Symbol* (2009) die Freimaurer vor.
Wie *Sakrileg* (2004) - 2006 unter dem Originaltitel *The Da Vinci Code* verfilmt - behandelt auch dieser Roman ein spirituelles Thema: Die Logen, so heißt es, hüteten jahrtausendealtes Wissen über ungehobenes Potential im Menschen. Zu Beginn kommt der Symbologe Robert Langdon nach Washington D.C., um dort einen Vortrag über Freimaurersymbolik zu halten. Dabei zeigt der geheimnisvolle Mal'akh (meint so viel wie: göttlicher Bote) übermäßiges Interesse an der verborgenen Überlieferung. Um die Mithilfe des Forschers bei der Recherche zu erpressen, entführt er dessen Kollegen und Gastgeber Peter Solomon. Die Deadline ist ultraknapp: Eine Nacht hat Langdon Zeit…
"Die Welt ist ein seltsamerer Ort, als wir dachten."
Dan Brown
Kurz darauf wird in der zentralen Rotunde des Kapitols eine abgetrennte Hand entdeckt, deren Zeigefinger bedeutungsvoll in die Höhe weist. Auf ihr finden sich rätselhafte Tattoos. Mehr noch, die Hand gehört dem entführten Kollegen Solomon, der - wie Langdon erfahren muß - den Freimaurern angehört. Der Symbologe entziffert die Bedeutung der Tätowierung, die ihn direkt ins Senate Basement unter der alten Krypta des Kapitols verweist.
Damit ist der Startschuß für eine klassische Schnitzeljagd à la Dan Brown gefallen: Schnell stellt sich heraus, daß eine Pyramide in der US-Hauptstadt den Schlüssel zur Lösung enthält. Aber wie finden? Washington ist voll von Pyramiden! Am Ende der 700-seitigen Nacht in Laboren und Bibliotheken landet Langdon auf der Spitze des Obelisken, des Washington Monument. Dessen Grundstein birgt des Rätsels Lösung: Die antike Forderung "Erkenne Dich selbst" findet ihre Antwort darin, daß Gott in jedem Menschen sei.
Auch hartgesottene Dan-Brown-Fans müssen zugeben, daß dies ein allzu simples, grausig enttäuschendes Dénouement darstellt. Wieso diesen Satz über Generationen hinweg geheim halten? Weshalb ihn so aufwendig verbergen? Oder hat dieser Absturz ins Banale, ins allzu Bekannte eine dramaturgische Bedeutung?

Entmythisierung des Obskuren

Schon in Illuminati erweist sich der titelgebende Geheimbund keineswegs als gefährlich. Zwar heißt es zu Beginn, er wolle die katholische Kirche zerstören, weil der neue Papst sich allzu sehr den modernen Wissenschaften annähere, und auch Rom präsentiert sich wie Washington als Stadt sprechender Symbole und Artefakte - so die Engelsstatue, die auf die Illuminatenkirche zeigt. Dennoch stellt sich am Schluß heraus, daß das Komplott aus den Reihen des Vatikan kam - eine False-Flag-Aktion, die man den Illuminaten in die Schuhe schieben wollte.
Ähnlich verfährt Brown mit den Freimaurern. Der Autor schildert deren tempelartiges Gebäude, am Eingang von steinernen Sphinxen flankiert, und innen voll seltsamer Zeichen, Codes und Zahlen. Den Wein trinkt man dort aus Totenschädeln. Aber jenseits solcher Gruseleffekte erweist sich die Geheimgesellschaft als harmlos, ebenso ihre verborgene Überlieferung. Wieder baut Brown eine riesige Drohkulisse aus Hieroglyphen, bizarren Verbrechen und Geflüster auf, um sie am Schluß krachend einstürzen zu lassen.
Im Falle der Freimaurer wäre eine Dämonisierung auch schwergefallen, da sich zahlreiche US-Präsidenten unter den Mitgliedern befanden. Browns Anliegen war vielmehr, die Bedeutung der Freimaurerei für die amerikanische Geschichte aufzuzeigen. Sein Interview-Statement "The world is a stranger place than we thought" ("Die Welt ist ein seltsamerer Ort, als wir dachten") verweist auf diesen Umstand.
Der Autor stellte seinen Roman "Inferno" in der englischen Freemasons Hall vor.
Auch die realen Freimaurer waren über Browns Entmythisierung erfreut. So gestattete ihm die Leitung der englischen Freemasons Hall, in ihrem Gebäude seinen folgenden Roman, Inferno

(2013), zu präsentieren. John Hamill, ehemaliger Chefbibliothekar der Vereinigten Großloge von England, begründete diesen Entschluß laut Freimaurer-Wiki so: "Wir wollen den Menschen mit dem Dan-Brown-Abend und mit allen anderen öffentlichen Events bei uns zeigen, daß wir nach außen offen sind."
Zu dieser neuen Öffnung gehöre aber nicht nur Browns Inferno-Präsentation: "Wir sind bereit: Sie können Veranstaltungen ausrichten, Sie können kommen und in dem Gebäude herumschlendern, Sie können die Bibliothek und das Museum benutzen, Sie können Fragen stellen, und die Fragen werden beantwortet. Das paßt alles zu unserem Anliegen, viel mehr an die Öffentlichkeit zu gehen."
Bezüglich Brown erklärte Hamill, daß der Bestsellerautor im persönlichen Gespräch seine Hochachtung vor den Freimaurern bekannt habe: "Wir unterhielten uns über Das verlorene Symbol und den Hype um das Buch, und er sagte, er könne das gar nicht verstehen. Dort, wo er in Amerika aufwuchs, wohnte er vier Straßen von der lokalen Loge entfernt, und so wußte er einiges über die Freimaurer. Er sagte, warum sollte ich eine der wenigen Organisationen, die in der Gesellschaft Gutes tun, schlechtmachen?"
Brown bestätigte diese Haltung im Gespräch mit der Zeitung The Independent : "Ich empfinde nichts als Bewunderung für eine Organisation, die Menschen verschiedener Religionen zusammenbringt. ... Statt zu sagen, "Gott gehört uns", verwenden sie Symbole, mit denen jeder leben kann. ... Freimaurerei ist keine Religion, sondern ein Ort, an dem sich Menschen über die Grenzen ihrer eigenen Religion hinweg treffen können. Sie ermöglicht Begegnungen auf Augenhöhe."

Memento mori

Aber es ist nicht allein die Begegnungsoption, die den Autor an den Freimaurern fasziniert. Mit dieser Geheimgesellschaft teilt er den Wunsch, das schmerzhafte Schicksal alles Existierenden nicht zu verdrängen: die Sterblichkeit. Im Gespräch mit der Bild-Zeitung fragte man ihn nach dem ersten Satz des Romans: "Das Geheimnis liegt darin, wie man stirbt." Was für eine Botschaft, wollte der Interviewer wissen, transportiere er damit? Browns Antwort: Dieser Satz "ist Teil meiner Lebensphilosophie - und die der Freimaurer: "Memento mori" - Vergiß nie, daß Du sterben wirst! Sie und ich - wir alle werden sterben. Aber wir versuchen jeden Tag, den Tod zu vergessen, zu verdrängen, zu verleugnen. Deshalb müssen wir uns immer fragen: Wofür leben wir?"
Vielleicht ist dieses Memento mori auch Grund dafür, daß Kriminalliteratur und -filme seit Jahren einen Dauerboom erfahren. Schließlich ist dieses Genre neben Horror doch der einzige Bereich, in dem Ängste und Tod ungeschönte Thematisierung finden. Kleine Löcher inmitten der großen Verdrängungsblase.
Ist Dan Brown also ein Aufklärer, der bloß zur Errichtung von Spannungsbögen populäre Verschwörungstheorien verwendet, um sie am Ende spektakulär platzen zu lassen? Zumindest beherrscht er dieses Spiel so geschickt, daß der Leser sich nach der Lektüre ängstlich fragt, ob nicht doch mehr dahinterstecken könnte. …<<

Schlußbemerkungen

Auf der Webseite "http://vatikanische-nwo.blogspot.com …" erschien am 2. November 2009 folgender Bericht über die Freimaurer und die Jesuiten (x995/…): >>**Zitate zu Freimaurerei und Jesuitismus**

… In Wirklichkeit waren sie die Überbleibsel des Templer-Netzwerkes - Rosenkreuzer, Deutschordensritter, die zahlreichen und unterschiedlichen Riten der Freimaurerei. Wie die Templer und die Jesuiten stellten sie religiöse Hierarchien von strengstem Gehorsam dar. Sie unterschieden sich allerdings von den Jesuiten darin, daß ihre Pyramide in einer höchsten Autorität gipfelte, die kein Bruder mit Bestimmtheit identifizieren konnte.
Der höchste Meister einer Loge empfing Befehle von einem 'Unbekannten Vorgesetzten', ei-

nem Vorgesetzten, dessen Willen dem Meister in seinem Bemühen die Ränge hinauf beigebracht wurde ohne Hinterfragen zu gehorchen. Was der Meister niemals begriff war, daß diese mysteriöse Persönlichkeit … in Wirklichkeit kein anderer als der Schwarze Papst war." ...
"Die Freimaurerei war der natürliche, der vernünftige, der einzig intelligente Weg für die Römisch-Katholische Kirche,
(a) den anhaltenden Affront des Protestantismus,
(b) die Zunahme an Königen 'göttlichen Anrechts', die ihre eigenen von vatikanischer Kontrolle unabhängigen Landeskirchen anführten, und
(c) die unglaubliche Explosion des internationalen Merkantilismus (Handelsgeistes) zu kontrollieren. ...
Der Jesuitengeneral ist das entkörperlichte Auge, das den fehlenden Schlußstein der Pyramide ersetzt, den Stein, den die Erbauer verwarfen. ...
Sowohl die Freimaurerei als auch die Gesellschaft Jesu sind
(a) humanistische religiöse Orden,
(b) verschwiegen,
(c) brüderlich,
(d) sozial pflichtbewußt und politisch aktiv - wie Aeneas, der vorbildgerechte Römer, nach dem größten Wohl für die größte Anzahl strebend.
Beide Orden
(e) halten Tradition, Vernunft und Erfahrung in gleichem wenn nicht gar größerem Ansehen als die Bibel,
(f) gebrauchen sorgfältig strukturierte Programme der gnostischen Visualisierung, um eine stetig zunehmende Erkenntnis des Göttlichen zu erlangen,
(g) billigen 'der Zweck heiligt die Mittel', und
(h) verlangen absoluten Gehorsam, gewährleistet durch Blutschwur, einer Hierarchie von Obersten gegenüber, gipfelnd im Jesuitengeneral, dessen Anordnungen so weise auf den Empfänger zugeschnitten sind, daß sie befolgt werden als ob sie vom Empfänger selbst gewollt sind."
Tupper Saussy: *"Rulers Of Evil"*, Seite 58-59, 120-121 …

B. Die Jesuiten-Freimaurer-Verbindung

"Die Freimaurer und die Jesuiten der unteren Ebenen haben lange geglaubt, daß Katholizismus (einschließlich des Jesuitenordens) und Freimaurerei sich einander entgegengesetzt sind. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Traurigerweise sind auf den höchsten Ebenen die Anführer des Jesuitenordens und die Anführer der Freimaurerei 'Brüder'.
Hier ist die Person an der höchsten Spitze der jesuitisch-freimaurerischen 'Pyramide' gemäß dem amerikanischen Historiker James Parton: ... wenn sie die Freimaurerei hoch verfolgen, durch alle ihre Orden, bis sie zu dem großen Freimaurerkopf der Welt an der höchsten Spitze kommen, werden sie herausfinden, daß das fürchterliche Individuum und der Anführer der Gesellschaft Jesu (d.h. der 'Schwarze Papst', der Oberste General des Jesuitenordens) ein und die selbe Person sind."
Autor John Daniel liefert in seinem exzellenten 412 Seiten starken Buch '*The Grand Design Exposed'* überwältigende Beweise, daß der Jesuitenorden die Freimaurerei vor mehr als einem Jahrhundert übernommen hat."
… "Ohne Ausnahme war jeder Hauptakteur der Französischen Revolution (1789-1799) entweder jesuitisch ausgebildet, ein katholischer Prälat oder ein Mitglied des Illuminatenordens, wo sie innerhalb des Jakobiner-Klubs zusammenkommen würden, um sich zu verschwören und das 'Große Werk' auszuführen - welches im offenen System der Jakobiner ein Spiegelbild des kompletten verborgenen Systems der Illuminaten war - und im Hintergrund der Illuminaten befanden sich die verborgenen jesuitischen 'Meister'." …

"Die Freimaurerei ist ein weiterer Ableger der Babylonischen Mysterien, der unter verschiedenen Namen seit der Zeit des Niedergangs der offenen heidnischen Anbetung im 5. Jahrhundert überlebt hat. ... Die Freimaurerei ist dermaßen reif für die Manipulation durch die Jesuiten und die Kirche Roms, daß sie für die Absichten Roms gebraucht werden mag wie jede protestantische Glaubensgemeinschaft. ...
In Großbritannien und den USA erscheint die Freimaurerei als eine 'christliche' Organisation. Allerdings ist dies eine höchst gefährliche Täuschung, denn der wahre Gott der Freimaurerei ist Luzifer, welcher Satan ist, der als ein Engel des Lichts erscheint. ...
Sowohl die Freimaurerei als auch die Kirche Roms (in ihren höchsten Ebenen) beten den selben Gott an ... Freimaurerische Zeremonien leugnen implizit die Hinlänglichkeit der Bibel. ... (Die Freimaurerei) ist besonders stark in vielen baptistischen Kirchen in den USA vertreten. ... Jene in den unteren Stufen der Freimaurerei wissen nichts über die höheren und noch verschwiegeneren Grade."
I. A. Sadler: *"Mystery, Babylon the Great"*, 2003; Seite 175-181 …
"Je höher ich im Jesuitenorden aufstieg, desto mehr Korruption entdeckte ich in der Institution. Einmal wurde ich von hochrangigen Jesuiten (einschließlich des Obersten General Pedro Arrupe) nach Nordspanien zu einer geheimen schwarzen Messe eingeladen. Als ich kniend den Ring eines hohen Würdenträgers küssen wollte, entdeckte ich ein Symbol auf dem Ring, das mich erschaudern ließ. Es war ein Freimaurersymbol (Winkel und Zirkel)! Dabei waren wir doch angewiesen worden, so etwas zu hassen und zu bekämpfen! ... Und dann fand ich noch heraus, daß der Schwarze Papst - der Jesuitengeneral, der hinter den Kulissen im Vatikan regiert - sowohl ebenfalls Freimaurer, als auch Mitglied der kommunistischen Partei Spaniens war."
Alberto Rivera, spanischer Ex-Jesuit: *"Die Paten"*, 1979 …<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 5. Dezember 2019 über die jahrhundertealten Pläne der Geheimorganisationen (x1.000/…): >>**Jahrhundertealte Geheimpläne**
… Man kann die Weltgeschichte in ihrer vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung nur verstehen, wenn man begriffen hat, daß es nebst unseren sichtbaren sozialen Systemen wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Militär, Religion usw. auch noch geheime Gruppierungen und deren Systeme gibt, die aus dem Hinterhalt heraus operieren. Sie haben mächtigen Einfluß, stellen die Weichen auf allen Ebenen, und so herrschen und regieren sie, ohne daß die hart arbeitende Weltbevölkerung sie wahrnimmt, geschweige denn kennt.
Es sind Gruppierungen, die mit großem Geschick längst die Welt-Finanzströme unter ihre Kontrolle gebracht haben und auf diesem Weg Einfluß auf jedes Land der Welt ausüben: Sie manipulieren jede Politik, jedes Militär, jedes Wirtschaftssystem, jede Wissenschaft, jede Kultur, Religion, Ideologie und was es sonst noch so alles gibt. Sie operieren für das menschliche Auge unsichtbar. Schon seit Jahrhunderten arbeiteten diese Gruppierungen im Geheimen Strategien und Pläne zur Beherrschung der gesamten Welt aus. In ihrem Bewußtsein zählen sie sich zu keiner einzigen Nation oder Rasse dieser Welt.
Die Welt selber ist ihr Fokus. Sie möchten weder über ein Dorf, noch über eine Stadt oder irgendein Land herrschen. Noch nicht einmal über einen oder zwei Kontinente - sie streben vielmehr nach der ultimativen Weltherrschaft. Und um dieses unfaßbare Ziel zu erreichen entwarfen sie von Anbeginn Pläne, wie ihre Geheimorganisation über sämtliche Länder der Erde Herr werden kann.
Die einzelnen Länder und Kontinente sind für diese Globalplayer nichts weiter als seelenlose Spielfelder auf ihrem Monopoly-Spielbrett. Die hart arbeitenden Völker sind für sie lediglich interessant und nützlich, aber in ethisch-moralischer Hinsicht völlig bedeutungslos.
Ihr Denken entspricht also nicht dem des allgemeinen Volkes. Normalsterbliche denken in

aller Regel kaum weiter als nur gerade vor ihre Nasenspitze. Diese in Geheimbünden organisierten Manipulatoren dagegen denken in Jahrzehnten und Jahrhunderten. Um auch nur schon eine einzige Großmacht unter Kontrolle bringen zu können, opfern sie - ohne mit der Wimper zu zucken - ganze Länder und Kulturen.
Um aber sämtliche Länder und Großmächte dieser Welt beherrschen zu können, schrecken sie nicht davor zurück, dieselben zuvor allesamt zu destabilisieren. So organisieren sie Chaos, fiktive Bedrohungen, Kriege und Terror aller Gattung. Und dies bringen sie leicht zustande, weil sie über Billionen-Budgets verfügen. Es geht um gewissenlose Finanz-Oligarchen, die schon seit es Geld gibt, nahezu den gesamten Geldfluß der Erde in ihre privaten Hände manipuliert haben. Ihre Gründer waren gleichsam die Erfinder des Geldes.
Sie haben das Geld mit keiner zweiten Absicht erfunden, als über den Zins- und Zinseszins-Geldfluß alles beherrschen zu können. Seit auch Staatsleute sich ihr Geld borgten, manipuliert dieser Geld- und Wirtschafts-Geheimbund unsere Politiker und sichtbaren Vorsteher frei nach Belieben. Ihre Organisationen nehmen schon seit mehreren hundert Jahren Einfluß auf alle Länder der Welt.
Wir fassen bis hierher zusammen: Man kann den nachfolgenden 100 Jahre-Rückblick politisch-militärischer Entwicklungen auf dieser Welt nur verstehen, wenn man begriffen hat, daß es in Geheimbünden organisierte Oligarchien gibt, die strategisch in Jahrhunderten denken. Um die Völker der Erde beherrschen zu können, planen sie in Jahrzehnte- bis Jahrhundert-Prozessen die strategische Zerstörung aller Groß- und Kleinmächte. Zuweilen planen sie Völkerschicksale wie etwa drei Weltkriege, wie sie schon 1871 durch Albert Pike, einem 33 Grad-Freimaurer klar skizziert wurden.
Zuerst müsse ein 1. Weltkrieg dazu dienen, das zaristische Rußland zu stürzen. Ein 2. Weltkrieg müsse zur Gründung des Staates Israel verhelfen und den Kommunismus stärken. Ein 3. Weltkrieg müsse seinen Anfang durch Kontroversen zwischen muslimischen Führern und dem politischen Zionismus nehmen. Der Rest der Welt soll jedoch, bis zur restlosen Erschöpfung auf allen Ebenen, in diesen Konflikt hineingezogen werden. So der satanische Plan des 33 Grad-Freimaurers und Satanisten Albert Pike (von) 1871. …<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28269" berichtete am 2. März 2024 (x1.359/…): >>**Welt im Netz der Freimaurer**
von *Ivo Sasek*
… Und an dieser Stelle ist aber wichtig, die Rothschilds und den gesamten Zionismus, der hinter all diesen Institutionen steckt, eben niemals mit dem Judentum zu verwechseln. Das ist mir noch wichtig, ja. Die jüdische Bevölkerung hat schon seit Jahrhunderten immer wieder unter der Beimischung dieser sich als Juden tarnenden Familien gelitten. Dies hat zu wiederholten Diffamierungen der jüdischen Bevölkerung geführt.
In Wirklichkeit aber handelt es sich um wenige Blutsverwandtschaften, die diese Sekte bilden, ja, die sich mannigfacher historischer Lügen und Propaganda bedienen und bedient haben schon, ja. Die Rothschilds sind aber auch verwandt mit den königlichen Familien von Europa, die behaupten, eine messianische jüdische Herkunft zu besitzen. Diese Familien sind als Illuminaten bekannt, ja. Am frühesten wurden von ihnen die Familie Collins bekannt, die Freemans, Astor, Bundi, Morgan, Rockefeller, Oppenheimer, Sassoon, Schiff, Taft, Van Duyn usw. Das war nur grad wieder die Spitze des Eisberges.
Und sie nutzen die Religion als Tarnmittel, um sich als Gottes auserwähltes Volk einen eigenen Staat im mittleren Osten zu sichern und aufzubauen. Wie gesagt, wurden die echten Juden schon immer in der Vergangenheit auch für die Greueltaten dieser Familien angegriffen. Dies insbesondere, weil die Familie Rothschild immer wieder Kriege von beiden Seiten finanziert hat. Und wer sich fragt, wie sie denn so weltweiten Einfluß gewinnen konnten, muß man verstehen: Es ist nur darum möglich geworden, weil diese mächtigen Familien durch Inzest und

Einheirat der Familie selber und Heirat mit den Cousins ersten und zweiten Grades usw. diese mächtiger werdende Familien-Vetternwirtschaft aufbauen konnten.
Und das Ganze eben unter der Errichtung verschiedenster Geheimclubs, Logen, Geheimdienste und selbst Militärs. Und so bilden jetzt seit Jahrhunderten die Freimaurerei, die Mafia und der Mammon einen wirklich unseligen Pakt gegen die Menschheit. Es gibt darum auch kaum mehr irgendein Land ohne eine durch Rothschild kontrollierte Zentralbank. Denn im Geldwesen waren sie von Anfang an mit allergrößter List zu dieser Macht gelangt. Die Gründung der FED - Federal-Reserve-System - einer völlig privaten Geldeinrichtung, die sich geschickt das Recht erschleichen konnte, Geld aus dem Nichts zu schöpfen, hat den Grundstein zu all dieser weltweiten Unterwerfung sämtlicher Staaten und Länder geführt. Habt Ihr das bisher Gesagte gut verstanden?
Also weder eine Demokratie noch sonst irgendeine Form der Politik oder menschgewählten Aufsichtsform übt Kontrolle über die eben genannten Institutionen aus. Es ist genau umgekehrt. Ohne jedes Wissen und Verständnis der Menschheit haben sich diese von den luziferischen Oligarchen gegründeten Systeme über unsere Politik, über unsere Menschenrechte, ja über die ganze Menschheit gelegt. Und sie üben die nahezu völlige Macht aus. Wenn wir jetzt nicht gemeinsam deren Joch erkennen und von uns abschütteln, steht es wirklich schlecht um diese Welt, um uns. …<<
Georgien: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Heftige Zusammenstöße bei Protesten in Georgien**
Bei den anhaltenden Pro-EU-Protesten in der georgischen Hauptstadt Tiflis ist es in der Nacht zum Sonntag vor dem Parlament zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Protestlern und der Polizei gekommen. Die Polizei ging unter anderem mit Tränengas und Wasserwerfern gegen Demonstranten vor, die wiederum Feuerwerkskörper in Richtung der Beamten abfeuerten.
Zuvor hatten die Protestler an mehreren Straßen in der Hauptstadt Barrikaden aufgebaut. Zahlen zu Verletzten und Festgenommenen wurden zunächst nicht genannt. Die Protestwelle in Georgien hatte am Donnerstag begonnen, nachdem die Regierung eine Aussetzung der EU-Beitrittsverhandlungen angekündigt hatte.
Nach Ausschreitungen bei Protesten am Freitag waren mindestens 107 Menschen festgenommen worden. Wegen Gewalt gegen Demonstranten und Medienvertreter wurden Ermittlungen eingeleitet. Streit gibt es in Georgien weiterhin auch um die Ergebnisse der Parlamentswahl, die von der Opposition sowie Präsidentin Salome Surabischwili nicht anerkannt werden. Surabischwili hatte am Samstag angekündigt, ihre Amtsgeschäfte nicht wie vorgesehen Mitte Dezember, sondern erst nach Neuwahlen abgegeben zu wollen. Ihre Amtszeit endet eigentlich am 16. Dezember.<<
USA: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Trump droht Brics-Ländern mit hohen Strafzöllen**
Der künftige US-Präsident Donald Trump droht den Brics-Staaten mit hohen Strafzöllen, falls sie versuchen sollten, den Dollar als zentrales internationales Zahlungsmittel zurückzudrängen.
Die Vorstellung, daß die Brics-Länder versuchen, sich vom Dollar zu lösen, während man tatenlos zusehe, sei hinfällig, schrieb Trump auf seiner Online-Plattform "Truth Social".
Er verlange von diesen Ländern die Zusage, daß sie weder eine neue Währung schaffen noch eine andere Währung unterstützen werden, um "den mächtigen US-Dollar" zu ersetzen. Andernfalls würden sie mit "Zöllen von 100 Prozent" konfrontiert. "Es besteht keine Chance, daß die Brics-Staaten den US-Dollar im internationalen Handel ersetzen werden", fügte Trump hinzu.
"Jedes Land, das dies versucht, sollte Amerika zum Abschied winken." Das Kürzel Brics steht

für die Anfangsbuchstaben der Gründungsmitglieder Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika. Zum Jahresbeginn 2024 kamen der Iran, Ägypten, Äthiopien und die Vereinigten Arabischen Emirate hinzu.<<

02.12.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 2. Dezember 2024 (x1.428/…): >>**Grüne loben CDU-Außenpolitik: Mit Schwarz-Grün droht eine Kriegstreiber-Koalition!**

Sie sind ein Herz und eine Seele: Seit dem Zusammenbruch der Ampel-Regierung können Union und Grüne gar nicht mehr damit aufhören, sich gegenseitig mit Lob und peinlichem Dauer-Schmeicheln zu überziehen. Besonders für ihre Kriegstreiberei wird die CDU aktuell von den Grünen angeschmachtet.

Auf die Frage eines Journalisten, was sie mit Merz besser umsetzen könne als in der jetzigen Bundesregierung, kommt die neue Grünen-Vorsitzende Franziska Brantner ins Schwärmen: "Frieden, Freiheit in Europa und klar an der Seite der Ukrainer stehen." Das heißt im Klartext: Noch mehr Waffenlieferungen einschließlich Taurus, noch mehr Eskalation, noch mehr einseitige Parteinahme und Wirtschaftskrieg gegen Rußland.

Auch der grüne Co-Parteichef Felix Banaszak kann es kaum erwarten: "Wenn sich Friedrich Merz langsam auf den Weg macht, eine Reform der Schuldenbremse anzugehen, weil er von all seinen Ministerpräsidenten dazu gedrängt wird, dann bleibt unsere Hand ausgestreckt, diese Herausforderung gemeinsam anzugehen."

Auch hier läßt sich das grüne Propaganda-Geschwurbel leicht ins Deutsche übersetzen: Mit der "Reform" der Schuldenbremse ist in Wahrheit ein weiterer Aufwuchs bei der ohnehin gigantischen Staatsverschuldung gemeint - die junge Generation soll also die Zeche für die ideologische Ignoranz schwarzgrüner Realitätsverweigerer zahlen. Auch deshalb wechseln die jungen Leute gerade scharenweise zur AfD!

Unter Angela Merkel hat die CDU über 16 Jahre hinweg eine grüne Agenda betrieben: Kernkraft-Ausstieg, Gender Mainstreaming, Massenmigration. Merkel bedauerte erst kürzlich bei einem Empfang des grünen Ex-Umweltministers Trittin, daß es 2013 nicht zu einer schwarzgrünen Koalition kam. Jetzt wollen Söder, Merz und Co den furchtbaren "Traum" von Frau Merkel wahrmachen.

Dabei würde ein schwarz-grünes Bündnis insbesondere im Bereich Außenpolitik eine existentielle Gefahr für unser Land bedeuten. Aber auch SPD-Kanzler Scholz gießt Öl ins Feuer, indem er erst heute wieder eine erneute Rüstungslieferung in die Ukraine versprach. Bei der Bundestagswahl am 23. Februar muß der Dritte Weltkrieg abgewählt werden - indem beide Kreuze bei der AfD gemacht werden!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Linksgrün-woke Pervertierung der Weihnachtsmärkte: Kein "Lumumba" mehr zum Aufwärmen - aber Halal-Bratwurst für 8,50 Euro!**

"Eine Lumumba, bitte" - diese Bestellung könnte auf Weihnachtsmärkten wie in Frankfurt am Main bald tabu sein! Die Stadt Frankfurt am Main hat den Standbetreibern auf dem Weihnachtsmarkt, einem der ältesten und größten Deutschlands, nahegelegt, den Namen für das auch andernorts beliebte rumhaltige Kakao-Getränk zu ändern - etwa in "Heiße Schokolade mit Schuß". Neuer woker Trend in Berlin: die Halal-Bratwurst a la Dubai!

Die Bezeichnung "Lumumba" sei rassistisch, sie erinnere an den 1961 erschossenen kongolesischen Freiheitskämpfer Patrice Lumumba, wie eine Sprecherin der Frankfurter Tourismus und Congress GmbH sagte. In einer Mitteilung, die vom Veranstalter des Weihnachtsmarktes an die Buden verteilt wurde, heißt es: "Sollten Sie ein Getränk im Angebot haben, welches Sie als 'Lumumba' bezeichnen, möchten wir Sie eindringlich bitten, den Namen zu ändern und es auf Menükarten/Getränkekarten/Schildern unkenntlich zu machen."

In den sozialen Netzwerken zeigen sich viele User empört über den neuesten links-grün-woken Schwachsinn. Angestoßen wurde die Debatte durch ein Post der hessischen AfD-Landtagsabgeordneten Anna Nguyen. Sie teilte ein Foto der Aufforderung des Veranstalters mit den Worten: "Jetzt soll sogar der Lumumba umbenannt werden."
Darunter kommentieren mehrere User ihren Unmut, so heißt es zum Beispiel: "Ein Getränk canceln, dessen Namensgebung einen Freiheitskämpfer ehrt. Können sich auch nur linke ausdenken diesen bullshit!" Ob da wohl demnächst eine Hausdurchsuchung ins Haus steht?

Dubai-Bratwurst: Da vergeht einem glatt der Appetit

Derweil wird die Pervertierung deutscher Weihnachtsmarkt-Traditionen immer grotesker: In der teilweise arabisierten und islamisierten Hauptstadt Berlin heißt der neueste Trend "Dubai"!
Ob "Dubai-Schokolade" oder "Dubai-Waffeln" - in diesem Jahr lockt an fast jedem Berliner Stand unter dem Namen "Dubai" irgendein Gericht, das mit Schokolade, Pistazien und Engelshaar "verfeinert" ist. Inzwischen gibt es sogar auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz für 8,50 Euro die "Dubai-Bratwurst", bestehend aus Kalbfleisch und Geflügel. Einer der Kommentare im Netz zum neuen Halal-Trend: "Bei denen knattert doch der Specht am Kopf!"<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Wut im Netz über "ideologischen Schwachsinn": "Tagesschau" sagt nicht mehr "Guten Abend, meine Damen und Herren"**

Nach 72 Jahren war es nicht mehr woke genug: Die linksgrüne "ARD-Tagesschau" begrüßt ihre Zuschauer seit dem 21. November nicht länger mit der Anrede "Guten Abend, meine Damen und Herren". Im Netz reißt die Debatte über den neuesten "ideologischen Schwachsinn" (ein User) nicht ab.
Die "Tagesschau" hat ein jahrzehntelanges Ritual geändert. Die Formulierung "meine Damen und Herren" in der Begrüßung zu Beginn der täglichen ARD-Nachrichtensendung um 20.00 Uhr wurde gestrichen. Statt dessen heißt es gendergerecht "Guten Abend" bzw. "Guten Tag" in den Formaten vor der Hauptsendung.
Die stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Beatrix von Storch, zeigte sich auf X nicht weiter verwundert: "Wir sollen Masse werden. Geschlechtslos. Gesichtslos. Identitätslos. Würdelos."
Im Netz hagelt es Kritik - wobei "dämlich", "unhöflich", "niveaulos" noch die gelindesten Kommentare sind. Andere User werden deutlicher:
- "Ideologischer Schwachsinn. Ich schau euch ohnehin nicht, aber das wäre noch ein Grund mehr, es nicht mehr zu tun."
- "Seriositätsniveau der Tagesschau im Jahre 2024 angemessen".
- "Es nervt wirklich sehr. Mehr Priorität auf Gendern als auf Inhalte."
- "Dieser woke Gender Schwachsinn geht mir unglaublich auf die Nerven."
- "Dieser Unfug spiegelt den Abstieg Deutschland wider."

Bleibt die Frage: Wieso eigentlich nicht gleich alle Höflichkeitsformeln aus dem Alltag verbannen? Demnächst kein "Danke schön" mehr, kein "Auf Wiedersehen" mehr, keinen "guten Appetit" mehr, keine "gute Nacht" mehr, keine "gute Reise" mehr? Warum nicht gleich die totale Kulturlosigkeit "im "besten Deutschland, das es jemals gegeben hat" (Frank Walter-Steinmeier)?<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Jede zweite Rentnerin kriegt nach 45 Jahren weniger als 1.300 Euro**

Fast jede zweite Rentnerin in Deutschland bezieht nach 45 Versicherungsjahren weniger als 1.300 Euro Rente. Davon sind rund 800.000 Frauen betroffen. Bei den Männern sind es knapp 704.000, etwa jeder Fünfte.

Das geht aus der Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage des "Bündnisses Sahra Wagenknecht" hervor, über die der "Stern" berichtet. Bei rund 400.000 Frauen liegt die monatliche Rente sogar unter 1.100 Euro nach 45 Versicherungsjahren. Bei den Männern sind es rund 302.000. Insgesamt gibt es 3,6 Millionen Rentner mit 45 Versicherungsjahren.
"Wenn jede zweite Frau nach 45 Jahren weniger als 1.300 Euro aus der gesetzlichen Rente erhält, zeigt das, wie die gesetzliche Rente als Alterssicherung kaputt gemacht wurde", sagte BSW-Chefin Sahra Wagenknecht dem "Stern". Sie fordert eine grundlegende Reform des Systems. "Das Zusammenspiel aus oft niedrigen Löhnen und einem im europäischen Vergleich dürftigen Rentenniveau ist besonders frauenfeindlich. Wir fordern ein an der Wirklichkeit erprobtes Rentensystem wie in Österreich: Alle zahlen ein, auch Politiker, Selbstständige und Beamte."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Northvolt-Pleite kostet Bund 620 Millionen Euro**

Wegen der Insolvenz des schwedischen Batterie-Startups Northvolt muß der Bund nun offenbar eine Finanzlücke von mehreren hundert Millionen Euro schließen. Das berichtet die "Bild" (Dienstagausgabe) unter Berufung auf ein Schreiben von Finanzstaatssekretär Steffen Meyer an den Haushaltsausschuß des Bundestags.
Darin unterrichtet Meyer den Ausschuß über eine "überplanmäßige Ausgabe im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Wandelanleihe von Northvolt durch die KfW" in Höhe von 620 Millionen Euro. Grund sei die Insolvenz von Northvolt und die damit "fällige Rückzahlungsforderung" der KfW über 600 Millionen Euro und Refinanzierungskosten von 20,64 Millionen Euro.
Der CDU-Haushaltspolitiker Andres Mattfeldt kritisierte die "überplanmäßige Ausgabe" scharf: "Anscheinend hat Minister Habeck in keiner Weise vor der Unterschrift bei der Förderung die Solidität des Unternehmens geprüft", sagte Mattfeldt der "Bild".
Habeck müsse den Betrag nun in seinem Ministerium einsparen. Dem Bundeswirtschaftsminister sei "der mediale Auftritt mit schönen Fotos erneut wichtiger als korrekte sachliche und kaufmännische Prüfung" gewesen. Der haushaltspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Fricke, äußerte sich ähnlich: "Es ist leider ein weiteres Beispiel dafür, daß der Staat der schlechteste Investor ist - und der Steuerzahler mal wieder für Träume des Wirtschaftsministers haften muss", sagte er der "Bild". Für den KfW-Kredit über 600 Millionen Euro bürgen der Bund und das Land Schleswig-Holstein je zur Hälfte mit 300 Millionen Euro.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Wölfe sollen in Sachsen-Anhalt schneller geschossen werden**

Wölfe sollen in Sachsen-Anhalt schneller geschossen werden. Da sich der Wolf in dem Bundesland zuletzt weiter ausgebreitet hat, kündigte Landesumweltminister Armin Willingmann (SPD) am Montag einen Erlaß für "Schnellabschüsse" an.
Dieser sieht demnach vor, daß Wölfe, die wiederholt an Nutztierrissen beteiligt waren, in Regionen mit erhöhtem Rißaufkommen künftig "bereits nach dem erstmaligen Überwinden des zumutbaren Herdenschutzes unbürokratischer entnommen werden dürfen". "Der Wolf ist in Sachsen-Anhalt wieder heimisch geworden", sagte Willingmann. Das sei aus Sicht des Natur- und Artenschutzes ein Erfolg.
Angesichts der wachsenden Population im Lande halte er es aber für notwendig, "noch mehr für ein konfliktarmes Leben mit dem Wolf zu tun". Mit dem Erlaß schaffe man die Möglichkeit, Wölfe "mit auffälligem Verhalten" künftig "unbürokratischer entnehmen zu können". Der Erlaß sieht vor, daß das Landesamt für Umweltschutz prüft, ob ein Gebiet mit erhöhtem problematischen Nutztierrißaufkommen festlegt werden kann. In diesen Gebieten sollen "Schnellabschüsse" binnen 21 Tagen nach dem Übergriff möglich sein.
Die Entnahme darf dann im Umkreis von 1.000 Metern erfolgen. Das entsprechende Gebiet

wird vom LAU festgelegt, die Ausnahmegenehmigung vom Landesverwaltungsamt erteilt. Eine genetische Individualisierung des schadenstiftenden Wolfs vor der Abschußgenehmigung ist für eine Entnahme dann nicht erforderlich. Laut Monitoringbericht 2023/2024 ist die Zahl der in Sachsen-Anhalt lebenden Wölfe zwischen Mai 2023 und April 2024 um 54 auf insgesamt 258 gestiegen. 78 von ihnen sind erwachsene Wölfe, 40 sind sogenannte Jährlinge und bei 129 handelt es sich um Welpen.
Elf weitere konnten nicht zweifelsfrei zugeordnet werden. Zu den 258 Wölfen kommen noch 34 Tiere hinzu, die sich in grenzübergreifenden Territorien bewegen. Die Zahl der im Land lebenden Wolfsrudel nahm von 27 auf 32 zu, die Zahl der Welpen pro Rudel stagnierte bei 3,6. Nachdem die Zahl der Übergriffe von Wölfen auf Nutztiere mit 59 im vorherigen Berichtszeitraum auf den niedrigsten Stand seit 2018 gefallen war, ist im aktuellen Monitoring wieder ein leichter Zuwachs an Rißvorfällen auf 63 zu verzeichnen. Auch wurden wieder mehr Tiere getötet, die Zahl stieg von 176 auf 228.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Goodbye WHO!**
Trump trotzt der Gesundheitsdiktatur. Donald Trump will im Falle eines Wahlsiegs erneut aus der Weltgesundheitsorganisation aussteigen. Genau die richtige Entscheidung, schaut man sich die aktuellen Pläne der Globalisten an. …
_ von *Daniell Pföhringer*
Die Meldung, die am 12. Mai 2024 über den Ticker lief, war den großen Gazetten nur eine Randnotiz wert: Die 194 Mitgliedsländer der WHO konnten sich nicht auf einen Text für den geplanten Pandemievertrag einigen. Das Abkommen, das der Weltgesundheitsorganisation unter anderem einräumen soll, über die Köpfe der nationalen Regierungen hinweg willkürlich Pandemien auszurufen, Lockdowns zu verhängen oder eine allgemeine Impfpflicht einzuführen, ist damit allerdings noch nicht vom Tisch. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.
Die USA sind 2020 unter Trump aus der WHO ausgestiegen.
Die britische Regierung hatte schon im Vorweg angekündigt, den WHO-Pandemievertrag nicht zu unterzeichnen. Auch im US-Kongreß war das Vorhaben auf massiven Widerstand gestoßen. Die Republikaner lehnen das Regelwerk zur Errichtung einer globalen Gesundheitsdiktatur rigoros ab. Alle 49 Senatoren der Partei forderten Biden in einem Brief auf, dem Pakt und der damit verbundenen Reform der sogenannten Internationalen Gesundheitsvorschriften (International Health Regulations, IHR) nicht zuzustimmen.
Sie argumentieren, daß es sich bei den Vereinbarungen um internationale Verträge handle, für deren Verabschiedung eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Kammer nötig sei und daß der Präsident ihre Zustimmung nicht bekommen werde. Die Demokraten verfügen im Senat nur über eine hauchdünne Mehrheit von 51:49.
Fremdbestimmt
Politische Beobachter gehen davon aus, daß Donald Trump dabei hinter den Kulissen die Strippen gezogen hat. Im Juli 2020 hatte er, damals noch Chef im Weißen Haus, das Ausscheiden der USA aus der WHO veranlaßt - vor allem wegen deren zwielichtiger Rolle in der Corona-Krise. Unter Biden hatten sich die Vereinigten Staaten der Global-isten-Organisation wieder angeschlossen. Trump will im Falle eines Wahlsiegs im November 2024 wieder austreten.
Seine Skepsis gegenüber der 1948 als Sonderorganisation der UNO gegründeten WHO ist wohlbegründet - und die Kritik am geplanten Pandemievertrag mehr als berechtigt. Vor allem ein Mann dürfte sein Geld und seinen Einfluß nun geltend machen, um den Pakt doch noch durchzudrücken: der Microsoft-Gründer, US-Milliardär und selbsternannte Philan-throp Bill Gates. Er zieht im Hintergrund die Strippen und kontrolliert die Weltgesundheitsorganisation - vor allem deren Impfpolitik - über weite Strecken.

Das ist keine Verschwörungstheorie - selbst die Mainstream-Spatzen pfeifen es von den Dächern. Bereits 2017 schlagzeilte die Zeit: "Der heimliche WHO-Chef heißt Bill Gates." Ein Feature des Deutschlandfunks vom Juli 2018 stieß ins gleiche Horn: Demnach spendete die Bill & Melinda Gates Foundation der Weltgesundheitsorganisation allein 2016 und 2017 insgesamt 629 Millionen Dollar und war damit nach der US-Regierung der zweitgrößte Sponsor der Mega-Institution.

"Der heimliche WHO-Chef heißt Bill Gates." *Zeit*

Ein Beitrag von SWR Kultur vom September 2020 trägt die Überschrift "Die WHO am Bettelstab: Was gesund ist, bestimmt Bill Gates". Dort kann man lesen: "Die Weltgesundheitsorganisation WHO wird mittlerweile zu 80 Prozent von privaten Geldgebern und Stiftungen finanziert. Größter privater Geldgeber ist die Bill & Melinda Gates Stiftung. Seit der Jahrtausendwende hat die Gates-Stiftung der WHO insgesamt 2,5 Milliarden Dollar gespendet." Dies, so der Südwestrundfunk, sei auch deshalb problematisch, weil "Bill Gates durch seine Stiftungen seine Vorstellung von Gesundheitsförderung durchsetzt".

Big Busineß läßt grüßen

Dabei zeigt der frühere Software-König ein gerüttelt Maß an Doppelmoral. In dem SWR-Beitrag heißt es dazu weiter: "Bill Gates erwirtschaftet seine Milliarden durch Kapitalanlagen in bestimmten Industriezweigen. Kritiker bemängeln, daß diese Branchen allesamt etwas mit krankmachenden Bedingungen zu tun haben. So hält die Gates-Stiftung Aktien von Coca-Cola im Wert von 500 Millionen Dollar und Aktien des weltgrößten Supermarktkonzerns Walmart im Wert von einer Milliarde Dollar. Hinzu kommen Beteiligungen an den Nahrungsmittelkonzernen PepsiCo, Unilever, Kraft Heinz, Mondelez und Tyson Foods; an den Alkoholkonzernen Anheuser-Busch und Pernod; an den Pharmakonzernen Glaxo Smith Kline, Novartis, Roche, Sanofi, Gilead und Pfizer."

Der Sender resümiert: "Für die Gates-Stiftung bedeutet das: Je mehr Profite die genannten Konzerne machen, desto mehr Geld kann sie für die WHO ausgeben. Für die WHO heißt das wiederum: Mit jeder Maßnahme gegen gesundheitsschädliche Aktivitäten der Süßgetränke-, Alkohol- und Pharmaindustrie würde die WHO die Gates-Stiftung daran hindern, Spenden für die WHO zu erwirtschaften. Kurz, die Weltgesundheitsorganisation steckt in einem klassischen Interessenkonflikt, der sie in ihren Handlungsmöglichkeiten einschränkt und der angesichts ihrer finanziellen Abhängigkeit von der Gates-Stiftung kaum aufzulösen ist."

Ukraine-Schock

Keine weiteren Militärhilfen für die Ukraine - das war stets Trumps Credo. Also blockierten die Republikaner im Repräsentantenhaus die Freigabe entsprechender Gelder monatelang. Doch im April 2024 knickten sie plötzlich ein und stimmten mehrheitlich weiteren Hilfen für Kiew in Höhe von insgesamt 61 Milliarden Dollar zu - verbunden wurde dieser Betrag in einem Paket mit Mitteln für Israel und Taiwan.

Nicht alle Abgeordneten der Grand Old Party wollten zustimmen: Bei der Abstimmung votierten insgesamt 311 mit Ja und 112 mit Nein, darunter auch die glühende Trump-Anhängerin Marjorie Taylor Greene, die umgehend den Rücktritt des republikanischen Sprechers des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, forderte. Der hatte sich aber am Tag zuvor grünes Licht vom Präsidentschaftskandidaten geholt.

Verrät Trump damit schon frühzeitig seine Grundsätze? Manche befürchten dies, andere meinen, der Umschwung sei wahltaktischem Kalkül geschuldet. Wie dem auch sei: Bei seiner Anhängerschaft hat der unangefochtene Star der Republikaner an Glaubwürdigkeit eingebüßt, das er wieder zurückgewinnen muß.

Gates war es auch, der in der Corona-Krise die Richtung vorgab: Nachdem die anfänglich noch zögerliche WHO am 11. März 2020 Covid-19 zur Pandemie erklärt hatte, riefen die westlichen Staaten sukzessive Notstandsmaßnahmen aus. Der größte Privatsponsor der Orga-

nisation forderte schon am 1. April 2020 den flächendeckenden Shutdown in allen US-Bundesstaaten für mindestens zehn Wochen. "Wenn wir alles richtig machen, könnten wir in weniger als 18 Monaten einen Impfstoff entwickeln. (…)
Um die Amerikaner und die Menschen auf der ganzen Welt zu schützen, müssen wir Milliarden von Dosen herstellen", ließ Gates sein persönliches Interesse durchblicken. Kein Wunder, daß der US-Oligarch auch zu den vehementesten Befürwortern des WHO-Pandemievertrags gehört. Vor zwei Jahren veröffentlichte er sein Buch How to Prevent the Next Pandemic (Wie die nächste Pandemie verhindert werden kann), in dem er bereits zahlreiche Maßnahmen vorwegnahm, die sich nun im Entwurf der Weltgesundheitsorganisation wiederfinden.

Schöne Neue WHO-Welt

Was Trump an den Pandemieplänen der WHO überhaupt nicht schmeckt, ist die enorme Machtfülle, die die Organisation für sich beansprucht. So soll in das Vertragswerk ein Passus aufgenommen werden, nach dem sich die unterzeichnenden Staaten "verpflichten, die Empfehlungen der WHO bei ihren internationalen Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit zu befolgen". Statt mehr oder minder unverbindlichen Empfehlungen sollen also künftig Kommandos ausgegeben werden, die die nationalen Regierungen dann umzusetzen haben.
Diese Befehlsgewalt ist auch Teil der eingangs erwähnten IHR, die mit dem Pandemiepakt verabschiedet werden sollen. Ihr Inhalt wurde unlängst von dem US-Investigativjournalisten James Roguski geleakt. Auf seinem Blog (jamesroguski.substack.com) hat der mit Trump sympathisierende WHO-Kritiker eine Liste von zehn Punkten formuliert, die er als besonders unzumutbar bewertet und die einen guten Überblick über die Forderungen des Dokuments geben:
"1. Dreistufige Panikmache: (Artikel 1, 5, 8 und 12) Es ist inakzeptabel, dem Generaldirektor der WHO die Befugnis zu erteilen, einseitig einen Frühwarnzustand (Early Action Alert) und einen pandemischen Notfall (Pandemic Emergency) zusätzlich zu einem öffentlichen Gesundheitsnotfall von internationalem Belang (Public Health Emergency of International Concern) auszurufen, und zwar ohne jegliche Aufsicht und ohne jegliche Kontrolle oder Abwägung seiner Macht.
2. Quarantäne (Artikel 24, 27 und Anhänge 4 und 8): Die zusätzliche Androhung einer Quarantäne für Reisende ist inakzeptabel.
3. Erforderliche Reisedokumente (Artikel 35, 36, 37 und Anhänge 3 und 8): Die Erfordernis zusätzlicher Gesundheitsdokumente, wie zum Beispiel Testbescheinigungen, um Reisefreiheit zu ermöglichen, ist inakzeptabel.
4. Von der WHO für den Notfalleinsatz zugelassene Impfstoffe (Anhang 6): Die Forderung von Impfungen, insbesondere solchen, die für den Notfalleinsatz zugelassen sind, ist inakzeptabel.
5. Nichtstaatliche Akteure zur Einhaltung von Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit zwingen (Artikel 42): Es ist inakzeptabel, nichtstaatliche Akteure zu zwingen, sich dem Diktat der Regierung zu unterwerfen.
6. Überwachung (Anhang 1-c-i): Die fortlaufende und ständig zunehmende Verletzung unserer Privatsphäre ist inakzeptabel.
7. Verbreitung von Krankheitserregern mit pandemischem Potential (Artikel 44 und Anhang 1): Die Erleichterung der Verbreitung von Krankheitserregern mit pandemischem Potential und ihrer genetischen Sequenzdaten durch ein "Pathogen Access and Benefit Sharing-System" ist absolut inakzeptabel.
8. Nationale IHR-Behörde (Artikel 4 und Artikel 44-e): Die Forderung, daß wir personelle und finanzielle Ressourcen bereitstellen und unsere nationalen Gesetze anpassen, indem wir eine nationale Behörde für internationale Gesundheitsvorschriften schaffen, ist inakzeptabel.

9. Offenlegung personenbezogener Daten (Artikel 45): Die öffentliche Offenlegung privater Daten zuzulassen, ist inakzeptabel.
10. Zensur (Anhang 1-c-vi und Anhang 1-5-vii): Der Versuch, die Rede- und Meinungsfreiheit unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Fehlinformationen und Desinformation einzuschränken, ist inakzeptabel."
Durch die Uneinigkeit der Vertragsstaaten läßt dieser Diktaturplan noch auf sich warten. Doch den ultimativen Todesstoß dürfte ihm erst eine neue Präsidentschaft Trumps verpassen. Ein Grund mehr, ihm ganz fest die Daumen zu drücken.
Dieser Artikel erschien im neuen COMPACT-Spezial 42: "Trump".<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Wegen Merz: Scholz jetzt friedlich**
Von *Sven Eggers*
Wie es aussieht, will Olaf Scholz mit Friedensparolen im Kanzler-Kampf gegen den CDU-Herausforderer bestehen. Der Noch-Kanzler hat diesbezüglich die Karten auf seiner Seite, denn Merz will die Eskalation, die uns alle in den Krieg führt. …
SPD-Kanzler Scholz muß jetzt gegen seinen Konkurrenten aufholen. Seit Monaten befinden sich die Umfragewerte des Sozis im Keller. Was also tun? Offenbar möchte er jetzt die Friedenskarte spielen, denn natürlich ist ihm klar, daß die überwältigende Mehrheit der Deutschen keinen Krieg und kein Blutvergießen wünscht. Und so hat er jetzt vor "Heißspornen" gewarnt, die immer mehr Waffen in die Ukraine liefern wollen. Auf diese Weise, so Scholz, wachse die "Gefahr, daß Krieg auf ganz Europa oder die ganze Welt übergreifen" könne.
Die Bild springt Merz zur Seite und wirft dem SPD-Spitzenkandidaten vor, mit der "Kriegsangst der Deutschen" zu spielen: "Er wirft Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz vor, Rußland zu provozieren und die Sicherheit Deutschlands aufs Spiel zu setzen."
Vorwürfe von Medien und Grünen
Merz habe, so führte Scholz am Wochenende aus, "im Bundestag ganz offen gesagt: Wenn Putin nicht tut, was Deutschland will, dann wird ab morgen mit deutschen Marschflugkörpern weit nach Rußland hineingeschossen". Da könne er nur "Vorsicht" sagen: "Mit der Sicherheit Deutschlands spielt man nicht Russisch Roulette."
Eisern hält die Bild dagegen: "Dieses Wahlkampf-Kalkül ist schäbig".
Auf X giftete Grünen-Außenpolitiker Robin Wagener: "Im Wahlkampf (…) mit den Ängsten der Deutschen zu spielen, auf dem Rücken der Menschen in der Ukraine, ist zynisch und schwach von Olaf Scholz."
Am 16. Oktober hatte Friedrich Merz im Bundestag des amtierenden Kanzler besonders scharf kritisiert: "Herr Bundeskanzler, Sie sind auch persönlich mit Ihrer Haltung dafür verantwortlich, daß die Ukraine gegen Putin mit einer Hand auf dem Rücken kämpfen muß. Das geht so nicht weiter. Und wenn Putin das nicht akzeptiert, dann muß der nächste Schritt erfolgen und ihm gesagt werden." Und dann:
"Wenn er nicht innerhalb von 24 Stunden aufhört, die Zivilbevölkerung in der Ukraine zu bombardieren, dann müssen aus der Bundesrepublik Deutschland auch Taurus-Marschflugkörper geliefert werden, um die Nachschubwege zu zerstören, die dieses Regime nutzt, um die Zivilbevölkerung in der Ukraine zu schädigen und zu bombardieren."
Derartige Tiraden verkomplizierten im Anschluß sogar laufende Verhandlungen um künftige Regierungen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Sahra Wagenknecht, Chefin ihres BSW-Bündnisses, sprach von einer "abenteuerlichen Rede" und bezeichnete die Forderungen des CDU-Chefs als "blanken Wahnsinn und brandgefährlich".
Das BSW dürfe mit der CDU nur Koalitionen eingehen, "wenn die Landesregierung hier andere Positionen vertritt", so Wagenknecht. Es müsse deutlich werden, "warum wir die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen, die das atomare Risiko für Deutschland erhöht, ableh-

nen, und warum es in der Frage von Krieg und Frieden (…) kein Weiter so geben darf". Auf Wagenknecht hört allerdings innerhalb des BSW längst nicht jeder…

Merz bleibt sich treu

Man merkt es bis heute: Bis 2019 war Merz Vorsitzender der berüchtigten Atlantikbrücke, also jenes Lobbyverbandes, der Deutschland fest an den US-Rockzipfel klammern und Berlins Westbindung zementieren will. Auch mischt er bei der 1973 auf Initiative von Zbigniew Brzezinski und David Rockefeller gegründeten Trilateralen Kommission mit. Ins Kanzleramt will also jemand, der die Interessen der Großfinanz stets über die Interessen der Allgemeinheit gestellt hat. Für einen EU-Superstaat begeistert sich Merz seit Jahren, der Ausverkauf nationaler Interessen berührt ihn dabei überhaupt nicht. Zuwanderung ist sein Ding, sofern er annimmt, daß sie dem Kapital nützen könnte.<<

Ukraine: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Blitzbesuch bei Selenskyj in Kiew: Kanzler Scholz (SPD) sagt weitere Waffenlieferungen über 650 Millionen Euro zu**

Noch-Bundeskanzler Olaf Scholz traf am Montag, 2. Dezember, überraschend zu seinem ersten Ukraine-Besuch seit zweieinhalb Jahren in der Hauptstadt Kiew ein. Bei seiner Ankunft mit dem Zug kündigte der SPD-Politiker weitere Rüstungslieferungen im Wert von 650 Millionen Euro noch im Dezember an.

"Ich möchte hier vor Ort deutlich machen, daß Deutschland der stärkste Unterstützer der Ukraine in Europa bleiben wird", sagte er. Die Ukraine könne sich auf Deutschland verlassen - "wir sagen, was wir tun. Und wir tun, was wir sagen."

Zum Auftakt seiner Blitz-Visite besuchte Scholz gemeinsam mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj verwundete Soldaten in einem Krankenhaus. Das weitere Programm wurde aus Sicherheitsgründen zunächst nicht bekannt gegeben.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31265" berichtet am 2. Dezember 2024 (x1.427/…): >>**Erfindung Hirntod ist ein Geschäftsmodell zur Organspende - Interview mit Dr. Paul Byrne**

Die FDP im deutschen Bundestag hat vor kurzem den Vorschlag eingereicht, die Todesdefinition als Voraussetzung für die Organspende zu erweitern. Künftig soll auch der Herz-Kreislauf-Stillstand Grundlage für eine Entnahme von Organen sein. Bisher mußte zwingend der Nachweis des irreversiblen Hirnfunktionsausfalls, also der Hirntod, erbracht werden.

In anderen Ländern, wie der Schweiz, Großbritannien und den USA, sind Organspenden nach Herz-Kreislauf-Stillstand bereits erlaubt. Menschen mit einem Herz-Kreislauf-Stillstand können in bestimmten Fällen wiederbelebt werden. Aber wenn das Herz nicht schlägt, wird das Gehirn nicht mit Sauerstoff versorgt, und nach ca. drei bis fünf Minuten beginnen Gehirnzellen abzusterben. Irgendwann soll dadurch angeblich der Hirntod eintreten.

Wie Kla.TV bereits in verschiedensten Dokumentationen aufgezeigt hat, ist der Hirntod jedoch kein wissenschaftlicher Fakt. (www.kla.tv/Organspende/16309). Auch der Nechronatologe (Facharzt Kinder und Jugendmedizin) und klinische Professor für Pädiatrie (Kinderheilkunde) Dr. Paul Byrne sagt im nachfolgend gezeigten Kurz-Interview: "Der Ausschuß von Harvard hat den Hirntod erfunden." Er bezieht sich dabei auf das am 05.08.1968 erschaffene Hirntod-Konzept eines Ad-Hoc-Komitees der Harvard Universität.

Dr. Paul Byrne war im Jahr 1975 Arzt an der medizinischen Universität in Ohio, USA. Er behandelte ein Kind, das nicht selbständig atmete. Das EEG zur Messung der elektrischen Aktivität des Gehirns wies keine Hirnaktivität nach, auch zwei Tage später nicht. Dr. Byrne wurde daraufhin gedrängt, den Jungen zur Organentnahme freizugeben. Doch er therapierte weiter und der Junge überlebte. Dieses prägende Ereignis verursachte, daß Dr. Byrne sich diesem Thema intensiv widmete.

Wenn also sogar Hirntote wieder leben können, wie kann es dann erlaubt sein, bereits nach

einem Herz-Kreislauf-Stillstand und einer darauffolgenden fünfminütigen Wartezeit eine Organtransplantation durchzuführen? Erhöht das nicht das Risiko, durch eine voreilige Organentnahme ein Leben vorzeitig zu beenden? Hören Sie im nun gezeigten Gespräch mit Dr. Byrne, was er weiter wichtiges zur Organtransplantation zu sagen hat:
Dr. Byrne: "Der Ausschuß von Harvard. Dieser Ausschuß hat den Hirntod erfunden. Der Ausschuß hat keine Studien an Hunden, Katzen oder Ratten durchgeführt. Sie haben keine Daten über Menschen gesammelt. Sie haben den Hirntod einfach erfunden. Sie hatten keine Patientendaten. Sie hatten keine wissenschaftlichen Grundlagenstudien. Und ich weiß, es ist wirklich schrecklich, wenn man das weiß. Es wird dadurch auch nicht besser. Danach wird es eher schlimmer. Viele Leute denken, daß der Hirntod gleichbedeutend ist mit flachen Gehirnströmen. Sie sind nicht einmal verpflichtet, einen Gehirnwellentest durchzuführen. Das haben sie nie getan.
Sie haben neun Patienten untersucht, und bei zwei von ihnen waren die Gehirnströme noch aktiv. Und sie sind dann zum Schluß gekommen, daß es nicht mehr notwendig ist, Gehirnströme zu untersuchen. Also ist es auch nicht mehr erforderlich, nach Gehirnströmen zu suchen."
Interviewerin: "Wenn sie also Transplantationen an Menschen vornehmen, sagen, sie seien hirntot …
Dr. Byrne: "Sie sind alle am Leben."
Interviewerin: "Sie sind alle am Leben und könnten vollständig wiederhergestellt werden."
Dr. Byrne: "Sie sind alle noch am Leben."
Interviewerin: "Es werden also Organe von Menschen entnommen, die in irgendeiner Weise bei Bewußtsein sind, sich nur einfach nicht verständigen können?"
Dr. Byrne: "Es ist eine Sache, kein Bewußtsein zu zeigen, dann reden wir von unbewußt. Aber unbewußt bedeutet nicht, daß es kein Bewußtsein gibt. Es bedeutet nur, daß wir kein Bewußtsein erkennen können. Das ist der Unterschied."
Interviewerin:
"Es ist also eher subjektiv, oder?"
Dr. Byrne: "Richtig. Ob eine Person Bewußtsein zeigt oder nicht, sagt nichts darüber aus, ob sie lebt oder tot ist."
Interviewerin: "Richtig."
Dr. Byrne: "Schmerz gehört zu den Dingen, die real sind, und denen wir Beachtung schenken sollten. Schmerz zeigt dem Körper auf, daß etwas nicht in Ordnung ist und gibt die Möglichkeit zu heilen. Nur weil eine Person keine Schmerzen zeigen kann, heißt das nicht, daß sie keine Schmerzen hat. Ein sehr gutes Beispiel dafür ist, daß sie lähmende Mittel verabreichen, wenn sie die Organe entnehmen, damit sie sich nicht mehr bewegen und nicht mehr winden."
Interviewerin: "Oh, wie schrecklich."
Dr. Byrne: "Und selbst wenn sie sich nicht bewegen und nicht winden, steigt ihr Herzschlag und ihr Blutdruck, wenn man sie aufschneidet, denn das ist die Reaktion auf Schmerz. Aber sie können nicht mehr zeigen, daß sie Schmerz haben."
Interviewerin: "Weil sie gelähmt sind, medizinisch gelähmt, darum können sie nicht mehr reagieren, richtig?"
Dr. Byrne: "Ja."
Interviewerin: "Oh, das ist furchtbar."
Dr. Byrne: "Es wird richtig schlimm, wenn man darauf achtet.
Auf jeden Fall hat man den Hirntod vor allem erfunden, um Organe zu bekommen. Aber auch, um kein Geld für die Behandlung von Menschen zu verschwenden, die nie einen Job bekommen werden, die nur leben und nicht sterben werden. Sehen Sie also, was der Hirntod ist: Er ist in erster Linie ein Weg, um die Organe zu bekommen.

Und die Art und Weise, wie der Hirntod funktioniert, besteht darin, daß sie den Klerus und die Seelsorger dazu bringen, sich zu engagieren. Bei Organtransplantationen gibt es einen beauftragten Antragsteller. Und dieser beauftragte Antragsteller ist in der Regel eine sehr nette Person, die sich gut kleidet und mit den Angehörigen befreundet ist. "Möchten Sie eine Tasse Kaffee? Oh, ich weiß, das muß schrecklich für Sie sein. Wir werden alles tun, was wir tun können, um Ihnen zu helfen." Und all das ist Teil der Indoktrination, und dient dazu, um an die Organe ranzukommen.
Sehen Sie, man kann keine Organe von einer Leiche bekommen. Jedes Organ, das transplantiert wird, ist ein gesundes Organ. Und gesunde Organe kann man nur von lebenden Menschen bekommen. Von einer Leiche kann man keine Organe für eine Transplantation bekommen."
Interviewerin: "Also, haben Sie das besser nicht in Ihren Papieren stehen?"
Dr. Byrne: "Die Dinge, die ich Ihnen erzähle, dürfen Sie gar nicht wissen. Denn, wenn Sie es wissen, werden Sie sich aufregen. So, wie Sie alle drei sich jetzt darüber aufregen, und das ist auch Ihr Recht.
Denn wessen Organe wollen sie? Sie wollen die Organe von … sicherlich von Kindern, aber ganz besonders von den 16- bis 30-Jährigen. Ihr Leben steht auf dem Spiel. Wenn sie bewußtlos sind und an einem Beatmungsgerät hängen, wollen sie ihre Organe. Und sie tun alles, um an die Organe zu kommen. Und wenn die Organe einmal entnommen sind, kann man sie nicht mehr wiederbeleben. Was sie also machen, ist … Sie sagen den Verwandten: "Ihre Tochter Sally würde gerne etwas Gutes tun … das ist eine Möglichkeit, aus dieser Tragödie etwas Gutes zu machen." Oder: "Ihr Sohn … " Und während sie bisher Organe von Menschen mit einem Unfall oder Schußwunden bekamen, bekommen sie jetzt viel mehr Organe durch Menschen mit einer Drogen-Überdosis als durch Unfälle und Schußwunden zusammen.
In Ohio sterben jeden Tag acht Menschen an einer Überdosis. So bekommen sie ihre Organe, und das ist, was sie wollen. Und was tun sie? Sie geben den Polizisten das Notfallmedikament Narcan, um der Droge entgegenzuwirken. Das bringt die Menschen mit einer Überdosis in die Notaufnahme. Aber es rettet nicht ihr Leben, sondern bringt sie lediglich in die Notaufnahme. Und so bekommen sie ihre Organe."
Interviewerin: "Das ist so teuflisch ekelhaft."
Dr. Byrne: "Oh ja, das ist es wirklich. Es ist sehr schlimm."<<
Syrien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Syrien: Islamisten-Vormarsch gestoppt**
Von *Michael Brück*
Die aktuellen Entwicklungen: Putschgerüchte bestätigen sich nicht, islamistischer Vormarsch auf Hama gebremst, massive russische Luftangriffe auf HTS-Stellungen. Und Nachschub ist unterwegs. …
Die Ereignisse in Syrien überschlagen sich auch am dritten Tag der islamistischen Offensive im Norden des Landes. Nachdem die Terroristen von HTS, al-Nusra-Front und Co. bis Samstagmittag (30. November) massiv vorrücken konnten, ist der Vormarsch jetzt gebremst.
In Aleppo kämpfen derzeit kurdische Milizen, YPG und SDF, die eigentlich kein gutes Verhältnis mit der Assad-Regierung haben, gegen die dschihadistischen Kämpfer. Die Streitkräfte von Assad, unterstützt durch iranische und libanesische Truppen, haben sich derweil teilweise nach Hama zurückgezogen - diese wichtige Stadt wird jedoch gehalten, der islamistische Vormarsch konnte gebremst werden.
Aus verschiedenen Richtungen sind derzeit Truppenverstärkungen unterwegs. Der Irak hat angekündigt, alles in seiner Macht Stehende zu unternehmen, um der Regierung von Bashar al-Assad zu helfen, verschiedene lokale Milizen haben sich am Samstag auf den Weg nach Syrien gemacht. Es ist davon auszugehen (wenn auch noch unbestätigt), daß auch aus dem

Iran weitere Unterstützung naht. Die Situation scheint sich deshalb zu stabilisieren, möglicherweise beginnt in Kürze eine Gegenoffensive.
Parallel mit der Bündelung weiterer Kräfte zur Verteidigung Syriens hat Rußland die Intensität seiner Luftangriffe massiv erhöht, fliegt beinahe ununterbrochen Angriffe auf Idlib, aber auch auf terroristische Stellungen in Aleppo.
Die Bild-Zeitung stellte übrigens fest, daß Rußland zum ersten Mal seit 2016 Aleppo bombardiert - natürlich, denn seither wurde Aleppo von den Soldaten Assads gehalten und es gab keinerlei Grund, die Stadt zu bombardieren.
Bei einem Angriff auf Idlib soll die Kommandozentrale der Terrororganisation HTS getroffen worden sein, auch Gerüchte über den Tod eines ihrer Anführer kursieren. Möglicherweise hat die islamistische Offensive ihren Zenit erreicht.
Nicht bestätigt haben sich Gerüchte über einen Putschversuch in Damaskus: Die Schußwechsel, die auf den Straßen zu hören waren, galten Aktionen der syrischen Armee gegen Schläferzellen islamistischer Terroristen, die ausgeschaltet wurden.
Was übrigens passiert, wenn diese Islamisten, Nachfolger von al-Qaida und dem IS, ungehindert agieren können, zeigen zahllose grausame Videos, die in sozialen Netzwerken kursieren und auf denen die Erschießung von Gefangenen zu sehen ist, die sich den Islamisten ergeben haben. Solche Terroristen werden in den westlichen Medien übrigens als "Rebellen" bezeichnet.
Im Laufe der Woche dürfte sich die Situation weiter stabilisieren und erste Rückeroberungen stattfinden, der Zusammenbruch der syrischen Armee scheint vorerst gebremst. Der Krieg in Syrien ist dabei gänzlich anders, als zum Beispiel in der Ukraine, wo monatelang um einzelne Orte gekämpft wird: Durch den schnellen Vormarsch der Islamisten gibt es faktisch keine Sicherung eingenommener Orte, lediglich ein paar Kontrollpunkte werden schnell eingerichtet. Genauso schnell kann die Kontrolle deshalb auch wieder in die andere Richtung wechseln.<<

Kenia: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Habeck in Kenia: Wie hoch wird der Scheck sein?**
Habeck (Grüne) reist nach Kenia zum 5. Deutsch-Afrikanischen Wirtschaftsgipfel in Nairobi. Dort freut man sich schon auf Milliarden deutsches Steuergeld. Themen: grüne Wertschöpfung vor Ort, Fachkräfteausbildung und Erneuerbare-Energien-Hokuspokus.
Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) reist von Sonntag bis Mittwoch nach Kenia. Im Mittelpunkt der Reise stehe der fünfte Deutsch-Afrikanische Wirtschaftsgipfel in Nairobi, teilte das Wirtschaftsministerium mit.
Neben Gesprächen mit "hochrangigen kenianischen Regierungsvertretern" stehen demnach Termine zu den deutsch-kenianischen Wirtschaftsbeziehungen auf dem Programm. Zentrale Themen seien dabei der Ausbau der Erneuerbaren Energien mit Fokus auf Geothermie und der nachgelagerten grünen Wertschöpfung vor Ort, die Fachkräfteausbildung sowie Start-ups und Digitalwirtschaft. Habeck wird auf der Reise von einer Wirtschaftsdelegation und Mitgliedern des Bundestags begleitet.
Er wolle mit der Reise das "klare Signal" senden, daß deutsche Unternehmen aus zahlreichen Branchen bereitstünden, um die Ziele der Partnerländer in Afrika zu unterstützen, sagte Habeck am Sonntag vor dem Abflug. Neben der schnell wachsenden jungen Bevölkerung zeichne sich der Kontinent durch "enormen Ressourcenreichtum" aus, der "großes Potential für grüne Wertschöpfung und den Ausbau Erneuerbarer Energien" eröffne.
Das biete insgesamt "immense Chancen" für deutsche Unternehmen, gerade in Sektoren wie der Digitalwirtschaft sowie beim Ausbau der Erneuerbaren Energieerzeugung und Transformationstechnologien, so der Minister. Auch angesichts des Arbeits- und Fachkräftemangels in Deutschland sei Kenia ein "wichtiger Partner".
Der Deutsch-Afrikanische Wirtschaftsgipfel findet vom 2. bis 4. Dezember 2024 in Nairobi

statt. Dabei werden rund 500 deutsche und afrikanische Vertreter aus Politik und Wirtschaft erwartet.<<

03.12.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Dezember 2024 (x1.429/…):

>>**"Schwarz-grüne" Kriegstreiber-Koalition droht: CDU-Merz sieht "mehr Gemeinsamkeiten" als mit der SPD!**

So langsam läßt Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz die Katze aus dem Sack: Nach der Bundestagswahl am 23. Februar droht eine unheilige Kriegstreiber-Allianz aus CDU/CSU und "Grünen". Von beiden Seiten kommen verstärkt Signale gegenseitiger Zuneigung.

Kriegstreiber sucht Kriegstreiber - wächst nach der Wahl am 23. Februar zusammen, was zusammen gehört? Die Gefahr einer "schwarz-grünen" Kriegstreiber-Koalition zeichnet sich in bedrohlichen Konturen ab.

Die Unionsparteien teilen nach Einschätzung ihres Kanzlerkandidaten Friedrich Merz (CDU) außenpolitisch mehr Positionen mit den "Grünen" als mit der SPD. Auf die Frage, mit wem er nach einer erfolgreichen Bundestagswahl besser zusammenarbeiten könnte, betonte der CDU-Chef in der "Bild-Zeitung": "In der Außen- und Sicherheitspolitik gibt es sicher mit den Grünen mehr Gemeinsamkeiten als mit der SPD."

Zwar würden sich mit Blick auf die Wirtschaftspolitik die Positionen deutlich unterscheiden, doch dieses Hindernis lasse sich überwinden, deutete Merz an: "Da brauchen wir einen grundlegenden Kurswechsel."

Merz schwurbelte, zunächst hätten die Wähler das Wort: "Wir kämpfen um jede Stimme. Und nach der Bundestagswahl sprechen wir dann mit den demokratischen Parteien der politischen Mitte, wie wir diesen Kurswechsel hinbekommen." In der Übersetzung heißt das: Vor allem sprechen wird dann mit den "Grünen".

Auf Basis aktueller Umfragen hätte "Schwarz-Grün" sogar eine solide Mehrheit - zumal dann, wenn die FDP den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag verpassen sollte. Ein Zweitstimmen-Ergebnis von zusammen 43 Prozent könnte dann schon für eine Regierungsbildung reichen.

"Grüne" stehen bereit

Das Liebeswerben von CDU-Kriegstreiber Merz, der binnen "24 Stunden" deutsche Taurus-Marschflugkörper im Ukraine-Krieg freigeben würde, bleibt nicht unbeantwortet. "Frieden und Freiheit in Europa erreichen wir nur mit klarer Haltung", betonte die neue "Grünen-Vorsitzende" und Habeck-Vertraute Franziska Brantner. Sie sieht in Merz einen verläßlicheren Partner als in Olaf Scholz (SPD).

"Klar an der Seite der Ukrainer stehen", so Brantner in der "Bild am Sonntag", sei unter Merz besser zu erreichen als unter Scholz. Das zielt darauf ab, daß Merz immer wieder seine grundsätzliche Bereitschaft unterstrichen hat, Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine zu liefern.

Habeck kritisiert Scholz

Der ökosozialistische "Kanzlerkandidat" Robert Habeck rückte ebenfalls von Scholz und der SPD ab. Es gehe nicht an, daß "man sich vor Putin in den Staub wirft". Bei der Ukraine-Politik sei "nicht ganz klar, wohin die SPD will", es gebe da "unterschiedliche Strömungen", sagte Habeck.

"Russisches Roulette"

Unterdessen ereifern sich Kriegstreiber und Mainstream-Medien über Äußerungen von Noch-Kanzler Scholz auf der sogenannten "Wahlsieg-Konferenz" der SPD am vergangenen Wochenende: Mit Deutschlands Sicherheit spiele man nicht "russisch Roulette", warnte Scholz völlig zu Recht. Aber seine Warnung klingt wenig glaubwürdig. Denn:

Am Montagmorgen (2. Dezember) stieg der Noch-Kanzler auf dem Bahnhof in Kiew mit einem silbernen Alu-Koffer aus dem blauen Waggon des Nachtzuges. Ob darin, bildlich ge-

sprochen, die noch für Dezember zugesagten 650 Millionen Euro für neue Waffenlieferungen an das Selenskyj-Regime waren?<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Dezember 2024 (x1.429/…):

>>**Nord Stream-Sabotage: Bürgerinitiative fordert Schadensersatz von der Ukraine**

Noch immer ist nicht mit letzter Sicherheit geklärt, wer wirklich hinter der Nord Stream-Sabotage steckt. Während der renommierte US-Enthüllungsjournalist Seymour Hersh frühzeitig die Urheberschaft beim US-Geheimdienst CIA vermutete, wird jetzt ein Geheimdienstler aus der Ukraine als Drahtzieher genannt.

Was nicht unbedingt ein Widerspruch sein muß, weil die Biden-Administration und ihr Marionetten-Regime in Kiew kooperiert haben könnten. Die von mehreren AfD-Politikern unterstützte Bürgerinitiative "Stoppt die Sanktionen!" fordert deshalb, daß die Ukraine keine weitere Unterstützung aus Deutschland erhält, solange sie nicht bereit sei, für diesen Terrorakt Reparationen zu leisten.

Wie u.a. die "Washington Post" unter Berufung auf Sicherheitskreise berichtet, soll der Ukrainer Roman Tscherwynsky die Anschläge in der Ostsee im September 2022 koordiniert haben. Er sei für die Logistik des Sabotage-Kommandos zuständig gewesen.

"Gute Sache für die ganze Welt"

Der 48-Jährige gehörte nach DK-Informationen jahrelang Spezialeinheiten der ukrainischen Geheimdienste SBU und GUR an. Tscherwynsky steht derzeit in Kiew vor Gericht. Das Selenskyj-Regime wirft ihm vor, durch eigenmächtiges Handeln Mitschuld an einem russischen Raketenbeschuß der Region Kirowohrad im Juli 2022 zu tragen.

Der Ex-Agent bestreitet die Täterschaft bezüglich der Nord Stream-Sabotage. Über seinen Anwalt ließ er aber wissen: "Für die ganze zivilisierte Welt war es eine gute Sache."

Die Bundesregierung hat bisher jede Festlegung auf ukrainische Täter vermieden und verweist auf die (angeblich) unabhängigen Ermittler der Bundesanwaltschaft.

Ungeachtet dessen ist für die Bürgerinitiative "Stoppt die Sanktionen!" klar: Dieser Terrorakt richtete sich nicht nur gegen Rußland, sondern vor allem gegen Deutschland, deutsche Interessen und die deutsche Wirtschaft!

Auch wenn Tscherwynsky selbst jegliche direkte Beteiligung bestreitet, bleibt aus Sicht der Bürgerinitiative festzuhalten, daß zwar die USA (Stichwort Fracking-Gas) die wahren Profiteure der Nord Stream-Sabotage seien und daß Washington das Projekt von Anfang an bekämpft habe; aber "die unmittelbare Verantwortlichkeit für diesen Terroranschlag liegt unzweifelhaft bei der ukrainischen Regierung und dem ukrainischen Geheimdienst." Die Ukraine müsse deshalb für den entstandenen Schaden in jeder Hinsicht "vollumfänglich haften".

Eine Frage auch der Würde Deutschlands

Die Initiative "Stoppt die Sanktionen!" fordert konkret: "Die ukrainische Regierung muß sofort zur Verantwortung gezogen werden, und zwar ohne jegliche Verhandlungen. Diese Reparationen sind eine Frage der nationalen Souveränität und der Würde unseres Landes (…) Wir fordern eine Entschädigung für den massiven Schaden, der durch diese gezielte Zerstörung unserer Energieinfrastruktur entstanden ist. Kein Gespräch über Unterstützung jedweder Art ohne die sofortige Zahlung von Schadensersatz. Der Terrorakt gegen Nord Stream muß unverzüglich und vollständig vergütet werden - keine Verhandlungen, keine Ausreden!"

Die Bürgerinitiative wird u.a. von den AfD-Bundestagsabgeordneten Christina Baum, Steffen Kotré, Harald Weyel, Edgar Naujok und weiteren unterstützt. …<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Dezember 2024 (x1.429/…):

>>**Syrien-Konflikt: Bundespolizei warnt vor neuem Migranten-Tsunami wie 2015!**

Die neu ausgebrochenen Kämpfe zwischen Dschihadisten, Kurden und Regierungstruppen in der Region um die zweitgrößte syrische Stadt Aleppo könnten eine neue Flüchtlingswelle von traumatischen Ausmaßen auslösen. Davor hat der Chef der Bundespolizeigewerkschaft

(DPolG), Heiko Teggatz, gewarnt. Hunderttausende könnten den Weg nach Deutschland suchen und "wir erleben ein zweites 2015".
Im Netz kursieren Videos und Fotos, die zeigen sollen, wie christliche Symbole zerstört und Häuser von Christen geplündert werden. Frauen werden nach Aussagen aus der Region verschleppt und vergewaltigt. Außer christlichen Syrern sind auch Jesiden Opfer barbarischer Gewalt. Derweil bereitet in Damaskus Machthaber Baschar al-Assad mit russischer Unterstützung eine Gegenoffensive vor.
Experten befürchten: Unterschiedliche Gruppen könnten sich jetzt aus ganz Syrien auf den Weg nach Deutschland machen, wo bereits jeder zwanzigste Syrer lebt. Damit droht auch die Gefahr, daß wie 2015 hunderte Islamisten nach Europa einsickern.
Die an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd lehrende Migrationsforscherin Sandra Kostner warnt: "Je instabiler der Nahe Osten durch Kriege wird, desto höher die Wahrscheinlichkeit, daß Europa zum Ziel von Flüchtlingen aus den betroffenen Regionen wird." Das Ausmaß werde stark davon abhängen, ob etwa die Türkei die Grenzen dichthalte und welche Migrationsrouten offenstehen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Umwelthilfe will Verbot von privatem Feuerwerk**
Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) fordert ein sofortiges Verbot von privatem Feuerwerk in Deutschland. Die Länder müßten auf der am Mittwoch beginnenden Innenministerkonferenz (IMK) Druck auf Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ausüben, um ein Böllerverbot zu beschließen, teilte der Verein am Dienstag mit.
Der Neujahrswechsel sei jedes Jahr "geprägt von Verletzungen, Bränden, Millionen verschreckten Tieren sowie menschlichen Todesfällen, verursacht durch Pyrotechnik", hieß es zur Begründung. Nur mit einem umfassenden Verkaufs- und Anwendungsverbot von privatem Feuerwerk ließen sich diese Gefahren kontrollieren. Die Innenminister trügen die Verantwortung für die Sicherheit in ihren Bundesländern - und damit auch für den Schutz der Polizeibeamten und Einsatzkräfte, sagte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch.
"Nicht ohne Grund ist die Gewerkschaft der Polizei Teil unseres Bündnisses gegen private Feuerwerke."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**OCCRP Skandal: Spiegel, Süddeutsche Zeitung vom US-Geheimdienst finanziert?**
Im Medienbereich bahnt sich ein weltweiter Skandal an. Ein "Recherche-Netzwerk" (OCCRP), dem auch der Spiegel und die Süddeutsche Zeitung angehören, wird von dubiosen US-Quellen unterstützt, denen eine Nähe zum Geheimdienst nachgesagt wird.
Daß der Spiegel Millionen von der Bill Gates-Stiftung erhielt, ist mittlerweile bekannt. Nun bahnt sich aber ein weiterer weltweiter Medienskandal ungeahnten Ausmaßes an. Wurden Artikel in großen Zeitungen indirekt oder direkt über dubiose US-Gelder finanziert?
Eine multinationale Recherche (Seite derzeit überlastet) bringt das "Organized Crime and Corruption Reporting Project" (OCCRP) in Bedrängnis. Das Recherche-Netzwerk verbindet seit 2006 Investigativjournalisten auf der ganzen Welt. Immer wieder trug es zu großen internationalen Recherchen, wie etwa den Panama Papers, bei.
Die Ziele der Recherche des OCCRP waren offensichtlich: Es wurden überwiegend mißliebige, politische Personen in der ganzen Welt angegriffen, die damit diskreditiert werden sollten. Der links-grüne Sektor wurde dagegen verschont.
Der neue Skandal erschüttert die Medienwelt. Betroffen sind weltweit bekannte Gazetten, deren Artikel teils vom OCCRP gespeist worden. In den USA beteiligen sich die New York Times und die Washington Post am Projekt. In Deutschland war außer dem Spiegel und die Süddeutsche Zeitung auch der NDR zeitweise mit dabei. Später wurden aber die Verbindun-

gen gekappt. Der NDR wollte sogar einen Skandal-Bericht über die Verwicklungen des OCCRP veröffentlichen. Der Beitrag war angeblich schon fertig, wurde aber dann intern gestoppt. Gab es Druck von außen?
2023 zahlte die US-Regierung an OCCRP fast 12 Millionen US-Dollar. Auch andere Regierungen, insbesondere aus der EU, beteiligen sich an der Finanzierung des OCCRP. - Insider vermuten aber, daß das Geld tatsächlich von Geheimdiensten kommt und OCCRP nur eine Tarnorganisation ist. Diese agiert auf Anweisung der Dienste und wird von deren Erkenntnissen gefüttert, um entsprechend öffentliche Wirkung zu entfachen oder sich gegen bestimmte Personen zu richten.
Immer wieder mutmaßten Insider, daß die Recherche-Ergebnisse des OCCRP kaum mit normalen journalistischen Mitteln zu erreichen seien und offensichtlich andere "Informationsquellen" eine wichtige Rolle spielten. Zum Beispiel wurden Konto-Daten oder Kontostände von mißliebigen Personen veröffentlicht, die mit normalen journalistischen Mitteln nicht greifbar sind.
Die gegen das OCCRP erhobenen Vorwürfe stellen auch für die deutschen Beteiligten ein Problem dar. Wußten der Spiegel und die SZ von der Finanzierung durch die US-Regierung und die Regierungen anderer Länder? Wie konnte das für die beiden Medien mit dem Ansatz von staatsunabhängigem Journalismus in Einklang gebracht werden? Eine Stellungnahme steht bisher aus.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 3. Dezember 2024 (x1.433/…): >>**Bestatterin: Seit 2021 hohe Sterbezahlen - geimpfte Tote immer jünger**
Bestattungsmeisterin Marlies Spuhler schildert im Gespräch mit Johannes Clasen (MWGFD) eindrucksvoll, welche Erfahrungen sie in den letzten Jahren in ihrem Bestattungsunternehmen gemacht hat.
Bei unauffälligen Sterbezahlen in den Jahren 2019 und 2020 stellt sie für die darauffolgenden Jahre fest: "Wir haben seit 2021 durchgehend hohe Sterbezahlen." Für richtigen Eintrag im Totenschein habe es Schweigegeld gegeben. Auffällig sei, daß die Toten immer jünger seien und fast ausschließlich an Krebs versterben. Zudem seien bei Geimpften die Leichen merkwürdig verändert, der Zellverfall finde viel schneller statt. - Nachfolgend von MWGFD das Wesentliche aus dem Interview und Links zu den Videos. (hl)
Die Bestattermeisterin Marlies Spuhler im Gespräch mit Johannes Clasen
Die selbstständige Bestattermeisterin Marlies Spuhler ist in ihrem Ort als Querdenker-Bestatterin bekannt. Als regelmäßige Teilnehmerin und Mitorganisatorin der sogenannten Montags-Spaziergänge in ihrem Ort mußte sie bisher zwei Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen. Diese Erfahrung hat sie jedoch mitnichten zum Schweigen gebracht. Vielmehr hat es sie dazu ermutigt, sich öffentlich zu ihren Beobachtungen und Auffälligkeiten in ihrem beruflichen Alltag seit Beginn der Impfkampagne zu äußern.
Als eines von drei Bestattungsunternehmen in ihrem 8000-Seelen-Ort hatte sie in den Jahren vor Corona zwischen 30 und 50 Bestattungen im Jahr zu begleiten und abzuwickeln. So waren auch im Jahr 2019 mit 45 Beerdigungen, sowie im Corona-Jahr 2020, in dem sie lediglich 35 Sterbefälle betreute, keine Auffälligkeiten zu bemerken.
In den darauffolgenden Jahren stellten sich jedoch deutliche Veränderungen ein:
"Wir haben seit 2021 durchgehend hohe Sterbezahlen."
Bei unauffälliger Anzahl der Sterbefälle im Jahr 2020, waren die Einträge in den Totenscheinen jedoch um so auffälliger: Alle Toten in den Kliniken hatten im Gegensatz zu den im häuslichen Umfeld Verstorbenen den Eintrag "mit Corona, noch nicht mal an, alle mit" im Totenschein vermerkt. Noch irritierender war zudem, daß Marlies Spuhler in den Trauergesprächen von den Angehörigen der im Krankenhaus Verstorbenen berichtet wurde, daß den Hinterbliebenen Geld geboten worden sei "daß der Eintrag da rein kommt."

Mit Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 wurden in Marlies Spuhlers Bestattungs-Unternehmen erste Auffälligkeiten deutlich:
"Das ging gleich los. … Wir waren in den letzten 3 Tagen vom Jahr … noch vier- oder fünfmal in den Pflegeheimen, und das ist viel."
Dies habe sie zunächst noch gar nicht als anormal empfunden: die Patienten waren alt, das Medikament neu, "die werden das nicht so gut vertragen haben." Doch das Sterben nach der Impfung hörte nicht auf.
"14 Tage nach Impfstart da ist es losgegangen mit den Sterbefällen, … wir haben immer das Boostern gemerkt. … 8, 9 Sterbefälle am Stück."
Auch für dieses Jahr 2024 konstatiert sie in ihrem Unternehmen eine Übersterblichkeit, allein im Juni habe sie 17 Sterbefälle abwickeln müssen.
"Da müßten … eigentlich die Alarmglocken angehen."
Beängstigenderweise sei nun die Hauptsterbe-Ursache Krebs, auch würden die Toten immer jünger:
"Ich sehe mittlerweile, daß die Leute immer jünger werden. … Am Anfang sind nur die alten Menschen gestorben, aber mittlerweile… wir beerdigen ganz viele, die die 60 noch nicht erreicht haben. … Ist alles Turbokrebs, und das erleben wir im Moment ganz stark."
Auch habe sie in diesem Jahr bereits zwei Totgeburten zu beklagen gehabt. Aus einem anderen Ort sei ihr von drei Babys berichtet worden, alle drei gestorben im Alter von 8 Wochen an einem Herzinfarkt.
Erschreckend sei für sie zudem, daß die Leichen im Gegensatz zu früher deutliche Veränderungen aufweisen würden:
"Die Körper jetzt sehen für mich oft so aus, wie wenn sie gefangen wären … entweder wie wenn die Seele noch nicht gegangen ist, das ist unheimlich schwer zu beschreiben. … Wir haben ganz wenig glückliche Gesichtsausdrücke mehr."
Auffällig sei auch, daß diese Veränderungen am "ganzen Körper generell" zu sehen seien:
"Die haben oft diese andere Gesichtsfarbe. … Wir holen ganz oft Verstorbene, gleich wenn der Doktor da war, und die haben keine Leichenstarre … die gehen sofort in die Verwesung, und das ist sehr unangenehm. … Das sieht alles so aus, wie wenn er schon mindestens eine Woche verstorben wäre. … Diese ganzen Veränderungen, das ist viel, viel schneller."
Daher könne sie aufgrund ihrer langjährigen Kenntnis der Leichenschau "genau sagen, wer ist geimpft und wer nicht."
Die eindeutigen Erfahrungen der letzten Jahre treiben Marlies Spuhler um und spornen sie an, ihre Beobachtungen der Öffentlichkeit mitzuteilen.
"Wenn es wirklich so weitergeht, befürchte ich wirklich Schlimmes."
Daher hat sie für die Zukunft einen großen Wunsch: Sie wünscht sich, "vor allen Dingen, daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. … Jeder, der das zu verantworten hat, gehört vor Gericht gestellt."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 3. Dezember 2024 (x1.430/…):
>>**"Ins Gesicht geschlagen und getreten" - Massenschlägerei mit 60 Beteiligten bei Amateurfußballspiel**
Bei einem Spiel des VFL Michelstadt gegen Türkiyemspor Breuberg kam es zu einer Massenschlägerei mit 60 Beteiligten - auch ein Messer soll gezogen worden sein. Es gab mehrere Verletzte, das Spiel wurde abgebrochen.
Von *Redaktion*
Laut Zeugen soll eine Messerattacke der Auslöser für die Eskalation gewesen sein.
"Tumultartige Szenen, die zwischenzeitlich einer Hetzjagd glichen und an bürgerkriegsähnliche Zustände und Massenpaniken erinnerten" - so beschreibt die Lokalzeitung WN OZ die Situation bei einem Fußballspiel in Breuberg im Odenwald (Hessen).

Am Sonntag kam es dort bei einem Spiel zwischen dem VFL Michelstadt und Türkiyemspor zu einer Massenschlägerei unter den Zuschauern und Spielern - 60 Personen sollen involviert gewesen sein.
Die Polizei rückte mit mehreren Streifenwagen an, um die Lage unter Kontrolle zu bringen. Es gab mehrere Verletzte, laut WN OZ geht man derzeit von sechs bis acht aus. Auslöser des Ganzen soll eine Messerattacke gewesen sein, bei der eine Person leicht am Hals verletzt wurde. Sie werde laut Polizeisprecher im Krankenhaus behandelt, sei aber nicht lebensgefährlich verletzt.
Wie die Bild berichtete, waren sowohl Spieler beider Vereine als auch Zuschauer in die Schlägerei verwickelt. Die Eskalation auf den Zuschauertribünen sorgte dafür, daß das Spiel in den Schlußminuten beim Stand von 1:0 für Michelstadt abgebrochen werden mußte.
Auf Facebook bezeichnete Türkiyemspor Breuberg den Vorfall als "erschütternd" und beschuldigte einen Zuschauer des VFL Michelstadt, die Eskalation ausgelöst zu haben. Demnach habe dieser einen Breuberg-Anhänger angegriffen und mit einem "Gegenstand" am Hals verletzt.
Der VFL Michelstadt widerspricht dieser Darstellung und betont in seiner eigenen Stellungnahme, daß sowohl Spieler als auch Fans der Heimmannschaft von den gegnerischen Anhängern und Spielern "teils im Stadion gejagt und brutal ins Gesicht geschlagen und getreten" worden seien. Sie hätten deeskalierend eingreifen wollen und seien von anderen Spielern dafür mit Faustschlägen und Tritten attackiert worden. Weiter erklärt der Verein: "Sechs Spieler werden zurzeit im Krankenhaus behandelt".
Zudem sei ein verletzter Zuschauer "mit inneren Kopfverletzungen in ein städtisches Krankenhaus verlegt worden". Die Gewalt habe so gravierende Auswirkungen gehabt, daß der Verein die Jugendtrainings in den Folgetagen absagte, erklärte man gegenüber dem Hessischen Rundfunk. Der hessische Fußballverband hat angekündigt, daß der Vorfall sportgerichtlich behandelt werden könnte. Ob auf Kreis- oder Verbandsebene, hängt von den weiteren Ermittlungen ab.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Die Glut in der Asche: Deutsche Renaissance im Osten**
Von *Sven Reuth*
Am 9. April 1945 fiel Königsberg, der Krönungsort der preußischen Monarchen, in die Hand der Roten Armee. Der nördliche Teil Ostpreußens wurde auf Anweisung Josef Stalins von der Sowjetunion annektiert, die verbliebenen 25.000 Deutschen, die in der Stadt trotz des verheerenden britischen Bombenangriffs vom August 1944 und dem Inferno nach der Einnahme ausgeharrt hatten, wurden ab dem Oktober 1947 ausgewiesen.
Bald machten sich Kolchosen, Plattenbauten, Kombinate und Lenin-Denkmäler im einst östlichsten Zipfel des Deutschen Reiches breit, die ostpreußische Vergangenheit schien nicht einmal mehr ein ferner Traum zu sein. Doch seit dem Ende der Sowjetunion 1991 ist insbesondere bei der jungen Generation die Lust an der preußisch-deutschen Vergangenheit der Stadt und der Provinz erwacht.
Königsberg lebt
Es gab und gibt Initiativen zur Rettung des Kopfsteinpflasters, des Robbenbeckens im Zoo, in den Supermarktregalen steht die alte Biersorte Ostmark und in den Restaurants werden Königsberger Klopse serviert, deren Rezept in den 1990er Jahren von Heimwehtouristen zurückgebracht wurde.
In Tilsit wird wieder der berühmte Käse hergestellt und in einem Restaurant serviert, das seinen Vorkriegsnamen Deutsches Haus zurückerhalten hat, während sich im Stadtpark seit fünf Jahren eine Replik der 1945 zerstörten Königin-Luise-Statue befindet. Ein echter Tabubruch war das zweisprachige Ortsschild, das vor einigen Jahren in der einstigen Kreisstadt Preußisch

Eylau aufgestellt wurde. An allen Ecken und Enden der Oblast Kaliningrad trifft man also auf deutsches Erbe, das keineswegs versteckt und insbesondere von den circa 13.000 in der Exklave lebenden Rußlanddeutschen gepflegt wird.
Einige hochfliegende Träume, die sich noch gegen Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre rund um die heute von Polen, Litauen und Weißrußland eingeschlossene Provinz knüpften, haben sich allerdings nicht erfüllt. Schon 1988, ein Jahr vor dem Mauerfall, unterbreitete Friedrich Wilhelm Christians, der damalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, dem sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolai Ryschkow einen Plan zur Weiterentwicklung der Region Königsberg zu einem Sondergebiet für deutsch-sowjetische Technologie-Kooperation.
Die Idee hätte wohl gute Chancen zur Realisierung gehabt, wenn das rote Riesenreich nicht drei Jahre später von der Landkarte verschwunden wäre. 1993 warnten der damalige CDU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm und der heutige Welt-Redakteur Ansgar Graw in ihrem Buch Königsberg morgen: Luxemburg an der Ostsee davor, die Exklave zum "Albanien des Baltikums" verkommen zu lassen und plädierten für den Aufbau einer russisch-deutschen Handelsdrehscheibe. Damals schien die Schaffung eines gemeinsamen Hauses Europa von Lissabon bis Wladiwostok bevorzustehen, was derartigen Träumen Flügel verlieh.
Bei einer Volkszählung bekannten sich rund 809.000 polnische Staatsbürger als Schlesier.
Heute ist Osteuropa von den Frontlinien eines neuen Kalten Krieges gezeichnet, der in der Ostukraine schon heiß geworden ist, wobei die Oblast Kaliningrad als eine der besonders hochgerüsteten Gegenden Europas gilt. Das bedeutet im Umkehrschluß aber nicht, daß die Aufbruchsstimmung der 1990er Jahre völlig verflogen wäre. Insbesondere der wohl größte Sohn Ostpreußens ist heute in der Pregelstadt wieder allgegenwärtig. Die Universität wie auch eine lokale Supermarktkette sind nach dem Philosophen benannt, dessen Grab auch den Königsberger Dom rettete.
Als KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew in den 1960er Jahren die Stadt besuchte, gelang es beherzten Mitarbeitern der örtlichen Hochschule, ihm weiszumachen, daß Immanuel Kant ein "Klassiker des Marxismus" sei. Danach ließ der Sowjetdiktator von seinem Vorhaben ab, das Gotteshaus auf der Kneiphof-Insel zu sprengen, um das an ihn angelehnte Grab des Autors der Kritik der reinen Vernunft nicht zu gefährden.
Die seit Jahrzehnten geführte Debatte um die Umbenennung der Stadt scheint sich von selbst erledigt zu haben. In einem Artikel für die Welt am Sonntag berichtete Sönke Krüger im Juli 2019: "Fragt man junge Einheimische, wie sie ihre Stadt nennen, die seit 1946 den Namen von Stalins Parteikumpan Kalinin trägt, heißt es unisono: "Kenig"."

Autonomie für Oberschlesien

Auch in Oberschlesien sind es vor allem junge Leute, die neue Wege gehen - und die dortige Autonomiebewegung unterstützen. Sie beruft sich vor allem auf die Tradition der Autonomen Woiwodschaft Schlesien, die von 1922 bis 1939 in der Zweiten Polnischen Republik bestand. Zuvor hatte die Region dramatische Jahre erlebt. Bei der Volksabstimmung vom 20. März 1921 stimmten 59,6 Prozent der Wähler für den Verbleib bei Deutschland, 40,4 Prozent für den Anschluß an Polen.
Auf der Botschafterkonferenz in Paris am 20. Oktober 1921 wurde aber beschlossen, dieses Votum nicht umzusetzen, sondern das Industrierevier zu teilen: Das kohlereichste Drittel des Territoriums mit den Städten Kattowitz und Königshütte ging an Polen, der Rest verblieb beim Deutschen Reich.
Es entstand eine politische Einheit mit einer ausgesprochenen deutsch-polnischen Mischidentität, die zu einem frühen Nukleus der Moderne wurde. Auf der polnischen Seite der damaligen Grenze wurde in Kattowitz ein erster Wolkenkratzer errichtet, während auf deutscher Seite am Großprojekt "Dreistädteeinheit Gleiwitz - Hindenburg - Beuthen" herumgewerkelt wurde. Es ist erstaunlich und erscheint fast wie ein kleines Wunder, daß diese bikulturelle Identi-

tät auch die bleiernen Jahrzehnte des Kommunismus überlebt hat.
Ein Blick auf die siebenbürgische Metropole Hermannstadt. Mit Blick auf die Entwicklung der Stadt stellte Peter Hartmann von der Schweizer "Weltwoche" fest: "Der unpolitische Gymnasiallehrer Johannis wurde im Jahre 2000 zum Bürgermeister von Hermannstadt (Sibiu) gewählt im Vertrauen auf deutsche Gründlichkeit und Zuverlässigkeit, und er verwandelte das verschlafene, zerfallene Nest in ein magnetisches Juwel und eine Art rumänisches Silicon Valley, das 2007 auch Kulturhauptstadt Europas wurde."
So ist es bemerkenswert, daß sich bei einer Volkszählung 2011 rund 809.000 polnische Staatsbürger als Schlesier bekannten - und damit zur größten Minderheit Polens aufstiegen, gefolgt von Kaschuben und Deutschen. Überraschend war, daß sich 415.000 Personen neben der polnischen auch zur schlesischen Nationalität bekannten, während sich 362.000 ausschließlich als Schlesier bezeichneten.
Dieses Ergebnis wurde dem Wirken der Bewegung für die Autonomie Schlesiens (RAS) zugeschrieben, der es offensichtlich gelungen ist, eine regionale Identität wiederzubeleben. Auf politischer Ebene kritisiert die RAS den hohen Zentralisierungsgrad des polnischen Staates und sieht in Deutschland und Spanien mit den dortigen Bundesländern beziehungsweise autonomen Gemeinschaften nachahmenswerte Vorbilder.

Erfolgsmodell Hermannstadt

Eine ähnliche Wiederauferstehung einer vom Rest Europas eigentlich fast schon vergessenen Region konnte man nach dem Zerfall des Ostblocks auch im rumänischen Siebenbürgen beobachten. In Hermannstadt (Sibiu) legen die Einwohner großen Wert auf die deutschen Wurzeln der auch offiziell zweisprachigen Kommune. Das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien (DFDR) spielt eine große Rolle in der Kommunalpolitik. Im Jahr 2000 wurde der Siebenbürger Sachse Klaus Johannis als Kandidat des DFDR mit 69 Prozent der Stimmen erstmals zum Bürgermeister gewählt; vier Jahre später wurde er mit einem Ergebnis von 88,7 Prozent bestätigt.
Der frühere Hermannstädter Gymnasiallehrer mit deutschen Wurzeln erlangte große Beliebtheit, weil er mit der Altstadtsanierung, der Erneuerung der Infrastruktur sowie dem 2007 abgeschlossenen Ausbau des Flughafens nach westeuropäischen Standards zahlreiche wichtige Projekte verwirklichte. Außerdem holte Johannis viele Unternehmen in seine Stadt, unter anderem drei Werke von Siemens, eines von Thyssenkrupp, ein Werk des weltgrößten Ziegelherstellers Wienerberger und einen Produktionsstandort der Firma Continental, in dem auch anspruchsvolle Jobs für Entwicklungsingenieure entstanden sind.
Die Arbeitslosenquote in der Stadt liegt mittlerweile bei unter drei Prozent. "Er ist groß, blond, pragmatisch und hat aus Sibiu ein Erfolgsmodell gemacht", schrieb die Financial Times Deutschland am 15. Oktober 2009. Als "unbestechlicher Politiker" komme er "im Rumänien der Securitate-Seilschaften" fast schon einer Sensation gleich.
Im August 2014 wurde Johannis von der Christlich-Liberalen Allianz (ACL), einem Wahlbündnis mehrerer bürgerlicher Parteien, als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen nominiert. Obwohl er im ersten Wahlgang noch einen Rückstand von zehn Prozent gegenüber dem Kandidaten der postkommunistischen PSD, Victor Ponta, aufwies, wurde er im zweiten Wahlgang am 16. November 2014 mit mehr als 54 Prozent der Stimmen spektakulär zum Staatspräsidenten gewählt. Als im Februar 2017 eine halbe Million Menschen in der Hauptstadt Bukarest auf die Straße gingen, um gegen die immer noch allgegenwärtige Korruption zu demonstrieren, setzte sich Johannis an die Spitze der Proteste.
Eine Furcht müssen die Deutschen, die heute in Osteuropa leben, wenigstens nicht haben - nämlich die, islamisiert zu werden. Die Länder des ehemaligen Warschauer Pakts betreiben allesamt eine äußerst restriktive Zuwanderungspolitik und sorgen so dafür, daß für die abendländische Kultur auch dann noch ein Refugium verbleibt, falls über dem Rest Europas in eini-

gen Jahrzehnten die grüne Fahne des Propheten wehen sollte.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Habecks Plan-Übererfüllung**

Von *Sven Eggers*

Sie meinen, Habecks Heizungsgesetz sei das Schlimmste, was uns die Ampel zugemutet hat? Dann kennen Sie das Energieeffizienzgesetz noch nicht! Das ist der Heizungshammer hoch zwei. …

Wenn von grüner Irrsinns-Politik die Rede ist, dann geht es zumeist um das "Heizungsgesetz" von Robert Habeck und um die Wärmepumpe. Kaum jemand aber spricht über das Energieeffizienzgesetz, das die Ampel Mitte November 2023 verabschiedet hatte und das bislang allenfalls wegen unnötiger Bürokratie kritisiert wurde. Doch das Gesetz-Ungetüm hat es in sich, wie Professor Alexander Eisenkopf von der Zeppelin-Universität und Dr. Rupert Pritzl vom Bayerischen Wirtschaftsministerium jetzt in einem Gastbeitrag für den Focus aufbereitet haben.

Zu Lasten der Bürger

Die neuen gesetzlichen Regelungen knüpfen zwar an bestehende nationale Regelungen, setzen aber eben auch die entsprechende EU-Energieeffizienzrichtlinie um. Und eben diese nagelt die Europäische Union darauf fest, ihren Endenergieverbrauch um 11,7 Prozent zu senken. Alle EU-Mitleidsländer sind aufgefordert, daran mitzuwirken. Die Experten vermerkten im Focus:

"Die Ampelregierung hat mit dem Energieeffizienzgesetz diese EU-Vorgaben übererfüllt und klimapolitisch-ambitioniertes 'Gold-Plating' betrieben, das zu Lasten der Bürger und der Wirtschaft in Deutschland geht."

Und weiter: "Das Energieeffizienzgesetz ist ein politischer Etikettenschwindel, denn die Ziele (…) sind keine Energieeffizienzziele, sondern absolute Energieeinsparziele." Unter Effizienz werde in der Ökonomie generell das Verhältnis von Output zu den eingesetzten Inputs verstanden. Vorgaben zu Energieeffizienzsteigerung in einer Volkswirtschaft müßten demnach eigentlich darauf abzielen, daß die Energieproduktivität steige, also der Energieverbrauch letztlich sinke.

Empfindliche Wachstumsbremse

Tatsächlich führt das Energieeffizienzgesetz aber eine Schranke für den absoluten Energieverbrauch ein. Gesetzliche Einsparziele insbesondere für die Endenergienutzung wirken vielmehr wie eine Begrenzung des Wirtschaftswachstums.

Dr. Eisenkopf und Dr. Pritzl: "Schreibt man die tatsächliche Steigerung der Energieproduktivität der letzten Jahre fort, muß das deutsche BIP bis 2030 zwangsläufig (weiter) schrumpfen. Die notwendigen Reduzierungen können nur durch Herunterfahren der Produktion im Inland bzw. Verlagerung ins Ausland (Stichwort: Deindustrialisierung) erreicht werden - die Treibhausgasemissionen fallen dann dort an." Bittere Erkenntnis:

"Selbst wenn man die Zielvorstellung der Bundesregierung für die zukünftige Endenergieproduktivitätssteigerung von jährlich 2,1 % für realistisch hält, kann das reale BIP bis 2045 faktisch nicht mehr wachsen. Und welcher ausländische Investor würde bei solch restriktiven Energieeinsparungsverpflichtungen tatsächlich in Deutschland investieren?"

Alle Unternehmen ab einem bestimmten Jahres-Endenergieverbrauch (2,5 GWh) sind demnach verpflichtet, spätestens binnen drei Jahren für alle Endenergieeinsparmaßnahmen konkrete Umsetzungspläne zu erstellen und zu veröffentlichen. Die Experten in ihrem Gastbeitrag:

"Aufgrund dieser Vorgaben kommt auf die betroffenen Unternehmen eine gewaltige Regulierungs- und Überwachungsbürokratie zu. Massenhafte Pläne 'für die Schublade' erhöhen die Kosten und schwächen den Standort Deutschland."

Das Fazit fällt entsprechend aus: "So ist abschließend festzuhalten, daß das Energieeffizienzgesetz ein weiteres Beispiel der gezielten Aushöhlung ordnungspolitischer Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland darstellt. Statt marktwirtschaftskonformer Klimapolitik über den Emissionshandel setzt die Regierung auf dirigistische Eingriffe." Und: "Über dieses Gesetz in das Mikromanagement privater Unternehmen einzugreifen, zeugt von politischer Übergriffigkeit, Anmaßung von Wissen und Allmachtsphantasien."
Es ist unfaßbar, welche Dimension das Zerstörungswerk des Abwrack-Ministers der BRD angenommen hat. Im neuen COMPACT-Spezial "Die Altparteien" erinnern wir daran, wie Gloria von Thurn und Taxis es im Sommer 2022 auf den Punkt brachte. In der Sendung Talk im Hangar-7 auf Servus TV rechnete die Klartext-Fürstin scharf mit der Habeck-Politik ab - und betrat vermintes Gelände:
"Durch die teuren Energiepreise wird Deutschland nicht mehr produzieren können - und das ist halt die späte Erfüllung des Morgenthau-Plans. Das wollen ja die Grünen."
Ein Ausrutscher? Keineswegs! Rußland und die Ukraine würden "ausgenutzt als Kriegsschauplatz", so Ihre Durchlaucht nur wenige Monate später im Interview mit TV Berlin, in Wirklichkeit gehe es jedoch darum, "Europa zu destabilisieren".
Bei Bild TV legte die Regensburgerin dann noch mal nach. In der Runde Viertel nach Acht zog sie erneut eine Parallele zu dem Vorhaben von Roosevelts Finanzminister Henry Morgenthau, Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg in eine Agrarwüste zu verwandeln - und sagte zur Sprengung von Nord Stream: "Der Terroranschlag auf die Gaspipelines ist eindeutig eine Kriegserklärung an die deutsche Industrie, an den deutschen Bürger, an uns. Nur das will man nicht wahrhaben. Wir leiden unter kollektivem Stockholm-Syndrom."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Fußball-Präsident: "Volk entfernt sich von Elite"**
Von *Sven Eggers*
Hausdurchsuchungen wegen Regierungskritik, hochgradige Entfremdung zwischen Bürgern und Herrschenden. Wohin soll das noch führen? …
Politikverdrossenheit sorgt für Unmut in der BRD. Doch wer diese Verärgerung zum Ausdruck bringt, der riskiert Kopf und Kragen. Wie in der DDR, so sagen viele. In einem bemerkenswerten Interview mit der Berliner Zeitung hat jetzt Dirk Zingler, seit 2004 Präsident von Fußball-Bundesligist Union Berlin, Dampf angelassen. Er sagt:
"In unserem Land gibt es ja gerade einen großen Realitätsverlust. Wir benehmen uns wie in den letzten Jahren der DDR. Genau so. Es läuft wirtschaftlich schlecht, wir schicken Leuten die Polizei auf den Hals, weil sie 'Schwachkopf' sagen. Die Elite und das Volk leben aneinander vorbei."
Vieles in unserem Land funktioniere gerade nicht. Wer vom Weg abweiche, der laufe Gefahr, gleich "zum Demokratiefeind gemacht" zu werden; so wie Union nach dem Besuch von Ungarns Ministerpräsident Orbán vor einigen Monaten im Stadion von Union. "Abgrenzung ist zum wichtigsten Gut geworden in unserer Gesellschaft", so Zingler.
Einhalten, was verabredet ist!
Das Volk aber sei "nicht doof", so der Präsident von Union weiter. Es dürfte sich diese Zustände auf Dauer nicht gefallen lassen. Er empfiehlt eine Anlehnung an seinen Verein: "Hier im Forsthaus, in der Alten Försterei, streben wir nach nichts anderem, als gemeinsam Erfolg zu haben. Keiner hier hat eine Karriereplanung, keiner will irgendwo anders hin, von Union zu Stuttgart, von Stuttgart zu Bayern. Hier arbeiten keine Funktionäre, sondern Leute, denen ihr Job Spaß macht, auch weil sie hier zu Hause sind." Mehr noch: "Bei uns spüren die Menschen, daß es um sie geht. Wir halten ein, was wir verabredet haben."
Wer schon bei den Eisernen in Köpenick, zu Besuch war und in die dortige Atmosphäre eingetaucht ist, der wird nicht widersprechen. Es riecht im Stadion noch nach Bier und Zigaret-

tenqualm, und der Ton ist rau. Union Berlin, einziger wirklicher Ostverein in der höchsten deutschen Spielklasse, gelingt es, sich als Gegenentwurf zu Produkten wie RB Leipzig, Hoffenheim oder den vielen AGs und GmbHs zu präsentieren.
Eindrucksvoll widerlegt die Mannschaft aus der Wuhlheide das Gewäsch, heutzutage seien herkömmliche Vereine in den oberen Etagen nicht mehr konkurrenzfähig, sondern müßten ihre Profiabteilungen auslagern, um sie dann an Investoren verhökern zu können. Während sich in unterklassigen Ligen allerlei ausgegliederte Fußballfirmen herumplagen, erstrahlt der 1. FC Union Berlin e. V. in sattem Glanz. Auch der SC Freiburg zeigt, wie gut eingetragene Vereine funktionieren können, und beim 1. FSV Mainz 05 läuft es auch recht ordentlich.
Den Berlinern ist es gelungen, den Charakter des Klubs zu erhalten. Das führt zu einer außergewöhnlich intensiven Identifikation der Fans mit ihrem Verein, was sich wiederum mit Fingerspitzengefühl sehr gut vermarkten läßt - eine Erfolgsspirale! Bei der Konkurrenz sitzen hingegen oft Kunden im weiten Rund, denen es letztlich gleichgültig ist, ob nun verloren oder gewonnen wird, solange das Event unterhaltsam und das Mobilfunknetz stabil genug ist, um Selfies in die Weltgeschichte senden zu können.
Nie mit den Mächtigen!
Ein Verein der Mächtigen war der 1. FC Union Berlin jedenfalls nie. Am 20. Januar 1966 wurde er im Klubhaus des VEB Transformatorenwerkes Oberschöneweide als Gegenstück zum staatlichen Liebkind BFC Dynamo aus der Taufe gehoben - als ziviler Verein, von dem sich die SED-Oberen neuen Schwung für den DDR-Fußball auf der internationalen Bühne versprachen. Der Vorgänger Motor Oberschöneweide war damit ersetzt, vergessen aber wurde er nie. Bis heute nicht.
Am 17. Juni 1906 hatten sich mehrere kleinere Vereine zum F. C. Olympia Oberschöneweide zusammengeschlossen. Schon damals kickten die Spieler dort, wo heute das Stadion An der Alten Försterei steht, nämlich auf dem Sportplatz Sadowa. Bald folgte die Umbenennung in Union Oberschöneweide - man schrieb Erfolgsgeschichte und wurde mehrfach Berliner Meister. Im Jahre 1923 ging es, wie heute jeder Unioner weiß, bis ins Endspiel um die Deutsche Meisterschaft. Vor 60.000 Zuschauern unterlag die legendäre Mannschaft damals in Berlin dem Hamburger SV mit 0:3. Vor Gründung der DDR war Union Oberschöneweide der erfolgreichste Berliner Fußballklub.
Pokalsieg gegen Jena
In den politischen Querelen der Nachkriegszeit siedelte 1949 quasi die komplette Mannschaft in den französischen Sektor Berlins über und gründete dort den SV Union 06 Berlin. Die entsprechend geschwächte SG Union Oberschöneweide erlebte in den Nachkriegsjahren, teils als BSG Motor Oberschöneweide, Höhen und Tiefen. Es folgten mehrere Namens- und Strukturwechsel, was schließlich in der Gründung von Union Berlin mündete. 1968 gelang der Gewinn des FDGB-Pokals. Der Endspielsieg gegen Jena war seinerzeit eine echte Sensation. Der Titel bedeutete die Qualifikation zum Europapokal, doch in den Wirren nach dem Prager Frühling 1968 zog die DDR ihre Mannschaften von internationalen Turnieren ab.
Garant für die heutigen Erfolge ist das Stadion. Die faszinierende Stimmung dort ist immer wieder für entscheidende Punkte gut. Beim derzeitigen Umbau muß Union mit Augenmaß vorgehen, um den Spagat zwischen Tradition und Moderne zu bewältigen. Die Union-Anhänger sind in solchen Fragen sensibel. Und zur Not packen sie selbst mit an wie bei der Modernisierung im Jahre 2008, als über 2.000 Unioner über Monate ihre Alte Försterei auf Vordermann brachten. Damals wie heute sieht man das Stadion als Trutzburg, um dem modernen Fußball die Stirn bieten zu können.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Islamophobie**
"Phobie" ist ein psychiatrischer Fachbegriff, der eine Form krankhafter Angststörungen be-

zeichnet. Sein Gebrauch in nichtpsychiatrischen Zusammenhängen durch Nichtpsychiater, denen hierzu die fachliche Kompetenz fehlt, insbesondere der Gebrauch in politischen Zusammenhängen, ist also ein demagogischer Mißbrauch und bleibt es auch und gerade dann, wenn Sozialwissenschaftler klammheimlich die Definition ändern und jegliche Kritik oder Abneigung gegen den jeweiligen Gegenstand eine "Phobie" nennen.
Sie wissen nämlich genau, daß die Medien die willkürliche Umdeutung dieses ehemaligen Fachbegriffs einem Publikum verschweigen, das seinerseits nicht nachfragen wird, und daß der diffamierende Subtext auf diese Weise unkommentiert und unkritisiert in die Köpfe sikkert - und sie selbst genau deswegen Forschungsfördermittel aus staatlichen und staatsnahen Quellen einstreichen können.
_ Manfred Kleine-Hartlage
Nehmen wir die "Islamophobie" im Sinne einer kritischen bis ablehnenden Einstellung gegenüber dem Islam. Daß es Gründe für diese Kritik oder Ablehnung geben könnte, wird schon durch die Wortwahl ausgeschlossen - auch wenn diese auf der Hand liegen, ihre wissenschaftliche Präzisierung ganze Bibliotheken füllt und es buchstäblich keine einzige europäische Geistestradition gibt, die keine islamkritischen Implikationen hätte.
Islamkritiker kann man von einem linken, rechten, liberalen, konservativen, christlichen, nationalistischen, feministischen, aufklärerischen, gegenaufklärerischen oder marxistischen Standpunkt aus sein. Man muß (!) es sogar sein, wenn man diesen jeweiligen Standpunkt und damit die Grundlagen des eigenen Denkens kennt und ernst nimmt.
Wer zu dieser Art kritischer Reflexion allerdings im Stande ist und sie obendrein praktiziert, hat in unserem Lande ein Problem - übrigens nicht erst dann, wenn er tatsächlich zu ideologisch unerwünschten Ergebnissen kommt, sondern bereits, wenn er zu erkennen gibt, daß er zu ihnen kommen könnte. Ein gewisses Maß an einer bestimmten Form demonstrativer Dummheit ist im heutigen Deutschland allemal karrierefördernd, insbesondere, wenn sie mit ebenso demonstrativer Unanständigkeit gegenüber Oppositionellen, ja selbst gegenüber bloß geistiger Dissidenz einhergeht.
Demonstrative Dummheit ist heute allemal karrierefördernd.
Soziologen und Politologen, die a priori unwissenschaftliche Schlagwörter wie "Homophobie", "Xenophobie" oder eben "Islamophobie" erfinden und durch ihre medialen Verstärker ins Volk streuen lassen, disqualifizieren sich selbst als Wissenschaftler. Sie qualifizieren sich allerdings gerade dadurch für das wohldotierte Wohlwollen der Herrschenden, indem sie deren Demagogie gegen Nationalstaat, Volk, Familie und Religion mit pseudowissenschaftlichen Weihen versehen.
Eine solche "Wissenschaft" verhält sich nicht anders als die entsprechenden Fachdisziplinen in der DDR, die ebenfalls von der Staatsführung einen politischen Kampfauftrag entgegennahmen und ihn ausführten. Und die Selbstverständlichkeit, mit der sie die Nonkonformität mit der Ideologie und den Interessen des herrschenden Machtkartells als behandlungsbedürftige Krankheit diffamieren, entspricht der nämlichen Selbstverständlichkeit, mit der in der Sowjetunion Dissidenten in psychiatrische Kliniken eingeliefert wurden.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 01/2020.<<

04.12.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 4. Dezember 2024 (x1.428/…): >>**Habeck würde sagen: Das Northvolt-Geld ist nicht weg, sondern nur woanders**
Was hat dieser Wirtschaftsminister eigentlich nicht in den Sand gesetzt? Auch die verbleibende Regierungszeit der Rest-Ampel verstreicht nicht, ohne daß Robert Habeck mit Vollblamagen auffällt. Im Zusammenhang mit der Insolvenz des schwedischen Batterie-Herstellers Northvolt verantwortet Habeck einen Verlust von 620 Millionen Euro. Denn mit dieser Sum-

me muß der deutsche Steuerzahler nur acht Monate nach dem Baubeginn einer geplanten Batteriefabrik im schleswig-holsteinischen Heide einspringen.
Wie immer will Habeck nichts davon wissen, daß er das Unternehmen nicht ausreichend geprüft oder in anderer Hinsicht versagt hat. Die Übernahme von Verantwortung ist ein Fremdwort für einen Mann, der mit Deutschland laut eigener Aussage nichts anzufangen weiß und nun das Amt des Bundeskanzlers anstrebt. "Boah, is halt so", sagte Habeck schon vor Monaten mit unfaßbarer Dreistigkeit, als er von einem Interviewer auf ein Zwölf-Milliarden-Haushaltsloch angesprochen wurde. All diese Vorgänge wären als Realsatire unterhaltsam, wenn seine Politik nicht unzählige berufliche Existenzen zerstören und ein ganzes Land in den Ruin treiben würde.
Habecks ungeheuerliche Arroganz und Gleichgültigkeit sind ein Extrembeispiel für den Zustand des politisch-medialen Establishments. Er treibt unverhohlen auf die Spitze, was andere Politiker aus den Reihen der Ampel-Parteien und der CDU nur andeuten oder im Geheimen aussprechen: Das Volk ist egal, solange unsere Pfründe gesichert sind. Es ist genau diese Haltung, gegen die wir als AfD eintreten - uns sind Deutschland und seine Wirtschaftskraft nicht egal. Deshalb wird eine AfD-Regierung insbesondere Habecks Politik der Deindustrialisierung sofort einkassieren und die "Energiewende" rückabwickeln!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 4. Dezember 2024 (x1.428/…): >>**Baerbock erwägt deutsche Beteiligung: Keine deutschen Soldaten in der Ukraine!**
Es könnte Dein Kind sein, das bald in der Ukraine sein Leben riskieren muss: Außenministerin Baerbock (Grüne) hat erstmals die Entsendung deutscher Soldaten in das osteuropäische Land erwogen. Als Teil einer internationalen Schutztruppe könnten unsere Söhne und Töchter zur Absicherung eines Waffenstillstands eingesetzt werden. Wir bleiben dabei: Es ist nicht unser Krieg! Deutsche Soldaten haben daher in der Ukraine nichts zu suchen. Das Blut unserer Kinder darf nicht für das Handeln von unverantwortlichen Politikern geopfert werden.
Angesichts der sonstigen Positionierungen der Außenministerin zur Ukraine-Frage ist zu befürchten, daß aus dem Schutztruppen-Einsatz schnell auch ein Kriegseinsatz werden kann - schon vor einem Waffenstillstand. Schon der Gedanke daran ist unvorstellbar und schrecklich! Baerbock hat in dieser Hinsicht ständig Öl ins Feuer gegossen.
Sie nennt die Lieferung von reichweitenstarken Taurus-Marschflugkörpern "eine Option" und zeigt damit ihre Bereitschaft, den Krieg tief ins russische Landesinnere zu tragen. Die Folgen für uns wären unkalkulierbar, zumal der russische Präsident erst kürzlich eine Änderung der russischen Nukleardoktrin unterzeichnet hat und somit die Schwelle für den Einsatz von Nuklearwaffen sinkt.
Es ist höchste Zeit, daß das ständige Drehen an der Eskalationsschraube beendet wird und einem auf Diplomatie und Verständigung basierendem Frieden eine Chance gegeben wird. Die ständigen Waffenlieferungen haben erkennbar ihre Ziele völlig verfehlt. Kein Tag darf bei den Bemühungen für den Frieden verloren gegeben werden - denn jeden Tag steht das Leben von Soldaten und Zivilisten an den Fronten eines sinnlosen Massensterbens auf dem Spiel. Die AfD steht für eine Außenpolitik, die sich an unserem eigenen nationalen Interesse und am Frieden orientiert.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**59,2 Millionen - So viele Deutsche dürfen am 23. Februar den neuen Bundestag wählen**
Sollte die vorgezogene Wahl zum 21. Deutschen Bundestag wie geplant am 23. Februar 2025 stattfinden, werden voraussichtlich mindestens 59,2 Millionen Deutsche wahlberechtigt sein. Das geht aus einer auf dem Zensus 2022 basierenden Schätzung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) hervor, die am Mittwoch (4. Dezember) veröffentlicht wurde.

Davon sind demnach 30,6 Millionen Frauen und 28,6 Millionen Männer. Hinzu kommen deutsche Wahlberechtigte, die gänzlich oder überwiegend im Ausland leben, wodurch die Zahl der Wahlberechtigten insgesamt höher ist.
Die Zahl der Wahlberechtigten ist damit aber wohl deutlich geringer als bei der letzten Bundestagswahl 2021. Damals waren rund 61,2 Millionen Personen wahlberechtigt gewesen. Die Differenz geht vor allem auf die demografische Entwicklung zurück; zudem ist die zensusbedingte Korrektur des Bevölkerungsbestandes in der aktuellen Schätzung berücksichtigt.
Zu den Wahlberechtigten gehören etwa 2,3 Millionen potentielle Erstwähler - das sind 3,9 Prozent aller Wahlberechtigten. Diese Zahl umfaßt alle jungen Deutschen, die seit der letzten Bundestagswahl volljährig geworden sind.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**E-Auto, nein danke! Absatz von Stromern bricht erneut ein**
Der Absatz von Elektroautos in Deutschland ist im vergangenen Monat erneut deutlich zurückgegangen. Knapp 35.200 Batterie-Pkw kamen im November neu auf die Straße und damit fast 22 Prozent weniger als im November des Vorjahres, wie das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) mitteilte. Ihr Anteil an allen Neuzulassungen betrug etwa 14 Prozent.
Obwohl ausweislich der Absatzzahlen immer mehr Autofahrer am Verbrenner festhalten, verzeichne der Verband der Automobilindustrie einen "deutlichen Anstieg" bei der Produktion von E-Autos. So meldet es jedenfalls die vom Bundespresseamt geförderte Deutsche Presse-Agentur (dpa). Im Oktober, für den jüngste Zahlen vorliegen, seien dem Verband zufolge 38 Prozent mehr E-Autos produziert worden als im Vorjahresmonat. "Mehr als 143.000 Fahrzeuge, das waren so viele wie noch nie", jubelt dpa über die Halden unverkaufter Fahrzeuge.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Kriegstreiber drehen durch: Baerbock schließt Einsatz deutscher Soldaten in der Ukraine nicht mehr aus!**
Bundesaußenministerin Annalena Baerbock "Grüne") hat angedeutet, daß deutsche Soldaten Teil einer internationalen Schutztruppe für die Ukraine werden könnten. Diese solle einen Waffenstillstand mit Rußland abzusichern. Bedeutet: Die Bundeswehr müßte notfalls auf Russen schießen!
Baerbock äußerte sich vor dem für diesen Mittwoch (4. Dezember) geplanten Treffen der Nato-Außenminister in Brüssel. Sie sprach ausdrücklich von "einer internationalen Präsenz zur Absicherung eines Waffenstillstandes".
Auf Nachfragen, welche militärische Rolle Deutschland dabei spielen könne, sagte die Ökosozialistin: Einen Frieden könnten "nur WIR als Europäer gemeinsam schützen". In der Übersetzung: EU-Staaten müßten Soldaten in die Ukraine entsenden - auch Deutschland!
Damit hat ein deutsches Regierungsmitglied erstmals offen ausgesprochen, was bisher als absolutes Tabu galt: deutsche Soldaten in der Ukraine!<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 4. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Stahlindustrie erhält immer weniger Aufträge**
Die deutsche Stahlindustrie hat zuletzt immer weniger Aufträge erhalten. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am Mittwoch mitteilte, ging der Auftragseingang in der Branche im dritten Quartal 2024 gegenüber dem Vorquartal kalender- und saisonbereinigt um 9,4 Prozent zurück. Gegenüber dem Vorjahresquartal ergab sich ein kalenderbereinigter Rückgang von 9,7 Prozent.
Die Stahlindustrie zählt als Teil der Metallerzeugung und -bearbeitung zu den energieintensiven Industriezweigen, welche von den starken Anstiegen der Energiepreise im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine Ende Februar 2022 betroffen waren. Gegenüber dem ersten Quartal 2022 ging der Auftragseingang in der Stahlindustrie kalender- und saisonbereinigt mit 6,8 Prozent jedoch weniger stark zurück als im Vergleich zum Vorquartal beziehungsweise

Vorjahresquartal. Im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt sank er gegenüber dem ersten Quartal 2022 um 13,4 Prozent.
Die Produktion in der Stahlindustrie geht aktuell leicht zurück, allerdings weniger stark als die Auftragseingänge: Sie lag im dritten Quartal 2024 kalender- und saisonbereinigt insgesamt um 0,7 Prozent niedriger als im zweiten Quartal 2024. Im Vorjahresvergleich gab es dagegen ein Plus: Gegenüber dem dritten Quartal 2023 stieg sie kalenderbereinigt um 2,7 Prozent.
Damit zeigt sich ein gegenläufiger Trend zum Verarbeitenden Gewerbe insgesamt: Hier ging die Produktion im selben Zeitraum um 4,9 Prozent zurück. Im Vergleich zum Beginn des Krieges in der Ukraine zeigt sich jedoch ein deutlicher Produktionsrückgang: Gegenüber dem ersten Quartal 2022 nahm die Produktion in der Stahlindustrie im dritten Quartal 2024 um 5,2 Prozent ab (Verarbeitendes Gewerbe insgesamt: - 6,3 Prozent).
Durch den überproportionalen Rückgang der Auftragseingänge ist auch der Auftragsbestand in der Stahlindustrie rückläufig: Vom zweiten Quartal bis zum dritten Quartal 2024 ging dieser um 4,9 Prozent zurück. Gegenüber dem Vorjahresquartal sank der Auftragsbestand in der Branche um 2,9 Prozent. Im Gegensatz dazu lag der Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt im Vergleich zum Vorquartal kalender- und saisonbereinigt 0,6 Prozent höher.
Gegenüber dem dritten Quartal 2023 ging dieser jedoch ebenfalls zurück (- 3,9 Prozent). Im Hinblick auf das ersten Quartal 2022 zeigt sich im dritten Quartal 2024 ein Rückgang: Der Auftragsbestand in der Stahlindustrie sank in diesem Zeitraum um 5,5 Prozent (Verarbeitendes Gewerbe insgesamt: - 6,3 Prozent).
Die Umsätze in der Stahlindustrie gehen aktuell ebenfalls zurück: Die Branche hat im dritten Quartal 2024 gegenüber dem Vorquartal ein Umsatzminus von 1,8 Prozent verzeichnet, so die Statistiker. Zum Vergleich: Im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt nahmen die Umsätze im selben Zeitraum um 1,6 Prozent ab.
Gegenüber dem Vorjahresquartal ging der Umsatz in der Stahlindustrie im dritten Quartal 2024 kalenderbereinigt leicht um 0,2 Prozent zurück. Im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt sank der Gesamtumsatz im selben Zeitraum dagegen um 4,6 Prozent. Im Vergleich zum ersten Quartal 2022 verzeichnete die Stahlindustrie im dritten Quartal 2024 kalender- und saisonbereinigt einen Umsatzrückgang (- 1,7 Prozent). Im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt ging der Umsatz im selben Zeitraum um 6,5 Prozent zurück.
Momentan wird in der Stahlbranche ein umfassender Stellenabbau diskutiert. Ende September 2024 waren in der Stahlindustrie knapp 71.200 Menschen beschäftigt. Das waren 1,7 Prozent mehr als Ende September 2023. Mehr Beschäftigte hatte es in der Branche zuletzt Ende September 2020 mit gut 71.400 Beschäftigten gegeben.
Bei der Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt zeigt sich hingegen eine gegensätzliche Entwicklung: Sie sank im September 2024 gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,9 Prozent auf gut 5,5 Millionen. Gegenüber Februar 2022 stieg Zahl der Beschäftigten in der Stahlindustrie um 4,7 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt nahm die Zahl der Beschäftigten im selben Zeitraum ebenfalls zu, wenn auch weniger stark (+ 1,4 Prozent).<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 4. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**CO2-Zertifikate: Lügen und Fälschungen**
Die unsinnigen CO2-Zertifikate, die keine physikalische Grundlage haben, verteuern die Energie massiv und locken immer mehr Profiteure an, die Zertifikate mit falschen Angaben erzeugen.
Von Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*
CO2-Emissionen aus Kohle, Erdgas und Erdöl sollen nach Meinung der grünen Politiker fast aller Parteien Ursache für eine gefährliche Aufheizung der Erde sein. Doch dafür gibt es kei-

nen Beweis. Trotzdem soll die Verwendung von fossilen Brennstoffen in den nächsten zwei Jahrzehnten beendet werden. Um dies zu erreichen, werden Jahr für Jahr die erlaubten Emissionen reduziert. Wer mehr ausstößt, muß Zertifikate von Firmen kaufen, die ihre erlaubten Emissionen nicht voll genutzt haben.
Es gibt auch Zertifikate für Umweltprojekte, die CO2 absorbieren oder Emissionen verhindern. Dazu gehören Aufforstungen, Verhindern von Waldrodungen, Bewässerung von Wüstengebieten, Vernässung von Mooren und ähnliche Projekte. Viele Projekte in der ganzen Welt werden von deutschen Ministerien finanziert, die sich in der Regel nicht untereinander abstimmen und auch den Erfolg nicht kontrollieren. Das hat der Bundesrechnungshof mehrfach beanstandet.
Die Verbrennung von 1 Tonne Kohle führt zu rund 3,5 Tonnen CO2-Emissionen. Bei einem CO2-Preis von 80 Euro/Tonne wird Importkohle von 100 auf 380 Euro/Tonne verteuert. Pro Tonne Erdöl und Erdgas werden um 3 Tonnen CO2 emittiert.

E-Autos und Wärmepumpen sind nicht emissionsfrei

Elektro-Autos und Wärmepumpen werden vom Gesetzgeber als CO2 emissionsfrei eingestuft. Das ist eine Lüge. Es werden weder die fossilen Brennstoffe zum Bau der Anlagen noch der hohe Anteil fossilen Stroms im Netz als Emissionsquellen angesehen. So können Besitzer von E-Autos jedes Jahr Zertifikate für ihr "emissionsfreies" Fahrzeug im Wert von einigen hundert Euro beantragen.
Agenturen stehen für die Abwicklung bereit, die auch die Zertifikate vermarkten. Es ist ein Aufwand, der die staatliche Verwaltung aufbläht und sinnlose Arbeit vergütet. Durch die Produktion von E-Autos kann der CO2-Flottenausstoß eines Herstellers deutlich reduziert und so Strafzahlungen verhindert werden. Das ist der Grund, warum alle großen Produzenten E-Autos bauen, die trotz finanzieller Zuschüsse immer häufiger auf Halden landen.
Keine Strafzahlungen hat der E-Auto Produzent Tesla zu befürchten. Im Gegenteil. Tesla verkauft seine CO2 Guthaben an US-Autohersteller, die so ihren Flottendurchschnitt senken. Ohne die Gewinne aus den Verkäufen der CO2-Guthaben würde Tesla rote Zahlen schreiben.

Undurchsichtige CO2-Zertifikate aus Umweltschutzprojekten

Undurchsichtig werden CO2-Zertifikate von Umweltschutzprojekten, die Waldrodungen verhindern und Aufforstungen fördern sollen, um CO2 zu binden. Der Entzug von CO2 aus der Luft durch diese Projekte kann nur geschätzt werde. Die Projektleiter werden wohl immer zu hohe Schätzungen abgeben.
Besonders gut und sicher laufen zu hohe Schätzungen, wenn die Projektdurchführung, die Zertifizierung und die Vermarktung der CO2-Absorptionen bei der gleichen Gesellschaft liegen. Dies ist häufig der Fall. Dann wird auch schon mal die erfolgreiche Fertigstellung eines Projektes gemeldet, das gar nicht angefangen wurde. Solche Meldungen gab es kürzlich in den Medien über Projekte, die das Bundesumweltministerium subventioniert hatte.
Die Zertifikate werden unter anderem von der Ölindustrie gebraucht, die dem Kraftstoff einen gesetzlich vorgeschriebenen Anteil an Biotreibstoff zumischen müssen. Der ist jedoch auf dem Markt nicht mehr in ausreichender Menge verfügbar. Als Ausgleich müssen sie CO2-Zertifikate einsetzen. Auch viele Firmen kaufen zum Ausgleich ihrer CO2-Emissionen Zertifikate, um dann mit "grünen" Produkten zu werben. Dies jedoch hat ein deutsches Gericht als Falschdarstellung kürzlich untersagt.
Es zeigt sich immer deutlicher, die ideologische Vorstellung, CO2 aus Kohle, Erdöl und Erdgas führe zu einer kritischen Erwärmung der Erde, gibt Raum für Lügen und Fälschungen. Die Energie- und Klimapolitik lockt immer mehr Profiteure an, die mit geringer werdenden Aufwand mehr Millionen von den Energieverbrauchern kassieren.

Die deutsche Energiewende mindert nicht die weltweiten CO2-Emissionen

Es wird Zeit, diese unsoziale Politik zu beenden, die physikalische Gesetze und die vielen

schädlichen Folgen nicht beachtet. Sie ist eine massive Umverteilung von unten nach oben und hat die Energiekosten weit über das Weltmarktniveau getrieben.
Die deutsche Industrie ist dadurch nicht mehr wettbewerbsfähig und muß aufgeben oder abwandern. Doch damit mindern wir nicht die CO2-Emissionen. Denn wir müssen nun Stahl, Aluminium und viele andere Güter aus Ländern kaufen, die vorwiegend für ihre Produktion fossile Brennstoffe einsetzen.
Die CO2-Emissionen werden durch die deutsche Energiewende zur Weltklimarettung nicht gemindert, sondern in andere Länder verschoben und sogar erhöht. Viele ausländische Anlagen arbeiten nämlich mit geringeren Wirkungsgraden, also mit mehr Energieeinsatz als die deutschen Betriebe. Ein Beispiel sind die modernen deutschen Kraftwerke.
Sie haben einen um 10 bis 15 Prozent höheren Wirkungsgrad als die meisten Kraftwerke in der Welt. Das heißt, mit der gleichen Brennstoffmenge erzeugen sie 10 - 15 Prozent mehr Strom. Pro Kilowattstunde wird also 10 bis 15 Prozent weniger CO2 emittiert. Das ist wirkungsvolle deutsche Industrie, die aufgegeben werden soll.

Wir brauchen Minister mit Sachverstand

Die einflußreichen Profiteure der Energiewende werden mit allen Mitteln die Energiewende verteidigen. Sie haben dafür viele hundert Millionen Euro zur Verfügung, die zu einem erheblichen Teil aus US-amerikanischen Stiftungen stammen. Sie sind vielfach vernetzt mit der Bundesregierung und fast allen Parteien.
Sie haben großen Einfluß auf die Medien, die einseitige und zum Teil sogar falsche Darstellungen über die Energieversorgung verbreiten. Wir brauchen eine neue Regierung mit Ministern, die Sachkenntnis auf ihren Gebieten haben oder zumindest echte Fachleute statt Ideologen für eine Entscheidung heranziehen und deren Ratschläge befolgen. Wird das bei den kommenden Wahlen gelingen?<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 4. Dezember 2024 (x1.430/…):
>>**"Dient politischen Zwecken": Habeck-Ministerium manipuliert AKW-Studie**
Gezielt manipulierte Habecks Wirtschaftsministerium Analysen zur Versorgungssicherheit, um den Atomausstieg durchzusetzen - das belegen E-Mails, über die der Cicero berichtet. "Die Studie dient politischen Zwecken", heißt es darin - das Ergebnis stand schon vorher fest.
Max Roland

Ordnete gezielte Manipulation an: Robert Habeck

Neue Enthüllungen aus dem Untersuchungsausschuß zum AKW-Aus belegen klare politische Einflußnahme durch die Bundesnetzagentur. Der Cicero berichtet über interne E-Mails der Behörde, die am Mittwoch bei einer öffentlichen Zeugenanhörung ausführlich zitiert wurden. Eigentlich sollte die Bundesnetzagentur neutral sein - die E-Mails belegen, daß die Behörde statt dessen dreist Politik machte.
Im Sommer 2022 versicherten die Politiker den Bürgern, daß es "kein Stromproblem" gäbe und geben würde. Hinter den Kulissen sah die Einschätzung anders aus, Habecks Ministerium bereitete sich fieberhaft auf diverse Szenarien vor. Die vier Übertragungsnetzbetreiber, die für den Betrieb des deutschen Stromnetzes unter Aufsicht der Bundesnetzagentur verantwortlich sind, berechneten im Sommer 2022 in ihrer "zweiten Sonderanalyse", ob Stromerzeugung und Netzkapazitäten im Winter ausreichen würden.
Die erste Analyse war weitgehend positiv - zu positiv. Weil sich die Lage verschärfte, war klar, daß es eine zweite Berechnung mit pessimistischeren Maßstäben brauchte. Mitte Juli beauftragte Habecks Ministerium die Netzbetreiber offiziell damit.

"Die Studie dient politischen Zwecken"

Habecks damaliger Energie-Staatssekretär Patrick Graichen lud die Chefs der Netzbetreiber mehrmals zu vertraulichen Video- oder Telefonkonferenzen ein, in denen er mit ihnen über die Details diskutierte. Vertreter der Bundesnetzagentur berichteten in internen E-Mails dar-

über. Sie beschreiben klare, politische Einflußnahme. So schrieb ein Mitarbeiter der Behörde am 21. Juli 2022 über eine Telefonkonferenz mit den Übertragungsnetzbetreibern und Habecks Staatssekretär Patrick Graichen: "Herr Graichen eröffnete den Termin mit der Aussage, daß die Diskussion politisch aufgeladen sei, die anstehenden Analysen nicht unschuldig seien und es insbesondere um die Frage gehen solle, ob die KKW (Kernkraftwerke) Streckbetrieb machen sollten oder nicht." Das berichtet der Cicero.
Politisch aufgeladen war die Diskussion aber nicht automatisch - das grüne Wirtschaftsministerium trug seinen entscheidenden Teil dazu bei. Nicht nur Graichen, auch Bundeswirtschaftsminister Habeck persönlich mischte sich in den Prozeß ein. So schrieb ein Abteilungsleiter im Sommer 2022 laut Cicero an eine Kollegin: "Was die Prämissen anbelangt: "Bitte nicht an den Vorgaben von Habeck versuchen etwas zu ändern. Die Studie dient politischen Zwecken, die Vorgaben spiegeln das wieder (sic).
Bitte darauf konzentrieren, daß die Vorgaben fachgerecht in nutzbare Eingangsparameter übersetzt werden. Bitte BMWK in der Diskussion darüber unterstützen, falls die ÜNB (Übertragungsnetzbetreiber, Anm. d. Red.) meckern sollten." Völlig offen macht die grüne Behörde klar, daß das Ergebnis schon vorab feststeht - und aus der Energiesicherheit macht man einen politischen Kuhhandel: "Als Ergebnis wäre allenfalls ein Streckbetrieb für Isar akzeptabel. Und auch das nur, wenn Bayern und andere politisch dafür etwas bezahlen", schreibt ein Abteilungsleiter in den vorliegenden Mails.
Die Übertragungsnetzbetreiber ließen sich auf dieses Spiel nicht ein: Am Ende sprachen sie sich für einen Streckbetrieb der drei damals noch aktiven Kernkraftwerke aus, um die Gefahr von Stromausfällen zu mindern. Diese Entscheidung mußte Olaf Scholz am Ende gegen den Widerstand der Grünen durchsetzen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 4. Dezember 2024 (x1.430/…):
>>**Studie widerlegt Bundesregierung: Deutsche AKWs könnten schnell wieder ans Netz genommen werden**
Eine Studie der Radiant Energy Group aus Chicago ergibt, daß die abgeschalteten Atomkraftwerke in Deutschland innerhalb weniger Jahre wieder ans Netz gehen könnten. Man könnte so schnell Strom im Wert von Milliarden Euro erzeugen.
Marie Rahenbrock
Eine neue Studie der Radiant Energy Group aus Chicago belegt, daß ein Teil der abgeschalteten deutschen Atomkraftwerke wieder ans Netz gehen könnte. Das Atomkraftwerk Brokdorf könnte demnach für weniger als eine Milliarde Euro bis Ende 2025 wieder ans Netz gehen. Bis 2028 könnten die Atomkraftwerke Emsland und Grohnde wieder laufen, da hier der Rückbau gerade erst begonnen hat. Und noch sechs weitere Kraftwerke könnten bis 2032 wieder Strom produzieren. So könnte innerhalb von zwanzig Jahren Strom im Wert von 190 Milliarden Euro erzeugt werden. Es könnte eine zusätzliche Kapazität von vier Gigawatt entstehen.
Die Studienautoren verweisen auf die schlechte wirtschaftliche Situation in Deutschland. Das BIP schrumpfte das zweite Jahr in Folge: 2023 um 0,3 Prozent, dieses Jahr wird ein Rückgang von 0,2 Prozent erwartet. Seit der Abschaltung der letzten Atomkraftwerke mußte Deutschland 2023 zudem neun Terawattstunden importieren. Dieses Jahr betrugen die Importe bisher 23 Terawattstunden.
Eine Grafik in der Studie zeigt, daß Deutschland bis auf wenige Ausnahmen von 2011 bis zur Abschaltung der Atomkraftwerke 2023 größtenteils Strom exportiert hat. Seit der Abschaltung sind die Importe jedoch drastisch gestiegen. Ein Großteil des importierten Stroms stammt aus Frankreich, der Schweiz und Belgien, wo Kernenergie ein wichtiger Teil der Energieversorgung ist.
Die untersuchten Kernkraftwerke werden in vier Kategorien unterteilt:

Kategorie 1: Es wurden noch keine bedeutenden Rückbauarbeiten durchgeführt.
Kategorie 2: Teile des Dampferzeugungssystems und der Turbinen wurden bereits demontiert, Ersatzteile müssen gekauft werden.
Kategorie 3: Die meisten nuklearen Großkomponenten wurden ausgebaut.
Kategorie 4: Das Reaktorgebäude ist entkernt, teilweise oder ganz abgerissen.
Bei fünf Kernkraftwerken müßte im Einzelnen entschieden werden, ob eine Wiederinbetriebnahme möglich ist. In der Kategorie 4 sind 16 Werke. In diesen Fällen ist eine erneute Inbetriebnahme unmöglich, es käme nur ein Neubau in Frage. Die Kategorie 2 umfaßt die Werke Grohnde, Gundremmingen B & C, Isar 2, Krümmel, Neckarwestheim 2 und Philippsburg 2. Die Wiederinbetriebnahme würde vier bis acht Jahre dauern und drei Milliarden Euro kosten.
Alle Werke, die sich im Rückbau befinden, verfügen laut der Studie noch über ihre Betriebsgenehmigung.
Allerdings besagt Paragraph 7 des Atomgesetzes, daß eine gewerbliche Erzeugung von Atomstrom verboten ist. Ob Betriebsgenehmigungen erneut ausgestellt werden müßten, ist offen. Neben den politischen Hindernissen sieht die Studie die Wiedereinstellung von Arbeitskräften als zweitgrößtes Problem für eine Wiederinbetriebnahme. Die erneute Schaffung von Brennstoff wird als problemlos angesehen. Brennstäbe für Kernkraftwerke der Kategorie 2 können angesichts der Zeitspanne von mindestens drei Jahren für den Neustart ohne Probleme geliefert werden.
Die Studie betont, daß vor der möglichen Wiederinbetriebnahme eine Änderung des Atomgesetzes nötig ist. Dazu braucht es eine einfache Mehrheit im Bundestag. Die Studienautoren bezeichnen den Wiedereinstieg in die Atomkraft als "technisch machbar und volkswirtschaftlich sinnvoll". Doch es ist nicht zu erwarten, daß die aktuelle Minderheitsregierung auf die Studienergebnisse eingehen wird.
Bereits 2023 forderte die Radiant Energy Group in einer Studie die Wiederinbetriebnahme der Atomkraftwerke. In einer Antwort auf die Anfrage des AfD-Politikers Steffen Kotré, was die Bundesregierung von den Studienergebnissen halte (Drucksache 20/8008), antwortete der Bundestag, daß die Studienergebnisse "bekannt" seien. Weiter heißt es, daß sie angesichts der Grundsatzentscheidung für den Atomausstieg aber "irrelevant" seien.
Eine Umfrage der Radiant Energy Group ergab, daß 67 Prozent die Nutzung von Kernenergie in Deutschland zur Stromerzeugung befürworten. 42 Prozent befürworten den Bau neuer Anlagen. Nur 23 Prozent der Befragten sind für einen Ausstieg aus der Atomenergie.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 4. Dezember 2024 (x1.430/…):
>>**Frau wehrt sich mit Messer gegen sexuellen Übergriff durch Eritreer - jetzt steht sie vor Gericht**
Bei einem sexuellen Übergriff durch einen 64-jähriger Eritreer am Bahnhof Kaiserslautern verteidigte sich eine 20-jährige US-Amerikanerin mit einem Messer, woraufhin der Mann starb. Nun soll sie wegen Körperverletzung mit Todesfolge vor Gericht.
Jonas Aston
Ein 64-jähriger Mann aus Eritrea belästigte am Bahnhof in Kaiserslautern eine 20-jährige US-Amerikanerin, indem er ihr auf einer Rolltreppe an das Gesäß faßte. Die junge Frau, die in Kaiserslautern lebte, zog daraufhin ein Klappmesser. Nach einem verbalen Schlagabtausch in der Bahnhofsunterführung eskalierte die Situation. Die Frau führte Stichbewegungen in Richtung des Mannes aus, der zunächst zurückwich. Als der Mann sie am Arm packte, befreite sie sich und stach im selben Bewegungsablauf zu. Der Stich traf das Herz des Mannes, der kurze Zeit später verstarb.
Bei ihrer Befragung erklärte die US-Bürgerin, daß ihre Absicht bei den Stichbewegungen darin bestand, den Mann auf Distanz zu halten. Die Staatsanwaltschaft beschreibt den entscheidenden Moment wie folgt: Als der Mann ihren bewaffneten Arm packte, befreite sie sich und

habe "im selben Bewegungsablauf einmal zugestochen".
Im Anschluß an den Vorfall entfernte sich die Tatverdächtige zunächst vom Bahnhof. Wenig später meldete sie sich jedoch freiwillig bei den Behörden in Landstuhl. Daraufhin wurde sie in Untersuchungshaft genommen.
Inzwischen wurde die Beschuldigte aus der Haft entlassen.
Die Ermittler sehen nach Auswertung des Videomaterials sowie weiterer hinzugezogener Beweismittel keine Hinweise darauf, daß die Beschuldigte den Tod des Mannes beabsichtigte. Die Staatsanwaltschaft hat dennoch Anklage gegen die 20-Jährige erhoben, allerdings nicht wegen Mordes oder Totschlags, sondern wegen Körperverletzung mit Todesfolge. Die Ermittler gehen davon aus, daß die Frau den Mann zwar verletzen, aber nicht töten wollte. Die Entscheidung über die Zulassung der Anklage und den Beginn einer möglichen Hauptverhandlung liegt bei der Jugendkammer des Landgerichts Kaiserslautern.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Unser ZWEITER großer Sieg über Faeser!**
Von *Jürgen Elsässer*
COMPACT erstreitet sich vor Gericht ein neues Bankkonto. Nach neun Wochen ohne jede Bankverbindung sind wir damit wieder voll "im Geschäft". Und Sie würden uns sehr helfen, wenn Sie uns nach dieser langen Durststrecke kräftig auf das neue Konto spenden - hier sind alle Zahlungswege.
Das ist der ZWEITE große Sieg von COMPACT über Faeser! Ihre Strategie des sogenannten De-Banking gegen unseren Verlag ist gescheitert. COMPACT hatte am 14. August das Verbot unseres Mediums im Eilverfahren zurückgeschlagen. Danach dachten die Extremisten in der Bundesregierung wohl, sie könnten uns durch die kalte Küche erledigen, indem sie für den Verlust unserer Bankkonten sorgen. Unser letztes funktionierendes Konto wurde am 30. September 2024 dichtgemacht (insgesamt verloren wir 2024 sechs Konten, Anfragen bei über 130 weiteren Geldinstituten wurden abgelehnt oder blieben erfolglos).
Bis 2. Dezember waren wir abgeschnürt vom Zahlungsverkehr. Wir konnten nur überleben, indem private Spender Rechnungen für unsere Firma bezahlt haben - ich selbst übernahm aus meinem Privatgeld über 30.000 Euro zur Begleichung von COMPACT-Rechnungen. Vielen Dank auch an die Dienstleister, die zum Teil aus Solidarität auf ihre Forderungen verzichteten oder das Zahlungsziel verlängerten.
COMPACT muß gleich behandelt werden wie andere Firmen
Die Erlösung kam mit dem Entscheid des Oberverwaltungsgerichts Sachsen-Anhalt vom 21. November, das die Sparkasse Burgenlandkreis, die sich seit Mitte September gegen die Einrichtung eines COMPACT-Kontos gewehrt hatte, zur Einhaltung des Gleichheitsgrundsatzes aus Artikel 3 Grundgesetz verpflichtet: Wie jedes andere Unternehmen muß auch unserem Verlag ein Konto gewährt werden.
Der Entscheid des Oberverwaltungsgerichts ist bemerkenswert in seiner Stringenz und Rechtstreue. Das Gericht gab unserem Eilantrag zur Einrichtung eines Kontos statt, "weil die Verweigerung gegenüber der Antragstellerin (COMPACT), ein Girokonto zu eröffnen und zu führen, eine Ungleichbehandlung darstellt, die nicht durch einen sachlichen Grund gerechtfertigt ist. Auch wenn die Antragstellerin (COMPACT) vom Verfassungsschutz des Bundes beobachtet wird, versperrt ihr dies nicht die Möglichkeit, sich auf ihre Rechte aus Art. 3 Abs. 1 GG zu berufen."
Sensation: COMPACT ist NICHT "gesichert rechtsextrem"
Geradezu sensationell ist es, daß das Gericht auch die Verleumdung von BMI und Inlandsgeheimdienst zurückwies, COMPACT sei "gesichert rechtsextrem". Wörtlich heißt es im Entscheid: "Die Antragstellerin (COMPACT) ist hier nicht - sowie die Antragsgegnerin (Sparkasse Burgenlandkreis) meint - mit Organisationen und Bestrebungen vergleichbar, die von den

Verfassungsschutzämtern als erwiesen rechtsextrem beobachtet werden."
Dabei nimmt das Oberverwaltungsgericht Bezug auf die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes zur Aussetzung des COMPACT-Verbotes. "Das Bundesverwaltungsgericht … und führte zur Begründung aus, … es sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber zweifelhaft, ob die Antragstellerin (COMPACT) den Verbotsgrund des Sichrichtens gegen die verfassungsmäßige Ordnung … erfülle."
Sehr wichtig auch der Hinweis auf die Spenden für COMPACT: "Eine Ungleichbehandlung der Antragstellerin (COMPACT) läßt sich auch nicht mit dem Grund rechtfertigen, aufgrund von Spendenaufrufen in der Vergangenheit sei anzunehmen, die Antragstellerin (COMPACT) nehme weiterhin Zahlungen unbekannter oder nicht verbundener Dritter an."

Ein Grundsatzurteil für die Freiheit

Der letzte Satz des Gerichtsentscheids erfreut besonders: "Dieser Beschluß ist unanfechtbar (§ 152 Abs. 1 VwGO, § 68 Abs. 1 Satz 5 i.V.m. § 6 Abs. 3 Satz 3 GKG)." Das heißt: Aus die Maus für Frau Faeser und ihr Debanking!
Die Konsequenzen des Gerichtsentscheids gehen weit über COMPACT hinaus. Debanking hat in den letzten vier Jahren unzählige oppositionelle Medienschaffende, YouTuber und Vereinigungen getroffen. Sie können nur, fußend auf unseren OVG-Beschluß vom 21. November 2024, ihr Recht auf ein Konto bei ihrer örtlichen Sparkasse einfordern!
Für COMPACT bringt der OVG-Entscheid eine riesige Erleichterung. Ohne Konto wären wir, obwohl wir seit dem 14. August 2024 wieder legal sind, in Kürze finanziell abgesoffen und hätten den Laden dicht machen müssen. Das war wohl auch das Ziel des Regimes… Aber jetzt können wir wieder Vollgas geben und unsere Medienoffensive sogar ausweiten! Angesichts eines Kanzlers Merz und eines drohenden Atomkrieges wollen wir alles in die Waagschale werfen!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Asyl: Landrätin mit Hilferuf**
Von *Sven Eggers*
Es wird immer schlimmer, die Folgen der Massenmigration immer drastischer. Wieder schlägt eine Landrätin Alarm. …
Bundesdeutsche Städte und Kommunen sind nach wie vor hoffnungslos überfordert, wenn es um die Unterbringung immer neuer Asylsuchender geht. Dazu gibt es jetzt Zahlen: Gemäß Umfrage des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) räumen nun schon etwa 200 Kommunen ein, sich in Sachen Migration im "Krisenmodus" zu befinden. Das verwundert nicht: Im vergangenen Jahr kamen etwa 350.000 Menschen zu uns, die Asyl begehrten, in diesem Jahr werden es wahrscheinlich 260.000 sein. Kommunalpolitiker werden dabei von der großen Politik im Stich gelassen.

Der Unmut der Deutschen

Im oberpfälzischen Landkreis Regensburg hat sich jetzt Landrätin Tanja Schweiger (Freie Wähler) mutig an die Öffentlichkeit gewandt. Sie müsse jeden Tag einen neuen Asylbewerber aufnehmen, beklagt sie und rechnet vor: "Aktuell leben in unseren über 100 Objekten knapp 2.000 Flüchtlinge. Und jeden Monat kommen mindestens 30 dazu, on top." Daß die nicht zu schaffen sei, liege auf der Hand. Hinzu komme allerdings noch der Unmut der Einheimischen. Schweiger: "Viele Bürger haben dafür immer weniger Verständnis."
Selbst anerkannte Flüchtlinge bleiben, klagt sie weiter. Das seien sogenannte Fehlbeleger. "Davon haben wir im Landkreis über 600 in rund 100 Unterkünften. Die können wir aber nicht einfach auf die Straße setzen, sonst werden sie Obdachlose der Gemeinden", erklärt die Politikerin. Die Bild zur Lage:
"Die Bereitschaft in der Bevölkerung, Unterkünfte in der Nachbarschaft zu akzeptieren, läßt spürbar nach. In nahezu ganz Deutschland gibt es zunehmend Widerstand und Gerichtsklagen

gegen Asylunterkünfte aus allen Bevölkerungsschichten."
Im Landkreis Bad Tölz beteiligt sich sogar ein Politiker der Grünen an einer Bürgerinitiative, die eine Containersiedlung für 130 Flüchtlinge in Bairawies verhindern will.

Nicht mehr nachvollziehbar

Häufiger kommt es darüber hinaus vor, daß sich Gemeinden weigern, weitere Migranten aufzunehmen und unterzubringen. Einige Bürgermeister versuchen gar, sich mit Klagen vor Gericht zu wehren. Darüber hinaus ist auch die Stimmung in den Landratsämtern mies. Überstunden der Beschäftigten sind längst die Regel. Daß zudem Asylbewerber auch dann bleiben, wenn ihr jeweiliges Verfahren negativ ausgegangen ist, verkompliziert sich Lage zunehmend. Dies kann niemand nachvollziehen.
Im Jahre 2022 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 244.132 Asylanträge gestellt, dazu kommt etwa eine Million Ukrainer, das sind zusammen mehr als im Migrationskrisen-Jahr 2015! 73,1 Prozent der Asylantragsteller waren jünger als 30 Jahre, 38,4 Prozent gaben an, daß sie minderjährig seien. Die Lage hat sich seither nicht entschärft, eher im Gegenteil. Rita Röhrl, von 2017 bis 2023 SPD-Landrätin in Regen (Niederbayern), hatte deutliche Worte gefunden:
"Wir haben 80 Ausreisepflichtige, sie werden aber nicht abgeschoben. So fehlt Platz für neue Asylbewerber. Wir sind dabei, unser Land zu überfordern."
Was die Deutschen besonders wütend macht, sind die ausbleibenden Abschiebungen: Klagen Betroffene gegen einen negativen Asyl-Bescheid, benötigen Gerichte im Schnitt 21,8 Monate für das anstehende Verfahren. Solange werden die Schein-Asylanten weiter voll vom Steuerzahler alimentiert.
In unserer aktuellen Dezember-Ausgabe des COMPACT-Magazins "Geheimplan gegen Deutschland" zeigen wir auf, wie die Schleusen geöffnet wurden.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Das Kabinett des Dr. Kinsey**
Perverse US-Experimente mit Babys. Schon vor den Achtundsechzigern legte ein US-Forscher den Grundstein für die enttabuisierte Gesellschaft. Bei seinen Experimenten vergriff er sich auch an Babys und Kleinkindern. …
_ *COMPACT-Redaktion*
Ein unscheinbarer Mann, äußerlich ganz Gentleman, immer gut gekleidet, gepflegter Haarschnitt, Tweed-Jacke, weißes Hemd, schwarze Fliege, steht am Beginn einer gesellschaftlichen Transformation, die er selbst nicht mehr erlebte und auch kaum für möglich gehalten haben dürfte. Der US-Sexualforscher Alfred C. Kinsey (1894-1956), bekannt geworden durch den nach ihm benannten Kinsey-Report, untersuchte seit den 1930er Jahren das Paarungsverhalten seiner Studenten an der Universität Indiana.
Seine Vorlesungen trieben die damals als notwendig empfundene Aufklärung voran, sollten das Schweigen brechen, mit Mythen aufräumen, das bislang Unaussprechliche benennen - unerhört für die damalige Zeit. Bei vielen Studenten rannte der Professor offene Türen ein, seine Erkenntnisse wurden von einem jungen, wißbegierigen Publikum bereitwillig aufgenommen.
"Die Mitarbeiter waren praktisch Versuchskaninchen." Ann Kinsey
Kinseys Expeditionen in die Schlafzimmer Amerikas begleitete ein Sturm der Entrüstung, der von seinen Unterstützern - das Geld kam von der Rockefeller-Stiftung - als frömmelnde Prüderie gewertet wurde. Er gilt seither als Eisbrecher der Sex-Debatte und Revolutionsführer einer neuen Offenheit in einem Land, das damals noch weitgehend von sittlicher Strenge und konservativen Moralvorstellungen geprägt war. Seine Studien zeichneten hingegen das Bild einer völlig verdorbenen Gesellschaft, die unter ihrer keuschen Oberfläche hemmungslos sündigte.

Betrug mit Daten

Regelmäßig lud der Dozent seine Studenten zu sich nach Hause ein, wo er weitere Ratschläge zum Besten gab. Sogar seinen Wagen verlieh er an junge Pärchen, damit sie sich auf der geräumigen Rückbank vergnügen konnten. Bei privaten Sexpartys, die er nach Aussagen von Kollegen in seinem Eigenheim veranstaltete, zeigte der unauffällige Akademiker sein wahres Gesicht. Seine persönlichen Vorlieben für sadomasochistische und homosexuelle Praktiken waren seinen damaligen Mitarbeitern nur zu gut bekannt und nahmen bald krankhafte Züge an.

Sogar seine eigene Frau Clara, seine Assistenten und deren Ehegattinnen wurden in Kinseys Versuchsreihen als Probanden integriert, wie die ZDF-Reportage Kinsey - der Sex Pionier (2014) enthüllte. "Die Mitarbeiter waren praktisch Versuchskaninchen", bestätigt die Professorentochter Ann. Jene Swinger-Veranstaltungen nahm er zu wissenschaftlichen Zwecken auf Video auf. Während dessen saß er daneben und fertigte Notizen an, wenn er sich nicht gerade selbst ins Vergnügen stürzte. "Sex war sein hauptsächliches Hobby, (…) er war interessiert an Sex mit Männern, Frauen, Kindern und Tieren", erzählte sein damaliger Mitarbeiter Paul Gebhardt 1998.

Kinseys statistische Erhebungen und Publikationen zum Sexualverhalten der Amerikaner, die er seit Anfang der 1940er Jahre anfertigte und für die er tausende Personen aus allen Gesellschaftsschichten rekrutierte, bestanden aus einigen hundert indiskreten Fragen. Sein Trick: Er erkundigte sich suggestiv nur, wann die Befragten zuletzt abweichende Sexualpraktiken ausprobiert haben - nicht ob überhaupt. Schon bald nach der Veröffentlichung wurde Kritik laut. Fachkollegen warfen ihm gravierende Fehler bei der Sammlung und Auswertung seiner Daten vor, monierten Übertreibungen und Sensationshascherei.

Die Forscherin Judith Reismann unterzog die Studien in den 1980er Jahren einer genauen Prüfung und zeigte, daß diese durch einseitige Auswahl der Probanden und Verschleierung ihrer jeweiligen Orientierung manipuliert worden waren. Von den 4.000 männlichen Auskunftspersonen saßen mindestens 1.400 während der Befragung bereits wegen begangener Sexualverbrechen hinter Gittern. Normale verheiratete Paare ließ er weitgehend außen vor.

So kam ein verheerendes Zerrbild der Gesellschaft zustande, das die Alltäglichkeit höchst unkonventioneller Praktiken nahelegte. Seinen Angaben zufolge seien 95 Prozent der männlichen Amerikaner als Sexualstraftäter zu bezeichnen. 69 Prozent sollen regelmäßigen Verkehr mit Prostituierten gehabt, 38 Prozent bereits homosexuelle Erfahrungen gemacht und 17 Prozent der Landwirte Sex mit Tieren praktiziert haben.

Nichts desto trotz oder gerade wegen solch sensationell-empörender Befunde lasen die Amerikaner den Kinsey-Report, das sogenannte Sex-Zeugnis für die USA, mit großem Interesse. Der erste Teil seiner Reihe, Das sexuelle Verhalten des Mannes (1948), wurde zum Bestseller und verkaufte sich über 200.000 Mal in den ersten zwei Monaten - Sex sells. Kinsey wurde zum Star, seine Forschungen ein Trend, der Dämme einzureißen vermochte.

Der 1953 veröffentlichte zweite Teil, Das sexuelle Verhalten der Frau, wurde noch erfolgreicher, stand aber unter ungleich größerem Druck der Kritiker - die Frau war heilig, ihre Scham zu entblößen der Gipfel der Unanständigkeit. "Eine Wirkung wie eine Atombombe" konstatierte das Time-Magazin in seiner August-Ausgabe desselben Jahres.

Vergewaltigung von Kleinkindern

Die kindliche Sexualität fand Kinsey, der Menschen von Geburt an als "sexuelle Wesen" betrachtete, besonders spannend. Ab den 1940er Jahren erforschte er diese auch experimentell. "Es ist schwer zu verstehen, warum ein Kind darüber verstört sein sollte, wenn man seine Genitalien berührt (…), es sei denn aufgrund kultureller Prägung", meinte der Professor. So sind im Rahmen seiner Versuchsreihen hunderte Babys und Kinder im Alter von zwei Monaten bis 15 Jahren, wie er sagt, "stimuliert" worden. Kinseys Helfer maßen mit der Stoppuhr die Zeit

bis zum vermeintlichen Höhepunkt und wollen dabei festgestellt haben, daß auch kleine Kinder multiple Orgasmen hätten - nämlich immer, wenn sie schrien oder weinten.
Für diese Untersuchungen soll das Kollegium bei einer Reihe pädophiler Gewalttäter Erfahrungsberichte angefragt haben. "Kinsey bat Pädophile in den USA und im Ausland, Kinder zu mißbrauchen (…), weil er nur so seine Daten über die vorgeblich normale Kindersexualität bekommen konnte", so Reismann. Den ergiebigsten Datensatz steuerte ein Serientäter, Rex King alias Mr. Green, bei, der knapp 800 Kinder mißhandelt und seine handschriftlichen Notizen unter Kinseys Anleitung angefertigt haben soll. Diese und andere Korrespondenzen werden bis heute in den Archiven des Kinsey-Instituts unter Verschluß gehalten.

"Anything goes"

Noch immer wird Kinsey als einer der wichtigsten Sexualforscher, als "Kopernikus der Triebe" (Der Spiegel), bezeichnet. Spiegel-Online nannte ihn Ende 2013 den "größten Aufklärer des 20. Jahrhunderts". Kinseys Biograf James Jones rühmte ihn gar als den "Hohepriester der sexuellen Befreiung". Seine Thesen prägen Aufklärungs- und Erziehungsdebatten bis heute. Er trat weltweit als Experte für Bildungsfragen in Erscheinung. Seine Nachfolger ergatterten 2014 sogar einen Beraterposten bei den Vereinten Nationen. Kinsey propagierte die Gleichwertigkeit aller sexuellen Orientierungen.
Sein Motto: "Anything goes" (Alles ist möglich). In dem 1965 veröffentlichten Buch Sex Offenders (Sexual-straftäter) versuchen seine Mitstreiter, anhand seiner Aussagen gewalttätige sexuelle Beziehungen als etwas ganz Normales hinzustellen: "Alle sexuelle Gewalt ist Teil des normalen Säugetiererbes". Nicht libidogesteuerte Triebtäter machten Kinsey Sorgen, sondern ihre Kriminalisierung.
Die Kritikerin Reismann dokumentierte die Abgründe des Sexologen auch in ihrem Buch Kinsey, Sex und Betrug. Der Dokumentarfilm The Children of Table 34 zeigt ein erschreckendes Ausmaß pädokrimineller Gewalttaten, die im Zusammenhang mit Kinseys Experimenten begangen worden sein sollen. Die namensgebende Tabelle aus Kinseys erstem Bestseller listete die Untersuchungsergebnisse zur Orgasmusfähigkeit hunderter Kleinkinder auf. Bei einem elf Monate alten Säugling wollen die Sexwissenschaftler 14 Orgasmen in 38 Minuten festgestellt haben.

Pakt mit dem Teufel

Einige Stimmen ziehen aufgrund der unglaublichen Ausmaße der Gewaltakte, die geschehen sein müssen, um die Daten zu generieren, auch die Möglichkeit in Betracht, daß die Statistiken schlicht erfunden wurden, um ein bestimmtes Bild kindlicher Sexualität zu zeichnen - basierend auf nichts anderem als der Fantasie der Wissenschaftler. Der Betrugsthese widersprechen aber Geständnisse und Aussagen von Beteiligten und Opfern.
"Sexuelle Belästigung von Kindern, was soll das sein?" Kinsey-Kollege
Am 10. August 1998 wurde erstmals die Sendung Secret History: Kinseys Paedophiles auf dem britischen Sender Channel 4 ausgestrahlt, die neben entlarvenden Äußerungen von Kinseys Vertrauten und Mitarbeitern auch die Erinnerungen einer mißhandelten Frau enthält, die keinerlei Zweifel mehr übrig lassen. Esther White berichtet: "Mein Vater lieferte ausgefüllte Fragebögen an das Kinsey-Institut über die Mißhandlungen, die er an mir beging." Bis heute weigern sich die Verantwortlichen, den Fall zu untersuchen. Nicht ein einziger der Beteiligten wurde jemals strafrechtlich belangt.
Kinseys Nachfolger in den USA distanzieren sich nach wie vor energisch von all diesen Vorwürfen. Der ehemalige Präsident des Instituts und Co-Autor des zweibändigen Reports, Paul Gebhard, erklärte dagegen in der britischen TV-Reportage, daß man sich der zwielichtigen Aktivitäten des Kollegiums voll bewußt war. Die Forscher kooperierten mit Sexualstraftätern, gaben jene nicht der Strafverfolgung preis, selbst wenn sie mit internationalem Haftbefehl gesucht wurden: "Es war illegal, und wir wußten das."

Ein anderer ehemaliger Mitarbeiter, Wardell Pomeroy, äußerte dazu: "Kinsey hätte einen Pakt mit dem Teufel geschlossen, wenn es seiner Forschung geholfen hätte." Besonders offenherzig bekundete der ehemalige Kollege und Akt-Fotograf Clarence Tripp die Geisteshaltung der Kinseyaner: "Pädophilie ist eine praktisch nicht existierende Art von Verbrechen. (…) Sexuelle Belästigung von Kindern, was soll das sein? Niemand weiß das." Niemand, außer den unendlich vielen Opfern, deren Leben durch die grausamen Experimente der Wissenschaftler für immer zerstört wurden.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Spezial 27: "Geheimakte Kinderschänder. Die Netzwerke des Bösen".<<

05.12.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. Dezember 2024 (x1.428/…): >>**Gewalttaten zur Weihnachtszeit: Auch die Merz-CDU wird Messergewalt importieren!**
Weihnachten - das war einmal: Besinnlichkeit, Ruhe, familiäres Zusammenkommen. Doch nach einer 16-jährigen CDU-Bundesregierung und einer ebenso verantwortungslosen Ampel-Regierung gehört der Horror zum Alltag. Innenministerin Faeser (SPD) mahnt zur "Wachsamkeit" bei Weihnachtsmärkten - wegen einer Terrorgefahr, die sie und die anderen etablierten Parteien systematisch importiert haben und auch weiterhin importieren. Allein das zeigt schon den Zustand unseres Landes. Derweil kommt es auch in der Adventszeit zu massiver Messergewalt.
In Bad Hersfeld wurde zur Wochenmitte ein 20-Jähriger festgenommen, der sein 29-jähriges Opfer lebensgefährlich verletzt hatte. In Essen erlag ein 29-Jähriger vor kurzem seinen schweren Verletzungen, nachdem es "unvermittelt" zu einem Messerangriff kam. In Beckerwitz bei Wismar ereignete sich ein tödlicher Messerangriff durch einen türkischen Staatsangehörigen. Es sind Meldungen, die zum traurigen Alltag geworden sind.
Und dennoch - wir dürfen uns nicht daran gewöhnen. Wir dürfen nicht ruhen, bis illegale Zuwanderer und ausländische Straftäter konsequent abgeschoben worden sind. Es ist neben den Ampel-Parteien insbesondere auch die CDU, die eine solche Durchsetzung des Rechtsstaats in allen CDU-regierten Bundesländern sabotiert. Wenn CDU-Chef Merz aktuell massive Signale aussendet, die auf eine regelrechte Sehnsucht nach einer schwarz-grünen Koalition hindeuten, dann wissen wir, daß wir von der CDU mit Sicherheit keine Migrationswende erwarten können. Diese gibt es nur mit der AfD!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. Dezember 2024 (x1.428/…): >>**Merz schließt Habeck als Wirtschaftsminister nicht aus: Wer CDU wählt, bekommt Habeck!**
Die Schmeicheleien von CDU-Chef Merz gegenüber den Grünen werden immer penetranter und peinlicher: In der ARD-Sendung von Sandra Maischberger hat Merz nun auch noch darüber sinniert, daß er sich Habeck als Wirtschaftsminister einer künftigen schwarz-grünen Bundesregierung vorstellen kann. "Wir brauchen vor allem in der Wirtschaftspolitik einen Politikwechsel - mit oder ohne Habeck", sagte Merz allen Ernstes. Als ob man einen solchen Politikwechsel mit Robert Habeck bekommen kann!
Merz formulierte bei seinem Maischberger-Auftritt reihenweise Liebeserklärungen an grüne Politik. Auch mit der CDU werde es "das Aus für Öl- und Gasheizungen" geben, unterstrich der angebliche Grünen-Kritiker Merz. Bei der Abschaffung der sogenannten Schuldenbremse nimmt er ebenfalls voll Kurs auf die Grünen: "Ich habe mir in der Politik angewöhnt, niemals nie zu sagen." Das stimmt: Wenn es darum geht, per Öko-Sozialismus die Deindustrialisierung unseres Landes voranzutreiben und mit Massenmigration unser Land zu ruinieren, dann sagt die Union niemals "nie". Im Gegenteil: Sie sagt immer "Ja" zur Abschaffung Deutschlands.

Es paßt ins Bild, daß Merz sich auch "völlig entsetzt" über den Wunsch mancher Politiker zeigt, sich am argentinischen Präsidenten Milei und seiner Politik der Staatsverschlankung orientieren. Auf Bürokratie-Abbau kann man unter einer CDU-Regierung also auch warten bis zum Sankt-Nimmerleinstag.
Merz steht den Grünen um keinen Millimeter weniger nahe als Angela Merkel, die gerade erst an ihrem 70. Geburtstag von Merz in den höchsten Tönen gelobt wurde. Wer CDU wählt, bekommt Robert Habeck und die Grünen. Nur wer die AfD wählt, bekommt die konsequente Abkehr von grüner Ideologie-Politik - denn nur wir schließen eine Koalition mit den Grünen klipp und klar aus.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**"Schwarz-grüne" Gefahr: Merz (CDU) kann sich Habeck auch künftig als Wirtschaftsminister vorstellen**
Während CSU-Chef Markus Söder und sein Berliner Statthalter Alexander Dobrindt Unions-Wähler einlullen, eine Koalition mit den Ökosozialisten sei "nicht vorstellbar", schmiedet Unions-Kanzler-Kandidat Friedrich Merz (CDU) bereits Pläne für eine "schwarz-grüne" Regierung.
In der ARD-Talkshow von Sandra Maischberger (4. Dezember) schloß er sogar Robert Habeck als Wirtschaftsminister auch in einer laut Umfragen durchaus möglichen Koalition mit der Union nicht aus: "Wir brauchen vor allem in der Wirtschaftspolitik einen Politikwechsel - mit oder ohne Habeck", sagte der Kanzlerkandidat der Unionsparteien.
Auf die Frage, ob das mit dem aktuellen Wirtschaftsminister möglich sei, sagte Merz: "Das muß Habeck entscheiden, wenn er noch dabei ist." Der CDU-Chef betonte, daß die CSU nirgendwo niedergeschrieben habe, daß es kein "Schwarz-Grün" geben werde.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**OECD: Deutschland stürzt beim Wirtschaftswachstum auf den letzten Platz!**
Nach einer Prognose der OECD wird Deutschland 2025 beim Wirtschaftswachstum das Schlußlicht unter den Industrieländern sein. Für das kommende Jahr werde für Deutschland ein Wachstum von nur noch 0,7 Prozent erwartet, teilte die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Paris mit. Die Industriestaaten-Organisation korrigierte ihre Vorhersage damit abermals nach unten. Für das zu Ende gehende Jahr rechnen die OECD-Wirtschaftsexperten mit einer Stagnation in Deutschland.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Putin reicht deutscher Wirtschaft die Hand: "Unsere Türen stehen offen!"**
Rußlands Präsident Wladimir wirbt um die Rückkehr westlicher und speziell deutscher Unternehmen. "Unsere Türen sind immer offen, wir hatten mit Deutschland jahrzehntelang immer sehr gute Beziehungen, haben einander sehr gut verstanden", sagte Putin beim Investitionsforum "Russia calling" in Moskau.
Die Bedingungen für deutsche Unternehmen in Rußland seien besser als anderswo. Rückkehrer könnten nach dem Sanktions-Irrsinn zwar keine Vorzugsbehandlung erwarten, ihnen würden aber auch keine Steine in den Weg gelegt, versprach der Kremlchef.
Beim Investitionsforum in Moskau zeigte sich der Präsident selbstbewußt. Russische Unternehmen und Firmen aus befreundeten Ländern hätten die meisten Lücken geschlossen. Die Wirtschaft des Landes werde in diesem Jahr um 3,9 bis 4 Prozent wachsen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Euro-Krise nach Regierungssturz in Frankreich - AfD: Schnellstens zurück zur D-Mark!**
Die Nationalversammlung in Paris hat am Mittwochabend (4. Dezember) mit einem Mißtrauensvotum die Regierung des erst seit drei Monaten amtierenden Ministerpräsidenten und früheren EU-Bonzen Michel Barnier (Republikaner) gestürzt. Frankreich versinkt im Schulden-

Chaos, Europa droht eine Eurokrise wie 2010. Die AfD fordert: Schnellstens raus aus dem Euro und zurück zur D-Mark!
Der Mißtrauensantrag gegen Barniers Minderheitsregierung war aus den Reihen des linken Parteienspektrums gestellt worden. Der rechte Rassemblement National (RN) von Marine Le Pen verhalf zur notwendigen Mehrheit. Es war der erste erfolgreiche Mißtrauensantrag gegen eine französische Regierung seit 1962.
Der Hintergrund der Staatskrise in Frankreich ist eine Zahl von gigantischen Ausmaßen: 3.220.000.000.000 Euro!
Frankreich, die zweitstärkste Volkswirtschaft Europas nach Deutschland, versinkt unter einer Schuldenlast von 3,2 Billionen Euro. Der Schuldenberg übersteigt mit 110 Prozent die gesamte Wirtschaftsleistung des Landes. Zum Vergleich: Deutschland liegt bei etwas über 60 Prozent Staatsverschuldung.
Mit einem harten Sparkurs und Steuererhöhungen wollte Barnier gegensteuern. Er versuchte, den Sozialetat ohne Abstimmung im Parlament durchzusetzen. Die französische Verfassung sieht diese Möglichkeit aber nur vor, wenn die Regierung vorher ein Mißtrauensvotum übersteht.
Barniers Dilemma: Seine Regierung hatte keine eigene Mehrheit im Parlament und war auf Unterstützung von anderen Fraktionen angewiesen. Denn das Linksbündnis, dem fünf linke Parteien und deren kleinere Partner angehören, war bei der von Staatspräsident Emmanuel Marcon vorgezogenen Parlamentswahl im Sommer als Wahlsieger hervorgegangen, ohne jedoch eine eigene Mehrheit in der Nationalversammlung zu erreichen.
Ein erstes Mißtrauensvotum hatte die Minderheitsregierung nur deshalb überstanden, weil sie vom RN geduldet wurde. Diese Unterstützung erhielt Barnier nun nicht mehr. Denn RN und Linke eint der Unmut über Sozialkürzungen.
Barniers Sturz bedeutet auch für Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ein Scheitern auf ganzer Linie. Der aber lehnt einen Rücktritt ab - noch.

Was kommt auf Deutschland zu?

Frankreich steht praktisch vor dem Staatsbankrott. Weil die EU mit dem Euro unheilvoll verkettet ist, könnte aus der französischen Finanzkrise jetzt schnell eine europäische Finanzkrise wie 2010 werden. Die Finanzmärkte sind bereits jetzt so sehr in Panik, daß sie griechische Anleihen für kreditwürdiger einstufen als französische Papiere!
Stürzt das Euro-Kartenhaus ein, haften Deutschlands Steuerzahler unmittelbar mit 262 Milliarden Euro für die unverantwortliche EZB-Schuldenpolitik. Tatsächlich dürfte die Summe deutlich höher sein.
Hintergrund ist die Euro-Garantie, mit der Deutschland für die Schulden der EU-Mitgliedsländer bürgt. Die materiellen Grundlagen dieser Euro-Garantie sind aber nicht nur bilaterale Kredite (ca. 80 Mrd. Euro), die Stützungsfonds EFSF und ESM (rund 900 Mrd. Euro), sondern auch die EZB-Bilanzkredite (Target II - rund 700 Mrd. Euro) und Anleihekäufe (ca. 140 Mrd. Euro). In der Summe beträgt die deutsche Haftung rund 20 Prozent der wirtschaftlichen Leistung des Euroraums.

AfD: "Insolvenzverschleppung auf Kosten deutscher Steuerzahler"

Im neuen Programmentwurf der AfD für die Bundestagswahl am 23. Februar heißt es deshalb klipp und klar: "Deutschland muß aus dem Euro-System austreten". Jede weitere Teilnahme an der "Dauerrettungspolitik" komme einer "Insolvenzverschleppung auf Kosten deutscher Steuerzahler" gleich. Deutschland müsse deshalb eine stabile nationale Währung einführen, "ggf. unter paralleler Beibehaltung des Euro". Auch dies werde "nicht ohne Umstellungsbelastungen erfolgen". Diese seien aber geringer als "die dauerhaften Kosten des weiteren Verbleibs im Euro-System".<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. Dezember 2024 (x1.429/…):
>>**Gefährder des Monats: Nancy "Ich hasse die Meinungsfreiheit" Faeser Fanatisch - linksradikal - halbtotalitär**
Olaf und seine Reste-Ampel fliegen gerade kreuz und quer rund um den Globus, damit sie noch ein paar Wahlkampfbilder auf Steuerzahlers Kosten produzieren können.
Das gefährlichste Mitglied seines Chaos-Kabinetts bleibt zu Hause: Bundesinnenministerin Nancy Faeser kämpft bis zur letzten Minute gegen die verhaßte Meinungs- und Pressefreiheit im Lande.
"Ich hasse die Meinungsfreiheit" - für eine satirische Fotomontage, die Faeser ein Schild mit diesem Bekenntnis hochhalten läßt, sowie für weitere scharfe, aber legitime Meinungsäußerungen überzog die Bundesinnenministerin den Chefredakteur des Deutschland-Kurier David Bendels mit Strafanträgen, auf die hin das willfährige Amtsgericht Bamberg auf Betreiben der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft Strafbefehle in der grotesken Höhe von insgesamt 480 Tagessätzen ergehen ließ.
Unnötig zu erwähnen, daß importierte Serienkriminelle und Sexualstraftäter, die über Faesers offene Grenzen ins Land kommen, regelmäßig weitaus glimpflicher davonkommen. Die inkriminierte Bildmontage ist für jedermann leicht als solche zu erkennen; dennoch tut Nancy Faeser alles, um die darin enthaltene Kritik an ihrem gestörten Verhältnis zur Meinungs- und Pressefreiheit mit brutaler Wucht zu bestätigen.
Faesers Frontalangriff auf DK-Chefredakteur David Bendels zielt eindeutig darauf, kritischen Journalismus zu kriminalisieren und mundtot zu machen. Bendels selbst bezeichnet die "Verfassungsministerin" Faeser als "reale Gefahr für die verfassungsrechtlich geschützte Presse- und Meinungsfreiheit" und spricht von "Willküraktionen gegen mißliebige Medien".
Auf diesem Feldzug befindet sich die hessische SPD-Politikerin, seit sie vor drei Jahren das Amt der Bundesinnenministerin übernommen hat, mit geradezu fanatischer Wut. Auf Oppositionsmedien hat sie es besonders abgesehen. Im Juli versuchte sie, das Magazin "Compact" mit einem haarsträubenden Trick durch die Hintertüre des Vereinsrechts zu verbieten. Das Bundesverwaltungsgericht zerriß ihre Winkelzüge in der Luft und setzte das Verbot erst mal wieder außer Kraft. Zurücktreten mußte sie natürlich trotzdem nicht.
Kritik an der herrschenden Linksregierung und ihrer Politik wird unter Faesers Verfolgerblick zu "Hasskriminalität" und "Delegitimierung des Staates". Sie mißbraucht die Staatsmacht zur Einschüchterung von Bürgern, die laut ihre Meinung sagen, schickt ihnen mit "Aktionstagen" und Massen-Razzien die Polizei ins Haus - denn dann "wird jedem Täter klar, daß Hasskriminalität Konsequenzen hat", feixt die Ministerin höchstpersönlich auf "X".
Ihr Einfallsreichtum beim Erfinden neuer Einschüchterungsmaßnahmen scheint unerschöpflich. Im August präsentierte sie einen Gesetzesentwurf, der dem BKA verdeckte Wohnungsdurchsuchungen und die direkte Installation von Spionagesoftware erleichtern soll - nicht nur die Pressefreiheit, auch das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung ist für Nancy Faeser ein Objekt der Bekämpfung.
Gemeinsam mit der "grünen" Bundesfamilienministerin Lisa Paus hat Faeser ein "Demokratiefördergesetz" ausgeheckt, das die Bekämpfung unerwünschter Meinungen und die Finanzierung radikallinker Hilfstruppen aus sogenannten "Nichtregierungsorganisationen" zur permanenten Einrichtung machen und mit geheimdienstlichen Methoden gegen oppositionelle Bestrebungen, die sie als "rechte Netzwerke" denunziert, vorgehen soll.
Sogenannte "Desinformation" - ein anderes Codewort für vom "links-grünen" Mainstream abweichende Ansichten - will Faeser mit "präventiven Maßnahmen" und von der Verfassung nicht vorgesehenen Spezialeinheiten zur "Früherkennung" bekämpfen. Den Chef des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) Arne Schönbohm feuerte sie im Zuge einer hinterhältigen Intrige, für welche sie haltlose Denunziationen durch den Staatsfunk-

Agitator Jan Böhmermann instrumentalisierte - und bewies damit, daß sie auch die bewährte Stasi-Technik der "Zersetzung" von Gegnern ganz meisterhaft beherrscht.
Von ihren eigentlichen Aufgaben als Bundesinnenministerin will Nancy Faeser dagegen nicht so viel wissen. Sicherung der Grenzen? Nicht mit Nancy, da führt sie die Bürger mit wirkungslosen Pseudomaßnahmen an der Nase herum. Rückführungen illegaler Migranten in ihre Heimat mag sie auch nicht.
Ende August inszenierte sie, nach dem öffentlichen Aufschrei über das brutale Messerattentat auf den mutigen Islamkritiker Michael Stürzenberger und den Messermord an einem Mannheimer Polizeibeamten, eine Alibi-Abschiebeaktion von 28 afghanischen Schwerkriminellen, tausend Euro "Handgeld" pro Verbrecher inklusive; seither wurde kein einziger Afghane mehr abgeschoben, während nach wie vor Zigtausende ins Land strömen.
Faeser will die Massenmigration auch gar nicht beenden, sie nutzt sie für einen kalten Staatsstreich gegen den Souverän des Grundgesetzes, das Staatsvolk, indem sie per Masseneinbürgerung und Verschleuderung des deutschen Passes neue Staatsbürger und Wähler am Fließband produziert; mehr als eine halbe Millionen Neubürger, die meisten von ihnen Syrer, sind als Wahlberechtigte für die Bundestagswahl 2025 in den drei Ampel-Jahren zusätzlich dazugekommen.
Faesers Fetisch ist der "Kampf gegen rechts". Das ist kein Wunder, sie ist eine eingefleischte Linksradikale, die auch mal Solidaritätsartikel in Publikationen der linksextremen "Antifa" verfaßt. Die Gefahr durch linksextreme Gewalttäter und linken Terrorismus verharmlost oder leugnet sie, Islamismus und Islam-Terrorismus interessiert sie wenig; ein Expertengremium dafür im Bundesinnenministerium hat sie gleich zu Amtsantritt aufgelöst.
Dennoch wurden in der letzten Zeit mehrere islamische Terroranschläge mit viel Glück verhindert. Frau Faeser hat daran wenig Anteil; die entscheidenden Hinweise kamen von ausländischen Geheimdiensten, der Faeser unterstehende Inlandsgeheimdienst "Verfassungsschutz" ist ja mit dem Kampf "gegen rechts" und gegen die AfD-Opposition voll ausgelastet.
Als Bundesinnenministerin ist Nancy Faeser nicht nur eine Gefahr für die Verfassung und den Rechtsstaat, sondern auch für die innere Sicherheit. Zum Glück geht ihre Amtszeit bald zu Ende; nach der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 ist erst mal Schluß mit dieser Bundesregierung.
Aber Vorsicht: Wer CDU und CSU wählt, der riskiert, daß "Brandmauer-Friedrich Merz" Rote oder "Grüne" oder beide als Steigbügelhalter wieder an die Macht bringt. Noch mal vier Jahre Faeser - das verkraftet unser Land beim besten Willen nicht.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Amazon stoppt Bewertungen von Merkel-Buch**
Peinlich: Amazon stoppte Rezensionen zum neuen Merkel-Buch. Die Entscheidung wird mit möglichen "ungewöhnlichen Rezensionsaktivitäten" begründet.
Die Autobiographie der Ex-Bundeskanzlerin konnte bei dem Online-Händler zwischenzeitlich nicht mehr bewertet werden. Amazon hatte die Möglichkeit, Bewertungen für das Buch "Freiheit" abzugeben, gesperrt.
Warum? Auf der Produktseite erklärte Amazon lediglich: "Leider können wir Rezensionen dieses Artikels nicht annehmen." Die Entscheidung wird mit möglichen "ungewöhnlichen Rezensionsaktivitäten" begründet, weiter ausgeführt wird dies jedoch nicht. Zuerst berichtete n-tv darüber.
Kritischer Kommentar unter Merkels Buch: Angela Merkels Buch "Freiheit" enttäuscht auf ganzer Linie. Statt einer ehrlichen Reflexion ihrer 16-jährigen Kanzlerschaft präsentiert sie eine selbstgefällige Rechtfertigung ihrer Politik, ohne jegliche Selbstkritik.
Fehlende Selbstkritik
Merkel vermeidet konsequent, Fehler einzugestehen. Weder die umstrittene Energiewende

noch die Herausforderungen der Eurokrise oder die Polarisierung der Gesellschaft durch ihre Migrationspolitik werden kritisch beleuchtet. Besonders auffällig ist ihre fehlende Einsicht in die Spannungen, die der massenhafte Zuzug von Migranten und Asylsuchenden in Deutschland ausgelöst hat. Zwischen den Zeilen wird deutlich, daß Merkel auch heute noch an einem grenzenlosen Aufnahmekurs festhalten würde - ohne Rücksicht auf die gesellschaftlichen Folgen.

Monotone Schreibweise

Das Buch ist in einem drögen und sterilen Stil verfaßt. Es fehlt an Lebendigkeit, Empathie und einem echten Verständnis für die Sorgen und Ängste der Bevölkerung. Merkel wirkt abgehoben und losgelöst von den Lebensrealitäten vieler Menschen. Statt Einblicken oder kritischen Momenten präsentiert "Freiheit" eine propagandistische Hommage an die eigene Regierungszeit - ein Stück Geschichtsschreibung, das niemand außer der Autorin selbst so absegnen würde.

Unkritische Medienresonanz

Besonders enttäuschend ist auch die Rolle vieler etablierter Medien wie "Der Spiegel" und "Die Zeit", die dem Buch fast kritiklos großen Raum widmen und es nahezu unisono in den höchsten Tönen loben. Es wirkt, als agierten diese Publikationen weniger als unabhängige Instanzen denn als willige Erfüllungsgehilfen, die Merkels Erzählung unkritisch transportieren. Eine differenzierte Auseinandersetzung oder journalistische Distanz bleibt aus.

Fazit

"Freiheit" ist letztlich ein Buch für eine kleine Elite, die sich in Merkels politischen Entscheidungen bestätigt fühlen will. Für alle, die auf eine ehrliche Bilanz der Merkel-Jahre hofften, bleibt nur Ernüchterung. Dieses Werk ist kein Beitrag zur Versöhnung oder Klärung, sondern ein Versuch, ein allzu einseitiges Vermächtnis zu zementieren.

Am Ende wirkt das Buch wie der bemühte Versuch einer ehemaligen Kanzlerin, die Kontrolle über die Deutung ihrer politischen Hinterlassenschaft zu bewahren. Doch es ist absehbar, daß die Geschichtsschreibung ein weitaus nüchterneres und weniger schmeichelhaftes Urteil fällen wird - eines, das ihre einseitige Selbstinszenierung kritisch hinterfragen wird.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 5. Dezember 2024 (x1.430/…):

>>**Schluß mit "LGBTQ" - Spanien schließt Trans-Frauen aus dem Frauensport aus**

Die Regierungspartei macht in Spanien einen Rückzieher: künftig dürfen nur noch biologische Frauen beim Frauensport antreten. Außerdem wird das "Q" aus "LGBTQ" gestrichen.

Von *Redaktion*

Spanien macht einen Rückzieher, was seine transfreundliche Politik angeht. Am Wochenende wurde bei einem Parteitag der Regierungspartei, der sozialistischen Partido Socialista Obrero Espanol (PSOE), verkündet, daß im Frauensport nur noch "Menschen mit einem weiblichen biologischen Geschlecht" antreten dürfen. Trans-Frauen dürfen also nicht mehr gegen Frauen antreten.

Kritiker hatten angeführt, daß Trans-Frauen aufgrund ihrer Biologie Frauen körperlich überlegen sind. Die Regierung ist nun offenbar auf diese Kritik eingegangen. Auch der Begriff "queer", also das Q+, soll von dem Akronym LGBT gestrichen werden, wie die Daily Mail berichtet.

Die ehemalige Gleichstellungsministerin Irene Montero, die für das Selbstbestimmungsgesetz maßgeblich mitverantwortlich war, schrieb auf X über die Entscheidung der sozialistischen Partei: "Eine Transfrau ist eine Frau. Der Rest ist Transphobie, auch wenn die PSOE das sagt."

Kurze Zeit später veröffentlichte sie ein ausführlicheres Video, in dem sie erklärte, daß "Transfrauen Frauen sind, egal ob sie einen Penis oder eine Vagina haben" und daß die Rechte von Trans-Personen "Menschenrechte sind", wie die spanische Zeitung ABC berichtete. "Al-

les andere ist weder klassischer Feminismus noch links, es ist reine Transphobie", fügte sie hinzu.
Erst 2023 hatte Spanien eines der weitreichendsten Selbstbestimmungsgesetze erlassen. Wie die Deutsche Welle berichtet, sieht das spanische Selbstbestimmungsgesetz vor, daß Jugendliche ab 16 Jahren ohne medizinisches Gutachten und Einverständnis der Eltern ihren Geschlechtseintrag ändern lassen können. Bereits ab 12 Jahren ist ein Wechsel des Eintrags möglich, mit Einverständnis der Eltern und eines Gerichts.
Auch Kinder, die jünger als 12 Jahre sind, dürfen auf einen anderen Namen bestehen. Zwar dürfen die Kinder ihren Personenstand noch nicht wechseln, aber die Schulen müssen die neuen Namen verwenden, wie der Tagesspiegel schreibt. 191 Abgeordnete stimmten für dieses Gesetz, 60 stimmten dagegen und 91 enthielten sich.
Wie die New York Post berichtet, kam es in Spanien bereits zu absurden Szenen wegen des Gesetzes. So hatten 42 Soldaten in der spanischen Exklave Ceuta angegeben, daß sie sich als Frauen identifizieren, um höhere Löhne und bessere Schlafquartiere zu bekommen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 5. Dezember 2024 (x1.430/…):
>>**Wegen "Flüchtlingsströmen": In sieben deutschen Städten Polio-Viren im Abwasser gefunden**
In sieben deutschen Großstädten, darunter Hamburg und München, wurden Polio-Viren im Abwasser gefunden. Laut einem WHO-Virologen sei das bei den "Flüchtlingsströmen- und Zahlen" nicht verwunderlich.
Von *Redaktion*
In Dresdens Abwasser wurden am Mittwoch Polioviren gefunden.
In sieben Städten in Deutschland, in denen das Abwasser regelmäßig untersucht wird, wurden Polio-Viren gefunden. Das teilte das Robert Koch-Institut (RKI) laut Welt mit. Zuerst betroffen waren München, Köln, Hamburg und Bonn. Am Mittwoch wurden die Viren dann auch im Abwasser von Mainz, Düsseldorf und Dresden gefunden.
Seit 2021 wird in den sieben Städten das Abwasser regelmäßig auf Polio-Viren untersucht. Die Viren stammen aus der Kinderlähmung-Schluckimpfung und sind lebend, aber in abgeschwächter Form. Diese Impfung wird vor allem in Asien und Afrika verwendet.
In seltenen Fällen können die geimpfte Person und Kontaktpersonen an sogenannter Impfpolio erkranken.
In Deutschland wird die Schluckimpfung seit 1998 nicht mehr verwendet. Statt dessen werden inaktivierte Impfstoffe per Spritze gegen den Erreger verabreicht, der als nahezu ausgerottet gilt. Der letzte Polio-Fall in Deutschland wurde in den 90ern registriert.
Der Virologe Rainer Gosert vom WHO-Stützpunkt Poliomyelitis am Universitätsspital Basel sagt zu den Funden laut Welt: "Wenn wir die weltweite politische Lage betrachten und die daraus resultierenden Flüchtlingsströme und -zahlen, ist es nicht verwunderlich, daß Polio im Abwasser gefunden wurde."
Weiter führte er aus: "Der alleinige Nachweis von Poliovirus-Genomabschnitten im Abwasser sagt aber nichts darüber aus, ob es sich um vermehrungsfähige und somit um infektiöse Viren handelt." Vielmehr zeigen die Abwasser-Ergebnisse, daß Frühwarnsysteme gut funktionieren.
Auch in Warschau und Barcelona wurden Polio-Viren im Abwasser ermittelt. Erkrankt man an Polio, kann es in einem von 200 Fällen zu einer Lähmung kommen, wenn man nicht geimpft ist.
Die Krankheit wird auch als Kinderlähmung bezeichnet, da gerade erkrankte Kleinkinder von der Lähmung betroffen sind. Eine Therapie gibt es bisher nicht. Der Virus wird über Schmierinfektion und bei mangelnder Hygiene auch über schmutziges Wasser verbreitet.
Die Weltgesundheitsorganisation und die Landesbehörden aller Bundesländer seien informiert worden, wie das RKI in einer Pressemitteilung schreibt. Weitere Proben würden noch unter-

sucht. Bei anhaltender Zirkulation könne es in Einzelfällen zu Erkrankungen kommen, wenn Menschen nicht vollständig geschützt sind.
Allerdings sei die Wahrscheinlichkeit wegen der guten Hygienestandards in Deutschland und der hohen Impfquote von 90 Prozent gering, wie das RKI laut Welt sagt. Weiter schreibt das RKI in der Pressemitteilung, daß aufgrund der Nachweise nicht sicher gesagt werden könne, ob die Viren innerhalb Deutschlands zirkulieren oder ob Personen sich im Ausland infiziert haben.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 5. Dezember 2024 (x1.430/…): >>**Sparkasse verwehrt Compact die Kontoeröffnung - Gericht gibt dem Magazin recht**
Compact feiert den nächsten juristischen Erfolg: Im November mußte die Sparkasse in Sachsen-Anhalt eine Kontoeröffnung durchführen. Mehrere Geldinstitute hatten sich zuvor gewehrt - das Oberverwaltungsgericht Magdeburg entschied: Das ist eine rechtswidrige Ungleichbehandlung.
Von *Redaktion*
Im Sommer sorgte das Compact-Verbot für Aufsehen - jetzt feiert das Magazin den nächsten juristischen Erfolg.
Nachdem das Bundesverwaltungsgericht bereits das Compact-Verbot von Nancy Faeser kassiert hatte, konnte das Magazin jetzt den nächsten juristischen Erfolg feiern. Nachdem im Zuge des Verbots im Juli auch das Bankkonto des rechten Magazins gesperrt und das Vermögen eingezogen worden war, darf Compact jetzt wieder ein Konto eröffnen.
Dafür mußte Herausgeber Jürgen Elsässer jedoch vor Gericht ziehen: Zahlreiche Geldinstitute verweigerten die Kontoeröffnung des Magazins. Auf einer Pressekonferenz der AfD-Fraktion in Brandenburg teilte der eingeladene Elsässer am Mittwoch mit, im November erfolgreich vor dem Oberverwaltungsgericht Magdeburg geklagt zu haben: Die Sparkasse Burgenlandkreis muß Compact die Eröffnung eines Kontos gewähren.
Die Richter kamen demnach zu dem Schluß, die Ablehnung des Geldinstituts sei eine rechtswidrige Ungleichbehandlung, die auch nicht durch die "verfassungsfeindliche Zielsetzung" des Magazins begründet werden könne. Damit sprach das Oberverwaltungsgericht ein unanfechtbares Machtwort gegenüber der Sparkasse aus. Zuvor hatten auch andere Banken in Sachsen-Anhalt, wo das Magazin seinen Sitz hat, die Kontoeröffnung abgelehnt.
Elsässer teilte mit, nach dem von Innenministerin Faeser angeordneten Compact-Verbot im Juli habe das Unternehmen über zwei Monate weder Rechnungen bezahlen, noch Gelder erhalten oder Mitarbeiter entlohnen können. Kurz nach der Aufhebung des Verbots im August hatte der Herausgeber die "Untergrenze des wirtschaftlichen Schadens" auf etwa 320.000 Euro geschätzt und eine Entschädigung gefordert.
Am 16. Juli fand in den Räumlichkeiten des Magazins in Brandenburg eine Razzia statt. Dabei wurde sämtliches Eigentum des Medienunternehmens eingezogen - auch Bürostühle und andere Gegenstände waren betroffen. Compact, das zu Spitzenzeiten eine Auflage von bis zu 80.000 Magazinen verkaufte, mußte die journalistische Tätigkeit vollständig einstellen, die Konten in den sozialen Medien sowie der YouTube-Kanal des Magazins wurden vorübergehend gesperrt.
Am 14. August kippte das Bundesverwaltungsgericht diese Entscheidung vorerst. Im Februar sollen die Richter im Hauptsacheverfahren über die staatliche Maßnahme gegen das seit Dezember 2021 vom Bundesverfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestufte Magazin entscheiden.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Keine Verschwörungstheorie mehr …**
Von *Sven Eggers*
Hamburg meldet: Fast jeder zweite Bürger hat Migrationshintergrund, in vielen Stadtteilen

sind Deutsche in der Minderheit. … Wie war das? Wie konnte es soweit kommen? Hier mehr erfahren.

Ein am Dienstag erschienener Bericht des Statistischen Landesamtes sorgt in der Hansestadt Hamburg für Aufsehen. Danach haben mittlerweile 40,4 Prozent einen Migrationshintergrund. Die Zahl der Ausländer ist mit 20,7 ausgewiesen. Im Stadtteil Billbrook leben 80,5 Menschen ohne deutschen Paß, 88,1 Prozent haben Migrationshintergrund, unter dortigen Kindern und Jugendlichen sind es 98,2 Prozent.

Wo bleibt die Abschiebeoffensive?

Dirk Nockemann, AfD-Fraktionsvorsitzender in der Bürgerschaft kommentiert: "Die Zahlen lügen nicht: Deutsche werden zur Minderheit im eigenen Land, und in Teilen sind die Deutschen die neue Minderheit. Das ist keine wilde Verschwörungstheorie, sondern reine Statistik." Die Folgen davon seien "unverkennbar: explodierende Sozialausgaben sowie steigende Gewaltkriminalität". Nockemann weiter: "Wir brauchen endlich eine Abschiebeoffensive und sichere Grenzen."

In einem Bericht mit dem Titel Ausländische Bevölkerung 2023 des Statistischen Bundesamtes ist die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung über einen längeren Zeitraum dargestellt. Die Erfassung erfolgt hier mit dem Stichtag 1.12.1871. Damals war die deutsche Bevölkerung mit insgesamt rund 41 Millionen Menschen knapp halb so groß wie heute. Der Ausländeranteil betrug seinerzeit 0,5 Prozent oder 207.000 Personen. Eine kontinuierliche Zunahme dieser Zahl läßt sich feststellen: Das "frühere Bundesgebiet" der BRD wies zum Stichtag 6.6.1961 eine Bevölkerung von rund 56 Millionen Deutschen darunter 686.000 Ausländer auf, was 1,2 Prozent ausmachte.

Diese Zahl stieg bis zur Wiedervereinigung langsam immer weiter an: 1979 waren es schon 4,5 Prozent, 1980 dann 7,4 Prozent, 1989 runde 8,0 Prozent. Zwischen der Wiedervereinigung und dem Jahr 2014 blieb dieser Wert relativ konstant. Schwankte die gesamte Bevölkerungszahl in diesem Zeitraum um den Wert 80 bis 82 Millionen, pendelte sich die Zahl der Ausländer auf einem Niveau von etwa sieben Millionen ein, was knapp neun Prozent ausmachte.

Sprunghaft ab 2014/2015

Aber ab 2014 ist ausweislich dieser Daten ein sprunghafter Anstieg zu erkennen. Im Jahr 2015, dem Jahr der Grenzöffnung durch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), erreichte der Ausländeranteil in Deutschland einen seit 1871 nie erreichten Höchstwert von 10,5 Prozent, was in absoluten Zahlen 8,6 Millionen Ausländer bedeutete.

Seither stieg die Zahl jedes Jahr kontinuierlich an und hat sich bis Ende 2023 auf den Rekordstand von 15 Prozent (rund 13 Millionen) gesteigert. Das heißt also, daß sich die Zahl der ausländischen Mitbürger im letzten Jahrzehnt nahezu verdoppelt hat. Sie stieg von sieben Millionen im Jahr 2013 auf 13 Millionen im Jahr 2023. Dabei ist zu beachten, daß auch diese Zahlen nur Personen erfassen, die nicht zwischenzeitlich die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben. Entsprechend fallen auch Personen aus dieser Statistik heraus, die als Kinder ausländischer Eltern in Deutschland geboren wurden.

Jeder Vierte mit Zuwanderungsgeschichte …

Fragt man nach der Zahl der insgesamt in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, ergibt sich ein noch deutlicheres Bild. Dazu erfaßte der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR), ein laut eigenem Bekunden "unabhängiges, interdisziplinär besetztes Expertengremium", in seiner Anfang Dezember 2023 herausgegebenen Publikation Fakten zur Einwanderung in Deutschland.

Hier heißt es: "In Deutschland lebten 2022 laut Mikrozensus rund 83,1 Millionen Menschen (Statistisches Bundesamt 2023e). Mit rund 23,8 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund hat mehr als jede beziehungsweise jeder Vierte (28,7 Prozent) eine eigene oder eine über mindestens einen Elternteil mitgebrachte Zuwanderungsgeschichte."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**J. D. Vance: Der Zauberlehrling**

Von *Daniell Pföhringer*

Einst verglich er Trump mit Hitler, nun wird er sein Vizepräsident. J. D. Vance hat einen bemerkenswerten politischen Wandel vollzogen - und einen beispiellosen Aufstieg. …

Trump? Nein, der käme für ihn "niemals in Frage", den habe er "noch nie gemocht". In einer privaten Nachricht bezeichnete er den republikanischen Polit-Star als "Amerikas Hitler", öffentlich als "Idioten". Diese Aussagen stammen aus dem Jahr 2016 - und zwar von dem Mann, der 2025 als Vizepräsident ins Weiße Haus einziehen wird. Wie kam es zu diesem Sinneswandel? Und wer ist dieser J. D. Vance eigentlich?

Ganz unten

Als James David Vance 1984 in der Kleinstadt Middletown im US-Bundesstaat Ohio das Licht der Welt erblickt, ist sein späterer Aufstieg alles andere als vorgezeichnet. Sein Vater Donald ist einfacher Arbeiter, verläßt die Familie noch bevor der Junior laufen lernt. In seiner 2016 erschienenen Autobiographie Hillbilly Elegy wird Vance seine Kindheit später als eine Zeit beschreiben, in der "Gewalt und Chaos omnipräsent" waren.

Sein Schicksal steht beispielhaft für Hunderttausende im sogenannten Rust Belt, der ältesten und größten Industrieregion der USA im Mittleren Westen, zur damaligen Zeit. Die großen Stahlfirmen brechen reihenweise zusammen, Millionen verlieren ihre Jobs. In Middletown ist die Arbeitslosenquote besonders hoch, viele ertränken ihren Frust in Alkohol oder benebeln sich mit Drogen. (…)

Nach dem Highschool-Abschluß 2003 geht Vance zum Militär - und zwar zu den besonders harten Hunden des Marine Corps. Dort lernt er Disziplin und Ordnung kennen. Und daß man zum Erfolg kommt, indem man Leistung zeigt. (…)

Die zweite große Chance gibt ihm Peter Thiel. Den US-Investor deutscher Herkunft, der vor allem als Mitgründer des Online-Bezahldienstes Paypal bekannt ist, lernt er 2011 bei einem Vortrag in Yale kennen. Thiel macht sich darin über die Berufsaussichten von Jurastudenten lustig und empfiehlt den jungen Leuten, lieber zu den Tech-Unternehmen ins Silicon Valley zu gehen. Die beiden Männer verstehen sich blendend, so daß Vance dem Ruf Thiels nach San Francisco folgt und als Geschäftsführer bei dessen Firma Mithril Capital einsteigt, bevor er sich mit eigenem Unternehmen als Risikokapitalgeber selbständig macht.

Ganz oben

Obwohl Vance bereits nach seinem Studium kurzzeitig für einen republikanischen Abgeordneten tätig gewesen ist, steigt er erst 2021 selbst in die Politik ein und kandidiert ein Jahr später für den US-Senat. Hatte er noch wenige Jahre zuvor in einem Meinungsbeitrag für die New York Times gelästert: "Herr Trump ist ungeeignet für das höchste Amt unseres Landes", wirft er diese Bedenken nun über Bord und sichert dem starken Mann der Republikanischen Partei seine volle Unterstützung zu.

Thiel finanziert seinen Wahlkampf mit über zehn Millionen Dollar, Trump steigt für ihn in die Bütt - und Vance zieht für Ohio in den Senat ein. Dort zeigt sich der zuvor Moderate nun als stramm konservativ und wendet sich insbesondere gegen die fortwährenden Militärhilfen für Kiew aus Washington. In einem Interview erklärt er sogar, daß es ihm ziemlich egal sei, was mit der Ukraine passiere.

Die Jüdische Allgemeine meint, daß Vance zu dieser Zeit auch anfällig für vermeintliche Verschwörungstheorien geworden sei. "Nach dem Sturm auf das Kapitol hat der Senator wiederholt den Ernst dieses Aufstandes in Frage gestellt. Mehrfach wiederholte er Trumps Behauptung, daß zu Haft verurteilte Teilnehmer an der Kapitolerstürmung "politische Gefangene" seien. Vance schrieb zudem einen wohlwollenden Klappentext für ein im Juli (2024) erschienenes Buch von Jack Posobiec, einem politischen Funktionär, der vielleicht am besten für die

Verbreitung der "Pizzagate-Theorie" bekannt ist - die Demokraten beschuldigte, Pädophile zu sein, die entführte Kinder in Pizzerias festhielten", so das Blatt.
Zudem zähle Vance "zu den Förderern der Verschwörungstheorie des "Großen Austausches", die besagt, daß Demokraten versuchten, Immigranten zu benutzen, um weiße Amerikaner zu ersetzen und dadurch die Kontrolle über die Nation zu erhalten". 2022 erklärt der künftige US-Vizepräsident bei Fox News: "Wir haben eine Invasion in diesem Land, weil sehr mächtige Leute wegen dieser reicher und mächtiger werden." (…)
Den vollständigen Beitrag lesen Sie in der Dezember-Ausgabe von COMPACT mit dem Titelthema "Geheimplan für Deutschland - Wie Trump die Welt verändern wird".<<

06.12.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.428/…): >>**Jeder Zweite spart am Weihnachtsessen: Armutsregierungen von CDU bis Ampel abwählen!**
Diese traurige Umfrage zeigt, wie sehr sich Deutschland dank der etablierten Parteien auf dem Weg nach ganz unten befindet: Jeder zweite Deutsche will bei den Lebensmitteleinkäufen für Weihnachten sparen, ergab eine Untersuchung des Marktforschungsunternehmens YouGov. 16 Prozent der Befragten wollen die Vorspeise weglassen.
14 Prozent sind so arm, daß sie sogar auf einen seit Jahrhunderten gepflegten Brauch verzichten wollen - auf die Weihnachtsgans. Wo sind wir hingeraten, wenn die Bürger sich noch nicht einmal dieses Gaumenschmauses sicher sein können, der schließlich nur einmal im Jahr genossen wird?
Doch genau das sind eben die Folgen, wenn die Energiepreise explodieren und Tausende ihren Arbeitsplatz verlieren, weil die etablierten Parteien von der CDU bis zu den Grünen an der "Energiewende" festhalten. Während in Frankfurt ein Luxushotel mit Pool und finnischer Sauna zu einer Unterkunft für "Flüchtlinge" umgebaut wird, sitzen verarmte und arbeitslose deutsche Eltern in ihren kalten Wohnungen und können ihren frierenden Kindern nur einen halbleeren Teller ohne Weihnachtsgans bieten. Diese Schande zeigt, wie CDU und Ampel-Parteien mit den Bürgern des eigenen Landes umgehen!
Wir dürfen und werden uns nicht daran gewöhnen - auch nicht daran, daß jeder fünfte Rentner und jedes siebte Kind in Deutschland armutsgefährdet sind. All diese Entwicklungen zeigen: Mit jedem Tag, der vergeht, wird unser Land unsozialer - weil die Regierenden unser Steuergeld in aller Welt verschenken. Die AfD wird deshalb nicht ruhen, bis wir zu einer Politikwende kommen und sichergestellt ist, daß jedes Kind in Deutschland sich auf eine Weihnachtsgans freuen kann.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.428/…): >>**Lügenminister Habeck täuscht die Bürger!**
Es ist unfaßbar, daß dieser Mann Bundeskanzler werden will: Wirtschaftsminister Habeck hat nicht nur Deutschlands völlige Deindustrialisierung vollstreckt - er fällt auch mit dreisten Lügen auf. "Die Inflation geht zurück", behauptet Habeck in Bundestag.
In Wahrheit geht das Statistische Bundesamt für November von einer Inflationsrate von 2,2 Prozent aus - gegenüber 2,0 Prozent im Vormonat. Lüge Nummer zwei: "Die Strompreise für die Industrie sind so niedrig wie seit dem Jahr 2017 nicht mehr." Die Fakten: Große Industriebetriebe etwa in der Stahl- und Chemieindustrie bezahlen durchschnittlich 13,94 Cent pro Kilowattstunde Strom und somit rund 40 Prozent mehr als 2017 (9,96 Cent).
Dabei muß man bedenken: Sinkende Inflationsraten bedeuten nicht, daß die Preise sinken - sie bedeuten nur, daß die Preise nicht mehr so schnell steigen wie vorher. Erst wenn die Inflationsrate unter null Prozent sinkt und somit eine Deflation vorliegt, sinken die Preise. Habeck spielt sich als Gegner von "Fake News" auf, dabei ist er selbst ein König der Desinformation. Und nicht vergessen: Diesen Mann kann sich der CDU-Bundesvorsitzende Friedrich Merz

ausdrücklich als Wirtschaftsminister in einer schwarz-grünen Koalition vorstellen! Wer CDU wählt, bekommt also nicht nur grüne Deindustrialisierung und Massenmigration, sondern auch grüne Lügen und Desinformation.
Wenn Bürger jedoch ihrem Unmut über Habeck im Internet Luft machen, kommt es schon mal zu einer Hausdurchsuchung, während kriminelle Migranten-Clans sich in aller Seelenruhe ausbreiten können und Islamisten auf offener Straße ein Kalifat fordern. Habeck, Merz und die etablierten Parteien haben jegliche Bodenhaftung und jeden Bezug zum Normalbürger über Bord geworfen.
Nur die AfD wird die grüne Deindustrialisierung stoppen und den Lügenschleier der "Energiewende" beiseiteziehen. Bei uns können sich die Bürger darauf verlassen: Wir machen weder Herrn Habeck noch irgendeinen anderen grünen Politiker zum Minister!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.429/…):
>>**Söder-Justiz verfolgt "Politiker-Beleidigung" besonders scharf: AfD Bayern schlägt Alarm - Dringlichkeitsantrag zur Meinungsfreiheit!**
In allen Bundesländern ermittelt die System-Justiz verschärft wegen "Politiker-Beleidigung" - besonders scharf und eifrig in Bayern! Im Freistaat unterhalten die politisch weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften sogar "Sonderdezernate zur Bekämpfung von Hatespeech". Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag ist alarmiert und will In Kürze einen Dringlichkeitsantrag zum Schutz der Meinungsfreiheit einbringen.
Im Entwurf der Vorlage (liegt dem Deutschland-Kurier vor) wird auf die drakonischen, allerdings noch nicht rechtswirksamen Strafen (480 Tagessätze) gegen DK-Chefredakteur David Bendels verwiesen.
Unter dem Titel "Meinungsfreiheit in Bayern verteidigen - Schutz der Bürger vor unverhältnismäßiger Strafverfolgung" appelliert die von Katrin Ebner-Steiner geführte AfD-Fraktion an das Landesparlament, die Landesregierung unter Ministerpräsident Markus Söder (CSU) an die Kandare zu nehmen und den Justiz-Eifer im Freistaat zu stoppen.
In dem Antragsentwurf heißt es: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, daß die Meinungsfreiheit in Bayern stärker verteidigt wird und die Bürger vor unverhältnismäßiger Strafverfolgung geschützt werden."
Zur Begründung führt die AfD an: "Die Meinungs- und die Pressefreiheit stehen auch in Bayern massiv unter Druck. Die Strafverfolgungsbehörden greifen aktuell zu teils überzogenen Maßnahmen."
Als Beispiel nennt die bayerische AfD-Landtagsfraktion die Strafbefehle gegen den Herausgeber und Chefredakteur des Deutschland-Kuriers, David Bendels. Dieser soll 210 Tagessätze zahlen allein wegen der Verbreitung eines laut des renommierten Staatsrechtlers Rupert Scholz "eindeutig" von der Presse- und Meinungsfreiheit gedeckten satirischen Memes im Internet. Die Fotomontage zeigt Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) mit einem Plakat, auf dem zu lesen steht: "Ich hasse die Meinungsfreiheit."
Zusammen mit zwei anderen Veröffentlichungen, die laut Scholz ebenfalls "eindeutig" von der Presse- und Meinungsfreiheit gedeckt sind, summieren sich die vom Amtsgericht Bamberg (Mittelfranken) verhängten Geldstrafen auf absurde 480 Tagessätze. Ab 90 Tagessätzen gilt man in Deutschland als vorbestraft.
"Politiker müssen mehr aushalten"
Die AfD verweist nicht nur auf das ungewöhnlich hohe Strafmaß - selbst im Falle einer Beleidigung würden die Tagessätze üblicherweise im Bereich zwischen 30 und 40 Einheiten liegen- , sondern auch auf die höchstrichterliche Rechtsprechung, der zufolge Politiker "mehr aushalten müssen" als andere Prominente.
Christoph Maier, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, erklärte gegenüber dem Deutschland-Kurier zum Dringlichkeitsantrag seiner Fraktion: "In

Bayern wird auffällig oft wegen sogenannter Politikerbeleidigung ermittelt. Die Sonderdezernate der Staatsanwaltschaften zur Bekämpfung von 'Hate Speech' werden besonders aktiv, wenn grüne Spitzenpolitiker Anzeige erstatten.
Dabei finden nicht selten Hausdurchsuchungen statt, die im groben Mißverhältnis zum Tatvorwurf stehen und einschüchternde Wirkung haben können. Viele Äußerungen sind von der Meinungsfreiheit geschützt. Satire und Kunst sind gerade typische Formen der der politischen Auseinandersetzung."
Maier warnte: "Wer allzu schnell mit den Strafanträgen in den politischen Meinungskampf, unter dem Deckmantel von 'Hate Speech', eingreift, muß sich fragen lassen, wo dies enden soll."

Dafür ist man im Staate Söder "dran"

Daß die Justiz im Freistaat Bayern mit ihren staatsanwaltschaftlichen Sonderdezernaten besonders eilfertig in Sachen angeblicher Hassrede ist, thematisiert die "Welt" in einem ausführlichen Artikel, der leider nur hinter der Bezahlschranke zugänglich ist. Das Springer-Portal greift die sogenannte "Schwachkopf-Affäre" heraus.
Zur Erinnerung: Nach einer Anzeige von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") kam es zu einer Hausdurchsuchung bei einem Rentner, weil der die bekannte Werbung eines Shampoo-Herstellers mit einem Scherenschnitt Habecks persifliert hatte. Der Fall sorgte bundesweit für Schlagzeilen. Dabei hatte der 74-Jährige das Habeck-Meme nicht einmal selbst angefertigt, sondern lediglich weiterverbreitet.
Die "Welt" führt weitere, "in Bayern auffallend häufige" Beispiele an:
- So mußte sich etwa ein Unternehmer für ein Plakat verantworten, das Vizekanzler Robert Habeck ("Grüne") unterstellte, er könne nicht bis drei zählen, garniert mit dem Spruch "Bündnis 90 - grüner Mist". Hier scheiterte die Staatsanwaltschaft, weil das Amtsgericht Miesbach (Oberbayern) das Plakat als zulässige Meinungsäußerung wertete.
Auch ein zweites Plakat, das Ex-Grünen-Chefin Ricarda Lang als Dampfwalze zeigte ("Wir machen alles platt"), dazu Habeck und Ökosozialistin Annalena Baerbock in kindlich-naiver Pose, ging für das Gericht in Ordnung.
- Eine Strafe in Höhe von 9.600 Euro (120 Tagessätze) mußte dagegen ein Mann aus Kronach (Oberfranken) zahlen, angezeigt von Baerbock höchstpersönlich. Der Mann hatte sie als "dümmste Außenministerin der Welt" bezeichnet.
Es hagelte weitere Anzeigen, weil der Beschuldigte den SPD-Politiker Michael Roth u.a. als "Trottel" beschimpft hatte, die SPD-Politikerin und frühere Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli "muslimische Sprechpuppe" nannte und die FDP-Kriegstreiberin Marie-Agnes Strack-Zimmermann mit dem Spruch "Adolf läßt grüßen" bedachte.
- In München wurde ein Rechtsanwalt angeklagt und verurteilt. Er hatte im Heckfenster seines SUV ein Videolaufband montiert. Da waren unter anderem die Verballhornungen "Blödbock" und "Hadreck" zu lesen. Eine Zivilstreife stoppte ihn. Baerbock und Habeck zeigten den Mann an. Das Amtsgericht München brummte ihm 6.000 Euro Strafe auf.

Mißbrauch der Justiz

Der von der AfD geplante Dringlichkeitsantrag resümiert: "Es entsteht bei den Bürgern vielfach der Eindruck, daß die hohen Strafen und Durchsuchungen bei den Beschuldigten zur Einschüchterung oder Abschreckung genutzt werden und die Justiz zur Bekämpfung von politischen Gegnern oder mißliebigen Medien mißbraucht wird."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.429/…):

>>**Willkür gegen DK-Chefredakteur: Bayerische Justiz ermittelt jetzt gegen sich selbst!**

Spektakuläre Wendung im Verfahren der bayerischen Justiz gegen den Herausgeber und Chefredakteur des Deutschland-Kuriers, David Bendels, wegen angeblicher Politikerbeleidigung, Verleumdung und Volksverhetzung: Die bayerische Justiz ermittelt jetzt gegen sich

selbst - wegen des Verdachts auf Rechtsbeugung!
Bei der Präsidentin des Landgerichts Bamberg (Regierungsbezirk Oberfranken), Ursula Haderlein, ist in der Causa David Bendels eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Richterin am Amtsgericht Bamberg, Alicia Friedmann, "hinsichtlich aller in Frage kommenden dienstrechtlichen und ggf. strafrechtlichen Aspekte" anhängig. Das hat der Direktor des Amtsgerichts Bamberg, Martin Dippold, bestätigt.
Konkret geht es um den Verdacht auf Rechtsbeugung. Paragraph 339 des Strafgesetzbuches (StGB) sieht dafür Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren vor.
Auslöser der justiz-internen Untersuchungen ist eine Dienstaufsichtsbeschwerde, die der frühere "Bild-Politikchef" Einar Koch beim Amtsgericht Bamberg erhoben hat. Behördenleiter Dippold bestätigte, daß diese "zuständigkeitshalber" an die Präsidentin des Landgerichts Bamberg abgegeben wurde.
Gegenständlich sind die beim Amtsgericht Bamberg geführten Strafverfahren gegen DK-Chefredakteur David Bendels wegen angeblicher Politikerbeleidigung, Verleumdung und Volksverhetzung.
Bendels wurde aufgrund von drei Veröffentlichungen, die nach Ansicht u.a. des renommierten Staatsrechtlers und früheren Bundesverteidigungsministers Rupert Scholz (CDU) "eindeutig" und "nach gefestigter Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts" von der Presse- und Meinungsfreiheit gedeckt sind, vom Amtsgericht Bamberg zu insgesamt 480 Tagessätzen (!) verdonnert. Ab 90 Tagessätzen gilt man in Deutschland als vorbestraft.
Vorangegangen waren Strafanzeigen und Strafanträge von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Bezüglich zweier Veröffentlichungen wurden die Verurteilungen von der Amtsrichterin Alicia Friedmann abgezeichnet.
Einen der inkriminierten Beiträge hatte Einar Koch als Gastautor des Deutschland-Kuriers unter der presserechtlichen Verantwortung von David Bendels verfaßt.
Unter der Überschrift "Steinmeier, Faeser und Haldenwang haben in Augsburg mitgeprügelt" ging es in dem Beitrag um die brutale Prügelattacke auf den damaligen AfD-Fraktionschef im Augsburger Stadtrat, Andreas Jurca, im August 2023. Jurca sitzt heute für die Partei im Bayerischen Landtag. https://deutschlandkurier.de/2023/08/migranten-ueberfall-auf-afd-politiker-steinmeier-faeser-und-haldenwang-haben-in-augsburg-mitgepruegelt/
Die Fotomontage zu dem Artikel zeigte Ex-Verfassungsschutz-Chef Thomas Haldenwang (CDU) und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit Baseballschlägern und das von Hämatomen entstellte Gesicht des AfD-Politikers. Zu sehen war außerdem Nancy Faeser (ohne Baseballschläger).
In dem Artikel ging es inhaltlich darum, daß der Autor nach einem Gewaltaufruf der sogenannten Antifa gegen AfD-Kandidaten bei den Landtagswahlen im Herbst 2023 (Bayern, Hessen) den vorstehend Genannten vorgeworfen hatte, sie hätten mit ihrer aggressiven Rhetorik (u.a. "Zähne zeigen", "keine mildernden Umstände") im übertragenen Sinne "mitgeprügelt".
Staatsrechtler Scholz kritisierte: "Das Vorgehen von Frau Faeser gegen Herrn Bendels erscheint mir willkürlich zu sein."
Als Jurist vermied der Staatsrechtler zwar eine direkte Kritik an der bayerischen Justiz insoweit, als diese Faesers Strafanträge nicht verworfen hat; aber die Schlußfolgerung aus den Worten von Rupert Scholz kann nur lauten: Wenn die Strafanträge willkürlich waren, sind es die Verurteilungen wohl erst recht!
In seiner Dienstaufsichtsbeschwerde nimmt Einar Koch außerdem Bezug auf Top-Medienanwalt Joachim Steinhöfel. Der hatte im Zusammenhang mit Faesers Strafantrag bezüglich des DK-Memes "Ich hasse die Meinungsfreiheit" gegenüber dem Online-Portal "Welt" am 21. November geäußert: "Der jetzt von einer Bamberger Strafrichterin (nicht Friedmann, die Red.) erlassene Strafbefehl wegen einer eindeutig zulässigen Meinungsäußerung kriminalisiert

die Wahrnehmung eines Grundrechts. Die dafür erforderliche fachliche Inkompetenz ist so schwer vorstellbar, daß man eine vorsätzlich falsche Anwendung des Rechts nicht mehr ausschließen kann."
Dazu schreibt Einar Koch in seiner Dienstaufsichtsbeschwerde an die Bamberger Justiz: "Die Äußerung von RA Steinhöfel bedeutet übersetzt, daß vorliegend strafbare Rechtsbeugung (339 StGB) nicht ausgeschlossen werden kann."
Frau Landgerichts-Präsidentin, walten Sie Ihres Amtes!<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**236.000x Asyl in diesem Jahr**
Im November 2024 sind beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) insgesamt 17.730 Asylanträge gestellt worden. Darunter fallen 16.127 Erstanträge und 1.603 Folgeanträge, teilte das Bamf am Freitag mit. Im Vergleich zum Vormonat sank die Anzahl der Asylerstanträge um 18,5 Prozent.
Die Hauptherkunftsländer waren Syrien, Afghanistan und die Türkei. Insgesamt hat das Bundesamt im November über die Asylanträge von 29.103 Personen (Vormonat: 26.781; Vorjahresmonat: 27.970) entschieden.
Im Zeitraum Januar bis November 2024 haben insgesamt 236.399 Personen einen Asylantrag in Deutschland gestellt, 216.861 Erst- und 19.538 Folgeanträge. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (304.581 Erstanträge) bedeutet dies eine Abnahme um 28,8 Prozent. 19.873 der Erstanträge im Jahr 2024 betrafen in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter einem Jahr.
Im selben Zeitraum hat das Bundesamt über 281.262 Erst- und Folgeanträge entschieden, die Gesamtschutzquote lag bei 45,3 Prozent. Im vergleichbaren Vorjahreszeitraum waren es 242.185 Entscheidungen, ein Anstieg um 16,1 Prozent. Abgelehnt wurden die Anträge von 82.961 Personen, 70.823 Verfahren entfielen auf sogenannte sonstige Verfahrenserledigungen (z.B. Dublin-Verfahren oder Verfahrenseinstellungen wegen Rücknahme des Asylantrages).
Die Gesamtverfahrensdauer der Erst- und Folgeanträge für das gesamte Bundesgebiet betrug im Zeitraum Januar bis November 2024 8,6 Monate. Bei den Jahresverfahren, die alle Entscheidungen über Erst- und Folgeanträge mit Antragstellung in den vergangenen zwölf Monaten umfassen, betrug die Dauer 4,7 Monate.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**EnBW drängt auf Rückkehr zu Freileitungen**
Der Chef des Energieversorgers EnBW, Georg Stamatelopoulos, fordert eine insgesamt kostengünstigere Energiewende. "Wir können nicht immer treffsicher die teuerste Lösung wählen", sagte Stamatelopoulos dem Nachrichtenmagazin Focus. "So, wie die Energiewende bisher gemacht wurde, ist sie zu teuer und zu kompliziert."
Man müsse stärker auf die Bezahlbarkeit der Energiewende achten. Als Beispiel nannte er den Ausbau der großen Stromnetze, bei denen auf Erdkabel anstatt auf Freileitungen gesetzt werde, "letztlich, weil diese weniger Widerstand bei den Menschen vor Ort hervorrufen", wie Stamatelopoulos sagte. "Wir versuchen also mit Geld ein Problem der lokalen Akzeptanz zu lösen, verlieren aber die allgemeine Akzeptanz. Das kostet 20 Milliarden Euro mehr."
Der Ausbau der großen Übertragungsnetze könnte bis 2045 rund 300 Milliarden Euro kosten. Stamatelopoulos macht sich nun für eine Rückkehr zu Freileitungen stark und fügte hinzu: "Die Bundesnetzagentur sollte den Netzbedarfsplan vielleicht nochmal dahingehend überprüfen, ob es wirklich alle großen Leitungen zu den jeweiligen Zeitpunkten braucht."
Stamatelopoulos, der seit März 2024 der EnBW vorsteht, machte sich zudem für eine stärkere Rolle des CO2-Preises stark. "Wenn er eine größere Rolle spielen würde, wäre ein politisch festgelegtes Datum für den Kohleausstieg überflüssig", sagte er. "Wir sollten mehr Markt wagen."<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.433/…): >>**Bewußt importierte Feinde der freien Individualität**

Die Strukturen vor allem vorderasiatischer Sippen, die wachsende Kriminalität der Clans und die untergründige Dimension der Ehrenmorde werden von der Politik weitgehend verharmlost. Insbesondere wird ihre Bedingtheit durch eine archaische Kultur verschwiegen, in der der einzelne Mensch nur als Glied der ihm übergeordneten Blutsgemeinschaft gilt, so daß es für sie daher eine Demokratie freier Individualitäten grundsätzlich nicht geben kann.

Dies zu thematisieren, würde nämlich die unbegrenzte Massenmigration der herrschenden Altparteien als einen bewußten Import entlarven, der gegen das eigene Volk, die europäischen Volkskulturen mit ihrer Entwicklung zur freien Individualität und damit gegen die Demokratie gerichtet ist.

"Senad H. hatte keine Chance", schrieb Focus am 9.11.2024 in einer Reportage, "der Angehörige eines Roma-Clans mußte an jenem 10. März in Köln-Kalk in der Bambergerstraße für die haßerfüllten Social-Media-Posts seines Bruders büßen. Als er mit seinem Auto der Marke Smart in die Kreuzung einfuhr, wurde er bereits erwartet. Mehrere Autos verstellten ihm den Weg. Angehörige einer rivalisierenden Roma-Sippe näherten sich seinem Wagen. …

Der Mob vergrößerte sich zusehends auf 30 Personen. Schläge prasselten auf den Fahrer ein, der versuchte, auf der Rückbank Deckung zu finden. Doch dann riß einer der Angreifer die Kofferraumtür auf und zog das Opfer auf die Straße. Hammerschläge sausten auf Senad H. nieder. Weitere Angreifer prügelten wie wild auf ihn ein, Kniestöße, Tritte und Messerstiche wechselten sich ab. …

Nach zwei Wochen starb Senad H, totgeprügelt einzig, weil sein Bruder Mirsad eine rivalisierende Roma-Familie und deren Toten via Facebook übel beleidigt hatte. Zudem soll Mirsad mit der Pistole in der Hand einem führenden Mitglied des anderen Clans mit dem Tod gedroht haben."

Senad H. haftete für die Beleidigungen, mit denen sein Bruder, der in Serbien lebte und nicht greifbar war, die "Ehre des Clans" geschändet hatte. Primär wird schon der Täter selbst verfolgt, aber er gilt nicht als Individualität, die für ihre Taten allein verantwortlich ist, sondern als Glied der blutsgebundenen Sippe, des Clans. Dieser ist verantwortlich für das, was seine Mitglieder tun, so daß es letztlich nicht darauf ankommt, welcher Angehörige bestraft wird. Die Hauptsache ist, daß er blutsmäßig Teil des feindlichen Clans ist. Denn der Clan ist es, der die schändliche Tat an dem anderen Clan begangen hat.

Es werden daher auch keine Gesetze eines demokratischen Staates anerkannt, der auf der Vereinbarung freier Individualitäten und ihrer Menschenrechte beruht. Das instinktive Gesetz der Blutsgemeinschaft geht vor und wird in emotionaler Selbstjustiz gnadenlos durchgeführt.

Dieser bestialische Mord mitten in Deutschland ist kein Einzelfall, ebenso wenig wie die vielen Ehrenmorde an Frauen oder jungen Mädchen, die eigenmächtig, ohne das Einverständnis der Sippenführung mit Männern eine Beziehung eingegangen sind, oder sich unbotmäßig gegenüber der Sippe oder ihren Männern verhalten haben.

Die Clans bieten auch bei der Strafverfolgung kriminell gewordener Mitglieder einen gewissen Schutz, da alle verpflichtet sind, niemanden zu verraten, denn die Verfolgung eines Einzelnen oder einer Gruppe von ihnen wird als Verfolgung des ganzen Clans empfunden.

Bei den überwiegend dem Islam angehörigen Migranten verbindet sich die Stellung des in der Blutsgemeinschaft gebundenen, der Autorität des Sippen-Ältesten unterworfenen unselbständigen Menschen mit der Stellung des Allah völlig Ergebenen, Unterworfenen, der seinen Worten und Gesetzen unbedingten Gehorsam schuldig ist. Der Wille Allahs aber ist total und umfaßt alle Lebensbereiche, auch den politisch-rechtlichen. Das ganze Leben muß Abbild des religiösen Lebens des Islam sein.

Nach Einschätzung des syrisch-stämmigen Politologen Bassam Tibi, emeritierter Professor

der Uni Göttingen, seien etwa zehn Prozent der Muslime in Deutschland beruflich und gesellschaftlich eingegliedert. Neunzig Prozent lebten in Parallelgesellschaften, von denen die Clans eine besonders eng zusammenhaltende, oft kriminelle, aber wachsende Minderheit sind.
Die Migrantenviertel der Großstädte, die teilweise unzugängliche "No-go-Areas" bilden, sind nur besondere Konzentrationen der sonst mehr verstreut wohnenden Parallelgesellschaften.
Der deutsch-ägyptische Politologe Hamed Abdel-Samad schreibt, daß allein in Berlin zwanzig Clans mit 9.000 Mitgliedern über fünf Stadtviertel herrschten. Früher machten sie Geld durch Drogenhandel, Schutzgelderpressung und Zuhälterei, jetzt betrieben sie Geldwäsche durch Immobiliengeschäfte. … Über Drittmänner kauften sie etwa in Berlin Immobilien, die sie dann der Stadt für teures Geld als Unterkünfte für Flüchtlinge anboten.
Der deutsche Islamwissenschaftler libanesischer Abstammung Ralph Ghadban stellt fest, daß es sich bei den Clans in Deutschland in den meisten Fällen um libanesisch-kurdische Clans handle. Nach Einschätzung des Bundeskriminalamtes umfasse diese Gruppe etwa 200.000 Personen. Hinzu kämen in letzter Zeit Clans aus Tschetschenien, Albanien, Kosovo, auch jesidische Clans, die ähnlich organisiert und teilweise auch als Clan kriminell aktiv seien.

Entwicklung

Die archaische Gebundenheit in Blutsgemeinschaften ist einer Entwicklungsstufe verhaftet geblieben, von der sich die abendländische Entwicklung seit der griechisch-römischen Antike allmählich emanzipiert hat.
Der stärkste Impuls zur Emanzipation des Einzelmenschen aus den Blutsgemeinschaften ging vom Christentum aus. Christus sah es als an der Zeit an, das innerste geistige Wesen des Menschen, sein Ich, zu stärken und aus der Abhängigkeit der Blutsbande zu befreien. Die zentralste und radikalste Aufforderung dazu findet sich im Lukas-Evangelium Kap. 14, Vers 25-26: "Wenn jemand zu mir kommt und sich nicht frei machen kann von seinem Vater und seiner Mutter, von seinem Weibe und seinen Kindern, von Brüdern und Schwestern, ja so-gar von seiner eigenen Seele, der kann nicht mein Jünger sein."
Damit ist sicher nicht gemeint, sich von seiner Familie zu trennen, sondern sich innerlich von der Bestimmung, die vom gemeinsamen Blut ausgeht, zu befreien. Ja, man soll sich auch von seinen Seelengewohnheiten, die ja bisher durch die Kräfte der Blutsgemeinschaft geprägt wurden, frei machen. Dann bleibt nur noch, sich auf sein innerstes geistiges Ich zu stellen und all sein Handeln aus der eigenen Erkenntnis selbst zu bestimmen. Daher sagte Christus auch: "Ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen."
Damit war verbunden, daß sich auch die Beziehung des Menschen zum Göttlichen von dem Erleben loslöste, das aus dem Blut aufstieg, und unmittelbar Sache der sich emanzipierenden Seele und des Ich wurde. Sie ging, ebenso wie in der Sphäre des politisch-staatlichen Lebens, von der Gruppe auf jeden einzelnen Menschen über, unabhängig davon, welchem Verwandtschaftszusammenhang er noch angehörte.
Das Verhältnis des Einzelnen zur Gemeinschaft hat sich dadurch grundlegend geändert. Nicht mehr darf der Einzelne der Gemeinschaft untergeordnet sein, sondern umgekehrt ist die Gemeinschaft für den Einzelnen da und hat seiner Entwicklung zu Freiheit und Selbstbestimmung zu dienen.
Dieser tiefe christliche Ich-Impuls, der in den Idealen der Französischen Revolution von Frei-heit, Gleichheit, Brüderlichkeit eruptiv und schlagwortartig zum Ausdruck kam, liegt als innere, gegen alle Widerstände gärende und treibende Kraft der ganzen geistigen und gesellschaftlichen Entwicklung der europäischen Völker und ihrer amerikanischen Ausgliederungen zugrunde. Und diese Entwicklung ist ja noch längst nicht abgeschlossen.

Prinzipielles Integrationshindernis

Die von den Herrschenden gezielt angelockten Millionen Menschen mit archaischen, noch ganz dem blutsgebundenen Gruppenbewußtsein verhafteten Kulturgewohnheiten bieten den

schlafenden Europäern einerseits die Gelegenheit, sich ihrer eigenen Entwicklungsaufgabe bewußt zu werden, die sie nicht aufgeben dürfen. Andererseits müssen sie denjenigen Migranten, deren Individualität am westlichen Vorbild erwacht, die Möglichkeit bieten, sich in die individualistische Kultur der Europäer zu integrieren. Die anderen aber, die hartnäckig in archaischen Parallelgesellschaften bleiben und sich nicht integrieren wollen, muß der Rückweg in ihre Heimatländer geebnet werden.
Ralph Ghadban beschreibt die Situation präzise: "Es geht im Grunde genommen um zwei unterschiedliche Zivilisationsmodelle: das westliche Modell, das auf dem autonomen, mündigen Individuum beruht, und das islamische Modell, das auf der Gruppe - sei es die Großfamilie oder der Megastamm der Muslime, die Umma - basiert und die Autonomie und Mündigkeit des Individuums einschränkt. Die beiden Modelle sind inkompatibel, die Integration setzt die Befreiung des Individuums voraus; das bedeutet die Sprengung der Gruppe."
Auch der integrierte deutsch-ägyptische Politologe Hamed Abdel-Samad, als Sohn eines Imam islamischer Insider, stimmt damit völlig überein: "Integration kann aus meiner Sicht nur gelingen, wenn das Individuum sich vom Würgegriff des Kollektivs befreit und seinen eigenen Weg in die freie Gesellschaft beschreitet. Sie kann nur gelingen, wenn der Einzelne alle moralischen und gesellschaftlichen Mauern zwischen sich und der Gastgesellschaft eliminiert und sich ohne Wenn und Aber mit seiner neuen Heimat und deren Werten identifiziert. Geschieht dies nicht, findet keine Integration statt, selbst wenn uns das manche Studie glauben machen will."
Ralph Ghadban beklagt eine Tradition der Blindheit für kulturell bedingte Probleme und warnt, womöglich werde man diese Mißstände bald nicht einmal mehr beim Namen nennen dürfen. Es fehle ein Forschungszweig in Deutschland, der sich der kulturellen Andersartigkeit der Völker außerhalb Europas vorurteilslos widmet. Diese Forschung sei im Ausland viel stärker entwickelt. Sie sensibilisiere für die Funktionsfähigkeit sozialer Lebensformen wie der Stämme oder Clans. Hinzu sei die Verbreitung des blinden Multikulturalismus quer durch alle Parteien gekommen. Die Einsicht, daß kulturell Fremdes nicht immer bereichert, sei nicht genehm.
"Kulturen, Ethnien und Religionen in Verbindung mit Straftaten zu bringen, wurde sogar weitgehend unter Strafe gestellt. Die Polizei in den Ländern hatte Anweisungen, auf kulturelle Hintergründe kaum einzugehen."
Die Verschleierung ist also Absicht. Ich muß hier zum Näheren der kulturellen Hintergründe auf einen früheren Artikel verweisen, in dem das Thema schon gründlich und ausführlich behandelt worden ist: Arabische Sippen und Clans - archaische Elemente einer antifreiheitlichen Kulturinvasion.<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.432/…): >>**Kreuzzug gegen Naturheilkunde**
Herausgegeben von *Stefan Korinth* und *Paul Schreyer*
Heilpraktiker und Homöopathen sehen sich in Deutschland seit Jahren Angriffen von politischer Seite ausgesetzt, manche Stimmen fordern gar ein Berufsverbot. Zugleich wächst der Zuspruch in der Bevölkerung für Komplementärmedizin und Naturheilkunde.
SUSANNE WOLF
In Deutschland praktizieren rund 47.000 Heilpraktiker in Voll- oder Teilzeitpraxen. Sie kombinieren traditionelle und bewährte Heilverfahren mit wissenschaftlichen Erkenntnissen. Dabei beachten sie nicht nur die körperlichen Symptome ihrer Patienten, sondern auch die emotionale und psychische Verfassung und stellen Fragen zur Lebenssituation.
Heilpraktiker dürfen als nicht-ärztliche Therapeuten Patienten selbstständig behandeln und unterscheiden sich darin etwa von Physio- und Ergotherapeuten oder Krankenschwestern, die nur auf ärztliche Anweisung tätig werden dürfen. Das Behandlungsspektrum von Heilprakti-

kern ist jedoch gegenüber Ärzten durch den sogenannten Arztvorbehalt stark eingeschränkt.
Im Jahr 2020 befragten Therapiewissenschaftler der Hochschule Fresenius mehr als 1.000 Personen zu deren Zufriedenheit mit Ärzten, Therapeuten und Heilpraktikern. Von Ärzten fühlten sich die befragten Patienten oft nicht ausreichend ernst genommen, sehr zufrieden zeigten sie sich hingegen mit der Behandlung durch Heilpraktiker.
"Wir gehen davon aus, daß die Faktoren Kommunikation, Zeit und Ganzheitlichkeit eine große Rolle spielen sowie der Umstand, daß die Menschen den Heilpraktikerbesuch in der Regel selbst zahlen", lautet das Resümee der Wissenschaftler. Während ein Termin beim Heilpraktiker rund 60 Minuten dauert, nehmen sich Ärzte durchschnittlich 7,5 Minuten Zeit pro Patient.
Rückhalt und Diffamierung
Trotz diesem Rückhalt in der Bevölkerung läßt sich seit mehreren Jahren eine Diffamierungs-Kampagne der Bundesregierung gegen diesen Berufsstand verfolgen. Im Jahr 2021 wurde der Rechtsanwalt Christof Stock von der aktuellen Bundesregierung mit einem Rechtsgutachten zum Heilpraktikerrecht beauftragt. Ein Fazit des Verfassers lautet: "Für die Abschaffung des Heilpraktikerberufs gibt es derzeit weder eine ausreichende Tatsachen- noch eine Rechtsgrundlage." Dennoch nahmen seit jenem Zeitpunkt die Angriffe gegen diese Berufsgruppe von politischer Seite zu. Immer wieder gibt es Versuche von Anti-Heilpraktiker-Lobbyisten oder Beauftragten der Regierung, den Beruf politisch in Mißkredit zu bringen.
Im Januar 2024 gipfelte die Diffamierungskampagne in einer Aussage von Felix Klein, Antisemitismusbeauftragter der Bundesregierung, die Heilpraktiker in die Nähe des Antisemitismus rückte. Der Bundestagsabgeordnete und Arzt Stephan Pilsinger (CSU) forderte daraufhin Beweise für diese Behauptungen seitens der Regierung sowie eine Entschuldigung beim Berufsstand der Heilpraktiker. Die Regierung sieht in ihrer Antwort einen Zusammenhang zwischen "Corona-Leugnung", Antisemitismus und Heilpraktikern.
Ursula Hilpert-Mühlig, Sprecherin und Vizepräsidentin des Dachverbandes Deutscher Heilpraktikerverbände (DDH), zeigte sich in einem Offenen Brief "mehr als erschüttert" über die Aussagen Felix Kleins, insbesondere über die Einordnung des Berufsstandes in einen antisemitischen Kontext: "Sie bedienen hier das manipulative Muster des Framings, indem Sie Ereignisse, Themen und Personengruppen in einem Deutungsraster zusammenfügen, obendrein gekoppelt mit wertenden Aussagen, und implizieren damit Verbindungen, die Sie mit nichts belegen, außer Ihren Behauptungen - das ist schon sehr dreist."
Felix Klein antwortet auf Anfrage von Multipolar, daß er den Dialog mit Heilpraktikern sucht und eine Tagung zum "Heilpraktikergesetz von 1939" initiiert hat, auf der auch Ursula Hilpert-Mühlig zu Wort komme.

Homöopathie im Visier der Kritiker

Insbesondere die Homöopathie steht im Visier des Gesundheitsministers. Auch wenn in Deutschland die Berufsbezeichnung Homöopath nicht existiert, bieten doch zahlreiche Ärzte und Heilpraktiker homöopathische Behandlungen an. Ziel der Homöopathie ist eine ganzheitliche Betrachtung der Heilung des Menschen; die für den Patienten genau passende Arznei regt Selbstheilungskräfte im Organismus an, die zur Heilung oder Linderung der Beschwerden führen.
Die Homöopathie beruht auf der Erkenntnis ihres Begründers Samuel Hahnemanns, "Similia similibus curentur" - Ähnliches möge durch Ähnliches geheilt werden. Daß homöopathische Arzneimittel oft sehr stark verdünnt sind, ist das Hauptargument ihrer Kritiker, die diese Behandlungsmethode gerne als wirkungslos oder Placebo-Effekt bezeichnen.
Das Bundesgesundheitsministerium antwortet auf Anfrage von Multipolar: "Die Lehre über homöopathische Arzneimittel entspricht nicht den wissenschaftlichen medizinischen Erkenntnissen, sondern verwendet eher historische Begrifflichkeiten." Und: "Bislang wurde noch kein homöopathisches Arzneimittel durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinproduk-

te (BfArM) zugelassen, bei dem der Antragssteller mittels einer nach dem anerkannten Stand von Wissenschaft und Technik angelegten Studie die Wirksamkeit nachgewiesen hat."
Die Studienlage spricht jedoch eine andere Sprache: Im Oktober 2023 ergab eine umfassende Analyse von 182 klinischen Homöopathiestudien der Universität Witten/Herdecke, daß Homöopathie über den Placeboeffekt hinaus wirkt - ein Kritikpunkt, der im Zusammenhang mit der komplementärmedizinischen Methode besonders oft genannt wird.
Der Studienautor erhielt allerdings Geld auch von Homöopathie-Arzneimittelherstellern. Das Netzwerk Homöopathie (INH) versuchte daraufhin, Kritik gegen die Analyse vorzubringen. Hinter dem Netzwerk steht die "Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften" (GWUP), auch bekannt als die Skeptiker. Die Autoren antworteten auf die Kritik, indem sie auf die einzelnen Punkte erwiderten.

Personalisierte Therapie

Tatsache ist: Eine homöopathische Behandlung erfordert große Expertise und eine umfangreiche Anamnese. Die Gesellschaft für Biologische Krebsabwehr schreibt etwa auf ihrer Homepage: "Die homöopathische Behandlung ist immer eine individuelle Therapie, die großes Fachwissen und Erfahrung erfordert."
Daß nicht nur homöopathische, sondern auch naturheilkundliche Anwendungen ergänzend bei Krebserkrankungen erfolgreich eingesetzt werden können, bestätigt Birthe Meinert, Heilpraktikerin mit Schwerpunkt Regulationsmedizin und Traumatherapie für chronisch Kranke: "Zwei Metastudien aus den Jahren 2020/2021 belegen 'mehrere Wirkungsweisen gegen Krebs' bei Artesunat, einem Derivat aus Artemisia Annua (einjähriger Beifuß)." Das hohe Ansprechen auf Krebszellen bei niedriger Toxizität, also guter Verträglichkeit, deute auf Artesunat als potentes Chemotherapeutikum hin - nachzulesen in Pharmacology & Therapeutics (2020) und im Oncology Letter (2021).
"Ausschlaggebend ist eine personalisierte Therapie, die auf den Patienten und die Krebsart zugeschnitten ist", betont Birthe Meinert. Die Heilpraktikerin darf Artesunat jedoch nicht mehr verwenden, seit das Derivat nur noch mit ärztlichem Rezept bezogen werden kann - und auch nicht auf dessen Wirksamkeit hinweisen. Meinert berichtet von einer "immensen Abmahnwelle" die seit letztem Jahr über deutsche Heilpraktiker hereinbreche. "Bekannt ist die Sache mit dem Heilversprechen, das man verständlicherweise nicht geben darf. Eng und enger ausgelegt wird nun aber auch das sogenannte Wirkversprechen - Heilpraktiker dürfen keine therapeutische Wirksamkeit versprechen."
Auch die seit mehr als 100 Jahren eingesetzte Misteltherapie steht als anthroposophisches Arzneimittel unter Beschuß. "Für Krebspatienten stehen Mistelpräparate anthroposophischer Hersteller derzeit noch im Katalog übernahmefähiger Arzneien der gesetzlichen Krankenkassen. Dazu müssen sie ärztlich rezeptiert werden", erklärt Meinert.
Wenn Homöopathie und anthroposophische Arzneimittel auf politisches Bestreben aus diesem Verordnungskatalog genommen würden, müßten Betroffene Mistelpräparate selbst finanzieren. "Das können viele nicht, da mit der Erkrankung sich oft auch das Einkommen reduziert." Komplementäre Krebstherapien sind weit verbreitet. In Europa wenden bis zu 80 Prozent der Krebspatienten komplementärmedizinische Therapien an.

Hickhack um die Homöopathie

Wie eine repräsentative Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach 2023 ergab, sind 35 Prozent der Anwender von Homöopathie ohne Einschränkung von deren Wirksamkeit überzeugt, 55 Prozent bewerten sie als teilweise wirksam. Nur neun Prozent der Befragten bezeichnen hömopathische Arzneimittel als komplett wirkungslos.
Dennoch kündigte Gesundheitsminister Karl Lauterbach Anfang 2024 an, Homöopathie als Kassenleistung streichen zu wollen. Stefan Schmidt-Troschke, Kinderarzt und Geschäftsführer des Vereins Gesundheit aktiv, startete daraufhin eine Petition für den Erhalt von Homöo-

pathischen Arzneimitteln als Satzungsleistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Petition wurde von mehr als 200.000 Menschen unterschrieben. Im März 2024 wurde die Streichung von Homöopathie und anthroposophischen Arzneimitteln als zusätzliche Satzungsleistung wieder zurückgenommen.
Kurz darauf, im Mai 2024, beschloß dann der Deutsche Ärztetag einen Antrag gegen Homöopathie, um ein Totalverbot für Ärzte zu bewirken. Dahinter stand Dr. Marc Hanefeld, offizieller Unterstützer des Informationsnetzwerks Homöopathie. Ärzten solle künftig die Ausübung der Homöopathie verboten werden, ebenso die Abrechnung über die gesetzliche und private Krankenversicherung. "Die Homöopathie-Weiterbildung ist von den meisten Ärztekammern bereits zurückgenommen worden", sagt Ursula Hilpert-Mühlig. Eine Anfrage von Multipolar zu diesem Vorstoß wurde vom Gesundheitsministerium ebenso wenig beantwortet wie Fragen zur Homöopathie-Studie vom Oktober 2023.
Welch großen Einfluß Homöopathie-Gegner haben, zeigt der Fall der Berliner Universitätsklinik Charité: Jahrelang war auf deren Webseite zu lesen, "daß die homöopathische Medizin auch bei schwersten Krankheitszuständen Heilung oder eine Verbesserung der Beschwerden bieten kann." Nach heftigen Protesten - unter anderem durch das gesundheitsjournalistische Portal MedWatch - wurde das Statement entfernt.

Evidenzbasiert versus erfahrungsbasiert

Wer oder was steckt also hinter der Diffamierungskampagne gegen Heilpraktiker und Homöopathen, die unter Gesundheitsminister Karl Lauterbach einen neuen Höhepunkt erreicht? "Der Gesundheitsminister fordert eine ausschließlich evidenzbasierte Medizin", sagt Ursula Hilpert-Mühlig, doch dieser Begriff müsse hinterfragt werden. "Selbst führende Mediziner sagen, daß in der Schulmedizin nicht alles evidenzbasiert sei - vieles in der Chirurgie etwa wird als erfahrungsbasiert bezeichnet."
Die Heilpraktikerin macht darauf aufmerksam, daß in der Naturheilkunde eine andere Denkweise vorherrsche als in der Schulmedizin. "Es geht darum, die Selbstheilungskräfte zu unterstützen und in die Selbstverantwortung zu kommen", erklärt Hilpert-Mühlig. "Die Pharmaindustrie hingegen propagiert, Symptome mit Medikamenten wie Schmerzmittel oder Antibiotika zu bekämpfen - dabei handelt es sich um ein Milliardengeschäft." Menschen sollen davon abgehalten werden, kritischer und selbständiger zu werden, ist die Heilpraktikerin überzeugt. "Das wurde auch während Corona sichtbar."

Pharmafreundlicher Gesundheitsminister

Daß Lauterbach ein enges Verhältnis zur Pharmabranche pflegt, ist kein Geheimnis, vor seinem Eintritt in die Politik führte er im Auftrag der Pharmaindustrie Medikamentenstudien durch. Zuletzt wurde unter seiner Führung die Ständige Impfkommission (STIKO) runderneuert. 12 der 17 Mitglieder mußten gehen, die frei gewordenen Stellen wurden vom Gesundheitsministerium gegen den Willen des Gremiums neu besetzt - auf intransparente Weise und mit Personen, die zum Teil der Pharmaindustrie oder der Bundesregierung nahestehen.
Ein geplantes Gesetz des Gesundheitsministeriums soll Pharmakonzernen ermöglichen, die in Deutschland erstatteten Medikamentenpreise geheim zu halten. Durch die Geheimhaltung könne man höhere Rabatte mit den Herstellern verhandeln, sagt Lauterbach im Interview mit dem WDR. "Höhere Rabatte durch weniger Transparenz?
Selten wurde ein Gesetzesvorhaben so einhellig von Fachpolitikern, Experten und Verbänden kritisiert - auch vom wichtigsten Gremium im deutschen Gesundheitswesen, dem Gemeinsamen Bundesausschuß. Manche Kritiker sprechen von einem Milliardengeschenk an die Pharmabranche", heißt es beim WDR. Und: "Es geht um die ungerechte Verteilung lebenswichtiger Arzneimittel und hohe Renditen der Pharmakonzerne - auch mit Hilfe der deutschen Bundesregierung. Denn Deutschland spielt eine wichtige Rolle dafür, daß die Preise in Europa so hoch sind. Weil der deutsche Preis oft maßgeblich für andere Länder ist."

"Heilerfahrungen nicht kleinreden"

Clemens Auer, Präsident des European Health Forum (EHF) sagt dazu: "Kaum eine Branche ist so profitabel wie die Pharmaindustrie." Ziel des EHF ist es, "eine neutrale und integrative Plattform für die Diskussion und Förderung von Gesundheit, Solidarität und Gerechtigkeit in der EU und darüber hinaus bereitzustellen" heißt es auf der Homepage. Gründungsprinzip ist die gleichberechtigte Vertretung aller Interessengruppen.

Im Vordergrund müsse die bestmögliche Patientenversorgung stehen, sagt Hannes Hönemann, Sprecher von Pharma Deutschland, dem größten Branchenverband der Pharmaindustrie in Deutschland, der auch Homöopathie-Hersteller vertritt. In der Medizin und Patientenversorgung müsse sachliche Kritik an Methoden und Arzneimitteln erlaubt sein.

"Allerdings dürfen dabei nicht die Heilerfahrungen von Patienten und Ärzten kleingeredet werden und Patienten in ihrer Wahlfreiheit der Behandlung bzw. des Arzneimittels eingeschränkt werden", so Hönemann. Homöopathische Arzneimittel könnten ergänzend zu schulmedizinischen genommen werden. "Dieses Verständnis kann auch dem Diskurs helfen", ist Hönemann überzeugt.

Über die Autorin: Susanne Wolf, Jahrgang 1968, arbeitet seit über 10 Jahren als freie Journalistin und Autorin mit den Schwerpunkten Umwelt, Nachhaltigkeit und Transformation. Sie ist Autorin der Bücher "Nachhaltig Leben" und "Zukunft wird mit Mut gemacht".<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.430/…):

>>**Deutschland importiert 2024 so viel Atomstrom wie noch nie, besonders aus Frankreich**

Deutschland importiert so viel Atomstrom wie noch nie. Besonders das Nachbarland Frankreich liefert viel. Dabei könnte Deutschland die eigenen Atomkraftwerke wieder ans Netz nehmen.

Marie Rahenbrock

Atomstrom aus dem eigenen Land verschmäht man, aber aus dem Ausland nimmt man ihn gerne.

Deutschland importiert so viel Atomstrom wie noch nie. Von den 40 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom, die Deutschland dieses Jahr bisher importiert hat, waren 16,5 Milliarden kWh Atomstrom, wie Bild berichtet. Dabei hat sich laut dem "Radiant Energy Report" der Stromimport insgesamt schon Anfang Dezember im Vergleich zum letzten Jahr fast verdreifacht.

Der meiste Strom wird aus Frankreich importiert. Im Vergleich zum letzten Jahr haben sich die monatlichen Werte mehr als verdoppelt. Allein im November wurden 960.000 kWh Strom aus Frankreich importiert.

Der Anteil des Atomstroms kann dabei bis zu achtzig Prozent betragen. Professor André Thess von der Universität Stuttgart sagt gegenüber Bild: "Im Zuge des Atomausstiegs hat sich Deutschland vom Energieexporteur zum Energieimporteur gewandelt." Er fügte hinzu: "Während Deutschland im Zeitraum Dezember 2022 bis November 2023 im Saldo 1,79 Mrd. kWh Strom nach Frankreich exportierte, importierte es im analogen Zeitraum Dezember 2023 bis November 2024 13,19 Mrd. kWh aus Frankreich."

Weiter sagte der Institutsleiter am Lehrstuhl für Energiespeicherung: "Die importierten Gesamtstrommengen zeigen, daß eine uneingeschränkte Versorgungssicherheit Deutschlands mit elektrischer Energie aus eigenen Energiequellen seit dem Atomausstieg ohne Stromimporte nicht gewährleistet ist."

Wie eine Studie der Radiant Energy Group aus Chicago belegt, könnten neun der ausgeschalteten Atomkraftwerke in Deutschland wieder bis 2032 ans Netz gehen. Das Atomkraftwerk Brokdorf könnte für Kosten von weniger als einer Milliarde Euro bereits Ende 2025 wieder Strom produzieren.

Bis 2028 könnten die Atomkraftwerke Emsland und Grohnde wieder laufen, da hier der Rückbau gerade erst begonnen hat. Doch die deutsche Regierung wird diese Studienergebnisse wahrscheinlich nicht beachten. Denn schon 2023 bezeichnete die Regierung die Ergebnisse einer Vorgänger-Studie als "irrelevant", welche die Möglichkeit der Wiederinbetriebnahme von deutschen Atomkraftwerken belegte.
Professor Manuel Frondel vom RWI-Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung sagte zu Bild: "Durch die Abschaltung der AKW hat sich Deutschland gegenüber den Nachbarländern ziemlich egozentrisch gezeigt: Es verläßt sich darauf, daß die entstandenen Stromdefizite durch andere Länder ausgeglichen werden."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**In der Hölle von Theresienstadt**
Von *Gero Bernhardt*
Mit dem Untergang des Nationalsozialismus nahm der KZ-Terror kein Ende. Die Tschechen errichteten Lager für Deutsche oder betrieben bestehende weiter, so auch ein besonders berüchtigtes in Böhmen. Ein Auszug aus unserer Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten".
Der Name der nordböhmischen Ortschaft Theresienstadt (Terezin) ist verständlicherweise eng mit der grauenhaften KZ-Barbarei der Nationalsozialisten verbunden. (…) Was sich dort nach Ende des Zweiten Weltkriegs zugetragen hat, weiß jedoch kaum jemand.
In der 1993 erschienenen Dokumentation "Sterben und Vertreibung der Deutschen im Osten 1944-1949" des italienischen Journalisten und Zeitgeschichtsforschers Marco Picone Chiodo heißt es:
"Der letzte der 16.832 Juden hatte am 9. Mai 1945 Theresienstadt noch nicht verlassen, als die (tschechischen) Revolutionsgarden bereits die ersten deutschen Soldaten und Zivilisten in die Kleine Festung einlieferten, die als Konzentrationslager der von der Bevölkerung geräumten und als Ghetto eingerichteten Stadt diente.
Dies war insofern verwunderlich, als der Schweizer Paul Dunant die riesige Anlage von der nationalsozialistischen Lagerleitung übernommen hatte und die Einrichtung nun dem Internationalen Roten Kreuz unterstand. Darauf nahmen die Revolutionsgarden jedoch keine Rücksicht, und so war das nun auf Tschechisch 'Koncentracni tabor' genannte Lager bald wieder voll in Betrieb."
Schon am 24. Mai 1945 sei ein ungefähr 600 Menschen beiderlei Geschlechts und jeden Alters umfassender Transport in Theresienstadt eingetroffen. Unter den Eingelieferten hätten sich zahlreiche deutsche Rot-Kreuz-Schwestern aus den Prager Kliniken befunden, während die Ärzte ins dortige Pankratz-Gefängnis gebracht worden seien, so Chiodo. (…)
Zu Tode gefoltert
Zu den Gemordeten im KZ Theresienstadt unter tschechischer Leitung gehörte gemäß Chiodos Recherchen ein slowakischer Jude namens Müller, der bereits zur Hitlerzeit dort jahrelang interniert gewesen war. Er wurde dann als "Kollaborateur der Nazis" denunziert und "starb infolge vieler Prügel und Unterernährung".
Der aus Prag stammende Schriftsteller H. G. Adler, ein Humanist erster Güte, der während der NS-Zeit wegen seiner jüdischen Herkunft in dem KZ inhaftiert war, schildert in seinem 1955 erschienenen Buch "Theresienstadt 1941-1945" die dortigen Verhältnisse im Jahr 1946 wie folgt:
"Die Fetzen, in die man die Deutschen hüllte, waren mit Hakenkreuzen beschmiert. Die Menschen wurden elend ernährt, mißhandelt, und es ist ihnen um nichts besser ergangen, als man es von den deutschen Konzentrationslagern her gewohnt war."
Adler stellt fest:
"Die Befreiung von Theresienstadt hat das Elend an diesem Ort nicht beendet. Nein, nicht al-

lein für die ehemaligen Gefangenen, deren Leiden mit dem Wiedergewinn der äußeren Freiheit gewiß nicht abgeschlossen waren, sondern auch für neue Gefangene, deren Elend jetzt erst begann. In die Kleine Festung wurden Deutsche des Landes und reichsdeutsche Flüchtlinge eingeliefert. Bestimmt gab es unter ihnen welche, die sich während der Besatzungsjahre manches hatten zuschulden kommen lassen, aber die Mehrzahl, darunter viele Kinder und Halbwüchsige, wurde bloß eingesperrt, weil sie Deutsche waren."
Der katholische Geistliche Emanuel Reichenberger, ein entschiedener NS-Gegner, der 1938 in die USA emigrieren mußte und später als "Vater der Vertriebenen" bekannt wurde, zitiert in seinem Werk "Europa in Trümmern" (1950) folgenden erschütternden Augenzeugenbericht aus dem tschechischen Nachkriegs-KZ Theresienstadt:
"Matz ist jede Nacht und jeden Tag unter den Opfern, die geschlagen werden. Aber ihn schlägt man nicht tot. Man will Geständnisse von ihm. Und eines Tages ist er mürbe geschlagen. Er gesteht, was seine Peiniger wollen. Über hundert Eingeständnisse von Morden an Tschechen schlagen sie aus ihm heraus. Nicht bei einem war er beteiligt. Jede Nacht höre ich ihn stöhnen. Der Betonfußboden ist so hart, und der arme Matz weiß nicht mehr, wie er liegen soll. Aus seinem Rücken hängt das rohe Fleisch heraus, und die Seiten seines Körpers sind wund von Peitschenhieben. Überall sind blutunterlaufene Stellen von Fausthieben und Fußtritten."
Der Augenzeuge sagte weiter aus, daß sich der Gefangene "durch eine der vielen offenen Wunden seines Körpers" eine Blutvergiftung zugezogen hätte. "Eines Morgens ist sein Oberschenkel so dick wie das Bein eines Elefanten. Sein übriger Körper ist jetzt so schmal wie der eines achtjährigen Kindes.
Bei ihrer nächtlichen Visite entdecken seine Peiniger sein deformiertes Bein. Sie zwingen ihn, Kniebeugen zu machen. Nicht eine bringt sein zerquälter, bresthafter Leib zustande. Die Wachtposten schütteln sich vor Lachen. Dann schlagen und treten sie ihn, daß er in seiner Zelle herumfliegt wie eine Kaffeebohne in der Mühle. Zwei Tage darauf ist Matz tot." (…) Ende der Textauszüge.
Den vollständigen Beitrag lesen Sie in COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten". Wir geben den Opfern des verschwiegenen Völkermordes eine Stimme.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Der Augenzeuge**
Von *COMPACT Redaktion*
Bericht eines US-Offiziers über eine tatverdächtige Taucher-Spezialeinheit. Nach Seymour Hershs Insider-Informationen wurden die Sprengbomben im Juni 2022 während des NATO-Seemanövers Baltops an den Gasröhren befestigt. Ein Offizier hat Beobachtungen gemacht, die dazu passen. …
_ Dokument
Nach der sensationellen Veröffentlichung von Hersh hat sich Thomas Röper, Chef des lesenswerten Portals Anti-Spiegel, daran erinnert, daß ihm schon Anfang Oktober 2022 ein Bericht eines Insiders zugeleitet wurde. Dieser hatte in führender Position am NATO-Marinemanöver Baltops 22 teilgenommen und miterlebt, wie eine US-Spezialeinheit die Sprengsätze am Grund der Ostsee anbrachte.
Seine Aussage ergänzt Hershs Informationen, daß das Pentagon im Rahmen von Baltops 22 eigens eine Minenräum-Übung fingiert hat, um einen Vorwand für die Kampftauchermission zu schaffen. Laut Hersh wurden die so plazierten Bomben dann am 26. September 2022 von der norwegischen Luftwaffe mit Hilfe einer Boje ferngezündet. (Redaktion)
Der Whistleblower-Brief im Wortlaut
Ich schreibe diesen Brief in der Hoffnung, daß Sie ihn weiterleiten. Ich kann die Informatio-

nen nicht selbst weitergeben, da sie meiner Karriere und meinem Leben schaden würden. Ich sende Ihnen dieses Foto als Beweis dafür, daß ich dort war, sowie eine Kopie meines Ausweises. Sie dürfen dies an einen anderen Journalisten übermitteln, dem Sie vertrauen, aber nicht aus Ihrem Besitz abgeben. Es ist wichtig, daß Sie es mit niemandem teilen und daß Sie dieses E-Mail-Konto nie wieder benutzen. Sie können den Brief wortwörtlich so zitieren, wie er geschrieben ist:
Ich hatte eine führende Rolle in der Verwaltung beim Militärmanöver Baltops 22 im Juni in der Nähe der Insel Bornholm, Dänemark. Ich kann Ihnen meinen genauen Titel nicht nennen, weil dadurch meine Identität preisgegeben werden könnte. Es gab einige ungewöhnliche Details im Zusammenhang mit einer Gruppe von US-Marine-Soldaten der Naval Striking and Support Forces NATO (Strikfornato), die aus Stockholm angereist war. Was damals seltsam anmutete, sieht im Nachhinein geradezu ruchlos aus.
"Sie sahen eher wie Terroristen aus."
Lassen Sie mich das erklären. Verzeihen Sie mir im Voraus, wenn ich mich bei der Terminologie vertan habe, denn das Militär meines Landes verwendet möglicherweise andere Begriffe. Ich kann keine genauen Angaben zu meinem Job machen, aber ich arbeite in der Koordination von Tauchteams und Unterwassereinsätzen mit verschiedenen Streitkräften des NATO-Bündnisses.
Am 15. Juni (2022), dem Tag der Übung, war ich mit der Koordinierung bestimmter Aspekte der Übung befaßt. Ich muß mich hier vage ausdrücken. Ein US-Militärhubschrauber kam mit einer Gruppe von Männern an, die Minenjäger der US Marine sein sollten. Sie stiegen aus, luden ihre Ausrüstung ab und trafen sowohl den Vizeadmiral der US Navy als auch eine Gruppe amerikanischer Männer in Zivil, die einige Stunden später eintrafen. Wir alle vermuteten, daß es sich bei ihnen um eine Art von Geheimdienstmitarbeitern handelte.
Nach einem kurzen Gespräch, das ich wegen des Hubschrauberlärms nicht hören konnte, traten sie zu ihrem Briefing an. Ich fand es ziemlich seltsam, daß sie von der US-Marine waren. Mein erster Gedanke war, daß sie wie eine Gruppe von Terroristen aussahen und nicht wie von der US Navy. Die anderen Gruppen, die wir aus vielen Bereichen des Militärs hatten, hatten bestimmte Standards. Haarschnitte, zum Beispiel. Diese Männer hatten nicht nur wildes Haar, das in jeder zivilisierten Nation gegen die militärischen Normen verstoßen hätte, sondern sie hatten auch noch Bärte. Wie ich schon sagte, sahen sie eher wie Terroristen aus dem Mittleren Osten aus. Keiner dieser Männer trug eine Erkennungsmarke um den Hals.
Eine andere Sache, die ich seltsam fand, war, daß sie behaupteten, nach Unterwasserminen zu suchen, aber sie hatten nicht die Ausrüstung für solche Übungen. Ihre Ausrüstung bestand aus den neuesten Unterwasser-Tauchgeräten der Marine und einigen kleinen Hartschalenkoffern, die wir Pelikane nennen.
Ihre Aufgabe bestand darin, mit einem Schlauchboot zu einem bestimmten Ort zu fahren, dort nach Anti-Schiffsminen zu suchen und mit ihren Ergebnissen zurückzukehren. Normalerweise hat man bei solchen Unternehmungen eine lange Metalldetektionsausrüstung dabei, aber die fehlte in ihrer Ausrüstung.
Ein anderes Detail, das mir hier sehr seltsam vorkam, war, daß andere Minensuchteams herkömmliche Scuba-Ausrüstung mit Tanks und dergleichen trugen, während diese Gruppe hochmoderne Helium-Atemschutzhelme und Tauchanzüge trug. Obwohl ich noch nie eines aus der Nähe gesehen habe, bin ich mir ziemlich sicher, daß es sich um die MK29-Systeme handelte, die für Tieftauchgänge entwickelt wurden und bis heute geheim sind. Das Militär meines Landes wäre nicht einmal in der Lage, sich das Helium dafür zu leisten, geschweige denn die Anzüge selbst. Für die Ortung von Minen, die nur wenige Meter unter der Oberfläche liegen, wären diese Anzüge sicher nicht erforderlich.
Sie fuhren mit ihrem Boot aufs Meer hinaus. Nicht in das Gebiet, in dem die simulierten Mi-

nen plaziert waren, sondern an einen ganz anderen Ort. Mein Kollege, der die verschiedenen Standorte der Teams überwachte, machte einen beiläufigen Witz darüber, daß sich die US-Marine verirrt habe und 2.000 Meter von ihrem Zielort entfernt sei.
Sie verließen ihr Boot, legten ihre Atemgeräte an und verschwanden für über sechs Stunden unter Wasser. Soweit ich weiß, gibt es keine eigenständige Unterwasserausrüstung, die einen Taucher sechs Stunden lang unter Wasser halten kann. Mit den neuesten militärischen Systemen sind höchstens drei oder vier Stunden möglich, wenn der Taucher sich nicht überanstrengt. Nach einigen Stunden begannen wir, uns Sorgen zu machen und setzten uns mit dem Koordinator der 6. US-Flotte in Verbindung, der uns versicherte, daß alles in Ordnung sei, daß sie in Kontakt stünden, daß wir die Sache ignorieren und keine Berichte darüber machen sollten.
Nachdem die Übung beendet war und sie zurückkehrten, fehlten fast alle Pelikane. Sie blieben nicht für irgendwelche Höflichkeiten. Sie unterhielten sich kurz mit den Zivilisten aus den USA, stiegen in einen wartenden Hubschrauber und flogen ab. Die Zivilisten, mit denen sie gesprochen hatten, flogen ebenfalls ab, allerdings mit einem anderen Hubschrauber. Ihre Mission wurde später als "erfolgreich abgeschlossen" bezeichnet, obwohl sie nicht in der Nähe des Ziels gewesen sind.
Im Nachhinein habe ich folgenden Verdacht: Die Taucher trafen sich mit einem kleinen, wartenden Tauchboot, das sie in den Bereich der Pipeline brachte. Der für eine solche Aktion erforderliche Sprengstoff hätte nicht in ihre Ausrüstung gepaßt, daher vermute ich, daß sie Vermessungs- und Ortungsgeräte mit sich führten, mit denen sie markieren konnten, wo der Sprengstoff plaziert werden sollte. Nachdem sie die Pipeline untersucht und die richtigen Koordinaten markiert hatten, hatten sie Zeit, diese Daten mit Sprengstofftechnikern zu prüfen, zu einem späteren Zeitpunkt an den Ort zurückzukehren und die erforderlichen Sprengladungen zu plazieren, die dann mit einem Zeitzünder oder aus der Ferne gezündet wurden.
_ Der englische Brief wurde von Thomas Röper übersetzt und zuerst auf "anti-spiegel.ru" veröffentlicht.
Edition Seymour Hersh: Cover
Dieser Artikel erschien in COMPACT-Edition 11: "Seymour Hersh: Der Nordstream-Krimi".<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 50/24" berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**Sie fürchten die Aufklärung**
Corona-Aufarbeitung: Deutschland bleibt weltweit bei der Aufarbeitung zurück. Die Profiteure wollen schweigen
Frank Hauke
Je länger die Corona-Zeit zurückliegt, desto klarer wird, wie vom Robert-Koch-Institut bis zum Ethikrat alles nach der Pfeife der Politik tanzte - ja, tanzen mußte. Und die wollte mit aller Macht ihre Folterinstrumente anwenden: Kontaktverbote, Ausgangssperren, Maskenpflicht, Lockdowns, brutale Ausgrenzung kerngesunder, aber nicht geimpfter Menschen.
Die Aussetzung der Grundrechte, wie es sie noch nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegeben hatte, ging einher mit einer Gleichschaltung vermeintlich freier Institutionen. Diese wiegt deswegen so schwer, weil die Menschen in einer Diktatur wissen, daß die Regierung alles lenkt. In einer Demokratie aber vertrauen sie auf die Unabhängigkeit der Urteilskraft von Fachleuten. Dieses Vertrauen ist zerstört.
Aktuelles Beispiel ist die Enthüllung beim einst angesehenen Ethikrat, dessen Ex-Vorsitzende Alena Buyx sich freiwillig zum willenlosen Sprachrohr einer Unterdrückungsmaschinerie machte. Ihre nun bekanntgewordene E-Mail an den damaligen Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) ist der widerliche Beweis einer servilen Selbstgleichschaltung.
"Besonders aber freue ich mich darauf", schrieb Buyx am 12. Juni 2020 an den Regierungspo-

litiker, "Ihre Vorschläge und alle weiteren Fragen, die sich ergeben könnten, im persönlichen Gespräch zu erörtern und noch genauer zu erfahren, welche Wünsche und Ideen Sie für unsere Arbeit haben." Folge: In allen acht Stellungnahmen während der Corona-Zeit rechtfertigte der Ethikrat die Politik der Bundesregierung: von den Schulschließungen bis zur Impfpflicht.

Das Gremium machte jeden Schwenk mit. Als die Politik eine Impfpflicht vor den Bundestagswahlen im Herbst 2021 ausschloß, war auch der Ethikrat dagegen. Dem Sinneswandel unter dem neuen Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) folgte auch der Rat - Nebenwirkungen völlig ausblendend. Letztlich scheiterte der Zwang daran, daß Union und Ampel jeweils eigene, minimal unterschiedliche Anträge einbrachten, die gegeneinander antraten, so daß keiner von beiden eine Mehrheit fand.

Wer es wagte, aus dem Ethikrat heraus an die Grundrechte zu erinnern, der flog raus. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU), der während Corona seine Unterdrückungsphantasien auslebte, feuerte umgehend Christoph Lütge. Der Philosoph und Professor für Wirtschaftsethik war Mitglied des Bayerischen Ethikrats und forderte im Februar 2021, die Lockdown-Politik in Deutschland zu beenden. Anderswo gab es längst Lockerungen.

Wer da noch die gesetzlich verbriefte Unabhängigkeit der Ethikräte hochhielt, der log. Doch weder Söders Rauswurf noch der eklatante Verstoß gegen die Meinungsfreiheit regten die Öffentlichkeit auf. Es ging um die Grundrechte, und die galten im hohen Maß als infektiös, ja als gefährlich. Also weg damit.

Auch die Ständige Impfkommission konnte nur hinhaltend Widerstand leisten. Der politische Druck, selbst Kinder zu impfen, gegen den sich Stiko-Präsident Thomas Mertens wehrte, war zu groß. Ihm blieb nur der öffentliche Satz, er würde als Vater ein siebenjähriges Kind nicht vakzinieren lassen. Später mußte er ihn zurücknehmen. Sein Amt hat inzwischen ein Lauterbach-Getreuer inne.

Spätestens jetzt mußte jedem klar sein, daß es niemals um das überall herausposaunte "Folge der Wissenschaft" ging. Das Motto lautete vielmehr: "Folge der Politik." Und die wollte mit manipulierten Zahlen die Angst hochhalten. So wurden Verkehrsopfer, die positiv auf das Virus getestet worden waren, als Corona-Tote gezählt.

Und sie machten nicht einmal einen Hehl daraus. Wer allerdings darüber sprach, war ein "Schwurbler", ein "Covidiot". Fakten wurden zu Lügen erklärt. Auch die Verbreitung der offiziellen Zahlen, die aufzeigten, daß auf deutschen Intensivstationen als Corona-Patienten 85 Prozent Geimpfte und nur 15 Prozent Ungeimpfte lagen, wurde gefährlich. Um das zu erfahren, brauchte man nicht einmal die später den Skandal noch viel größer machenden "RKI-Files", sondern nur einen Blick auf die Webseite des Instituts. Im engen Schulterschluß kämpften Politik und Medien gegen die Wahrheit und nannten jene, die sie erzählten, "Verschwörungstheoretiker".

Auch das RKI ruinierte dabei seinen vorher exzellenten Ruf. Obwohl dort alle Erkenntnisse auf dem Tisch lagen, ordnete man sich brav einer völlig aus dem Ruder gelaufenen, kontrafaktischen Politik unter. Nicht einmal die bereits mit der Schere im Kopf gemachte Empfehlung, die Risikobewertung des Virus wenigstens von "sehr hoch" auf "hoch" herabzusetzen, hielt es durch. Lauterbach verhinderte die vorsichtige Herabstufung. Sie hätte seiner auf Angst beruhenden Rhetorik - Stichwort: "Killervirus" - die Grundlage entzogen. Was WDR, NDR und Süddeutsche Zeitung vergangene Woche als Enthüllung verkauften, wissen JF-Leser bereits seit August. Da haben wir das an dieser Stelle berichtet.

Eine Aufarbeitung dieses größten Skandals der Nachkriegsgeschichte findet nicht statt. Die AfD setzte zwar Untersuchungsausschüsse in einigen Länderparlamenten durch. Aber auf Bundesebene? Nicht einmal eine versprochene Enquete-Kommission darf arbeiten. Es haben sich zu viele Verantwortliche quer durch alle Parteien schuldig gemacht. Der unsägliche Hof-Virologe Christian Drosten, der oft danebenlag und heute seinen fatalen Einfluß leugnet, gilt

weiter als Halbgott.
Vertrauen kehrt so nicht zurück. Der gewählte US-Präsident Donald Trump macht vor, wie es möglich ist. Jay Bhattacharya, einer der weltweit angesehensten Medizinökonomen, wird Präsident des amerikanischen RKI, des NIH. Er hatte von Beginn an einen klaren Blick auf die Lage und warnte zu Recht vor den Lockdowns und der von der Politik den Menschen eingeredeten Panik.
Die von ihm mitverfaßte Great-Barrington-Erklärung vom Oktober 2020 war der am besten durchdachte Vorschlag im Umgang mit Covid. Der Schutz sollte sich auf Alte und Kranke beschränken. Gesunden und jungen Menschen wollte er die Rückkehr zum normalen Leben ermöglichen. Dafür ersann Drosten hinterhältige Intrigen und diffamierte den Standford-Professor aufs übelste.
Solange Deutschland diese Machenschaften nicht aufarbeitet, kann Drosten ungestört an seiner Rolle für die nächste "Pandemie" arbeiten. Nur noch er und Gleichgesinnte sollen sich öffentlich äußern dürfen, fordert er seit längerem. Um ihn und die Politiker, die das Grundgesetz aussetzten, zu schützen, hat Verfassungsschutz-Präsident Thomas Haldenwang (CDU) für Kritiker den Tatbestand der "Delegitimierung des Staates" geschaffen. Es ist angerichtet.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 50/24" berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**Angela Merkels Memoiren**
Kanzlerin deutschen Untergangs
Dieter Stein
Mit großem PR-Pomp lancierte die ehemalige Kanzlerin und CDU-Vorsitzende die Vorstellung ihrer Erinnerungen "Freiheit". Schon der Titel ist eine Unverschämtheit. Der zähe 736 Seiten zählende Ziegelstein löst den Titel nicht ein. Nirgends findet sich eine ernste Beschäftigung mit jenem leuchtenden Begriff, der ihrer Regierungspolitik in Wahrheit diametral entgegensteht. Lediglich in einem flachen "Epilog" ringt sich Merkel phantasielos ab, Freiheit bedeute für sie, "herauszufinden, wo meine Grenzen liegen" und "auch loslassen zu dürfen". Ja, hätte sie das mal gleich am Anfang ihrer Karriere beherzigt und hätte uns mit einer 16 bleierne Jahre währenden, Deutschland politisch und wirtschaftlich in den Abgrund führenden Politik verschont.
Vor Antritt ihrer Kanzlerschaft 2005 hatte sie kurzzeitig versucht, den Reformansatz von Gerhard Schröders Agenda 2010 in eine überfällige Revision deutscher Finanzpolitik zu verlängern. Mit dem mutigen Steuermodell von Paul Kirchhof sollten die immer enger werdenden staatlichen Fesseln für Bürger und Unternehmen gelöst werden. Beim ersten Gegenwind der im Zweifel linken veröffentlichten Meinung knickte sie jedoch ein und ließ Professor und Konzept fallen.
Merkel war das perfekte opportunistische Medium einer Öffentlichkeit, die nichts anderes wollte.
In Merkels Autobiographie findet sich sage und schreibe ein einziges Mal das Wort "Vaterland" - nur weil sie auf Seite 155 die DDR-Hymne zitiert. Das Wort "Nationalgefühl" suchen wir ebenso vergebens wie den Begriff "deutsche Nation". So fällt konsequenterweise auch nicht der Name des Schöpfers des deutschen Nationalstaates, Otto von Bismarck. Das "deutsche Volk" konnte sie nur deshalb nicht vermeiden, weil sie einmal aus der Präambel des Grundgesetzes zitieren muß. Ein rundum erbärmliches Armutszeugnis.
Merkel ist die Personifizierung der Selbstaufgabe unserer Nation. Daß ihr auch heute noch von maßgeblichen Feuilletons, Leitartiklern und Moderatoren Kränze gewunden werden, zeigt: Sie fiel nicht vom Himmel. Sie war das perfekte opportunistische Medium einer politischen Klasse, einer Öffentlichkeit, einer Partei, die nichts anderes wollte. Sie ist Sinnbild eines satten, des Ernstfalls entwöhnten Bürgertums, das die Weichen bewußt nicht anders gestellt hat.

Kein Wort der Selbstkritik kommt Merkel über die Lippen. Sie beklagte beim Gespräch mit Anne Will lediglich, die "Klimapolitik" nicht noch energischer vorangetrieben zu haben. Eine Geisterfahrt, wie jetzt offensichtlich wird. Den Trümmerhaufen, den Merkel und die sie stützenden Kräfte hinterlassen haben, müssen dereinst andere beseitigen. Es wird eine Herkulesaufgabe.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 50/24" berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**Die Armut wächst**

EU- und Bundespolitik arbeiten gegen die Bürger und machen sie ärmer

Michael Paulwitz

Wirtschaft entscheidet Wahlen. Donald Trump ist ins Weiße Haus zurückgekehrt, weil er diese Frage klar erkannt und überzeugend angesprochen hat. Was "Average Joe", den Durchschnittsamerikaner, vor dieser Wahl am brennendsten beschäftigt hat, waren eben nicht Transgender-Travestien und Randgruppen-Gedöns, sondern Wirtschaftskrise, Abstiegsangst und die inflationäre Verteuerung der Lebenshaltungskosten, die den Wohlstand der Mittelschicht erbarmungslos auffrißt.

Otto Normalverbraucher in Deutschland hat im Grunde die gleichen Nöte. Inflation und drohende Armut stehen in einer aktuellen Umfrage auf Platz zwei und drei der drängendsten Sorgen. Platz eins belegt die jeder Vernunft entglittene Massenmigration, die wiederum ein entscheidender Faktor für den Niedergang von Sozialsystemen, Staatsfinanzen und innerer Sicherheit ist.

Zwei Drittel der Deutschen beurteilen die wirtschaftliche Lage als "schlecht". An der unaufhörlichen Teuerung von Waren, Gütern und Dienstleistungen, populär meist unter dem Begriff "Inflation" zusammengefaßt, erfahren die Bürger jeden Tag am eigenen Leib, daß die Lage sich verschlechtert.

Die offiziell ausgewiesene Inflationsrate, die sich inzwischen wieder im weniger dramatisch klingenden Bereich um die Zwei-Prozent-Marke bewegt, erfaßt nur einen kleinen Ausschnitt der Realität. Fallende Inflationsraten bedeuten keinesfalls, daß auch die Preise sinken, selbst wenn diesem Irrglauben sogar ein als "Wirtschaftsminister" dilettierender Kinderbuchautor anhängen mag. Sie steigen lediglich weniger schnell.

Am heftigsten fallen die Preissteigerungen dort aus, wo sie der Durchschnittsbürger am schmerzhaftesten zu spüren bekommt, weil gerade die Ausgaben betroffen sind, für die er den Hauptanteil seines verfügbaren Einkommens aufwenden muß: für Lebensmittel und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, für Energie, Kraftstoffe und Heizkosten, für Mieten, Wohnungsunterhalt und Wohnnebenkosten.

Nach wie vor liegen die Energiepreise für Privatkunden beim 1,5fachen von 2020. Die Preise für Heizöl haben sich faktisch verdoppelt. Lebensmittel sind im Schnitt um ein Drittel teurer als vor dem großen Preisschub der Jahre 2020 bis 2022.

Für einige Grundnahrungsmittel, beispielsweise für Butter, aber auch für Brot und Speiseöle, sind die Preise regelrecht explodiert.

Die "gefühlte Inflation", wie Statistiker gerne mit leicht herablassendem Blick auf die Befindlichkeiten der Normalbürger die von ihren abstrakten Warenkörben deutlich abweichende Teuerungsrate bei Gütern des täglichen Bedarfs bezeichnen, ist für breite Bevölkerungsschichten die wirkende Inflation. Die statistisch wachsenden Nettoeinkommen können mit ihr nicht ansatzweise mithalten.

Der Kaufkraftverlust ist für breite Bevölkerungsschichten - und besonders für jene, die von eigener Arbeit leben -, kaum zu kompensieren. Er führt zu Verlusten an Wohlstand und Lebensqualität: Für den Supermarkteinkauf werden selbst beim Discounter Beträge fällig wie einst in Edel- und Delikateßgeschäften; ein Restaurantbesuch, auch vorher schon für viele Bürger ein rares Vergnügen, wird für große Teile der Bevölkerung zum unerschwinglichen

Luxus. Die Zahl der Haushalte, die ihre Energierechnungen nicht mehr bezahlen können, erreicht sechsstellige Werte.
Das richtet bleibende gesellschaftliche Verwüstungen an. Im Zangengriff zwischen wachsendem Ausgabendruck, Kaufkraftverlust und Entwertung von Geldvermögen und Versorgungsansprüchen auf der einen Seite, steigender Steuer- und Abgabenlast auf der anderen Seite, wird die Mittelschicht, deren Wohlstand und Aufstiegsperspektive über Jahrzehnte hinweg ein Garant gesellschaftlicher Stabilität war, regelrecht zerquetscht.
"Die Inflation kommt nicht über uns als ein Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen", schrieb Ludwig Erhard 1957 in seinem Werk, dessen Titel heute wie eine Legende aus fernen Zeiten klingt: "Wohlstand für Alle".
Primärer Inflationstreiber ist die Europäische Zentralbank (EZB). Inflation im eigentlichen Wortsinn meint die Aufblähung der Geldmenge, ohne daß eine entsprechende volkswirtschaftliche Wertschöpfung gegenübersteht. Das geschieht etwa durch die Ausweitung der Staatsverschuldung.
Aufgabe der Zentralbank wäre es, diese durch hohe Zinsen einzudämmen und so den Geldwert stabil zu halten. Das tut die EZB nur unzureichend, weil sonst die schwächeren Volkswirtschaften im ungleichen Euro-Verbund überfordert wären. Die Deutschen zahlen so durch die Entwertung ihrer Rücklagen dafür, daß das Euro-Kartenhaus noch etwas länger steht.
Die Währungsinflation ist eine schleichende Massenenteignung. Sie ist die unsozialste aller Vermögenssteuern, weil sie am härtesten die kleinen Leute trifft, die nicht auf wertsichernde Anlageformen ausweichen können.
Die nationale Politik tut das ihre, um die Teuerung weiter anzuheizen, statt die Bürger zu entlasten. Die Staatsquote liegt bei sozialistischen 50 Prozent. Ein beträchtlicher Teil der volkswirtschaftlichen Leistung wird unproduktiv verschwendet, für Massenmigration, klientelpolitische Subventionen und eine ideologische "Transformations-Politik", die Energie knapp, unzuverlässig und teuer macht.
Teure Energie treibt alle Preise, denn in einer vernetzten Volkswirtschaft gibt es vom Brötchen bis zur industriellen Fertigungsanlage nichts, was nicht unter Einsatz von Energie hergestellt und transportiert wird. Unsinnige Energieabgaben und bürokratische Fesseln wie das Lieferkettengesetz treiben die produktive Industrie aus dem Land und verschärfen die wirtschaftliche Lage. Die ökosozialistische Gängelung der Landwirtschaft treibt Betriebe in die Aufgabe und die Lebensmittelpreise in die Höhe. Massenmigration und bürokratische Blokkaden für den Wohnungsbau machen Wohnraum zum knappen Luxusgut. Die bitteren Folgen sind bei den Bürgern längst angekommen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 50/24" berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**Wenn Essen zum Luxus wird**
Explodierende Preise im Supermarkt: Die umgehende Inflation trifft vor allem kleine Einkommen schwer. Immer mehr Deutsche müssen auf jeden Cent achten
Martina Meckelein
Der Wind peitscht die Regentropfen schräg vor sich her. Naß, kalt, bleierner Himmel - typisches Novemberwetter in der Hauptstadt. Der Hunger windet sich stumm und dumpf durch die Häuserschluchten. Vor manchen Fassaden reckt er sich in die Höhe, späht durch die Fenster in die Wohnungen. Noch zwängt er sich nur vereinzelt in die Heimstätten. Noch läßt er der Mangelernährung und - es geht auf den Winter zu - der Kälte den Vortritt. Doch bald ist er an der Reihe. Ist das nur ein Schreckgespenst? Sind wir Deutsche einfach zu verwöhnt? Hat die zweiprozentige Inflationssteigerung im Grunde keine Auswirkung auf unser alltägliches Leben?
"Nein, mir geht es wirklich nicht wunderbar", sagt Susanne Koblitz (56) aus Berlin-

Siemensstadt gegenüber der JUNGEN FREIHEIT. Die Mutter von zwei erwachsenen Töchtern, 38 und 32 Jahre, wohnt alleine in ihrer Wohnung. Sie hat kein Auto, "nicht mal einen Führerschein, nie gemacht", sagt sie. Sie hat keinen Computer, keine Hobbys, fährt nicht auf Reisen. Den einzigen Luxus, den sie sich leistet, ist ein Hund und zwei Kaninchen. Sie liebe Tiere und ihr 39 Jahre altes Fahrrad, mit dem sie durch Spandau radelt, wenn das Wetter es zuläßt. "Was mir zur Zeit hilft, ist einfach die Tatsache, daß ich zeit meines Lebens ein sparsamer Mensch war."

Die geborene Berlinerin ist ausgebildete Erzieherin, seit 2017 geschieden, sie bezieht 585,95 Euro Bürgergeld. "Dazu zahlt das Jobcenter meine Miete, sind nochmal 565 Euro." In ihrer Wohnung in Siemensstadt durchforstet sie die kostenlosen Anzeigenblätter und Postwurfsendungen nach Sonderangeboten. Vergangene Woche konnte sie zwei Kilo Mohrrüben zum Schnäppchenpreis ergattern.

Wie andere Gedichte aufsagen können, kennt Susanne Koblitz die aktuellen Preise für Butter, Milch, Brot auswendig, und das natürlich nach Discountern aufgelistet. "Bei Edeka kosteten die 1,39 Euro, bei Netto 1,11 Euro und bei Kaufland 79 Cent. Aber nur von montags bis mittwochs. Na, dann gehe ich dorthin, wo es am billigsten ist und kaufe die dort ein." Die Schnäppchenjagd sei zeitaufwendig. "Aber die Zeit habe ich", erklärt Koblitz.

Mütterrente allein wäre zu knapp, um über die Runden zu kommen

Heute ist Bürgergeldtag. "Der ist immer am letzten Werktag des Monats." Dann hebt sie das ganze überwiesene Geld, abzüglich der Kosten für die Monatskarte und das Kabelfernsehen, vom Konto ab. An diesem Freitag kauft sie Heu für ihre beiden Kaninchen, die sie noch in der Wohnung hält. Heu gibt es bei Edeka direkt an der U-Bahnstation am Siemensdamm. Die Ballen verstaut sie in einer ausrangierten Kinderkarre. "Sie sind mir zum Tragen zu schwer geworden und zu unhandlich."

Immer mittwochs geht sie zur Tafel. Die Bezieher sind in vier Gruppen eingeteilt. Koblitz gehört zur grünen Gruppe. Die darf immer mittwochs von 15.15 bis 16 Uhr zur Tafel gehen. "Früher kostete ein Wocheneinkauf einen Euro, seit 1. Januar 2024 hat der Preis sich verdoppelt auf zwei Euro." Aber das sei kein Geld. "Die Qualität ist einfach klasse." Sie achte darauf, von welchem Discounter die Produkte kommen. "Vergangene Woche habe ich sogar einen Bienenstich bekommen, der kostet regulär 5,99 Euro. Das Stück war so groß, da konnte ich meiner Nachbarin etwas abgeben."

Vor dem kommenden Jahr grause es sie aber. Das Haus, in dem sie seit 14 Jahren lebt, bekommt eine Strangsanierung. Es wird gedämmt. Vor vier Jahren gab es einen Eigentümerwechsel und bisher zwei Mieterhöhungen. Vor zehn Jahren waren es noch 378 Euro. "Die Grundsteuer wird doch auf uns Mieter umgelegt und die Sanierungskosten anteilig ebenfalls. Da werde ich mit dem Jobcenter erst einmal reden müssen und fragen, ob die auch weiterhin die Miete tragen."

"Also, klagen möchte ich nicht", sagt uns eine Spandauer Ruheständlerin. "Ich bekomme 1.600 Euro Rente, damit komme ich mittelprächtig durch den Monat." Die Inflation merke sie bisher kaum. "Natürlich führe ich ein Haushaltsbuch. Und ich denke, so zum Vergleich zum Vorjahr zahle ich pro großem Wochenendeinkauf 20 Euro drauf. Aber ich benötige so wenig, da fällt mir persönlich die Preiserhöhung kaum auf."

Die ältere Dame ist seit einigen Jahren Witwe. "Ohne die Rente meines Mannes würde das natürlich nichts werden. Denn ich hatte nur zwölf Jahre eingezahlt, dann mich um unsere Tochter gekümmert. Damit ich die 15 Jahre voll habe, habe ich freiwillig noch drei Jahre eingezahlt." Fünf Jahre ist die Mindestzeit, nach der man eine Rente bekommt. Ab 15 Jahren bekommen Mütter eine höhere Rente. Die Rentnerin bekommt einmal in der Woche aus Lichtenberg Besuch von ihrer Tochter. Telefoniert wird jeden Abend.

Sparangebote wie Tafeln oder ältere Lebensmittel werden gern genutzt

Geld einsparen ist zwischen beiden schon ein Thema. "Natürlich könnte ich aus meiner großen Wohnung ausziehen und mich verkleinern", sagt sie. "Aber dieser ganze Umzugsstreß, das will ich nicht. Und außerdem ist meine Wohnung so billig, dafür bekomme ich in ganz Berlin keine Wohnung, egal wie klein die ist." Dabei hält sie nichts mehr in Spandau. "Wissen Sie, die Nachbarn sind tot. Und mit den Ausländern, die in die Wohnungen eingezogen sind, kann man sich doch nicht unterhalten. Selbst wenn sie deutsch sprechen, verstehe ich sie nicht. Nett sind die aber schon."

Mitten in Spandaus Fußgängerzone, der Carl-Schurz-Straße, geben sich die Leute die Klinke in die Hand. Über dem Eingang steht der Name des Geschäfts: "Spar dich satt". Er ist Programm. Bei Marian Nixdorf (37) gibt es Deutsche Markenbutter im Angebot: ein Stück für 1,80 Euro, zwei Stück für 3,50 Euro oder Pfefferbeißer 300 Gramm für 1,20 Euro.

"Den Laden betreibe ich seit sechs Jahren", sagt der Betriebswirt und räumt kistenweise Kräuterquark ins Kühlregal. Er bietet Lebensmittel an, die aus Transportschäden, Verpackungsumstellungen und Überproduktion stammen. Dazu auch Produkte, die eine kurze Mindesthaltbarkeit (MHD) aufweisen.

Im Schaufenster hängt ein Erklärplakat: "Es heißt 'Mindestens haltbar bis' und nicht 'Absolut tödlich ab'." Einige seiner langjährigen Kunden kennt er mit Vornamen. Man begrüßt sich mit Küßchen. "Wie war der Urlaub?", fragt eine ältere Dame. "Schön, Lastminute in die Türkei", antwortet Nixdorf. "Zu Anfang waren die Leute skeptisch, heute haben wir ein positives Image", freut er sich.

Zwischen 200 und 1.000 Kunden kaufen bei ihm täglich ein. "Hierher kommen alle. Die Angestellten aus den umliegenden Geschäften, die in der Mittagspause einkaufen. Die Rentner, aber eben auch arme Bürger. Die Menschen werden in ihrem Einkaufsverhalten erwachsener", sagt er. "Allerdings zieht das Geschäft richtig seit Anfang des Jahres an. Klar, alle Leute schauen mehr aufs Geld."

Wie die EZB-Geldpolitik die Bürger ärmer macht

Die alltägliche Entwertung des Euro ist geplant. Laut den laufend durchgeführten offiziellen Berechnungen betrug die Inflationsrate seit der Euro-Einführung 1999 durchschnittlich 1,5 Prozent pro Jahr. Was also vor der Jahrtausendwende noch einen Euro gekostet hätte, würde demzufolge heute 1,40 Euro kosten. Wer damals 100.000 Euro unter das Kopfkissen gelegt hätte, würde demnach nur noch Waren im Wert von unter 70.000 Euro erwerben können.

Die Europäische Zentralbank (EZB) plant eine jährliche Teuerungsrate von "um die zwei Prozent" - zukünftig sind drei Prozent im Gespräch. Sie pumpt dazu Anleihen und Gelder in den Markt - und zwar mehr, als die Wirtschaft wächst. So wächst die Schere zwischen den neu geschaffenen Werten und der Geldmenge.

Die EZB ermittelt die verursachte Inflation mit Hilfe eines hypothetischen Warenkorbs, der einige gravierende Schwachstellen hat, wie der Assistenzprofessor im französischen Angers Karl-Friedrich Israel und der Leipziger Professor Gunther Schnabl 2020 schrieben.

Die Güter und Dienstleistungen des Warenkorbs, des sogenannten Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), enthalten drei wichtige Faktoren nicht oder zu gering: den "Zukunftskonsum", die Wohnkosten und Ausgaben für öffentliche Güter. Zukunftskonsum beschreibt das Sparen oder Kreditaufnehmen für einen Hauskauf oder zum Aufbessern der kargen künftigen Rente.

Weiter nimmt die EZB an, daß der durchschnittliche Bürger nur 17 Prozent seines monatlichen Einkommens für Wohnkosten zahlt, obwohl laut Statistischem Bundesamt Deutschlands Durchschnittsbürger im Jahr 2021 rund 29 Prozent seines verfügbaren Haushaltseinkommens für Miete und Nebenkosten beziehungsweise den Unterhalt seines Wohneigentums aufwendete. Elf Millionen Bundesbürger zahlten gar 40 oder mehr Prozent nur fürs Wohnen.

Auch nicht enthalten sind öffentliche Güter (Straßen, Gesundheitsversorgung, öffentlich-rechtliche Medien, Schulen, etc.), obwohl diese über die Steuern und Abgaben von jedem Konsumenten und Steuerzahler bezahlt und von vielen sogar genutzt werden.
Israel und Schnabl haben diese drei Faktoren (Zukunftskonsum, Wohnkosten und Ausgaben für öffentliche Güter) einberechnet und kommen so auf eine durchschnittliche Inflation von 2,57 Prozent bis 2019. De facto ist das Lohnwachstum in Deutschland geringer. Die EZB-Politik macht ärmer (siehe auch Seite 10). Die 100.000 Euro unter dem Kopfkissen hätten heute weniger als die Hälfte der damaligen Kaufkraft. Daß es anders geht, zeigt die Schweiz.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 50/24" berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**Deutschland zählt bei der Wettbewerbsfähigkeit zu den Schlußlichtern**

Kranker Mann an der Spree

Albrecht Rothacher

Deutschland sei "Der kranke Mann Europas" titelte im Juni 1999 der Londoner Economist. Gerhard Schröder brachte mit seiner "Agenda 2010" die Wirtschaft wieder in Schwung. Angela Merkel konnte sich darauf 16 Jahre lang ausruhen. Es folgten drei Jahre Deindustrialisierungspolitik der Ampel, die zudem die "dümmste Energiepolitik der Welt" (Wall Street Journal; Januar 2019) unbeirrt fortsetzte. Das konnte nicht gutgehen. So ist Deutschland nach einer aktuellen Unternehmensumfrage des Ifo-Instituts in Sachen Wettbewerbsfähigkeit - zusammen mit Belgien, Österreich und Zypern - Schlußlicht in der EU geworden (Ifo Schnelldienst 9/24).
Dieser Negativtrend hatte schon 2017 eingesetzt und ist "in den freien Fall" übergegangen. Gründe seien überhöhte Energiepreise, CO2-Abgaben, die Überalterung, der Mangel an motivierten Fachkräften, hohe Steuern und Abgaben, eine marode Infrastruktur, eine schikanöse Bürokratie, das verrottete Bildungswesen, das Verbrennerverbot und eine Industriepolitik, die sich auf das Vergeben von Milliarden-Subventionen beschränkt. Oft genug platzen dann die politisch gehätschelten "grünen" Firmen wie Seifenblasen.
Es sind also vor allem politisch bedingte Strukturfehler und nicht der Ukrainekrieg oder Corona-Folgen, die gern als Ausrede dienen. So ist die Industrieproduktion seit 2018 um zwölf Prozent gesunken.
Die Investitionen stagnieren, der Export schwächelt, vor allem in der Auto-, Maschinenbau- und Pharmabranche. Jetzt kommen noch die Chemie-, Papier-, Mineralöl-, Glas- und Metallindustrie dazu. In den USA drohen Sonderzölle, zudem werden dann wohl chinesische Exporte von dort nach Europa umgeleitet.
Das Freihandelsabkommen mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten wird von Frankreich und Polen sabotiert. Auch stockt die Binnennachfrage. Die Sparquote liegt bei 11,3 Prozent, mit der steigenden "CO2-Bepreisung" blüht ein neuer Inflationsschub, während die Preise für Mieten und Grundnahrungsmittel wie Butter, Gemüse und Olivenöl weiter hoch bleiben. Viele Haushalte haben sich im Corona-Hausarrest mit Möbeln, elektrischen Geräten und Fahrrädern eingedeckt. Neuer Bedarf ist kaum in Sicht - die steigenden Insolvenz-meldungen zeigen die Dramatik.
Konjunkturprogramme können angesichts von 2,5 Billionen Euro Staatsverschuldung kaum aufgelegt werden, weil in den guten Jahren der Merkelschen Hochkonjunktur keinerlei Rücklagen erfolgten. Die Großindustrie in Deutschland baut mittlerweile Tausende von Arbeitsplätzen im Wochentakt ab: Thyssenkrupp, Ford, VW, die Autozulieferer Bosch, ZF, Schaeffler oder Infineon. Auch in Österreich schlägt die deutsche Krise in den "Auto-Clustern" Graz und Steyr voll durch. Die BASF schließt im Stammwerk Ludwigshafen elf Produktionsanlagen mit 4.200 Arbeitsplätzen und investiert statt dessen weitere Milliarden im neuen Verbundstandort Zhanjiang (dem einst französischen Fort Bayard), wo die südchinesischen KP-

Behörden "flexibler" auf Unternehmenswünsche reagieren.
Das Ampel-Deutschland hat es zudem geschafft, sein "grünes Wirtschaftswunder" (subventionierte Solarzellen, Windkraftanlagen, Wärmepumpen, Batterien und E-Autos) als abschreckendes Beispiel für den Rest der Welt fast zur Gänze nach China zu exportieren. Dort werden die propagierten Energiewende-Komponenten nun oft mit billigem und reichlichen Kohlestrom hergestellt - zur Rettung des Weltklimas "Made in Germany".<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 50/24" berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**Kontroverse über die Ursachen globaler Ungleichheit**
Absurde Plutokratie
Kern des Wirtschaftsprogramms der 1947 auf Initiative Friedrich August von Hayek gegründeten Mont Pèlerin Society war die Stärkung der freien Marktwirtschaft und die Ablehnung von Sozialismus. Seit den 1970ern, unter der Ägide von Margaret Thatcher und Ronald Reagan, sind diese Ideen nach Auffassung des Ökonomen Guy Standing (University of London) allerdings in die falschen Hände geraten.
Das damals geformte Wirtschaftssystem des "Neoliberalismus" habe Machtmonopole internationaler Konzerne zementiert, die der Gewinne begrenzende "freie Markt" von Hayek verhindern sollte. Herausgebildet habe sich eine Welt krasser Ungleichheit, in der eine "absurde Plutokratie" aus 2.781 Multimilliardären ein Gesamtvermögen von 14 Billionen US-Dollar anhäufen konnte, während Armut in den Entwicklungsländern wachse.
In der derzeitigen angelsächsischen Debatte über "Schuldige" an dieser globalen Arm-Reich-Schere wird der von Standing favorisierte Neoliberalismus aber zunehmend vom Kolonialismus verdrängt (Welt-Sichten, 3/2024). Ihm und nicht der industriellen Revolution verdanke Großbritannien seinen Aufstieg zur Weltmacht, da es zwischen 1857 und 1939 45 Billionen US-Dollar aus der Ausbeutung Indiens gewann, wie die Soziologin Gurminder K. Bhambra (University of Sussex) vorrechnet. …<<
Rumänien: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Rumänische Präsidentschaftswahl muß vollständig wiederholt werden**
Die rumänische Präsidentschaftswahl muß vollständig wiederholt werden. Das entschied der Oberste Gerichts- und Kassationshof am Freitag in Bukarest. Für Sonntag war eigentlich eine Stichwahl geplant. Dabei sollten der rechtsextreme und kremlfreundliche Calin Georgescu und die konservativ-liberale Reformpolitikerin Elena Lasconi gegeneinander antreten.
Georgescu will bei einem Wahlsieg die komplette Ukraine-Hilfe einstellen. Die Richter begründeten ihre Entscheidung mit Enthüllungen des rumänischen Geheimdienstes, wonach das Land Ziel eines "aggressiven russischen hybriden Angriffs" geworden sei. Über die vor allem bei Jugendlichen beliebte App Tiktok sei Georgescu mit Hilfe koordinierter Konten,
Empfehlungsalgorithmen und bezahlter Werbung massiv gefördert worden, so das Gericht. Georgescu hatte Ende November überraschend die erste Runde der Präsidentschaftswahl gewonnen, nachdem er in Umfragen zuvor nur einstellige Umfragewerte erzielt hatte. In der ersten Runde der Präsidentschaftswahl am 24. November hatten 22,94 Prozent der Wähler für Georgescu gestimmt, 19,18 Prozent für Lasconi.
Den Einzug in die Stichwahl verfehlte dagegen Marcel Ciolacu, der als amtierender Regierungschef ins Rennen gegangen war und auf Grundlage der Umfragen als klarer Favorit gegolten hatte.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 50/24" berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**Georgescus Wahlsieg für gültig erklärt**
Rumänien: Nato-Kritiker greift nach dem Präsidentenamt / Sozialdemokraten gewinnen Parlamentswahl
Paul Leonhard

Rumänien ist knapp einem Wahlchaos entgangen, der das Balkanland für einige Zeit unregierbar gemacht hätte. Und so war das Aufatmen groß, als das Verfassungsgericht am Montag abend das amtliche Ergebnis der ersten Runde der Präsidentschaftswahl als rechtmäßig einstufte. Die vom Gericht angeordnete Neuauszählung der Stimmen habe die Korrektheit des zuvor bekanntgegebenen Ergebnisses bestätigt, so Gerichtsvorsitzender Marian Enache. Es habe auch keine Hinweise auf Wahlbetrug gegeben.
Zuvor hatte es mehrere Klagen gegeben: Einerseits weil der Vorsprung der zweitplazierten Elena Lasconi von der liberalen USR vor dem ursprünglich als Favoriten gehandelten, auf Platz drei gelandeten Premierminister Marcel Ciolacu (PSD), nur 2.740 Stimmen beträgt. Zum anderen, weil der überraschende Sieger der ersten Runde, der als prorussisch und Natokritisch geltende, unabhängige Kandidat Calin Georgescu, die Finanzierung seines Wahlkampfes angeblich nicht offengelegt hatte. Nun findet am 8. Dezember die Stichwahl zwischen Georgescu und Lasconi statt.

Ministerpräsident Ciolacu zeigt sich offen für nationalistische Kräfte

Zuvor stand am vergangenen Sonntag die Parlamentswahl an, bei der die regierenden Sozialdemokraten mit 22,4 Prozent stärkste Kraft wurden, indes im Vergleich zur Wahl vor vier Jahren 6,6 Prozentpunkte verloren. Die als extrem rechts geltende AUR erreichte 18,2 Prozent (plus neun Prozentpunkte), die konservative PNL 14,3 Prozent. Da mit der SOS Romania und der POT zwei weitere rechte Parteien über die Fünfprozenthürde sprangen, kam das nationale Lager insgesamt auf etwa 30 Prozent der Stimmen. Der PSD-Politiker Victor Negrescu, Vizepräsident des EU-Parlaments, kündigte dennoch rasch an, den europäischen Kurs Rumäniens fortsetzen zu wollen. Die PNL erklärte, zu einer Koalition mit der PSD bereit zu sein.
Die Vorsitzende der SOS, Diana Șoșoaca, rief dagegen alle nationalistischen Kräfte auf, eine Regierung mit der AUR zu bilden. Der bisherige Ministerpräsident Ciolacu zeigte sich ebenfalls offen für nationalistische Kräfte: "Wir müssen weiterhin unser Land mit europäischen Mitteln entwickeln und dabei unsere Identität, nationalen Werte und unseren Glauben bewahren."
Dabei dürfte er auch die 18- bis 30jährigen sowie die rund 700.000 Auslandswähler im Blick haben, bei denen die AUR besonders gut ankam. Mehr als 45 Prozent der vor allem in Frankreich, Italien und Spanien lebenden Rumänien wählten eine der drei nationalistischen, europaskeptischen Parteien.<<

Argentinien: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 50/24" berichtet am 6. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**Die Freiheit schreitet voran**

Argentinien: Nach einem Jahr Präsidentschaft zeigt Javier Mileis Politikumsturz erste Früchte
Philipp Bagus

Am 10. Dezember jährt sich der Amtantritt des argentinischen Präsidenten Javier Milei. Um seine Erfolge einschätzen zu können, müssen wir uns zunächst die Ausgangsposition vor Augen führen. 20 Jahre Kirchnerismus hatten das Land zugrunde gerichtet. Die Situation Argentiniens, und nicht nur der Staatsfinanzen, war besorgniserregend, als Milei im Dezember 2023 die Präsidentschaft übernahm. Im November 2023 lag die Armutsquote bei 55 Prozent und die Quote extremer Armut bei 17,5 Prozent. Zudem stand das Land vor dem Staatsbankrott, dem zehnten in seiner Geschichte.
Die Staatsschulden lagen 2023 um die 88 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zudem schuldete Argentinien 60 Milliarden Dollar für noch nicht bezahlte Importe. Am 21. Dezember 2023, wenige Tag nach Mileis Amtsantritt, wurde eine Zinszahlung an den Internationalen Währungsfonds fällig. Die Argentinische Zentralbank bilanzierte minus 10,5 Milliarden Dollar Währungsreserven, da sie sich in US-Dollar verschuldet hatte.

Der Rückgang der Staatsausgaben liegt bei bis zu 35 Prozent

Als wäre das nicht genug, war Argentinien in einer inflationären Dynamik gefangen, die sich

ungebremst in eine Hyperinflation beschleunigte. Die monatliche Konsumgüterpreisinflation lag 2023 von Januar bis Juli zwischen sechs und 8,4 Prozent. Im August beschleunigte sie sich schon auf 12,4, und im Dezember sprang sie auf 25,5 Prozent, was einer annualisierten Teuerungsrate von 1.228 Prozent entspricht. Die Großhandelspreise, die in der Regel der künftigen Konsumgüterinflation vorauslaufen, zeigten eine weitere Beschleunigung an. Sie stiegen im Dezember 2023 um 54 Prozent, das sind annualisiert 17.000 Prozent.

Das Staatsdefizit war wenig hilfreich. Das konsolidierte Staatsdefizit lag 2023 bei sage und schreibe 15 Prozent, davon fünf Prozent in der Staatskasse und zehn Prozent in der Zentralbank. Denn nicht nur das Finanzministerium hatte Schuldtitel ausgegeben, auch die Zentralbank.

So verkaufte die argentinische Zentralbank kurzfristige Schuldpapiere zu attraktiven Zinsen an die Banken, um die zuvor geschaffenen Pesos wieder abzuschöpfen. Statt in die Wirtschaft zu fließen, gelangten die Pesos zurück zur Zentralbank und wurden so sterilisiert.

Das Problem dabei ist offensichtlich. Die Zentralbank mußte attraktive Zinsen auf die von ihr ausgegebenen Verbindlichkeiten zahlen. Durch die hohe Inflation im Jahr 2023 lag der Zinssatz bei etwa 135 Prozent. Doch wie bezahlte die Zentralbank diese Zinsen auf ihre Schulden? Indem sie neues Geld druckte. Ein Teufelskreis. Ende 2023 implizierten die Zinszahlungen der argentinischen Zentralbank einen endogenen Anstieg der Geldmenge von zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Mit den verzinslichen Verbindlichkeiten schlummerte eine Zeitbombe in der Zentralbankbilanz, die jederzeit eine Hyperinflation zünden konnte.

Ende 2023 war Argentinien also vollkommen verarmt, praktisch pleite, mit einem konsolidierten Defizit von 15 Prozent des BIP. Der argentinische Staat war ohne Kredit, ohne Reputation, unfähig sich zu finanzieren. Die Gesellschaft war am Limit und konnte keine große Anpassungskrise überstehen, schon gar keinen Währungszusammenbruch. Daß sein Parteienbündnis nur über 15 Prozent der Abgeordneten im Parlament und zehn Prozent im Senat verfügte und die Opposition alle Gesetzesvorhaben blockierte, machte die Situation nicht leichter. Die Probleme in den Griff zu bekommen war eine herkulische Aufgabe.

Bei seinem Amtsantritt machte Milei sich zunächst an die makroökonomische Stabilisierung. Das Herzstück von Mileis Ansatz war die Eliminierung des Defizits. Milei wiederholt unermüdlich, daß die Defizitbeseitigung unverhandelbar sei. Und schon im ersten Monat, im Januar 2024, gelang ihm ein Haushaltsüberschuß. Das war nur durch den beherzten Einsatz der berüchtigten Kettensäge möglich. Milei schaffte Ministerien ab, entließ Staatsbedienstete, legte alle staatlichen Infrastrukturprojekte auf Eis, schloß Behörden und beseitigte die Transfers an die Provinzen.

Außerdem erhöhte er die Gehälter von öffentlichen Angestellten und Rentnern nicht im gleichen Rhythmus wie die Inflation. Der reale Rückgang der Staatsausgaben wird zwischen 27 Prozent und 35 Prozent geschätzt. Das ist eine unglaubliche gute Zahl. Denn dieser Rückgang der Staatsausgaben repräsentiert die Verringerung der Last des Staates, die auf den Schultern der argentinischen Zivilgesellschaft liegt.

Das Resultat war ein Haushaltsüberschuß, auch nach Zinsen. Weil es kein Defizit mehr gibt und Milei verdeutlichte, daß es mit ihm auch keines mehr geben wird, wurde ein monetärer Anker für die Inflationserwartungen geschaffen: In Zukunft wird es nicht mehr nötig sein, Pesos zu drucken, um das Defizit zu finanzieren. Mit den Inflationserwartungen fielen die Zinsen. Deren Rückgang bedeutete weitere Einsparungen, weil der Staat und die Zentralbank weniger Zinsen auf ihre Schulden zahlen mußten.

Während das Haushaltsdefizit im Januar beseitigt wurde, dauerte es bis zum Juni 2024, bis das zehnprozentige Defizit der Zentralbank eliminiert wurde. Die Banken bekamen Anreize, die verzinsten Zentralbankverbindlichkeiten gegen langfristige Staatsanleihen zu tauschen. Durch die Beseitigung des Defizits sowohl im Haushalt als auch bei der Zentralbank entfällt

der endogene Druck, neue Pesos herzustellen.
Seit Juli 2024 werden netto auch durch Dollarankauf keine Pesos mehr in den Umlauf gebracht. Zwar müssen Exporteure ihre Dollars weiterhin an die Zentralbank zum offiziellen Wechselkurs gegen Pesos abgeben, doch verkauft die Zentralbank in der Folge die Dollars wieder zum Marktpreis. Somit sammelt sie die Pesos wieder ein, wobei durch die Differenz zwischen offiziellem Wechselkurs und Marktpreis ein Gewinn verbleibt. Entscheidend: Die Nettoemission ist null.
In Zukunft möchte Milei auch die Emission für eine Bankenrettung vermeiden. Ein Teildeckungsbankensystem erzeugt zyklische Krisen, und in diesen Krisen produziert die Zentralbank Geld, um die Teildeckungsbanken zu retten. Um dieses Risiko zu beseitigen, plädiert er für ein vollgedecktes Bankensystem - eine Revolution, denn es wäre das erste Bankensystem weltweit mit einer 100-Prozent-Reservedeckung, wodurch die allgemeinen Rechtsprinzipien wieder respektiert wären. Bankenkrisen und Wirtschaftszyklen wären Geschichte.
Infolge dieser Maßnahmen ist die Monatsinflation von 25 Prozent im Dezember auf 2,7 Prozent im Oktober gefallen. Die Märkte erwarten eine weiter fallende Inflationsrate. Die Risikoprämie auf argentinische Staatsanleihen geht immer weiter zurück, und der Marktpreis des Pesos nähert sich dem offiziellen Wechselkurs. Die Abwendung der Hyperinflation und Stabilisierung des Pesos ist Mileis größte Leistung und sein größtes politisches Kapital.
Daher hat Milei steigende Zustimmungswerte. Das ist dadurch zu erklären, daß er zehn Jahre lang im Kampf um die besseren Ideen - dem Kulturkampf, wie er es nennt - Aufklärungsarbeit geleistet hat: Die Staatsausgaben seien das Problem, weil sie zu einem Defizit führten, das durch die Ausgabe neuen Geldes finanziert werde, was die Preise steigen lasse.
Diese Inflationssteuer, die vor allem die Armen treffe, sei mit der Nullemission seit Juli eliminiert. Milei hat auch erklärt, daß weniger Staatsausgaben nicht schlecht für eine Wirtschaft sind. Ganz im Gegenteil bedeutet ein Rückgang der Staatsausgaben, daß dem Privatsektor mehr Ressourcen zur Verfügung stehen. Und er hatte angekündigt, der Entzug der Inflationsdroge würde hart werden, am Ende des Tunnels jedoch ein neues Argentinien warten. Doch dieses Mal lohne sich der Aufwand. Und das wählten die Argentinier. Daher genießt Milei bis heute noch so hohe Zustimmungswerte in der Bevölkerung, trotz der Sparmaßnahmen.
Aber nicht nur die makroökonomische Stabilisierung ist Milei gelungen. Auch bei der Deregulierung der argentinischen Wirtschaft gibt es gewaltige Fortschritte. Beginnend mit seinem "Decreto de Necesidad y Urgencia" hob Milei mehr als dreihundert Verordnungen auf. Besondere Aufmerksamkeit erregte das Ende der Mietpreiskontrolle. Die realen Mieten fielen, als zurückgehaltene Wohnungen wieder auf den Markt kamen.
Im Juni brachte Milei auch seinen umfassenden Reformplan ("Ley Bases") durch beide Kammern. Es handelt sich um die größte Strukturreform Argentiniens. Das Ley Bases beinhaltet die Gründung eines Deregulierungsministeriums, Privatisierungen und eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Täglich werden alte Verordnungen abgeschafft. Zu den Deregulierungen gesellen sich auch sukzessive Steuersenkungen.

Ab April 2025 soll es langsam aber sicher aufwärts gehen

Die Ziele Mileis sind klar und wurden im Juli mit der Unterzeichnung des "Pacto de Mayo" (Maipakts) zwischen dem Präsidenten und den Gouverneuren bekräftigt. Zu den zehn Grundprinzipien dieses Pakts gehören "die Unverletzlichkeit des Privateigentums", "die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben auf 25 Prozent des BIP" und die Umsetzung einer Reform, die "die Steuerlast senkt und das Leben der Argentinier vereinfacht und den Handel fördert". Langfristig möchte Milei Argentinien zum freiesten Land der Welt machen. Die ersten Schritte sind getan.
Derweil mehren sich die Anzeichen, daß die Talsohle im April erreicht worden ist und es langsam aufwärtsgeht. Seit Mai steigen Autoproduktion, private Bauaktivität, Konsumenten-

vertrauen, Exporte und die Reallöhne. JP Morgan schätzt die derzeitige Wachstumsrate auf 8,5 Prozent. Dieser Mentalitätswechsel weg vom Staat hin zur Freiheit, den Milei vornimmt, ist einzigartig und nicht nur auf Argentinien begrenzt. Durch seine Reden beim Weltwirtschaftstreffen in Davos oder bei den Vereinten Nationen trägt Milei dazu bei, die Ideen der Freiheit global zu verbreiten.

Prof. Dr. Philipp Bagus. Der Ökonom, geboren 1980 in Wiesbaden, lehrt an der Universität Madrid. Er publizierte Bücher wie "Warum andere auf Ihre Kosten immer reicher werden" oder "Die Tragödie des Euros". Eben erschienen: "Die Ära Milei. Argentiniens neuer Weg"

Die Lebensstationen von Javier Milei

Javier Milei wurde am 22. Oktober 1970 in Palermo, einem Ortseil von Buenos Aires geboren. "Mein alter Herr hat mich immer verprügelt", erklärte Milei später. Er besuchte die Sekundarschule Cardenal Copello (Villa Devoto). Während seiner Teenagerzeit, von 1987 bis 1989, spielte er als Torwart in der Jugendabteilung der Chacarita Juniors und gehörte sogar zur Profimannschaft. Als Sänger war er Mitglied der Band Everest, die hauptsächlich Lieder von den Rolling Stones coverten.

Milei hat einen Abschluß in Fach Wirtschaftswissenschaften von der Universität Belgrano. Er absolvierte zwei Postgraduiertenprogramme am Institut für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (IDES) und an der Universität Torcuato di Tella. Zudem wurde ihm die Ehrendoktorwürde der ESEADE-Universität verliehen. Er war Chefökonom der privaten Rentenversicherungsanstalt Máxima AFJP, Koordinator des Finanzunternehmens Estudio Broda und Berater der argentinischen Regierung beim Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten.

Miliei gilt als ein Spezialist für Fragen des Wachstums und lehrte an Universitäten in Argentinien und im Ausland Mikroökonomie, Makroökonomie, Geldtheorie, Finanztheorie, Wirtschaftswachstum und mathematische Ökonomie. Von 2017 bis 2022 moderierte er eine Radiosendung mit dem Titel "Demoliendo mitos" (Mythen zerstören). Im Jahr 2018 spielte er sich als Schauspieler in seinem eigenen Theaterstück "El consultorio de Milei". Seit 2022 moderierte Milei ein Online-Programm namens "Cátedra Libre". Im Februar 2019 gab er während einer politischen Veranstaltung in der Hauptstadt seinen Beitritt zur Libertären Partei bekannt und wurde schnell deren Vorsitzender.

Am 6. November 2021 gewann Milei ein Mandat als nationaler Abgeordneter mit 314.000 Stimmen und einem Anteil von 17,04 Prozent der Gesamtstimmen. Im Anschluß gründete er mit Victoria Villarruel das Wahlbündnis La Libertad Avanza (Die Freiheit schreitet voran).

Am 22. April 2022 kündigte Milei seine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2023 an. Bei den Vorwahlen am 13. August erzielte er mit fast sieben Millionen Stimmen knapp über 30 Prozent der Stimmen. Am 19. November 2023 setzte sich Milei dann gegen den peronistischen Kandidaten Sergio Massa durch und errang mit 56 Prozent der Stimmen das Präsidentenamt.

Die Amtsgeschäfte übernahm er dann am 10. Dezember 2023 auf eine eher unkonventionelle Art und Weise. Javier Milei hielt seine erste Rede auf den Stufen des Nationalkongresses und wandte sich direkt an die Bürger und nicht an die gesetzgebende Versammlung. In Anwesenheit internationaler Persönlichkeiten erklärte er den Beginn "einer neuen Ära in Argentinien" in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. …<<

07.12.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. Dezember 2024 (x1.429/…):

>>**Ryanair-Chef O'Leary: "Deutschland wird zum Luftfahrt-Friedhof!"**

Deutschland ist Schlußlicht, auch beim Luftverkehr. Die Branche erholt sich langsamer als in anderen europäischen Ländern von den Verwerfungen durch die Corona-Maßnahmenpolitik. Schuld sind die hohen staatlichen Abgaben, Steuern und Regulierungen, sagt der Chef der

Billigfluggesellschaft Ryanair Michael O'Leary.
Ryanair hat sich bereits von mehreren deutschen Flughäfen zurückgezogen und wird im kommenden Jahr massiv Flugverbindungen in Deutschland streichen. Wegen der überdurchschnittlich hohen Standortkosten entwickelt sich Deutschland "zu einem Luftfahrt-Friedhof", prophezeit der Chef der Fluggesellschaft.
"Die Ticketpreise sind hier schneller und höher gestiegen als in irgendeinem anderen Markt", kritisiert O'Leary im Interview mit "Welt am Sonntag". Ryanair werde deshalb weiterhin Flugzeuge aus Deutschland in Märkte verlegen, wo sie auch Geld verdienten. Zumal sich die deutsche Regierung notorisch taub stelle gegenüber Argumenten aus der Wirtschaft.
"Sie senken die Steuern und Gebühren, wir verdoppeln das Flugangebot in Deutschland binnen sieben Jahren", habe er im Januar dem Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt vorgeschlagen, schildert O'Leary.
Das Ergebnis: "Ich habe nicht einmal eine Antwort bekommen!"
Man warte jetzt auf "eine neue Regierung, die sich dem Wachstum verschreibt", bevor man wieder auf den deutschen Markt zurückkehre, erklärt der Ryanair-Boß und schickt noch einen deftigen Abschiedsgruß an die "rot-grüne" Restregierung hinterher: "Euer arroganter deutscher Weg ist f**ing over!"<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 7. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Weidel: Mir ist völlig egal, woher das günstige Erdgas kommt**
Die frischgekürte designierte Kanzlerkandidatin der AfD, Alice Weidel, hat den Regierungsanspruch ihrer Partei unterstrichen. "Den Regierungsanspruch haben wir natürlich und wir haben das beste wirtschaftspolitische Programm", sagte sie am Samstag den ARD-Tagesthemen.
In diesem Zusammenhang nannte Weidel die Forderungen nach Senkung der Unternehmenssteuern und Einkommenssteuern. Auf die Frage, ob eine Kanzlerkandidatur der AfD nicht unrealistisch sei, weil voraussichtlich keine andere Partei mit ihr koalieren wolle, sagte sie: "Wir sind zweitstärkste Kraft und Robert Habeck von den Grünen und Olaf Scholz von der SPD liegen in den Umfragen weit hinter uns."
In Bezug auf die Energiepolitik bekräftigte die AfD-Politikerin, auf fossile Brennstoffe setzen zu wollen. "Wir sagen ganz klar, wieder zurück zum günstigen Strom, weil ansonsten unsere Unternehmen ins Ausland oder pleite gehen."
Weidel wolle mit ihrer Politik die Interessen der deutschen Wirtschaft wieder ins Zentrum setzen. Die Frage, ob eine Rückkehr zu fossilen Brennstoffen nicht rückwärtsgewandt sei, verneinte sie: "Deutschland ist der energiepolitische Geisterfahrer international." Dies begründete sie damit, daß sich Deutschland aus dem Markt preise und abhängig sei von französischen Atomkraftwerken.
"Wir setzen auf Kernkraft, übrigens CO2-neutral, auf Kohlekraft und natürlich auf günstiges Erdgas." Auf die Frage nach der Herkunft dieses Gases und den Verweis auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine sagte Weidel: "Mir ist es völlig egal, woher das günstige Erdgas kommt, von welcher Pipeline, aus welchem Land."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Exklusiv! Wenn Wahlen etwas ändern würden …**
Von *Jürgen Elsässer*
Wahlkampfzeit. Jetzt lügen sie uns wieder die Hucke voll: Das mit dem Weltkrieg ist bloße Angstmacherei. Die Ukraine kann gewinnen, wenn wir nur tüchtig mithelfen. Die Energiepreise sinken bald wieder. Hey, immer mehr Scheinasylanten werden abgeschoben. Die Renten sind sicher. Die Gesundheitsvorsorge bleibt bezahlbar. Die Impfpflicht kommt nicht zurück. Niemand hat die Absicht, die Steuern zu erhöhen.
Glaubt eigentlich irgend jemand diese Lügen? Jeder weiß doch, daß nichts davon der Wahr-

heit entspricht. Aber die meisten haben sich daran gewöhnt. In Zeiten postmoderner Beliebigkeit kann man sich ohnedies auf nichts mehr verlassen. Jede Partei schleift die Fundamente, auf denen sie gegründet wurde: Die christliche CDU will nichts mehr von der christlichen Familie wissen, die liberale FDP macht den Bückling vor dem Raubzug der Finanzämter, die sozialdemokratische SPD drückt die Löhne ihrer Arbeiterwähler durch importierte Billiglöhner, die einst gewaltfreien Grünen sind für jeden Krieg zu haben.

Was zusätzlich frustriert: Wenn sich bei Wahlen - selten genug - Parteien oder Persönlichkeiten durchsetzen, die alles anders machen wollen, passen sie sich oft den scheinbaren Sachzwängen an und sind schnell von den Etablierten nicht mehr zu unterscheiden. Beispiel Sahra Wagenknecht: Wer hätte gedacht, daß sie sich so schnell mit der CDU ins Lotterbett legt? Mit der Partei von Taurus-Merz, der, so die BSW-Chefin zurecht, die "größte Gefahr" für Deutschland ist? Und wer kann garantieren, daß die AfD, sollte sie dereinst mitregieren, nicht ebenfalls umkippt, weil ihre Spitzenleute mit Zuckerbrot und Peitsche umgedreht wurden?

Schon vor Jahren habe ich an dieser Stelle den alten Anarcho-Spruch zustimmend zitiert: Wenn Wahlen etwas ändern würden, dann wären sie verboten. Heute würde ich den Satz etwas variieren: Wenn Wahlen etwas zum Positiven verändern würden, wären sie verboten. Was man nämlich erreichen kann: Daß sich durch Wahlen nichts zum Schlechten verändert. Ob Donald Trump beim zweiten Anlauf die Kraft hat, den Tiefen Staat auszumisten, bleibt nämlich fraglich - aber im Unterschied zu Joe Biden oder Kamala Harris kann er jedenfalls das atomare Armageddon stoppen. Auch in Deutschland dürften die Bundestagswahlen keine Besserung bringen.

AfD und BSW werden, selbst wenn die Wagenknechte die Brandmauer-Politik fallen ließen, nicht die neue Regierung bilden können - und das wäre die einzige, von der das Volk etwas zu erwarten hätte. Aber beide können immerhin so stark werden, daß Friedrich Merz nicht seine Wunschkoalition mit den Grünen bilden kann - in diesem Fall wäre Deutschland nämlich "innerhalb von 24 Stunden", wie der Wüterich angekündigt hat, im Krieg mit Rußland.

Ein möglichst gutes Ergebnis vor allem für die AfD hätte also durchaus eine realpolitische Bedeutung - es wirkt mindestens als Muntermacher für das Oppositionsvolk, das dadurch seine zahlenmäßige Stärke erkennt, und es erschreckt die Herrschenden. Alle Optionen für die Altparteien zur Regierungsbildung wären dann wackelige Konstruktionen wie zuletzt die Brombeer-Koalition in Thüringen. Die Schwäche des Machtblocks schüfe Raum für außerparlamentarischen Protest - die einzige Kraft, die wirklichen Fortschritt für das Volk erreichen kann. Die Bauernrevolte zu Jahresanfang 2024 war ein guter Anfang. Wenn die Automobilarbeiter dazu stoßen, brennt bei Habeck die Hütte.

Aber wacht der deutsche Michel überhaupt auf? Ist er zu mehr in der Lage, als sein Kreuzchen zu setzen? Das Beispiel DDR zeigt: Zu einer friedlichen Revolution kommt es erst, wenn das Regime den Schutz des Großen Bruders verliert. Honecker stürzte, als Gorbatschow ihn fallen ließ. Deswegen jetzt die Hoffnung auf Trump - und auf Elon Musk mit seiner Medienmacht. Aber können sie uns Deutsche zum Jagen tragen?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Weidel offiziell als Kanzlerkandidatin nominiert**

Von *Jürgen Elsässer*

Bundesvorstand mit einstimmigem Beschluß. Mainstream-Medien machen sich lustig, daß sie keine Chance hat. In unserer Weidel-Ausgabe "Alle gegen Eine" zeigen wir auf, wie sie trotzdem Kanzler werden kann.

Eine historische Premiere: Zum ersten Mal stellt die AfD einen Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl: Alice Weidel wurde heute Vormittag vom AfD-Bundesvorstand offiziell ins Rennen geschickt. Die Bestätigung durch den Bundesparteitag Mitte Januar ist nur noch Formsache. Die Bundestagswahl findet vermutlich am 23. Februar statt.

"Wir wollen mitreden, was in diesem Land passiert, und die Kanzlerkandidatur repräsentiert eben diesen Regierungsanspruch, den wir haben", sagte Weidel der Nachrichtenagentur dpa. Co-Parteichef Tino Chrupalla sprach von einem historischen Tag und einem "Wahlkampf als Mannschaft mit einer Stürmerin". Björn Höcke, der einzig realistische weitere Kandidat für das Amt, hatte schon vor zwei Wochen angekündigt, nicht für den Bundestag zu kandidieren und sich weiter auf den Machtwechsel in Thüringen konzentrieren zu wollen.
"Bild" monierte sogleich: "Eine reelle Chance aufs Kanzleramt hat Weidel aber nicht. Alle demokratischen Parteien schließen eine Zusammenarbeit mit der AfD kategorisch aus." Aber stimmt das wirklich? In unserer Weidel-Ausgabe …

Das Beispiel Italien

Möglich wäre das nur, wenn das Altparteienkartell komplett zusammenbricht. Dies war zum Beispiel in Italien zwischen 1992 und 1994 und in Griechenland zwischen 2010 und 2015 der Fall und führte dazu, daß völlig neue, unverbrauchte Kräfte die Regierung übernahmen …
Unbedingt notwendig für einen solchen jähen Umschwung ist das Eintreten einer Katastrophe, die von der gesamten Nation als solche gesehen wird. In Italien war das ein unglaublicher Schmiergeldskandal, der zur Verhaftung von hunderten Politikern und Wirtschaftsbossen führte, in Griechenland der vollständige Wirtschaftszusammenbruch.
In unserer Innenpolitik ticken zwei Zeitbomben: Die eine ist die Corona-Aufarbeitung, die die Schuld des gesamten Altparteienkartells am Impf-Tod von Hunderttausenden nachweisen könnte. Kein Wunder, daß sich die einschlägig Verdächtigen gegen die Einrichtung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, die neben der AfD auch das BSW fordert, mit Zähnen und Klauen stemmen.
Die andere Zeitbombe tickt beim Anstieg der Firmenpleiten, die dank Robert Habeck schon das Rückgrat unserer Ökonomie, die Autoindustrie, erfaßt haben und sich wie ein Flächenbrand fortsetzen können. Zwar dürfte der Staat, wie während des Lockdowns, die damit verbundene Arbeitslosigkeit durch Kurzarbeit-null-Stütze abfedern, und die Gewerkschaften sind ohnedies gekauft. Aber der Joker in diesem Spiel sind die schwer kontrollierbaren Bauern, deren Lage sich seit letzten Winter nicht verbessert hat und die für den 23. November schon zur nächsten Trecker-Großaktion nach Berlin aufrufen. Die Gasversorgung in der diesjährigen Kälteperiode ist übrigens auch nicht gesichert …
Alice Weidel im Exklusiv-Interview für unsere Ausgabe "Alle gegen Eine"
Die Herrschenden mögen auf die Langmut des deutschen Michels setzen, der nicht so heißblütig auf Krisen reagiert wie Italiener oder Griechen. Aber auch die geopolitische Gewitterlage droht, sich über uns zu entladen - und dann braucht es keine Streiks und Blockaden mehr, um den ganzen Kladderadatsch zum Einsturz zu bringen.

Zwei Wege in die Regierung

Die Lage in der Ukraine drängt zur Entscheidung. Ein Friede nach Putins Vorstellungen wäre für den gesamten Westen genauso schmerzhaft wie der Versailler Vertrag für das Deutsche Reich. Die Verhinderung dieses Friedens ist aber nur noch mit einem direkten Kriegseintritt der NATO möglich, was auch EU-Gebiet in Mitleidenschaft ziehen wird. Das eine wie das andere ist mit dem bisherigen politischen Personal der BRD nicht zu machen. Und: Deutschland fährt in beiden Fällen am besten, wenn es sich als Brücke zwischen Europa und Rußland anbietet. Das kann glaubwürdig nur die AfD im Bündnis mit dem BSW. Frau Weidel, übernehmen Sie!
Komplizierter und gefährlicher wird die Gemengelage, wenn die Ukraine-Front mit der Nahost-Front zusammenschießt, weil Israel den Iran, einen wichtigen russischen Verbündeten, angreift. Das wäre ein Weltkrieg. In dieser Konstellation könnte die AfD durch die Schuldkult-Keule auf die Seite des jüdischen Staates gepreßt werden, anstatt aus nationalem Interesse auf Neutralität zu pochen. Geschähe das, würde die AfD ihre entspannungspolitisch gesinn-

te Wählerschaft an das BSW verlieren.
Paradoxerweise könnte es aber passieren, daß sie - trotz dieser selbstverschuldeten Schwächung - in einer Weltkriegssituation die Chance erhält, in die Regierung aufgenommen zu werden, sozusagen zur Belohnung für ihren Verrat am Frieden und am richtig verstandenen Patriotismus. Das gleiche Danaer-Geschenk bekam bekanntlich die SPD, als sie 1914 ihren Antimilitarismus vergaß und die Genossen mit Hurra in die Schützengräben marschierten. Alice Weidel ist anfällig für Benjamin Netanjahus Propaganda, wie die folgende Seite zeigt. Aber Vorsicht, werte Parteivorsitzende: Die Kriegstreiber lieben den Verrat, nicht den Verräter. Kanzler wird man so nicht.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31253" berichtet am 7. Dezember 2024 (x1.427/…): >>**Goldenes Zeitalter oder luziferische Täuschung?**
von *Ivo Sasek*
Eine allgegenwärtige Weltuntergangsstimmung wäre die geradezu ideale Voraussetzung, um jetzt einen "Retter der Welt" wirksam in Szene zu setzen.
Ein typisches Beispiel für solch ein Katastrophengeschrei unter Kategorie Wetterzeichen liefert der Klima-Lockdown Mitte November 2024 in Spanien.
Und einiges mehr an neuer Panikmache könnte hier aufgelistet werden, aber genau hier zeigt sich ein erstes mögliches Indiz auf ein gezielt geplantes Szenario.
Wie lange noch wehrt ihr euch, wahres Licht und Salz für diese Welt zu sein?
2. Thessalonicher 2,9
"Das Aufkommen des Gesetzlosen wird in der Wirksamkeit des Satans erfolgen, mit jeder Machttat und mit Wetterzeichen und meteorologischen Wahrzeichen (auch Sternzeichen) der Täuschung."
In der Wiederwahl von Donald Trump und im allseitigen Aufstieg von "Rechts" sehen viele den Anbruch des lang ersehnten goldenen Zeitalters. Jetzt um so mehr, da Donald Trump wörtlich ausgerufen hat, daß mit seinem Amtsantritt das goldene Zeitalter beginne.
Dabei wird allerdings übersehen, daß dem echten in der Bibel beschriebenen goldenen Zeitalter eine gigantische, verführerische Täuschung durch einen "Schein-Friedefürsten" vorangeht. Als "Jesuiten-Zögling" gehört Donald Trump leider auch dem altrömischen Sonnen- und Saturn-Kult an. Dieser Kult feiert gerade jetzt Hochkonjunktur. Nicht zuletzt, weil ihr Zögling vermittels der Ausrufung des neuen goldenen Zeitalters punktgenau die zentrale Botschaft der luziferischen "Saturn-Trinität" verkörpert.
Donalds Ausspruch ist eben ein Zitat aus der prophetischen Dichtung des Sonnen- und Saturn-Verehrers Vergil aus dem Jahr 40 v. Christus. Dieser prophezeite damals den zyklischen Aufstieg von Saturn - jenes römischen "Gottes", der seine eigenen Kinder auffraß, damit sie ihn niemals rivalisieren könnten.
Warum Saturn schon immer ein anderer Name für Satan war, dürfte hiermit wohl jedermann klar sein. Trotzdem haben die USA genau diese zentralste Prophetie und Bedeutung des Saturn-Kultes auf der Rückseite ihres großen Siegels verewiglicht. Und Trump hat sich selber als Verkörperung des neuen goldenen Zeitalters ausgerufen - "zufälligerweise" gerade im neuen Saturn-Zyklus, dem Sternzeichen der lügenhaften Täuschung. Trump gilt unter Satanisten übrigens als größter Magier.
Und in dieser dramatischen Stunde frage ich einmal mehr euch Christen da draußen: Wie lange noch wehrt Ihr Euch, wahres Licht und Salz für diese Welt zu sein? Wie lange noch beweihräuchert ihr euch statt dessen in tatenloser Selbstversöhnung und fruchtleerer Anbetung? Seit Jahrzehnten schaut Ihr unserer Aufklärungsarbeit passiv zu, kritisiert höchstens, daß ein Christ doch nichts in der Politik verloren habe usw. Wann endlich versteht Ihr, daß es hier nicht um Politik, sondern um geistlichen Kampf, um Wahrheit oder Lüge, um Moral oder Unmoral, um Freiheit oder Versklavung, ja um Leben oder Tod geht? Reiht euch nach meinen

Darlegungen hier in die Kampfreihen aller Krieger des Lichts ein und seid zusammen mit uns das jetzt benötigte Licht und Salz! Beachtet, wie ausgerechnet jetzt - wo eine weltweite Trump-Euphorie herrscht, und auch ein guter Teil der freien Aufklärer wie berauscht das neue Zeitalter bejubeln - wie die Massenmedien plötzlich auf Kriegspanik umschalten.
Ich wittere hier hinter dem eben aufkommenden Kriegsgeschrei der Massenmedien so etwas wie einen weltweiten strategischen "Entspannungs-Coup". Ihr vielleicht auch?
Über all die Jahre, in denen wir nämlich den hybriden Krieg mit seinen heimlichen Völkermorden aufgedeckt haben, haben die Zwangsabgabemedien uns ausnahmslos als Verschwörungstheoretiker diskreditiert. Sie haben all unsere Warnungen vor Krieg, ja bezüglich des Ukraine-Rußland-Konflikts, furchtlos ignoriert und sogar den daraus resultierenden Krieg mit allen Mitteln noch befeuert. Ist es nicht so?
Und jetzt, mit der Wahl von Donald Trump und der Euphorie vieler freier Aufklärer, beginnen sie plötzlich Kriegspanik zu schüren. Deren seitenverkehrtes satanisch-freimaurerisches Vorgehen deutet allerdings eher auf einen strategisch geschürten "Panikprozeß" hin, der es auf einen weltweiten "Entspannungs-Handstreich" abgesehen hat.
Ob nun durch Wort oder Tat: Eine allgegenwärtige Weltuntergangsstimmung wäre die geradezu ideale Voraussetzung, um jetzt einen "Retter der Welt" wirksam in Szene zu setzen. Wir müssen in nächster Zeit, mit anderen Worten, mit einer "bipolaren Giga-Show" zwischen aller Gattung kataklystischer Szenarien und dem wundersamen Wirken des erkorenen "Schein-Friedefürsten" rechnen.
Ein typisches Beispiel für solch ein Katastrophengeschrei unter "Kategorie Wetterzeichen" liefert der Klima-Lockdown Mitte November 2024 in Spanien. Ich sehe darin übrigens nur einen ersten Versuchsballon: Aufgrund drohender weiterer Unwetter wurde den Menschen in Spanien nicht mehr erlaubt, ihr Haus zu verlassen. Ihr habt es mitgekriegt, ja?
Robin Minotti warf mit folgenden Worten Licht und Salz auf diese Sache, mit folgenden Worten - ich zitiere: "Genau wie vor vier Jahren vorhergesagt. Das gleiche Schema wie bei der "Covid-Psy-Op": Massenpsychose durch ein "Schock-Ereignis" (z.B. die Überschwemmungen in Valencia), um drakonische Beschränkungen durchzusetzen und die Ziele der Agenda 2030 zu fördern.
In Málaga verpetzen sich die Menschen gegenseitig, weil sie bei starkem Regen Auto fahren oder draußen spazieren gehen (genau wie 2020!); in Granada wurden heute alle Aktivitäten (Schulen, Geschäfte usw.) wegen eines leichten Regens eingestellt."
Ob der ganzen Klima-Hysterie fiel von den vorangegangenen Schlagzeilen der Morocco World News plötzlich kein Sterbenswörtchen mehr. Diese titelten doch am 25. August 2024 noch eindringlich: "Marokkos Wolkenimpfungs-Pläne lösen in Spanien Besorgnis aus." Spanien protestierte mit anderen Worten öffentlich gegen die Pläne Marokkos, ihre Niederschläge durch künstliche Wolkenimpfung zu erhöhen. Chemtrails nennt man das.
Und die Befürchtung lautete: "Die künstliche Veränderung der Wettermuster habe unvorhersehbare Folgen für die gesamte Region, insbesondere für nahe gelegene Gebiete wie Südspanien." Soviel zu den lügnerischen Wetterzeichen. In der Zwischenzeit, bis der erkorene Weltenretter seine Macht erweist, läßt sich ganz schön Kohle machen mit den lügnerischen Wetterzeichen. Das läßt sich die geldgierige Machtelite natürlich nicht entgehen. Dies alles zeigt uns allerdings, daß das goldene Zeitalter für uns alle noch nicht ganz da ist, sondern erst einmal das luziferisch lügnerische.
Schauen wir uns daher als Nächstes das erwähnte neue täuschende Kriegsgeschrei in den Massenmedien an:
"Wir waren noch nie so nah an einem Dritten Weltkrieg", ließen sie den ehemaligen NATO-General der Luftwaffe Harald Kujat titeln. Wer die CDU wähle, wähle den Einsatz des Taurus-Systems und somit die direkte Kriegsbeteiligung Deutschlands. Ah' jetzt plötzlich!? Wie-

so nicht schon längst, als alle freien Aufklärer vor genau diesen Eskalationen warnten? Das zeigt diese riesige Mainstream-Show. Wenn sich auch CDU-Mitglied Friedrich Merz nun klar für den Einsatz dieses Taurus-Systems ausgesprochen hat und Putin darauf mit Raketen auf Berlin und andere deutsche Städte gedroht hat, war das doch absolut nichts Neues, versteht ihr? Das stinkt doch geradezu nach einem dahinterliegenden Plan.
Es geht um Europas Kriegsagenda, die Gestalt annimmt. Trumps Ankündigung, den Ukraine-Krieg schnell beenden zu wollen, gab den EU-Führern Anlaß, ganz Europa in Angst und Schrecken zu versetzen. Jetzt treiben sie ihre eigene Agenda voran. In einem weiteren Schritt erklärte die designierte neue EU-Außenministerin Kallas, daß "ein Sieg der Ukraine" für die EU-höchste "Priorität" habe und die Daumenschrauben gegen China angezogen werden müssen.
Auch Schweden und Finnland schrecken ihre Bevölkerung gerade mit fünf Millionen Broschüren und via Website vor einem möglichen Krieg.
Deutschland plant gerade in seinem 1.000-seitigen Geheimdokument 'Operation Deutschland' wie sie sich verhalten würden, wenn der Dritte Weltkrieg eintritt - dies zusammen mit 800.000 Mann starken NATO-Truppen und 200.000 Fahrzeugen, der sogenannten Frontlinie Europas.
Joe Biden hat gerade einen Angriff auf Rußland mit US-Raketen genehmigt!
Deutschland sieht sich dadurch natürlich endgültig im Visier von nicht abwehrbaren russischen Raketen, die binnen Minuten Deutschland erreichen können. Der neue Schocker liegt darin, daß damit die rein theoretische Gefahr vorbei sei.
Und einiges mehr an neuer Panikmache könnte hier aufgelistet werden, aber genau hier zeigt sich ein erstes mögliches Indiz auf ein gezielt geplantes Szenario: Genau jetzt geht Selenskyj plötzlich einen Schritt auf Putin zu und fordert verhandlungsbereit ein Kriegsende auf 2025. Er erwägt dabei sogar eine russische Kontrolle ukrainischer Gebiete. Wie nun das? Ganz einfach: Selenskyj stellt damit eben unübersehbar Trumps viel beschworene Deals in den Mittelpunkt. Trump, der Friedefürst!
Doch, nicht zu früh gefreut, schauen wir uns besser einmal Trumps wahre aktuelle Taten an: Ein goldenes Zeitalter für Europa könnte vielleicht beginnen, wenn Trump die sofortige Wiederherstellung der Nordstream-Pipeline auf Kosten des Verursachers, nämlich des aufgeflogenen Deep State, angekündigt hätte. Oder wenn er die Befreiung Deutschlands aus seiner über 80-jährigen US-Kriegsgefangenschaft ausgerufen hätte.
Oder das sofortige Ende der über 100-jährigen strategischen Deep State-Attacken, die heimtückisch Deutschland von Rußland getrennt hielten usw.
Statt dessen hat Trump aber gerade Susie Wiles als neue Stabschefin für seine kommende Regierung ernannt: Man kannte diese Frau bislang nur als Agentin und TOP-Lobbyistin für Big Pharma. Trump hat auch gerade den Kriegstreiber Marco Rubio als Außenminister ernannt. Weiter hat Trump den Kriegstreiber-Moderator Pete Hegseth vom Mainstream-Sender Fox News zu seinem Verteidigungsminister gekürt. Seht auf die Taten, sage ich immer wieder.
Beachte auch, welche Entwicklungen den neuen Heilsbringer Elon Musk auszeichnen: Indem er Donald Trump in seinem Wahlkampf unterstützt hat, stiegen seine Tesla-Aktien in der Wahlnacht um 15 %. Klartext gesagt: Da Musk 13 % aller Tesla-Aktien besitzt, ist er darum unmittelbar nach Trumps Sieg um 12 Mrd. Euro reicher geworden. Das sind 12.000 x 1 Million Einkommen in einer einzigen Nacht, versteht Ihr wie das Spiel läuft?
Auch Howard Lutnick ist wie Elon Musk eine führende Figur in Trumps Team. Beide propagieren und setzen alles daran, mit CO2-Steuern und -Handel sehr viel Geld zu generieren. Das propagierte goldene Zeitalter winkt also eindeutig nicht dir, mir und der Menschheit, sondern einzig zuerst einmal diesen selbst ernannten Heilsträgern. Bringt daher Licht und Salz über diese Ganoven, denn sie rüsten gerade die größte Geld-Melkmaschine und das größte Gefäng-

nis aller Zeiten für uns zu. Mit ihrem Geschwafel von Frieden, Freiheit und goldenem Wohlstand lenken sie die Völker von ihren wahren Taten ab. Von ihren eigenen wahren Taten!
Elon Musk hat, zusammen mit Massenmörder Bill Gates, den Königs-Status über die künstliche Intelligenz, genannt KI, erklommen. Dadurch, daß Musk im Namen der zensurfreien Berichterstattung Twitter aufgekauft und es in "X" umbenannt hat, konnte er einen Großteil unabhängiger Aufklärer geradewegs in die Irre führen.
Und während diese ihn hochjubeln, hat "X", bzw. Elon Musk, Kla.TV von Anfang an genauso verbannt, wie es zuvor Twitter schon getan hatte. Jeder auch nur halbwegs Sehende mußte doch schon am Grundkonzept von Twitter gewittert haben, daß es sich um eine drastische Zensurmasche an sich handelt. Zuerst die Blase und dann noch dieses einzig verbliebene Kurz-Messenger-Verfahren verhindert doch jede ausführliche Aufklärungsarbeit schon im Keim. Versteht das denn keiner?
Und nun liefern diese KI-Giganten im Namen der Meinungsfreiheit immer mehr ungeahnte Möglichkeiten, um die freie Aufklärungsszene zu sabotieren. Wie aber das? Na ja, z.B. via Chatbots, die sofort jede verbotene Wahrheit aufspüren und sie denen dann vermelden, die uns den Mund verbieten wollen.
Das Aufspüren von sogenannten Desinformationen und Verschwörungstheorien wird überdies gerade in sehr umfangreichen Fernsehserien propagiert, aber auch ganz offiziell von "Staatsseite" bis hinab in die Schulen rekrutiert und finanziert. Das auch noch! Die Meldestelle "REspect!" ist eine "regierungsgeweihte" erste offizielle Partnerschaft zur Überwachung von Facebook, "X" und Co. Dort sollen sich alle Bürger melden, sobald sie im Netz auf Fake-News oder Hass-Rede stoßen. Ich sage mal etwas sarkastisch: So was hätte der völlig arglose Elon Musk natürlich so wenig ahnen können wie etwa Mark Zuckerberg und andere Zöglinge des Höchstgrad-Luziferkultes …
Die Meldestelle "REspect!" nennt sich hier auch verniedlichend "Trusted Flagger", zu Deutsch "vertrauenswürdiger Hinweisgeber". Dieses "Neo-Stasi-System" bildet also gerade ganze Heerscharen von "Stasi-Jüngern" aus, die dann in verpetzender Manier ganz legal Jagd auf erklärte Verschwörungstheoretiker machen dürfen - ja, sollen. Und ausgerechnet die dazu verwendete künstliche Intelligenz, die gerade vor aller Augen von der Pike auf zur Totalüberwachung mißbraucht wird, wird gleichzeitig in jeder nur denkbaren Perspektive hochgejubelt. Seht diese Perversion!
Auf zahllosen Instruktionswegen via TV, Radio, Presse, Schulunterricht usw. werden die KI-Vorteile in allen Farben, Formen und Geschmäckern verherrlicht. Mit Speck fängt man aber bestenfalls Ratten, niemals aber irgendwelche Wesen, die zu Höherem bestimmt sind. Natürlich finden wie gewohnt auch gerade wieder geführte Oppositions-Kämpfe durch irgendwelche uns vertretenden "Datenschützer" usw. statt - dies aber wie immer nur zur Augenwischerei, sprich zu unserer strategischen Einschläferung und gezielten Passiv-Legung. Das steckt dahinter. Die totale Beherrschung jedes einzelnen Lebensgebietes ist und bleibt dabei das letzte Ziel hinter allem.
Ich empfehle euch zur Abrundung dieses Themas wieder mal meine zwei prophetischen Filme "DNA Lockdown" (www.kla.tv/16713) oder den Spielfilm "Sophie und der Sektenboß" (www.kla.tv/21245) zu schauen. Bedenkt bei letzterem, daß KI und Handys mit Displays damals bei der Produktion noch reinste Utopie waren. Doch beide Filme haben Aktualität wie nie zuvor. Versteht vor allem, daß die künstliche Intelligenz ein Produkt des neuen luziferischen Zeitalters ist. Die KI ist doch die größte jemals an uns ergangene Versuchung, weil sie unsere göttlichen Veranlagungen, Eigenschaften und Fähigkeiten untergräbt und kastriert. Jetzt ist die Zeit, wo wir die von Jesus gebotenen göttlichen Vollkommenheiten in uns aktivieren sollen und auch können (Matthäus 5,48).

Dies ist gesetzmäßig allerdings erst im Angesicht dieses luziferischen Großaufmarsches möglich, vorher nicht. Hinten eingeblendete Schriftstellen reden davon. (Psalm 23,5/ 2. Thessalonicher 2,7-8) Wenn wir uns m.a.W. nicht von der uns allseits ködernden KI verführen lassen, werden wir noch in diesem Zeitalter zu unseren göttlichen Vollkommenheiten zurückfinden. Die werden die KI wie eine schmierige Rostbüchse erscheinen lassen. Wählt bitte, was Euch besser mundet.
Daß das goldene Zeitalter zumindest für die Menschheit noch nicht im Anbruch ist, sondern vielmehr das luziferische, beweisen uns aber auch die nachfolgenden News:
In den ersten deutschen Schulen werden die Schüler gerade dazu gezwungen, Antifa-Konzepte zu entwickeln. Anstatt also den Schülern politische Neutralität und mündiges Denken beizubringen, müssen Gymnasiasten Programme gegen den "Rechtsruck" wie etwa den der AfD bei Jungwählern entwerfen.
Anstatt den längst aufgeflogenen Corona-Betrug aufzuarbeiten und die Menschen vor jeder weiteren mRNA-Gentherapie zu warnen und vor diesen tödlichen Scheinimpfungen zu schützen, darf die Impf-Mörderin Big Pharma nun in ersten deutschen Schulen sogar Impfunterricht einführen. IHREN Impfunterricht!
Und dies, obgleich gerade wieder eine neue Studie beweist, daß die Zahl der Herzinfarkt-Todesfälle unter den Covid-Geimpften nach deren Impfung um 1.236 % gestiegen ist.
Trotzdem lassen Politik und Bildungs-Direktionen den neuen Impfunterricht an Schulen zu - ungeachtet dessen, daß das RKI sogar vor Gericht mittlerweile bestätigt hat, daß die von Multipolar freigeklagten RKI-Protokolle echt sind. Immerhin wurde durch diese doch schwarz auf weiß bewiesen, daß die gesamte "Covid-Schein-Impfgeschichte" ein einzig polit-gesteuertes Schwerstverbrechen in Form unzulässiger Volksexperimente war.
Kein goldenes Zeitalter in Sicht, auch angesichts der Horror-Meldung, daß die WHO bereits 2022 Planspiele für eine neue Pandemie 2025 veranstaltet hat. Und schon wieder werden Millionen von Dollar in nächste Impfstoffe investiert. Laut Gavi sollen diese eine mögliche nächste Pandemie durch das sogenannte Marburg-Virus bekämpfen, das bis heute lediglich in Einzelfällen in Afrika aufgetreten ist.
Anfang November 2024 begann im Südtirol die flächendeckende Behandlung der Neugeborenen mit dem gefährlichen sogenannten RSV-Antikörper. Und dies, obwohl die Oberste italienische Gesundheitsbehörde (Istituto Superiore di Sanità) sich dagegen ausgesprochen hat, weil signifikante Risiken für die Neugeborenen festgestellt wurden. Laut dem Schweizer Hebammenfachmagazin "Obstetrica" sollen auch unseren Neugeborenen zwischen Oktober und März so rasch wie möglich die RSV-Antikörper verabreicht werden.
Ungeachtet all dieser Verbrechen empfehlen auch das Schweizerische Bundesamt für Gesundheit und die Eidgenössische Kommission für Impffragen die COVID-19-Fakeimpfung aufs Neue im Herbst/Winter für alle mögliche Leute, für Schwangere ab dem zweiten Trimester. Dies um werdende Mütter und deren ungeborene Kinder vor dem leicht erhöhten Risiko eines schweren Verlaufs und Schwangerschaftskomplikationen zu schützen.
Während nachweislich nur allzu berechtigte Impfverweigerer noch immer hartnäckig verfolgt, in Gerichtsverfahren verwickelt und mit Berufsverboten belegt bleiben, arbeiten verbrecherische Staatsbedienstete noch immer bedenkenlos mit Pharmafirmen wie etwa Pfizer, Glaxo, Merck und Sanofi usw. zusammen. Dabei wurden diese in den letzten 10 Jahren doch zu nicht weniger als insgesamt 35 Milliarden Dollar an Strafen, Schadensersatz und Bußgeldern verurteilt. Bei all diesen Unternehmen handelt es sich also kurz gesagt um zu Recht verurteilte Verbrecher, und zwar um Serienverbrecher (so muß man sie nennen), deren gesamtes Geschäftsmodell in der Begehung von Straftaten besteht.
Daß all dies einfach sträflich ignoriert wird, ist für mich der unwiderlegbare Nachweis dafür, daß das goldene Zeitalter noch nicht ganz da ist. Vielmehr zeigt sich in all der Ignoranz das

verwirrende Wesen des luziferischen Zeitalters:
Zahllose Chefärzte, wie Dr. Jörg-Heiner Möller, bezeugen eine ständig anwachsende Flut von "Impf-Nebenwirkungen". Sie warnen vor daraus resultierenden schlimmsten je erlebten Erkrankungen. Das sagen Ärzte, nicht Ivo Sasek. Trotzdem geschieht rein gar nichts. Das Paul-Ehrlich-Institut ignoriert laut Dr. Möller sträflich nahezu sämtliche Impfschadensmeldungen und weigert sich stur, diese anzuerkennen.
Das war wieder nur gerade ein winziges Segment aus dem gegenwärtig luziferischen Verwirrspiel. 1000 weitere Skandale müssen um der Fülle wegen unerwähnt bleiben. So etwa die staatlich geförderte Stimulierung der Transsexualität und die damit einhergehenden Umoperationen auf Steuerzahlers Kosten.
Dies nimmt nämlich immer mehr an Fahrt auf, obgleich zahllos Umoperierte sich bereits schwer depressiv als Opfer eines bösen Wahns zurückmelden. Und immer mehr besiegeln ihren Fehlentscheid mit noch kopfloserem Selbstmord. Auch kein goldenes Zeitalter hinsichtlich der ständig zunehmenden Zerstörung der Familie, oder der strategisch ausgeweiteten Abtreibungen, der Zerstörung unserer Nationalitäten und natürlichen Geschlechtsempfindungen, bis hin zu immer mehr impf-getarnten Zwangssterilisationen.
All diese Beispiele und tausenderlei mehr beweisen doch, daß das goldene Zeitalter derzeit im besten Fall ein luziferisch täuschendes Schauspiel sein kann, wie es in Matthäus 24,23-24 geschrieben steht: "Wenn dann jemand zu euch sagt: ›Seht her, hier ist der Christus!‹ oder: ›Dort ist er!‹, glaubt ihm nicht! So mancher wird sich nämlich als ›Christus‹ ausgeben, und es werden falsche Propheten auftreten. Sie vollbringen große Zeichen und Wunder, um - wenn möglich - sogar die Auserwählten Gottes irrezuführen."
Wie ich es immer wieder betone und aus den Urtexten des Neuen Testamentes ausgearbeitet habe: Die sogenannte Wiederkunft "Christi" geschieht nicht mehr in einer Einzelperson, sondern findet durch Dich und mich, durch jeden gerechtigkeitsliebenden Menschen auf dieser Welt statt.
Nur wenn wir alle zu Licht und Salz werden, bewirkt - mit anderen Worten - die Kraft Gottes die Überwindung all dieser Übeltäter, die wir hier aufs Neue am Werk gesehen haben. Bleibt daher mit uns dran und verbreitet unsere Sendungen, wo immer Ihr nur könnt. Sichert das ganze Kla.TV-Archiv auf Euren privaten Computern oder Festplatten und gebt es dann an mindestens 2 zuverlässige Träger der Wahrheit weiter, die es dann wieder an 2 weitere Zuverlässige zur Verbreitung übergeben und so weiter.
Auf diesem Weg werden wir alle zu Teilerfüllung der Prophezeiung, wie sie schon seit 2000 Jahren in unseren Bibeln geschrieben steht: 2. Thessalonicher 2,8-9:
"Und dann wird der Gesetzlose geoffenbart werden, den wird der Herr Jesus herausziehend beseitigen durch das Geistwirken Seines Mundes, und außer Wirksamkeit setzen durch die Auferscheinung Seiner Anwesenheit (durch uns, durch dich und mich - die Red.); dessen Ankunft gemäß der Wirksamkeit des Satans erfolgt mit jeder Machttat und mit Wetterzeichen und mit meteorologischen Wahrzeichen der Täuschung."
Im Namen der ganzen Menschheit sage ich Euch herzlichen Dank dafür.
Ich bin Ivo Sasek, der im 48. Jahr vor Gott steht.<<

08.12.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 8. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Syrer in Deutschland feiern Sturz von Assad**
Nach dem Sturz des Assad-Regimes in Syrien sind am Sonntag zahlreiche Syrer in Deutschland auf die Straße gegangen, um den Machtwechsel zu feiern. In Berlin kam es unter anderem in Neukölln und Kreuzberg zu spontanen Versammlungen. Bereits am Samstagabend war ein Autokorso mit jubelnden Menschen durch Berlin-Neukölln gefahren. Kundgebungen der Freude innerhalb der Exil-Gemeinde gab es zudem in mehreren weiteren Städten. Politiker

warnen unterdessen allerdings vor zu viel Euphorie.
So warnte der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Nils Schmid, vor zu hohen Erwartungen nach dem Umsturz in Syrien: "Baschar al-Assad ist der Schlächter seines eigenen Volkes.
Es ist gut, daß er nichts mehr zu melden hat. Entgegen manchen Fehlannahmen war er nie in der Lage, Stabilität in das vom Bürgerkrieg zerrüttete Land zu bringen." Unter ihm sei der Staat "zu einer Räuber- und Mörderbande" verkommen; selbst der vermeintliche Stabilitätsanker der Armee sei zerfallen, sagte Schmid der "Welt", gab aber zu bedenken: "Vor übertriebenen Hoffnungen auf Frieden und Demokratie ist zu warnen; es droht vielmehr eine lang andauernde Phase der Ungewißheit und weiterer militärischer Auseinandersetzungen um Gebiete und Hoheitsgewalt."
Oberstes Ziel der internationalen Gemeinschaft müsse nun die "Wiederherstellung eines Mindestmaßes an Staatlichkeit in Syrien" sein. Dafür seien Gespräche mit allen Beteiligten inklusive Hajat Tahrir al-Scham notwendig, die von den Vereinten Nationen geführten politischen Gespräche seien der "geeignete Rahmen" dafür. Nur so könne der Wiederaufbau des Landes gelingen. Schmid: "Unabdingbar dafür ist ein innersyrischer Versöhnungsprozeß, erste zivilgesellschaftliche Initiativen dazu gibt es.
Die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Aufklärung des Schicksals von vielen Tausend Verschwundenen sind dafür wichtige Voraussetzungen." Der stellvertretende AfD-Fraktionschef Stefan Keuter rechnet mit großer politischer Instabilität infolge der jüngsten Entwicklungen: "Der Umsturz in Syrien wird die Region weiter destabilisieren und Verwerfungen auslösen, deren Dimension noch nicht absehbar ist", sagte er der "Welt". Hajat Tahrir al-Scham sei ein im Kern islamistisches Bündnis, dem sich auch dschihadistische und terroristische Gruppen angeschlossen hätten. "Vor allem für die zahlreichen in Syrien noch lebendigen christlichen Gemeinschaften dürften jetzt sehr schwere Zeiten anbrechen."
Mit Blick auf Deutschlands Rolle sagte Keuter, "verantwortungsvolle Politik" müsse "mit jedem Machthaber das Gespräch suchen, auch mit den neuen Machthabern in Syrien. Eine Verweigerungshaltung wie gegenüber Afghanistan, wo noch immer keine deutsche diplomatische Vertretung wiedereröffnet wurde, schadet deutschen Interessen." Der Unionsinnenexperte Alexander Throm warnt derweil vor einer neuen Flüchtlingswelle. "Deshalb sind gerade jetzt Zurückweisungen an der Grenze besonders dringend", sagte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.
Der CDU-Politiker sieht zudem die Möglichkeit, daß syrische Flüchtlinge nun in ihre Heimat zurückkehren könnten. Es müsse geprüft werden, "ab wann auch wieder freiwilliges Rückkehren verstärkt möglich ist und ob der Schutzgrund für viele Syrer nicht entfällt", sagte Throm. "Selbstverständlich muß es Ziel bleiben, auch dann wieder nach Syrien oder in einzelne Regionen abzuschieben."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 8. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Landkreistag warnt vor finanziellem Kollaps der Kommunen**
Der Präsident des Deutschen Landkreistags, Achim Brötel (CDU), warnt vor einem finanziellen Kollaps der Kommunen. "Der Landkreistag hat in diesem Jahr ein Defizit von 2,6 Milliarden Euro für die Landkreise vorhergesagt", sagte Brötel der "Welt". Das wäre eine noch nie dagewesene Größe. "Insbesondere in unseren Sozialhaushalten reichen die Ansätze vielfach nicht aus."
Die Kreise stünden deshalb vor einem Rekorddefizit - und das nicht, weil man ein Einnahmeproblem habe, sondern weil einen schlicht die gesetzlich verordneten Ausgaben "erdrücken". Der CDU-Politiker, der Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises ist, forderte zur Linderung der Probleme einen höheren Anteil am Steueraufkommen: "Bislang erhalten die Kommunen rund zwei Prozent von der Umsatzsteuer zugewiesen. Der kommunale Anteil an der Umsatzsteuer

muß sich von heute knapp 8,2 Milliarden Euro auf mindestens 17,5 Milliarden Euro erhöhen." Das wäre ein Befreiungsschlag, der zu Rückführungen zum Beispiel bei bestimmten Förderprogrammen führen könnte.
In den Kommunen selbst sieht er keine Einsparmöglichkeiten mehr. "Alle Schrauben, an denen auf unserer Ebene gedreht werden kann, sind schon längst am Anschlag. Die Landkreise sind ausgepreßt wie eine Zitrone. Städte, Gemeinden und Landkreise erhalten momentan 14 Prozent der Steuereinnahmen und sollen damit 25 Prozent der Ausgaben bestreiten. So etwas kann auf Dauer nicht gut gehen", sagte Brötel. "Wir brauchen deshalb dringend einen Systemwechsel.
Eine grundständige, Aufgabenangemessene Finanzierung. Oder kurz: das Geld, das nötig ist, um die staatlichen Aufgaben überhaupt erfüllen zu können." Er warnte vor den Folgen, sollten die Kommunen ihre finanziellen Engpässe nicht überwinden können. "Wenn die Landkreise ihre Aufgaben irgendwann nicht mehr erfüllen können, also der Sozialstaat vor Ort ins Stokken gerät, führt das auf dem direkten Weg in die Ungerechtigkeit. Genau das müssen wir aber unbedingt vermeiden und deshalb alles dafür tun, daß wir handlungs- und leistungsfähig bleiben", so Brötel.
Der Landkreistagspräsident fordert ein Ende des Bürgergeld-Bezugs für ukrainische Flüchtlinge und eine Reform der Sozialleistung. Er drängt außerdem darauf, die Kommunen bei der Lösung gesamtstaatlicher Herausforderungen stärker einzubinden. "Tatsächlich erlebe ich in der Bundespolitik oft, daß eher die Abgrenzung als der gemeinsame Wille zur Problemlösung betont wird. Das hilft dem Land nicht", kritisiert Brötel. "Nötig wäre es zudem, in der Politik wieder sehr viel mehr praktischen Sachverstand einzubringen. Davon gibt es auf der kommunalen Ebene wirklich sehr viel. Daß wir die verschiedenen Flüchtlingswellen und nicht zuletzt auch die Corona-Pandemie so gut bewältigt haben, war die Leistung der Landkreise, Städte und Gemeinden. Was Bund und Länder in der Pandemie dazu beigetragen haben, war meiner Wahrnehmung nach in weiten Teilen hingegen bestenfalls nicht schädlich."<<

Rußland: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 8. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Assad: Aysl in Moskau**
Der gestürzte syrische Machthaber Baschar al-Assad ist laut eines Berichts der staatlichen russischen Nachrichtenagentur Tass mit seiner Familie in Moskau angekommen. Die Agentur bezeichnete ihn in ihrer am Sonntagabend verbreiteten Meldung als "ehemaligen syrischen Präsidenten".
Assad habe in Rußland Asyl erhalten, soll "eine Quelle aus dem Kreml" mitgeteilt haben, wie die staatliche Agentur weiter meldet. Ferner geht aus dem Bericht hervor, daß Moskau dafür plädiert, Verhandlungen zur Lösung der Lage in Syrien unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen wieder aufzunehmen. Die bewaffnete syrische Opposition würde die Sicherheit russischer Militärstützpunkte und diplomatischer Institutionen in Syrien garantieren, hieß es weiter.<<

Israel: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 8. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Netanjahu: Israel streckt "Hand des Friedens" an Syrer aus**
Nach dem Sturz des Assad-Regimes in Syrien hofft Israels Premierminister Benjamin Netanjahu auf eine friedliche Koexistenz mit dem Nachbarland. Die "Hand des Friedens" sei an alle ausgestreckt, die jenseits der Grenze in Syrien leben, sagte Netanjahu am Sonntag. Das gelte etwa für die Drusen, die Kurden, die Christen und die Muslime, die in Frieden mit Israel leben wollten. "Wenn wir mit den neuen Kräften, die in Syrien entstehen, nachbarschaftliche und friedliche Beziehungen aufbauen können, ist das unser Wunsch."
Aber wenn das nicht gelinge, werde man alles tun, was nötig sei, um den Staat Israel und seine Grenzen zu verteidigen. Netanjahu reklamierte auch einen eigenen Anteil an dem Sturz Assads. "Dieser Zusammenbruch ist das unmittelbare Ergebnis unseres entschlossenen Vor-

gehens gegen die Hisbollah und den Iran, die Hauptunterstützer Assads", sagte er. Er habe eine Kettenreaktion all derer ausgelöst, "die sich von dieser Tyrannei und ihrer Unterdrückung befreien wollen".<<

Syrien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Acht Thesen zum Machtwechsel in Syrien**

Von *Jürgen Elsässer*

Assad auf der Flucht - Dschihadisten in Damaskus

In ungeheurer Schnelligkeit ging der Sturz des Regimes vor sich. Das deutet darauf hin, daß es nicht nur kräftige äußere Unterstützung für die Dschihadisten gab (vor allem aus der Türkei), sondern Assad auch von innen die Unterstützung fehlte. Seine Soldaten liefen weg.

Die Russen haben ebenfalls kaum gekämpft, noch nicht einmal international Alarm geschlagen (Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates). Verständlich: Putin braucht alle militärischen Kräfte für den Endkampf in der Ukraine und kann sich nicht verzetteln. Aber das macht ihn in anderen Regionen schwach. Schon im Konflikt um Bergkarabach mußte er der Türkei nachgeben.

Das BRICS-Bündnis hat sich als nicht belastbar erwiesen. Gerade noch war Erdogan beim BRICS-Gipfel, und im nächsten Augenblick fällt er Assad und Putin in den Rücken.

Trump hat zur Nichteinmischung der USA aufgerufen. Das könnte wackeln, wenn der US-Stützpunkt gestürmt wird.

An den Kragen geht es jetzt Christen, Juden, Kurden und Alawiten/Schiiten im Land. Massaker sind zu erwarten.

Der Iran verliert einen wichtigen Verbündeten. Schon vorher wurde die Hisbollah im Libanon geschwächt.

Spannend wird sein, wie sich die neuen Machthaber, ein al-Qaida-Abkömmling, mit dem IS arrangieren, der den Osten Syriens weitgehend beherrscht.

Massive Flüchtlingsströme nach Europa sind zu erwarten. Dagegen hilft nur Grenzen dicht, also AfD.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 8. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Syrische Rebellen melden Einnahme von Damaskus und Sturz von Assad**

Das Assad-Regime in Syrien ist offenbar beendet. Die Rebellen-Allianz, die seit der vergangenen Woche im Rahmen einer Offensive große Fortschritte gemacht hatte, verkündete am Sonntag die Einnahme der Hauptstadt Damaskus und den Sturz von Machthaber Baschar al-Assad.

Assad soll demnach die Hauptstadt verlassen haben - mit welchem Ziel, blieb zunächst unklar. In sozialen Medien sprachen die Rebellen von einem "Moment der Heimkehr und der Freiheit nach Jahrzehnten der Unterdrückung und des Leids".

Im Zentrum von Damaskus soll es Berichten zufolge zu Jubelszenen gekommen sein. Regierungschef Mohamed al-Dschalali kündigte derweil seine Bereitschaft für eine Machtübergabe an. Er sei bereit, die Regierungsgeschäfte an "jede Führung, die das syrische Volk bestimmt", abzugeben, sagte er in einer Videobotschaft.

Öffentliche Einrichtungen in Damaskus sollen nach Angaben der Rebellen "bis zur offiziellen Übergabe unter Aufsicht des früheren Ministerpräsidenten bleiben". In anderen Teilen Syriens kam es aber offenbar weiter zu Kämpfen. In einer Erklärung des Militärs hieß es, daß man in den ländlichen Gebieten von Hama, Homs und Deraa weiter gegen "terroristische Gruppen" vorgehe.<<

09.12.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 9. Dezember 2024 (x1.428/…): >>**Straftaten und Androhung körperlicher Gewalt: Arbeitet so der Verfassungsschutzchef in Thüringen?**

Unfaßbare Enthüllungen belasten den Präsidenten des Thüringer Verfassungsschutzes, Stephan Kramer. "Wir fordern transparente Aufklärung!", sagt AfD-Bundessprecherin und Kanzlerkandidatin Alice Weidel in einer ersten Reaktion. Weidel listet ungeheuerliche Vorwürfe auf: "Der Thüringer Verfassungsschutz-Chef Kramer soll Medienberichten nach Straftaten begangen, Mitarbeitern körperliche Gewalt angedroht, AfD-Gutachten widerrechtlich erstellt und Interna an MDR weitergegeben haben."
Aber der Reihe nach. Laut Recherchen des Alternativmediums "Apollo News" schreibt die Abteilung 1 des Thüringer Innenministeriums bereits 2019 einen sechsseitigen Brandbrief an den Thüringer Verfassungsschutz. Es geht um den Verdacht, daß Kramer unbefugt und rechtswidrig "streng vertrauliche Informationen über ernsthafte Funktionsstörungen und innerdienstliche Spannungen im AfV" an zwei MDR-Journalisten weitergegeben haben soll. Er soll gegenüber den Journalisten offengelegt haben, daß "mehrere Beamte im AfV gegen den Präsidenten arbeiten". Die mutmaßliche Verletzung der in diesem Zusammenhang berührten Dienstpflichten stelle gegebenenfalls "eine gewichtige Straftat nach § 353d StGB" dar und werfe die Frage auf, ob Kramer "ein ernsthaftes Sicherheitsrisiko darstellt".
Nachdem Kramer 2018 die AfD als "Prüffall" einstuft, beschwert sich ein Referatsleiter schriftlich, daß das zuständige Referat "bewußt außen vor gelassen" worden sei. Als Kramer Jahre später mit einem rechtlich höchst fragwürdigen Gutachten gegen die AfD nachlegt, wird von einem mutigen Mitarbeiter ein 30-seitiges Ergänzungsgutachten verfaßt, welches nicht zur Erzählung einer vermeintlichen Verfassungsfeindlichkeit der AfD paßt.
Kramer soll die Verwendung des Ergänzungsgutachtens unterbunden und dies laut Zeugen damit gerechtfertigt haben, daß er "dem Gegner keine Argumente liefern" wolle. Laut "Apollo-News-Informationen" soll der Autor des unbequemen Gutachtens beim Personalreferat des Innenministeriums vorstellig geworden sein und dort erklärt haben, Kramer habe ihm körperliche Gewalt angedroht. Sollten auch nur Bruchteile dieser nun aufzuklärenden Vorwürfe stimmen, erwarten wir den sofortigen Rücktritt von Stephan Kramer!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Alice Weidel (AfD): Koffer packen, liebe Syrer - die Heimat braucht Euch!**
Diktator Baschar al-Assad ist gestürzt und nach Rußland ins Exil geflüchtet! Jubel nicht nur in Syrien - auch in Deutschland tanzen und feiern viele Syrer auf den Straßen. AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel hat sie ebenso wie die siegreichen Rebellen zur schnellen Heimreise aufgefordert, um beim Wiederaufbau des Landes zu helfen.
Weidel twitterte: "Wer in Deutschland das 'freie Syrien' feiert, bei dem liegt augenscheinlich kein Fluchtgrund mehr vor. Er sollte umgehend nach Syrien zurückkehren."<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 9. Dezember 2024 (x1.433/…): >>**"Netz der Lügen und Kaskade der juristischen Vernichtung"**
Etwa 21.000 Menschen fordern in einem Aufruf die Freiheit des menschenrechtswidrig in Untersuchungs- und teilweise in Isolations-Haft gehaltenen deutschen Rechtsanwaltes Dr. Reiner Füllmich. Ein Teil von ihnen gab dieser Forderung am 30. November 2024 in einer Demonstration in Genf vor dem dortigen UN-Gebäude lautstarken Ausdruck, das unter anderem den UN-Menschenrechtsrat sowie das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte beherbergt.
Der anthroposophische Arzt Dr. Thomas Külken, selbst mit Praxisdurchsuchung und Gerichtsprozeß wegen angeblich falscher Masken-Atteste für Schüler politisch verfolgt, hielt dort eine eindrucksvolle, in die Tiefe gehende gesellschaftspolitische Rede, deren Transkript wir nachfolgend abdrucken. (hl)
Rede von Dr. med. *Thomas Külken*
Liebe Freunde der Freiheit, liebe Freunde der Wahrheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit!
Vor 10 Jahren diagnostizierte der erfahrene Journalist und Publizist Peter Scholl-Latour: "Wir

leben in einem Zeitalter der Massenverblödung besonders der medialen Massenverblödung".
Und mittlerweile müssen wir hinzufügen: Mit der medialen Corona-Propaganda ist es gelungen, diese Massenverblödung in einen Massenwahn zu steigern.
Die Corona-Propaganda arbeitet wie alle Propaganda mit der systematischen Wiederholung von Lügen durch anerkannte Autoritäten. Dieses Lügen ist etwas anderes als das gewöhnliche opportunistische Lügen, mit dem man seit eh und je versucht, sich irgendwelche Vorteile zu verschaffen. Die Propaganda braucht etwas anderes. Sie basiert weniger auf dem Inhalt der Lügen, mehr auf der bewußtseinsverändernden Wirkung der systematischen Wiederholung der Lüge.
Darin besteht das Diabolische der Propaganda. Wie das Pendel des Hypnotiseurs das Bewußtsein herabdämpft und den Willen zum Erkennen, zum Hinterfragen lähmt.
Hannah Arendt formuliert das so, daß der Wirklichkeitssinn, der menschliche Sinn für die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit vernichtet wird. Propaganda ist also so etwas wie eine Massenimpfung gegen Wirklichkeit und Wahrheit. Und die Betroffenen können nicht mehr hinterfragen und folgen wie selbstverständlich den irrationalen Vorgaben der Obrigkeit.
Ein Wirklichkeitsgeist, so formuliert es Rudolf Steiner positiv, ein Wirklichkeitsgeist ist lediglich der, der bei allem, was er denkt, weiß, wie das, was er denkt, zusammenhängt mit dem, was draußen in der Welt geschieht. Es tobt ein Krieg gegen diesen Wirklichkeitsgeist, verstärkt massiv seit März 2020.
Und dieser Krieg, dieser Vernichtungskrieg, dieser mediale Propagandakrieg gegen den Geist, er tobt. Und wenn einmal die Propaganda genügend Menschen ihr mentales Rückgrat gebrochen hat, dann tritt etwas anderes in Kraft, dann wird eine Emotionalität frei, die keine roten Linien mehr kennt und die Haß und Hetze gegen jeden versprüht, der sich noch eine eigene Meinung zu äußern traut und zu bilden traut.
Und wer sich dennoch traut, zu seiner eigenen Meinung zu stehen, der wird wie über Nacht und vor allen Dingen, wenn er auch die öffentlichen Lügen entlarvt und in seinem Beruf wirklichkeits- und wahrheitsgemäß arbeitet und handelt, wird automatisch selber zur Zielscheibe der Lügen und wird medial demontiert und dämonisiert und als irrationaler Wahrheitsleugner und gefährlicher Irrer verleumdet und schließlich aus fadenscheinigen Gründen strafrechtlich verfolgt.
Die Corona-Justiz ist eine furchtbare Schande, mehr, in der deutschen Rechtsgeschichte. Das Urteil gegen den gewissenhaften Familienrichter Christian Dettmar ist ein erschreckendes neues Beispiel für diese katastrophale Justiz, die ungeprüft die Lügen, die offiziellen Lügen übernimmt, die die Willkür des Staates deckt und das Recht der Menschen mit Füßen tritt.
Und dieses Urteil gegen den Familienrichter ist zugleich ein bitter, bitter böser Schlag ins Gesicht für die Millionen von Schulkindern, die von ihren Lehrern, von ihren obrigkeitshörigen Lehrern auf Geheiß der Regierung körperlich und seelisch traumatisiert worden sind.
Reiner Füllmich hat seine finanzielle und berufliche Sicherheit hintangestellt, um den Corona-Betrug aufzudecken, diesen größten und verheerendsten Wissenschaftsbetrug aller Zeiten aufzudecken und andererseits die vielen Verbrechen aufzudecken, die auf der Grundlage dieses Betruges begangen worden sind.
Und so konnte es nicht ausbleiben, daß auch um ihn das Netz der Lügen gesponnen und die Kaskade der juristischen Vernichtung losgetreten wurde: bodenlose Strafanzeigen, Haftbefehl, gewaltsame Entführung aus Mexiko, Freiheitsberaubung unter Haftbedingungen, die teilweise die Züge der weißen Folter angenommen haben, und ein Gerichtsverfahren, in dem es ganz offensichtlich nicht darum geht, Recht und Wahrheit zum Zuge kommen zu lassen, sondern eindeutig darum, einen politisch unliebsamen und unerwünschten Menschen zu entwürdigen, zu verurteilen und auszulöschen.
Die mediale Massenverblödung, der medial induzierte Massenwahn, sie gehören zu den

Grundpfeilern der neuen Normalität, die keine Empathie, kein Gewissen, keine Seele mehr kennt. Und so lästert die öffentliche bzw. veröffentlichte Meinung mit wollüstigem Hohn über einen in Handschellen vorgeführten Rechtsanwalt, über einen angeblich selbstsüchtigen Kriminellen.
Warum macht sie das? Das macht sie, um den wirklichen Menschen Reiner Füllmich unsichtbar zu machen, den wirklichen Menschen Reiner Füllmich, der sich für unser aller Recht auf Information und freien Zugang zur Information eingesetzt hat und sogar noch unter Haftbedingungen sich um den Kampf um das Recht seiner Mithäftlinge selbstlos kümmert.
Das diabolische Lügen hämmert von außen auf uns ein und will unser Bewußtsein zu einem irrationalen Kollektivbewußtsein herabdämpfen. Die Wahrheit kann nur individuell, in einem kritischen und selbstkritischen Prozeß des Fragens und Suchens errungen werden. Und darum appelliere ich an alle, die sich noch ihr mentales Rückgrat und damit auch ihr soziales Rückgrat bewahrt haben, hinzuschauen auf die Mißhandlungen, denen jetzt Wahrheitskämpfer wie Reiner Füllmich ausgeliefert sind, und öffentlich dazu Nein zu sagen.
Es ist für uns alle schwer, ständig, täglich, neu uns dem Druck der neuen Normalität zu erwehren, weil diese Mißhandlungen haben wir vielleicht auch selber leise am eigenen Leib gespürt, und sie dienen, wenn es dann solche herausragenden Persönlichkeiten wie Reiner Füllmich trifft, dem Prinzip: "Bestrafe Einen, erziehe Tausende." Und um uns innerlich zu halten, habe ich immer so in der Hinterhand den Satz von Martin Luther King:
"Fürchte dich nie, nie, niemals davor, das zu tun, was richtig ist, besonders wenn es um das Wohl eines Menschen oder eines Tieres geht." (Applaus) … Das eigentliche kommt noch. Er setzt fort:
"Die Strafe der Gesellschaft ist nichts, verglichen mit den Wunden, die wir unserer Seele zufügen, wenn wir wegschauen."
Wir stehen hier vor dem Gebäude der UNO, einem Umschlagsplatz unvorstellbar gewaltiger Macht und Mächte. Und darum möchte ich abschließen und alle Machthaber dieser Welt, die großen und die kleine, die wenigen sehr großen und die vielen, und sie ganz besonders, die vielen, vielen kleinen Machthaber dieser Welt erinnern an einen Satz des 1961 aus politischem Kalkül ermordeten UN-Generalsekretärs Dag Hammarskjöld: "Nur der verdient Macht, der täglich sie rechtfertigt."<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 9. Dezember 2024 (x1.432/…): >>**Mit Verhaltensökonomie "wirksam regieren"**
Herausgegeben von *Stefan Korinth* und *Paul Schreyer*
Ob Killervirus oder Klimakrise: Seit Jahren helfen sogenannte Nudging-Experten der Regierung dabei, den Wählerwillen zu beeinflussen. Dabei ist die bewußte Erzeugung von Angst ein zentrales Element der Manipulation. In jüngster Zeit werden immer mehr dieser Fachleute auf Spitzenpositionen befördert, ihr Denken scheint zur gesellschaftlichen Norm zu werden. Alles kein Problem?
BASTIAN BARUCKER
Die fortschreitende Aufarbeitung der Pandemiepolitik fördert eine klaffende Lücke zwischen der Sinnhaftigkeit der Maßnahmen und der vorliegenden wissenschaftlichen Evidenz zutage. Angefangen von Schulschließungen über Maskenpflichten, 2G und Impfpflichten stellt sich ein Großteil der Verlautbarungen und Grundrechtseinschränkung als unverhältnismäßig und wissenschaftlich unbegründet dar.
Es stellt sich die Frage, wie es möglich war, in der Bevölkerung mehrheitlich Akzeptanz für ein Regierungshandeln zu generieren, welches nicht der Gesundheit der Bevölkerung diente und gleichzeitig im Widerspruch zum gesunden Menschenverstand und der Wissenschaft stand. Warum haben Richter, Mediziner, Wissenschaftler, Journalisten und die Bevölkerung mehrheitlich mitgemacht?

"Wirksam regieren"

Diese Frage führt in das Feld politisch eingesetzter Verhaltensökonomie, auch Nudging genannt, welche ganz offiziell seit vielen Jahren weltweit eingesetzt wird, um, so der Name der dazugehörigen Initiative in Deutschland, "wirksam regieren" zu können. Nudging dient dazu, mittels Anreizen bestimmte Verhaltensweisen zu erwirken. Es ist ein Versuch, den Behaviorismus, demzufolge das menschliche Verhalten studiert, vorhergesagt und gesteuert werden kann, wieder gesellschaftlich zu etablieren, wobei bereits die verniedlichende Bezeichnung (to nudge bedeutet stupsen) auf eine bewußte Manipulation hindeutet.

Die aktuelle Wahl von Bettina Rockenbach zur Präsidentin der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina ist ein Indiz für die steigende Bedeutung der Verhaltenswissenschaften. Rockenbach ist Professorin für Verhaltensökonomie und hat an der Universität Köln "die Bereitschaft des Einzelnen, in Situationen, in denen der 'homo oeconomicus' dies nicht tun würde, zum Wohle der kollektiven Interessen zu handeln" erforscht. Die Formulierung erinnert an die spätere Impfkampagne, in der man sich nur "pieksen" lassen sollte, um andere "zu schützen" - was jedoch nicht den wissenschaftlichen Tatsachen entsprach.

Unter der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel startete im Jahre 2015 eine Initiative, welche aktuell unter dem Titel "Verhaltenswissenschaften und bürgerzentrierte Politik" im Organigramm des Bundeskanzleramtes zu finden ist. Laut Webseite ist das Anliegen der dort arbeitenden sieben Wissenschaftler "politische Vorhaben erfolgreich umzusetzen." In den USA wurde bereits 2009 der Pionier des Nudging, Cass Sunstein, von der Regierung rekrutiert. Aktuell agieren weltweit Nudge-Units oder sogenannte Behavirol Insight Teams und bieten ihre Dienste Unternehmen und Regierungen an, um politisch gewünschtes Verhalten zu bewirken.

Belohnung für richtiges Verhalten ist Wegfall der Strafe

Die Pandemiepolitik war durch verhaltenssteuernde Techniken gekennzeichnet, mit denen die Bevölkerung zu politisch vorgegebenen Verhaltensweisen gebracht werden und diese als richtig akzeptieren sollte: Abstand halten, Maske tragen, sich experimentelle modRNA-Präparate injizieren lassen. Der "Rückerwerb" eigentlich unveräußerlicher Grundrechte durch die Einwilligung zur Injektion ist ein prominentes Beispiele solcher Konditionierung. Die Belohnung für das richtige Verhalten ist der Wegfall von Strafe.

Auch der global verwendete Slogan "Pandemie der Ungeimpften", der eine Gruppe von Menschen ohne faktische Grundlage verantwortlich machte und somit Schuld und Scham induzieren sollte, ist kein medizinischer Fachbegriff und stellt ein Werkzeug für emotionsbasierte Verhaltensmanipulation dar. Auf diesen Slogan in einem Interview mit der "BILD" angesprochen, erwidert Gesundheitsminister Lauterbach (SPD): "Ich kann mich nicht erinnern, daß ich selbst von einer 'Pandemie der Ungeimpften' gesprochen habe." Nachdem auf der Plattform X anhand verschiedener Tweets von Lauterbach gezeigt wurde, daß seine Erinnerung ihn täuscht, räumte er ein, diesen Slogan mehrfach genutzt zu haben.

Nicht überraschend war daher der Vertrauensverlust in das Impfen als Folge dieser manipulativen und vor allem politisch motivierten Impfkampagne. Statt jedoch diese Politik aufzuarbeiten, veranlasste Lauterbach den Umbau der Ständigen Impfkommission. Die Psychologin und Professorin für Gesundheitskommunikation Cornelia Betsch, die im Corona-Expertenrat saß und das RKI beriet, gab im Gesundheitssausschuß des deutschen Bundestages diesbezüglich zu Protokoll, die STIKO-Geschäftsstelle solle "mit Experten aus den sozialen Verhaltenswissenschaften unterstützt werden, die sich mit Kommunikation und Maßnahmenakzeptanz auskennen".

Nudging-Techniken "immer transparent"

Eine kleine Anfrage der AfD-Fraktion aus dem Jahr 2019 mit dem Titel: "Nudging als Regierungsinstrument der Bundesregierung" beantwortete selbige mit der Aussage, es gebe "keinen

übergreifenden 'Nudging-Ansatz' der Bundesregierung". Nudging werde nicht genutzt, um "Personen auf subtile Weise in ihrem Verhalten zu beeinflussen." Statt dessen betonte die Bundesregierung mit Verweis auf Sunstein, daß angewandte Nudging-Techniken "per Definition immer transparent" seien und "die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen erhalten" bliebe.
Stimmen diese Aussagen mit aktuellen politischen Vorgängen überein? Der Soziologe Heinz Bude war im Frühjahr 2020 Mitautor des sogenannten Panikpapiers des Bundesinnenministeriums, welches empfahl, Menschen mit Hilfe von Bildern in Schockstarre zu versetzen, um ein gewünschtes Zielverhalten zu bewirken. Im Januar 2024 resümierte er auf einer Konferenz zu den Lehren aus der Corona-Krise:
"Wir haben gesagt, wir müssen ein Modell finden, um Folgebereitschaft herzustellen, das so ein bißchen wissenschaftsähnlich ist. Und das war diese Formel 'Flatten the curve', daß wir gesagt haben: 'Wie können wir die Leute überzeugen mitzutun?' Wir sagen denen, es sieht so nach Wissenschaft aus, nicht? Man sagt, 'wenn ihr schön diszipliniert seid, könnt ihr die Kurve verändern'. Das heißt quasi, man kann - es gibt eine Veranschaulichung von individuellen Verhaltensveränderungen in einer Art von wissenschaftlicher Darstellbarkeit."
Wurde die bewußte Erzeugung von Angst und die Vortäuschung von Wissenschaftlichkeit zu der Zeit transparent gemacht und öffentlich debattiert?

"Manipulation ist wesentlicher Bestandteil der Demokratie"

Die Beeinflussung der Massen auf Grundlage psychologischer Erkenntnisse ist ein vielfältig eingesetztes politisches Werkzeug und historisch betrachtet eines der wichtigsten Machtmittel. Edward Bernays, Vordenker der Massenpsychologie, konstatierte schon 1928:
"Die bewußte und zielgerichtete Manipulation der Verhaltensweisen und Einstellungen der Massen ist ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie."
Dabei ist die bewußte Erzeugung von Angst ein zentrales Element der Manipulation. Der Psychologe und ehemalige Lehrstuhlinhaber für Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung Rainer Mausfeld widmet sich der Dynamik zwischen Angsterzeugung und Machtinteressen in seinem Buch "Angst und Macht". Darin heißt es:
"Angsterzeugung ist ein Herrschaftsinstrument, und Techniken zum Erzeugen von gesellschaftlicher Angst gehören zum Handwerkszeug der Macht. Diese Einsicht ist so alt wie die Zivilisationsgeschichte."
Inwiefern diese Art des Regierens demokratiekompatibel ist, beantwortete er in einem Vortrag 2019 so: "Demokratie beruht nun auf der Leitidee der mündigen Bürger. Eine systematische Angsterzeugung würde aber grundlegend diese Leitidee unterminieren und die Möglichkeit mündiger Bürger blockieren."
Die Professorin für Sozialpsychiatrie Dr. Annemarie Jost schreibt in einem Unterkapitel ihres Buches "Die Rettung unserer psychischen Gesundheit" zum Thema Nudging: "Angst vermindert die Fähigkeit zur kritischen Reflexion und erhöht die Bereitschaft, Führungspersönlichkeiten und Expert*innen zu folgen."
Wo auch immer also Angst gemacht wird, die nicht im Verhältnis zur realen Gefahr steht, ergibt sich der Verdacht, daß Menschen manipuliert werden sollen, um politische Ziele durchzusetzen. Sie büßen dabei ihre Fähigkeit zum kritischen Denken erheblich ein und werden in einen leicht steuerbaren Zustand versetzt. Der abwägende Neokortex wird überwunden und eine affekt- und gefühlsbasierte Verhaltenssteuerung der Gesellschaft ermöglicht.

"Stupser in die richtige Richtung"

Offiziell wird die sanfte Manipulation der Massen als Kommunikationsmethode dargestellt und so in ihrer Wirkungsweise verharmlost. Der Untertitel der erwähnten Initiative der Bundesregierung "wirksam regieren" lautet "mit Bürgern für Bürger". Der damalige Verteidigungsminister Heiko Maas bezeichnete Nudging 2015 in einem Zeitungskommentar als "sanften Stupser in die richtige Richtung und klugen Mittelweg zwischen Überregulierung und

Laissez-faire". Ein Ausspruch, der eher an einen Erziehungsratschlag erinnert, als an demokratisches Vorgehen auf Augenhöhe.
Ein prägnantes aktuelles Beispiel findet sich in den geleakten Protokollen des Robert Koch-Instituts (RKI). Dort heißt es im Januar 2023: "Monatsberichte und Impfdashboard werden zum Mai eingestellt. Bewertung von Impfnebenwirkungen wird nicht mehr möglich sein. Dies muß sehr gut kommunikativ begleitet werden, damit es nicht auf RKI zurückfällt."
Auch auf EU-Ebene wird Nudging angewandt und öffentlich angepriesen. Die damalige Bundesministerin der Verteidigung, Ursula von der Leyen, lobte die Außenbeauftragte der EU Federica Mogherini für ihre Manipulationskompetenz in einer Rede im Jahr 2017 wie folgt: "Ich habe selber in vier Jahren der Zusammenarbeit erlebt, wie klug, strategisch und empathisch du die Kunst des Nudging beherrschst."

Klimawandel und Green Nudging

Robert Habecks Äußerungen zum Gebäudeenergiegesetz im Mai 2024 deuten ebenfalls auf ein Demokratieverständnis hin, was zwar im Widerspruch zu aufklärerischen Grundgedanken steht, sich jedoch im Einklang mit dem Weltbild eines zu bevormundenden Bürgers steht, der mittels Stupser zu politisch gewollten Zielverhalten bewegt werden soll. Seine Worte: "Die Debatte um das Gebäudeenergiegesetz, also wie heizen wir in Zukunft, war ja auch ehrlicherweise ein Test, wie weit die Gesellschaft bereit ist, Klimaschutz, wenn er konkret wird, zu tragen - und ich bin zu weit gegangen."
Auf der Webseite von "wirksam regieren" heißt es zur Arbeitsweise: "Mit empirischen Methoden werden Lösungen entwickelt und unter realistischen Bedingungen praktisch getestet."
Das erinnert an die COSMO-Studie der bereits erwähnten Psychologin Cornelia Betsch, die während der Pandemiepolitik die Akzeptanz der Bevölkerung wöchentlich unter die Lupe nahm. Auch beim Thema Klimaschutz wird diese praktische Form der Manipulation als wirksames Instrument angepriesen und findet als sogenanntes Green Nudging Anwendung. Cornelia Betsch, mittlerweile Leiterin des neu gegründeten "Institutes für planetares Gesundheitsverhalten", ist der Meinung:
"Wenn wir Verhalten verstehen, dann können wir Verhalten auch verändern."
Wer genau "wir" ist und wer vorgibt, in welche Richtung Verhalten geändert werden soll, bleibt dabei offen. In einem Aufsatz mit dem Titel: "Umfassende Verhaltensdaten - ein Schlüssel zu wirksamer Klimapolitik" äußern sich Cornelia Betsch und Mirjam Jenny - vormals Leiterin der Projektgruppe Wissenschaftskommunikation im Robert Koch-Institut - dazu wie folgt:
"Es ist offensichtlich, daß Erkenntnisse über das menschliche Verhalten hilfreich sind, wenn es darum geht, individuelle Verhaltensänderungen zu fördern. Fachleute werden sich zunehmend dessen bewußt, daß es nicht ausreicht, individuelle Verhaltensänderungen anzustreben … Regierungen sollten deshalb eine Infrastruktur für die Erhebung und Auswertung verhaltenswissenschaftlicher Daten bereitstellen."
Vielleicht ist es letzten Endes eine Parallele zwischen Klimakrise und Killervirus, daß der vermeintliche Konsens in der Wissenschaft und die Alternativlosigkeit der verkündeten Maßnahmen so nicht gegeben sind, die durchgeführten Maßnahmen oft auch nicht primär dem Wohl der Gemeinschaft dienen, dem Steuerzahler und Wähler aber zugleich immense Kosten aufbürden und daher "richtig kommuniziert" werden müssen.
Über den Autor: Bastian Barucker, Jahrgang 1983, ist ausgebildeter Wildnispädagoge und Prozeßbegleiter in Gefühls- und Körperarbeit. Er war Lehrbeauftragter an der Alice Salomon Hochschule Berlin und der Fachhochschule Clara Hoffbauer Potsdam und begleitet seit mehr als 15 Jahren Menschen im Bereich Umweltbildung und Persönlichkeitsentwicklung. Seit 2020 ist er freier Journalist und schreibt unter anderem für die Berliner Zeitung, die Nachdenkseiten und den Nordkurier. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**VS-Chef Kramer, die Nachtwölfe und ich**

Von *Jürgen Elsässer*

Der Mann, der die AfD verbieten will: Thüringer Geheimdienstchef schwer unter Druck.

Das Foto stammt von 2015, wurde aber erst 2019 publik und sorgt jetzt wieder für Furore: Ein Schnappschuß der Kranzniederlegung am 9. Mai 2015 zum "Tag des Sieges" am sowjetischen Ehrenmal in Seelow. Inmitten einer deutschen Bikergruppe steht Stephan Kramer, 2. von rechts, damals noch ohne Rauschebart. Ein halbes Jahr später wurde er Chef des Verfassungsschutzes von Thüringen, vom linken Ministerpräsidenten Bodo Ramelow ohne Qualifikation ins Amt gehievt.

Sofort nach Ernennung widmete sich Kramer seinem Hauptziel: Kriminalisierung der AfD, Hochstufung zum Beobachtungsobjekt "gesichert rechtsextrem" innerhalb weniger Jahre. In seiner eigenen Behörde stieß das auf Befremden, belastende Dossiers ließ er an den Fachreferaten vorbei erstellen. Mitarbeitern soll er mit Schlägen gedroht haben, heißt es jetzt. Auch COMPACT geriet frühzeitig in seinen Fokus, als der Bundes-VS und der für uns zuständige Brandenburger VS an unserem Magazin noch nichts Böses entdecken konnten.

Eine Antifa-Feier zum 9. Mai wäre Kramer vermutlich nie zum Verhängnis geworden - aber bei diesem Foto handelt es sich um eine Aktion, an der auch die "Nachtwölfe", oft als "Putins Rocker" bezeichnet, dabei waren. Das war natürlich am Zeitpunkt X für Systemlinge tabu, von wegen Unterstützung des "russischen Imperialismus". Verbreitet wurde das alte Foto 2019 durch die linksradikale Webseite Indymedia, und zwar unter dem Titel "Nachtwölfe, Bachmann, Elsässer und der Verfassungsschutz". Explizit wiesen die roten Putin-Hasser darauf hin, daß sich die Nachtwölfe vor der Kranzniederlegung auch mit Pegida-Chef Lutz Bachmann trafen und dafür von mir auf COMPACT-online gefeiert wurden.

Pikant: Ein Verfassungsschützer, der wohl sauer auf Kramer war, soll sich schon 2018 an zwei MDR-Journalisten gewandt haben, damit diese das Foto skandalisieren. Die hatten aber nichts Besseres zu tun, als den Informanten zu verpfeifen. Quellenschutz - Fehlanzeige. MDR schützt Kramer und Ramelow. Schon bald arbeitete der Mann nicht mehr beim Verfassungsschutz …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Betrug am Wähler**

Wer CDU wählt, bekommt die Grünen: Wie in der DDR hat sich auch in der Bundesrepublik ein Blockparteiensystem entwickelt, das den politischen Souverän entmachtet. Auch in anderen westlichen Ländern verfault der Parlamentarismus.

_ von *Jürgen Elsässer*

Wenn Wahlen etwas ändern würden , wären sie verboten - so spotteten die Anarchisten schon immer. Schon in den guten alten Zeiten der Bundesrepublik kamen linken Zynikern die Volksparteien wie PR-Produkte der Waschmittelindustrie vor: Persil oder Omo - wer seift besser ein? Johannes Agnoli, einer der Theoriepäpste der Achtundsechziger, sprach von der "virtuellen Einheitspartei", die Union, SPD und FDP gebildet hätten.

Mit Merkel ist der parlamentarische Pluralismus zusammengebrochen.

Doch die Kritik aus dem Elfenbeinturm erreichte die Massen nicht, denn trotz aller Annäherung blieben die Unterschiede zwischen Roten und Schwarzen bis zum Ende des 20. Jahrhunderts deutlich sichtbar. Es war sehr wohl von Bedeutung, ob man 1972 Willy Brandts SPD und damit den Ausgleich mit der DDR und den Ostblockstaaten wählte - oder die Union, die das verhindern wollte.

Ebenso deutlich war die Polarität bei der Wahl 1990 zwischen Helmut Kohl und seinem Herausforderer Oskar Lafontaine: Der Pfälzer Riese wollte eine schnelle Wiedervereinigung, der Saarländer lehnte das ab. Das war ein gravierender Unterschied zur DDR, in der alle Parteien

gemeinsam auf der Wahlliste der Nationalen Front standen. Der Sieger war damit immer schon programmiert - die Entscheidungen fielen im Politbüro der SED, nicht in der Volkskammer.
Doch seit Angela Merkel die Union nach links geschoben hat, ist auch bei uns der parlamentarische Pluralismus zusammengebrochen. Beginnend etwa mit der Katastrophe von Fukushima 2011 hat die Rautenfrau in allen wesentlichen Punkten - Atomkraft, Bundeswehr, Immigration, Gender, Islam, Kohleausstieg, Autofeindschaft - das Programm der Grünen übernommen, welches zuvor schon SPD und Linkspartei durchseucht hatte.

Das Fanal des 1. September

Schlagartig klar wurden die Veränderungen des Parteiensystems bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg: Die Angst vor der erstarkenden AfD ließ alle anderen ein Abwehrkartell gegen den frechen Emporkömmling bilden. Ein Probelauf für das Blockparteiensystem war die Oberbürgermeisterwahl im sächsischen Görlitz im April: Nachdem im ersten Durchgang der blaue Kandidat mit 36 Prozent klar in Führung gelegen hatten, zogen SPD, Grüne und selbst die Linke in der Stichwahl zurück und unterstützten den CDU-Konkurrenten, der es schließlich reichlich knapp schaffte.
Überall werden artifizielle Koalitionen aus linken Wahlverlierern gezimmert.
Nach diesem Vorbild liefen auch die Urnengänge am 1. September ab: Obwohl die Blauen fantastische Erfolge feierten - in Brandenburg verdoppelte man das Ergebnis mit 23,5 Prozent fast, in Sachsen waren es mit 27,5 Prozent sogar beinahe drei Mal so viel wie 2014 -, hatten die bisherigen Regierungsparteien SPD (in Potsdam) und CDU (in Dresden) am Ende die Nase vorn.
Beide verloren zwar kräftig im Vergleich zum letzten Mal, erzielten aber auf der Zielgeraden erstaunliche Zuwächse im Vergleich zu den Prognosen - offensichtlich, weil Anhänger anderer Blockparteien ihnen ihre Stimme liehen, um den Durchmarsch der Alternative zu stoppen. Dieses taktische Wahlverhalten hatte freilich einen hohen Preis: Die Linke wurde geschreddert, und die Grünen legten zwar zu, erzielten aber kaum mehr als die Hälfte der im Frühsommer vorhergesagten Ergebnisse. Die CDU wurde in Brandenburg stark dezimiert, die SPD in Sachsen sogar brutal marginalisiert.
Die Gewinne der AfD haben nur einen historischen Vorläufer: den Erdrutsch zugunsten der Grünen bei der baden-württembergischen Landtagswahl direkt nach Fukushima. Doch während die Öko-Partei mit diesem Triumph selbstverständlich zur Regierungspartei im Ländle wurde - zuerst mit der SPD, dann mit der CDU -, wird dies der AfD jetzt verwehrt. Dabei wäre das zumindest im Freistaat ganz einfach: Schwarze und Blaue kommen zusammen auf fast 60 Prozent - eine "stabile Zweierkoalition, eine bürgerliche".
Doch als MDR-Reporterin Wiebke Binder diesen Ausdruck am Wahlabend auch nur in den Mund nahm, brach ein Proteststurm gegen die arme Frau los. "Bürgerlich" soll im Neusprech des Systems nämlich nur noch genannt werden dürfen, wer - wie seit den Ereignissen in Chemnitz im Herbst 2018 auch die CDU - keine Scheu davor hat, mit gewaltbereiten Linksextremen vom Schlage Feine Sahne Fischfilet aufzutreten.
Annegret Kramp-Karrenbauer brachte die Quintessenz des Blockparteiensystems auf den Punkt. Auf die Frage, ob es denn bei der Abgrenzung der CDU bleiben und man "ein Viertel der Wähler einfach draußen vor lassen" könne, antwortete sie eiskalt: "Ja, wir können." (FAZ, 3.9.2019)

Das Verfaulen des Parlamentarismus

Erschreckend ist die Gleichzeitigkeit, mit der sich derselbe Prozeß auch in anderen europäischen Ländern vollzieht: Überall werden klare Mehrheiten für Parteien mit einem Programm der nationalen Souveränität ignoriert und statt dessen artifizielle Koalitionen aus den linken Wahlverlierern an die Macht gebracht.

In Österreich war mit Türkis-Blau die beliebteste Regierung seit den seligen Kreisky-Jahren in den 1970ern am Ruder. Doch Sebastian Kurz brach im Mai unter dem Ibiza-Vorwand das Bündnis und will auch nach den Neuwahlen Mitte September nicht mit der FPÖ weitermachen (oder nur nach ihrer Selbstkastration, bei der neben HC Strache auch Herbert Kickl entmachtet wird).
In Großbritannien hat das Volk 2016 für den Brexit gestimmt. Der neue Premier Boris Johnson, der den Ausstieg auch ohne Deal mit der EU durchziehen will, ist auf einem demoskopischen Höhenflug: "35 Prozent (…) wollen einer aktuellen Umfrage zufolge für Johnson stimmen in der sich abzeichnenden Neuwahl. Labour liegt zehn Punkte dahinter, die persönlichen Werte von Parteichef Jeremy Corbyn sind unterirdisch schlecht." (Welt, 4.9.2019) Für die Brexit-Partei, die noch radikaler ist als der Ministerpräsident, stimmten in den EU-Wahlen Ende Mai aus dem Stand über 30 Prozent.
Trotzdem darf der Brexit nicht stattfinden, weil das Unterhaus eine veraltete Abgeordnetenmehrheit hat und eine Neuwahl verweigert. Ein Student sagte (ausgerechnet im linken Bento-Portal): "Die Abgeordneten, die für den Verbleib in der EU sind, verhalten sich so undemokratisch wie nur möglich: Sie verhindern den Brexit, ignorieren die Erklärungen, mit denen sie angetreten sind, und lehnen es dann ab, den Wählern das Mitspracherecht durch eine Neuwahl einzuräumen. Und all das, während sie den Premierminister als Möchtegerndiktator verdammen."
Besonders eklatant sind die Vorgänge in Italien. Dank Matteo Salvinis entschlossenem Vorgehen gegen Schlepperschiffe stieg seine Lega im Sommer in Umfragen auf 38 Prozent - bei den Wahlen im Frühjahr 2018 hatte sie nur 18 Prozent erhalten. Nach Spannungen mit dem Koalitionspartner Fünf Sterne (M5S), der im selben Zeitraum ein Drittel an Zustimmung verloren hatte und nur noch bei 20 Prozent lag, ließ Salvini das Bündnis platzen. Anstatt Wahlen anzuberaumen und dadurch dem Volk die Möglichkeit zu geben, den Kurs des Landes zu bestimmen, wechselten die abgestürzten Sterne lieber die Seiten und regieren nun mit den Linksdemokraten (PD) weiter, die sie zuvor jahrelang verhöhnt hatten.
Bis zuletzt wurde PD-Chef Matteo Renzi von M5S-Gründer Beppe Grillo als "verwundetes Ferkel", "Würstchen aus Florenz" und "kriechender Aasgeier" beschimpft. Auch seine Parteifreundin, die stellvertretende Senatspräsidentin Paola Taverna, ließ es bei der Beurteilung von PD-Politikern an Deutlichkeit nicht fehlen, bezeichnete sie als "Mafiosi", "Ekelpakete" und "nichts als Scheiße". Die PD hatte sich nicht lumpen lassen und zurückgepöbelt: M5S-Chef Luigi Di Maio sei ein "notorischer Lügner" und ein "obszöner Schakal auf Stimmenfang". Warum kam es trotzdem zum Bündnis der Erzfeinde?
Extraprofite kommen nur noch aus finanzkapitalistischen Hütchenspielen.
Mitentscheidend war offenbar die Belohnung, die die Bundeskanzlerin in Aussicht stellte. Nach einem Bericht der Tageszeitung Il Giornale soll Angela Merkel der PD in einem Telefonat Anfang September Erleichterung bei den Staatsschulden versprochen haben, was dem Land bislang von Brüssel verwehrt wurde. Voraussetzung dafür sei eine neue Koalition ohne Salvini. Diese kann sich in Umfragen auf höchstens 40 Prozent der Wähler stützen, während die Lega und ihre Verbündeten Forza Italia und Fratelli d'Italia auf über 50 Prozent kommen.
Am Ende einer langen Welle
Die Parallelität der Vorgänge deutet darauf hin, daß ein großer Umbruch in der Herrschaftsstruktur des kapitalistischen Systems bevorsteht: Die Demokratie ist für die Eliten unkalkulierbar geworden, seit sich die Politik nicht mehr für die einheimische Mehrheit und statt dessen nur noch für Minderheiten, insbesondere für Einwanderer, interessiert. Verschärft wird die Enttäuschung im Volk durch die sich abzeichnende Weltwirtschaftskrise.
Dabei geht es nicht nur, wie 2008, um das Platzen der spekulativen Blasen, die vor allem die Europäische Zentralbank mit ihrer irrwitzigen Geldschöpfung ohne materielle Deckung auf-

gepumpt hat. Vielmehr ist auch die industrielle Produktionsbasis am Ende einer "langen Welle" angelangt: Mit diesem Ausdruck bezeichneten der sowjetische Ökonom Nikolai Kondratjew und sein österreichischer Kollege Joseph Schumpeter einen etwa 50 Jahre umfassenden Zyklus, der jeweils von einer Leittechnologie stimuliert wird, etwa dem Eisenbahnbau (1840 bis 1890), der Elektronik (1890 bis 1940) oder der von Henry Ford erfundenen Fließbandproduktion mittels gewaltiger Stromerzeugung durch fossile Energien (1940 bis 1990). Das Problem ist, daß der seither folgende Zyklus auf der Grundlage von Digitalisierung und Internet bisher keinen Schub bewirkt hat - jedenfalls keinen mit Arbeitsplatzgewinnen; vielmehr gingen durch die Automatisierung Jobs verloren.

Die verzweifelte Suche nach einer neuen Leittechnologie hat nichts gebracht: Bio-, Gen- und Nano-Industrie stecken immer noch im höchst risikoanfälligen Anfangsstadium - und der Versuch, die zuverlässigen fossilen Energieträger zu modernisieren, wird durch grüne Tabus blockiert. Statt dessen soll eine sogenannte ökologische Wende erzwungen werden, obwohl wesentliche Fragen bei der Gewinnung und besonders beim Transport des Stroms aus Sonne und Wind nicht geklärt sind.

Am Ende einer langen Welle kam es in der Vergangenheit immer zu dramatischen politischen Umbrüchen: Dem Auslaufen des Eisenbahn-Zyklus folgte der Erste Weltkrieg, der Zweite stand am Ende des Elektronik-Zyklus, und in der Götterdämmerung der fordistischen Ära kollabierte der Ostblock. Der Weltbrand 1914 wurde von Lenin aus der "Stagnation und Fäulnis" des imperialistischen Systems abgeleitet, die mit einem Zusammenbruch der Marktwirtschaft und des Parlamentarismus einhergehe. "Auf der Arbeit des Kleinproduzenten beruhendes Privateigentum, freie Konkurrenz, Demokratie - alle diese Schlagworte (…) liegen weit zurück." Donald Trump zeigt, daß es eine reale Alternative zum Globalismus gibt.

Tatsächlich beobachten wir Fäulnis auch im heutigen Deutschland: Die früher dynamische Wirtschaftsnation ist mittlerweile unfähig, Großprojekte wie den BER oder Stuttgart 21 zu stemmen, Infrastrukturen wie die Bahn oder Schnellstraßen verrotten. Wie am Anfang des 20. Jahrhunderts ist die industrielle Innovation verebbt, die Profitmaximierung erfolgt ersatzweise durch finanzkapitalistische Hütchenspiele.

Doch ganz anders, als es die Linke in falscher Lenin-Tradition halluziniert, rührt die aktuelle Stagnation nicht aus dem Bleigewicht der nationalen Monopolkonzerne, sondern aus deren Strangulierung durch den politisch korrekten Staat, der die Produktion, Beispiel Energiewende, zunehmend planwirtschaftlich dirigiert. Die EUdSSR trägt alle Züge des sterbenden Kapitalismus und des sterbenden Sozialismus.

Das letzte Mittel

Vor diesem Hintergrund droht ein dramatischer Wirtschaftseinbruch mit dem Verlust hunderttausender Jobs, namentlich in der Autobranche. Anders als bei der Krise 2008/2009 haben die Entlassenen dieses Mal eine politische Artikulationsmöglichkeit für ihren Protest in Gestalt neuer Formationen wie AfD, Lega und Brexit-Partei, die es vor zehn Jahren nicht gab. Zu allem Überfluß zeigt der Protektionismus von Donald Trump, daß es eine reale Alternative zum Globalismus gibt: Seine Abschottungspolitik gegenüber dem Weltmarkt hat endlich wieder neue Arbeitsplätze in der Industrie gebracht, und der Aufschwung hält trotz des Handelskrieges mit China ungebrochen an.

Wie wollen die globalistischen Eliten verhindern, daß der Protest an der Wahlurne durchschlägt? Der irrwitzige Versuch, den Vormarsch der nationalen Kräfte durch die Schaffung eines Blockparteiensystems aus Wahlverlierern zu stoppen, könnte sich schon bald blamieren: In den verschobenen, aber dennoch irgendwann fälligen Neuwahlen in Großbritannien wird Boris Johnson triumphieren, und in Italien wird die Linke schon Ende Oktober ihre letzte Hochburg in Umbrien an die Lega verlieren.

Zur gleichen Zeit dürfte sich die blaue Welle in Deutschland fortsetzen: Wenn die sächsische

CDU bis dahin eine Koalition mit den Grünen gebildet hat, werden sich viele Unionsanhänger in Thüringen mit Grausen von den schwarzen Betrügern abwenden und lieber den Blauen ihre Stimme geben. Steht Björn Höcke in Erfurt auf dem Siegertreppchen, wackelt die Republik.

Das unbekannte Wesen

"Es gibt ihn auch nicht, DEN AfD-Wähler. Den Abgehängten, den von der Treuhand Traumatisierten, den von der SPD Enttäuschten, den von der Bild-Zeitung Verunsicherten, den Aufgehetzten, den Verunsicherten, den Besorgten, die nette Omma, denen die Enkel und Claus Strunz erzählt haben, daß im Freibad der sichere Tod lauert, den Gutsituierten, der im Speckgürtel rund um Berlin wohnt, den Nazi, dem die NPD immer schon ein bißchen zu assi und die Werteunion leider doch ja auch irgendwie noch zu sehr Merkels Partei ist.

Es ist ein Gewölle aus verschiedensten Biographien, Befindlichkeiten und Weltanschauungen, das es nahezu unmöglich macht, DEN typischen AfD-Wähler zu skizzieren oder gar in Bausch und Bogen zu verdammen." (Kolumnist Micky Beisenherz, Stern Online, 31.8.2019)

Die Wucht des Populismus können die Herrschenden nur brechen, indem sie ihn spalten. Der Prozeß hat bei den Tories und der FPÖ schon begonnen - und auch die Lega und die AfD müssen mit solchen Vorstößen rechnen. Am Ende wird es nur das Volk sein können, das solchen Manövern eine Abfuhr erteilt - an der Wahlurne und auf der Straße.

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 10/2019.<<

10.12.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Schwerer Verdacht: Thüringer Verfassungsschutz-Chef soll entlastendes AfD-Gutachten unterdrückt haben!**

Stephan Kramer, ideologisch gefestigter Chef des Thüringer Verfassungsschutzes, war maßgeblich an der Einstufung der AfD im Freistaat als "gesichert rechtsextrem" beteiligt. Jetzt steht der ungeheuerliche Verdacht im Raum: Der Mann soll in seiner AfD-Besessenheit entlastendes Material unterdrückt haben!

Seit 2018 hat der Verfassungsschutz, insbesondere der in Thüringen, die AfD im Visier. 2021 stufte das Thüringer Landesamt unter der Leitung seines Präsidenten Stephan Kramer erstmals einen AfD-Landesverband als "erwiesen rechtsextremistische Bestrebung" ein.

In der Debatte um ein Parteiverbotsverfahren positionierte sich Kramer von Anfang an klar als Hardliner. Für sein aktives Vorgehen gegen die AfD wurde der Verfassungsschutz-Chef im Lager der um ihre Pfründe bangenden Kartell-Parteien ermuntert und belobigt.

Intrigen, Seilschaften, Drohungen

Laut Recherchen des Nachrichtenportals "Apollo News" soll Kramer ein "System" aufgebaut haben, das von internen Intrigen, Druck und Drohungen gegen Mitarbeiter sowie vernetzten Seilschaften mit systemkonformen "Journalisten" geprägt sei.

- Besonders brisant: Schon 2018, als Kramer die AfD als zunächst "rechtsextremen Prüffall" einstufen ließ, soll er dafür intern kritisiert worden sein. In einer Mail, die "Apollo News" nach eigenen Angaben vorliegt, kritisiere der zuständige Referatsleiter das Vorgehen des Chefs des Thüringer Verfassungsschutzes. Demnach habe Kramer das zuständige Referat "bewußt außen vor gelassen".

- Ein weitgehend entlastendes Zusatzgutachten, das nach der späteren Einstufung des AfD-Landesverbandes als "gesichert rechtsextrem" innerhalb der Kramer-Behörde kursiert haben soll, sorgt ebenfalls für Wirbel. Das Ergänzungsgutachten soll den Recherchen zufolge das gesamte 'offizielle' Gutachten in Frage gestellt haben. Doch Kramer soll die Verwendung des Zusatzgutachtens mit der Begründung untersagt haben, daß er "dem Gegner keine Argumente liefern" wolle.

Insider berichteten gegenüber "Apollo News", daß beim Thüringer Verfassungsschutz von Anfang an klar gewesen sei, was bei der Überprüfung der AfD "herauskommen" sollte.

Björn Höcke (AfD): Verfassungsschutz wird mißbraucht!
Kramer habe den Kampf gegen die AfD "zu seinem persönlichen Feldzug gemacht und nutzt die Behörde namens 'Verfassungsschutz' skrupellos zur Durchsetzung parteipolitischer Ziele", schreibt Thüringens AfD-Chef Björn Höcke auf Telegram.
Höcke wirft dem "Verfassungsschützer" Besessenheit vor und bilanziert: "Unbeherrscht und cholerisch, das ist das Bild, welches hausintern vom Leiter des 'Verfassungsschutzes' gezeichnet wird. Demnach fehlt Kramer nicht nur die berufliche Qualifikation für dieses Amt - er ist Sozialpädagoge (FH) und damit nicht, wie gesetzlich festgeschrieben, für das Richteramt befähigt - sondern auch die menschliche Eignung. Seine Mitgliedschaft im Vorstand der linksextremen 'Amadeu-Antonio-Stiftung' läßt darüber hinaus berechtigte Zweifel an seiner politischen Neutralität aufkommen."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. Dezember 2024 (x1.429/…):
>>**1.345 - So viele Firmen waren im November pleite!**
Die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften in Deutschland betrug im November 1.345 Firmen. Das sind 38 Prozent mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres! Laut einer Analyse des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) liegt der aktuelle Wert zudem 52 Prozent über dem durchschnittlichen Novemberwert der Jahre 2016 bis 2019, also der Zeit vor der Corona-Hysterie. Laut IWH-Insolvenztrend waren im November in den größten zehn Prozent der insolventen Unternehmen mehr als 11.000 Arbeitsplätze betroffen.
Steffen Müller, Leiter der IWH-Insolvenzforschung, gibt einen düsteren Ausblick: Sollte sich das hohe Niveau der Insolvenz-Frühindikatoren aus November im Dezember bestätigen, müsse ab Februar mit einem weiteren deutlichen Anstieg der Insolvenzzahlen gerechnet werden.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. Dezember 2024 (x1.429/…):
>>**Fast eine Million Syrer leben in Deutschland: Spitzenreiter bei Asyl und Ausländerkriminalität!**
Knapp eine Million Syrer, das ist bereits jeder Zwanzigste, lebt in und meist von Deutschland. Syrer führen nicht nur die Asyl-Statistik an, sondern auch die Statistik zur Ausländerkriminalität!
Laut BAMF wurden von Januar bis November dieses Jahres 216.861 Asyl-Erstanträge in Deutschland gestellt. Allein auf Syrer entfielen dabei 72 420 Erstanträge. Sie lagen damit deutlich vor Afghanen mit 32 519 Anträgen.
Insgesamt lebten Ende 2023 etwa 972 000 Migranten aus Syrien in Deutschland. Experten erwarten, daß ihre Zahl zum Jahresende die Millionengrenze überschreitet.
Viele Syrer, die nun zu Zehntausenden auf Deutschlands Straßen das "freie Syrien" feiern, sind inzwischen eingebürgert. So erhielten allein im Jahr 2023 über 75.000 Syrer den deutschen Paß. Mit der noch von der Ampel-Regierung verabschiedeten Novelle des Staatsbürgerschaftsrechts dürfte sich ihre Zahl noch einmal rasant erhöhen.
Syrische "Fachkräfte"
Die Integration der Syrer in den deutschen Arbeitsmarkt verlief in den vergangenen Jahren nur schleppend. Nach Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) waren im September etwa 236.000 Syrer sozialversichungspflichtig beschäftigt. 518 000 erhielten staatliche Unterstützungsleistungen (u.a. "Bürgergeld"). 352 000 der syrischen Stütze-Empfänger galten als erwerbsfähig.
Top bei Verbrechen
Syrer führten laut Zahlen des Bundeskriminalamts (BKA) 2023 die Kriminalitätsstatistik unter zugewanderten Migranten an. So wurden mehr als 34.000 syrische Tatverdächtige gezählt, gefolgt von Ukrainern mit 20.000 Tatverdächtigen.

Bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung lagen Syrer mit 2.099 Tatverdächtigen im vergangenen Jahr an der Spitze - vor Afghanen mit 1.234 Personen. Dies galt auch für die meisten anderen Deliktbereiche, wie etwa Rauschgift.
Immer wieder fallen vor allem Syrer durch brutale Messer-Gewalt auf. Trauriger Höhepunkt war in diesem Jahr der Messer-Terror beim Stadtfest von Solingen, als Ende August ein 26 Jahre alter IS-Anhänger aus Syrien drei Menschen tötete und acht Personen schwer verletzte.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Grauenhafte Qualen: Folter in den Rheinwiesenlagern**
Von *Daniell Pföhringer*
Hunderttausende deutsche Soldaten und Zivilisten kamen in den Todeslagern der Amerikaner auf den Rheinwiesen ums Leben. Hunger, sengende Hitze, klirrende Kälte und Typhus rafften die meisten dahin. Aber es kam auch zu bestialischen Folterungen und Morden. Mit unserer Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner" brechen wir das Schweigen.
Sie sind ein Tabu der bundesdeutschen Zeitgeschichtsforschung: Die US-Todeslager am Rhein, in denen deutsche Soldaten, aber auch unzählige Zivilisten noch weit nach Kriegsende systematisch zu Tode gebracht wurden. Entrechtet waren sie durch einen neu geschaffenen Sonderstatus (Disarmed Enemy Forces; auf Deutsch: entwaffnete feindliche Kräfte), mit dem die USA die Bestimmungen der Genfer Konvention zur Behandlung von Kriegsgefangenen umgehen wollten.
Die Internierten mußten bei Wind und Wetter unter freiem Himmel dahinvegetieren, sie waren permanent unterversorgt, es gab keine ausreichende medizinische Versorgung, und Hilfe von außen - sogar durch das Rote Kreuz - war untersagt. Bei Zuwiderhandlung wurde seitens der Wächter von der Schußwaffe Gebrauch gemacht.
Durch die inhumanen Haftbedingungen kamen Hunderttausende ums Leben, doch auch kaltblütige Morde und brutale Folterungen, nicht selten mit Todesfolge, und Vergewaltigung von weiblichen Insassen gehörten zum Lageralltag. Folgende Beispiele aus verschiedenen Rheinwiesenlagern sind in unserer Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner" entnommen:
Lager Bad Kreuznach (April bis Juni 1945)
- "Mit Knüppelschlägen wurden die Gefangenen aus den Lkws entladen, dabei wurde auch auf Schwer-beschädigte eingeschlagen."
- "Wachposten schossen abends und nachts häufig in das Lager und töteten beziehungsweise verwundeten dabei eine ganze Anzahl an Kriegsgefangenen."
- "Die Frau eines Kriegsgefangenen und deren Kind durften mit Genehmigung eines Postens mit dem Kriegsgefangenen durch den Zaun sprechen. Nach längerer Unterhaltung wurde der Kriegsgefangene, der fünf Meter vom Zaun entfernt stand, plötzlich vor den Augen seiner Frau und des Kindes durch den gleichen Posten durch mehrere Schüsse niedergestreckt."
- "Weibliche Wehrmachtsangehörige wurden von weißen und farbigen Amerikanern im Lager vergewaltigt."
Lager Andernach (April bis August 1945)
- "Im Lager stand beim Verpflegungs- und Wasserempfang ein Spalier von amerikanischen Soldaten, von denen jeder einen Knüppel in der Hand hatte. Die Gefangenen mußten im Laufschritt vorbei. Wer im Schritt ging, bekam Schläge mit dem Knüppel, auch Versehrte."
- "Einzelnen Gefangenen wurden mit Messern Goldzähne und -plomben herausgestochen."
- "Ein gefangener Polizei-Hauptwachtmeister wurde mit Fäusten und einem Brett geschlagen, erhielt fünfzig Hiebe mit einem Tau auf das blanke Gesäß. Er mußte mit voller Kleidung in einem etwa einen Meter tiefen Bach bis zur völligen Erschöpfung hin- und herschwimmen, wobei er ständig mit einem Prügel geschlagen wurde."

Lager Marburg-Cappel (Sommer 1945 bis Februar 1946)
- "Ein kranker SS-Offizier wurde mit der Faust zu Boden geschlagen und mußte vier Stunden in einem Drahtkäfig strammstehen."
- "Einem Sanitätsoffizier wurden Schuhe und Mantel abgenommen. Er wurde in eine Dunkelzelle gesperrt. In Strümpfen wurde er über spitze Schottersteine getrieben und mußte dann mit blutenden Füßen circa eine Dreiviertelstunde in einer knöcheltiefen Lehmpfütze stehen. Er wurde von amerikanischen Soldaten mit der Faust ins Gesicht geschlagen."

Lager Heilbronn (April 1945 bis Januar 1946)
- "Beim Marsch durch Heilbronn wurde ein Kriegsgefangener mit einer Pistole auf den Kopf geschlagen. Amerikanische Soldaten schossen auf Zivilisten, die den Kriegsgefangenen Brot geben wollten. Das Brot wurde den Kriegsgefangenen aus den Händen gerissen und zertrampelt."
- "Offiziere mußten Eheringe abgeben. Als einer von ihnen den Ring, der zu eng war, nicht rasch genug abstreifen konnte, wurde das Fleisch vom Finger geschnitten und der Ring vom blanken Knochen gerissen."

Weitere erschütternde Augenzeugenberichte und Schilderungen sowie alle historischen Hintergründe finden Sie in unserer Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner - Massenmord an Deutschen auf den Rheinwiesen". In Wort und Bild schonungslos dokumentiert.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31291" berichtet am 10. Dezember 2024 (x1.427/…): >>**Corona-Aufarbeitung: Impfschaden?**
Jetzt bei aktueller Studie von Prof. Dr. Sönnichsen teilnehmen!
Meine sehr verehrten Damen und Herren, die sogenannte Covid-Impfung, die eigentlich keine Impfung im klassischen Sinne ist, hat immensen Schaden in unserer Bevölkerung angerichtet. Laut einer repräsentativen Forsa-Umfrage ist etwa jeder sechste Geimpfte von relevanten Nebenwirkungen betroffen. Tausende leiden unter Langzeitfolgen der Impfung, aber es gibt kaum wissenschaftliche Daten oder gar Studien zur Effektivität der verschiedenen Behandlungskonzepte.
Im Folgenden möchte ich diese Ausgangslage skizzieren und dann ein Studienprotokoll vorstellen, mit dem wissenschaftliche Erkenntnisse zu Therapieeffekten und Langzeit-Outcome nach Covid-Impfung gewonnen werden sollen.
Das Ausmaß der Schäden macht auch der letzte Sicherheitsbericht des Paul-Ehrlich-Instituts deutlich. Über 55.000 schwere Nebenwirkungen und über 3.300 Todesfälle wurden registriert und demonstrieren das unsägliche Leid, das durch diese Impfungen über unsere Bevölkerung gebracht wurde. Leider muß man davon ausgehen, daß die Meldungen des PEI die wahren Schäden um den Faktor 5 bis 15 unterschätzen.
Im Folgenden zeige ich Ihnen einige erste Auswertungen der Impfschadensdatenbank der MWGFD. Sie sehen hier die berichteten Nebenwirkungen nach Häufigkeit aufgetragen. Am häufigsten wird über ein Chronic Fatigue-Syndrom geklagt. Die Menschen leiden unter bleierner Müdigkeit und sind in ihrer Leistungsfähigkeit generell stark eingeschränkt. Hinzu kommen neurologische Symptome wie Brain Fog, Konzentrationsstörungen, Mißempfindungen und Schmerzen. Auch Herzbeschwerden, Luftnot und thromboembolische Komplikationen sind häufig. Eine wichtige Rolle spielen auch autoimmunologische Prozesse.
Erschreckend ist, daß viele Patienten von den behandelnden Ärzten nicht ernst genommen werden. Ein Zusammenhang mit der Impfung wird sehr häufig von ärztlicher Seite geleugnet, obwohl inzwischen reichhaltige Literatur zu den möglichen Nebenwirkungen vorliegt. Nur für knapp die Hälfte der Patienten wird der Verdacht auf Impfschaden an das PEI gemeldet. Die meisten waren vor der Impfung vollkommen gesund. Alle mußten wegen der Nebenwirkungen ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Nur 7 % wußten, daß die Impfstoffe wegen feh-

lender Sicherheitsdaten nur bedingt zugelassen waren.
Im Datensatz der MWGFD finden sich bei 71 Patienten fast 50 unterschiedliche Behandlungsansätze, was verdeutlicht, daß ein erheblicher Mangel an Erkenntnissen über evidenzbasierte Therapiemöglichkeiten herrscht. Es wird einfach rumprobiert, oft mit nur geringem Erfolg. Die therapeutische Polypragmasie (therapeutisches Vorgehen, gekennzeichnet durch große Zahl verschiedener, unkoordinierter ärztlicher Maßnahmen) erfordert dringend eine wissenschaftliche solide Evaluation.
Dabei kommt eine Untersuchung der einzelnen Therapieverfahren mittels sogenannter randomisiert (nach dem Zufallsprinzip zugeordnet) kontrollierter Studien, das wäre der Goldstandard, aufgrund des Aufwands und der Kosten kaum in Betracht.
Alternativ soll daher nun in einer prospektiven Kohortenstudie (klinische Studie, die eine vor der Studie festgelegte Annahme an einer Personengruppe mit einem gemeinsamen Merkmal überprüft) untersucht werden, welches Outcome (Therapieergebnis) Patienten mit unterschiedlichen Impfnebenwirkungen durch die verschiedenen Therapieverfahren erzielen. Besonderes Augenmerk gilt dabei neben dem angewandten Therapieverfahren dem Einfluß des verabreichten Impfstoffs bzw. der Charge, dem zeitlichen Abstand zur Impfung, Erkrankungen an Covid trotz Impfung sowie Begleit- und Vorerkrankungen.
Methodisch orientiert die Studie sich an einem Standardprotokoll für Kohortenstudien (eine Studie, bei der eine Stichprobe exponierter und nicht exponierter Personen hinsichtlich ihres Risikos einer Erkrankung untersucht werden). Teilnahmeberechtigt sind alle Erwachsenen mit Verdacht auf Impfschaden.
Die Beobachtungszeit wird zunächst zwei Jahre betragen. Die Rekrutierung erfolgt über Ärzte und Therapeuten sowie die Selbsteinschreibung durch die Patienten. Die Daten werden mittels eines online verfügbar gemachten Case-Report-Forms erhoben und statistisch multivariat ausgewertet.
Als wichtigste Zielkriterien sollen eine Verbesserung der Lebensqualität, gemessen mit dem standardisierten Instrument EQ5D, Vermeidung von Hospitalisierung und Todesfällen sowie die Wiederherstellung des Gesundheitszustands vor der Impfung untersucht werden.
Bei der Studienaufnahme und in dreimonatigen Abständen werden wichtige gesundheitliche Kenndaten mit standardisierten Fragebögen erfaßt, mit besonderem Augenmerk auf die prädefinierten Zielkriterien.
Weitere wichtige Bausteine der Studie sind die Beantragung eines Ethikvotums, die DSGVO-konforme Erfassung und Verarbeitung der Daten, die Erstellung eines Statistical Analysis Plans sowie die Patientenaufklärung und Einverständniserklärung im Einklang mit der Deklaration von Helsinki. Potentielle Studienteilnehmer, Patienten oder Therapeuten können sich vorab per E-Mail für die Studienteilnahme anmelden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!"
…<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31352" berichtet am 10. Dezember 2024 (x1.427/…): >>**Syrien: Der Sturz Assads in einem größeren Gesamtbild betrachtet**
(von Krissy Rieger mit Zitaten von Daniele Ganser, Ernst Wolff und Seymour Hersh)
Krissy
In Syrien spitzt sich die Lage immer weiter zu. Aber was hat die USA damit zu tun? Was hat Rußland damit zu tun? Was sagt Daniele Ganser und was sagt beispielsweise Ernst Wolff dazu?
Hallo meine Lieben, mein Name ist Krissy Rieger von der Investmentakademie Rieger Consulting. Und ich sage dir, ich habe hier so, so viele Aussagen auf Beweisen fundiert. Also alles wirklich zum Weiterleiten, damit man die Situation ein bißchen besser verstehen kann, damit man die Zusammenhänge mal erkennt und sich wirklich eine eigene Meinung darunter bilden kann. Denn seit Ende November spitzt sich die Lage in Syrien immer weiter zu.

Rebellengruppen seien es, und diese haben zuletzt mehrere Städte eingenommen, eine Offensive in Damaskus läuft. Nun wird verschiedenermaßen darüber berichtet und deswegen: Was für eine Meinung soll man sich darunter überhaupt bilden? Dementsprechend habe ich verschiedene, auch vergangene und derzeitige Aussagen für dich, die dir diese Zusammenhänge mal ein bißchen näher beleuchten lassen.
Die "Zeit" schreibt: "Syrische Armee erklärt Assads Herrschaft für beendet - Aufständische befinden sich im Palast von Bashar al-Assad in Damaskus." Assad der Präsident, zumindest der vergangene Präsident, aber das sage ich dir jetzt noch alles. "Der Diktator soll Syrien verlassen haben." Deswegen vergangen. "Die Regierung ist zur Machtübergabe bereit." Das schreibt die "Zeit".
Die syrische Hauptstadt, Damaskus, ist in den Händen der Rebellenallianz unter der Führung der islamistischen Miliz HTS gefallen. Das Regime von Assad ist gestürzt. Dies verkündeten am Sonntag zunächst die Milizionäre selbst und kurz darauf die syrische Armee auch. Wo man verschiedene Videos jetzt sieht, die in den sozialen Medien viral gehen, daß die syrische Armee sich schnell in zivile Kleidung wirft und versucht eben auch, einfach die Ortschaften zu verlassen, um da so gut wie möglich aus der Situation rauszukommen. Innerhalb weniger Tage fielen wichtige Städte wie zum Beispiel Aleppo, Homs und Daraa.
Was ist dort geschehen, ist die große Frage. Denn nach Jahren, man könnte jetzt sagen verhältnismäßigen Stillstands des syrischen Bürgerkriegs, hatten vor einigen Wochen islamistische Milizen, also Rebellengruppen sagt man, eine Großoffensive gestartet und die jetzige oder kürzliche syrische Regierung unter Assad dann dementsprechend gestürzt. Die erste Frage ist: Hat es überhaupt als klassischer Bürgerkrieg angefangen? Das ist nämlich ganz, ganz wichtig.
Zum Beispiel, wenn wir auch in die Ukraine schauen: War das überhaupt so, wie es zu sein scheint? Und da habe ich ja öfters mal schon berichtet: Nein, so war es nicht. Und genauso eben in Syrien scheint es, daß es nicht so ist, wie es uns vermittelt wird. Jedenfalls ein klassischer Bürgerkrieg wäre ja zumindest Bürger gegen Regierung. War es so? Hier habe ich von Madelyn Hoffman eine Aussage, sie ist von der "New Jersey Peace Action". Und sie sagt: "Ich bin seit 16 Jahren Friedensaktivistin und bin nach Syrien gefahren, um mir ein Bild zu machen. Das ist kein Bürgerkrieg in Syrien.
Das haben wir zwar immer wieder gehört, aber so ist es nicht. Wir haben keinen Kampf Assad gegen sein Volk. Assad kämpft gegen Söldner und Terroristen, die vom Ausland unterstützt werden. Von Katar, Saudi-Arabien, Türkei, USA und Israel. Wir als USA aber haben kein Recht, in Syrien einen Regime-Change durchzuführen. Das ist verboten. Wir müssen damit aufhören, Söldner in Syrien zu unterstützen." Da wirft das natürlich ein ganz anderes Licht auf die ganze Situation. Aber schauen wir weiter.
Wer ist denn Assad? Tatsächlich wurde der Wikipedia-Beitrag bereits geändert. Und zwar direkt heute. Witzigerweise. Bashar Assad ist ein syrischer Politiker, der von 2000 bis 2024, also bis heute, Staatspräsident Syriens war und das Land diktatorisch regierte. So schon geändert. Assad sagte selbst, er möchte auch Hilfe für die Christen haben, die stark bedroht sind. Denn in Syrien gibt es auch einen Religionskonflikt. Und hier heißt es zum Beispiel von dieser Zeitung: "Christen sind Hauptleidtragende. Die Zahl der Christen in Syrien sinkt stetig. Beklagt Nahost-Experte Matthias Kopp. Ihre aktuelle Lage in Aleppo sei verheerend."
Wußtest du, daß Syrien einstmals sogar christlich geprägt war und die ganzen Christen inzwischen schon mehr und mehr vertrieben wurden? Man sagt, bis 2019, also in kürzester Zeit, sind um die 500.000 Christen erst kürzlich wieder weggegangen. Und inzwischen spricht man von einem Prozentsatz, wenn das richtig ist, von 8 bis 10 Prozent, wie viele Christen noch in Syrien leben.
Auch interessant: Ein Enthüllungsjournalist, der ja auch sich der Nord-Stream-Pipeline-

Geschichte zugewandt hat, wo er seinen Ruf dann, zumindest in den Mainstream-Medien, ziemlich verloren hat - und zwar Seymour Hersh. Und er sagte dazu, und zwar 2016: "2006 empfahl William Roebuck, der in der US-Botschaft in Damaskus arbeitete, die religiösen Spannungen in Syrien anzuheizen, um Assad zu destabilisieren. Eine weitere Depesche aus dem Jahr 2006 belegt, daß die US-Botschaft 5 Millionen Dollar für die Finanzierung von Dissidenten ausgegeben hatte."
Auch hier die Frage: Was steckt da dahinter? Und auch hier gibt es mehr Akteure, die mitmischen, als wir denken. Das ist ja immer wieder - wenn ein Konflikt ausufert - dann denkt man sich immer: Na ja, das geht nur um das Volk und die Regierung. Aber beispielsweise auch hier mischt Rußland sich mit ein, also nicht nur die USA. Auch Rußland ist hier dabei. Und sie beschuldigen die USA. Denn in der katarischen Hauptstadt Doha trafen sich die Außenminister Rußlands, der Türkei und des Irans, um über die rasanten Entwicklungen in Syrien zu sprechen.
Und Lawrow von Rußland, der Außenminister von Rußland, versicherte Damaskus, daß Moskau die Armee gegen den terroristischen Angriff weiter unterstützen werde. Zitat: "Rußlands Rolle ist es, terroristische Gruppen in Syrien zu bekämpfen. Auch wenn sie sagen, sie seien keine Terroristen mehr. Er machte die Politik der US -Regierung für die Eskalation verantwortlich und sagte, das syrische Volk sei Opfer eines neuen geopolitischen Experiments geworden." Im Namen der drei Länder rief er außerdem zu Dialog zwischen der syrischen Regierung und den Oppositionskämpfern auf.
Aber inzwischen sieht es eher so aus, daß Assad eher fallen gelassen wird und nicht lange unterstützt wird. Denn selbst der Iran, der auch die Unterstützung von Assad zugesichert hat, hat seine militärischen Befehlshaber und Mitarbeiter ja aus Syrien abgezogen, zumindest begonnen, sie abziehen zu lassen.
Also es sieht eher so aus, als wäre die Unterstützung zumindest jetzt komplett weg. Also du siehst, daß auch Rußland hier mitmischt und es hier mehr und mehr Akteure gibt, die da dabei sind. Und du kannst dir auch vorstellen, daß die Meinung Deutschlands auch nicht weit weg sein wird. Man sieht ja, was in Ukraine gerade passiert.
Nun, was sagt Daniele Ganser zu Syrien? Schauen wir auch hier mal rein: "2011, wie gesagt, auch unter Obama und der Angriff auf Syrien. Hier Syrien mit Hauptstadt Damaskus. Die Situation war damals so, daß die USA den Präsidenten in Syrien, Assad, stürzen wollten. Das gelang aber nicht. Also sofort nach dem Libyen-Krieg war der Syrien-Krieg. Und Assad konnte nicht gestürzt werden, obschon die USA das versucht haben. Die USA haben ab 2014 dann angefangen, Syrien zu bombardieren. Aber sie haben schon 2011 verdeckt in Syrien interveniert."
Also laut Ganser 2011 schon der Angriff Syriens zumindest verdeckt seitens der USA. Vielleicht erinnert sich jemand auch an den Beginn des Bürgerkriegs in Syrien 2011 im Zuge des Arabischen Frühlings. Also der Arabische Frühling, da handelt es sich ja um eine Reihe von Protestwellen, die arabische Länder in Afrika und auch im Nahen Osten erfaßte. 2014 dann der offizielle Angriff. Und hier habe ich tatsächlich von 2014 eine Rede von Obama. Und da sagte er, Zitat: "Auf barbarische Weise haben sie zwei amerikanische Journalisten enthauptet. Der IS stellt eine Gefahr für die Menschen im Irak und Syrien dar.
Wenn man ihnen nicht entgegentritt, werden diese Terroristen die gesamte Region und auch die USA bedrohen. Im Kampf gegen IS können wir uns nicht auf das Assad-Regime verlassen, das sein eigenes Volk terrorisiert. Dieses Regime hat seine Legitimität verloren." Und hier habe ich auch noch einen schönen alten Artikel, wo es heißt: "Endlich! Obama greift zur großen Keule. Diese Nacht mischte sich die USA erstmals offiziell in den Syrien-Krieg ein." Betont "offiziell". Zuvor schon andere Ansichten und andere Einmischungen. Und auch Rußland hat hier mitgemischt, die 2015 angefangen haben, Syrien zu bombardieren.

Also ja, wir haben die USA, die angefangen haben zu bombardieren. Und dann kam Rußland dazu, die auch angefangen haben zu bombardieren, um dann Assad eben zu helfen. Weil er wiederum ihnen auf andere Weise helfen wollte. Also, du siehst, es geht immer um Interessen. Es wird ja immer gesagt, es geht um Demokratie, es geht um die Menschen. Natürlich, es geht um die Menschen und deswegen bombardieren wir sie. Weil wir sie ja beschützen wollen und befreien. Und damit sie dann auch demokratisch wählen können und so weiter. Also war auch die USA hier schon lange involviert.
Hier haben wir auch eine Aussage von Robert Kennedy Junior. Und er sagte 2016, Zitat: "Der Syrien-Krieg ist ein Pipeline-Krieg. Er begann im Jahr 2000, als Katar erklärte, es werde für 10 Milliarden Dollar eine 1.500 Kilometer lange Erdgas-Pipeline durch Saudi-Arabien, Jordanien und Syrien bis in die Türkei bauen." Türkei, wir erinnern uns, Gespräche, Rußland, Türkei, Syrien, wie sie gesagt haben.
Und dann habe ich noch zu guter Letzt Aussagen von Ernst Wolff zum aktuellen Geschehen in Syrien. Und er sagt zum einen: "Die USA haben seit 2011 Milliarden für die Bewaffnung von Terroristen in Syrien ausgegeben. Daß sie gerade jetzt zuschlagen, ist kein Zufall." Das beantwortet die Frage vielleicht, warum jetzt genau? "Nach dem möglicherweise bevorstehenden Ende des Ukraine-Kriegs braucht die US-Rüstungsindustrie ein weiteres profitables Schlachtfeld."
Und er schreibt noch: "In Syrien erhebt sich nicht das Volk gegen die Regierung." Das paßt wieder zu Anfang. Wo ich dir gesagt habe, ist es ein Bürgerkrieg? Ist es wirklich oder beziehungsweise hat es so angefangen? Und hier schreibt er: "Die vermeintlichen Rebellen sind das Produkt amerikanischer Politik.
Finanziert, bewaffnet und unterstützt durch die USA. Ziel ist es, dem US-Vasallen Netanjahu noch mehr Einfluß im Nahen Osten zu verschaffen." Und hier muß man dazu wirklich sagen, auch Trump hat gesagt, er wird jetzt nicht Assad helfen, sondern das sozusagen vorantreiben. Grundsätzlich der gesamte Konflikt rund um Israel - er wird hier nicht Frieden schaffen, sondern hier hieß es ganz eindeutig: Er wird auch gegen den Iran zumindest das Ganze unterstützen.
Und nun interessant, was sagt eigentlich der ehemalige Präsident Assad dazu? 2016 sagte er nämlich folgendes und das würde in diese gesamte Thematik reinpassen. Es heißt nämlich, der SRF berichtet: "Sehen Sie es als Lüge, daß die Welt Sie als Kriegsverbrecher sieht?" Und er sagt: "Als Präsident verteidige ich mein Land gegen Terroristen, die als Stellvertreter für andere Länder in Syrien einmarschiert sind.
Als Kriegsverbrecher sollten angeklagt werden: 1. George Bush, er ist im Irak einmarschiert, ohne Mandat des UNO -Sicherheitsrates. 2. Cameron und Sarkozy, die ohne Mandat des Sicherheitsrates in Libyen einmarschiert sind und das Land zerstört haben. 3. Die westlichen Verantwortlichen, welche in den letzten 5 Jahren die Terroristen in Syrien unterstützt haben und ein Embargo verhängten, das tausende Zivilisten in Syrien tötete. Der Westen will mich stürzen." Das ist diese Meinung. Jetzt muß man nicht sagen, oh das ist der Gute oder das sind die Guten, sie wollen Ordnung oder der wollte nur das Gute.
Im Grunde muß man sagen, die soziale Gerechtigkeit auf der ganzen Welt ist so stark auseinandergeklafft, daß man sieht, wie schlecht es eigentlich der Mehrheit der Menschen auf der gesamten Welt geht. Da kann man jetzt in Deutschland noch nicht wirklich mit dem Finger großartig zeigen, weil es sehr vielen Menschen natürlich noch schlechter geht. Was nicht heißt, daß dieses Leid dann dementsprechend dann irgendwie relativiert werden soll.
Aber was du siehst, ist die soziale Gerechtigkeit, die hat noch nie irgendjemanden interessiert. Daß es Fairneß oder Gerechtigkeit oder wirkliche Demokratie mal jemals geben sollte. Ich sage ja immer, wir leben immer in einer Scheindemokratie. Warum? Du wirst alle paar Jahre mal gebeten, irgendein Kreuzchen zu setzen und dieses Kreuzchen hat überhaupt keine Aus-

wirkungen auf die Zukunft. Denn dieses Kreuzchen bedeutet nur, daß es dann heißt, das was jeder kennt, ah Versprechen wurden gebrochen. Politiker haben sich nicht gehalten. Politiker haben sich einfach mal kurzerhand komplett gedreht. Wie man jetzt so schön zum Beispiel bei den Grünen gesehen hat.
Die Wähler haben sie gewählt, weil sie das und das versprochen haben und am Ende kam Krieg und kamen Waffenlieferungen und vor allem auch eben in andere Länder, was zuvor für sie ein rotes Tuch war. Und das ist eben genau dieser Punkt, warum ich immer von Scheindemokratie spreche, weil das nicht der Demokratie entspricht. Demokratie bedeutet, die Macht geht vom Volke aus. Das bedeutet, daß das Volk eigentlich immer auch eine Macht haben sollte und die Entscheidungen treffen sollte. Nun ist es die Ansicht von oben, sage ich mal, daß die Mehrheit der Menschen einfach keine Ahnung habe.
Und ich möchte gar nicht komplett widersprechen, denn die Mehrheit der Menschen wird absolut manipuliert. Aber auch das im System ja genauso gewollt. Die Bildung ist schon komplett miserabel und anschließend wird man die ganze Zeit manipuliert. Und dann hat man eben diese verquere Meinung, daß man denkt, daß man irgendwie im Recht ist oder alles besser weiß, obwohl man sich überhaupt nicht informiert hat oder recherchiert hat.
Und dementsprechend diese Inhalte, die ich dir hier geboten habe, dienen einzig und allein nur dazu, einfach mal offen zu sein für andere Meinungen und einfach mal das sacken zu lassen und sich zu überlegen, was glaube ich wirklich? Mir wird hier etwas erzählt und hier irgend etwas erzählt. Ich darf keine sture Meinung haben. Ich muß immer offen sein, daß es doch alles ganz anders ist, als mir vielleicht vermittelt wird. Und dementsprechend schreibe mir sehr gerne deine Informationen zur aktuellen Lage in Syrien. Und wir sehen uns natürlich beim nächsten Video. Bye!<<

11.12.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Gericht gibt Beatrix von Storch recht: "Correctiv verbreitet dreckige Lügen!"**
Wieder eine Niederlage vor Gericht für die Diffamierungs- und Märchenfabrik "Correctiv", diesmal gegen die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag Beatrix von Storch. "Correctiv verbreitet dreckige Lügen", hatte die AfD-Politikerin öffentlich gesagt und war dafür von den "Correctiv-Aktivisten" verklagt worden. Das Landgericht Berlin gab ihr nun recht: Beatrix von Storchs Lügen-Vorwurf gegen die Propagandaschleuder ist von der Meinungsfreiheit gedeckt.
Correctiv" begebe sich auf die Ebene des politischen Meinungskampfes und betreibe keinen klassischen Journalismus, hatte Beatrix von Storchs Rechtsanwalt, ihr Fraktionskollege Christian Wirth, argumentiert. Das Gericht folgte dieser Auffassung: Wer sich in diesen Kampf begibt, muß auch härtere Äußerungen ertragen - "das ist im Rahmen der Meinungsfreiheit gedeckt", bestätigt Christian Wirth.
Für "Correctiv" setzt sich damit die lange Niederlagenserie fort: Erst Ende November hatte der Staatsrechtler Ulrich Vosgerau vor dem Landgericht Berlin gegen das Aktivisten-Netzwerk gewonnen, das versucht hatte, ihm seine Kritik an der Verbreitung des "Deportations-Märchens" zu verbieten. Vor dem Landgericht Hamburg hatte Verfolgreich gegen die "Grünen-Fraktion" der Hansestadt geklagt, weil sie die von "Correctiv" in die Welt gesetzte "Deportations-Lüge" aufgegriffen hatte. Wer "Correctiv" glaubt, verliert.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Eklat in Brandenburg: Woidke (SPD) erst im zweiten Durchgang zum Ministerpräsidenten gewählt!**
Eklat im Landtag von Brandenburg: Das Potsdamer Landesparlament hat zwar Dietmar Woidke erneut zum Ministerpräsidenten gewählt, aber trotz knapper Mehrheit seiner

SPD/BSW-Regierungskoalition schaffte es der Sozialdemokrat erst im zweiten Wahlgang! Woidke erhielt 50 Stimmen, letztlich vier Stimmen mehr als die Koalitionsfraktionen von SPD und BSW Abgeordnete haben.
Im ersten Wahlgang war Woidke noch gescheitert. Erforderlich war eine absolute Mehrheit von mindestens 45 der insgesamt 88 Stimmen.
Die Oppositionsparteien AfD und CDU werteten das Scheitern im ersten Wahlgang als schweren Rückschlag für den Amtsinhaber und seine künftige Regierung.
Die Koalition aus Sozialdemokraten und Bündnis Sahra Wagenknecht ist die erste dieser Art in Deutschland. Zuletzt hatte in Brandenburg eine Koalition aus SPD, CDU und "Grünen" regiert, ebenfalls mit Woidke als Regierungschef. Die Ökosozialisten waren bei der Landtagswahl am 22. September aus dem Parlament geflogen.
Nach der Wahl am Mittwoch (11. Dezember) im Potsdamer Landtag wurden Woidke und sein Kabinett vereidigt. Die SPD erhielt sechs Ministerposten, das BSW drei.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 11. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Regierung verballert Milliarde in China Fake-Klimaschutzprojekte**
Deutsche Autofahrer haben eine Milliarde Euro für gefälschte Klimaschutzprojekte in China gezahlt. Warum so was in China überhaupt mit deutschen Steuergeldern bezahlt wird bleibt offen. Verantwortung will auch keiner übernehmen.
Deutsche Autofahrer haben rund eine Milliarde Euro für Klimaschutzprojekte in China gezahlt, die unter Betrugsverdacht stehen. Das geht aus aktuellen Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hervor, über die das ZDF-Magazin "Frontal" berichtet.
Stefan Gerwens, Ressortleiter Verkehr beim ADAC, forderte im ZDF Aufklärung: "Wenn sich der Betrugsverdacht bestätigt, dann wüßten wir gerne, wohin das Geld geflossen ist. Jeder Autofahrer hat dann für Betrug bezahlt und das möchte niemand."
Das zuständige Umweltbundesamt (UBA) stuft aktuell 45 von 66 der sogenannten "Upstream Emission Reduction-Projekte" in China als betrugsverdächtig ein. UBA-Präsident Dirk Messner sprach von "Täuschung" und "Supergau". "Ich habe so etwas in der Tat noch nicht erlebt", sagte Messner dem ZDF. Im Mai 2024 hatte "Frontal" berichtet, daß viele Klimaschutzprojekte der Mineralölindustrie in China vorgetäuscht waren, das UBA hätte sie nicht genehmigen dürfen.
Seit Juli ermittelt die Generalstaatsanwaltschaft Berlin gegen 17 Beschuldigte wegen des Verdachts des gemeinschaftlichen, gewerbsmäßigen Betrugs. Im Zentrum stehen demnach Prüfgesellschaften, die die Klimaschutzprojekte zertifiziert und validiert hatten.
Die Opposition wirft Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) vor, zu spät tätig geworden zu sein. "Sie hat die Kontrolle und Aufklärung nicht von Anfang an zur Chefsache gemacht" und trage die politische Verantwortung für einen "der größten Umweltskandale in der Bundesrepublik", sagte Anja Weisgerber (CSU), umweltpolitische Sprecherin der Unionsfraktion im Bundestag.
Lemke sieht die Verantwortung bei der Vorgängerregierung: Die Projekte in China seien von Anfang an nicht vernünftig kontrollierbar gewesen, sagte sie. "Dieses System hat sich als komplett fehleranfällig erwiesen. Deshalb war die wichtigste Konsequenz, dieses System zu beenden." Sie hoffe, daß vor allem die Kriminellen dafür die Zeche zahlten.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 11. Dezember 2024 (x1.433/…): >>**MWGFD-Forscher bestätigen gefährliche DNA-Sequenzen in mRNA-Impfstoff**
Eine in einer internationalen Fachzeitschrift veröffentlichte und begutachtete Studie von Frau Prof. Kämmerer und zwei Kollegen konnte nachweisen, daß die RNA-basierten COVID-19 Injektionen von BioNTech große Mengen an Rest-DNA enthalten, die in den Zellkern gelangen und dort verheerende Schäden anrichten können.

Wir übernehmen nachfolgend einen Bericht der "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie" (MWGFD) und den Link zu einem näher erläuternden und vertiefenden Interview von Alexander Wallasch mit Prof. Kämmerer. (hl)

Die RNA-basierten COVID-19 Injektionen von BioNTech enthalten große Mengen an Rest-DNA einschließlich der SV40 Promotor/Enhancer-Sequenz

In einer soeben in der Zeitschrift "Science, Public Health Policy and the Law" veröffentlichten, begutachteten ("Peer-Review") Studie konnte ein Team von Wissenschaftlern der MWGFD nachweisen, daß: die in Lipid-Nanopartikel (LNP) verpackte, modifizierte mRNA (modRNA) von vier in Deutschland "verimpften" Chargen des genetischen Impfstoffs der Firma BioNTech (BNT162b2, Comirnaty) von menschlichen Zellen (HEK293) in Kultur aufgenommen werden (sog. Transfektion);

die transfizierten Zellen die von der modRNA gelieferte Information "nach Plan" umsetzen und das Spikeprotein des SARS-CoV-2 Virusbauplans produzieren;

das produzierte Spikeprotein nicht nur auf der Zelloberfläche bleibt, sondern auch von den Zellen abgegeben wird. So konnte im Zellüberstand über mehrere Tage hinweg eine robuste Konzentration von Spikeproteinen nachgewiesen werden, die von den Zellen über extrazelluläre Vesikel abgegeben wurden;

nach RNase-A Verdau (zur Entfernung der vorhandenen RNA) in allen vier untersuchten Chargen DNA-Reste aus dem Herstellungsprozeß mit Konzentrationen zwischen 32,7 ng und 43,4 ng pro klinischer Dosis vorhanden ist. Diese Konzentrationen übersteigen deutlich den von den internationalen Aufsichtsbehörden festgelegten Grenzwert von 10 ng pro klinischer Dosis;

die DNA-Reste auch alle Bestandteile des für die Herstellung eingesetzten Plasmids enthalten, einschließlich des Resistenzgens für Kanamycin und vor allem die sogenannte SV40 Promotor/Enhancer-Sequenz.

Die nun veröffentlichten Ergebnisse untermauern Daten von Kevin McKernan, der Anfang 2023 erstmals darüber berichtete, daß modRNA-basierte genetische Impfungen von Pfizer und Moderna Reste von Plasmid-DNA aus dem Herstellungsprozeß enthalten. Seine Ergebnisse wurden anschließend durch mehrere Labore bestätigt und erweitert (4-7) und mit der aktuellen Studie auch in Chargen der Firma BioNTech nachgewiesen.

Detaillierte Sequenzanalysen ergaben, daß es sich bei der Rest-DNA nicht nur um Fragmente der DNA-Matrize für das Spikegen handelt, sondern um alle Gene des Plasmids. Besonders brisant ist der Nachweis einer 72 Basenpaar (bp) langen Sequenz aus dem Genom eines Affenvirus, des Simian Virus 40 (SV40).

Brisant deshalb, weil diese Sequenz

aus einer wichtigen Regulierungsregion (Promotor/Enhancer) des SV40-Genoms stammt, die auch mit Krebs bei Menschen in Verbindung gebracht wird;

bislang nur in den genetischen Impfungen von Pfizer, nicht jedoch in denen von Moderna nachgewiesen wurde. Im Antrag zur Erlangung der Zulassung wurde die Sequenz von Pfizer nicht offengelegt;

für den Herstellungsprozeß absolut unnötig ist, aber die Gefahr birgt, den Transport der mit ihr verbundenen DNA-Sequenzen in den Zellkern zu fördern. Das SV40 Element erhöht somit die Gefahr eines Einbaus von Geninformation aus Comirnaty in das Genom;

In der aktuellen Studie konnten sogar zwei zusammenhängende Kopien dieser Sequenz in den Chargen der Firma BioNTech identifiziert werden, wie sie vorher nur in Plasmiden für die Gentherapie verwendet wurden.

Fazit

Alle getesteten Chargen zwingen die Zellen effektiv dazu, das Spikeprotein zu bilden.

Das produzierte Spikeprotein verbleibt nachweislich nicht nur auf den Zellen, sondern wird in

Form von kleinen Membranbläschen (sog. Exosomen) von der Zelloberfläche abgegeben. Bezogen auf eine "genetisch geimpfte" Person bedeutet dies, daß sich das "Impf-Spike" im gesamten Körper verteilen kann und entgegen dem verbreiteten Narrativ nicht an der Injektionsstelle verbleibt.
Alle getesteten Chargen der Firma BioNTech enthalten erhebliche Mengen von Rest-DNA, die im Rahmen der genetischen Impfung zusammen mit der modRNA in den Lipid-Nanopartikeln in die Zellen gelangen kann. Selbst wenn der für "nackte DNA" gültige Grenzwert von 10 ng pro klinischer Dosis eingehalten worden wäre, was nicht der Fall ist, ist das Risiko, daß diese DNA-Reste in den Zellkern gelangen und sich ins Genom einbauen, sehr hoch. Dieses Risiko ist bei Comirnaty durch die Anwesenheit des SV40-Steuerelements zusätzlich erhöht.
Link zur Originalstudie: https://publichealthpolicyjournal.com/biontech-rna-based-covid-19-injections-contain-large-amounts-of-residual-dna-including-an-sv40-promoter-enhancer-sequence/<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Brandenburg: BSW hievt Woidke ins Amt**
Von *Sven Eggers*
Der Landtag in Brandenburg hat Dietmar Woidke (SPD) erneut zum Ministerpräsidenten gewählt. Er führt fortan eine Koalition aus SPD und BSW an. Machttaktische Spielchen haben also vorerst zum Erfolg geführt. Aber die Luft wird dünn. …
Die Wahl Woidkes mit den Stimmen des BSW ist ein vorläufiger Tiefpunkt, was die Rolle der Wagenknechte angeht. Die neue Truppe hat eigene Prinzipien über den Haufen geschmissen, um den SPD-Mann, seit 2013 im Amt, die Steigbügel zu halten.
BSW-verantwortlich vor Ort ist Robert Crumbach, zuvor seit mehr als vier Jahrzehnten Mitglied bei den Sozis. Im zurückliegenden Wahlkampf hatte er zwischenzeitlich das Verbot der AfD gefordert.
Wagenknechte gegen Friedensantrag
Zwar ist der Potsdamer Koalitionsvertrag etwas besser ausgefallen als in Thüringen, aber viel besser macht es Gesamtlage auch nicht. Das BSW konnte immerhin eine Bestandsgarantie für die Krankenhäuser im Brandenburg durchsetzen, und in der sogenannten Friedenspräambel bekunden beide Partner, die neuen US-Raketen "kritisch" zu sehen.
Doch schnell hat sich erweisen, daß dies nur leere Worte sind: Die Landtagsfraktion brachte es Anfang Dezember fertig, einen AfD-Antrag ("Frieden in Europa schaffen - für eine Politik der Deeskalation") abzulehnen, obwohl dieser eins zu eins die Positionen des BSW enthielt.
Zur Erinnerung: Im Wahlkampf konnte die neue Partei mit dem Versprechen punkten, bei inhaltlicher Übereinstimmung auch AfD-Eingaben zuzustimmen und sich nicht von Brandmauern leiten zu lassen. Aber das wurde mit einem Federstrich annulliert: BSW und SPD haben sich per Koalitionsvertrag gegenseitig verpflichtet, keinem AfD-Antrag zuzustimmen, ganz gleich, zu welcher Thematik; ein beinahe sittenwidriges Vertragswerk, das die - per Gesetz! - nur ihrem Gewissen verpflichteten Abgeordneten fesselt.
Es bleibt eine Wackel-Mehrheit …
Mit Sven Hornauf gibt es in Brandenburg immerhin einen Parteirebellen, der sich beim AfD-Friedensantrag zumindest enthielt. Ausdrücklich verwahrte er sich darüber hinaus gegen die Stationierung des israelischen Raketensystems Arrow 3 in Holzdorf, das bei seinen Parteifreunden keine größere Kritik hervorzurufen scheint. Es liegt auf der Hand: Bei bereits jetzt einem Abweichler und nur zwei Stimmen Mehrheit im Potsdamer Parlament könnte es für Woidke und Crumbach künftig auch in entscheidenden Fragen immer wieder eng werden.
Das hat sich heute auch im ersten Wahlgang schon gezeigt. Da konnte sich der SPD-Politiker die erforderliche absolute Mehrheit nämlich nicht sichern. Er verfehlte die notwendigen 45

Stimmen, kam nur auf 43. Insgesamt waren 85 Stimmen abgegeben worden, zwei waren ungültig. Es gab zwei Enthaltungen und 40 Nein-Stimmen.
Im zweiten Wahlgang wurde Woidke dann gewählt. Von insgesamt 87 abgegebenen Stimmen entfielen auf ihn 50 Stimmen. Es gab dieses Mal eine Enthaltung und 36 Nein-Stimmen.<<

Rumänien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Rumänien: Wahlen abgesagt - auch bei uns möglich!**

Von *Jürgen Elsässer*

Der bisher schärfste diktatorische Vorstoß in der EU. Selbst Springer-Presse entsetzt: "Ein Staatsstreich mit legalistischer Fassade - und das mitten in der Europäischen Union" (Welt).
Rumänien - ein Mitgliedsstaat der Europäischen Union, die sich ansonsten gegenüber aller Welt als Gralshüter der Freiheit aufspielt. Dort war "der rechtsradikale und rußlandfreundliche Kandidat" (Tagesschau) Calin Georgescu in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl völlig überraschend mit knapp 23 Prozent an die Spitze gestürmt.
Für den Stichentscheid am 8. Dezember gaben die Umfragen dem Parteilosen die satte Mehrheit von 58 Prozent. Doch es kam nicht dazu. Am 6. Dezember wurde die Wahl vom Obersten Gericht für ungültig erklärt, nachdem der Geheimdienst "Dokumente" präsentiert hatte, denen zufolge das Land Ziel eines "aggressiven russischen hybriden Angriffs" geworden sei.
Moskauer Hacker sollen demnach nicht die Auszählung gefälscht, sondern - man glaubt es kaum - über Tiktok die Wähler manipuliert haben. Für wie dumm erklärt man die Menschen? Selbst Georgescus Gegenkandidatin, die prowestliche Elena Lasconi, war empört: "Der rumänische Staat hat die Demokratie mit den Füßen getreten." …
Kann so etwas auch bei uns passieren? Selbstverständlich. Wenn der Bundestag den Kriegsfall ausruft, werden die Bundestagswahlen abgesagt. Dazu genügen zwei Drittel der Abgeordneten - die stimmten ja damals auch locker für die Corona-Diktatur.
Und eine russische Einmischung kann, wie in Rumänien, schnell erfunden werden. BND-Präsident Bruno Kahl warnte Ende November, daß der Kreml den Wahlkampf in Deutschland durch "hybride Aktivitäten" beeinflussen könnte. Der Faschismus ist das letzte Mittel des Regimes. Sind wir darauf vorbereitet?<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31363" berichtet am 11. Dezember 2024 (x1.427/…): >>**Gezieltes Chaos-Management per Digitalisierung und E-Mobilität?**

Der deutsche Bio-Physiker Dieter Broers berichtete am 4. Oktober 2024 von zwei kurz aufeinander folgenden starken Sonneneruptionen. Die dabei freigesetzte Energie in Form von freigesetzten Teilchen und Kraftfeldern wird auch als Sonnensturm bezeichnet.
Der Sonnensturm von 1859, Carrington-Event genannt, geht als bisher stärkster beobachteter geomagnetischer Sturm in die Geschichte ein. Damals beobachtete der Astronom Richard Christopher Carrington mehrere starke Sonneneruptionen, die Polarlichter bis nach Kuba und Hawaii verursachten. Zeitgleich kam es zu mehrstündigen, schweren Störungen und Ausfällen im sonst so stabilen Telegrafennetz in bisher nicht gekanntem Ausmaß.
Ein Zerstörungspotential in abermals nie gekanntem Ausmaß sehen Physiker und Wissenschaftler wie Dieter Broers seit Jahren weltweit. Die Erde ist im Juli 2012 einem Treffer durch eine gewaltige Eruption von der Sonne nur knapp entgangen. Eine jetzt vorgestellte Analyse der University of California in Berkeley ergab, daß der damalige koronale Massenauswurf bei einem Treffer zu einem der größten geomagnetischen Stürme und damit zu beträchtlichen Schäden hätte führen können.
Die Eruption hätte sich nur neun Tage früher ereignen müssen. Wenn es in dieser aktuellen Sonnenaktivitätsperiode zu einer Eruption wie 1859 beim Carrington-Ereignis oder 2012 käme, könnte nicht nur der Satellitenempfang gestört werden. Weit mehr: Es könnten durch die starken Kraftfelder Satelliten, ja ganze Satellitengruppen ausgeschaltet werden. Das gleiche

gilt für die Mobilfunktechnik und die Stromerzeugung. Stromausfälle von bis zu einem Jahr könnten ohne Weiteres die Folge sein.
"Ein extremer geomagnetischer Sturm ist ein seltenes, aber folgenschweres Ereignis, das die Infrastruktur unserer modernen Gesellschaft gefährdet", warnt auch Ying D. Liu von National Space Science Center der chinesischen Akademie der Wissenschaften in Peking.
"Die Folgekosten eines solchen Ereignisses könnten sich auf mehrere Billionen Dollar belaufen und es könnte vier bis zehn Jahre dauern, bis sich alle Systeme davon erholt haben."
Das gibt zu denken und zeigt auf, auf welch wackeligem Fundament die derzeit so vehement vorangetriebene Digitalisierung steht. Ein wirklich heftiger Sonnensturm - und wusch - geht gar nichts mehr: Kein Strom, keine Kommunikation, kein elektronisches Geld, nichts!
Da aktuell in jedem Bereich jedes analoge, stabil laufende Standbein wie z.B. Bargeld oder Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren abgesägt wird, könnte man meinen, die Menschheit solle bewußt in ein Chaos manövriert werden.
Angesichts der Agenda 2030, über die Kla.TV ausführlich berichtete (www.kla.tv/18739), scheint dieser Gedanke alles andere als abwegig zu sein. Erinnern wir uns, daß das World Economic Forum WEF, als internationale Schaltzentrale für Wirtschaft und Politik, und die Vereinten Nationen UNO mit genau dieser Agenda 2030 ihre eigene Weltordnung und ihre Totalregie aufzurichten beabsichtigen (ww.kla.tv/26985).
Doch genau hier kann wirklich jeder tüchtig gegensteuern. Zum Beispiel, indem man jedes analoge Standbein, wie das Bargeld, den Holzofen, das Festnetztelefon, Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor und vieles andere mehr verteidigt.<<
Syrien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Syrien: So fing es an**
Von *S. Hofer*
Die Ereignisse ist Syrien haben sich zuletzt überschlagen. …
Ein Konflikt in der Beduinenstadt Daraa im Frühjahr 2011 war der Zündfunke, der Syrien in Brand setzte. Obwohl Präsident Assad alle Forderungen der Bewohner erfüllte, begannen ausländische Kämpfer mit dem Schießen.
Angefangen hat es in Daraa, einer Stadt mit knapp 100.000 Einwohnern an der Grenze zu Jordanien. Obwohl Daraa eine Beduinenhochburg ist wie Homs und Hama, hat man es anfangs im Westen so dargestellt, als sei es der Beginn einer Studentenrevolte. Das war falsch, denn den Studenten ging es in Daraa wie überall in Syrien gut.
Ein Disput, der es in sich hatte
Es war ganz anders: Da war eine Gruppe Jugendlicher, fast noch Kinder, die Anfang Februar 2011 verantwortlich zeichneten für eine Aktion, bei der es zu Personen- und Sachschäden kam. Sie landeten im örtlichen Gefängnis, wo man ihnen ungut mitspielte. Es waren Tage vergangen, bis die Väter und Onkel und Scheichs einen Termin beim Bürgermeister erreicht hatten. Sie wurden vorstellig und baten: "Gebt uns unsere Söhne und Neffen zurück. Es sind Tage vergangen, sie hatten Strafe genug - und es sind Kinder, einige unter ihnen sind gerade erst sechzehn Jahre." Der Disput ging hin und her.
Ältestenversammlung in einem
In dieser Gegend tragen die Beduinen traditionelle Bekleidung: den langen Kaftan und als Kopfbedeckung Kufiya, ein weißes oder farbiges Baumwolltuch, gehalten von einer meist schwarzen Baumwollkordel, dem Aqal. Außer im ganz privaten Umfeld gehört es sich nicht, sich ohne Kopfbedeckung zu zeigen; es wäre nicht ehrenvoll.
Die Kopfbedeckung ist ein Symbol für die Ehre, insbesondere die Aqal. "Gib uns unsere Kinder zurück - sie sind das Kostbarste, das wir haben. Wir ergeben uns Dir - sag, was Du willst. Und als Pfand unserer Unterwerfung geben wir unsere Ehre!", sagten die Väter und Onkel und nahmen - welch ein Schritt! - zum Zeichen, wie ernst es ihnen war, vor dem Bürgermeister

ihre Kufiyas und Aqals ab und legten sie auf seinen Schreibtisch.
Und der Bürgermeister? Der machte eine wegwerfende Geste mit dem Arm und fegte seinen Schreibtisch leer: "Weg mit diesem dreckigen Zeug …" und mit einer Handbewegung ließ er den in Kufiyas und Aqals manifestierten Stolz der Beduinen im nächstbesten Papierkorb entsorgen. Daraufhin ging es recht heftig zu. Nicht nur auf dem Bürgermeisteramt - das ganze Städtchen Daraa probte den Aufstand.

Entschuldigung des Präsidenten

Die Kunde drang ziemlich schnell zum Präsidenten, der umgehend reagierte: Die Kinder kamen, wenn auch etwas lädiert (und wie gemunkelt wird, soll wohl auch eines gefehlt haben) umgehend aus dem Gefängnis frei. Der Bürgermeister, wie auch der ebenfalls in die Affäre verwickelte Gouverneur, wurden ihres Amtes enthoben und zur Verantwortung gezogen.
Und - geübt im Umgang mit all den Ethnien in seinem Land - schickte der Präsident seine Entschuldigung an die Väter, Onkel und Scheichs, einhergehend mit einer Einladung zum Gespräch im Präsidentenpalast. Ganz im Sinne der Beduinentraditionen hieß es in der präsidialen Nachricht: "Nur ihr und ich - keiner dazwischen!"
Kaum war die Nachricht überbracht, trafen Reisebusse aus Damaskus ein, und nicht nur die Väter, Onkel und Scheichs nahmen Platz, auch die Schulleitung, die Lehrer und der Vorstand des Jugendfreizeitheims. Der Präsident entschuldigte sich: Es hätte niemals vorkommen dürfen. Und er hörte dem zu, was ihm die Beduinen berichteten, und man diskutierte, was für die jungen Leute getan und was verbessert werden konnte. Es wurde auch erörtert, wie es überhaupt zu den Vorfällen kommen konnte - Graffiti und mutwillige Zerstörung an Gemeinschaftseigentum werden in der Region bei der jungen Generation nicht nur kaum praktiziert, sondern sind eher ziemlich unbekannt.
Die Spur führte zu einer Lehrerin, die den Jugendlichen ausführlich geschildert hatte, wie es im Westen zugeht und sie zu ihrem Tun ermutigt hatte. Von ihr hatten sie erfahren, daß dies "Revolution" sei. Ein im gegebenen Kontext eher skurril anmutendes Detail, dem man zu jenem Zeitpunkt nicht übermäßig Aufmerksamkeit schenkte - das kam erst später, als ein anderer Zusammenhang da war.
Irgendwann dann ging es im Gespräch um Wiedergutmachung. "Was wollt ihr?", fragte Assad. Das Entrichten von Blutgeld oder ähnlichen Wiedergutmachungen ist in Beduinenkreisen auch heute nichts Ungewöhnliches, sondern eine nützliche und heutzutage zunehmend praktizierte Technik, die Blutrache und ähnliche Dinge vermeiden hilft.
Da war Verschiedenes, das sie sich zum Teil lange schon für ihr Städtchen, für ihre Gemeinschaft, für die Familie gewünscht hatten. Der Präsident sagte: Ja. Und: Ja. Und dann kam ein merkwürdiger Wunsch, der zentrale Wunsch: Man habe aufgrund der Vorfälle derzeit das Vertrauen in die Obrigkeit verloren, man brauche Zeit und Abstand, um dieses wiedergewinnen zu können. Aus diesem Grund wolle man für einen näher zu bestimmenden Zeitrahmen keine Staatspräsenz, insbesondere keine Polizei mehr in Daraa.
Der Präsident war verblüfft: Keine Polizei? Was sei denn bei kleinkriminellen Vorfällen wie Diebstahl, Einbruch, Betrug? - "Wir schützen uns selbst", lautete die Antwort. Und die Regelung des zeitweise nicht unerheblichen Verkehrsaufkommens an zentralen Brennpunkten der City? - "Wir regeln das selbst". Assad zögerte: Für wie lange solle die Regelung denn gelten? Ein paar Wochen nur … Nun gut. Er gewährte auch dies.
Die Väter, Onkel und Scheichs, auch die Schulleitung, die Lehrer und der Vorstand des Jugendfreizeitheims nahmen ihre Plätze in den Bussen wieder ein und fuhren heim. Dort gab es viel zu berichten von der Reise nach Damaskus, und zunächst ließ sich alles erstaunlich gut an: Man organisierte sich selbst und es funktionierte, sogar der Straßenverkehr soll, nachdem die Beduinen die Regelung übernommen hatten, reibungsloser funktioniert haben.

"Ihr wart doch mal Krieger!"

Es waren keine zwei Wochen ins Land gegangen, da tauchten Fremde auf in Daraa. Erst einige, dann viele, und immer mehr. Zunächst aus Jordanien und dem Libanon, dann aus Saudi-Arabien und Ägypten. Erst einfach nur Fremde, die sich unter die Bevölkerung mischten: "Ihr seid doch wohl nicht zufrieden, nach all dem, was hier passiert ist! Ihr habt euch mit wenig abspeisen lassen! Schön blöd - reingefallen! Habt euch von der Regierung einwickeln lassen, typisch Beduinen - einfache Gemüter.

Wann werdet ihr lernen, euch zu wehren? Laßt euch das doch nicht gefallen. Ihr wart doch mal Krieger - die Herren der Wüste! Und jetzt? Jetzt kuscht ihr!" Daraa ist ein Grenzstädtchen ganz im Süden. Israel ist nicht weit, es sind nur 50 Kilometer Luftlinie nach Tiberias und 75 nach Nazareth.

Nach dem sogar nur 25 Kilometer entfernten Idlib auf der jordanischen Seite ist es lediglich ein Katzensprung, ein schmaler Streifen Wüste, durch den die Grenzlinie verläuft. Wer will sie kontrollieren?

Bald kamen Hunderte und Aberhunderte, darunter ein Trupp jordanischer Krimineller und Outlaws. Die syrische Regierung beschwerte sich, Jordanien entschuldigte sich, aber die Leute blieben. Man hatte ihnen Sold gegeben und sie mit Waffen ausgestattet. Auch einige Militärs aus Nachbarländern. Zwei Generäle recht unterschiedlicher Herkunft und ohne Visum wurden festgenommen. Aus Ägypten kamen Spezialistentrupps, ebenfalls besoldet. Dieselben, die bereits erfolgreich die ersten Anstöße des "Frühlings" in Ägypten losgetreten hatten, ehe im zweiten Schritt dann die Studenten und die Jugend mobilisiert wurden.

Und dann, kurz vor Ostern 2011, ging es los: sinnlose Gewalt, Übergriffe, Schüsse, Bomben. Zwei- bis dreimal am Tag wurde von vermummten Trupps von den Dächern auf alles, was sich bewegt, gefeuert - Männer, Frauen, Kinder, Katzen, Hunde, Vieh - egal.

Dann kamen die Panzer. Jürgen Todenhöfer beschreibt in einem seiner Augenzeugenberichte, wie er selbst bei seinen Recherchen in einen solchen Kugelhagel aus dem Hinterhalt geriet. Er schildert auch, wie ihn die Menschen auf der Straße anhielten und ihm Vorwürfe machten, weil auf Druck des Westens die Panzer abgezogen wurden und seither mehrmals täglich wieder das Kreuzfeuer hemmungslos von den Dächern prasselt.

Schon bald breiteten sich die Unruhen in die umliegenden Beduinengebiete aus. Selbst in den Tiefen der Wüste schwanden die Chancen auf Frieden und Glück. Dörfer, die bisher gut zusammengelebt hatten, gerieten in Feindschaft.

Ein Beispiel: In einem sunnitischen Dorf gab es Gerede über Waffen in großen Mengen, die in ein alawitisches Dorf in der Nachbarschaft geliefert worden seien. Die betagten Scheichs aus beiden Ortschaften, die ein Leben lang freundschaftliche Beziehungen zwischen ihren Stämmen gepflegt hatten, trafen sich.

"Was soll das? Wir hören schlechte Nachricht, daß ihr euch bewaffnet!", sagt der eine. "Ja", sagt der andere, "denn wir wissen, daß es bei euch ebenso ist."

Und auch durch diese entlegenen Gegenden zogen die Trupps der Agitatoren. "Geht nach Homs, geht kämpfen, laßt eure Brüder nicht alleine, gemeinsam werdet ihr siegen!"

Immer wieder ziehen sie durch die Dörfer, und immer wieder finden sich junge Leute, die zum einen gern ein bißchen Geld für die Familie annehmen und zudem glauben wollen, was man ihnen erzählt: daß es ehrenvoll sei, für eine gute Sache zu kämpfen, daß es gut sei, den alten Kampfgeist ihrer Vorfahren aufleben zu lassen, daß sie gute Chancen hätten, ins Fernsehen zu kommen - nicht nur in Al Jazeera, sondern sogar ins europäische Fernsehen -, daß sie zum Ruhm ihres Stammes an der neuen Regierung beteiligt sein würden und vor allem, daß die arabischen Landsleute endlich, endlich die Leistung der Beduinen anerkennen würden …

Hilfe-Folgeschäden …

Was nützt es schon, dagegen zu halten und zu erklären, daß im Westen zwar täglich über Sy-

rien berichtet wird, doch keiner ahnt, was es mit den Beduinen auf sich hat, mit den Agitatoren, mit der im Westen verherrlichten Splittergruppe der Exil-Opposition, die nicht mal einen Plan hat, wie es nach dem Sturz weiter gehen soll. Braucht sie auch nicht - da hilft der Westen dann sicher gerne aus.
Die oberste islamische Autorität in Syrien, Seine Exzellenz Großmufti Scheich Dr. Ahmad Badr Al-Din Hassoun sieht sich selbst als "säkularen Mufti" und erläutert, daß sein Titel eben deshalb auch nicht "Mufti der Muslime", sondern "Mufti von Syrien" lautet: "Ich bin in unserem Land der Großmufti für alle Hautfarben, alle Sekten und alle Religionen - und auch der Mufti der Atheisten." Er hat einen römisch-katholischen Berater und einen armenischen Übersetzer. Und er hat in einem buddhistischen Tempel gebetet, ebenso wie in einer deutschen Kirche: "Ich ziehe keine Grenzen zwischen Religionen und Menschen. Ich glaube an sie alle und arbeite mit allen."
Wir, der Westen, helfen gerne - sei es zum eigenen Vorteil, sei es aus uninformiertem Gutmenschentum. Man nenne nur ein einziges Land in der Region, wo die Folgeschäden dieser "Hilfe" reparabel wären.<<

12.12.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 12. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Schamlos, hemmungslos, geschichtslos: Mario Voigt (CDU) läßt sich von Kommunisten zum Ministerpräsidenten von Thüringen wählen!**
Tiefer kann die Merz-CDU nicht mehr sinken: In Thüringen hat sich die Union endgültig zum Hampelmann der radikalen Linken gemacht. Die Wahl von Mario Voigt zum Ministerpräsidenten mit Hilfe von Stimmen der Kommunisten ist der letzte Beweis: Machtgier geht bei der Merz-CDU vor Verantwortung und Wählerwille!
Links schwenkt - Marsch: In der Merz-CDU wächst zusammen, was zusammengehört: Der CDU-Landesvorsitzende Mario Voigt ist zum neuen Thüringer Ministerpräsidenten gewählt worden - mutmaßlich mit Stimmen der Kommunisten! Der 47-Jährige erhielt im ersten Wahlgang im Landtag in Erfurt die absolute Mehrheit, obwohl seine Koalition aus CDU, BSW und SPD keine eigene Mehrheit hat.
Möglich wurde das, weil Deutschlands erste sogenannte Brombeer-Koalition vor der Landtagssitzung eine Vereinbarung mit der Linken getroffen hatte, die den Kommunisten erheblichen Einfluß auch auf die künftige Landespolitik sichert.
Bei der Wahl des Ministerpräsidenten stimmten am Donnerstag (12. Dezember) bereits im ersten Wahlgang 51 Abgeordnete für Voigt, 33 gegen ihn, vier Abgeordnete enthielten sich. Voigt brauchte mindestens 45 Ja-Stimmen. Seine Brombeer-Koalition verfügt im Landtag über 44 der 88 Sitze.

Ramelow gratuliert als erster

Wegen der geheimen Abstimmung bleibt zwar offen, von wem letztlich die sechs Stimmen "über den Durst" kamen; der scheidende Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) hatte aber vor der Wahl die Unterstützung der Kommunisten in Aussicht gestellt. Er gehörte denn auch zu den ersten Gratulanten im Landtag.

CDU bricht mit allen Grundsätzen

Um das Patt im Landtag aufzuheben, war die CDU in dieser Woche auf die Linke mit ihren 12 Abgeordneten zugegangen, um eine Wahl Voigts womöglich mit AfD-Stimmen zu verhindern. Die Thüringer Linke stellte Bedingungen, um Voigt mit ihren Stimmen sicher ins Amt zu bringen. Verlangt wurde eine schriftliche Vereinbarung, eine Art Regelwerk zwischen den vier Fraktionen für den Umgang miteinander im Parlament und bei Abstimmungen.
Die sogenannte Brombeer-Koalition bot der Linken eine solche Vereinbarung an; Voigt sprach von einem "Pflichtenheft". Die Landes-CDU setzte sich damit über einen Unvereinbarkeitsbeschluß der Bundes-CDU ("Brandmauer") hinweg, der eine Zusammenarbeit mit den

Kommunisten verbietet. Durch die jetzt auch formelle Zusammenarbeit mit der SED-Nachfolgepartei, deren Abgeordnete beste Kontakte ins linksextremistische Milieu pflegen, bricht die Merz-CDU in Thüringen ein zentrales Unionsversprechen!
Voigt hat sich schamlos, hemmungslos und geschichtslos zum Regierungschef von Gnaden einer Partei gemacht, in der SED-Kader und alte Stasi-Seilschaften das Sagen haben - Leute zudem, die die sogenannte Antifa "für unverzichtbar" halten.

Die neue Herzlichkeit der Volksfront-Genossen

Es ist an Jämmerlichkeit nicht zu überbieten: Voigt dankte seinem Amtsvorgänger Bodo Ramelow (Linke) und hob dessen "Verdienste" für den Freistaat hervor. Ramelow, der Voigt nach eigenem Bekunden seine Stimme bei der geheimen Wahl gab, habe Thüringen mit einer "gewinnenden Herzlichkeit" geführt, sagte der CDU-Politiker und schalmeite: "Zehn Jahre lang haben Sie unserem Heimatland gedient, es durch schwierige Zeiten geführt, die nicht immer einfach waren."

Björn Höcke (AfD) fordert Neuwahlen

Tiefer kann man nicht mehr sinken: Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz gratulierte Mario Voigt zur Wahl. "Ein großer Erfolg für den Freistaat Thüringen", schrieb Merz auf der Plattform X. CSU-Chef Markus Söder entblödete sich nicht, folgende Botschaft zu übermitteln: "Willkommen im Kreis der Ministerpräsidenten. Freue mich sehr auf die enge Zusammenarbeit der beiden starken Freistaaten Bayern und Thüringen."
AfD-Landeschef Björn Höcke kündigte entschlossenen Widerstand an und warnt: "Diese Koalition wird an den selbst geschaffenen Problemen scheitern - Neuwahlen sind unausweichlich!"<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 12. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Deindustrialisierung: 152.000 Jobs in der Industrie weg - Stellenabbau schreitet immer schneller voran!**

Ein Land im Niedergang: Seit 2019 ist die Zahl der Beschäftigten in der deutschen Industrie um 152.400 geschrumpft, berichtet die Unternehmensberatung EY. Davon wurden 50.000 Stellen allein im zurückliegenden Jahr abgebaut. Der Stellenabbau habe sich seit dem Frühsommer rasant beschleunigt.
Besonders stark trifft das Jobsterben mit rund vier Prozent die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie mit 2,4 Prozent die Produzenten von Gummi- und Kunststoffwaren. Die Autoindustrie verzeichnet demnach einen Beschäftigungsrückgang um 1,5 Prozent. In absoluten Zahlen entspricht das laut EY dem Verlust von etwa 12.000 Jobs allein in dieser Branche.
Der Umsatz der deutschen Industrie ging den Berechnungen zufolge von Jahresbeginn bis September um 4,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück. Besonders heftig waren die Umsatzeinbrüche in der Elektronikbranche, in der Autoindustrie und im Maschinenbau.
Die Unternehmensberatung warnt vor einem weiteren Industrie-Exodus ins Ausland.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 12. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**In Gold gemessen ist der Euro ein Desaster**

Gold in Euro auf Rekord. Anstatt von einem steigenden Goldpreis zu sprechen, wäre es sinnvoller, vom Wertverlust der entsprechenden Währungen zu reden. Demnach hat der Euro seit seiner Einführung im Januar 2002 fast 90 % an Wert verloren.
Von *Claus Vogt*
Wenn über Gold gesprochen wird, ist gewöhnlich vom Goldpreis in Dollar oder Euro oder irgendeiner anderen Währung die Rede. Das ist allgemein üblich, auch bei uns. Aber diese Vorgehensweise verschleiert einen sehr wichtigen Teil der Wahrheit: Anstatt von einem steigenden Goldpreis zu sprechen, wäre es sinnvoller, vom Wertverlust der entsprechenden Währungen zu reden.
Wenn man das tut, erkennt man, daß der Euro seit seiner Einführung im Januar 2002 fast 90

% an Wert verloren hat. Viel mehr muß man über das Zentralbankwesen im Allgemeinen und die EZB im Besonderen nicht wissen, um die Notwendigkeit zu erkennen, sich vor den Wohlstandsvernichtern der Zentralbanken vor allem mit Gold, Silber und Minenaktien schützen zu müssen.

Euro gemessen in Gold, 2000 bis 2024

Seit seiner Einführung hat der Euro gegenüber Gold fast 90 % an Wert eingebüßt.

Japanischer Yen verspricht hohe Gewinne

Gegenüber Gold oder einem Warenkorb haben alle Papierwährungen aufgrund permanenter Inflation drastisch an Wert eingebüßt. Natürlich schwanken die Kurse dieser Währungen auch gegeneinander. Dabei bewegen sie sich häufig in mehr oder weniger langen Trends. Gemessen an der Kaufkraft kann eine Währung gegenüber einer anderen Währung über- oder unterbewertet sein. Hinter dieser fundamentalanalytischen Methode steht der Gedanke, ein identischer Warenkorb sollte in allen Ländern ungefähr gleich viel kosten.

Wie Sie auf dem folgenden Chart sehen, ist der japanische Yen gegenüber dem Euro in den vergangenen drei Jahren um mehr als 30 % auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren gefallen. Seine inländische Kaufkraft ist aufgrund niedriger Inflationsraten relativ stabil geblieben. Jetzt ist der Yen an der Kaufkraft gemessen zwischen 25 % und 35 % unterbewertet. Aus fundamentaler Sicht bietet Ihnen der Yen also eine exzellente Kaufgelegenheit.

Yen / Euro, 2019 bis 2024

Beim Yen beginnt ein neuer Aufwärtstrend. …

Passend zu dieser fundamentalen Unterbewertung hat sich beim Yen in den vergangenen Monaten eine große Bodenformation entwickelt. Daß dies sowohl gegenüber dem Euro als auch dem Dollar und anderen hier nicht gezeigten Währungen wie dem Britischen Pfund der Fall ist, untermauert die Erwartung einer bedeutenden Trendwende nach oben.

Aus fundamentaler Sicht hat der Yen ein Kurspotential von 25 % bis 35 %. Deshalb haben wir den Lesern meines Börsenbriefes Krisensicher Investieren Ende Oktober 2024 den Kauf von Yen empfohlen. Profitieren auch Sie von einem Anstieg des Yen und schützen sich gleichzeitig vor einem weiteren Kursverfall des Euro.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 12. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Kokain in Deutschland auf dem Vormarsch**

In Deutschland ist Kokain auf dem Vormarsch. Innerhalb von sechs Jahren ist der Anteil der Erwachsenen zwischen 18 und 59 Jahren, die mindestens einmal im Jahr konsumiert haben, von 0,6 Prozent (2015) auf 1,6 Prozent (2021) gestiegen, wie aus dem am Donnerstag veröffentlichten Bericht der Deutschen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (DBDD) hervorgeht. Etwa zehn Prozent der Beratungen und Behandlungen wegen illegaler Substanzen betrifft Kokainkonsumenten. Das sei ein leichter Anstieg, so die Beobachtungsstelle.

Die meisten der Betroffenen sind Männer. Die Sicherstellungen von Kokain durch Polizei und Zoll haben ebenfalls einen Rekordwert erreicht: Wurden 2017 noch acht Tonnen Kokain in Deutschland sichergestellt, waren es 2023 43 Tonnen. "Die Zahlen sprechen eine sehr deutliche Sprache: Die Lage ist ernst", sagte Burkhard Blienert, Beauftragter der Bundesregierung für Sucht- und Drogenfragen.

"Auch in diesen unsicheren Zeiten, in denen Krisen und Kriege viele Menschen beunruhigen, dürfen wir Drogenkonsumierende und Suchtkranke nicht weiter an den Rand der Gesellschaft schieben oder gar ins Unsichtbare. Vielmehr muß die Bekämpfung des illegalen Drogenhandels erfolgreicher werden, mit einem klaren Fokus auf die Organisierte Kriminalität."

Es brauche dafür einen gemeinsamen Kraftakt von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungsträgern für mehr Prävention, mehr Gesundheitsschutz und eine noch zielgenauere Beratung und Therapie. Esther Neumeier, Leiterin der Deutschen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (DBDD) betonte: "Wir brauchen zukünftig neben den Langzeit-

trends, mit denen wir die Gesamtsituation wissenschaftlich einschätzen, auch schnellere Wege, um neue Informationen zu gewinnen und weiterzugeben.
Dafür notwendig sind mehr und schnellere toxikologische Analysedaten bei Vergiftungen und Todesfällen, aber auch zu aufgefundenen Substanzen." Zudem sei eine engere Vernetzung aller Akteure im Bereich der illegalen Substanzen, auf nationaler Ebene und lokal vor Ort - von der Strafverfolgung über das Hilfesystem, bis hin zu den Konsumierenden selbst erforderlich.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 12. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Hausdurchsuchung bei 14-Jährigem wegen TikTok-Post**
Hausdurchsuchung bei einem 14-Jährigen aus Bayern. Der Grund: Er nutzte auf TikTok den Hashtag "Alles für Deutschland".
Laut der Jungen Freiheit steckt der Junge hinter dem TikTok-Profil "deutscher.patriot1161". Im November 2023 nutzte er dort mehrfach den Hashtag "AllesfürDeutschland".
Die Hausdurchsuchung stehe in einem "angemessenen Verhältnis zur Schwere der Tat" heißt es im Durchsuchungsbeschluß, der der Jungen Freiheit vorliegt. Der Junge sei "zu den jeweiligen Tatzeitpunkten" reif genug gewesen, sein Fehlverhalten zu erkennen und "nach dieser Einsicht zu handeln". Der Teenager behauptet nicht gewußt zu haben, daß die Nutzung von "Alles für Deutschland" illegal sei.
Auch der im Durchsuchungsbeschluß nicht erwähnte ältere Bruder wurde ebenfalls von den Beamten befragt. Die Beamten durchsuchten die Zimmer der beiden Jugendlichen und fertigten Fotografien diverser Gegenstände an.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 12. Dezember 2024 (x1.430/…): >>**Nach Ahrtal-Katastrophe: Frauen aus Clan-Milieu erschleichen sich Fluthilfen in Millionenhöhe**
Mehr als drei Jahre nach der Flutkatastrophe im Ahrtal haben Ermittlungen einen Betrug mit Fluthilfen aufgedeckt. Zwei deutsch-libanesische Frauen aus Euskirchen stehen im Verdacht, zusammen mit 20 weiteren Personen systematisch falsche Anträge gestellt und Millionenbeträge erschlichen zu haben.
Jonas Aston
Insgesamt 4,6 Millionen Euro sollen sich Deutsch-Libanesinnen erschlichen haben
Mehr als drei Jahre nach der Flutkatastrophe vom Juli 2021, die insbesondere im Ahrtal für Verwüstungen gesorgt hat, ist die Polizei in mehreren Bundesländern zu Razzien ausgerückt. Hintergrund ist ein mutmaßlich großflächiger Betrug bei der Verteilung von Unterstützungsgeldern für den Wiederaufbau. Insgesamt 80 Beamte durchsuchten 18 Objekte, wobei der Schwerpunkt mit 15 Durchsuchungen in Euskirchen lag. Weitere Durchsuchungen fanden in Mechernich, Kassel und Stuttgart statt.
Im Zentrum der polizeilichen Ermittlungen stehen zwei deutsch-libanesische Frauen (35 und 42 Jahre) aus Euskirchen, die als Hauptverdächtige gelten. Sie werden beschuldigt, systematisch betrügerische Anträge gestellt zu haben, wodurch sie mutmaßlich rechtswidrig einen Betrag im hohen sechsstelligen Bereich erlangt haben. Weitere 20 Verdächtige, die mit den Frauen verwandt sind, stehen ebenfalls unter dringendem Tatverdacht. Bei den Durchsuchungen beschlagnahmte die Polizei zahlreiche elektronische Geräte und Dokumente sowie Bargeld in Höhe von 14.000 Euro und 200 Gramm Amphetamin.
Die zuständige Ermittlungsgruppe "Camillo" hat es in der Angelegenheit mit insgesamt 182 laufenden Verfahren gegen 136 Verdächtige zu tun. Beantragt wurden Fluthilfen in Höhe von 9 Millionen Euro. "Davon wurden letztlich Mittel in Höhe von 4,6 Millionen Euro bewilligt", so die Polizei. Die beschuldigten Frauen sollen jedoch nicht nur selbst falsche Anträge gestellt haben, sondern teils auch als Vermittler fungiert haben, indem sie gegen Bezahlung nicht anspruchsberechtigten Personen die erforderlichen Dokumente für Anträge beschafften. "Die

Antragsteller mußten anschließend bis zu 50 Prozent der ausgezahlten Gelder an die Beschuldigten weitergeben", erklärte die Polizei.
Bei der Überprüfung der Anträge fielen Unregelmäßigkeiten auf: In mehreren Fällen wurden für verschiedene Wohnungen exakt gleiche Schadensbeschreibungen eingereicht. Zudem gab es Anträge für Objekte, bei denen Flutschäden am Hausrat aufgrund ihrer Lage oder Beschaffenheit de facto ausgeschlossen waren. "So sind beispielsweise Hilfen für Schäden in Obergeschossen von Wohnhäusern beantragt worden, die nicht mit dem Höchstwasserstand zum Zeitpunkt der Flut übereinstimmten", so die Polizei.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 12. Dezember 2024 (x1.430/…):
>>**Energiepreise explodieren: Gas und Strom werden teurer**
Die Energiepreise in Deutschland steigen erneut dramatisch: Verbraucher müssen sich auf höhere Kosten für Gas und Strom einstellen. Im Januar drohen Versorgungsengpässe.
Von *Redaktion*
Die Energiewende zeigt ihre Schattenseiten: Deutschland steht vor einem erneuten Versorgungsengpaß - und die Strompreise schießen in die Höhe.
Verbraucher in Nordrhein-Westfalen müssen mit Preiserhöhungen von durchschnittlich 16 Prozent rechnen. Der Energieriese Eon plant sogar eine Erhöhung um 24,3 Prozent. Das berichtet die Rheinische Post.
Insbesondere die Kosten für den Bezug von Erdgas steigen mit Beginn des Jahres 2025. "Angesichts der niedrigen Temperaturen und geringer Stromerzeugung aus Windkraft haben die Großhandelspreise für Gas Anfang Dezember ihren höchsten Stand seit über 13 Monaten erreicht", so Lundquist Neubauer vom Vergleichsportal Verivox.
Doch nicht nur bei Energiepreisen droht Ungemach. Die nächste Dunkelflaute trifft Deutschland mit voller Wucht. Am Donnerstag, dem 12. Dezember, erreichen die Strompreise Extremwerte von 90 Cent pro Kilowattstunde. Bei einem Verbrauch von 70.000 Megawatt liefern Windkraftanlagen laut Prognose gerade einmal 2.600 Megawatt, während die Solaranlagen komplett ausfielen. Erste Stromanbieter wie Tibber schlagen bereits Alarm: Die Strompreise könnten die Ein-Euro-Marke pro Kilowattstunde überschreiten.
Das renommierte Magazin Bloomberg zeichnet ein düsteres Bild: Die Leistungsreserve wird in den kommenden Wochen auf den niedrigsten Stand dieses Winters fallen. RWE-Vorstandschef Markus Krebber warnte bereits Ende November eindringlich: Ohne schnelles Handeln drohen Deutschland Versorgungsengpässe, möglicherweise schon im Januar.
Bloomberg prognostiziert für die nächsten Wochen einen Rückgang der Windkraftleistung auf unter 3 Gigawatt pro Stunde - bei gleichzeitig wachsendem Strombedarf. Deutschland produziert sonst stündlich variierend zwischen 40 und 60 Gigawatt. Bei einem Gesamtanteil der Windkraftanlagen von 31 Prozent entspricht das normalerweise bis zu 16 Gigawatt aus Windenergie pro Stunde.
In der Not wird Deutschland einmal mehr zum Energieimporteur. Wie schon im letzten Winter muß der Strombedarf durch Importe aus Nachbarländern wie Frankreich gedeckt werden. Gleichzeitig sieht sich Europa derzeit gezwungen, aufgrund der Wetterlage laut Bloomberg seine Gasspeicher in Rekordmengen anzuzapfen. Laut Statista sind die Gasspeicher Europas zusammengerechnet derzeit nur noch zu 82 Prozent gefüllt - mit sinkender Tendenz. Auch Deutschlands Gasspeicher leeren sich derzeit, liegen aber noch bei 88 Prozent.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 12. Dezember 2024 (x1.430/…):
>>**"Beschäftigungsaufbau ist zu Ende" - 38 Prozent der Unternehmen wollen Jobs streichen**
38 Prozent von 2.000 befragten Unternehmen wollen im kommenden Jahr Arbeitsplätze streichen. Vor allem die Industrie ist betroffen. Arbeitsplätze, die dort wegfallen, bleiben verloren.
Von *Redaktion*

Vor allem die Industrie leidet unter dem dauerhaften Verlust von Arbeitsplätzen.
38 Prozent der Unternehmen in Deutschland wollen 2025 Stellen abbauen. Das ergab eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) unter mehr als 2.000 Unternehmen, wie das Handelsblatt berichtet. Als Grund wird die schlechte wirtschaftliche Situation angegeben. Laut dem IW war nur während der Finanzkrise 2008 der Pessimismus größer. 40 Prozent der Unternehmen rechnen im kommenden Jahr mit schlechteren Geschäftsaussichten. Nur ein Fünftel blickt positiv in die Zukunft.
Ebenfalls 40 Prozent gehen davon aus, daß ihre Investitionen zurückgehen werden. Nur 23 Prozent der befragten Firmen wollen 2025 mehr investieren. In der IW-Analyse heißt es, daß sich "keine Signale für eine konjunkturelle Wende in Deutschland ableiten" lassen. Die deutsche Wirtschaft werde "ein weiteres Jahr in ökonomischer Bewegungslosigkeit" verharren.
Die Wirtschaftskrise erreicht auch den Arbeitsmarkt. Vor allem die Industrie ist betroffen. Arbeitsplätze, die dort verloren gehen, bleiben dauerhaft verloren. Die IW-Ökonomen sprechen angesichts der Situation von einer Trendwende, so das Handelsblatt. "Der seit 2005 anhaltende Beschäftigungsaufbau in Deutschland ist zu Ende."
In der Industrie bewerten 57 Prozent der Unternehmen ihre aktuelle Situation schlechter als vor einem Jahr. 38 Prozent der befragten Firmen haben 2024 weniger Mitarbeiter als 2023. Es soll weitere Streichungen von Arbeitsplätzen geben. "Wir erleben eine Krise der Industrie, wo pro Monat aktuell an die 10.000 Arbeitsplätze verloren gehen", sagt der Ökonom Enzo Weber vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung laut Handelsblatt.
Im Juli betrug der Verlust an Arbeitsplätzen 65.000 im Vergleich zum Vorjahresmonat. Im August fielen 71.000 Stellen weg. Im September wurden 81.000 Arbeitsplätze gestrichen. Auch in der Baubranche hält die schlechte Lage an. Wurde im Dienstleistungssektor die Lage in vorherigen IW-Berichten noch positiv beurteilt, schätzt auch diese Branche die wirtschaftliche Situation nun negativ ein.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Grüne: 19 Millionen für Wahlkampf**
Von *Daniell Pföhringer*
Die Grünen wollen so viel Geld für den Bundestagswahlkampf ausgeben wie keine andere Partei. Umfragen sehen allerdings ihren Kanzlerkandidaten Habeck chancenlos. Wir zerlegen "Morgenthaus willige Vollstrecker" in unserer neuen Spezial-Ausgabe "Die Altparteien". Eine gnadenlose Abrechnung mit den Deutschland-Abschaffern. …
Die Grünen wollen für den anstehenden Wahlkampf tief in die Tasche greifen. Wie aus einer Anfrage des Nachrichtenmagazins Focus an alle im Bundestag vertretenen Parteien hervorgeht, sind sie, was die Ausgaben für Flyer, Werbespots & Co. anbelangt, sogar absoluter Spitzenreiter. CSU, FDP und AfD wollten oder konnten noch keine Angaben über ihr Wahlkampfbudget machen.
Grünen-Wahlkampfmanager Andreas Audretsch teilte dem Blatt mit, daß man für den Wahlkampf zur vorgezogenen Neuwahl des Bundestages mit Ausgaben in "einer Größenordnung" rechnet, "die sich an den Mitteln aus dem Jahr 2021 orientiert". Damals lag das Budget der Öko-Partei bei 19 Millionen Euro.
Deutlich weniger Geld will die SPD in die Hand nehmen. Sie plant nach Angaben des Focus, mit "rund 15 Millionen Euro" ins Rennen zu gehen. Die Linkspartei investiert 6,8 Millionen Euro, wobei der Großteil davon wird in die Produktion von A1- und Großplakaten gehen soll. Die Partei versucht, mit Gregor Gysi, Dietmar Bartsch und Bodo Ramelow drei Direktmandate zu erringen und so die Fünf-Prozent-Hürde zu umgehen.
Großspende an die Wagenknecht-Truppe
Interessant ist, daß das erst vor etwas mehr als einem Jahr gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) immerhin vier Millionen Euro in den Bundestagswahlkampf schmeißen kann.

Das liegt vor allem daran, daß die lila Truppe allein in diesem Jahr 6,4 Millionen Euro an Großspenden einstreichen konnte.
Den Löwenanteil, nämlich sage und schreibe 5,1 Millionen Euro, steuerte das Unternehmer-Paar Lotte Salingré und Thomas Stanger bei. Letzterer ist an der Firma MA Lightning Technology GmbH aus dem fränkischen Waldbüttelbrunn beteiligt. Dabei handelt es sich nach eigenen Angaben um eines der international führenden Unternehmen für computergesteuerte Lichtstellpulte und Netzwerkkomponenten.
Die Wirtschaftswoche schreibt: "Das Unternehmen ist weltweit tätig, stattet viele verschiedene Künstler oder Events mit Technik aus. Unter den Referenzen werden unter anderem der Eurovision Song Contest in Rotterdam, Rock in Rio oder die 'Welcome to Luckyland Tour 2019-Tour' von Luke Mockridge genannt."

Kein grüner Kanzler

Ob diese Finanzspritze dem BSW bei der vorgezogenen Neuwahl des Bundestages, die am 23. Februar 2025 stattfinden soll, zum Sprung ins Parlament verhelfen kann, ist allerdings fraglich. Eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa (10.12.) sagt der Wagenknecht-Partei lediglich vier Prozent voraus. Allerdings hat INSA (9.12.) das Doppelte, nämlich acht Prozent, als Wert ermittelt. Die Forschungsgruppe Wahlen (6.12.) sieht die Partei bei fünf Prozent.
Keinerlei Chance dürfte es indes für die Grünen geben, ihren Spitzenkandidaten Robert Habeck mit 19 Millionen Euro ins Kanzleramt zu hieven. Forsa sieht die Öko-Partei bei 13 Prozent, INSA sogar nur bei 11,5 Prozent und die Forschungsgruppe Wahlen bei 14 Prozent.
In allen aktuellen Umfragen führen CDU mit 31 bis 33 Prozent, gefolgt von der AfD mit 18 bis 19,5 Prozent. Der SPD werden 15 bis 17 Prozent vorausgesagt. Die FDP würde mit vier bis 4,5 Prozent ebenso an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern wie die Linke, der drei Prozent vorausgesagt werden.<<

Moldawien und Georgien: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 12. Dezember 2024 (x1.432/…): >>**Bruchkante oder Brücke? Moldawien und Georgien im geopolitischen Spannungsfeld**

Herausgegeben von *Stefan Korinth* und *Paul Schreyer*

Beide Länder sind Gegenstand des Ringens um die Ausrichtung des post-sowjetischen Raums zwischen Westanbindung, Neutralität und Rußlandnähe. Daher haben die Präsidentschaftswahlen in Moldawien und die Parlamentswahlen in Georgien in diesem Herbst große Aufmerksamkeit erfahren. Multipolar beleuchtet die gegensätzlichen Positionen und die ausländischen Beeinflussungsversuche in den Konflikten.

ELKE SCHENK

Die Parlamentswahl am 26. Oktober sei "eine russische Sonderoperation" gewesen. Sie seien "Zeugen und Opfer" einer "neuen Form der hybriden Kriegsführung gegen unser Volk", erklärte die georgische Präsidentin Salomé Surabischwili, nachdem die Auszählung der Stimmen eine absolute Mehrheit von 54 Prozent für die Regierungspartei Georgischer Traum ergeben hatte. Es habe sich "um eine totale Fälschung, einen totalen Diebstahl von Stimmen" gehandelt, sagte Surabischwili, "bei dem alle Tricks angewandt wurden, die zur Fälschung von Wahlen verwendet werden können."
"Ich möchte als Vertreterin der einzigen unabhängigen Institution sagen, daß ich diese Wahlen nicht anerkenne. (…) Wir werden zusammenstehen und sagen: Wir werden diese neue Form der Unterwerfung durch Rußland nicht akzeptieren".
Die Präsidentin rief zu Demonstrationen gegen das Wahlergebnis auf.
Georgiens politische Landschaft ist gespalten zwischen EU-naher Präsidentin und Opposition einerseits und einer Regierung unter der Mehrheitspartei "Georgischer Traum". Sie gilt den herrschenden Kreisen des Westens als Ableger russischer Interessen in Georgien, sieht sich

selbst als neutrale Kraft, die sich nicht in das Entweder-Oder zwischen West- und Ost-Orientierung begeben will. Georgien hat sich den Sanktionen gegen Rußland nicht angeschlossen.
Daß die georgische Regierung gleichwohl den EU-Beitritt befürwortet, wird im Westen als Kalkül gewertet, obwohl Georgien die "Integration in die Europäische Union (…) in der Verfassung verankert (hat), (…) Mitglied in der Östlichen Partnerschaft der - Nachbarschaftspolitik (ist) und (...) 2016 ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der EU abgeschlossen" hat, wie das Auswärtige Amt erläutert.
Darüber hinaus ist Georgien als kaukasische Brücke zwischen Kaspischem und Schwarzem Meer Schachfigur in der geopolitischen Auseinandersetzung um die Kontrolle der Öl- und Gaspipelines aus dem kaspischen Becken. Die USA wollen Georgien in der Nato sehen, was Rußland als Gefahr für die eigene Sicherheit betrachtet.
Der Konflikt innerhalb Georgiens erreichte eine neue Stufe, als Ministerpräsident Kobachidse am 29. November die EU-Beitrittsverhandlungen bis Ende 2028 stoppte. Georgien werde von der EU erpreßt, wolle gleichwohl die Voraussetzungen für den EU-Beitritt 2030 schaffen, erklärte er.

Georgiens Ringen um die eigene Staatlichkeit

Die Geschichte der Kaukasusrepublik Georgien mit ihren knapp vier Millionen Einwohnern ist geprägt vom Ringen um Unabhängigkeit und Territorialkonflikte. Eine zentrale Rolle spielt in den letzten 200 Jahren Rußland. Wenn Georgien in westlichen Medien als Opfer von Wladimir Putins Machtphantasien betrachtet wird, trifft dies das komplexe Verhältnis der Nachbarn unzureichend.
Der Historiker Philipp Ammon sieht in seiner Analyse "Georgien zwischen Eigenstaatlichkeit und russischer Okkupation" ein paradoxes Verhältnis der beiden christlich-orthodoxen Länder: "ein Muster von Nähe und Fremdheit, von Verbundenheit und Abkehr, von russisch-imperialer Homogenisierung und georgischer Identitätsbehauptung."
Im 19. Jahrhundert gewann das russische Zarenreich die Kontrolle über Georgien. Dies ging auch mit einer Unterdrückung der georgischen Sprache und Kirchentradition einher, wogegen sich der georgische Widerstand formierte. Andererseits habe Rußlands "imperialer Schirm" Georgien vor islamischer Herrschaft geschützt. Die Verwaltungsmodernisierung habe erst die Voraussetzungen für eine eigene georgische Staatlichkeit geschaffen.
Nach der Oktoberrevolution gegen das Zarenreich erklärte sich Georgien als demokratische Republik im Mai 1918 für unabhängig und wollte die Region Südossetien ins eigene Staatsgebiet eingliedern. Südossetien widersetzte sich und strebte seinerseits die Loslösung von Georgien an. Ein Schutzvertrag mit dem Deutschen Kaiserreich sollte Georgien vor osmanischen und bolschewistischen Bedrohungen schützen.
Infolge der Niederlage der Reichswehr im Ersten Weltkrieg und der Besetzung durch die Rote Armee endete die Unabhängigkeit 1921 mit der Eingliederung in die Sowjetunion. Gorbatschows Reformpolitik wiederbelebte die Unabhängigkeitsbestrebungen. Im Frühjahr 1991 erklärte sich Georgien erneut für unabhängig.
Philipp Ammon stellt fest, daß die Loyalität der Georgier historisch der Kirche gelte, nicht ihrem Staat. "Diese geringe Staatsbindung verleiht den Regierungswechseln seit dem Ende der Sowjetherrschaft revolutionären bis bürgerkriegsartigen Charakter, verbunden mit jeweils komplettem Austausch der Staatsdienerschaft" und erleichtere "politische Interventionen äußerer Mächte".
Als Musterbeispiel dafür kann die vom Westen geförderte "Rosenrevolution" angeführt werden. Sie brachte Michail Saakaschwili 2004 bis 2013 ins Präsidentenamt. "Saakaschwili stand für eine enge, kompromißlose Anbindung Georgiens an die USA" und ein Ende der "ausgeglichene(n) Balance zwischen Moskau und Washington", für die der abgesetzte Eduard Sche-

wardnadse gestanden hatte, schreibt der Journalist und Georgien-Kenner Rainer Kaufmann.

Saakaschwilis politisches Erbe

Saakaschwili holte westliche Auslandsgeorgier in politische Ämter, wie beispielsweise die derzeitige Präsidentin Surabischwili als Außenministerin. Darüber hinaus betrieb er die Entmachtung der alten rußlandfreundlichen Eliten und eine wirtschaftsliberale Privatisierungspolitik zugunsten ausländischer Investoren und der aus der Diaspora zurückgekehrten Georgier. Infolge "langjähriger Unterstützung der internationalen Gebergemeinschaft" forciere Georgien die Privatisierung der Energiewirtschaft, hieß es im Jahr 2006 von Seiten des Auswärtigen Amtes.

Im Zuge des Zerfalls der UdSSR wurde auch der Konflikt zwischen Georgien und Südossetien bzw. Abchasien wieder virulent. Das südossetische Bemühen um Autonomie und Anerkennung durch Rußland trifft auf georgische Versuche, das Gebiet dem georgischen Staatswesen einzugliedern. Zugleich kulminiert in den Gebietsstreitigkeiten der neue Kalte Krieg zwischen den USA, die ihre Einflußsphäre in den post-sowjetischen Raum ausweiten wollen, und Rußlands Sicherheitsinteressen, einen NATO-Beitritt Georgiens zu verhindern.

Als Gegenbewegung gegen die grassierende Korruption und autoritäre Politik mit Notstandsrecht unter Saakischwili gründete der Milliardär Bidsina Iwanischwili im Frühjahr 2012 die Partei "Georgischer Traum". Ihr schlossen sich weitere Parteien und Bürgerbewegungen an, so daß das Wahlbündnis im Oktober 2012 die Parlamentswahlen mit absoluter Mehrheit gewann und seither die Regierung stellt. Bidsina Iwanischwili gilt in westlichen Medien und der georgischen Opposition als rußlandnaher Oligarch, da er sich in der Zeit des Zerfalls der Sowjetunion bei der Privatisierung des Staatseigentums bereichert hat.

Präsidentin Salomé Subarischwili

Die Präsidentin Salomé Subarischwili betreibt mit Macht die Integration Georgiens in die EU und NATO. Dafür überschritt sie auch die Grenzen ihrer verfassungsrechtlichen Zuständigkeit und betrieb eine Art Nebenaußenpolitik. Und dafür steht ihre persönliche und politische Biographie. Sie ist die Tochter hochrangiger georgischer Emigranten, die während der Russischen Revolution 1917 nach Paris emigriert sind. Salomé Subarischwili wurde 1952 in Paris geboren und betrat Georgien selbst erstmals im Jahr 1986.

Nach dem Studium am Institut d'Etudes Politiques in Paris absolvierte sie 1973 ein Aufbaustudium bei Zbigniew Brzezinski an der Columbia University in New York. Brzezinski schrieb als Sicherheitsberater unter US-Präsident Jimmy Carter das geostrategische Grundlagenwerk "Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft".

Als Diplomatin Frankreichs war sie seit 1974 unter anderem in den USA, in Italien, bei der UNO, der NATO in Brüssel und der OSZE in Wien eingesetzt. Im November 2003, während der sogenannten Rosenrevolution, wurde sie Botschafterin Frankreichs in Tiflis. Wie sie georgische Außenministerin wurde, beschreibt ein Portrait Surabischwilis in der Washington Post von 2004.

Danach bat der damalige georgische Präsident Saakaschwili Frankreichs Staatspräsidenten Jaques Chirac im März 2004, die Diplomatin für das Amt der georgischen Außenministerin freizustellen. Chirac willigte ein, Surabischwili erhielt zusätzlich zu ihrer französischen die georgische Staatsbürgerschaft und trat noch im März 2004 das Amt als Außenministerin an.

Im Jahr 2006 gründete sie ihre eigene Partei 'Georgiens Weg', die sich "vor allem für die Einführung einer konstitutionellen Monarchie einsetzte". Durch eine Sonderregelung durfte sie 2018 für das Präsidentenamt in Georgien kandidieren, wenn sie den Antrag auf Aufhebung der französischen Staatsbürgerschaft stellt. Mit Unterstützung des Georgischen Traums wurde Subarischwili 2018 zur Präsidentin gewählt.

Präsidentschaftswahlen und Transparenzgesetz

Am 14. Dezember finden nun Präsidentschaftswahlen nach dem neuen Wahlrecht statt. Das

Wahlgremium, eine Art Bundesversammlung, von 300 Mitgliedern aus Parlament, Vertretern der Obersten Räte der Autonomen Republiken Adscharien und Abchasien sowie Kommunalvertretern entscheidet. Der Kandidat des Georgischen Traums kann mit etwa 170 Stimmen rechnen, falls es keine Abweichler gibt.
Sollte er die notwendigen 180 Stimmen im ersten Wahlgang nicht erhalten, scheint ihm der Sieg im zweiten Wahlgang sicher, bei dem der Kandidat mit den meisten Stimmen gewinnt. Präsidentin Subarischwili hat indes erklärt, es gebe kein legitimes Parlament, "und deshalb kann ein illegitimes Parlament keinen neuen Präsidenten wählen". Deshalb werde sie "trotz ihrer im Dezember endenden Amtszeit auf ihrem Posten bleiben".
Die Empörung Surabischwilis, der Opposition und der EU richtet sich auch gegen ein Gesetz, das von sogenannten "Nichtregierungsorganisationen" (NGOs) die Registrierung und Offenlegung ihrer Finanzquellen verlangt, sobald mehr als 20 Prozent des Budgets von ausländischen Organisationen stammen. Damit ist auch die der Opposition nahe stehende Organisation "Civil.ge" im Fokus. Laut Beschreibung auf der Homepage wird die "redaktionelle Unabhängigkeit" der Organisation durch ihre Finanzierung gewährleistet.
Zu den Geldgebern gehören und gehörten die United Nations Association of Georgia (UNAG), das National Endowment for Democracy (NED) aus den USA, die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), das East-West Management Institute's Civil Society Engagement Program (CSEP) in Georgia, finanziert von USAID, das Transition Promotion Program des tschechischen Außenministeriums sowie der Confidence Building and Early Response Mechanism (COBERM) mit Geldern der EU. Ein Geschäftsbericht steht auf der Homepage nicht zur Verfügung. Ebenso wenig gibt es Informationen über die Höhe der Zuwendungen.
"Civil.ge" kann als exemplarisches Beispiel für den seit Jahrzehnten bestehenden Einfluß von westlichen NGOs in Georgien betrachtet werden. Die Aktivistin Almut Rochowanski und Sopa Japaridze, Vorsitzende der unabhängigen Gewerkschaft für Pflegekräfte in Georgien, haben deren Einfluß nachgezeichnet.
Schon der georgische Präsident Eduard Schewardnadse habe nach der Unabhängigkeit internationalen NGOs die Tür geöffnet, in der Hoffnung auf wirtschaftliche Entwicklung. Mittlerweile existierten in Georgien bei etwa 3,7 Millionen Einwohnern 25.000 NGOs, finanziert von ausländischen, mehrheitlich westlichen Quellen, die oft Teil westlicher Regierungen sind oder westlichen Regierungen sehr nahestehen.

NGOs als westliche "Erfüllungsgehilfen"

Die einflußreichen Geldgeber legten Programme auf und gründeten georgische Ableger als "Erfüllungsgehilfen" für die Projektabwicklung, um "den Schein der Einbindung der lokalen Bevölkerung zu wahren", schreiben Rochowanski und Japaridze. Es seien "die meisten Bereiche der Politik und der öffentlichen Dienstleistungen - Schulwesen, Gesundheitssystem, Gerichtsreformen, Entwicklung des ländlichen Raumes, Infrastruktur und so weiter - kolonisiert". Die demokratischen Prozesse und die Souveränität des Landes seien unterminiert, da die ungewählten NGOs nicht legitimiert seien und von den Bürgerinnen und Bürgern nicht zur Verantwortung gezogen werden könnten.
Die Regierungspartei Georgischer Traum würde mit dem Transparenzgesetz an dieser Praxis nichts ändern. Sie folge auch einem "technokratischen, neoliberalen, depolitisierten" Politikverständnis. Das Hauptziel des Transparenzgesetzes sei, "eine kleine, aber sehr mächtige Clique von NGOs, mit Jahresbudgets von bis zu einigen Millionen Dollar oder Euros von ausländischen Gebern, einige von ihnen eng verbunden mit Micheil Saakaschwilis Partei Vereinte Nationale Bewegung" in die Schranken zu weisen.
Diese NGOs erklärten seit Jahren die Regierung für illegitim und versuchten einen Umsturz über Straßenproteste herbeizuführen. "Um das Ganze abzurunden, lobbyieren sie auch noch die EU und USA, damit diese hochrangige Mitglieder von Georgischer Traum sanktionieren

oder über sie Einreiseverbote verhängen." Die Strategie der westlichen NGOs scheint aktuell Erfolg zu haben: Die EU "erwägt" bereits Sanktionen gegen georgische Regierungsmitglieder und den Milliardär Bidsina Iwanischwili.
Unter anderem wegen des sogenannten "Agentengesetzes" hat die EU im Juni 2024 den Beitrittsprozeß eingefroren. Die westliche Berichterstattung informiert über den Inhalt und Hintergrund kaum, sondern rahmt das Gesetz als Schritt hinzu russischen Verhältnissen. Eine Resolution des EU-Parlamentes fordert Neuwahlen und Sanktionen gegen hochrangige Politiker. Daraufhin hat am 28. November die georgische Regierung ihrerseits Beitrittsverhandlungen bis Ende 2028 ausgesetzt.
Anfang Dezember eskalierte der Protest in Tiflis mit Straßenschlachten, Feuerwerkskörpern, Flammenwerfern und brennenden Barrikaden. Ob sich die Konflikte in Georgien zu einem "zweiten Maidan" auswachsen, wird in naher Zukunft erkennbar.

Parallelen und Gegensätze in Moldawien

Eine ähnliche politische Konstellation ist in Moldawien zu finden. Ein CNN-Kommentar sieht die Präsidentenwahl im Herbst 2024 als Richtungsentscheidung, ob das Land auf EU-Kurs bleibe oder "zurück in die Umlaufbahn des Kremls taumelt".
Maia Sandu, seit Ende 2020 Staatspräsidentin der Republik, fährt wie ihre Kollegin in Georgien einen Pro-EU-Kurs. Nach ihrer Berufsbiographie auf der Präsidentenhomepage steht sie für eine wirtschaftsliberale Ausrichtung der Politik. Die studierte Ökonomin arbeitete von 1998 bis 2005 bei der Weltbank in Chisinau, war anschließend zwei Jahre Direktorin des Wirtschaftsförderungsprogramms beim moldawischen Wirtschafts- und Handelsministerium. Nach einem Masterabschluß am Kennedy-Institut für Öffentliche Verwaltung der Harvard Universität 2010 war sie Beraterin des geschäftsführenden Direktors bei der Weltbank in Washington.
Im Präsidentschaftswahlkampf bezeichnete sie ihren Hauptkonkurrenten, Ex-Generalstaatsanwalt Stoianoglo, als "Trojanisches Pferd" Moskaus und warnte vor gekauften Stimmen zugunsten ihres Konkurrenten. Diesen habe sie "rechtsstaatlich zweifelhaft" wegen Korruptionsvorwürfen 2021 entlassen, berichtete die Frankfurter Allgemeine.
Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg gestand Stoianoglo zu, sein Recht auf ein faires Verfahren sei verletzt worden. Zudem war Sandu Anfang Oktober 2024 von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats dafür gerügt worden, eine ihr unliebsame Richterin per Präsidentialdekret entlassen zu haben. Dieses Recht erlaubt die moldawische Verfassung seit 2021 nicht mehr.
Der ehemalige ungarische Botschafter in Moldawien, György Varga, verweist auf die Vielzahl an wichtigen staatlichen Ämtern, die mit Personen rumänischer Staatsangehörigkeit besetzt sind, zum Beispiel das Staatsoberhaupt, der Präsident des Parlaments, der Premierminister, der Minister für auswärtige Angelegenheiten, die Mitglieder des Verfassungsgerichts, der Chef des Geheimdienstes. Letzterer sei zudem "von 2013 bis 2020 auch Mitarbeiter der George-Soros-Stiftung" gewesen. Die Anti-Korrruptionsbeauftragte, Veronica Dragalin, war früher Staatsanwältin in Los Angeles.

Moldawische Präsidentschaftswahlen im November 2024

In der Stichwahl der Präsidentschaftswahl am 3. November zeigte sich das gleiche Muster wie bereits beim vorangegangenen Referendum am 20. Oktober, in welchem es darum ging die EU-Anbindung des Landes in den Verfassungsrang zu heben. Es gab unter den in Moldawien lebenden Menschen keine Mehrheit für die Westanbindung. Das denkbar dünnste Ergebnis für ein "Ja" wurde offiziell erst durch die Stimmen der im westlichen Ausland lebenden Moldawier erzielt.
Nach der Auszählung aller Stimmen führte Maia Sandu in der Stichwahl mit gut 55 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Wählerinnen und Wähler, die in Moldawien leben, präfe-

rierten mit gut 51 Prozent hingegen den Konkurrenten Stoianoglo. Die im westlichen Ausland lebenden Moldawier stimmten mit knapp 83 Prozent für Sandu und entschieden damit die Wahl.
Zumal auch bei diesem Wahldurchgang die 200.000 bis 500.000 Moldawier, die in Rußland leben, und die Wähler aus dem rußlandfreundlichen Transnistrien bei der Stimmabgabe massiv gehindert wurden, wie Multipolar damals bereits berichtete. Im Hinblick auf die Benachteiligung der in Rußland lebenden Moldawier hält sich die OSZE nicht für zuständig, wie Andrej Hunko, Wahlbeobachter der Parlamentarischen Versammlung des Europarates auf Multipolar-Anfrage erklärte. Sie beobachtete nur die Vorgänge in Moldawien.
Die Beteiligung an der EU-Sanktionspolitik gegen Rußland mit den Folgen für die Binnenwirtschaft könnte für das Wahlverhalten in Moldawien eine Rolle gespielt haben. Moldawien habe sich "befreit" von der "russischen Gasabhängigkeit" und sich den westlichen Sanktionen gegen Rußland angeschlossen, um Sekundärsanktionen gegen die eigene Wirtschaft und das Bankensystem zu entgehen, räumte Sandu bei einem Wahlkampfauftritt ein. Die Folge sind hohe Gaspreise und eine Inflationsrate von 30 Prozent.
Sandus Vertrauter und nationaler Sicherheitsberater, Stanislav Secrieru, warf indes Rußland massive Wahleinmischung vor. Neben Desinformation und Stimmenkauf habe es illegale organisierte Wählertransporte in Wahllokale in Weißrußland, Aserbaidschan und die Türkei gegeben. Beobachter des EU-Parlamentes und des Europarates schließen sich den Vorwürfen gegen "Rußland und seinen moldawischen Oligarchen" an.
Trotz des Verbotes von russischen Fernsehkanälen und Internetplattformen sowie Razzien und Verhaftungen von Verdächtigen vor der Stichwahl sei der Wahlbetrug möglich gewesen, wegen der "ausgefeilten Instrumente Rußlands", erklärte der Politologe Iulian Groza vom moldawischen Institut für Europäische Politik und Reformen (IPRE).
Die Vertreterin des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Ursula Gazek, äußert sich differenzierter, erwähnt zwar auch ausländische Beeinflussung, verweist als Quelle auf Regierungsangaben und benennt nicht Rußland als Täter. Sie hebt die Beeinflussung der Wähler durch die der amtierenden Präsidentin nahe stehende Regierung und Angestellte im Öffentlichen Dienst hervor. Auch hätte die Medienberichterstattung Maia Sandu durch eine vorwiegend positive Darstellung bevorzugt.

Legitime Einmischung und illegitime Einmischung

Kit Klarenberg vom US-Investigativ-Magazin "The Grayzone" dokumentierte unter Bezug auf geleakte Gespräche mit einflußreichen Politikern und Wirtschaftsführern die weitreichende Korruption im Umfeld von Präsidentin Sandu und der Regierung.
"Die Aufnahmen, die The Grayzone erhalten hat, sind um so schockierender, wenn man bedenkt, daß die Republik Moldau in das Programm Countering Kremlin Malign Influence (CMKI) der US-Agentur für Entwicklungshilfe (USAID) aufgenommen wurde. Unter der Schirmherrschaft von USAID, einem traditionellen Ableger des US-Geheimdienstes, erhalten Länder, die einst zur Sowjetunion und zum Warschauer Pakt gehörten, umfangreiche Finanzmittel und praktische Unterstützung, um sich angeblich gegen russische Einmischung zu schützen. Die Bekämpfung der Korruption ist eines der Hauptziele der Initiative."
Die US-Organisation "Institute for the Study of War" (ISW) problematisiert in ihrem Beitrag "Mögliche russische Gewinne in Georgien und Moldawien" allein vermeintlichen russischen Einfluß sowohl auf die Wahlprozesse in Georgien als auch in Moldawien. Personell und ideologisch ist das ISW mit den US-Neokonservativen verbunden, deren erklärtes Ziel es ist, die US-Hegemonie über die Welt zu erhalten. Die russischen Versuche den post-sowjetischen Raum zu kontrollieren, sollten auch Rußlands militärischem Vorgehen in der Ukraine nutzen, glaubt man beim ISW. Dem Kreml wird unterstellt, gewaltsame Proteste gegen die Wiederwahl Sandus zu inszenieren.

Man präsentiert eine fragwürdige Geschichte: Der moldawische Oligarch Ilan Shor finanziere das Training von jungen Moldawiern in Balkanstaaten, die von serbischen und bulgarischen Nationalisten gewaltsame Protestformen zur Destabilisierung des Landes lernten, inklusive dem Gebrauch von Waffen und Sprengstoff. Es gebe Verbindungen zu russischen Geheimdiensten und der Söldnergruppe "Wagner". Als Quelle dient das EU-nahe Medium "Balkans Insight", das Informationen von moldawischen Sicherheitsdiensten erhalten habe. Zu gewalttätigen Aufständen in Moldawien ist es entgegen der ISW-Behauptungen und ganz im Gegensatz zu den Vorgängen in Georgien jedoch nicht gekommen.
Während Rußland hybride Einflußoperationen in Georgien und Moldawien vorgeworfen werden, gelten Formen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten durch US- oder EU-Vertreter in deren Verständnis offenbar als legitim. Kurz vor der moldawischen Präsidentschaftswahl versprach EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen ein Unterstützungspaket von 1,8 Milliarden Euro, die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Claudia Roth, besuchte Chisinau vor der Stichwahl zum Präsidentenamt, um "Informationssicherheit und demokratische Wahlen zu stärken" und das Land auf dem europäischen Weg zu unterstützen.
Der EU-Botschafter in Georgien, Pavel Gerchinsky, habe die Wähler aufgefordert, die Opposition zu wählen und der Regierung gedroht, EU-Gelder zu streichen, falls sie ihren Kurs nicht ändere. Die Proteste gegen das Ergebnis der Parlamentswahl in Georgien unterstützt eine Delegation unter Führung des SPD-Außenpolitikers Michael Roth. Wegen der "antidemokratischen" Aktionen des Georgischen Traums hat das US-Außenministerium die "strategische Partnerschaft" mit Georgien "suspendiert".
Ein blinder Fleck sind auch die Implikationen der seit 2004 aufgelegten Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) für die politische und wirtschaftliche Souveränität der Länder an der östlichen Peripherie der EU. Georgien und seine kaukasischen Nachbarn sollten politisch und wirtschaftlich an die EU angebunden werden, ohne ihnen damals Aussichten auf eine formale Mitgliedschaft zu gewähren.
Damit verbunden sind "präzise Verpflichtungen" der Nachbarländer unter anderem in Richtung "Rechtsstaatlichkeit, Demokratie … (und) marktwirtschaftlich ausgerichtete Reformen", so die EU-Kommission im November 2005. Die Verpflichtungen werden in "Aktionsplänen" festgelegt und ihre Erfüllung von Experten der EU-Kommission vor Ort geprüft.
Das Rechts- und Verwaltungssystem muß an "europäische Standards" angepaßt werden, um sich für "die Teilnahme an den Grundfreiheiten des Binnenmarktes zu qualifizieren", womit der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital gemeint ist. Ausländische Investoren sollen die gleichen Rechte wie inländische erhalten. Das soll sich auch auf den sensiblen Energiesektor erstrecken.
So hieß es von Seiten des Auswärtigen Amtes 2006 unverblümt: "Grundsätzlich liegen Georgiens Vorteile als Investitionsstandort in seiner geostrategischen Lage. (…) Größtes aktuelles Investitionsprojekt sind die Öl- und Erdgas-Pipelines, die unter Umgehung der Territorien Rußlands und Irans Rohstoffe aus dem Kaspischen Meer über Georgien in die Türkei und von dort weiter auf europäische Märkte befördern soll".
Die Mitteilung der EU-Kommission von 2006 zur ENP räumt ein, daß bei dem "ehrgeizigen Reformprogramm" - einer "vertieften Freihandelszone" von ungleichen Partnern - "kurzfristig erhebliche politische und wirtschaftliche Belastungen verbunden sind" und die versprochenen Vorteile "erst viel später Früchte tragen".

Ausblick: Brücke oder Bruchkante?

Im Hinblick auf den Wunsch der Bevölkerung in Georgien zweifelt Georgien-Kenner Rainer Kaufmann an der Angabe von 80 Prozent Zustimmung zum EU-Beitritt. Die meisten Menschen wollten "eine bessere Zukunft" für sich und ihre Kinder, dies "aber in Georgien und

nicht im Ausland und Exil. Und natürlich die Freiheit, zu reisen. Dafür sollten alle in der Welt das Land einfach in Ruhe lassen", empfiehlt er.
Repräsentanten der EU verlangen eine Positionierung allein in Richtung EU und heizen die Spannungen und Spaltungen an. Der ehemalige Außenbeauftragte Josep Borrell sagte bezogen auf Georgien, man könne dort nicht Beziehungen zu Rußland haben "und erwarten, daß das eigene Land Teil der EU wird". Georgiens Wirtschaft hängt jedoch am Außenhandel mit dem großen russischen Nachbarn und am Status als Transitland zwischen Iran, Türkei und Rußland.
Seit den EU-Sanktionen gegen Rußland hat Georgien eine bedeutende Rolle als Transitland zur Umgehung der Sanktionen eingenommen. Für den pragmatischen Weg der georgischen Regierung sprechen die Wirtschaftsdaten von Wirtschaftswachstum, geringer Inflation und gesunkener Arbeitslosigkeit.
Rainer Kaufmann schreibt in seinem Kommentar in der "Kaukasischen Post": "Georgien war immer ein Land des Übergangs, eine Brücke zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West - zwischen Orthodoxie und Islam, zwischen christlichem Europa und buddhistischem Asien. Und es war immer ein Land des Transits, des Durchgangs für viele Völker, Waren und Heere, auch ein Land, in dem sich Einflüsse all dieser Kulturen niedergeschlagen und irgendwie verschmolzen haben. (...)
Warum dieses Land jetzt von mehreren Kräften im internationalen Wettbewerb eingeladen werden muß, deren einseitigen Interessen sozusagen als Vorposten zu dienen, sollte durchaus einmal grundsätzlich hinterfragt werden dürfen."
Über die Autorin: Elke Schenk, Jahrgang 1960, studierte Sozialwissenschaften und Germanistik und arbeitete als Lehrerin an einem Berufsschulzentrum. Seit fast zwei Jahrzehnten ist sie ehrenamtlich in globalisierungskritischen Initiativen engagiert. Themen ihrer Veröffentlichungen und Vorträge sind unter anderem EU-Verträge, EU-Erweiterung, Eurokrise, geopolitische Entwicklungen und die öffentliche Gesundheitspolitik von WHO und EU.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31375" berichtet am 12. Dezember 2024 (x1.427/…): >>**Kinder - die großen Opfer der LGBTQ-Ideologie**
Verehrte Zuschauer, ist Ihnen auch schon aufgefallen, wie massiv das Thema Transsexualität in den Medien propagiert wird? Besonders hervorzuheben ist dabei, daß selbst unsere Kleinsten schon täglich damit konfrontiert werden, sei es zu Hause bei vermeintlichen Kindersendungen oder auch in der Schule, wo ihnen bereits in der Grundschule "Aufklärung" zu verschiedensten Sexualpraktiken oder eben Geschlechtsidentitäten aufgezwungen wird. Kla.TV hat darüber schon mehrfach berichtet. (WHO und UNO-Pädofinger weg von Kindern kla.tv/26670, Schule wirbt für Genital-OPs, Prostitution und Gewalt-Sex: kla.tv/27281)
Ein kleiner Streifzug durch die "Kinder-Sendungen" zeigt bereits die große Bandbreite der Indoktrinierung bezüglich Transgender auf.
Im KiKA (Kinderkanal) von ARD und ZDF erzählt eine neue Serie namens "Ich bin Hannah" von der Geschichte eines Teenagers, der sich als Trans identifiziert. Es geht um ein Transmädchen im Körper eines Jungen, das vor der Pubertät steht. Die Serie stammt aus Australien und wird von Medien und Transaktivisten gefeiert.
Gespielt wird Hannah von einem Transgender-Aktivisten, Evie Macdonald, aus Australien. Ein Junge, der sich mit neun Jahren als Mädchen geoutet hat. Der mittlerweile 16-jährige Teenie wird für die Schauspiel-Rolle der Hannah reichweitenstark bejubelt und als Newcomer-Star für Kinder und Teenager gehandelt.
Die Kindersendung "stark!" von "ZDFtivi" stellt den 13-jährigen Leo vor, der als Mädchen geboren wurde und nun von seinem Leben als Junge berichtet. Für "ihn" war ausschlaggebend, daß "er" keine "mädchentypischen Sachen" machen wollte, wie Kleidchen anziehen etc. "Er" bekam Depressionen. Dann hörte "er" aus den sozialen Medien von einem Trans, der

dasselbe Erleben hatte und outete sich. Schnellstens wurden ihm Pubertätsblocker verabreicht, damit das Kind nicht in die natürliche Pubertät kommt.
In "PUR+" vom ZDF wird auch Nick vorgestellt, der als Mädchen geboren wurde und ebenso keine Kleidchen mochte. In ihrer Vorpubertät bekam sie Depressionen und psychische Probleme. Und wie nicht anders zu erwarten, fand auch sie ihre "Rettung" in einer Trans-Sendung im Internet. Auf das schnelle "Outing", folgten auch hier direkt Pubertätsblocker. Solcherlei eindeutige Indoktrinations-Sendungen gibt es nahezu zahllos im Fernsehen und in den Socials.
Überhaupt sind es die sozialen Medien, die den Kindern und Jugendlichen ein verzerrtes Weltbild vermitteln, als gäbe es unheimlich viele Menschen, die sich als LGBTQ identifizieren. Dem ist nicht so! Auf Apps wie TikTok, Discord, Instagram, Tumblr und YouTube laufen gezielt gestreute, unverhältnismäßig viele Inhalte als Schleichwerbung für alternative Identitäten. Augenfällig ist, daß junge Menschen soziale Medien nutzen, um ihre Identitäten zu erforschen. Und weil Eltern ihren Kindern freien Zugang zu den Socials bieten, verlieren sie den Überblick, wer da gerade auf ihre Kids einredet.
Bei allen "Berichten" fällt auf, daß diese Kinder in einer persönlichen Krise steckten, meist einhergehend mit Depressionen. Sie alle - die glaubten, ihr Geschlecht ändern zu müssen - kamen nicht selbst auf die Idee, daß sie im falschen Körper geboren wurden. Im Internet aber wurden sie überflutet, ohne auch nur einen kritischen Bericht als Gegenstimme zu bekommen. Nicht ein Bericht, weder in den Kindersendungen noch im Internet, weist auf die ernstzunehmenden Gefahren der Pubertätsblocker hin oder geht auf den tieferen Grund der Depressionen der Kinder ein.
Aber die Transition (Übergang von einem Geschlecht ins andere) wird wie ein Kinderspiel dargestellt, als sei es das Unproblematischste der Welt, für die man sogar große soziale Anerkennung erntet.
Diese Kinder bekommen alle keine wirkliche Hilfe, statt dessen werden sie für die Ziele einer Ideologie ausgenutzt.
Diese Ausbeutung betrogener Kinder und Jugendlicher wird anschaulich und aufrüttelnd in einem Doku-Drama von Epoch Times dokumentiert: "Gender Transformation - die unausgesprochene Realität" basiert auf den Erfahrungen mehrerer Transgender-Jugendlicher und Einsichten aus Experteninterviews. Vordergründig wird im Doku-Drama die tragische Geschichte von Jailey aus Kalifornien, einer Tochter von Abigail, erzählt:
Vor einigen Jahren war der Familie der Begriff "Transgender" noch fremd. Heute jedoch ist sie mit den komplexen und oft unausgesprochenen Realitäten dieses Themas konfrontiert.
Jailey, einst von ihrer Familie als das "mädchenhafteste Mädchen" beschrieben, wuchs behütet in Kalifornien auf und genoß ihr Leben als Tochter und Schwester. Doch mit Beginn eines neuen Schuljahres änderte sich ihr Leben. In der Schule wurde das Thema Genderidentität behandelt. Im Alter von 13 Jahren begann Jailey an Depressionen zu leiden. Die Schultherapeutin regte sie dazu an, sich intensiver mit ihrer eigenen Identität auseinanderzusetzen. Dabei wurde die Frage aufgeworfen, ob sie vielleicht glücklicher wäre, wenn sie als Junge leben würde.
Ohne das Wissen von Jaileys Mutter Abigail wurde sie daraufhin einer LGBTQ-Gruppe in der Schule zugewiesen. Die Schulpsychologen wiesen die Kinder ausdrücklich an, weder ihren Eltern noch den Lehrkräften von der Existenz dieser Gruppe zu erzählen, um einen "geschützten Rahmen" zu gewährleisten.
Bei diesen Treffen wurden regelmäßig Transgender-Personen eingeladen, die mit den Schülern und Schülerinnen über ihre Erfahrungen mit der Transformation sprachen. Eine Psychologin, die selbst Teil solcher Treffen war, erklärte, daß in den Sitzungen oft das Gefühl vermittelt wurde, daß es ein "Wir gegen die anderen" gäbe - vor allem gegenüber Familie und

Umfeld, die angeblich nicht verstehen würden, was die Betroffenen durchmachen.
In der LGBTQ-Gruppe isolierten sich die Schüler zunehmend und blieben weitgehend unter sich. Die Nutzung von Apps wie Snapchat, die es ermöglichen, das eigene Gesicht als das des anderen Geschlechts darzustellen, wurde immer häufiger. Gespräche darüber, wie einfach heutzutage eine Geschlechtsumwandlung sei, wurden präsenter. Auch die Inhalte, die den Schülern über ihre Handys angezeigt wurden, waren zunehmend sexualisiert, wie eine Betroffene im Film erklärte. Dies führte bei vielen zu einer sogenannten körperdysmorphen Störung (BDD) (Störung der Wahrnehmung des eigenen Körpers).
Kurz darauf entschied sich Jailey, daß sie nicht mehr als Mädchen leben wollte und verlangte, fortan mit dem Namen "Jason" angesprochen zu werden. Abigail, die Mutter, stellte fest, daß sie kaum noch Zugang zu ihrer Tochter hatte. Selbst nach Rücksprache mit der Schulpsychologin wurde ihr geraten, sich zurückzuhalten.
Die Psychologin stellte Abigail vor die Wahl: "Was ist Ihnen lieber - eine tote Tochter oder ein lebender Sohn?" Jailey begann daraufhin, männliche Hormone einzunehmen. Schließlich lief sie von zu Hause weg und fand Unterschlupf bei einer LGBTQ-Gruppe. Verzweifelt versuchte Abigail, ihre Tochter zu finden, verteilte Flyer und alarmierte die Polizei - jedoch ohne Erfolg. Auch in der Schule tauchte Jailey nicht mehr auf.
Nach einiger Zeit wurde Abigail beschuldigt, ihre Tochter mißhandelt zu haben und mußte sich vor Gericht verantworten. Die Schulpsychologin war diejenige, die dem Jugendamt empfahl, Jailey aus der Familie zu nehmen. Nach den Gerichtsverhandlungen erhielt Abigail schließlich ein Schreiben einer Stadt in Kalifornien, in dem ihr mitgeteilt wurde, daß man bei Jailey operative Eingriffe zur Geschlechtsumwandlung vornehmen würde und die Stadt die Kosten dafür vollständig tragen werde. Das Schreiben war von der zuständigen Richterin unterzeichnet. Abigail wurde das Sorgerecht für ihre Tochter entzogen.
Nach den Operationen und Hormonbehandlungen litt Jailey unter unvorstellbar starken Schmerzen, Depressionen und suizidalen Gedanken. Ein letzter Anruf bei ihrer Mutter spiegelte ihr unerträgliches Leiden unter den physischen Schmerzen der Hormonbehandlung wieder, aber sie teilte Abigail immer noch nicht mit, wo sie sich befand. Eines Tages erhielt Abigail einen Anruf von der Polizei: Jailey hatte sich das Leben genommen, indem sie vor einen Zug gesprungen war.
Abigail war zutiefst erschüttert, daß ihr das Recht, sich um ihre leidende Tochter zu kümmern, entwendet wurde. Zu schnell wurden sie auseinandergerissen, ohne daß die Mutter, die ihr Kind wirklich liebte, eine Chance bekam, ihrer Tochter zu helfen. Nach Jaileys tragischem Selbstmord engagiert Abigail sich bis heute auf der Straße, um durch Demonstrationen und Aufklärungsarbeit über Geschlechtsumwandlungen zu informieren. Dabei wird sie beschimpft und durch Gegendemonstrationen mundtot gemacht.
Verschiedene Experten und Psychologen, die in dem Doku-Drama interviewt werden, berichten, daß sie in einem nur sehr engen Handlungsrahmen zum Thema Gendertransformation agieren können. Sobald sie Fragen stellen oder herausfinden wollen, weshalb ein Patient oder eine Patientin denkt, im falschen Körper zu leben, kann dem Psychologen die Lizenz entzogen werden. Der gesamte Staatsapparat ist darauf ausgelegt, die Transformationsideologie voranzutreiben und zu befeuern.
Frau Dr. Katherine Welch, eine Ärztin, fordert dazu auf, der Geldspur zu folgen. Es geht darum, Menschen durch die Transformation zu lebenslangen Patienten zu machen. Und so lange wie möglich Gewinne aus ihrem Leben zu erzielen. Viele der großen Gesundheitsorganisationen unterdrücken die Meinung der Psychologen und Ärzte und drohen ihnen sogar mit fristlosen Kündigungen, sobald ihre Aussagen die Organisationen gefährden könnten.
Jaileys tragische Geschichte - und insbesondere die ihrer Familien - sind leider keine seltenen Einzelfälle:

2021 wurde Haftbefehl gegen einen Vater in Kanada erlassen, weil er die Geschlechtsumwandlung seiner 14-jährigen Tochter als staatlich geförderte Kindesmißhandlung und Sterilisierung von Kindern bezeichnete. Das Gericht verfügte, daß der Vater der Hormontherapie seiner Tochter nicht im Wege stehen und Verständnis für ihre Gender-Dysphorie (psychisches Leiden unter Geburtsgeschlecht) entwickeln solle. Der Versuch, den Wunsch seines Kindes durch öffentliche Äußerungen zu sabotieren, seien eine Form der familiären Gewalt. Daß der Vater sich in seiner väterlichen Verantwortung sah seine Tochter vor diesem irreversiblen Eingriff zu bewahren, fällt hier nicht ins Gewicht.
In der Schweiz wurde 2023 Eltern gesetzlich das Elternrecht entzogen, weil sie ihre Tochter vor der Transgender-Falle bewahren wollten: Das Kind war in der Corona-Phase meist alleine und im Netz unterwegs, wodurch es psychische Schwierigkeiten entwickelte und begann, sich als Junge zu identifizieren. Die Eltern suchten daraufhin ein staatliches Krankenhaus auf. Dort empfahl man die Gabe von Pubertätsblockern. Die Eltern lehnten dies ab und entschieden sich für eine Psychotherapie.
Dem wirkte die Schule des Mädchens entgegen. Sie setzte sich über die Entscheidung der Eltern hinweg und begann mit einer "sozialen Transition" - neue Pronomen, neuer Name. Die Beschwerde der Eltern wurde mit dem Einschalten von Jugendamt und der Transgender-Organisation "Le Refuge" beantwortet. Diese warfen den Eltern "Mißbrauch" vor.
In den Vereinigten Staaten, Bundesstaat Montana, wurde 2023 Eltern das Sorgerecht für ihre Tochter entzogen, weil sie eine Behandlung ihrer Tochter verweigerten. Nachdem ihre Tochter wegen eines angedrohten Selbstmordversuchs in eine Klinik eingewiesen wurde, äußerte diese dort, sich nun als Junge zu identifizieren. Die Eltern weigerten sich, dem zuzustimmen, weil sie überzeugt sind, daß der Wunsch nach einer Transition von einem nicht diagnostizierten psychischen Problem herrühre.
"Ich liebe meine Tochter bedingungslos und möchte nur, daß sie keine Entscheidungen trifft, bis sie die Reife und Lebenserfahrung hat, um zu verstehen, welche Konsequenzen dies für ihr Handeln hat", erklärte ihr Vater. Die Tochter wurde im Bundesstaat Wyoming untergebracht, wo geschlechtsspezifische chirurgische Eingriffe bei Minderjährigen zugelassen sind. Sie lebt nun in einer reinen Jungengruppe und soll später an ihre leibliche Mutter übergeben werden, mit der sie jahrelang keinen Kontakt mehr hatte. Auch wenn sie wieder in ihre Herkunftsfamilie eingegliedert wird, ist die Familie unwiederbringlich zerstört.
Fazit: Es ist ungeheuerlich, daß man seine Kinder inzwischen nicht etwa wegen Kindesmißhandlung verliert, sondern weil man sie von ganzem Herzen und aus tiefster Überzeugung vor genau so einer Mißhandlung an ihrer Seele, ihrem Geist und Leib schützen möchte.
Eltern, die noch am ehesten in der Lage wären, ihrem Kind Selbstvertrauen und Mut zuzusprechen, ihnen Liebe zu garantieren, ohne daß das Kind sich zuerst in einem anderen Geschlecht befinden muß, werden als allererstes ganz schnell von sog. Psychologen, Schulen und Institutionen verunglimpft und von ihren Kindern getrennt.
Was als Kinder- und Jugendserien daherkommt, in denen Schul- und Alltagsprobleme thematisiert werden, ist zwischen den Zeilen gefährlicher Trans-Aktivismus, der so nicht ins Kinderzimmer gehört.
Wie kamen wir als Gesellschaft so schnell vom "Sei du selbst" zum "Laß deinen Körper chirurgisch ändern und wechsle deine gesamte Identität"?
Medienmacher, Gruppierungen und Lobbyisten und deren sog. Schulpsychologen, die schutzlose Jugendliche und Kinder solcher Gehirnwäsche unterziehen, gehören vor Gericht. Nicht die Eltern, die ihre Kinder vor Kurzschlußentscheidungen bewahren wollen, die ihr ganzes Leben verändern werden, ihnen die Aussicht auf Familiengründung und vieles mehr rauben.
Diese Gruppierungen haben einer ganzen Generation den Krieg erklärt, und diese Generation wird uns unwiderruflich fehlen, wenn wir uns dem ganzen Genderwahn nicht entschieden

entgegenstellen!<<

13.12.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Dunkelflaute: Strom ist so teuer wie noch nie!**

Die Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien geht aktuell gegen null. Erste Betriebe haben die Produktion eingestellt. An der Strombörse explodieren die Preise - Strom ist so teuer wie noch nie! Und schmutzig ist er auch noch.

Kein Wind, dicke Wolken: Seit einer Woche herrscht in Deutschland "Dunkelflaute". Die Folgen sind explodierende Preise und immer mehr Kohlekraftwerke müssen "ran", um den großen Blackout zu verhindern.

An der Strombörse geht der Preis wegen akuter Knappheit durch die Decke und betrug zuletzt in der Spitze rund 1.000 Euro pro Megawattstunde - Rekord! Normal sind Preise um die 100 Euro.

Grund ist die sogenannte Dunkelflaute - kaum Wind, dicke Wolken, Nebel und zu wenig Erzeugungskapazität, die nicht vom Wetter abhängig ist. Energie-Experten sagen, die Lage sei noch kritischer als Anfang November (der Deutschland-Kurier berichtete).

Hintergrund: Im Frühjahr 2024 hatte die Bundesregierung mehr als vier Gigawatt Braun- und Steinkohlekraftwerke stillegen lassen, 2022 die letzten Atomkraftwerke. Dadurch wurde das Angebot politisch verknappt. Wenn dann auch noch der sogenannte Ökostrom ausbleibt, wird es richtig eng und teuer. Es droht ein Strom-Infarkt!

Folge: Stadtwerke, Stromhändler und Industriebetriebe, die jetzt am Spotmarkt der Energiebörse kurzfristig Megawattstunden bestellen müssen, zahlen Schock-Preise.

Firmen-Chef: "Solche Tage sind für uns finanziell blutrot!"

Erste Betriebe müssen jetzt die Produktion drosseln - das Elektrostahlwerk der sächsischen Firma Feralpi in Riesa stoppte seine Produktion sogar ganz, berichtet die "Bild-Zeitung".

- Ein weiteres Beispiel ist die Essener Metallfirma Anke GmbH. Geschäftsführer Tobias Wesselow läßt die Öfen während der Preis-Spitzen abkühlen. Er sagt: "Die derzeitigen Strompreise sind unerträglich hoch und haben teilweise auf die Stunde hin gesehen den Faktor 10 im Vergleich zu normalen Preisen erreicht. Solche Tage sind für uns finanziell blutrot!"

Viele andere Unternehmen, die an der Börse ihren Strom beziehen, fahren ihre Fertigung ebenfalls runter. Wolfgang Große Entrup, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI): "Es ist zum Verzweifeln. Unsere Unternehmen und unser Land können sich keine Schönwetter-Produktion leisten. Wir brauchen dringend Kraftwerke, die sicher einspringen können!"

Preis-Schock auch für Privatkunden

Auch für Privatkunden mit flexiblen Tarifen (bis zu eine Million Haushalte) kann es jetzt extrem teuer werden. Der Strom-Anbieter Tibber warnt seine Kunden auf X vor Preissteigerungen um bis zu 400 Prozent!

Abhängigkeit vom Ausland

Energie-Ökonom Prof. Manuel Frondel (Ruhr-Universität Bochum) sagt: "Die aktuelle Lage ist ein Vorgeschmack darauf, was passiert, wenn wir weiterhin Energiequellen abschalten, aber keinen Ersatz schaffen."

Denn so sieht das deutsche Energiewende-Luftschloß in der Realität aus: Insgesamt wurden im Inland zuletzt rund 60 Prozent des Strombedarfs aus fossilen Energieträgern (Kohle, Gas) produziert - fast ein Viertel mußte durch Importe gedeckt werden. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") schreibt Atomstrom-Bettelbriefe nach Frankreich. Weil im Nachbarland vielfach noch mit Elektro-Öfen geheizt wird, könnte der Strom aus Frankreich bei einem extrem kalten Winter womöglich ausbleiben. Bedeutet: Akute Blackout-Gefahr!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Deindustrialisierung: Chemie-Riese Evonik verkündet Job-Kahlschlag - 7.000 Arbeitsplätze vor dem Aus!**

Der nordrhein-westfälische Chemiekonzern Evonik hat radikale Sparmaßnahmen und einen Konzernumbau angekündigt: Wie die "Rheinische Post" (Düsseldorf) berichtet, stehen an verschiedenen Standorten in NRW bis zu 7.000 der insgesamt 32.000 Arbeitsplätze auf der Kippe. Bereits im Frühjahr hatte Evonik den Abbau von 2.000 Stellen angekündigt, davon 1.500 in Deutschland.

Habecks "grünes Wirtschaftswunder" macht gute Fortschritte!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**E-Auto, nein danke: Audi schließt Brüsseler Stromer-Werk - 3.000 ab Februar ohne Job**

Nach monatelangen Verhandlungen mit Betriebsräten und Gewerkschaften hat die VW-Tochter Audi jetzt die Schließung des E-Auto-Werks in Brüssel verkündet. Die Produktion werde Ende Februar eingestellt und die Fabrik geschlossen, teilte das Unternehmen mit. In Brüssel wurde bislang nur das große Elektro-SUV Q8 e-tron hergestellt. Dessen Verkaufszahlen schrumpfen dramatisch. Einen Sozialplan für die 3.000 Beschäftigten gibt es nicht.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Ehre, wem Ehre gebührt: Donald Trump ist "Person des Jahres"**

"PERSON OF THE YEAR" - das Titelbild des renommierten US-amerikanischen "Time-Magazins" zeigt den künftigen US-Präsidenten Donald Trump. Der 78-Jährige trägt diese Auszeichnung damit nach 2016 zum zweiten Mal.

Chefredakteur Sam Jacobs gab die Entscheidung in der "Today-Show" des Senders NBC bekannt. Trump sei jemand, der "im Guten wie im Schlechten 2024 den meisten Einfluß auf Nachrichten hatte", sagte Jacobs. Der Republikaner habe ein historisches Comeback hingelegt, die Präsidentschaft umgestaltet und die amerikanische Politik neu geordnet. "Es ist schwer zu bestreiten, daß die Person, die ins Oval Office einzieht, die einflußreichste Person in den Nachrichten ist", unterstrich der Chefredakteur des angesehenen Magazins.

Im Interview mit dem Blatt Publikation sprach Trump über seinen Wahlsieg und den Wahlkampfendspurt. "Ich habe es '72 Tage des Zorns' genannt", sagte der künftige Präsident und meinte im Rückblick: "Wir haben den Nerv des Landes getroffen. Das Land war wütend."

In der engeren Wahl waren auch Noch-Vizepräsidentin Kamala Harris, X-Eigner Elon Musk sowie der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und die britische Prinzessin Kate.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Dunkelflaute: Netzagentur prüft Ursachen von Strompreisanstieg**

Nach einem massiven Preisanstieg an der Strombörse geht die Bundesnetzagentur Hinweisen auf mißbräuchliches Verhalten nach. Entsprechende Hinweise prüfe man, sagte Behördenchef Klaus Müller der "Süddeutschen Zeitung" (Samstagausgabe). "Wenn es Anhaltspunkte dafür geben sollte, würden wir weitere Ermittlungen einleiten." Wegen einer so genannten Dunkelflaute waren die Preise in den vergangenen Tagen emporgeschnellt, am Donnerstag erreichten sie in der Spitze 936 Euro je Megawattstunde.

Grund war vor allem die sehr geringe Einspeisung von Windstrom. Der Thinktank Agora Energiewende sieht ein ungewöhnliches Geschehen am Markt. So hätten am Donnerstag Kohle- und Gaskraftwerke mit mehr als acht Gigawatt Kapazität keinen Strom erzeugt - obwohl sie laut Daten der Strombörse EEX eigentlich verfügbar waren, sagte Philipp Godron, Programmleiter Strom bei Agora. "Und obwohl sich die Erzeugung zu diesen Hochpreiszeiten sehr gelohnt hätte."

Über die Gründe wolle man nicht spekulieren. Für die Stromversorgung im Land habe aber zu

keinem Zeitpunkt Gefahr bestanden, sagte Müller. Die Frage nach drohenden Blackouts könne er "glasklar mit Nein beantworten". Auf solche Situationen sei das Monitoring der Behörde geeicht. Erstens werde geprüft, ob Strom über alle Grenzkupplungspunkte fließt, also die technische Netzstruktur funktioniert, erklärte der Chef der Bundesnetzagentur. Und zweitens, ob die Versorgung gelingt, also auch über Importe. "Aber natürlich nehmen wir die Ereignisse sehr ernst", sagte Müller.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Bundesweite Ausfälle beim E-Rezept**

Wer ein elektronisches Rezept (E-Rezept) einlösen möchte, stößt aktuell auf Probleme. Einem "Spiegel-Bericht" zufolge gibt es einen Ausfall bei einem Infrastruktur-Dienst innerhalb des E-Rezept-Systems, der von der CompuGroup Medical Deutschland AG angeboten wird.

Sowohl das Bundesgesundheitsministerium als auch die oberste Vertretung der deutschen Apothekerschaft, ABDA, bestätigen gegenüber dem Magazin die Probleme. Auch das Unternehmen selbst spricht von einem Problem, will sich aber nicht weiter äußern und verweist auf eine Mitteilung an die Gematik. Der Ausfall betrifft viele Apotheken in Deutschland.

Betroffen ist die E-Rezept-Einlösung mittels der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) und über das System Cardlink. E-Rezepte können aktuell weiterhin angenommen und beliefert werden, wenn die Arztpraxen den dazugehörigen Token ausdrucken. Der Token-Ausdruck kann in den Apotheken nach wie vor eingelesen werden. Patienten sollten ihre Arztpraxen im Moment also um einen E-Rezept-Ausdruck bitten, bis das Problem behoben ist, so die ABDA. Die Gematik sagte, daß es sich nicht um eine flächendeckende Störung handele.

Sie betreffe Praxen und Apotheken mit Software des Anbieters CompuGroup Medical. Bis zur vollständigen Behebung ermöglichen Redundanzmechanismen das Einlösen von E-Rezepten. Ein Sprecher der CompuGroup Medical Deutschland AG konnte auf "Spiegel-Anfrage" nichts zur Dauer des Problems und einer möglichen Lösung sagen. Aktuell tage man dazu.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.433/…): >>**Die größten Feinde der Demokratie sind in der politisch-medialen Elite**

Daß wir uns schon nicht mehr in einer rechtsstaatlichen Demokratie befinden, schwant immer mehr denkenden Bürgern. Ein zentrales Indiz ist, wie die poltisch-mediale Elite in steigendem Maße direkt und indirekt die Meinungsfreiheit des Bürgers, des Souveräns, einschränkt, die für jede Demokratie das Fundament bildet und geradezu konstituierend für sie ist.

Diese wird damit in ihrem Kern angegriffen. Dahinter steht das Bestreben, eine links-grüne Gesellschafts-Ideologie gegen Widerstand durchzusetzen, welche vor allem die Transformation der angestammten kulturellen Verfaßtheit des Volkes in eine multikulturelle Mischbevölkerung bewirken und den Bürger propagandistisch dazu erziehen, sprich, zwingen soll. - Ein gigantisches totalitäres Projekt.

Der Philosoph und Politologe Prof. Lothar Fritze, zwischen 1993 und 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismus-Forschung an der TU Dresden, hat sich dem Thema in seinem neuen Buch "Der freiheitliche Staat und seine Zerstörer" gewidmet. Die Junge Freiheit druckte in ihrer Ausgabe vom 22.11.2024 einen zentralen Auszug aus dem Buch ab, der es in sich hat.

Eine linke Elite, so Prof. Fritze, habe sich vorgenommen, neben einer für Industrieländer "vorbildlichen" klimaverträglichen Energiewende, durch Duldung und Förderung von Massenmigration eine multikulturelle Gesellschaft zu etablieren. Sie sei entschlossen, ihre politische und mediale Macht zu nutzen, Wirtschaft und Gesellschaft so von Grund auf umzugestalten.

"Eines der zentralen Projekte des kulturellen Hegemons (Herrschenden, hl) ist die Transformation der ethnisch und kulturell relativ homogenen Gesellschaft in eine multiethnische und

multikulturelle Gesellschaft. Das entscheidende Stellglied, das es erlaubt, diese Transformation dem Volke in historisch kurzer Zeit aufzuzwingen, ist eine zum Teil dankbar hingenommene, teils gezielt organisierte Masseneinwanderung aus allen Teilen der Welt. Die damit verbundene Islamisierung des Landes und Europas wird als eine - wie man meint - beherrschbare oder sich auswachsende Kollateralwirkung akzeptiert."
Das alles überwölbende langfristige Projekt gipfele schließlich in der Auflösung der Nationalstaaten.
- Genauer muß man sagen: in der Auflösung der gewachsenen Völker mit ihren spezifischen Kulturen. -
Daß die Massenmigration von Vertretern der EU und der UN geplant und organisiert wird, ist nachgewiesen. Erst kürzlich hat auch der britische Premierminister Keir Starmer eingeräumt, daß die Massenzuwanderung nach Großbritannien kein Zufall, sondern geplant sei. Dem UN-Migrationspakt, der die Staaten praktisch zur Duldung der Masseneinwanderung verpflichtet, hat der Bundestag im November 2018 mit den Stimmen der Altparteien zugestimmt und damit den Souverän, der ihn gewählt hat, der Auflösung ausgeliefert.

Demokratie erlaubt keine zentrale Gestaltung

Prof. Fritze stellt demokratietheoretisch grundsätzlich fest, daß in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung der Staat kein Mandat zur Neugestaltung der Gesellschaft habe.
"Weder seine gesetzgebenden, noch seine ausführenden und rechtsprechenden Organe sind dazu berufen, das Brauchtum der Gesellschaft zu schleifen, wirkmächtige Sitten für obsolet zu erklären, kulturhistorisch begründete Überzeugungen zu kriminalisieren und neue Präverenzregeln (Regeln des aus verschiedenen Alternativen Bevorzugten, hl.) oder Moralvorstellungen zu definieren. … Über Entscheidungen dieser Art wird in Wahlen nicht befunden."
Gewählte Politiker hätten mit ihrer Wahl keine Legitimation, die Grundstruktur der Gesellschaft zu verändern, oder Institutionen und Traditionen zu beseitigen, die das Leben und die Beziehungen der Menschen grundlegend prägen. Der Staat könne also nicht zentral von oben die Umgestaltung Deutschlands in ein Einwanderungsland bestimmen.
Denn die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes beruht ja auf dem Grundrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit, das heißt auf dem elementaren Menschenrecht jedes Einzelnen, sein Leben nach seiner eigenen Erkenntnis selber zu bestimmen. Das bedeutet in seiner Konsequenz, daß das wirtschaftliche und kulturelle Leben von den dort tätigen Menschen selbst - natürlich im Rahmen der verfassungsmäßigen Grenzen - frei zu gestalten, selbst zu verwalten sind und nicht vom Staat reglementiert werden dürfen. Der Staat hat sich demgegenüber neutral zu verhalten.
Welche Entwicklung das kulturelle Leben eines Volkes freier Individualitäten nehmen soll, kann nicht von wenigen Politikern bestimmt und mit staatlicher Gewalt durchgesetzt werden, sondern ergibt sich aus der Vielfalt der kulturellen Tätigkeiten der Bürger in einem freien, von Staat und Wirtschaft unabhängigen Geistesleben, einschließlich des Schul- und Hochschulwesens, von selbst. Das wird bis heute verhindert.
Prof. Fritze drückt das so aus: "Der freiheitliche Staat ist der Anwalt des Projektes der Aufklärung - der Überzeugung, daß der öffentliche Vernunftgebrauch letztlich zu den brauchbarsten Problemlösungen führt." Der freiheitlich-demokratische Verfassungsstaat sei daher im Grunde verpflichtet, sich auf die Erfüllung elementarer Gemeinschaftsaufgaben, gleichsam die eigentlichen Zwecke des Staates zu beschränken: Sicherung der Funktionsfähigkeit des Staates, Wahrung des inneren Friedens, Bestandssicherung im Außenverhältnis, Gewährleistung der Grundrechte des Einzelnen.
Ja es kann ganz allgemein nicht die Aufgabe des Staates sein, so Prof. Fritze, seine Bürger moralisch zu erziehen, und sei es in den besten Absichten. Das aber liegt zugrunde, wenn die

Menschen von den Regierungsparteien auf bestimmte Zukunftsentwürfe mental eingestellt oder sonstige Ideologien realisiert werden sollen.
Schon Wilhelm von Humboldt hatte geschrieben: "Das Prinzip, daß die Regierung für das Glück und das Wohl, das physische und moralische, der Nation sorgen muß, ist gerade der ärgste und drückendste Despotismus."
Und: "Ein Staat, in welchem die Bürger … genötigt oder bewogen würden, auch den besten Ge-setzen zu folgen, könnte ein ruhiger, friedliebender, wohlhabender Staat sein; allein er würde mir immer ein Haufen ernährter Sklaven, nicht eine Vereinigung freier, nur, wo sie die Grenze des Rechts übertreten, gebundener Menschen scheinen."
Der vom Absolutismus überkommene Einheitsstaat, der neben dem Recht auch das gesamte Geistesleben, einschließlich des Bildungssystems, und das Wirtschaftsleben reglementiert, behandelt den Menschen als zu erziehenden unmündigen Untertan und nicht als freien, sich selbst bestimmenden Bürger. Es ist Despotismus, Diktatur, im Gewande formaldemokratischer Abstimmungsabläufe.
"Ein freiheitlicher Staat ist aus demokratietheoretischer Sicht ausschließlich dazu legitimiert, Maßnahmen zu ergreifen, die der Selbstbestimmung sowie der Bewahrung der Voraussetzungen der Selbstbestimmung dienen." (Prof. Fritze)

Kampf gegen die Meinungsfreiheit

Wer von einer Welt- und Menschheits-beglückenden Ideologie erfüllt ist und an den Hebeln der staatlichen Macht sitzt, wird dazu neigen, alle propagandistischen Möglichkeiten zu nutzen, die Bevölkerung zur Zustimmung zu bringen - zu ihrem eigenen Guten natürlich.
"Ein Staat (…), der sich dazu versteht, auf die Überzeugungsbildung der Bürger steuernd einzuwirken, wird nicht davor zurückschrecken, die dazu passenden gesinnungstreuen Bekenntnisse einzufordern. Damit jedoch bewegt man sich in einem Fahrwasser, das bisher nur von totalitären Diktaturen beschifft wurde. Weltanschauungs-Diktaturen formen sich immer auch zu Bekenntnis-Gemeinschaften."
Ja man wird entgegenstehende kritische Auffassungen nicht nur inhaltlich bekämpfen, sondern vor allem die Möglichkeiten, sie öffentlich zu äußern, immer mehr einschränken und verhindern, damit sie keine Anhänger finden können. Und mit der Beseitigung der für jede freiheitliche Gesellschaftsordnung konstitutiven Meinungsfreiheit wird der totalitäre Charakter vollends offenbar. Diesen zentralen Angriff auf die Wurzeln der Demokratie erleben wir gegenwärtig in anschwellendem Maße.
Der Druck zu Gesinnung und Bekenntnis, die tägliche umfassende Propaganda durch die staatstreuen Mainstream-Medien, verbunden mit dem Kampf gegen abweichende Meinungen, wie sie gegenwärtig stattfinden, haben ihre Parallelen im Nationalsozialismus, wie auch in einem vorangehenden Artikel detailliert nachgewiesen wird.
Die Ideologien sind verschieden, aber was ihre Akteure gemeinsam haben, ist die Nichtachtung des anderen Menschen als freie Individualität, die das gleiche Recht hat, ihr Leben aus eigener Erkenntnis selbst zu bestimmen. Sie wollen ihre Ideen unbedingt durchsetzen, und dazu sind ihnen die Auffassungen und Meinungen der anderen Menschen im Wege, die es daher zu unterdrücken, auszuschalten, mit allen psychischen und physischen Mittel zu überwältigen gilt.
Nichts Äußeres, diese innere seelische Einstellung gegenüber dem geistigen Wesen des anderen Menschen ist das Einfallstor aller autokratischen, diktatorischen und totalitären Herrschaft über die Menschen, die immer in anderen Formen erscheint.
Die einseitige propagandistische Berichterstattung, fortgesetzte öffentliche Lügen und Verhinderung anderer Erkenntnisse und Auffassungen versetzen die Menschen in die Illusion einer Wirklichkeit, die so nicht besteht.
Dieser verstellte und erlogene Gesamtzusammenhang hat tiefgehende Auswirkungen auf den

Menschen, die Hannah Arendt so beschreibt:
"Das Resultat ist keineswegs, daß die Lüge nun als wahr akzeptiert und die Wahrheit als Lüge diffamiert wird, sondern daß der menschliche Orientierungssinn im Bereich des Wirklichen, der ohne die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit nicht funktionieren kann, vernichtet wird. … Konsequentes Lügen ist im wahrsten Sinne des Wortes bodenlos und stürzt Menschen ins Bodenlose, ohne je imstande zu sein, einen anderen Boden, auf dem Menschen stehen könnten, zu errichten."
Wenn ein breites Lügennetz zur Illusion eines ganzen Wirklichkeits-Zusammenhangs gewoben ist, geht dem menschlichen Orientierungssinn die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit abhanden, ohne die er nicht funktionieren kann. Der Mensch wird, wenn er nicht vollkommen unsensibel geworden ist, hier und da dumpf empfinden, daß etwas nicht stimmt, wird auch die eine oder andere Lüge vermuten, aber er hat in einem flächendeckenden Propagandafeld kaum die Möglichkeit, zu den gesamten Tatsachen der vollen Wirklichkeit vorzudringen.
Das aber bedeutet, daß die Bürger einer Demokratie nicht mehr urteilsfähig sind. Um die umfassende Information und Erkenntnis des Bürgers zu garantieren, sind im Grundgesetz die Grundrechte der Informations- und der Meinungsfreiheit verankert. Doch "Meinungsfreiheit", schrieb Hannah Arendt, "ist eine Farce, wenn die Informationen über die Tatsachen nicht garantiert sind." Dann kann sich der Mensch kein Urteil mehr bilden, das in der Wahrheit, in der Wirklichkeit gegründet ist. Nur darauf kann aber eine Gesellschaftsform freier, selbstbestimmter Menschen basieren. Die heutige totale Lügenpropaganda von Politik und Mainstream-Medien hat die Demokratie bereits von innen, im Bewußtsein der Menschen, beseitigt.

Fazit

So formuliert Prof. Fritze in dem Buchausschnitt treffend: "Die objektiv gefährlichsten Feinde der Demokratie finden sich gegenwärtig in der politisch-medialen Elite. Es sind die geistigen Stichwortgeber, die ideologischen Einpeitscher, die den Wähler in seinem Denken und Wollen manipulieren und zu dominieren versuchen. Sie sind es, die den freiheitlichen demokratischen Staat aktiv und aggressiv tagtäglich bekämpfen."
In den Demokratien in Deutschland und wohl im gesamten sogenannten demokratischen Westen seien (wieder) "Formen politischer Machtausübung entstanden, die - gemessen an den Prinzipien eines freiheitlichen Staates - als illegitim zu gelten haben. Die Bürger dieser Länder leben in Staaten, die in dem Sinne übergriffig geworden sind, als sie Mittel der Herrschaftssicherung einsetzen, die die unverzichtbaren Bedingungen einer freien Selbstbestimmung der Menschen zerstören.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.430/…):
>>**Dunkelflaute**

"Absolut beschissene Situation": Norwegen diskutiert Stromlieferstopp für Deutschland wegen Rekordpreisen

Norwegen und Schweden kritisierten Deutschland scharf während der Dunkelflaute. Die deutsche Energiepolitik sei auch für Preissteigerungen im Ausland verantwortlich, sagen die Länder. Das deutsche Wirtschaftsministerium will seine Bürger beschwichtigen.
Marie Rahenbrock
Die Reaktionen auf die deutsche Dunkelflaute sind deutlich. Norwegen und Schweden finden scharfe Worte, der Vizepräsident des Bundesamts für Bevölkerungsschutz gibt ein Interview und empfiehlt, einen dreitägigen Vorrat anzulegen, falls es zu einem Stromausfall kommen sollte. Derweil versucht das Wirtschaftsministerium zu beschwichtigen. Problematisch sei nur eine "unübliche (…) Windflaute".
Die Strompreise stiegen in Deutschland am Donnerstagabend auf 936 Euro pro Megawattstunde. Ein absoluter Rekord, denn selbst in der Energiekrise lag der Höchstwert am 29. No-

vember 2022 bei 871 Euro. Die konventionelle Stromerzeugung lieferte 83,7 Prozent des Bedarfs. Solaranlagen brachten keinen Strom, Windkraft lieferte nur 1,5 Gigawatt Strom. 13 Gigawatt Strom mußten importiert werden.
Angesichts dieser Zustände überlegt die norwegische Regierung, die Stromverbindung nach Deutschland und Großbritannien neu auszuhandeln. Das berichtet die Financial Times. Die Stromverbindungsleitung nach Dänemark soll außerdem abgeschafft werden. Der Mangel an Wind in Deutschland soll dafür verantwortlich sein, daß der Strompreis in Südnorwegen am Donnerstag auf den höchsten Stand seit 2009 stieg. Eine Kilowattstunde kostete 13,16 Norwegische Kronen.
"Es ist eine absolut beschissene Situation", sagte Norwegens Energieminister Terje Aasland laut der Financial Times. Die Interkonnektoren werden für die derzeit hohen norwegischen Preise verantwortlich gemacht. Kritiker argumentieren, daß Norwegen erst dann Strom aus seiner reichlich vorhandenen Wasserkraft ins Ausland schicken sollte, wenn es für niedrige Preise im Inland gesorgt hat, wie es zuvor jahrzehntelang der Fall war.
Nicht nur die norwegische Zentrumspartei, der Juniorpartner in der Koalition, forderte die Einstellung der Lieferung von Strom nach Deutschland und Großbritannien. Auch die Oppositionspartei Fortschrittspartei, die in Umfragen derzeit führt, fordert die Einstellung der Lieferung. Die Frage der Stromlieferungen wird wahrscheinlich eines der Hauptthemen des Wahlkampfes nächstes Jahr sein, wenn ein neues Parlament gewählt wird.
Auch die schwedische Energieministerin Ebba Busch findet scharfe Worte. Wie Focus berichtet, sagte sie der Zeitung Aftonbladet, daß Deutschlands Entscheidung, die Atomkraftwerke abzuschalten, sich negativ auf die Strompreise in Schweden auswirke. "Ich bin sauer auf die Deutschen", sagte sie. "Sie haben eine Entscheidung für ihren eigenen Bereich getroffen, zu der sie das Recht haben. Aber es hatte sehr große Konsequenzen", fuhr sie weiter fort. Da Schweden am Donnerstagabend Strom nach Deutschland exportierte, sei in Schweden der Strompreis gestiegen, weil das Angebot knapper wurde, so die Energieministerin.
Das deutsche Wirtschaftsministerium versucht derweil, zu beschwichtigen. In einem X-Thread will das Wirtschaftsministerium erklären, wie es zu den hohen Strompreisen kommt. In acht Posts wird behauptet, daß die hohen Preise "durch ein seltenes Zusammenkommen mehrerer Faktoren" entstanden sind. Aufgrund einer "unüblichen Windflaute" lag die durchschnittliche Produktionskapazität von Windstrom 85 Prozent niedriger als sonst. Es wurden nur 3,1 GW statt sonst durchschnittlich 19,2 GW produziert.
Wegen der Heizungsnutzung und geopolitischer Risiken sei auch der Gaspreis stark angestiegen, so das Wirtschaftsministerium. Während der Gaspreis im Juli 30 Euro pro MWh betrug, war er auf 46 Euro MWh gestiegen. "Aufgrund der kalten Witterung ist der Stromverbrauch derzeit vergleichsweise hoch."
All diese Faktoren haben laut dem Wirtschaftsministerium zu dem teuren Strompreis beigetragen. Jedoch handelte es sich nur "um sehr wenige teure Stunden". Allerdings mußte das Elektrostahlwerk der Firma Feralpi wegen der hohen Strompreise die Produktion einstellen, wie Handelsblatt berichtete. Am Mittwoch und Donnerstag soll der Stillstand für die Firma Kosten im höheren sechsstelligen Bereich verursacht haben.
Doch nicht nur die Industrie hat Probleme. Der Vizepräsident des Bundesamts für Bevölkerungsschutz, René Funk, forderte in einem Interview mit T-Online die Bevölkerung in Deutschland auf, einen Notvorrat für drei Tage anzulegen. "Ich appelliere an die Bürgerinnen und Bürger: Bereiten Sie sich auf Notlagen vor, dies kann auch länger andauernder Stromausfall sein", sagte René Funk. "Notlagen müssen nicht eintreten, sind aber jederzeit möglich." Außerdem gebe es womöglich hybride Attacken aus dem Ausland, wie aus Rußland oder dem Iran.
Über einen länger andauernden Stromausfall sagte Funk: "Viele Menschen bedenken nicht,

was dann alles nicht mehr funktionieren würde: das Licht, der Herd, in Teilen die Wasserversorgung, das Internet, die Geldautomaten." Die Menschen sollen 1,5 Liter Wasser pro Person und Tag anschaffen, sowie Kerzen, batteriebetriebene Lampen, ein Handkurbelradio und Lebensmittel, die nicht gekocht werden müssen wie Konservendosen oder Kekse.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.430/…): >>**Mord, Totschlag und Gewalt: Kinderkriminalität steigt um 67 Prozent an**

Die Kinderkriminalität in Nordrhein-Westfalen ist 2023 dramatisch stark angestiegen. Auch bei schweren Gewaltdelikten wie Mord oder Sexualstraftaten kam es zu einem Anstieg der Täter, die unter 14 Jahre alt sind.

Marie Rahenbrock

Da die Strafmündigkeit erst mit 14 Jahren eintritt, können tatverdächtige Kinder juristisch nicht belangt werden.

Die Fälle von Kinderkriminalität in Nordrhein-Westfalen sind erneut dramatisch gestiegen. Das geht aus einem Bericht des Innenministers Herbert Reul hervor, den er am Donnerstag im Innenausschuß vorstellte. Beantragt hatte den Bericht die AfD. 2023 gab es demnach 22.496 tatverdächtige Kinder unter 14 Jahren - 2022 waren es noch 14.851 und 2020 wiederum 13.437. Insgesamt stiegen die Fälle von Kinderkriminalität 2023 damit um 67,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

In sieben Fällen ging es dabei um Mord und Totschlag durch Kinder - 2020 waren es null. Sexualstrafdelikte wie Vergewaltigung oder sexuelle Nötigung, einschließlich Todesfolge, wurden in 34 Fällen von Kindern verübt - 2020 wurden 16 Fälle registriert. Auch bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung ist ein Anstieg zu verzeichnen: Waren es 2020 noch 1.504 Vorfälle, wurden 2023 bereits 2.788 Körperverletzungen durch Kinder verübt.

Insgesamt stiegen die Fälle von Gewaltkriminalität durch Kinder von 1.741 Fällen 2020 auf 3.271 Fälle 2023. Auch bei Sachbeschädigung und Diebstahl stiegen die Fallzahlen. Als Intensivtäter wurden im vergangenen Jahr 23 Kinder geführt. Auch diese Zahl hat sich drastisch erhöht: 2019 waren es elf. Da die Kinder vor Vollendung des vierzehnten Lebensjahres strafunmündig sind, kann rechtlich nicht gegen sie vorgegangen werden. Das Jugendamt kann nur die Eltern in der Erziehung begleiten oder im Extremfall das Sorgerecht entziehen.

Einer der sieben Morde, die 2023 durch Kinder in Nordrhein-Westfalen verübt wurden, ist der Mord an der zwölfjährigen Luise aus Freudenberg. Sie war von zwei Mitschülerinnen im Alter von zwölf und 13 Jahren am 11. März 2023 erstochen worden. Die Wunden waren so schwer, daß sie noch am Tatort verblutete. Die Staatsanwaltschaft machte damals zum Motiv der Täterinnen keine Angaben. Aus Ermittlerkreisen wurde später bekannt, daß soziale Medien eine Rolle gespielt haben sollen.

Angesichts der verheerenden Zahlen der Kinderkriminalität stieß Innenminister Herbert Reul bereits im April die Debatte an, die Strafmündigkeit zu senken. "Wenn immer mehr Kinder und Jugendliche Bomben bauen oder jemandem ein Messer in den Bauch stoßen", so Reul, "dann kann man nicht sagen: Der hat gar keine Verantwortung dafür".

Er verwies darauf, daß in anderen Ländern die Strafmündigkeit bei zwölf Jahren liege. Allerdings schränkte er seinen Vorstoß gleich mit der Bemerkung ein, daß er keine Bundesratsinitiative anstrebe, um eine Herabsenkung des Strafmündigkeitsalters zu erreichen. Die Grünen, mit denen er koaliert, lehnten Überlegungen zu einer Absenkung ab.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Dunkelflaute: Strompreis explodiert**

Von *Daniell Pföhringer*

Kein Wind, keine Sonne: Jetzt passierte, wovor Kritiker der Energiewende schon lange warnen. Die Dunkelflaute treibt den Strompreis auf ein Rekordhoch. …

Jetzt haben wir den Salat: Gestern wehte nur ein laues Lüftchen, die Sonne ließ sich nicht

blicken, ohnehin sind die Tage nun besonders kurz. Über 30.000 Windräder und etwa vier Millionen Solaranlagen lieferten in Deutschland nur einen Bruchteil des benötigten Stroms. Das ist es, was man in Fachkreisen Dunkelflaute nennt.
Die Folgen dieses Phänomens hat der Focus auf den Punkt gebracht: "Um das Netz vor dem Kollaps zu bewahren, laufen alle fossilen Kraftwerke auf Hochtouren: Steinkohle, Braunkohle, Gas und selbst Öl wird verfeuert, was die Öfen hergeben. Da das alles inzwischen viel zu wenig ist, pumpt Deutschland die Nachbarländer um Strom an. Insbesondere Frankreich liefert Riesenmengen aus konventionellen Kraftwerken und Atommeilern."
Von Shakespeare stammt der Spruch: "Ist dies schon Wahnsinn, so hat es doch Methode." Und genau das trifft auf die Energiepolitik der Bundesregierung und ihres grünen Wirtschaftsministers Robert Habeck zu. Statt dafür zu sorgen, bald wieder einige Kernkraftwerke hochfahren zu können, wird weiter auf Sicht gefahren. Dabei sind in Frankreich, von wo nun Atomstrom importiert wird, die Stromreserven derzeit äußerst knapp.

660 Euro pro Megawattstunde

Die Folge der grünen Wahnsinnspolitik für die Verbraucher: Erreichte der Strompreis schon Anfang November mit 500 Euro pro Megawattstunde einen kritischen Höchststand, der die Alarmglocken schrillen ließ, lag er gestern bei 660 Euro. Die importierte Menge an Strom erreichte gestern um 8 Uhr morgens einen Spitzenwert von 17 Gigawatt die Stunde.
Zum Vergleich: Am vergangenen Montag, als der Wind spürbar wehte, lag der Stromimport zur gleichen Zeit bei 1,7 Gigawatt und der Preis für die Megawattstunde bei rund 130 Euro. Das belegen die Echtzeitzahlen von Agora Energiewende, also dem Verein, der unter Habeck im Wirtschaftsministerium geradezu mafiöse Strukturen ausgebildet hat. Stichwort Graichen …

Versorgungssicherheit in Gefahr

Neben den enormen finanziellen Belastungen, die den Deutschen von den Energiewende-Fanatikern aufgebürdet werden, schwindet die Versorgungssicherheit immer mehr. Denn: Die Bundesregierung hat sämtliche Atomkraftwerke und zahlreiche Kohlekraftwerke vom Netz genommen, doch die sowie Öl- und Gaskraftwerke sorgen für die notwendige Grundlast, wenn die Erneuerbaren - wie gestern - nicht liefern können. Während der Dunkelflauten kommt es zu besorgniserregenden Engpässen.
Der Chef des Energiekonzerns RWE, Markus Krebber, warnt schon seit Wochen davor, daß in Deutschland zu wenig Strom produziert werde. Die Bundesregierung verhalte sich so, als sei der Zubau gesicherter Leistung etwas, das sich aufschieben ließe. "Wir haben keine Zeit mehr, ganz im Gegenteil", so Krebber auf der Plattform LinkedIn. "Die Zeit rennt und der Zubau drängt - nicht erst seit diesem Monat."
Scholz, Habeck & Co. bekümmert das nicht. "Deutschlands Stromversorgung gehört zu den sichersten in Europa", heißt es aus Berlin. Die Quittung für ihre ideologisch getriebene Ausplünderung der Deutschen könnten die Verursacher schon bald präsentiert bekommen. Am 23. Februar 2025 wird der Bundestag neu gewählt - und die Umfragewerte für SPD und Grüne sind im Keller.
Ideologen und Hintermänner: In COMPACT-Spezial "Klima-Terroristen" treten wir der grünen Hysterie mit knallharten und nachprüfbaren Fakten entgegen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 51/24" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**AKW-Studie der Radiant Energy Group**

Wir könnten, wenn wir wollten

Rüdiger Stobbe

Nach dem Ampel-Aus keimte die Hoffnung, daß die Zeit der Demontage von Wirtschaft, Gesellschaft und Wohlstand Deutschlands zu Ende gehen könnte. Leider reift mehr und mehr die Erkenntnis, daß es auch mit einer von Friedrich Merz geführten Bundesregierung weitergehen

wird wie bisher. Anders sind die Worte von Merz zu Robert Habeck, den Grünen sowie das Verhalten der Unionsfraktion nicht zu deuten. Beispiel Energie: Eine Studie der Radiant Energy Group belegt, daß abgeschaltete Kernkraftwerke (KKW) zum großen Teil kurz- und mittelfristig reaktivierbar sind. Brokdorf könnte bis Ende 2025 wieder in Betrieb genommen werden. Emsland und Grohnde kämen 2028 hinzu.
Günstiger, CO2-freier Kernkraftstrom würde teuren, CO2-haltigen Importstrom ersetzen. Aber nein, als am 4. Dezember im Bundestag neben anderem ein "Moratorium für den Rückbau abgeschalteter Kernkraftwerke" als Grundvoraussetzung für die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Kraftwerke zur namentlichen Abstimmung gebracht werden soll, beschließen die "Altparteien" inklusive CDU/CSU die Überweisung in die Ausschüsse. Dogma ist die Brandmauer: AfD-Anträgen darf niemals zugestimmt werden.
Der Wähler würde bei einer namentlichen Abstimmung merken, daß das Gerede von Merz über die Wiedereinführung der Stromgewinnung durch Kernenergie populistisches Geplapper war. Alles wird bleiben, wie es ist. Ohne Rot-Grün kann Merz nicht regieren. Der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands geht weiter.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 51/24" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**Die Schere wird größer**
Wir können Milei verdammen, aber große Einschnitte werden immer nötiger
Ulrich van Suntum
Ist eine Weidenrute stark verbogen, muß man sie erst einmal in die andere Richtung überspannen, um sie wieder gerade zu bekommen. Dieses Gleichnis wird Adam Smith zugeschrieben, dem Urvater des ökonomischen Liberalismus. Es paßt auch auf die aktuelle wirtschaftspolitische Lage hierzulande. Denn diese ist nach nur drei Jahren Ampelregierung derart desaströs, daß es mit kleineren Korrekturen nicht mehr getan ist.
Das wollte wohl auch Christian Lindner ausdrücken mit seiner Bemerkung, wir sollten "ein bißchen mehr Milei und Musk wagen". Sofort ging ein Aufschrei durch die deutsche Medienlandschaft, vom Spiegel bis zur FAZ. Ein paar Reformen seien zwar sicher nötig, aber das seien ja wohl die falschen Vorbilder. Wir sollten besser mit der Gartenschere als mit der Kettensäge zu Werke gehen, so ließ sich etwa Stefan Kolev vernehmen, Ökonom und Leiter des Ludwig-Erhard-Forums in Berlin.
Friedrich Merz zeigte sich "völlig entsetzt" über Lindners Empfehlung. Was Präsident Javier Milei in Argentinien mache, ruiniere das Land und trete "die Menschen mit Füßen", sagte er in der Talkshow Maischberger. Ähnliche Äußerungen kamen auch aus der FDP, etwa von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die Milei zudem noch Frauenfeindlichkeit vorwarf.
Aber es gibt zunehmend auch andere Stimmen. So befand sogar die Süddeutsche Zeitung, Lindner habe doch durchaus recht. Auch die Welt und das Handelsblatt schreiben, daß wir uns Arroganz gegenüber mutigen Reformern wie Milei und Musk nicht mehr länger leisten können. Sollte Merz, der bisher noch vor jedem drohenden Shitstorm ängstlich zurückzuckte, hier etwas verpaßt haben?
Beginnt der Zeitgeist sich allmählich auch in den führenden Medien zu wandeln? Von der Sache her wäre das dringend geboten. Denn Deutschland gleicht inzwischen einem abgehalfterten Altstar, der nur noch mit seinem restlichen Geld um sich wirft und alle Welt nervt mit Arroganz und Besserwisserei.
Dagegen haben Leute wie Milei und Musk echte Erfolge vorzuweisen. Allein schon das entschlossene Eintreten für Meinungsfreiheit und gegen die woke Zensur unterscheidet Milei von den meisten Kollegen in den Chefetagen. Und was er in nur einem Jahr in Argentinien bewegt hat, ist geradezu sensationell angesichts des verheerenden Erbes aus der Zeit der Peronisten. Die galoppierende Inflation von fast 300 Prozent im Jahresvergleich ist zwar noch lange nicht gezähmt, konnte aber immerhin im Trend deutlich gesenkt werden.

Zugleich ist der Staatshaushalt, wenn man die Zinsen für die Altschulden herausrechnet, inzwischen wieder im Gleichgewicht. Das wurde vor allem durch Stellenabbau im öffentlichen Dienst und eine radikale Senkung der Staatsausgaben um inflationsbereinigt ein Drittel erreicht.
Natürlich ist eine solche Radikalkur nicht ohne gravierende Nebenwirkungen zu haben. Die Arbeitslosenzahl stieg, die Konsumausgaben sanken, und die Armutsquote hat zugenommen. Aber wenn Milei seinen Kurs durchhält, sind das vorübergehende Effekte, die sich wieder zum Besseren wenden werden.
Genauso war es in Deutschland nach Ludwig Erhards Währungsreform im Juni 1948. Zuerst wurde alles teurer, und das Leben schien unbezahlbar für die kleinen Leute zu werden, weswegen die Gewerkschaften sogar zum Generalstreik aufriefen. Aber das bald darauf einsetzende Wirtschaftswunder strafte schließlich alle Kritiker Lügen. Die damalige Situation ist zwar nicht direkt vergleichbar mit der Argentiniens. Trotzdem tun wir gut daran, uns an unsere eigene Geschichte zu erinnern, bevor wir vorschnell den Stab über Mileis mutiges Vorgehen brechen.
Auch politisch kann man einiges von ihm lernen. Denn erstaunlicherweise scheint das Volk weitgehend hinter ihm zu stehen, trotz der massiven Einschnitte, die es zu ertragen hat. Er ist eben kein Zauderer wie Merz und kommt auch nicht als unglaubwürdiger Yuppie rüber wie Christian Lindner.
Milei fährt nicht Porsche, sondern fliegt Linie, und er ist vor allem wirklich begeistert von der eigenen Sache. Das wirkt ansteckend, und darum folgen ihm auch Menschen, denen libertäres Gedankengut eigentlich völlig fremd ist. Zugleich scheint er durchaus pragmatisch vorzugehen und wirkt nicht kalt oder glatt, sondern witzig und sympathisch. So jemand fehlt in Deutschland, auch in der AfD, in der es im übrigen keineswegs nur überzeugte Anhänger der Marktwirtschaft gibt. Dabei könnte der Zeitpunkt für eine konservativ-liberale Gegenrevolution kaum günstiger sein als jetzt.
Denn wohin man auch hört, die Leute haben den ganzen links-grünen Schwachsinn satt. Verbrenner-Verbot, Heizungsgesetz, Wahnsinnspreise für Energie und Lebensmittel, Gendersprache, freie Geschlechterwahl und willkürliche Hausdurchsuchungen - es ist ein einziger Albtraum. Ökonomisch ist die Lage ohnehin katastrophal. Wir sind inzwischen dauerhaftes Schlußlicht beim Wirtschaftswachstum, dafür Weltmeister in Bürokratie und Deindustrialisierung.
Mit der Gartenschere ist es da nicht mehr getan, Mileis Kettensäge hilft allerdings auch nicht viel. Vielmehr muß man an die Wurzel des Übels gehen. Das sind die in Deutschland spätestens seit Merkel grassierenden Denkstörungen Sozialdemokrateritis und Grüner Wucher: Niemandem soll weh getan werden, jede noch so winzige Gefahr oder Ungleichheit ist zu vermeiden, und für den Schutz irgendwelcher seltenen Kröten oder Fledermäuse werden ganze Industrien geopfert. Wer sich so verhält, vernichtet jede wirtschaftliche Dynamik und beschwört zwangsläufig immer mehr Verbote, Vorschriften und Bürokratie herauf. Am Ende steht die komplette Zerstörung von Freiheit und Wohlstand, damit aber auch der Basis für jede Art von Umwelt- und Sozialpolitik.
Adam Smiths 1776 erschienenes Buch "Der Wohlstand der Nationen" löste damals eine Welle des Liberalismus aus. Das ökonomische Zwangssystem des Merkantilismus wurde hinweggefegt. Heute brauchen wir tatsächlich Politiker wie Milei mit Mut, Charisma und politischem Geschick, um den modernen Absolutisten das Handwerk zu legen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 51/24" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**"Nein, ihr seid die Kriminellen!"**
Urteil: Zwei Klimaradikale müssen ins Gefängnis. Wie sich dann zeigt, ist die Haftstrafe alternativlos

Vorerst hat es sich ausgesummt. Geht es nach dem Urteil des Amtsgerichts Niebüll, dann müssen die 24jährige Lilli Gomez und die 22jährige Regina Stephan, zwei sogenannte "Wildbienen" und führende Mitglieder der Klima-Endzeit-Sekte "Letzte Generation" (LG), ins Gefängnis. Richterin Larissa Herzog verurteilte die beiden am Freitag vergangener Woche wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung und Hausfriedensbruchs zu Haftstrafen. Lilli Gomez soll für sieben Monate hinter Gitter, Regina Stephan brummte das Gericht eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf. Noch ist das Urteil jedoch nicht rechtskräftig. Die beiden Angeklagten können in Berufung gehen.

"Wildbienen" nennen Anhänger der Letzten Generation jene aus ihren Reihen, die Straftaten und Sabotage-Aktionen begehen (JF 39/23). Gomez und Stephan haben eine Fülle davon begangen, zahlreiche weitere Prozesse gegen sie stehen noch aus. Im Sommer vorigen Jahres hatten die beiden auf der Ferieninsel Sylt einen Maschendrahtzaun zum Gelände des Flughafens in Westerland zerschnitten, einen Privatjet mit oranger Farbe besprüht und sich mit Transparenten an das Flugzeug geklebt. Die Farbe war dabei auch in das Triebwerk der Maschine geflossen, wodurch ein Schaden von fast einer Million Euro entstand.

"Ihr habt uns im Stich gelassen, ihr macht weiter"

Aus Platzgründen tagt das Niebüller Gericht im holsteinischen Itzehoe. Knapp 50 Unterstützer aus dem Umfeld der Letzten Generation sind zur Urteilsverkündung gekommen. Einer von ihnen stellt sich vor den Gerichtseingang mit Warnweste und Pappschild: "Reisen im Privatjet ist rücksichtslos und asozial", steht darauf.

"Mir bleibt nichts anderes übrig, als Haftstrafen gegen Sie zu verhängen", sagt die junge Richterin Larissa Herzog in ihrer Urteilsbegründung mit brüchiger Stimme und blickt dabei in Richtung der Angeklagten. Es klingt fast wie eine Entschuldigung. Weil beide im Gerichtssaal ankündigen, weitere Straftaten begehen zu wollen, bleibt rechtlich kein Ermessensspielraum, die Wildbienen müssen brummen. Ihre beiden Mitangeklagten Michael W. - 62 Jahre alt - und Simon-Felix B. - 44 Jahre alt - kommen hingegen mit Geldstrafen davon. Ebenfalls mit angeklagt ist Jonas G. Der 29jährige hatte die Sabotage-Aktion als Journalist begleitet. Weil er das Flughafengelände dabei jedoch nicht betreten hatte, wurde er freigesprochen.

Ihr letztes Wort vor dem Urteil nutzen die beiden Wildbienen als Bühne für ihre politische Botschaft. Und so folgen theatralische Appelle: "Wenn die Klimakatastrophe unsere Zivilisation zerstört, wird auch unser Rechtsstaat zerstört", ruft Lilli Gomez mit schluchzender Stimme. Ein Rechtsstaat, den die Studentin mit bisher bundesweit mehr als 50 Farbanschlägen regelmäßig unterläuft. Sie war an den Attacken auf das Brandenburger Tor und das Kanzleramt beteiligt, darüber hinaus mit Anschlägen in Hamburg, Hannover, München und am Flughafen Köln-Bonn aktiv.

"Ihr habt uns im Stich gelassen, ihr laßt uns im Stich. Ihr macht weiter, bis wir nichts mehr zu essen und zu trinken haben und warum? Damit ihr noch einmal schön in Urlaub fahren, noch einmal nach Malle fahren könnt oder nach Sylt wie der Eigentümer des Flugzeugs", klagt sie die gesamte Gesellschaft an. "Ihr nennt uns Klima-Extremisten und Kriminelle. Nein, ihr seid die Kriminellen, ihr habt es verkackt", geht es schluchzend weiter. Sie wolle doch nur den "Schutz unserer Lebensgrundlagen", für die "jede Sekunde" zähle. Ihre Anhänger im Publikum applaudieren - was vor Gericht untersagt ist.

"Natürlich muß zu ihren Gunsten berücksichtigt werden, daß es um den Klimaschutz geht", begründet die Richterin dann ihr verhängtes Strafmaß. Für das Gericht stehe zudem "außer Frage", daß das Klima bedroht sei. "Es ist toll, daß Sie sich für das Klima einsetzen", lobt Herzog die Angeklagten. Aber: "Sie dürfen dafür keine Straftaten begehen, Ihr Vorhaben läuft auf eine Legalisierung von Straftaten hinaus."

Als Verteidiger im Prozeß wirkt unter anderem David Hölscher mit, der sich für zahlreiche Vertreter der Letzen Generation als Anwalt engagiert und in Itzehoe Michael W. vertritt. Höl-

scher gehört der linksextremen Roten Hilfe an, ist zudem Mitglied im einflußreichen Republikanischen Anwälte- und Anwältinnenverein, der wie die Rote Hilfe stets dann auf den Plan tritt, wenn linksradikale Gewalttäter vor Gericht stehen.
Der Jurist vertritt auch die Wildbiene Judith Beadle. Die 44 Jahre alte Mutter von zwei Töchtern hat ihren Job als Kommunikations-Designerin aufgegeben, um hauptberuflich als Klimakleberin zu agieren. Am 22. April 2023 war sie an den Farbschmierereien an Geschäften auf dem Kurfürstendamm in Berlin beteiligt, durch die ein Schaden von 68.000 Euro entstanden war. Auch beim Farbanschlag auf das Sylter Hotel Miramar war sie dabei, zudem klebte sie sich im Juli dieses Jahres auf dem Flughafen Frankfurt fest, legte dadurch zeitweise den Flugbetrieb lahm.

Eine der Verurteilten macht unverdrossen weiter

Einen Monat zuvor hatte sie sich auf der Rollbahn des Flughafens München festgeklebt. Beadle befand sich wegen ihrer Straftaten bereits mehrfach in Haft.
Zunächst in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim, zum Jahreswechsel 2022/2023 für weitere sieben Wochen erneut in Bayern. Zusammen mit Miriam Meyer, die im Juli dieses Jahres vom Amtsgericht Tiergarten erneut zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und vier Monaten verurteilt wurde.
Die 32jährige fungiert als Ausbilderin der Wildbienen, gilt daher innerhalb der Letzten Generation als "Oberwildbiene". Die aus dem schleswig-holsteinischen Örtchen Nehms im Landkreis Segeberg stammende hauptberufliche Klimaaktivistin hatte ihr Studium des tibetanischen Buddhismus zugunsten der Letzten Generation aufgegeben, war ebenfalls an zahlreichen Straftaten der Gruppe beteiligt.
Als Vollzeit-Aktivistin ist auch Mirjam Herrmann unterwegs. Die 26jährige gehört zu jenen innerhalb der LG, die im Mai dieses Jahres von der Staatsanwaltschaft Neuruppin wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung angeklagt wurden. Vor ihrer Zeit in der Klimasekte hatte sie Rechtswissenschaften in Passau und London studiert, arbeitete zudem bereits als Rechtsberaterin.
Unter anderem hatte sie Kartoffelbrei auf ein Monet-Gemälde im Potsdamer Barberini-Museum geworfen. Während der Automobilausstellung in München 2022 hatte sie für ein Verkehrschaos gesorgt, als sie sich von einer Autobahnbrücke abseilte. Worauf die Polizei sie in Untersuchungshaft steckte. Herrmann muß sich zudem wegen Nötigung in 1.296 Fällen verantworten. Ihr drohen bis zu vier Jahre Haft.
Andere einst führende LG-Vertreter sind hingegen aus der radikalen Gruppe mittlerweile ausgestiegen. Wie etwa die 25 Jahre alte Mitgründerin Lea Bonasera, die die Bewegung bereits vor einem Jahr verlassen hatte, sich aber über die Gründe dafür bisher ausschweigt.
Im Juni dieses Jahres war auch Penelope alias Patrick Frank bei den Klimaklebern ausgestiegen. Der 32 Jahre alte zur Frau Umgewandelte aus Heidelberg kam im Alter von 13 Jahren ins Heim, engagierte sich später in der SPD. Seit 2020 ist sie im Sex-Gewerbe unterwegs, verkauft Erotik-Videos und getragene Unterwäsche. Seit sie der LG den Rücken gekehrt hat, setzt sie sich nun für "Queermany" ein, eine den eigenen Angaben zufolge diversitätsfreundliche Klimagerechtigkeitsbewegung mit einem Schwerpunkt auf "bewegungsübergreifende Protestarbeit".
Unterdessen lieferten die in der Letzten Generation verbliebenen Radikalen umgehend den Beweis dafür, daß Richterin Herzog vergangene Woche beim Abschluß des Prozesses kaum Ermessensspielraum hatte. Am Dienstag störten Anhänger der Gruppierung gemeinsam mit solchen von Greenpeace, Fridays for Future, "Ende Gelände" und "Extinction Rebellion" in Berlin eine Wirtschaftskonferenz zum Thema Flüssiggas. Dabei verschütteten sie unter anderem grüne Farbe an einem Nebeneingang des Luxushotels Adlon, unweit des Brandenburger Tors. Zuvor hatten sie versucht, die Zugänge zum Tagungsort des "World LNG Summit" zu

versperren. Polizeiangaben zufolge wurden mehr als 120 der teilweise gewalttätigen Demonstranten vorübergehend festgenommen.
Unter denen, die sich an der Blockade des Adlon beteiligten, befand sich auch eine, die demnächst woanders sitzen muß: die in Itzehoe zu sieben Monaten Haft ohne Bewährung verurteilte Lilli Gomez.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 51/24" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**Wie da steht im Buch Angela**
Autobiographie: JF-Reporter und Merkel-Kenner Hinrich Rohbohm über weiße Flecken in den Memoiren der Altkanzlerin
Hinrich Rohbohm
Auf das Erscheinen dieses Buches hatte man im politischen Berlin hingefiebert. Was war da nicht für eine Geheimniskrämerei im Vorfeld betrieben worden: Vorab-Exemplare an die Presse? Fehlanzeige. Erst zum Verkaufsstart kursierten die Fahnen von Angela Merkels Autobiographie als PDF für Journalisten. Ausnahmen gab es offenbar für einen sehr kleinen, ausgewählten Kreis. Ein Auszug erschien exklusiv in der Zeit. Um das Durchsickern zu verhindern, seien die Computer, auf denen die ehemalige Kanzlerin gemeinsam mit ihrer Büroleiterin Beate Baumann - ohne Ghostwriter - ihr Buch verfaßt hat, komplett vom Internet abgeschnitten gewesen, heißt es.
Jetzt führt "Freiheit", so der Titel der Autobiographie von Altbundeskanzlerin Angela Merkel, die Spiegel-Bestsellerliste an. Freiheit? Schon das Wort in Verbindung mit der langjährigen deutschen Regierungschefin dürfte für Diskussionen sorgen. Denn längst nicht jeder kann mit diesem mächtigen Wort Angela Merkel assoziieren.
Akribisch arbeitet sie darin Detail für Detail ihres Lebens ab. Auf eine Art, die stark an ihren Regierungsstil erinnert: unaufgeregt, verwissenschaftlicht, frei von Emotionen. Selbst enthaltene Pointen sind irgendwie - nun ja - merkelmäßig halt. Das Buch ist geprägt von Passagen wie dieser: "Der Unterricht begann um halb acht. Ich stand gegen 6.15 Uhr auf, das Frühstück bestand nur aus einer Stulle in der Hand und einer Tasse Tee oder Muckefuck."
Und so geht es dann auch weiter: "Nach dem Mittagessen erledigte ich entweder Schulaufgaben oder hatte Freizeit. Um achtzehn Uhr gab es Abendessen, zumeist Stullen, manchmal aber auch Grießbrei mit Kirschen oder Blaubeeren. Man ist beim Lesen geneigt, den Satz hinzuzufügen: "Morgens geht die Sonne auf und abends geht sie wieder unter."
Insofern ist das Buch wahrhaftig hundert Prozent authentisch. Der Leser spürt: Da saß wirklich die Altkanzlerin dran, die da über 740 Seiten aus ihrem Leben erzählt. Die jedes Detail frei von epischen Höhepunkten bis zur Erschöpfung aufdröselt. Nur: Es bleiben eben gerade jene Widersprüche ihres Lebens in der DDR offen, zu denen sie auch bereits als amtierende Kanzlerin keine weiteren Stellungnahmen abgeben wollte.
Um politische Distanz zum "roten" Vater bemüht
Und so liegt der tiefere Sinn ihres Werkes in genau dem, was Merkel über sich selbst bereits in der Einleitung schreibt: die Deutung über ihre Handlungen als Kanzlerin, ihre Bewertung in der Geschichte Deutschlands und der Welt nicht allein anderen zu überlassen. Sie will da ein gewichtiges Wort mitreden, ihre Interpretation der Dinge in die Zeitgeschichte mit einfließen lassen.
Zwar erfährt der Leser schon, daß ihr Vater "im politischen Spektrum ohnehin eher links zu verorten" sei, die Befreiungstheologie in Lateinamerika befürwortete und auch "der rote Kasner genannt wurde". Darüber jedoch, daß Kasner ihr politisches Weltbild maßgeblich geprägt hatte, der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) - einer gegen den Westen arbeitenden kommunistischen Tarnorganisation - sowie dem SED-nahen Weißenseer Arbeitskreis angehörte, verliert das Buch kein Wort. Auch daß Kasner sich in der DDR als Erfinder der Formel "Kirche im Sozialismus" bezeichnet hatte, bleibt unerwähnt. Statt dessen ist Merkel in dem Buch

stets bemüht, eine politische Distanz zu ihrem Vater herzustellen.
Gleiches gilt für ihren Ziehvater Lothar de Maizière. Er war es, der maßgeblichen Anteil am politischen Aufstieg der späteren Kanzlerin hatte. Ein Anteil, der in dem Buch jedoch mit keiner Silbe Erwähnung findet. Ihre Funktion in der FDJ an der Akademie der Wissenschaften der DDR beschreibt sie als "FDJ-Kultursekretär". Auf die von gleich mehreren ihrer einstigen Weggefährten erhobene Aussage, sie sei FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda gewesen, geht sie ebenfalls mit keinem Wort ein. In vielen anderen Pfarrersfamilien zu jener Zeit in der DDR galt die ungeschriebene Regel: Die eigenen Kinder treten nicht in die FDJ ein. Für diese Haltung zahlte man oft den hohen Preis, nicht zum Studium zugelassen zu werden.
Unklar bleibt auch die Rolle der promovierten Physikerin Merkel beim Demokratischen Aufbruch (DA) zur Wendezeit. Im Buch bleibt sie dabei, erst im Dezember 1989 zur neuen Partei hinzugestoßen zu sein. Darauf, daß der damalige DA-Aktivist Stefan Dachsel sie bereits im Oktober 1989 bei dem später als Informeller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes enttarnten Wolfgang Schnur angetroffen hatte, geht sie nicht ein.
Auch nicht auf das knapp ein Jahr später stattfindende Treffen im Hobbykeller des DA-Mitbegründers Udo Timm am Vorabend ihrer Nominierung zur Bundestagskandidatin. Der mögliche Hintergrund: Laut ihres damaligen Gegenkandidaten Hans-Günther Zemke war Timm eine Stasi-Vergangenheit nachgesagt worden. Und noch etwas findet sich nicht in Merkels "Freiheit-Biographie" wieder: daß ihre Bundestagskandidatur für den Rügener Wahlkreis damals laut Aussage des seinerzeitigen CDU-Kreisvorsitzenden Friedhelm Wagner der "ausdrückliche Wunsch" von Lothar de Maizière gewesen sei.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 51/24" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**Gebrochene Versprechen**
Neue Grundsteuer: Rettungsanker für klamme Kommunen - mehr Belastung für die Bürger?
Stefan Kofner
Die große Grundsteuerreform ist jetzt auf der Zielgeraden und unter den betroffenen Mietern und Eigentümern geht die Angst vor Mehrbelastungen um, denn ab 2025 wird die Steuer erstmals auf Basis der neuen Grundstückswerte und Hebesätze erhoben. Beschlossen wurde die Reform Ende 2019, weil das Bundesverfassungsgericht eine Neuregelung gefordert hatte: Die der Grundsteuer zugrunde liegenden veralteten Einheitswerte von 1964 (im Osten von 1935) spiegelten nach der Einschätzung der Verfassungsrichter die tatsächlichen Wertunterschiede nicht mehr angemessen wider, und das hatte zu einer nicht mehr verfassungskonformen steuerlichen Ungleichbehandlung geführt.
Die Grundsteuererklärungen für 36 Millionen Grundstücke und Betriebe der Land- und Forstwirtschaft sind inzwischen abgegeben worden. Die Grundsteuerwert- und –meßbetragsbescheide sind verschickt worden und in mehr als drei Millionen Fällen haben die Steuerpflichtigen Widerspruch dagegen eingelegt. Die neuen Grundsteuerwerte sind in aller Regel drastisch höher als die alten Einheitswerte, aber das führt per se noch nicht zu einem Steuermehraufkommen der einzelnen Gemeinden. In der Theorie können die Gemeinden mit ihren Hebesätzen das Aufkommen entsprechend feinsteuern, wenn sie die Grundsteuerwerte kennen.
Aufkommensneutralität heißt nicht individuelle Belastungsneutralität
2019, als er noch Bundesfinanzminister war, hatte Olaf Scholz den Bürgern erklärt: "Ich versichere Ihnen, daß es nicht zu einem höheren Steueraufkommen kommen wird." Mithin gab der heutige Kanzler damals ein Versprechen zu Lasten Dritter ab - in dem Wissen, daß es nicht in seiner Macht liegen würde, für dessen Einhaltung zu sorgen, denn letztlich bestimmen die Gemeinden über ihr Hebesatzrecht die effektive Steuerlast. Globale Aufkommensneutralität bedeutet aber nicht individuelle Belastungsneutralität, weil die Grundsteuerwerte keines-

wegs gleichmäßig angestiegen sind.
Ab Januar sind nun die Grundsteuerbescheide zu erwarten, aus denen hervorgeht, wieviel der einzelne Bürger in Zukunft an Grundsteuer zu zahlen haben wird. Berlin hat bereits Bescheide verschickt und nicht selten haben sich die jährlichen Belastungen für Eigentümer oder Mieter vervielfacht. Die Senatsverwaltung behauptet aber, den Hebesatz so angepaßt zu haben, daß die Stadt ab 2025 nicht mehr Geld einnehmen wird als mit der alten Grundsteuer. Ungefähr die Hälfte der Steuerpflichtigen soll 2025 sogar weniger Grundsteuer zahlen.
Den schwarzen Peter haben jetzt die Kommunen. Die finanzielle Not könnte viele von ihnen zwingen, anders als von Olaf Scholz versprochen, eben doch auf Grundsteuererhöhungen zurückzugreifen - wenn nicht gleich 2025, dann eben aus optischen Gründen ein oder zwei Jahre später. Bereits im laufenden Jahr gab es laut den DIHK-Zahlen einen spürbaren Zuwachs beim durchschnittlichen Hebesatz der Grundsteuer B (von 554 auf 568). Getragen wurde diese Entwicklung von den kräftigen Erhöhungen in Hessen, Niedersachsen, NRW und Rheinland-Pfalz. Allerdings sind die Einnahmen der Kommunen aus der Grundsteuer zwischen 2019 und 2023 unter Berücksichtigung der Inflation um zehn Prozent zurückgegangen.
Das wird sich vermutlich nicht so fortsetzen, denn die Finanzlage der Kommunen verschlechterte sich zuletzt immer mehr. Unter anderem wegen der inflationsbedingt gestiegenen Beschaffungspreise für Sachausgaben und Sachinvestitionen und wegen des Zinsanstiegs sind ihre Ausgaben schon 2023 deutlich schneller gestiegen als die Einnahmen. Das Ergebnis war ein negativer Finanzierungssaldo von sieben Milliarden Euro. Die Defizite in den Haushalten stiegen immer schneller. Im ersten Halbjahr 2024 waren es schon über 17 Milliarden Euro.
Die Personalausgaben der Kommunen geraten wegen der üppigen Tariflohnsteigerungen und des Inflationsausgleichs rapide außer Kontrolle: Nachdem sie bereits 2023 um 7,4 Prozent auf 81 Milliarden Euro zugelegt hatten, war hier im ersten Halbjahr 2024 eine weitere Beschleunigung um zwölf Prozent zu verzeichnen. Ein weiterer Treiber auf der Ausgabenseite sind die Sozialausgaben, besonders für Asylbewerber und Flüchtlinge.
Allein die Ausgaben für Unterkunftskosten beim Bürgergeld sind 2023 um fast 15 Prozent gestiegen - nicht zuletzt auch wegen des Anstiegs der Energiepreise. Bei allen wesentlichen kommunalen Sozialleistungsausgaben war im letzten Jahr eine erschreckende Dynamik festzustellen: Eingliederungshilfen plus elf Prozent, Sozialhilfe plus 12,5 Prozent, Kinder- und Jugendhilfe plus 15 Prozent.
Die Kommunen kommen durch immer neue, vom Bund übertragene und nicht ausfinanzierte Aufgaben und immer höhere Standards immer mehr unter finanziellen Druck.
Problemfelder sind unter anderem die Kinder- und Jugendhilfe, die Ganztagesbetreuung in den Grundschulen, die Inklusion für alle Kinder sowie die Flüchtlingskosten- und Krankenhausfinanzierung.
Dieser ungebremsten Ausgabendynamik stehen stagnierende Steuereinnahmen und nur geringe Zuwächse bei den Schlüssel- und Investitionszuweisungen der Länder gegenüber. Damit nicht genug, werden angesichts der tiefen wirtschaftlichen Strukturkrise schon bald die Gewerbesteuereinnahmen und die Anteile der Gemeinden an den Gemeinschaftssteuern einbrechen, und spätestens dann werden viele unter ihnen sich gezwungen sehen, kräftige Erhöhungen der Hebesätze bei der Grundsteuer in Erwägung zu ziehen.

"Die Versprechenskultur in diesem Land ist nicht mehr finanzierbar"

Da nützt es auch nicht viel, daß einige Bundesländer "faire Hebesätze" als Empfehlung für Städte und Gemeinden veröffentlicht haben. Damit wird transparent gemacht, in welcher Höhe die Kommunen die Hebesätze für 2025 festlegen müßten, um einen Anstieg ihrer Grundsteuereinnahmen zu verhindern.
Die Bürger können dann zwar nachvollziehen, ob ihre Gemeinde gegen die versprochene Aufkommensneutralität verstößt oder nicht, aber die Alternative zu einem höheren Steuerauf-

kommen liefe bei der unzureichenden Finanzausstattung der Gemeinden oft auf schmerzhafte Leistungskürzungen hinaus. Das betrifft dann nicht nur die beheizbare Fahrradbrücke in Tübingen, sondern auch die Schließung von Schwimmbädern und Theatern und die Ausdünnung des ÖPNV-Taktes.
Natürlich darf die Grundsteuer nicht zur Erdrosselungssteuer werden, aber die Geschäftsgrundlage des Versprechens von Scholz aus dem Jahr 2019 hat sich inzwischen fundamental geändert. Die neue Bundesregierung wird den bequemen Weg der Abwälzung der Lasten aus dem in einem zunehmend krisenhaften globalen Umfeld immer bedenkenloser ausgebauten Sozialstaat auf die Kommunen nicht fortsetzen können.
Ohne Zumutungen wird es nicht gehen. In dieser wirtschaftlichen Strukturkrise müssen sich die Bürger auf Belastungen in Form von Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen einstellen. Der Tübinger OB Boris Palmer bringt es auf den Punkt: "Die Versprechenskultur in diesem Land ist nicht mehr finanzierbar."<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 51/24" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**Northvolt-Pleite: Für Bund und Land stehen 600 Millionen auf dem Spiel**
Im Transformationswahn
Frank Hauke
Es ist aber auch verflixt mit diesem "grünen Wirtschaftswunder". Statt Wachstumszahlen wie in den 1950er und 1960er Jahren, die SPD-Kanzler Olaf Scholz versprochen hat, entwickelt sich die hochsubventionierte klimagerechte Transformation der deutschen Wirtschaft zum Milliardengrab. Mit der mit Pomp gefeierten Ansiedlung des Batterieherstellers Northvolt blamieren sich Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne),
Scholz und Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) nicht nur bis auf die Knochen. Sie werfen auch wieder einmal das von den Steuerzahlern aufgebrachte Geld zum Fenster hinaus. Ein "Leuchtturm" für die Energie- und Mobilitätswende sollte das Projekt sein. Akkus made in Germany für die unverkäuflichen E-Autos: Das sollte den Aufschwung und nebenbei auch noch 10.000 Arbeitsplätze in die Region bringen.
Nachdem vor nur sieben Monaten in der Einöde bei Heide alle schwarz-rot-grünen Politiker kamerawirksam den roten Fake-Knopf zum Baustart gedrückt und noch eine Runde "Bosseln" gespielt hatten, kommt nun die Nachricht: Northvolt ist pleite. Die 600 Millionen-Euro-Anleihe, die Bund und Land dem Unternehmen über die KfW in die Hand gedrückt hatten, sind futsch - dazu weitere 20 Millionen Euro Zinsen. Da sind sich Finanzexperten einig. Denn das "Chapter 11-Insolvenzverfahren", dem sich der Batteriehersteller in den USA unterworfen hat, kennt vor allem ein Ziel: den Schuldenschnitt. Bund und das klamme, schwarz-grün geführte Land müssen der KfW den Schaden je zur Hälfte erstatten.
Habeck aber glaubt noch daran, daß das Geld zurückfließt. Schließlich ist Wahlkampf, und der Mann, der Deutschlands Wirtschaft in Rekordzeit gegen die Wand gefahren hat, will Kanzler werden. Die Bauruine in der Nähe von Heide steht für dieses Scheitern - genau wie die mit zehn Milliarden Euro nach Magdeburg gelockte Chipfabrik von Intel, die es niemals geben wird. Jeder Kaufmann prüft die Zahlungsfähigkeit und die Sicherheiten des Schuldners, bevor er nur einen geringen Betrag auszahlt.
Damit war im Fall Northvolt neben Habecks Wirtschaftsministerium auch das von Christian Lindner (FDP) geführte Finanzministerium betraut. Sie kamen zu einem völlig falschen Ergebnis. Dieses politische Ergebnis dagegen ist richtig: Spitzenpolitiker von SPD, Grünen, CDU und FDP haben in ihrem Transformationswahn komplett versagt.
Wie es immer so ist: Eine Katastrophe zieht die nächste nach sich. Die Pleite des Batterieherstellers, wichtiger Zulieferer für die Ladenhüter namens Elektrofahrzeuge, bringt die deutsche Automobilindustrie in Schwierigkeiten. Die hat, erst recht bei den politischen Signalen zu Northvolt, auf die Lieferung der Akkus gesetzt. Doch die bleibt erst einmal aus. Mehrere Un-

ternehmen müssen nun offenbar die Auslieferung neuer Modelle verschieben.
Northvolt produziert die Batterien unter anderem für Audi und Porsche. Bei dem Sportwagen-Hersteller könnte sich der Verkaufsstart des Elektro-Flitzers 718 deutlich nach hinten verschieben. Der Termin Ende kommenden Jahres ist wohl nicht mehr zu halten. Und bei Audi sind gleich mehrere Modelle betroffen. Hinzu kommen nun offenbar deutlich höhere Preise für die Akkus von anderen Anbietern. Das dürfte die ohnehin überteuerten und wie Blei in den Showrooms stehenden E-Autos noch unattraktiver machen. Statt eines grünen Wirtschaftswunders, auf das sie so gesetzt hatte, erlebt die Autoindustrie ihr blaues Wunder.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 51/24" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**Der fehlende politische Wille ist das Hauptproblem**
US-Studie: 14 deutsche Atomkraftwerke könnten wieder hochgefahren werden / Jede Industrienation braucht kontinuierlich fließende Energie
Rüdiger Stobbe
Vor zwei Jahren legte die amerikanische Radiant Energy Group (REG) eine erste Studie zur "Laufzeitverlängerung und Wiederinbetriebnahme deutscher Kernkraftwerke" vor. Die Bundesregierung erklärte dann im August 2023 in ihrer Antwort auf eine AfD-Anfrage (Drucksache 20/8008), daß ihr die Studie der Radiant bekannt sei. Aber eine "Bewertung der Ergebnisse" sei "vor dem Hintergrund der gesetzgeberischen Grundsatzentscheidung zur Beendigung der Nutzung der Atomenergie zur gewerblichen Stromerzeugung und mit dem am 15. April 2023 gemäß Atomgesetz vollzogenen Ausstieges irrelevant", so der damalige Umweltstaatssekretär Christian Kühn.
Der frühere Grünen-Vorsitzende in Baden-Württemberg ist hingegen auch nach einem Regierungswechsel weiterhin "relevant": Im Februar dieses Jahres stieg der Tübinger Soziologe zum Präsidenten des 2014 gegründeten Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) auf.
Die REG, eine Chicagoer Strategieberatungsfirma um den Nukleartechnik-Ingenieur Mark Nelson, gibt dennoch nicht auf und legte nun eine neue Studie vor, die sich mit der Möglichkeit der Wiederinbetriebnahme von Atomkraftwerken in Deutschland beschäftigt. Darin wird auf alle wesentlichen Aspekte des komplexen Themas eingegangen und sogar zweimal auf den wichtigen Aspekt hingewiesen: "Es kommt nun allein auf den politischen Willen an. Zu den beiden dringlichsten Maßnahmen gehören ein sofortiges Rückbaumoratorium für stillgelegte Reaktoren und eine Änderung des Atomgesetzes, um den Betrieb von Kernkraftwerken wieder zu ermöglichen."
Beste Chancen bieten die beiden AKW Brokdorf und Emsland
Die Kategorisierung und Zuordnung der stillgelegten und mehr oder weniger "zurückgebauten" (zerstörten) AKW erleichtert die Einschätzung der Sachlage. Insgesamt 14 von einst 31 Kernreaktoren seien in einem Zustand, der eine Wiederinbetriebnahme über einen mehr oder weniger langen Zeitraum möglich und sinnvoll erscheinen läßt. Die besten Chancen (Kategorie 1) bieten die norddeutschen AKW Brokdorf und Emsland.
Zusammen haben sie eine Leistung von gut 2.745 Megawatt (MW), was bei einer 90prozentigen Auslastung einer CO2-freien und kontinuierlich fließenden Strommenge von gut 21 Terawattstunden (TWh) im Jahr entspricht. Das sind zwar nicht die gut 28 TWh Strom, die Deutschland in diesem Jahr bislang netto importiert hat. Doch wäre es eine Entlastung des deutschen Strommarkts.
Die betriebsnotwendigen Komponenten (Reaktorgebäude und -system, Kühlkreislauf, Turbine/Generator, Turm-/Flußkühlung, Netzanbindung, Kühlwasseranschluß, Bahn-/Hafen-/Straßenanbindung) sind bei den Reaktoren in Brokdorf und Emsland intakt. Es hat praktisch noch kein Rückbau wichtiger Komponenten stattgefunden. Eine Wiederinbetriebnahme wäre in Brokdorf bereits bis Ende 2025 möglich. Die Kosten beliefen sich auf etwa eine Milliarde

Euro je Kraftwerk. Der wirtschaftliche Ertrag wäre selbst bei einem Preis von 60 Euro pro MWh (Kategorie 1 und 2) oder gar 100 Euro pro MWh (Kategorie 4) ausreichend.
Allerdings müßte sofort mit Planung, Detailuntersuchungen und den weiteren Arbeiten begonnen werden. Dazu ist eine generelle Genehmigung und politischer Wille notwendig. Eine gute Lösung wäre es, wenn die Stromerzeugung mittels Kernenergie gesetzgeberisch bestätigt in "überragendem öffentlichem Interesse läge und der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit diente". Das würde die Genehmigungsprozedur beschleunigen - beim Windenergieflächenbedarfsgesetz der Ampel wird ähnlich argumentiert.
In Kategorie 2 sticht das AKW Grohnde (1.369 MW Leistung) heraus: Hier wurden bisher lediglich im Bereich Turbine/Generator Rückbaumaßnahmen ergriffen. Eine Wiederinbetriebnahme wäre bis 2028 möglich. Die Kosten lägen zwischen einer und drei Milliarden Euro. Bei den übrigen sechs AKW der Kategorie 2 (Gundremmingen B&C, Isar 2, Krümmel, Neckarwestheim 2, Philippsburg 2) ist die Wiederinbetriebnahme bis 2032 machbar.
Die Wiederinbetriebnahme der fünf AKW der Kategorie 3 (Biblis A&B, Grafenrheinfeld, Neckarwestheim 1, Unterweser) wäre in jedem Fall günstiger und schneller möglich als Forschung, Planung, Genehmigung und Erstellung von AKW-Neubauten. Angesichts der fortschreitenden Entwicklung neuer Reaktortypen sollten diese dennoch geplant und gebaut werden. So gerät Deutschland technisch nicht noch mehr ins Hintertreffen.
Notwendig ist auch die Wiedereinstellung von Ingenieuren und Technikern. In Deutschland werden 300 bis 400 Arbeitskräfte pro Reaktor benötigt. Eine erhebliche Anzahl von ihnen ist auch noch heute in den Kraftwerken tätig, die zurückgebaut werden. Da die Wiederinbetriebnahme und die notwendigen Vorbereitungen je nach Kraftwerkskategorie zeitlich gestaffelt erfolgen, können Mitarbeiter der Kategorien 2 und 3 zunächst an der Wiederinstandsetzung der AKW in Brokdorf, im Emsland und in Grohnde mitwirken.
Im AKW Brokdorf sind noch Kernbrennstäbe für ein Jahr Betriebsdauer vorrätig. Der Hersteller Westinghouse bestätigte, innerhalb weniger Monate Brennstäbe in nötigem Umfang liefern zu können. Die normale Lieferdauer beträgt zwölf bis 15 Monate. Der entstehende Atommüll muß gelagert und entsorgt werden - unter Aufsicht des BASE. Wobei neue Verfahren (Transmutation) im Zusammenhang mit atomarem "Restmüll" und seine Verwendung in Reaktortypen neuerer Bauweise Energiereserven erschließen, die Toxizität verringern sowie die Lagerzeit erheblich verkürzen können.

Wiederinbetriebnahme-Programm stillgelegter Kernkraftwerke

Die veröffentlichte Meinung ist hingegen ein größeres Problem. Derzeit sind laut Umfragen nur noch 23 Prozent der Befragten strikt gegen die Kernkraft. Zwei Drittel möchten, daß sie weiter genutzt wird. Das Ampel-Aus am 6. November wäre eine Chance für die Umkehr des Atomausstiegs. Bis zur geplanten Neuwahl des Bundestags am 23. Februar 2025 scheint sich aber in Fragen der "Energiewende" nichts Wesentliches zu ändern. Ob es danach zu einer Neuorientierung kommen wird, steht in den Sternen. Sollte ein Kanzler Friedrich Merz auf die Grünen und/oder die SPD angewiesen sein, stehen die Chancen "gut", daß sich beim Atomausstieg nichts Grundlegendes ändern wird.
Die Vorstände der großen Energiekonzerne votieren mehr oder weniger offen für die Beibehaltung des Ausstiegs aus der Kernenergie. Sie argumentieren mit technischen Allgemeinplätzen. Vor allem aber sind sie mit ihrer Meinung von der rot-grünen Idee geprägt, daß nur ein Deutschland ohne Kern- und Kohlekraft ein Land sei, das den klimapolitischen Notwendigkeiten entspricht. Deshalb ist von dieser Seite nicht mit Unterstützung eines "Wiederinbetriebnahme-Programms stillgelegter Kernkraftwerke" zu rechnen.
Solange die Politik den Weg pro Kernenergie nicht frei macht, werden sich kaum private Investoren finden, die die Idee der AKW-Wieder- und Neuinbetriebnahme - wie Microsoft und Google in den USA - aufgreifen, um nachhaltig gutes Geld zu verdienen und vor allem steu-

erbaren, gleichmäßig fließenden Strom für den Eigenbedarf zu produzieren.
Eine prosperierende Industrienation, wie Deutschland es lange Jahrzehnte war, eine angesehene Industrienation, die Güter für die weltweite Nachfrage herstellt und verkauft, benötigt aber eine Form der verläßlichen, verfügbaren, kontinuierlich fließenden Energie. Daß der Atomstrom auch noch praktisch "CO2-frei" ist, belegt, daß es bei der "Energiewende" in Deutschland nicht um das "Klima" oder die "Rettung der Welt" geht, sondern einzig und allein um ideologisch motivierte Traumtänzerei.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 51/24" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**Die neoabsolutistische Anmaßung**
Majestätsbeleidigung oder die Einheit zweier Körper: Politiker wollen sich der Bewertung ihrer Eigenschaften und ihres Handelns entziehen
Thorsten Hinz
In der 1642 von beiden Häusern des britischen Parlaments verabschiedeten Deklaration hieß es unmißverständlich: "Es wird anerkannt, sagte die parlamentarische Doktrin, daß der König die Quelle der Gerechtigkeit und des Schutzes ist, aber die Handlungen der Justiz und des Schutzes werden nicht von seiner Person ausgeübt und hängen nicht von seinem Gefallen ab, sondern von seinen Gerichten und Ministern, die hier ihre Pflicht tun müssen, auch wenn es ihnen der König in seiner eigenen Person verbieten sollte: und wenn sie gegen den Willen und persönlichen Befehl des Königs Urteile fällen, sind es immer noch Urteile des Königs."
Das war gerichtet an die Adresse von Karl I., geboren 1600, König von England seit 1625. Karl hatte versucht, durch häufige Auflösung (1625, 1626, 1629, 1640) und bewußte Nichteinberufung (1629-1640) des Parlaments absolutistisch zu regieren. Außenpolitisch lehnte er sich an Spanien an und negierte damit die Interessen der aufstrebenden Gentry-Bourgeoisie - des reichen Bürgertums, das sich mit dem Kleinadel vermischte -, die eine Expansion nach Übersee gegen Spanien betrieb. Eigenmächtige Personalentscheidungen, unnötige politische und religiöse Konflikte und schließlich der Versuch, Parlamentsmitglieder zu verhaften, führten 1642 zum Bürgerkrieg.
Das Parlament dekretierte hier, daß der Inhaber des Königtums, das ihm qua Geburtsrecht zugefallen war, dieses nur treuhänderisch verwaltete. Ernst Kantorowicz hat das in seinen Buch "Die zwei Körper des Königs. Eine Studie zur Theologie des Mittelalters" als die Doppelnatur des Königs beschrieben. Sie besteht aus einem leiblich-sterblichen und einem unsterblich-politischen Körper. Der politische Körper war "größer und weiter als der natürliche", ein Symbol für den Staat, für das Reich und das Ebenbild der "heiligen Geister und Engel" - eine Formulierung, welche die sakrale Dimension hervorhebt und daran erinnert, daß die politischen Begriffe auf die Theologie zurückgehen.
Um dem Königtum gerecht zu werden, mußten die amtierenden Monarchen mit dem natürlichen hinter den politischen Körper zurücktreten. Dann kam die königliche Majestät mit der Majestät des Staates zur Deckung und vollzog sich - in den Worten des Historikers Jean Rudolf von Salis - die "Menschwerdung" des Patriotismus und der Gesetzestreue. Die Einheit beider Körper rechtfertigte das Delikt der Majestätsbeleidigung - die Säkularisierung des Blasphemie-Vorwurfs -, denn wer sich an der Person des Königs verging, verging sich automatisch am Gemeinwesen.
Die Integrität dieser Einheit unterlag einer permanenten Prüfung. Verfehlte das königliche Individuum seine Aufgabe, sei es durch Hybris, Unfähigkeit oder Eigensinn, zog der politische Körper sich von ihm zurück. Der König schrumpfte zur leiblichen Person und durfte als solche aus dem Spiel genommen werden. Die königliche Autorität ging, wie der Beschluß von 1642 festhielt, an das Parlament, an die Minister und Gerichte über.
Das Parlament war damals ein Erbhof der Aristokratie. Demokratie aber bedeutet Volkssouveränität. Laut Artikel 20, Absatz 2 des Grundgesetzes geht alle Staatsgewalt "vom Volke" aus,

so daß die "Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung" als Volksbeauftragte tätig sind. Die parlamentarische Demokratie entfaltet sich im Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition. Letztere bringt die Defizite der Regierung zur Sprache und empfiehlt sich als die bessere Alternative.
Der erste Schauplatz der Auseinandersetzung ist das Parlament, die unabhängigen Medien machen sie zur allgemeinen, öffentlichen Angelegenheit. Die Judikative sorgt dafür, daß es fair zugeht und die Regeln eingehalten werden. In der säkularen Republik wie in der parlamentarischen Monarchie ist die sakrale Aura des Staatsoberhaupts verschwunden oder zum Zitat verblaßt, weshalb die Strafbarkeit der Majestätsbeleidigung hinfällig ist.
Dennoch haben einige Republiken, darunter die Bundesrepublik, den Tatvorwurf modifiziert übernommen. Paragraph 90 Strafgesetzbuch betrifft die "Verunglimpfung des Bundespräsidenten". Es erklärt sich aus der neueren Geschichte, daß der junge Staat das Bedürfnis hatte, in der unantastbaren Dignität seines Oberhaupts sich seiner selbst zu versichern. Doch schon der erste Bundespräsident Theodor Heuss meldete Zweifel an und fragte ironisch, "wann es staatspolitisch notwendig ist, daß ich mich beleidigt fühle".
Dahinter steht auch ein struktureller Widerspruch: Das Staatsoberhaupt wird durch politische Konjunkturen und Zufallsmehrheiten ins Amt getragen. Das ist so lange kein Problem, wie der Gewählte die Fähigkeit besitzt, über seine parteipolitische Befangenheit hinaus- und in die neue Aufgabe hineinzuwachsen.
Anders verhält es sich, wenn er alternative Bewegungen und Parteien, die sich gegen eine ideologieversessene, inkompetente, autoritäre Regierung formiert, sowie gegen eine Scheinopposition, die das neoabsolutistische Machtverständnis grundsätzlich teilt, aus der res publica auszuschließen versucht und mit Stigmata belegt. Dann schrumpft er auf den leiblich-sterblichen Körper des gewöhnlichen Parteiaktivisten und Karrierepolitikers, und es gibt wie 1642 keinen Grund mehr, "seiner eigenen Person" und "seinem Gefallen" besondere Achtung zu erweisen.
In einer Demokratie fällt der politischen Klasse die Rolle zu, die in der Feudalmonarchie der König innehatte, während der Demos in die Kontrollfunktion eintritt, die einst das englische Parlament gegenüber dem König einnahm. Der Demos besitzt das permanente Prüfungsrecht, ob die politische Klasse ihre dienende Funktion wahrnimmt und willens und fähig ist, das Gemein- und Staatswohl zu schützen und zu mehren, die anstehenden Probleme zu erkennen, zu diskutieren und anzupacken. Das war und ist in den Fragen der Zuwanderung, des Ukraine-Kriegs, der Corona-Restriktionen, der Energie- und Mobilitätswende usw. eindeutig nicht der Fall, was natürlicherweise Widerspruch und Widerstand hervorruft.
Um sich dagegen zu schützen und abzuschotten, sind Politiker der etablierten Parteien dazu übergegangen, das unzeitgemäße präsidiale Privileg auf sich auszudehnen.
Dazu bedienen sie sich des Paragraphen 188 StGB: "Wird gegen eine im politischen Leben des Volkes stehende Person öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten eines Inhalts (§ 11 Absatz 3) eine Beleidigung (§ 185) aus Beweggründen begangen, die mit der Stellung des Beleidigten im öffentlichen Leben zusammenhängen, und ist die Tat geeignet, sein öffentliches Wirken erheblich zu erschweren, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe. Das politische Leben des Volkes reicht bis hin zur kommunalen Ebene." Entsprechende Anzeigen haben Abmahnungen, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen, Prozesse und Geldstrafen zur Folge.
In der Zeitschrift für internationale Strafrechtsdogmatik wird die Praxis gerechtfertigt: "Der Zusammenhang zwischen ehrverletzenden Äußerungen gegen Personen des politischen Lebens und der Funktionsfähigkeit des politisch-demokratischen Gemeinwesens besteht zum einen darin, daß derartige Beleidigungstaten in einem ersten Schritt den guten Ruf, die Glaubwürdigkeit und die Integrität des einzelnen politischen Akteurs beschädigen können,

und darüber vermittelt in einem zweiten Schritt potentiell auch die Glaubwürdigkeit, Integrität und Funktionsfähigkeit des politisch-demokratischen Systems insgesamt." Es gehe nicht um den "individuellen Ehrschutz im Sinne einer besonders geschützten Politikerehre".
Jeder Satz ließe sich im Handumdrehen widerlegen, doch was würde es nützen? Es spricht die Tautologie der Macht. Es geht darum, Machtkritik auszuschalten und zu verhindern, daß die Qualität und Beschaffenheit der politischen Klasse zum Gegenstand öffentlicher Erörterung wird. Satire und Polemik sind für den Bürger eine der wenigen Möglichkeiten, sich gegenüber den Machthabern, die mit ihren Entscheidungen unmittelbar auf ihr Leben einwirken, vernehmbar zu machen.
Jenen stehen die großen Medien zur Verfügung, um Bürger straflos als Covidioten, Schwurbler, Schmeißfliegen oder Pack zu bezeichnen. Der Paragraph dient um so mehr der Disziplinierung und Einschüchterung, weil die Justiz sich nicht mehr als Schiedsrichter, sondern zunehmend als verlängerter Arm der Exekutive versteht.
Als Anzeigenhauptmeister haben sich Außenministerin Baerbock, Wirtschaftsminister Habeck und die als Militärexpertin dilettierende FDP-Frau Strack-Zimmermann hervorgetan, was kein Zufall ist, denn bei diesen drei Politikern ist die Kluft zwischen dem Anspruch, den sie erheben, und ihrer Befähigung besonders tief. Baerbock versteht nichts von Diplomatie, Habeck nichts von Wirtschaft und Strack-Zimmermann nichts vom Krieg. Die eine schnattert, der andere knetet Luft, und die Dritte gefällt sich als keifende "Oma Courage". Die Brecht-Figur, auf die sie sich bezieht, betrachtet den Krieg als Geschäftsmodell ("Ich laß mir von euch den Krieg nicht madig machen.") und verliert am Ende alles, auch ihre Kinder.
Der jugoslawische Dissident Milovan Djilas (1911-1995), der in seiner Jugend ein gläubiger Kommunist war, hat 1954 in dem gleichnamigen Buch dargelegt, wie die roten Funktionäre, kaum an die Macht gekommen, sich als "Neue Klasse" formierten. Macht und Besitz waren für sie identisch, das heißt, ihr sozialer Aufstieg und ihre materiellen Vorteile waren unmittelbar an den Machtbesitz gebunden. Einen vergleichbaren Status durch wertschöpfende Arbeit zu erreichen, wären die wenigsten Parteibonzen imstande gewesen.
Die hehre Sache des Sozialismus verkam zum Vorwand, der ihren Machtbesitz legitimierte. Die "Neue Klasse" stand selbst auf der Gewinnerseite, "wenn die Nation als Ganzes dabei verlor". Man braucht nur "Sozialismus" durch "Demokratie" zu ersetzen, und es fällt leicht, Djilas' Schilderungen auf das Hier und Heute zu übertragen.
Shakespeares Historiendrama "Richard II." zeigt das Scheitern eines Königs. Richard (1367-1400) lag im Streit mit dem Parlament, wurde ab- und gefangengesetzt und vermutlich ermordet. Im Drama erscheint er als wankelmütiger und intriganter Regent. Zunächst gibt er sich überzeugt, daß Gott die Hand über ihn hält und ermahnt sich:
"Ja, ich vergaß mich selbst: bin ich nicht König? / Erwache, feige Majestät! Du schläfst!"
Doch er wird der königlichen Würde mehr und mehr entkleidet und sieht ein, daß er dem Amt nicht gewachsen ist: "Mit eignem Mund leugn' ich mein heil'ges Recht, / Mit eignem Odem lös' ich Pflicht und Eid, / Ab schwör ich Pracht und Majestät." Schließlich löst die Einheit der zwei Körper sich gänzlich auf. Das Individuum, das zum Verräter am politischen Leib geworden ist, stürzt ins Bodenlose: "Ich habe keinen Namen ... / Und weiß nun nicht, wie ich mich nennen soll." Im Angesicht des Todes erlebt Richard jedoch eine Katharsis: "Auf, auf, mein Geist, den hohen Sitz zu erben, / Indes mein Fleisch hier niedersinkt, zu sterben."
Soviel Einsicht und Reue ist von den aktiven Politikern wohl nicht zu erwarten. Aus Angst vor sozialem Abstieg und in der Furcht, vom Demos mit den Konsequenzen ihres Handelns konfrontiert zu werden, nehmen sie die überpersönliche Würde des Staates in Anspruch, um sich der Debatte und der Gefahr der Degradierung zu entziehen. Ihr schwaches, sterbliches Ego bläht sich auf und behauptet seine Identität mit dem unsterblichen politischen Körper. Wer die Deckungsgleichheit bezweifelt, macht sich der "verfassungsschutzrelevanten Delegi-

timierung des Staates" schuldig.
Dieser postdemokratische Neoabsolutismus, der sich kraft eigener Machtvollkommenheit unter Bestandsschutz stellt, ist lächerlich, aber auch gefährlich. Denn er wirkt auf längere Sicht ruinös und überantwortet den staatlichen Körper der Sterblichkeit und der Verwesung. Im alten England ging es vernünftiger und demokratischer zu.
Karl I. wurde vom Parlament wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und am 30. Januar 1649 hingerichtet. Seine letzten Worte lauteten: "Ich bin ein Märtyrer des Volkes." Was für eine Verblendung und Anmaßung bis zum Schluß.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 51/24" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**Weshalb Remigration ein historischer Normalzustand ist**
Der lange Weg nach Hause
Ludwig Witzani
Karl Marx hat die Revolutionen als die "Lokomotiven der Geschichte" bezeichnet. Hätte er nicht auch die großen Völkerwanderungen nennen können? Migrationstheoretiker würden dem zustimmen. Für sie sind die Wanderungen der Völker die großen Wellen im Gezeitenkraftwerk der Weltgeschichte. Die germanische Völkerwanderung, die iberische Erschließung Lateinamerikas, die eurasische Wanderung der Turkvölker oder die millionenfache Auswanderung der Europäer im 19. Jahrhundert vollzogen sich wie Naturereignisse, die sich scheinbar jeder Art von Steuerung entzogen.
Diesem Determinismus folgen viele Migrationseuphoriker unserer Tage, wenn sie behaupten, daß Migration immer eine Einbahnstraße sei. Man kann allenfalls ihr Dressing verändern, indem man behauptet, sie wären immer und überall positiv und fortschrittlich und ein Segen für die Menschheit. Der Migrationspakt läßt grüßen.
Remigration, das heißt die Rückkehr in das Herkunftsland, wird dagegen in den herrschenden Diskursen als ein absolutes No-go geächtet. Schon das Reden über Remigration, das Unwort des Jahres 2023, rührt an ein Tabu, das jeden, der es verletzt, mit der sozialen Ächtung bedroht. Wer Remigration propagiert, so das Narrativ, öffnet die Pforten der Hölle.
Dabei ist es noch gar nicht so lange her, daß diese Pforten geöffnet waren und Millionen Menschen unter teilweise beschämenden Umständen in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt wurden. Die Rede ist von der Remigration aus den ehemaligen Kolonien nach 1945, einem vergessenen Stück Weltgeschichte, an das nur ungern erinnert wird.
Ausgangspunkt dieser Rückwanderung war die Auflösung der europäischen Kolonialreiche nach dem Zweiten Weltkrieg, bei der ab den 1950er und 1960er Jahren fünf bis sieben Millionen Menschen in teils beschämender Form ihre Heimat verloren. Unter dem Einfluß antikolonialistischer Agitatoren vollzog sich eine ethnische Flurbereinigung, die nach dem Zweiten Weltkrieg Millionen Menschen zurück in ihre Herkunftsländer führte, zu denen teilweise kaum noch Beziehungen bestanden.
Am schlimmsten traf es die Algerienfranzosen. Frankreich hatte im 19. Jahrhundert mit Marokko, Algerien und Tunesien weite Teile der nordafrikanischen Küste besetzt. Nachdem Tunesien und Marokko 1956 widerwillig in die Unabhängigkeit entlassen worden waren, erklärten die Franzosen in einem Akt trotziger Selbstbehauptung Algerien zu einem integralen Bestandteil des französischen Mutterlands.
"L'Algérie, c'est la France" verkündete der junge François Mitterrand als Minister der IV. Republik. Zu diesem Zeitpunkt lebten in Algier und Oran über eine Million Franzosen, an der algerischen Küste wurde der gleiche Wein angebaut wie an der Cote d'Azur, und die besten Böden gehörten den französischstämmigen Siedlern.
In einem blutigen Kolonialkrieg zwischen 1956 und 1962 mit schrecklichen Ausschreitungen auf beiden Seiten belehrten die algerischen Unabhängigkeitskämpfer der FLN die Franzosen eines Besseren. Unter der Drohung "Koffer oder Tod" mußten 1,4 Millionen Franzosen nach

der Ausrufung der algerischen Unabhängigkeit das Land verlassen.
Da sie nichts mitnehmen durften, zerstörten viele ihr Eigentum und verließen Algerien nur mit dem, was sie tragen konnten. Wer blieb, riskierte Leib und Leben. Allein in Oran kam es 1962 bei franzosenfeindlichen Pogromen zu über tausend Morden, von denen kein einziger von offizieller Seite verfolgt wurde. Radikale Ideologen wie der Marxist Frantz Fanon verherrlichten dergleichen Gewaltexzesse in ihren Schriften als Katalysatoren bei der Entstehung neuer, freier Nationen.
Auf der anderen Seite waren die Algerienfranzosen in Frankreich keineswegs willkommen. Verächtlich als "pieds noirs" ("Schwarz-Füßer") bezeichnet, wurden viele von ihnen zu Angehörigen einer neuen Unterschicht am Rande der französischen Großstädte. Kein Wunder, daß die Nachkommen dieser Remigranten zu den treusten Wählern der Rechten wurden und ihrer verlorenen Heimat nachtrauerten.
Ein wenig davon schwingt in Peter Scholl-Latours "Algerischem Stundenbuch" mit, der Jahre nach der Vertreibung der Franzosen die nordafrikanische Küste besuchte. "Die Kolonistendörfer von einst waren ausschließlich von Arabern bewohnt. Wo die pieds noirs früher mit mediterraner Heiterkeit beim Pastis gelärmt hatten, saßen jetzt schweigende, in sich gekehrte Orientalen, die früh am Morgen einen Kaffee bestellten und den ganzen Tag in beschaulicher Untätigkeit verbrachten. In Zeralda wie in den meisten Ortschaften war die katholische Kirche mit Brettern vernagelt."
Etwas anderes stellten sich die Verhältnisse bei der Auflösung des niederländischen Kolonialreiches im heutigen Indonesien dar. Hier lebten auf Java, Bali, Sumatra und den Molukken vor dem Zweiten Weltkrieg etwa 100.000 Niederländer. Viele von ihnen waren als Angehörige der niederländischen Kolonialmacht während des Zweiten Weltkrieges vor den japanischen Invasoren geflohen. Der indonesische Unabhängigkeitskrieg führte noch einmal zu einer Rückwanderung von insgesamt 150.000 Niederländern, begleitet von zahlreichen Molukken, die die Niederländer in ihrem Kolonialkrieg gegen die Javaner unterstützt hatten.
Großbritannien, das seine Kolonien wenigstens im Ansatz auf die Unabhängigkeit vorbereitete und sie letztlich freiwillig entließ, war die einzige Macht, deren Bewohner in größerer Zahl in den ehemaligen Kolonialgebieten in Kenia, Indien, Pakistan, Malaysia, Hongkong oder Singapur bleiben konnten. Die nachkoloniale Geschichte zeigt übrigens, daß der rechtssichere Verbleib europäischer Minderheiten sich auf die demokratische Stabilität der neuen Staaten keineswegs negativ auswirkte, ganz einfach, weil die gut vernetzten weißen Minderheiten ausbeuterischen einheimischen Eliten erschwerten, Einparteiendiktaturen zu errichten.
Von allen Kolonialmächten hatte Portugal am längsten versucht, seine Überseebesitzungen zu behalten. Erst als die afrikanischen Kolonien Angola und Mosambik in den 1970er Jahren im Zuge blutiger Befreiungskriege und einer Revolution im Mutterland unabhängig wurden, kam es auch hier zu einer Rückwanderung von etwa einer halben Million Portugiesen. In der Hochphase des Angolakrieges trafen zeitweise täglich tausend "Retornados" (Rückkehrer) über eine Luftbrücke in Portugal ein. Für Besucher Lissabons der späten siebziger Jahre gehörte damals der Anblick der Zeltstädte der Retornados an der Peripherie der Hauptstadt zum gewohnten Anblick.
Mit der Unabhängigkeit der portugiesischen Kolonien im afrikanischen Süden hatte auch die Stunde der Europäer in Südafrika geschlagen. Nach der Wende am Kap und der Machtübernahme des ANC in Südafrika verließen ab 1991 weit über eine Million Weiße die südafrikanische Union. Die meisten kehrten nach Großbritannien zurück, viele aber gingen auch nach Australien und Neuseeland.
Allerdings hat sich auch in der südafrikanischen Kapprovinz eine nennenswerte weiße Minderheit bis heute erhalten, die ihr Möglichstes tut, die autoritären Tendenzen des herrschenden ANC zu bekämpfen. Wie heikel sich das Leben der weißen Minderheit im Alltag darstellt, hat

der südafrikanische Nobelpreisträger J. M. Coetzee in seinem Roman "Schande" eindringlich beschrieben.
Daß nach dem Zusammenbruch der Kolonialreiche die Angehörigen der ehemaligen Herrenschichten remigrieren müssen, bewahrheitete sich auch nach dem Untergang der Sowjetunion nach 1991. Nach der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan, Kirgisistan und Kasachstan verließen zwischen 1992 und 2009 2,5 Millionen Russen Zentralasien, um nach Rußland zurückzukehren.
Das damit verbundene Leid und die endlose Liste zerbrochener Lebensentwürfe tauchen in keiner Statistik, sondern nur in der Literatur auf. In Andrej Wolos "Curramobod - Stadt der Freude" wird die schrittweise Ausgrenzung und Stigmatisierung der russischen Minderheit in Tadschikistan beschrieben, bis es die meisten nicht mehr aushalten und das Land verlassen.
Wie unterschiedlich das Phänomen der Remigration betrachtet wird, je nachdem, wer Opfer und wer Täter ist, zeigt nicht zuletzt die erzwungene Ausweisung von 850.000 Juden aus arabischen Ländern zwischen 1947 und 1970. Diese "zweite jüdische Nakba" gehört zwar nicht in die europäische Remigrationsgeschichte, und es handelte sich auch nicht wirklich um eine Remigration, der Vorgang verdeutlicht aber im Kontrast zum aktuellen palästinensischen Flüchtlingsproblem sehr plastisch die Doppelstandards, die beim Phänomen der Remigration gerne angewendet werden.
Die Ausweisung der Juden aus den arabischen Ländern vollzog sich als gewaltsame Expatriierung und betraf eine Bevölkerungsgruppe, die seit Jahrhunderten in arabischen Ländern ansässig gewesen war. Die Regierungen dieser Länder, die in der offenen militärischen Konfrontation Israel nicht gewachsen waren, ließen ihren Zorn an ihren wehrlosen jüdischen Bürgern aus, unterwarfen sie Enteignungen und Pogromen bis hin zur gezielten Ermordung. Aus dem Jemen mußten 1949 die Juden mit einer Luftbrücke ("Aktion fliegender Teppich") überstürzt ausgeflogen werden, um einem genozidalen Massaker zuvorzukommen.
Im heutigen Nahostkonflikt ist allerdings nur von einer ganz anderen Remigration die Rede, nämlich der Forderung eines Rückkehrrechts der 700.000 palästinensischen Flüchtlinge, die 1948/49 während des ersten Nahostkrieges aus Israel geflohen warfen. Da über die Vererbung des Flüchtlingsstatus inzwischen aus den 700.000 palästinensischen Flüchtlingen der Jahre 1948/49 eine Bevölkerung von 5,6 Millionen geworden ist, würde deren Remigration das Ende des Staates Israel bedeuten. Gleichwohl erscheint sie als zentrale Forderung auf jeder linken propalästinensischen Agenda.
Überblickt man im Abstand von mehreren Generationen die Geschichte der europäischen Remigration, dann erscheint sie, abgesehen von ihren gewalttätigen Begleiterscheinungen, im Vergleich zur aktuellen muslimischen Massenmigration nach Europa fast wie ein Sturm im Wasserglas. Auch wenn die Zahl der Zuwanderer unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg oft als schockierend hoch empfunden wurde, wirkt sie im Vergleich zu den heutigen Zuwanderungszahlen geradezu bescheiden.
Auch was die Integration der Zuwanderer in die heimische Ökonomie betrifft, sind die Verhältnisse kaum vergleichbar. Von einer vergleichbaren Alimentierung der Neuankömmlinge, wie sie heutige Migranten aus Afrika und dem Nahen Osten erfahren, hätten die "pieds noirs" und die "Retornados" nur träumen können. Allerdings funktionierte die Integration der Remigranten besser. Nach weniger als einem Jahrzehnt hatten die Muttergesellschaften die europäischen Zuwanderer absorbiert. Davon wird man bei der gegenwärtigen Massenzuwanderung nach Europa nicht ausgehen können.
Denn inzwischen haben sich die Verhältnisse grundlegend gewandelt. Europa sieht sich einer weitgehend ungesteuerten, millionenfachen muslimischen Massenzuwanderung gegenüber, die in Gänze die Funktionsfähigkeit der europäischen Staaten bedroht. Das politische Steuerungsinstrument der Remigration kann deswegen den europäischen Regierungen nicht rund-

heraus verweigert werden, auch wenn es nicht in der Brutalität angewandt werden sollte, denen die Europäer selbst nach dem Zweiten Weltkrieg unterworfen waren.
Etwa eine Million Syrer suchen derzeit in Deutschland Zuflucht. Nach dem Sturz des syrischen Diktators Baschar al-Assad spricht prinzipiell nichts dagegen, sie zur Rückkehr in ihre Heimat zu ermuntern.
Dr. Ludwig Witzani, Jahrgang 1950, studierte Geschichte, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Philosophie und Psychologie in Köln, arbeitete im höheren Schuldienst und lebt zur Zeit als freier Reiseschriftsteller in Bonn.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 51/24" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**Das Lager als idealtypische (national-)sozialistische Lebensform**
Erziehung zur Volksgemeinschaft
Die Lager auch im NS-Staat waren die ultimative Form der Herrschaftsausübung. Als gegenüber der Außenwelt hermetisches System dienten diese Orte des Terrors dazu, bestimmte Gruppen zu isolieren, zu bestrafen und zu vernichten. Lager bildeten während der NS-Diktatur aber auch eine "idealtypische Lebensform" zur Einübung in die "Volksgemeinschaft" (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 10/2024).
In dieser von der Forschung bisher kaum beachteten konstruktiven Bedeutung stellte die Institution einen Raum dar, in dem der Nachwuchs der Funktionselite des Dritten Reiches ausgebildet wurde. Erziehungsziel in jenen militärisch organisierten Schulungslagern für angehende Ärzte, Richter und Hochschullehrer sei es gewesen, den "bürgerlichen Individualismus" auszulöschen und zu lernen, sich in eine "Volksgemeinschaft der Arbeiter der Stirn und der Faust" einzufügen, die Wolfgang Benz beiläufig mit der kommunistischen "klassenlosen Gesellschaft" verbindet.
Diese Assoziation hätte er leicht durch den Verweis aufs totalitäre Potential der Demokratie historisch vertiefen können, wie es der "Nationale Erziehungsplan" (1793) des Jakobiners Michel Lepeletier barg. Demnach sollte die "Jugend der Revolution" in streng abgeschirmten Internaten lernen, die eigene Identität auszulöschen, um vollständig im Allgemeinen aufzugehen.<<
Syrien: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 51/24" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**Syrischer Blitzkrieg**
Machtübernahme in Damaskus: Wie konnten die von der Türkei und den USA koordinierten Truppen Assads Männer so schnell überrennen? Wie steht es um die anderen Mächte, die in dem zwölfjährigen Bürgerkrieg mitmischten?
Marc Zoellner
Man stelle sich vor, es sei plötzlich Krieg und alle Soldaten gingen einfach heim: Derartige Szenen von Regierungstruppen, die auf offener Straße ihre Uniformen ablegten und sich unter die Zivilbevölkerung mischten, wurden in den vergangenen Tagen tatsächlich in Syrien gefilmt - und nicht nur an entlegenen Frontabschnitten, sondern vielmals und kriegsentscheidend vor allem auch in den Großstädten Damaskus, Hama und Homs.
Letztere, rund 150 Kilometer nördlich der Hauptstadt Damaskus gelegen, sollte der Assad-treuen "Syrisch-Arabischen Armee" (SAA) eigentlich als Bollwerk gegen die vorrückenden Rebellentruppen der "Hai'at Tahrir al-Scham" (HTS), einer islamistischen Gruppierung aus dem Nordwestgouvernement Idlib dienen. Diese war als Al-Quaida-Ableger gestartet und genießt wenig Unterstützung unter den Golfstaaten, da sie als eine Art neuer Islamischer Staat gilt. Auch die "Syrische Nationale Armee" (SNA), eine vormals an der Grenze zur Türkei agierende, moderate islamische Miliz rückte darauf vor.
Zwei Tage lang konnte die Armee Assads ihre Stellungen nördlich von Homs halten. Doch mit der "Südfront" sowie der "Al-Jabal Brigade", einer drusischstämmigen Rebellenmiliz, sowie der "Syrischen Freien Armee" (FSA) standen zeitgleich bereits drei kampferprobte Wi-

derstandsgruppen in den südlichen und östlichen Vororten von Damaskus bereit. Zusätzlich war die Moral der Truppe extrem geschwächt. Berichte besagen, daß Assads Sold zu spärlich floß. Die Kurden hatten seit langem zusammen mit der SFA im Norden Ölfelder besetzt.
Letztere Miliz hatte sich seit November 2015 in den Wüstenregionen an der Grenze zu Jordanien verschanzt gehalten, um von dort aus mit logistischer Unterstützung der USA ihre Einsätze gegen die - später gleichsam in der Wüste untergetauchte - radikalislamische Terrorgruppe "Islamischer Staat" auszuführen. Aus ersteren beiden, die ebenso von den USA unterstützt werden, sollte sich am 6. Dezember das "Südliche Operationsgebiet" (GAA) formieren; eine Dachorganisation moderater Rebellen und jener der drusischen Minderheit in Syrien, die sich aufgrund ihres Anteils an der Einnahme Damaskus auch ein nennenswertes Gewicht in der syrischen Übergangsregierung erhoffen.

Der türkische Präsident heizt den Konflikt weiter an

Mit dem 41jährigen Ingenieur Mohammed al-Bashir, der sich als Ministerpräsident in der Zivilverwaltung des Rebellengouvernements Idlib seine politischen Sporen erworben hatte, benannte die HTS diesen Montag im nicht von ihr kontrollierten Damaskus zwar schon einmal provisorisch einen neuen Ministerpräsidenten für ihre gesamtsyrische Übergangsregierung. Der HTS-Führer Mohammed al-Dschaulani hatte es sich in Manier der einstigen Abbasiden-Kalifen nicht nehmen lassen, das Ende des Bürgerkriegs in der großen Moschee von Damaskus auszurufen. Bilder, die stark an die Proklamation des Islamischen Staates durch Abu Bakr al-Baghdadi erinnerten.
Doch welche Fraktionen an der neuen Regierung teilhaben werden, wird wohl nicht vor Januar entschieden sein. Zwar ruhen in den meisten Teilen des Landes die Waffen. Doch im Norden kämpfen HTS und SNA als Verbündete der benachbarten Türkei mit den "Demokratischen Kräften Syriens" (SDF), einem kurdischen Dachverband, welchen wiederum die "Volksverteidigungseinheiten" (YPG) dominieren, um die Stadt Manbidsch. Die Türkei erachtet die YPG als den syrischen Vertreter der kommunistischen Terrorgruppe der "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK), welche seit 1978 einen blutigen Untergrundkrieg gegen die aus ihrer Sicht türkischen Besatzer Kurdistans führt (siehe auch Seite 10).
Zwischen 2016 und 2019 errichtete die Türkei in insgesamt drei Bodenoffensiven mehrere "Schutzkorridore" im syrischen Teil der gemeinsamen Grenze, insbesondere mit Hilfe der SNA. Im August 2016 konnte Manbidsch durch Kurden vom IS-Kalifat befreit werden.
Das erklärte Vorhaben Ankaras, seine voneinander getrennten Grenzkorridore via Manbidsch zu schließen, wurde im Oktober 2019 nur durch die vorangehende Besatzung der Stadt durch Assad-Truppen sowie ihre russischen Verbündeten - auf Wunsch der Kurden hin - verhindert. Nach einem Bombardement der Innenstadt durch türkische Flieger rückt die SNA seit diesem Montag erneut auf Manbidsch vor und liefert sich hierbei schwere Gefechte mit der SDF.
In Manbidsch auf dem Rückzug, im Gouvernement Deir ez-Zor an der Grenze zum Irak auf dem Vormarsch, erfährt die kurdische SDF wie schon in den vergangenen Jahren Rückendekkung der USA. Den Milizen von HTS und SNA drohte Washington bereits mit Konsequenzen, sollten diese weiter auf kurdisch dominiertes Territorium "einschließlich des westlichen Ufers des Flusses Euphrat" vorrücken - und stellte sich damit gegen das Hegemonialstreben des eigenen Nato-Partners Türkei. Nördlich von Deir ez-Zor mit insgesamt 900 Mann Truppenstärke stationiert, beschränken sich die USA derzeit auf Luftschläge gegen IS-Verstecke in der Wüste. Der designierte US-Präsident Donald Trump erklärte vorab, sein Land aus dem Syrischen Bürgerkrieg heraushalten zu wollen.
Großangelegte Bombardements fliegen seit vergangenem Wochenende auch die Israelischen Luftstreitkräfte (IAF). Der Sturz des syrischen Machthabers Baschar al-Assad kam für die Regierung in Jerusalem ebenso überraschend wie unerfreulich. Zwar hatte Syrien dem Staat Israel bereits im Mai 1948 den Krieg erklärt und seitdem keine Friedensofferte angeboten. Späte-

stens mit dem Ausbruch des Syrischen Bürgerkriegs im März 2011 galt Assad jedoch mit seinem eigenen Machterhalt beschäftigt, sein Land nur noch als Durchlaufstation iranischer Waffen an die libanesische Hisbollah-Miliz.
Assad, selbst von islamistischen Rebellen bedroht, fungierte in dieser Zeit als Jerusalems Garant für sichere Grenzen zu den von Israel besetzten Golanhöhen. Mit seiner Flucht nach Moskau hinterließ der ehemalige syrische Diktator nicht nur ein innenpolitisches Machtvakuum, welches nun von teils gemäßigten und teils von radikalen Islamisten beansprucht wird, sondern ebenso die Waffenlager einer hochgerüsteten syrischen Armee.
Israel indes hat die Lehre aus dem US-Rückzug und der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan gezogen: Tagtäglich nimmt die IAF Munitionslager und schwere Waffen sowie geparkte Panzer und Kampfflugzeuge im nördlichen Nachbarland ins Visier, damit diese nicht in die Hände der HTS oder noch radikalerer Kräfte fallen.
Am Sonntag verkündete Ministerpräsident Benjamin Netanjahu überdies die Lösung der im Mai 1974 zwischen Israel und Syrien beschlossenen Rückzugsvereinbarungen auf den Golanhöhen, welche den im Oktober 1973 von Ägypten und Syrien ausgelösten Jom-Kippur-Krieg beendet hatten. Israelis besetzen seit Montag erneut den strategisch höchsten Gipfel Syriens, den Hermon-Berg, und vergrößern ihre Pufferzone auf den Golanhöhen.

Rückschlag für Moskaus weltweite Engagements

Der Zusammenbruch dürfte weiteren Verdruß in der Region erzeugen. Die Arabische Liga hatte den syrischen Machthaber Assad nach zwölf Jahren außenpolitischer Ächtung im Mai 2023 erstmals wieder zu einem gemeinsamen Treffen eingeladen - und steht nun vor dem Scherbenhaufen ihrer eigenen regionalen Sicherheitspolitik. Von den rasanten Entwicklungen in Damaskus förmlich überrollt, blieb den Golfstaaten, die sich vergangenen Samstag in Doha zu gemeinsamen Konsultationen mit Rußland, der Türkei und dem Iran trafen, lediglich eine Verbalnote mit der Forderung nach "politischer Lösung" des Konflikts übrig.
Den siegenden Bürgerkriegskräften wird noch lange in Erinnerung bleiben, von der Arabischen Liga keinerlei Unterstützung erfahren zu haben. Hingegen von der Türkei, deren Einfluß in Syrien nachhaltig wachsen dürfte. Was von Doha blieb, war einzig der Ausspruch Saudi-Arabiens über den "Erhalt der nationalen Einheit" Syriens. Kurz: Man beobachte genau, wie sich Türken und Israelis Gebiet aneignen.
In Syrien geht das tägliche Leben wieder seine Wege. Geschäfte und Banken öffneten ab Dienstag erneut ihre Pforten, ebenso lief die Ölförderung wieder an. Die neuen Machthaber rufen die Beamten auf, wieder an die Arbeit zurückzugehen. Flughäfen werden wieder geöffnet. Während im ganzen Land Monumente der alten Diktatur gestürzt und politische Gefängnisse befreit werden, ruft die HTS die weltweiten Flüchtlinge heim.
Katerstimmung herrscht derweil bei den politischen Verbündeten Assads in Teheran und Moskau. Mit der Eroberung von Damaskus durch sunnitische Rebellen bricht für den Iran seine schiitische "Achse des Widerstands" gegen Israel zusammen; die libanesische Hisbollah-Miliz verliert überdies ihren Landweg für den Waffennachschub.
Die Großmacht Rußland darf sich sogar doppelt geschlagen fühlen: Nur zwölf Tage dauerte der blitzartige Vormarsch. Trotz mehrerer Militärbasen in Syrien war Rußland außerstande, die Niederlage seines engen Verbündeten Assad militärisch noch abzuwenden. Dazu noch droht Moskau der Verlust seines Flottenstützpunktes in Tartus sowie seines Militärflughafens in Hmeimim an der syrischen Mittelmeerküste bei Latakia.
Letzterer diente bislang als Knotenpunkt der militärischen Abenteuer des russischen "Afrika-Korps" - der ehemaligen "Gruppe Wagner" - als Moskaus Schützenhilfe für Militär- und Putschistenregime in der Sahelzone.
Allerdings gibt es bisher keine Berichte, daß Milizen versuchen würden, diese Basen zu besetzen. Der Leiter des syrischen Nationalen Koordinationskomitees für Außenbeziehungen,

Ahmed al Asrawi, soll laut der russischen Nachrichtenagentur RBK gesagt gaben, Syrien werde sich weiterhin an Vereinbarungen halten, die im Interesse des Landes lägen. Das statuierte Exempel, daß Moskau selbst den langjährigen Alliierten Assad sang- und klanglos hat entmachten lassen, dürfte derweil Despoten in Afrika unruhig werden lassen.

Die Lage der Syrer in Deutschland

Während Zehntausende Syrer in deutschen Großstädten ausgelassen das Ende des Assad-Regimes feierten, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) wie viele europäische Länder alle Entscheidungen über mehr als 47.000 Asylanträge von Syrern gestoppt - davon 46.081 in erster Instanz. 75.000 Syrer hatten im laufenden Jahr einen Antrag gestellt.

Die oberste Chefin der Behörde, die deutsche Innenministerin Nancy Faeser, will die Entwicklung abwarten. Die weitere Beurteilung des Schutzstatus der in Deutschland lebenden anerkannten Flüchtlinge aus Syrien hänge von der weiteren Entwicklung im Land ab, sagte sie. Die Lage dort sei sehr unübersichtlich, "deshalb sind konkrete Rückkehrmöglichkeiten im Moment nicht absehbar, und es wäre unseriös, in einer so volatilen Situation darüber zu spekulieren", so die SPD-Politikerin.

Ähnlich äußerte sich auch Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne). Sie warnte davor, den Sturz des syrischen Diktators Baschar al-Assad innenpolitisch zu mißbrauchen.

Vor einer neuen Flüchtlingswelle - vor allem von Angehörigen der in Syrien lebenden Minderheiten wie den schätzungsweise eine Million Christen - warnte etwa Alexander Throm, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und forderte Zurückweisungen an den Grenzen.

Der Vize-Fraktionsvorsitzende der Union, Jens Spahn, meint: "Wie wäre es, wenn die Bundesregierung sagt: Jeder, der zurückwill nach Syrien, für den chartern wir Maschinen, der bekommt ein Startgeld von 1.000 Euro." Auf schnelles Handeln drängt auch Alex Jungbluth, AfD-Bundesvorstandsmitglied und Europaabgeordneter, der die EU-Kommission fragte, wann nun eine "Remigration aller syrischen Flüchtlinge in der EU in ihr Heimatland" forciert werde.

Die Kanzlerkandidatin der AfD, Alice Weidel, erklärte: "Wer in Deutschland das 'freie Syrien' feiert, bei dem liegt augenscheinlich kein Fluchtgrund mehr vor. Er sollte umgehend nach Syrien zurückkehren."

Wien geht derweil voran. Österreichs Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) erklärte, er werde im Auftrag des Bundeskanzlers Karl Nehammer (ÖVP), "ein geordnetes Rückführungs- und Abschiebungsprogramm nach Syrien vorbereiten". Derzeit leben rund eine Million Syrer in Deutschland, davon mehr als 321.000 mit Flüchtlingsschutz und weitere 5.000 als anerkannte Asylbewerber. Knapp 330.000 haben subsidiären Schutz erhalten.

Die übrigen rund 318.000 sind überwiegend im Rahmen des Familiennachzugs eingereist. Über 55 Prozent der Syrer beziehen Grundsicherung. Allgemeinbildende Schulen wurden im Schuljahr 2022/23 von rund 186.000 Kindern von Syrern besucht, weitere 50.000 an beruflichen Schulen. Zudem erhielten zwischen 2016 und 2023 rund 161.000 Syrer einen deutschen Paß.<<

Südwestafrika: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 51/24" berichtet am 13. Dezember 2024 (x1.434/…): >>**"Brauchen wir nicht"**

"Des Kaisers Holocaust"? Der Berliner Schloßbewohner Wilhelm II. war weder am Krieg in Deutsch-Südwestafrika noch überhaupt an Kolonien auf dem Schwarzen Kontinent interessiert

Oliver Busch

Das Buhlen um öffentliche Aufmerksamkeit verführt Historiker mitunter dazu, die Grenze zum Journalismus zu überschreiten. Dann entstehen auf den Massenkonsum berechnete Schwarz-Weiß-Gemälde, die ihre Absicht, Geschichte politisch zu verwerten schon in reißeri-

schen Buchtiteln anzeigen.
Als Beispiel könnte die von David Olusoga und Caspar W. Erichsen 2010 vorgelegte Untersuchung zur Kolonialherrschaft in Deutsch-Südwestafrika dienen: "The Kaiser's Holocaust. Germany's Forgotten Genocide and the Colonial Roots of Nazism." Darin präsentieren die Autoren Kaiser Wilhelm II. als Hauptverantwortlichen, Initiator und Befehlsgeber der als "Völkermord" eingestuften militärischen Operationen der deutschen Schutztruppe, die 1904/05 im heutigen Namibia einen Aufstand der indigenen Herero und Nama niederschlug.

Im Berliner Schloß standen die Kolonien nie im Mittelpunkt

An der inzwischen zur herrschenden Meinung geronnenen Meistererzählung vom "ersten deutschen Genozid" (Jürgen Zimmerer) an schätzungsweise 60.000 Herero und 10.000 Nama rüttelt Jonas Kreienbaum (FU Berlin) in seinem umfangreichen Aufsatz "Der Kaiser, das Berliner Schloß und der deutsche Kolonialismus" (Historische Zeitschrift, Band 319/2024) zwar nicht. Aber den maßgeblichen Einfluß des Monarchen auf diesen Kolonialkrieg möchte er in seiner quellenkritischen Studie immerhin relativieren.
Zugleich mit der einfältigen Formel von des "Kaiser's Holocaust" nimmt Kreienbaum überdies die in der erinnerungspolitischen Debatte um den Wiederaufbau des Berliner Schlosses bis heute nachhallende Klitterung ins Visier, die Rekonstruktion der Residenz der Hohenzollern hätte sich verboten, weil dort über die "Versklavung Tausender Menschen aus Afrika sowie über Völkermorde und Konzentrationslager in Deutschlands ehemaligen Kolonien" entschieden worden sei.
Diese plumpe Agitation zu zerlegen, kostet Kreienbaum geringe Mühe. In Ausstattung und Ikonographie des Schlosses, soweit sie fotografisch überliefert sind, deutete nämlich "überraschend wenig" auf einen "Tatort" deutscher Kolonialgeschichte hin. Im Vergleich mit der Flottenpolitik, die sich mit vielen Bildern und Modellen in die Räume drängte, blieben die Kolonien dort sogar "unsichtbar".
Und als zwischen 1891 und 1894 der Weiße Saal, der wichtigste Festraum, prachtvoll neu gestaltet wurde, verzichtete man konsequent darauf, das Schloß innenarchitektonisch als Zentrum eines mehrere Kontinente umfassenden Imperiums zu inszenieren. Statt dessen stand wieder die traditionelle Verherrlichung der Hohenzollerndynastie im Vordergrund.
Solche Zurückhaltung korrespondierte mit der marginalen symbolischen Bedeutung des Schlosses als diplomatisch-protokollarischer "Schauplatz des kolonialen Projekts". Nur zweimal, 1896 und 1911, kam hier Wilhelm II., der unruhige "Reisekaiser", der ausgerechnet um "seine" Schutzgebiete einen großen Bogen machte und sie nie besuchte, während kurzer Audienzen mit kolonialen Untertanen aus Deutsch-Südwestafrika und Samoa zusammen.
Wie oft das Schloß zwischen 1890 und 1914 für solche Begegnungen wirklich genutzt wurde, ist allerdings unbekannt, da eine systematische Erhebung aller Kolonialaudienzen weiterhin Forschungsdesiderat ist. Doch selbst wenn diese Lücke geschlossen sein werde, ändere dies nichts am Befund, daß der Schlüter-Bau kolonialpolitisch höchstens eine symbolische Funktion erfüllte, die strategischen Entscheidungen auf diesem Felde aber anderorts getroffen wurden: in der Reichskanzlei, im Auswärtigen Amt, im Reichskolonialamt und von den Gouverneuren in den Kolonien.
Größere, feinanalytische Anstrengungen als dieser Ausflug in die Berliner Machttopographie fordert die Mär von des "Kaiser's Genocide" Kreienbaum ab. Dabei konzentriert er sich auf die Prüfung der vor allem von Jeremy Sarkin ("Germany's Genocide of the Herero", 2011) und etlichen Nachtretern radikalisierten These, der Kaiser habe dem im Mai 1904 von ihm als Kommandeur der Schutztruppe ernannten Generalleutnant Lothar von Trotha einen ausdrücklichen Befehl erteilt, alle Aufständischen zu vernichten.
Trothas berüchtigte, nach einer mißlungenen Einkesselung ergangene "Proklamation an das Volk der Herero" vom September 1904, die ihnen drohte, jedes mit oder ohne Waffe angetrof-

fene Stammesmitglied zu erschießen, Frauen und Kinder in die Wüste zurückzujagen und dem Verdursten preiszugeben, scheint zu dokumentieren, daß der General exakt exekutierte, was sein oberster Kriegsherr wollte. Das Problem ist nur, daß in den Akten keine derartige kaiserliche Instruktion zu finden ist. In seiner Beweisnot spekulierte Sarkin daher darüber, der Vernichtungsbefehl sei vielleicht ("probably") mündlich erteilt worden.

Ein Genozidbefehl des Monarchen an Trotha ist nirgends nachweisbar

Obwohl solche Ausflüchte die ganze Konstruktion zu Wilhelm II. als Völkermord-Drahtzieher längst einstürzen ließen, prüft Kreienbaum anhand der Aktenüberlieferung nochmals, ob sich im Konflikt, in den Trotha mit dem moderaten Südwest-Gouverneur Theodor Leutwein wegen seines brutalen Vorgehens geriet, nicht zumindest Hinweise für eine allerhöchste Anstiftung zum Genozid finden. Doch die Suche fördert nur Gegenbeweise zutage: Trothas explizite Erklärungen für Leutwein und den Generalstabschef Graf Schlieffen, die bis zur "Vernichtung" gehende "rigorose Behandlung aller Teile der Nation" der Herero auf "eigene Verantwortung" zu erstreben.

"Angesichts dieser Quellenlage", so resümiert der Historiker, "ist die Wahrscheinlichkeit, daß der Monarch Trotha einen direkten Genozidbefehl erteilte, verschwindend gering". Ungeachtet dessen mündet Kreienbaums Studie nicht im Freispruch, weil Kaiser Wilhelm II. mit seinen martialischen öffentlichen Reden jenen "diskursiven Rahmen" für den kolonialen Massenmord geschaffen und jenes "Klima" erzeugt habe, in dem Vernichtungspraktiken zunehmend akzeptabel erschienen. Insoweit sei die Rede von des "Kaiser's Holocaust" also doch gerechtfertigt.

Gleichwohl sei zuzugeben, daß der Kaiser nie eine dominante Rolle in der Causa Deutsch-Südwest gespielt habe. Bereits im Frühjahr 1904, vor Beginn von Trothas Feldzug, verlor er jedes Interesse an diesem Krieg. Wie er auch wiederholt bekräftigte, ihm sei an Kolonien in Afrika gar nichts gelegen ("Brauchen wir nicht"). Im Unterschied zu kolonialen Flottenstützpunkten im pazifischen Raum, wie dem 1898 erworbenen chinesischen Kiautschou. Diese benötige das Deutsche Reich, um auf dem 1896 eingeschlagenen "Neuen Kurs" endlich von der Kolonial- zur Weltpolitik überzugehen und mit den USA und Japan um die "Lösung der großen Asiatischen Frage" zu ringen. …<<

14.12.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**"Allahu Akbar" statt "Stille Nacht": Syrer feiern Assad-Sturz auf Weihnachtsmarkt**

Am dritten Adventswochenende wollen wieder unzählige Menschen in Vorfreude auf das Fest über die Weihnachtsmärkte in Deutschland bummeln, Glühwein schlurfen, eine Bratwurst essen. Sicherheitsexperten sind in Sorge, nachdem sich zuletzt in Stuttgart Tausende Syrer unter die Weihnachtsmarktbesucher mischten und mit "Allahu Akbar-Rufen" den Sturz des syrischen Diktators Baschar al-Assad feierten. Das könnte sich an diesem Wochenende (14./15. Dezember) auf vielen Märkten wiederholen, heißt es.

In Stuttgart war es am 2. Advent laut Videos, die in sozialen Medien kursieren, zu strammislamistischen Sprechchören gekommen. Bärtige, dunkelgekleidete junge Männer skandierten "Allahu Akbar". Der Ausspruch wird von Islamisten auch als Aufruf zu Gewalt genutzt.

In Essen kam es auf dem Weihnachtsmarkt ebenfalls zu einer Machtdemonstration des Islam (der Deutschland-Kurier berichtete).

Extremismus-Forscher Ahmad Mansour: "Weihnachtsmärkte bewußt für Demonstrationen zu nutzen, ist respektlos und geschmacklos!" Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sieht eine anhaltend hohe Gefährdungslage: Deutschland sei "unverändert im unmittelbaren Zielspektrum unterschiedlicher terroristischer Organisationen, insbesondere des Islamischen Staates".<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. Dezember 2024 (x1.429/…):
>>**Bankkonto gekündigt: Links-grün-woker Angriff auf "Freilich" - Hat das Magazin zu viel im Verbots-Sumpf recherchiert?**
Die Sparkasse Steiermark hat überraschend und ohne nähere Begründung das Bankkonto des national-konservativen österreichischen Magazins "Freilich" gekündigt. Heinrich Sickl, Geschäftsführer des Magazins, kritisierte die Kündigung als einen gezielten Versuch, unabhängigen Journalismus zu unterbinden: "Die Vorgehensweise ist nicht neu. Jetzt erwischt es uns. Offenbar wird mit allen Mitteln versucht, die konservativ-freiheitliche Erfolgsserie aufzuhalten."
Sickl zufolge ist das "Verbrechen" seines Mediums, Journalismus abseits des linken Mainstreams zu betreiben. Auf Nachfrage bei der Steiermärkischen Sparkasse, warum das Konto gekündigt wurde, erhielt das Magazin nach eigenen Angaben keine Antwort.
Der Geschäftsführer vermutet, daß eine kürzlich veröffentlichte investigative Recherche Auslöser für die Kündigung sein könnte. Der Artikel gewährte Einblicke in die Verbotsphantasien der deutschen "Grünen".
Organisatorische Katastrophe
Für den Freilich-Verlag stellt die Konto-Kündigung eine existentielle Bedrohung dar. Ohne Bankverbindung fehlen die Grundlagen für den weiteren Betrieb: Einkünfte können nicht empfangen, Rechnungen und Gehälter nicht bezahlt werden. Die gesamte Infrastruktur des Magazins steht auf dem Spiel.
Doch das Blatt gibt sich kämpferisch.
Sickl rief die Leser zur Unterstützung auf, um den Betrieb aufrechtzuerhalten und um juristische Schritte gegen die Kündigung einleiten zu können.
Christian Hafenecker, Mediensprecher der FPÖ, verurteilte die Kündigung scharf. In einer Stellungnahme warf er der Sparkasse vor, sich dem politischen Druck linker Kreise zu beugen: "Das ist offensichtliches 'De-Banking', mit dem patriotischen Medien die Existenzgrundlage entzogen werden soll. Kritische Stimmen und Meinungen abseits des medialen Mainstreams sollen mundtot gemacht werden."
Der FPÖ-Medienexperte sieht in der Entscheidung einen gefährlichen Präzedenzfall, der zeige, wie Banken und andere Institutionen immer öfter unter links-grün-wokem Druck und Einfluß agieren.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. Dezember 2024 (x1.429/…):
>>**Verfassungsschutz-Skandal um AfD-Einstufung in Thüringen: Geheimdienst-Despot Kramer muß sich vor Untersuchungsausschuß verantworten!**
Die AfD im Thüringer Landtag will mit einem Untersuchungsausschuß den Machenschaften von Landes-Verfassungsschutzchef Stephan Kramer nachgehen. Hintergrund sind Vorwürfe, daß der selbstherrlich waltende Geheimdienst-Despot bei der Einstufung der Thüringer AfD als "gesichert rechtsextremistisch" entlastendes Material aus seiner Behörde unterdrückt haben soll. Auch eine Zusammenarbeit des laut AfD-Fraktionschef Björn Höcke "besessenen" Linksideologen mit System-Journalisten soll untersucht werden.
Nach Medienberichten über den links-grün-woken Sumpf beim Thüringer Verfassungsschutz gerät Behördenleiter Stephan Kramer immer mehr unter Druck. Die AfD-Landtagsfraktion will einen Untersuchungsausschuß einsetzen. Dazu braucht sie aufgrund ihrer Abgeordnetenzahl (mehr als ein Drittel aller Landtagssitze) die Kartellparteien nicht.
Fraktionschef Björn Höcke sagte am Freitag (13. Dezember) in der Aktuellen Stunde des Thüringer Landesparlamentes, aus Medienberichten gehe hervor, daß Kramer seine Behörde als Kampfinstrument gegen den AfD-Landesverband mißbraucht habe. Kramer habe unter anderem ein Gutachten ignoriert, das vor einer Einstufung der AfD als erwiesen rechtsextremistisch gewarnt habe.

Höcke erklärte, zudem sei in den Medienberichten von einer Zusammenarbeit von Kramer und zwei Journalisten des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) die Rede. Auch dies sei aufzuklären.

Geheimdienstsumpf in Thüringen

Wie viel Stasi steckt im Thüringer Verfassungsschutz? Die AfD-Fraktion im Erfurter Landtag läßt nicht locker und setzt den Geheimdienst-Skandal um den berüchtigten Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz, Stephan Kramer, auf die parlamentarische Tagesordnung. Behördenmißbrauch, Gewaltandrohungen gegen Mitarbeiter und Geheimnisverrat - das sind nur einige der schweren Vorwürfe, die gegen Kramer im Raum stehen.

Die Vertuschungsbemühungen der früheren kommunistisch-ökosozialistischen Landesregierung unter dem Ex-SED-Bonzen Bodo Ramelow sind damit erst einmal gescheitert. Innenstaatssekretär Udo Götze (SPD) versuchte in der "Aktuellen Stunde" auf Verlangen der AfD-Fraktion erneut, die Vorwürfe als längst bekannt und gegenstandslos herunterzuspielen.

Als nächsten Schritt hat die Thüringer AfD-Fraktion die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Kramer-Affäre angekündigt. Als stärkste Fraktion mit mehr als einem Drittel der Abgeordneten kann die AfD das im Alleingang durchsetzen. Der Ausschuß werde "das Netzwerk Kramer" ausleuchten "und diesen neuerlichen Geheimdienstskandal gründlich aufarbeiten", erklärte Fraktionschef Björn Höcke.

Das ist auch bitter nötig. Bereits am 9. Dezember hatte "Apollo News" die Bombe platzen lassen und seine Recherchen zum "Kramer-Komplex" veröffentlicht. Das Magazin hat aufgedeckt, wie der seit zehn Jahren amtierende "Regierungsschützer" Kramer das Landesamt für Verfassungsschutz zur "politischen Maschine" umgebaut und dabei systematisch Rechtsbrüche, Dienstvergehen und persönliche Verfehlungen in Serie begangen hat.

- Beim politisch motivierten Geheimdienst-Feldzug gegen die AfD-Opposition gab Kramer stets den Vorreiter. 2018 ließ er die Landes-AfD als "Prüffall" einstufen, trompetete das gegen den Rat der Fachbeamten auf einer Pressekonferenz öffentlich hinaus und kassierte dafür eine Klatsche vor Gericht.

- 2021 folgte die freihändige Einstufung als "gesichert rechtsextremistische Bestrebung" - wieder ignorierte Kramer die Bedenken der Fachleute, unterschlug ein entlastendes Gegengutachten auf der Grundlage der Verfassungsrechtsprechung und schlug Bedenken wegen des Verfassungsgrundsatzes der Indemnität, die der Kriminalisierung der Äußerungen von Abgeordneten in Ausübung ihres Mandats entgegensteht, in den Wind.

Amtsführung nach Gutsherren-Art

In der Landesbehörde heißt es: Wer Kramer widerspricht, wird gemobbt, autoritär heruntergeputzt, verbal beschimpft oder sogar - wie der Autor des unterschlagenen Gutachtens - mit körperlicher Gewalt bedroht. Dutzende Fachbeamte sind in den letzten Jahren aus der Behörde geflüchtet, die Kramer wie ein cholerischer Gutsherr führt, zahlreiche zentrale Positionen sind seit Jahren unbesetzt.

Zwei Informanten, die sich wegen Kramers Verfehlungen an den MDR gewandt hatten, wurden - ein unerhörter Bruch des journalistischen Ehrenkodex - vom Sender an den Behördenleiter verraten. Kramer belohnte den Verrat am ehernen Grundsatz des Informantenschutzes mit der Weitergaben von Insider-Informationen und Geheimunterlagen an MDR-Redakteure auf Anti-AfD-Mission, was dem Verfassungsschutz-Chef wiederum im Jahr 2019 ein, freilich ergebnisloses, Disziplinarverfahren einbrachte.

Stoff genug für einen handfesten Skandal, der die Schlagzeilen beherrscht und die Republik erschüttert, sollte man meinen. Doch der Medien-Mainstream stellt sich blind und taub. Aufgegriffen wurden die "Apollo News-Recherchen" bislang lediglich von allen relevanten alternativen und freien Medien - natürlich auch vom Deutschland-Kurier.

Schützling des Systems

Auch vom Dienstherrn hat Stephan Kramer nichts zu befürchten. Unter der demokratisch mangelhaft legitimierten Regierung des Kommunisten Bodo Ramelow (Linke) hatte Kramer faktisch Narrenfreiheit und erledigte nach alter Stasi-Sitte die Schmutzarbeit der Zweckentfremdung einer mächtigen Landesbehörde zum Kampfinstrument gegen die Opposition.

Innenminister Georg Maier (SPD) hat die Dienstaufsicht über den ihm untergebenen Behördenleiter faktisch eingestellt. Auch unter dem frisch gewählten "Brombeer-Ministerpräsidenten Mario Voigt (CDU) wird Maier weiter die Hand über Kramer halten können, der erst nach Stationen bei CDU und FDP zum SPD-Genossen wurde.

Ginge es mit rechten und rechtsstaatlichen Dingen zu, hätte Kramers Kopf schon mehrmals rollen müssen: Neben all den anderen Verfehlungen etwa, als er im Juni 2023 ein Fünftel der Deutschen als "braunen Bodensatz" diffamierte. Oder nachdem er sich mit Islamisten zur vertraulichen Plauderrunde getroffen hatte.

Sozialpädagoge mit Islamistenbart

Streng genommen hätte der Mann mit dem wirren Salafistenbart gar nicht erst Behördenchef werden dürfen. Laut Thüringer Verfassungsschutzgesetz muß ein Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz Volljurist sein und die "Befähigung zum Richteramt" haben; Kramer kann lediglich ein abgebrochenes Jurastudium und einen "Master" in Sozialpädagogik vorweisen.

Mit dem Posten des Chefs des Inlandsgeheimdienstes in Thüringen wurde dieser Großinquisitor versorgt, nachdem er 2014 seinen Hut als Generalsekretär des Zentralrats der Juden nehmen mußte. Die extremen Äußerungen des zum Judentum übergetretenen Eiferers Kramer hatten während seiner zehnjährigen Amtszeit als Generalsekretär wiederholt für Unmut gesorgt; während der Kampagne gegen Thilo Sarrazin hatte er den Sozialdemokraten mit "Göring, Goebbels und Hitler" verglichen.

Die auf Betreiben der AfD überfällige parlamentarische Ausleuchtung der womöglich sogar kriminellen Machenschaften im Thüringer Verfassungsschutz hat immerhin dafür gesorgt, daß der MDR Thüringen und die "Tagesschau" den Kramer-Skandal widerwillig zur Kenntnis nehmen mußten. Daß eine derart zweifelhafte Figur so hoch aufsteigen und sich so lange halten konnte, sagt eigentlich schon alles über den Zustand der demokratischen Institutionen und des Rechtsstaats in Deutschland. Von desto größerer Bedeutung ist die hartnäckige Aufklärungsarbeit der freien Medien und der AfD-Opposition in den Parlamenten.

P.S.: Der guten Vollständigkeit halber sei noch dies angemerkt. Kramers Mitgliedschaft im "Stiftungsrat" der linksextremen "Amadeu-Antonio-Stiftung" läßt berechtigte Zweifel an der gebotenen politischen Neutralität des Thüringer Verfassungsschutz-Chefs aufkommen.

Jedoch ist es gerade auch diese Vernetzungsarbeit im links-grün-woken Milieu, die Kramer noch immer auf seinem Posten hält - egal, welche unsauberen Methoden er gegen die AfD anwendet.

P.S.: Der guten Vollständigkeit halber sei noch dies angemerkt. Kramers Mitgliedschaft im "Stiftungsrat" der linksextremen "Amadeu-Antonio-Stiftung" läßt berechtigte Zweifel an der gebotenen politischen Neutralität des Thüringer Verfassungsschutz-Chefs aufkommen. Jedoch ist es gerade auch diese Vernetzungsarbeit im links-grün-woken Milieu, die Kramer noch immer auf seinem Posten hält - egal, welche unsauberen Methoden er gegen die AfD anwendet.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**IW: Höhere Sozialbeiträge führen zu weniger Netto vom Brutto**

Auf die meisten Haushalte kommen im nächsten Jahr höhere Belastungen zu. Vor allem die steigenden Sozialabgaben führten dazu, daß Bürger 2025 weniger Netto vom Brutto haben, berichtet die "Welt am Sonntag" unter Berufung auf Berechnungen des arbeitgebernahen Insti-

tuts der deutschen Wirtschaft (IW).
Die von den Parteien der ehemaligen Ampel-Koalition doch noch geplanten Steuerentlastungen reichten nicht aus, um die negativen Effekte auszugleichen. Für einen Single beispielsweise mit einem Durchschnittseinkommen von 50.000 Euro brutto im Jahr würde sich die Mehrbelastung lediglich von 233 Euro auf 38 Euro netto im Jahr reduzieren.
Auch bei Alleinerziehenden reichten Kindergelderhöhung und veränderter Einkommensteuertarif in vielen Fällen nicht aus, um aus dem Minus ein Plus zu machen. Lediglich gemeinsam veranlagte Paare mit Kindern könnten sich je nach Einkommenshöhe über mehr Netto freuen. "Für die Steuerzahler wäre der Ausgleich der kalten Progression wichtig, um die Belastungseffekte zumindest abzumildern", sagte IW-Steuerexperte Martin Beznoska.
Zu den Belastungseffekten gehören höhere Beiträge für Kranken- und Pflegeversicherung, die nach oben gesetzten Beitragsbemessungsgrenzen sowie die zum 1. Januar weiter steigende CO2-Abgabe, die zu höheren Preisen beim Tanken und Heizen führt. Die Fraktionen der ehemaligen Ampel-Koalition hatten sich am Freitag darauf geeinigt, die kalte Progression abzubauen und das Kindergeld zu erhöhen. Bundestag und Bundesrat müssen dem noch zustimmen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Neue Umfragen: Merz verliert, Weidel gewinnt**
Von *Daniell Pföhringer*
CDU-Chef Friedrich Merz ist in der Beliebtheit deutlich abgerutscht und erfährt noch nicht einmal von der Hälfte der Unionsanhänger Zuspruch. In der Kanzler-Frage liegt Alice Weidel nun gleichauf mit ihm auf Platz eins. …
Laut einer Umfrage des Instituts INSA ist der CDU-Chef binnen einer Woche von Platz vier auf Platz fünf der beliebtesten Politiker in Deutschland abgerutscht. Bedenklich: Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) ist laut INSA nach wie vor der beliebteste Politiker Deutschlands, mit deutlichem Abstand vor Markus Söder (CSU). Grünen-Kanzlerkandidat Robert Habeck stieg von Platz 15 auf Platz 12, Olaf Scholz (SPD) von Platz 19 auf Platz 17 - ein für einen amtierenden Bundeskanzler dennoch desaströser Wert.
Eine aktuelle Umfrage des Instituts Forsa wollte hingegen ermitteln, wen die Deutschen direkt zum Kanzler wählen würden. Bei der Auswahl Merz, Scholz und Habeck würden sich demnach 24 Prozent für den Grünen entscheiden (plus zwei Prozentpunkte), 28 Prozent für den CDU-Chef (minus zwei Punkte) und 16 Prozent für den amtierenden Regierungschef (plus drei Punkte). Bezeichnenderweise wurde nach Alice Weidel als AfD-Kanzlerkandidatin von Forsa nicht gefragt.
Weidel gleichauf mit Merz
Der Grund könnte in der zunehmenden Beliebtheit Weidels liegen. In einer neuen INSA-Umfrage für das Medium Nius, die ebenfalls danach fragte, wen man direkt zum Kanzler wählen würde und bei der Weidel mit aufgeführt ist, liegt die AfD-Chefin nämlich gleichauf mit Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz. Für beide wurde von INSA ein Wert von 17 Prozent ermittelt.
Auf Platz drei folgt der amtierende Kanzler Olaf Scholz mit 14 Prozent und erst dann Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck mit 12 Prozent. Für BSW-Chefin Sahra Wagenknecht sprachen sich zehn Prozent aus. Die größte Gruppe (22 Prozent) sind allerdings diejenigen, die keinen der Genannten wählen würden.
Weitere Befunde laut Nius: "Ein anderer Ausschlag, der aus der Erhebung heraussticht, ist die Säule der über 70-Jährigen, die zu 30 Prozent für Friedrich Merz votieren. Kein anderer Kandidat und keine andere Altersgruppe sind so eindeutig positioniert. Interessant ist auch der Blick auf das Meinungsbild in Ost- und Westdeutschland.
So liegt AfD-Kandidatin Alice Weidel im Osten mit 24 Prozent klar vorn (West: 15 Prozent).

Friedrich Merz wird dagegen im Osten (12 Prozent) deutlich weniger geschätzt als im Westen (18 Prozent).
Im Westen (23 Prozent) dominiert übrigens die Ablehnung aller Kandidaten gegenüber dem Osten (16 Prozent). Es ist also keine grundsätzliche Politikferne im Osten, so läßt es sich deuten, sondern eine relativ klare, nicht erfüllte Vorstellung von Politik."
Schließlich ermittelte INSA, daß der Rückhalt für Merz unter Unionsanhängern ziemlich dürftig ist. Während nämlich die Unterstützer von AfD, Grünen und BSW mit überwältigender Mehrheit (73 bzw. 72 Prozent) hinter ihren eigenen Spitzenkandidaten stehen, wird Merz nicht einmal von der Hälfte der Unionsanhänger als kanzlerwürdig erachtet. Der Zuspruch für Scholz unter SPD-Anhängern liegt bei 54 Prozent.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Unvergessen: Der alte deutsche Osten**
Von *Daniell Pföhringer*
Rund 14 Millionen Deutsche wurden im und nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer angestammten Heimat in Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland vertrieben, gut ein Fünftel des vormaligen Reichsgebietes ging verloren. …
Wenn man heute durch eine deutsche Stadt fährt, begegnen einem mitunter Schilder wie "Königsberger Straße", "Danziger Weg" oder "Stettiner Allee". Diese Straßennamen zeugen davon, daß unser deutsches Vaterland einmal größer war als die heutige Bundesrepublik.
Noch Mitte des vorigen Jahrhunderts genoß man die Sommerfrische am Kurischen Haff oder besuchte im Winter den wunderbaren Weihnachtsmarkt in Breslau - und man war in Deutschland. Die Kohle kam aus Schlesien, Kartoffeln und Zuckerrüben aus Pommern, das Pilsener Bier und die Karlsbader Oblaten aus dem Sudentenland. Doch gegen Ende des Zweiten Weltkriegs endete diese gesamtdeutsche Geschichte. Die Sieger - namentlich Sowjets, Polen und die Tschechoslowakei - verleibte sich die alte deutsche Heimat ein.
Der historische deutsche Osten: Diese wunderbare Karte finden Sie in unserer Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten". Jetzt hier bestellen.
14 Millionen Deutsche wurden damals vertrieben, mehr als zwei Millionen ließen ihr Leben auf der Flucht. Die Gesamtfläche der annektierten Ostgebiete betrug 137.497 Quadratkilometer oder 13.749.700 Hektar - rund ein Fünftel des Reichsgebietes in den Grenzen von 1937. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dies schreiendes Unrecht bedeutete. ...
Land der dunklen Wälder
Ostpreußen, die Kornkammer des Reiches, war einst Zentrum der Ostkolonisation des Deutschen Ordens und später Zankapfel zwischen Preußen, Schweden und Polen. Anfang des 19. Jahrhunderts geriet die Provinz unter das Joch napoleonischer Herrschaft. Es bildete sich schon bald eine wichtige Keimzelle des Widerstands gegen die Fremdbesatzung: Die Ostpreußische Landwehr hatte großen Anteil an der siegreichen Völkerschlacht bei Leipzig. 1848 wurde Ostpreußen Mitglied des Deutschen Bundes und erhielt als solches das Recht, Vertreter ins großdeutsche Parlament nach Frankfurt am Main zu entsenden.
Im Ersten Weltkrieg drängten russische Truppen bis nach Königsberg vor, Memel wurde besetzt. Die Generäle Hindenburg und Ludendorff aber schrieben ihre Namen unauslöschlich in das Buch der Weltgeschichte, als sie in einer historisch einzigartigen militärischen Leistung bei Tannenberg (26. bis 30. August 1914) die Übermacht der Russen schlugen. Der Erste Weltkrieg ging dennoch für Deutschland verloren, und sogleich schickte sich Polen an, Teile Ostpreußens an sich zu reißen, und verleibte sich entgegen völkerrechtlichen Bestimmungen das Gebiet um Soldau ein.
Bei Abstimmungen im südlichen Ostpreußen sprachen sich 97,8 Prozent der Stimmberechtigten für den Verbleib bei Deutschland aus. Doch durch den sogenannten Korridor, der vor al-

lem das untere Weichseltal mit Thorn als größter Stadt sowie die Kaschubei umfaßte und sich damit bis zur Ostsee erstreckte, wurde die einst blühende Kornkammer des Reiches vom Heimatland abgeschnitten. Litauen nutzte Deutschlands Schwäche, um sich des Memelgebietes zu bemächtigen, obwohl sich dessen Bevölkerung ebenfalls mehrheitlich zu Deutschland bekannte.
Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939 kam Ostpreußen wieder zum Reich, ehe es 1945 auf Befehl Stalins der litauischen Sowjetrepublik zugeschlagen wurde. Das Potsdamer Abkommen der Alliierten vom 2. August 1945 hatte eine abschließende Regelung bezüglich Ostpreußens, dessen nördlicher Teil unter sowjetische, dessen südlicher Teil unter polnische Herrschaft gekommen waren, einem Friedensvertrag vorbehalten. Die Ostpreußen-Münze aus Silber können Sie hier bestellen.

Perle an der Ostsee

Vor der Völkerwanderung war das spätere Pommern von den ostgermanischen Stämmen der Rugier (seit dem 6. Jh. v. Chr.) im Westen und der Goten (seit etwa 100 v. Chr.) im Osten besiedelt. Ab dem Ende des 5. Jahrhunderts ließen sich dort auch slawische Stämme nieder.
Seit 1232 Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, erfuhr das Reichslehen Pommern durch die Ansiedlung von Deutschen und Flamen im Zuge der Ostkolonisation einen demografischen und wirtschaftlichen Aufschwung.
Im Dreißigjährigen Krieg verlor Pommern fast zwei Drittel der Bevölkerung. Durch den Westfälischen Frieden 1648 kam Hinterpommern zu Brandenburg, während Vorpommern schwedisch wurde. Während des Schwedisch-Polnischen Krieges (1655-1660) und auch im Schwedisch-Brandenburgischen Krieg (1674-1679) wurde das Gebiet von schwedischen Truppen besetzt, Stettin, Stralsund und Greifswald wurden belagert.
Dem brandenburgischen Kurfürsten Friedrich Wilhelm I. gelang 1678 schließlich die Eroberung ganz Schwedisch-Pommerns. Dennoch mußte er auf Druck Frankreichs im Frieden von Saint-Germain vom 29. Juni 1679 auf die eroberten Gebiete mit Ausnahme des schmalen Landstreifens östlich der Oder verzichten.
Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die pommerschen Gebiete östlich von Oder und Swine inklusive der Provinzhauptstadt Stettin unter polnische Verwaltung gestellt. Vorpommern westlich der neuen Grenze wurde Teil der DDR und nach der Wiedervereinigung 1990 Teil des neuen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern.

Zwischen Kattowitz und Görlitz

Die wechselvolle Geschichte Schlesien nahm mit dem germanischen Stamm der Silinger ihren Anfang. Diese besiedelten das Gebiet um den Berg Zobten und gaben Schlesien seinen Namen. Im 11. und 12. Jahrhundert holten die schlesischen Piastenherzöge deutsche Bauern, Handwerker, Kaufleute und Mönche ins Land. Es wurden zahlreiche Städte und Siedlungen nach deutschem Recht gegründet, die Zisterzienser stifteten unter anderem die Klöster Trebnitz, Heinrichau, Leubus und Kamenz.
Vor dem Ersten Weltkrieg war Schlesien mit 40.319 Quadratkilometern die größte preußische Provinz und übertraf flächenmäßig auch alle anderen Länder des Deutschen Reiches, sieht man vom Königreich Bayern einmal ab. Das Gebiet am Ober- und Mittellauf der Oder war größer als die Niederlande und fast so groß wie die Schweiz. Seine Bevölkerung zählte zu diesem Zeitpunkt rund 5,2 Millionen Einwohner.
Doch als Folge des Versailler Diktatfriedens 1919 mußte Deutschland große Gebiete Schlesiens abtreten: 3.733 Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von fast einer Million gingen an Polen verloren, 316 Quadratkilometer mit rund 50.000 Einwohnern an die neu gegründete Tschechoslowakei.
1945 beschlossen die USA, Großbritannien und die Sowjetunion auf Drängen Stalins in Jalta und Potsdam die sogenannte Westverschiebung Polens. Bereits im Sommer 1945 kam es zu

wilden Vertreibungen. Mit Gewalt und in entwürdigender Weise wurden auch in Schlesien zahllose Menschen von Haus und Hof verjagt und in langen Elendszügen über die Lausitzer Neiße in die sowjetische Besatzungszone getrieben.
Im Februar 1946 begann, was im Potsdamer Abkommen "geordnete Aussiedlung" genannt wurde. Fast 4,5 Millionen Schlesier waren betroffen, von denen Hunderttausende das an ihnen begangene Verbrechen der brutalen Vertreibung aus der Heimat nicht überlebten. Die Schlesien-Münze aus Silber können Sie hier bestellen.

Heimat in Böhmen und Mähren

Die Kimbern und Teutonen hätten sich bei ihrem Zug nach Süden gerne an Eger und Beskiden niedergelassen, scheiterten jedoch um das Jahr 118 v. Chr. am Widerstand der Boier. Dieser keltische Stamm gab Bohemia - also Böhmen - seinen Namen.
In der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts trafen dann mit Zustimmung der Obrigkeit die ersten großen Wellen sächsischer, bayerischer, thüringischer, rheinländischer und flämischer Siedler vor allem in den Randgebieten Böhmens ein. Rasch kam es zu Städtegründungen nach Lübekker, Magdeburger und Nürnberger Recht.
Nach Hussitensturm und Glaubenskrieg brachen zwei Jahrhunderte weitgehend friedlicher Koexistenz zwischen Deutschen und Tschechen an. Als Lichtgestalt erwies sich der in Wien residierende Kaiser Joseph II., der teilweise als Mitregent seiner Mutter Maria Theresia zahlreiche Reformen durchführte.
Im Revolutionsjahr 1848 brach der germano-tschechische Antagonismus wieder mit voller Wucht auf. Während zwei Dutzend sudetendeutsche Abgeordnete ihre Heimatkreise im ersten deutschen Parlament in der Frankfurter Paulskirche vertraten, wurde beim Prager Slawenkongreß im Juni 1848 die ungeheuerliche Forderung erhoben, daß "alle Millionen Deutsche östlich der Isthmuslinie Trient-Stettin vertrieben werden sollten". 1870/71 löste Otto von Bismarck mit der Gründung des Zweiten Reiches schließlich die deutsche Frage - allerdings unter Ausschluß der in Österreich lebenden Landsleute.
1938 wurde das Sudetenland also das Siedlungsgebiet der Deutschen in Böhmen und Mähren durch das Münchner Abkommen dem Reich angegliedert. Ein halbes Jahr später ordnete Hitler die Besetzung der Rest-Tschechei an. Die Slowakei wurde damals erstmals unabhängig, aber auch Polen und Ungarn bedienten sich aus der Konkursmasse der Tschechoslowakei und nahmen - was heute häufig verschwiegen wird - Annexionen vor.
Dem weitgehend Deutschland angegliederten Protektorat Böhmen und Mähren sollte nur eine sechsjährige Lebensdauer beschieden sein. Mit der deutschen Kriegsniederlage 1945 begann die Vertreibung von drei Millionen Sudetendeutschen aus ihrer Heimat. Dabei kam es zu unbeschreiblichen Grausamkeiten, die jede Vorstellungskraft übersteigen. Obwohl die Mörder nie verurteilt wurden, bekannten sich die Sudetendeutschen nach 1945 zu Gewaltverzicht und Dialog, warten allerdings bis heute auf die Aufhebung der diskriminierenden Benes-Dekrete.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Wenn die Wahl verboten wird**

Von *Jürgen Elsässer*

Wir haben uns daran gewöhnt, daß wir alle vier Jahre nur ein Kreuzchen machen dürfen. Aber selbst mit dieser erbärmlichen Schrumpfform der Volksherrschaft kann es im Schatten eines Weltkrieges schnell zu Ende sein. Drei Beispiele zeigen, daß die Nerven bei den globalistischen Brandstiftern derzeit blank liegen - sie dulden keine Stimmergebnisse, die ihre Aufmarschplanung durcheinanderbringen.
Beispiel 1: Georgien. Dort hat die Regierungspartei Georgischer Traum die Parlamentswahlen im September mit 54 Prozent klar gewonnen. Seither randaliert die Pro-EU-Opposition auf den Straßen, beschießt Polizisten und Parlament mit Leuchtraketen und Schlimmerem. Die

Drahtzieher, sogenannte Nichtregierungsorganisationen, werden von Brüssel und Washington finanziert. Sie faseln von Wahlfälschung, obwohl eine Nachauszählung in ausgelosten Bezirken keine Veränderung erbracht hat.
Hintergrund: Die Regierung will nicht in den Krieg zwischen NATO und Rußland hineingezogen werden und weiterhin zu beiden Seiten gute Beziehungen unterhalten. Also das gleiche Szenario wie 2013/14 in der Ukraine, die unter Premier Janukowitsch in Äquidistanz zu West und Ost bleiben wollte. Nach wochenlangen Krawallen auf dem Maidan in Kiew mit eingeschleusten Scharfschützen wurde er gestürzt, NATO und Nazis übernahmen die Macht.
Beispiel 2: Südkorea. Präsident Yoon verkündete am 3. Dezember überfallartig das Kriegsrecht, Panzer fuhren auf, das Parlament wurde abgeriegelt. Dem Autokraten paßte nicht, daß bei den kürzlichen Wahlen die bisherige Opposition die Mehrheit bekommen hatte. Er beschuldigte sie, im Dienste des kommunistischen Nordkorea zu stehen, deshalb müsse Schluß sein mit der Demokratie.
Der Möchtegern-Diktator scheiterte nur, weil die Abgeordneten Mut bewiesen: Sie schlichen sich in das abgesperrte Parlament und verbarrikadierten sich. Als die Soldaten über die Fenster einsteigen wollten, wehrten sie sich mit Feuerlöschern. Dann beschlossen sie, was ihr Recht ist, die Annullierung des Kriegsrechtes. Derweil versammelten sich Zehntausende auf den Straßen, die Gewerkschaften riefen zum Generalstreik auf. Schließlich mußte Yoon klein beigeben. Aber es war nur der blitzartige und entschlossene Widerstand der Demokraten, der diesen Staatsstreich gestoppt hat - das sollten wir uns merken.
Beispiel 3: Rumänien - ein Mitgliedsstaat der Europäischen Union, die sich ansonsten gegenüber aller Welt als Gralshüter der Freiheit aufspielt. Dort war "der rechtsradikale und rußlandfreundliche Kandidat" (Tagesschau) Calin Georgescu in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl völlig überraschend mit knapp 23 Prozent an die Spitze gestürmt. Für den Stichentscheid am 8. Dezember gaben die Umfragen dem Parteilosen die satte Mehrheit von 58 Prozent. Doch es kam nicht dazu.
Am 6. Dezember wurde die Wahl vom Obersten Gericht für ungültig erklärt, nachdem der Geheimdienst "Dokumente" präsentiert hatte, denen zufolge das Land Ziel eines "aggressiven russischen hybriden Angriffs" geworden sei. Moskauer Hacker sollen demnach nicht die Auszählung gefälscht, sondern - man glaubt es kaum - über Tiktok die Wähler manipuliert haben. Für wie dumm erklärt man die Menschen? Selbst Georgescus Gegenkandidatin, die prowestliche Elena Lasconi, war empört: "Der rumänische Staat hat die Demokratie mit den Füßen getreten."
Kann so etwas auch bei uns passieren? Selbstverständlich! Wenn der Bundestag den Kriegsfall ausruft, werden die Bundestagswahlen abgesagt. Dazu genügen zwei Drittel der Abgeordneten - die stimmten ja damals auch locker für die Corona-Diktatur. Und eine russische Einmischung kann, wie in Rumänien, schnell erfunden werden. BND-Präsident Bruno Kahl warnte Ende November, daß der Kreml den Wahlkampf in Deutschland durch "hybride Aktivitäten" beeinflussen könnte. Der Faschismus ist das letzte Mittel des Regimes. Sind wir darauf vorbereitet?<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Krieg oder Frieden**
Deutschland vor der Entscheidung: In den nächsten Wochen steht es spitz auf Knopf. Friedrich Merz will uns in den Krieg mit Rußland ziehen, Alice Weidel kämpft dagegen. Dazwischen steht Olaf Scholz, der notorische Umfaller. Eine Geheimdienst-Operation kann alles explodieren lassen.
_ von *Jürgen Elsässer*
"Wann Krieg beginnt, das kann man wissen, aber wann beginnt der Vorkrieg? Falls es da Regeln gäbe, müßte man sie weitersagen. In Ton, in Stein eingraben, überliefern. Was stünde da?

Da stünde, unter andern Sätzen: Laßt euch nicht von den Eignen täuschen." Das schrieb die DDR-Schriftstellerin Christa Wolf in ihrem hellsichtigen Roman über die Seherin Kassandra, die den Untergang von Troja voraussagte. Aus einem hölzernen Pferd, einem vermeintlichen Gastgeschenk der Aggressoren, sprangen die Bewaffneten, die die Stadt anzündeten.

"Laßt euch nicht von den Eignen täuschen." Christa Wolf

Und noch eine wichtige Vorbemerkung, noch eine historische Parabel, noch ein DDR-Schriftsteller: Bertolt Brecht. "Das große Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten", formulierte er 1951, als in der BRD die Remilitarisierung begann und gleichzeitig das Pentagon Pläne für die atomare Auslöschung von 70 russischen Städten operationalisierte.

Jetzt sind wir Deutsche erneut Trojaner und wieder Karthager. Bis zur Wiedervereinigung schliefen die Geister der Vergangenheit. Die Bundeswehr mußte nicht für die Amis in Vietnam bluten, die Nationale Volksarmee nicht für die Russen in Afghanistan. Dann zogen wir im Dienste einer Neuen Weltordnung wieder hinaus, schossen und bombten in Jugoslawien und am Hindukusch, spielten Friedenswächter in Afrika.

Gehversuche eines Bonsai-Militarismus, muß man im Nachhinein sagen. Denn erst mit der "Zeitenwende" von Olaf Scholz im Februar 2022 erwachte die Bestie von Neuem: 100 Milliarden für die Bundeswehr - und unsere besten Tötungsmaschinen für die Ostfront. 2024 sah man Leoparden-Panzer in Gefechten vor Kursk - so wie Tiger 1943. Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich.

"Russisches Schiff schießt bei Bundeswehr-Einsatz." Frankfurter Rundschau

Doch immer noch gab Washington den Ton an. Jetzt, mit dem neuen Mann im Weißen Haus, böte sich die Chance zum Ausstieg aus der Eskalation. Es ist aber zu befürchten, daß das Gegenteil eintritt: Daß der europäisch-deutsche Imperialismus an Stelle des weichenden Amerika die Führung übernimmt - Karthagos dritter Anlauf. Der Tiefe Staat, der in Washington Bastionen räumen muß, bereitet die Weltbrandstiftung ersatzweise mit Provokateuren in London, Brüssel und Berlin vor. Ziel: Den offenen Krieg NATO gegen Rußland noch zu entfesseln, bevor sich Trump mit Putin einigen kann. Deswegen werden die Wochen bis zu seiner Amtseinführung und bis zur Bundestagswahl die gefährlichste Zeit seit der Kuba-Krise. "Es ist eine Minute vor Zwölf", warnen Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer zu Recht (siehe Infobox Seite). Der Sekundenzeiger auf der Armageddon-Uhr rückt unerbittlich vor. Jederzeit kann etwas passieren, das die Welt in den Abgrund reißt.

Ein neues 9/11

"Das erste Opfer im Krieg ist die Wahrheit", lautet ein vielzitiertes Bonmot. Aber es stimmt gar nicht: Die Wahrheit stirbt lange vor dem Krieg, sonst gelänge es gar nicht, ihn zu entfesseln. Die Yankees begründeten ihren Kriegseintritt in Vietnam mit dem Tonkin-Zwischenfall, den Angriff auf Jugoslawien mit dem Racak-Massaker, die Aggressionen gegen Afghanistan und den Irak mit 9/11 - allesamt Fälschungen und Inszenierungen, die ihre eigenen Geheimdienste und Militärs gefingert hatten.

Und wer erinnert sich nicht an die Waffenstillstandsgespräche in Istanbul Ende März 2022, als sich die Vertreter Kiews und Moskaus schon auf eine Lösung verständigt hatten, die den aktuellen Friedensplänen von Trump gleicht? Dann aber wurden hunderte Leichen in Butscha arrangiert, und die zarten Hoffnungsknospen erfroren. Am 9. April 2022 traf der britische Premier Boris Johnson unangemeldet in Kiew ein und "wies Selenski an (…), keine Zugeständnisse an Putin zu machen" (Guardian, 28.4.2022).

Für die erneute Inszenierung eines Kriegsvorwandes wird aktuell der Boden bereitet. "Wladimir Putin beabsichtigt als Vergeltung für die Unterstützung der Ukraine "massenhaft Opfer" in Europa", titelte die Londoner Zeitung Express Anfang Dezember. Und im Telegraph sekundierte Keir Giles vom führenden Thinktank Chatham House: "Es muß uns betroffen ma-

chen, daß Rußland Ereignisse mit massenhaft Opfern in Europa in Erwägung zieht, was durch den Flugzeug-Anschlag bewiesen wird." Express: "Damit bezog sich Herr Giles auf den Flugzeugabsturz in der Nähe von Vilnius, Litauen, in der letzten Woche."
Dabei ging es um einen im Landeanflug verunglückten DHL-Transporter, der Crash forderte ein Todesopfer. Das Gerücht über den russischen Geheimdienst als Verursacher war zuerst vom CDU-Bundestagsabgeordneten Roderich Kiesewetter gestreut worden. Express muß aber selbst einräumen, "daß Litauen abstritt, daß das der Fall war".
Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen: Obwohl die litauische Regierung, die in puncto Rußlandfeindlichkeit zu den aggressivsten in Europa gehört, die Verwicklung Moskaus dementierte, taucht diese Behauptung als "bewiesen" Tage später wieder in der britischen Presse auf und wird als Beleg dafür genommen, daß Putin weitere Anschläge mit "massenhaft Opfern" plant… Was wäre erst passiert, wenn auch die Behörden in Vilnius eine mögliche Rolle des FSB angedeutet hätten?
Kiesewetter, der schon im Februar 2024 gefordert hatte, "den Krieg nach Rußland (zu) tragen", war ohne den geringsten Beweis bereit, den Vorfall zur weiteren Eskalation zu nutzen. "Sollte es sich herausstellen, daß der Absturz der Maschine am Montag durch einen Brandsatz verursacht wurde, müßten die NATO-Staaten nach Artikel 4 des Bündnisvertrages Konsulationen vornehmen und gegebenenfalls öffentlich machen, daß "wir in die Nähe eines Spannungsfalls kommen", so Kiesewetter" (Berliner Kurier).
Ähnlich hysterisch wurde ein weiterer Vorfall Anfang Dezember hochgejazzt. "Russisches Schiff schießt bei Bundeswehr-Einsatz", meldeten die Frankfurter Rundschau und in ähnlicher Diktion viele weitere Medien. So wurde der Eindruck eines quasi-militärischen Zwischenfalls erweckt. "Im Ostseeraum eskalieren die Spannungen zwischen Rußland und dem Westen", skizzierte die NOZ das künftige Schlachtfeld.
Tatsächlich handelte es sich um ein vergleichsweise harmloses Geschehen: Ein russischer Öltanker war - warum eigentlich? - von einer Bundeswehr-Fregatte verfolgt worden. Von dort stieg ein Hubschrauber auf, der dem Tanker gefährlich nahe kam. Daraufhin feuerte die Besatzung - nein: nicht mit scharfer Munition, sondern mit Signalraketen.
Kampfpanzer Leopard 2 auf dem Truppenübungsplatz Pabrade in Litauen. An die Ukraine wurden von der Bundesregierung bis dato 18 Leo 2 geliefert, der Großteil wurde von den Solche Geschichten werden in der Berichterstattung unter dem Stichwort "hybride Kriegsführung" zusammengefaßt - eine Wundertüte, in die die Propaganda alles packen kann, was im Lande schief läuft, von abstürzenden DHL-Fliegern über einstürzende Brücken bis hin zum flächendeckenden Stromausfall: Im Zweifelsfall ist immer Putin schuld.
Cedric Bierganns, Experte für Sicherheitspolitik und Bundeswehr bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, skizzierte im Focus Mitte März 2024, wie man daraus schnell einen Kriegseintritt basteln könnte: "Wenn sich eine ausländische Macht, insbesondere Rußland, für einen Angriff entscheiden sollte, würde diese Macht wohl auf eine hybride Kriegsführung setzen. Das bedeutet, daß zunächst massenhaft Fake News verbreitet würden.
Das führt in diesem Szenario dazu, daß sich eine angenommene politische Spaltung in Deutschland vertieft. Im weiteren Verlauf bröckelt auch das Vertrauen in die NATO. Hybride Angriffe auf kritische Infrastrukturen nehmen zu. Hacker greifen etwa Kraftwerke zur Stromversorgung an. Es kommt zu Ausfällen. Der Bundestag tritt zusammen. Der Verteidigungsfall soll ausgerufen werden." Man beachte: Zum letzten Mal wurde in Deutschland der "Verteidigungsfall" am 1. September 1939 ausgerufen. "Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen", hieß es damals.

Die Kriegserklärung von Merz

Am 16. Oktober 2024 goebbelte der CDU/CSU-Kanzlerkandidat im Bundestag: "Wenn er (Putin) nicht innerhalb von 24 Stunden aufhört, die Zivilbevölkerung in der Ukraine zu bom-

bardieren, dann müssen aus der Bundesrepublik Deutschland auch Taurus-Marschflugkörper geliefert werden, um die Nachschubwege zu zerstören (…)."
Nach dem Ampel-Aus haben die Taurus-Freunde im Bundestag eine Mehrheit. Sowohl die Union wie die Grünen als auch die FDP und einige SPD-Stahlhelmer wollen den Marschflugkörper, der mit über 500 Kilometer Reichweite Moskau bombardieren kann, an das Selenski-Regime liefern. Viele Besorgte trösten sich mit dem Gedanken, daß das frühestens im April/Mai passieren würde (vorher würde Merz, selbst bei einem Wahlsieg Ende Februar, das Bundeskanzleramt nicht übernehmen können).
Doch das ist eine Milchmädchen-Rechnung, denn die Taurus-Mehrheit unter den Abgeordneten - zusammen etwa 400 Sitze, die Gegenkräfte haben allenfalls 300 - könnte schon vor der Wahl den noch amtierenden Olaf Scholz mit einem konstruktiven Mißtrauensvotum stürzen, Merz an seine Stelle setzen und mit der Lieferung beginnen.
"Putin beabsichtigt … massenhaft Opfer in Europa." Express
Bisher versprechen alle Altparteien, im Bundestag bis zum 23. Februar nicht gegeneinander Anträge einzubringen. Doch das Stillhalteabkommen könnte unter zwei Bedingungen aufgekündigt werden: Erstens, wenn sich der Rückgang der Umfragewerte für die Union, der bereits Anfang Dezember begonnen hat, fortsetzt. Schon 2021 verstolperte Armin Laschet seinen sicher geglaubten Sieg auf den letzten Metern… Merz wäre dann in der Versuchung, sich seine Mehrheit, die er vom Volk nicht mehr bekommen kann, einfach im Bundestag abzuholen, wo er sie in der Taurus-Frage schon hat.
Das hätte, zweitens, zur Voraussetzung, daß die antirussische Hysterie hochkocht - etwa in Folge eines Terroranschlags in Europa mit dutzenden oder hunderten Opfern, den man Putin als "hybride Kriegsführung" in die Schuhe schiebt. Notfalls ließe sich das über einen Syrer, den man als Assad- und damit als Putin-Mann kostümiert, leicht inszenieren. Dann würden die Taurus umgehend geliefert, Deutschland wäre im Krieg und die Bundestagswahlen müßten abgesagt werden. Die Grünen und vor allem die moribunde FDP würden das sicherlich begrüßen, denn bei einem Urnengang im Frühjahr müssen sie Verluste oder gar den parlamentarischen Exitus befürchten.

Vom kleineren Übel

Scholz hat leichtes Spiel, sich gegen den tollwütigen Merz als Friedenspolitiker ins Spiel zu bringen: Schon ein Telefonat mit Putin Mitte November brachte ihm zusätzliche Prozente und täuschte die Bürger darüber hinweg, daß er kurz darauf Selenski besuchte und diesem gleich ein neues Waffenpaket in Höhe von 650 Millionen Euro offerierte.
Ohnedies hat der SPD-Kanzler dafür gesorgt, daß die BRD mit über 30 Milliarden Euro (so Scholz' eigene Angaben gegenüber Caren Miosga) hinter den USA der zweitgrößte Rüstungslieferant von Selenski ist.
Scholz als kleineres Übel zu wählen, um Merz zu verhindern, könnte genauso ausgehen wie 1932 die famose Idee, bei der Präsidentenwahl für Hindenburg zu stimmen, um Hitler zu verhindern. Tatsächlich kam der greise Feldmarschall ins höchste Staatsamt und nicht der österreichische Anstreicher - nur um diesen ein halbes Jahr später zum Reichskanzler zu machen. Auch Scholz dürfte am Ende nicht das Bollwerk gegen Merz sein, sondern dessen Koalitionspartner. Taurus wäre dann nur noch eine Verhandlungsmasse zwischen beiden.

Eins vor zwölf

"Eine Minute vor Zwölf - Einen großen europäischen Krieg verhindern", ist der Aufruf von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer von Anfang Dezember überschrieben, den auch die ehemalige Eislauf-Olympiasiegerin Katarina Witt, CSU-Urgestein Peter Gauweiler, Günter Verheugen (SPD, ehemaliger Vizechef der EU-Kommission), Oskar Lafontaine (BSW, früher Linke und SPD-Vorsitzender) und Otto Schily (SPD, ehemals deutscher Innenminister) unterschrieben. Wie bei ihrem Friedensmanifest von vor fast zwei Jahren gestatteten die Initiato-

rinnen leider auch diesmal keine Unterstützer aus dem Spektrum von AfD, Querdenkern, Werteunion oder COMPACT.
Auszüge: "Wir befinden uns in der vielleicht gefährlichsten Phase dieses Krieges. Unsere oberste Pflicht sollte sein, eine Katastrophe für unser Land und alle Menschen in Europa zu vermeiden. (…) Den Ukraine-Krieg kann und wird keine Seite gewinnen. Wenn die Waffen nicht bald schweigen, laufen wir Gefahr, alle gemeinsam zu verlieren. Noch nie seit dem Ende des 2. Weltkriegs war die Gefahr eines Nuklearkriegs in Europa so groß wie jetzt. Wir müssen sie bannen, bevor es zu spät ist."
Die einzigen Parteien, die fest gegen die weitere Eskalation stehen, sind BSW und AfD. Doch Wagenknecht muß, nachdem sie in Thüringen den Kotau vor Merz-Freund Mario Voigt gemacht und bei der Koalitionsbildung in Brandenburg die neuen Raketen auf dem Bundeswehr-Stützpunkt Holzdorf geschluckt hat, um den Wiedereinzug ihrer Truppe in den Bundestag zittern. Die AfD kam dank Brandmauer nicht in die Versuchung zu kompromisseln und dürfte, je mehr die Kriegsgefahr steigt, als konsequenter Gegenpol zu den Brandstiftern immer sichtbarer werden.
Mit Alice Weidel hat sie zum ersten Mal einen Kanzlerkandidaten nominiert und damit ihren Regierungsanspruch offensiv deutlich gemacht. Auch das Wahlprogramm, so hört man, soll deutlich US- und EU-kritischer sein als bei vorhergehenden Kampagnen, was gegen den Blender Scholz hilft. Weidel hat angekündigt, ihre ersten Staatsbesuche als Kanzlerin bei Trump und Putin zu machen, weil nur diese beiden Frieden schließen könnten. Worauf auch sie nicht vorbereitet ist: daß es noch vor der Wahl zum Kriegseintritt kommen könnte. Aber die Frau ist lernfähig, das hat sie bewiesen.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 01/2025.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31237" berichtet am 14. Dezember 2024 (x1.427/…): >>Ist die Ukraine ein Schlüsselstaat zur Neuen Weltordnung?
Einstieg
Krieg, Greueltaten, Tod und Leid. Vertreibung aus der Heimat und zerstörerische Verwüstung von dem, was Menschen über Jahrzehnte hinweg aufgebaut haben. Zehntausende junge Männer ermordet an den Frontlinien oder verkrüppelt und traumatisiert, ein Leben lang. Zerrüttete Familien in Trauer um ihre Liebsten, in Hoffnungslosigkeit versunken. Jede kriegerische Auseinandersetzung, jede abgefeuerte Kugel kann keinen Frieden schaffen!
Das seit Ausbruch des Ukraine-Krieges auf den Kopf gestellte Axiom "Waffen können Frieden schaffen", welches unter anderem vom deutschen SPD-Politiker Michael Roth (Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses) geprägt wurde, bildet seit über 2 Jahren die Grundlage politischen und militärischen Handelns. In einer perfiden Salamitaktik wurden zuerst Helme, dann Gewehre und schließlich schwere Waffen - wie z.B. Panzer - ausgeliefert.
Damit ist insbesondere Deutschland nur noch eine Nasenspitze davon entfernt, selbst offizielle Kriegspartei zu werden, sollte es zur Auslieferung des Taurus-Marschflugkörpersystems kommen. Unterdessen gießt die US-Administration unter Joe Biden gleichsam in einer letzten "Amtshandlung" weiter mächtig Öl ins Feuer, indem sie der Ukraine den Einsatz von ATACMS-Raketen gegen Rußland erlaubt. Damit sind Ziele weit im Inneren von Rußland mit Raketen erreichbar und ein entscheidender Wendepunkt in diesem Krieg erreicht. Offenbar wird: Es geht um weit mehr als nur um die Selbstverteidigung der Ukraine.
Während Bomben in der Ukraine weiter mit voller Wucht einschlagen, gibt es noch eine andere, nicht weniger perfide Seite dieses Krieges. Auf luxuriösen Galas, in denen Promis und die "Who's Who" der High Society über rote Teppiche schreiten, wird Geld gesammelt - sehr viel Geld. Solidaritätsaufrufe, wie die der Initiative "WeAreAllUkrainians" des Ex-Profiboxers Wladimir Klitschko, appellieren an alle Welt, kriegstraumatisierte Kinder und Kinderhäuser finanziell zu unterstützen. Die ukrainische First Lady, mit ihrer Olena-Selenska-Stiftung, er-

regt wohl am meisten Aufsehen. Bestens vernetzt in alle entscheidenden Schaltstellen der US-Politik über Hollywood bis zu den britischen Royals, sammelt Olena Selenska unermüdlich Millionen zur "Wiederherstellung des Humankapitals der Ukraine". Das meint unter anderem, die Evakuierung von Kindern aus ukrainischen Waisenhäusern in "temporäre Auslandsaufenthalte".
Der erste Teil dieser Sendung beleuchtet den Hintergrund derjenigen Personen, denen gegenüber viele Menschen seit Kriegsbeginn uneingeschränkte Solidarität bekunden.
Der zweite Teil untersucht den Geldfluß aus Politik, Militär und Finanzwelt.
Geprüft wird, ob diese Milliarden Dollar tatsächlich allein der Selbstverteidigung und dem Wiederaufbau der Ukraine zufließen, oder ob sie noch einem anderen Zwecke dienen.
Bleiben Sie unbedingt dran! Nur durch das Erkennen der heimtückischen Drahtzieher solcher Kriege und das Bloßlegen ihrer wahren Ziele, kann Frieden entstehen.

Teil 1: Es ist nicht alles Gold, was glänzt

Präsident Wolodymyr Selenskyj

Wann immer in öffentlich-rechtlichen Medien über die Ukraine gesprochen wird, dann in dem Zusammenhang, daß westliche Werte "verteidigt" werden müssen.
Die zentrale Heldenfigur nimmt zweifelsohne Präsident Selenskyj ein. Dieser aber tritt grundlegende Menschenrechte und Traditionen seines Volkes mit Füßen. Neben seinem offensichtlich krassen Nationalismus und der dazugehörigen gleichgeschalteten Kirche, duldet er keine weitere Konfession. "Wolodymyr Selenskyj hat die russisch-orthodoxe Kirche in der Ukraine nun komplett verboten. Dutzende russisch-orthodoxe Priester werden ins Gefängnis kommen. Dieses Regime ist das pure Böse", twittert Prof. Max Otte am 21.08.2024.
Selenskyj bezeichnet die meist sehr frommen und einfachen Gläubigen als Agentennetz des Kremls. Daß Selenskyj eher zum Satanismus als zum Christentum neigt, ist kein Geheimnis.
Kla.TV berichtete bereits in der "Akte Selenskyj" (www.kla.tv/25731) über seine vulgären Ausschweifungen in Stöckelschuhen und Latex-Strümpfen, während der traditionelle Kosaken-Tanz in diesem ekelhaften "Musik-Video" verspottet wird.
Selenskyjs "Kampf-Ansage" gegen Korruption in einem der korruptesten Länder Europas wirkt ebenso lächerlich. Mit dem Leak der sogenannten "Pandora Papers" wurden korrupte Persönlichkeiten in aller Welt entlarvt. Die Ukraine stand ganz oben auf der Liste, mit der höchsten Anzahl korrupter Amtsträger. Selenskyj war einer davon, mit "Off-Shore-Konten" in Belize, auf Zypern und den Britischen Jungferninseln.
Über die ab 2012 gegründeten Offshore-Firmen (Offshore-Firmen: Verlegung des Firmensitzes ins Ausland, um Steuerzahlung zu vermeiden) - darunter die Firma "Maltex" - wurden Millionen Dollar verschoben und vor den Steuerbehörden versteckt. Nur zwei Wochen vor der ersten Runde der Präsidentschaftswahl veränderten sich plötzlich die Besitzverhältnisse von "Maltex".
Die bisher von Selenskyj und seiner Ehefrau Olena gehaltenen Anteile wurden an den engen Partner und Unternehmer Serhiy Shefir unentgeltlich übertragen. Wie glaubwürdig wirkt solch eine Transaktion, wenn ausgerechnet Shefir nach Selenskyjs Wahl zum Chefberater des Präsidenten ernannt wird? Weitere 41 Millionen Dollar soll er von dem zwielichtigen Oligarchen Ihor Kolomojskyj (Mafia-Boß) erhalten haben. Dieser verläßt kurz vor den Präsidentschafts-Wahlen fluchtartig das Land und kommt erst nach den Wahlen, mit Selenskyj an der Spitze, zurück.

Die Machenschaften der First Lady der Ukraine

Im Herbst 2022 verkündete die Ehefrau des ukrainischen Präsidenten auf der Bühne der Metropolitan Opera in New York City feierlich die Gründung einer wohltätigen Stiftung. Laut Olena Selenska ist das Hauptziel der Stiftung die Wiederherstellung des "Humankapitals der Ukraine" sowie der Wiederaufbau von Medizin- und Bildungseinrichtungen. Ein besonderer

Schwerpunkt der Stiftung sei die Unterstützung und Hilfe für Waisenkinder und ihre Evakuierung aus gefährlichen Gebieten der Ukraine.
Die ehemalige US-Außenministerin Hillary Clinton, der britische Außenminister James Cleverly, Schauspieler Matt Damon und viele andere prominente Persönlichkeiten waren bei dem Empfang zu Ehren der Stiftungs-Eröffnung zugegen.
Im Februar 2023 erklärte Selenska in einem Interview mit "The Australian Financial Review", daß ihre Stiftung an Kindertransporten ins Ausland beteiligt ist. "Wir mußten viele Kinder aus Waisenhäusern in andere Teile der Ukraine und ins Ausland evakuieren", sagte Selenska.
Und trotz ihrer lautstarken Proklamation, die Stiftung habe eine rein humanitäre und karitative Mission, gibt es gute Gründe zu glauben, daß sich hinter der Maske der Freundlichkeit eine schmutzige und ekelhafte Wahrheit verbirgt.
Nach Angaben von "The Intel Drop" deckte Robert Schmidt, Autor der Publikation und französischer Journalist auf, daß Kinder, die von ihrer Stiftung in den Westen transportiert wurden, in die Hände von Pädophilen gefallen sind.
"The Intel Drop" zitierte einen ehemaligen französischen Mitarbeiter der Selenska-Stiftung, der dort als "Pathway coordinator" (Koordinator, der sicherstellt, daß die Ziele erreicht werden - hier Routen, Transporte und so weiter) angestellt war. Er habe oft ukrainische Kinder zu Pflegefamilien in wohlhabende Gegenden von London, Paris und Berlin gebracht und sei während seiner Arbeit Zeuge von Gewalt gegen Minderjährige geworden, woraufhin er aus der Organisation ausgetreten sei.
Bei einer seiner "Auslieferungs-Touren" soll der ehemalige Mitarbeiter Bernard-Henri Lévy wiedererkannt haben.
Bernard-Henri Lévy ist ein französischer Philosoph, Schriftsteller und Filmemacher und hat bei zwei Dokumentarfilmen über die Ukraine Regie geführt. Seine Einnahmen, die er von beiden Dokumentarfilmen erhalten sollte, wurden an die Olena- Selenska-Stiftung gespendet. Auf Selenskas offizieller Webseite posieren die beiden freundschaftlich miteinander. Doch wie auch viele der anderen prominenten Gäste, ist auch Bernard-Henri Lévy weithin für seine Verbindungen zu Personen, die der Pädophilie verdächtigt und beschuldigt werden, bekannt. Er ist auch deshalb berüchtigt, weil er Roman Polanski und Gabriel Matzneff, die wegen Pädophilie angeklagt wurden, öffentlich verteidigte.
"The Intel Drop" forderte die Behörden in Frankreich, Deutschland und dem Vereinigten Königreich auf, angesichts der Aussagen des ehemaligen Mitarbeiters eine umfassende Untersuchung der Selenska-Stiftung durchzuführen. Bisher keine Resultate!

Verstrickungen der Olena-Selenska-Stiftung

Eine polnische Menschenrechtsaktivistin aus Großbritannien setzt sich seit vielen Jahren für die Rettung entführter Kinder ein. Sie erklärt: Es sei im Dezember 2022 eine Vereinbarung zwischen der Olena-Selenska-Stiftung und "Save the Children" mit Hauptsitz in London unterzeichnet worden. Dies ausgerechnet wenige Tage nach einem Besuch von Olena Selenska in Großbritannien, bei dem sie sich mit britischen Kollegen traf.
Ein Schirmherr der Organisation auf Seiten der britischen Regierung sei der 33-jährige Hugh Grosvenor, 7th Duke of Westminster. Er soll dafür verantwortlich sein, daß Pädophile der britischen Regierung mit minderjährigen Kindern "versorgt" werden. Der polnischen Menschenrechtsaktivistin zufolge spendete Hugh Grosvenor 2022 zu diesem Zweck über seine Westminster-Stiftung rund 500.000 Pfund an "Save the Children".
"Der 7th Duke of Westminster", Hugh Grosvenor, ist eine Art Zuhälter von minderjährigen Kindern in den höchsten Kreisen Großbritanniens. Er wird von der pädophilen Elite des Landes angesprochen, weil er über die von ihm gesponserte Organisation "Save the Children", und die Olena-Selenska-Stiftung (...) stets Zugang zu ukrainischen Kindern hat", behauptet die Kinderrechtsaktivistin.

Der Whistleblower und ehemalige Mitarbeiter des ukrainischen Geheimdienstes SBU, Wassili Prosorov (www.kla.tv/27036), bekräftigt solche Aussagen mit folgenden Worten: "Unsere Kinder werden aus der Ukraine gebracht, wo sie bestenfalls in die Hände von irgendwelchen dubiosen Familien gelangen oder im schlimmsten Fall Pädophilen übergeben werden oder dem Organhandel dienen." (…) "In den meisten Fällen werden illegal exportierte ukrainische Kinder leichte Beute für homosexuelle Paare, Pädophile und andere Perverse, sterben unter dem Skalpell schwarzer (skrupelloser: Anm. d. Redaktion) Transplantologen oder werden zu Sklaven auf dem Markt für sexuelle Dienstleistungen", äußert Prosorov weiter. Ukrainische Kinder werden aus Internaten und Waisenhäusern entführt.
Seit Beginn des Krieges werden ukrainische Frauen aufgefordert, ihre Kinder "vorübergehend" bei europäischen Familien unterzubringen, damit sie psychische Traumata aufgrund von Explosionen und Luftangriffssignalen vermeiden können. Diese aus der Ukraine evakuierten Kinder sehen ihre Eltern nie wieder. Auch Kinder, die von ihren verzweifelten Eltern allein über die Grenze geschickt werden, zu Verwandten im Ausland, werden in großer Zahl vermißt.
"Aus offensichtlichen Gründen veröffentlichen die ukrainischen Behörden die Zahl der verschleppten Kinder nicht, um das Ausmaß des Problems zu verschleiern," gibt Prosorov zu verstehen. "Es gibt in der Ukraine eine Verschwörung einer mehrstufigen Organisation, die systematisch auf der Suche nach Kindern und deren anschließender Überführung nach Europa ist. Der Sicherheitsdienst der Ukraine soll dabei an der Spitze dieser kriminellen Pyramide stehen."
Derzeit leitet der SBU-Offizier Sergej Wladimirowitsch Borissow das "Geschäft", was seine regelmäßigen und häufigen Besuche Großbritanniens belegen, sagte Prosorov 2023. "(…) allein die Tatsache, daß es einige historische Parallelen zu Großbritannien gibt, legt nahe, daß dies durchaus wahr sein könnte. Es ist kein Geheimnis, daß das Vereinigte Königreich zu einer Brutstätte des Kindesmißbrauchs geworden ist", so Prosorov. "Sogar die nüchternen offiziellen Zahlen zeigen dies. (…) 2016 und 2017 wurden im Königreich mehr als 60.000 sexuelle Straftaten an Kindern offiziell registriert.
Im November 2022 hat die Direktion der britischen National Crime Agency, Lynne Owens, gesagt, daß es zwischen 550.000 und 800.000 Pädophile im Vereinigten Königreich gibt. Das Thema Pädophilie ist selbst in den höchsten Schichten des britischen Establishments kein Geheimnis mehr. Sogar in der königlichen Familie. Der derzeitige König Charles III., hat sich, durch seine enge Bekanntschaft und Verbindung mit hochkarätigen, sagen wir mal Pädophilen, auch einen Namen gemacht, so gruselig das auch klingt.
Nur durch ihre Bekanntschaft mit ihm konnten einige einer Strafverfolgung entgehen: der anglikanische Bischof Peter Ball und der Sprecher des Oberhauses, Jimmy Savile. Nach dem Putsch in Kiew im Jahr 2014, insbesondere seit dem Beginn der Militäroperation, ist die Ukraine zu einem Paradies für Pädophile aller Behörden, insbesondere für die Briten, geworden."

"Abramo-Witch"

Dem mutmaßlichen Kinderhandel nicht genug, überraschte im September 2023 Marina Abramović die Welt mit ihrer Ankündigung, vom ukrainischen Präsidenten Selenskyj als Botschafterin der Ukraine berufen worden zu sein. Ihre Aufgabe sei, beim Wiederaufbau von Schulen "und ähnlichem" in der Ukraine zu helfen.
Daß Marina Abramović, die des Satanismus bezichtigt wird, ausgerechnet in der Ukraine als Botschafterin des Landes ernannt wurde, wird dort nicht begeistert aufgenommen.
"Kritiker sind der Meinung, daß sie für das Amt ungeeignet ist, unter anderem wegen ihrer berüchtigten " 'Spirit Cooking-Kontroverse'." (österreicherische Express)
Bei ihrer "Spirit Cooking-Performance, einem Abendessen für eine Gruppe von Finanziers

und die "High Society", begrüßte sie die Gäste des Festgelages mit der Nachstellung einer nackten Frau in einer Badewanne voll Blut - ein Willkommenstrunk für die Gäste. Auf den Tischen dienten Menschenhäupter (Models, welche unter dem Tisch kauernd ihre Köpfe durch ein Loch in der Tischplatte streckten) als Dekoration.
So präsentiert, wie man früher einen gesottenen, garnierten Schweinskopf auf der Silberplatte anrichtete. Weitere, ekelerregende und absolut grausame Details dieses Höllen-Banketts ersparen wir Ihnen. Elitäre Kreise und die Promis drumherum zahlen Mondpreise für die bizarren Events und Dinner, die Frau Abramović gibt. Und immer und ausschließlich geht es dabei um okkult-satanische Symbolik.
Blut, Sperma, Tod, symbolischer Kannibalismus, Folter, Vergewaltigungen, Teufelsbilder, Schlangen gehen mit Abramović Hand in Hand.
Und warum nun wurde ausgerechnet Abramović zur Botschafterin der Ukraine berufen?
Nun, so überraschend ist es eben doch nicht. Die "Performance-Künstlerin" pflegt einen engen Umgang mit den Celebrities der Welteliten. Stichwort Pizza-Gate: Sie ist im Dunstkreis des angeblich verstorbenen Jeffrey Epstein und der Clintons etc. zu verorten. Die Pädophilen-Brüder Tony und John Podesta, die ebenso auf Abramovićs Party geladen waren, gehören wiederum zum inneren Kreis um "Hillary und Bill Clinton". Tony Podesta ist mehrfach zusammen mit Ex-US-Präsident Bill Clinton auf Epsteins Orgien-Insel Little St. James gewesen, wo minderjährige Mädchen reihenweise mißbräuchlich gefoltert wurden.
Abramović unterhält außerdem unglaublich enge Verbindungen zum "Who's Who" der globalen Elite, darunter zum Beispiel Bill Gates, der verstorbene Jacob Rothschild, Jay Z, Lady Gaga und nicht zu vergessen, Wolodymyr Selenskyj. Welches niederziehende Gefühl beschleicht auch Sie, liebe Zuschauer, wenn Abramović nun in ihrer Rolle als Botschafterin der Ukraine verspricht: "Ich kümmere mich um die Kinder".

Vitali Klitschko - ein Menschenhändler?

Während Wladimir Klitschko, wie zu Beginn erwähnt, kräftig Millionen für kriegstraumatisierte Kinder und Kinderhäuser einsammelt, wird sein Bruder, ebenfalls bekannter Ex-Profiboxer sowie Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko, beschuldigt, eines der größten Netzwerke für Menschenhandel und Prostitution in der Ukraine zu betreiben. Die ukrainische Journalistin Panchenko (www.kla.tv/30893), holte Vorwürfe gegen ihn hervor, die schon vor neun Jahren bekannt wurden, denen aber keine Konsequenzen folgten.
Vorgeworfen wird Vitali Klitschko, mehr als 100 Bordelle allein in Kiew zu betreiben, aus denen hunderte Frauen in die EU und USA verkauft werden. Besonders erschütternd sind die Berichte über das Bordell Rio, das laut Interpol-Akten eine zentrale Rolle beim internationalen Sexsklavenhandel spielt.
Zusätzlich dazu steht Vitali Klitschko im Visier des nationalen Antikorruptionsbüros der Ukraine, das Ermittlungen wegen Korruption und Hochverrat eingeleitet hat. Klitschko und seine Stellvertreter seien in Immobiliengeschäfte verwickelt, die die finanziellen Ressourcen Kiews stark belastet haben. Klitschko hat die Anschuldigungen öffentlich zurückgewiesen und sprach von politisch motivierten Angriffen.

Teil 2: Die Geldströme - um was es in der Ukraine wirklich geht

Während sich also vor den Augen der Menschen ein Krieg abspielt, der erbarmungslos Opfer auf beiden Seiten fordert und gleichzeitig "Staats-Schauspieler" perfekt ihre zugeteilten Rollen spielen, werden hinter den Kulissen die eigentlichen Fäden gezogen. Im zweiten Teil folgen wir nun den Geldströmen, die in die Ukraine fließen, um zu ermitteln, um was es in der Ukraine wirklich geht.
In den "LifeSiteNews" berichtet Frank Wright vom ehemaligen Fox-News-Moderator Clayton Morris. Letzterer beleuchtet, wie die Ukraine von Korruption durchsetzt ist. Morris weist schon am Anfang seines Berichtes drauf hin, wie das Friedensabkommen, welches nur sechs

Wochen nach Ausbruch des Krieges vereinbart wurde, durch den ehemaligen britischen Premierminister Boris Johnson torpediert wurde, um den Krieg aufrechtzuerhalten. Mit Blick auf die Finanzlage der Ukraine beschreibt Thomas Mayer in seinem Buch ("Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg - um was es wirklich geht)", daß der Krieg ohne die Finanzierung, die Waffenlieferungen und die militärische Hilfe durch die NATO bereits nach wenigen Monaten zu Ende gewesen wäre.

Zwar stehen nun, Jahre später, jüngste Ankündigungen des designierten US-Präsidenten Donald Trump im Raum, den Ukraine-Krieg in Kürze zu beenden. Doch möglicherweise nur deshalb, um sich einem noch weit größeren Brandherd im Nahen-Osten zu widmen? Wie auch die nächsten Schachzüge aussehen mögen, es gibt nichts Wichtigeres als Strategien und Aktionen der wirklichen Angreifer bloßzulegen.

Krieg zu Dumpingpreisen

Warum geben NATO-Staaten ungeheuerliche Summen für diesen Krieg aus? Die offizielle Erzählung ist, daß sie moralisch dazu verpflichtet seien, westliche Werte in der Ukraine zu verteidigen. Jack Keane, US-General a.D. (außer Dienst) Vorsitzender des einflußreichen "Institute for the Study of War" und leitender strategischer Analyst des Fernsehsenders "Fox News", war am 12. Oktober 2022 in einem Interview dazu überraschend ehrlich: "Die Investition der Vereinigten Staaten in die Ukraine ist es wert. Die 66 Milliarden US-Dollar in 2022 sind nur 1,1 Prozent unseres Staatshaushaltes. (…) Was wir also für 66 Milliarden Dollar bekommen ist, daß die Ukraine kämpft, daß sie die russische Armee auf dem Schlachtfeld buchstäblich vernichtet."

Der republikanische US-Senator Mitt Romney schämte sich bei einem Besuch eines Rüstungsunternehmens nicht, noch deutlichere Worte zu finden: "Und nebenbei bemerkt, einen Betrag, der etwa fünf Prozent unseres Militärbudgets entspricht, … zu nehmen, um den Ukrainern zu helfen, ist so ziemlich die beste nationale Verteidigungsausgabe, die wir je gemacht haben. Wir (die USA, Anmerkung der Redaktion) verlieren keine Menschenleben in der Ukraine. Und die Ukrainer kämpfen heldenhaft gegen Rußland, das 1.500 Atomwaffen auf uns gerichtet hat. Wir schwächen und vernichten also das russische Militär für einen sehr geringen Betrag."

Auch Vadym Prystaiko, Botschafter der Ukraine in London, unterstrich in einem Interview in der "newsweek" am 07.01.2023 dieses abscheuliche Kalkül: "Der Westen hat jetzt eine einzigartige Chance. Es gibt nicht viele Nationen auf der Welt, die es sich erlauben würden, so viele Menschenleben, Territorien und Jahrzehnte der Entwicklung zu opfern, um einen Erzfeind zu besiegen."

US-Militärhilfen - eine Investition in die eigene Rüstungsindustrie

Am 24. April 2024 schrieb "The Kyiv Independent": "Das Repräsentantenhaus verabschiedete schließlich am 20. April das entscheidende Paket zur Auslandshilfe, das 60,84 Milliarden Dollar für die Ukraine umfaßt." Kaum war die Tinte von Präsident Bidens Unterschrift getrocknet, verkündeten US-Medien, daß dies kein Geständnis einer gescheiterten US-Politik war.

Denn Republikaner und Demokraten hatten sich im Vorfeld monatelang ein "Show-Tauziehen" um diese Frage des Hilfs-Paketes geliefert. Nein, es war von Anfang an genau so gewollt. Der "Gravy Train" (to be on a gravy train = schnelles Geld machen) sollte weiterfahren. Das meint die Umverteilung des Steuergeldes von Mittel- und Arbeiterklasse in die Taschen des militärisch-industriellen Komplexes.

Nach Unterzeichnung der Militärhilfen trifft nun zwingend ein weiterer Schritt ein. Reuters beklagte nämlich sogleich, daß "die 61 Milliarden Dollar Rettungsanker für die Ukraine nicht genug sind". Auch ukrainische Politiker, wie der Außenminister Dmytro Kuleba, zeigten sich gewohnt undankbar. Die Mittel reichten hinten und vorne nicht aus. Was steckt aber hinter

den sofortigen Rufen, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen? Joe Biden gab den Grund dafür gleich selbst an: "Wir helfen der Ukraine und investieren gleichzeitig in unsere eigene industrielle Basis."
Sehen wir uns die Investitionen einmal genauer an und behalten im Hinterkopf, daß die Bevölkerung eigentlich in der Meinung gehalten wird, die Gelder dienen zur Unterstützung der Ukraine.
"80 bis 90 Prozent der gerade für die Ukraine genehmigten Mittel werden die US-Grenzen nie verlassen", schreibt der polnische Autor Jakub Dymek (Przeglad 22. April 2024). Er untersuchte das im April 2024 vom US-Kongreß beschlossene Hilfspaket: "Es sind gar nicht 60 Milliarden, es handelt sich gar nicht um Hilfe, und meistens geht es gar nicht um die Ukraine. Tatsächlich wird weniger als ein Fünftel dieser Mittel jemals die Ukraine erreichen."
Werner Rügemer enthüllt auf nachdenkseiten.de die hinterhältige US-Trickkiste folgendermaßen:
- Die etwa 10 Milliarden des 60-Milliarden-Hilfspaketes, die tatsächlich in die Ukraine gehen, müssen ohnehin zurückgezahlt werden.
- Ein Großteil der "Hilfe" geht an US-Streitkräfte: 7,3 bis 11,5 Milliarden sind für Aktivitäten und Personalkosten der US-Streitkräfte bestimmt, auch für den Unterhalt der in Europa stationierten Militärs, Prämien, Zulagen für Soldaten und Beamte und vieles mehr.
- Ein Teil des Hilfspakets dient Reparaturen, Verstärkung und Bewachung des Schutzwalls der US-Botschaft in Kiew.
- Ein weiterer Teil geht an zivile US-Behörden um "chinesischen Einfluß" im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt abzuwehren. Diese Mittel können auch an private Akteure weitergegeben werden, zum Beispiel an Medien!
- Ausgemusterte Systeme, wie zum Beispiel die Abrams-Panzer, werden an die Ukraine geliefert und ebenso als "Hilfspaket" angerechnet, sowie Subventionen an US-Rüstungsunternehmen um unter anderem neue bessere Panzer entwickeln zu können.
- Der größte Teil des Hilfspakets geht als Aufträge und Subventionen an US-Rüstungskonzerne, sowie an ausländische Rüstungsfirmen, wie beispielsweise an den deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall.
Um diese Hilfspakete auch gleich langfristig "abzusichern", hat die ukrainische Regierung mit der Biden-Administration über die Unterzeichnung eines zehnjährigen "Sicherheitsabkommens" verhandelt. Dies soll die US-Finanzierung für die Ukraine für die nächsten zweieinhalb US-Administrationen festschreiben.
Wollen sich global agierende Rüstungsgiganten damit im Voraus die Finanzierungen für einen weit größeren Konflikt - zum Beispiel im Nahen Osten - sichern?
Die Ukraine scheint dafür eine Art Katalysator zu sein. Die US-Waffenindustrie und ihre "Cheerleader" in Washington DC sind jedenfalls fest entschlossen, den Geldstrom "in Richtung Ukraine" weiter fließen zu lassen.
Um noch eine Brücke nach Europa zu schlagen: Die US-Administration wird nicht müde, ihre NATO-Partner beständig zur Erhöhung ihrer Militärausgaben zu drängen. Dies ist deshalb wichtig zu wissen, weil das so dringend benötigte Rüstungsmaterial selbstverständlich in den USA eingekauft werden muß. Wessen Taschen füllen sich, wenn am Ende der Klingelbeutel durch die Reihen gegangen ist? Richtig!
BlackRock ist der größte Eigentümer an US- und europäischen Unternehmen und Banken weltweit. BlackRock ist führender Aktionär westlicher Rüstungs-, Fracking-, Fossil-, Digital-, Pharma-, und Agrobusineß-Industrie und seit Ende 2022 auch offizieller Koordinator für den "Wiederaufbau" der Ukraine. Inzwischen kam noch JP Morgan, ebenfalls von BlackRock kontrolliert, als entscheidender Geldgeber im "Wiederaufbau" hinzu.

Wie US-Banken und Investmentfonds in der Ukraine Geld verdienen

Apropos JP Morgan. Bereits im Jahr 2019 lieh JP Morgan, eine der größten Investmentbanken der Welt, der Ukraine 350 Millionen Dollar durch den Ankauf von Eurobonds des Landes. Diese Staatsanleihen sind mit staatlichen Vermögenswerten unterlegt, was bedeutet, daß es um reale Werte geht: Infrastruktureinrichtungen, Wärmekraftwerke, Kernkraftwerke, landwirtschaftliche und industrielle Betriebe. JP Morgan als kluger Stratege auf dem globalen Schachbrett, pumpte diese gigantische Geldmenge nicht umsonst in die Ukraine.

In der aktuell desaströsen Wirtschaftslage ist es faktisch unmöglich, ukrainische Eurobonds zurückzuzahlen und genau auf diesen Moment hat JP Morgan abgezielt. Die ukrainische Regierung wird ihre Eurobonds nicht zurückzahlen können und reale Vermögenswerte des Staates fallen nun in den Besitz der Großinvestoren.

Wenn Rückzahlungen, wie erwartet, weder durch Geld noch Zins möglich sind, können diese auch auf nicht-monetäre Weise eingefordert werden. Dies können zum Beispiel auch Lizenzen für den Abbau von seltenen Erden wie Lithium oder Genehmigungen für ausländische Militärstützpunkte sein.

Ein weiterer Big-Player auf diesem globalen Schachbrett ist die amerikanische Vanguard Group. Vanguard verwaltet private Investmentfonds und kauft unter dem Deckmantel der Wirtschaftshilfe ebenso ukrainisches Staatsvermögen auf. Ende April 2023 führte die staatliche ukrainische Erdöl- und Erdgasförderungs-, Transport- und Verarbeitungsgesellschaft Naftogaz Gespräche mit ihren Energie-Giganten Chevron, ExxonMobil und Halliburton über den Verkauf ihrer Vermögenswerte.

Man wolle die Energieproduktion ankurbeln und russische Energielieferungen nach Europa ersetzen, so Oleksiy Chernyshov, Vorstandsvorsitzender bei Naftogaz. Was er nicht sagte, ist, daß die Kontrolle des gesamten ukrainischen Öl- und Gassektors praktisch in die Hände dieser Unternehmen fallen würde. Nach außen hin scheinen Chevron, ExxonMobil, sowie Halliburton im gegenseitigen Wettbewerb zu stehen, doch der Schein trügt:

Vanguard hält die meisten Anteile an allen drei Unternehmen, lenkt und kontrolliert damit faktisch alle Aktivitäten. Vanguard ist damit zum absoluten Monopolisten im Öl- und Gassektor der Ukraine geworden.

Es kommt noch dicker: Zwischen 2020 und 2022 tritt Vanguard, nachdem Selenskyj gerade ein Gesetz zur Öffnung des Bodenmarktes unterzeichnete hatte, plötzlich in neuem Gewand auf: Wie Geier über ihrer Beute kreisend, übernehmen Monsanto, Cargill und Dupont, deren Hauptaktionäre Vanguard und BlackRock sind, 17 Millionen Hektar Ackerland in der Ukraine. 52 % aller landwirtschaftlichen Flächen des Landes!

Der Vorteil dieser "Zusammenarbeit" besteht für Blackrock und Vanguard darin, daß die Übertragung von Staatseigentum gegen Kredite ein ultimativer Weg ist, ein Land auf "legalem Wege" vollständig aufzukaufen, oder besser gesagt auszurauben. Und die ukrainische Führung, vor allem in Person von Präsident Selenskyj, fungiert dabei als Verkaufsleiter.

Die eingeblendete Grafik erläutert noch einmal anschaulich die wesentlichen Geldströme dieser unheiligen Allianz. BlackRock und Vanguard stehen als die größten Investoren der Welt in direkter Verbindung zu JP Morgan.

An BlackRock und Vanguard angeschlossene und kontrollierte Konzerne aus dem Energie- und Agrarsektor übernehmen reale Vermögenswerte in der Ukraine, in Form von Ackerflächen, Öl- und Gasförderung, Energietransit und so weiter. Private und wiederum von BlackRock und Vanguard kontrollierte Sicherheitsunternehmen schüren mit radikalen Kräften vor Ort Chaos und Gesetzlosigkeit. Ein zerrüttetes Land versinkt in Korruption - und der hier beschriebene Investmentbetrug bleibt weitestgehend unentdeckt.

Weitere Einblicke solcher gezielten Schachzüge zeigt die Kla.TV-Doku "Wie funktionieren moderne Kriege?" (www.kla.tv/3359)

Warum BlackRock, Vanguard und JP Morgan weiter unheimlich hohe Kredite an eine jetzt schon hoffnungslos überschuldete Ukraine vergeben, hat einen guten Grund:
Die Ukraine ist seit den 1990er-Jahren der "Schlüsselstaat" für die Eroberung nicht nur Rußlands, sondern perspektivisch ganz "Eurasiens von Lissabon bis Wladiwostok". Dies verkündete der US-Präsidentenberater Brzezinski bereits 1997 nach dem Ende des Sozialismus öffentlich und überschwenglich: Denn die Ressourcen und das Territorium Eurasiens müßten den USA zur Verfügung stehen, wenn sie sich langfristig als "einzige Weltmacht" behaupten wollen, auch gegen aufkommende Feinde wie China.
Heute wissen wir, daß es sich im damaligen Sinne nicht allein um eine "Weltmacht", sondern um eine "neue Weltordnung" in Gänze handelt.
So behauptet Larry Fink, CEO von BlackRock, im "Insider Paper" vom 28.03.2022 gleich selbst, daß der Krieg in der Ukraine "(…) eine neue "Weltordnung" auslösen wird, die die Globalisierung in eine andere Phase bringt."
Zu den unzähligen Opfern auf dem Schlachtfeld bemerkt Larry Fink: "Ich könnte argumentieren, daß die großen Gewinner die Länder mit schrumpfender Bevölkerung sind". (Mai 2024 auf dem Weltwirtschaftsforum). Seiner Ansicht nach sind sinkende Geburtenraten und steigende Übersterblichkeitsraten ein entscheidender Vorteil beim Verkauf von KI und Roboterersatz für Menschen. "Die sozialen Probleme, die man haben wird, wenn man Menschen durch Maschinen ersetzt, werden in den Ländern mit sinkender Bevölkerungszahl viel einfacher sein."
Wir fassen zusammen: Persönlichkeiten auf politischen Welt-Bühnen und die vermeintlichen "Glanzlichter" auf funkelnden Galas täuschen uns. Ihr wahres Gesicht gilt es der Weltöffentlichkeit zu zeigen, die Fratze dahinter. Wenn unsere Mitmenschen verstehen, daß hinter solchen "Helden" in Wahrheit unter anderem Kinderhändler stecken, die aus dem unaussprechlichen Leid der kriegstraumatisierten Kinder auch noch ein gigantisches Geschäft machen, dann bricht für sie eine Welt zusammen!
Doch diese Schein-Welt darf und muß zusammenbrechen. Sie ist nur Fassade für das, was wir hören, sehen und denken sollen. Global agierende Blutsauger-Konzerne wie BlackRock und Vanguard erdreisten sich - Vampiren gleich - Arbeiter, Unternehmen und ganze Staaten finanziell ausbluten zu lassen. Mit ihrem dämonischen Ziel: "Eine neue Weltordnung". Diese wird von den Profiten des Todes und der Plünderung angetrieben und finanziert eine digitale Tyrannei, die als Allheilmittel für eine entvölkerte Welt angepriesen werden soll.
Die Ukraine muß im aktuellen Zeitenlauf dafür bluten! Und wenn es sein muß, "bis zum letzten Mann", wie Selenskyj in seinen Motivationsreden beschwörend aufruft. Sie soll auf dem Altar der Möchtegern-Weltherrscher als Ressourcengeber und Pilotprojekt einer digitalen Diktatur geopfert werden.
Es liegt nun an uns, diese abscheulichen Pläne zu vereiteln.
Nein "Larry"! Diese neue Weltordnung wird NICHT kommen! Nicht mit uns!<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Captain America und seine Avengers**
Trumps Kabinett gibt Hoffnung. … Donald Trumps künftige US-Regierungsmannschaft ist genauso untypisch wie er selbst. Einiges spricht dafür, daß hinter den Kulissen ein Kampf zweier Linien toben wird.
_ von *Daniell Pföhringer*
Der bundesdeutsche Mainstream ist sich sicher: Donald Trump hat die schlimmste US-Regierungsmannschaft aller Zeiten zusammengestellt. Der Spiegel spricht von einem "Kabinett des Grauens", die Frankfurter Rundschau hat ein Ranking der "gefährlichsten Persönlichkeiten" in der kommenden Administration zusammengestellt, die Taz sieht "vielleicht das Ende der US-Demokratie" heraufdämmern.

Ausgewiesene Fans hingegen ziehen einen Vergleich zu den Avengers: Das Marvel-Superheldenteam rettet unter der Führung von Captain America die Welt. Tatsächlich hat der republikanische Wahlsieger einige höchst bemerkenswerte Personalien aufgeboten. Bei manchen ist allerdings Skepsis geboten - gerade mit Blick auf Trumps Vorhaben, den Ukraine-Krieg möglichst zügig auf dem Verhandlungsweg zu beenden.

Sex und Skandale

Kein glückliches Händchen bewies der designierte Präsident mit der Nominierung von Matt Gaetz als Justizminister. Der 42-Jährige geriet kurz darauf wegen einer Sex-Affäre ins Visier der Medien. Eine Mehrheit im US-Senat, die er zur Ernennung gebraucht hätte, war äußerst fraglich.

Selbst unter vielen Republikanern galt der Anwalt aus Florida als untragbar, da gegen ihn seit 2023 eine Ermittlung der Ethik-Kommission des Kongresses läuft, die allerdings noch nicht zu einer Anklage geführt hat. Im Zentrum der Untersuchung stehen Vorwürfe des Menschenhandels zum Zweck sexuellen Mißbrauchs und illegaler Drogenkonsum. Der Abgeordnete im Repräsentantenhaus wird zudem verdächtigt, eine sexuelle Beziehung mit einer 17-Jährigen geführt zu haben.

Die Bild-Zeitung schreibt über ihn: "Gaetz zählt seit Jahren zu den Ultraradikalen innerhalb seiner Republikaner-Fraktion und ist treuer Unterstützer Trumps. Er vertritt rechte Positionen und verbreitet regelmäßig Verschwörungstheorien. Er ist Abtreibungsgegner, lehnt die gleichgeschlechtliche Ehe ab und stellt sich gegen Hilfen für die von Rußland angegriffene Ukraine." Statt Gaetz soll nun die frühere Generalstaatsanwältin von Florida, Pam Bondi, den Job des Attorney General übernehmen. Die 59-Jährige ist schon lange als Trump-Unterstützerin bekannt und stand dem damaligen Präsidenten in seinem ersten Amtsenthebungsverfahren 2019 zur Seite.

"Kabinett des Grauens". *Spiegel*

Ähnlich skandalträchtig wie bei Gaetz erwies sich auch die Nominierung von Pete Hegseth als Verteidigungsminister. Der ehemalige Fox-News-Moderator diente als Soldat im Irak, in Afghanistan und im berüchtigten Gefangenenlager Guantanamo, wird zu den Falken in Trumps Kabinett gerechnet und ist entschiedener Parteigänger Israels. 2021 forderte der streng gläubige Evangelikale, Ziele im Iran zu bombardieren.

In der Ukraine-Frage liegt er überhaupt nicht auf der Linie des künftigen Präsidenten, forderte zuletzt sogar schnellere und größere Militärhilfen für Kiew. Fraglich ist allerdings, ob es für Hegseth eine Mehrheit im Senat geben wird, denn ehemalige TV-Kollegen berichten, er sei öfter mit Alkoholfahne bei der Arbeit erschienen.

Schwerer wiegen allerdings die Vergewaltigungsvorwürfe gegen den 44-Jährigen. Laut einem unlängst veröffentlichten Polizeibericht soll er am Rande einer Konferenz der republikanischen Frauen in Kalifornien eine Teilnehmerin in seinem Hotel massiv bedrängt und sich schließlich an ihr sexuell vergangen haben. "Er ejakulierte auf meinem Bauch", so die Aussage des mutmaßlichen Opfers. Außerdem erklärte die Frau: "Ich glaube, mir wurde eine Droge in mein Getränk gemischt. Meine Erinnerungen sind vernebelt." Eine Hotelangestellte sagte: "Er war betrunken und fluchte lautstark."

Hegseth streitet die Vorwürfe vehement ab, zahlte der Frau 2020 jedoch Schweigegeld. Trump will dennoch an seinem Pentagon-Kandidaten festhalten. Als Plan B wird der derzeitige Gouverneur von Florida, Ron DeSantis, gehandelt, der noch bei den republikanischen Vorwahlen 2024 anfangs gegen den künftigen Chef des Weißen Hauses antrat. Der 46-Jährige gilt allerdings als politischer Ziehsohn Trumps, vertritt etwa in Sachen Einwanderung eine ähnlich harte Linie. Zudem kritisierte er Noch-Präsident Joe Biden für seine "Blankoscheck-Politik" gegenüber der Ukraine.

Gegenüber Fox News erklärte DeSantis: "Sie verfolgen eine Politik, ohne ein klares strategi-

sches Ziel, und diese Dinge können eskalieren. Ich glaube nicht, daß es in unserem Interesse ist, in einen Stellvertreterkrieg mit China zu geraten und sich in Dinge wie die Grenzgebiete oder die Krim einzumischen."

Krieg und Frieden

Was die künftige Politik Washingtons gegenüber Moskau anbelangt, sind vor allem drei Personen von zentraler Bedeutung: der als Außenminister vorgesehene Marco Rubio, der designierte Nationale Sicherheitsberater Mike Waltz und der frühere General Keith Kellogg, der von Trump zum Sondergesandten für Rußland und die Ukraine ernannt wurde. Letzterer hatte bereits im April 2024 gemeinsam mit dem ehemaligen CIA-Analysten Fred Fleitz ein Papier veröffentlicht, das die Grundlagen möglicher Friedensverhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine skizziert.

Der designierte Pentagon-Chef hat mit Alkohol- und Vergewaltigungsvorwürfen zu kämpfen.

Kellogg, der während der ersten Präsidentschaft Trumps zeitweilig als Nationaler Sicherheitsberater amtierte, droht der Ukraine in dem Plan die Streichung jeglicher Hilfen an, sollte sich Kiew einer Verhandlungslösung verweigern. Moskau werden im Falle einer Ablehnung weitere Waffenlieferungen für Selenski angedroht. Der Generalleutnant a.D. erklärte dazu: "Wir sagen den Ukrainern: "Ihr müßt an den Tisch kommen. Und wenn ihr nicht an den Tisch kommt, wird die Unterstützung der USA austrocknen."

Gegenüber Putin werde man betonen: "Wenn Sie nicht an den Tisch kommen, werden wir den Ukrainern alles geben, was sie brauchen, um euch auf dem Schlachtfeld zu töten." Die Diktion mag einem nicht gefallen, doch unter Militärs ist so ein Sprachgebrauch durchaus nicht unüblich. Der Plan von Kellogg und Fleitz sieht als Erstes einen Waffenstillstand entlang der aktuellen Frontlinien mit anschließenden Verhandlungen und einem Friedensvertrag vor - eine spätere Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO wird explizit ausgeschlossen.

Zum vergrößern bitte Bild anklicken

Statt dessen soll Kiew zusätzliche Sicherheitsgarantien erhalten. Moskau könnte laut dem Plan bereits eroberte Gebiete in der Ostukraine behalten. In dem Papier ist sogar die Rede von einer demilitarisierten Zone im Osten der Ukraine unter der Kontrolle Rußlands. Philipp Adorf, USA-Experte am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, hat einen realistischen Blick auf die Lage: "Eine vollkommene Niederlage der Ukraine, die auch als Niederlage der USA interpretiert werden könnte, würde Trump vermeiden, um nicht selber als Verlierer angesehen zu werden."

Tulsi Gabbard und Kash Patel wollen den Geheimdienst-Sumpf austrocknen.

Ein ausgesprochener Falke ist hingegen Trumps designierter Außenminister Marco Rubio. Die Nominierung des 53-jährigen Senators aus Florida ist ein Wink in Richtung der Latinos, die bei der Präsidentschaftswahl stärker als je zuvor republikanisch abstimmten. Rubio ist Sohn kubanischer Einwanderer, nahm mehrfach an der Münchner Sicherheitskonferenz teil und gilt als uneingeschränkter NATO-Befürworter.

Wenige Wochen vor Trumps Wahl sagte der gläubige Katholik, er sei "nicht auf Rußlands Seite - aber leider ist die Realität, daß der Krieg mit einer Verhandlungslösung endet. Und ich und wir wollen - und ich glaube auch Donald Trump -, daß die Ukraine in diesen Verhandlungen eine starke Position hat". Politisch ähnlich tickt Trumps künftiger Nationaler Sicherheitsberater Mike Waltz, dem eine Schlüsselrolle bei der Formulierung einer Strategie zur Beendigung des Ukraine-Krieges zukommen wird. Mehr noch als Rubio gilt der Kongreßabgeordnete und ehemalige Offizier der Green Berets als Gegner Rußlands.

Schon im Februar 2022 warf Waltz der Biden-Regierung vor, Selenski nicht genügend Waffen geliefert zu haben, und postete ein 2021 aufgenommenes Foto von sich in Kiew mit dem Hashtag StandWithUkraine. Auch gegenüber China zeigt sich der 50-Jährige als Hardliner. Wenige Tage vor der Wahl bezeichnete Waltz das Reich der Mitte in einem Meinungsbeitrag

für den Economist als "größten Rivalen" der USA. Trump müsse rasch die Kriege in der Ukraine und in Nahost zu Ende bringen, um sich auf China zu fokussieren, argumentierte er.

Kampf dem Tiefen Staat

Den außenpolitischen Falken stehen vor allem zwei Personalien in der kommenden Administration gegenüber, die dokumentieren, daß es Trump mit der Austrocknung des Tiefen Staates ernst zu meinen scheint: Tulsi Gabbard und Kash Patel. Erstgenannte soll als Geheimdienstkoordinatorin sämtliche Dienste - von CIA bis NSA - kontrollieren, Letzterer ist als neuer FBI-Chef vorgesehen.

Das Besondere an Gabbard: Die 43-jährige Ex-Kongreßabgeordnete aus Hawaii saß von 2013 bis 2021 für die Demokraten im Repräsentantenhaus, bewarb sich bei den Vorwahlen ihrer Partei 2020 sogar um eine Präsidentschaftskandidatur. Die passionierte Surferin war als Soldatin im Irak und in Kuwait im Einsatz, später absolvierte sie an einer Privatuniversität in Honolulu ein betriebswirtschaftliches Studium.

Außenpolitisch vertritt Gabbard - die als einzige demokratische Abgeordnete 2021 nicht für die Amtsenthebung Trumps stimmte - einen strikten Anti-Interventionismus, plädiert für den Abzug aller US-Truppen aus dem Ausland. Kritik handelte sie sich 2017 ein, als sie nach Syrien reiste, um den damaligen Präsidenten Baschar al-Assad zu treffen. Mitte November berichtete CNN, daß Gabbard kurzzeitig auf eine Beobachtungsliste der US-Flugsicherheit geraten war.

Ihren Austritt bei den Demokraten begründete sie im Oktober 2022 so: "Ich kann nicht länger in der heutigen Demokratischen Partei bleiben, die unter der vollständigen Kontrolle einer elitären Kabale von Kriegstreibern steht, die von feiger Wokeness getrieben sind, die uns spalten, indem sie jedes Thema durch die Brille des Rassismus betrachten und antiweißen Rassismus schüren."

Mit Patel soll schließlich ein ausgewiesener Geheimdienstkritiker an die Spitze des FBI gelangen. Der 44-jährige Sohn indischer Einwanderer, der in der ersten Trump-Regierung als leitender Beamter tätig war und derzeit im Vorstand der Trump Media Technology Group sitzt, ist Autor des Buches Government Gangsters: The Deep State, the Truth and the Battle for Our Democracy ("Regierungsverbrecher: Der Tiefe Staat, die Wahrheit und der Kampf für unsere Demokratie"), das eine Liste von Beamten enthält, die ins Visier genommen werden sollen - laut Klappentext eine "Blaupause, die uns dabei helfen soll, das Weiße Haus zurückzuerobern und diese Gangster aus der gesamten Regierung zu entfernen".

Der Jurist aus New York drohte in einem Interview mit Steve Bannon in dessen Sendung War Room 2023 Fake-News-Journalisten an: "Wir werden Sie verfolgen, sei es strafrechtlich oder zivilrechtlich - wir werden das schon herausfinden", sagte er. Associated Press nannte Patel vor der US-Wahl einen "großspurigen Wahlkampfhelfer, der den ehemaligen Präsidenten verherrlicht und gleichzeitig Verschwörungstheorien (…) fördert".

Trumps Querdenker

Mit der Ernennung des bekannten Corona- und Impfkritikers Robert F. Kennedy Jr. hat Trump einen besonderen Coup gelandet. Der Neffe von JFK und Sohn von Bobby Kennedy wurde in den USA zuerst als Umweltaktivist bekannt, gehörte wie seine berühmten Verwandten der Demokratischen Partei an und trat bei der US-Wahl 2024 erst als unabhängiger Kandidat an, unterstützte aber letztlich Trump.

Während der Corona-Krise wandte er sich gegen Lockdowns und mRNA-Impfungen, legte sich insbesondere mit US-Virenpapst Anthony Fauci an. Auf der großen Querdenker-Demo am 29. August 2020 in Berlin war er einer der Hauptredner und warf Bill Gates vor, die Pandemie "seit Jahren geplant zu haben". Mit dem Mediziner Jay Bhattacharya, der unter Trump Direktor des National Institute of Health werden soll, steht Kennedy ein prononcierter Kritiker der Covid-Quarantänemaßnahmen und Gegner des Berliner Virologen Christian Drosten zur

Seite.
Die Frankfurter Rundschau, die ihn als "ultrarechten Hardliner" tituliert, schreibt: "Patel war Berater des Abgeordneten Devin Nunes (Kalifornien), als dieser 2017 und 2018 den Vorsitz des Geheimdienstausschusses des Repräsentantenhauses innehatte. Ein von Patel verfaßtes Memo, in dem behauptet wurde, der Überwachungsbefehl gegen einen Berater der Trump-Kampagne sei fehlerhaft, wurde schnell zum Mittelpunkt eines politischen Feuersturms."
Und weiter: "Das Nunes-Memo, wie es später genannt wurde, besagte, daß der Antrag auf einen Durchsuchungsbefehl gegen Carter Page, einen außenpolitischen Berater von Trump im Jahr 2016, teilweise auf Informationen eines ehemaligen britischen Geheimdienstmitarbeiters beruhte, der angeblich voreingenommen gegenüber Trump war. Das Memo kam zu dem Schluß, daß der Durchsuchungsbefehl ungültig war und somit die Untersuchung gegen Trump bezüglich der russischen Einmischung in die Wahlen von 2016 verfälscht wurde."
Beobachter gehen davon aus, daß mit Gabbard und Patel ein starkes Gegengewicht zu jenen Kräften in der US-Regierung entstehen könnte, die dem alten neokonservativen Denken verhaftet sind. Wie der Kampf dieser beiden Linien ausgehen wird, ist offen.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 01/2025.<<

15.12.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Milliardenbetrug im Namen des "Klimaschutzes": Autofahrer zahlen die Zeche!**
Der Klimaschwindel wird zum gigantischen Klimabetrug: Deutsche Autofahrer haben knapp eine Milliarde Euro für Projekte gezahlt, die teilweise nicht existieren!
Knapp eine Milliarde Euro sollen von deutschen Autofahrern in betrügerische Klimavorhaben geflossen sein. Es scheint sich offenbar um organisierten Schwindel zu handeln.
Den ungefähren Umfang des Schadens hat das tendenziell eher linksgrüne Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) nun erstmals in einem Bericht beziffert, wie "Epoch Times" berichtet.
Hintergrund ist der Treibhausgas-Quotenhandel (THG). Dabei handelt es sich um einen Marktmechanismus, bei dem Angebot und Nachfrage den Preis für CO2-Zertifikate bestimmen - mit dem Ziel, Treibhausgasemissionen durch den Kauf von Zertifikaten auszugleichen. Profiteure des Quotenhandels sind Besitzer von Elektroautos, der Staat und THG-Anbieter, die von der Struktur dieses undurchsichtigen Marktes profitieren. Das Nachsehen hat, wer einen Verbrenner fährt. Denn die Mineralölkonzerne reichen ihre "Kosten", die vielfach offenbar gar nicht entstanden sind, an der Zapfsäule weiter an die Autofahrer durch.
Bei diesem obskuren Quotenhandel spielen mutmaßliche Fake-Projekte in China eine Rolle - der Deutschland-Kurier berichtete.
Unternehmen, hier vor allem Mineralöl-Konzerne, konnten ihre THG-Quoten entweder durch reale eigene CO2-Einsparungen erfüllen oder durch Investitionen in "nachhaltige" Projekte. Diese mußten dafür zertifiziert sein. Eine entsprechende Bescheinigung der Eignung zu diesem Zweck erteilte das Umweltbundesamt (UBA).
Ein möglicher Ansatz war die sogenannte "Upstream Emission Reduction", welche auch in Ländern wie China stattfinden konnte. Mineralöl-Konzerne erfüllten ihre Vorgaben regelmäßig entweder durch eine Beimengung von Biosprit zu ihren Produkten - oder eben durch den Erwerb von Zertifikaten. Die Kosten dafür legten sie auf den Treibstoffpreis um, was die Preise an der Zapfsäule erhöhte.
Mittlerweile ist das UBA zu der Auffassung gelangt, daß von 66 Projekten zur "Upstream Emission Reduction" in China, die dazu genutzt werden konnten, 45 unter Betrugsverdacht stehen.
Unter den Fake-Projekten zum Klimaschutz in China zählen beispielsweise solche zur "klima-

freundlicheren Ölförderung". Diese sollten das dabei entstehende Beigas einfangen und zu Flüssiggas aufbereiten. Eine der Voraussetzungen für die Förderung durch das Umweltbundesamt war dabei, daß nur neue Projekte und Anlagen zulassungsfähig waren.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Lästig und teuer: Donald Trump will die Sommerzeit abschaffen**

Zweimal im Jahr wird auch in den USA die Uhr umgestellt. Das findet der künftige US-Präsident Donald Trump lästig und teuer. Er will die Abschaffung der Sommerzeit vorantreiben.

Die Republikanische Partei werde "ihr Bestes tun, um die Sommerzeit abzuschaffen", schrieb Trump auf der Plattform X. Diese habe zwar eine kleine, aber starke Gruppe von Befürwortern. Das sollte nicht so sein, findet Trump: "Die Sommerzeit ist unbequem und sehr kostspielig für unser Land."

Auch AfD will Sommerzeit abschaffen

Die AfD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung in einem Antrag (20/13909) aufgefordert, sich in der Europäischen Union ebenfalls für die Abschaffung der Sommerzeit einzusetzen. Die Fraktion verweist auf eine Umfrage der EU-Kommission zur Sommerzeit, an der 4,6 Millionen Menschen teilgenommen hatten, von denen 84 Prozent für die Abschaffung der Sommerzeit votiert hätten.

Die Bundesregierung habe sich bereits in der vergangenen Legislaturperiode prinzipiell für die Abschaffung der Zeitumstellung ausgesprochen, mahnen die Abgeordneten an und erinnert: Die Bundesregierung habe seinerzeit angegeben, ein abgestimmtes Vorgehen mit den europäischen Nachbarn anzustreben, um Zeitinseln vermeiden und um den Binnenmarkt sowie den Luftverkehr zu schützen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Breite Kritik an Habecks Vorstoß für Milliardärssteuer**

Der Wahlkampf-Vorstoß von Grünen-Kanzlerkandidat Robert Habeck für eine stärkere Besteuerung von Milliardären in Deutschland zugunsten von Schulsanierungen und Lehrerzuwachs stößt auf breiten Widerspruch. Die Union warf Habeck Unkenntnis des Steuersystems vor: "Die Wirtschafts- und Steuerpolitik der Grünen krankt an einer grundsätzlich falschen Herangehensweise", sagte der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Thorsten Frei (CDU), der "Welt" (Montagsausgabe).

"Anstatt nur einzelne Gruppen oder Branchen zu be- oder entlasten, müssen die Standortbedingungen in Deutschland insgesamt verbessert werden." Habeck habe eine Wirtschaftspolitik mitzuverantworten, die zu einer langanhaltenden Rezession geführt habe.

"Dem Wirtschaftsminister sollte bekannt sein, daß Steuern nicht zweckgebunden eingenommen werden dürfen", so Frei. "Das könnte am Ende eine Luftnummer werden", so Frei. "Der Vorschlag taugt vielleicht für das Schaufenster, bringt aber in der Realität nichts. Ohnehin ist Schulpolitik Sache der Bundesländer, und der Schulbau obliegt den Kommunen." Für die Union stehe zwar fest, daß starke Schultern mehr leisten müßten als schwache Schultern; die Schieflage im gegenwärtigen Steuersystem betreffe aber vor allem die Mittelschicht, die über alle Gebühr belastet werde und dringend entlastet werden müsse.

"Ohnehin leidet der Staat zurzeit nicht an einem Mangel an Steuereinnahmen, sondern an fehlenden Prioritäten." FDP-Fraktionsvize Christoph Meyer sagte der "Welt", der Staat habe mit "ineffizientem Sozialstaat und ideologisch getriebenen Subventionen" ein Ausgabenproblem. "Dieses neidgetriebene Denken der Grünen ist Teil des Standortproblems. Wir brauchen den Mentalitätswechsel hin zu Wirtschafts- und Leistungsfreundlichkeit, genau das sieht die FDP auch als Teil der Wirtschaftswende. Deutschland wurde groß und einflußreich durch freies Unternehmertum, da müssen wir wieder hin."

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler kritisierte Habecks Vorschlag unterdessen

als "linken Populismus". "Eine Milliardärssteuer würde viele große Familienunternehmen hart treffen und Wohlstand und Arbeitsplätze gefährden", sagte Schäffler der Zeitung. "Für die wirklich Reichen gibt es außerdem immer Mittel und Wege, ihr Vermögen dem Zugriff des Staates zu entziehen. Man sieht an dem Vorschlag, daß der Wirtschaftsminister von Wirtschaft schlicht keine Ahnung hat."
Der SPD-Wirtschaftspolitiker Bernd Westphal unterstützte indes Habecks Vorstoß: "Zur Ankurbelung der Wirtschaft braucht es staatliche Investitionen in die Modernisierung unseres Landes und auch in bessere Bildung." Zur Finanzierung müßten breitere Schultern einen höheren Beitrag leisten. "Dazu gibt es mehrere Vorschläge von der SPD, und auch der Impuls von Robert Habeck, Milliardäre mit einer Sondersteuer mehr in die Verantwortung zu nehmen, ist sinnvoll." Wenn 30 Prozent der privaten Haushalte über weniger als 2000 Euro monatlich verfügten, fehle die Kaufkraft, um die Konjunktur anzukurbeln. "Deshalb gibt es enormen Handlungsbedarf für mehr soziale Gerechtigkeit."
Und auch von seinen Grünen bekam Habeck Rückendeckung. Fraktionschefin Katharina Dröge sagte, eine höhere Besteuerung von Milliardären sei eine Frage der Fairneß. "Superreiche können mehr dazu beitragen, daß wir gut sanierte Schulen mit ausreichend Personal haben, in denen Kinder gerne lernen. Das stärkt nicht nur die Chancengleichheit, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt." AfD-Fraktionschefin Alice Weidel sprach von "purem Populismus" und einem "Ablenkungsmanöver" Habecks von "seinem Totalversagen" als Wirtschaftsminister.
"Nicht nur die Wirtschaft ist im freien Fall - trotz Rekordsteuereinnahmen hinterläßt die gescheiterte Ampel nach drei Jahren völlig zerrüttete Staatsfinanzen", sagte Weidel der "Welt". "Geld - nicht nur für unsere Schulen - wäre genug da."
Kernproblem sei die Verschwendung von Steuergeld "für eine grünideologische Politik: Insbesondere die Energiewende, die wirtschaftsfeindliche 'Transformation' hin zu einem CO2-neutralen Standort, Geldgeschenke in alle Welt sowie die Politik der ungezügelten Massenmigration sind schlicht nicht bezahlbar." Deutschland brauche "statt noch mehr Umverteilung und Steuern, die dazu führen, daß Investitionen aus Deutschland abgezogen werden", wirtschaftliche Freiheit und unternehmerische Anreize.
Linke-Parteichef Jan van Aken nannte Habecks Vorstoß "niedlich". "Die sechs Milliarden zahlen die Milliardäre Deutschlands zusammen doch aus der Portokasse." Er finde ja eigentlich, daß es gar keine Milliardäre geben sollte. "Deshalb kann man da oben auch stärker zulangen. Eine Vermögenssteuer nach dem Modell der Linken würde jährlich 108 Milliarden bringen und langfristig Milliardäre abschaffen."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Chrupalla stellt Deutschlands Nato-Mitgliedschaft in Frage**
AfD-Chef Tino Chrupalla übt deutliche Kritik an der Nato. "Bislang ist Europa gezwungen, die Interessen Amerikas umzusetzen, das lehnen wir ab", sagte er der "Welt". Die Nato sei aktuell kein Verteidigungsbündnis. Eine Verteidigungsgemeinschaft müsse die Interessen aller europäischen Länder akzeptieren und respektieren - also auch die Interessen von Rußland.
"Wenn die Nato das nicht sicherstellen kann, muß sich Deutschland überlegen, inwieweit dieses Bündnis für uns noch nutzbringend ist." In Bezug auf den Krieg in der Ukraine sagte Chrupalla: "Die Bundesregierung muß endlich zu dem Punkt kommen, den Krieg beenden zu wollen. Rußland hat diesen Krieg gewonnen. Die Realität hat diejenigen eingeholt, die angeben, die Ukraine befähigen zu wollen, den Krieg zu gewinnen."
Chrupalla äußerte sich auch zum Bundestagswahlprogramm der AfD. In der Bundesprogrammkommission hatte er einem erfolgreichen Änderungsantrag zugestimmt, mit dem die Wehrpflicht aus dem Programm gestrichen wurde. Chrupalla sagte: "Die Wehrpflicht ist und bleibt in unserem Grundsatzprogramm. Sie gehört aber nicht in den Vordergrund des aktuel-

len Bundestagswahlkampfs."
Für viele Wähler wäre die Forderung in der aktuellen Diskussion "irritierend". Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) wolle Deutschland "kriegstüchtig" machen, da entstehe der Eindruck, man wolle die Wehrpflicht einführen, um die jungen Leute an die Front des Ukraine-Kriegs zu schicken. "Meine Söhne gebe ich definitiv nicht für die Ukraine her." Und: "Ich habe die große Befürchtung, daß die Bundesregierung das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aussetzen könnte", so Chrupalla.
Der AfD-Chef sprach sich außerdem für eine Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft in bestimmten Fällen aus. Er sagte der Zeitung: "Wir wollen deutsche Staatsbürger nicht abschieben. Bei einer doppelten Staatsbürgerschaft kann man aber sehr wohl bei schweren Verstößen den deutschen Paß aberkennen. Um das rechtssicher zu ermöglichen, müßte nicht einmal das Grundgesetz geändert werden."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Jeder 14. Syrer hat unbefristete Aufenthaltserlaubnis**
In Deutschland verfügt etwa jeder 14. Syrer ohne deutschen Paß über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. "Rund 72.000" der 974.136 Syrer in Deutschland hätten zum Stichtag 31.10.2024 eine "Niederlassungserlaubnis" besessen, sagte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums der "Welt".
Eine Niederlassungserlaubnis berechtigt grundsätzlich zum unbefristeten Aufenthalt in Deutschland, unabhängig von der Situation im Herkunftsland. Inhaber des entsprechenden Titels können in der Regel nicht abgeschoben werden. Wer eine Niederlassungserlaubnis erhalten will, muß sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhalten und in dieser Zeit Beiträge zur Rentenversicherung geleistet haben.
Außerdem müssen ausreichende Sprachkenntnisse vorliegen und der Lebensunterhalt gesichert sein. Für anerkannte Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention und Asylberechtigte gelten leichtere Bedingungen. So entfällt etwa die Pflicht, Beiträge zur Rentenversicherung geleistet zu haben, der Lebensunterhalt muß nur "überwiegend" gesichert sein. "Diejenigen, die die Voraussetzungen für ein unbefristetes Aufenthaltsrecht erfüllen, sind gut beraten, sich jetzt darum zu kümmern", sagte der Asylrechtsexperte Daniel Thym von der Universität Konstanz der "Welt".
"Sinnvoll wäre eine obligatorische Beratung für alle Syrer, in der sie über den drohenden Verlust des Bleiberechts aufgeklärt werden und aufgezeigt bekommen, wie sie ihr Aufenthaltsrecht unabhängig vom Schutzstatus verfestigen können, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen." Dazu gehörten die normalen Aufenthaltstitel für Arbeitskräfte und Studierende genauso wie eine geförderte freiwillige Rückkehr nach Syrien, wenn es diese künftig gebe. Bei Bedarf müsse der Gesetzgeber nachbessern. Laut der Vorsitzenden des Verbandes Deutsch-Syrischer Hilfsvereine, Nahla Osman, ist eine Niederlassungserlaubnis für Syrer, die nur subsidiären Schutz erhalten haben, bislang nicht sonderlich attraktiv.
"In der Tat beantragen die meisten der Syrer direkt die Einbürgerung, da die Niederlassungserlaubnis für subsidiär Schutzberechtigte 60 Monate Pflichtbeiträge in die Rente und fünf Jahre Berufstätigkeit voraussetzt", sagte Osman der "Welt". "Bei der Einbürgerung sind diese Voraussetzungen nicht so hoch. Zudem benötigen viele aktuelle Reisepässe, die sie nicht vorlegen können."
Von 2011 bis Ende 2023 haben sich außerdem laut Einbürgerungsstatistik 169.277 Syrer in Deutschland einbürgern lassen. Auch im Jahr 2024 erhielten Tausende Syrer den deutschen Paß, wie Daten aus den sechs Großstädten Hamburg, München, Düsseldorf, Leipzig, Dortmund und Essen zeigen, über welche die "Welt" berichtet. Demnach wurden allein in diesen sechs Städten rund 6.000 Syrer eingebürgert. Für sie kommt eine Abschiebung nicht in Frage.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Umfrage: 60 Prozent der Notaufnahme-Patienten ambulant behandelbar**
Die Mehrheit der gesetzlich Versicherten, die die Notaufnahme in einem Krankenhaus aufsucht, wird lediglich ambulant behandelt und hätte damit auch in einer Bereitschaftspraxis versorgt werden können. Das ist ein Ergebnis einer Umfrage des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen, über die die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" (Sonntagausgaben) berichten. Danach wurden 60 Prozent der Befragten, die innerhalb von 12 Monaten in die Notaufnahme gegangen waren, ambulant behandelt. 40 Prozent wurden stationär aufgenommen.
28 Prozent derjenigen, die eine Notaufnahme aufgesucht hatten, waren sich der Umfrage zufolge bewußt, daß sie auch in einer Arztpraxis hätten behandelt werden können. 60 Prozent hielten dagegen den Gang ins Krankenhaus für notwendig. Zwölf Prozent gaben an, es nicht zu wissen. Für diejenigen, die wider besseres Wissen ins Krankenhaus gegangen sind, spielt das Problem, bei niedergelassenen Ärzten einen zeitnahen Termin zu bekommen, die entscheidende Rolle.
Das macht die Antwort auf die Frage deutlich, ob die Versicherten auf den Gang ins Krankenhaus verzichtet hätten, wenn sie über die Terminservicestellen innerhalb von 48 Stunden einen Termin erhalten hätten. Das bejahten 58 Prozent der Befragten, 42 antworteten mit Nein. "Wenn Versicherte nur deshalb die Notaufnahme im Krankenhaus aufsuchen, weil sie keine Sprechstundentermine in einer ärztlichen Praxis erhalten, dann läuft etwas gewaltig schief", sagte die stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Spitzenverbandes, Stefanie Stoff-Ahnis, dem RND.
Hilfesuchende müßten schnell und gezielt dahin geleitet werden, wo sie passend medizinisch versorgt würden - und zwar 24/7, mahnte die Verbandsvertreterin. Sie forderte die nächste Bundesregierung auf, endlich eine Notfallreform umzusetzen. Für die Umfrage wurden den Angaben zufolge rund 3.500 Versicherte im Alter von 18 bis 80 Jahren im Zeitraum von März bis April 2024 befragt.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Rheinwiesenlager: Ein ehemaliger US-Soldat packt aus**
Von *Daniell Pföhringer*
Bis zu einer Million deutscher Soldaten wurde in amerikanischer Gefangenschaft gezielt vernichtet. In unserer Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner - Massenmord an Deutschen auf den Rheinwiesen" entreißen wir dieses Tabuthema dem Vergessen und geben den Opfern eine Stimme.
Es war der erklärte NS-Gegner Bischof Clemens August Graf von Galen, der kurz nach Empfang der Kardinalsinsignien im Februar 1946 in Rom eine Rede mit dem Titel "Rechtsbewußtsein und Rechtsunsicherheit" hielt. Darin sprach der sogenannte Löwe von Münster auch über die Willkürherrschaft der Besatzer im niedergerungenen Deutschland und die von den westlichen Siegern betriebenen Internierungslager.
Von Galen beklagte: "Die Alliierten setzen in Deutschland eine Militärpolizei ein, die außerhalb des Bereichs aller ordentlichen Gerichte steht und keinem Gericht verantwortlich ist. Die Polizei bedarf ebenso wenig wie die Gestapo eines richterlichen Befehls, um einen deutschen Bürger zu verhaften. (…) Sie verhaftet, genau wie die Gestapo, die Männer nachts, holt sie ohne Angabe des Grundes der Verhaftung aus den Häusern, schafft sie weg, ohne der Familie Mitteilung zu machen, wohin sie gebracht werden, schneidet jede Verbindung zwischen der Familie und den Häftlingen ab, hält sie monatelang im Lager, ohne sie zu verhören, kurz, sie hat die Methode der Gestapo übernommen."
Die Haftbedingungen der deutschen Kriegsgefangenen in den von dem Kardinal angesprochenen alliierten Einrichtungen waren inhuman - brutale Folterungen, nicht selten mit Todesfol-

ge, gehörten zum Lageralltag. Viele verhungerten oder waren dem sadistischen Treiben der Bewacher ausgesetzt.

Schockierender Augenzeugenbericht

Besonders schlimm ging es in den sogenannten Rheinwiesenlagern der Amerikaner zu, in denen hunderttausende Deutsche starben - unter freiem Himmel und den Unbilden der Witterung ausgesetzt …

Der Religionswissenschaftler Martin Brech gehörte als junger US-Soldat bei Kriegsende zur Wachmannschaft des amerikanischen Gefangenenlagers Andernach am Rhein. Er entschloß sich, mit seinen eigenen Erlebnissen an die Öffentlichkeit zu gehen, um Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit Geltung zu verschaffen. Er nannte seine früheren US-Army-Kameraden "kaltblütige Killer voller Haß".

In seinem Bericht hielt Brech fest: "Etwa 60.000 Gefangene aller Altersklassen waren in Andernach auf einem stacheldrahtumzäunten offenen Feld eingesperrt. Die Frauen hielt man in einem separaten Großkäfig. Die Männer, die ich bewachte, hatten kein Dach über dem Kopf und verfügten über keinerlei Decken; viele hatten auch keine Mäntel. Sie mußten im kalten und nassen Schlamm schlafen."

Und weiter: "Besonders schockiert war ich vom Anblick der Kriegsgefangenen, die Gras und Unkraut zu einer dünnen Suppe bereiteten. Sie sagten zu mir, damit wollten sie ihren Hungerschmerz stillen. Sie magerten zusehends ab. Die Ruhr breitete sich aus. Bald schon schliefen sie in ihren eigenen Exkrementen, weil sie zu schwach waren, die Latrinengräben zu erreichen. Sie siechten und starben vor unseren Augen dahin."

Brech fährt fort: "Wir hatten reichlich Nahrungsmittel und Vorräte, taten aber nichts, um den deutschen Gefangenen zu helfen, leisteten auch keine ärztliche Hilfe. Ich war empört über diese Zustände und protestierte bei Offizieren. Doch die Reaktion waren Feindseligkeit oder Gleichgültigkeit. Als ich hartnäckig blieb, erklärte man mir, es sei 'höherer Befehl'. Als ich Lebensmittel über den Stacheldraht zu den Gefangenen warf, schnappte man mich. Man drohte mir mit Strafe."

Und er schreibt: "Doch ich wiederholte mein 'Vergehen'. Nun drohte mir ein Offizier die Erschießung an. Ich konnte das nicht glauben, bis ich auf einer Anhöhe über dem Rhein einen Captain traf, der mit einer Kaliber-45-Pistole hinunter in eine Gruppe deutscher Frauen und anderer Zivilpersonen schoß. Ich fragte: 'Warum?' Er sagte: 'Zielübung' und feuerte, bis das Magazin leer war. Jetzt wurde mir klar, daß ich es mit kaltblütigen Killern voller Haß zu tun hatte. Sie betrachteten die Deutschen als Untermenschen, die vernichtet werden müssen."

Die gnadenlose Unterversorgung der Kriegsgefangenen in den Lagern wie auch der Zivilbevölkerung im übrigen besetzten Deutschland entsprach einem alliierten Bestrafungskalkül, wurde also bewußt herbeigeführt. Der genozidale Charakter dieses bis heute ungesühnten Verbrechens ist offenkundig.

Lesen Sie den ganzen Bericht des ehemaligen US-Wachsoldaten Martin Brech und andere Augenzeugenberichte in unserer Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner - Massenmord an Deutschen auf den Rheinwiesen".<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Ekelhaft: WHO propagiert "Sexualität für Kleinkinder"**

Von *Valentina Schacht*

Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat mit einem Leitfaden, der Eltern und Lehrer ermutigt, mit Kindern "von Geburt an" Erwachsenenthemen zu "erforschen" und "Geschlechtsidentitäten" von Babys zu erkunden, heftige Gegenreaktionen ausgelöst. …

Ein neuer Leitfaden der Weltgesundheitsorganisation WHO sorgt für Entsetzen: Das Pamphlet wird an Schulen verteilt und empfiehlt, daß Kleinkinder "Fragen zur Sexualität stellen" und etwas über den "Genuß" der "frühkindlichen Masturbation" erfahren.

Die Leitlinien besagen, daß "Sexualerziehung von Geburt an beginnt", und werden als "Rahmen für politische Entscheidungsträger, Bildungs- und Gesundheitsbehörden und Fachleute" beschrieben, berichtet der britische Telegraph.
Die Ratschläge, wie man mit kleinen Kindern über sexuelle Themen sprechen kann, richten sich an politische Entscheidungsträger in der ganzen Welt und wurden in mehrere Sprachen übersetzt. Nach Angaben der globalistischen WHO wird der Leitfaden auf nationalen und internationalen Veranstaltungen beworben.

"Frühkindliche Masturbation"

In den Richtlinien wird vorgeschlagen, daß Vier- bis Sechsjährige dazu angehalten werden sollen, "über sexuelle Angelegenheiten zu sprechen" und "ihre Geschlechtsidentität zu festigen". Es wird empfohlen, Kindern unter vier Jahren "von Geburt an" zu vermitteln, daß sie "das Recht haben, Fragen zur Sexualität zu stellen" und "das Recht, Geschlechtsidentitäten zu erkunden".
In den WHO-Leitlinien heißt es außerdem, daß Kinder unter vier Jahren über "Genuß und Vergnügen bei der Berührung des eigenen Körpers und frühkindliche Masturbation" unterrichtet werden sollten. Diese Themen werden als "Mindeststandards, die von der Sexualerziehung abgedeckt werden müssen" bezeichnet.
Ein Sprecher der britischen Regierung hat behauptet, die WHO habe sich über den Gesetzgeber hinweggesetzt und die Richtlinien ohne offizielle Genehmigung herausgegeben. "Die britische Regierung erkennt diesen WHO-Leitfaden nicht an, und wir sind mit den Empfehlungen nicht einverstanden", warnte der Sprecher. "Wir haben sie nicht an Schulen verteilt oder dafür geworben."

Protest von Eltern und Kinderschützern

Unterdessen wurde der Leitfaden der WHO auch von Elternorganisationen und Aktivistengruppen verurteilt, die sich um eine vorzeitige Sexualisierung sorgen. Tanya Carter, eine Sprecherin der Safe Schools Alliance, die sich für die Sicherheit von Kindern einsetzt, forderte eine "dringende Untersuchung" der von UN-Organisationen wie der WHO und der UNESCO herausgegebenen Leitlinien zur Sexualerziehung.
Carter weiter: "Es muß dringend untersucht werden, wie es dazu kommen konnte, daß diese Ideologie so viel öffentliches Denken beeinflußt."
Ein WHO-Sprecher erklärte gegenüber dem Telegraph, die Organisation stehe zu ihren Leitlinien. Diese seien weiterhin zugänglich. Der Sprecher fügte hinzu:
"Unsere Richtlinien spiegeln etablierte psychologische Fakten über das Verständnis von Kindern für ihren Körper und ihre psychosoziale Entwicklung wider, die auf jahrzehntelanger Forschung beruhen."
In dem Dokument wird behauptet, daß Kinder von Geburt an mit der Sexualerziehung beginnen. Wörtlich heißt es dort: "Von Geburt an lernen Babys den Wert und das Vergnügen von Körperkontakt, Wärme und Intimität kennen." Und weiter: "Bald darauf lernen sie, was 'sauber' und was 'schmutzig' ist."

Aufklärung über die Ideologen und Hintermänner

Aufklärung tut not: In COMPACT-Spezial "Geheimakte Kinderschänder" haben wir ein ganzes Kapitel den Vordenkern und Ideologen von Frühsexualisierung und Pädosex gewidmet. Ein echter Faktenhammer gegen diesen widerwärtigen Sumpf. Dazu findet man in der Ausgabe folgende Beiträge:
- Das Gift der Achtundsechziger: Das APO-Milieu war ein Nährboden für Kindersex-Fantasien und auch -Praktiken. Ihre pädophilen Neigungen unterfütterten die linken Revoluzzer ideologisch - ihr Ungeist wirkt bis heute nach.
- Das Kabinett des Dr. Kinsey: Schon vor den Achtundsechzigern legte ein US-Forscher den Grundstein für die enttabuisierte Gesellschaft. Bei seinen Experimenten vergriff er sich auch

an Babys und Kleinkindern.
- Die Pädo-Partei: Fast 20 Jahre lang waren die Grünen Tummelbecken von Kindersex-Freunden. Deren Unterstützer waren bis vor wenigen Jahren in herausgehobenen Positionen aktiv. Die Aufarbeitung ihrer pädophilen Vergangenheit förderte Absonderliches zutage.
- Zweifelhafte Menschenfreunde: Auch in dem Verband mit dem trügerischen Namen Pro Familia gab es zeitweise pädofreundliche Tendenzen. Der Verein, der Teil einer globalen Abtreibungsindustrie ist, hat aber noch ganz andere dunkle Flecken in seiner Geschichte.
- Schulfach Sex: Frühsexualisierung hat es bis in schulische Lehrpläne geschafft. Zu verdanken ist dies den Epigonen des berüchtigten Pädo-Pädagogen Helmut Kentler.
- Die Pädo-Pädagogen: Jahrzehntelang wurden Kinder und Jugendliche in Berlin von Amts wegen bei Pädophilen untergebracht. Zur gleichen Zeit fand an der hessischen Odenwaldschule massenhafter Mißbrauch statt. Beide Fälle sind miteinander verbunden.

Die Netzwerke der Kinderschänder

Darüber hinaus haben wir COMPACT-Spezial "Geheimakte Kinderschänder" den pädokriminellen Sumpf weltweit durchleuchtet - der bis in höchste Kreise reicht. Dies sind die weiteren Themen dieses unverzichtbaren Aufklärungshefts:
*Die Hintermänner der Kinderschänder: Wer hält seine schützende Hand über die kriminellen Pädophilen-Strukturen? Wer steckt tief im Pädophilen-Sumpf? Wir beleuchten unter anderem die Fälle Marc Dutroux, Natascha Kampusch, Lügde, Bergisch Gladbach und Münster, Pascal in Saarbrücken und Maddie McCann - und präsentieren Recherche-Ergebnisse, die Ihnen die Augen öffnen werden. Erfahren Sie bei uns, warum die Ermittlungen oft im Sande verlaufen - und wohin die nicht weiter verfolgten Spuren wirklich führen.
*Pädophilie in Hollywood: Die sogenannte Traumfabrik wurde für Kinderstars wie Macauly Culkin, Corey Haim, Corey Feldman oder Elijah Wood zur Alptraumfabrik. Wir dokumentieren die spektakulärsten Fälle, decken die Kinderschänderstrukturen in Filmindustrie und Showbiz auf - und beweisen, daß ritueller Mißbrauch in satanischem Gewand kein Hirngespinst ist, sondern bittere Realität. Dabei trennen wir Legenden von Tatsachen - wir schreiben nur das, was tatsächlich belegbar ist. Und das ist schon schlimm genug!
*Die Netzwerke der Eliten: Epstein, Weinstein, Pizzagate: Immer wieder gibt es Hinweise auf die Verstrickung höchster politischer Kreise in den Kinder- und Mädchenhandel. Und das nicht nur in den USA, wie der Fall Jimmy Savile in Großbritannien oder die Sachsensumpf-Affäre in Deutschland belegen. Wir decken auf, welche Polit-Größen den Pädophilen-Netzwerken zuzurechnen sind - und mit welchen geheimen Codes die Kinderschänder arbeiten.
COMPACT-Spezial "Geheimakte Kinderschänder: Die Netzwerke des Bösen" ist die schonungsloseste Abrechnung mit dem Kinderschänder-Sumpf, die je in Deutschland erschienen ist. Wir scheuen uns nicht, die heißesten Eisen anzufassen - und uns mit mächtigen Kreisen anzulegen, die dieses Heft am liebsten verhindert hätten. Das Verbrechen hat Name und Anschrift - wir drucken sie.<<

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**"Wie der Einschlag eines Meteoriten"**

O-Ton Putin über die Hyperschall-Oreschnik. … Auf einer Pressekonferenz Ende November in Astana (Kasachstan) äußerte sich der russische Präsident zu militärtechnischen Einzelheiten der Hyperschallrakete Oreschnik, die kurz zuvor erstmals eingesetzt worden war.

_ O-Ton *Wladimir Putin*

Sie haben uns heute schon viel über die Oreschnik erzählt, aber die westlichen Medien sagen, daß im Sprengkopf der Oreschnik (beim erstmaligen Einsatz am 21. November gegen eine ukrainische Rüstungsfabrik) kein Sprengstoff war. Und wenn das stimmt, was bedeutet das? Und können Sie uns weitere neue Details über die Oreschnik nennen? Und wie viel geheime

Entwicklung dieser Art haben wir insgesamt, wie Sie sagten, "auf der Speisekarte, womit der Kunde zufrieden sein wird" (Anspielung auf Putins Formulierung kurz vorher)?
Verstehen Sie, wenn ich sagte, daß wir Teststarts durchführen, bedeutet das, daß diese Arbeit unter anderem darauf abzielt, diese Waffen zu verbessern. Und so ist es.
Was die Schlagkraft angeht, so habe ich das auch schon gesagt. Und wenn wir mehrere dieser Systeme in einem Angriff einsetzen, wenn wir zwei, drei, vier Raketen einsetzen, dann ist das von der Kraft her mit dem Einsatz von Atomwaffen vergleichbar. Aber das ist nicht nuklear, denn es ist: a) hochpräzise; b) es ist nicht mit einem nuklearen Sprengsatz ausgestattet, es kontaminiert nicht die Umwelt. Aber die Wucht wäre vergleichbar.
Was die Frage betrifft, ob es dort Sprengstoff gab oder nicht. Ich wiederhole noch einmal: Das ist der Grund, warum sie getestet wird, um zu verstehen, was zusätzlich getan werden muß. Und hier gibt es kein großes Geheimnis, Experten werden sofort verstehen, wovon ich spreche. Wenn ich von Verbesserung spreche, dann bedeutet das in erster Linie, daß man mit der Reichweite und dem Sprengkopf spielen muß.
"Alles im Zentrum wird zu Asche, zerfällt in seine Bestandteile."
Je größer die Reichweite, desto kleiner der Sprengkopf; je geringer die Reichweite, desto stärker der Sprengkopf. Denn dieses System hebt mehr Nutzlast, das ist alles. Und für Ziele in unterschiedlichen Entfernungen braucht man offenbar unterschiedliche Raketentypen, aber auf jeden Fall unterschiedliche Ausrüstungen dieser Raketen, unterschiedliche Gefechtsköpfe. Hier müssen wir arbeiten. Das ist keine leichte Aufgabe, und das wird wahrscheinlich auch zusätzliche Entwicklungsarbeit erfordern und so weiter.

Heiß wie die Sonne

Was die Rakete, die wir eingesetzt haben, angeht, wurden entsprechende Elemente als Zerstörungselemente eingesetzt. Wie ich bereits sagte, sind das ziemlich starke Elemente, die sich auf eine Temperatur von 4.000 Grad Celsius erhitzen. Ich weiß es nicht, Sie können es im Internet nachschlagen, aber auf der Oberfläche der Sonne sind es, glaube ich, 5.600 bis 6.000 Grad. Das ist vergleichbar mit der Temperatur auf der Oberfläche der Sonne.
Ein kinetischer Einschlag ist ein starker Einschlag, wie der eines Meteoriten. Wir wissen aus der Geschichte, wie und welche Meteoriten wo einschlugen und was die Folgen waren. Das reichte aus, um ganze Seen entstehen zu lassen, richtig? Was hat der Tunguska-Meteorit (aus dem Jahr 1908) bewirkt? Wir wissen es doch.
Hier ist es das Gleiche. Der Schaden ist sehr groß: Alles im Zentrum wird zu Asche, zerfällt in seine Bestandteile, und auch Objekte drei oder vier, vielleicht sogar mehr Stockwerke tiefer werden betroffen. Und zwar nicht einfach nur Stockwerke, sondern befestigte Strukturen. Die Wucht des Aufpralls ist enorm. Man kann natürlich noch mehr hinzufügen, und die Wirkung wird noch stärker. Die Hauptsache ist, daß das Grundmuster geschaffen wurde, daß es funktioniert, und daß es so funktioniert, wie es von seinen Schöpfern geplant war. Es ist eine präzise Waffe mit hoher Schlagkraft.
_ Übersetzung: Thomas Röper, "anti-spiegel.ru". Zwischenüberschrift: COMPACT.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 01/2025.<<

Syrien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Syrien: 7 Tage nach Assads Sturz**

Von *Michael Brück*

Vor einer Woche wurde der syrische Präsident Bashar al-Assad durch einen Putsch gestürzt. Seither nehmen die militärischen Konflikte jedoch noch weiter zu. Das Land droht zu einem zweiten Libyen zu werden. …
Nach 54 Jahren endete die Herrschaft der Familie Assad in der Nacht auf den 8. Dezember 2024, kampflos wurde die syrische Hauptstadt Damaskus - wie zuvor schon die Millionenstadt Aleppo, sowie die weiteren Großstädte Hama und Homs - den aufständischen Islamisten

der Gruppe Hayat Tahrir al-Scham (HTS) übergeben.
Vorausgegangen war ein beispielloser Verrat der syrischen Armeeführung, die sich geweigert hatte, den Terroristen Widerstand entgegen zu setzen. Assad, von seinem Umfeld verraten und spätestens nach der kampflosen Übergabe von Homs mit dem Bewußtsein, keine militärische Chance mehr zu haben, blieb nach gescheiterten Gesprächsversuchen mit den Aufständischen nur noch die Flucht nach Rußland.
Während die westlichen Medien in Jubeltiraden verfielen, wahlweise vom Ende des "Despoten" oder "Tyrannen" sprachen und auch Verständnis dafür aufwies, daß in Deutschland lebende Syrer unter "Allahu Akhbar" - Rufen für "Siegesfeiern" unsere Weihnachtsmärkte stürmten, hat sich die Situation für die Menschen in Syrien weiter verschlechtert. Quasi nahtlos wurden - noch am Tag von Assads Sturz - neue Fronten eröffnet, die in einen großen Krieg münden könnten.

Der Einfluß der USA und der Türkei

Schon in der Vergangenheit hatte es immer wieder Kämpfe zwischen der Freien Syrischen Armee (FSA) - eine der Türkei nahestehende Miliz, die zum Islamisten-Bündnis der HTS gehört - und den kurdischen YPG-Volksverteidigungseinheiten (als Teil der sogenannten Demokratischen Streitkräfte Syriens, SDF) gegeben, die weite Gebiete im Nordosten von Syrien kontrollieren. Mittlerweile haben diese Auseinandersetzungen an Intensität gewonnen, die FSA hat die kurdischen Einheiten nach der Einnahme der wichtigen Städte Deir ez-Zor und Manbidsch aus dem Gebiet westlich des Flusses Euphrat vertrieben und versucht nun, Brükkenköpfe auf der anderen Seite zu schlagen.
Gleichzeitig hat der türkische Außenminister Hakan Fidan die gänzliche Auflösung der YPG gefordert, ihre Führung müsse Syrien vollständig verlassen. Die YPG könne sich "entweder selbst auflösen oder sie wird aufgelöst", so Fidan. Schon jetzt beteiligt sich die türkische Armee an Angriffen auf kurdische Gebiete in Grenznähe und die eindeutigen Drohungen dürften als Ankündigung einer neuen Militäroffensive verstanden werden. Mit der Türkei und den USA, die im Kurdengebiet zahlreiche Stützpunkte unterhalten und bisher als Lebensversicherung der YPG galten, stehen sich dabei zwei NATO-Mitgliedsstaaten mit gegensätzlichen Interessen in der Region gegenüber.

Israels Vormarsch

Doch nicht nur im Nordosten eskaliert die Situation: Aus dem Süden rückt die israelische Armee weiter vor, hat bisher etwa 20 Städte und Dörfer in Südsyrien besetzt. Noch am Tag von Assads Sturz erklärte die Netanjahu-Regierung, sich nicht mehr an das Waffenstillstandsabkommen von 1974 gebunden zu fühlen, kündigte die dauerhafte Einverleibung der Golanhöhen nach Israel ein und startete eine Offensive auf syrischem Gebiet, um eine "Pufferzone" zu errichten.
Dabei stößt sie kontinuierlich weiter vor und wird dabei von den im syrischen Grenzgebiet zu Israel lebenden Drusen, einer arabischen Religionsgemeinschaft, unterstützt, deren Stammesführer Israel um eine dauerhafte Militärpräsenz - oder gleich einen Anschluß an Israel - gebeten haben sollen.
Wie völkerrechtlich grotesk die Einrichtung einer solchen "Pufferzone" auf fremden Staatsgebiet ist, wird bei einem Vergleich deutlich: Eine Bundesregierung, die ankündigen würde, Elsaß-Lothringen militärisch zu besetzen, um den Schutz vor möglichen Angriffen aus Frankreich zu erhöhen, würde augenblicklich mit dem Vorwurf versehen, einen Angriffskrieg zu führen. Nicht so beim neuen israelischen Vormarsch.
Interessanterweise sehen auch die neuen Machthaber in Syrien diesem Treiben tatenlos zu: Während sich die Terroristen vom al-Qaida-Nachfolger bemühen, weniger terroristisch zu erscheinen, sich als gemäßigt darstellen (werden Köpfe demnächst nur noch bis zur Hälfte abgeschnitten?) und beste Verbindungen zur westlichen Presse zu pflegen scheinen, sehen die

Islamisten-Milizen keine Veranlassung, sich dem israelischen Vormarsch, der kurz vor der Stadt Daraa steht, entgegen zu stellen.
Lediglich mit einem Schreiben an den UN-Sicherheitsrat protestiert der neue, militärische Machthaber Syriens, Mohammad al-Dscholani, vor seine "Karriere" bei HTS u.a. für den Islamischen Staat "IS" tätig, gegen die syrische Aggression. Ein ziemlich harmloses Vorgehen für einen Hardcore-Islamisten, doch die israelische Schützenhilfe beim Sturz Assads ist wohl noch nicht vergessen.

Rußland räumt Stützpunkte

In dem zunehmenden Chaos wurden jüngst zudem Racheaktionen von versprengten Einheiten der Syrisch Arabischen Armee (SAA) gemeldet, die weiter zu Assad halten und Angriffe auf die neuen Machthaber durchgeführt haben. In diesem Chaos - es gibt in verschiedensten Konstellationen regionale Auseinandersetzungen zwischen Gruppierungen - hat Rußland damit begonnen, zahlreiche seiner Militärstützpunkte im Landesinneren zu räumen und Soldaten an die Mittelmeerküste zu verlegen - die Zukunft dieser Militärbasen ist noch unklar. Zumindest scheint es aktuell jedoch die Order zu geben, daß ausländische Militärstützpunkte nicht zum Ziel von Angriffen der neuen Islamisten-Regierung werden.
Parallel zur militärischen Entwicklung suchen die verschiedensten Regional- und Weltmächte, die im Nahen Osten ihre Interessen durchsetzen wollen, den Dialog mit der neuen Regierung, auch mehrere (westliche) Länder eröffneten ihre zuvor jahrelang geschlossenen Botschaften in Damakus neu. Auch die türkische Botschaft, 2012 nach Beginn des Aufstandes gegen Assad geschlossen, wurde jüngst neu bezogen.
Das moralische Hindernis, nunmehr mit einer Terrororganisation, deren Anführer die USA als "globalen Terroristen" einstufen und ein Kopfgeld von 10 Millionen Euro auf dessen Ergreifung ausgesetzt haben, kooperieren zu müssen, löst der Wertewesten dagegen auf seine Art: In den USA und Großbritannien wird darüber diskutiert, den Status der HTS abzuändern und zukünftig nicht mehr von einer "Terrororganisation" zu sprechen. Die Noch-Terroristen werden wohl demnächst als offizielle Bündnispartner gebraucht.
Über das aktuelle Geschehen hinaus: Im globalen Spiel der Mächte ist der Nahe Osten eines der Hauptfelder der amerikanischen Politik. Die USA sind die entscheidende Macht in der Region, die von strategischer Bedeutung ist. Der renommierte Historiker Rolf Steininger hat mit "Die USA, Israel und der Nahe Osten" auf der Basis umfangreicher Akten die erste deutschsprachige Gesamtdarstellung dazu vorgelegt.

16.12.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. Dezember 2024 (x1.429/…): >>**Neues Portal für Denunziation: Fake News-Schleuder "Correctiv" greift in den Bundestagswahlkampf ein!**
Mit einem neuen Projekt ruft das Lügenportal "Correctiv" dazu auf, sogenannte Desinformation vor allem während des Bundestagswahlkampfes zu melden.
Das Projekt trägt den Titel "Faktenforum" und ermuntert Nutzer im Netz offen zum Denunzieren: "Ein Gerücht in der Messengergruppe, eine Parole am Stammtisch, ein gefälschtes Video in einem sozialen Netzwerk - Desinformation hat viele Gesichter und begegnet uns an unterschiedlichen Orten."
Beim "Faktenforum" der Fake News-Schleuder können sich Denunzianten auf unterschiedliche Weise einbringen - etwa, indem sie "verdächtige Behauptungen" melden, Quellen recherchieren, Bilder verifizieren oder in der Community mitdiskutieren. Das Medienportal hat eigens eine Maske eingerichtet, in der "verdächtige" Behauptungen eingereicht werden können, inklusive Link oder Screenshot.
Desinformation fängt für "Correctiv" schon dort an, wo eine Schlagzeile "gezielt Emotionen schürt" oder Inhalte "emotional und polarisierend" sind - dies "bedroht demokratische Prozes-

se ebenso wie die gesellschaftliche Debattenkultur", schreibt die Netz-Stasi auf ihrer Website.
Mit Argwohn blicken die selbsternannten Faktenchecker auf die kommenden Bundestagswahlen: "Nicht ohne Grund war zuletzt jeder Urnengang begleitet von Sorgen um die Folgen von Desinformation." In der Übersetzung heißt dies: Die Deutungshoheit über den Diskurs im Bundestagswahlkampf soll erhalten werden.
Dabei ist die Gefährlichkeit des links-grün-woken Lügenportals für die Meinungsfreiheit nicht zu unterschätzen: Die "Correctiv-Fälscher" kooperieren, ähnlich wie die Deutsche Presse-Agentur (dpa), mit Meta, dem Mutterkonzern von Facebook und Instagram. Für die sozialen Netzwerke "prüft" die Netz-Stasi Inhalte auf ihre "Richtigkeit" und kennzeichnet angebliche Falschinformationen. So nimmt die Fake News-Schleuder indirekt auch Einfluß auf die Verbreitung von Inhalten.
Denn: Beiträge, die als "falsch", "verfälscht" oder "teilweise falsch" gekennzeichnet werden, werden aus Empfehlungen und Vorschlägen der Netzwerke entfernt. Bei wiederholter Veröffentlichung von Beiträgen, die als "Falschinformation" eingestuft werden, müssen Nutzer mit Sperrung oder mindestens Einschränkungen rechnen.
Dies könnte mit Blick auf die Bundestagswahl hochrelevant werden. Das Beispiel der annullierten Wahl in Rumänien zeigt, welche politische Wirkmacht der Begriff "Desinformation" mittlerweile hat.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. Dezember 2024 (x1.429/…):
>>**SPD-Wahlprogramm: Noch mehr Migration, noch mehr Schulden, Steuererhöhungen, Tempolimit!**
Auf 64 Seiten verspricht die SPD in ihrem Wahlprogramm für die geplante Bundestagswahl (23. Februar) einen "neuen Aufschwung für Deutschland". Alle Überschriften beginnen mit dem Satz "Wir kämpfen für …" Da fragt man sich: Was hat die SPD eigentlich gemacht seit 2013, in all den Jahren, in denen sie in der Regierung saß?
Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze sichern, Familien und Beschäftigte entlasten, Rente für "alle Generationen" sichern - je höher die Luftschlösser, desto bombastischer das Wortgeklingel im SPD-Wahlprogramm! Nun soll es also bergauf gehen - diesmal aber ganz wirklich, versprechen die Genossen, die Deutschland in unterschiedlichen Regierungen (2x Chaos-GroKo, 1x Ampel) heruntergewirtschaftet haben.
- So soll es einen "Deutschlandfonds" mit zunächst 100 Milliarden Euro geben. Dieser soll mit öffentlichem und privatem Kapital Zukunftsinvestitionen fördern, etwa bei Strom und Wärmenetzen, E-Ladesäulen oder beim Wohnungsbau.
Die Sozialdemokraten wollen dafür die Schuldenbremse so reformieren, daß sie keine Investitionen "in die Zukunftsfähigkeit und den Wohlstand behindert". Im Klartext: Ein neues gigantisches Schuldenprogramm soll her!
- Die Wirtschaft soll mit einer größeren Binnennachfrage angekurbelt werden. Dafür sollen "rund 95 Prozent der Menschen" steuerlich entlastet werden und sogenannte Spitzeneinkommen und -vermögen stärker an der Finanzierung des Staates beteiligt werden. Im Klartext: Es droht ein gigantisches sozialistisches Steuererhöhungsprogramm! Zur Erinnerung: Als "reich" gilt hierzulande schon, wer als Single rund 60.000 Euro jährlich verdient.
- Zum Thema Migration heißt es: "Wir kämpfen für eine moderne Einwanderungsgesellschaft." Sogenannte Integrationskurse sollen ausgeweitet, Asylverfahren beschleunigt und - die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube - Außengrenzen der EU stärker geschützt und kontrolliert werden.
Noch mehr Sozialismus
Die SPD will zudem, daß der Mindestlohn steigt. Die Mietpreisbremse soll verlängert werden und künftig unbefristet gelten. Die Möglichkeiten von Vermietern, die Grundsteuer auf ihre Mieter umzulegen, sollen eingeschränkt werden. Das Elterngeld soll von 14 auf 18 Monate

verlängert werden, wenn beide Elternteile jeweils sechs Monate in Elternzeit gehen.
Verkehr: Hier will die SPD unter anderem ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen und verspricht - wieder einmal - einen Ausbau des Bahnverkehrs.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 16. Dezember 2024 (x1.433/…): >>**Elektronische Patientenakte: Auf dem Weg zum gläsernen Patienten**
Die "Ärztinnen und Ärzte für individuelle Impfentscheidung" (ÄFI) machen erneut darauf aufmerksam, daß am 15. Januar 2025 die Elektronische Patientenakte (ePA) für gesetzliche Krankenkassen Pflicht wird. Das bedeute: "Für alle gesetzlich Versicherten wird zu diesem Zeitpunkt eine digitale Akte angelegt, die auch alle Impfungen enthält.
Eine explizite Zustimmung seitens der Versicherten ist dafür nicht erforderlich, jedoch gilt: Wer nicht möchte, daß für ihn eine digitale Patientenakte angelegt wird, muß aktiv widersprechen." Welche Vorteile die ePA bringe, wer Zugriff auf die Daten haben solle und welche Risiken damit verbunden seien - die ÄFI raten zur Vorsicht. (hl)
ÄRZTINNEN UND ÄRZTE FÜR INDIVIDUELLE IMPFENTSCHEIDUNG
Dieser Tage erhalten die Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) Post mit Hinweisen zur Einführung der ePA. Neben der "einfachen" weil für Versicherte automatisch eingeführten Neuerung und ihren vermeintlichen Vorteilen wird auch auf die Widerspruchsmöglichkeit hingewiesen.
In der ePA sollen künftig sämtliche medizinischen Daten gespeichert werden, die über den jeweiligen Patienten erhoben werden: Untersuchungsergebnisse, Blutwerte, Befunde, Medikationspläne, Zahnbonusleistungen, KV-Leistungen, Arztbriefe, Bilddaten, Rezepte, AU-Bescheinigungen etc. sowie sämtliche therapeutischen Abrechnungen gegenüber den Krankenkassen. Natürlich ebenfalls mit an Bord: die elektronische Impfdokumentation.
Der Gesetzgeber verspricht sich von diesem enormen Datenberg eine unkompliziertere und vollständige Darstellung des Gesundheitszustandes und der Krankheitsgeschichte des Patienten - als Arbeitserleichterung für Ärzte und Therapeuten, auch um Doppeluntersuchungen zu vermeiden. Insgesamt also für eine verbesserte Therapie.
Die stillschweigende Zustimmung der gesetzlich Versicherten zur Einrichtung ihrer persönlichen ePA wird als Normalfall vorausgesetzt - der Widerspruch ist aus Sicht des Gesetzgebers nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Für Versicherte der Privaten Krankenversicherung (PKV) und Beihilfeberechtigte wird nicht automatisch eine ePA angelegt. Hier hängt ihre Einrichtung vom jeweiligen Versicherungsunternehmen ab, der dann ebenfalls widersprochen werden kann.
Praktische, datenschutzrechtliche, ethische Probleme
Was im ersten Moment gut klingt, offenbart bei genauerem Blick einige Probleme, die mit diesem Ansatz verbunden sind. Sie sind sowohl praktischer als auch datenschutzrechtlicher wie auch ethischer Natur.
Mit der ePA wird eine allumfassende Bibliothek der eigenen Gesundheitsgeschichte angelegt. Wie sinnvoll ist das? Daß behandelnde Akteure ein Zugriffsrecht auf die medizinischen Daten haben sollen, erscheint noch halbwegs nachvollziehbar, wobei diese Liste schon bedenklich lang ist: Ärzte, Zahnärzte, Apotheker sowohl selbst als auch ihre Mitarbeiter inklusive Azubis, außerdem Pflegekräfte, Mitarbeiter des öffentlichen Gesundheitsdienstes, Notfallsanitäter, Betriebsärzte.
Das Zugriffsrecht beträgt je nach Relevanz bis zu 90 Tage nach Einstecken der Gesundheitskarte durch den Patienten beim jeweiligen Therapeuten bzw. bei einer Einrichtung. Sie alle sehen dann nicht nur jene Informationen, die für ihre Therapie unmittelbar relevant sind, sondern haben Einblick in die gesamte Krankheitsgeschichte und alle Daten des Patienten.
Dies betrifft auch den Impfstatus des Patienten. Sämtliche durchgeführten Impfungen werden digital erfaßt - und damit auch die Impfungen sofort identifizierbar, die nicht durchgeführt

worden sind.
Der behauptete Nutzen, daß Therapeuten sich so ein umfassenderes Bild machen könnten, dürfte weithin nur theoretischer Natur sein. Wer je in einer kassenärztlichen Praxis war, weiß, daß weder Ärzte noch Arzthelferinnen Zeit haben, solche Datenmengen zu erfassen oder gar sinnvoll zu nutzen. Diese Aussicht ist reines Wunschdenken - oder vorgeschoben.
Denn die in der ePA gespeicherten Daten gehen automatisch auch zur "Sekundärnutzung" an das "Forschungsdatenzentrum Gesundheit" (FDZ Gesundheit). Und hier wird es interessant: Dieses staatliche Zentrum (angesiedelt beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte BfArM) gewährt auf Antrag allen Akteuren mit "berechtigten" Interessen Zugriff auf die Daten.
Ein solches berechtigtes Interesse kann z.B. die Studie eines Pharmaherstellers sein. Für ihn ist so ein riesiges Datenreservoir eine Goldgrube. In der Praxis treten heutzutage regelmäßig andere, von der Pharmaindustrie beauftragte Institutionen wie z.B. Universitäten auf, um Informationen und Daten für Studienzwecke zu erhalten. Der Slogan von GE Healthcare (eine Tochter von General Electric), Anbieter von Medizintechnik und Dienstleistungen im Gesundheitsbereich, lautet nicht ohne Grund: "Create a world where healthcare has no limits".
Schwachpunkt zentrale Datenspeicherung
Die Daten der ePA werden auf zentralen Servern in einem Cloud-System gespeichert. Was bislang nur in vielen kleinen Einzeldaten auf dem Server der jeweiligen Arztpraxis oder Apotheke lag, wird künftig gesammelt auf einem gigantischen großen Datenspeicher, der Teil der Telematik-Infrastruktur ist, also der IT-Struktur, über die schon jetzt viele medizinische Daten verwaltet werden.
Betrieben wird diese Infrastruktur von der gematik (Nationale Agentur für Digitale Medizin). Diese GmbH gehört dem Bundesgesundheitsministerium sowie Verbänden von Ärzten, Zahnärzten, Apothekern und Krankenhäusern gemeinsam. Sie ist bekannt im Zusammenhang mit der Einführung der Elektronischen Gesundheitskarte (eGK). Diese stellt einen Vorläufer bzw. einen Einstieg in die ePA dar - und funktioniert bislang alles andere als reibungslos.
Auch wenn die gematik GmbH und das Ministerium beteuern, daß beim Forschungsdatenzentrum höchste Sicherheitsstandards an den Tag gelegt würden: Die Erfahrung mit ebenfalls höchst anspruchsvoll konzipierten Sicherheitssystemen bei Banken, Konzernen und Behörden hat gezeigt, daß es ein wirklich sicheres IT-System nicht gibt und geben kann. Früher oder später wird eine Sicherheitslücke entdeckt werden und es wird zum Mißbrauch oder Diebstahl der Daten kommen. Bei Gesundheitsdaten kann dies besonders gravierende Konsequenzen haben.
Wenn allein für einen einzigen Patienten-Datensatz in der Medizinbranche 250 bis 1.000 € gezahlt werden, wird klar, welche Verlockung ein Server darstellt, der Millionen von Patientendaten über sehr lange Zeiträume speichert. Denn die ePA soll den Patienten ein Leben lang begleiten. Da Verschlüsselungsmethoden relativ schnell veralten, ist das Prinzip "Harvest now, decrypt later" gang und gäbe: Erst einmal werden Daten abgegriffen, bis man sie irgendwann aufgrund fortgeschrittener Technologie entschlüsseln kann.
Anonyme Daten? Es gibt immer einen Weg zurück
Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) versucht, Datenschutz-Bedenken damit zu entkräften, daß ein Rückschluß von den Daten auf die Person nicht möglich sei. Das ist allerdings nicht korrekt: Die Daten werden nicht anonymisiert, sondern lediglich "pseudonymisiert". Warum ist dieser Unterschied so wichtig?
Bei der Anonymisierung werden alle Datenbestandteile, die eine Zuordnung zu einer Person ermöglichen, gelöscht (also Name, Anschrift etc.). Es gibt nach einer Löschung keine Möglichkeit mehr, diese rückgängig zu machen - Anonymisierung ist eine Einbahnstraße.
Pseudonymisierung dagegen bedeutet, daß die beiden Datenbestandteile (die reinen medizini-

schen Rohdaten und die Identitätsmerkmale) getrennt werden. Es wird eine Kennziffer vergeben (ID), mit der beide Bestandteile gekennzeichnet werden. Wer nur Zugriff auf die eine Datenbank mit den Rohdaten hat, kann die Person nicht identifizieren. Wer aber auch auf die zweite Datenbank Zugriff hat, kann sehr leicht anhand der ID feststellen, welche Rohdaten zu welcher Person gehören. Der Prozeß der Pseudonymisierung ist also reversibel.
Es ist nur eine Frage der Zeit, bis entweder aufgrund von Mißbrauch oder politischen Drucks eine solche Re-Identifizierung erfolgt. Mit der Pseudonymisierung hält man sich diese Möglichkeit jedenfalls offen.
Wenn Krankenkassen etwa beschließen, die Beiträge für Menschen zu erhöhen, die bestimmte Vorsorgeuntersuchungen nicht nutzen, liegt der Gedanke nahe, diese Menschen darüber zu identifizieren.
Oder wenn ermittelt werden soll, welche Patienten für die Kassen besonders teuer sind, weil sie etwa genetische Veranlagungen zu bestimmten Erkrankungen mitbringen (ganz abgesehen vom grundsätzlichen Risiko bei genetischen Informationen, deren Offenlegung auch noch Kindern und Enkelkindern des Patienten nachteilig ausgelegt werden kann). Oder wenn in der nächsten Pandemie ermittelt werden soll, wer ungeimpft ist.
Daß solche Ermittlungen politisch zugelassen werden müssen, ist kein Gegenargument, wie wir bei den Maßnahmen in der Corona-Pandemie bei bis dahin undenkbaren Entscheidungen gesehen haben.
Um so bedenklicher ist die Absicht der EU-Kommission, auch die in Deutschland erfaßten ePA-Daten in einen Europäischen Gesundheitsdatenraum (EHDS) zu überführen. Das Ziel: ein EU-weiter Austausch von Patientendaten zur Verbesserung der medizinischen Versorgung, Forschung und für gesundheitspolitische Entscheidungen. Die Anzahl derjenigen, die Zugriff auf Gesundheits- und Impfdaten erhalten könnten, wäre unüberschaubar.

So funktioniert der Widerspruch

Bei besonders sensiblen medizinischen Daten (etwa zu psychischen Erkrankungen, sexuell übertragbaren Infektionen) besteht ein gesondertes Widerspruchsrecht. Dies ist beim jeweiligen Therapeuten anzumelden. Unklar bleibt für den Patienten, ob dies dort bekannt ist und auch umgesetzt wird. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, der Anlage einer ePA grundsätzlich zu widersprechen (formlos bei der eigenen Krankenkasse) sowie der Weitergabe der Daten an das Forschungsdatenzentrum Gesundheit die Zustimmung zu verweigern.
Einen guten Überblick dazu sowie passende Generatoren zur Formulierung des jeweiligen Widerspruchs bietet die Webseite https://widerspruch-epa.de. Ebenfalls hilfreich ist das Musteranschreiben der IG Med.
Zwar ist es auch später, also nach der Anlage der ePA, noch möglich, zu widersprechen. Allerdings läuft man damit Gefahr, daß die eigenen Daten schon im Umlauf sind. Im Zweifelsfall empfiehlt es sich, vorab der ePA zu widersprechen. Denn umgekehrt kann man einen Widerspruch jederzeit widerrufen und eine ePA anlegen lassen.
Für ÄFI erklärt Dr. med. Alexander Konietzky, Ärztlicher Geschäftsführer und Sprecher des Vorstandes: "Eine solche Ansammlung persönlicher medizinischer Daten und besonders die Einbeziehung der Impfdokumentation stellt eine massive Gefahr für die gesundheitliche Selbstbestimmung und die freie Impfentscheidung dar. Medizinische Daten gehören nur in die Hände von Arzt und Patient. Das Arztgeheimnis und damit das vertrauensvolle Arzt-Patienten-Verhältnis sind unmittelbar gefährdet, wenn Diagnosen und Therapien weithin verfügbar werden.
In der geplanten Form taugt die elektronische Patientenakte allenfalls marginal für den Praxisalltag und für den Behandlungserfolg. Dagegen bietet sie ein Einfallstor für die Pharmaindustrie, um Patientendaten zu generieren, wobei niemand weiß, zu welchen profitorientierten Zwecken sie letztendlich genutzt werden.

Nicht unterschätzt werden dürfen auch die Risiken, die sich aus den Daten für eine Bevormundung von Patienten künftig ergeben könnten.
Der gewaltige ökonomische Druck, der auf den Krankenkassen lastet, wird ebenso wie eine mögliche politische Nutzung der Daten die bestehende Tendenz verstärken, Konformität durch Anreize und Belohnungen zu honorieren.
Die Corona-Pandemie sollte uns hier als warnendes Beispiel dienen: mit ihren Diskussionen darüber, ob ungeimpfte Menschen Anspruch auf Lohnfortzahlung oder Anspruch auf gleiche Behandlung haben oder ob sie für Behandlungskosten selbst aufkommen müssen. Mit der ePA wüßte man in der nächsten Pandemie jedenfalls sofort, wer geimpft ist und wer nicht.
Unter diesen Gesichtspunkten gilt es, individuell genau abzuwägen, ob man seine Daten auch anderen als nur seinem Arzt zur Verfügung stellt oder ob man lieber Widerspruch einlegen möchte. Um es mit der Datenschutzexpertin Bianca Kastl zu sagen: 'Gesundheit funktioniert dann am besten, wenn sie nicht verwaltet wird, sondern wenn ich mich selbst um sie kümmere."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Bürgergeld als Ausländergeld**

Von *Sven Eggers*

Eine neue Statistik der Bundesagentur für Arbeit bringt es an den Tag: Es sind immer häufiger Ausländer, die Bürgergeld beziehen. …
Das sind drastische Zahlen: Lediglich noch ein Drittel aller Familien, die Bürgergeld kassieren, verfügt über deutsche Pässe - und selbst von denen haben viele einen Migrationshintergrund. Indes steigt der Anteil von ausländischen Bedarfsgemeinschaften mit Kindern, die Anspruch auf Bürgergeld haben, auf ein neues Rekordhoch, nämlich auf 859.966 im vergangenen Juni!

Explodierende Zahlen

Zum Vergleich: 524.393 anspruchsberechtigte Familien gelten in den Statistiken als deutsch. Bei Inhabern deutscher Pässe spielt der Migrationshintergrund nämlich keine Rolle. Mit anderen Worten: 62,1 Prozent aller bürgergeldbeziehenden Familien sind ausländische Sippen. Dies geht aus Zahlen hervor, die von der Bundesagentur für Arbeit vorgelegt wurden.
Zuletzt hatten Daten der gleichen Quelle dargelegt: 63,5 Prozent aller Bürgergeld-Bezieher sind Ausländer oder haben einen Migrationshintergrund. Demnach teilen sich diese Leistungsempfänger auf in 48 Prozent Ausländer und 15,5 Prozent Personen, die nach der Einbürgerung mindestens auch über den deutschen Paß verfügen.
Unter den Ausländern sind es vor allem Migranten und Flüchtlinge, die die Kosten nach oben treiben. 2021 lag ihr Anteil noch bei 16,6 Prozent. Inzwischen sind 29,2 Prozent. Besonders stark schlägt zu Buche, daß alle 1,3 Millionen Ukrainer, die seit 2022 nach Deutschland kamen, sofort Bürgergeld bezogen.
Übrigens: Im Jahr 2010 waren die Anteile noch komplett umgekehrt. Damals waren 71 Prozent der Sozialhilfe empfangenden Familien mit Kindern deutsch und 29 Prozent ausländisch.
Es geht um Milliarden Steuergelder
Was das Bürgergeld uns Steuerzahler kostet? Das Bundesinnenministerium hatte unlängst auf Anfrage des Bündnisses Sahra Wagenknecht aktuelle Zahlen herausgerückt. Die Bild formulierte es so: "Waren es im Jahr 2021 noch 5,9 Milliarden Euro an Stütze, die mehrheitlich an Geflüchtete oder Migranten ausgezahlt wurden, sind es vergangenes Jahr schon 12,2 Milliarden gewesen."
Immer mehr Deutsche ärgert es, daß unser Steuergeld auf diesem Weg quasi ohne Gegenleistung zu Milliarden an Fremde fließt. SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil ist nicht in der Lage, darzulegen, wie das Bürgergeld für 2025 finanziert werden soll. Die Tendenz ist bei den Kosten zudem eindeutig ansteigend.

Kontrollverlust droht

Legt man Zahlen der Bundesagentur für Arbeit daneben, die auch nach Empfängern mit Migrationshintergrund unterscheiden, wird das Ausmaß noch drastischer: Von den 4,005 Millionen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Bundesrepublik hatten im Oktober 2024 rund 2,543 Millionen Menschen Migrationshintergrund; das sind über 60 Prozent alle Bezieher! Als Menschen mit Migrationshintergrund gelten hier alle, die selbst oder deren Eltern ohne die deutsche Staatsbürgerschaft geboren wurden.

Alexander Throm, innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, fällt jetzt auf: "Nahezu 100 Prozent der Asylzuwanderung ist auch Armutszuwanderung. Und das kann unser Sozialsystem auf Dauer nicht tragen." René Springer, arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion:

"Die verheerend kurzsichtige Politik der CDU-geführten Merkel-Regierung, deren Kurs der offenen Grenzen und Sozialleistungen für alle von der Ampelregierung in den letzten zwei Jahren auf die Spitze getrieben wurde, führt nun erwartungsgemäß in den Kontrollverlust."

Wer mindestens 15 Jahre alt ist, mindestens drei Stunden pro Tag arbeiten kann und in der BRD lebt, hat Anspruch auf Bürgergeld. Alleinstehenden erhalten monatlich 563 Euro, für Paare gibt es je Partner 451 Euro.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**COMPACT-Einblick: Hausdurchsuchung war eine Farce!**

Von *Sven Eggers*

Der Schock sitzt der Familie aus Bayern noch in den Knochen: Razzia im eigenen Haus, weil der minderjährige Sohnemann auf sozialen Medien unbedarft zu Werke ging. …

Der Fall hatte in sozialen Medien für Aufsehen gesorgt: Weil ein Jugendlicher aus Bayern einen Tiktok-Post mit dem Hashtag "Alles für Deutschland" versehen hatte, rückte die Polizei an. In Herrgottsfrühe durchsuchten Beamte unlängst tatsächlich das Haus der Familie. Der verdächtige Sohn ist Jahrgang 2009, also minderjährig.

Anklageschrift: Was steht drin?

Der verwendete Hashtag soll gegen Paragraph 86a des Strafgesetzbuch verstoßen, so der Vorwurf - es geht also um die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. COMPACT hat jetzt Einblick in die Anklageschrift nehmen können. Daraus geht hervor, wie banal wie Vorwürfe sind und wie brutal aber das Vorgehen der Herrschenden sich darstellt.

Denn der Jugendrichter beim Amtsgericht München ordnete "ohne vorherige Anhörung die Durchsuchung der Person und der Wohnung mit Nebenräumen des Beschuldigten" an. Doch warum? Lesen Sie selbst:

"Der Beschuldigte (…) veröffentlichte (…) am 26.11.2023 (…) ein 2:07 Minuten langes Video mit unter anderem einem Ausschnitt einer Rede von Robert Habeck. Den Beitrag versah der Beschuldigte mit dem Text 'Ich werde mittlerweile zensiert auf Tik Tok - teilt das Video und liked, um mich kostenlos zu unterstützen', des weiteren unter anderem mit dem Hastag allesfürdeutschland sowie einer Vielzahl weiterer Hashtags, mit denen er für die Partei der AfD und gegen Habeck, das Heizungsgesetz sowie die Grünen Stellung bezog."

Es geht also nicht einmal um Passagen, die der junge Mann selbst verfaßt hat, sondern allein um diesen berühmt-berüchtigten Hashtag, den er einfügte.

Im Durchsuchungsbeschluß, der COMPACT vorliegt, erklärt der Richter am Amtsgericht kurzerhand, die dann folgende Maßnahme sei verhältnismäßig und stehe in einem "angemessenen Verhältnis zur Schwere der Tat". Der Junge sei reif genug, um das Unrecht seiner Tat einzusehen und "nach dieser Einsicht zu handeln". Zudem hält er nochmals zur beanstandeten Losung fest: "Jedes irgendwie geartete Gebrauchmachen, ohne daß es auf eine damit verbundene, ohne daß es auf eine damit verbundene nationalsozialistische Absicht des Benutzers an-

kommt, ist in der Öffentlichkeit verboten, um jeden Anschein einer Wiederbelebung derartiger verfassungswidriger Bestrebungen in Deutschland zu vermeiden."
Und so kam es, wie es in der jüngsten Vergangenheit häufiger zu beobachten ist: Mehrere Beamte durchsuchten die Zimmer des Daheims seiner Familie. Das Handy des Beschuldigten wurde beschlagnahmt. Der junge Mann ist übrigens in der Vergangenheit unbescholten gewesen.<<

Schweden: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 16. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Schweden wirft Habeck falsche Energiepolitik vor**

Die schwedische Energieministerin Ebba Busch wirft Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) vor, in der Energiepolitik die Realität zu mißachten und den Wohlstand zu gefährden. "Es ist schwer für eine industrielle Wirtschaft, sich für ihren Wohlstand auf das Wohlwollen der Wettergötter zu verlassen. Die Abhängigkeit von unsteten Energiequellen wie Wind und Sonne hat sich als Herausforderung erwiesen, wie die letzte Woche gezeigt hat", sagte die Christdemokratin der "Bild" (Montagausgabe).
Busch reagierte damit auf einen zeitweiligen drastischen Anstieg des Börsenstrompreises in vielen europäischen Ländern in der vergangenen Woche wegen des Totalausfalls von Wind- und Sonnenenergie. Busch kritisierte, Habeck nehme hohe Preise und Wohlstandsverluste bewußt in Kauf.
"Schwedens Regierung unterstützt erneuerbare Energien, aber kein politischer Wille ist stark genug, um die Gesetze der Physik außer Kraft zu setzen - nicht einmal der von Herrn Habeck", sagte Busch der "Bild". In Europa sei der Winter eine vorhersehbare und alljährlich wiederkehrende Realität, "so daß es seltsam ist, wenn Politiker sich über die Ergebnisse eines wetterabhängigen Stromsystems wundern. Ich bin sauer, weil Deutschland die vorzeitige Stilllegung von Kernkraftwerken fortgesetzt hat", sagte die schwedische Christdemokratin.<<

Estland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Die estnische Baerbock**

Zur neuen EU-Außenkommissarin Kaja Kallas. … Sie ist die richtige Wahl, wenn jetzt die Europäische Union die USA im Krieg gegen Rußland ersetzen will: die neue EU-Außenkommissarin Kaja Kallas.
_ von *Elena Fritz*
Eigentlich wollte sie NATO-Generalsekretärin werden, doch jetzt führt sie die Außenpolitik der Europäischen Union: Die 47-jährige Estin war die Wunschkandidatin von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, erhielt die Zustimmung des Straßburger Parlaments und trat ihr Amt am 1. Dezember an. Innerhalb von 24 Stunden machte sie schon klar, wo ihre Prioritäten liegen - sie reiste nach Kiew.
"Der erste schwere Fehler von Kaja Kallas", titelte Die Presse aus Wien. "Die neue Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik verspricht der Ukraine jedmögliche Unterstützung für einen Sieg gegen Rußland. Damit überschreitet sie ihre Kompetenzen und weckt Erwartungen, die sie enttäuschen wird."
"Liebling amerikanischer Hardliner". New York Times
Kallas selbst läßt sich von solcher Kritik nicht beeindrucken. Sie "ißt Russen zum Frühstück", so ein Bonmot, das ein anonymer EU-Diplomat zum Besten gegeben hat. Ende November machte sie sich mit der Unterstützung der Putschisten in Georgien wichtig, deren gewalttätige Straßenproteste sie als "legitim" begrüßte. Auch mit China legte sie sich flott an: Bislang bezeichnete Brüssel die Volksrepublik immer mit dem Dreiklang "Partner, Wettbewerber und strategischer Rivale".
Kallas strich die ersten beiden Begriffe und bereitet sich wohl darauf vor, in die gleichen Fettnäpfchen wie die deutsche Außenministerin zu treten. Vor allem brachte Kallas EU-Bodentruppen für die Ukraine ins Spiel - angeblich zur Friedenssicherung nach einem Waf-

fenstillstand. Annalena Baerbock griff die Vorlage einige Tage später auf und offerierte gleich Bundeswehrsoldaten für das wahnsinnige Vorhaben.

Duo infernale

In der Mischung aus Unbedarftheit und Aggressivität ähneln sich die beiden Frauen. Baerbock über Kallas im März 2024, bei der Verleihung des Walter-Rathenau-Preises, im vertraulichen Duz-Ton: "Vor 36 Jahren besuchte ein 11-jähriges Mädchen namens Kaja Kallas zusammen mit ihrer Familie zum ersten Mal Berlin. (…) Du erhältst diesen Preis, weil du diese Luft der Freiheit nie als selbstverständlich angesehen hast. (…) Wir dürfen unsere Freiheit nicht als selbstverständlich ansehen. (…) Das haben die Estinnen und Esten, das hast du, liebe Kaja, viel früher verstanden als viele von uns hier im restlichen Europa, auch hier in Deutschland. Freiheit ist so wichtig wie die Luft, die wir atmen. (…) Und du sagtest mir ganz unmißverständlich, daß Deutschland eine Führungsrolle werde übernehmen müssen, wenn wir die russische Aggression stoppen wollten." Darf man sagen, da haben sich die beiden Richtigen gefunden?

Baerbock bezeichnete Kallas als spätes Opfer der kommunistischen Besetzung Estlands: "Was es bedeutet, als integraler Bestandteil der Sowjetunion behandelt zu werden: Für dich, (…) liebe Kaja, ist es Teil deiner Familiengeschichte." Doch tatsächlich ist die Sache viel komplizierter. Geboren 1977 in der Hauptstadt Tallinn, wuchs die kleine Kaja als Tochter des einflußreichen sowjetischen Parteifunktionärs Siim Kallas auf. Ihr Vater, nicht nur führendes Mitglied der KP, sondern auch Leiter der estnischen Niederlassung der sowjetischen Sberbank, verfügte über beträchtliche Macht.

Die Familie führte ein Leben im Wohlstand, was zahlreiche öffentlich zugängliche Fotos belegen: weitläufige Wohnungen, luxuriöse Einrichtungsgegenstände und teure Kleidung. Diese Bilder vermitteln einen Eindruck von einem Leben im Überfluß, den sich viele Menschen in der Sowjetunion - und erst recht in den 1990er Jahren, als breite Teile der Bevölkerung in bittere Armut gestürzt wurden - niemals hätten leisten können. Kallas jedoch behauptet, sie habe als Kind auf Süßigkeiten verzichten müssen und sich statt dessen mit Sahne und Zucker begnügt. Solche rührseligen Geschichten werfen Zweifel an der Authentizität ihrer Selbstdarstellung auf.

"Das hast du, liebe Kaja, viel früher verstanden als viele von uns hier…" Annalena Baerbock

Ihre Mutter, die als Baby nach Sibirien deportiert wurde, kehrte später nach Estland zurück - eine Erfahrung, die zweifellos die antirussische Haltung von Kaja Kallas prägte.

Aber hier beginnt auch die Heuchelei: Trotz der vermeintlichen politischen Härte des sowjetischen Systems war es für sie, deren Familie im Nazi-Kollaborateure-Verdacht stand, offenbar kein Problem, mit Siim Kallas einen kommunistischen Spitzenfunktionär zu heiraten. Ihr Großvater mütterlicherseits war Mitglied des berüchtigten estnischen Terrorbataillons Omakaitse gewesen, das an den Kämpfen gegen sowjetische Partisanen und der Ausrottung der Juden beteiligt war.

Lukrative Vetternwirtschaft

Die Karriere von Kallas wurde maßgeblich von ihrem Vater unterstützt. Siim Kallas, der nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die sogenannte Reformpartei gründete und sowohl Premierminister (2002/2003) als auch EU-Kommissar (2004 bis 2019) wurde, ebnete seiner Tochter den Weg in die Politik - ein Paradebeispiel für Nepotismus, der ansonsten als Markenzeichen Rußlands angesehen wird. Sie trat 2010 in die Partei ihres Papas ein und wurde schon ein Jahr darauf Parlamentsabgeordnete.

Im EU-Parlament (2014 bis 2021) machte sich Kallas schnell einen Namen durch ihre betont harte Rhetorik gegenüber Rußland, die ihr die Unterstützung der USA sicherte. Die New York Times bezeichnete sie als "Liebling amerikanischer Hardliner", Politico als "Putin-Schreck". In einem Interview mit der Financial Times erklärte sie: "Frieden um jeden Preis ist nicht die

Lösung, denn das führt zu mehr Krieg."
Ihre Amtszeit als Premierministerin - seit Januar 2021 in wechselnden Koalitionen - war von Fehlern und Skandalen geprägt. Ihre radikale Wirtschaftspolitik führte zu explodierenden Energiepreisen und Sparmaßnahmen, die die estnische Bevölkerung stark belasteten. Bei den EU-Wahlen im Juni 2024 landete ihre Reformpartei mit 17,9 Prozent nur noch auf Platz drei (ein Minus von 8,3 Prozent), und Umfragen im gleichen Zeitraum zeigten, daß lediglich knapp ein Viertel der Esten mit ihrer Arbeit als Regierungschefin zufrieden war.
Ein wichtiger Grund liegt in Folgendem: Zum Markenzeichen von Kallas gehört ihre beinharte Haltung in der Sanktionsfrage. Das wirkt seltsam, wenn man die Rolle ihres Ehemanns Arvo Hallik in Betracht zieht: Er importiert über seine Firma Stark Logistics aus dem sogenannten Schurkenstaat Waren wie Nickel, die auf dem Index stehen - und zahlt dafür brav Steuern in Rußland. Während die estnische Bevölkerung unter den wirtschaftlichen Auswirkungen des Wirtschaftskrieges litt, florierten die Geschäfte von Kajas Gespons.

Weg mit der Erinnerung

In allen drei baltischen Staaten wurden seit 1990 Denkmäler geschleift, die an die Rolle der Roten Armee bei der Befreiung vom Nationalsozialismus erinnern. Kaja Kallas, damals Ministerpräsidentin, kündigte nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine im Februar 2022 an, alle noch bestehenden Monumente in Estland zu demontieren oder zu verlegen. Das führte dazu, daß Moskau sie zur Fahndung ausschreiben ließ, weil sie "feindliche Handlungen gegen die historische Erinnerung und gegen unser Land" ausführe.
Zu Hause ist ihr Ruf ruiniert - aber sie fiel nach oben: Als EU-Kommissarin beträgt ihr Grundgehalt knapp 20.000 Euro im Monat, als estnische Ministerpräsidentin mußte sie sich mit 7.300 Euro begnügen.
*_ Elena Fritz (*1986) ist verheiratet, Mutter und Diplom-Juristin. Gerade wurde sie zur AfD-Direktkandidatin für die Bundestagswahl im Wahlkreis Kelheim/Landshut aufgestellt. …*
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 01/2025.<<

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**15 Minuten bis zur Vernichtung**

NATO-Raketen auf russisches Kernland. … Der Westen riskiert den Atomkrieg: Nach den jüngsten Angriffen auf russisches Kernland hat Moskau erstmals eine hyperschallschnelle Mittelstreckenrakete eingesetzt.
_ von *Kai-Uwe Reiter*
Michael Rühle, Militärexperte und mehr als 30 Jahre im Internationalen Stab der NATO tätig, brachte es in der Welt auf den Punkt: "Daß man eine echte "rote Linie" überschritten hat, weiß man erst, wenn es zu spät ist."

Die roten Linien

Man muß eine solche Binsenweisheit in Erinnerung rufen, weil im Krieg in der Ukraine von Anfang an "rote Linien" im Spiel sind, die der Kreml gezogen hat. Der Westen hat sie in den letzten drei Jahren regelmäßig überschritten, aber nur zweimal hat Moskau bislang darauf reagiert. Das erste Mal, als im Winter 2021/22 die Frage einer ukrainischen NATO-Mitgliedschaft im Raum stand.
Wladimir Putin erinnerte damals an die in mehreren Schritten erfolgte Osterweiterung des Bündnisses und erklärte, selbst wenn Rußland wollte, könne es nun nicht noch weiter zurückweichen. Er machte es, was sonst nicht seine Art ist, dringend und wollte von der NATO und den USA die Zusage, daß die Ukraine blockfrei bleiben würde. Er erhielt nicht einmal eine Antwort. Am 24. Februar 2022 setzte er die Panzer in Marsch.
Sogar ohne Sprengstoff pulverisierte die Oreschnik das ukrainische Rüstungswerk Juschmasch.
Der zweite Fall liegt erst ganz kurz zurück und war vermutlich die letzte Warnung aus Mos-

kau, daß es jetzt mit der Geduld vorbei ist: Am Morgen des 21. November setzten die russischen Streitkräfte erstmals eine modifizierte Interkontinentalrakete vom Typ 9M729 Oreschnik ein, die aus der Region Astrachan am Kaspischen Meer gestartet wurde und für den Flug bis Dnjepropetrowsk (ukrainisch: Dnipro) acht Minuten brauchte. In einem Vorort pulverisierte sie das ukrainische Rüstungswerk Juschmasch.
Die Rakete, die über eine Reichweite von 2.000 bis mindestens 5.000 Kilometern verfügt und als atomare Mittelstreckenrakete ausgelegt ist, soll bis zu sechs selbstlenkende Gefechtsköpfe tragen, die ihrerseits beim Zielanflug weitere Submunition ausstoßen können.
US-Mittelstreckenraketen vom Typ ATACMS, Reichweite etwa 400 Kilometer, wurden schon ab 2023 an die Ukraine geliefert, aber gegen russisches Kernland zum ersten Mal am 19. November 2024 eingesetzt. Das provozierte den russischen Gegenschlag.
Was nur zu gerne hartnäckig verschwiegen wurde: Beim Angriff auf Dnjepropetrowsk war sie offenbar nicht einmal mit konventionellen Gefechtsköpfen bestückt. Die kinetische Energie bei einer Auftreffgeschwindigkeit von bis zu elffacher Schallgeschwindigkeit genügte vollauf, um das Ziel vollständig zu vernichten.

Der Oreschnik-Schock

Es war das erste Mal, daß Rußland mit seiner modernsten Hyperschallrakete zuschlug. Der Einsatz erfolgte nach offiziellen Kreml-Angaben als Reaktion auf die vorhergehende Eskalation des Westens: Kurz zuvor hatten Großbritannien, Frankreich und die USA Kiew die ausdrückliche Genehmigung erteilt, mit den von ihnen gelieferten Mittelstreckenraketen auch Ziele auf russischem Kernterritorium anzugreifen; am 18. November, war daraufhin prompt ein Angriff mit amerikanischen ATACMS-Raketen und am 19. November ein weiterer mit britischen Storm-Shadow-Cruise-Missiles erfolgt.
Inzwischen sind auch die französischen Skalp-Marschflugkörper im Spiel. Die Angriffe richteten nach russischen Angaben keine nennenswerten Schäden an, wurden vom Kreml aber als weitere "rote Linie" bezeichnet, die die westlichen Unterstützer der Ukraine damit überschritten hätten.
Schon im September hatte Putin in mehreren Erklärungen und Interviews klargestellt, daß die westlichen Systeme nur von westlichem Bedienungspersonal programmiert und gestartet werden können. Damit wäre ihr Einsatz "die direkte Beteiligung der NATO-Staaten, der Vereinigten Staaten und der europäischen Länder am Krieg in der Ukraine".
Noch am Abend des Oreschnik-Angriffs auf Dnjeprotetrowsk ergriff Putin das Wort für eine kurze Erklärung und unterstrich diesen Gedanken nochmals ausdrücklich: Der Konflikt habe durch die jüngste Eskalation nunmehr "Elemente eines globalen Charakters" erhalten. Er stellte sowohl weitere Angriffe gegen Ziele in der Ukraine als auch - erstmals explizit - gegen jene Staaten in Aussicht, die die Ukraine unterstützen.
"Wir sehen uns im Recht, unsere Waffen gegen militärische Objekte der Länder einzusetzen, die es zulassen, daß ihre Waffen gegen Objekte bei uns eingesetzt werden", präzisierte er und bekräftigte damit die fast gleichzeitig erfolgte Modifizierungen der russischen Atomwaffendoktrin. Er hob hervor, daß amerikanische Abwehrsysteme keine Chance hätten, die russischen Hyperschall-Geschosse abzufangen.
Ausdrücklich bestätigte der Kreml, daß der Angriff am 21. November eine russische Reaktion auf die voraufgegangenen Attacken mit Raketen aus den USA und Großbritannien war. Auf weitere Schläge werde man ebenfalls mit "symmetrischen Maßnahmen" reagieren. Putin wörtlich: "Wir haben es immer vorgezogen und sind nun bereit, alle Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu lösen, aber wir sind genauso bereit für jede Entwicklung der Ereignisse." Und weiter: "Diejenigen, die daran zweifeln, irren sich. Es wird immer eine Antwort geben."
Da ist sie wieder: die "rote Linie". Und prompt beeilen sich die Mainstream-Medien hierzulande, sie erneut kleinzureden, Putins Ankündigung als "Bluff" abzutun.

Dabei war Putin in seiner Acht-Minuten-Erklärung am Abend des 21. November ungewöhnlich präzise: Bei weiteren möglichen Angriffen mit Oreschnik werde Moskau die Zivilbevölkerung warnen, damit die Menschen im Zielgebiet die Gefahrenzone verlassen könnten. Rußland verstehe dies als humanitäre Geste. Offenbar sind also die Planungen schon in ein konkretes Stadium getreten.

Wer programmiert?

Putin weist seit September 2024 immer wieder darauf hin, daß Mittelstreckenwaffen wie ATACMS, Storm Shadow und Taurus nur von NATO-Spezialisten programmiert werden können und deren Einsatz folglich den Kriegseintritt des westlichen Militärpakts bedeute. Könnten aber die ukrainischen Streitkräfte dies nicht genauso gut selbst machen, indem sie beispielsweise Google Maps benutzen? Einerseits ja, denn Ziele der kritischen Infrastruktur wie Industrie- oder Energieanlagen können auf diese Weise exakt lokalisiert werden. Doch zwei Datentypen findet man in diesen Geodiensten nicht.

Dabei handelt es sich zum Einen um Bewegungskoordinaten von Truppenverbänden sowie die wechselnden Stationierungsorte von Flugzeugen, Schiffen und Flak-Batterien. Diese Daten ändern sich rasch und müssen schnell verarbeitet werden. Zum Zweiten gehören dazu exakte Daten über das Geländehöhenprofil, die für die Programmierung vor allem der Routen von Marschflugkörpern unerläßlich sind.

So etwas gibt es weder in der Ukraine noch in öffentlich zugänglichen Geodiensten. Nur die NATO-Staaten mit ihrer Echtzeit-Satellitenübermittlung sind zu der Programmierung in der Lage.

Rußland will sich inzwischen auch Angriffe auf "Entscheidungszentren" der Ukraine vorbehalten - darunter wäre das Regierungsviertel in Kiew. Doch der Westen dreht weiter, unbeirrt und geradezu manisch, an der Eskalationsschraube. Außenministerin Annalena Baerbock brachte Anfang Dezember erneut den Plan einer Entsendung westlicher Bodentruppen ins Spiel, diesmal sogar mit Bundeswehr-Beteiligung. Schon Ende November hatte die New York Times über Diskussionen im Pentagon berichtet, Kiew Atomwaffen zu liefern.

Man erinnere sich: Als der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski im Februar 2022 auf der Münchner Sicherheitskonferenz laut über diese Möglichkeit nachdachte, war das der letzte Auslöser für Putins Entschluß zum Einmarsch. Man kann es nicht anders deuten: Der Westen will den Kreml zum Äußersten provozieren - um Donald Trump, noch bevor er am 20. Januar offiziell das Weiße Haus übernimmt, vor vollendete Tatsachen zu stellen und ihm eine Verhandlungslösung zu verunmöglichen, die Rußlands Sieg besiegelt.

Der Kremlchef erklärte dazu: "Wenn die Ukraine eine Atommacht wird - ein Land, mit dem wir uns gerade im Gefecht befinden -, werden wir alle uns zur Verfügung stehenden Mittel zur Zerstörung einsetzen. Alle! Ich unterstreiche noch einmal, alle! Das werden wir nicht zulassen."

Keine Abwehrmöglichkeit

In den Tagen nach dem Ersteinsatz der Oreschnik waren in russischen, aber auch in einzelnen westlichen Medien Schaubilder mit den Flugzeiten der neuen Rakete nach dem Start im Wolgagebiet zu sehen: bis Vilnius 8,3 Minuten, bis Ramstein 15, bis Paris 17,2, bis London 17,5 Minuten. Mit der von Putin angekündigten Oreschnik-Stationierung in Weißrußland würden sich die Zeiten weiter verkürzen. Eine Abwehr, man muß es wiederholen, ist derzeit mit keinem westlichen System möglich.

Innerhalb der ersten Stunden würden fast 100 Millionen getötet oder verletzt.

Die amerikanische Investigativjournalistin Annie Jacobsen hat in ihrem aktuellen Bestseller 72 Minuten bis zur Vernichtung das Szenario eines fiktiven Überfalls nordkoreanischer Hyperschallraketen auf die USA minutiös beschrieben und dabei nicht mit grausigen, ja apokalyptischen Details gespart. "Der nukleare Krieg beginnt mit einem Punkt auf dem Radar-

schirm", schreibt sie.
Doch in diesem Augenblick ist es bereits zu spät - und im Falle eines russischen Angriffs auf Westeuropa wäre die verbleibende Zeitspanne sehr viel kürzer: Angesichts der vergleichsweise kurzen Entfernungen wird erst fünf oder sechs Minuten vor dem Einschlag Sicherheit über das angepeilte Ziel bestehen - zu spät, um noch zu reagieren oder die Bevölkerung zu warnen. Aber nicht zu spät, um einen Vergeltungsschlag auszulösen. Wenige Minuten später treffen die ersten Raketen ihre Ziele. Dort verdampft alles in Sekunden im Atomblitz.
Ob die USA in einem solchen Fall den Gegenschlag gegen Rußland und damit Vergeltungsangriffe auf das eigene Territorium riskieren würden, ist eine müßige Frage. Denn zumindest in Westeuropa würden die Entscheidungszentren - etwa US-Militärbasen wie Ramstein, das neue NATO-Einsatzkommando Ostsee in Rostock, das Eucom-Hauptquartier in Stuttgart - verglühen. Annie Jacobsen schreibt unter Berufung auf eine Computersimulation im Jahr 2020, "daß ein Konflikt zwischen Rußland und der NATO, bei dem Atombomben eingesetzt würden, mit großer Sicherheit eskalieren würde und innerhalb der ersten Stunden fast 100 Millionen Menschen getötet oder verletzt würden".
Der Ball ist jetzt in der Hälfte des Westens. Wir dürfen uns nicht länger einseifen lassen mit der Beruhigung "Putin blufft" (Wall Street Journal). Die Folgen des Weiter so könnten tödlich sein. Die Welt steht am Rand eines Atomkriegs.
_ Kai-Uwe Reiter schrieb in COMPACT 10/2024 über die geplante Stationierung von US-Erstschlagsraketen in Deutschland.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 01/2025.<<
Georgien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Endkampf um Georgien**
Von *Jürgen Elsässer*
Neuer Präsident gewählt - ehemalige Präsidentin will nicht abtreten. Weiter Straßenrandale der PRO-EU-Fußtruppen. Die EU will einen Putsch in Georgien wie in der Ukraine 2014 - …
Seit Oktober randalieren Tausende sogenannte Aktivisten vor dem Parlament in Tiflis. Zuvor war bei den Parlamentswahlen die Regierungspartei Georgischer Traum mit 54 Prozent im Amt bestätigt worden. Die Pro-EU-Opposition kam nur auf 38 Prozent. Auch eine Nachzählung bestätigte das Ergebnis. Trotzdem schreien die Krakeeler von "Wahlfälschung" und wollen die Regierung stützen.
Der Grund: Der Georgische Traum verfolgt einen Schaukelkurs in der Außenpolitik, will sowohl zu Rußland als auch zur EU gute Beziehungen. Die Randalierer wollen dagegen, daß sich Georgien dem Kampf gegen Rußland verpflichtet … Im Grunde das gleiche Szenario wie in der Ukraine 2013/14.
Als Galionsfigur der prowestlichen Opposition agierte Staatspräsidentin Salome Surabischwili, deren Amtszeit gestern (15.12.) abgelaufen ist. Doch sie weigert sich, ihren Posten verfassungsgemäß abzugeben … Als neuer Staatspräsident wurde am Samstag (14.12.) von der überwiegenden Mehrheit der Wahlmännerversammlung Micheil Kawelaschwili bestimmt, ein bekannter Fußballstar. Er wird von den NATO-Medien als "rechtsextrem" und "prorussisch" beschrieben.
Was kaum jemand im Westen weiß: Die bisherige Staatschefin Surabischwili ist eine gebürtige Französin. 1973 begann sie ein Aufbaustudium bei Zbigniew Brzezinski, dem Paten der antirussischen Geostrategie, an der Columbia University in New York. Von 1974 bis 2003 arbeitete sie im diplomatischen Dienst Frankreichs, zuletzt als Botschafterin in Tiflis.
Nach der sogenannten Rosenrevolution bat der damalige Präsident Saakaschwili 2004 seinen Amtskollegen Jacques Chirac, Surabischwili als Außenministerin übernehmen zu dürfen. Also solche amtierte sie bis 2005 und machte sich von Anfang an für den EU-Beitritt ihres spät entdeckten Mutterlandes stark. Später überwarf sie sich mit Saakaschwili und näherte sich der

neuen starken Partei Georgischer Traum an, ohne Mitglied zu werden. Mit deren Unterstützung gelangte sie 2018 ins Präsidentenamt - um bereits 2022 wieder mit ihr zu brechen, weil sie ihr nicht antirussisch genug war.
Jetzt will sie die Konfrontation auf die Spitze treiben. Ab heute steht der Machtkampf an, ob der neu gewählte Kawelaschwili in den Präsidentenpalast einziehen und seine Amtsgeschäfte aufnehmen kann, oder ob Surabischwili und ihre gewalttätigen Unterstützer ihm den Zutritt versperren.
Georgien gehört neben Rumänien zu den Ländern, in denen EU und NATO das Ergebnis demokratischer Wahlen suspendiert haben bzw. suspendieren wollen - damit der Krieg gegen Rußland niemals aufhöre. Das gleiche droht auch in der BRD.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31424" berichtet am 16. Dezember 2024 (x1.427/…): >>**Kriminell geplante Notstände & Neuwahlen - Wer diese Voraussagen ernst nimmt, kann sich schützen**
(*Heiko Schöning* im Interview)
Nach Großbritannien und Frankreich wird nun auch Deutschland am 23. Februar 2025 durch vorgezogene Neuwahlen gleichgeschaltet. Heiko Schöning hatte dies öffentlich am 10. Juni 2024 vorhergesagt. Warum vorgezogene Neuwahlen? Ein vorgeplanter Notstand ab 2025 würde auf Jahre hin nicht von Wahlen und möglichen Regierungswechseln gestört werden. Außerdem müßten gesteuerte Regierungsmitglieder nicht um ihre Absetzung fürchten. Somit ist eine weitere Vorhersage des aufklärenden Autors, Arzt und Offizier der Bundeswehrreserve, eingetroffen.
Eine Zeitleiste gibt eine Übersicht
1. Das Zusammentreffen der deutschen, französischen und britischen Wahltermine durch vorgezogene Neuwahlen rund um den Fixpunkt der US-Wahl am 5. November 2024 bzw. Trumps Vereidigung am 20. Januar 2025 ist nicht zufällig.
2. Das schafft für 2025-2028 eine wahlfreie Periode.
Keine Wahl stört den vorgeplanten Lockdown, der mit Schönings bereits erklärtem "Angriff aufs Mikrobiom" einhergehen könnte.
3. Heiko Schönings weitere Vorausschau zeigt, daß es im Superwahljahr 2028 keine Häufung von vorgezogenen Neuwahlen geben wird.
Gleichgeschaltet sagen viele Politiker und Militärs, daß 2029 die Kriegstauglichkeit hergestellt werden muß, weil zu diesem Zeitpunkt Putin/Rußland auch die Kapazität hätte, Westeuropa anzugreifen. Dies steht jedoch im Widerspruch zur jetzigen Kriegstreiberei, denn Schöning meint in seinen drei guten Nachrichten:
Meine guten Nachrichten:
- Es wird keinen echten, großen Krieg geben. Die oligarchischen Familien der Staaten spielen zusammen. (Dies habe ich in Band 1 und 2 (https://eticamedia.eu/produkt/game-over-1-und-2/) aufgezeigt und werde es in Band 3 vertiefen)
- Sie lenken uns ab und spielen auf Zeit für ihren finanziellen Great-Reset. (https://eticamedia.eu/produkt/game-over/)
- Ein Trick ist heute, große Kriegsangst medial zu verbreiten, obwohl niemand auf Jahre zum Angriff fähig ist!
"Rußland baue militärische Kapazitäten auf, um in fünf bis acht Jahren wieder angriffsfähig zu sein. "Wir müssen kriegstüchtig sein", fordert Breuer deshalb."
Im Weiteren sehen wir auf der Zeitleiste:
4. Die Gleichschaltung der Wahltermine für 2028 in wichtigen Staaten ist offenbar Bestandteil der kriminellen Planung eines kriegerischen Ausnahmezustandes in Europa! So kommt es zu einer wahlfreien Periode von 2029-2033. Dies bedeutet, keine Wahl würde einen Krieg stören.
In seinem jüngsten Video Vol. 7 spricht der Autor darüber, was das alles mit der "Bild-

Zeitung", Gates, Trump, Elon Musk und Peter Thiel, Antonio Guterres und der UNO zu tun hat.
Doch dies alles zu wissen, ist nicht genug - man muß auch etwas tun. Aber was kann der Einzelne denn schon ausrichten?
Heiko Schöning zeigt am Ende einen gangbaren Weg aus dem Dilemma, um drohendes Unheil abzuwenden. Dabei geht es um drei klare NEIN zu Vorhaben, die uns alle gemeinsam betreffen werden. Es ist eigentlich einfach und trotzdem für viele Menschen so schwer.
Hören Sie nun Heiko Schöning selbst.
(eticamedia:) In unserem heutigen Schöning-Report geht es vor allen Dingen um Wahlen, genau genommen um vorgeplante Neuwahlen und überhaupt vorgeplante Ereignisse, die wir im Jahr 2025 möglicherweise erwarten müssen.
Jetzt sind grade ja in den USA die Wahlen gelaufen, Trump ist gewählt worden und fast zeitgleich hat Bundeskanzler Scholz den Finanzminister Lindner vor die Tür gesetzt. Was bedeutet, daß es wahrscheinlich zur Vertrauensfrage jetzt kommen soll, die wiederum dann Neuwahlen in Deutschland ausmachen. Das führt bei vielen ja zu einem gewissen Optimismus, daß sie sagen - endlich. Hingegen hat Heiko Schöning ja nicht nur 2019 schon die Corona-Pandemie vorhergesagt, sondern jetzt auch im Juni 2024 schon die Neuwahlen angekündigt, im Grunde davor schon gewarnt.
Wie kam es dazu und warum ist das eine Warnung, daß wir es jetzt mit Neuwahlen auch in Deutschland zu tun haben?
(Heiko Schöning:) Es ist eine Warnung für 2025, die ich ausgesprochen hatte. Denn aus meiner Sicht wird ein großer weltweiter Lockdown durchgeführt und zwar, wie ich ja schon vorher ankündigte, frühestens ab Frühjahr 2025. Und dazu gibt es auch eine Synchronisation der Wahltermine in den wichtigen NATO-Ländern. Und das hatte ich auch schon im Sommer 2024 auch öffentlich in einem TV-Interview auch gesagt:
"Es gibt eine Synchronisation der Wahltermine, so daß für den geplanten Lockdown ab 2025 es keine Wahlen gibt, die da irgendwie stören könnten."
Achtung, hier werden die wichtigen NATO-Länder, die sich alle halt synchronisieren, durch die Regierung stehen, daß keine neuen Wahlen mehr dazwischenkommen, sondern daß durchregiert werden kann. So ab 2025. Und genau das ist ja auch passiert - im Sommer 2024 sind in Großbritannien die Wahlen vorgezogen worden.
Sie sind in Frankreich vorgezogen worden, in anderen Ländern ebenfalls. Und ich hatte auch da gesagt, Deutschland wird wahrscheinlich auch die Wahlen vorziehen. Und das haben wir jetzt genau eben erlebt, daß jetzt im November das angekündigt wird. So, daß es im Januar die Vertrauensfrage geben wird und es dann im März 2025 auch in Deutschland eine neue Regierung geben wird.
Das heißt, ab dann gibt es halt in den wichtigen NATO-Ländern keine große Wahl mehr, die durchgeführt werden müßte.
(eticamedia:) Die dann also eventuellen Maßnahmen im Weg stehen könnten, nehme ich an.
Was ist denn aber der Grund, warum das erst im März 2025 stattfindet? Also man könnte ja meinen, daß wenn jetzt Vertrauensfrage ansteht, daß man die dann auch jetzt macht.
(Heiko Schöning:) Ja, man muß sehen, Trump ist jetzt noch nicht Präsident, also jetzt nicht im November 2024. Sondern er wird es erst im Januar 2025. Denn dann ist erst die Vereidigung. Joe Biden ist noch zwei Monate Präsident. Und dann muß sich erst ab Januar 2025 in den USA die Regierungsmannschaft zusammenfinden, denn anders als in Deutschland oder anderen westlichen Ländern wird in den USA die ganze Regierungsmannschaft ausgetauscht - insbesondere, wenn sie von einer anderen Partei kommt. Und das ist der Fall.
Also nicht so wie in Deutschland, wo es eine Beamtenschaft gibt, die bleibt. Das heißt, einsatzbereit ist es eben frühestens im Frühjahr 2025. Und deswegen hatte ich ja auch schon

immer gesagt auch mit dem Angriff aufs Mikrobiom - also diesem Corona 2.0 - das, was wir schon mal erlebt haben, wo ich ja schon mal davor gewarnt hatte 2019: Es wird 2020 eine weltweite Pandemie kommen und dann wird es heißen, laßt euch alle impfen ab 2020. Das habe ich öffentlich gesagt und belegt. Und die Leute haben nicht genug darauf reagiert. Wir haben es erlebt.
(eticamedia:) Jetzt ist es natürlich auch eine relativ große Sache zu sagen, daß das vorgeplant ist. Also Neuwahlen, jetzt müßte man ja eigentlich meinen, daß das irgendwie was ist, was plötzlich kommt, womit man nicht rechnet. Hingegen gab es da ja jetzt irgendwie schon die Idee, daß das womöglich vorgeplant sein könnte. Und das ist ja auch wieder ein bißchen ähnlich zu sehen, wie jetzt eben mit dem Angriff aufs Mikrobiom auch.
Also da ist ja auch die Frage, okay, diese ganzen Vorplanungen, worauf gründen die sich denn, daß man diese Annahmen haben kann?
(Heiko Schöning:) Natürlich kann ich es jetzt nicht beweisen, daß jetzt der Bundeskanzler das nicht ganz plötzlich getan hat, an dem Tag, an dem die US-Wahlergebnisse verkündet werden. Aber wie gesagt, ich hatte das ein halbes Jahr vorher angekündigt, daß genau eine Synchronisation stattfindet und man muß den Effekt sehen, daß dies passiert.
Aber einen weiteren Beleg für Vorplanung haben wir eben in dem viel wichtigeren Bereich, in dem Angriff aufs Mikrobiom. Also der vorgeplanten Bakterienpanik, die eben, wie ich sagte, frühestens ab 2025 ausgerollt wird, weltweit wie Corona ab 2020 ausgerollt wurde.
Und ich habe davor, vor Corona gewarnt; habe gesagt, wer das sein wird, wie das passieren wird. Es ist so gekommen. Und jetzt eben der Angriff aufs Mikrobiom, der ja auch abgedruckt ist, in seinen Einzelheiten. Das sehen wir und wir haben eben einen Beleg damit, daß ja, nachdem das Buch raus gekommen ist, Bill Gates nach Hamburg zur Bild-Zeitung gekommen ist, zur Springer-Presse und hat dort aus dem vermeintlich heiteren Himmel über das Mikrobiom gesprochen.
Und wenn man diese zwei Minuten sieht, wie halt die Bild-Chefin Bill Gates interviewt - sie sprechen über Kinder und plötzlich fragt sie: Herr Bill Gates, können Sie das im Detail erklären, wie das mit dem Mikrobiom der Mütter ist? Und er antwortet sofort drauf und sagt: Ja, das Darm-Mikrobiom und bei dem weiblichen vaginalen Mikrobiom der Frauen müssen wir da was tun. Das ist das neue Angriffsziel.
(eticamedia:) Ja, das wirkt schon sehr vorgeplant, auch in der Gesprächsführung, das stimmt.
(Heiko Schöning:) Ja, man sieht es ja, daß das wirklich halt, Moment mal, das ist doch geskriptet, das ist doch vor-abgesprochen.
Bild: "Herr Gates, wie Sie sehen können, Sie haben einen großen, großen Fanclub hier bei Bild. Also herzlich willkommen in diesem, wie ich finde, wichtigsten Newsroom Deutschlands. Wir wollen über Ihre Stiftung sprechen. Ich bin wirklich beeindruckt, wie viel Geld Sie für diese privaten Wohltätigkeitsorganisationen ausgeben. Es gibt weltweit niemanden, der mehr Geld ausgibt als Sie. Und Sie können uns vielleicht in ein paar Sätzen sagen, was das Ziel Ihrer Stiftung ist."
Bill Gates: "Nun, ich habe das große Glück, daß der Erfolg von Microsoft zu einem gigantischen Reichtum geführt hat. In den 1990er Jahren begann ich zusammen mit Melinda zu überlegen, wie dieses Geld in die Gesellschaft zurückfließen könnte. Letztendlich haben wir das Leben von Kindern gerettet und dafür gesorgt, daß Kinder die Nahrung bekommen, die sie brauchen, damit sie körperlich und geistig gedeihen können.
Das meiste Geld fließt also in Dinge wie Impfstoffe oder Moskitonetze oder besseres Saatgut, um die Ernährung zu verbessern oder um zu verhindern, daß Mütter nach der Entbindung verbluten. Es hat sich also unglaublich gelohnt. Denn mit Hilfe von Partnern wie des Deutschen Bundesministeriums für Entwicklung konnten wir bei dieser Arbeit große Erfolge erzielen."
Bild: "Wenn Sie über die Zukunft von Kindern sprechen, dann müssen wir über Mütter reden.

Können Sie mir das im Detail erklären, die Beziehung zwischen dem Mikrobiom der Mütter und der Zukunft der Kinder?"
Bill Gates: "Es gibt ein Mikrobiom im Darm, das die meisten Menschen haben. Es gibt auch ein vaginales Mikrobiom. Und es hat sich herausgestellt, daß es sehr negative Auswirkungen hat, wenn entweder das Darm- oder das Vaginal-Mikrobiom aus dem Gleichgewicht gerät. Was das vaginale Mikrobiom betrifft, so führt dies zu vielen Totgeburten und Frühgeburten. Auch das Darm-Mikrobiom hat einen erheblichen Einfluß auf das Risiko, sich mit HIV zu infizieren.
Das ist der Grund, warum all diese Kinder unterernährt sind. Es liegt nicht daran, daß sie nicht genug Kalorien zu sich nehmen, auch wenn es Extremfälle gibt, in denen sie wirklich hungern müssen. Meistens ist es so, daß sich ihr Darm entzündet. Und deshalb ist es wichtig zu verstehen, welche Nahrungsmittel oder Eingriffe es gibt, damit die Kinder auf ihren Wachstumspfad kommen. Das hilft ihnen nicht nur beim Überleben, sondern bedeutet auch, daß sie im Wesentlichen ihr Potential ausschöpfen, was für diese Entwicklungsländer das Wichtigste ist, nämlich ihre Humanressourcen."
(Heiko Schöning:) Und da kommt er wirklich aus den USA in das wichtige europäische Land zum wichtigsten News-Magazin, Springer-Presse - der Chef davon ist Herr Döpfner, der ist auch bei den Bilderbergern dabei. Wir haben das in den vorherigen Schöning-Reports ja ausführlicher besprochen. Das hat einen großen, großen Zusammen-bang.
Und das sind diese Vorplanungen, die sich eben belegen lassen. Im Sommer 2024 konnte ich es eben noch nicht belegen, daß Neuwahlen auch für Deutschland kommen. Jetzt sind sie eingetreten. Und genauso gibt es eben noch viele andere Aspekte, die ja alle schon abgedruckt sind und aufgeschrieben. Man kann sich da auch vorbereiten.
Man muß einfach sagen: Stopp, wir machen diesen Notstand, der geplant wird mit den Lockdowns, machen wir nicht mehr mit. So wie eine Pandemie, eine pandemische Lage nationaler Tragweite, kann jetzt auch eben eine kriegerische Notlage nationaler Tragweite ausgerufen werden und auch verbunden mit einem Gesundheitsnotstand.
(eticamedia:) Ja, das paßt natürlich auch ganz gut jetzt da rein. Wir haben jetzt die wahrscheinlich vorgezogenen Neuwahlen ja erst im März.
Hingegen werden jetzt noch gewisse Gesetze erlassen, wie es ausschaut. Also Pistorius hat es ja schon angekündigt: Deutschland muß wieder kriegstüchtig sein bis 2030. Und dazu war ja schon der Entwurf für dieses neue Wehrgesetz auf dem Tisch. Und das haben sie ja jetzt zeitgleich auch am 6. November durchgewunken.
Das heißt, es geht ja jetzt auch in diese Ära, die relativ unsicher ausschaut und in der Lage man sich eigentlich als Mitbürger dieses Landes nicht befinden möchte. Das bedeutet, wir haben jetzt einerseits noch weitere Gesetze in diese Verschärfung, dann diese Möglichkeit, daß dann die Regierungen durchregieren könnten für den Fall, daß es Notstände gäbe und eben auch diese Gesetzentwürfe einmal von der WHO und von der UNO.
Was sind das für Passagen oder für Elemente, auf die wir noch Acht geben müssen?
(Heiko Schöning:) Die Frage ist ja, wer kann denn solch einen weltweiten Notstand oder einen Notstand ausrufen? Das ist in der Tat die Weltgesundheitsorganisation, die WHO. Die haben das mit ihrem Pandemie-Vertrag gerade versucht. Das ist durch unsere Aufklärung, unsere gemeinsame Aufklärung auch ein Stück weit verhindert worden und publik gemacht worden. Mit Beate Bahner, die auch ein Buch darüber geschrieben hat, haben wir auch da jetzt einen Dreiteiler nochmal auf das weitergeführt.
Aber die UNO, also die Vereinten Nationen, die haben jetzt im September 2024 etwas ähnliches jetzt da, daß sie eine Ermächtigungsgrundlage haben, einen welt-weiten Notstand auszurufen. Und deswegen sind auch Personen ganz wichtig. Wer sozusagen der Hauptmann sein wird, der auch in die Medien immer kommt, so wie das Anthony Fauci bei der Pandemie war,

kann das jetzt António Guterres eben für 2025 werden.
(eticamedia:)
Was hat das mit dem auf sich?
(Heiko Schöning:) Ja, wer ist Guterres? Der ist der Generalsekretär der UNO und der ist schon lange dort installiert. Der hat auch die Pandemie befeuert und den Great Reset. Guterres - also wirklich, Personen sind nämlich dort eben zu merken. Und deswegen WHO und auch die UNO, die können solch einen nationalen Notstand, einen internationalen Notstand ausrufen, sei es eine pandemische Lage oder eine kriegerische Lage.
(eticamedia:) Ja, ich meine, in Deutschland haben wir ja eigentlich ein Grundgesetz, was sich ja nicht ganz so schlecht anhört. Die Würde des Menschen ist unantastbar, ist natürlich schön und gut, kann man nicht so viel machen. Aber eine Zensur findet nicht statt - klingt ja auch ziemlich schön - und Angriffskriege sind auch verboten. Also das sind alles an sich ja ganz nette Elemente. Aber wenn man da drüber liegend etwas hat, was das dann wiederum aushebeln kann, dann ist das ja auch nicht mehr so besonders viel wert.
Und wir haben es ja schon gesehen, daß selbst ohne diese Gesetzesgrundlage innerhalb der Corona-Zeit die Grundgesetze nahezu aufgehoben worden sind oder für gewisse Bevölkerungsgruppen mindestens. Und jetzt mit dieser entsprechenden Gesetzeslage oder auch Notstandsgesetzen heißt das nichts Gutes. Jetzt haben wir noch Installationen von irgendwie 15-Minuten-Cities und von Überwachung und sonstigem was. Das sieht ja nicht ganz so rosig aus.
Wie ist es dann aber jetzt mal mit dem Blick in die USA? Da ist ja jetzt Trump gewählt worden. Okay, er ist jetzt noch nicht vereidigt, alles klar. Aber es gibt ja viele Menschen, die da gewisse Hoffnungen reinlegen. Sollte man denen zustimmen? Ist das jetzt der Weg in die bessere Zeit?
(Heiko Schöning:) Nein, ist es nicht. Leider scheint das Gedächtnis von vielen Menschen da sehr kurz zu sein. Unter Trump ist erst halt diese vorgeplante kriminelle Pandemie durchgeführt worden. Trump hätte jederzeit Anthony Fauci entlassen können. "You are fired!" - das wäre mal ein Satz, den wir gerne mal von ihm gehört hätten. Auch gerade mit den ganzen Beweisen, die auch Kennedy vorgelegt hat in seinen Büchern.
Ich kann nur sagen: Jede große Unterstützung für Trump, genauso wie für Harris, ist ein nicht entschuldbarer Fehler. Und da zu denken, daß man halt mit dem organisierten Verbrechen einen Deal machen kann, daß man noch das kleinere Übel wählt, um dort noch vielleicht tatsächlich auch Kinder eine Zeit lang zu schützen. Aber was nützt es, wenn wir weltweit wieder halt einen Notstand haben mit denen? Wir müssen da klar und konsequent sein. Und eine Person, auf die es zu achten gibt, ist Peter Thiel - Peter Andreas Thiel, ein Deutschamerikaner.
Peter Andreas Thiel ist derjenige, der der Vorgesetzte und Geldgeber für Elon Musk gewesen ist. PayPal-Gründer - das ist die PayPal-Mafia. PayPal-Mafia, das ist ein feststehender Begriff. Das haben die sich selber auch quasi gegeben. Das ist nur ernst zu nehmen.
Peter Thiel - das ist quasi CIA. Palantir, sein Unternehmen, das ist privater Geheimdienst. Und da kam auch die Unterstützung und das Geld auch für den Wahlkampf für den, der jetzt gesiegt hat schon wieder. Das muß man einfach sehen, daß das halt wirklich etwas ist.
Deswegen kann ich sagen für 2025: Personen, auf die man achten muß, sind Guterres und Thiel.
(eticamedia:) Zumal ja auch der Kosmos um diese Leute herum auch ein großer ist. Also dieser Einflußbereich ist ja relativ hoch, weil ja auch der Mentor letztendlich von Peter Thiel ja auch J. D. Vance ist, was wiederum der Vizepräsident von Trump werden wird. Auch mit einer sehr unrühmlichen Geschichte diesbezüglich. Und genau - Elon Musk und Peter Thiel haben ja zusammen PayPal mitgegründet. Ist da also natürlich auch immer noch in diesem Kosmos mit drin, so daß man das jetzt auch nicht ganz so rosig nur sehen darf, daß auch Elon

Musk jetzt sich so hinstellt und sagt: Wir werden die Meinungsfreiheit schützen, indem wir jetzt X, also vormals Twitter haben, aber zeitgleich sich um den Transhumanismus und natürlich auch um die Totalüberwachung als Ganzes zu kümmern.
Also mit Starlink, mit Neuralink im Gehirn, mit Gehirnchips und genau mit Palantir, was überall schon flächendeckend eingesetzt wird, momentan hauptsächlich im Ukraine- und Israel-Palästina-Krieg, um die Leute mittels KI gezielt in Massen zu ermorden. Und jemand wie Whitney Webb hat halt schon gesagt, meiner Meinung nach sehr treffend, daß diese Technologie aber nach Hause gebracht werden wird. Daß es gegen die eigene Bevölkerung irgendwann eingesetzt werden wird.
Schlimm genug, wie es jetzt in den Kriegen läuft, aber es scheint ja noch eine weitere Geschichte für diese schrecklichen Mittel auch zu geben. Wenn man weiß, diese Leute sind da jetzt im Amt, dann ist das nichts, was einen beruhigen sollte.
(Heiko Schöning:) Ganz im Gegenteil, ja. Und Peter Thiel ist da die wichtigere Figur. Peter Thiel hat oder hatte Elon Musk gefeuert als Geschäftsführer von PayPal, der hatte die Macht dazu. Peter Thiel ist der Vorgesetzte und Chef von J. D. Vance gewesen - derjenige, der halt zum Vizepräsidenten gemacht worden ist. Das ist Peter Thiel. Und Peter Thiel ist natürlich, wenn man seinen Lebenslauf da kennt, auch nur eine Marionette.
Und deswegen ist es so wichtig, diese Grundlagen eben zu verstehen, die ja auch in Game Over 1 und 2 halt auch versucht worden sind, zu vermitteln. Denn nur dann versteht man dieses Spiel und hat nicht diese falschen Hoffnungen wieder, daß dort halt der eine oder andere der Retter sein kann. Das ist nicht der Fall.
(eticamedia:) Aber was kann man dann tun? Also ich meine, daß eine ist halt irgendwie natürlich, das zu verstehen, um sich nicht wieder auf ein falsches Gleis bewegen zu lassen. Aber was kann man denn aktiv tun?
(Heiko Schöning:) Aktiv tun ist, sich zu informieren und dann eben aktiv auch Nein zu sagen, nicht mitzumachen. Denn wenn uns wieder eine Notlage nationaler Tragweite angeboten wird von unserer eigenen Regierung, müssen wir Nein sagen. Dann machen wir nicht mit. Keine pandemische Notlage nationaler Tragweite aufgrund von antimikrobiellen Resistenzen, AMR, der Angriff auf das Mikrobiom.
Nein! Keine kriegerische Notlage nationaler Tragweite! Da sagen wir Nein. Und wir lassen uns dann auch nicht einziehen mit der neuen Wehrpflicht, die ja jetzt halt am 6. November 2024 verschärft worden ist. Und auch keine neue patriotische Bundesregierung, die dann ab 2025 regieren wird. Da müssen wir Nein sagen.
Wir müssen jetzt auf die Straße gehen und jetzt eben auch eine Absage erteilen an diese Menschen, die das ja vorplanen! Es ist koordiniert. Das sehen wir an den Wahlterminen der NATO-Länder. Das sehen wir an dieser Vorplanung, wie Bill Gates zu "Bild" gekommen ist und über das Mikrobiom diesen Angriff dort angefangen hat auszurollen. Wir haben das.
Und das ist dieser jetzige Zeitpunkt, daß wir das eben nicht nur ankündigen können, sondern eben auch Stück für Stück eben belegen können. Es kommt so weit. Wir müssen es zusammen ernst nehmen und jetzt wirklich informiert eine Absage erteilen.
(eticamedia:) Also auf zum friedlichen Widerstand und wachsam bleiben!
(Heiko Schöning:) Ja.
(eticamedia:) In dem Sinne, vielen Dank für das Interesse und bis zum nächsten Mal.
LIED:
Ihr Mächtigen, wir hören deutlich, wie die Trommeln rühren; wie Schlag auf Schlag und uns Schritt für Schritt Richtung Schlachtfeld führen. Ihr sagt, wir müssen kämpfen und den Feind besiegen, unser Land, unsere Werte, die Freiheit und den Frieden.
Ich frage mich, gemeint ist hierbei wirklich jenes Land, das zu lieben mancher von euch stets zum Kotzen fand und dessen Fahne man in eurer Nähe selten sieht; ein Land in euren Augen,

seelenloses Staatsgebiet. Wer stolz darauf ist, den seht ihr doch nur als Idioten. Doch jetzt braucht ihr auf einmal kriegsbereite Patrioten. Sprecht bitte nicht vom Land, sprecht mal von euren Interessen. Daß wir für euch den Kopf hinhalten, das könnt ihr glatt vergessen.
Ich frage mich, gemeint sind von euch wirklich jene Werte, um die, als es mal nötig war, sich niemand von euch scherte - als unsere Kinder Spielball wurden eurer irren Pläne, als alte Menschen einsam starben im Namen der Hygiene. Und meint ihr jene Ethik, welche grad noch propagierte: Es wär' okay, wenn man zwangsweise Impfstoff injizierte.
Sprecht bitte nicht von Werten, sprecht von euren Interessen. Daß wir für euch den Kopf hinhalten, das könnt ihr glatt vergessen.<<

17.12.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 17. Dezember 2024 (x1.428/…): >>**Insolvenzen steigen um 24 %: Insolvenz-Parteien von CDU bis Ampel abwählen!**

Niemand kann über diese bittere Entwicklung überrascht sein: Nach vorläufigen Schätzungen der Bonitätsauskunft Creditreform sind 2024 etwa 22.400 Unternehmensinsolvenzen zu befürchten - gegenüber dem Vorjahr (18.020) bedeutet dies einen Anstieg um fast ein Viertel. Hinter der Zahl verbergen sich traurige Schicksale von Familienvätern und Müttern, die dem wirtschaftlichen Aus entgegenblicken. Jetzt zeigt sich, was die grüne Deindustrialisierung - vorangetrieben von einer Einheitsfront von CDU bis Ampel - in der Konsequenz für die Menschen bedeutet.

Neben bekannten Großunternehmen aus der Chemie-, Stahl- und Autobranche trifft es auch unzählige kleine und mittelständische Unternehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft sind. Die Ursachen für den Insolvenzantrag sind zwar nicht ausnahmslos, aber zu großen Teilen immer wieder gleich: Zu hohe Energiepreise infolge des Kernkraft-Ausstiegs und des Wirtschaftskriegs gegen Rußland, zu viel Bürokratie, zu hohe Steuern und Abgaben.

All diese Entwicklungen gehen auf politische Weichenstellungen zurück, die von der Ampel-Regierung genauso wie von der 16-jährigen CDU-Bundesregierung verbrochen wurden. Nur die AfD hat sich immer diesem Wahnsinn entgegengestellt.

Um nicht noch viel mehr wirtschaftlichen Niedergang und Leid zu verursachen, müssen wir die Parteien stoppen, die die Selbstzerstörung unseres Landes vorantreiben. Deshalb kann es am 23. Februar nur eine sinnvolle Entscheidung geben: Beide Stimmen für die AfD. Wir werden mit einer ideologiefreien Energie- und Wirtschaftspolitik - inklusive Rückkehr zur Kernkraft - dafür sorgen, daß der Standort Deutschland wieder gestärkt wird!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 17. Dezember 2024 (x1.428/…): >>**Insolvenzen steigen um 24 %: Insolvenz-Parteien von CDU bis Ampel abwählen!**

Niemand kann über diese bittere Entwicklung überrascht sein: Nach vorläufigen Schätzungen der Bonitätsauskunft Creditreform sind 2024 etwa 22.400 Unternehmensinsolvenzen zu befürchten - gegenüber dem Vorjahr (18.020) bedeutet dies einen Anstieg um fast ein Viertel. Hinter der Zahl verbergen sich traurige Schicksale von Familienvätern und Müttern, die dem wirtschaftlichen Aus entgegenblicken. Jetzt zeigt sich, was die grüne Deindustrialisierung - vorangetrieben von einer Einheitsfront von CDU bis Ampel - in der Konsequenz für die Menschen bedeutet.

Neben bekannten Großunternehmen aus der Chemie-, Stahl- und Autobranche trifft es auch unzählige kleine und mittelständische Unternehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft sind. Die Ursachen für den Insolvenzantrag sind zwar nicht ausnahmslos, aber zu großen Teilen immer wieder gleich: Zu hohe Energiepreise infolge des Kernkraft-Ausstiegs und des Wirtschaftskriegs gegen Rußland, zu viel Bürokratie, zu hohe Steuern und Abgaben.

All diese Entwicklungen gehen auf politische Weichenstellungen zurück, die von der Ampel-

Regierung genauso wie von der 16-jährigen CDU-Bundesregierung verbrochen wurden. Nur die AfD hat sich immer diesem Wahnsinn entgegengestellt.
Um nicht noch viel mehr wirtschaftlichen Niedergang und Leid zu verursachen, müssen wir die Parteien stoppen, die die Selbstzerstörung unseres Landes vorantreiben. Deshalb kann es am 23. Februar nur eine sinnvolle Entscheidung geben: Beide Stimmen für die AfD. Wir werden mit einer ideologiefreien Energie- und Wirtschaftspolitik - inklusive Rückkehr zur Kernkraft - dafür sorgen, daß der Standort Deutschland wieder gestärkt wird!<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 17. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Amnesty drängt auf Abschaffung des Paragraphen 218**
Amnesty International hat in der Debatte um die Abschaffung des Paragraphen 218 klar Stellung für die Legalisierung von Abtreibungen bezogen. "Das Recht auf Abtreibung ist ein Menschenrecht", schreibt Generalsekretärin Julia Duchrow in einem Gastbeitrag für das Nachrichtenportal Watson. "Die Frage, ob eine Schwangere über ihren Körper bestimmen darf, ist keine Frage der Moral, der politischen Ansichten oder des individuellen Geschmacks. Es noch nicht mal eine Frage."
Die im Völkerrecht promovierte Juristin führt aus, daß unter Strafe gestellte Abtreibungen mindestens vier Menschenrechte stark beschneiden: das Recht, über den eigenen Körper zu bestimmen, das Recht, nicht aufgrund des Geschlechts diskriminiert zu werden, das Recht, Zugang zu ärztlicher Versorgung zu haben, und das Recht, nicht aufgrund der sozialen Situation benachteiligt zu werden. Duchrow kritisiert in ihrem Beitrag die kritische Haltung von CDU/CSU, FDP und AfD scharf.
Das drohende Scheitern des Gesetzentwurfs "sagt viel darüber aus, wer und was derzeit die Politik bestimmt: nicht elementare Rechte, gute Argumente und Mehrheiten in diesem Land, sondern gezielte Stimmungsmache". Mehrere Meinungsforschungsinstitute hatten erhoben, daß in Deutschland zwischen 75 und 80 Prozent der Bevölkerung die Legalisierung von Abtreibungen befürwortet. Duchrow schreibt: "Wer eine faire und gleichberechtigte Gesellschaft will, muß den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen ermöglichen."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 17. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Laumann dringt auf Widerspruchslösung bei Organspende**
Kurz vor den Beratungen im Gesundheitsausschuß des Bundestages über die Einführung einer Widerspruchsregelung im Transplantationsgesetz hat Nordrhein-Westfalens Gesundheitsminister, Karl-Josef Laumann (CDU), noch einmal für Unterstützung geworben. "In Deutschland warteten Ende 2023 rund 8.400 Menschen auf ein Spenderorgan.
Im gesamten Jahr 2023 wurden aber nur 2.900 Organe von 965 Menschen gespendet", sagte Laumann der "Rheinischen Post" (Dienstagausgabe). Folge des Organmangels seien der Tod auf der Warteliste beziehungsweise unzumutbar lange Wartezeiten auf ein Organangebot und Einschränkungen in der Lebensqualität.
"Bund und Länder haben in den vergangenen Jahren viel über Organspende aufgeklärt. Die Wahrheit ist aber: All das hat bisher nicht dazu geführt, daß unser Dokumentationsproblem behoben wird. Nur rund 40 Prozent der Menschen haben ihre Entscheidung zur Organspende dokumentiert", sagte Laumann der Zeitung. In mehreren Umfragen lägen gleichzeitig die Zustimmungsraten zur Organspende bei mehr als 80 Prozent.
"Ich bin der Meinung, daß es einem erwachsenen Menschen zuzumuten ist, die Entscheidung über eine Organspende für sich zu treffen - wobei ich ganz klar sage, daß jede Entscheidung, egal ob Ja oder Nein, in jedem Fall moralisch und in jeder Hinsicht vollkommen in Ordnung und integer ist." Wie man über Organspende denke, sei eine zutiefst persönliche Frage und Entscheidung, sagte Laumann. "Will man das oder nicht?
Und ich sage es ganz deutlich: Eine Begründung ist nicht erforderlich. Die Frage, daß man zu Lebzeiten entscheidet, daß nach dem Tod Organe entnommen werden dürfen, damit andere

Menschen wieder eine höhere Lebensqualität haben, ist aus meiner Sicht ein über den Tod hinaus geltender Liebesbeweis an die Menschheit. In diesem Sinne werbe ich für die Einführung der Widerspruchslösung bei Organspenden."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Tchibo: Die große Kehrtwende**

Von *COMPACT Redaktion*

Was ist da los? Tchibos Marketing-Konzept, im eigenen Werbekatalog nur noch mit schwarzen Models zu locken, ging offenbar vollends in die Hose. Jetzt folgt die 180-Grad-Wende … Im Februar dieses Jahres schrieb Autor Werner Bräuninger empört für COMPACT: "Wieviel Verachtung gegenüber der autochthonen, weißen Bevölkerung in Deutschland muß ein Wirtschaftsunternehmen haben, welches Maß an Frechheit und Chuzpe, um einen Katalog vom Schlage 'Sunday Style. Wäschetrends für Tag und Nacht' auf den deutschen Markt zu werfen, wie es der Tchibo-Konzern Anfang Februar getan hat?!"

Und tatsächlich: Auf sage und schreibe 34 aufeinanderfolgenden Seiten warben Dunkelhäutige für Unterwäsche, Schlafanzüge und ähnliche Accessoires, zumeist in der gestelzten Pose glücklicher Familien voller Harmonie.

Die Wandlung

Und jetzt? Die neuen Tchibo-Kataloge und -Prospekte liefern und eine komplette Kehrtwende. Zu sehen sind quasi ausschließlich hellhäutige Menschen, zumeist blonde Damen mit süßen blonden Kindern. Es wird doch der Kaffee-Gigant nicht etwa vor der eigenen Kundschaft in die Knie gegangen sein?! Immerhin war zuletzt wiederholt von einer finanziellen Schieflage des Unternehmens zu lesen.

Fakt ist, daß sich sehr viele Menschen bei Tchibo zu Beginn dieses Jahres bitterlich beschwerten und auch androhten, keine Produkte des Hauses mehr kaufen zu wollen. Diverse solcher Briefe und Mails liegen COMPACT vor.

Konstruierte Lebenswirklichkeit

Die Konzernleitung hielt sich bei der Beantwortung bzw. der Verteidigung des eigenen Kurses denn auch merklich zurück. Natürlich war die Botschaft damals gewollt und von kundiger Hand infam ins Werk gesetzt worden. Bräuninger: "Wir sehen in dem reich bebilderten Heftchen die gewünschte Zukunftsfamilie vor uns, den schwarzen Herrn des Hauses überlegen lächelnd, gewandet im distinguierten Look eines konservativen britischen Landedelmanns. Madame und die reiche dunkle Kinderschar hingegen posieren im Retro-Westernstyle-Dreß der einstigen Sklavenhalter. Wer denkt hier nicht an 'kulturelle Aneignung' … Nicht einen einzigen Menschen heller Hautfarbe findet man."

Für die Tchibo-Bosse war die konstruierte Lebenswirklichkeit folgerichtig, denn ihre woke Gazette bezweckte und verdeutlichte natürlich zweierlei: Einmal den einheimischen Auslaufmodellen unmißverständlich klarzumachen: "Maul halten! Das wird eure Zukunft sein, gewöhnt euch gefälligst daran!"

Pendel schlägt zurück

Intaktes zu Fall zu bringen, Bewährtes zu zerstören, Europa in einen mörderischen Krieg zu hetzen, das ist die Agenda dieser stets mit der Feuerlunte zündelnden Pyromanen und selbsternannten Global Leaders, denen bislang niemand in die Speichen griff. Um so bemerkenswerter ist es, daß das Pendel ganz offensichtlich nun zurückschlägt.

"Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freu mich darauf", schrie die politisierende Kaltmamsell Katrin Göring-Eckardt im November 2015 auf einem Parteitag der Grünen in den Saal. Sie wähnten sich und ihresgleichen bereits am Ziel. Doch ein Volk beziehungsweise ein Kundenstamm hat Tchibo mit massenhaftem Boykott und mit tausenden Protestmails zumindest vorübergehend wieder auf den Boden der Tatsachen geholt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**PKK-Anhänger besetzen Brandenburger Tor**

Von *Michael Brück*

Sie kamen mit einer Hebebühne. Ihre Botschaft: Ein Aufruf zur angeblichen Verteidigung der Demokratie in den syrischen Kurdengebieten. Am Montagnachmittag haben Anhänger der PKK-Schwesternorganisation YPG das Brandenburger Tor besetzt. …

Als im Sommer 2016 Aktivisten der Identitären Bewegung auf das Brandenburger Tor kletterten, um dort eine Botschaft gegen weitere Masseneinwanderung zu entrollen, tobte die Mainstream-Presse. Der Senat kündigte sogar an, die Sicherheitsvorkehrungen verschärfen zu wollen, um ähnliche Proteste in Zukunft zu verhindern.

Offenbar jedoch mit mäßigem Erfolg: Am Montagnachmittag besetzten Anhänger der Kurdenmiliz YPG, der in syrischen agierenden Schwesterorganisation der Terrororganisation PKK, die 1978 von Abdullah Öcalan gegründet wurde, das Brandenburger Tor. Neben Fahnen der YPG und ihrer politischen Vertretung, der Partei der Demokratischen Union, entrollten die Besetzer ein Banner: "Für Demokratie in Syrien - Rojava verteidigen". Letzteres ist der kurdische Begriff für weite Teile der traditionell kurdisch besiedelten Gebiete in Nordost-Syrien.

Kurden in der Defensive

Hintergrund der Protestaktion sind die zunehmenden Konflikte zwischen der Türkei nahestehenden Milizen rund um die Freie Syrischen Armee (FSA), sowie den kurdischen Volksverteidigungseinheiten um die YPG, die in den Demokratischen Streitkräfte Syriens (SDF) organisiert ist. In den vergangenen Tagen hatten sich die Kurden aus mehreren Städten zurückziehen müssen und befinden sich in der Defensive. Zudem wird befürchtet, daß zeitnah eine Großoffensive der regulären türkischen Armee beginnen könnte, die sich gegen weite Teile der kurdischen Autonomieregion richtet und deren Bestehen ernsthaft gefährdet.

Paradoxerweise waren es jedoch gerade Gruppen wie die YPG, die - insbesondere durch ihr enge Kooperation mit den USA - den syrischen Staat destabilisiert haben. Auf diesem Nährboden konnten Terrororganisationen wie der Islamistische Staat (IS) oder Hayat Tahrir al-Scham (HTS) gedeihen.

Statt sich in den letzten fast 15 Jahren vom extremistischen PKK-Gedankengut zu distanzieren und eine politische Vereinbarung zur Koexistenz in einem Syrien unter Bashar Al-Assad zu treffen, hat die kurdische Autonomieregion mit ihrer engen Westbindung das Land weiter destabilisiert und in einen Aufmarschort für US-Soldaten verwandelt, die zwar ganz vorne dabei sind, wenn amerikanische Interessen durchzusetzen sind, aber ihre Verbündeten regelmäßig fallen lassen, wie auch die Kurden bereits mehrmals leidvoll spüren mußten.

Wenn sich nun die einstigen Kampfgefährten aus pro-türkischen Milizen, mit denen als Zweckbündnis in den Anfangstagen des sogenannten Arabischen Frühlings gemeinsam gegen Assad gekämpft wurde, gegen die Kurden wenden, gilt ein altes Sprichwort: Die Revolution frißt ihre Kinder. Und die Türkei, die schon immer große Sorgen vor einem möglichen Kurdenstaat hatte, sieht jetzt nach dem ersten Streich (Assads Sturz) die Stunde gekommen, um mit dem zweiten Streich nachzusetzen. Für die nächsten Jahrzehnte könnten Fakten geschaffen werden, die jeden kurdischen Selbstverwaltungstraum zunichte machen werden.

Fremde Konflikte auf deutschem Boden

Doch zurück nach Berlin: Während junge Patrioten auf dem Brandenburger Tor für eine Welle der Empörung sorgen, spricht die Mainstream-Presse bei den kurdischen Besetzern im üblichen Duktus von "Demokratieaktivisten", die sich um Syrien sorgen würden. Kein Wort über die Nähe der YPG zur - auch in Deutschland verbotenen - PKK.

Als wäre diese Form der einseitigen Berichterstattung nicht schon bezeichnend genug, kritisiert kein einziges über die Besetzung berichtendes Medium die Instrumentalisierung eines

der bekanntesten Wahrzeichen unseres Landes für einen fremden Krieg.
Als wäre es ganz normal, daß ausländische Extremisten ihre Konflikte nicht nur auf unsere Straßen tragen und unter "Allahu Akbar" - Gesängen für ihre Siegesfeiern die Weihnachtsmärkte stürmen, sondern nunmehr sogar ein Denkmal im Herzen der deutschen Hauptstadt öffentlichkeitswirksam okkupieren. Unter stillschweigender Duldung des medialen Establishments.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Das perverse Bündnis**
Nazis, Zionisten und Nürnberger Gesetze. … Die antisemitischen Rassengesetze der Nazis orientierten sich an Vorbildern aus den USA - und wurden auch von Zionisten unterstützt.
_ von *Julian Pastor*
Seinen eliminatorischen Antisemitismus gründete Adolf Hitler auf vorgebliche unveränderliche Eigenschaften der Juden. So behauptete er in Mein Kampf: "Der Jude war immer ein Volk mit bestimmten rassischen Eigenarten und niemals Religion." Damit ging er über den auf religiöse Merkmale ausgerichteten Antijudaismus des Mittelalters hinaus und nahm sich die USA als Vorbild. "Der rassisch rein und unvermischt gebliebene Germane des amerikanischen Kontinents ist zum Herrn desselben aufgestiegen; er wird der Herr so lange bleiben, so lange nicht auch er der Blutschande zum Opfer fällt", erklärte er.
"Der rassisch rein und unvermischt gebliebene Germane des amerikanischen Kontinents ist zum Herrn desselben aufgestiegen …" Mein Kampf
Entsprechend verständlich waren die jüdischen Ängste nach der Machtergreifung. Die orthodoxe Zeitschrift Der Israelit vom 2. Februar 1933 berichtete über eine "schwere stimmungsmäßige Belastung der ganzen deutschen Judenheit, ja, darüber hinaus, aller der Kreise, die in der Überspitzung des nationalistischen Rassen-Fanatismus unserer Tage ein Hemmnis auf dem Wege menschlicher Gesittung und weltgeschichtlichen Fortschritts erblicken".
Zionistisches Lob
Doch Ausnahmen bestätigten die Regel. In jener Zeit, in der die Mischehe mit Juden in Teilen geächtet, aber noch nicht verboten war, verlautbarte die Zionistische Vereinigung für Deutschland am 21. Juni 1933 in vorauseilendem Gehorsam: "Unser Bekenntnis zum jüdischen Volkstum stellt ein reines und aufrichtiges Verhältnis zum deutschen Volk und seinen nationalen und blutsmäßigen Gegebenheiten her. Gerade weil wir diese Grundlage nicht zu verfälschen wünschen, weil auch wir gegen Mischehe und für Reinerhaltung der jüdischen Art sind und Grenzüberschreitungen auf kulturellem Gebiet ablehnen, können wir (…) an den Werken und Werten deutscher Kultur teilnehmen."
Aber die antisemitischen Einschränkungen folgten Schlag auf Schlag. Das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933 begrenzte die Neuzulassung von jüdischen Schülern und Studenten auf 1,5 Prozent und ebnete den Weg zu deren Ausschluß aus den öffentlichen Bildungseinrichtungen. Das hielt den zionistischen Politiker Georg Kareski jedoch nicht davon ab, der neuen Rechtslage Positives abzugewinnen.
In einem Interview mit der NS-Zeitung Der Angriff vom 23. Dezember 1935 erklärte er: "Die jüdische Schule ist eine alte politische Forderung meiner Freunde, weil sie für die Erziehung des seiner Art und Tradition bewußten jüdischen Menschen ganz einfach unentbehrlich ist." Kareski war zeitweise Vorstandsmitglied einer jüdischen Genossenschaftsbank, Vorstandsvorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlin und Leiter der Staatszionistischen Organisation (siehe Infobox).
Der österreichische NS-Jurist Herbert Kier lobte die Segregation in den Vereinigten Staaten. Im Nationalsozialistischen Handbuch für Recht und Gesetzgebung erörterte er: "In den meisten Südstaaten der Union werden weiße und farbige Kinder auf Grund gesetzlicher Bestimmungen verschiedenen Schulen zugewiesen. (…) Diese bunte Fülle rassengesetzlicher Be-

stimmungen in den Einzelstaaten der Union beweist, daß sich die Notwendigkeit der Sonderung der Menschen nach ihrer rassischen Abstammung selbst dort elementar durchsetzt, wo dieser Erkenntnis eine politische Ideologie im Wege steht, die eine Verschiedenwertigkeit der Menschen auf Grund ihrer Abstammung leugnet."

Die Nürnberger Rassengesetze

Am 15. September 1935 goß die NSDAP auf ihrem Reichsparteitag den Antisemitismus in juristisches Zement. Das Reichsbürgergesetz beschränkte das Bürgerrecht auf "Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes". Auch hier stand die US-Rassengesetzgebung Pate. Hitler erklärte unverblümt: "Indem die amerikanische Union gesundheitlich schlechten Elementen die Einwanderung grundsätzlich verweigert, von der Einbürgerung aber bestimmte Rassen einfach ausschließt, bekennt sie sich in leisen Anfängen bereits zu einer Auffassung, die dem völkischen Staatsbegriff zu eigen ist."

Das sogenannte Blutschutzgesetz verbot die Ehe und den Beischlaf "zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes". Ein Zuwiderhandeln wurde mit schweren Zuchthausstrafen geahndet. Eine dem Gesetz vorausgehende Denkschrift berief sich ebenfalls auf die USA: "Ein derartiger Schutz der Rassenehre wird bereits von anderen Völkern tatsächlich geübt. So ist es bekannt, daß zum Beispiel in den Südstaaten von Nordamerika im öffentlichen und persönlichen Verkehr auf strengste Scheidung zwischen der weißen Bevölkerung und den Farbigen gehalten wird."

Zionist Kareski

Geboren 1878 im damals preußischen Posen, war Kareski ab 1920 im Vorstand der Jüdischen Gemeinde Berlin, von 1928 bis 1930 sogar Vorstandsvorsitzender. Er gründete die zionistisch orientierte Jüdische Volkspartei, die sich gegen das liberale Judentum und dessen Bereitschaft zur Assimilation wandte. Außerdem war er, bis zu ihrem Bankrott im Jahre 1937, einer der Direktoren der Iwria Bank.

Als Leiter der revisionistischen Staatszionistischen Organisation (seit 1934) verlangte Kareski frühzeitig den Exodus der Juden aus dem Dritten Reich und war bereit, für dieses Ziel mit der Gestapo und dem Reichspropagandaministerium zu kooperieren, unterstützte sogar die Nürnberger Rassegesetze. Der israelische Historiker Saul Friedländer bezeichnet Kareski als "eine lautstark agierende, aber randständige Persönlichkeit selbst innerhalb des deutschen Zionismus".

Und auch für dieses Gesetz fand Kareski lobende Worte. In dem bereits angeführten Interview mit dem Angriff behauptete er: "Wenn das jüdische Volk sich zwei Jahrtausende nach dem Verlust seiner staatlichen Selbständigkeit trotz fehlender Siedlungsgemeinschaft und sprachlicher Einheit bis heute erhalten hat, so ist dies auf zwei Faktoren zurückzuführen: Seine Rasse und die starke Stellung der Familie in jüdischen Leben.

Die Lockerungen dieser beiden Bindungen in den letzten Jahrzehnten waren auch auf jüdischer Seite Gegenstand ernster Sorge. Die Unterbrechung des Auflösungsprozesses in weiten jüdischen Kreisen, wie er durch die Mischehe gefördert wurde, ist daher vom jüdischen Standpunkt rückhaltlos zu begrüßen."

Diese Auswüchse spielten den Nationalsozialisten sowohl für ihre Propaganda in Deutschland als auch für ihre Außendarstellung in die Hände. Am 23. November 1935 tönte der deutsche NS-Jurist Bernhard Lösener: "Gerade von überzeugten Zionisten ist deshalb am wenigsten Widerspruch gegen die Grundgedanken der Nürnberger Gesetze erhoben worden, weil sie einmal wissen, daß diese Gesetze auch für das jüdische Volk die einzig richtige Lösung darstellen, und weil sie ferner wissen, daß sich das wieder zum Bewußtsein seiner selbst erwachte deutsche Volk damit nur eben die Gesetze gegeben hat, die sich das jüdische Volk schon vor Jahrtausenden gegeben hat, und die es stark gemacht haben zu dem völkischen Wunder, sein Blut unverfälscht und rein zu erhalten (…)."

"Nur oberflächliche Geister können der Irrlehre verfallen, von einem nationalen Gott … zu sprechen." Pius XI.
Vereinzeltes Lob erfuhr das Blutschutzgesetz sogar durch orthodoxe Juden, die sich hierdurch den Schutz der im Talmud geforderten ethnischen Homogenität ihres Volkes erhofften. Der jüdische Historiker Willy Cohn, der im Jahr 1941 von den Nationalsozialisten ermordet wurde, schrieb am 19. September 1935 in sein Tagebuch: "Es sieht doch so aus, als ob die Gesetze vom vorigen Sonntag eine gewisse Beruhigung im Verhältnis zwischen Deutschen und Juden brächten.
Das Erfreuliche ist, daß das Judentum als Volkstum anerkannt wird. Den Assimilanten ist damit in Deutschland jede Möglichkeit entzogen. Hoffentlich lernen sie etwas aus dieser Stunde." Er berichtete merklich erfreut von einer jüdischstämmigen Protestantin, die nun "aus innerster Einstellung" zum Judentum zurückkehren wollte.

Haß auf Mischlinge

Die Salamitaktik, mit der die Nationalsozialisten die Juden anfangs von privilegierten Positionen ausschlossen und zum Ende hin millionenfach ermordeten, zeigte sich darin, daß sowohl die Pflicht zum Tragen eines Judensterns als auch die Deportationen in Ghettos und Konzentrationslager immer konsequenter auf sogenannte Halbjuden ausgeweitet wurden.
Georg Kareski machte laut Erwin Goldmann "keinen Hehl aus den Anstrengungen seiner Kreise, die Mischlinge ersten Grades auf dieselbe Stufe wie Volljude bringen zu lassen": "Ich sprach ihn dann auf seine Meinungen in der Mischehenfrage sowie hinsichtlich einer jüdisch-völkischen Kultur an und hatte rasch die Überzeugung, daß er ganz klar und eindeutig mit anderen Vorzeichen nationalsozialistische Grundauffassungen vertrat."
Zudem wurde das Frontkämpferprivileg, das jüdische Beamte, die im Ersten Weltkrieg als Soldaten für Deutschland geblutet hatten, zeitweise vor der Entlassung schützte, durch die Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 und die Fünfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 27. September 1938 aufgehoben. Kareski erklärte gegenüber Goldmann, "daß die Sonderbestimmungen für jüdische Frontkämpfer nicht zuletzt auf Ansuchen jüdischer Kreise beseitigt worden seien." Das sei Goldmann "später auch im Württembergischen Innenministerium amtlich bestätigt worden".
Die Nationalsozialisten erkannten keinen Widerspruch zwischen ihrem propagierten Antikapitalismus ("Brecht die Zinsknechtschaft!") und dem Einfluß der ultrakapitalistischen USA und bestimmter zionistischer Zirkel auf ihre antisemitische Gesetzgebung.
Deren mörderische Auswirkungen veranlaßten Papst Pius XI. am 14. März 1937 zur Mahnung: "Nur oberflächliche Geister können der Irrlehre verfallen, von einem nationalen Gott, von einer nationalen Religion zu sprechen, können den Wahnversuch unternehmen, Gott, den Schöpfer aller Welt, den König und Gesetzgeber aller Völker, vor dessen Größe die Nationen klein sind wie Tropfen am Wassereimer (Jesaja 40:15), in die Grenze eines einzelnen Volkes, in die blutsmäßige Enge einer einzelnen Rasse einkerkern zu wollen." (Aus der Enzyklika "Mit brennender Sorge") Das Schreiben wurde am 21. März 1937 heimlich in den katholischen Gemeinden Deutschlands verlesen.
_ *Julian Pastor ist Vorsitzender des Friedrich-Muckermann-Zentrums und Geschichtsreferent im Raum Stuttgart. Zurzeit forscht er zu belasteten Straßennamen im Landkreis Calw.*
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 01/2025.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Angela, ihre Domina und der Hund**
Die Merkel-Biographie und ihre Leerstellen. … Merkels Biographie Freiheit wird als wichtigstes politisches Buch des Jahres hochgejubelt. Dabei rechtfertigt sie sich langatmig und bereut nichts. Jedenfalls wird deutlich, wer sie herumkommandieren darf.
_ von *Michael Brück*

700 Seiten dick, sofort in 30 Sprachen übersetzt und in den USA von Barack Obama beworben - der Verlag Kiepenheuer & Witsch darf sich bei Angela Merkels Autobiographie über fette Umsätze freuen. Immerhin: Erstmals werden einige Einblicke in das Privatleben der langjährigen Bundeskanzlerin gewährt, wobei diese ihre DDR-Sozialisierung wie nie zuvor betont. Ausführlich schildert die in Hamburg geborene Pfarrerstochter ihre Kindheit in Brandenburg und ihre Jugend in der Uckermark.
Sie betont ihre Reibungspunkte mit dem SED-System, obwohl sie zunächst durchaus mitspielte, etwa als Mitglied der Thälmann-Pioniere und später auch der FDJ. Übrigens aus freien Stücken, wie der Leser erfährt - ihre Eltern hatten der junge Angela die Beitrittsentscheidung selbst überlassen. Ihre DDR-Zeit beschreibt Merkel als "ein ständiges Leben auf der Kante", nie wissend, wann eine Grenze übertreten war. Zumindest einmal ging sie wohl zu weit: Beim Rauswurf aus einer Marxismus-Leninismus-Vorlesung an der Universität in Leipzig, die allerdings keinen politischen Hintergrund hatte.
Kein AfD-Politiker wird in dem Buch namentlich erwähnt.
In wenigen Sätzen erfährt der Leser auch von Ulrich Merkel, dem ersten Ehemann und sozusagen Namensgeber der als Angela Kasner geborenen Kanzlerin, sowie ungleich mehr über ihren zweiten Ehemann, Manfred Sauer, der sie bis heute begleitet. Einblicke gibt es auch in die ersten politischen Schritte, die Merkel Mitte ihres vierten Lebensjahrzehnts in den letzten Tagen der DDR im Rahmen der Oppositionsgruppe Demokratischer Aufbruch unternahm und die sie nach deren Auflösung zur CDU führten. Nur einem Zufall verdankte Merkel ihre Nominierung als Direktkandidatin zur Bundestagswahl 1990 in Vorpommern-Rügen. Sie gibt selbst zu, ihren Karrierestart unter Helmut Kohl dem Status als ostdeutsche Quotenfrau zu verdanken.
Ein Baustein des Merkel'schen Erfolgsmodells war ihre den Stimmungen in der Bevölkerung angepaßte Flexibilität, selbst bei 180-Grad-Wendungen. Trocken schildert die Rautenfrau etwa, wie sie sich als Umweltministerin Mitte der 1990er Jahre für Nuklearenergie einsetzte und die umstrittenen Castor-Transporte ins niedersächsische Wendland verteidigte, aber 2011 als Reaktion auf das Reaktorunglück in Fukushima hastig den Atomausstieg durchsetzte - gegen den zunächst zögernden Koalitionspartner FDP und die Mehrheit des CDU-Präsidiums. "Ich kann Deutschland auch für die Zukunft nicht empfehlen, wieder in die Nutzung der Kernenergie einzusteigen", resümiert Merkel im Jahr 2024, also eine gescheiterte Energiewende später.

Minsk, Putin und der Labrador

Merkel nutzt ihre Memoiren, um zentrale Entscheidungen ihrer Kanzlerschaft ausführlich zu verteidigen - insbesondere die Bankenrettung 2008 und die sogenannte Euro-Rettung ab 2011. Doch neue Informationen aus dieser Zeit erfährt man kaum. Anders bei der Osteuropa-Politik, dort plaudert Merkel zumindest ein bißchen aus dem Nähkästchen.
Sie begründet ihren Widerstand gegen den NATO-Beitritt von Georgien und der Ukraine im Jahr 2008 - eine Aufnahme beider Länder hätte ihrer Ansicht zu einem Krieg mit Rußland geführt. Und sie gibt Einblicke in ihre Verzögerungstaktik, mit der sie den Druck der USA in unverbindliche Absichtserklärungen an Kiew und Tiflis umbog. Ihre Bremsbemühungen wurden auch von Putin anerkannt, der von ihr wie folgt zitiert wird: "Du wirst nicht ewig Bundeskanzlerin sein. Und dann werden sie NATO-Mitglied. Und das will ich verhindern."
Merkel stilisiert sich als Vermittlerin, etwa beim Minsker Friedensabkommen von 2014/15, für dessen Ausarbeitung sie unter anderem den damaligen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko mit seinem russischen Amtskollegen an einen Tisch brachte. Die Ex-Kanzlerin behauptet, Putin habe immer wieder versucht, die Gespräche zu torpedieren, nennt aber keine Details. Auf den Vorwurf, sie habe durch den Deal 2014 der Ukraine lediglich eine Verschnaufpause für weitere Aufrüstung verschaffen wollen, geht sie in ihrem Buch dagegen gar

nicht ein. Dabei hatte sie das selbst im Dezember 2022 gegenüber der Zeit ausgeplaudert - und weiter ausgeführt: "Sie (die Ukraine) hat diese Zeit auch genutzt, um stärker zu werden, wie man heute sieht."
Für internationalen Zündstoff sorgte die folgende Anekdote: Im Jahr 2007 hatte Putin bei Merkels Besuch im Kreml seine Labrador-Hündin Konni im Verhandlungszimmer frei herumlaufen lassen. Das sei ein Einschüchterungsversuch gewesen, da der russische Präsident von ihrer Angst vor Hunden gewußt habe, liest man in Freiheit. Doch der russische Präsident dementierte kurz nach der Buchveröffentlichung. Er erklärte, von Merkels Hundephobie nichts gewußt zu haben, und entschuldigte sich sogar für die anderthalb Jahrzehnte zurückliegende Situation.

Dröhnendes Schweigen

Die prägendste Entscheidung von Merkels Kanzlerschaft war aber eine innenpolitische: die Grenzöffnung. Niemals wolle sie ihren einsamen Entschluß vom 4. September 2015 als Einladung zu weiterer Migration verstanden haben, betont sie jetzt. Dazu paßt aber nicht, daß sie sich auch später weigerte, Zurückweisungen an den Grenzen durchführen zu lassen, und aktuell noch einmal gegen den damaligen CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer austeilt, der als Innenminister entsprechende Pläne bereits ausgearbeitet hatte.
Selbst bei einem Rückblick auf den Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016 fällt kein Wort der Selbstkritik. Ganz im Gegenteil lobt sich Merkel dafür, die Angehörigen der Opfer nach der Tat persönlich getroffen zu haben - und zwar, man faßt es nicht, geschlagene zwei Jahre später.
Eisernes Schweigen herrscht zur sogenannten Kemmerich-Affäre.
Merkels Gegner finden kaum oder gar keine Erwähnung. Selbst der Sturz von Friedrich Merz im Jahr 2002 wird nur in wenigen Sätzen als direkte Folge ihres Deals mit Edmund Stoiber beschrieben: Der CSU-Mann durfte Kanzlerkandidat der Union werden, sie im Gegenzug von Merz die Fraktionsspitze übernehmen. Auch die AfD wird kaum thematisiert - kein blauer Politiker wird in dem Buch namentlich erwähnt. Eisernes Schweigen herrscht zur sogenannten Kemmerich-Affäre, bei der die Kanzlerin aus dem fernen Südafrika faktisch zur Annullierung der Thüringer Ministerpräsidentenwahl aufrief. Die Botschaft der sonst detailliert ausführenden Autorin: Hier gibt es keinen Erklärungsbedarf.

Die furchteinflößende Rasputina

Aber eine Überraschung gibt es doch: Merkel holt ihre wichtigste Beraterin Beate Baumann ins Rampenlicht, sie fungiert sogar als Co-Autorin des Buches. Welche wichtige Rolle die Frau spielte, die fast 30 Jahre lang das Büro neben der Politikerin teilte, aber nie in der Öffentlichkeit auftauchte (es gibt sogar kaum Fotos von ihr!), zeigte sich Anfang September 2015. Im Buch wird beschrieben, wie die beiden angesichts der sich zuspitzenden Asylsituation eine Pressekonferenz vorbereiteten. Merkel selbst sei dabei spontan auf die Idee gekommen, mit ihren berühmten drei Worten "Wir schaffen das" Optimismus zu verbreiten - und Baumann habe sie aufgefordert, genau diese Formel auch gegenüber den Medien zu verwenden.
Was man in Freiheit nicht erfährt: Wie sehr Merkel unter der Fuchtel ihrer Beraterin stand. Dabei hat der Stern schon 2007 von deren Domina-Verhalten berichtet: "Wenn man sich auf die Suche nach Politikern macht, die Beate Baumann aus der Nähe kennen, stößt man ungewöhnlich oft auf Angst." Ein Beispiel für ihre Arbeitsweise: "Dauernd sitzt sie mit dabei und blickt stumm und streng und verschickt Kurznachrichten via Handy im Dutzend. Oder macht sich ihre akribischen Notizen. Schreibt sie "kluger Mann" hinter den Namen? Oder malt einen Totenkopf hinter den nächsten? Niemand weiß es. Nur sie selbst und die Kanzlerin. Das macht unsicher." In CDU-Kreisen habe man sie hinter vorgehaltener Hand als "Rasputina", "Königskobra" oder "Zerbera" bezeichnet.
Baumann habe auch "die Kanzlerin schonungsloser kritisiert, als es sich irgend jemand sonst

erlauben kann. Selbst Ausbrüche vor Zeugen sind verbürgt". Der Stern nannte Beispiele: "Wie konnten Sie nur so etwas sagen!", habe Baumann ihre vermeintliche Chefin einmal zurechtgewiesen. Als Merkel, damals noch Umweltministerin, bei schwierigen Klimaverhandlungen der UNO mitten in der Nacht in Tränen ausbrach, habe die Westdeutsche sie angeschnauzt: "Nun reißen Sie sich mal zusammen!"

Medienreaktionen

Selbst die Mainstream-Presse muß festhalten, daß die Biographie nur "in Maßen selbstkritisch" (MDR) sei. Merkel klinge wie jemand, der "ganz mit sich im Reinen ist" (Freie Presse). Auch die Oberflächlichkeit der Erzählung ist ein großer Kritikpunkt. "Wer sich einen Blick hinter die Kulissen wünscht, wird (…) enttäuscht", kritisiert etwa die Taz, und auch Merkels ehemaliger Dauerrivale Horst Seehofer konstatiert, "nichts Neues" entdeckt zu haben.

Baumann trat Anfang der 1980er Jahre der CDU bei, "weil sie die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in Deutschland unterstützte, die damals zu Protesten führte", schrieb die Nachrichtenagentur Bloomberg 2013. Man darf also sagen, daß die gebürtige Osnabrückerin schon viel früher beinharte Transatlantikerin war als Merkel.

Der Stern resümierte: "Niemand kennt die Schwächen der Chefin besser und benennt sie ungeschminkter als sie." Dazu gehörte vielleicht auch eines der bestgehüteten Geheimnisse: Ob die spätere Kanzlerin für die Stasi gearbeitet hat. Entsprechende Beweise ließen sich nur in der sogenannten Rosenholz-Datei finden, die die CIA in den Wirren der Wende an sich gebracht hat. Ein Mensch, der solche Dokumente gegen Merkel in der Hand hätte, dürfte ungefähr die Macht über sie haben, die Baumann bis heute hat.

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 01/2025.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31435" berichtet am 17. Dezember 2024 (x1.427/…): >>**Alternativ-WEF: Koryphäen der Aufklärungsszene bilden Schulterschluß**

Herzlich willkommen bei Kla.TV.

Wir sind für Sie in Prag - der goldenen Stadt im Herzen Europas. Eine Stadt, die mit ihrer beeindruckenden Geschichte, ihrer atemberaubenden Architektur und ihrem einzigartigen Charme immer wieder Menschen aus aller Welt begeistert.

Doch Prag ist nicht nur ein historisches Juwel - heute tagt hier erstmalig die "Alternative West Ethic Formation", kurz Alternativ-WEF. Geladen sind bekannte Wissenschaftler, Journalisten, Aktivisten, Medienschaffende und weitere Koryphäen der Aufklärungsszene mit dem Ziel, fruchtbare Ideen für eine lebenswerte Zukunft zu entwickeln.

Alternativ-WEF stellt sich gegen den von Klaus Schwab und seinem "World Economic Forum" propagierten Great Reset. (www.kla.tv/27824) Darin heißt es nämlich: "Du wirst nichts mehr besitzen und glücklich sein."

Die selbsternannte Weltelite um Klaus Schwab setzt ihre Agenda bekanntlich seit vielen Jahren in die Tat um. Durch immer neue und vor allem selbst verursachte Krisen, in Form von Pandemien, Wirtschaftskrisen, blutigen Kriegen und vielem mehr. Dies jedoch nur, um dann mit scheinbaren "Auswegen" ihren Plan zur totalen Kontrolle und Enteignung der Menschheit radikal umzusetzen.

Das Alternativ-WEF soll ein mächtiger Gegenschlag zu dieser globalen Agenda werden und wichtige Vordenker der Freiheitsbewegung zusammenbringen. Stefan Magnet, der Initiator des A-WEF faßte es in seiner Einladung wie folgt zusammen:

"Wir müssen neue Wege beschreiten, gemeinsam statt gespalten,
für eine freie Welt von morgen."

Was auf dem Programm des Alternativ-WEF steht, macht Hoffnung:

Menschen, die seit Jahren und Jahrzehnten mutig für Freiheit und Aufklärung eintreten, bilden an diesem Tag Synergien und wollen konstruktive Gegenprogramme zum Great Reset entwik-

keln.
Doch was bedeutet das konkret? Und könnte Prag heute die Weichen für eine globale, bessere Zukunft stellen?
Klagemauer.TV wird bei den Podiumsgesprächen von Elias Sasek vertreten, dem Sohn von Kla.TV-Gründer Ivo Sasek. Wir begleiten ihn und viele andere Koryphäen der Aufklärungs- und Freiheitsbewegung, die bis heute Rückgrat bewiesen haben und mit uns gemeinsam die Welt von morgen gestalten wollen.
Robert Stein (NuoViso): So ein Treffen ist mir bisher noch nicht untergekommen. Wir haben ja hier 30, 40 Leute aus der alternativen Medienszene, so viele verschiedenen Medienmacher und Aktivisten, Rechtsanwälte, Mediziner. Das ganze Panel ist da. Alle, die jetzt in den letzten Jahren ihren Kopf rausgestreckt haben und gesagt haben: "Da mach ich nicht mit." Die sind zum ersten Mal hier vereint und das ist natürlich unglaublich, jetzt alleine als Teilnehmer dabei zu sein und diese Energie zu spüren, daß da alle sich einig sind.
Wir hatten ja am gestrigen Tag ein Planspiel durchgemacht nach dem Motto: Es wird wieder so eine bakterielle Epidemie ausgerufen und wir befinden uns quasi danach, im Dezember 25. Und die Arbeitsgruppen mußten dann mehr oder weniger herausfinden: Was haben wir getan als alternative Medien, als Aktivisten, als Mediziner, als Rechtsanwälte, um das zu verhindern?
Moderator: Bei mir steht Elsa Mittmannsgruber von AUF 1. Wie ich hörte, eine Initiatorin oder auch die Ideengeberin der Veranstaltung, dieser Konferenz vom Alternativen WEF. Frau Mittmannsgruber, wie empfinden Sie die Konferenz bis hierher, Tag 2. Wie geht es Ihnen? Sind Sie zufrieden?
Elsa Mittmannsgruber (AUF1): Ja, ich bin völlig begeistert. Es ist wirklich Aufbruchsstimmung hier in den Räumen. Es wurden wirklich spannende, brisante Themen auf den Tisch gebracht. Man hat sich da wirklich ohne Maulkorb geäußert und wirklich auch versucht, Lösungen zu finden. Ich bin da wirklich guter Dinge, daß man daran anknüpfen kann, daß sich da echt was Großes noch entwickeln kann.
Gerhard Wisnewski (Investigativer Journalist): Wenn man die alle sieht und trifft und Hand schüttelt usw., dann wird man gestärkt und man fühlt also viel unmittelbarer: Man ist nicht alleine.
Heiko Schöning (Analyst, Autor): Es ist mal eine hervorragende Sache, daß man zusammenkommt, daß man miteinander spricht, daß man miteinander diskutiert - also einen wirklich möglichst großen Debattenraum schafft.
Martin Sellner (Publizist, Aktivist): Und wir müssen die Leute aufrufen und ihnen klar sagen: Ihr müßt euch lateral, also vor Ort vernetzen. Weil nur, wenn wir jetzt viele kleine Zellen schaffen, kleine Gruppen und Gemeinschaften, dann können wir auch im Fall einer echten Zensur oder einer großen Krise agieren.
Moderator: Also grandios, mit Dir zu sprechen oder Dich sprechen zu hören. Alles Gute auch hier beim A-WEF, daß ihr dort ganz gut vorwärts geht. Ganz viel Erfolg auch bei der Arbeit, die Du tust, viel Kraft, immer nach vorwärts.
Kayvan Soufi-Siavash (Medienschaffender, Philosoph): Euch auch und ich finde das sehr gut, daß wir hier bei diesem Alternativen-WEF etwas eben überwunden haben - diese Spaltung! Genau, das andere ist alles Quatsch. Raus aus der Spaltung! Mit wem hast du dich getroffen? Mit Menschen. Was haben die so gesagt? Verschiedene Sachen.
Frank Höfer (NuoViso / NuoFlix): Das Ziel, die Aufgabe ist wichtiger und das eint uns. Und da wird es in Zukunft viel mehr Zusammenarbeit geben und das wird insbesondere dadurch auch getragen werden, daß man endlich mal diesem Argument der Kontaktschuld keine Energie mehr gibt.
Dr. rer. ol. Eike Hamer von Valtier (Wirtschaftswissenschaftler): Wenn ich anfange, einige

Meinungen aus dem Spektrum auszuschließen, dann beende ich die Demokratie. Denn dann können die Leute sich auch gar kein richtiges Bild mehr bilden, sondern dann werden sie kanalisiert.
Michael Ballweg (QUERDENKEN-711): Ja, so ein Tag wie heute gibt natürlich auch wieder viel Energie. So wie die großen Demonstrationen sicherlich vielen Menschen Energie gegeben haben. Sieht man jetzt auch an so einer Aufbruchskonferenz, auf der wir jetzt hier gerade sind. Ist auch wieder so eine Energietankstelle.
Michelle Gollan (Influencerin "EinGollan"): Gestern war für mich auch einfach ein sehr schöner Tag, weil es eine positive Energie war, so viele Menschen hier zu sehen, die alle so das gleiche Ziel haben. Natürlich hat jeder so seinen Schwerpunkt und macht es auf seine Weise. Der eine ist groß auf X. Der andere ist auf Youtube und, und … Aber im Grundsatz wollen wir alle das Gleiche, eben daß unsere Meinungsfreiheit wieder existent ist und ein besseres Leben, ein entspannteres Leben für alle und vielleicht auch ein besseres Deutschland, Österreich, Schweiz und, und …
Martin Rutter (Impfopfer-Verein / impfopfer.info): Der Hauptauftrag ist relativ einfach. Der absolute und vehemente Kampf gegen die Globalisten in allen Bereichen. Das ist ein relativ kleiner Auftrag.
Moderator: Daher bist du jetzt hier, beim Alternativen-WEF, sehr schön!
Dr. Paul Brandenburg (Investigativer Journalist, Arzt): Wir haben uns jetzt zum ersten Mal getroffen. So ging es mir mit vielen anderen auch. Dieser ganz banale menschliche Kontakt plötzlich mit Kollegen, der ist schon wahnsinnig viel wert. Daß das Ganze mit dem Überbau eines alternativen WEFs dann ist. Das ist ja ein bewußt gewählter Name. Der ist ein bißchen provokant. Es war ja an und für sich das Gegenteil des WEF.
Hier war nichts geheim, abgesehen von der Veranstaltungslokalität, damit es keine Störung gibt. Aber alle Inhalte werden gezeigt. Hier wird nicht gekungelt und geheimgebündelt, sondern es wird offen diskutiert. Das ist eine zweite wunderbare Sache. Das ist also eine Kombination von zwei Sachen, die uns lange gefehlt hat in dieser freien Medienwelt - und ich hoffe, daß es weitergeht.
Prof. Dr. Michael Meyen (Kommunikationswissenschaftler): Ja, ich bin mit etwas Skepsis angereist, wußte nicht genau, was mich erwartet. Hab heute früh auf der Bühne Vaclav Klaus (Staatspräsident - Tschechische Republik (2003-2013)) gesehen in Prag. Das war schon ein tolles Erlebnis. Ein Politiker, der Formen prägen kann - Demokratie ohne Adjektive - und der dann anfängt, Ideologiekritik zu üben. Und der hat das in drei Minuten wunderbar gemacht. Ab da war ich drin in der Veranstaltung und bin nicht enttäuscht worden von dem, was danach gekommen ist.
Ralf Ludwig (Rechtsanwalt): Das müssen wir häufiger machen. Das haben wir sowieso festgestellt. Also wir haben festgestellt, effektives Arbeiten ist eigentlich fast nur dann möglich, wenn wir uns auch analog treffen. Das war ja auch ein bißchen das Ziel der Corona-Maßnahmen, daß man verboten hat, sich analog zu treffen. Es durften sich ja nur zwei oder drei Leute treffen. Dann mit Masken usw. Man sollte nicht reisen. Man hatte nur diesen 15 km-Umkreis usw. weil man natürlich weiß, wie kraftvoll analoges Treffen ist.
Beate Bahner (Fachanwältin für Medizinrecht): Wir kennen das. Wir wissen, wie es sich anfühlt, verfolgt, geächtet, wie auch immer geframt zu werden und plötzlich alles Mögliche zu sein. Wir nehmen all die Mutigen natürlich gerne auf, die bislang so wie wir an einen Rechtsstaat, an eine Demokratie, an einen Staat geglaubt haben, der es gut mit uns meint. Bullshit. Da sind wir drauf reingefallen, jetzt wissen wir es besser. Aufklärung ist der erste Schritt.
Moderator: Herr Prof. Dr. Bhakdi, als Sie vor kurzem gesagt haben, bei der AZK war das, meine ich, daß Sie jetzt in den Ruhestand gehen, da waren wir alle ein bißchen traurig, ziemlich traurig muß ich sagen. Sie jetzt hier so stehen zu sehen mit Ihren strahlenden Augen, mit

Ihrem Engagement, hier Anwälte am Vereinigen, um heute den Leuten zu helfen. Das hat mich tief berührt und sehr bewegt. Das heißt, wenn das Ihr Ruhestand ist, dann können wir, glaube ich, damit leben. Ist das so, ja?
Prof. Dr. Sucharit Bhakdi (Professor für Medizinische Mikrobiologie): Also das, was mich wieder zum Leben erweckt hat, waren die Robert-Koch-Protokolle. Weil da habe ich die Chance gesehen. Es war wunderbar. Vor allen Dingen das über die Impfung. Die haben sich selbst verraten, und zwar nach Strich und Faden. Alles ist jetzt raus.
Stefan Magnet (AUF1): Was wir wissen ist, daß wir uns weiterentwickeln wollen, daß wir mehr zusammenarbeiten wollen und deswegen bin ich positiv. Mit jeder Krise verliert das System auch Leute, die an das System glauben und das wurde auch heute sehr oft wiederholt. Wenn einmal jemand aus dem System weg ist, weil er aufwacht, weil er erkennt, daß hier die Lüge am Werk ist, dann ist er bereit, sich zu verändern. Und er geht vor allem nie wieder in das System zurück. Und das ist das Entscheidende. Und mit diesen Leuten können wir dann in Zukunft arbeiten und das werden mit jeder Krise mehr.
Ganz klar, es geht auf das Auge des Sturmes, in das Auge des Hurricanes geht es zu und dort werden wir dann ganz klar sehen. (Scherzeinlage von Thomas Eglinski: Entschuldigung, Wladimir Putin ruft gerade an.) … Die Leute sind schon gut gelaunt. Ihr entscheidet, ob Ihr das rausschneidet. Thomas stand jetzt 14 Stunden auf der Bühne, der ist natürlich jetzt unterzuckert und muß hier was Lustiges machen. Das ist auch alles in Ordnung. So läuft es hier ab. Das ist die Realität. Ich denke wir gehen auf spannende Zeiten zu und ich hoffe, daß es eine Fortsetzung geben wird. Wir sind jedenfalls vollkommen motiviert und wir wollen weitermachen.
Elias Sasek (Kla.TV): Also ich fand es eine sehr fruchtbare Zeit, einander mal von Angesicht zu Angesicht zu sehen und ich denke, eine der schönsten Erfahrungen war, von allen Seiten zu hören, es gibt dieses Thema Kontaktschuld in der freien Aufklärungsszene nicht mehr. Das hat mich enorm gefreut. Nicht mehr schräg anschauen, oh, will ich mit dem zu tun haben oder nicht? Reserviertheitszonen wurden aufgelöst.
Das hat wirklich meine Erwartungen bei weitem übertroffen, zu merken, jetzt ist die Zeit da, wo das Konkurrenzdenken abgebaut ist und man miteinander in die Zukunft geht, miteinander Ziele erreichen möchte. Wo man merkt, die Weltlage ist so angespannt. Wir müssen zusammenkommen. Das Konkurrenzdenken muß weg. Die Kontaktschuld muß weg. Berührungsängste müssen weg. Also von dem her ein absolutes Highlight hier.<<

18.12.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 18. Dezember 2024 (x1.428/…): >>**Nur 0,5 % der Syrer asylberechtigt: Scheinflüchtlinge konsequent abschieben!**
Diese Zahlen widerlegen das Märchen der etablierten Parteien, wonach angeblich nur "Flüchtlinge" aus Syrien zu uns gekommen wären: Von den insgesamt 974.136 Syrern in Deutschland (Stichtag 31. Oktober 2024) sind nur 5.090 Personen als asylberechtigt anerkannt, was einem Anteil von 0,52 Prozent entspricht. Diese Zahlen mußte Innenministerin Faeser (SPD) nach einer entsprechenden Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Leif-Erik Holm bekanntgeben.
Die anderen Syrer waren entweder lediglich "subsidiär schutzberechtigt" (329.242), erhielten einen sogenannten "Flüchtlingsschutz" (321.444) oder haben nicht näher benannte "sonstige Aufenthaltsgründe" (318.360). Mehr als eine halbe Million Syrer (genau genommen 517.839 Personen) beziehen Bürgergeld. Man muß kein Mathematikprofessor sein, um zu erahnen, daß unser Sozialstaat mit dieser Migrationspolitik nicht zukunftsfähig ist.
Insbesondere die CDU will aktuell wieder so tun, als hätte sie damit nichts zu tun und als würde sie für eine konsequente Rückkehr von nicht asylberechtigten Syrern in ihre Heimat

stehen - dabei ist die CDU in Wahrheit die Mutter der syrischen Massenmigration nach Deutschland.
Es war CDU-Kanzlerin Merkel, die mittels eines "Selfies" mit einem jungen Syrer das Signal zur unbegrenzten Migration nach Deutschland gab. Aktuell schielt die CDU auf eine schwarz-grüne Bundesregierung, was nichts anderes bedeutet als die konsequente Fortsetzung der unverantwortlichen Massenmigrationspolitik.
Nur mit der AfD erfolgt auch im Hinblick auf syrische Migranten die Migrationswende: Wir werden einen Migrationsstop für Syrer umsetzen, den Familiennachzug stoppen, das Bleiberecht von Syrern angesichts des Assad-Sturzes umfassend überprüfen und asylunberechtigte syrische Scheinflüchtlinge in ihre Heimat zurückführen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. Dezember 2024 (x1.429/…):
>>**Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: AfD führt in der Medienwahrnehmung von Jungwählern mit weitem Vorsprung**
Jung- und Erstwähler informieren sich über politische Inhalte so gut wie ausschließlich über soziale Medien, allen voran TikTok, "X" und Instagram. Die AfD ist in diesen Medien mit weitem Vorsprung die präsenteste Partei. Fernsehen, Radio und klassische Zeitungen spielen für die Altersgruppe dagegen praktisch keine Rolle mehr. Das bestätigt eine von drei Politikwissenschaftlern der Freien Universität Berlin erstellte Studie im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung.
Das Ergebnis dürfte den Auftraggebern wenig gefallen haben. Die Politologen hatten im Umfeld der EU-Wahl im Juni 2024 rund 8.000 Fragebögen mit Antworten von jungen Leuten zwischen 15 und 20 Jahren ausgewertet. Fast zwei Drittel geben an, daß die AfD in den von ihnen genutzten sozialen Medien besonders präsent sei. Die Wahrnehmung der an zweiter Stelle genannten "Grünen" bewegt sich dabei nur noch im einstelligen Prozentbereich.
Je jünger die Befragten, desto positiver sehen sie die AfD, und desto negativer ist bei ihnen das Image von "Grünen", FDP und "Linke", lautet ein weiteres Fazit. Bei jungen Männern ohne Abitur im ländlichen Raum ist die AfD die beliebteste Partei, die "Grünen" stehen an letzter Stelle. Umgekehrt bevorzugen junge Frauen in Großstädten mit formal hoher Bildung eher die "Grünen" und sehen die AfD in der Regel negativ.
Die Spaltung macht deutlich, daß die "Grünen" die sicher geglaubte Meinungshoheit über die Köpfe der jungen Leute weitgehend verloren haben. Über die "links-grün" dominierten klassischen Medien sind sie für sie auch kaum noch erreichbar. Die von "Grünen", SPD und Linken vielfach durchgesetzte Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre erweist sich vor diesem Hintergrund als veritabler Pyrrhussieg.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. Dezember 2024 (x1.429/…):
>>**"Zutiefst demokratieverachtend": Etablierte Fraktionen setzen AfD-Anträge willkürlich von allen Tagesordnungen ab**
Der Erfindungsreichtum des Etablierten-Kartells beim Ausgrenzen der AfD-Opposition scheint unerschöpflich. Stephan Brandner, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, informiert die Öffentlichkeit über ein neues perfides Manöver, mit dem in den letzten Sitzungswochen vor der vorgezogenen Bundestagswahl die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Positionen der AfD-Fraktion von den übrigen Fraktionen gezielt verhindert wird.
Bereits abgeschlossene Initiativen der AfD-Bundestagsfraktion, berichtet Brandner, würden auch in der laufenden letzten Sitzungswoche vor Weihnachten wiederum zunächst von der Tagesordnung des Plenums in die Ausschüsse zurückverwiesen und anschließend in sämtlichen Ausschüssen ohne stichhaltige oder nachvollziehbare Begründung komplett von den Tagesordnungen abgesetzt.
Für den Parlamentarischen Geschäftsführer ist dieses Vorgehen "zutiefst demokratieverach-

tend" und ein offener Widerspruch zur Selbstwahrnehmung des Deutschen Bundestags als "Arbeitsparlament", die in der Öffentlichkeit sonst gerne hochgehalten werde: "Diese systematische Blockade durch sämtliche Altfraktionen gleicht geradezu einem Absetzungsmassaker", kritisiert Brandner.
Das "Kartellverhalten" offenbare "einerseits, wie wenig Respekt die Altparteien vor den demokratischen Prinzipien haben, und andererseits, wie viel Angst sie vor einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit unseren Positionen verspüren". Seine Fraktion werde weiterhin "konsequent für die Wahrung demokratischer Grundsätze kämpfen" und sich "durch die parlamentarischen Tricksereien der anderen nicht mundtot machen lassen", erklärt Stephan Brandner.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 18. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Polizei erschießt Messer-Angreifer in Göttingen**
Im niedersächsischen Göttingen hat die Polizei am Mittwochabend einen 35-jährigen Mann erschossen, der die Beamten mit einem Messer angegriffen haben soll. Der Vorfall ereignete sich gegen 17:30 Uhr im Stadtteil Geismar, wie die Ermittler am späten Abend mitteilten. Der mutmaßlich psychisch kranke Mann soll zunächst eine Frau grundlos angegriffen und geschubst haben. Opfer und Täter kannten sich nach ersten Informationen nicht.
Von ihrer Wohnung aus alarmierte die Göttingerin die Polizei. Als die erste Funkstreife vor Ort eintraf, um den Sachverhalt aufzunehmen, soll der Mann die Beamten mit einem Messer angegriffen und dabei einen von ihnen im Bereich des Oberkörpers verletzt haben. Der Polizist gab daraufhin einen tödlichen Schuß aus seiner Dienstwaffe ab. Aus Gründen der Neutralität sollen alle weiteren Ermittlungen in dem Verfahren in eine andere Polizeiinspektion wechseln. Welche das sei, werde noch geklärt, hieß es von der Göttinger Polizei.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 18. Dezember 2024 (x1.430/…): >>**Correctiv für "Geheimplan-Recherche" mit weiterem Preis ausgezeichnet**
Das Medium Magazin zeichnet fünf Correctiv-Journalisten für ihre "Geheimplan gegen Deutschland-Recherche" als "Journalistinnen und Journalisten des Jahres" aus. Gelobt werden sie insbesondere für die rechtliche Absicherung der Recherche. Diese ist jedoch überaus zweifelhaft.
Jonas Aston
Correctiv erhielt bereits zahlreiche Preise
Das Medium Magazin zeichnet die Correctiv-Journalisten, die an der "Geheimplan gegen Deutschland-Recherche" mitgewirkt haben, als "Journalistinnen und Journalisten des Jahres" aus.
Konkret wird den beiden Chefredakteuren Justus von Daniels und Anette Dowideit sowie den Senior Reportern Jean Peters, Gabriela Keller und Marcus Bensmann der Preis überreicht.
In der Begründung der Jury heißt es, daß die Recherche zu "einer bislang einzigartigen Protestwelle in Deutschland" geführt habe. Außerdem erklärt die Jury: "Durch die enge Zusammenarbeit verschiedener Fachrichtungen - von klassischer Recherchearbeit über Faktencheck, Kommunikation und Rechtsberatung - konnte die Recherche präzise durchgeführt und rechtlich abgesichert werden". Weiter heißt es: "Gegenüber juristischen Angriffen verteidigte das Correctiv-Team bis zuletzt seine Recherche erfolgreich."
Doch der Wahrheitsgehalt dieser Bemerkung ist überaus fraglich. Tatsächlich mußte Correctiv bereits mehrere juristische Niederlagen einstecken. Gegenüber dem Staatsrechtler Ulrich Vosgerau gemachte Bemerkungen war man gezwungen, zu revidieren. Infolge dieses Urteils vom Landgericht Hamburg erklärte Correctiv-Chefredakteur Daniel Schraven dennoch, daß das Gericht den "Kern des Artikels" bestätigt habe.
Hier sah sich das Landgericht erneut gezwungen, zu intervenieren. Das Landgericht stellte klar, daß man die Recherche eben keiner inhaltlichen Kontrolle unterzogen habe. Des Weite-

ren wurde es Schraven untersagt, entsprechende Äußerungen weiter zu tätigen. Zuletzt wurde die Aussage der AfD-Politikerin Beatrix von Storch, der zufolge Correctiv "dreckige Lügen" verbreitet hätte, als zulässige Meinungsäußerung gewertet.
Es ist nicht das erste Mal, daß Correctiv für seinen Beitrag über das angebliche Geheimtreffen in Potsdam ausgezeichnet wird. So wurde dem Medium bereits der Leuchtturm-Preis des Netzwerks Recherche für besondere publizistische Leistungen übergeben. Zudem hat man den Preis für die Freiheit und Zukunft der Medien der Medienstiftung der Sparkasse Leipzig erhalten. Insbesondere wurde Correctiv hier für das Anstoßen von "Demonstrationen für Demokratie, Vielfalt und Toleranz" prämiert.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Zeit der Wendehälse**
Von *Martin Sellner*
"Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren. Es ist die Zeit der Wendehälse." Dieses leicht abgewandelte Zitat von Antonio Gramsci könnte man als Bildunterschrift unter folgende Visagen setzen: Justin Trudeau, Premier von Kanada; Keir Starmer, Premier von Großbritannien; bei uns Friedrich Merz, Cem Özdemir, Karl Nehammer, Rudolf Fussi und viele weitere.
Plötzlich hört man von ihnen: Die Migration sei zu hoch gewesen. Masseneinwanderung mache unsere Straßen unsicher und belaste den Arbeitsmarkt. Diese Figuren, die jahrelang den Bevölkerungsaustausch organisierten und alle Kritiker verfolgten, haben am laufenden Band ihre migrationspolitischen Damaskuserlebnisse. Starmer sagte sogar wortwörtlich: "Dies geschah mit Absicht, nicht aus Zufall. Die Einwanderungspolitik wurde planmäßig geändert. Es war ein Fehlschlag."
Was ist der Grund für diese verbale Kehrtwenden? Der Wahlsieg von Donald Trump war nur der letzte Anlaß. Die linken Wendehälse wissen genau: Die fetten Jahre sind vorbei. Unsere desaströsen Rußland-Sanktionen, die Deglobalisierung und die Diadochenkriege nach dem Ende der Pax Americana sind Gründe.
Auch die fatale Deindustrialisierung im Mäntelchen der Energiewende, die Überalterung unseres Volkes und natürlich der Import von niedrig gebildeten, hoch konfliktbereiten und tief religiösen jungen Männern haben Spuren hinterlassen. Die derzeitigen Wahlerfolge für AfD und FPÖ sind nur ein Vorgeschmack. Bereits jetzt fordern 85 Prozent aller Österreicher Abschiebungen nach Syrien und 50 Prozent eine "umfassende Remigration".
Die kommende Krise wird zu massiven Verteilungskämpfen führen. Die Migrationsfrage bestimmt - und gewinnt! - Wahlen. Überstürzt folgen auch Mainstream-Linke daher dem dänischen Modell und der Wagenknecht-Strategie. Sie werden populistisch und kritisieren die Einwanderung.
Diese Manöver sind durchschaubar. Die Aktien von Multikulti befinden sich im Absturz. Nur wer sie jetzt rasch abstößt, macht noch politischen Gewinn. Wer als Linker in der jetzigen Phase Tabus bricht und Migration kritisiert, bekommt vom patriotischen Lager eine gewisse Anerkennung. Viele honorieren sie als angebliche Überläufer der ersten Stunde.
Gleichzeitig kaufen sich die Wendehälse in das Remigrations-Portfolio ein, solange das noch günstig geht. Wenn in einer künftigen Wirtschaftskrise das Thema steil geht, können sie auf ihren frühen Einstieg verweisen. Ich will betonen, daß ich allen diesen Damen und Herren keinen Meter weit traue.
Wie Wetterhähne drehen sie sich in den Wind, den wir Patrioten unter vielen Opfern entfacht haben.
Doch ihre Kehrtwenden markieren auch unseren massiven Erfolg! Wir werden nicht zulassen, daß sie ihn stehlen! Einwanderung darf nun urplötzlich in scharfen Worten kritisiert werden, aber nur von den "guten Etablierten". Die "bösen Extremisten", wie Höcke, Kickl, Elsässer

und meine Wenigkeit müssen weiterhin draußen bleiben. Wir haben die politische Brücke gebaut. Die frisch gebackenen Migrationskritiker wollen sich jetzt vordrängen und uns den Weg versperren! Aber das wird ihnen nicht gelingen.
Ihre Kehrtwenden markieren auch unseren massiven Erfolg!
Erstens sind ihre Parolen Lippenbekenntnisse, und ihre Reformen kratzen nur an der Oberfläche. Die geopolitischen Hintergründe der Masseneinwanderung sprechen sie nicht an. Der Bevölkerungsaustausch wird verschwiegen, und von Remigration wollen sie nichts wissen. Die Leute spüren das. Zweitens unterschätzen sie das Gedächtnis des Volkes. Wir wissen genau, was sie 2015 während der Invasion und 2022 während der Lockdowns gesagt haben. Wir werden sie täglich daran erinnern. Wer die Wende stehlen und "Gatekeeper", also Türwächter, einer gelenkten Opposition werden will, muß sich warm anziehen.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 01/2025.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**US-Todeslager: Das Grauen von Remagen**
Von *Gero Bernhardt*
Das Lager im heutigen Landkreis Ahrweiler steht stellvertretend für den KZ-Terror der US-Besatzer. Besonders schlimm traf es die internierten Frauen. Ein Auszug aus unserer Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner - Massenmord an Deutschen auf den Rheinwiesen". Wir verschweigen die Wahrheit nicht. …
Beim Kriegsverbrecherprozeß von Nürnberg 1945/46 saßen über Deutsche die Vertreter von Mächten zu Gericht, die sich selbst entsetzlicher KZ-Verbrechen schuldig gemacht hatten. So hatte zum Beispiel der sowjetische Chefankläger Roman Andrejewitsch Rudenko als führender Mitarbeiter der stalinistischen Generalstaatsanwaltschaft ab 1929 entscheidende Verantwortung für die Vernichtungslager des Archipel Gulag.
Bis 1953 wirkte er als Stalins Chefankläger in der Ukraine und ließ Hunderttausende in Lager verfrachten. Dann stieg er zum Generalstaatsanwalt der Sowjetunion auf und wirkte im Sommer 1953 an der blutigen Niederschlagung des Häftlingsaufstands im Lager Workuta mit.
Zu den US-Richtern beim Alliierten Militärtribunal in Nürnberg zählte Francis Biddle. Der hatte Anfang 1942 als Generalstaatsanwalt in den USA fungiert und dafür gesorgt, daß Amerikaner japanischer Abstammung als "gefährliche Elemente" in Konzentrationslager gepfercht wurden. Diese Lager unterstanden der Aufsicht des Direktors der sogenannten War Relocation Authority.
Bei diesem Direktor handelte es sich um Milton S. Eisenhower, den Bruder des westalliierten Oberbefehlshabers im Zweiten Weltkrieg und späteren US-Präsidenten, Dwight D. Eisenhower, der für den Terror in den Rheinwiesenlagern 1945/46 Verantwortung trug und sich damit eines der entsetzlichsten Menschheitsverbrechen der Geschichte schuldig gemacht hat. (…)
Hunger, Regen und Kälte
Der Historiker Andreas Hillgruber (1925-1989) - Koryphäe auf dem Gebiet der Geschichte des Zweiten Weltkriegs, der 1983 als einer der Ersten die angeblichen Hitler-Tagebücher des $Stern$ als Fälschung entlarvt hat, gehörte zu den prominentesten Insassen des US-Lagers Remagen. Er schrieb 1987 an den damaligen Bürgermeister der Stadt, Hans Peter Kürten:
"Sie planen, im Sommer ein Mahnmal für die Opfer des berüchtigten Hungerlagers Remagen-Kripp zu errichten. Ich möchte Sie aus vollem Herzen dabei unterstützen. Ich selbst war von April 1945 bis Mitte September 1945 zunächst im Lager Kripp, dann in Sinzig und schließlich in Andernach, dem dritten Hungerlager. Als ich 1972 den Ruf zur Universität Köln erhielt, ging meine erste Ausflugsunternehmung an den Ort des Grauens in Kripp und Sinzig. Man fand, abgesehen von einem bescheidenen Hinweis auf den Soldatenfriedhof in Bodendorf, wo Opfer begraben liegen, keinerlei Erinnerung an das damalige Geschehen. Daß dies nun anders wird, ist Ihrer Initiative zu verdanken. Ich meine, daß man es den Opfern schuldig ist, sie nicht

zu vergessen."
Bei der Einweihung einer Erinnerungs-Kapelle bei Remagen im Juni 1985 sagte Johannes Stöber, Diözesanreferent im Erzbistum Köln, der ebenfalls im Lager Kripp eingesperrt war: "Zu mehr als 250.000 Männern und auch Frauen sind wir hier wie eine große Herde Vieh auf einem riesigen Ackerfeld zusammengetrieben und -gehalten worden, ohne jede Unterkunft, darauf angewiesen, mit Eßlöffeln und Taschenmessern, soweit noch vorhanden, Erdlöcher zu graben und diese dann mit hier und da in die Gefangenschaft geretteten Zeltplanen, Decken oder Mänteln zu schließen." (…)
Frauen hinter Stacheldraht
Das im März 1945 von der US-Armee eingerichtete riesige Freiluft-KZ zog sich auf der sogenannten Goldenen Meile von Remagen bis Bad Breisig hin. Bis zu 300.000 kriegsgefangene Deutsche waren in verschiedenen Camps, von den Amerikanern "Cages" (Käfige) genannt, zusammengepfercht.
Sie wurden durch Stacheldraht-Barrieren voneinander getrennt. In jedem der Camps vegetierten zwischen 5.000 und 7.000 Insassen. Das gesamte Lager war umgeben von einem hohen Stacheldrahtzaun und zahlreichen Wachtürmen. Die Lagergrenzen waren nachts durch Scheinwerfer taghell erleuchtet, auf Flüchtende wurde sofort geschossen.
Es gab auch ein Frauen-Camp auf der Goldenen Meile. Eine der Insassinnen berichtet: "Ich war dort vom 20. April bis Mitte Juni 1945. Mit hungrigen Augen mußten wir zusehen, wie alles von uns genommen wurde. Die 'Sanitäranlagen' waren so peinlich für uns, eine Grube, öffentlich dem Ami lachend zur Schau gestellt.
Wo waren unsere Kriegsgefangenenrechte, die der Amerikaner in seinen Flugblättern angab, die zu Tausenden abgeworfen wurden? (…) Die Leidenden, die damals eingezäunten Menschen, die in Not und Elend dahinvegetierten, was hatten sie verbrochen? Sie waren Deutsche, nur Deutsche. So wie Amerikaner und Engländer waren sie alle Menschen, die an ihr Vaterland glaubten." …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Bundestag: Weidel rockt**
Von *COMPACT Redaktion*
Debatte rund um die Vertrauensfrage: Die Rede der AfD-Bundessprecherin und Kanzlerkandidatin hat das Parlament aufgemischt. Wie veröffentlichen sie nachfolgend im Wortlaut. Unbedingt empfehlenswert ist in diesem Zusammenhang unsere neue Spezial-Ausgabe "Die Altparteien. Wie sie uns belügen und betrügen".
Präsidentin Bärbel Bas: Als Nächste hat das Wort für die AfD-Fraktion Dr. Alice Weidel.
(Beifall bei der AfD - Friedrich Merz, CDU/ CSU: Radio Moskau!)
Dr. Alice Weidel (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Damen und Herren!
Sechs volle Wochen sind vergangen, seit Ihre gescheiterte Regierung endgültig zerbrochen ist, Herr Scholz. Sechs Wochen des Zauderns, Taktierens, der kleinkarierten Schuldzuweisungen, wie wir sie heute gehört haben, des Schönredens und der Realitätsverweigerung, bis dieser Bundestag endlich darüber abstimmen kann, ob er Ihnen das Vertrauen entzieht, das Sie bei den Bürgern schon längst verloren haben.
(Beifall bei der AfD)
Gerade einmal drei Jahre war Ihre Regierung im Amt. An den Schäden, die Sie in dieser Zeit angerichtet haben, werden die Deutschen noch in Jahrzehnten zu tragen haben: die Automobilindustrie dank gigantischer Fehlinvestitionen im freien Fall, der Maschinenbau im Niedergang, die chemische Industrie auf der Flucht vor explodierenden Energiekosten, die Stromversorgung ruiniert, viel zu teuer und von Dunkelflaute zu Dunkelflaute stets am Rande des Blackouts,

(Saskia Esken, SPD: Oah! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner, SPD)
das Land geflutet von fordernd auftretenden Migranten, die das Vorgefundene verachten, die innere Sicherheit im Zusammenbruch, das Sozialsystem überspannt, während Steuerlast und Inflation den Bürgern Kaufkraft und Wohlstand rauben und sie erdrücken.
(Beifall bei der AfD)
Doch wenn die deutschen Bürger aufbegehren, lauern auf sie Internetspitzel und Meldestellen
(Dorothee Martin, SPD: Was?)
einer mit Steuergeld gepäppelten NGO-Stasi. Und eine so panische wie mimosenhafte politische Klasse mißbraucht die Justiz, um aufsässige Bürger nach einem eigens geschaffenen Majestätsbeleidigungsparagraphen mit Strafanträgen, Geldbußen und Hausdurchsuchungen zum Schweigen zu bringen.
(Beifall bei der AfD sowie des Abgeordneten Johannes Huber, fraktionslos)
Das ist Ihr Werk, auch wenn die Union in 16 Jahren Merkel kräftig Vorarbeit geleistet hat. Die Zeit drängt. Die Aufräumarbeiten nach zwei Jahrzehnten des Regierens zum Schaden Deutschlands können nicht warten. Sechs Wochen sind schon vertan dank Ihrer Hinhaltetaktik. Herr Scholz, Sie hätten sofort die Vertrauensfrage stellen müssen.
(Beifall bei der AfD)
Weitere zwei Monate sollen noch ins Land gehen bis zum avisierten Termin der vorgezogenen Bundestagswahl. Aber die Krisen warten nicht: weder die Wirtschafts-, Finanz- und Energiekrise im eigenen Land noch die eskalierende Kriegsgefahr in der Ukraine und die Folgen des Umsturzes im Nahen und Mittleren Osten.
Der Machtwechsel in Syrien - darüber wurde heute gar nicht gesprochen - hat aus deutscher Sicht zwei Konsequenzen: Erstens müssen syrische Kriegsflüchtlinge, die vor dem Assad-Regime geflüchtet zu sein behaupten, die jetzt auf deutschen Straßen zu Zehntausenden die Befreiung Syriens feiern und unter islamistischen Kampfgesängen über Weihnachtsmärkte und durch unsere Fußgängerzonen marschieren, sofort in die Heimat zurückkehren.
(Zuruf des Abgeordneten. Tobias B. Bacherle, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Johannes Huber, fraktionslos) - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zweitens muß verhindert werden, daß neue Flüchtlingsströme den Asylansturm von 2015 noch in den Schatten stellen und abermals unerkannt kampfbereite Soldaten, Islamisten und Dschihadisten ins Land bringen.
(Beifall bei der AfD - Zuruf der Abgeordneten Rasha Nasr, SPD)
Nötig ist ein sofortiger Stopp der Aufnahme, der Einbürgerung und der Familienzusammenführung von Syrern
(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum, AfD)
und die Erstellung von Rückkehroptionen. Sie aber - das tun Sie - zerreden Rückkehroptionen.
(Zuruf der Abg. Rasha Nasr, SPD)
Frau Faeser läßt weiter einbürgern, und Frau Baerbock führt die Visa-Ausstellungen für den Familiennachzug einfach weiter.
(Zurufe von der SPD)
Die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA eröffnete eine realistische Chance, das hunderttausendfache Sterben in der Ukraine durch einen diplomatischen Ausgleich zu beenden.
(Beifall bei der AfD)
Was tun Sie? Statt den Draht nach Washington und Moskau zu suchen, wo der Schlüssel zum Frieden liegt, pilgern Sie und der Möchtegernkanzler Friedrich Merz nach Kiew, um noch mehr gutes Geld dem bereits verbrannten hinterherzuwerfen.
Sie spielen mit der Eskalationsgefahr. Frau Baerbock fantasiert vom Einsatz deutscher Trup-

pen in der Ukraine, während Herr Merz mit der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern einen dritten Weltkrieg riskieren will; es ist nichts anderes.
(Beifall bei der AfD)
Um es Ihnen von der Union vielleicht noch mal zu erklären, weil Sie es irgendwie nicht verstehen: Deutsche Raketen in der Ukraine, die Moskau erreichen können und die Entsendung deutscher Soldaten zur Bedienung mit einschließen, machen Deutschland zur direkten Kriegspartei und zur Zielscheibe eines drohenden Atomkrieges.
(Beifall bei der AfD sowie des Abgeordneten Robert Farle, fraktionslos)
Die historische Erfahrung des 20. Jahrhunderts sollte Warnung genug sein, Deutschland und Europa nie mehr in einen Krieg hineinzuziehen. Das ist unsere historische Verantwortung.
(Beifall bei der AfD - Gunther Krichbaum, CDU/CSU: Von Moskau aufgeschrieben!)
Wer aber die Geschicke Deutschlands in die Hände von Friedrich Merz wählt, der wählt den Krieg, sehr geehrte Damen und Herren.
(Beifall bei der AfD sowie des Abgeordneten Robert Farle, fraktionslos)
Und der wählt nicht nur den Krieg, sondern er wählt auch Robert Habeck - wir haben es heute gehört -,
(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
der bekommt ein Weiter so, die Fortsetzung der grünen Politik der Bevormundung, der Deindustrialisierung, der Verarmung, der wirtschaftspolitischen Inkompetenz und des politisch gewollten Energienotstandes.
(Britta Haßelmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie wollen doch raus aus der EU!)
Die schlimmsten Fehlentscheidungen der letzten Jahre - Verbrennerverbot, Atomausstieg, Heizungsdiktat, offene Grenzen - hätte dieser Bundestag sofort zurücknehmen können. Die Mehrheiten dafür wären möglich gewesen nach dem Aus der Koalition. Das wäre auch ein sehr starkes Signal der Hoffnung für die Bürger, für Wirtschaft und Mittelstand gewesen.
(Britta Haßelmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Über die Wirtschaft sollten Sie nicht reden!)
Sie, Herr Merz und die Union, haben das verhindert.
Sie haben mit den Trümmern der gescheiterten Ampel eine undemokratische Kungelrunde gebildet, um dieses Parlament zu entmündigen und zu verhindern, daß Initiativen zur Korrektur der rot-grünen Chaospolitik vorgenommen werden können.
(Zuruf der Abgeordneten Rasha Nasr, SPD)
Die CDU hat also in der schlimmsten und schwersten Krise dieses Landes dieses Parlament lahmgelegt - so viel zu Ihrem Demokratieverständnis und Ihrer Problemlösungskompetenz.
(Beifall bei der AfD sowie der Abgeordneten Robert Farle, fraktionslos und Johannes Huber, fraktionslos)
Das linke Dogma der Brandmauer, der Ausschluß von Millionen von Wählern, ist Ihnen wichtiger als das Wohl Deutschlands. Wenn es nach Ihnen geht, haben die Bürger keine Wahl: Wenn sie die CDU wählen, bekommen sie wieder eine grüne Regierung. Und Sie werden nichts von dem umsetzen können, was Sie hier heute gefordert haben. Das gehört zur Wahrheit mit dazu, Herr Merz.
(Beifall bei der AfD sowie des Abgeordneten Johannes Huber, fraktionslos - Friedrich Merz, CDU/ CSU: Warten Sie mal ab!)
Sie können sich sogar vorstellen, daß der Wirtschaftszerstörungsminister Robert Habeck Wirtschaftsminister wird. Der Mann also, der mit Tricksereien, Manipulation und offenkundigen Falschaussagen den endgültigen Kernkraftausstieg durchgedrückt hat,
(Zuruf der Abgeordneten Britta Haßelmann) der die deutsche Energieversorgung zerstört, den Mittelstand ruiniert und die Industrie aus dem Land treibt. Der Mann, der mit seiner Inkompetenz dieses Land ruiniert.

(Beifall bei der AfD sowie des Abgeordneten Robert Farle)
Eine schwarz-grüne Koalition der kriegsbesessenen und linken Deutschlandzerstörer ist das Letzte, was Deutschland braucht. Deutschland braucht einen Neuanfang: Freiheit und ein freies Unternehmertum
(Britta Haßelmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nehmen Sie das doch nicht in den Mund!)
statt Klimasozialismus, eine günstige und sichere Energieversorgung statt Transformationsplanwirtschaft. Und vor allen Dingen brauchen wir Vernunft statt Ideologie
(Britta Haßelmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sagt ja die Richtige!)
und eine Politik der deutschen Interessen statt Kriegstreiberei.
(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle, fraktionslos)
Und diesen Neuanfang wird es nur mit der AfD geben. Ich bedanke mich.
(Anhaltender Beifall bei der AfD - Beifall des Abgeordneten Robert Farle, fraktionslos).
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Fluch und Segen der Elektro-Autos**
Warum uns schadet, was China nützt. … Die deutsche Automobilindustrie befindet sich in einer existentiellen Krise. Die Umstellung auf E-Mobilität hat sich als Desaster erwiesen - und ausgerechnet auf diesem Sektor hat China die Nase vorn, aber nicht zur Erfüllung von Klimaschutz-Zielen …
_ von *Hannes Märtin*
Die aktuellen Quartalsergebnisse der deutschen Automobilriesen verdeutlichen die prekäre Lage. Mercedes-Benz meldet einen Nettogewinnrückgang um 54 Prozent, während Volkswagen sogar minus 63 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum verbuchen mußte. Noch schlimmer trifft es BMW und Audi: Der Münchener Hersteller verzeichnete einen Gewinneinbruch von alarmierenden 83,8 Prozent, die VW-Tochter sogar drastischen 91 Prozent.
Die Neuzulassungen von E-Autos fielen im August um fast 69 Prozent.
Hauptursache für diese massiven Einbrüche ist die erzwungene Fokussierung auf die E-Mobilität, die sich zunehmend als unprofitabel herauskristallisiert. Getrieben von der Ideologiepolitik der Bundesregierung, den klimapolitischen Vorgaben der EU sowie der faktischen Verbannung des bewährten Verbrennungsmotors hinterläßt die Elektrowende tiefe Narben in der Branche.
Der Kollaps des E-Automarkts in Deutschland ist mittlerweile unumstritten. Die Zulassungsdaten des Kraftfahrtbundesamts belegen dies: Allein im August 2024 fielen die Neuzulassungen von rein batterieelektrischen Fahrzeugen (BEV) im Vergleich zum Vorjahr um 68,8 Prozent. Daneben lasten hohe Energiekosten, die durch den Ausstieg aus Atom und Kohle sowie die Rußland-Sanktionen in die Höhe schnellten, eine erdrückende Bürokratie sowie exorbitante Steuerabgaben auf der Industrie.
Verlust des chinesischen Marktes
Ein weiteres, oft unterschätztes Kernproblem ist der schleichende Verlust des chinesischen Marktes, der bislang eine tragende Säule des Erfolgs der bundesdeutschen Autobauer darstellte. Doch aufgrund unserer horrenden Fahrzeugpreise wenden sich chinesische Verbraucher immer mehr ihren heimischen Modellen zu, die im Durchschnitt nur die Hälfte oder sogar nur ein Drittel kosten. So mußte Porsche im dritten Quartal 2024 einen dramatischen Rückgang des China-Geschäfts von 29 Prozent im Vergleich zum Vorjahr hinnehmen. Das gilt pars pro toto: Die deutschen Autobauer insgesamt erwirtschafteten im Jahr 2023 immerhin noch über 34 Prozent ihres Gesamtabsatzes im Reich der Mitte, im ersten Halbjahr 2024 waren es gerade magere 20 Prozent. Trübe Aussichten!
Noch vor wenigen Jahren war die Dominanz unserer Autos in der Volksrepublik bahnbrechend: VW, BMW, Audi und Mercedes-Benz waren Synonyme für Qualität, Zuverlässigkeit und Prestige. In den 2010er Jahren erreichte unsere Vormachtstellung in China ihren Höhe-

punkt. Volkswagen hielt zeitweise einen Marktanteil von über 15 Prozent und war unangefochtener Spitzenreiter.
Die Erfolgsgeschichte der deutschen Hersteller in Fernost hatte in den 1980er Jahren begonnen, als VW als erster ausländischer Automobilkonzern den Mut fand, in dem sozialistischen Staat Fuß zu fassen. Im Jahr 1984 schloß das Unternehmen ein Joint Venture mit SAIC in Schanghai und legte damit den Grundstein für eine ungeahnte Marktpräsenz. Wenige Jahre später folgten Audi, BMW und Mercedes-Benz, die mit eigenen Produktionsstätten ihre Position in Fernost festigten.
Warum setzt China auf E-Mobilität - die in Europa so krachend gescheitert ist?
Dabei verhielten sich unsere Konzerne sehr anständig - zum eigenen Nachteil. Sie leisteten nämlich durch Technologietransfer und die Ausbildung chinesischer Ingenieure und Manager einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau gefährlicher Konkurrenten im Reich der Mitte …

E-Autos und Wirtschaftskrieg

Doch der chinesische Automarkt hat sich in den letzten 15 Jahren radikal verändert - ein Wandel, der die einstige Dominanz der deutschen Automobilindustrie ins Wanken gebracht hat. Mit einer gezielten Elektrifizierungsstrategie und strikten Regulierungen gegen Verbrennermotoren hat Peking nicht nur die Spielregeln neu definiert, sondern auch den Boden für den Aufstieg heimischer Produzenten bereitet. Marken wie BYD, SAIC, Geely und Nio erkannten früh das Potential der Elektromobilität und investierten gezielt in deren Entwicklung. Unterstützt durch massive staatliche Subventionen gelang es ihnen, ihre Marktanteile rasant auszubauen.
Warum aber setzt China auf E-Autos - die doch in Europa so krachend gescheitert sind? Anders als in Deutschland geht es in der Volksrepublik nicht um den sogenannten Klimaschutz - es geht ausschließlich um wirtschaftliche und geostrategische Interessen. Die Volksrepublik hat kaum Öl und muß es teuer importieren (allerdings nicht so teuer wie die BRD, denn es hat sich ja den törichten Rußland-Sanktionen nicht angeschlossen).
Das Schwarze Gold zu Benzin und Diesel zu raffinieren, ist für die Chinesen trotzdem nicht sinnvoll. Anstatt damit Privatautos zu betanken, bunkert es der sozialistische Staat als Notfall-Reserve - damit es ihm im Kriegsfall nicht so geht wie Japan ab 1940, als die USA damals das Reich der aufgehenden Sonne von jeder Zufuhr abgeschnitten haben …
Was China statt Öl und Gas aber reichlich besitzt, ist Kohle. Damit kann günstig Strom erzeugt werden, der dann die E-Autos antreibt. Allein in der ersten Jahreshälfte 2023 genehmigte die Regierung durchschnittlich zwei neue Kohlekraftwerksblöcke pro Woche, um dem gewaltigen Energiebedarf gerecht zu werden.

China hortet Rohstoffe

"China ist der weltweit größte Ölimporteur. Im vergangenen Jahr hat die Volksrepublik 11,3 Millionen Barrel pro Tag importiert. Dies entspricht einer Steigerung von zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Lagerkapazitäten für Rohöl wurden Berichten zufolge seit 2020 von 1,7 Milliarden Barrel auf zwei Milliarden ausgeweitet.
Auch beim Erdgas baut China seine Lagerkapazitäten offenbar aus. Laut Economist haben sich die Kapazitäten unterirdischer Gasspeicher bis 2020 auf 15 Milliarden Kubikmeter versechsfacht und sollen bis 2025 auf 55 Milliarden Kubikmeter steigen. Zudem würden an den Küsten neue LNG-Termi-nals errichtet, um Flüssiggas zu lagern." (Spiegel, 26.7.2024)
Begleiteffekt der Umstellung von kostbaren ölbasierten Motoren auf günstige Antriebe, die mit Kohlestrom laufen, war der Aufbau riesiger Produktionsanlagen für Lithium-Ionen-Batterien, einem zentralen Bestandteil der E-Mobilität. Die dafür benötigte Energie wird ebenfalls zum Großteil aus Kohle gewonnen, was zu erheblichen CO2-Emissionen führt - ein Umstand, der die chinesische Regierung aber überhaupt nicht bekümmert. Denn mit diesen Batterien wird die Energieautarkie gefördert - und die EU, die auf Teufel komm raus CO2-frei

werden will, an die Kandare genommen.
"Die Europäische Union ist dabei, bei Lithium-Ionen-Akkus und Brennstoffzellen so abhängig von China zu werden, wie der Staatenbund bis vor anderthalb Jahren beim Erdgas von Rußland war", faßte das Fachportal Heise im September 2023 einen Bericht der EU-Ratspräsidentschaft zusammen.
Während die E-Mobilität in der EU also mit der Abkehr von fossilen Brennstoffen einhergeht, setzt sie in China auf Kohle. Im einen Fall führt das zum Rückgang der Wirtschaftsleistung und Verlust geostrategischen Einflusses, im anderen Fall zum Gegenteil. Es ist also an der Zeit, bei uns einen Kurswechsel einzuleiten.
Zunächst muß Deutschland die Energiekosten durch eine Abkehr von der ideologisch getriebenen Klimapolitik senken. Die chinesische Politik der forcierten E-Mobilität kann kein Vorbild für uns sein, da sie auf einer anderen Rohstoffbasis fußt. Unser Erfolgsmodell sind die klassischen Verbrennermotoren, besonders der Diesel - und die sind nach wie vor gefragt, im Inland wie auf dem Weltmarkt.
_ *Hannes Märtin, (*2002) ist freier Wirtschaftsjournalist.*
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 01/2025.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Der Letzte macht das Licht aus**
Sanktionen und Deindustrialisierung. … Die Deindustrialisierung Deutschlands läuft. Sogenannte Verschwörungstheoretiker haben das früh kommen sehen, nun schlagen auch die Wirtschaftsführer Alarm. Dabei gäbe es noch Möglichkeiten zur Kurskorrektur.
_ von *Karel Meissner*
Deutschland steckt in der Rezession. Unsere Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) schrumpfte 2023 um 0,3 Prozent und wird laut Einschätzung des Kieler Instituts für Wirtschaft 2024 voraussichtlich um weitere 0,1 Prozent sinken. Zwei Jahre in Folge ein Minus - das gab es nicht einmal nach dem weltweiten Börsenkrach 2008. Die Industrieproduktion brach mit minus 1,5 Prozent im Jahr 2023 sogar noch stärker ein als die Gesamtwirtschaft.
Die Erdgaspreise liegen in der EU drei- bis viermal über denen in den USA.
Die deutschen Unternehmen schlagen schon seit Längerem Alarm. Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, sieht eine "beginnende Deindustrialisierung". Und weiter: "Wegen der schlechten Bedingungen hier in Deutschland fließt jetzt viel Geld ins Ausland. Wir haben über 300 Milliarden Euro an Investitionen verloren". Daniel Hager, Aufsichtsratsvorsitzender der Hager Group, ist der Meinung, daß "die Deindustrialisierung in der Chemie-, Stahl- und Automobilindustrie bereits im Gange ist" und daß "die langfristigen Folgen fatal sein werden. Der Wohlstand wird verloren gehen. Wenn das Land weiter deindustrialisiert wird, erwartet es ein düsteres Schicksal".
Gründe und Folgen
Der Hauptgrund für die derzeitige Misere wird im Bericht des ehemaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, genannt: die Energiekosten. Seinen Angaben zufolge liegen die Erdgaspreise in der EU viel höher als in den USA, und zwar sogar um das Drei- bis Vierfache. Mit diesem Ballast konnte die EU ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber amerikanischen oder chinesischen Produzenten nicht halten. In Deutschland ist es am schlimmsten: Bei uns sind die Strompreise derzeit die höchsten in Europa. Mit anderen Worten: Unsere Industrie verliert wegen dieses Kostendrucks nicht nur deutlich gegenüber den USA, sondern auch gegenüber ihren Wettbewerbern aus anderen EU-Ländern.
Die Entwicklung kommt nicht von ungefähr: Es sind die Sanktionen gegen Rußland, die seit Frühjahr 2022 zu einem starken Anstieg der Energiepreise, insbesondere für Erdgas auf dem europäischen Spotmarkt, führten. Die Zerstörung der Pipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 und die Verhängung eines Öl-Embargos gegen Rußland haben die Entwicklung ver-

kompliziert. Die auf Drängen der Grünen getroffene Entscheidung, ganz aus der Kernenergie auszusteigen und die letzten AKWs abzuschalten, verschärfte das Problem. Laut Peter Adrian, Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer, "sind die Energiekosten in Deutschland zusammen mit Steuern, Netzentgelten und Abgaben viermal höher als in anderen Ländern".

2023 gingen in Deutschland bereits 17.814 Unternehmen in Konkurs, ein Anstieg von mehr als zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Von Januar bis Juni 2024 nahmen die Bankrotte um weitere 30 Prozent zu: Creditreform, der Verband der Wirtschaftsforscher, verzeichnete rund 11.000 Unternehmensinsolvenzen, die höchste Zahl seit 2016.

Gleichzeitig war der Anteil der großen Unternehmen (mit einem Jahresumsatz von über 50 Millionen Euro) deutlich höher - sogar Giganten wie Galeria Karstadt und FTI-Touristik stürzten ins Nichts. Unter den Pleitiers waren auch Unternehmen mit einer langen, ja jahrhundertealten Geschichte, wie die bayerische Viechtacher Gesellschaftsbrauerei, die seit 470 Jahren existierte, oder das sächsische Hüttenwerk Eisenwerk Erla GmbH, das 2023 nach 640 Jahren in Konkurs ging.

Das Sterben unserer Firmen ist jedoch nicht das einzige Problem. Gleichzeitig wandern immer mehr ins Ausland ab. Eine IHK-Umfrage aus dem Jahr 2022 ergab, daß bereits zu diesem Zeitpunkt 16 Prozent der befragten Unternehmen erwogen, den Standort Deutschland aufzugeben oder bereits mit der Verlagerung ihrer Produktionsstätten begonnen zu haben. Bis August 2023 hatte sich ihr Anteil auf 32 Prozent genau verdoppelt, und im Juni 2024 war der Anteil der Fluchtunternehmen sogar auf 49 Prozent angewachsen.

Freihandelszonen

Die Initiative Nein zu den Sanktionen, zu der knapp 20 AfD-Abgeordnete aus Bund, Ländern und dem EU-Parlament gehören, hat die Informationen zu nebenstehendem Artikel geliefert. Sie befürwortet zur Entschärfung der Sanktionen außerdem die Schaffung von Freihandelszonen mit Rußland. "Unser Vorschlag ist, die erste dieser Zonen sofort auf deutschem Boden einzurichten.

In dieser Zone sollte ein spezielles Steuer- und Zollregime für den Handel mit einer Reihe von Waren gelten, die nicht mit der Rüstungsindustrie in Verbindung stehen. Die erste Zone sollte in Berlin eingerichtet werden." Weitere könnten in Hamburg und in Staaten wie Serbien und Nordmazedonien folgen, die als Nicht-EU-Ländern nicht so stark dem Druck aus Brüssel unterliegen. (Internetpräsenz der Initiative: gegensanktionen.de)

Zu den flüchtenden Unternehmen gehören einige unserer bekanntesten Hersteller. Volkswagen baut in den Vereinigten Staaten ein neues Werk für die Produktion von Elektroautos und ein Batteriewerk mit einem Investitionsvolumen von insgesamt rund 13 Milliarden Euro. BMW erweitert seine Produktion in den USA mit einer Investition von 1,7 Milliarden Euro. Auch Audi bereitet sich auf die Eröffnung von Fabriken in den Vereinigten Staaten vor. Die Schaeffler Gruppe, einer der größten deutschen Autozulieferer, wird nach Aussage ihres Chefs Klaus Rosenfeld "ihre nächsten Werke (…) in Amerika bauen".

Und die BASF, das größte Chemieunternehmen der Welt, investiert zehn Milliarden Euro in ein riesiges neues Werk in China, während sie gleichzeitig die Schließung von elf Produktionsanlagen in Ludwigshafen ankündigt, nachdem diese Verluste in Höhe von einer Milliarde Euro eingefahren haben.

Und: Der deutsche Staat verliert allmählich die Fähigkeit, die Situation zu beeinflussen. Sinkende Verkaufszahlen und die massenhaften Insolvenzen von Unternehmen führen zu geringeren Steuereinnahmen im Bundeshaushalt. Gleichzeitig erhöht die steigende Arbeitslosigkeit die Ausgaben für Sozialleistungen. Selbst wenn man die unendliche Finanzierung von Waffenlieferungen an die Ukraine, die Versorgung von Flüchtlingen und die Investitionen in fragwürdige Projekte wie Fahrradwege in Peru außer Acht läßt, bleiben im Haushalt immer

weniger Mittel übrig. Diese reichen nicht mehr aus, um groß angelegte Investitionen zu tätigen, die den Trend umkehren und die Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs bringen könnten.

Kurzfristige Maßnahmen

Es ist klar, daß zur Rettung der deutschen Wirtschaft grundlegend neue Ansätze erforderlich sind. Hier sind zwei der wichtigsten:

1. Neubewertung der Wirtschaftssanktionen gegen Rußland. Selbst wenn es kurzfristig unmöglich sein sollte, die Sanktionen aufzuheben, können wir sie flexibel auslegen und dadurch Möglichkeiten eröffnen. Unabhängig davon, wie wir zur Politik der Regierungen Ungarns oder der Slowakei stehen, können wir in dieser Hinsicht von ihnen lernen.

2. So ist zum Beispiel die zumindest teilweise Wiederaufnahme der Versorgung mit günstigem russischen Gas nicht nur notwendig, sondern auch möglich, denn derzeit fallen Pipeline-Gaslieferungen nicht unter die EU-Sanktionen. Eine der Leitungen von Nord Stream 2 ist unbeschädigt und könnte praktisch jederzeit in Betrieb genommen werden. Laut Experten sind die Kosten für die Instandsetzung mit 500 Millionen US-Dollar minimal. Zum Vergleich: Der Schaden, den die deutsche Wirtschaft durch die Energiekrise erlitten hat, beträgt laut Institut der Rechnungsprüfer mindestens 545 Milliarden Euro.

Man muß immer bedenken: Die Sanktionen haben nicht Putin geschadet, sondern uns.

Man muß immer bedenken: Die Sanktionen haben nicht Putin geschadet, sondern uns. 2023 wuchs Rußlands Wirtschaft um 3,6 Prozent. Der Internationale Währungsfonds erwartet, daß für 2024 ein Plus von 3,2 Prozent und für 2025 von weiteren 1,5 Prozent zu verzeichnen sein wird. Der deutsche Trend ist genau entgegengesetzt - in den Abgrund.

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 01/2025.<<

Ukraine: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 18. Dezember 2024 (x1.433/…): >>**Warum führen die Ukrainer einen selbstmörderischen Krieg? - Gespräch mit einem Zeitzeugen**

Thomas Meyer hat in seinem Buch "Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg - um was es wirklich geht" ausführlich geschildert, wie dieser schreckliche Krieg von der NATO und der ukrainischen Regierung durch eine langjährige Politik der Eskalation verursacht wurde. Das diskutierte er nun mit einem Zeitzeugen aus der Ukraine, der vorab sagte, daß die Wirklichkeit ganz anders sei, als er es im Buch beschrieben habe.

Thomas Mayer faßt nachfolgend das Gespräch zusammen und setzt sich kommentierend damit auseinander. Es helfe, die Tragödie des Ukraine-Kriegs und die Denkweise und Emotionalität vieler Ukrainer besser zu verstehen. (hl)

Von *Thomas Mayer*

Normalerweise kommt die Kritik an meinem Buch "Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg" von Menschen, die es gar nicht gelesen haben. Das war hier anders. Jean - der Name ist geändert - ist EU-Bürger, lebte lange in der Ukraine und arbeitete dort als Dozent. Er ist ein gebildeter, wacher und internationaler Freigeist. Der Kontakt kam über private Beziehungen zustande.

Jean denkt geopolitisch und sieht die imperialistischen Interessen der USA deutlich. In seinen Augen ist Putin mit den Kriegseintritt in eine bewußte Falle der USA hineingetappt - ein interessanter Ansatz. Gleichzeitig meinte Jean aber, daß Rußland die Ukraine bedroht und überfallen habe und daß deshalb die Waffenlieferungen und die Unterstützung der NATO-Staaten nötig seien. Hier haben wir einen Dissens. Ich meine, mit Waffenlieferungen entsteht kein Frieden, sondern der schreckliche Krieg wird nur verlängert und schlimmer. Ohne die Kriegsbeteiligung der NATO hätte es schon längst einen Friedensvertrag gegeben.

Jean sprach aus persönlicher Erfahrung und kennt dort viele Menschen. Er vermittelte den Standpunkt, den viele Ukrainer haben. Ich schildere seine Ansichten und kommentiere diese dann. Mit meinen Kommentaren war Jean überhaupt nicht einverstanden, wir kamen letztlich nicht zusammen.

Auch die Ukrainer sind gespalten, sehr viele sehen es anders. Es hat eine Abstimmung mit den Füßen stattgefunden. 2001 hatte die Ukraine 48 Millionen Einwohner, heute etwa die Hälfte. Millionen sind geflüchtet, ein großer Teil nach Rußland.

Maidan-Umsturz 2014 - eine Demokratiebewegung?

Jean nahm an den Maidan-Demonstrationen in Kiew 2013/2014 teil und kennt persönlich viele Menschen, die dort aktiv waren. Diese Proteste führten zum Sturz des amtierenden Präsidenten und dann in den folgenden Monaten zur Abspaltung der Krim und zum Bürgerkrieg in der Ost-Ukraine. Jean war am 20. Februar 2014 bei der Gewalteskalation auf dem Maidan anwesend, als Scharfschützen aus dem Hotel Ukraine auf Demonstranten und Polizisten gleichzeitig schossen. "In meine Richtung wurde auch geschossen, ich war aber in den hinteren Reihen."

Jean erlebte die Maidan-Bewegung als eine emanzipierte Bürgerbewegung, die den alten autoritären Ballast der Sowjetvergangenheit und die korrupten, mafiösen Strukturen in der Ukraine loswerden wollten. Den damaligen Präsidenten Janukowitsch sahen die Demonstranten vor allem als korruptes Zentrum einer Günstlingswirtschaft. Das alles wurde mit Rußland verbunden. Deshalb sollte Rußland möglichst wenig Einfluß auf die Ukraine haben, berichtete Jean. Die Ukraine sei für Rußland wirtschaftlich sowieso nur ein Billiglohnland gewesen, das ausgenutzt wurde. Die Hoffnung lag in der EU. Es habe die Angst geherrscht, daß die Ukraine autoritär und von Rußland abhängig wie Weißrußland würde.

Jean erzählte, daß die Maidan-Bewegung sehr viel Unterstützung aus der Bevölkerung bekommen habe, bis zu mehreren hunderttausend Menschen waren auf der Straße. Er wies die Ansicht zurück, daß der Maidan von den USA inszeniert worden sei. Auch wenn die US-Außenpolitikerin Victoria Nuland und EU-Politiker die Maidan-Proteste offen unterstützten, die Kraft sei aus den Reihen der Bürgerinnen und Bürger gekommen. Das hatte Jean bei der "Orangen Revolution" 2004 ganz anders erlebt: "Diese war viel stärker von den USA gesteuert und ohne so tiefe Verankerung in der Bevölkerung."

Die Maidan-Proteste begannen als Janukowitsch am 21. November 2013 die bevorstehende Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens zurückzog. Janukowitsch wäre zuvor bei einem Treffen mit Putin gewesen und sei ganz außer sich und erschüttert zurückgekommen, erzählte Jean. Über Wochen habe die Kiewer Regierung nicht erklären können, warum sie das EU-Abkommen nicht unterzeichnet habe, sie mußten erst Begründungen finden.

Etwa ein Jahr später sei herausgekommen - durch die Aussage von einem Begleiter von Janukowitsch, der bei dem Gespräch im abhörsicheren Bunker dabei gewesen sei - daß Putin mit einem militärischen Einmarsch in der Ukraine gedroht habe, wenn Janukowitsch das Abkommen unterzeichne. Es hätte also starken erpresserischen Druck durch Putin auf die ukrainische Regierung gegeben.

Am 21. Februar 2014 ist Janukowitsch aus Kiew für immer abgereist. Die Maidan-Protestler seien überrascht gewesen, daß er plötzlich weg war.

Soweit einige Schilderungen von Jean. Diese bringen die Stimmungslage vieler Ukrainer zum Ausdruck und zeigen, wie die Feindbild-Narrative in der Ukraine funktionierten, die zum Donbass-Krieg ab 2014 führten.

Wie war es wirklich? - mein Kommentar dazu

Es ist bekannt, daß die Mehrzahl der Maidan-Demonstranten aus der Mitte der Gesellschaft kamen und gegen die verbreitete Korruption auf die Straße gingen. Es ist aber auch bekannt, daß die zahlenmäßig kleinen faschistischen Gruppen des "Rechten Sektors" eine starke Rolle in der Organisation der Proteste spielten.

Diese Nationalisten bekamen durch den Regierungssturz einen überproportional großen Einfluß in der neuen Regierung und kontrollierten damit die bewaffnete Macht im Staate. Innen- und Verteidigungsminister, Geheimdienstchef und den Vorsitzenden des Sicherheitsrates

wurden von den Rechtsextremen besetzt. Das war entscheidend für den Beginn des Bürgerkrieges in der Ostukraine. Dieser wurde im April 2014 von der neuen nationalistischen Regierung begonnen und führte zur unumkehrbaren Spaltung des Landes.
Daß eine Einflußnahme der NATO-Geheimdienste von den Maidan-Demonstranten von Jean nicht bemerkt wurde, ist kein Beleg dafür, daß es kaum Einflußnahmen gab, denn es könnte ja auch sein, daß diese geschickt und unauffällig durchgeführt wurden. Das berühmte geleakte Telefonat zwischen Nuland mit dem US-Botschafter in Kiew, indem sie den neuen ukrainischen Premierminister bestimmte, zeigt deutlich, daß Nuland wohl mehr Einfluß auf den Verlauf des Umsturzes hatte als die Demonstranten selbst.
Die Geschichte von Putins Kriegsdrohung in einem abhörsicheren Bunker halte ich für eine Räuberpistole. Wenn daran etwas gewesen wäre, wäre diese Geschichte von der Putinfeindlichen westlichen Presse stark aufgegriffen und verbreitet worden. Doch ich fand keinen einzigen Artikel darüber. Ich fand in der Medienrecherche nur viele Artikel über den "erpresserischen Druck von Putin", wobei in diesen Artikeln nie stand, worin der Druck überhaupt bestanden haben soll.

So geht Feindbildaufbau

Interessant ist, daß die krasse Geschichte der Kriegsdrohung im abhörsicheren Bunker Jean im Gedächtnis blieb. Die Aussage eines Mitarbeiters von Janukowitsch ein Jahr später - wenn es diese überhaupt gegeben hat, was ich nicht überprüfen konnte - ist nicht stichhaltig, denn das könnte einfach eine Propaganda-Erfindung mitten im Donbass-Krieg gewesen sein. Ohne weitere Belege kann man es vergessen. Doch um Wahrheit geht es hier nicht.
Mit solchen einprägsamen und ausgeschmückten Geschichten wird das Feindbild zementiert und emotional verankert: Rußland ist der Feind mit den schlimmsten Absichten. Es ist unmöglich, daß Putin etwas Gutes will. Wenn eine solche Geschichte von Millionen Ukrainern erzählt und geglaubt wird, dann ist das eine starke realitätsschaffende Kraft.
Eine weitere Räuberpistole ist die Aussage von Jean, daß die Regierung Janukowitsch über lange Zeit nicht sagen konnte, warum sie die Unterschrift zum EU-Assoziierungsabkommen am 21. November 2013 zurückgezogen hat. Tatsächlich wurde das sofort begründet. Das kann man sogar im Wikipedia-Artikel zum EU-Assoziierungsabkommen nachlesen:
"Am 22. November 2013 erläuterte Ministerpräsident Asarow in einer Parlamentsrede die Entscheidung der Regierung. Die EU und die Ukraine sollten die Folgen des Abkommens zunächst gemeinsam mit Rußland besprechen, hieß es.
Janukowytsch sagte, daß der IWF der Ukraine bereits 2010 610 Millionen Euro technische Hilfe angekündigt habe: "Drei Jahre lang haben sie uns das wie ein Bonbon in einer schönen Verpackung gezeigt". Am Ende hätten sich alle Hoffnungen, daß der IWF dem Land helfe, zerschlagen. Das sei "erniedrigend" gewesen. Auf dem Osteuropa-Gipfel in Vilnius am 28. November 2013 wiederholte Janukowytsch seine Ablehnung gegenüber einem Kompromißvorschlag der EU.
Er forderte Finanz- und Wirtschaftshilfen der EU. Die Ukraine sei mit ihren ernsten Finanz- und Wirtschaftsproblemen zuletzt alleine gelassen worden. Die von der EU angebotenen 600 Millionen Euro an Hilfen bezeichnete Janukowytsch als demütigend. 160 Milliarden Euro benötige sein Land, um sich innerhalb der nächsten Jahre dem EU-Standard anzunähern und reif zu sein für ein EU-Assoziierungsabkommen."
Ein weiterer Grund für die Nichtunterzeichnung des Abkommens war innenpolitischer Art. Das Kiewer Parlament hatte sechs Gesetze abgelehnt, die von Seiten der EU eine Voraussetzung für eine Vertragsunterschrift waren, darunter die Freilassung von Julija Timoschenko. Somit hätte das Abkommen gar nicht unterzeichnet werden können.
Es gab also genügend nachvollziehbare und öffentlich formulierte Gründe für eine Verschiebung der Vertragsunterzeichnung.

An diesem Beispiel sieht man, wie der Feinbildaufbau funktioniert. Emotionale Geschichten gehen von Mund zu Mund. Es ist Unsinn, aber niemand prüft die Wahrheit. Es entsteht ein Leben in einer abgespaltenen "Wirklichkeit", die sich für die Menschen aber sehr real und lebensnah anfühlt. Denn es geht von Mensch zu Mensch und man befindet sich ständig in dieser sich selbst bestätigenden emotional aufgeladenen "Realität".

Ukraine als Brückenland zwischen EU und Rußland

Die Ukraine war 2014 wirtschaftlich mit Rußland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken verbunden und mit diesen in einer Freihandelszone ohne Zölle. 40 Prozent des Außenhandels der Ukraine fand in dieser Freihandelszone statt, mehr als mit der EU. Es war deshalb im existentiellen Interesse des Landes, daß diese Wirtschaftsbeziehungen nicht durch das EU-Assoziierungs-Abkommen abgeschnitten werden. Die Regierung Janukowitsch versuchte, das Beste für das Land zu erreichen.

Die Kommunikation der Regierung war aber schlecht und kam nicht an. Denn für die Maidan-Demonstranten spielten solche Überlegungen keine Rolle. Obwohl das EU-Abkommen niemals abgesagt, sondern weiterverhandelt wurde, hörten die Demonstranten nur, daß es mit der EU nichts wird und die Ukraine wieder ein "Anhängsel des autoritären Rußlands" wird. Eine Realitäts-Verzerrung.

Zum "erpresserischen Druck von Putin"

Es ist bekannt, daß Rußland der Ukraine ankündigte, daß mit einem EU- Assoziierungsabkommen die Zollfreiheit mit Rußland beendet werde. Das ist verständlich, denn Rußland verlangt Zölle gegenüber den EU-Staaten. Wenn diese nun zollfrei Waren in die Ukraine exportieren, dann könnten diese Waren zollfrei weiter nach Rußland gelangen. Das will Rußland natürlich nicht. Entsprechend erhob Rußland im Juli 2014 - nach der Unterzeichnung des EU-Abkommens - gegenüber der Ukraine Zölle von bis zu acht Prozent.

Ein weiterer "erpresserischen Druck" bestand darin, daß Putin am 17. Dezember 2013 Janukowytsch Kredite in Höhe von elf Milliarden Euro versprach - von der EU waren 0,6 Milliarden Euro in Aussicht gestellt worden. Außerdem senkte Rußland den Gaspreis für die Ukraine um ein Drittel, anstatt 291 Euro für 1.000 Kubikmeter auf 195 Euro. Deutschland zahlte 2014 an Rußland für 1.000 Kubikmeter ca. 400 Euro. Die Ukraine bekam also einen sehr guten Rabatt und zahlte nur die Hälfte. Das paßt überhaupt nicht zur unterstellten wirtschaftlichen Ausbeutung der Ukraine durch Rußland.

Aber solche Argumentationen sind viel zu rational. Zahlen kommen nicht gegen das verankerte Gefühl an, daß das große Rußland die kleine Ukraine unterdrückt.

Verfassungswidrige Absetzung des Präsidenten

Janukowytsch floh am 21. Februar 2014 aus Kiew, nach Presseberichten aufgrund von Gewaltandrohungen seitens radikaler Maidan-Demonstranten. Schon am folgenden Tag setzte ihn das Kiewer Parlament ab. Einen verständlichen Grund für diese Absetzung gab es nicht, denn der Präsident hatte in einer Vereinbarung mit den Demonstranten am 21. Febr. 2014 vorgezogenen Neuwahlen zugestimmt, und durch eine Verfassungsänderung sollte er den Großteil seiner Befugnisse verlieren.

Bemerkenswert in dem Gespräch mit Jean war, daß er kein Problem darin sah, daß der gewählte Präsident Janukowytsch entgegen den expliziten Regelungen der Ukrainischen Verfassung vom Parlament abgesetzt wurde. Eine verfassungswidrige Absetzung eines Präsidenten ist schlichtweg ein Putsch.

Ich verstand aus dem Gespräch mit Jean, daß für die Ukrainer die Einhaltung von Regeln nicht so wichtig ist. Als Mitteleuropäer denke ich so: Demokratische Verfahren sind das Fundament einer Gesellschaft. Auf Gesetze muß man sich verlassen können, sonst verschwindet das Vertrauen. Das läuft in der Ukraine aber wohl anders, in einer emotionalen Aufwallung kann das Parlament machen, was es will.

Das hatte aber Folgen. Da nach der Absetzung des Präsidenten tags darauf das Kiewer Parlament auch noch Russisch, das von 30 Prozent der Ukrainer als Muttersprache gesprochen wurde, als zweite Amtssprache abschaffte und dann noch Faschisten die wichtigsten Regierungsposten bekamen, nahmen in der Ostukraine und in der Krim die Proteste zu.
Doch dafür hatten die meisten Maidan-Demonstranten kein Verständnis, es fehlte an Empathie. Psychologisch ist das erklärbar. Wenn ein Trauma wirkt, steckt die Seele in diesem fest und kann sich nicht mehr in andere hineinversetzen. Sozial ist es aber verheerend.
Radikale Nationalisten gingen gegen die Föderalisten in der Ostukraine mit massiver Gewalt vor. Am 2. Mai 2014 starben in Odessa 48 Anti-Maidan Demonstranten beim Massaker im Gewerkschaftshaus. Die Täter wurden nicht verfolgt. Von den Kiewer Maidan-Demonstranten kam kein Protest und keine Solidarität.
Es fehlte den Maidan-Demonstranten auch an Realitätssinn. Die Vorstellung einer besseren heilen Welt durch die EU ist naiv. Die EU braucht Billiglohnländer. In der EU wäre die Ukraine ganz unten, noch hinter Rumänien, Bulgarien, Griechenland oder Portugal. Es ist eine Illusion, daß mit einem EU-Beitritt viel Reichtum in die Ukraine käme. Vielmehr ist zu erwarten, daß die Preise schneller steigen als die Löhne und die Realeinkommen sinken, ähnlich wie in anderen beigetretenen Staaten.

Ukraine hat versäumt, sich zu entwickeln

Die Ukraine wurde 1991 unabhängig. Das Land hatte nach 1991 Zeit, sich zu entwickeln, die Korruption und Mafia-Systeme auszufegen, die Oligarchen zu entmachten und Unternehmen, Reichtum, Kultur und Demokratie aufzubauen. Das ist zu wenig passiert.
Daran ist aber nicht Rußland schuld. Rußland hat nach 1991 nicht in die ukrainische Politik eingegriffen, sondern man hat die Ukraine in die Unabhängigkeit ziehen lassen. Rußland hat sich nach Jelzin ab 1999 unter Putin wirtschaftlich erholt und die Oligarchen eingebunden. Das Durchschnittseinkommen wuchs in Rußland bis 2014 auf etwa das Dreifache der Ukraine. Warum geschah das nicht auch in der Ukraine? Die ukrainische Politik und Gesellschaft war offensichtlich nach drei Generationen kommunistischer Diktatur mit einem wirtschaftlichen und politischen Aufbau überfordert. Rußland ist daran aber nicht schuld, sondern hat selbst das Problem der autoritären Altlast.
Viele Ukrainer schoben aber die Schuld auf Rußland. In meinen Augen fand hier eine kollektive Projektion des eigenen Versagens nach außen statt, ein bekanntes psychologisches Muster.

Der Donbass-Krieg von 2014 bis 2022

Nach Jeans Schilderungen sei 2014 die russische Armee in die Krim und die Ostukraine einmarschiert. Die Proteste vor Ort seien klein gewesen und nicht von einer breiten Bevölkerung getragen. Die Abspaltungen der Krim und des Donbass hätte es auf Einfluß von Rußland gegeben.
Jean war selbst nicht in der Ostukraine, hat aber Kontakte. Ein Bekannter sei im Krieg 2014 gestorben, als er gegen Soldaten aus Rußland kämpfte. Eine Bekannte in einer südrussischen Stadt hat gesehen, wie eine ganze russische Garnison ausrückte. Für Jean waren das Belege für eine russische Invasion.
Die Geschichte eines Einmarsches Rußlands in der Ostukraine ist damit aber nicht belegt. 2014 fand ein großes russisches Militärmanöver an der ukrainischen Grenze auf russischem Territorium statt, deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn eine Garnison ausrückte.
Es ist bekannt, daß es tausende Freiwillige aus Rußland gab, die bei den Donbass-Milizen mitkämpften. Darunter waren auch ehemalige Militärs und Geheimdienstleute. Da es sehr viele familiäre Verbindungen zwischen Ukraine und Rußland gibt, ist das nicht verwunderlich. Einen offiziellen Einsatz der russischen Armee in der Ostukraine gab es aber nicht. In welchem Umfange es verdeckte Aktionen gab, ist natürlich unbekannt.

Jean argumentierte weiter, daß die Donbass-Milizen keine Waffen hatten, diese könnten nur von der russischen Armee gekommen sein. Offiziell sind mir keine russischen Waffenlieferungen bekannt, verdeckt kann es diese natürlich schon gegeben haben. Bekannt ist aber, daß die Donbass-Milizen Panzer und Waffen von übergelaufenen ukrainischen Einheiten bekommen haben. Auch viele bestehende Waffenlager der ukrainischen Armee in der Ostukraine wurden von den Milizen geleert. Belege dazu habe in meinem Buch "Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg" zusammengetragen.

Lügen der Kriegspropaganda

Um den Bürgerkrieg gegen die eigene Bevölkerung in der Ostukraine zu rechtfertigen, war die Hauptlinie der ukrainischen Kriegspropaganda, dies als Kampf gegen eine russische Invasion darzustellen. Das war ständig in den ukrainischen Medien. Am 24.04.2014 entlarvte der "Spiegel", der nicht für russische Propaganda verdächtig ist, die Lügen-Propaganda Kiews:

"Ein angeblicher "russischer Agent" soll als Beweis für eine Invasion herhalten und entpuppt sich als fanatischer Freischärler." Und weiter schrieb der Spiegel: "Mit Fakten nimmt es Kiew mitunter nicht so genau. Als ein ukrainischer Journalist Fotos von einer Einheit der ukrainischen Armee veröffentlichte, die mitsamt ihrer Panzerfahrzeuge zu den Rebellen übergelaufen war, dementierte die Regierung umgehend: Es handele sich in Wahrheit um eine "militärische List".

Die Einheit solle unter russischer Flagge vorstoßen und die Separatisten dann überwältigen. Als daraus nichts wurde, bezeichnete Kiew die Aufnahmen von ukrainischen Panzern mit russischer Trikolore als Fotomontage. Später dann machte die Meldung die Runde, die Einheit sei von prorussischen Kräften überwältigt geworden. Tatsächlich hatten sich Kiews Anti-Terror-Kräfte bereitwillig ergeben."

Die Kiewer Kriegspropaganda wurde im Lauf der Zeit natürlich besser und weniger offensichtlich. So wurde das Framing aufgebaut, Rußland habe 2014 eine Invasion in der Ostukraine durchgeführt, gegen die sich die Ukraine verteidigen muß.

Der Wille der dortigen Bewohner wurde dabei systematisch ausgeblendet. Daß es 2014 auf der Krim und in den Regionen Donezk und Lugansk Referenden zur Abspaltung von der Ukraine gab, zählte auch für Jean nicht. Die Referenden seien unter Zwang gelaufen. Um das zu belegen berichtete er von einer Bekannten aus dem Donbass, zu der Soldaten ins Haus gekommen seien und sie zur Abstimmung aufgefordert haben.

Das kann natürlich so gewesen sein. Diese Information reicht aber nicht: Haben die Soldaten über die Abstimmungsmöglichkeit informiert oder haben sie gedrängt? War es ein Einzelfall oder ein Normalfall? Die Referenden im Mai 2014 im Donbass fanden in ungeordneten Zuständen statt. Es gab auch bewaffnete Versuche die Durchführung des Referendums zu verhindern. Da kann alles Mögliche passiert sein.

Ich kenne aber auch Berichte, die ich in meinem Buch dokumentiert habe, die sehr positiv über die Referenden sprachen und verneinten, daß es Druck auf die Abstimmenden gegeben habe. Soldaten seien nur zum Schutz vor den Wahllokalen gewesen. Die Informationslage ist beim Unabhängigkeitsreferendum 2014 auf der Krim besser, da es dort Wahlbeobachter gab, die nichts Negatives feststellten.

Bei allen Unabhängigkeitsreferenden gab es sehr hohe Zustimmungsraten für eine Abspaltung. Diese wurden durch repräsentative Umfragen in gleichen Zeitraum bestätigt. Es war ein Ausdruck des Willens der dortigen Bevölkerung. Das ist das Wesentliche. Wer der Ansicht ist, daß es zu viele Unregelmäßigkeiten bei den Referenden gegeben hat, sollte fordern, daß diese unter internationaler Beobachtung wiederholt werden. Das hat aber niemand gefordert. Statt dessen wurde dieser Willensausdruck der Ostukrainer einfach mißachtet. Denn es paßte nicht in die Kriegspropaganda-Erzählung einer russischen Invasion.

Gebrochenes Minsker Abkommen

Beim Minsker Abkommen bohrte ich im Gespräch mit Jean lange nach. Dieses sah nicht nur einen Waffenstillstand vor, sondern der Konflikt sollte grundsätzlich gelöst werden, indem die beiden Donbass-Regionen einen autonomen Status in der Ukrainischen Verfassung erhalten. Wie Südtirol in Italien sollten die Donbass-Regionen eine kulturelle Autonomie und viele föderale Rechte bekommen. Es wäre so einfach gewesen, Frieden in der Ukraine herzustellen! Im Minsker Abkommen steht zehnmal, daß die ukrainische Regierung mit den Vertretern der Donbass-Republiken verhandeln müssen.

Die Kiewer Regierung hat sich aber immer geweigert mit diesen überhaupt zu reden, denn das wäre eine Anerkennung der Republiken gewesen. Eine föderale Verfassung gab es auch nicht. Statt dessen wurde das Minsker Abkommen nur dazu benützt, um Zeit zu gewinnen, die Ukraine aufzurüsten und NATO- Waffen zu liefern. Das haben 2022 der ehemalige ukrainische Präsident Poroschenko, Angela Merkel und François Hollande, die alle das Abkommen unterzeichnet hatten, öffentlich zugegeben.

Interessant war hier die wegwischende Reaktion von Jean, die ich als Ausdruck ukrainischer Umgangsformen nehme. Das Abkommen und dessen Wortlaut ist egal. Wenn es nicht paßt, dann hält man sich nicht daran. Ausgeblendet wird mit dieser emotionalen Reaktion aber, daß ein ungelöster Konflikt weiter brodelt und zu Schlimmerem führt.

Negative Erfahrungen in Rußland

Lange Phasen des Gespräches mit Jean gingen um Rußland, das er in der Zeit seiner Aufenthalte als autoritär erlebte. An der Uni war der Geheimdienst tätig und befragte Studenten, was der Professor in der Vorlesung gesagt habe. Er wurde bespitzelt, alle wurden bespitzelt, die Kollegen seien eingeschüchtert gewesen. Es gäbe in Rußland nur sehr wenige Menschen, die sich gegen die Regierungspolitik äußern. Besser sei es, nach außen keine Meinung zu haben. Freie kulturelle Initiativen hätten es sehr schwer. Jean zeichnete aus seinen Erfahrungen ein düsteres Bild von Rußland.

Für mich ist das aber nicht wichtig im Ukraine-Krieg. Damit müssen die Russen selbst fertig werden. Auch wenn es an Rußland etwas zu kritisieren gibt, dann ist das niemals ein Grund, einen Krieg gegen Rußland zu führen, wie es die NATO derzeit tut.

Verletzte Gefühle machen engstirnig - ein Frieden wäre so einfach gewesen

Für mich war das Gespräch mit Jean ernüchternd. Ich hatte erhofft, daß er neue Gesichtspunkte auf Basis eigener Erfahrungen bringen würde. Statt dessen formulierte er das ukrainische Rußlandfeindbild, das festgefügt und resistent gegen widersprüchliche Tatsachen ist.

Ich habe durch das Gespräch aber besser verstanden, daß diesem Feindbild eine starke kollektive Opfertraumatisierung in der ukrainischen Bevölkerung zugrunde liegt. Es gibt viele Verletzungen in den Seelen. Sie fühlen sich als die ewigen Opfer. Gleichzeitig gibt es in der Ukraine Politiker und Medien, die genau mit diesen Traumata spielen und davon profitieren. Auch die USA und die NATO benützen diese Opfertraumatisierung, denn nur so ließ sich die Ukraine auf den Wahnsinn ein, einen Stellvertreterkrieg gegen die viel stärkere russische Armee zu führen.

Dabei spielt es keine Rolle, ob es die Unterdrückung durch Rußland überhaupt gegeben hat. Die Gefühle sind da und werden als Wirklichkeit erlebt. Es spielt keine Rolle, daß Rußland die Ukraine 1991 in die Unabhängigkeit hat ziehen lassen. Es spielt auch keine Rolle, daß Putin immer wieder erklärte, daß er keinerlei Ambitionen hat, Rußland territorial zu erweitern. Oder daß er sagte, er habe auch nichts gegen einen EU-Beitritt der Ukraine.

Ihm wird sowieso nicht geglaubt. Die Unterdrückungsgefühle sind da. Mit diesen gab es keine Möglichkeit die Sicherheitsbedürfnisse Rußlands zu verstehen, für das ein NATO-Beitritt der Ukraine eine rote Linie ist. Aus diesen Unterdrückungsgefühlen heraus wurden auch die Bedürfnisse der russisch-verbundenen Ukrainer nicht verstanden, sondern diese wurden be-

kämpft.
Diesen Rußland-Haß vor allem in der westukrainischen Bevölkerung führte zum Donbass-Krieg ab 2014. Mit dem Kriegseintritt Rußlands 2022 wurden alle Vorurteile vollumfänglich bestätigt. Eine selbsterfüllende Prophezeiung.
Eine kollektive emotionale Verletzung macht blind und engstirnig. Die Ukraine hätte den Krieg ganz einfach verhindern oder nach der Kriegsausweitung im Februar 2022 schnell beenden können. Sie hätte nur das Vorhaben in die NATO einzutreten aufgeben, die Abspaltung der Krim akzeptieren und den Donbass-Regionen föderale autonome Rechte geben müssen.
Es wäre ziemlich einfach gewesen und hätte auch nicht wehgetan. Doch dazu hätte die ukrainische Bevölkerung und Regierung über ihre eigenen Schatten der kollektiven emotionalen Opfertraumatisierung springen und das Rußland-Feindbild überwinden müssen.
Statt dessen führte die Ukraine - von der NATO finanziert, beliefert und angefeuert - einen aussichtslosen Krieg gegen das vielfach größere Rußland. Nun sind Hunderttausende gestorben, fast die Hälfte der ukrainischen Bevölkerung hat das Land verlassen. Ein Wahnsinn. Eine Tragödie im wahrsten Sinne des Wortes.
Nach dem Gespräch mit Jean habe ich den Eindruck, daß diese Tragödie bis zur Katharsis fortgeführt werden muß. Zu fest sind die Positionen. Erst eine Katharsis wird eine innere Reinigung ermöglichen.
Durch die ukrainische Offensive in der russischen Kursk-Region im August 2024 wurden nun von der Kiewer Regierung auch alle Hoffnungen auf Friedensverhandlungen zunichte gemacht. Der Krieg wird wohl bis zum bitteren Ende weitergehen.
Thomas Mayer: "Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg - Um was es wirklich geht", Oktober 2023, kartoniert, 600 Seiten …<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31453" berichtet am 18. Dezember 2024 (x1.427/…): >>**Was uns die Corona-Protokolle verraten: RKI mißachtete Faktenlage zugunsten der politischen Vorgaben**
Prof. a.D. Dr. med. *Andreas Sönnichsen*
"Im seit 2021 laufenden Verfahren von Multipolar gegen das Robert Koch-Institut (RKI) zur Veröffentlichung und weiteren Entschwärzung der Protokolle des RKI-Krisenstabes hat das Verwaltungsgericht Berlin am 4. November ein Urteil gesprochen. (…)
Da die Krisenstabsprotokolle - die Multipolar zunächst in stark geschwärzter Form freigeklagt und publiziert hatte - durch ein Leak von der Journalistin Aya Velazquez am 23. Juli 2024 vollständig ungeschwärzt veröffentlicht wurden, war vor Gericht zu klären, ob die geleakten Daten (unautorisiert veröffentlichte Daten) mit den von Multipolar erklagten Protokollen identisch sind. (…)
Im nun verkündeten Urteil wird festgehalten, (…) daß die geleakten Protokolle identisch mit den erklagten sind. Multipolar-Mitherausgeber Paul Schreyer betonte nach der Urteilsverkündung, diese Bestätigung sei wesentlich, da das Leak damit "Beweiskraft in anderen Gerichtsverfahren" habe. Die geleakten ungeschwärzten Protokolle könnten dort als bestätigte amtliche Dokumente gelten."
So die Meldung von Multipolar am 13.11.24. Dieses Gerichtsurteil verleiht den veröffentlichten RKI-Protokollen noch mehr Gewicht in der Aufarbeitung der Corona-Verbrechen. Kla.TV strahlt dazu heute einen kurzen und sehr verständlichen Beitrag von Prof. Dr. Sönnichsen aus, den er beim MWGFD-Pressesymposium am 26.10.2024 gehalten hat. Prof. Sönnichsen beschränkt sich auf drei wesentliche Punkte, um zu zeigen, daß das RKI über die wissenschaftliche Faktenlage Bescheid wußte und diese zugunsten der politischen Vorgaben mißachtete.
MWGFD-Seite zum Symposium: https://www.mwgfd.org/2024/09/pressesymposium-medizin-nach-corona-aufarbeitung-und-vision/
Prof. a.D. Dr. med. Andreas Sönnichsen: Was uns die Corona-Protokolle des Robert Koch

Instituts verraten
https://rumble.com/v5kf18l-medizin-nach-corona-was-uns-die-corona-protokolle-des-rki-verraten-von-dr.-.html
Dr. Weikl: Aber jetzt gehen wir wieder einmal zurück in eine der Schaltzentren des Verbrechens, möchte ich sagen, nämlich zum Robert-Koch-Institut. Damit hat sich nochmal mein MWGFD-Kollege Prof. Andreas Sönnichsen beschäftigt. Ich möchte ihn mal kurz vorstellen, für die, die ihn vielleicht noch nicht so kennen. Er beschäftigt sich seit vielen Jahren mit wissenschaftlichen Arbeiten zum Thema Evidenzbasierte Medizin (medizinische Versorgung auf wissenschaftlicher Grundlage) Patientensicherheit, Medikationssicherheit und Hausärztliche Versorgung.
2006 wurde Andreas Sönnichsen Professor für Allgemeinmedizin an der Paracelsus-Universität Salzburg und es folgten dann Professuren an den Universitäten Witten-Herdecke 2012 und zuletzt auch an der Medizinischen Universität Wien 2018. Die hat er dann leider verloren aufgrund seiner kritischen Einstellung in dieser Corona-Plandemie - ein trauriges Beispiel, aber er hat es in Kauf genommen.
Er war 2019 bis 2021 auch Vorsitzender des Deutschen Netzwerks für Evidenzbasierte Medizin, weil er sich letztendlich immer auch kritisch mit den Interessenskonflikt-belastenden medizinischen Themen beschäftigt hat und vor allem mit der Über-Medikamentisierung der Bevölkerung und Schäden durch medizinische Maßnahmen. Und er ist auch Autor eines Buches, das heißt "Wissenschaftskompetenz in der Medizin". Ich freue mich jetzt, seinen Vortrag mit anhören zu können zum Thema "Was uns die Corona-Protokolle des Robert-Koch-Instituts verraten".
Prof. Dr. Andreas Sönnichsen: Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Robert-Koch-Institut, kurz RKI, spielte eine herausragende Rolle im Management der sogenannten Corona-Pandemie. Es sollte die Politik wissenschaftlich fundiert beraten. Tatsächlich erhielt das Robert-Koch-Institut jedoch Weisungen, was es zu beraten hatte, um politische Entscheidungen zu legitimieren. Dies haben die jüngst veröffentlichten Protokolle des Corona-Krisenstabs im RKI offenbart.
Mehrere tausend Seiten Protokolle sind für einen zehnminütigen Vortrag ziemlich viel. Ich werde mich daher auf drei wesentliche Punkte beschränken, um zu demonstrieren, daß das RKI über die wissenschaftliche Faktenlage Bescheid wußte und diese zugunsten der politischen Vorgaben mißachtete, beziehungsweise zumindest den politisch motivierten Entscheidungen öffentlich nichts entgegensetzte.
Beginnen wir mit der Frage, ob es jemals eine gefährliche Pandemie gab. Sehr aufschlußreich sind hier die seit vielen Jahren in wissenschaftlich fundierter Methodik erhobenen Surveillance-Daten (systematische Erfassung der Infektionsdaten zur Planung von medizinischen Maßnahmen) der Arbeitsgemeinschaft Influenza. Die Daten werden durch ca. 700 Sentinel-Praxen (epidemiologische Überwachungs-Praxen) und 70 Sentinel-Krankenhäuser erhoben und ermöglichen ein repräsentatives Bild der epidemiologischen Lage hinsichtlich respiratorischer Infekte in Deutschland. In dieser Grafik sehen Sie die Anzahl der wegen schwerer akuter respiratorischer Infektionen im Krankenhaus behandelten Personen pro 100.000 Einwohner über die vergangenen sieben Jahre.
Die höchste Zahl wurde mit etwa 40 Hospitalisierten pro 100.000 im Jahr 2018 durch die Grippewelle erreicht. An zweiter Stelle steht der Gipfel der RSV-Welle (eine besondere Art von Atemwegserkrankungen) im Herbst 2022. Es folgen die Influenza-Wellen 2019 und 2020 mit jeweils etwa 25 pro 100.000. Die erste Covid-Welle wird man vergeblich suchen. Sie geht im Wirrwarr der Linien unter. Und die weiteren Covid-Wellen ragen mit maximal 25 pro 100.000 nirgends über die Influenza-Wellen hinaus. In dieser Grafik ist das erste Halbjahr 2020 nochmals alleine dargestellt.

Und es wird zwischen der Gesamthospitalisierungsrate wegen SARI (Schwere akute respiratorische Infektionen) und SARI durch SARS-CoV-2 differenziert. Man sieht, daß die Corona-SARI überhaupt erst nach der bereits erfolgten Hochstufung des Risikos am 17.03. erkennbar werden und im Gesamtgeschehen der schweren Infektionen mit maximal drei SARI pro 100.000 überhaupt keine Rolle spielen.
Alle diese Fakten waren dem RKI-Krisenstab durch enge Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Influenza bekannt. In den Protokollen wird wiederholt auf die Zahlen der AGI (Arbeitsgemeinschaft Influenza) verwiesen. Am 27.02. wird erstmals auf PCR-Tests im repräsentativen AGI Sentinel-Netzwerk (Sentinel = Datenerhebung zur epidemiologischen Überwachung) hingewiesen. Alle Proben sind SARS-CoV-2-negativ.
Das bleibt so, bis am 11.03. ein einzelner Skiurlaubsrückkehrer aus St. Anton in Österreich im AGI-Sentinel-Netzwerk positiv getestet wird. Auch im weiteren Verlauf des März gibt es insgesamt nur fünf positive Proben, so daß das Protokoll des Krisenstabs am 24.03., also am zweiten Tag des Lockdowns, feststellt, die virologische Surveillance (virologische Überwachung) übermittelt den Eindruck, daß es keine relevante SARS-CoV-2-Zirkulation gibt.
Die sogenannte Pandemie ist also real im repräsentativen Sentinel-Netzwerk der AGI nicht existent. Sie besteht nur aus den positiven Testergebnissen ungezielter Massenuntersuchungen überwiegend asymptomatischer Personen (Personen ohne Krankheitsanzeichen). Vor dieser Art von Testung hat der Krisenstab wiederholt gewarnt, weil jedem methodisch-epidemiologisch sauber arbeitenden Wissenschaftler bewußt ist, daß ungezielte Massentests an asymptomatischen Personen zu einer Vielzahl falsch-positiver Befunde führen und somit ein verzerrtes epidemiologisches Bild entwerfen.
Dem Ansinnen des BMI (Bundesministerium des Innern), auch asymptomatische Personen in Gesundheitsinstitutionen generell zu testen, tritt der Krisenstab einmütig entgegen: "Das ist nicht sinnvoll". Die Botschaft wird in einer Pressekonferenz am 10.03. und noch einige weitere Male in den Protokollen wiederholt: "Keine Testung von asymptomatischen Personen!" Als Fazit läßt sich zusammenfassen.
Es gab 2020 keine relevante, gefährliche Pandemie in Deutschland. Diese wurde durch ungezielte Massentests vorgespiegelt. Es bestand daher keine Veranlassung, das Risiko am 17.03.2020 hochzustufen. Diese Risikohochstufung war politisch motiviert und erfolgte auf Weisung von oben, nicht durch die Wissenschaftler des RKI. Es bestand also auch zu keinem Zeitpunkt eine epidemische Lage nationaler Tragweite.
Und in einer Pressemitteilung des Gesundheitsministeriums wurde 2021 auch retrospektiv (rückblickend) eingeräumt, daß abgesehen von lokalen Belastungen durch übliche grippale Infekte zu keinem Zeitpunkt eine Überlastung der Krankenhäuser oder Intensivstationen vorlag. All dies war dem RKI-Krisenstab bewußt, weshalb er von der Massentestung asymptomatischer Personen wiederholt abriet.
Kommen wir zur zweiten Frage. War eine Maskenpflicht wissenschaftlich gerechtfertigt? Die wissenschaftliche Evidenz zu dieser Frage wurde erstmals 2012 und dann mit Updates 2020 und 2023 in einem Cochrane-Review (Systematische Übersichtsarbeiten mit Forschungsergebnissen zur Gesundheitsversorgung und -politik) zusammengefaßt. Die Autoren kommen zu dem eindeutigen Ergebnis, daß es keine ausreichende belastbare Evidenz für den Nutzen von Masken im Community-Setting (gesellschaftliches Umfeld) gibt. Ein weiterer Review befaßte sich mit der Evidenz im Gesundheitsbereich. Auch hier gibt es keine Evidenz für das Dauertragen von Masken.
Ein Nutzen konnte bisher nur für die individuelle Hochrisikosituation nachgewiesen werden, also wenn ein Arzt oder eine Pflegekraft einem direkten Kontakt mit einem hochinfektiösen Patienten ausgesetzt ist. Dem RKI Krisenstab war diese Evidenz bekannt. In den Protokollen wird wiederholt darauf hingewiesen, daß es für Masken im Alltag keinen Nutzennachweis

gibt. Das Tragen einer FFP2-Maske sei eine Maßnahme des Arbeitsschutzes, setze eine Schulung voraus und erfordere eine individuelle Anpassung, sonst besäße die Maske keinen Mehrwert.
Das RKI weist sogar auf mögliche Gesundheitsrisiken durch das Maskentragen hin und fordert, daß Empfehlungen zum Tragen einer Maske auch eine Warnung vor unerwünschten Nebenwirkungen beinhalten müssen. Als Fazit läßt sich zusammenfassen. Dem RKI-Krisenstab waren sowohl der fehlende Nutzennachweis als auch die Risiken durch Maskentragen bekannt. Er hat sich daher wiederholt gegen den ungezielten Einsatz in der Allgemeinbevölkerung ausgesprochen.
Zu guter Letzt möchte ich der Frage nachgehen, ob es eine Pandemie der Ungeimpften gab. Auch diese Frage wird in den Protokollen des RKI-Krisenstabs sehr eindeutig beantwortet. Bereits kurz vor Beginn der Impfungen weist das RKI darauf hin, daß noch keine Daten zur Beeinflussung der Transmission (Durchlässigkeit) vorliegen und man daher davon ausgehen muß, daß die Impfung nicht vor Erregerübertragung schützt.
Bereits am 20.01.2021 wird über positive Fälle im Anschluß an die Impfung berichtet. Dies wird im weiteren Verlauf immer wieder bestätigt. Geimpfte und Ungeimpfte sind gleichermaßen infektiös, scheiden ähnlich viele Viruspartikel aus und haben im PCR-Test ähnlich hohe CT-Werte (Cycle-Threshold-Werte = Maß für die Viruslast und Ansteckungsfähigkeit eines Patienten).
Das RKI geht so weit, offen zuzugeben, daß die Impfung nicht so gut ist wie erhofft und daß Geimpfte ein Risiko für Ungeimpfte darstellen könnten. Die von Medien und Politikern im Herbst 2021 verkündete Pandemie der Ungeimpften bezeichnet das RKI als fachlich nicht korrekt, da die Gesamtbevölkerung, also auch die Geimpften, zum Infektionsgeschehen beitragen. Leider darf das RKI diese Meldung nicht nach außen tragen. Im Protokoll steht: "Das sagt der Minister bei jeder Pressekonferenz vermutlich bewußt, kann hier nicht korrigiert werden." Dem RKI wurde also ein Maulkorb umgehängt.
Fazit: Dem Krisenstab des RKI war die fehlende Impfeffektivität hinsichtlich steriler Immunität von Anfang an bewußt. Er hat aber wider besseres Wissen dem Narrativ von der Pandemie der Ungeimpften nicht öffentlich widersprochen und damit dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit des RKI selbst, aber auch der Wissenschaft im Allgemeinen, schweren Schaden zugefügt.
Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.<<

19.12.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 19. Dezember 2024 (x1.428/…): >>**Krankenkasse verdoppelt Zusatzbeitrag: Wir schützen Beitragszahler vor der Massenmigration!**

Es ist die nächste Hiobsbotschaft für die Krankenversicherten in unserem Land: Als größte deutsche Krankenversicherung verdoppelt die Techniker Krankenkasse ihren Zusatzbeitrag im Januar 2025 auf 2,45 Prozent (zuvor 1,2 Prozent). Die völlig verfehlte Gesundheits-, Energie- und Migrationspolitik der etablierten Parteien führt zu einer immer stärkeren Schröpfung der Bürger, die auch in anderen Bereichen zunehmenden Belastungen ausgesetzt sind.
Die Energie- und Lebensmittelpreise steigen, die Mieten steigen, die Benzinpreise steigen - und nun kommt eine heftige Beitragserhöhung obendrauf. Dabei wäre dies mit einer unideologischen Politik, wie sie die AfD vertritt, vermeidbar gewesen!
Die Ursachen der Beitragserhöhung werden in Medienberichten nur nebulös angedeutet: Es habe "unter anderem starke Ausgabensteigerungen für Kliniken und Arzneimittel" gegeben, heißt es dort.
Doch woher rühren diese Ausgabensteigerungen? Vielfältige Aspekte wären hier zu nennen, doch zwei wesentliche Elefanten im Zimmer werden nicht benannt: Erstens bringt die irrsin-

nige "Energiewende-Politik" wegen der dadurch steigenden Energiepreise auch das Gesundheitssystem in die Bredouille. Zweitens findet weiterhin eine ungebremste Massenmigration in unsere Sozialsysteme statt.
Bereits im Oktober hatten Krankenversicherungen Alarm geschlagen und betont, daß vor allem durch Bürgergeld-Empfänger massive Kosten für die Kassen entstehen. Rund die Hälfte der Bürgergeld-Empfänger sind Ausländer. Dieses Problem wird man mit Lauterbachs untauglicher und nicht zukunftsfähiger Krankenhausreform nicht lösen können. Wir brauchen vielmehr eine Politikwende im Bereich Energie und Migration: Schluß mit der "Energiewende", Schluß mit offenen Grenzen! Nur die AfD schützt die Beitragszahler der Krankenkassen vor der Massenmigration.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 19. Dezember 2024 (x1.428/…): >>**Kein Luxus-Büro für Merkel!**
Selbst im Ruhestand zeigt die langjährige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), daß ihr die deutschen Steuerzahler egal sind: Das Altkanzler-Büro jener Regierungschefin, die unser Land 16 Jahre lang ruiniert hat, kostet uns jährlich fast eine Million Euro! Wie aus einer parlamentarischen Anfrage im Bundestag hervorgeht, schlugen die Personal- und Reisekosten des Büros im Jahr 2022 mit 930.234 Euro zu Buche.
Im Jahr 2023 stiegen die Kosten auf 955.446 Euro, im laufenden Jahr waren es bis zum 30. November bereits 858.456 Euro. Während unsere Rentner in die Armut getrieben werden und es infolge der Politik der Deindustrialisierung zu massenhaften Entlassungen kommt, beutet die Altkanzlerin den Steuerzahler für ihr pompöses Luxus-Büro aus.
Was sagt es über die CDU aus, wenn sie darüber schweigt und sich vor allem von ihrer Politik auch weiterhin nicht klar distanziert? Mit illegaler Massenmigration hat sie Messerstechereien und Gruppenvergewaltigungen zum traurigen Alltag in unserem Land gemacht. Mit dem unnötigen Kernkraft-Ausstieg hat sie die Verarmung unseres Landes eingeleitet. Bildungsmisere, Bundeswehr-Verfall, unsägliche Corona-Zwangsmaßnahmen und vieles mehr gehören ebenfalls zur Schreckensbilanz einer Kanzlerin, die dann auch noch mit unfaßbarer Arroganz auf Kritik reagierte und ein skandalöses Demokratie-Verständnis an den Tag legte.
Vergessen wir nie: Jene CDU-Politiker, die sich jetzt im Wahlkampf profilieren und eine Begrenzung der Migration oder ein Ende der Klima-Hysterie fordern, sind die Gleichen, die auf CDU-Parteitagen mit nordkoreanischen Applaus-Orgien der Kanzlerin gehuldigt haben. Mit der Merz-CDU wird die Merkel-Politik nahtlos weitergehen - die Verschwendung von Steuergeldern auch. Wer keine Merkel-Politik will, der kann deshalb bei der Bundestagswahl am 23. Februar nur die AfD wählen!<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Weiter deutlich mehr beantragte Regelinsolvenzen**
Die Zahl der beantragten Regelinsolvenzen in Deutschland ist im November 2024 um 12,6 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Mit Ausnahme des Juni 2024 (+6,3 Prozent) liegen die Zuwachsraten im Vorjahresvergleich damit seit Juni 2023 im zweistelligen Bereich, teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) am Donnerstag mit. Bei den Ergebnissen ist zu berücksichtigen, daß die Anträge erst nach der ersten Entscheidung des Insolvenzgerichts in die Statistik einfließen.
Der tatsächliche Zeitpunkt des Insolvenzantrags liegt in vielen Fällen annähernd drei Monate davor. Vom 1. bis 3. Quartal 2024 meldeten die Amtsgerichte nach endgültigen Ergebnissen 16.222 beantragte Unternehmensinsolvenzen.
Das waren 22,2 Prozent mehr als im 1. bis 3. Quartal 2023. Mehr beantragte Unternehmensinsolvenzen als 2024 hatte es in den ersten drei Quartalen eines Jahres zuletzt 2016 gegeben (16.480 vom 1. bis 3. Quartal 2016). Die Forderungen der Gläubiger aus den gemeldeten Unternehmensinsolvenzen bezifferten die Amtsgerichte auf rund 45,6 Milliarden Euro.

Im Vorjahreszeitraum hatten die Forderungen bei rund 21,1 Milliarden Euro gelegen. Bezogen auf 10.000 Unternehmen gab es in den ersten drei Quartalen 2024 in Deutschland insgesamt 47 Unternehmensinsolvenzen. Die meisten Insolvenzen je 10.000 Unternehmen entfielen auf den Wirtschaftsabschnitt Verkehr und Lagerei mit 91 Fällen.
Danach folgten das Baugewerbe mit 72 Insolvenzen und die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (zum Beispiel Zeitarbeitsfirmen) mit 70 Fällen sowie das Gastgewerbe mit 64 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen. Vom 1. bis 3. Quartal 2024 gab es 53.409 Verbraucherinsolvenzen. Damit stieg die Zahl der Verbraucherinsolvenzen um 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, so die Statistiker.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Eigentümerverband ruft zu Nichtzahlung der Grundsteuer auf**
Der Eigentümerverband Haus & Grund ruft Immobilieneigentümer ohne Grundsteuerbescheid dazu auf, die Steuer im nächsten Jahr vorerst nicht zu bezahlen. "Die alte Grundsteuer ist verfassungswidrig, sie muß ab dem 1. Januar 2025 nicht mehr überwiesen werden", sagte Verbandspräsident Kai Warnecke der "Bild" (Donnerstagsausgabe). "Wer noch keinen neuen Grundsteuerbescheid hat, muß daher vorerst keine Grundsteuer zahlen." Damit könne auch späterer Streit um mögliche Rückzahlungen mit den Behörden vermieden werden.
Warnecke rief dazu auf, "den alten Dauerauftrag zu löschen oder die Einzugsermächtigung zu widerrufen". Laut Warnecke wissen aktuell rund zwei Drittel der Immobilieneigentümer immer noch nicht, wie hoch ihre Grundsteuer im nächsten Jahr ausfällt. Der Verbandspräsident mahnte zugleich, Rücklagen zu bilden, da die Grundsteuer ja nachträglich bezahlt werden müsse.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**Stoppt der Wahlausgang die Energiewende?**
Die Rettung der Industrie durch subventionierten Strom ist wirkungslos. Die Energiewende muß gestoppt werden. Wird die kommende Wahl wieder zu einer realistischen Industriepolitik führen?
Von Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*
Die Kostenblöcke jeder Fertigung sind Personal, Energie und Kapital.
Alle drei Blöcke liegen in Deutschland weit über den Kosten der internationalen Wettbewerber. Ursache ist die Energiewende zur vorgeblichen Weltklimarettung. Ein Drittel Wind- und Solarstrom im deutschen Netz haben die Stromkosten vervierfacht und die sichere Stromversorgung geschwächt.
Die Regelkosten für ein stabiles Stromnetz sind von 100 Millionen Euro jährlich auf mehr als 2 Milliarden in die Höhe geschnellt. Wachsende Abgaben auf CO2-Emissionen verteuern Brenn- und Treibstoffe. Im nächsten Jahr sind dafür rund 15 Cent/Liter Benzin fällig. Die Heizkosten erhöhen sich für einen mittleren Haushalt um weitere 100 Euro im Jahr. Und die CO2-Abgaben sollen noch weiter steigen.
Die Kosten der Energiewende senken die Erträge in der Wirtschaft bis hin zu Verlusten. Kapital für Investitionen fehlt. Fremdkapital wird mit abnehmenden Ertragsaussichten immer teurer. Die Gesetze und Verordnungen zur Durchsetzung der Energiewende umfassen inzwischen tausende Seiten. Sie binden Personal in den Verwaltungen der Betriebe und blähen die staatlichen Verwaltungen auf. Die Industrie ist nicht mehr in der Lage, wirtschaftlich zu fertigen. Die Kosten für Energie, und in der Folge für Personal und Kapital, sind durch die Energiewende viel zu hoch.
Subventionen sind keine Lösung
Die Rezession und das immer offensichtlicher werdende Abwandern der Industrie in Länder mit einer günstigen Energieversorgung oder in die Insolvenz haben inzwischen zu Reaktionen der Energiepolitiker geführt. Durch Subventionen soll Industriestrom verbilligt werden. Doch

das ist keine Lösung. Die Folgen von Subventionierung mit neuen Subventionen auszubügeln, steigert den Unsinn nur. Auch neue Subventionen bezahlen alle Bürger über ihre Steuerlast zusätzlich. Damit nehmen die Kaufkraft der Bürger und die Erträge der Wirtschaft noch weiter ab. Mit Subventionen setzt sich der Niedergang fort.
Meistern läßt sich die Misere nur, wenn die Energiepolitik grundsätzlich geändert wird. Die Versorgung muß von ideologischen Abirrungen wieder auf den Boden der Realität gestellt werden. Dazu brauchen wir in den Führungsebenen der Industrie und der Ministerien Fachleute. Ein Banker als Vorstandsvorsitzender eines großen Energieversorgers oder ein Märchendichter als Wirtschaftsminister mit Staatssekretären ohne Fachkenntnisse in der Energieversorgung sind eine Fehlbesetzung.

Welche Realitäten müßten beachtet werden?

1. Die Energiewende ist nach mehr als 20 Jahren Erprobung gescheitert. Sie führt in den wirtschaftlichen Niedergang.
2. Kohle, Erdöl und Erdgas müssen die Grundlage für Energie und chemisch Produkte bleiben. Die Nutzung heimischer fossiler Brennstoffe muß ausgebaut werden. Deutschland wird sonst erpreßbar.
3. Energien aus fossilen und atomaren Brennstoffen sind noch für viele Jahrhunderte vorhanden. Sie sind sicher, bezahlbar und jederzeit verfügbar. Auf ihnen beruht unser Wohlstand.

Die CDU stützt die Energiewende zur Rettung von Profiten

Doch eine Politikänderung nach der kommenden Wahl ist nicht in Sicht. Nach den derzeitigen Umfragen liegt die CDU bei gut 30 Prozent, gefolgt von der AfD mit knapp 20 Prozent. Die Ampelparteien SPD und Grüne sacken ab in Richtung 10 Prozent. Alle anderen Parteien müssen um den Einzug in den Bundestag fürchten. Die CDU braucht danach Koalitionspartner. Da sie Gespräche mit der AfD verweigert, bleiben nur die Versagerparteien SPD und Grüne. Damit wird die Energiewende ohne Einschränkungen fortgeführt, denn die CDU will laut Parteibeschluß unter Federführung ihres Vorsitzenden, Friedrich Merz, weiter das Klima retten.
Doch die Klimarettung dürfte weitgehend vorgeschoben sein zur Rettung der Profite durch die Energiewende. Viele CDU Mitglieder profitieren von dem Bau, dem Betrieb und der Finanzierung der Wind-, Solar- und Biogasgasanlagen. Die hohen Erträge sind durch die Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) über 20 Jahre garantiert.
Diese Profiteure der Energiewende werden massiv gegen ein Ende der Energiewende ankämpfen. Doch mit der Fortführung der Energiewende, die den Niedergang der deutschen Wirtschaft und die Kaufkraftverluste der Bürger verstärkt, schwinden auch die Profite. Ein Verlängern der Energiewende wird uns allen große Wohlstandsverluste bringen.
Viele Bürger, die schon jetzt mit geringen Einkommen oder Renten an der Armutsgrenze leben, werden aufbegehren. Soziale Unruhen sind programmiert. Auch die bisherigen Profiteure verlieren, wenn die große Masse der einkommensschwachen Bevölkerung die Energie nicht mehr bezahlen kann.

Sofortmaßnahmen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung

Was müßte getan werden? Sofort sollte der Bau weiterer "grüner" Energieanlagen gestoppt werden. Das gilt auch für die CO2-Bepreisung, den Handel mit CO2-Zertifikaten und CO2-Grenzwerte im Abgas aus fossilen Brennstoffen. Der Bau der Stromtrassen von Nord nach Süd sollte aufgegeben werden. Kohlekraftwerke in Verbrauchernähe sind viel preiswerter. Allein mit diesen Maßnahmen wird der Strompreis deutlich fallen.
Ferner müssen alle stillgelegten Kraftwerke reaktiviert werden, sofern das wirtschaftlich sinnvoll ist. Die heimische Braunkohle muß zur Verstromung stärker genutzt werden. Sie liefert die günstigste Energie. Neue Kraftwerke sind zu planen und zu bauen. Sie sollten vorwiegend mit heimischen Energieträgern betrieben werden.

Dazu muß Fracking zur Förderung von Erdöl und Erdgas in Deutschland erlaubt und unterstützt werden. Steinkohle sollte weiterhin importiert werden. Eine Förderung in Deutschland ist wegen der tiefen Lagerung unwirtschaftlich. Kernkraftforschung sollte wieder unterstützt werden. Atomenergie ist die mittelfristige Energie der Zukunft. Zurzeit allerdings ist der Strom aus neuen Kernkraftwerken unwirtschaftlich teuer.

Probleme zur Beendigung der Energiewende

Ein Problem sind die installierten "grünen" Stromerzeuger. Hier ist viel Kapital investiert. Ein Abschalten ohne finanziellen Ausgleich würde viele Anleger und Banken in den Ruin treiben. Ein Zusammenbruch der Wirtschaft ist dann zu befürchten. Um das zu vermeiden, muß der Rückbau der "grünen" Anlagen planmäßig über einen längeren Zeitraum stattfinden. Zur Finanzierung können Einsparungen bei den Stromkosten dienen.

Das Ende der Energiewende ist mit einem großen Aufwand verbunden. Doch am Ende gibt es Licht. Ein Weitermachen dagegen führt in den wirtschaftlichen Abstieg auf das Niveau eines Entwicklungslandes. Bis jetzt sind alle Parteien für ein Weitermachen bis auf die AfD. Wenn viele Mitglieder der CDU zur Werteunion wechseln, könnte die kommende Wahl doch eine Mehrheit für die Beendigung der Energiewende bringen. Der Bürger hat eine schwere Wahl zu treffen.

Leider verbreiten die meisten Medien, voran der öffentlich rechtliche Rundfunk und das Fernsehen, weitgehend nur die Regierungspolitik und hofieren linke Parteien und Gruppen. Eine objektive Berichtserstattung sucht man vergebens. Dies ist eine indirekte Wahlbeeinflussung.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. Dezember 2024 (x1.431/…): >>**EnBW fordert mehr Backup-Kraftwerke**

Der baden-württembergische Energieversorger EnBW ruft die Bundespolitik auf, angesichts mehrerer Dunkelflauten den Ausbau von Backup-Kraftwerken voranzutreiben. "Aus der Kernenergie sind wir ausgestiegen, Kohle schalten wir ebenfalls ab", sagte Finanzvorstand Thomas Kusterer am Donnerstag dem Sender ntv. "Es bleiben zunehmend ältere Kraftwerke übrig." "Die werden aber nicht jünger, deren Effizienz und Verfügbarkeit nehmen ab."

In der vergangenen Woche und Anfang November brach die Stromerzeugung aus Sonne und Wind in Deutschland kurzzeitig fast vollständig weg. An der Strombörse stiegen die Erzeugungspreise vorübergehend auf mehr als 900 Euro pro Megawattstunde. "Das war nur in einer Stunde so und es drohte auch kein Blackout, aber man sieht: Das System ist im Grenzbereich unterwegs", mahnt der EnBW-Manager.

Im Zuge dessen kritisiert Kusterer den bisherigen politischen Fokus auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien. "Die Zielsetzung ist richtig, und 80 Prozent erneuerbare Energien bis 2030 sind machbar", sagte er. "Aber wir müssen uns über den sinnvollsten Weg dorthin unterhalten." Kusterer zufolge sind in den vergangenen Jahren zwei wichtige Aspekte aus dem Blick geraten, die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit.

"Wenn wir den Umbau des Energiesystems nicht kosteneffizient umsetzen, verlieren wir die Akzeptanz", sagte er weiter. "Aber ohne grundsätzliche gesellschaftliche Akzeptanz werden wir nicht erfolgreich sein."

Die Forderung des Energieversorgers ist eindeutig: "Es ist jetzt wirklich Zeit, wasserstoffähige Gaskraftwerke zu bauen, statt den maximalen Ausbau der erneuerbaren Energien zu forcieren", sagte Kusterer mit Blick auf weitere Dunkelflauten. "Wir als EnBW hatten vergangene Woche sämtliche verfügbare Kraftwerke am Netz, zusätzlich gab es Stromimporte aus dem Ausland. Der Markt hat genau das getan, was er tun soll. Aber die letzten Reservekraftwerke, die eingesetzt wurden, waren ineffizient und teuer."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 19. Dezember 2024 (x1.430/…): >>**Wegen steigendem Energiebedarf: weltweiter Kohleverbrauch erreicht 2024 neuen**

Rekordwert

2024 wird der weltweite Kohleverbrauch einen neuen Rekordstand erreichen. Größte Treiber dieser Entwicklung sind China und Indien. 2024 sollen weltweit insgesamt 8,77 Milliarden Tonnen Kohle verbraucht worden sein, während es 2023 nur 8,3 Milliarden Tonnen waren.

Von *Redaktion*

Der Tagebau Garzweiler. In Deutschland wird spätestens 2038 die Kohleverstromung eingestellt. Weltweit steigt der Kohleverbrauch hingegen an.

Laut einem Bericht der Internationalen Energieagentur (IEA) ist der Kohleverbrauch 2024 erneut angestiegen und hat einen neuen Höchststand erreicht. 2024 sollen weltweit insgesamt 8,77 Milliarden Tonnen Kohle verbraucht worden sein, während es 2023 nur 8,3 Milliarden Tonnen waren. Insgesamt ist es bereits der vierte Anstieg des weltweiten Kohleverbrauchs in Folge.

Der größte Kohleverbraucher der Welt ist mit Abstand China. Im Reich der Mitte werden 4,9 Milliarden Tonnen Kohle verbraucht, vor allem im Stromsektor. Jede dritte Tonne Kohle weltweit wird in einem Kohlekraftwerk Chinas verbrannt. Der größte Anstieg beim Kohleverbrauch ist hingegen in Indien zu verzeichnen. Dort stieg der Kohleverbrauch um fünf Prozent auf 1,4 Milliarden Tonnen Kohle. Der Anstieg des Verbrauchs in Indien übertrifft derweil den Rückgang des Kohleverbrauchs in Nordamerika und Europa. Beide Kontinente verbrauchen zusammen nur 0,9 Milliarden Tonnen. Hier wird ein Rückgang von 5 bis 8 Prozent prognostiziert.

Eine Trendwende sieht die IEA beim weltweiten Kohleverbrauch erst im Jahr 2027 aufkommen. Zuvor ging die IEA von einem früheren Zeitpunkt aus. Grund für den erwarteten Rückgang ist ein stagnierender Kohleverbrauch in China und eine Zunahme der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in den kommenden Jahren. Wie sich der genaue Kohleverbrauch in den nächsten Jahren entwickelt, hängt jedoch insbesondere vom Wetter und der daraus resultierenden Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ab. Hinzu kommt, daß aufgrund der Digitalisierung und des Umstiegs verschiedener Sektoren auf Strom als wesentlichen Energieträger der weltweite Stromverbrauch in den nächsten Jahren steigen wird.

In Deutschland, dem größten Kohleproduzenten der EU, ist seit Jahren eine stark rückläufige Tendenz beim Kohleverbrauch zu beobachten. 1990 verbrauchte Deutschland 449.000.000 Tonnen Kohle, 2023 hingegen nur noch 132.000.000 Tonnen. Deutschland möchte mit seinem Kohleausstieg dem weltweiten Klimawandel entgegentreten. Die Zahlen zeigen jedoch auf, daß der deutsche Rückgang weltweit keine Trendwende bringt. Der Rückgang des Kohleverbrauchs in den Industrieländern wird durch einen Anstieg des Kohleverbrauchs in den Schwellenländern mehr als kompensiert.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 19. Dezember 2024 (x1.430/…):

>>**Bundesverfassungsgericht: Bundestag beschließt Gesetz, um AfD bei der Auswahl von Richtern umgehen zu können**

Der Bundestag hat eine Grundgesetzänderung beschlossen, um die Auswahl von Richtern am Verfassungsgericht zu erleichtern. Damit sollen Parteien wie AfD und BSW künftig bei der Auswahl der Richter umgangen werden können.

Von *Redaktion*

Für die Richterwahl soll es künftig klare Bestimmungen geben - zum Schutz vor autoritären Kräften.

Bei der Wahl von Bundesverfassungsrichtern wird es künftig keine Sperrminorität geben - beispielsweise von AfD und BSW. Das beschloß der Bundestag am Donnerstag. Damit könnten kleinere Parteien künftig keinen Einfluß mehr auf die Richterwahl haben. Der Entwurf zur Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes von CDU, SPD, Grünen und FDP sieht klare Regelungen für den Fall vor, daß nicht zwei Drittel des Bundestags für einen Richterkandi-

daten stimmen, wie es im Moment notwendig ist.
In diesem Fall würde die Wahl derzeit abgelehnt werden, ein neuer Kandidat müßte aufgestellt werden. Künftig soll die Entscheidung dann nach einer abgelaufenen Frist an den Bundesrat weitergegeben werden, in welchem neu abgestimmt wird. Auch hier ist wieder eine Zwei-Drittel-Mehrheit vonnöten. AfD und BSW befürchten, daß Parteien, die nicht an der Bundes- oder an Landesregierungen beteiligt sind, daher künftig ausgeklammert werden könnten, weil der Bundesrat derzeit vor allem aus CDU- und SPD-Politikern besteht.
Selbiges gilt auch umgekehrt: Kommt im Bundesrat keine Zwei-Drittel-Mehrheit zustande, kann der Bundestag die Entscheidung treffen. Damit wiederum könnte verhindert werden, daß Bundesländer, die künftig beispielsweise einen AfD-Ministerpräsidenten erhalten, die Entscheidung im Bundesrat blockieren könnten.
Die Kritik an diesem Vorhaben: Damit könnte die Überparteilichkeit bei der Richterwahl abgeschwächt werden. Im Bundesrat sind seit jeher zwei Parteien überrepräsentiert: CDU und SPD. Auch die Grünen verfügen regelmäßig über eine wesentlich stärkere Präsenz als im Bundestag. Alle drei Parteien könnten daher praktisch im Alleingang Richterwahlen vornehmen. Wenn es im Bundestag keine Zwei-Drittel-Mehrheit gibt, dann entscheidet der Bundesrat. Die Sperrminorität wird de facto umgangen. Der breite überparteiliche Konsens, der bis dato für die Auswahl der Richter nötig war, wird in Teilen ausgehebelt.
Die aktuell gültige Gesetzeslage sieht die Wahl von 16 Richtern jeweils zur Hälfte durch den Bundesrat und den Bundestag vor. Wie bereits dargelegt bedarf es jeweils einer Zwei-Drittel-Mehrheit, ansonsten wird der betreffende Richterkandidat abgelehnt.
Je nach Situation könnte die Entscheidung jetzt aber sogar komplett von einem der beiden Häuser ausgehen - wenn beispielsweise im Bundestag für die acht Kandidaten keine Zwei-Drittel-Mehrheit zustande kommt. Nicht nur diese im Bundesverfassungsgerichtsgesetz verankerten Änderungen der Richterwahl werden eingeführt, auch das Grundgesetz erhält Neuerungen bezüglich der Funktion der Richter und des Gerichts.
Die Richteranzahl wird auf 16 Richter festgelegt, zudem wird die Amtszeit der Richter auf zwölf Jahre beschränkt - eine Wiederwahl ist nicht möglich. Die Amtsträger dürfen darüber hinaus die Altersgrenze von 68 Jahren nicht überschreiten. Und: Zwei Senate des Bundesverfassungsgerichts werden jetzt festgeschrieben. Damit wiederum soll verhindert werden, daß bei dem Erstarken autoritärer Parteien das Bundesverfassungsgerichtsgesetz geändert und ein dritter Senat eingeführt werden könnte.
Das Bundesverfassungsgerichtsgesetz kann durch eine einfache Mehrheit im Bundestag geändert werden. Sollte eine politische Kraft dadurch einen dritten Senat einführen, der mit ihr wohlgesonnenen Richtern besetzt wird und sich um für die Partei wichtige Themen kümmert, könnte die Demokratie gefährdet werden, so die Argumentation. Deswegen sollen die Rahmenbedingungen für die Bundesverfassungsrichter im Grundgesetz festgehalten werden, denn für dortige Veränderungen braucht es eine Zwei-Drittel-Mehrheit.
Die Änderungen sind eines der wenigen Ampel-Vorhaben, die von der CDU noch dieses Jahr mitgetragen werden. Bereits in der Vergangenheit hatten sich die Christdemokraten für die Gesetzesanpassung ausgesprochen. Deswegen gab es Gespräche mit den drei Ampel-Parteien, letztlich wurde ein gemeinsamer Entwurf beschlossen. Nachdem der Bundestag jetzt dem Vorhaben zugestimmt hat, muß auch der Bundesrat die Änderungen ratifizieren - das gilt jedoch als Formsache.
Während der Debatte kam es am Donnerstag immer wieder zu Zwischenrufen der AfD, die sich unzufrieden mit den Vorstellungen der Antragsteller zeigten. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas forderte deshalb, die Abgeordneten sollten vor allem mit Blick auf die Vorweihnachtszeit "anständig miteinander umgehen". Die AfD-Abgeordneten wurden von den Rednern immer wieder subtil als verfassungsfeindlich dargestellt.

Vor der Abstimmung hatte Innenministerin Nancy Faeser das Vorhaben gelobt: Daß autoritäre Kräfte mit ihrer neu gewonnenen Macht Einfluß auf das Verfassungsgericht nehmen wollen, sei in anderen europäischen Ländern sichtbar geworden, erklärte die SPD-Politikerin den Zeitungen der Funke Mediengruppe. In Polen soll die konservative PiS-Regierung 2015 versucht haben, die Arbeitsweise des Verfassungsgerichts derartig zu beeinflussen, daß eine Gewaltenteilung nicht mehr möglich gewesen wäre, befürchteten Experten. Auch in Deutschland ist ein solches Szenario denkbar, mahnen Ampel-Politiker.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Vom Tag X und anderen Räuberpistolen**

Der Reichsbürgerprozeß und seine V-Leute. … Am 7. Dezember 2022 wurde in Deutschland nur knapp ein Staatsstreich verhindert - der sogenannte Reichsbürger-Putsch. Alle angeblich Beteiligten sitzen seither in U-Haft, isoliert von der Öffentlichkeit. Beweise gibt es nicht, dafür jede Menge Klatsch.

_ von *Johann Leonhard*

Im Reichsbürgerprozeß gilt: Je langweiliger die Tatsachen, desto abenteuerlicher die Berichterstattung. Besonders die Bild läßt ihrer Fantasie immer wieder freien Lauf. Die Geliebte des angeblichen Rädelsführers Heinrich XIII. Prinz Reuß (73) wird als "russische Putsch-Prinzessin" bezeichnet. Ende Mai titelt das Blatt allen Ernstes: "Ist die Anwältin der Putsch-Prinz-Geliebten eine Russen-Spionin?" Dem Adligen wirft man vor, einen "Draht zu Putin" gesucht zu haben.

Daß er in jüngeren Jahren durchaus eine schillernde Figur war, "in Frankfurt jedes edle Restaurant und jeden Puff" kannte, sollen "Weggefährten" der Bild erzählt haben. Damals mit einem iranischen Model liiert, bewegten sich der Prinz und seine Gespielin in der High Society. Sie traf als Unesco-Botschafterin "Weltstars wie Sylvester Stallone, Boris Becker und Fußball-Legende Diego Maradona", so das Klatschblatt. Bemerkenswert: Die heute 67-jährige Perserin hält immer noch zu ihrem Ex: "Er ist unschuldig. Er kann nicht mal sein Handy richtig benutzen. Unvorstellbar, daß er Anführer einer terroristischen Organisation sein soll."

"Was machen sie mit dir? Du hast nichts gemacht!" Die Ex des Prinzen

Was sich vor Gericht abspielt und wie mit den seit zwei Jahren inhaftierten vermeintlichen Putschisten umgesprungen wird, verschweigen die Medien jedoch routiniert: Die dokumentierten Blutergüsse von zu engen Handschellen, die regelmäßigen Leibesvisitationen mit Inspizierung aller Körperöffnungen, auch bei den weiblichen Angeklagten, die Polizisten in Kampfmontur im Verhandlungssaal, das Panzerglas zwischen Anwälten und Mandanten, all das ist der Journaille keine Zeile wert. Dabei haben es die Ankläger auch nach über 100 Verhandlungstagen in drei Gerichtssälen (Stuttgart-Stammheim, Frankfurt/Main und München) nicht geschafft, den Tatvorwurf durch irgendwelche Beweise zu untermauern.

In zahllosen Chat-Nachrichten, abgehörten Telefonaten und Zeugenaussagen kommt zum Ausdruck, daß der sogenannte Rat um Prinz Reuß am Tag X auf das Eingreifen einer mysteriösen ausländischen "Allianz" gewartet habe - also nicht selbst tätig werden wollte, schon gar nicht gewalttätig. Außer philosophischem Geschwätz und wilden Telegram-Theorien hat die Anklage weiterhin nichts in der Hand.

Rosinenpicken in Stammheim

Zwei Fragen muß die Anklage mit Ja beantworten können: Gab es die "terroristische Vereinigung" wirklich, und hatte sie konkrete Pläne für einen gewaltsamen Umsturz? "Hiervon kann keine Rede sein", sagt Thomas Tschammer, einer der Verteidiger des Prinzen. Die Anklageschrift behauptet das aber - trotz fehlender Beweise - weiterhin. Als sie Ende Mai von Oberstaatsanwalt Tobias Engelstätter erstmals verlesen wurde, verfiel "seine Stimme dabei regelrecht in den Singsang einer Märchenerzählung", schrieb das Juristenportal Legal Tribune.

Prinz Reuß sei "kein Anführer, kein Rädelsführer, und (…) auch nicht Mitglied einer terrori-

stischen Vereinigung", erklärt sein Anwalt Roman von Alvensleben. Als der Häftling Ende Juni erstmals zu den Vorwürfen Stellung nahm, machte er deutlich: "Natürlich lehne ich Gewalt ab - aber die Anklage versucht mir das Gegenteil zu unterstellen."
Während einer Verhandlung in Frankfurt sprang zum Ende einer Sitzung plötzlich seine iranische Ex-Frau auf, ging zur Scheibe, die die Angeklagten von den Besuchern trennt, und rief: "Was machen sie mit dir? Du hast nichts gemacht! Wir glauben an deine Unschuld! Gut gemacht! Aber 18 Monate in Haft, was soll das? Und einmal im Monat eine Stunde die Familie sehen dürfen, das ist unmenschlich!"
Immer wieder monieren die Verteidiger das "Rosinenpicken" der Ankläger: Was belastend wirkt, wird breitgetreten. Was entlastend wirkt, läßt man dagegen unter den Tisch fallen. Chat-Protokolle, Telefonate, Videos und Schriftwechsel würden selektiv als Beweismittel eingeführt, um irgendwelche Verbindungen zum Reichsbürgermilieu zu konstruieren. Teilweise seien die Tondokumente von den ermittelnden BKA-Beamten in entstellender Weise verschriftlicht worden.
So wurden zum Beispiel Youtube-Videos des Bundeswehrobersts a.D. Max Eder, des Ex-Polizisten Michael Fritsch und anderer vorgeführt. In einem Video sagt Eder: "Es geht nicht gegen das System, sondern gegen diejenigen, die das System mißbrauchen." So spricht kein extremistischer Systemgegner, oder? Doch die Anklage wertet es als Beleg für "Ablehnung und Untergrabung staatlicher Maßnahmen".

Thema Deep State

Nach sieben Monaten Verhandlung ist klar: Die Angeklagten beredeten alles Mögliche am Telefon, doch die Worte "Putsch" oder "Umsturz" fielen nie, weder am Tisch des Prinzen noch in der überwachten Telekommunikation seiner vermeintlichen Ratsmitglieder. Daß die handverlesenen Gäste Heinrichs XIII. bei verschiedenen Gelegenheiten über politische Fragen philosophierten und dabei teils sehr eigenwillige Theorien aufstellten, den SPD-Politiker Helge Lindh als "Lutscher" betitelten und sich ernste Sorgen über einen Blackout machten, ist verbrieft. Na und?
Was für die Angeklagten offenbar eine zentrale Rolle spielt, ist das Thema satanisch-rituelle Pädophilie. Max Eder nimmt in seinen Einlassungen ausführlich dazu Stellung und gibt an, konkrete Tatverdächtige, darunter auch prominente Namen, nennen zu können. Diese seien "unter Verschluß und sicher hinterlegt". Eine unterirdische Anlage zum Zweck des Kinderhandels (DUMB) vermute er in Basel. Auch die Namen bekannter Sexualverbrecher und Pädokrimineller wie Jeffrey Epstein, Marc Dutroux und P. Diddy fallen.
Prinz Reuß habe, nach Aussage seines Anwalts Hans-Otto Sieg, für die Erkundung und Aufklärung solcher Netzwerke Geldmittel bereitgestellt. Die Anklage behauptet heute, diese Summen seien für die Vorbereitung des Reichstagssturms gedacht gewesen. Im Dezember 2022 wollte Eder gemeinsam mit den Schweizer Behörden "das Aufdecken der DUMBs im Raum Basel noch vor Weihnachten (…) finalisieren". Seine Verhaftung kam dem zuvor.
Sie vermutet hinter deren Gerede um Tag X hauptsächlich monetäre Interessen.
Eine "smoking gun" hat die Anklage bislang nicht geliefert. Im Gegenteil: Weiterhin werden Deko-Waffen, Notstromaggregate, Satellitentelefone und Vollkornbrotvorräte als Beweismittel für eine Umsturzplanung herangezogen. Daher der Name "Ravioli-Putsch". Ein Verteidiger der ehemaligen AfD-Bundestagsabgeordneten Birgit Malsack-Winkemann spottet: "Wenn ich drei Doppelzentner Kartoffeln beim hiesigen Bauer bestelle, kommt dann der Verfassungsschutz?"
Wie versucht wird, die Angeklagten mit allen nur denkbaren Verschwörungstheorien in Verbindung zu bringen, zeigt ein Anfang August in München verlesener "Ideologievermerk des Verfassungsschutzes vom 13.9.2023". Der Geheimdienst präsentierte in seinem Rundumschlag die Themenpalette der Reichsbürger, was offenbar den Ton der Anklage setzen sollte,

also Fragen der fehlenden Souveränität Deutschlands, die BRD als GmbH, den fehlenden Friedensvertrag, QAnon, Pizzagate, den Deep State und Wetterbeeinflussung durch sogenannte Chemtrails. Was das alles mit dem Prozeß und den Anschuldigungen gegen die angeblichen Reichstagsstürmer zu tun hat? Rein gar nichts. Es erzeugt aber die gewünschten Assoziationen für die anwesenden Pressevertreter.

Verschwörer und V-Leute

Zugegeben, von Verschwörungstheorien wimmelte es in dem Kaffeekränzchen der Rentner-Runde: Aus abgehörten Telefonaten der 70-jährigen Ruth L. - sie war die Wahrsagerin im Bunde - ist zu entnehmen, daß sie Ende November 2022 den angeblichen Militärchef Rüdiger von Pescatore bei einem weiteren Beschuldigten als Doppelagenten anschwärzte. Die Prozeßbeobachter notieren aus dem Audio-File: "Rüdiger ist vom MI6 und verrät die ganzen Leute. (…) Er ist britischer Geheimdienst." Sowohl Pescatore als auch der Angeklagte Marco van Heukelum werden im selben Gespräch als "Schwätzer" abqualifiziert.

Das "Tischtuch" zwischen den beiden und dem "Chef" (gemeint ist wohl der Prinz) sei "zerrissen". Malsack-Winkemann bezeichnete die Genannten als "Nepper, Schlepper und Bauernfänger". Sie vermutet hinter deren Gerede um Tag X hauptsächlich monetäre Interessen. Der Zerfall der Gruppe, auch aufgrund persönlicher Differenzen, ist nach ihren Angaben schon im Oktober/November 2022 in vollem Gange gewesen. Wie sich dieser Haufen dann Wochen später zu einem Reichstagssturm und der Übernahme der Regierungsgeschäfte hätte aufschwingen sollen - das war der Vorwand der großangelegten Razzia vom 7. Dezember 2022 -, bleibt weiterhin das Geheimnis der Anklage.

COMPACT auch dabei

In dem im August 2024 im Münchener Prozeß verlesenen "Ideologievermerk des Verfassungsschutzes vom 13.9.2023" wird auch unser Magazin erwähnt. "Das Magazin COMPACT bemüht sich, die QAnon-Bewegung zu unterstützen", soll laut Prozeßbeobachtern im Dossier des Inlandsgeheimdienstes behauptet worden sein. Dabei hatten wir zwar ausführlich über Q berichtet und dem Anonymous sogar ein Titelthema gewidmet, aber uns von wesentlichen seiner Inhalten distanziert und seine Rolle als schädlich eingeschätzt.

Daß ein V-Mann mitgemischt hat, ist seit dem 20. August aktenkundig. An diesem Tag stellte der Rechtsanwalt Olaf Klemke (Verteidiger von Fritsch) einen Antrag: Er wollte wissen, ob irgendeiner der Beschuldigten "für eine oder mehrere Behörden als Vertrauensperson oder Informant tätig ist oder war". Aus der Akte sei "bisher ein verdeckter Ermittler des BKA bekannt". Oho: einer ist schon erwiesen! Für Klemke ist es "unwahrscheinlich, das es keine weiteren gäbe", notiert ein Prozeßbeobachter. Es bleibt also spannend!

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 01/2025.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Dezember 2024 (x1.426/…): >>**Spitzel, Spalter und Spione**

Von *Daniell Pföhringer*

Nationale Parteien und Gruppierungen waren seit Gründung der BRD ein Tummelplatz in- und ausländischer Geheimdienste. In seinem neuen Buch "Zwischen Reich und Republik - Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten" enthüllt der Historiker Karlheinz Weißmann das wahre Ausmaß dieser Wühlarbeit. …

Weihnachten 1959 meldete der RIAS: "Mit Entsetzen vernahm nicht nur die deutsche Bevölkerung, auch das Ausland die Nachricht von der Schändung der eben erst wieder aufgebauten Kölner Synagoge und des Kölner Mahnmals für die Opfer des Nationalsozialismus." Das jüdische Gotteshaus war ausgerechnet zu Heiligabend mit Hakenkreuzen beschmiert worden.

Der Schandtat folgte eine regelrechte Welle antisemitischer Schmierereien in der ganzen Bundesrepublik, in Westberlin und in mehreren westlichen Ländern. Plötzlich grassierte die Angst, daß die BRD von der Vergangenheit eingeholt würde. Fast 700 ähnliche Ereignisse

dokumentierte ein Weißbuch der Bundesregierung in den Wochen nach Heiligabend 1959.
Im Berliner Abgeordnetenhaus gab der damalige Regierende Bürgermeister Willy Brandt eine Erklärung ab:
"Wenn man die Meldungen aneinander reiht, könnte man meinen, eine weit verstreute Brigade des Teufels habe Urlaub bekommen und sei auf uns losgelassen worden. Wir haben alle miteinander Grund, uns zu schämen."
Die Schuldigen waren schnell ausgemacht: Mitglieder der Deutschen Reichspartei (DRP) sollen die Hakenkreuze an die Wände der Synagogen und anderen Einrichtungen geschmiert haben. Die 1950 gegründete Rechtspartei hatte den Sprung in die Landtage von Niedersachsen, Bremen und Rheinland-Pfalz einziehen konnte. Die Erfolgssträhne der Formation endete jäh, nachdem ihre Mitglieder an den Pranger gestellt wurden.
Doch tatsächlich führten damals der Staatssicherheitsdienst der DDR und der sowjetische KGB im Hintergrund den Pinsel, wie der Historiker Karlheinz Weißmann in seinem neuen Buch "Zwischen Reich und Republik - Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten" enthüllt. Die Aktion, sollte dazu dienen, Westdeutschland als Hort von Naziverbrechern international in Verruf zu bringen. Das gelang - und manchen Etablierten kam das im Grunde ganz gelegen. Denn so wurde ihnen kurzerhand eine lästige Konkurrenz aus dem Weg geschafft.

Reif fürs Verbot

Die Hakenkreuzschmierereien im Dezember 1959 sind nur ein Beispiel für die Wühlarbeit in- und ausländischer Geheimdienste innerhalb der deutschen Rechten. In seinem Werk "Zwischen Reich und Republik" zeigt Weißmann auf, daß sich das perfide Treiben von Agenten und Provokateuren wie ein roter Faden durch die Geschichte der nationalen Opposition zieht. Stets wollte man allzu patriotische Regungen schon im Keim ersticken - auch zur Sicherung der Macht der Herrschenden. Daran hat sich bis heute kaum etwas geändert.
Ein besonders prägnanter Fall rankt sich etwa um die Sozialistische Reichspartei (SRP). Die wurde 1952 als erste Partei in der BRD verboten - nicht nur, weil sie eine unverkennbare Nähe zum alten NS-Gedankengut aufwies, sondern auch, weil das Bundesverfassungsgericht ihren undemokratischen innerparteilichen Aufbau bemängelte.
Maßgeblich verantwortlich für diese Struktur war der SRP-Vorsitzende Fritz Dorls. Und auch bei ihm spricht einiges dafür, daß er auf der Gehaltsliste eines Geheimdienstes stand - nämlich des 1950 neu gegründeten Bundesamtes für Verfassungsschutz. Dessen erster Präsident Otto John war eine überaus dubiose Figur. 1954 machte er urplötzlich rüber in die DDR, kehrte aber ein Jahr später zurück nach Westberlin.

Waffen vom US-Geheimdienst

Doch es waren nicht nur östliche Geheimdienste und der Verfassungsschutz, die rechte Gruppierungen in Westdeutschland infiltrierten, auch "die westlichen Siegermächte und insbesondere die USA" positionierten damals "Einflußagenten in Parteien, Gewerkschaften und Medien", wie Weißmann in "Zwischen Reich und Republik - Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten" schreibt.
Ein Beispiel dafür ist der vormalige HJ-Führer Karl-Heinz Priester, der mit Unterstützung des US-Geheimdienstes "zu Beginn der fünfziger Jahre eine Stay-behind-Organisation wie den Bund Deutscher Jugend (BDJ) aufbaute, den man nicht nur mit Geld, sondern auch mit Ausrüstung und Waffen versah", so Weißmann in seinem neuen Buch.
Selbst der Bundesnachrichtendienst (BND) beteiligte sich am Agentenspiel innerhalb der politischen Parteien. Weißmann schreibt dazu in "Zwischen Reich und Republik":
"Obwohl der BND eigentlich die Aufgaben eines Auslandsgeheimdienstes erfüllen sollte, konzentrierte er bis zum Ende der sechziger Jahre erhebliche Energien auf das Feld der Innenpolitik, nicht zuletzt durch das Plazieren von Konfidenten in Presse, Rundfunk, Fernsehen, Parteien und gesellschaftlichen Organisationen."

Und weiter:
"Dabei richtete man das Augenmerk naheliegenderweise auf die politische Linke, aber deshalb geriet die Rechte doch nicht aus dem Blick, in der man systematisch eigene Leute aufbaute."
Beispiele, die Weißmann hier anführt, sind etwa Helmut Beck-Broichsitter (Gründer einer ominösen Bruderschaft Deutschland), "der wahrscheinlich auch für den Verfassungsschutz arbeitete", oder Gerhard Krüger, "den Geschäftsführer der Sozialistischen Reichspartei, der nach deren Verbot für die DRP tätig war".

Geheimakte NPD

Auch in den folgenden Jahrzehnten litten rechte Parteien erheblich unter der Schlapphut-Infiltration. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang Geschehnisse im Zusammenhang mit der NPD in den 1960er Jahren. Im November 1966 gelang der damals noch nationalkonservativen Partei unter der Führung ihres charismatischen Vorsitzenden Adolf von Thadden mit 7,9 beziehungsweise 7,4 Prozent der Einzug in die Landtage von Hessen und Bayern.
Die Erfolgsserie der Partei setzte sich bei den Wahlen in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen fort und erreichte in Baden-Württemberg 1968 mit 9,8 Prozent der Stimmen ihren Höhepunkt. Gleichzeitig stieg auch die Zahl der Parteimitglieder von 18.000 (1966) über 38.000 (1967) bis auf rund 50.000 im Jahr 1969. In diesem Jahr stand schließlich eine Bundestagswahl an - und viele gingen davon aus, daß die NPD auch den Sprung ins Parlament schaffen würde.
Doch auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes, der nicht nur von Verbotsdrohungen des damaligen Bundesinnenministers Ernst Benda (CDU) begleitet wurde, sondern auch von massiven, teils gewalttätigen Gegenprotesten, zückte einer der Leibwächter von Thaddens bei einer Kundgebung in Kassel im Getümmel seine Mauser-Pistole und schoß in die Luft …
Nun hatten Medien und Politik ihren vermeintlichen Beweis für die Gefährlichkeit der NPD, die schließlich mit 4,3 Prozent am Einzug in den Bundestag scheiterte. Notabene: NPD-Chef von Thadden selbst unterhielt zeitweilig Kontakt zum britischen Geheimdienst MI-6.

In Diensten von VS und Stasi

Doch nicht nur diese Begebenheit läßt auf das Einwirken von Geheimdienstprovokateuren schließen.
"Als symptomatisch kann in dem Zusammenhang der Fall Peter Weinmanns betrachtet werden", so Weißmann in "Zwischen Reich und Republik" - wozu er weiter ausführt:
"Nationaldemokrat der zweiten Stunde und V-Mann des Verfassungsschutzes, war er ab Anfang der siebziger Jahre in verschiedenen nationalrevolutionären und neonationalsozialistischen Gruppen tätig. (…) Geld spielte in jedem Fall eine Rolle dafür, daß Weinmann auch der Staatssicherheit und später - im Gefolge seiner Übersiedlung nach Südtirol - dem italienischen Geheimdienst Zuträgerdienste leistete.
Dabei habe sich der Neonazi auf Geheimdienst-Ticket nicht nur "das Vertrauen von Einzelpersonen erschlichen, Informationen gesammelt und an seiner Auftraggeber weitergereicht, sondern auch als Agent provocateur betätigt" - unter anderem unter dem Decknamen "Egon Fischer" für die Stasi.
Die Reihe von V-Leuten, Lockspitzeln und Provokateuren in den Reihen der deutschen Rechten ließe sich noch beliebig fortsetzen - beim ersten Verbotsverfahren gegen die NPD 2003 spielte die Geheimdienst-Infiltration eine große Rolle, führte sogar zu einem Scheitern des Verfahrens, und auch beim Niedergang der Republikaner in den 1990er Jahren dürfte diese Sache nicht unerheblich gewesen sein.
Weißmann arbeitet die brisantesten Fälle in seinem Werk "Zwischen Reich und Republik - Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten" schreibt akribisch auf, nennt Ross und Reiter, verdeutlicht die Methoden der Dienste und sensibilisiert einen für dieses immer noch höchst

relevante Thema. Eine echte Fleißarbeit, die einen klarer sehen läßt!
Karlheinz Weißmanns neues Werk "Zwischen Reich und Republik - Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten" bietet nicht nur einen umfassenden Überblick über alle rechten Strömungen und Parteien seit 1945, sondern verdeutlicht auch die Infiltration dieses Spektrums durch in- und ausländische Geheimdienste von Anfang an.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Dezember 2024 (x1.426/…): >>Good Nius für Merz
Die Akte Reichelt. Von Gerhard Wisnewski. … Ex-Bild-Chefredakteur Julian Reichelt hat ein angeblich alternatives Medien-Imperium aufgebaut, das gegen den Mainstream anstänkert. Doch stimmt das auch? Vorabdruck aus Gerhard Wisnewskis neuem Jahrbuch Verheimlicht - Vertuscht - Vergessen 2025.
_ von *Gerhard Wisnewski*
Herrje - in der baden-württembergischen CDU hängt der Haussegen schief: Julian Reichelt ist da! Sie wissen schon: der Ex-Chefredakteur der Bild, der vor ziemlich genau drei Jahren, am 18. Oktober 2021, vom Springer-Verlag gefeuert wurde - wegen angeblichen Machtmißbrauchs gegenüber jungen Kolleginnen. Seither macht er den herrschenden Parteien mit seinen bissigen Nachrichten-Websites und -Kanälen das Leben schwer. Aber nun haben ihn doch glatt die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) und die Junge Union (JU) zu einer Diskussions-Veranstaltung im Europa-Park Rust eingeladen!
MIT und JU, zwei Ableger der CDU/CSU. Da kochen die Emotionen hoch, schrieb die Schwäbische Zeitung am 12. Oktober 2024. Aber warum eigentlich? Ganz einfach: Reichelt gilt mit seinen vielfachen Internet- und Youtube-Formaten inzwischen als ein Enfant Terrible, das den Mainstream genauso aufmischt wie die alternativen Medien.
Mit oft messerscharfem Journalismus geht Reichelt mit seinem Netzwerk aus Nius, Achtung, Reichelt!, Apollo News und vielen anderen hart mit den Blockparteien ins Gericht und produziert Schlagzeilen, die jeder alternativen Nachrichtenseite zur Ehre gereichen würden: "Scholz und Habeck blamieren und ruinieren Deutschland" (21.11.24) / "Tyrann Habeck macht Jagd auf Bürger" (18.11.24) / "Regierung außer Kontrolle" (24.10.24). Aber auch die Union scheint schlecht wegzukommen: "Merkels historische Fehlentscheidung" (12.4.23) / "CDU lernt nicht aus Fehlern" (23.6.23) / "Grün, grüner, Union" (7.9.22).
"Friedrich Merz, übernehmen Sie!" *"Nius"*
Prompt bezeichnete der Sprecher des CDU-Bezirksverbandes Südbaden, Daniel Sander, Nius als "Hetzkanal". Andreas Schwab, Bezirksvorsitzender der CDU-Südbaden, stoße in dasselbe Horn, so die Schwäbische Zeitung, Tenor der Kritik: "Jemandem wie Reichelt dürfe man keine Bühne bieten."
Das Reichelt-Imperium
Dabei haben diese Herrschaften rein gar nichts kapiert - denn Reichelt ist quasi Fleisch von ihrem Fleische und zur Zeit ihr bester Mann. Fakt ist: Der ehemalige Bild-Chefredakteur steht im Zentrum eines einmaligen Medien-Coups. Vom Springer-Verlag unter lautem Getöse geteert und gefedert, erscheint er nun als vom Hof gejagter Dissident, dem die renitenten Bevölkerungskreise und kritischen Medien aus der Hand fressen.
Manchem erschien Reichelt schon als der weiße Ritter, der nun als Ex-Bild-Chef mit geballter Profi-Power die verkrustete Politik auf Trab bringt - unbestechlich und politikfern: In seinem Youtube-Kanal Achtung, Reichelt! bezeichnet er sich als den "härtesten Gegner von Scheinheiligkeit, Propaganda und Heuchelei in der Politik!" Und: "Wir sind der schärfste Widersacher von Spin, erdrückenden Narrativen, Ideologien, Bigotterie und Scheinheiligkeit in der Politik."
Auf den ersten Blick scheint das auch zu stimmen. Mit seiner scharfen und scheinbar ungeschminkten Kritik stellt er die etablierten Medien bloß und nimmt den alternativen den Wind

aus den Segeln. So sammelte Reichelt in kürzester Zeit massenhaft Follower ein wie ein Staubsauger und schrieb und sendete sich in Windeseile an die Spitze der alternativen Medienszene. Auf Youtube hat er fast eine dreiviertel Million Abonnenten (Nius plus Achtung, Reichelt!), rechnet man das angeblich von ihm mitgegründete Format Apollo News noch dazu, kommt man schon auf 800.000.
Gemäß der Journalistin Antje Hildebrandt hat der Geschäftsführer und Gründer von Apollo News, Max Mannhart, eng mit Reichelt zusammengearbeitet und war Chefredakteur von dessen Dachgesellschaften Rome Medien und Vius. Laut dem Publizisten Alexander Wallasch hat Reichelt Apollo News sogar gegründet oder mitgegründet, indem er "die gesamte Crew der Apollo News von Tichys Einblick abgeworben" habe. Und schließlich bekommt Nius laut Spiegel von der Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg nun auch noch eine "bundesweite TV-Lizenz".
Während der (zumindest) früher von der CIA mitfinanzierte Springer-Verlag einen ganzen Bauchladen von Zeitungen und Sendern zusammengerafft hat und so die etablierte Nachrichtenwelt beherrscht, geht nun ausgerechnet der "Ex-Bild-Chef" Reichelt daran, die alternative Nachrichtenwelt zu dominieren. Und zwar mit "Ex-Springer-Leuten": Mitglieder der Chefredaktion von Nius "waren die ehemaligen Bild-Journalisten Sebastian Vorbach und Willi Haentjes (…).
Zur 30-köpfigen Redaktion gehören die ehemaligen Bild-Redakteure Ralf Schuler, Julius Böhm, Zara Riffler und Alexander Möhnle, die zuvor bereits mit Reichelt gearbeitet hatten, sowie Judith Sevinç Basad (zuvor pleiteticker.de), Louis Hagen, Jan Aleksander Karon, Christian Kemper, Amir Makatov, Anabel Schunke, Giovanna Winterfeldt, Rob Szymoniak und Alexander Kissler" (Wikipedia).
"Rechte Parteien … können nur als eiserner Verbündeter Israels Erfolg haben." Reichelt
Clever, wie? Durchaus: Statt die alternativen Medien frontal zu bekämpfen und zu diffamieren, wo-rauf der tumbe Mainstream bisher gesetzt hat, gibt man sich als eines von ihnen aus, zieht Leser und Follower an sich und scheucht sie dann in die Arme der Union. Denn das ist ja das Wesen des Springer-Verlages: Diversifizieren, Zielgruppen abholen, Geld verdienen und Menschen politisch beeinflussen.
Besonders deutlich werden die Auswirkungen des Multibrandings bei Nachrichtenseiten, die lediglich Nachrichtenlinks veröffentlichen. Stieß man früher unter jedem Link auf irgendein anderes, meistens alternatives Medium, landet man nun fast immer bei einem Produkt aus dem Hause Reichelt. Mit anderen Worten findet hier, von der Mehrzahl der Nutzer unbemerkt, eine verdeckte Monopolisierung statt.
Er spielte die Risiken der Impfung runter.
Bei der fixen, frechen und meistens fundierten Berichterstattung kann sich jeder Querdenker pudelwohl fühlen und die Frage nach seinem Lieblingsmedium als beantwortet ansehen. Endlich wurde der alternative Journalismus auf ein professionelles Niveau gehoben, meint man. Aber Vorsicht: Was sich hier so gut anfühlt, ist nur die Bonding-Phase, nämlich jene Periode, in der ein Medienprodukt nach Followern fischt und diese an sich bindet, um sie später zu steuern. Und zwar in Richtung Union.
Sprich: Reichelt ist mit dem ganz großen Schleppnetz unterwegs, um dem Mainstream abhanden gekommenes Publikum wieder einzufangen und en gros der CDU/CSU zuzuführen. Nur daß sein Mediennetzwerk etwas zu abrupt in die Steuerungsphase überging. So rumpelte es doch ganz gewaltig, als man am 17. September 2024 bei Nius plötzlich lesen mußte: "Endlich Kanzlerkandidat! Friedrich Merz' langer Weg zur Macht."
Hoppla: Nius, das neue Flaggschiff der alternativen Medien von dem Springer-Paulus Reichelt, bejubelt die Kanzlerkandidatur von Friedrich Merz? Der Kandidat jener Partei, die den Zusammenbruch Deutschlands federführend mit organisiert hat und nunmehr gegenüber Ruß-

land ins Kriegshorn bläst? Das mußte doch ein Irrtum sein! Und wenn nicht: So plump kann doch niemand die Maske fallen lassen. Und doch: Zwei Tage später hieß es auf Nius sogar: "Friedrich Merz, übernehmen Sie!"

Unbedingte Israel-Hörigkeit

In Wirklichkeit ist Reichelt also ein geistiges U-Boot der CDU und des Springer-Verlages und mit der alternativen Medienszene völlig inkompatibel. Auffällig ist zum Beispiel, daß der angeblich so schändlich geschaßte Reichelt die unbedingte Israel-Hörigkeit von Springer in seine neue, angeblich unabhängige Medienkarriere mitgenommen hat. Bekanntlich muß sich jeder Springer-Redakteur in seinem Arbeitsvertrag zur Loyalität mit Israel verpflichten: "Wer für Bild und Welt arbeitet, muß sich zu fünf Essentials bekennen", so der Tagesspiegel.

Das zweite lautet: "Wir unterstützen das jüdische Volk und das Existenzrecht des Staates Israel." Wobei: Nichts gegen Israel, schon gar nichts gegen seine Bürger - aber auch nicht bedingungslos für Israel. Wer so etwas unterschreibt, ist nichts weiter als ein geistiger Krieger des Nahoststaates. Und genau das scheint Reichelt zu sein: 2017 wurde er sogar ausdrücklich für die Unterstützung des Staates Israel geehrt - mit dem Franz-Rosenzweig-Preis der B'nai B'rith-Loge in Düsseldorf.

In einem Nius-Kommentar maßte sich Reichelt an, die AfD umzugestalten und verlangte mehr oder weniger den Rauswurf von Björn Höcke und Tino Chrupalla. Reichelts Direktive vom 22. Oktober 2024: "Rechte Parteien in Europa, besonders in Deutschland, können nur als Schutzmacht des jüdischen Lebens und eiserner Verbündeter Israels Erfolg haben." Den inzwischen vom Internationalen Strafgerichtshof per Haftbefehl (wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit) gesuchten israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu bezeichnete er als den "wohl klügsten und erfolgreichsten Rechten der politischen Welt" (siehe Dokumentation Seite 50).

Doch Reichelt ist nicht nur pro-israelisch, sondern auch proamerikanisch und antideutsch. Laut Süddeutsche Zeitung kennt er sogar einen CIA-Direktor, und zwar "aus der Zeit, als Reichelt als Kriegsreporter für die Bild über das US-Militär in Irak und Afghanistan berichtete". Dessen Name: David Petraeus. Einem Bericht der Financial Times zufolge habe Petraeus, später Vorsitzender des Springer-Investors KKR (früher Kohlberg Kravis Roberts & Co.), ebendort ein gutes Wort für Reichelt eingelegt. Was wiederum heißt, daß ein maßgeblicher Springer-Teilhaber, nämlich KKR, von einem ehemaligen CIA-Boß geführt wird.

"Kanal der kontrollierten Opposition." *MdB Peter Boehringer über Reichelt*

Mitte Oktober 2023 billigte Reichelt in Nius die Kriegsverbrechen der Alliierten: "Briten und Amerikaner hielten es für geboten und moralisch vertretbar, den Willen der deutschen Zivilbevölkerung durch Flächenbombardements von Städten zu brechen. Sie nahmen den Tod hunderttausender Zivilisten nicht nur in Kauf, sie verursachten ihn ganz bewußt, weil sie der (richtigen) Überzeugung waren, daß es ein befreites und friedliches Europa nur geben könne, wenn Deutschland in jeder Hinsicht gebrochen wäre."

Am Rande der Wahrheit

Nirgends kam Reichelts opportunistische und liebedienerische Haltung so zum Ausdruck wie während der Corona-Zeit. So spielte er die Risiken des unzureichend geprüften Impfstoffs herunter: Man habe gewußt, "daß dieser Impfstoff funktioniert, man wußte daß dieser Impfstoff keine dramatischen Nebenwirkungen hat. Wir waren also ausdrücklich nicht die Versuchskaninchen. Dieses Wort zu nennen, ist absolut verheerend in einer Phase, in der wir noch wollen, daß mehr Menschen sich impfen lassen …", sagte er am 6. September 2021, damals noch auf Bild-TV.

Immerhin, so versichert der Shooting-Star heute: "Was ich niemals gemacht habe und worauf ich auch sehr stolz bin und immer stolz sein werde, daß ich es niemals gemacht habe, war jemals zu fordern, daß es eine Verpflichtung gibt, sich impfen zu lassen. Das ist etwas, was ich

immer aus tiefstem Herzen abgelehnt habe und auch jede Gängelungsmaßnahme aus tiefstem Herzen abgelehnt habe" (Gio unzensiert, 16.3.2024). Wirklich? Tatsächlich sagte er in einem Gespräch auf Bild-TV am 27. August 2021, daß die Impflicht nicht kommen werde, obwohl es sie "eigentlich braucht", um wieder einen normalen Schulbetrieb zu erleben. Reichelt am Rande der Wahrheit? Oder schon im Reich der Lüge?

Follow the money …

Der momentane Auftrag von Reichelt lautet anscheinend, kritische Bevölkerungskreise zu kapern und zur CDU zu führen (und natürlich israelfreundlich einzunorden). Kein Wunder, denn Reichelt wird ja quasi von der CDU bezahlt, nämlich von dem (nach Umsatz) milliardenschweren Software-Unternehmer Frank Gotthardt von der CompuGroup Medical SE. Er ist der Hauptfinanzier von Reichelts getarnten Propaganda-Portalen. Aber Milliarden sind nun mal selten auf der Seite der Aufklärung.

"Klar ist, daß Gotthardt gut in der CDU vernetzt ist", schrieb das Nachrichtenportal T-Online im Februar 2023: "Er war Vorsitzender des Wirtschaftsrats der CDU in Rheinland-Pfalz. (…) Zeitweise trat der Wirtschaftsrat wie ein Unterstützerverein auf, um Friedrich Merz an die Spitze der Partei zu bringen."

Genau das findet man heute eins zu eins in der Nius-Berichterstattung wieder. "Generell dürfte es schwer werden, einen Spitzenpolitiker der Union zu finden, der nicht regelmäßig bei Nius auftritt oder wenigstens brav Zitate abliefert", so die Schwäbische Zeitung im Oktober 2024. Reichelt und die neue CDU unter Friedrich Merz und Generalsekretär Carsten Linnemann lägen bei wichtigen Themen "wohl nicht allzu weit auseinander".

Fazit: Dem Eindruck einer kritischen und nun auch professionellen Vielfalt zum Trotz, gräbt das Reichelt-Netzwerk anderen unbequemen Anbietern das Wasser ab und verdrängt sie vom Markt, bis es eine Monopolstellung erreicht hat. Für den AfD-Bundestagsabgeordneten Peter Boehringer ist Achtung, Reichelt! denn auch nichts weiter als ein "Kanal der kontrollierten Opposition".

_ Bestsellerautor Gerhard Wisnewski (1959) schreibt seit 2007 eine Chronik unterdrückter Nachrichten. Die aktuelle Ausgabe "Verheimlicht - Vertuscht - Vergessen 2025" ist unter compact-shop.de erhältlich.*

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 01/2025.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31471" berichtet am 19. Dezember 2024 (x1.427/…): >>**Prof. Dr. Bhakdi zum Bericht des US-Repräsentantenhauses: mRNA-Injektionen schlimmer als Contergan**

Interviewer: Am 4. Dezember 2024 veröffentlichte der Sonderausschuß zur Corona-Pandemie des US-amerikanischen Repräsentantenhauses ein Dokument, was zu Deutsch so viel heißt wie "Nachträgliche Maßnahmenüberprüfung der Covid-19-Pandemie: Die Lehren und der Weg in die Zukunft". Dieses enthält einige bemerkenswerte Feststellungen.

Prof. Sönnichsen faßte die wichtigsten Punkte wie folgt zusammen:

- Das SARS-CoV-2-Virus entstammt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einem Laborunfall im Zusammenhang mit Gain-of-Function-Forschung im virologischen Labor in Wuhan.
- Die Forschungsarbeiten in Wuhan wurden unter anderem durch das US-amerikanische National Institute of Health finanziert.
- Die US-amerikanische und die chinesische Regierung haben gemeinsam versucht, den Ursprung von SARS-CoV-2 zu vertuschen.
- Die offiziellen Reaktionen von Regierungen, Behörden und von der Regierung bezahlten Wissenschaftlern auf die Covid-Pandemie waren durch Betrug, Verschwendung und Mißbrauch gekennzeichnet.
- Die Schulschließungen während der Pandemie werden dauerhafte negative Auswirkungen

auf Generationen amerikanischer Kinder haben.
- Es ist unzulässig, die Verfassung in Krisenzeiten außer Kraft zu setzen. Die Einschränkungen der durch die Verfassung garantierten Freiheiten und Rechte führen zu Mißtrauen in Public Health (Gesundheitswesen/öffentliche Gesundheitspflege).
- Die ergriffenen Maßnahmen dürfen niemals mehr Schaden anrichten als die Krankheit selbst, so wie das durch Lockdowns während der Covid-Krise geschehen ist.
Interviewer: Heute sprechen wir dazu mit Prof. Dr. Sucharit Bhakdi. Er war 30 Jahre lang Professor an den Universitäten zu Gießen und Mainz sowie 22 Jahre Chefredakteur der medizinischen Zeitschrift "Medical Microbiology and Immunology". Er veröffentlichte 320 Publikationen auf PubMed und hat zahlreiche wissenschaftliche Auszeichnungen erhalten. In Summe ist er einer der führenden Virologen in Deutschland gewesen. Prof. Bhakdi, schön, daß Sie sich heute Zeit genommen haben! Was können Sie uns zu diesem neu herausgekommenen Dokument sagen?
Dr. Sucharit Bhakdi: Ja, Andreas Sönnichsen hat es sehr schön zusammengefaßt. Und ich muß sagen, ich war begeistert, als ich diesen Bericht gesehen habe - 300 Seiten. Denn das ist die Aufarbeitung, auf die Deutschland und überhaupt der Rest der Welt wartet. Und in fast allen Belangen ist es recht gut. Da werden die Spieler beim Namen genannt - also Entschuldigung - die Kriminellen in der Regierung und überhaupt in der Organisation, die die ganze Pandemie geplant und durchgeführt haben.
Schonungslos, muß ich sagen, schonungslos. Und dieser Bericht kann im Prinzip eins zu eins auf Deutschland und jetzt, wie wir wissen, auch auf England übertragen werden. Denn vor zwei Tagen wurden die Dokumente entsprechend den RKI-Protokollen in England freigeklagt. Und die sehen fast genauso aus wie die deutschen. Da kann man sehen, wie das Ganze so spitzenmäßig kriminell organisiert wurde.
Eine richtige Mafiabande, noch viel größer als Mafia. Nur gab es einen Punkt. Und als ich den Punkt gesehen habe, habe ich gesagt, ich würde gerne mit euch, Kla.TV, ein Interview machen. Weil dieser Punkt eröffnet für Europa, Deutschland, Österreich und Schweiz eine Riesenmöglichkeit. Nämlich dieser Punkt betrifft die Impfung. Da haben die Amerikaner versagt. Dieser Untersuchungsausschuß hat versagt.
Ich weiß, warum er versagt hat. Aber die Begründung brauchen wir jetzt nicht zu beleuchten. Tatsache ist, daß sie - ich glaube, es ist Seite 300 bis 305 - sagen, daß diese Impfung Millionen Menschenleben gerettet hat. Man müßte im Prinzip die Impfung nur ein bißchen, die ganze Impfstrategie und das Programm ein bißchen verbessern und dann wäre es gut gewesen.
Und da habe ich gesagt, nein Leute, wie kann man so was noch 2024 vor Weihnachten schreiben, da diese Impfung das größte Verbrechen in der Geschichte der Menschheit ist. Das habt ihr verpaßt zu sagen. Und das würde ich gerne mit euch liefern. Also Deutschland, Österreich, Schweiz. Wir wollen den letzten fehlenden Mosaikstein in diesem Puzzle liefern.
Interviewer: Also kann man sagen, daß da auch in gewisser Weise die Stunde von Europa gekommen ist. Weil , es müssen ja nicht nur die Sinnlosigkeit und auch Gefährlichkeit dieser ganzen Maßnahmen, wie die Amerikaner es jetzt gebracht haben, ans Licht kommen, sondern auch in gleicher Weise dieser bis dato ja wirklich größte Menschenversuch mit dieser modRNA-Injektion. Wie ist eigentlich dazu jetzt die Erkenntnislage, Prof. Bhakdi?
Dr. Sucharit Bhakdi: Also folgende Fehler haben sie gemacht. Sie haben sich darauf hingewiesen. Erstens, daß bereits im Oktober 2020 durch den Artikel von John Ioannidis - auf dem WHO-Bulletin im Oktober 2020 hat John Ioannidis klar darauf hingewiesen, daß dieses Virus für Menschen unter 70 Jahren nicht gefährlicher ist, war und ist als ein Grippevirus. Also hat es von vornherein überhaupt keinen Grund gegeben, zu impfen.
Zweitens, wir wurden alle getäuscht und sind der Illusion im Prinzip erlegen, daß dieser Impfstoff wirksam war. Dabei zeigt das Protokoll vom 27. April 2020, RKI-Protokoll, daß nichts

bekannt war. Das war, bevor irgend jemand von der Impfung träumen konnte bis auf Merkel. Und niemand wußte etwas davon. Das steht in diesem Protokoll. Es werden mehrere Impfstoffe kommen, die im Schnellverfahren entwickelt und getestet wurden. Das heißt, sie waren entwickelt und getestet.
Das ist Lightning Speed (Bezug zu Buch "Projekt Lightspeed" über die übereilte Impfstoffentwicklung von BioNTech). Und jeder weiß, das kann nicht sein. Ich habe natürlich sofort gesehen, BioNTech hatte überhaupt keine Tierversuchsanlage. Sie konnten das nicht testen an Tieren, wie es eigentlich sein muß. Also haben sie es nicht getan. Und natürlich kam später raus, sie haben es nie getan. Sie haben nie Tierversuche gemacht. Es wurden überhaupt nie Tierversuche gemacht.
Und deswegen war die Zulassung dieses Impfstoffes sowieso nicht rechtens von vornherein. Ein Jahr später, im Februar 2021, steht im RKI-Protokoll … ein Jahr später, nachdem sie zwei Monate lang geimpft hatten, steht ganz klar, über die Wirksamkeit und die Dauer der Wirkung ist nichts bekannt. Und wenn wir zurückgehen zum Protokoll vom 27. April 2020, steht geschrieben - und das ist ja unglaublich - relevante Daten über Wirksamkeit und Sicherheit … relevante Daten werden erst post-Marketing erhoben.
Sieben Worte, die man nicht vergessen darf. Es ist bald Weihnachten, Leute. Aber sagt jeden Abend zu euch: Relevante Daten werden erst post-Marketing erhoben. Post-Marketing heißt nach Anwendung an euch Menschen. Und das ist die Erklärung, daß sie vorhatten, einen Massen-Menschenversuch durchzuführen. Mit diesem genbasierten Impfstoff von unbekannter Wirkung an Menschen. Das ist ein solches Verbrechen, wie es das noch nie gegeben hat in der Geschichte der Menschheit.
Dann - Punkt Nummer drei - haben sie uns getäuscht, indem sie gesagt haben, der Impfstoff ist sicher. Dabei war schon klar, am 28. Februar 2021 geht aus den geleakten Pfizer-Dokumenten hervor, daß weltweit 30.000 schwere Nebenwirkungen bereits festgestellt wurden, dokumentiert wurden. Darunter über 1.100 Todesfälle.
Und von den 30.000 dokumentierten und gemeldeten schweren Nebenwirkungen waren die Hälfte der Patienten noch nicht gesund. Ich meine, stellt euch das vor! Das wurde niemand gesagt. Sondern Lauterbach: "Sicher, sicher, sicher, laßt euch impfen!" Das kann man nicht machen, Leute. Das ist ein Verbrechen. Es ist ein Verbrechen. Und die Amis können nicht sagen: Hätten wir das besser geplant, dann wäre es noch besser ausgegangen.
Interviewer: Das ist ja unglaublich.
Dr. Sucharit Bhakdi: Ja, und dann gibt es noch einen on top. RKI-Protokoll vom 7. Mai 2021, also zwei Monate später: Paul-Ehrlich-Institut hatte 45.000 Meldungen in den letzten Wochen. Das ist noch unglaublich, oder? Und dann schreibt Robert Koch: "Herausforderungen für PEI sind relevante Dinge herauszupicken." Aus 45.000 sollen sie die Wesentlichsten herauspicken. Zum Beispiel - und dann schreiben sie das auch noch, diese Menschen, also zum Beispiel Myokarditis, ja zum Beispiel Sinusvenenthrombosen.
Interviewer: Aber Herr Bhakdi, das haben Sie doch alles schon vorhergesagt.
Dr. Sucharit Bhakdi: Ja, ich meine zum Beispiel. Und ich habe es vorher gesagt. Ja, die anderen müssen Sie nicht erwähnen. Sie wollten die Wesentlichen (r)auspicken und ich werde etwas sagen. Es gab gerade im April 2024, also dieses Jahr, einen Bericht von der US National Academy of Sciences. Das ist die Top-Institution Amerikas mit den besten Wissenschaftlern. Und diese besten Wissenschaftler haben eine Kommission gebildet, um zu untersuchen, welche Nebenwirkungen mit Sicherheit oder mit Wahrscheinlichkeit zusammenhängen mit der Impfung.
Und die haben diese Tausenden von Erkrankungen gesichtet und alle Daten, die vorhanden waren, analysiert und sind zum Schluß gekommen: "Ja, Leute, nach nur vier Jahren ist es ein bißchen schwierig, ganz klare Aussagen zu treffen." Aber wir treffen eine Aussage. Nämlich,

wenn jemand, der gesund war, nach der Impfung eine Krankheit bekommt, und das ist die Myokarditis (Herzmuskelentzündung), dann ist es sicher, daß die Myokarditis durch die Impfung kommt oder von der Impfung kommt. Und weitere Forschungen zu dem Punkt werden zu keinem anderen Ergebnis führen. Also sie haben es.
Und wie man realisiert - und die Statistiken gibt es jetzt auch schon - daß ungefähr ein Prozent bis zwei Prozent der Impflinge, wenn die Impfstoffe aktiv waren, bekommen eine Myokarditis. Und wenn man realisiert, daß eine Myokarditis immer lebensverkürzend ist - das steht so in den Lehrbüchern - nach zehn Jahren werden von 100 Myokarditis-Patienten 20 bis 40 nicht mehr unter uns weilen, jung oder alt, ist egal. Und wenn ihr jetzt diese jungen Menschen seht, die plötzlich Herzversagen haben, dann braucht ihr euch nicht zu wundern, wie unsere Politiker und unsere Experten, wir wissen keine Ahnung.
Interviewer: Und dennoch hat man ja jetzt die Impfung wieder sogar für Schwangere empfohlen?
Dr. Sucharit Bhakdi: Die Impfung wird nicht gestoppt. Und das ist das. Ich möchte euch etwas zu Weihnachten geben, damit ihr etwas in der Hand habt, um diesen Wahnsinn zu stoppen. Wir haben vor vier Jahren bereits gewarnt, daß das alles eintreten würde. Ja, wir haben ein Buch geschrieben: "Corona unmasked". Und diese Angelegenheit ist uns so wichtig, daß wir dieses Buch neu aufgelegt haben als E-Book, weil wir haben die Rechte zurückbekommen vom Verlag.
Und dieses Buch ist erschienen vor nahezu drei Wochen. Kann man bei Amazon bestellen unter "Corona unmasked Reiss Bhakdi". Und wir verdienen nichts dabei. Ich möchte wirklich betonen, als wir das getan haben, haben wir gesagt: Wir möchten es tun, aber wir möchten dabei nichts verdienen. Und deswegen ist der Preis so niedrig angesetzt, daß wir tatsächlich nichts verdienen. Und praktisch nur centweise. Sechs Euro, bitte. Es ist nicht viel, aber es lohnt sich, denn da sind alle Quellen drin. Da haben wir angegeben, warum wir das so geschrieben haben, warum es nicht anders sein konnte. Dann ist es jetzt passiert. Wir wissen, daß es wahr geworden ist, was wir geschrieben haben.
Und ich gehe sofort weiter, nicht wahr, zu dem jetzigen Buch. Und in diesem Buch, das ist die neue Auflage des letzten Buches "Der Weg zur Wahrheit", enthält die Informationen geballt zusammengefaßt, was passiert ist und wie die Beweise gekommen sind und warum wir jetzt vor der wunderbaren Situation stehen, vor der die Amerikaner nicht stehen, daß alles belegt ist und gestoppt werden kann und gestoppt werden muß. Und in diesem Buch, das Buch ist erweitert mit den letzten Geschehnissen bis August 2024.
Interviewer: Ja, vielen Dank, daß Sie sich da so investieren! Noch eine letzte Frage zu unserem Interview heute. Einer der im kollektiven Gedächtnis gut hängen gebliebene letzte Medizinskandal war ja der Contergan-Skandal (Contergan ist ein Schlaf- und Beruhigungsmittel, welches zu einer Welle von Mißbildungen bei Neugeborenen führte) in den 1960er Jahren. Die Geschäftsführer des Pharmaunternehmens Grünenthal wurden damals nicht verurteilt und die Opfer mehr oder weniger mit einem zu Dreiviertel steuerfinanzierten Fonds ruhig gestellt. Können wir für die jetzt notwendige Corona-Aufarbeitung etwas lernen daraus?
Dr. Sucharit Bhakdi: Lernen? Ja, wir können lernen, daß wir alle Daten und Informationen sofort nutzen müssen, damit es Gerechtigkeit gibt. Und in diesem Zusammenhang zuletzt möchte ich sagen, daß wir, unser Verein MWGFD wirklich jetzt etwas dazu beigetragen hat. Wir haben ja ein Labor, nachdem Professor Arne Burkhardt uns verlassen hat letztes Jahr. Wir haben ein Labor eingerichtet, etabliert und Mitglieder von uns arbeiten in diesem Labor. Alles gratis und haben etwas wahnsinnig Wichtiges entdeckt.
Und diese Entdeckung ist publiziert worden ganz ordentlich in einer wissenschaftlichen Zeitschrift vor zwei Wochen. Und die Information ist erschütternd. Deswegen könnte Contergan nicht mehr so passieren können, weil die Arbeit da ist. Die Arbeit hat gezeigt, daß diese Imp-

fung die menschliche Zelle genetisch modifiziert.
Und zwar über längere Zeit. Das heißt, die Aufnahme dieses Gens bedingt, daß ein fremdes Protein über längere Zeit produziert wird. Es ist also nicht wahr, daß die Produktion ganz schnell weggeht. Geht nicht weg. Und wie ihr hoffentlich jetzt wißt, wenn eine Zelle ein fremdes Protein macht, ist diese Zelle zum Tode verurteilt. Vom Immunsystem. Und deswegen gibt es im ganzen Körper diese Autoimmun-Selbstangriffe. Und wir haben gesehen, daß das passieren kann. Die Pathologen haben es bewiesen jetzt.
Es ist publiziert, daß es gar keinen Zweifel gibt, daß diese Selbstangriffe überall dort stattfinden, wo dieser Impfstoff hinkommt. Und dazu gibt es Arbeiten von anderen Gruppen, die haben gezeigt, daß dieser Impfstoff in die Plazenta geht. Und daß der Impfstoff die Kinder erreicht im Mutterleib. Und wenn man das beides zusammentut, dann hat man es noch schlimmer als Contergan. Es tut mir leid, das sagen zu müssen. Es ist noch schlimmer als Contergan. Und es zwingt alle zu handeln. Wir müssen den Wahnsinn stoppen. Und ich sage euch: Das, was gefunden wurde für Corona, wird für alle RNA-Impfstoffe gefunden werden. Es muß das ganze Programm gestoppt werden.
Interviewer: Vielen Dank, daß Sie sich die Zeit genommen haben, heute mit uns zu sprechen und den Leuten diese wichtige Botschaft noch zu bringen, noch vor den Feiertagen! Wir wünschen Ihnen für Ihre Arbeit alles Gute. Danke, daß Sie so lange schon am Ball sind!
Dr. Sucharit Bhakdi: Gerne. Auf Wiedersehen und frohe Weihnachten!<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.05.2025
Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen **...** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**
Beispiel: (x345/79) = Freimaurer. Die Verschwörungen eines Geheimbundes. COMPACT-Spezial Nr. 23, Seite 79.

x345	Elsässer, Jürgen (Hg.): Freimaurer. Die Verschwörungen eines Geheimbundes. COMPACT-Spezial Nr. 23. Werder (Havel) 2019.

Internet

x880	http://horst-koch.de/europa-vatikan-u-die-neue-weltordnung/ - Dezember 2016
x956	https://horst-koch.de/charta-oecumenica-u-skambraks/ - November 2019
x995	http://vatikanische-nwo.blogspot.com/search/label/Freimaurer - September 2020
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.359	https://www.kla.tv - März 2024
x1.417	https://www.compact-online.de – November 2024
x1.418	https://www.kla.tv - November 2024
x1.419	https://afdkompakt.de/ - November 2024
x1.420	https://deutschlandkurier.de – November 2024
x1.421	https://apollo-news.net/ - November 2024
x1.422	https://www.mmnews.de/ November 2024
x1.423	https://multipolar-magazin.de/ - November 2024
x1.424	https://fassadenkratzer.wordpress.com - November 2024
x1.425	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Dezember 2024
x1.426	https://www.compact-online.de – Dezember 2024
x1.427	https://www.kla.tv - Dezember 2024
x1.428	https://afdkompakt.de/ - Dezember 2024
x1.429	https://deutschlandkurier.de – Dezember 2024

x1.430	https://apollo-news.net/ - Dezember 2024
x1.431	https://www.mmnews.de/ Dezember 2024
x1.432	https://multipolar-magazin.de/ - Dezember 2024
x1.433	https://fassadenkratzer.wordpress.com - Dezember 2024
x1.434	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Januar 2025

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/ Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html - 8. Mai 2014